Willy Klages

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1934 bis 1944 in zwei Bänden Band 2/1

Die NS-Diktatur



Glanz und Elend der deutschen Geschichte
von 1934 bis zum 31.08.1941
Band 2/1

Die NS-Diktatur

Inhaltsverzeichnis Band 2/1	**Seite**
Danksagung und Widmung	3
Anstatt eines Vorwortes	4
Herausragende Ereignisse von 1934 bis 1944	5-28
Gliederung (im Überblick)	29-30
Glanz und Elend der deutschen Geschichte von 1934 bis zum 31. August 1941	30-394
Inhaltsverzeichnis Band 2/2	**Seite**
Glanz und Elend der deutschen Geschichte vom 1. September 1941 bis zum 31. Dezember 1944	2-364
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis Bildnachweis	365-372

Danksagung und Widmung

> Wir sind dazu geschaffen, die Wahrheit zu suchen; sie zu besitzen, ist das Vorrecht einer höheren Macht.
> *Michel Eyquem de Montaigne (1533-1592, französischer Dichter)*

Mein Dank gilt allen Historikern, Schriftstellern, Journalisten und Zeitzeugen, die diese Chronik überhaupt erst ermöglichten. Ihre Berichte und wissenschaftlichen Publikationen haben entscheidend dazu beigetragen, daß auch unbequeme historische Tatsachen nicht in Vergessenheit geraten sind.

Besonders danke ich:
Hans Günther Adler, Hugo Andreae, Rudolf Augstein, Ulrich Bachmann, Nicholson Baker, André Barmettler, Jonathan Bartlett, Reinhart Beck, Friedemann Bedürftig, Timo Beil, Jacques Benoist-Méchin, Hans Joachim Berbig, Horst Bienek, Ludwig Biewer, Immanuel Birnbaum, Georg Bluhm, John Morton Blum, Günter Böddeker, Alfred Bohmann, Claudia Brinner, Joseph Buchhorn, Justus Burgdorf, Paul Carell, Robert Conquest, Stèphane Courtois, Hellmuth Günther Dahms, Alexander Demandt, Karlheinz Deschner, Klaus Dorst, Willy Dreßen, Christopher Duffy, Jost Dülffer, Hans Ebeling, Sven Eggers, Willi Eilers, Jürgen Elsässer, Rolf Engelsing, Karl Dietrich Erdmann, Norman G. Finkelstein, Jan von Flocken, Jörg Friedrich, Lothar Fritze, John Kenneth Galbraith, Martha Gellhorn, Peter Gosztony, Hermann Graml, Des Griffin, Lothar Groppe, Alfred Grosser, Frank Grube, Sebastian Haffner, Alfred Häsler, Johannes Hartmann, Manfred Hausmann, Horst Heidtmann, Jost Hermand, Hans Heumann, Raul Hilberg, Werner Hilgemann, Andreas Hillgruber, Birgit Hoffmann, Joachim Hoffmann, Georg Holmsten, Wolfgang Hug, Gerhard Hümmelchen, Peter Hüttenberger, Eberhard Jäckel, Bernhart Jähnig, Ken Jebsen, Barbara Johr, Eugen Kaiser, Wanda Kampmann, Manfred Kehrig, George F. Kennan, Paul_Kennedy, Erich Kern, Hermann Kinder, Klemens von Klemperer, Dorothee Klinksiek, Eugen Kogon, Lew Kopelew, Dag Krienen, Ekkehard Kuhn, Dieter Langewiesche, Rolf Lasius, Erik Lehnert, Jochen Löser, Domenico Losurdo, Hubertus Prinz zu Löwenstein, Herbert Ludwig, Golo Mann, Werner Maser, Horst Möller, Günter Moltmann, Hans Mommsen, Norman N. Naimark, Heinz Nawratil, Bernd Nielsen-Stokkeby, Sibylle Obenaus, Herbert Obenhaus, Manfred Overesch, Geoffrey Parker, Zacheusz Pawlak, Wolfgang Petter, Hermann Pfister, Daniell Pföhringer, Theodor Plievier, Karl Ploetz, Hermann Ploppa, Walter Post, Hans Werner Rautenberg, Hubert Recker, Philipp Reclam, Gerhard Reichling, Wladimir Bogdanowitsch Resun, Gotthold Rhode, Werner Ripper, Gerhard Ritter, Hans Rothfels, Klaus-Jörg Ruhl, Friedrich Wilhelm Saal, Adelheid von Saldern, Helke Sander, Guntram von Schenck, Alfred Schickel, Otto Schlisske, Heinz Dieter Schmid, Christoph Schmidt, Alexander Schmorell, Hans-Joachim Schoeps, Hans Scholl, Harald Scholtz, Caspar Freiherr von Schrenck–Notzing, Gerd Schultze-Rhonhof, Eva Schweitzer, Irwin Shapiro, Alexander Solschenizyn, Rainer Sontowski, Harald Steffahn, Werner Stein, Peter Steinbach, Gabor Steingart, Eberhard Straub, Günther Stökl, Gustav Stolper, Alfred Streim, Robert H. Tenbrock, Studs Terkel, Jürgen Thorwald, Wolfgang Trees, Johannes Tuchel, Gerd R. Ueberschär, Klaus Vondung, Woldemar Weber, Bernd Wegner, Bernd-Jürgen Wendt, Nicolas Werth, Norbert Westenrieder, Wolfram Wette, Berthold Wiegand, Rosemarie Wildermuth, Rolf Winau, Robert Wistrich, David S. Wyman, Alfred Maurice de Zayas, Christian Zentner und Jean Ziegler.

Diese Chronik ist meiner Frau Angelika gewidmet, die leider viel zu früh von uns gehen mußte.

Anstatt eines Vorwortes

> Lerne gern von andern, und wo von Weisheit, Menschenglück, Licht, Freiheit, Tugend usw. geredet wird, da höre fleißig zu.
> *Matthias Claudius (1740-1815, deutscher Dichter)*

Nach dem Zweiten Weltkrieg übernahmen viele deutsche Historiker im Rahmen der sogenannten "Reeducation" ("Umerziehung") zwangsläufig die vorgegebenen subjektiven Aussagen und verzerrten historischen Wertungen der alliierten Siegermächte. Die deutsche Geschichtsschreibung wurde dementsprechend einseitig dargestellt und wichtige historische Fakten blendete man nicht selten kurzerhand aus, um den politischen Vorgaben der Sieger zu entsprechen.
Glücklicherweise gab es zu allen Zeiten mutige, gerechte und wahrheitsliebende Geschichtsschreiber, Historiker, Journalisten, Schriftsteller und andere Zeitzeugen, die sich um eine vollständige, wahrheitsgetreue Geschichtsschreibung bemühten, so daß die "Geschichte der Besiegten" zwar vorübergehend verschwiegen, aber letzten Endes nicht ausgelöscht werden konnte.
Im Gegensatz zu der heute besonders ausgeprägten einseitigen politischen Geschichtsschreibung der Sieger berichtet diese Chronik auch aus der Sichtweise der Verlierer, denn wenn man nicht alle Positionen objektiv und angemessen berücksichtigt, sondern wichtige historische Zusammenhänge und unbequeme Tatsachen bewußt verschweigt oder unterschlägt, werden geschichtliche Ereignisse manipuliert und zwangsläufig unkorrekt dargestellt.

> Ihr trugt die Schande nicht, Ihr wehrtet Euch, Ihr gabt das große ewig wache Zeichen der Umkehr, opfernd Euer heißes Leben für Freiheit, Recht und Ehre.
> *Mahnmal-Inschrift (Berliner Bendlerstraße)*

Die fortlaufende Aufzeichnung beschränkt sich auf die Erläuterung von wesentlichen historischen Fakten und Problemen der entsprechenden Perioden. Die Schwerpunkte dieser Chronik bilden die deutsche Geschichte und die Geschichte der jeweils beteiligten Staaten.
Um die Lebensverhältnisse der Menschen und den Zeitgeist der jeweiligen Phasen realistisch darzustellen, werden die Ereignisse durch eine Vielzahl von Zeitzeugenberichten, Berichten von Historikern sowie sonstigen Publikationen erläutert.
Die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Daten, Publikationen und Zeitzeugenberichte sind systematisch nach Regionen bzw. Ländern und gegebenenfalls nach historischen Ereignissen unterteilt.

Herausragende Ereignisse von 1934 bis 1944

Die Jahre 1934 bis 1944 wurden hauptsächlich durch folgende Ereignisse geprägt:

26.01.1934: Polen und das Deutsche Reich schließen am 26. Januar 1934 einen Nichtangriffs- und Freundschaftspakt, der damals das französisch-polnische Bündnissystem nachhaltig erschüttert (x300/135).

Um die angestrebten außenpolitischen Pläne zu verwirklichen, benötigt Hitler vorläufige Rükkendeckung im Osten. Ein deutsch-polnisches Bündnis gegen die Sowjetunion lehnen die Polen jedoch entschieden ab, denn sie verfolgen wesentlich andere Ziele.

Für Pilsudski bedeutet das deutsch-polnische Abkommen lediglich eine "Ruhepause" (x064/-134): >>... Danach müssen wir bereit sein, uns zu verteidigen. Es bleibt keine Alternative.<<

24.04.1934: Am 24. April 1934 wird der NS-Volksgerichtshof (Sondergericht zur Aburteilung von Hoch- und Landesverratssachen) errichtet.

18.05.1934: Goebbels schreibt am 18. Mai 1934 in der NS-Zeitschrift "Der Angriff" (x025/-145): >>Kritik ist nur denen erlaubt, die sich nicht fürchten, ins Konzentrationslager zu kommen. ...<<

30.06.1934: Bei der NS-Säuberungsaktion am 30.06./1.07.1934 (sogenannte "Nacht der langen Messer"), die nachträglich durch das "Notwehr-Gesetz" vom 3.07.1934 gerechtfertigt wird, liquidieren Heydrichs SS-Formationen fast alle bekannten SA-Führer, verschiedene politische Gegner und unbequeme Regimekritiker.

In der amtlichen Todesliste veröffentlicht man später 83 Namen, aber die "Röhm-Affäre" fordert tatsächlich mehrere hundert Mordopfer, die nach willkürlichen Verhaftungen liquidiert werden.

Hitler, der vor der Weltöffentlichkeit erstmalig wie ein Gangsterboß handelt und seine Gegner rücksichtslos liquidieren läßt, schafft es relativ leicht, diese Morde als "Staatsnotwehr" und die unschuldigen Mordopfer als verbrecherische, minderwertige Staatsfeinde hinzustellen.

Als Stalin von Hitlers Säuberungsaktion (der "Nacht der langen Messer") erfährt, soll er Hitler angeblich gelobt haben (x080/231): >>Hitler, was für ein Kerl! Der weiß, wie man mit politischen Gegnern fertig wird! ...<<

1934: Ab 1934 bestimmten und kontrollierten die NS-Gau-, Kreis-, Ortsgruppen- und Blockleiter sowie NS-Blockwarte (ca. 15-20 Personen bildeten jeweils einen Block) das gesamte Leben der deutschen Volksgenossen.

Jeder Deutsche, der sich dem Willkürregime aktiv widersetzt, wird sofort eingeschüchtert, verprügelt oder landet unverzüglich in den "Schutzhaftlagern" bzw. Konzentrationslagern. Die unorganisierte Machtlosigkeit der deutschen NS-Gegner hat gegenüber der militärisch organisierten Gewalt des NS-Regimes naturgemäß keine Chance.

Ab 1934 werden fast alle Deutschen allmählich planmäßig durch die zahlreichen NS-Organisationen "erfaßt", auch wenn sie keine Parteimitglieder sind. Es gibt für die Deutschen praktisch kein Privatleben mehr. Alle Sport-, Gesangs-, Kegel- und Schützenvereine, Handwerks-, Angestellten- und Beamtenverbände sowie sonstige Gemeinschaften werden von NS-Beauftragten überwacht und "gleichgeschaltet".

Wer im NS-Staat berufliche oder wirtschaftliche Erfolge erreichen will, wie z.B. Angestellte und Beamte des öffentlichen Dienstes oder Handwerker und Unternehmer, die Staatsaufträge benötigen, muß zwangsläufig NSDAP-Mitglied werden.

13.01.1935: Am 13. Januar 1935 stimmen 90,8 % der Saarländer für den Anschluß des Saargebietes an das Deutsche Reich. Nur 0,4 % sind für den Anschluß an Frankreich und 8,8 % sind für eine internationale Verwaltung (x032/183).

15.01.1935: Hitler erklärt nach der erfolgreichen Saarabstimmung in einer Rundfunkansprache vom 15. Januar 1935 (x032/183): >>Die Freude über die Rückkehr unserer Volksgenossen ist die Freude des ganzen Reiches. ...<<

17.01.1935: Der Völkerbundsrat beschließt am 17. Januar 1935 in Genf die Wiedervereinigung des Saargebietes mit Deutschland (Rückgliederungstermin: 1. März 1935).
01.03.1935: Am 1. März 1935, um 9.30 Uhr, erfolgt in Saarbrücken die offizielle Rückkehr des Saargebietes. Das Saarland wird nach 15 Jahren französischer Besatzung "heim ins Reich geholt" (x051/510).
10.03.1935: US-Präsident Roosevelt genehmigt am 14. März 1935 den Bau von Landebahnen und Flughäfen auf Wake Island, dem Midway-Atoll und Guam.
Die japanischen Militärexperten fühlen sich durch diese neuen US-Flughäfen bedroht (x172/-64): >>Die Inseln sind natürliche Flugzeugträger, ideale Stützpunkte für feindliche Geschwader. ... Wenn sie von einem Feind besetzt werden, würden sie für uns zum unmittelbaren Sicherheitsrisiko.<<
16.03.1935: Hitler gibt am 16. März 1935 die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht bekannt (x191/76): >>Die Regierung des heutigen Deutschen Reiches aber wünscht nur eine einzige ... Macht: es ist die Macht, für das Reich und damit wohl auch für ganz Europa den Frieden wahren zu können.<<
Nach der Wiedereinführung der Wehrpflicht (Verstoß gegen den Versailler Friedensvertrag von 1919) wird das Deutsche Reich fast völlig isoliert. England, Frankreich, Italien und alle Staaten Ost-Mitteleuropas verbünden sich gegen das NS-Regime und schließen entsprechende Militärabkommen.
01.05.1935: Hitler beteuert am 1. Mai 1935 während seiner Rede zum "Tag der Arbeit" in Berlin (x032/208): >>Was wir wollen, liegt klar vor uns: nicht Krieg, nicht Unfrieden. So wie wir den Frieden im eigenen Volke hergestellt haben, wollen wir nichts anderes als den Frieden mit der Welt, denn wir alle wissen, daß die große Arbeit nur gelingen kann in einer Zeit des Friedens. ...<<
02.05.1935: Frankreich und die UdSSR vereinbaren am 2. Mai 1935 einen Beistandspakt (Laufzeit: 5 Jahre).
Die sowjetisch-französische Annäherung bereitet den Polen erhebliche Sorgen.
Juni 1935: Im Juni 1935 sind schon rd. 2,5 Millionen Deutsche NSDAP-Parteimitglieder. Bis zum Kriegsende steigt die Zahl der NS-Parteigenossen schließlich auf rd. 8,5 Millionen NSDAP-Mitglieder (x051/406).
20.08.1935: Obgleich das NS-Reich damals der größte Handelspartner der UdSSR ist, beschließt die Kommunistische Internationale (Komintern) am 20. August 1935 beim Moskauer Weltkongreß, den Faschismus mit Hilfe der "Kapitalisten" zu bekämpfen (x074/1.120).
04.09.1935: Der Prozeß gegen 25 Neuköllner Widerstandskämpfer, der am 4. September 1935 in Berlin mit 5 Todesurteilen endet, leitet eine Serie von NS-Schauprozessen ein.
09.09.1935: Der Regierungspräsident von Oberbayern berichtet am 9. September 1935 (x149/83): >>An Amts- und Privatgebäuden in Rosenheim wurde ein Plakat angeschlagen, auf welchem die jüdischen Geschäfte der Stadt aufgeführt sind und jeder als Volksverräter bezeichnet wird, der in diesen Geschäften einkauft. ...<<
15.09.1935: Der NS-Reichstag beschließt in Nürnberg am 15. September 1935 ein "Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre" sowie das sogenannte "Reichsbürgergesetz".
Nach dem Erlaß der "Nürnberger Gesetze" (15.09.1935) verlieren die Juden alle staatsbürgerlichen Rechte, wenn sie keinen "Ariernachweis" besitzen.
Das NS-Regime fordert bereits seit April 1933 einen sogenannten "Ariernachweis" (Arier = angebliche nordische Rasse) von allen staatlichen Bediensteten. Der "Ariernachweis" (Adel bis zum Jahre 1750 und NSDAP-Parteimitglieder bis zum Jahre 1800) muß mit Geburts- und sonstigen Urkunden nachgewiesen werden (x032/185).
20.09.1935: NS-Reichsinnenminister Frick läßt am 20. September 1935 das Beflaggen öffent-

licher Gebäude mit der schwarz-rot-goldenen Fahne verbieten.
23.09.1935: Am 23. September 1935 werden die "freiwilligen Spenden" für das NS-Winterhilfswerk festgelegt. Lohn- und Gehaltsempfänger zahlen danach monatlich 10 % der Einkommensteuer als "freiwillige Spenden" (x032/232).
03.10.1935: Italienische Truppen marschieren am 3. Oktober 1935 ohne offizielle Kriegserklärung in das afrikanische Kaiserreich Äthiopien (früher Abessinien) ein.
Äthiopien wird danach im Jahre 1936 durch Italien annektiert.
Hitler nutzt die "Gunst der Stunde" und stellt sich sofort auf Mussolinis Seite. Obgleich Mussolini keine Völkerbundsproteste beachtet und außerdem frühzeitig bekannt wird, daß die Italiener sogar Giftgas gegen die Afrikaner einsetzen, liefert das NS-Regime kriegswichtige Rohstoffen an Italien.
Oktober 1935: Ein NS-Propagandist berichtet im Oktober 1935 über die allgemeine Stimmung der bayerischen Bevölkerung (x172/70): >>... Jedes Kind hört von der jüdischen Bedrohung. Überall wird man in antisemitischer Propaganda belehrt. Nirgend fehlt es an Schaukästen mit dem "Stürmer" oder anderen Plakaten. Dennoch haben alle diese Kampagnen nicht den leisesten Erfolg. Die Bauern wollen – sei es aus Geldschuldgründen oder wegen prinzipieller Opposition – ihre Verbindungen zu den Juden nicht auflösen.<<
1935: Winston Churchill lobt Hitler im Jahre 1935 (x025/128): >>... für den Mut, die Beharrlichkeit und die vitale Kraft, die ihn befähigen, allen Mächten und Widerständen, die seinen Weg versperrten, zu trotzen oder sie herauszufordern, sie zu versöhnen oder zu überwinden.<<
07.03.1936: Am 7. März 1936 läßt Hitler deutsche Wehrmachtstruppen in das entmilitarisierte Rheinland einmarschieren und bricht damit die bestehenden Friedensverträge (einseitige Verletzung des Versailler- und Locarno-Paktes bzw. deutsche Angriffshandlung).
Angesichts der eigenen militärischen Schwäche erteilt Hitler die Weisung, jegliche "Feinberührungen" zu vermeiden. Nach Ansicht von Militärexperten hätte die deutsche Wehrmacht damals keine energische Militäraktion der europäischen Westmächte überstanden und wäre schon innerhalb von wenigen Tagen zusammengebrochen (x051/495). Der Völkerbund und die Siegermächte protestieren zwar, verhängen jedoch keine weiteren Sanktionen.
Nach dem Einmarsch in das entmilitarisierte Rheinland bittet der französische Ministerpräsident Albert Sarraut (1872-1962) vergeblich um britische Hilfe (x069/170): >>Die ganze Welt, vor allem die kleinen Völker, richten heute ihr Augenmerk auf England. Wenn England jetzt handelt, kann es die Führung in Europa übernehmen. Dann haben Sie eine Politik, die ganze Welt wird Ihnen folgen, und damit werden Sie den Krieg verhindern. Es ist Ihre letzte Chance. Wenn Sie Deutschland nicht jetzt Einhalt gebieten, ist alles verloren. Wenn Sie Deutschland nicht heute mit Gewalt zum Stillstand zwingen, ist der Krieg unvermeidlich, selbst wenn Sie eine vorübergehende Freundschaft mit Deutschland schließen.<<
29.03.1936: Am 29. März 1936 finden die Reichtagswahlen statt. Es gibt damals nur eine wählbare Partei, die NSDAP. Die NSDAP erhält 99 % aller Wählerstimmen. Das beste Wahlergebnis meldet die Saar-Pfalz mit 99,9 %, die schlechtesten Wahlergebnisse melden Hamburg mit 95,8 % und Leipzig mit 97,4 % (x032/272).
05.05.1936: Italienische Truppen besetzen am 5. Mai 1936 Addis Abeba (Hauptstadt von Äthiopien).
09.05.1936: Das von italienischen Truppen besetzte Äthiopien (Abessinien) wird am 9. Mai 1936 durch Italien annektiert.
17.06.1936: Am 17. Juni 1936 läßt Hitler gemäß Führererlaß die Leitung sämtlicher Polizeieinheiten an Heinrich Himmler (Reichsführer SS) übertragen. Himmlers Stellvertreter wird SS-Obergruppenführer Kurt Daluege, der Leiter der Ordnungspolizei.
Himmler, den seine Anhänger "König Heinrich" nennen (Spottbezeichnung: "Reichsheini"),

entwickelt in den folgenden Jahren einen "perfekten" Kontroll- und Überwachungsapparat. Himmlers SS-Imperium ("Staat im Staate") umfaßt auch sämtliche SS-Hauptämter, die ab 1941 die sogenannte "Endlösung" durchführen werden.

30.06.1936: Haile Selassie I. (1892-1975, seit 1930 Kaiser von Äthiopien) berichtet am 30. Juni 1936 vor dem Völkerbund in Genf über die italienischen Luftangriffe gegen Äthiopien (x172/74-75): >>... Der flüssige Inhalt verteilte sich in der Form eines tödlichen Sprühregens über eine beträchtliche Fläche. ... Gruppen von 9, 15 und 18 Flugzeugen folgten einander, so daß die Flüssigkeit, die sie abgaben, eine ununterbrochene Wolke bildete. ... Und so wurden ab Ende Januar 1936 Soldaten, Frauen, Kinder, Vieh, Flüsse, Seen und Weiden unaufhörlich von diesem tödlichen Regen getränkt.

Alle, die von dem tödlichen Regen aus dem Flugzeug getroffen wurden schrien vor Schmerzen und rannten davon. Alle, die vergiftetes Wasser tranken oder verseuchte Nahrung aßen, starben unter gräßlichen Qualen. Die Opfer des italienischen Senfgases fielen zu Zehntausenden.<<

20.07.1936: Als die neue spanische Regierung am 20. Juli 1936 die Auflösung der Armee, die allgemeine Mobilmachung und die Ausgabe von Waffen an die Arbeitermilizen beschließt, beginnt in Spanien ein erbitterter Bürgerkrieg.

Infolge der direkten Beteiligung der rechtsradikalen Staaten Italien und Deutschland sowie der linksradikalen Sowjetunion entwickelt sich der Spanische Bürgerkrieg schnell zu einem ideologischen Krieg (Nationalismus und Faschismus gegen Kommunismus bzw. Bolschewismus).

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schreibt später über den Spanischen Bürgerkrieg (x192/438): >>Im Spanischen Bürgerkrieg 1936-1939 standen die politisch Rechten, Militärs und katholische Kirche (mit Unterstützung durch "Freiwillige" und Militärhilfe aus Deutschland und Italien) gegen die Volksfrontregierung, Republikaner, Antiklerikale, Anarchisten, Sozialisten und Kommunisten aus verschiedenen Ländern.

Die Linken kämpften verzweifelt gegen die zahlenmäßige und waffentechnische Überlegenheit ihrer Gegner und prangerte deren Greueltaten an – darunter die Bombardierung ziviler Gebiete. Doch auch die Republikaner machten sich im Verlauf des Krieges schrecklicher Verbrechen schuldig. ...<<

01.08.1936: Hitler eröffnet am 1. August 1936 in Berlin die XI. Olympischen Sommerspiele. An diesen Olympischen Spielen nehmen 49 Nationen (ohne Spanien und die Sowjetunion) teil. Deutschland und die USA stellen mit 427 bzw. 367 Sportlern die größten Mannschaften (x032/295).

Der französische Botschafter Andre Francois-Poncet berichtet damals über die Olympischen Sommerspiele in Berlin (x069/170): >>Hitler hat sich Europa als außergewöhnliche Persönlichkeit aufgedrängt. Er verbreitet nicht nur Furcht und Abscheu, er erweckt auch Neugierde, er gewinnt Sympathien. Sein Ansehen wächst. Die Kraft der Anziehung, die von ihm ausgeht, wirkt auch über die Grenzen des Landes hinaus. Könige, Fürsten, berühmte Gäste kommen, weniger vielleicht, um den bevorstehenden Sportwettkämpfen beizuwohnen, als um diesem für die Zukunft so bestimmenden Mann zu begegnen, der das Schicksal des Kontinents in seinen Händen zu halten scheint, auch um dieses Deutschland zu sehen, das er mit unwiderstehlichem Zwang verändert und wiederbelebt hat. ...<<

20.08.1936: Die Komintern beschließt am 20. August 1936 in Moskau die Bildung einer Einheitsfront zur Bekämpfung der faschistischen Gefahr (x300/140): >>... Angesichts der Kriegsprovokationen der deutschen Faschisten und der japanischen Militaristen und der von den Kriegsparteien in den kapitalistischen Ländern forcierten Rüstungen, angesichts der unmittelbaren Gefahr des Ausbruchs eines konterrevolutionären Krieges gegen die Sowjetunion muß die zentrale Lösung der kommunistischen Parteien sein: Kampf für den Frieden ...

Die Konzentration der Kräfte im jeweiligen Augenblick gegen die Hauptkriegstreiber (zur

Zeit gegen das faschistische Deutschland und das mit ihm verbundene Polen und Japan) ist die wichtigste taktische Aufgabe der kommunistischen Parteien. ...
Von entscheidender Bedeutung im Kampfe gegen den Krieg und die faschistischen Kriegstreiber ist in allen Ländern die Herstellung der Einheitsfront mit den sozialdemokratischen und reformistischen Organisationen. ...<<
September 1936: Die europäischen Großmächte Großbritannien und Frankreich wollen nach dem verlustreichen Ersten Weltkrieg kein Risiko eines weiteren Krieges eingehen. Sie bleiben neutral und bilden im September 1936 lediglich den "Londoner Nichteinmischungsausschuß".
Die Nichteinmischung Großbritanniens und Frankreichs sowie die Duldung der Teilnahme von deutschen und italienischen Truppen am Spanischen Bürgerkrieg bestärken Hitler und Mussolini, ihre bisherige aggressive Außenpolitik fortzusetzen bzw. später drastisch auszuweiten.
24.10.1936: Hitler erkennt am 24. Oktober 1936 das italienische Kaiserreich Äthiopien offiziell an. Später folgen weitere Abmachungen mit Italien ("Achse Berlin-Rom").
25.11.1936: Das NS-Regime und Japan schließen am 25. November 1936 in Berlin den "Antikominternpakt", der sich vor allem gegen den Bolschewismus bzw. die Kommunistische Internationale (Komintern) richtet (x041/94).
1936: Die Zeitung "Daily Mail" bezeichnet im Jahre 1936 das Hitler-Reich als eine "Notwendigkeit für Europa".
Für David Lloyd George (britischer Ex-Premierminister) ist Hitler damals einer der größten lebenden Deutschen, ein "deutscher George Washington" (x025/129).
Polen schränkt im Jahre 1936 den Durchgangsverkehr (Deutsche Reich - Ostpreußen) erheblich ein (x186/22). Im Rahmen der polnischen "Großmachtpolitik" verkauft man damals vielerorts Postkarten mit den angeblichen uralten, historischen Grenzen Polens. Die historische polnische Westgrenze verläuft auf diesen Postkarten östlich von Berlin, an der oberen Elbe, umfaßt Dresden und außerdem die gesamte CSR.
13.01.1937: Der Haushaltsausschuß des polnischen Parlaments berichtet am 13. Januar 1937 über die wirtschaftliche Zukunft der Juden in Polen (x172/78): >>... Die polnische Regierung denkt bei dem Versuch, den Bevölkerungsüberschuß zu lösen, zuerst an die Juden. Wir hätten nichts gegen die Menschen, wenn es 50.000 wären. Unsere negative Einstellung rührt von der Tatsache her, daß es hier 3 Millionen gibt. Eine Änderung dieser anormalen Situation ist der einzige Weg zur Lösung des leidigen Judenproblems. ...
Ohne Palästina als ein Auffangbecken für unseren Judenüberschuß aufzugeben, müssen wir unser Problem auf einer breiteren Basis angehen. ...<<
27.01.1937: US-Botschafter Dodd meldet am 27. Januar 1937 aus Berlin (x068/228): >>Informationen, die mir in letzter Zeit zugegangen sind, besagen, daß amerikanische Banken erwägen, Italien und Deutschland neue Kredite und Anleihen zu geben, obgleich die Kriegsindustrie dieser beiden Länder bereits groß genug ist, um den Frieden der Welt zu bedrohen.<<
30.01.1937: Die NS-Regierung zieht am 30. Januar 1937 die deutsche Anerkennung des Versailler Kriegsschuldparagraphen zurück.
26.04.1937: Guernica (eine nordspanische Stadt im Baskenland, 20 km östlich von Bilbao entfernt, mit etwa 10.000 Einwohnern) wird während des spanischen Bürgerkrieges am 26. April 1937 durch Kampfflugzeuge der Legion Condor zerstört. Die Zahl der Todesopfer beträgt vermutlich 100 bis 1.600 Personen.
Die Londoner Zeitungen "Times" und "Daily Mail" berichten später über den Luftangriff gegen Guernica (x172/82): >>... Die Stadt wurde mitsamt den 7.000 Einwohnern und 3.000 Flüchtlingen langsam und systematisch pulverisiert.<<
>>... Ein Anblick, der mich wochenlang verfolgte, waren die verkohlten Leichen mehrerer Frauen und Kinder, die in den Überresten dessen, was zuvor der Keller eines Hauses gewesen

war, auf einem Haufen lagen. Sie hatten dort Schutz gesucht.<<
05.05.1937: Die polnische Regierung verhandelt am 5. Mai 1937 mit der französischen Regierung, ob man osteuropäische Juden nach Madagaskar (1896-1959 französische Kolonie) umsiedeln kann (x172/79).
07.07.1937: Nach dem japanischen Einmarsch in die Mandschurei (September 1931) eröffnet Japan am 7. Juli 1937 den Angriffskrieg (ohne Kriegserklärung) gegen China und bedroht die bisherige Vormachtstellung der Russen und Briten im Fernen Osten.
Juli 1937: Im Juli 1937 verlangt Chaim B. Weizmann von der britischen Regierung, endlich die Gründung des zugesagten Judenstaates zu realisieren. Die Briten schlagen daraufhin eine Aufteilung Palästinas ("Peel-Plan") vor. Der sogenannte "Peel-Plan" wird aber während des zionistischen Kongresses in Zürich von der Mehrheit abgelehnt (x043/474).
Der jüdische Politiker David Ben Gurion (1886-1973, Chef der zionistischen Palästina-Sektion), der diese vorläufige Kompromißlösung befürwortet, kann sich in Zürich nicht durchsetzen (x043/474): >>Dieser jüdische Staat, den man uns anbietet, ist nicht das Ziel des Zionismus. In diesem Gebiet läßt sich das jüdische Problem nicht lösen. Aber er wird eine entscheidende Etappe auf dem Weg zur Verwirklichung der großen zionistischen Ziele sein. Er wird im kürzesten Zeitraum zu der wahren Macht heranwachsen, mit dem wir unseren geschichtlichen Auftrag erfüllen können.<<
Dieser kleinere Judenstaat (gemäß "Peel-Plan") hätte sicherlich Hunderttausende von späteren jüdischen NS-Opfern das Leben retten können.
05.10.1937: In der berühmten "Quarantänerede" kritisiert US-Präsident Roosevelt am 5. Oktober 1937 in Chicago erstmalig die aggressive Außenpolitik Japans, Italiens und Deutschlands (x069/168): >>... Ohne Kriegserklärung, ohne irgendwelche Warnung, ohne irgendwelche Berechtigung wird die Zivilbevölkerung, einschließlich der Frauen und Kinder, rücksichtslos durch Luftbombardements hingemordet. In sogenannten Friedenszeiten werden ohne Anlaß oder Warnung Schiffe von U-Booten angegriffen. Völker schüren den Bürgerkrieg und ergreifen Partei in fremden Ländern, die ihnen nie etwas zuleide getan haben. Völker, die für sich selber die Freiheit fordern, verweigern sie anderen.
Wenn so etwas in anderen Gegenden der Welt passiert, dann soll sich niemand einbilden, daß (er) Amerika entrinnen werde, daß er Pardon erwarten dürfe, daß die westliche Hemisphäre keinen Angriff zu befürchten habe.
Es scheint leider zuzutreffen, daß die Epidemie der allgemeinen Gesetzlosigkeit immer mehr um sich greift. Wenn eine ansteckende Krankheit sich zu verbreiten beginnt, verordnet die Gemeinschaft eine Quarantäne für die Kranken, um die Gesundheit vor der Epidemie zu schützen.<<
17.10.1937: Joseph C. Hyman (Leiter einer jüdischen Hilfsorganisation) ruft am 17. Oktober 1937 während einer Veranstaltung in Pittsburgh zur Rettung der europäischen Juden auf (x172/87): >>... Es ist eine Frage von Leben und Tod, sofort Mittel zu schicken, um unsere Leute so bald wie möglich aus Deutschland herauszuholen. ...
In Polen ist die jüdische Bevölkerung von mehr als 3.000.000 Seelen zwar nominell durch die Verfassung und das öffentliche Recht geschützt, wird jedoch nur allzuoft von Pogromen, Übergriffen und Boykotten; nur allzu oft Objekt einer starken und zielgerichteten Propaganda mit dem Leitmotiv "Juden raus"! ...
(In Rumänien) nimmt der Antisemitismus eine Brutalität und Gehässigkeit in Wort und Tat an, die einen Vergleich mit Nazideutschland rechtfertigen.<<
11.03.1938: Der österreichische Bundeskanzler Schuschnigg muß am 11. März 1938 wegen eines drohenden Bürgerkrieges zwangsweise zurücktreten.
Nach Schuschniggs Rücktritt wird der österreichische Nationalsozialist Arthur Seyß-Inquart neuer Bundeskanzler und bildet ein nationalsozialistisches Übergangskabinett. Seyß-Inquart

ruft danach per Rundfunk die NS-Formation zum Schutz von Ruhe und Ordnung auf.
12.03.1938: Der österreichische Bundeskanzler Seyß-Inquart fordert am 12. März 1938 vereinbarungsgemäß die "militärische Hilfe" des NS-Regimes an, um den Anschluß mit dem Deutschen Reich zu vollziehen.
Der Wiener Rundfunk sendet am 12. März 1938 eine Rede des österreichischen NSDAP-Landesleiters (x191/83): >>... Unser Ziel ist erreicht: Ein Volk, ein Reich, ein Führer! Heil unserem Führer! Heil Hitler!<<
Der deutsche Einmarsch entwickelt sich schnell zum Triumphzug. Die deutschen Wehrmachtstruppen marschieren damals, ohne auf Widerstand zu stoßen, unter dem Jubel der einheimischen Bevölkerung in Österreich ein.
13.03.1938: Das österreichische Parlament löst am 13. März 1938 den Staat Österreich per Gesetz auf und beschließt ein Gesetz über den Reichsanschluß ("Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich"). Österreich ist danach ein Teil des Deutschen Reiches.
Um die Wiedervereinigung zu legitimieren, sollen am 10. April 1938 in Deutschland und Österreich Volksabstimmungen durchgeführt werden.
14.03.1938: Hitler hält bereits am 14. März 1938 Reden in Linz und Wien. Die Wiener Bevölkerung empfängt Hitler unter dem Geläut aller Glocken mit großer Begeisterung. Zehntausende jubeln Hitler in Wien zu: "Führer, wir danken dir!"
Hitler erklärt damals während einer kurzen Ansprache am Schwarzenbergplatz in Wien zur "Wiedervereinigung Österreichs" mit dem Deutschen Reich (x032/430): >>... Keine Not, keine Drohung und keine Gewalt kann diesen Schwur brechen.<<
Die Wiedervereinigung wird von den begeisterten Österreichern damals ausgelassen gefeiert. In den Bergen verkünden zahllose Freudenfeuer den Anschluß, alle Kirchenglocken läuten. In Österreich muß der Jubel nicht planmäßig organisiert werden, denn die meisten Österreicher feiern den Anschluß und ihren "heimgekehrten Sohn" (Hitler) wirklich.
Der Anschluß ist jedenfalls keine gewaltsame Besetzung oder brutale Unterwerfung eines anderen Staates und Volkes, sondern man verwirklicht eigentlich nur ein widerrechtlich vorenthaltenes Selbstbestimmungsrecht. Viele Katholiken und Sozialisten, die naturgemäß erbitterte Feinde des Nationalsozialismus sind, begrüßen ebenfalls den Anschluß an das Deutsche Reich. Das jahrhundertealte Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen setzt sich überall durch. Auch der Kardinalerzbischof von Wien, seine Bischöfe und auch führende Sozialdemokraten bekennen sich "als Deutsche zum Deutschen Reich" (x076/235).
Hitlers Elternhaus wird später ein berühmter österreichischer Wallfahrtsort.
16.03.1938: Polen nutzt das "Österreich-Problem" am 16. März 1938 für ein Ultimatum (bis zum 19.03.1938) an Litauen.
Litauen wird mit diesem Ultimatum schließlich zur Anerkennung der umstrittenen "Wilna-Grenze" gezwungen (x041/95).
10.04.1938: Der Anschluß Österreichs wird am 10. April 1938 durch Volksabstimmungen bestätigt. 99,73 % der Österreicher und 99,08 % der Deutschen sind für den Anschluß und stimmen mit "Ja" (x032/438).
Nach dieser eindeutigen Zustimmung dankt Hitler während einer Ansprache "seinen Österreichern" für die "stolzeste Stunde seines Lebens" (x269/349): >>... Als Führer und Kanzler der deutschen Nation melde ich vor der Geschichte die Heimkehr meiner Heimat in das Deutsche Reich ...<<
April 1938: Der US-Wirtschaftsexperte Bernard M. Baruch (1870-1965) schlägt im April 1938 in einer Denkschrift an Präsident Roosevelt vor, die europäischen Juden in den "Vereinigten Staaten von Afrika" (britische Kolonialgebiete in Kenia, Tanganjika und Nordrhodesien) anzusiedeln.
Der US-Jurist Felix Frankfurter (1882-1965, von 1939-62, Richter am Obersten US-Gerichts-

hof) kritisiert damals die fehlende Hilfsbereitschaft in Nordamerika (x172/98): >>... Die Herren Baruch und Morgenthau sind so damit beschäftigt die eigene Haut und ihre "Stellungen" in Amerika zu retten, daß sie sich so gut wie gar nicht um das Schicksal der Opfer Hitlers kümmern. Diese Männer legten dasselbe Verhalten an den Tag wie die reichen und mächtigen Juden, die damals Hitler unterstützten, um den Bolschewismus zu unterdrücken.<<

15.07.1938 Die Konferenz von Evian endet am 15. Juli 1938 lediglich mit unverbindlichen Empfehlungen und der Errichtung eines Internationalen Flüchtlingskomitees mit Sitz in London.

Das jüdische Flüchtlingsproblem wird durch diese Konferenz nicht verbessert, sondern sogar noch verschlechtert, weil sich die britische Regierung weigert, die Einwanderung nach Palästina zu erleichtern. Seit 1933 sind etwa 40.000 deutsche Juden nach Palästina ausgewandert (x032/459).

Die New Yorker Zeitung "Herald Tribune" und das US-Nachrichtenmagazin "TIME" berichten damals über die erfolglose "Evian-Konferenz" am Genfer See (x172/104): >>... Großmächte schlagen Juden Tür vor der Nase zu. Verhandlung im Stimmungstief. Selbst dünnbesiedelte südamerikanische Staaten verweigern Asyl. ...<<

>>... Trotz der wohlfeilen warmen und klugen Worte in Evian-les-Baines bleibt die Tatsache bestehen, daß keine Nation willens ist, mittellose Juden aufzunehmen.<<

22.08.1938 Der ungarische Regierungschef Miklos von Horthy reist vom 22. bis zum 26. August 1938 ins Deutsche Reich, um mit Hitler einen deutsch-ungarischen Freundschaftsvertrag zu schließen.

Hitler fordert Horthy während der Verhandlungen auf, ihn bei der Lösung des CSR-Problems zu unterstützen. Als Gegenleistung verspricht Hitler, die Rückgabe der 1919 an die Tschechoslowakei verlorenen Gebiete.

Obwohl sich Horthy damals noch vorsichtig zurückhält, bekommt Ungarn später nach Zerschlagung der Tschechoslowakei, Jugoslawiens und der Verkleinerung Rumäniens erhebliche Gebiete zugewiesen.

August 1938: Hitler erklärt gegenüber Carl J. Burckhardt (Schweizer Geschichtsprofessor, ab 1937 Völkerbundskommissar in Danzig) im August 1938 (x113/114): >>... Wenn diese Herren nicht parieren, dann wird Prag dem Erdboden gleichgemacht, kein Stein bleibt auf dem andern.<<

13.09.1938: Infolge der Unruhen im Sudetenland läßt Staatspräsident Benesch am 13. September 1938 in den Grenzbezirken das Standrecht verhängen.

14.09.1938: William Bullit (US-Botschafter in Paris) berichtet am 14. September 1938 über die französische Stimmung (x028/53): >>In den letzten Tagen haben die französischen Zeitungen viele Landkarten veröffentlicht, aus denen die volkszugehörige Aufteilung der Tschechoslowakei hervorgeht. ...

Die öffentliche Meinung beginnt Stellung zu beziehen: Warum sollten wir Frankreichs ganze Jugend auslöschen und den Kontinent Europa zerstören lassen, nur um die Herrschaft von 7 Millionen Tschechen über 3.200.000 Deutsche zu sichern? ...

Bei der allgemeinen Ansicht von Franzosen und Briten, daß Benesch im innersten Herzen beschlossen habe, lieber einen allgemeinen europäischen Krieg zu provozieren als eine vollständige Autonomie der unterworfenen Nationalitäten in der Tschechoslowakei hinzunehmen, wird zweifellos starker Druck auf Prag angesetzt werden.<<

23.09.1938: Staatspräsident Benesch ordnet am 23. September 1938 die Generalmobilmachung der tschechoslowakischen Armee an.

29.09.1938: Die westeuropäischen Diplomaten arbeiten am 29. September 1938 in München fieberhaft, um einen Kriegsausbruch zu verhindern.

Walther von Brauchitsch (ab 4.02.1938 Oberbefehlshaber des Heeres) und Franz Halder (ab

1.09.1938 Generalstabschef) wollen Hitlers Kriegspläne verhindern. Ein Stoßtrupp von etwa 30 jungen Offizieren, Studenten und Arbeitern wartet damals auf den Befehl, in die Reichskanzlei einzudringen und Hitler zu erschießen (x069/173-174).
Der geplante Staatsstreich wird jedoch nicht durchgeführt, weil die Briten und Franzosen schließlich vereinbaren, wegen der Sudetendeutschen keinen europäischen Krieg zu führen und Hitlers Forderungen akzeptieren (Konferenz von München). Die CSR muß die deutschen Siedlungsgebiete in Böhmen, Mähren und Schlesien bis zum 10.10.1938 an das Deutsche Reich abtreten. Die Rest-CSR erhält Sicherheitsgarantien der Großmächte.
30.09.1938: Als Großbritannien, Frankreich und Italien am 29./30. September 1938 dem Anschluß des Sudetenlandes an das Deutsche Reich zustimmen ("Münchener Abkommen"), atmet ganz Europa auf. Der Frieden ist scheinbar gerettet, denn Hitler beteuert, daß er nach Abtretung der sudetendeutschen Gebiete keine weiteren Gebietsforderungen stellen wird. In München finden damals große Freudenkundgebungen statt. Die Briten und Franzosen bereiten ihren Ministerpräsidenten ebenfalls begeisterte Friedensfeiern.
Die polnische Regierung stellt der Tschechoslowakei am 30. September 1938 ein Ultimatum, den Industriebezirk Teschen bis zum 2. Oktober 1938 abzutreten (Teschen gehörte bis 1919/20 zum Deutschen Reich).
Die tschechoslowakische Regierung erkennt am 30. September 1938 das Münchener Abkommen an. Die ungarische Regierung fordert am 30. September 1938 die Prager Regierung auf, Verhandlungen wegen der noch abzutretenden Gebiete zu führen.
01.10.1938: Gemäß dem "Münchener Abkommen" marschieren am 1. Oktober 1938 deutsche Truppen in die sudetendeutschen Gebiete ein.
Nach dem "Münchener Abkommen" (die Grenzen entsprechen fast den nordamerikanischen Vorschlägen von 1919) verlassen mehrere Tausend Deutsche die CSR. Gleichzeitig kehren Tausende von Tschechen, mit ihrem gesamten Hab und Gut, in die CSR zurück.
02.10.1938: Polnische Truppen besetzen am 2. Oktober 1938 das Olsa-Gebiet bzw. Teschen und jagen die einheimische tschechisch-deutsche Bevölkerung über die "neuen Grenzen" der Tschechoslowakei. Etwa 45.000 Deutsche und Tschechen werden kurzfristig nach Böhmen und Mähren vertrieben.
07.11.1938: Der 17jährige deutsch-polnische Jude Herschel Grynszpan schießt am 7. November 1938 in der Pariser Botschaft auf den deutschen Diplomaten Ernst vom Rath, um auf die unheilvolle Lage der Juden in Deutschland aufmerksam zu machen. Der Legationssekretär vom Rath (1909 in Frankfurt geboren) ist tragischerweise selbst ein erbitterter NS-Gegner und wird bereits seit längerer Zeit von der Gestapo überwacht.
Das NS-Regime nutzt diesen Mordanschlag (Rath stirbt 2 Tage später) als Vorwand für die berüchtigte Reichskristallnacht.
09.11.1938: Alle Staatspolizeiämter erhalten am 9. November 1938 per Fernschreiben geheime Anweisungen durch die Gestapo aus Berlin, die "planmäßigen Aktionen gegen Juden", die im gesamten Deutschen Reich stattfinden, nicht zu behindern (x191/65): >>Es werden in kürzester Frist in ganz Deutschland Aktionen gegen Juden, insbesondere gegen deren Synagogen stattfinden. Sie sind nicht zu stören. ... Es ist vorzubereiten die Festnahme von etwa 20.000 bis 30.000 Juden im Reiche. Es sind auszuwählen vor allem vermögende Juden.<<
Der SA-Befehl zur "Reichskristallnacht" am 9./10. November 1938 lautet (x243/60): >>Sämtliche jüdischen Geschäfte sind sofort von SA-Männern in Brand zu stecken. ... Die Feuerwehr darf nicht eingreifen. ... Der Führer wünscht, daß die Polizei nicht eingreift. ... An den zerstörten jüdischen Geschäften, Synagogen usw. sind Schilder anzubringen mit etwa folgendem Text:
Rache für Mord an vom Rath.
Tod dem internationalen Judentum. ...<<

Während der sogenannten "Reichskristallnacht" vom 9. bis zum 10. November 1938 läßt das NS-Regime in allen größeren deutschen Städten systematisch jüdische Synagogen, Geschäfte sowie Wohnhäuser plündern und zerstören. Diese vermeintlichen "Vergeltungsmaßnahmen gegen die Juden" führen die beauftragten NS-Organisationen der SA und SS durch. Die Zivilbevölkerung beteiligt sich nur in begrenztem Maß an diesen Judenverfolgungen.
Im Verlauf der heimtückischen Anschläge werden insgesamt etwa 7.500 jüdische Geschäfte zerstört, 171 jüdische Gotteshäuser (Synagogen) niedergebrannt, mindestens 91 Juden ermordet und zahlreiche Juden mißhandelt. Etwa 26.000 Juden werden verhaftet und in Konzentrationslagern interniert.
21.11.1938: Am 21. November 1938 stimmen die Sudetendeutschen mit großer Mehrheit für den Anschluß an das Deutsche Reich. Die sudetendeutschen Gebiete werden danach per Gesetz Bestandteile des Deutschen Reiches.
26.11.1938: Polen schließt am 26. November 1938 einen Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion, um sich im Osten Rückendeckung zu verschaffen.
Dezember 1938: Im Dezember 1938 erörtern Dr. Benesch (Präsident der tschechoslowakischen Exilregierung) und der spätere Minister Ripka erstmalig die Ausweisung der Sudetendeutschen, die nach dem Kriegsende erfolgen soll (x025/95).
1938: Bis 1938 nimmt Hitler eine Reihe von innen- und außenpolitischen Korrekturen vor, die nicht unberechtigt sind. Der selbsternannte "Führer" handelt meistens instinktiv richtig und erkennt oft frühzeitig die internationale Entwicklung und Schwachstellen seiner Gegner. Die eigenmächtig durchgeführten riskanten Revisionen stellen nicht nur eine angemessene internationale Beteiligung des Staates her, sondern sie beseitigen gleichzeitig einige nicht haltbare, vorsätzliche Ungerechtigkeiten des Versailler Vertrages.
Winston Churchill ist im Jahre 1938 immer noch von Hitler begeistert. Churchill meint, daß die bisherigen Leistungen des "Führers" weltgeschichtlich als Wunder einzuordnen seien (x025/128).
Das US-Nachrichtenmagazin "TIME" wählt Hitler im Jahre 1938 zum Mann des Jahres (x268/50).
Als das NS-Regime ab 1938 die Judenverfolgungen ("Reichskristallnacht" vom 9./10. November 1938) radikal verschärft, breitet sich zwar allmählich ein radikaler Antigermanismus aus, aber die Einwanderungsquoten für die verfolgten Juden werden erstaunlicherweise nicht erhöht, sondern von einigen Staaten sogar drastisch reduziert. In Nordamerika vermindern sich die Einwanderungsplätze z.B. im Jahre 1938 von 40.000 auf 20.000 Einwanderungsplätze im Jahre 1940 und 1941 sind es nur noch 10.000 Einwanderungsplätze für jüdische Einwanderer (x042/148).
Seit 1938 verhandeln das NS-Regime, Polen, Frankreich und England über einen Judenstaat auf der Insel Madagaskar (französische Kolonie), in Rhodesien (britische Kolonie) oder in Britisch-Guayana. US-Präsident Roosevelt schlägt später Äthiopien (seit 1936 durch Italien besetzt) als Einwanderungsland für die Juden vor. Mussolini hält Rußland für geeignet. Stalin bringt daraufhin Alaska ins Spiel und Roosevelt reicht später einen "Angola-Vorschlag" nach.
20.02.1939: Der britische Botschafter in Moskau schreibt am 20. Februar 1939 an das britische Außenministerium (x243/69): >>Die Sowjetpolitik (wird nicht) durch ideologische oder moralische ... Erwägungen beeinflußt, sondern ausschließlich durch die unmittelbaren Interessen des Sowjetstaates und seiner gegenwärtigen Herrscher. ...
Die Sowjetregierung möchte jegliches Vorgehen ... vermeiden, das sie in Gegensatz zu Deutschland bringen könnte. ...
Das erfreuliche Ergebnis eines ... Konflikts (zwischen Deutschland und den Westmächten wäre für sie) der ... Zusammenbruch beider Seiten. ...
Der Zusammenbruch Deutschlands ... würde ... zur Sowjetvorherrschaft in Osteuropa führen.

...<<
24.02.1939: Ungarn schließt sich am 24. Februar 1939 dem Antikominternpakt (Deutschland, Italien und Japan) an
Februar 1939: Der US-Diplomat William C. Bullit (bis 1941 US-Botschafter in Frankreich) erklärt bereits im Februar 1939 (x076/255): >>... Wir werden sicher nicht zu Anfang am Krieg teilnehmen, aber wir werden ihn beenden.<<
14.03.1939: Dr. Tiso (Führer der Slowaken) wird am 14. März 1939 durch Hitler vor die Wahl gestellt, entweder einen "unabhängigen" slowakischen Staat zu gründen oder von Ungarn besetzt zu werden.
Ministerpräsident Josef Tiso (1887-1947, ein überzeugter Hitler-Anhänger, wegen Hochverrat hingerichtet) trennt sich von den Tschechen und proklamiert am 14. März 1939 die Unabhängigkeitserklärung der Slowakei.
Die Karpaten-Ukraine wird seit dem 14. März 1939 durch ungarische Truppen besetzt (x041/97).
15.03.1939: Die Tschechoslowakei wird nach der Zustimmung des tschechoslowakischen Staatspräsidenten Hácha am 15. März 1939 kampflos besetzt ("Prager Coup"), weil die gutausgerüstete tschechoslowakische Armee keinen Widerstand leistet und sofort bedingungslos kapituliert.
Nach der kampflosen Besetzung der "Rest-CSR" erwarten die Westmächte weitere "NS-Raubzüge". England und Frankreich, die während der "Sudetenkrise" (September 1938) noch nicht "kriegsbereit" sind, bereiten sich jetzt in fieberhafter Eile auf den drohenden Krieg vor.
17.03.1939: Trotz der gewaltsamen Besetzung der Tschechoslowakei erläutert der britische Premierminister Chamberlain am 17. März 1939 in Birmingham, "daß die in den Pariser Verträgen festgelegten Grenzen ungerecht gewesen seien" (x028/56).
21.03.1939: Hitler bietet den Polen am 21. März 1939 langfristige Grenzgarantien und fordert nochmals die Rückgabe Danzigs und exterritoriale Verkehrswege (x041/97).
22.03.1939: Litauen stimmt am 22. März 1939 der Rückgabe des Memellandes an das Deutsche Reich zu. Das Memelland wird bereits am nächsten Tag in die deutsche Provinz Ostpreußen (Regierungsbezirk Gumbinnen) eingegliedert.
23.03.1939: Die polnische Regierung, die nach der englisch-französischen Garantieerklärung die eigenen militärischen Kräfte maßlos überschätzt, ordnet am 23. März 1939 im "Korridor" die polnische Teilmobilmachung an und lehnt am 26.03.1939 endgültig alle deutschen Forderungen ab (x041/97).
31.03.1939: England und Frankreich beenden nach der Nichtbeachtung des Münchner Abkommens am 31. März 1939 ihre Appeasement-Politik gegenüber Hitler und geben Garantieerklärungen ("Blankoschecks") für die Unabhängigkeit Polens ab (x041/97).
Neville Chamberlain (1869-1940, britischer Ministerpräsident) gibt der polnischen Regierung z.B. die Zusicherung, England werde Polen sofort Waffenhilfe gewähren, wenn Polen sich genötigt sehen sollte, die polnischen Streitkräfte gegen eine äußere Bedrohung einzusetzen (x069/175).
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die französisch-britischen Garantieerklärungen für Polen (x309/85-86): >>Ein entscheidender Schritt auf die "unvermeidliche deutsche Katastrophe" war dann der Ausbau der bereits bestehenden französisch-britischen Polengarantie zu einem dreiseitigen Beistandspakt im April 1939. Die Parteien verpflichteten sich, der jeweils anderen, sollte sie von einer "europäischen Macht" angegriffen werden, "nach Kräften Unterstützung und Hilfe zu leisten". ...
Der frühere US-Botschafter in Moskau, J. Davis, sah in dieser Konstruktion einen "Blankoscheck" für die Polen, und auch der amerikanische Botschafter in London, Joseph Kennedy, bemerkte, zum ersten Mal in der Geschichte Großbritanniens habe das Land die letzte Ent-

scheidung über einen Krieg außerhalb seiner Grenzen einer anderen Macht überlassen.
Polen konnte also wie ein Torero den deutschen Stier beliebig reizen, um dann im Konfliktfall nach der "unvermeidlichen deutschen Katastrophe" den "höchsten Gewinn" einzufahren.
Konsequenterweise äußerte der polnische Botschafter in Deutschland, Jozef Lipski, gegenüber dem englischen Botschaftsvertreter Orgilvie-Forbes, man habe nun keine Veranlassung sich für irgendwelche deutschen Angebote zu interessieren: Die polnischen Truppen würden bald auf Berlin marschieren. Tatsächlich baute man auf die eigene Stärke, auf eine schnelle militärische Unterstützung – vor allem durch Frankreich – und auch auf die deutsche Kriegsmüdigkeit. ...<<
01.04.1939: General Franco siegt nach fast 3 Jahren und beendet am 1. April 1939 offiziell den Bürgerkrieg.
Während des mit großer Grausamkeit geführten Spanischen Bürgerkrieges kommen etwa 500.000 bis 1.000.000 Menschen um (x051/552, x054/213). Nach dem Kriegsende fliehen ungefähr 150.000 Spanier nach Mittel- oder Südamerika und 150.000 nach Frankreich (x191/-79). Hunderttausende von republikanischen Soldaten geraten in Gefangenschaft. Franco läßt damals fast alle gefangenen Offiziere der Republikaner erschießen (x191/79). Die kriegsversehrten Soldaten der Regierungstruppen bekommen jahrelang keine Rentenzahlungen.
Nach dem Ende des Spanischen Bürgerkrieges schafft Franco sofort die parlamentarische Demokratie ab und regiert bis zu seinem Tod (1975) diktatorisch.
07.04.1939: Mussolini läßt am 7. April 1939 Albanien durch italienische Truppen besetzen, um sich seinen Wunsch nach einem "eigenen Meer" (die Adria) zu erfüllen.
18.04.1939: In Moskau führt Stalin am 18. April 1939 Bündnisverhandlungen mit den Briten und Franzosen (britisch-französisch-sowjetischer "Dreibund").
Stalin stellt jedoch bewußt unannehmbare Forderungen (z.B. Übernahme der baltischen Staaten und das sowjetische Durchmarschrecht für Polen und Rumänien), so daß die Verhandlungen später ergebnislos abgebrochen werden (x069/176).
03.05.1939: Nach der antideutschen Rede des polnischen Außenministers Beck vom 3. Mai 1939 wird klar, daß die polnische Regierung einen deutsch-polnischen Krieg erwartet und Kriegsvorbereitungen trifft (x104/277).
Mai 1939: Ab Mai 1939 verschlechtern sich die Lebensbedingungen der Volksdeutschen in Polen zusehends.
Zehntausende von Polen-Deutschen flüchten in jener Zeit über die deutsche Grenze und werden vorerst in Niederschlesien, Ostpommern und Ostpreußen untergebracht.
Der polnische Staat beteiligt sich aktiv an der Verfolgung der Volksdeutschen und führt systematische Willkür- und Zwangsmaßnahmen gegen die Volksdeutschen durch. Im polnischen Rundfunk und in polnischen Zeitungen verbreitet man regelmäßig antideutsche Propaganda. Alle deutschsprachigen Zeitungen werden verboten (x025/43).
21.06.1939: Stanislaw Mikolajczyk (1901-1966, seit Juli 1943 Ministerpräsident der antikommunistischen polnischen Exilregierung) erklärt am 21. Juni 1939 (x309/70): >>... Man muß sich darüber im Klaren sein, daß Polen so lange keinen Frieden kennen wird, bis es sich nicht auf die Oder stützen kann.<<
Juni 1939: Abgesandte bzw. Beobachter der britischen Regierung registrieren im Juni 1939 in einem Geheimbericht, der erst 1979 veröffentlicht wird, ein riskantes, aber wohlüberlegtes Vorgehen der polnischen Staatsführung (x025/183).
Dieser Geheimbericht schildert nicht nur den verbreiteten Chauvinismus und Antisemitismus der polnischen Bevölkerung, sondern er informiert auch über bereits vorhandene Annexions- und Vertreibungspläne der polnischen Regierung, die man nach dem erwarteten "allgemeinen Krieg" realisieren will.
15.07.1939: Während der polnischen Siegesfeiern am 15. Juli 1939 (529. Jahrestag der

Schlacht von Tannenberg) propagieren polnische Politiker schon die Übernahme der deutschen Ostgebiete.
Die Deutschen sollen ein zweites Tannenberg (polnisch = "Grunwald") erleben und schon bald würden die polnischen Fahnen über Danzig, Königsberg, Elbing und anderen ostdeutschen Städten wehen (x104/278).
24.07.1939: Ein sowjetisch-französisch-britischer Beistandsvertrag wird zwar am 24. Juli 1939 abgeschlossen, tritt jedoch später nicht in Kraft (x041/98).
Stalin entscheidet danach, Hitler wirtschaftlich zu unterstützen und beginnt geheime Verhandlungen mit dem NS-Regime.
14.08.1939: Die sowjetisch-britisch-französischen Militärverhandlungen über ein gemeinsames Vorgehen gegen das NS-Regime scheitern am 14. August 1939, weil die polnische Regierung ein sowjetisches Durchmarschrecht durch Polen ablehnt (x125/172).
19.08.1939: Außenminister Beck lehnt am 19. August 1939 die sowjetischen Forderungen nach einem Durchmarschrecht ab (x032/559): >>... Ich lasse nicht zu, daß man in irgendeiner Weise über die Benutzung eines Teils unseres Gebietes durch ausländische Truppen diskutiert. Wir haben keine Militärkonvention mit der Sowjetunion; wir wollen keine haben.<<
Die Sowjetunion und das NS-Regime schließen am 19. August 1939 in Moskau einen Wirtschaftsvertrag.
Stalin erteilt damals Befehle, das NS-Reich mit allen Mitteln zu begünstigen, denn Hitlers Entschluß, Polen und die europäischen Westmächte anzugreifen, soll durch die sowjetischen Rohstofflieferungen erleichtert und beschleunigt werden.
Stalin, der spätestens seit 1937 den Zweiten Weltkrieg für unvermeidlich hält, versucht etwa seit diesem Zeitpunkt mit allen indirekten politischen Mitteln, einen kriegerischen Zusammenstoß in Westeuropa zu provozieren oder mindestens zu fördern. Für Stalin zählt grundsätzlich nur der Erfolg. Die Frage der Bündnispartner spielt eine völlig untergeordnete Rolle. Entscheidend ist nur, daß die UdSSR auf jeden Fall auf der Seite der Sieger stehen muß.
Stalin ("der lachende Dritte") kündigt am 19. August 1939 an, daß die UdSSR in einem Krieg zwischen den "Imperialisten" als letzte Macht eingreifen werde x090/279.
Stalin rechnet damals bereits fest mit einem Krieg gegen "Hitler-Deutschland" und hält einen Krieg gegen das NS-Regime für unvermeidlich.
Der sowjetische Diktator bereitet sich deshalb frühzeitig auf diesen Krieg gegen Hitler vor.
20.08.1939: Die polnische Regierung erläutert am 20. August 1939 nochmals gegenüber den französischen Diplomaten die Verweigerung des sowjetischen Durchmarschrechts (x032/559): >>... Mit den Deutschen laufen wir Gefahr, unsere Freiheit zu verlieren. Mit den Russen verlieren wir unsere Seele.<<
23.08.1939: Reichsaußenminister von Ribbentrop unterzeichnet am 23. August 1939 in Moskau den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt.
Obwohl die Sowjetunion bereits monatelang Geheimverhandlungen mit den Westmächten geführt hatte, schließen die vermeintlichen Todfeinde Hitler und Stalin am 23. August 1939 "völlig überraschend" einen deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt ab ("die übrige Welt reagiert damals völlig sprachlos").
Dieser "Hitler-Stalin-Pakt" ermöglicht eigentlich erst den Angriff auf Polen, denn der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt gibt Hitler endlich die erforderliche Rückendeckung, um seine Kriegspläne zu verwirklichen.
28.08.1939: Der britische Botschafter Henderson versucht den deutsch-polnischen Krieg zu verhindern und bietet vom 28. bis zum 29. August 1939 Vermittlungsgespräche an.
Hitler stimmt direkten Verhandlungen zu und bittet Henderson, daß am 30. August 1939 ein polnischer Vertreter in Berlin erscheinen soll (Ultimatum).
30.08.1939: Am späten Nachmittag (30. August 1939) steht der Wortlaut des sogenannten 16-

Punkte-Planes (deutsch-polnisches Abkommen) endlich fest.
Bis Mitternacht (30. August 1939) trifft kein polnischer Unterhändler in Berlin ein.
In Polen erfolgt am 30. August 1939 die Mobilmachung (x041/98).
31.08.1939: Hitler (oberster Befehlshaber der Wehrmacht) erteilt am Mittag des 31. August 1939 mit der "Weisung Nr. 1" den Angriffsbefehl gegen Polen (x105/245):
>>Geheime Kommandosache
Nachdem alle politischen Möglichkeiten erschöpft sind, um auf friedlichem Wege eine für Deutschland unerträgliche Lage an seiner Ostgrenze zu beseitigen, habe ich mich zur gewaltsamen Lösung entschlossen.
Der Angriff gegen Polen ist nach den für den Fall Weiß getroffenen Vorbereitungen zu führen mit den Abänderungen, die sich beim Heer durch den inzwischen fast vollendeten Aufmarsch ergeben.
Aufgabenverteilung und Operationsziel bleiben unverändert.
Angriffstag: 1.9.1939
Angriffszeit: 4.45
Im Westen kommt es darauf an, die Verantwortung für die Eröffnung von Feindseligkeit eindeutig England und Frankreich zu überlassen. Geringfügigen Grenzverletzungen ist zunächst rein örtlich entgegen zu treten. Die von uns Holland, Belgien, Luxemburg und der Schweiz zugesicherte Neutralität ist peinlich zu achten ...<<
Der polnische Botschafter in Berlin, Lipski, lehnt am 31. August 1939 Hendersons Vermittlungsversuche ab.
Lipski erklärt (x041/98): >>... nicht daran interessiert zu sein, mit Deutschland auf dieser Basis zu verhandeln. ...<<
01.09.1939: Nach einem blutigen Grenzzwischenfall, der von deutschen SS-Sondereinheiten inszeniert wird (vorgetäuschter polnischer Überfall auf den deutschen Rundfunksender Gleiwitz in Oberschlesien), beginnt am 1. September 1939, um 4.45 Uhr (Beschießung der Westerplatte), ohne vorherige Kriegserklärung der überfallartige deutsche Angriff gegen Polen ("Fall Weiß").
03.09.1939: Am 3. September 1939 eröffnet man hauptsächlich im sogenannten "Korridor" bei Bromberg, in der Nähe von Lodz und in Warschau planmäßige Menschenjagden.
Während des sog. "Bromberger Blutsonntags" ereignen sich die ersten vorsätzlichen Massenmorde der deutsch-polnischen Geschichte. Der "Bromberger Blutsonntag" fordert in Polen etwa 6.000-7.000 deutsche Todesopfer (x025/44). Die Morde werden mehrheitlich von polnischen Militär-, Polizei- und paramilitärischen Jugendeinheiten verübt, nur ein geringer Teil geht zu Lasten der aufgehetzten polnischen Zivilisten. Das schnelle Vordringen der deutschen Truppen verhindert schließlich weitere Gewaltakte und rettet sicherlich vielen inhaftierten Volksdeutschen das Leben.
17.09.1939: Die Sowjetunion greift am 17. September 1939 in den Krieg gegen Polen ein.
Nachdem der deutsch-polnische Krieg fast entschieden ist, greifen sowjetische Truppen die ostpolnische Grenze an.
Stalin läßt diese "Befreiungsmission" angeblich durchführen, um die slawische Bevölkerung in den polnischen Gebieten der Westukraine, Belorußland und in Bessarabien vor der faschistischen Versklavung zu "schützen".
06.10.1939: Die letzten polnischen Kampfeinheiten werden am 6. Oktober 1939 durch überlegene deutsche Truppen zerschlagen und kapitulieren.
Während des deutsch-polnischen "Blitzkrieges" geraten rund 694.000 polnische Soldaten in deutsche Kriegsgefangenschaft. 217.000 Polen gehen in sowjetische Gefangenschaft (x041/-101). Etwa 100.000 polnische Soldaten fliehen nach Ungarn und werden z.T. im Frühjahr 1940 in die Truppen der westlichen Alliierten eingereiht.

Wehrmachtsverluste während des Polenfeldzuges: 10.572 Tote, 3.404 Vermißte und 30.322 Verwundete. Die UdSSR meldet 737 Tote und 1.859 Verwundete (x040/16).
Nach polnischen Angaben fallen während des deutsch-sowjetischen-polnischen Krieges insgesamt rund 123.000 polnische Soldaten (x064/140).
Nach dem deutschen Blitzsieg gegen Polen richtet Hitler am 6. Oktober 1939 Friedensangebote an England und Frankreich (x059/94): >>... Wir verzichten auf alle Gebietsforderungen im Westen, verlangen aber dafür freie Hand im Osten.<<
10.10.1939: Hitlers Friedensangebot vom 6. Oktober 1939 wird durch Frankreich am 10. Oktober 1939 abgelehnt (x040/16).
12.10.1939: Der britische Premierminister Chamberlain lehnt am 12. Oktober 1939 Hitler Friedensangebot vom 6. Oktober 1939 ab (x040/16).
Dezember 1939: Ab Dezember 1939 wird in Westpolen fast die gesamte polnische Führungsschicht inhaftiert oder z.T. sofort liquidiert. Das brutale Vorgehen der SS- und SD-Sondereinheiten wird damals in erster Linie mit den polnischen Ausschreitungen gegen die volksdeutsche Bevölkerung begründet ("Bromberger Blutsonntag").
Die Sowjets führen in den ostpolnischen Gebieten ebenfalls systematische Enteignungen und Massenverhaftungen durch. Den sowjetischen "Säuberungsaktionen" im Jahre 1939/1940 fallen hauptsächlich die polnische Intelligenz (Akademiker und Ingenieure), aber auch wohlhabende Bürger und Bauern sowie Priester der Ostkirche zum Opfer, während im Jahre 1944 vor allem politische Gegner verfolgt werden.
Nach polnischen Angaben kommen in Ost- und Westpolen insgesamt 22.392 Angehörige der polnischen Intelligenz um. Aufgrund der unterschiedlichen Bevölkerungsanteile in den deutschen und sowjetischen Besatzungsgebieten werden wahrscheinlich mehr als 50 % aller Mordopfer durch deutsche SS- und SD-Einsatzgruppen umgebracht (x025/172).
Die exilpolnische Zeitung "Dziennik Polski" berichtet später, daß die "Befreiung" Polens im Jahre 1944 mehr Opfer gekostet habe als der deutsch-polnisch-sowjetische Krieg im Jahre 1939 (x026/18).
10.05.1940: In Westeuropa beginnt am 10. Mai 1940 die erwartete deutsche Großoffensive.
Von der Nordsee bis nach Luxemburg greifen 2 deutsche Heeresgruppen nach dem "Manstein-Plan" an. Die massierten deutschen Panzereinheiten und motorisierten Infanteriedivisionen, die von starken Luftwaffenverbänden unterstützt werden, überrennen die neutralen Staaten Holland, Belgien und Luxemburg ohne Kriegserklärung.
11.05.1940: Die britische Regierung beschließt am 11. Mai 1940 die "Eröffnung der strategischen Luftoffensive" gegen das Deutsche Reich (x040/29).
16.05.1940: Am 16. Mai 1940 greifen erstmalig 99 britische Bomber Öllager und Bahnstrekken im Ruhrgebiet an.
30.05.1940: Als Frankreich bereits fast geschlagen ist, teilt Mussolini am 30. Mai 1940 seinen Entschluß mit, in den Krieg einzutreten (x040/31).
14.06.1940: Die sowjetische Regierung telegrafiert am 14. Juni 1940 an ihre Botschafter in Japan und China (x046/25): >>Wir würden allen Verträgen zustimmen, die einen Zusammenstoß zwischen Japan und den Vereinigten Staaten heraufbeschwören. ...<<
22.06.1940: Die deutsche Westoffensive wird am 22. Juni 1940 erfolgreich beendet.
In Compiègne wird danach am 22. Juni 1940, um 18.50 Uhr, der deutsch-französische Waffenstillstandsvertrag von Generaloberst Keitel und General Huntziger unterzeichnet.
Die deutschen Verluste des Frankreichfeldzuges betragen: 27.074 Tote, 111.034 Verwundete und 18.384 Vermißte. Die französischen Verluste betragen: 92.000 Tote, 200.000 Verwundete und rund 1,9 Millionen Kriegsgefangene. Die britischen Verluste betragen: 69.637 Tote (x040/37).
10.07.1940: Der 1. deutsche Luftangriff gegen Großbritannien erfolgt am 10. Juli 1940.

Stärkere Luftflotten (General Albert Kesselring und General Hugo Sperrle) bombardieren militärische Ziele in Süd-England (x040/38-39).
22.07.1940: Hitlers "letzter Friedensappell" (vom 19. Juli 1940) wird von Großbritannien am 22. Juli 1940 abgelehnt (x040/39).
Churchill erwartet, daß Nordamerika und die UdSSR früher oder später Verbündete der Briten werden.
01.08.1940: Hitler befiehlt am 1. August 1940 mit der "Weisung Nr. 17" den verschärften See- und Luftkrieg gegen England (x040/40).
13.08.1940: Am 13. August 1940 wird der "verschärfte See- und Luftkrieg" gegen England mit dem sogenannten "Adlertag" eröffnet. An diesem Tag werden rund 1.485 Einsätze geflogen. Die deutsche Luftwaffe verliert 34 Maschinen (x040/41).
02.09.1940: Für die US-Stützpunkte auf den Bermudas, den Bahamas, in Westindien, Britisch-Guayana sowie auf Neufundland (Nutzungsdauer: 99 Jahre) erwirbt England am 2. September 1940 u.a. 50 nordamerikanische Zerstörer, Munition und Waffen (x106/70).
Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges erhält Großbritannien US-Kriegsmaterial im Gesamtwert von rund 30,0 Milliarden Dollar.
27.09.1940: Das NS-Regime, Italien und Japan schließen am 27. September 1940 den Dreimächtepakt.
Die drei Vertragspartner verpflichten sich zu gegenseitiger militärischer und wirtschaftlicher Unterstützung, falls ein Partner "von einer Macht angegriffen wird, die gegenwärtig nicht in den europäischen Krieg oder in den chinesisch-japanischen Konflikt verwickelt ist" (Art. III des Dreimächtepaktes).
1940: Als Hitler im Jahre 1940 die "Zwangsgettoisierung" aller europäischen Juden anordnet, veröffentlichen die anglo-nordamerikanischen Massenmedien regelmäßig antideutsche Meldungen. Alle Deutschen werden allmählich mit dem verbrecherischen NS-Regime gleichgesetzt ("Sippenhaftung bzw. Kollektivschuld").
11.03.1941: Das neue Leih- und Pachtgesetz ermächtigt US-Präsident Roosevelt am 11. März 1941, alle "bedrohten Staaten", deren Schutz "für die Verteidigung der USA" wichtig ist, mit kriegswichtigen Gütern zu unterstützen. Nach Roosevelts Aussagen sollen die Vereinigten Staaten von Amerika ein "Arsenal der Demokratie" werden.
27.03.1941: In Washington wird am 27. März 1941 für den Fall einer Kriegsbeteiligung der USA die grundlegende strategische nordamerikanisch-britische Konzeption "Germany first" - danach Japan - festgelegt (x041/109).
06.04.1941: Da der italienische Griechenland-Feldzug kläglich gescheitert ist und die griechischen Truppen bereits nach Albanien vorstoßen, beginnt am 6. April 1941, um 5.15 Uhr, der Balkanfeldzug ("Marita") gegen Jugoslawien und Griechenland.
13.04.1941: Um Handlungsfreiheit gegenüber Nordamerika und für den Krieg gegen China zu erhalten, schließt Japan trotz der deutsch-japanischen Bündnisvereinbarungen am 13. April 1941 einen Neutralitätspakt mit der UdSSR (x040/68).
Dieser geheime sowjetisch-japanische Nichtangriffspakt gibt Stalin die nötige Rückendeckung und entscheidet wahrscheinlich den deutsch-sowjetischen Ostkrieg im Winter 1941/42.
30.04.1941: Der Balkanfeldzug wird nach Besetzung des griechischen Festlandes am 30. April 1941 beendet (Kriegsgefangene: 223.000 Griechen und 21.900 Briten).
Durch den Balkanfeldzug geht wertvolle Zeit verloren, die später beim deutsch-sowjetischen Ostkrieg fehlt. Der erbitterte jugoslawische Widerstand verzögert den deutschen Angriff gegen die UdSSR um mehrere Wochen. Diese Verzögerung wird sich im Ostkrieg 1941/42 verhängnisvoll auswirken. In Jugoslawien und Griechenland werden außerdem jahrelang starke deutsche Truppenverbände gebunden.
22.06.1941: Am 22. Juni 1941, um 3.15 Uhr morgens, beginnt der deutsche Überraschungs-

angriff gegen den sowjetischen Bündnispartner von 1939 (Napoleon hatte den Rußlandfeldzug im Jahre 1812 ebenfalls "rein zufällig" am 22. Juni eröffnet).
Die Wehrmacht greift mit 152 Divisionen an (3.050.000 Soldaten, 3.700 Panzer und 7.200 Geschütze). Die deutschen Luftflotten 1, 2 und 4 verfügen über 1.280 einsatzbereite Kampfflugzeuge (510 Bomber, 290 Stukas, 440 Jäger, 40 Zerstörer) und 120 Fernaufklärer (x040/-78-79).
Nach Hitlers Plänen soll der Rußlandfeldzug höchstens 5 Monate dauern. Die deutsche Wehrmacht wird zunächst von der 3. und 4. rumänischen Armee unterstützt. Später nehmen außerdem noch verbündete Kampfverbände aus Finnland, Frankreich, Italien, Spanien, der Slowakei und Ungarn am Rußlandfeldzug teil.
Die sowjetischen Streitkräfte verfügen zum Zeitpunkt des deutschen Angriffes an der Westfront über 291 Divisionen und 94 Brigaden (x047/276) mit mindestens 4,7 Millionen Soldaten, 15.000 Panzern, 35.000 Geschützen und 9.000 Flugzeugen (Truppenstärke der sowjetischen Streitkräfte im Juni 1940: 134 Divisionen mit ca. 2,0-2,5 Millionen Rotarmisten).
03.07.1941: Am 3. Juli 1941 proklamiert Stalin in einer Rundfunkrede den "Großen Vaterländischen Krieg" und ruft nach altbewährter russischer Tradition und Kriegstaktik zum Partisanenkrieg bzw. zur "Aktion der verbrannten Erde" auf.
27.07.1941: Am 27. Juli 1941 unterschreibt Generalfeldmarschall Keitel (auf Weisung Hitlers) einen Befehl, der Reichsführer SS Himmler die Vollmacht gibt, völlig unabhängig von der deutschen Wehrmacht, in eigener Verantwortung zu handeln (x030/198).
Mit dieser verhängnisvollen Weisung erhält Himmler den "Freibrief" für die geplanten "Säuberungsaktionen" in den osteuropäischen Besatzungsgebieten. Himmlers Einsatzgruppen können danach noch ungestörter schalten und walten.
Nach Beendigung der Kämpfe und dem schnellen Vormarsch der deutschen Wehrmachtstruppen rücken sofort die berüchtigten Einsatzkommandos der SS, Sicherheitspolizei (SIPO) und des Sicherheitsdienstes (SD) in die eroberten ostpolnischen und sowjetischen Gebiete ein. Diese "Einsatzkommandos" sollen zwar offiziell die feindlichen Partisanen hinter der deutschen Kampffront bekämpfen, aber ihre eigentliche Sonderaufgabe ist es, daß Ostjudentum vollständig auszurotten.
14.08.1941: Die westlichen Alliierten (Roosevelt und Churchill) legen am 14. August 1941 gemeinsame Kriegsziele fest und veröffentlichen die "Atlantik-Charta".
03.09.1941: Im Vernichtungslager Auschwitz finden vermutlich am 3. September 1941 die ersten "Probevergasungen" von Menschen mit Zyklon B statt. Zyklon B ist eine blausäurehaltige Chemikalie, die bisher zur Ungezieferbekämpfung eingesetzt wird.
Nach Erprobung dieser effektiven Mordtechnik errichtet man im Vernichtungslager Auschwitz weitere Gaskammern mit gasdichten Türen und Luken für den Gaseinwurf (x106/123).
06.11.1941: Am 6. November 1941 gewährt Nordamerika der Sowjetunion einen Pacht- und Leihkredit in Höhe von 1,0 Milliarden Dollar.
30.11.1941: Bis zum 30. November 1941 geraten bereits 3.806.865 sowjetische Soldaten, die überwiegend aus der Ukraine und anderen europäischen Gebieten der Sowjetunion stammen, in deutsche Kriegsgefangenschaft (x023/258).
Im Winter 1941/42 überlassen die zuständigen SS- und SD-Organisationen ungezählte sowjetische Kriegsgefangene dem Hungertod. Hunderttausende von sowjetischen Kriegsgefangenen werden in jener Zeit in total überfüllten Gefangenenlagern interniert und vegetieren dort größtenteils trotz eisiger Kälte, Schnee, Regen oder Wind wochenlang unter freiem Himmel, bis sie schließlich jämmerlich verhungern und qualvoll sterben.
07.12.1941: Die japanische Luftwaffe fliegt am 7. Dezember 1941 zwei Überraschungsangriffe gegen den US-Pazifik-Flottenstützpunkt Pearl Harbor.
Mit diesem überraschenden Angriff eröffnet Japan den Krieg gegen die Vereinigten Staaten

von Nordamerika.
11.12.1941: Hitler, der sich trotz der nordamerikanischen Neutralitätsverletzungen lange bemüht, den Nordamerikanern keinen Kriegsvorwand zu geben, eröffnet am 11. Dezember 1941 mit seiner Kriegserklärung an die USA völlig überraschend den Zweiten Weltkrieg, um Japan für den deutsch-sowjetischen Ostkrieg zu gewinnen.
19.12.1941: Die 4. deutsche Panzer-Armee (Oberbefehlshaber: Generaloberst Hoepner) zerschlägt am 19. Dezember 1941 an der Rusa das II. sowjetische Garde-Kavallerie-Korps.
Hitler entläßt Generalfeldmarschall von Brauchitsch (Oberbefehlshaber des Heeres) wegen eines angeblich schweren Herzleidens, übernimmt am 19. Dezember 1941 selbst den Oberbefehl über das deutsche Heer und entmachtet dadurch die gesamte militärische Führung.
Dezember 1941: Die Wehrmachtstruppen sind im Dezember 1941 mit ihrer Kraft fast am Ende. Nach dem Scheitern des Blitzkriegskonzeptes ist der Feldzug gegen die UdSSR bereits im Winter 1941/42 verloren.
Im Vernichtungslager Kulmhof (polnisch Chelmno), in der Nähe von Lodz, im Reichsgau Warthegau, beginnt im Dezember 1941 die Ermordung der Juden.
Nach den ersten NS-Massenvernichtungsaktionen gegenüber den europäischen Juden (ab 1941/42) wird "Hitler-Deutschland" durch die anglo-amerikanischen Massenmedien zu einer "vom Teufel besessenen Nation" erklärt. Infolge des unmenschlichen NS-Terrors macht sich schließlich fast niemand mehr die Mühe, zwischen Schuldigen und Unschuldigen zu unterscheiden, sondern man fordert kollektive Strafmaßnahmen (x025/157).
20.01.1942: Im Verlauf der "Wannsee-Konferenz", die am 20. Januar 1942 in einem Gebäude der Kripo am Großen Wannsee in Berlin stattfindet, kündigt Heydrich den Leitern der wichtigsten NS-Behörden die Endlösung der Judenfrage an.
28.03.1942: Am 28. März 1942 beginnt die "Strategische Luftoffensive" der Royal Air Force gegen das Deutsche Reich (x175/380).
234 britische Flugzeuge werfen am 28./29. März 1942 hauptsächlich 304 t Brandbomben über der Lübecker Innenstadt ab. Die erstmalig im Flächenbombardement eingesetzten Flüssigkeits-Brandbomben erzeugen verheerende Wirkungen. Dieser Luftangriff fordert 320 Tote und 785 Verletzte unter der Zivilbevölkerung. 1.425 Gebäude werden völlig zerstört. Die britischen Angreifer verlieren 12 Bomber (x040/123).
März 1942: Im Vernichtungslager Belzec werden ab Mitte März 1942 im Rahmen der "Endlösung" die ersten Vergasungen durchgeführt.
Mai 1942: Im Vernichtungslager Sobibór beginnen ab Mai 1942 die Massentötungen durch Kohlenmonoxyd (sehr giftiges, farb-, geruchloses- und brennbares Gas, CO).
22.06.1942: Im Rahmen der "Vernichtungsaktion Reinhard" (benannt nach Reinhard Heydrich, der am 4.06.1942 an den Folgen eines Attentats starb) werden vom 22. Juni bis zum September 1942 mehr als 500.000 polnische Juden durch deutsche, baltische und ukrainische Todesbrigaden ermordet (x043/249). Sie fallen mehrheitlich Massenerschießungen zum Opfer.
26.06.1942: Die Zeitung "Boston Globe" berichtet am 26. Juni 1942 (x042/27): >>Massenmord an Juden in Polen: über 700.000.
Im Rahmen eines systematischen Programms zur Ausrottung der Juden in Polen sind während des vergangenen Jahres über 700.000 Menschen ermordet worden.<<
07.07.1942: Der britische Außenminister Eden billigt am 7. Juli 1942 das "Vertreibungsprogramm der Tschechen".
Benesch wird danach von Eden informiert (x151/05): >>... (daß) seine Kollegen mit dem Prinzip der Umsiedlungen einverstanden seien. ...<<
Das britische War Cabinet schlägt am 7. Juli 1942 vor, die deutschen Minderheiten nach dem Krieg aus Ost- und Südosteuropa zu "transferieren" (x020/55): >>... dort wo es notwendig und

wünschenswert erscheint ...<<
Außenminister Eden beauftragt anschließend das britische Foreign Office mit der Ausarbeitung von "Umsiedlungsplänen". Die britischen Experten ermitteln später eine Zahl von maximal 7,0 Millionen Ostdeutschen, die im Westen aufgenommen werden können.
Oktober 1942: Im Lager Maidanek, das man bisher hauptsächlich als "Auffang- und Durchgangslager" für sowjetische Kriegsgefangene und polnische Zwangsarbeiter genutzt hatte, läßt das NS-Regime spätestens ab Oktober 1942 Massentötungen in Gaskammern durchführen.
25.11.1942: Die New Yorker Zeitung "Herald Tribune" und 10 weitere US-Tageszeitungen berichten am 25. November 1942 über den "Ausrottungsfeldzug" gegen die in den von den Nazis besetzten Ländern Europas lebenden 4 Millionen Juden (x046/175): >>... (Rabbi Dr.) Wise (Präsident des American Jewish Congress) sagt, Hitler habe die Ermordung von 4 Millionen Juden befohlen ...<<
25.01.1943: Während der Konferenz von Casablanca (14.01.-25.01.1943) vereinbaren Roosevelt und Churchill, auf Sizilien zu landen.
Bei der abschließenden Presseerklärung verkündet Roosevelt am 25. Januar 1943, daß nur noch die vollständige militärische und staatlich-politische Kapitulation - "Unconditional Surrender" - der Deutschen in Frage kommen würde (x069/188). Jeder Waffenstillstand (auch mit einer "neuen" deutschen Regierung, nach einem Sturz Hitlers) wird damit strikt ausgeschlossen (x041/123).
Für das NS-Regime und den deutschen Widerstand ist es jetzt endgültig zu spät, den Krieg durch politische Lösungen zu beenden. Diese vollständige militärische und staatlich-politische Kapitulationsforderung verlängert den Zweiten Weltkrieg unnötig, fordert unzählige sinnlose Opfer und unterstützt letzten Endes Stalins Expansionspläne. Die bedingungslose Kapitulationsforderung der westlichen Alliierten wird von der NS-Propaganda bis zum Kriegsende unermüdlich eingesetzt, um den Durchhaltewillen und die Kampfbereitschaft der Deutschen zu steigern.
02.02.1943: Der Nordkessel der 6. deutschen Armee (Generaloberst Strecker) kapituliert am 2. Februar 1943 und beendet damit endgültig den Kampf um Stalingrad.
Von den ursprünglich rund 250.000 deutschen und verbündeten Soldaten im Kessel von Stalingrad können nur ca. 24.000 Verwundete und ca. 10.000 "Spezialisten" ausgeflogen werden, Etwa 91.000 Soldaten geraten in sowjetische Kriegsgefangenschaft. Bei den Versorgungs- bzw. Evakuierungsflügen verliert die deutsche Luftwaffe 488 Flugzeuge mit rund 1.000 Luftwaffen-Soldaten (x040/160).
18.02.1943: Im Berliner Sportpalast verkündet Reichspropagandaminister Goebbels am 18. Februar 1943 unter dem tosenden Jubel von etwa 10.000 "ausgewählten" NS-Parteigenossen den "totalen Krieg".
22.02.1943: Die Studenten Hans Scholl und Sophie Scholl (1918 und 1921 in Württemberg geboren) sowie Christoph Probst (1919 geboren) werden nach einem Volksgerichts-Schnellverfahren am 22. Februar 1943 zum Tod verurteilt und bereits einige Stunden später hingerichtet (Enthauptung durch das Fallbeil).
30.04.1943: Die "Bermuda-Konferenz" (vom 19.04.-30.04.1943, Verhandlung von nordamerikanischen und britischen Delegationsmitgliedern über die Rettung der europäischen Juden) wird am 30. April 1943 ergebnislos beendet.
Die New York Times berichtet später über die "Bermuda-Konferenz" (x042/143): >>Für 5.000.000 Juden in der Nazi-Todesfalle war Bermuda eine grausame Verhöhnung. ...<<
Der nordamerikanische Rabbi Israel Goldstein berichtet später über diese Konferenz (x042/-145): >>... Aufgabe der Bermuda-Konferenz war nicht die Rettung der Opfer des Nazi-Terrors, sondern die Rettung unseres State Department und des britischen Foreign Office. ...
Den Opfern wird nicht geholfen, weil die Demokratien sie nicht haben wollen ...<<

10.06.1943: Die westlichen Alliierten beginnen am 10. Juni 1943 ihre sogenannte "Combined Bomber Offensive" gegen das Deutsche Reich.
Nach den Vereinbarungen von Casablanca fliegt die US-Luftflotte Tagesangriffe (Präzisionsbombardierungen), während die britische RAF nur Nachtangriffe (Flächenbombardierungen) durchführt.
25.07.1943: In Italien bricht das faschistische System zusammen. Mussolini wird am 25. Juli 1943 gestürzt und verhaftet.
Der neue Regierungschef Marschall Badoglio bleibt zunächst Verbündeter des NS-Reiches.
30.07.1943: Die britischen Nachtangriffe und die Tagesangriffe der Nordamerikaner vom 24. bis zum 30. Juli 1943 gegen Hamburg (Operation "Gomorrha") richten gewaltige Zerstörungen an.
Bilanz der anglo-amerikanischen Luftangriffe: 30.482 Tote, außerdem werden 277.330 Wohnungen, 2.632 gewerbliche Betriebe, 580 Industriebetriebe, 80 Wehrmachtsanlagen, 24 Krankenhäuser, 277 Schulen und 58 Kirchen zerstört. Im Hafen versenken die britischen und nordamerikanischen Bomber insgesamt 180.000 BRT Schiffsraum (x040/177).
20.11.1943: Hitler verkündet am 20. November 1943 in Breslau vor 20.000 Offiziersanwärtern (x033/427-428): >>... Wenn Deutschland diesen Kampf für sich selbst und für Europa nicht gewänne, käme die Barbarei der Steppe über unseren Kontinent. ...
(Bei diesem Krieg handele es sich um) ein gigantisches Ringen zwischen Völkern und Rassen, in dem die eine Weltanschauung siegt und die andere unbarmherzig vernichtet wird. Das heißt:
Das Volk, das verliert, beendet sein Dasein!<<
Die polnische Heimatarmee ruft am 20. November 1943 zum Partisanenkrieg gegen die deutschen Truppen auf (x040/193).
General Bor-Komorowski (Oberbefehlshaber der polnischen Heimatarmee) befiehlt auf Grund einer Weisung der polnischen Exilregierung, alle deutschen Truppen, die auf polnische Gebiete zurückweichen, mit allen Mitteln zu bekämpfen (Aktion "Burza").
01.12.1943: Im Verlauf der Konferenz von Teheran (28.11.-1.12.1943) einigen sich die "Großen Drei" (Premierminister Churchill, US-Präsident Roosevelt und Regierungschef Stalin) bereits grundsätzlich über die politische Zukunft und das wirtschaftliche Schicksal des Deutschen Reiches.
Die Vorschläge für die Westverschiebung der polnischen Grenzen werden in das offizielle Teheraner Verhandlungsprotokoll aufgenommen. Von der Lausitzer Neiße, Niederschlesien und Stettin ist in Teheran noch nicht die Rede.
15.01.1944: Die Briten legen am 15. Januar 1944 in London ihren Aufteilungsplan des Deutschen Reiches vor (x041/129): Ost-West-Demarkationslinie = Lübeck - Helmstedt - Eisenach - Hof.
Nach der zusätzlichen Festlegung von getrennten Besatzungszonen stimmt die UdSSR dem britischen Plan am 18.02.1944 zu.
US-Präsident Roosevelt erteilt die Zustimmung am 1.06.1944.
Januar 1944: Das britische Foreign Office berichtet Anfang 1944, daß die Deutschen in den von sowjetischen Truppen besetzten Gebieten einer unerfreulichen Zeit entgegengehen dürften, was das Problem der Umsiedlung insofern aber vereinfachen könnte, da sehr viele fliehen, die Vertreibungsgebiete also freiwillig verlassen würden (x020/57).
01.04.1944: Am 1. April 1944 beginnen die Massendeportationen der jüdischen Bevölkerung aus Südeuropa (Griechenland und Ungarn) nach Auschwitz.
04.04.1944: Alliierte Aufklärer erstellen am 4. April 1944 erstmalig Luftaufnahmen des Vernichtungslagers Auschwitz (x033/472).
Angesichts der "großen technischen Schwierigkeiten" lehnen die Nordamerikaner jedoch

Bombardierungen ab.
01.05.1944: Am 1. Mai 1944 meldet das deutsche Amt für Kriegsgefangene 5.165.381 sowjetische Gefangene.
Die NS-Statistiker registrieren damals bereits rund 2,0 Millionen "Todesfälle" und 1.030.157 Gefangene, die man "auf der Flucht" erschossen oder dem SD übergeben hat (x033/480).
Von den etwa 5,7 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen fallen während des Zweiten Weltkrieges insgesamt ca. 3,3 Millionen Kriegsgefangene der organisatorischen Unzulänglichkeit, aber mehrheitlich den rassenideologischen NS-Vernichtungsplänen zum Opfer (x041/112).
Den überlebenden Rotarmisten geht es mehrheitlich nicht besser. Fast alle sowjetischen Kriegsgefangenen, die später von der Roten Armee befreit werden, kommen zunächst in sowjetische Untersuchungslager und werden dann bestenfalls in die Verbannung nach Sibirien verschickt (x091/29).
06.06.1944: In Nordfrankreich beginnt am 6. Juni 1944 die Normandieinvasion (Kennwort: "Overlord") der westlichen Alliierten, die ursprünglich im Frühjahr stattfinden sollte.
Im Verlauf dieser gigantischen Invasion setzen die Nordamerikaner und Briten 12.837 Flugzeuge und 5.319 Schiffe ein (x090/290). Die alliierten Luftflotten fliegen in den ersten 24 Stunden 14.674 Einsätze, während die deutsche Luftwaffe nur 319 Gegenangriffe durchführen kann (x040/214-215). Aufgrund der absoluten Luftüberlegenheit landen bereits am 1. Tag 8 feindliche Divisionen.
Generalfeldmarschall Rommel (Oberbefehlshaber der deutschen Heeresgruppe B) darf die 2. Armee nicht gegen die Invasionstruppen einsetzen, weil Hitler den Hauptangriff am Pas de Calais erwartet. Bis zum 29.07.1944 transportieren die Alliierten rund 1,5 Millionen Soldaten nach Frankreich (x040/225). Auf diese alles entscheidende "2. Front" in der Normandie haben die Sowjets nur gewartet.
22.06.1944: Genau 3 Jahre nach dem deutschen Angriff gegen die UdSSR beginnt am 22. Juni 1944 in Weißrußland, im Mittelabschnitt der Ostfront, die große sowjetische Sommeroffensive. Die Heeresgruppe Mitte (Generalfeldmarschall Busch, mit rd. 400.000 Soldaten) wird von über 2.200.000 sowjetischen Soldaten (1. Baltische Front und 1.-3. Weißrussische Front) frontal angegriffen. An manchen Frontabschnitten greifen die Rotarmisten mit 10 bis 20facher Truppenüberlegenheit an und walzen die Verteidigungsstellungen unaufhaltsam nieder.
Vom 22. Juni bis zum 8. Juli 1944 werden in Weißrußland 28 Divisionen der deutschen "Heeresgruppe Mitte" (Generalfeldmarschall Busch) fast vollständig zertrümmert. Rd. 350.000 deutsche Soldaten fallen oder gelten danach als vermißt (x040/221).
Nach der vernichtenden Niederlage in Weißrußland ist die militärische Lage des deutschen Ostheeres vollkommen hoffnungslos. Eine reale Chance, die Rote Armee vor den deutschen Reichsgrenzen aufzuhalten, besteht nicht mehr. Anstatt die Ostfront mit allen Mitteln zu unterstützen und die ostdeutsche Zivilbevölkerung zu evakuieren, läßt Hitler später sogar noch mehrere kampfstarke Wehrmachtsverbände an die Westfront verlegen, um die Atlantikinvasion der Westalliierten abzuwehren.
20.07.1944: Im Führerhauptquartier "Wolfsschanze", bei Rastenburg in Ostpreußen, scheitert am 20. Juli 1944, um 12.42 Uhr, ein Bombenattentat auf Hitler.
Im Zusammenhang mit dem "Hitler-Attentat vom 20. Juli 1944" verlieren insgesamt ca. 5.000 verdächtige Deutsche (davon etwa 180-200 Direktbeteiligte des 20. Juli 1944) ihr Leben (x061/486).
Das tragische Scheitern des Umsturzversuches vom 20. Juli 1944 bedeutet nicht nur das Ende der demokratischen Widerstandsbewegungen, sondern vor allem die Ostdeutschen und alle noch lebenden Juden sind jetzt endgültig rettungslos verloren.
Die deutsche Geschichte und das Schicksal der deutschen Ostprovinzen hätten vielleicht noch

einen wesentlich anderen Verlauf genommen, wenn dieser Militärputsch gegen Hitler und seine NS-Anhänger erfolgreich verlaufen wäre. Aufgrund der alliierten Beschlüsse und Pläne hätte das Deutsche Reich zwar kaum bessere "Friedensbedingungen" erhalten, aber mehrere Millionen Menschen wären wahrscheinlich nicht umgekommen, sondern am Leben geblieben.
22.07.1944: Am 22. Juli 1944 veröffentlicht das kommunistische Lubliner Komitee in Polen das "Manifest der Nationalen Befreiung".
Nach dem sowjetischen Einmarsch werden in Polen alle bisherigen und zukünftigen Gewalttaten durch "dehnbare Gesetze", Dekrete und Verordnungen legalisiert, um mit den Reichs- und Volksdeutschen abzurechnen. Die faschistisch-hitleristischen Verbrechen werden derartig allgemein gefaßt, daß praktisch jede Willkürmaßnahme erlaubt ist. Nach der "Befreiung" Zentral- und Westpolens füllen sich schon bald die polnischen Zuchthäuser, Gefängnisse und Konzentrationslager. Für die rechtlosen Deutschen beginnen grausame Zeiten.
11.08.1944
Am 11. August 1944 beginnt die Auflösung des Vernichtungs- und Zwangsarbeitslagers Auschwitz-Birkenau. In den folgenden Tagen und Wochen hetzt man die überlebenden Auschwitz-Häftlinge in Todesmärschen bzw. Hungertransporten nach Buchenwald, Sachsenhausen und Flossenbürg (x033/522).
02.09.1944
Die nordamerikanische "Dreierkommission" (Außenminister Hull, Kriegsminister Stimson und Finanzminister Morgenthau) veröffentlicht am 2. September 1944 den sog. "Morgenthau-Plan".
Nach dem sog. "Morgenthau-Plan" soll das "Problem Deutschland" endgültig und radikal erledigt werden. Sämtliche Industrieanlagen des Deutschen Reiches sind vollständig zu demontieren bzw. zu zerstören. Die nordamerikanische "Dreierkommission" ist fest entschlossen, das "Nazireich" auf die Stufe eines Agrarlandes zurückzuführen.
11.09.1944: 234 britische Bomber richten am 11. September 1944 in Darmstadt schwere Verwüstungen an. Im Stadtgebiet sterben 12.000 Menschen. Mindestens 70.000 Einwohner werden obdachlos (x040/236).
US-Truppen erreichen am 11. September 1944 nördlich von Trier die westdeutschen Reichsgrenzen.
15.09.1944: Roosevelt und Churchill unterzeichnen am 15. September 1944 in Quebec den modifizierten (abgewandelten) Morgenthau-Plan.
Cordell Hull (US-Staatssekretär des Äußeren) schreibt damals in einem Memorandum für Präsident Roosevelt (x063/599): >>... Nur 60 % der Deutschen könnten sich auf dem Lande erhalten, 40 % werden sterben. ... Seinem Wesen nach war dies ein Plan (Morgenthau-Plan) blinder Rache. Blind, weil er übersah, daß mit dem Schlag gegen Deutschland der gleiche Schlag gegen ganz Europa geführt würde. Indem man die deutsche Industrie zerstöre, zerstöre man zum großen Teil die Wirtschaft Europas, die seit vielen Generationen von den in Deutschland produzierten Rohmaterialien abhängt.<<
17.09.1944: Ilja Ehrenburg schreibt am 17. September 1944 in der sowjetischen Frontzeitung "Unitschtoshim Wraga" (x028/85): >>... Die Deutschen werden die Stunde verfluchen, da sie unseren Boden betraten. Die deutschen Frauen werden die Stunde verfluchen, in der sie ihre Söhne - Wüteriche - geboren haben. Wir werden nicht schänden. Wir werden nicht verfluchen. Wir werden nicht hören. Wir werden totschlagen!<<
02.10.1944: Nach 4 Wochen schlagen die deutschen Truppen am 2. Oktober 1944 den polnischen Aufstand (1.08.-2.10.1944) mit gnadenloser Härte nieder.
Die antikommunistische "AK-Heimatarmee" (Führung: General Graf Bor-Komorowski) kapituliert und gerät in deutsche Kriegsgefangenschaft. Im Verlauf der wochenlangen Straßen- und Häuserkämpfe fallen 16.000 polnische AK-Angehörige. 6.000 AK-Angehörige werden

verwundet. Etwa 166.000 polnische Zivilisten kommen vermutlich durch Kriegseinwirkungen, Hunger, Seuchen und Massenerschießungen um.
Die deutschen Verluste betragen etwa 2.000 Gefallene und 9.000 Verwundete.
05.10.1944: Ilja Ehrenburg schreibt am 5. Oktober 1944 in der sowjetischen Zeitung "Soviet War News" (x046/183): >>... Sie (die Deutschen) machten auch keinen Versuch, ihre Taten in Polen zu tarnen, wo sie "Vernichtungslager" in Maidanek, Sobibor, Bolzyce und Treblinka errichteten und Millionen – ich wiederhole Millionen wehrloser Menschen abschlachteten. ...
Wenn die Deutschen Millionen von Juden töteten, so ist die Tatsache, daß diese Juden waren, nur für den "Rassisten" von Wichtigkeit, daß diese Opfer menschliche Wesen waren. ...
Hunderttausende (von Deutschen) sind schuldig an Verbrechen und Millionen der Komplizenschaft.<<
Südlich von Schaulen eröffnet die sowjetische Artillerie am 5. Oktober 1944 ein stundenlanges Trommelfeuer gegen die deutschen Stellungen in Ostpreußen. Nachdem man die Front "sturmreif" geschossen hat, brechen sowjetische Panzer- und Infanterietruppen durch die Abwehrlinien und stoßen in Richtung Memel und Tilsit vor.
20.10.1944: Die sowjetische Frontzeitung "BOEVAJA TREVOGA" fordert am 20. Oktober 1944 zur Rache auf (x046/282): >>Erzittere Deutschland! ... Erzittere verfluchtes Deutschland! Wir werden Dich mit Feuer und Schwert durchziehen und in Deinem Herzen den letzten Deutschen, der russischen Boden betreten hatte, erstechen. ...<<
Bei Großwaltersdorf an der Rominte und in Nemmersdorf (Kreis Angerapp) schießen sowjetische Panzertruppen am 20. Oktober 1944 mehrere ostpreußische Flüchtlingstrecks zusammen und überrollen sie anschließend.
Nemmersdorf in Ostpreußen wird am 20. Oktober 1944 von sowjetischen Einheiten der 11. Gardearmee (Generaloberst Galizki) besetzt. Die Sowjets verüben in Nemmersdorf unfaßbare Greueltaten. Dem ersten sowjetischen Massaker im Deutschen Reich fallen 73 wehrlose Zivilisten zum Opfer. Es handelt sich bei den Mordopfern um 72 Frauen und Kinder sowie um einen 74jährigen Mann. Alle sind Ostpreußen und stammen aus Nemmersdorf. Die Ermordeten werden nach der Rückeroberung von deutschen Truppen entdeckt (x001/8).
In Nemmersdorf ermorden die sowjetischen "Befreier" außerdem 50 französische Kriegsgefangene (x021/27).
Oktober 1944: Ab Oktober 1944 besetzen serbische Partisanen die deutsch-jugoslawischen Siedlungsgebiete. Nach dem Eintreffen der serbischen Geheimpolizei OZNA (Abt. für den "Schutz des Volkes") folgen unverzüglich Hausdurchsuchungen und Massenverhaftungen. Der Dienst bei der Waffen-SS oder die Mitgliedschaft in NS-Organisationen wirkt sich für die Volksdeutschen besonders verhängnisvoll aus.
Von Oktober bis November 1944 werden mindestens 7.200 Jugoslawien-Deutsche durch Massenerschießungen umgebracht (x010/51).
16.11.1944: Ilja Ehrenburg schreibt am 16. November 1944 in der sowjetischen Zeitung "Soviet War News" (x046/235-236): >>Wir werden ein Ende mit Deutschland machen. ... Es ist nicht damit getan, Deutschland zu besiegen. Es muß ausgelöscht werden. ...<<
26.11.1944: Himmler erteilt am 26. November 1944 den Befehl, die Vergasungen im Vernichtungslager Auschwitz einzustellen und alle Spuren zu beseitigen (x106/38).
Tausende von Überlebenden werden danach in Todesmärschen oder mit Güterzügen in die längst überfüllten westdeutschen Konzentrationslager verlagert.
04.12.1944: Britische RAF-Bomber fliegen am 4./5. Dezember 1944 vernichtende Nachtangriffe gegen Karlsruhe und Heilbronn.
Allein in Heilbronn sterben 7.147 Zivilisten (x040/252).
7.12.1944: Ilja Ehrenburg schreibt am 7. Dezember 1944 in der sowjetischen Zeitung "Soviet War News" (x046/233): >>... Was die deutschen Frauen angeht, so rufen sie in uns nur ein

Gefühl des Abscheues hervor.
Wir verachten sie, weil sie die Mütter, Frauen und Schwestern von Henkern sind. Wir verachten sie, weil sie ihren Söhnen, Männern und Brüdern schrieben: "Schicke uns einen schönen Pelzmantel!" Wir verachten sie, weil sie Diebe und Lockvögel sind. Wir brauchen keine dieser flachshaarigen Hyänen.
Wir kommen nach Deutschland für etwas anderes – für Deutschland. Und diese spezielle flachshaarige Hexe wird uns nicht so leicht entgehen.<<
10.12.1944: De Gaulle (provisorischer französischer Regierungschef) und Bidault (französischer Außenminister) schließen am 10. Dezember 1944 in Moskau einen französisch-sowjetischen Bündnisvertrag (Laufzeit: 20 Jahre).
Da de Gaulle die Anerkennung des kommunistischen Lubliner Komitees ablehnt, verweigert Stalin die von Frankreich geforderte Abtrennung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes. De Gaulle stimmt aber der Oder-Neiße-Linie zu und akzeptiert damit, daß Ostpreußen, Schlesien, Ostpommern und Ostbrandenburg an Polen fallen sollen (x041/136).
16.12.1944: Stalin unterschreibt am 16. Dezember 1944 die völkerrechtswidrige Weisung 7161 des Staatlichen Verteidigungskomitees und ordnet damit die Deportation von arbeitsfähigen Volksdeutschen aus Jugoslawien, Rumänien, Ungarn, Bulgarien und aus der Tschechoslowakei zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion an (x046/279).
18.12.1944: Das kommunistische Lubliner Komitee veröffentlicht am 18. Dezember 1944 in der "Prawda" die bisher umfangreichsten Gebietsforderungen (x024/116).
Mit Breslau und Stettin fordert man sogar große Gebiete westlich der Oder (die spätere Oder-Neiße-Linie). Stalin unterstützt diese polnischen Gebietsansprüche.
US-Außenminister Stettinius (Nachfolger von Cordell Hull) erklärt am 18. Dezember 1944, daß die nordamerikanische Regierung alle Grenzregelungen bis zum Kriegsende vertagen wird (x040/254).
21.12.1944: Außenminister Bidault bestätigt am 21. Dezember 1944, daß die französische Regierung mit der geplanten Abtretung der preußischen Provinzen Ostpreußen, Ostpommern und Schlesien einverstanden ist (x040/254).
22.12.1944: Ilja Ehrenburg schreibt am 22. Dezember 1944 in der sowjetischen Zeitung "Soviet War News" – 5 Wochen vor der Befreiung des NS-Vernichtungslagers Auschwitz - (x046/183): >>... Frage irgendeinen deutschen Gefangenen, warum seine Landsleute sechs Millionen unschuldiger Menschen vernichteten, und er wird ganz einfach antworten: "Warum, sie waren Juden".<<
Dezember 1944: In Jugoslawien, Rumänien und Ungarn beginnen Ende Dezember 1944 die ersten Zwangsverschleppungen nach Sibirien.

Gliederung (im Überblick):

01.	**Zweiter Weltkrieg** - Ostkrieg (gegen UdSSR) - Westkrieg (gegen die westlichen Alliierten) - Anti-Hitler-Koalition (politische Absprachen, Nachkriegspläne etc. der ausländischen Gegner des NS-Regimes während des Zweiten Weltkrieges) - NS-Regime (Ausbau und Festigung des gesetzlosen Terrorstaates)
02.	**Deutsches Reich** (aktiver und passiver Widerstand gegen den NS-Terror) - Österreich (nach der Volksabstimmung im Jahre 1938 eine Provinz des "Großdeutschen Reiches")
03.	**Nordeuropa** - Dänemark - Norwegen - Schweden - Finnland
04.	**Ostmitteleuropa** - Estland - Lettland - Litauen - Polen - CSR (ab 16. März 1939 Reichsprotektorat Böhmen und Mähren, die Slowakei wird 1939 unabhängig)
05.	**Osteuropa** - UdSSR
06.	**Südosteuropa** - Ungarn - Jugoslawien - Rumänien - Bulgarien - Albanien - Griechenland - Türkei
07.	**Südeuropa** - Italien - Spanien - Portugal
08.	**Westeuropa** - Schweiz - Liechtenstein - Frankreich - Luxemburg - Belgien - Niederlande - Großbritannien - Irischer Freistaat (ohne Nordirland)

09.	**Amerika** - Kanada - USA - Mittelamerika - Südamerika
10.	**Asien**
11.	**Afrika**
12.	**Australien**

Glanz und Elend der deutschen Geschichte Glanz und Elend von 1934 bis zum 31. August 1941

1934

Wer ist der größte Elektriker? Adolf Hitler! Er hat 80 Millionen gleichgeschaltet, Kraft durch Freude erzeugt, Deutschland isoliert, Moskau ausgeschaltet, Italien eingeschaltet und Röhm geerdet.
NS-Spottvers

01.01.1934

NS-Regime: Am 1. Januar 1934 tritt das "Sterilisierungsgesetz" in Kraft.
Dieses "NS-Sterilisierungsgesetz" fordert die Sterilisierung von 400.000 Männern und Frauen. Unter diesen Personen sind etwa 200.000 Schwachsinnige, 60.000 Epileptiker und 80.000 Schizophrene (x032/109).
Schweiz: Der deutsche Staatssekretär Ernst Freiherr von Weizsäcker (1882-1951, 1949 zu 7 Jahren Haft verurteilt) schreibt am 1. Januar 1934 in Bern (x032/109): >>Über das letzte Jahr kann man nur still den Vorhang ziehen. ...<<

26.01.1934

Polen: Polen und das Deutsche Reich schließen am 26. Januar 1934 einen Nichtangriffs- und Freundschaftspakt, der damals das französisch-polnische Bündnissystem nachhaltig erschüttert (x300/135): >>... Beide Regierungen erklären ihre Absicht, sich in den ihre gegenseitigen Beziehungen betreffenden Fragen, welcher Art sie auch sein mögen, unmittelbar zu verständigen. Sollten etwa Streitfragen zwischen ihnen entstehen, und sollten sich deren Bereinigung durch unmittelbare Verhandlungen nicht erreichen lassen, so werden sie in jedem besonderen Falle aufgrund gegenseitigen Einvernehmens eine Lösung durch andere friedliche Mittel suchen. ...
Unter keinen Umständen werden sie jedoch zum Zweck der Austragung solcher Streitfragen zur Anwendung von Gewalt schreiten.<<
Um die angestrebten außenpolitischen Pläne zu verwirklichen, benötigt Hitler vorläufige Rükkendeckung im Osten. Ein deutsch-polnisches Bündnis gegen die Sowjetunion lehnen die Polen jedoch entschieden ab, denn sie verfolgen wesentlich andere Ziele.
Für Pilsudski bedeutet das deutsch-polnische Abkommen lediglich eine "Ruhepause" (x064/-134): >>... Danach müssen wir bereit sein, uns zu verteidigen. Es bleibt keine Alternative.<<
Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor, Autor des 2003 erschienen Sachbuch-Bestsellers "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte") berichtet später über das deutsch-polnische Verhältnis (x320/56): >>1933 forderte Polen Frankreich dreimal zu einem Zweifrontenkrieg gegen Deutschland in ihrer Mitte auf, was Frankreich ablehnt, aber dennoch in Deutschland bekannt wird. Polen hat 1933 mit 298.000 Mann noch (fast) über dreimal so viel Militär wie Deutschland mit seinem 100.000

Mann Heer. So wird Polen vor Hitlers Amtsantritt 1933 von allen demokratischen Parteien in Deutschland und auch von der Reichswehr als Bedrohung angesehen.
Erst unter den Diktatoren Hitler in Deutschland und Josef Pilsudski gibt es eine Annäherung für ein paar Jahre. Nach Pilsudskis Versuch von 1933, Frankreich zu einem Krieg gegen Deutschland aufzurufen - den Paris ja ablehnt -, lenkt er ein - und schließt 1934 mit Hitler einen Freundschaftsvertrag. …<<

24.04.1934

NS-Regime: Am 24. April 1934 wird der NS-Volksgerichtshof errichtet.
Der deutsche Assessor Ulrich Bachmann schreibt später über den "Volksgerichtshof" (x051/-611-612): >>Volksgerichtshof, 1934 geschaffenes Gericht mit Sitz in Berlin für die Aburteilung bestimmter politischer Straftaten.
Durch Gesetz vom 24.4.34 (RGBl I, S. 341) zunächst als Sondergericht zur Aburteilung von Hoch- und Landesverratssachen gegründet, wurde der Volksgerichtshof durch Gesetz vom 18.4.36 (RGBl I, S. 369) in ein ordentliches Gericht umgewandelt und nach und nach sein Zuständigkeitsbereich erweitert, insbesondere auf Wehrkraftzersetzung, Spionage, Beschädigung von Wehrmachtseigentum.
Anlaß für seine Gründung war der für die Nationalsozialisten unbefriedigende Reichstagsbrandprozeß vor dem bisher für diese Verfahren zuständigen Reichsgericht. Eigentliches Ziel seiner Errichtung war es, der politischen Führung unmittelbaren Einfluß auf seine Besetzung zu geben. Denn die Mitglieder des Volksgerichtshofs ernannte in Abweichung vom Gerichtsverfassungsgesetz der Reichskanzler Hitler.
Der Volksgerichtshof hatte sechs jeweils mit fünf Richtern, von denen nur zwei Berufsrichter sein mußten, besetzte Senate. Die Laienrichter waren ehrenamtlich tätig und stammten aus Wehrmacht, Polizei oder Parteiorganisationen. Anklagebehörde war der Oberreichsanwalt. Erster Präsident des Volksgerichtshofs wurde 1936 der spätere Reichsjustizminister Thierack, unter dessen Führung die Rechtsprechung des Volksgerichtshofs ständig verschärft wurde.
Nachdem Freisler Präsident geworden war (1942), wurde der Volksgerichtshof ein reines Terrorinstrument zur Vernichtung politischer Gegner; er verhängte zwischen 1942 und 44 insgesamt 4.951 Todesurteile. Die Verhandlungen – v.a. vor dem 1. Senat unter dem Vorsitzenden Freisler – waren gekennzeichnet durch völlige Aufgabe rechtsstaatlicher Verfahrensgarantien und strafprozessualer Regeln. Vor dem Volksgerichtshof fanden auch die Strafverfahren gegen die Widerstandskämpfer des Zwanzigsten Juli 44 und die Mitglieder der Weißen Rose statt.
Trotz der beherrschenden Rolle, die der Volksgerichtshof in den Kriegsjahren spielte, ist das Bild der Justiz des Dritten Reiches nicht – wie heute allgemein angenommen – vom Volksgerichtshof, sondern von den traditionellen Gerichten geprägt worden, deren Rechtsprechung nur durch die Brutalität des Volksgerichtshofs in den Schatten gestellt wurde.
Der Bundesgerichtshof (BGH) hat sich – wie auch andere Gerichte – wiederholt mit Entscheidungen des Volksgerichtshofs befaßt und insbesondere seine mißbräuchliche Anwendung von Strafbestimmungen und übermäßig hohen Strafen gerügt (BGHSt 3, 110; 4, 66; 9, 302): Der Mißbrauch einer Strafbestimmung durch den Volksgerichtshof sei eine "Ausnutzung gerichtlicher Formen zur widerrechtlichen Tötung" und habe mit Rechtsprechung nichts zu tun.
Das einzige gegen ein Mitglied des Volksgerichtshofs ergangene Strafurteil wurde 1968 vom BGH allerdings aufgehoben (Rehse-Urteil, Neue Juristische Wochenschrift 1968, S. 1.339). 1979 wurden von der Staatsanwaltschaft Berlin die Ermittlungen gegen die damals noch lebenden 74 ehemaligen Mitglieder des Volksgerichtshofs wiederaufgenommen. Der Bundestag nahm am 25.1.85 eine Entschließung an (BT-Drs. 10/2368, Plenarprotokolle 10/118, S. 8.761), in der festgestellt wird, "daß die als 'Volksgerichtshof' bezeichnete Institution kein Gericht im rechtsstaatlichen Sinne, sondern ein Terrorinstrument zur Durchsetzung der natio-

nalsozialistischen Willkürherrschaft war". Den Entscheidungen des Volksgerichtshofs komme deshalb keine Rechtswirkung zu.<<

18.05.1934

NS-Regime: Goebbels schreibt am 18. Mai 1934 in der NS-Zeitschrift "Der Angriff" (x025/-145): >>Kritik ist nur denen erlaubt, die sich nicht fürchten, ins Konzentrationslager zu kommen. ...<<

"Nacht- und Nebelaktionen" der SS

Der SS-Staat führte damals unentwegt systematische Verfolgungen durch, die oft verheimlicht werden konnten ("Nacht- und Nebelaktionen"). Im Verlauf dieser großangelegten "Säuberungsaktionen" nahmen die SS- und SD-Einheiten ungezählte "Staatsfeinde" (Sozialdemokraten, Kommunisten, Konservative und andere Regimegegner) fest. Tausende wurden in den "wilden Schutzhaftlagern" inhaftiert.

Die SS-Terrororganisationen setzten alle politischen, militärischen, wirtschaftlichen, nationalen und sonstigen Ziele mit brutaler Gewalt durch. Das allgegenwärtige NS-Regime kontrollierte systematisch sämtliche Lebensbereiche. Mit Hilfe von brutalen Terrormethoden (Internierung, Folter oder Mord) wurden die persönlichen Freiheiten konsequent erstickt, das Recht gebeugt, der Anstand lächerlich gemacht und die christlichen Gebote verhöhnt, um letzten Endes das Leben, die Würde, die Gesundheit sowie das Lebensglück von Millionen Menschen zu vernichten.

Die Hauptaufgabe der Gestapo war es, politische Gegner und verdächtige Personen zu bespitzeln, zu verhaften und mit brutalsten Foltermethoden Geständnisse zu erpressen. Die Gestapo hatte gegenüber der Ordnungspolizei Weisungsrecht und wurde nicht durch Staatsanwälte der Justiz überwacht. Die Gestapo "korrigierte" sogar oftmals zu milde Gerichtsurteile und führte eigenhändige Verurteilungen sowie Hinrichtungen ohne offizielle Gerichtsverfahren durch. Solange die Gestapo den Willen des Führers durchsetzte, war jede Handlung legal. Die SS-Geheimpolizei wurde schon bald im gesamten Deutschen Reich gefürchtet.

Die Gestapo erhielt später auch den Auftrag, alle Juden, Zigeuner, Homosexuelle, Freimaurer und andere "Volksschädlinge" aufzuspüren und zu inhaftieren.

Wilhelm M. Rißmann schreibt später über die "Polizei" (x051/450): >>Polizei, staatliches Exekutivorgan, das ab der Neuordnung unter Himmler als Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei ... in Ordnungspolizei (Orpo) und Sicherheitspolizei (Sipo) zerfiel.

In der Sipo waren Kriminalpolizei (Kripo), Geheime Staatspolizei (Gestapo) und der Sicherheitsdienst des Reichsführers-SS (SD) zusammengefaßt. Während des nationalsozialistischen Umsturzes kam es zu Verhaftungen und Schutzhaftverbringung politischer Gegner unter massiver Beteiligung der zu Hilfspolizisten ernannten SA und SS. Wenige Monate danach wurden polizeiliche Generalklauseln durch die Polizeiführung im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie ausgelegt. Bis 1943 wuchs die Verklammerung von SS und Polizei, uniformierte Ordnungspolizisten und Sicherheitspolizisten wurden in die SS aufgenommen.

Ab 1937 kontrollierten die Höheren SS- und Polizeiführer (HSSPF) alle Polizei- und SS-Formationen auf regionaler Ebene; Polizeioffiziere durchliefen ab 1941 die SS-Junkerschulen. Damit wurde die "Herausbildung eines einheitlichen Staatsschutzkorps" angestrebt. Der Prozeß fand mit der Ernennung Himmlers zum Reichsinnenminister den Abschluß.

Die Polizei war nicht an die Einhaltung der Gesetze, sondern an die Erfüllung des Führerwillens gebunden. Die Reichstagsbrandverordnung wurde als reichseinheitliche Generalklausel für staatspolitisch motiviertes Eingreifen über die bisherigen gesetzlichen Grenzen hinaus interpretiert (Maunz).

Gesetze über die polizeiliche Tätigkeit ergingen nicht mehr zum Schutz des einzelnen, sondern nur noch zur Sicherung und Vereinheitlichung des Organisationsgefüges. Die Polizei als wichtigstes Machtinstrument des totalitären Staates konnte damit ihre Machtentfaltung auf

totale Rechtsunsicherheit stützen.<<

24.05.1934

NS-Regime: Reinhard Heydrich (stellvertretender Chef der Sicherheitspolizei) fordert am 24. Mai 1934, die Auswanderung der Juden vorzubereiten, zu lenken und zu beschleunigen (x172/61): >>... Jede zuständige Behörde soll ihre Bemühungen insbesondere darauf konzentrieren, die zionistischen Organisationen im Auge zu behalten und ihre Ausbildungs- und Emigrationsbestrebungen anzuerkennen; gleichzeitig sollten alle Aktivitäten von deutsch-jüdischen Gruppen insoweit eingeschränkt werden, daß sie die Idee aufgäben, in Deutschland zu bleiben.<<

29.05.1934

Deutsches Reich: Am 29. Mai 1934 tritt in Barmen die sogenannte Barmer Bekenntnissynode (29.-31.05.1934) zusammen.

Die Barmer Synode erklärt die Bekennende Kirche damals zur rechtmäßigen Vertretung der gesamten evangelischen Kirche (x199/242): >>Im Namen der deutschen Evangelischen Kirche rechtmäßig zu sprechen und zu handeln sind nur die berufen, welche an der Heiligen Schrift und dem Bekenntnis der Kirche als ihrer unantastbaren Grundlage festhalten und beidem die maßgebende Geltung in der deutschen evangelischen Kirche wiederverschaffen wollen. Die in solchem Bekenntnis einigen Gemeinden und Kirchen sind die rechtmäßige deutsche Evangelische Kirche; sie treten zur Bekenntnis-Synode der deutschen Evangelischen Kirche zusammen.<<

In der Barmer "Theologischen Erklärung" vom 31. Mai 1934 heißt es (x202/16-21): >>**Barmer Theologische Erklärung**

1. Ich bin der Weg und die Wahrheit und das Leben; niemand kommt zum Vater denn durch mich. (Johannes 14, 6)

Wahrlich, wahrlich, ich sage euch: Wer nicht zur Tür hineingeht in den Schafstall, sondern steigt anderswo hinein, der ist ein Dieb und Räuber. Ich bin die Tür; wenn jemand durch mich hineingeht, wird er selig werden. (Johannes 10, 1,9)

Jesus Christus, wie er uns in der Heiligen Schrift bezeugt wird, ist das eine Wort Gottes, das wir zu hören, dem wir im Leben und im Sterben zu vertrauen und zu gehorchen haben.

Wir verwerfen die falsche Lehre, als könne und müsse die Kirche als Quelle ihrer Verkündigung außer und neben diesem einen Worte Gottes auch noch andere Ereignisse und Mächte, Gestalten und Wahrheiten als Gottes Offenbarung anerkennen.

2. Durch Gott seid ihr in Christus Jesus, der uns von Gott gemacht ist zur Weisheit und zur Gerechtigkeit und zur Heiligung und zur Erlösung. (1. Korinther 1, 30)

Wie Jesus Christus Gottes Zuspruch der Vergebung aller unserer Sünden ist, so und mit gleichem Ernst ist er auch Gottes kräftiger Anspruch auf unser ganzes Leben; durch ihn widerfährt uns frohe Befreiung aus den gottlosen Bindungen dieser Welt zu freiem, dankbarem Dienst an seinen Geschöpfen.

Wir verwerfen die falsche Lehre, als gebe es Bereiche unseres Lebens, in denen wir nicht Jesus Christus, sondern anderen Herren zu eigen wären, Bereiche, in denen wir nicht der Rechtfertigung und Heiligung durch ihn bedürften.

3. Laßt uns aber wahrhaftig sein in der Liebe und wachsen in allen Stücken zu dem hin, der das Haupt ist, Christus, von dem aus der ganze Leib zusammengefügt ist. (Epheser 4, l5,16)

Die christliche Kirche ist die Gemeinde von Brüdern, in der Jesus Christus in Wort und Sakrament durch den Heiligen Geist als der Herr gegenwärtig handelt. Sie hat mit ihrem Glauben wie mit ihrem Gehorsam, mit ihrer Botschaft wie mit ihrer Ordnung mitten in der Welt der Sünde als die Kirche der begnadigten Sünder zu bezeugen, daß sie allein sein Eigentum ist, allein von seinem Trost und von seiner Weisung in Erwartung seiner Erscheinung lebt und leben möchte.

Wir verwerfen die falsche Lehre, als dürfe die Kirche die Gestalt ihrer Botschaft und ihrer Ordnung ihrem Belieben oder dem Wechsel der jeweils herrschenden weltanschaulichen und politischen Überzeugungen überlassen.
4. Jesus Christus spricht: Ihr wißt, daß die Herrscher ihre Völker niederhalten und die Mächtigen ihnen Gewalt antun. So soll es nicht sein unter euch; sondern wer unter euch groß sein will, der sei euer Diener. (Matthäus 20, 25,26)
Die verschiedenen Ämter in der Kirche begründen keine Herrschaft der einen über die anderen, sondern die Ausübung des der ganzen Gemeinde anvertrauten und befohlenen Dienstes.
Wir verwerfen die falsche Lehre, als könne und dürfe sich die Kirche abseits von diesem Dienst besondere, mit Herrschaftsbefugnissen ausgestattete Führer geben und geben lassen.
5. Fürchtet Gott, ehrt den König. (1. Petr 2, 17)
Die Schrift sagt uns, daß der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen. Die Kirche erkennt in Dank und Ehrfurcht gegen Gott die Wohltat dieser seiner Anordnung an. Sie erinnert an Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit und damit an die Verantwortung der Regierenden und Regierten. Sie vertraut und gehorcht der Kraft des Wortes, durch das Gott alle Dinge trägt.
Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne der Staat über seinen besonderen Auftrag hinaus die einzige und totale Ordnung menschlichen Lebens werden und also auch die Bestimmung der Kirche erfüllen. Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne sich die Kirche über ihren besonderen Auftrag hinaus staatliche Art, staatliche Aufgaben und staatliche Würde aneignen und damit selbst zu einem Organ des Staates werden.
6. Jesus Christus spricht: Siehe, ich bin bei euch alle Tage bis an der Welt Ende. (Matthäus 28, 20) Gottes Wort ist nicht gebunden. (2. Timotheus 2, 9)
Der Auftrag der Kirche, in welchem ihre Freiheit gründet, besteht darin, an Christi Statt und also im Dienst seines eigenen Wortes und Werkes durch Predigt und Sakrament die Botschaft von der freien Gnade Gottes auszurichten an alles Volk. Wir verwerfen die falsche Lehre, als könne die Kirche in menschlicher Selbstherrlichkeit das Wort und Werk des Herrn in den Dienst irgendwelcher eigenmächtig gewählter Wünsche, Zwecke und Pläne stellen.
Die Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche erklärt, daß sie in der Anerkennung dieser Wahrheiten und in der Verwerfung dieser Irrtümer die unumgängliche theologische Grundlage der Deutschen Evangelischen Kirche als eines Bundes der Bekenntniskirchen sieht. Sie fordert alle, die sich ihrer Erklärung anschließen können, auf, bei ihren kirchenpolitischen Entscheidungen dieser theologischen Erkenntnisse eingedenk zu sein. Sie bittet alle, die es angeht, in die Einheit des Glaubens, der Liebe und der Hoffnung zurückzukehren.<<

17.06.1934

NS-Regime: Vizekanzler Franz von Papen hält am 17. Juni 1934 während der Jahresversammlung des Universitätsbundes in Marburg eine kritische Rede, die vom Schriftsteller Edgar Jung stammt (x032/141): >>Wer vom Preußentum spricht, sollte zunächst an selbstloses Dienen denken. ... Große Männer werden nicht durch Propaganda gemacht, sondern wachsen durch ihre Taten. ...<<

27.06.1934

NS-Regime: Am 27. Juni 1934 wird das deutsch-polnische Nichtangriffsabkommen vom 26.01.1934 ratifiziert.

30.06.1934

NS-Regime: Bei der NS-Säuberungsaktion am 30.06./1.07.1934 (sogenannte "Nacht der langen Messer"), die nachträglich durch das "Notwehr-Gesetz" vom 3.07.1934 gerechtfertigt wird, liquidieren Heydrichs SS-Formationen fast alle bekannten SA-Führer, verschiedene po-

litische Gegner und unbequeme Regimekritiker.

"Röhm-Putsch"

Ernst Röhm (Hitlers ältester Kampfgefährte und Duzfreund), den man wegen seiner angeblichen homosexuellen Neigungen landesweit verspottete, weigerte sich nach seiner Verhaftung am 30. Juni 1934, Selbstmord zu begehen und wurde daraufhin am folgenden Tag im KZ Dachau durch den Lagerkommandanten Theodor Eicke erschossen.

In der amtlichen Todesliste veröffentlichte man später 83 Namen, aber die "Röhm-Affäre" forderte tatsächlich mehrere hundert Mordopfer, die nach willkürlichen Verhaftungen liquidiert wurden.

Zu den Mordopfern des sogenannten "Röhm-Putsches" gehörten z.B.: SA-Stabschef Ernst Röhm, Gregor Strasser (während der NS-Gründerzeit Hitlers größter Konkurrent und unermüdlicher NSDAP-Organisator in Nord- und Westdeutschland), Kurt von Schleicher (letzter Kanzler der Weimarer Republik) und seine Frau, Edgar Jung (Anwalt und Politiker, plante Hitlers Sturz, schrieb die brisante "Marburger Rede" vom 17.06.1934), Erich Klausener (engagierter Katholik, kritisierte während des 32. Berliner Katholikentages am 24.06.1932 die NS-Rassenpolitik), Gustav von Kahr (bayerischer Ministerpräsident, ließ am 9.11.1923 den Hitler-Putsch niederschlagen).

Hitler, der vor der Weltöffentlichkeit erstmalig wie ein Gangsterboß handelte und seine Gegner rücksichtslos liquidieren ließ, schaffte es relativ leicht, diese Morde als "Staatsnotwehr" und die unschuldigen Mordopfer als verbrecherische, minderwertige Staatsfeinde hinzustellen.

Ernst Röhm (1887 in München geboren) bereitete damals vermutlich keinen direkten Aufstand gegen Hitler vor, sondern er beabsichtigte, die "SA-Parteikampfverbände" (ca. 525.000 Mann) in eine Volksarmee umzuwandeln. Röhm strebte außerdem Verhandlungen mit England und Frankreich an.

Angesichts der Tatsache, daß die deutsche Reichswehr nachdrücklich die Zuständigkeit für alle militärischen Angelegenheiten forderte, mußte Hitler unbedingt einen Militärputsch der gefährlichen Reichswehr vermeiden. Die Reichswehr war damals die letzte noch nicht gleichgeschaltete Organisation des Deutschen Reiches, die aufgrund ihrer militärischen Ausbildung und Bewaffnung in der Lage war, das NS-Regime kurzfristig auszuschalten.

Die Raufbolde und Straßenkämpfer der SA hatten außerdem ihre Pflicht getan. Hitler benötigte zukünftig keine ungehobelten Landsknechte oder brutale Schlägerbanden, sondern ausgebildete Spezialisten und disziplinierte Soldaten. Nach Ausschaltung der SA übernahm die SS (Schutzstaffel, ursprüngliche Leibgarde Hitlers) alle wesentlichen Aufgaben der SA, während die Reichswehr "Waffenträger der Nation" blieb. Nach der späteren Gleichschaltung der Reichswehr kontrollierte Hitler schließlich sämtliche wichtigen Machtpositionen des Deutschen Reiches und konnte seine Pläne ungestört realisieren.

Dr. Wolfgang Petter schreibt später über die "Röhm-Affäre" (x051/497-498): >>Röhm-Affäre, 1934 in die entscheidende Phase tretender und in der Mordaktion vom 30.6./1.7.34 gipfelnder Konflikt zwischen Hitler und der SA unter Röhm.

Als Hitler Ende 30 Röhm dafür gewann, als Stabschef der Sturmabteilung (SA) praktisch deren Führung zu übernehmen, hielt er sie für ausreichend fest strukturiert und von ihren politischen Kampfaufgaben absorbiert, um Röhms ihm bekannter Neigung zum Umbau der SA in ein Milizheer zu widerstehen. Eine Reihe höherer SA-Führer hatte sich gegen Röhms Berufung von vornherein gewehrt. Der Widerspruch richtete sich neben Person und Konzeption gegen die Führung Röhms, der im Sinne seiner Volksheer-Ideen neben überzeugten Nationalsozialisten und Opportunisten auch ursprünglich politisch Andersdenkende und im bürgerlichen Sinne Gestrauchelte zur Vereinigung in der Kampfgemeinschaft SA aufrief.

Zunächst blieben diese Bedenken gegenstandslos. Im Zuge der Terror- und Gleichschaltungsmaßnahmen nach der Machtergreifung kamen 25.000 SA-Männer als preußische Hilfs-

polizisten und weitere als KZ-Mannschaften zum Einsatz; die übrigen ca. 500.000 führten die politische Agitation und Kriminalität der Vorjahre jetzt als legitime Gewaltinhaber gesteigert fort.
Im Herbst 33 wurden diese Aktivitäten jedoch abgeblasen, die Hilfspolizei entlassen und die KZ der SA aufgelöst oder der SS übergeben, die den Terror in gezielterer Weise fortsetzte.
Die auf dem Höhepunkt ihrer Entfesselung gekappte und zurückgestaute Aggressivität, die doch die "raison d'être" (Existenzberechtigung) der SA war, suchte neue Objekte und fand sie in der Forderung nach einer neuen Welle der Rache, der sogenannten Zweiten Revolution, an subtileren politischen Gegenkräften. Diese Revolutionsrhetorik artikulierte dazu die Enttäuschung der zahllosen Arbeitslosen der nationalsozialistischen Bewegung – in der SA überproportional vertreten –, denen die Machtergreifung noch keine Versorgung beschert hatte.
Dadurch gewann sie eine sozialpolitische Dimension, die die konservativen Stützen Hitlers alarmierte und diesem zu entfremden begann. Gegen Hitler selbst lebten die alten Widersetzlichkeiten erneut auf, die 1929/30 im Konflikt um den "Legalitätskurs" aufgetreten und mit der Entlassung des Obersten SA-Führers Pfeffer unterdrückt worden waren (Stennes-Revolte). Durch diesen Angriff gegen das Bündnis des Nationalsozialismus mit den Etablierten und Konservativen wuchs sich die Beschäftigungskrise der SA zur Krise des Regimes aus.
Am gefährlichsten war der Kollisionskurs, auf den die SA mit der Reichswehr geriet. Im Frühjahr 33 hatte Röhm mit General Reichenau vom Reichswehrministerium vereinbart, daß die SA zwar von der Reichswehr militärisch ausgebildet, aber nur zum Einsatz für innere Aufgaben bewaffnet und ausgestattet werden sollte; als Gegenleistung wurde ihr erlaubt, mit Ausnahme des Stahlhelm, den die Reichswehr als wertvolle Ergänzung und als Verbündeten empfand, die paramilitärischen Verbände und Kriegervereine zu absorbieren.
Nach Zusammenstößen mit dem Stahlhelm saugte die SA, in geschickter Taktik seine Selbstauslieferung an den Nationalsozialismus ausnützend, auch diese Wehrbewegung auf. Röhm unterstanden nun ca. 4,5 Millionen Mann, großenteils weltkriegsgediente, erfahrene Soldaten, mit denen er sich jetzt seinen alten Milizplänen zuwandte.
Im Denken der Zeit spielte das Zwei-Komponenten-Heer nach Seeckt eine große Rolle: offensive Kriegführung durch eine relativ kleine Elitearmee, während die Defensivfronten durch eine Miliz zu verteidigen waren.
Auf dieser Basis wäre ein Kompromiß zwischen SA und Reichswehr schon möglich gewesen. Hitler und Blomberg waren jedoch starr auf das klassische Kaderheer fixiert. Röhm verfiel in das Gegenextrem, indem er am 1.2.34 das Aufgehen der Reichswehr in der SA und die Reduzierung des stehenden Heeres auf eine Kriegsschulungsorganisation für seine Landesverteidigungs-SA forderte. Die Spannungen zwischen dem SA-Führerkorps, das größtenteils aus nicht in die Reichswehr übernommenen kaiserlichen Offizieren bestand, und dem etablierten Militär wuchsen dadurch an. Dabei war die Forderung am ehesten Ausdruck der "inhaltlich blinden Dynamik um ihrer selbst willen" (Broszat), in die die SA seit Herbst 33 verfiel.
Denn der Aufbau eines Milizheeres, das Kriegsabenteuer durch seine Schwerfälligkeit nicht erlaubte, mußte letztlich zur Einreihung in die "friedliche Internationale der Frontsoldaten" (Salewski) führen, zu der die Überlebenden der Schützengräben vielfach in romantisierender und antizivilistischer Haltung neigten. So sah Hitler sein Programm und die Reichswehr ihre Existenz ernsthaft gefährdet.
Wichtige SA-Führer wie der Obergruppenführer Nord, Lutze, und der Chef des (mit der Reichswehr gekoppelten) Ausbildungswesens der SA, Friedrich Wilhelm Krüger, warnten Hitler vor Röhms Tendenzen. Hitler hielt nun endgültig die Bändigung der SA für gescheitert, die er mit der Einbindung Röhms als Minister in die Reichsregierung (Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat, 1.12.33) und der Mitverantwortung von SA-Sonderbevollmächtigten für die Verwaltung gesucht hatte.

Angetrieben von Göring, Frick, Goebbels, Reichenau, Himmler und Heydrich steuerte er ab März 34 auf eine gewaltsame Auseinandersetzung zu, die er von den Medien propagandistisch vorbereiten ließ. Konkurrierende "Schwarze Listen" aus Partei-, SS- und Gestapokreisen bestimmten die Todeskandidaten der SA, denen zu offen enttäuschte Konservative – wie Vizekanzler Papen und seine Umgebung – hinzugefügt wurden. Die Politische Polizei wurde Himmler unterstellt, der damit die SS als Auftragsorgan einsetzen konnte.
Papens Marburger Rede vom 17.6., in der unter Beifall die konservative Unzufriedenheit öffentlich ausgesprochen wurde, drängte Hitler zum Handeln, obwohl sich durch die Beurlaubung der SA, die ihrerseits keine aktuellen Kampfabsichten hegte, die Lage entspannt hatte. Die SS empfing Waffen von der Reichswehr, die am Stichtag stellenweise selbst als Rückhalt aufmarschierte. Hitler beorderte die arglosen SA-Führer zu einer Tagung nach Bad Wiessee, wo er Röhm und seine Anhänger am 30.6.34 morgens aus den Betten holte, nach München transportieren und dort – Röhm selbst erst nach einigem Zögern – erschießen ließ. Die Anreisenden wurden auf dem Münchener Bahnhof abgefangen und meist inhaftiert.
Diese Festnahmen lösten die vorbereitete Aktion im ganzen Reich aus, die rasch ihre Grenzen sprengte und Hunderte von ursprünglich nicht vorgesehenen Opfern forderte. Die amtliche Todesliste enthielt 83 Namen, darunter die gesamte SA-Prominenz, soweit sie sich nicht – wie der neue Stabschef Lutze – eindeutig gegen Röhm gestellt hatten, dazu Schleicher, Jung, Klausener, Kahr, G. Strasser. Papen kam davon. Nicht vermerkt wurden die ungezählten Opfer selbstherrlicher Entscheidungen der SS-Mordkommandos, v.a. in Schlesien.
Das Ermächtigungsgesetz der Reichsregierung vom 3.7.34 legalisierte das Massaker nachträglich als Akt der Staatsnotwehr gegen einen "Röhm-Putsch", den Heydrich aufgrund vagster Hinweise konstruiert hatte. Die stärkste Quelle von Unruhe und Willkür in der ersten Phase des Dritten Reiches war ausgeschaltet – freilich zugunsten der kalten Polizeiherrschaft der SS, mit der die Reichswehr das Waffenmonopol bald teilen mußte. Hitlers letzter Gegenspieler war beseitigt.<<

UdSSR: Als Stalin von Hitlers Säuberungsaktion (der "Nacht der langen Messer") erfährt, soll er Hitler angeblich gelobt haben (x080/231): >>Hitler, was für ein Kerl! Der weiß, wie man mit politischen Gegnern fertig wird! ...<<

04.07.1934

NS-Regime: Theodor Eicke (1892 in Elsaß-Lothringen geboren) wird am 4. Juli 1934 für "seine persönlichen Dienste" bei der Röhm-Affäre zum "Inspekteur der Konzentrationslager und Führer der SS-Wachverbände" (SS-Totenkopfeinheiten) ernannt.
Für Eicke gibt es damals grundsätzlich nur 2 Dinge, die Gültigkeit haben: "BEFEHL und BEDINGUNGSLOSER GEHORSAM". Alle Angehörigen der SS-Wachmannschaften müssen sich total unterordnen und jeden Befehl (spezielle grausame Foltermethoden und Strafen etc.) bedingungslos ausführen (x030/79).

20.07.1934

NS-Regime: Am 20. Juli 1934 stellt man die ersten bewaffneten SS-Verbände auf (später Waffen SS).
Die SS-Freiwilligenverbände und die SS-Führerschulen ("Junkerschulen") werden danach der Kontrolle durch die Wehrmacht entzogen und unterstehen der Befehlsgewalt der SS-Hauptämter (Hitler-Erlaß vom 17.08.1938).
Der deutsche Historiker Bernd Wegner berichtet später über die Schutzstaffeln (SS) von 1923 bis 1939 (x051/528-530): >>Schutzstaffeln (SS). Die SS der NSDAP war wie keine andere Institution des Dritten Reiches die Verkörperung nationalsozialistischer Herrenmenschen-Ideologie.
Die Frühgeschichte der SS reicht ins Jahr 1923 zurück, als Hitler eine "Stabswache" unter Führung von J. Berchtold aufstellte. Als Folge des Hitlerputsches vom 9.11.23 verboten, wur-

de sie Anfang 1925, diesmal unter dem Kommando von J. Schreck, neu begründet. Schon bald bildeten sich auch andernorts Staffeln in der Größe von zunächst nur je einem Führer und zehn Mann. Hauptaufgaben dieser ab Sommer 25 als "Schutzstaffeln" bezeichneten Stabswachen waren insbesondere der Schutz der Parteiprominenz, Versammlungsschutz sowie Werbeaktionen für die Partei. Die Staffeln standen also nicht in der Tradition der Wehrverbände, sondern waren Parteikader, deren Bedeutung für Hitler in ihrer unbedingten - seitens der SA nicht immer verbürgten - Loyalität seiner Person gegenüber lag.
Die eigentliche Geschichte der SS beginnt mit der Berufung Himmlers zum - nach Berchtold und E. Heiden dritten - Reichsführer-SS (RFSS) am 6.1.29. Im Windschatten des allgemeinen Aufstiegs von NSDAP und SA gelang es Himmler, die Mitgliederzahl der SS von zunächst wenigen hundert auf rund 52.000 Ende 32 zu steigern.
Auch begannen sich neue Aufgabenfelder abzuzeichnen: Mit der Niederwerfung der parteiinternen Stennes-Revolte und dem 1931 von Heydrich begonnenen Aufbau eines "Ic-Dienstes", der Keimzelle des späteren Sicherheitsdienstes (SD), etablierte sich die SS als "Parteipolizei" der NSDAP. Zugleich dokumentierte die Errichtung eines "Rasse- und Siedlungsamtes" (1931) die Entschlossenheit des neuen RFSS, mit der SS einen Führungsorden auf der Grundlage "biologischer Auslese" zu schaffen.
Trotz nochmaliger Vervierfachung der Mitgliederzahl auf ca. 209.000 Ende 33 vollzog sich der machtpolitische Aufstieg der SS nach der sogenannten Machtergreifung zunächst eher im Stillen. Himmlers Berufung auf die unscheinbare Stelle eines kommissarischen Polizeipräsidenten von München (9.3.33) erwies sich als Ausgangspunkt einer Entwicklung, welche den SS-Chef binnen fünfzehn Monaten zum Herrn der Politischen Polizei in sämtlichen deutschen Ländern aufsteigen ließ.
Damit verfügte Himmler nicht allein über ein schlagkräftiges Machtinstrument; wichtiger noch war, daß sich mit der Übernahme immer weiterer Partei- und Staatsfunktionen in die Hände der SS eine für die Systemstruktur dieses Regimes typische "Führerexekutive" herausbildete. Kennzeichnend für sie war, daß ihr Handeln letztlich nicht mehr durch allgemeine Rechts- und Gesetzesnormen, sondern allein durch den Willen des "Führers" legitimiert und bestimmt wurde.
Ihre diesbezügliche Bewährungsprobe bestand die SS mit der Liquidierung der SA-Führung am 30.6.34 bei der sogenannten Röhm-Affäre, welcher die Erhebung der - bis dahin der Obersten SA-Führung unterstellten - SS zur "selbständigen Organisation" der NSDAP folgte (20.7.34). Von der Vormundschaft der SA befreit, konnte Himmler nun jenes allumfassende Kontroll- und Beherrschungssystem aufbauen, das später "SS-Staat" genannt wurde.
Drei Entwicklungsstränge kennzeichnen diesen auf die Schaffung eines einheitlichen "Staatsschutzkorps" abzielenden Prozeß: Zum einen wurde die Verzahnung von SS und Polizei weiter vorangetrieben. Die Ernennung Himmlers zum Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei ... am 17.6.36 sowie die Errichtung des Hauptamtes Ordnungspolizei und des Reichssicherheitshauptamts (RSHA) schufen die institutionelle Grundlage für die nun zunehmend auch personelle Verschmelzung.
Zugleich wurde der SD, der seit 1934 bereits über das Nachrichtenmonopol innerhalb der NSDAP verfügte, ausgebaut. Seit Herbst 38 durfte er offiziell auch in staatlichem Auftrag tätig werden; im Februar 44 wurde ihm auch die bis dahin zum OKW gehörige militärische Abwehr unterstellt.
Drittens erfuhren die z.T. erst im Sommer 34 von der SA übernommenen und Eicke als Inspekteur unterstellten Konzentrationslager (KZ) bis 1937 eine grundlegende, am "Modell" des Lagers Dachau orientierte Reorganisation. Ihr Ergebnis war eine Zentralisierung und straffere Kontrolle der Lager und ihrer Wachmannschaften (Totenkopfverbände), die effektivere Ausbeutung der Häftlingsarbeit sowie die planmäßige Abschottung dieses Sektors gegenüber den

Hoheitsrechten von Justiz und Reichsinnenministerium.
Während sich die SS im Bereich der inneren Sicherheit des Regimes also rasch eine Monopolstellung zu verschaffen verstand, begegneten ihre militärischen Ambitionen stärkerem Widerstand. Mit der auf Befehl Hitlers im März 33 aufgestellten "Leibstandarte" und den bald darauf verschiedenenorts entstehenden "Politischen Bereitschaften", die im Herbst 1934 zur Verfügungstruppe zusammengefaßt wurden, verfügte die SS schon früh über militärisch organisierte Freiwilligenverbände.
Sie waren, ebenso wie die 1934/35 gegründeten SS-Führerschulen (Junkerschulen), der Kontrolle durch die Armee weitgehend entzogen. Die Bedeutung dieser Einrichtungen, deren militärische Funktion nach jahrelangem Tauziehen zwischen SS- und Heeresführung durch Erlaß Hitlers vom 17.8.38 ausdrücklich anerkannt wurde, lag zunächst weniger in ihrer Stärke (1.1.39: ca. 14.000 Mann) als vielmehr in der Tatsache, daß ihre Existenz an sich eine irreversible Durchbrechung des Waffenmonopols der Wehrmacht darstellte.
Der Einfluß der SS beschränkte sich indes nicht allein auf die Verfügungsgewalt über einige zentrale Gewaltinstrumente. Vielmehr verstand Himmlers "Schwarzer Orden" sich in bewußter Anlehnung an Adel und Ritterschaft früherer Jahrhunderte als eine gesamtgesellschaftliche Führungselite. Als solche beanspruchte sie, Vorbild und Erzieher des ganzen Volkes zu sein, um diesem seine "außerchristlichen arteigenen weltanschaulichen Grundlagen für Lebensführung" zurückzugeben, welche durch einen tausendjährigen Irrweg christlich-abendländischer Geschichte verschüttet worden seien.
Unter solch versponnener Zielsetzung nahm die SS erheblichen Einfluß auf Propaganda und Kultur, Religion und Wissenschaft. Das SS-Hauptamt und das Rasse- und Siedlungshauptamt (RuSHA) produzierten zu diesem Zweck eine Fülle von Büchern, Pamphleten und Filmen; aber auch die von der SS kontrollierten Nationalpolitischen Erziehungsanstalten sowie die Vereine Lebensborn und Ahnenerbe dienten als Vermittlungsinstanzen des SS-Weltbilds.
Dieses Weltbild und der daraus abgeleitete Herrschaftsanspruch waren neben der Person des RFSS die einzige Klammer der in ihren Funktionen wie in ihrer sozialen Zusammensetzung ansonsten so heterogenen SS. Es zu pflegen, bemühte sich Himmler darum auf ebenso skurrile wie pedantische Weise: Er gab der SS eine Art von Ordensregel, schuf ihr mit der westfälischen Wewelsburg ein spirituelles Zentrum, führte in Anlehnung an unterschiedliche historische Vorbilder pseudoreligiöse Rituale und Weihefeiern, Symbole und Kultgegenstände (u.a. Ehrendolch, Totenkopfring, Julleuchter) ein.
All dies sollte nicht nur die mystischen Bedürfnisse religiös entfremdeter SS-Sippen befriedigen, sondern zugleich ein Korsett von Traditionen schaffen, welche auch in einem sich mehr und mehr ausdifferenzierenden SS-Imperium ein SS-mäßiges Verhalten des einzelnen garantieren würden.
Mit fortschreitender Dauer des Krieges erfuhren solche Bemühungen freilich Rückschläge. Das Gesicht der SS wandelte sich, ohne daß sich ihre machtpolitische Zielsetzung geändert hätte. V.a. die nichtberufliche Allgemeine SS, vor dem Krieg das weltanschauliche Herzstück des Ordens, büßte nun, da ihre Mitglieder bis auf wenige Ausnahmen zum Kriegsdienst eingezogen wurden, ihre frühere Bedeutung ein. ...<<

01.08.1934

NS-Regime: SS-Gruppenführer Theodor Eicke (1892-1943, seit Mitte 1934 Inspekteur der Konzentrationslager und Leiter der Wachverbände bzw. später SS-Totenkopfverbände) unterzeichnet am 1. August 1934 folgende interne Lagerordnung für das Konzentrationslager Esterwegen (x050/154-156): >>... **Zweck**

Es bleibt jedem Schutzhaftgefangenen überlassen, darüber nachzudenken, warum er in das Konzentrationslager gekommen ist. Hier wird ihm Gelegenheit geboten, seine innere Einstellung gegen Volk und Vaterland zugunsten unserer Volksgemeinschaft auf nationalsozialisti-

scher Grundlage zu ändern, oder, wenn es der einzelne für wertvoll hält, für die schmutzige 2. oder 3. Judeninternationale eines Marx oder Lenin zu sterben.

Zucht und Ordnung

Ohne Rücksicht auf Herkommen, Stand und Beruf befinden sich die Gefangenen ausnahmslos in einem untergeordneten Verhältnis. Ob alt, ob jung, hat sich jeder an militärische Zucht und Ordnung vom ersten Tage an zu gewöhnen. Alle SS-Männer, bis zum Kommandanten des Konzentrationslagers sind Vorgesetzte der Gefangenen; ihren Befehlen ist unverzüglich und ohne Widerrede Folge zu leisten.

Ehrenbezeugung

Zur Förderung der Manneszucht sind die Gefangenen gezwungen, vor allen SS-Angehörigen militärische Ehrenbezeugung zu erweisen. Wird ein Gefangener von einem SS-Mann angesprochen, so hat er militärische Haltung anzunehmen. ...

Werden Gefangenen-Unterkünfte durch einen Vorgesetzten betreten, dann hat der nächststehende Gefangene durch den Ruf "Achtung" darauf aufmerksam zu machen. Der Stubenälteste meldet die Belegstärke; die Belegschaft hat Haltung anzunehmen. ...

Pflicht zur Arbeit

Die Gefangenen sind ausnahmslos zur körperlichen Arbeit verpflichtet. Stand, Beruf und Herkommen bleiben außer Betracht. Wer die Arbeit verweigert, sich vor ihr drückt oder zum Zwecke des Nichtstuns körperliche Gebrechen oder Krankheit vorschützt, gilt als unverbesserlich und wird zur Verantwortung gezogen.

Die Arbeitzeit im ganzen Lager bestimmt ausschließlich der Lagerkommandant. Beginn und Ende der Arbeit werden durch Hornsignale oder durch die Werkstattglocke bekanntgegeben. ...

Verhalten im Lager

Johlen, Schreien und überlautes Rufen ist im Lager untersagt. ... Zusammenrottungen in der Nähe der Drahthindernisse an der Lattengrenze sind verboten. Wird dieses Verbot nicht beachtet, dann wird scharf geschossen. Befehle der Lagerposten sind unverzüglich zu vollziehen; einem Befehl kann, wenn erforderlich, mit der Waffe Nachdruck verliehen werden.

Lagerarzt

Der Lagerarzt ist nur für Kranke, aber nicht für Arbeitsscheue da. Gefangene, welche sich durch eine grundlose oder zimperliche Krankmeldung von der Arbeit zu drücken versuchen, werden der Abteilung "Strafarbeit" zugeteilt. ...

Aufwiegler

Wer im Lager, an der Arbeitsstelle, in den Unterkünften und auf Ruheplätzen politisiert, aufreizende Reden hält ... wird als Aufwiegler behandelt.

Gemeingefährlich

Wer einem Posten Geschenke anbietet, zu bestechen sucht, in seiner Gegenwart den Marxismus oder eine andere Novemberpartei verherrlicht, abfällige Bemerkungen über den nationalsozialistischen Volksstaat und seine Regierung macht, sich widerspenstig zeigt, einem fremden Lagerbesucher heimlich Mitteilung über das Lager und seine Insassen macht, Briefe, Zettel, Lichtbilder und Kleidungsstücke zusteckt, im Lager verbotene Gegenstände, Kleidungsstücke, Mützen, Zigarettendosen, die sich als Verstecke eignen, herstellt, empfängt, weitergibt, verschickt, wird als gemeingefährlich behandelt.

Strafen

Verbrechen, Vergehen und Übertretungen werden nach der Disziplinar- und Strafverordnung für Schutzhaftgefangene geahndet. ...<<

13.09.1934

Polen: Da Polen wegen Mißachtung des vereinbarten Minderheitenschutzabkommens verstärkt kritisiert wird, kündigt die polnische Regierung in der Vollversammlung des Völker-

bundes das Minderheitenschutzabkommen.
Der polnische Außenminister Beck erklärt am 13. September 1934 (x028/29): >>... von heute ab sich jede Zusammenarbeit mit den internationalen Organen zu versagen, soweit es sich um die Kontrolle der Anwendung des Systems des Minderheitenschutzes durch Polen handelt.<<
17.09.1934
Großbritannien: Der spätere britische Premierminister Winston Churchill erklärt am 17. September 1934 nach einem Gespräch mit Heinrich Brüning in London (x032/162): >>... Deutschland muß wieder besiegt werden, und diesmal endgültig. Sonst werden Frankreich und England keinen Frieden haben.<<
18.09.1934
UdSSR: Die UdSSR wird am 18. September 1934 in den Völkerbund aufgenommen.
Stalin versucht danach, die westeuropäischen Beziehungen zu verbessern.
18.12.1934
NS-Regime: Am 18. Dezember 1934 wird für alle uniformierten Polizeiverbände der Hitler-Gruß angeordnet.
20.12.1934
NS-Regime: Das politische NS-Strafrecht wird am 20. Dezember 1934 um das "Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei ..." ergänzt.
Der deutsche Assessor Christoph Schmidt schreibt später über das "Heimtückegesetz" (x051/-244): >>Heimtückegesetz, nationalsozialistische Strafvorschriften zur Bekämpfung oppositioneller Meinungsäußerungen.
Nachdem die "Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz des Deutschen Volkes" vom 4.2.33 (RGBl. I, S. 35) der Regierung die Möglichkeit gegeben hatte, die Meinungs- und sonstige Betätigungsfreiheit oppositioneller politischer Gruppen und Parteien im wesentlichen zu unterbinden, und nachdem die Reichstagsbrandverordnung darüber hinaus organisierte politische Opposition praktisch unmöglich machte, wurde durch die "Verordnung des Reichspräsidenten zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung" vom 21.3.33 (RGBl. I, S. 135) sogar die Bestrafung von regimekritischen Äußerungen von Privatpersonen in privatem Kreis möglich. Nach § 3 war es bereits strafbar, wenn jemand eine "unwahre oder gröblich entstellte Behauptung" aufstellte, die geeignet war, das Ansehen der Regierung oder der hinter ihr stehenden Parteien zu schädigen.
Nach der Ausschaltung auch der nationalkonservativen ehemaligen Koalitionspartner der NSDAP ersetzte das "Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei und zum Schutz der Parteiuniformen" vom 20.12.34 (RGBl. I, S. 1.269) das eigentliche Heimtückegesetz, die Verordnung.
Es brachte insoweit Verschärfungen der Rechtslage, als z.B. der strafrechtliche Schutz der Parteiabzeichen derart verstärkt wurde, daß der Mißbrauch von Uniformen beim Begehen einer strafbaren Handlung die Todesstrafe begründen konnte (§ 3). Auch "nichtöffentliche böswillige Äußerungen" wurden nun mit Strafe bedroht, "wenn der Täter damit ... rechnen muß, daß die Äußerung in die Öffentlichkeit dringen werde" (§ 2, Absatz 2). Dem Denunziantentum war damit gesetzlich Tür und Tor geöffnet.
Um eine schnelle und effiziente strafrechtliche Verfolgung politischer Kritik zu erreichen, wurde der Erlaß der Heimtückeverordnung begleitet von der Errichtung der Sondergerichte. Nach der Kriminalstatistik von 1933 wurden 3.744 Verstöße gegen das Heimtückegesetz geahndet. In späteren Jahren wurde bei politischen Delikten keine Statistik mehr geführt.<<
1934
NS-Gleichschaltung im Jahre 1934
Ab 1934 bestimmten und kontrollierten die NS-Gau-, Kreis-, Ortsgruppen- und Blockleiter sowie NS-Blockwarte (ca. 15-20 Personen bildeten jeweils einen Block) das gesamte Leben

der deutschen Volksgenossen. Der Blockleiter ("Hoheitsgebiet" ca. 160-240 Personen) führte z.B. Karteien über alle Bewohner, kassierte Parteimitgliedsbeiträge und war verpflichtet, alle "schädigenden Gerüchte" zu melden.
Mit Hilfe der politischen "NS-Hoheitsträger", die ihre Machtpositionen häufig schamlos ausnutzten, reichte der Einfluß des NS-Regimes bis in jede Familie. Das kirchliche Leben wurde zwar erheblich eingeengt, aber Gottesdienste und die meisten Seelsorger blieben zunächst noch unbehelligt. Jeder Deutsche, der sich dem Willkürregime jedoch aktiv widersetzte, wurde sofort eingeschüchtert, verprügelt oder landete unverzüglich in den "Schutzhaftlagern" bzw. Konzentrationslagern. Die unorganisierte Machtlosigkeit der deutschen NS-Gegner hatte gegenüber der militärisch organisierten Gewalt des NS-Regimes naturgemäß keine Chance.
Ab 1934 wurden fast alle Deutschen allmählich planmäßig durch die zahlreichen NS-Organisationen "erfaßt", auch wenn sie keine Parteimitglieder waren. Es gab für die Deutschen praktisch kein Privatleben mehr. Alle Sport-, Gesangs-, Kegel- und Schützenvereine, Handwerks-, Angestellten- und Beamtenverbände sowie sonstige Gemeinschaften wurden von NS-Beauftragten überwacht und "gleichgeschaltet".
Wer im NS-Staat berufliche oder wirtschaftliche Erfolge erreichen wollte, wie z.B. Angestellte und Beamte des öffentlichen Dienstes oder Handwerker und Unternehmer, die Staatsaufträge benötigten, mußte zwangsläufig NSDAP-Mitglied werden.
Man begrüßte sich auch nicht mehr, wie bisher mit "Guten Tag", sondern in den Schulen, Geschäften und Behörden mußte man ab 1934/35 grundsätzlich mit dem sogenannten "Deutschen Gruß" (heben des ausgestreckten rechten Armes und den Worten "Heil Hitler") grüßen. Der "Deutsche Gruß" wurde auch beim Schriftverkehr verlangt ("Mit Deutschem Gruß Heil Hitler"). Der persönliche "Deutsche Gruß" gegenüber Hitler lautete etwa seit 1935 "Heil, mein Führer".
Viele Deutsche, die sich weigerten, in eine der vielen NS-Organisationen einzutreten, mußten wenigstens als gutwillige Mitglieder der "Volksgemeinschaft" persönlich Spenden sammeln oder großzügige Spenden ("freiwilliger Zwang") leisten.

Emigration oder Widerstand

Nachdem die NSDAP alle wesentlichen Machtpositionen innerhalb des Deutschen Reiches besetzt hatte, kontrollierte das NS-Regime planmäßig und konsequent fast sämtliche Lebensbereiche. Der SS-Staat war militärisch strukturiert und gewährleistete eine totale Überwachung des gesamten Landes. Das NS-Regime unterdrückte jeden Einwand, jegliche Kritik und jede aktive oder passive Opposition mit den härtesten Strafen. Jeder Auflehnungsversuch wurde sofort mit drakonischen Strafen geahndet.
Während der gnadenlosen Hetzjagd nach politischen Feinden schlugen die allgegenwärtigen SS-Angehörigen schnell und erbarmungslos zu. Das NS-Regime führte gegen die sogenannten "Staatsfeinde" (Sozialdemokraten, Kommunisten, Konservative und andere) systematische Verfolgungen ("Nacht- und Nebelaktionen") durch, die oft vor der deutschen Bevölkerung verheimlicht werden konnten. Im Verlauf dieser großangelegten "Säuberungsaktionen" nahm man Tausende von "Verdächtigen" fest und inhaftierte sie.
Obwohl die NS-Diktatur in kurzer Zeit einen totalitären Polizeiapparat errichtet hatte, formierte sich ebenso rasch eine demokratische Widerstandsbewegung. Trotz der allgegenwärtigen Gestapo und des tödlichen Terrors nahm diese Widerstandsbewegung den ungleichen und selbstmörderischen Kampf um Freiheit und Menschenwürde des deutschen Volkes auf. Tausende von Widerstandskämpfern aus allen Gesellschaftsschichten des deutschen Volkes (Politiker, Diplomaten, Geistliche, Gewerkschaftler, Arbeiter, Angestellte, Beamte, Angehörige der freien Berufe, Studenten und Offiziere) sahen damals nicht tatenlos zu, wie die NS-Terroristen die Freiheit und das Recht mit Füßen traten und verhöhnten.
Die meisten deutschen Widerstandskämpfer stellten Adel und politische Gesellschaftskreise,

aber auch viele evangelische und katholische Geistliche zählten zu den Gegnern des NS-Regimes. Zu den aktiven demokratischen Widerstandsgruppen gehörten z.B. Goerdeler Kreis, Freiburger Kreis, Kreisauer Kreis, Solf-Kreis und Weiße Rose.
In jener Zeit gab es natürlich auch viele Deutsche, die sich sofort in das sichere Ausland absetzten, um dort den "Widerstand" fortzusetzen, denn nach Hitlers Machtübernahme quälte man Tausende von aufrechten deutschen Frauen und Männern in den Gefängnissen und Lagern regelrecht zu Tode.
Der deutsche Historiker Heinrich Walle berichtet später über die großen Gefahren von Widerstandsaktionen während des NS-Terrors (x301/86): >>Angesichts der Tatsache, daß jeder, der sich nicht vollkommen mit den Zielen der NS-Herrschaft identifizierte, als außerhalb der Volksgemeinschaft stehend betrachtet wurde und der allgemeinen Ächtung und Verfolgung verfiel, war bereits ein geistiges Abweichen von dem in einer allgegenwärtigen Propaganda vorgezeichneten Wege ein Schritt in die Isolation.
Bereits ein Verweigern oder Abseitsstehen wurde von den braunen Nachbarn als aktive Gegnerschaft angesehen und verfolgt. Eine Mitwisserschaft von möglichen Aktionen gegen das System oder auch nur von kritischen Äußerungen anderer konnte, wenn sie nicht sofort "angezeigt" wurden, tödlich sein. ...<<
Nur sehr wenige ehemalige demokratische Politiker der Weimarer Republik, wie Theodor Haubach, Julius Leber, Wilhelm Leuschner, Carlo Mierendorff, Adolf Reichwein, Kurt Schumacher und andere, leisteten damals im Inland aktiven Widerstand.
Da es während der NS-Diktatur keinen ungefährlichen Widerstand gab, sondern höchstens nur Märtyrertum und Todesgefahr, entschlossen sich die meisten prominenten Politiker, Literaten und Akademiker zur Emigration.
Der Sozialdemokrat Friedrich Stampfer (1874-1957, Journalist und Politiker, 1900-02 Redakteur der Leipziger Volkszeitung, 1916-33 Chefredakteur des "Vorwärts", 1920-33 sozialdemokratischer Abgeordneter und Mitglied des Deutschen Reichstages) fordert damals alle Deutschen zum Widerstand gegen das NS-Regime auf (x149/105): >>Wer da zusieht, wie Deutschland dem Abgrund zugeführt wird und sich nicht auflehnt, der begeht wirklichen Landesverrat. ...<<
Friedrich Stampfer brachte sich jedoch selbst rechtzeitig in Sicherheit. Er emigrierte bereits 1933 nach Prag, floh 1939 nach Frankreich und 1940 nach Nordamerika.
In den Jahren 1933 bis 1935 flohen etwa 6.000-8.000 Kommunisten, 5.000-6.000 Sozialdemokraten, 2.000 Pazifisten und Demokraten und 2.000 Personen unterschiedlicher politischer Richtungen aus dem Deutschen Reich (x149/81).
Diese angeblichen "Widerstandskämpfer", wie z.B. Willy Brandt (eigentlich Herbert Frahm; emigriert im April 1933 nach Dänemark und später nach Norwegen), Herbert Wehner (flieht 1935 nach Schweden und später nach Moskau) und Walter Ulbricht (1893-1973, emigriert ebenfalls schon 1933 und trifft 1938 in Moskau ein), sowie viele andere Emigranten waren damals nicht bereit, ihre Ehre, Gesundheit oder ihr Leben für den Freiheitskampf der Deutschen zu gefährden bzw. zu opfern.
Andere deutsche Emigranten, wie die einflußreichen Politiker Heinrich Brüning (1885-1970), Otto Braun (1872-1955) und Hermann Rauschning (1887-1982), spielten später im Ausland keine Rolle und konnten politisch fast nichts ausrichten. Alle Versuche, im Ausland (in Nordamerika und England) ein deutsches Nationalkomitee zu gründen, scheiterten an der strikten Ablehnung der jeweiligen Regierungen.
Der Diplomat Bernardo Attolico (1880-1942, italienische Botschafter in Berlin) meint später gegenüber dem schweizerischen Geschichtsprofessor Carl J. Burckhardt (x025/150): >>... Das Leichteste ist emigrieren und protestieren, aber auch Aufstände anzetteln, Komplotte schmieden braucht weniger Kraft als der harten Wirklichkeit Tag für Tag das Mögliche abzuringen,

ohne Pathos, immer wieder geschlagen, immer wieder beginnend, Dinge scheinbar sanktionierend, die man verabscheut, zäh und ohne jeden Eigennutz, klug, mit beständiger äußerster Aufmerksamkeit und Anspannung.<<

Der deutsche Historiker Sebastian Haffner schreibt später über die "Emigration" der Deutschen (x051/147-148): >>Die deutsche Emigration 1933-45 war keine Kollektivbewegung, sie brachte es nicht zu einer Organisation, und sie hat politisch nichts ausgerichtet. Der Unterschied etwa zu den österreichischen und tschechischen Emigranten von 1938/39 – zu schweigen von dem Londoner "Freien Frankreich" de Gaulles – fällt ins Auge. ...

Auch unter den deutschen Emigranten gab es einige einst prominente Politiker – Brüning, Braun, Rauschning -, aber sie haben im Ausland keine Rolle mehr gespielt und gelegentliche Versuche, in England oder Amerika so etwas wie ein deutsches Nationalkomitee zu gründen, sind stets im Ansatz steckengeblieben.

Sie scheiterten nicht erst an der wenig ermutigenden Haltung der englischen und amerikanischen Regierung. Schon die deutsche Emigration selbst – immerhin von Anfang an einige zehntausend, zum Schluß mehrere hunderttausend Menschen umfassend – war zu diffus, politisch zu gespalten und in ihrer großen Masse zu unpolitisch. Zugespitzt könnte man sagen: Es gab keine deutsche Emigration; es gab nur deutsche Emigranten. ...

Sehr möglich, daß der Wettlauf um die Atombombe durch die deutsche Emigration entschieden worden ist – durch den Zuwachs an wissenschaftlicher Kapazität, den sie Amerika und England, den Verlust, den sie für Deutschland bedeutete. Das war freilich zu der Zeit, als die zehn oder zwanzig Wissenschaftler der Extraklasse, von denen dieser weltgeschichtliche Effekt abhing, Deutschland verließen, nicht vorauszusehen, auch von ihnen selbst nicht.

Man muß zwischen Wirkungen und Motiven unterscheiden. Auch war die wissenschaftliche Prominenz der Zahl nach in der Emigration weit schwächer vertreten als etwa die literarische. Die deutsche Wissenschaft erlitt durch die Emigration lediglich einen Aderlaß; die deutsche Literatur jedoch blutete aus.

Auch auf den Nachbargebieten wie Journalismus, Theater und Film waren die Verluste enorm. Und auf dem Feld des akademischen Humanismus sind in den 30er Jahren Denkschulen von Deutschland nach Amerika verpflanzt worden, die Frankfurter Schule der Soziologie zum Beispiel, oder die Psychoanalyse. Das alles, hat Geschichte gemacht; aber Geistesgeschichte, nicht politische.

Emigration war in jedem Fall ein einsamer individueller Entschluß; und dieser Entschluß trug fast immer ein Doppelgesicht: Er bedeutete Flucht und Protest. ... Flucht war in dieser Frühzeit weit öfter das Emigrationsmotiv von Politikern, die in vielen Fällen auch allen Grund hatten zu fliehen. Brüning und Treviranus etwa standen auf der Abschußliste des 30. Juni 1934 (Röhm-Affäre) und wären unfehlbar ermordet worden, wenn sie sich nicht in letzter Stunde in Sicherheit gebracht hätten. Hätten sie bleiben sollen?

Die Frage ist nach 1945 oft in vorwurfsvollem Ton gestellt worden, gerade im Fall der Politiker, aber auch in dem der literarischen und akademischen Prominenz, die einen so großen Anteil an der Frühemigration hatte. Wenn die Besten weggingen, so hat man gefragt, was konnte man vom Durchschnittsmenschen noch erwarten? War Emigration Desertion?

Die Gegenfrage erledigt solche Vorwürfe: Was hätten sie denn in Deutschland tun sollen?

Mit ihrer Emigration setzten sie immerhin ein Zeichen. In Deutschland hätten sie kein Zeichen mehr setzen können. Es gab hier keine Möglichkeit politischer Opposition, es gab nicht einmal mehr das öffentliche freie Wort. Die Alternative hieß nach März 33 nicht mehr Weggehen oder Mitmachen. Denn selbst wer sich zu entziehen suchte, wer in die innere Emigration ging, verstummte und sich in einen harmlosen Brotberuf verkroch, konnte sich auf die Dauer nicht verhehlen, daß er, wie widerwillig und wie indirekt auch immer, mitmachte. Alles, auch das Harmloseste, diente letztlich dem Regime, das sich ganz Deutschlands bis in den letzten Win-

kel bemächtigt hatte.
Nur eine Alternative gab es noch: Märtyrertum. Aber es war Märtyrertum unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Die Märtyrer Ossietzky z.B. oder die Geschwister Scholl – haben damals innerhalb Deutschlands wenig bewegt. Die Emigranten dagegen hat man wenigstens nicht totschweigen können – zum mindesten die prominenten Emigranten nicht. ...<<
Ab 1937 verstärkte das NS-Terrorsystem die Verfolgung der "Staatsfeinde". Verhaftungen und Hinrichtungen schwächten die deutschen Widerstandsgruppen immer mehr. Im NS-Staat waren falsche Beschuldigungen, üble Nachrede und Verleumdungen an der Tagesordnung. Überall trieben Spitzel und sogenannte "Vertrauensmänner" ihr Unwesen. Sie kontrollierten und überwachten Tag und Nacht verdächtige Personen. Seit 1942 wurden alle Häftlinge, die länger als 6 Jahre in Gefängnissen oder Zuchthäusern saßen, in die Konzentrationslager "verlagert". Allein von April bis Juni 1944 ließ der NS-Justizminister 20.748 Deutsche aus politischen Gründen verhaften (x023/446).
Obgleich die deutschen Widerstandsbewegungen völlig allein gegen das hoffnungslos überlegene NS-System kämpfen mußten, gaben die entschlossenen Widerstandskämpfer den Freiheitskampf niemals auf. Trotz der großen Gefahr verübten deutsche Widerstandskämpfer seit 1933 fast 4 Dutzend Anschläge auf Hitler, die jedoch vielfach durch seltsame Ereignisse oder äußerst unglückliche Umstände scheiterten (x023/335).
Der israelische Historiker Saul Friedländer berichtet später über die totalitäre Macht und den totalitären Terror der NS-Diktatur (x036/25-26): >>... (Es ist) der Wille zur totalen Beherrschung von Individuen und Gruppen, der das totalitäre System antreibt, seine Opfer zu unterdrücken und sie entsprechend auszuwählen. Wenn die Kontrolle es erfordert, entscheidet man sich ohne Unterschied für die Vernichtung dieser oder jener Gruppe. Der zu vernichtende Feind wird zu einem funktionalen Element im System totaler Herrschaft. Um eine ganze Bevölkerung zu terrorisieren oder ihre Kräfte zu sammeln, kann mehr oder weniger willkürlich erst eine Gruppe und dann eine andere herausgegriffen werden.
Die Bürokratie ist das wirkungsvollste Element totalitärer Macht und totalitären Terrors. Sie besitzt jene niedrigen Diener, deren einziger Ehrgeiz es ist, ihre Aufgabe so wirkungsvoll wie möglich zu erfüllen. Und sie kann, einmal in Gang gesetzt, von den einfachsten erkennungsdienstlichsten Maßnahmen bis zur totalen Vernichtung führen. ...<<
Der deutsche Historiker Bodo Scheurig schreibt später über den deutschen Widerstand nach Hitlers Machtübernahme (x245/483-484): >>... Nehmen wir die Generale, bei denen man sich beinahe an jeden halten könnte: sie hatten in der Weimarer Republik, die auf die Reichswehr ohne Vertrauen herabsah, keine Heimstatt finden können. Sie hatte die Ohnmacht jenes 100.000-Mann-Heeres erbittert, das nicht einmal den Armeen Polens und der Tschechoslowakei gewachsen gewesen wäre.
Hitler versprach ihnen nur eine Wiederaufrüstung, welche die Wehrmacht befähigen sollte, das Reich zu verteidigen; er wollte auch für ein besseres Ansehen der Soldaten bürgen. All das entschied nicht zuletzt über die Haltung der jungen Offiziere. Man lese Briefe Stieffs, und man wird einen Geist gewahren, der geradezu prädestiniert war, Hitler und seinen Zielen anheimzufallen. Dies galt auch für den Stauffenberg des Jahres 1933.
Wir mögen diese Tatsachen beklagen. Wir mögen jene, die Hitler nicht durchschauten, heute kurzsichtig nennen. Wahrheit bleibt, daß er sich zunächst auf die Männer stützen konnte, die ihn am 20. Juli 1944 auf Leben oder Tod bekämpfen sollten.
Selbst die Kirchen haben dem Nationalsozialismus anfangs Kredite nicht versagt. Wohl suchte der Papst die Rechte seiner Kirche durch ein Konkordat zu sichern, nach dessen Abschluß Hitler gleichsam hoffähig geworden war. Doch in dem Willen, eine nationale Gesinnung – auch im Geiste der nationalsozialistischen "Bewegung" – zu bezeugen, wollte keine der Konfessionen zurückstehen.

Nicht einmal die politische Linke leistete nachdrücklichen Widerstand. Gewiß Leber und Mierendorff litten seit 1933 in Gefängnissen und Konzentrationslagern, ohne ihre feste Gesinnung und Haltung preiszugeben. Aber selbst wer Wels' tapfere Absage an das Ermächtigungsgesetz anerkennt, muß einräumen, daß die bereits angeschlagene oder unterdrückte Linke zum Rückzug entschlossen war.
Vollends verfielen viele Konservative Hitler und seiner Macht. Versprach er doch lautstark und beredt, nicht wenige ihrer Wünsche zu erfüllen. Somit mußte der Nationalsozialismus zunächst jene lähmen, die eine nationale Wiedergeburt ihres Vaterlandes ersehnten. Es bleibt ein Verdienst der jüngsten Forschung, eindeutig herausgearbeitet zu haben, daß die konservativnationalen Honoratioren manchen von Hitlers Zielen und Erfolgen zustimmen mußten. Wie er, so wünschten sie die Folgen des Ersten Weltkrieges zu überwinden. Wie er, so zielten sie auf ein machtvolles Reich. ...<<
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schreibt später über die deutsche Widerstandsbewegung (x063/580): >>Man kann zusammenfassen, daß Deutschland das erste von Nationalsozialisten besetzte Land war. Die Allmacht der Geheimen Staatspolizei, der SA und SS schützte sie gegen jeden Auflehnungsversuch. Um so bemerkenswerter ist es, daß es von Anfang an trotz eines bis dahin in Europa nicht dagewesenen Terrors eine Widerstandsbewegung gab, die um des wahren Deutschlands, um der Freiheit und Menschenwürde willen Verfolgung, Folter und Tod auf sich nahm. ...<<
Der deutsche Historiker Dieter Langewiesche schreibt später über den deutschen "Widerstand" gegen das NS-Regime (x051/640-643): >>Widerstand gegen den Nationalsozialismus umfaßte ein weites Spektrum von Anlässen, Formen und Zielen.
Widerstand konnte aus bewußtem Entschluß, aber auch wider Willen entstehen, wenn einzelne oder Gruppen sich der verordneten "Volksgemeinschaft" entzogen. Da das nationalsozialistische Regime Opposition gegen Teilbereiche der Herrschaft ebenso wenig dulden wollte wie den Rückzug in partei- oder staatsfreie Lebensbereiche, wandelten sich mit der Verfestigung und Radikalisierung der nationalsozialistischen Herrschaft die Anlässe für Konflikte, die das Regime als Widerstand wertete.
Widerstand in dieser von den Nationalsozialisten erzwungenen weiten Definition, die auch Menschen erfaßte, die ihr Handeln selbst nicht als Widerstand begriffen, reichte von bloßen Unmutsäußerungen, die gleichwohl hart bestraft wurden, über gesellschaftliche Verweigerung und Kritik an Teilbereichen nationalsozialistischer Politik bis zum politischen Kampf, der auf den Sturz des Regimes zielte. Welche Form der Resistenz zwischen Nonkonformismus und aktivem Widerstand dem einzelnen möglich war, hing nicht nur vom individuellen Entschluß ab.
Es war von zentraler Bedeutung für die Möglichkeit zur Resistenz und für die Form, die diese annahm, ob man einer Gruppierung angehörte, die sich als Institution behaupten konnte. Wer als Offizier oder Beamter beruflich zum Herrschaftsapparat gehörte, konnte andere Oppositionsformen entwickeln als derjenige, der den Machtzentren fern stand. Katholiken oder Protestanten konnten sich in ihre kirchlichen Organisationen zurückziehen und dort etwa durch Teilnahme an Prozessionen oder durch besonders regen Kirchenbesuch eine Form der Verweigerung üben, die von den Machthabern auch dann als Opposition gewertet wurde, wenn sie sich nicht gegen das Regime insgesamt, sondern gegen dessen antikirchliche Politik richtete. Kommunisten, Sozialisten und Gewerkschaftler praktizierten zwangsläufig andere Widerstandsformen, da ihre Organisationen zerschlagen wurden und sie deshalb in der Illegalität wirken mußten.
Wer nicht in institutionellen Schutzräumen wie Militär und Kirchen lebte oder sich nicht wenigstens in der informellen Gesinnungsgemeinschaft behaupten konnte, war in besonderem Maße dem Zugriff des Regimes ausgesetzt. Das gilt für die Juden, die Ernsten Bibelforscher

und für die nationalsozialistischen Feindgruppe der sogenannten Asozialen, deren Kreis vom Regime immer weiter gezogen und dem terroristischen Zugriff der Staatsmacht ausgesetzt wurde: Sinti und Roma ("Zigeuner"), Homosexuelle oder sogenannte Arbeitsscheue.
Diese Gruppen standen auch den Gegnern des Nationalsozialismus so fern, daß sie nur in Ausnahmefällen auf Solidarität rechnen konnten. Die Regel hieß hier nicht Hilfe, sondern Gleichgültigkeit, so daß staatlicher Terror im Unterschied zur Euthanasie keinen Widerstand hervorrief.
Wie die Geschichte der Machtetablierung des Nationalsozialismus nicht zuletzt die Geschichte seiner Unterschätzung war, so bestimmte diese Fehleinschätzung zunächst auch die Haltung fast aller Gruppen, aus denen während der nationalsozialistischen Herrschaft Widerstand hervorging. Die Rücknahme oder zumindest Teilkorrektur der ursprünglichen Fehleinschätzung hat viel mit der Entstehung und dem Wandel von Widerstand und Widerstandsformen in der deutschen Gesellschaft nach 1933 zu tun.
Die KPD-Führung, die die nationalsozialistische Herrschaft zunächst völlig irreal als Etappe auf dem Weg zur proletarischen Revolution einschätzte, setzte anfangs in der Illegalität die alte Politik der massenhaften Agitation in der Öffentlichkeit fort. Das führte dazu, daß die Kommunisten zwar den frühesten und umfangreichsten Widerstand leisteten, aber enorme Verluste erlitten. Von den ca. 300.000 Mitgliedern des Jahres 1932 sollen bis 1945 ca. 150.000 verhaftet worden sein.
Erst 1935 begann ein realistischerer Kurs. Man ging nun von der Konsolidierung des Regimes aus. Neue Organisationsstrukturen für die deutschen Widerstandsgruppen und die KPD-Exilleitung sollten den kommunistischen Widerstand besser an die Bedingungen der nationalsozialistischen Herrschaft anpassen. Diese Form der Distanz zu allen Leitbildern verringerte die Risiken, aber auch die Möglichkeiten zum agitatorischen Widerstand.
Der Überfall Hitler-Deutschlands auf die UdSSR stimulierte erneut den kommunistischen Widerstand. Es entstanden mehrere große Widerstandszirkel, die unabhängig von der Exilpartei arbeiteten. Viele ihrer Mitglieder bezahlten ihren Widerstand mit dem Leben. Umstritten war lange die Einschätzung der Schulze-Boysen/Harnack-Gruppe (Rote Kapelle), die Widerstand mit Spionage für die Sowjetunion verband. In der neueren Literatur wird aber anerkannt, daß "Landesverrat" auch eine Form des Widerstands gegen ein totalitäres Regime sein kann. Das galt für den kommunistischen Widerstand ebenso wie für den militärischen (Oster).
Auch Sozialdemokraten und die Gewerkschaftler schätzten das nationalsozialistische Regime zunächst falsch ein. Sie rechneten allenfalls mit Verhältnissen wie unter dem Sozialistengesetz (1878-90). Dies und ihre Verfassungstreue erschwerten es ihnen, sich auf Widerstand in der Illegalität umzustellen. Der Weg in die Illegalität war zudem von Kontroversen begleitet, die dazu beitrugen, daß weder im Exil noch im Reich ein einheitlicher Widerstand von Sozialdemokraten und Gewerkschaftlern entstand.
Die SPD-Exilführung konzentrierte sich auf Information und Aufklärung, indem Berichte aus Deutschland geschmuggelt und für die Aufklärungsarbeit im Ausland verwertet wurden. Die Informationen flossen über Broschüren, Flugblätter und Zeitschriften ("Sozialistische Aktion") auch ins Reich zurück. Neben der aus dem Exil unterstützten anti-nationalsozialistischen Propaganda stand bei den sozialdemokratischen Widerstandsgruppen, die sich bisher in ca. 40 deutschen Städten nachweisen lassen, das Bemühen im Vordergrund, sich auf den Zusammenbruch des Regimes vorzubereiten.
Die Gewerkschaftsführer, deren Handlungsfähigkeit 1933 durch die hohe Arbeitslosigkeit stark eingeschränkt war, hatten zunächst gehofft, ihre Organisationen auch im nationalsozialistischen Staat erhalten zu können. Diese Illusion zerstob, als die Nationalsozialisten am 2.5.33 die Gewerkschaftshäuser stürmten und viele Gewerkschaftler verhafteten. Der nun einsetzende gewerkschaftliche Widerstand äußerte sich in mehreren Bereichen. In den Betrieben ver-

weigerten in den Betriebs- bzw. Vertrauensmännerwahlen von 1933, 1934 und 1935 die Arbeiter mehrheitlich dem Regime die Zustimmung. Weitere Wahlen fanden deshalb nicht mehr statt.
Andere Formen der Verweigerung am Arbeitsplatz waren schwer zu verwirklichen. Streiks gab es unter den Bedingungen der nationalsozialistischen Diktatur nur in geringer Zahl. Es kam aber zu verdeckten Formen des Arbeitskampfes von Bummelei bis zu Sabotage oder verbotener Hilfe für Fremd- und Zwangsarbeiter. Ehemalige Gewerkschaftsfunktionäre organisierten Widerstandszirkel auf der Ebene der zerschlagenen Einzelverbände wie auch über deren Grenzen hinweg.
Es entstand eine illegale Reichsleitung, die frühere Ansätze zur Überwindung der drei Richtungsgewerkschaften (sozialdemokratische, christliche und Hirsch-Dunckersche) durch eine Einheitsgewerkschaft fortführte. In realistischer Einschätzung, daß sie allein das Regime nicht gefährden konnten, nahmen schließlich Gewerkschaftler wie Leuschner oder J. Kaiser und Sozialdemokraten Kontakte zu oppositionellen Machteliten auf und beteiligten sich an Vorbereitungen des Zwanzigsten Juli 44. Das Mißlingen des Tyrannensturzes büßten viele von ihnen mit ihrem Leben.
Neben den großen Arbeiterorganisationen leisteten kleinere Verbände von Anfang an Widerstand. Dazu zählten die "Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands" (SAP), der "Internationale Sozialistische Kampfbund" (ISK), die Gruppen "Neu-beginnen" und "Volksfront" und die "Kommunistische Partei Deutschlands/Opposition" (KPO).
All diese Gruppen standen vor dem Dilemma, die Nationalsozialisten mangels anderer Handlungsmöglichkeiten nur propagandistisch bekämpfen zu können, was hohe Verluste kostete, oder sich in kleine, von der Außenwelt abgeschirmte Zirkel zurückzuziehen, was den Widerstand auf Selbstbehauptung und Vorbereitung für die Neugestaltung Deutschlands nach dem Ende der Diktatur beschränkte.
Auch die evangelische und die katholische Kirche waren 1933 in der Illusion befangen, ihre Position in Staat und Gesellschaft wahren oder gar noch verbessern zu können. Parallel zur staatlichen Gleichschaltung setzte 1933 die Gleichschaltung der evangelischen Landeskirchen ein.
Gegen die zum Teil aufgezwungene, zum Teil freiwillig vollzogene Nazifizierung der evangelischen Kirche, zu der auch die Übernahme des sogenannten Arierparagraphen gehörte, erhob sich eine innerkirchliche Opposition, die sich als Bekennende Kirche zusammenschloß. Sie wollte keinen politischen Widerstand leisten, aber sie beanspruchte ein Wächteramt, das der totalitären Durchdringung der Gesellschaft Grenzen zog und zu ständigen Konflikten mit dem Staat führte (Kirchenkampf).
So protestierte z.B. der entschiedene Flügel 1936 in einer Denkschrift gegen zentrale Teile der nationalsozialistischen Ideologie (Rassenlehre, Antisemitismus), gegen Führerkult und Manipulation der Reichstagswahl 1936, gegen Unrechtsakte der Gestapo und Beibehaltung der KZ.
Diese kirchliche Fundamentalopposition, die in den politischen Bereich übergriff, wurde aber nur von einer Minderheit der Bekennenden Kirche geteilt. Kirchlicher Widerstand bedeutete im Protestantismus v.a. Kampf gegen die Verdrängung des Christentums aus dem öffentlichen Leben und religiös begründeten Protest gegen Mißachtung der Menschenrechte.
Diese Versuche evangelischer Kirchenkreise, die nationalsozialistische Herrschaft zu begrenzen, lösten aber nicht die (im Krieg noch weiter gefestigte) Loyalität gegen die nationalsozialistische Obrigkeit. Gleichwohl wurden sie von den Machthabern als Widerstand gewertet und entsprechend verfolgt. Zum bewußten politischen Widerstand drangen evangelische kirchliche Organisationen nicht vor, wohl aber zahlreiche evangelische Christen, die als einzelne oder in Widerstandsgruppen wie dem Kreisauer oder dem Freiburger Kreis aus christlicher Überzeugung Widerstand leisteten.

Die katholische Kirche schien durch das Reichskonkordat vom 20.7.33 als Institution gesichert zu sein, nachdem zuvor die Zentrumspartei preisgegeben worden war und die Fuldaer Bischofskonferenz die ablehnende Haltung zum Nationalsozialismus revidiert hatte. Der noch 1933 einsetzende Kirchenkampf provozierte dann jedoch einen kirchlichen Widerstand, dem es um Behauptung der institutionellen Autonomie und darüber hinaus um die Verteidigung der kirchlichen Werte ging. Die Enzyklika "Mit brennender Sorge" von 1937 markiert einen ersten Höhepunkt dieser Selbstbehauptungspolitik, die die katholische Kirche geschlossener und wirksamer als die evangelische führte. Auch sie verband den Kampf um Selbstbehauptung jedoch mit fortdauernder Loyalität gegen das Regime.
Im Kreis der Kirchenführer rivalisierten unbemerkt von der Öffentlichkeit zwei Richtungen: Kardinal Bertram war Exponent des Verhandlungskurses, der sich durchsetzte. Kardinal Preysing forderte eine Politik des öffentlichen Protests. Die Entfesselung des Krieges durch Hitler veränderte die Haltung der katholischen Kirchenführung nicht, wohl aber die Radikalisierung des nationalsozialistischen Terrors im Krieg. Bischöfliche Hirtenworte protestierten öffentlich gegen die Mißachtung elementarer Menschenrechte, zum Teil mit Erfolg. So trugen Kardinal Galens berühmte Predigten von 1941 dazu bei, die Ermordung von Geisteskranken (Euthanasie) zu stoppen.
Beide Kirchen haben ihren Kampf um Selbstbehauptung und Verteidigung christlicher Werte nicht als politischen Widerstand verstanden und sie stießen nie bis zur prinzipiellen Aufkündigung des Gehorsams gegen die verbrecherische Obrigkeit vor. Doch sie zogen mit ihrer partiellen Opposition der ideologischen Gleichschaltung Grenzen, die die Nationalsozialisten nicht durchbrechen konnten. Das mag es einzelnen wie Bonhoeffer, Delp und Mitgliedern der katholischen Arbeiterbewegung erleichtert haben, sich politischen Widerstandskreisen anzuschließen.
Der Widerstand, der aus den traditionellen Machteliten Militär und hohe Bürokratie erwuchs, setzte eine grundlegende Distanzierung von den ursprünglichen Erwartungen voraus, hatten sie doch gehofft, im Bund mit den Nationalsozialisten ihre traditionellen innen-, außen- und militärpolitischen Ziele zu verwirklichen. Nachdem die Fritsch-Krise bereits eine noch begrenzte Militäropposition entstehen ließ, formierte sich in der Sudetenkrise 1938 erstmals eine Antikriegsgruppe, der im Militär u.a. Generalstabschef Beck, dessen Nachfolger Halder und Abwehrchef Canaris, in der Diplomatie Staatssekretär Weizsäcker angehörten. Mit der Konferenz von München fielen die bis zum Staatsstreich reichenden Planungen dieser Gruppe jedoch zusammen.
Im Krieg erweiterten sich die national-konservativen Widerstandskreise, indem nun verstärkt zivile Oppositionelle hinzustießen. Die raschen Siege der deutschen Truppen schwächten jedoch die Handlungschancen der Opposition. Dazu trug das Prestige, das dem Hitler-Regime aus den Blitzsiegen erwuchs, ebenso bei wie die Steigerung der deutschen Großmachtstellung, die auch viele Oppositionelle begrüßten.
Seit Anfang 1942 wuchs die Entschlossenheit der Militäropposition zum Widerstand. Sie erweiterte sich erneut politisch, aber auch sozial, indem sie Kontakt v.a. zum Kreisauer Kreis fand, der preußische Adelige, katholische und evangelische Geistliche, Beamte, Sozialdemokraten und Gewerkschaftler umfaßte. Unter den Kreisauern wurden Konzepte entworfen, die eine Erneuerung Deutschlands anstrebten und sich von überlieferten Leitbildern der Machteliten mehr und mehr lösten.
Die Handlungsfähigkeit der Militäropposition erhöhte sich 1943, als die konspirativen Kontakte in den militärischen Führungskreisen ausgedehnt wurden und sich, vorangetrieben durch Tresckow und Stauffenberg, die ethisch begründete Überzeugung durchsetzte, daß auch ohne außenpolitische Absicherung der Tod des Diktators die Voraussetzung für einen Umsturz schaffen müsse. Nach mehreren im Vorfeld gescheiterten Attentatsplänen mißlang dann am

Zwanzigsten Juli 1944 Stauffenbergs Bombenattentat auf Hitler, das den Weg frei machen sollte zur Beendigung der nationalsozialistischen Terrorherrschaft mit Hilfe der Wehrmacht. Damit hatten die national-konservativen Widerstandskreise in wenigen Jahren eine Entwicklung vollzogen, die von der Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten über die systeminterne Teilopposition bis zum bedingungslosen Widerstand geführt hatte.
In anderen gesellschaftlichen Bereichen entstanden andere Formen von Widerstand. So entzogen sich in vielfältiger Weise Jugendliche der "Volksgemeinschaft". Das reichte von provokativ unangepaßtem Verhalten und zum Teil gewaltsamen Protesten wie bei den Edelweißpiraten über den organisierten und informellen Zusammenhalt nationalsozialistisch-feindlicher Gruppen (kirchliche Jugend, Arbeiter-, Jugendcliquen) bis zum Widerstand der Weißen Rose. Im KZ entwickelten Häftlinge Widerstandsarten, die – zum Teil organisiert – halfen, das Lager zu überstehen. In der letzten Phase der nationalsozialistischen Herrschaft kam es vereinzelt auch zu offenen Revolten.
Wie sehr die Form des Widerstands von den besonderen Lebensverhältnissen abhing, zeigt das Beispiel der Juden. Einen kollektiven spezifisch jüdischen Widerstand konnte es nicht geben, da ein homogenes Judentum lediglich im nationalsozialistischen Feindbild existierte. Juden beteiligten sich aber im gesamten Bereich zwischen Widerstand und Verweigerung, sie waren je nach ihrer politischen Haltung in den verschiedenen Widerstandsgruppen vertreten, sie leisteten Widerstand im KZ, im Getto und in der europäischen Résistance. Zur Selbstbehauptung durch Verweigerung gehörte das Leben im Untergrund, die Emigration und auch die Selbsttötung, mit der sich in Berlin vier Prozent der Juden dem staatlichen Mord entzogen.
Einen einheitlich deutschen Widerstand hat es also nicht gegeben, wohl aber ein weites abgestuftes Verhaltensspektrum von der Verweigerung bis zum aktiven Widerstand. Der Bestand des nationalsozialistischen Regimes wurde dadurch nicht gefährdet. Insofern war der Widerstand vergeblich. Er hat jedoch die ideologische Gleichschaltung der Bevölkerung begrenzen helfen und die Erinnerung an ihn hat nach 1945 dazu beigetragen, an politische und moralische Werte anzuknüpfen, die der Nationalsozialismus mit Hilfe vieler, die erst in einem mühsamen Prozeß zum Widerstand fanden, zerstört hatte.<<
UdSSR: Stalin leitet allmählich die Wiedergewinnung der früheren russischen Großmachtstellung ein. Die sowjetische Rote Arme besitzt im Jahre 1934 das größte Landheer der Welt (x059/37).
Stalin schlägt dem Zentralkomitee der KPdSU während des XVII. Parteitages im Jahre 1934 vor, die sowjetisch-deutschen Beziehungen zu erweitern (x080/278): >>... Gewiß, wir sind weit davon entfernt, von dem faschistischen Regime in Deutschland entzückt zu sein. Doch handelt es sich hier nicht um den Faschismus, wie allein die Tatsache zeigt, daß der Faschismus zum Beispiel in Italien für die UdSSR kein Hindernis war, die besten Beziehungen zu diesem Lande herzustellen.<<
Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schreibt später über die "Sowjetunion" in den Jahren 1934-1945 (x051/545-546): >>(Sowjetunion) ... Die wider Erwarten starke Stellung des nationalsozialistischen Regimes und die rasche Abkühlung der deutsch-sowjetischen Beziehungen nach 1933 mit einer Hinwendung Hitlers zu Polen (1934 Deutsch-Polnischer Nichtangriffspakt) führten von 1935 an unter dem Außenminister Litwinow in Abwehr der faschistischen Gefahr zu einem – ideologisch durch die Strategie der "Volksfront" zwischen kommunistischen, sozialistischen und linksbürgerlichen Parteien abgestützten – Kurswechsel hin zur Politik der kollektiven Sicherheit (18.9.34 Beitritt zum Völkerbund) und zur Öffnung nach Westen (1933 Anerkennung durch die USA, 1935 französisch-sowjetischer und sowjetisch-tschechischer Beistandspakt).
Vorbereitet durch die blutigen "Säuberungen" im Staats-, Partei- und Militärapparat 1935/37, den Aufstieg Stalins zur Alleinherrschaft und durch die politisch-diplomatische Isolierung der

Sowjetunion durch die Westmächte 1938 (Appeasement, Münchener Abkommen) und personell dokumentiert in der Ablösung Litwinows durch Molotow (3.5.39), folgte im Sommer 39 nach zweigleisigen Verhandlungen mit London/Paris und Berlin mit dem Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffsvertrag vom 23.8.39 ein erneuter Richtungswechsel der sowjetischen Außenpolitik, der mit in den Zweiten Weltkrieg führen sollte.
Bis 1941 konnte die Sowjetunion – mit Ausnahme Finnlands (Winterkrieg) – das ihr vertraglich zugesicherte Glacis okkupieren: 17.9.39 Einmarsch in Ostpolen, 27.6.40 Annexion Bessarabiens und der Nordbukowina, Juli/August 40 Anschluß der Baltischen Staaten.
Der fast vierjährige Abwehrkampf gegen den deutschen Überfall (22.6.41) wurde zum "Großen Vaterländischen Krieg" proklamiert (Rußlandfeldzug). Er brachte durch die Mobilisierung des nationalen Patriotismus, die große Zahl der Kriegsopfer, den Partisanenkampf, die brutale deutsche Kriegführung und Besatzungspolitik (Generalplan Ost) und den schließlichen Sieg für das Stalin-Regime nicht nur innenpolitisch ein hohes Maß an Massenloyalität und Legitimität, sondern auch außenpolitisch – auf der Basis der oft recht eigenwillig ausgelegten Abmachungen von Teheran (1943), Jalta (1945) und im Potsdamer Abkommen – eine Erweiterung der sowjetischen Einflußsphäre bis tief nach Mittel- und Südosteuropa hinein.<<
Frankreich: Außenminister Jean Louis Barthou lobt Hitler im Jahre 1934 als einen "wahren Friedensfreund" (x025/129).
Großbritannien: Ab 1934 zeichnet sich bereits die Isolierung des NS-Reiches ab.
Stanley Baldwin (1867-1947, britischer konservativer Staatsmann) erklärt damals (x054/211): >>Englands Grenze liegt am Rhein. ...<<

1935

> Welche Zeitung ist in Deutschland am weitesten verbreitet? Die "Schnauze", denn die muß jeder halten!
> *NS-Spottvers*

13.01.1935
NS-Regime: Am 13. Januar 1935 stimmen 90,8 % der Saarländer für den Anschluß des Saargebietes an das Deutsche Reich. Nur 0,4 % sind für den Anschluß an Frankreich und 8,8 % sind für eine internationale Verwaltung (x032/183).
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über das "Saargebiet" (x051/509-510): >>Saargebiet, durch den Versailler Vertrag im sogenannten Saarstatut aus fünf preußischen und zwei bayerischen Landkreisen gebildeter Bezirk von fast 2.000 qkm (heutiges Saarland: 2.567 qkm) mit 800.000 Einwohnern.
Zwar war der französische Plan einer Annexion des Saargebietes an britischem und amerikanischem Widerstand gescheitert, doch wurde es der deutschen Souveränität entzogen und zur wirtschaftlichen Ausbeutung für erlittene Kriegsschäden Frankreich überlassen; die staatlichen Hoheitsrechte nahm eine Völkerbundskommission unter dem Franzosen V. Rault wahr. Nach 15 Jahren sollte eine Volksabstimmung über das weitere politische Schicksal des Saargebietes entscheiden.
Die de facto französische Herrschaft – das Saargebiet gehörte zum französischen Zollsystem, der Franc war einziges Zahlungsmittel u.a. – und der Druck der Französisierung ließen das Saarstatut nie populär werden, zumal die deutschen Parteien im 1922 geschaffenen Landesrat keine Mitwirkungsrechte erhielten. Deutsche Bemühungen, u.a. Stresemanns, um eine vorzeitige Rückgabe des Saargebietes scheiterten 1929/30.
Die politische Landschaft im katholischen Saargebiet unterschied sich bis zur Machtergreifung erheblich von der im Deutschen Reich.
Unangefochtener Meinungsführer war das Zentrum, das bei den Landesratswahlen im März 32 auf 43,2 % vor der KPD mit 23,1 % kam, während die SPD nur 9,6 und die NSDAP, im

Reich bald stärkste Partei, nur 6,7 % erreichten.
Der Umschwung in Deutschland wandelte das Bild rasch, da die führenden Politiker, u.a. der Großindustrielle Röchling, Unterstützung bei Hitler suchten und auch Zusagen erhielten unter der Bedingung, daß sich nach deutschem Muster alle "nationalen Kräfte" zur Vorbereitung der am 13.1.35 anstehenden Volksabstimmung zusammenschlössen. Das geschah nach v.a. im Zentrum erheblichen parteiinternen Kämpfen bis Herbst 33 in der Deutschen Front, die nun finanziell und propagandistisch massiv gefördert wurde.
Der politische Kampf lief dabei nach dem Vorbild in der Endphase der Weimarer Republik ab: Nationalsozialisten besetzten Schlüsselstellungen in Partei und Wirtschaft, ein SA-ähnlicher Ordnungsdienst schüchterte Gegner ein, Firmen setzten ihre Belegschaften unter Druck für die Deutsche Front, um nach einem Anschluß ans Reich Nachteilen vorzubeugen u.a.
Auf nennenswerte Gegenwehr stießen die Anschlußbefürworter ohnehin nicht: Bei einer Arbeitslosigkeit von 24,4 % im Dezember 34 hatten ihre Gegner der Sogwirkung des deutschen Wirtschaftsaufschwungs wenig entgegenzusetzen. Zudem blieb den Gegnern, die sich im Sommer 34 zu spät in einer Einheitsfront von SPD und KPD zusammenfanden, nur die unpopuläre Alternative, die Beibehaltung des Status quo zu propagieren und sich damit zudem in Gegensatz zur katholischen Kirche zu setzen, die die nationalistische Parole ausgab: "Wer seinem Vaterland die Treue bricht, hält sie auch unserem Herrgott nicht."
Die Appelle zahlreicher prominenter deutscher Emigranten wie H. Mann, Brecht, Feuchtwanger, Seghers, Kerr u.v.a. blieben ebenso wirkungslos wie die Hinweise auf die nationalsozialistische Gewaltherrschaft mit ihren KZ. Die Deutsche Front erhielt am 13.1.35 über 90 % der Stimmen, 8,8 % waren für den Status quo, nur 0,4 % für den Anschluß an Frankreich. Am 1.3.35 wurde im Beisein Hitlers, der seinen ersten außenpolitischen Triumph feierte, das Saargebiet "heim ins Reich" geholt. Es bildete fortan zusammen mit der Pfalz den Gau Saarpfalz, der ab 7.12.40 "Westmark" hieß.<<

17.01.1935

Schweiz: Der Völkerbundsrat beschließt am 17. Januar 1935 in Genf die Wiedervereinigung des Saargebietes mit Deutschland (Rückgliederungstermin: 1. März 1935).

Januar 1935

NS-Regime: Die antisemitische NS-Wochenzeitung "Der Stürmer" veröffentlicht im Januar 1935 folgenden Brief einer Schülerin (x149/83-84): >>Gauleiter Streicher hat uns so viel von den Juden erzählt, daß wir sie ganz gehörig hassen. Wir haben in der Schule einen Aufsatz geschrieben unter dem Titel: "Die Juden sind unser Unglück". ...
Leider sagen heute noch viele: "Die Juden sind auch Geschöpfe Gottes. Darum müßt Ihr sie auch achten". Wir aber sagen: "Ungeziefer sind auch Tiere, und trotzdem vernichten wir es". ...
Wir standen am Rande des Grabes. Da kam Adolf Hitler. Jetzt sind die Juden im Auslande und hetzen gegen uns. Aber wir lassen uns nicht beirren und folgen dem Führer. ...
Heil Hitler!"<<

01.03.1935

NS-Regime: Am 1. März 1935, um 9.30 Uhr, erfolgt in Saarbrücken die offizielle Rückkehr des Saargebietes. Das Saarland wird nach 15 Jahren französischer Besatzung "heim ins Reich geholt" (x051/510).

10.03.1935

USA: US-Präsident Roosevelt genehmigt am 14. März 1935 den Bau von Landebahnen und Flughäfen auf Wake Island, dem Midway-Atoll und Guam.
Die japanischen Militärexperten fühlen sich durch diese neuen US-Flughäfen bedroht (x172/-64): >>Die Inseln sind natürliche Flugzeugträger, ideale Stützpunkte für feindliche Geschwa-

der. ... Wenn sie von einem Feind besetzt werden, würden sie für uns zum unmittelbaren Sicherheitsrisiko.<<

16.03.1935

NS-Regime: Die Reichswehr wird am 16. März 1935 in "Wehrmacht" umbenannt.

Hitler gibt am 16. März 1935 die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht bekannt (x191/76): >>Die Regierung des heutigen Deutschen Reiches aber wünscht nur eine einzige ... Macht: es ist die Macht, für das Reich und damit wohl auch für ganz Europa den Frieden wahren zu können.<<

Nach der Wiedereinführung der Wehrpflicht (Verstoß gegen den Versailler Friedensvertrag von 1919) wird das Deutsche Reich fast völlig isoliert. England, Frankreich, Italien und alle Staaten Ost-Mitteleuropas verbünden sich gegen das NS-Regime und schließen entsprechende Militärabkommen.

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schreibt später über die "Wehrpflicht" (x051/-624): >>Wehrpflicht, unter Verletzung der Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages (Artikel 173) am 16.3.35 wieder eingeführte allgemeine militärische Dienstpflicht im Deutschen Reich (Gesetz "für den Aufbau der Wehrmacht"; ausgefüllt durch das Reichsverteidigungsgesetz vom 21.5.35).

Als vorläufige Friedenspräsenz der Wehrmacht waren 36 Divisionen und 550.000 Mann vorgesehen. Der Einführung der Wehrpflicht ging am 9.3. eine offizielle Erklärung über den Wiederaufbau der Luftwaffe voraus; das Gesetz bedeutete nur die amtliche Feststellung einer seit Jahren geheim laufenden Wiederaufrüstung.

Hitler nahm als Vorwand das britische Verteidigungs-"Weißbuch" vom 4.3.35, in dem die britische Rüstung mit der geheimen deutschen Remilitarisierung begründet wurde, und die Einführung der zweijährigen Dienstzeit in Frankreich am 6.3.35 zusammen mit der Verlängerung des französisch-belgischen Militärabkommens von 1921 am 7.3.35.

In Wirklichkeit war die Wehrpflicht ein wichtiger vorbereitender Schritt im Übergang von der Revisions- zur Expansionspolitik und zugleich nach innen ein Mittel, um für das Regime durch dramatische außenpolitische Aktionen die Zustimmung des Volkes zu sichern.

Die englische Regierung protestierte am 18.3.35, um in derselben Note in Berlin gleich anzufragen, ob der am 7.3.35 wegen einer "Erkältung" Hitlers verschobene Staatsbesuch des Außenministers Simon und des Lordsiegelbewahrers Eden noch genehm sei.

Am 18.6.35 sanktionierten die Briten im Zuge ihrer Appeasement-Politik durch das Deutsch-Britische Flottenabkommen die deutsche Wiederaufrüstung. Auch Frankreich, Italien, der von Paris angerufene Völkerbundsrat und die "Antirevisionsfront" von Stresa beließen es bei papierenen Protesten.

Die Westmächte ließen sich durch die "Friedensrede" Hitlers vom 21.5.35 mit dem Angebot zweiseitiger Nichtangriffspakte und die von ihm bewußt genährte Illusion täuschen, die Wehrpflicht "legalisiere" einen im Grunde längst bekannten und allgemein mit großer Sorge verfolgten geheimen Vorgang und schaffe damit erst die Voraussetzung, um nunmehr von der deutschen Gleichberechtigung und der von Berlin angestrebten Rüstungsparität aus zu einer allgemeinen Abrüstung oder Rüstungsbegrenzung durch Verträge zu kommen.<<

08.04.1935

UdSSR: Stalin erklärt per Erlaß vom 8. April 1935 alle sowjetischen Jugendlichen ab 12 Jahre für strafmündig. Sie können danach auch zum Tod verurteilt und hingerichtet werden (x080/254).

02.05.1935

Frankreich, UdSSR: Frankreich und die UdSSR vereinbaren am 2. Mai 1935 einen Beistandspakt (Laufzeit: 5 Jahre).

Die sowjetisch-französische Annäherung bereitet den Polen erhebliche Sorgen.

12.05.1935

Polen: Am 12. Mai 1935 stirbt Staatschef Pilsudski.

Die autoritäre Regierungsweise durch "Staatsführer" wird anschließend fortgesetzt ("gelenkte Demokratie" bei Entmachtung des Parlaments). Zwischen dem NS-Regime und Polen entbrennt später ein Zollkrieg um Danzig.

16.05.1935

UdSSR, CSR: Die UdSSR und die Tschechoslowakei schließen am 16. Mai 1935 einen Beistandsvertrag über gegenseitige militärische Hilfe.

Der Beistandspakt mit der UdSSR soll allerdings nur wirksam werden, wenn Frankreich die vereinbarten Bündnisverpflichtungen erfüllt (x120/37).

17.06.1935

UdSSR: Nach sowjetischen Angaben ist das Deutsche Reich am 17. Juni 1935 der größte Handelspartner der Sowjetunion. Danach folgen Großbritannien, Iran und USA.

28.06.1935

NS-Regime: Die Nationalsozialisten ahnden ab 28. Juni 1935 jegliches Handeln, das "nach dem gesunden Volksempfinden" zu bestrafen ist und verschärfen auch den § 175 Reichsstrafgesetzbuch ("widernatürliche Unzucht"). Danach wird jegliche Unzucht zwischen Männern als Verbrechen bestraft.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über das "Volksempfinden" (x051/-610-611): >>Volksempfinden, fast ausschließlich in der Verbindung "gesundes Volksempfinden" benutztes Schlagwort zur Diffamierung moderner, sozialkritischer und sozialistischer Kunst, die angeblich im Widerspruch zum Volksempfinden stehe:

Nach 1933 wurde das "gesunde Volksempfinden" sogar zur Kategorie der Rechtspflege, da seit der Novellierung des Strafgesetzbuches vom 28.6.35 nicht nur ein Rechtsbruch "nach dem Grundgedanken eines Strafgesetzes" unter Strafandrohung gestellt wurde, sondern jegliches Handeln, das "nach dem gesunden Volksempfinden Bestrafung verdient".

Da das "gesunde Volksempfinden" nicht mit einem "tatsächlichen Volksempfinden" verwechselt werden durfte, sollten Gerichte die "autoritären Willenskundgebungen des Führers" zum letztgültigen Maßstab machen: "Ob das Empfinden gesund ist, das muß an Hand der Maßstäbe und Leitsätze geprüft werden, die der Führer selbst in wichtigen Lebensfragen des Volkes vielfach dem Volke gegeben hat" (Freisler).<<

Dr. Horst Heidtmann schreibt später über die "Homosexualität" (x051/269-270): >>Homosexualität, gleichgeschlechtliche Beziehungen, zwischen Frauen nicht unter Strafandrohung, zwischen Männern in vielen deutschen Ländern bis 1871 straffrei, dann nach § 175 Reichsstrafgesetzbuch als "widernatürliche Unzucht" mit Gefängnis bedroht, in der Strafrechtspraxis ausschließlich auf "beischlafähnliche" Handlungen bezogen.

Von den Nationalsozialisten wurde der § 175 am 28.6.35 so verschärft, daß jegliche "Unzucht" zwischen Männern, sogar gedankliche Beziehungen ohne Körperkontakt (wenn sie von "einiger Intensität und Dauer" waren), als "Verbrechen" bestraft werden konnten, mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren, in schweren Fällen mit "Entmannung".

In der nationalsozialistischen Weltanschauung galt Homosexualität als "Umkehrung des Geschlechtstriebes", als Untergrabung des "natürlichen Lebenswillens", da sie den "Fortbestand des Volkes" gefährden könne.

Sexualwissenschaftler, die wie Hirschfeld für Toleranz bei abweichendem Sexualverhalten eintraten, wurden als "Zuhälter unter wissenschaftlichem Deckmantel" verteufelt. Als "widernatürliche Empfindung" hielten nationalsozialistische Mediziner Homosexualität für "heilbar", in der Praxis wurden Homosexuelle jedoch nicht in ärztliche Behandlung, sondern zunehmend in KZ eingewiesen (Kennzeichen: rosa Winkel), wo im Einzelfall u.a. der Reichsführer SS "Abkehrprüfungen" durchführte (z.B. 1944 in Ravensbrück), bei denen festgestellt

wurde, wer sich von "Dirnen reizen" ließ und als "nicht wirklich homosexuell" aus der Haft entlassen werden konnte.
Die nationalsozialistische Bewegung insgesamt war durch ein widersprüchliches Verhältnis zur Homosexualität gekennzeichnet: Öffentlich wurde Homosexualität bekämpft, intern geduldet. Männerbünde, die kämpferische bzw. soldatische "Tugenden" pflegen, "neigen zur Ausbildung homosexueller Praktiken" (Theweleit), Homosexualität war sowohl in den Freikorps wie in der SA verbreitet; Röhm wurde von Hitler zum Stabschef der SA ernannt, obwohl er aus seiner Homosexualität keinen Hehl machte.
Der so scharf angekündigte nationalsozialistische Kampf gegen die Homosexualität wurde auch nach Röhms Ermordung entsprechend halbherzig geführt. Insbesondere in der sexuellen Notsituation des Krieges wurden homoerotische Beziehungen vielfach stillschweigend geduldet.<<
Der deutsche Assessor Ulrich Bachmann schreibt später über das "Strafrecht" des NS-Regimes (x051/564): >>Strafrecht, Gesamtheit der Rechtsnormen zum Schutz des staatlichen Gemeinschaftslebens sowie die für Normverletzungen vorgesehenen Sanktionen.
Die nationalsozialistische Konzeption eines neuen Strafrechts sollte zunächst durch eine umfassende Strafrechtsreform verwirklicht werden, wozu es jedoch nie kam, da es zu den Grundmerkmalen nationalsozialistischer Strafrechtspolitik gehörte, daß Strafnormen den jeweiligen Erfordernissen schnell angepaßt werden konnten. Ein kodifiziertes Gesetzeswerk wäre dafür zu starr gewesen. So ist das nationalsozialistische Strafrecht weitgehend Verordnungsrecht.
Eine solchermaßen gewünschte Anpassungsfähigkeit von Strafnormen an die jeweiligen Bedürfnisse der Staatsführung erforderte eine radikale Abkehr von bis dahin geltenden Prinzipien. Der Grundsatz Nulla poena sine lege (heute Artikel 103, Absatz 2 Grundgesetz) wurde aufgegeben und die Analogie eingeführt, wonach der Richter zu prüfen hatte, ob eine Tat "nach dem Grundgedanken eines Strafgesetzes und nach gesundem Volksempfinden Bestrafung verdient", auch wenn sie nicht durch den Wortlaut mit Strafe bedroht war (Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches vom 28.6.35, RGBl I, S. 839).
Dabei umschrieb das "gesunde Volksempfinden" die Meinung von Partei und Staatsführung. Außerdem wurden Generalklauseln eingeführt und Straftatbestände bewußt weit gefaßt, wodurch ein uferloser Auslegungsspielraum gegeben war. Niemand konnte deshalb mit Sicherheit die Folgen einer Handlung voraussehen. Diese Unberechenbarkeit war Teil einer offensichtlich gewollten Rechtsunsicherheit.
Ausschlaggebend war schließlich nicht mehr die Tat selbst, sondern die Gesinnung des Täters, sein "verbrecherischer Wille". So machte sich nach dem nationalsozialistischen Strafrecht jeder strafbar, der sich nicht bedingungslos dem Willen und den Vorstellungen der Staatsführung – als dem Gesetz schlechthin – unterwarf.
Zentraler Begriff war dabei die "Volksgemeinschaft"; er diente der Ausgrenzung Andersdenkender, Mißliebiger und Fremdvölkischer. Für Juden, Polen und "Zigeuner" wurden Sonderregelungen geschaffen und der Gleichheitsgrundsatz aufgegeben. "Strafe ist Aussonderung fremder Typen und artfremden Wesens" (Rosenberg).
Nicht die Sühne für eine Straftat war Hauptanliegen, sondern die Vernichtung des Täters, Abschreckung und Einschüchterung. Deshalb wurden die Strafrahmen massiv ausgeweitet und für eine Vielzahl von Delikten die Todesstrafe vorgesehen, bis diese in den späteren Kriegsjahren weithin zur Regelstrafe wurde. Das Strafverfahrensrecht war gekennzeichnet durch den völligen Abbau rechtsstaatlicher Verfahrensgarantien. Das Strafrecht wurde so zu einem Instrument der Partei- und Staatswillkür.<<

Juni 1935

NS-Regime: Im Juni 1935 sind schon rd. 2,5 Millionen Deutsche NSDAP-Parteimitglieder.

Bis zum Kriegsende steigt die Zahl der NS-Parteigenossen schließlich auf rd. 8,5 Millionen NSDAP-Mitglieder (x051/406).

20.08.1935

UdSSR: Obgleich das NS-Reich damals der größte Handelspartner der UdSSR ist, beschließt die Kommunistische Internationale (Komintern) am 20. August 1935 beim Moskauer Weltkongreß, den Faschismus mit Hilfe der "Kapitalisten" zu bekämpfen (x074/1.120).

15.09.1935

NS-Regime: Der NS-Reichstag beschließt in Nürnberg am 15. September 1935 ein "Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre" sowie das sogenannte "Reichsbürgergesetz".

Nach dem Erlaß der "Nürnberger Gesetze" (15.09.1935) verlieren die Juden alle staatsbürgerlichen Rechte, wenn sie keinen "Ariernachweis" besitzen.

Das NS-Regime fordert bereits seit April 1933 einen sogenannten "Ariernachweis" (Arier = angebliche nordische Rasse) von allen staatlichen Bediensteten. Der "Ariernachweis" (Adel bis zum Jahre 1750 und NSDAP-Parteimitglieder bis zum Jahre 1800) muß mit Geburts- und sonstigen Urkunden nachgewiesen werden (x032/185).

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den "Abstammungsnachweis" (x051/12-13): >>Abstammungsnachweis (Ariernachweis), aufgrund der Nürnberger Gesetze (15.9.35) von jedem deutschen Bürger im Dritten Reich zu erbringender Beweis, daß er "arischer Abstammung" sei.

Mit Geburts- oder Tauf- und Heirats- oder Trau-Urkunden war zu belegen, daß kein Eltern- oder Großelternteil "vollartfremden, insbesondere jüdischen Blutes" war. Ein lückenloser Abstammungsnachweis war Voraussetzung für volle Bürgerrechte (auch Volksgenosse).

Für die Aufnahme in die NSDAP und ihre Gliederungen war ein "großer Abstammungsnachweis " vorgeschrieben, der den Nachweis "deutscher oder artverwandter Abstammung" bis ins Jahr 1800 vorsah. Über Zweifelsfälle entschied eine Reichsstelle für Sippenforschung im Innenministerium. Bei der Urkundenbeschaffung konnte man die Hilfe beruflicher Sippenforscher in Anspruch nehmen.<<

Die Assessorin Alisa Schapira schreibt später über die "Nürnberger Gesetze" (x051/423-424): >>Nürnberger Gesetze, Sammelbezeichnung für zwei Rassengesetze der nationalsozialistischen Regierung, die anläßlich des Reichsparteitages der NSDAP in Nürnberg am 15.9.35 verabschiedet wurden (RGBl I., S. 1.146): Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre sowie Reichsbürgergesetz.

Das sogenannte Blutschutzgesetz sah für Übertretungen des Verbots der Eheschließung und des außerehelichen Geschlechtsverkehrs zwischen Juden und "Deutschblütigen" Zuchthausstrafen vor und war die Grundlage für eine Vielzahl von Strafverfahren wegen Rassenschande.

Mit dem Reichsbürgergesetz wurde für "Arier" der neue Status des Reichsbürgers geschaffen, an den alle politischen Rechte geknüpft waren, während Juden nur die Staatsbürgerschaft behielten.

Jude war, wer von drei jüdischen Großelternteilen abstammte, als Jude galt, wer zwei jüdische Großeltern hatte und der jüdischen Glaubensgemeinschaft angehörte oder mit einem "Volljuden" verheiratet war. Diese in der 1. Verordnung zum Reichsbürgergesetz enthaltene gesetzliche Definition war Ergebnis eines Kompromisses zwischen der NSDAP und der Ministerialbürokratie, die nur Personen mit vier jüdischen Großeltern zu Nichtariern hatte erklären wollen, während die NSDAP die Gleichstellung aller "Voll-", "Halb-" und "Vierteljuden" anstrebte.

Auf der Grundlage der Nürnberger Gesetze wurden weitere Berufe für Juden geschlossen und die letzten Juden aus dem öffentlichen Dienst entlassen. Da schon der bloße Verdacht der "Rassenschande" gefährlich wurde, gerieten die Juden weiter in die Isolation und wurden

Menschen zweiter Klasse.
Zwar erkannten die Nürnberger Gesetze den Juden einen – wenn auch minderwertigen – Rechtsstatus zu und nährten damit bei ihnen die Hoffnung auf ein Ende der antijüdischen Maßnahmen. Im Rückblick aber erscheinen die Nürnberger Gesetze als eine der zentralen Maßnahmen im Prozeß der ständigen Verschärfung der Judenverfolgung.
Nach der ersten Terrorwelle des Jahres 1933, der Entfernung der Juden aus dem öffentlichen Leben und der anschließenden Konsolidierungsphase des Regimes entsprachen die Nürnberger Gesetze den 1934/35 erneut laut werdenden antisemitischen Parteiforderungen nur zum Teil, da die Position der Juden in der Wirtschaft weitgehend unangetastet blieb. Reichswirtschaftsminister Schacht befürchtete negative Konsequenzen bei einer zu schnellen und radikalen Ausschaltungspolitik. Ebenso dürften außenpolitische Rücksichten vor dem Olympiajahr 1936 die Partei- und Staatsführung von weitergehenden Maßnahmen abgehalten haben.
Als Abschluß der antijüdischen Maßnahmen wurden die Nürnberger Gesetze von der NSDAP zu keiner Zeit akzeptiert. Sie wurden bedeutungslos, als nach vollzogener Aufrüstung und im Zuge der sich verfestigenden Kriegspläne Hitlers die Hindernisse für radikalere Angriffe auf die Juden wegfielen. Nach der Kristallnacht vom 9./10.11.38 und der Arisierung wurden die Juden absolut rechtlos gestellt.<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den Begriff "Rassenschande" (x051/467): >>Rassenschande, Straftatbestand gemäß Blutschutzgesetz vom 15.9.35 (RGBl I, S. 1.146): Eheschließung sowie "außerehelicher Verkehr zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes".
Da Eheschließungen der genannten Art verboten wurden, blieb als Delikt der außereheliche Verkehr, bei dem laut Gesetz sich nur der Mann strafbar machte. In den zahlreichen Verfahren wegen Rassenschande, herbeigeführt meist durch Denunziationen aus Rache oder Eifersucht, wurde aber auch häufig gegen Frauen verhandelt.
Am Ende standen meist drastische Strafen (Zuchthaus), die im Krieg noch verschärft wurden. Nach der "Verordnung gegen Volksschädlinge" vom 5.9.39 wurde nicht selten sogar auf Todesstrafe erkannt, wenn dem Angeklagten die Ausnutzung der Kriegsumstände (Verdunkelung, Not u.a.) angelastet werden konnte.
Rassenschande führte auch oft ohne Verfahren zu KZ-Einweisung (z.B. bei Fremdarbeitern). Der Begriff war zwar insbesondere auf Juden geprägt, wurde aber auch für Verhältnisse mit sonstigen "Artfremden" verwendet.<<

20.09.1935

NS-Regime: NS-Reichsinnenminister Frick läßt am 20. September 1935 das Beflaggen öffentlicher Gebäude mit der schwarz-rot-goldenen Fahne verbieten.

03.10.1935

UdSSR: Der ehemalige deutsche KPD-Abgeordnete Wilhelm Pieck erklärt am 3. Oktober 1935 während einer Konferenz der kommunistischen Partei in Moskau (x032/235): >>... Die Partei hat verkannt, daß sie von ihrem Kampfe gegen die bürgerliche Demokratie zum Kampfe um die Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten hätte übergehen müssen; wir richteten unseren Hauptangriff gegen die Sozialdemokratie noch in einer Zeit, in der wir den Hauptangriff gegen die faschistische Bewegung hätten richten müssen.<<
Afrika: Italienische Truppen marschieren am 3. Oktober 1935 ohne offizielle Kriegserklärung in das afrikanische Kaiserreich Äthiopien (früher Abessinien) ein.
Äthiopien wird danach im Jahre 1936 durch Italien annektiert.
Hitler nutzt die "Gunst der Stunde" und stellt sich sofort auf Mussolinis Seite. Obgleich Mussolini keine Völkerbundsproteste beachtet und außerdem frühzeitig bekannt wird, daß die Italiener sogar Giftgas gegen die Afrikaner einsetzen, liefert das NS-Regime kriegswichtige Rohstoffen an Italien.

01.11.1935

USA: Herbert Lehman (damaliger Gouverneur von New York) bittet US-Präsident Roosevelt am 1. November 1935, die Einwanderungsquote für Juden zu erhöhen (x172/70): >>... Aus Deutschland kommen die besten Einwanderer. ... Vielen Neuankömmlingen der letzten Monate bin ich selbst begegnet, und sie machten auf mich den Eindruck, als seien sie vom gleichen Schlag wie Carl Schurz, mein Vater oder andere Deutsche, die um 1848 herkamen und später zu unseren angesehensten Bürgern zählten. ...<<

14.11.1935

NS-Regime: Alle Juden, die noch öffentliche Arbeitsplätze besitzen, werden am 14. November 1935 aufgrund des "Reichsbürgergesetzes" entlassen.

Gemäß Reichsbürgergesetz-DVO vom 14. November 1935 gilt jeder Deutsche als Jude, wenn er von mehr als 2 volljüdischen Großeltern abstammt. Die Juden werden von der Reichsbürgerschaft ausgeschlossen, verlieren alle Bürgerrechte, müssen sich aber den "Gesetzen" des NS-Staates unterordnen. Alle jüdischen Kinder, auch wenn nur ein Elternteil Jude ist, müssen sofort die höheren Schulen verlassen. Eine Ehe zwischen "arischen" Deutschen und Juden oder Halbjuden stellt eine unentschuldbare "Rassenschande" dar.

1935

UdSSR: Stalin (seit 1935 absoluter Alleinherrscher) läßt ab 1935 in der gesamten Sowjetunion großangelegte "Säuberungsaktionen" und öffentliche Schauprozesse durchführen.

Im Verlauf dieser systematischen "Säuberungen" werden alle vermeintlichen Gegner der Stalin-Diktatur (Lenin-Anhänger, "Trotzkisten", ausländische Kommunisten und verdächtige Offiziere der Roten Armee, Berufsverbrecher mit mehr als 3 oder 4 Vorstrafen und andere) in den sowjetischen Zwangsarbeitslagern "kaltgestellt" oder sofort liquidiert.

Dem radikalen Stalinismus fallen danach Jahr für Jahr unzählige Unschuldige zum Opfer.

Der jugoslawische Politiker und serbische Schriftsteller Milovan Djilas (1911-1995, jugoslawischer KP-Generalsekretär) schreibt später über die innere Struktur des radikalen Stalinismus (x243/142): >>... Es war der größte Irrtum, daß die Industrialisierung und die Kollektivierung in der UdSSR im Verein mit der Vernichtung des kapitalistischen Eigentums eine klassenlose Gesellschaft herbeiführen würden. ... Tatsächlich waren die kapitalistische und andere Klassen des alten Regimes vernichtet worden, dafür hatte sich eine neue Klasse gebildet, wie die Geschichte sie früher nicht gekannt hatte. Diese neue Klasse, die ... politische Bürokratie, trägt alle Merkmale früherer Klassen, und einige neue, die nur ihr eigen sind. ...

Die neue Klasse bezieht ihre Macht, ihre Ideologie und ihre Gewohnheiten aus ... dem Kollektiveigentum, das die Klasse "im Namen" des Volkes und der Gesellschaft verwaltet und verteilt.<<

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schreibt später über Stalins rücksichtslose "Säuberung" der sowjetischen Kommunistischen Partei (x192/435-436): >>... Zunächst ließ er 1935 einige seiner Gegner in höheren Positionen verhaften; 1936 wurde dann eine Gruppe früherer Kritiker des Hochverrats beschuldigt und vor Gericht gestellt. Nach 1937 erfaßten die Verhaftungen schließlich auch Offiziere der Roten Armee, Diplomaten, Industriedirektoren und lokale Parteifunktionäre.

Alles in allem wurden zwischen 1935 und 1939 in einer grauenhaften Vernichtungskampagne etwa 8 Millionen Russen verhaftet, von denen 90 Prozent umkamen – entweder durch Hinrichtung mit oder ohne Prozeß oder in den sibirischen Arbeitslagern.

Die stalinistische Hexenjagd führte zu einer katastrophalen Schwächung der innen- und außenpolitischen Position des Landes. Einerseits reduzierte der Verlust so vieler erfahrener Verwaltungskräfte und Fachleute aus allen Schichten die Leistungsfähigkeit und hemmte das Wachstum; andererseits verlor die Sowjetunion durch die Schauprozesse im Ausland stark an Glaubwürdigkeit. Vor allem aber wurde die Hälfte der hochrangigen Offiziere der sowjeti-

schen Streitkräfte eliminiert – eine gefährliche Schwächung der militärischen Position des Landes gegenüber der wachsenden Stärke der Deutschen im Westen und der Japaner im Osten.<<

Großbritannien: Winston Churchill lobt Hitler im Jahre 1935 (x025/128): >>... für den Mut, die Beharrlichkeit und die vitale Kraft, die ihn befähigen, allen Mächten und Widerständen, die seinen Weg versperrten, zu trotzen oder sie herauszufordern, sie zu versöhnen oder zu überwinden.<<

1936

> Wer sind die drei besten Fotographen der Welt? Mussolini, Hitler und Goebbels. Mussolini entwickelt, Hitler kopiert und Goebbels vergrößert.
> *NS-Spottvers*

07.03.1936

NS-Regime: Am 7. März 1936 läßt Hitler deutsche Wehrmachtstruppen in das entmilitarisierte Rheinland einmarschieren und bricht damit die bestehenden Friedensverträge (einseitige Verletzung des Versailler- und Locarno-Paktes bzw. deutsche Angriffshandlung).

Angesichts der eigenen militärischen Schwäche erteilt Hitler die Weisung, jegliche "Feinberührungen" zu vermeiden. Nach Ansicht von Militärexperten hätte die deutsche Wehrmacht damals keine energische Militäraktion der europäischen Westmächte überstanden und wäre schon innerhalb von wenigen Tagen zusammengebrochen (x051/495). Der Völkerbund und die Siegermächte protestieren zwar, verhängen jedoch keine weiteren Sanktionen.

Frankreich: Nach dem Einmarsch in das entmilitarisierte Rheinland bittet der französische Ministerpräsident Albert Sarraut (1872-1962) vergeblich um britische Hilfe (x069/170): >>Die ganze Welt, vor allem die kleinen Völker, richten heute ihr Augenmerk auf England. Wenn England jetzt handelt, kann es die Führung in Europa übernehmen. Dann haben Sie eine Politik, die ganze Welt wird Ihnen folgen, und damit werden Sie den Krieg verhindern. Es ist Ihre letzte Chance. Wenn Sie Deutschland nicht jetzt Einhalt gebieten, ist alles verloren. Wenn Sie Deutschland nicht heute mit Gewalt zum Stillstand zwingen, ist der Krieg unvermeidlich, selbst wenn Sie eine vorübergehende Freundschaft mit Deutschland schließen.<<

16.03.1936

USA: Die "New York Times" berichtet am 16. März 1936 über italienische Luftangriffe gegen Äthiopien (x172/73): >>... Seit 7.30 Uhr warf ein Geschwader von 7 Bombenflugzeugen Stahlbehälter ab, die teils Phosgen und teils Senfgas enthielten. ... Manche gingen zwischen den Hütten armer Bauern nieder.<<

29.03.1936

NS-Regime: Die "SS-Wachverbände" werden am 29. März 1936 in "SS-Totenkopfverbände" (Kennzeichen: Totenschädel über 2 gekreuzten Knochen) umbenannt

Die SS-Totenkopfverbände, die damals über etwa 3.500 Mann verfügen, werden zur Bewachung der Konzentrationslager eingesetzt. Einheiten dieser SS-Totenkopfverbände setzt Himmler ab 1941 mit den SD-Sondereinsatzgruppen auch bei den sog. "Sondereinsätzen" hinter den deutschen Kampffronten ein.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Totenkopfverbände" (x051/583): >>Totenkopfverbände, bewaffnete SS-Truppe unter SS-Gruppenführer Eicke.

Sie bewachte, zunächst SS-Wachverband, ab 29.3.36 auch offiziell Totenkopfverbände genannt, die KZ und rekrutierte sich z.T. aus blutjungen Arbeitslosen und Bauern.

Schon äußerlich suchte Eicke seine Totenkopfverbände mit dem Totenkopf auf dem rechten Kragenspiegel der dunklen erdbraunen Uniform vom schwarzen Orden der SS als Sondereinheit abzuheben. Sie sollten auf die Häftlinge förmlich "scharf gemacht" (Eicke) und rücksichtslos gehorchende, mitleidlose Vollstrecker des Führerwillens werden.

Gelegenheit dazu bekam der Wachverband von Eickes eigenem KZ Dachau bei der Röhm-Affäre am 30.6.34: Eicke persönlich erschoß Röhm und wurde am 4.7.34 mit der Ernennung zum "Inspekteur der KZ und Führer der SS-Wachverbände" belohnt. Seine brutalisierten Totenkopfverbände wuchsen bis Ende 38 auf vier Standarten mit ca. 9.000 Mann an.
Auf sie fiel der Blick des Leiters des Ergänzungsamtes im SS-Hauptamt, Berger, als es darum ging, die militärische Verbände der SS-Verfügungstruppe (VT) aufzustocken. Teile der Totenkopfverbände wurden aus dem KZ-Dienst gelöst, Polizeiverstärkungen aus der Allgemeinen SS traten an ihre Stelle und die Totenkopfverbände bildeten nun mit VT und Junkerschulen die Waffen-SS.
Schon am 1.11.39 schuf Eicke aus den Totenkopfverbänden und Teilen der Polizeiverstärkungen die SS-Division "Totenkopf". Sie zeichnete sich in der ohnehin nicht zimperlichen Waffen-SS durch überharte, inhumane Kriegführung aus; auf ihr Konto gingen nicht wenige Kriegsverbrechen. Die unbestritten großen soldatischen Leistungen der Totenkopfverbände wie etwa die Sprengung des Kessels von Demjansk im Frühjahr 42 traten dahinter zurück.<<

29.04.1936

NS-Regime: In einem Massenprozeß gegen 54 sozialdemokratische Gewerkschaftler werden die Angeklagten am 29. April 1936 in Dortmund mehrheitlich zu hohen Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verurteilt.

April 1936

Palästina: Infolge der NS-Rassenverfolgungen drängen die deutschen Juden verstärkt nach Palästina, obgleich die Gewalttaten der extremistischen Araber ständig zunehmen. Im April 1936 brechen große arabische Aufstände gegen die jüdischen Siedler und die britischen Besatzungstruppen in Palästina aus.
Die Araber (erstmalig unter Führung der ungewöhnlich fanatischen El Fatah-Terrororganisation) bekämpfen in erster Linie die jüdischen Siedler, während der Widerstand gegen die Briten nur eine untergeordnete Rolle spielt. In Palästina ereignen sich vielerorts arabische Greueltaten, denen zahlreiche Juden zum Opfer fallen. Um das Einwanderungsverbot für Juden durchzusetzen, rufen die Araber schließlich zum Generalstreik auf.
Angesichts der äußerst bedrohlichen Lage der verfolgten Juden in West- und Osteuropa fordert damals der jüdische Politiker David Ben Gurion (1886-1973) zur Rückkehr nach Eretz Israel in "das erbliche Land der Israeliten" auf (x043/432): >>... Wir kehren nicht einer Laune wegen in dieses Land zurück. Für uns ist es eine Existenzfrage, eine Frage auf Leben und Tod. Wir werden hierher kommen, ob es nun eine arabisch-jüdische Verständigung gibt oder nicht. Gewaltakte werden uns nicht aufhalten. Wenn wir die Wahl zwischen Verfolgung in Deutschland, Polen oder anderen Ländern und Unruhen in Palästina haben, ziehen wir Palästina vor. ...<<

05.05.1936

Afrika: Italienische Truppen besetzen am 5. Mai 1936 Addis Abeba (Hauptstadt von Äthiopien).

09.05.1936

Afrika: Das von italienischen Truppen besetzte Äthiopien (Abessinien) wird am 9. Mai 1936 durch Italien annektiert.

17.06.1936

NS-Regime: Am 17. Juni 1936 läßt Hitler gemäß Führererlaß die Leitung sämtlicher Polizeieinheiten an Heinrich Himmler (Reichsführer SS) übertragen. Himmlers Stellvertreter wird SS-Obergruppenführer Kurt Daluege, der Leiter der Ordnungspolizei.
Himmler, den seine Anhänger "König Heinrich" nennen (Spottbezeichnung: "Reichsheini"), entwickelt in den folgenden Jahren einen "perfekten" Kontroll- und Überwachungsapparat. Himmlers SS-Imperium ("Staat im Staate") umfaßt auch sämtliche SS-Hauptämter, die ab

1941 die sogenannte "Endlösung" durchführen werden.

30.06.1936

Schweiz: Haile Selassie I. (1892-1975, seit 1930 Kaiser von Äthiopien) berichtet am 30. Juni 1936 vor dem Völkerbund in Genf über die italienischen Luftangriffe gegen Äthiopien (x172/-74-75): >>... Der flüssige Inhalt verteilte sich in der Form eines tödlichen Sprühregens über eine beträchtliche Fläche. ... Gruppen von 9, 15 und 18 Flugzeugen folgten einander, so daß die Flüssigkeit, die sie abgaben, eine ununterbrochene Wolke bildete. ... Und so wurden ab Ende Januar 1936 Soldaten, Frauen, Kinder, Vieh, Flüsse, Seen und Weiden unaufhörlich von diesem tödlichen Regen getränkt.

Alle, die von dem tödlichen Regen aus dem Flugzeug getroffen wurden schrien vor Schmerzen und rannten davon. Alle, die vergiftetes Wasser tranken oder verseuchte Nahrung aßen, starben unter gräßlichen Qualen. Die Opfer des italienischen Senfgases fielen zu Zehntausenden.<<

11.07.1936

Österreich: Der österreichische Bundeskanzler schließt am 11. Juli 1936 mit dem NS-Regime in Wien das sogenannte Juliabkommen (geheime deutsch-österreichische Vereinbarungen).

Nach dem Abbruch der österreichisch-italienischen Bündnisverhandlungen wegen der Abmachungen zwischen Deutschland und Italien ("Achse Berlin-Rom") sucht der österreichische Bundeskanzler Kurt von Schuschnigg (1897-1977) einen Ausgleich mit Hitler.

19.07.1936

Spanien: Am 19. Juli 1936 tritt die Regierung der linken Volksfront in Madrid zurück. Der Linksrepublikaner Pereira bildet danach eine neue Regierung.

20.07.1936

Spanien: Als die neue spanische Regierung am 20. Juli 1936 die Auflösung der Armee, die allgemeine Mobilmachung und die Ausgabe von Waffen an die Arbeitermilizen beschließt, beginnt in Spanien ein erbitterter Bürgerkrieg.

Der Spanische Bürgerkrieg (Juli 1936 bis März 1939) wird mit großer Grausamkeit geführt. Folterungen und Hinrichtungen von Gefangenen sind vor allem in den ersten Wochen und Monaten des Bürgerkrieges an der Tagesordnung. Diese Verbrechen begehen beide Kriegsparteien (Nationalisten und Republikaner). Infolge der direkten Beteiligung der rechtsradikalen Staaten Italien und Deutschland sowie der linksradikalen Sowjetunion entwickelt sich der Spanische Bürgerkrieg schnell zu einem ideologischen Krieg (Nationalismus und Faschismus gegen Kommunismus bzw. Bolschewismus).

Im Ausland wird der Spanische Bürgerkrieg mit Hochspannung verfolgt. Die Mehrheit spricht sich allmählich entschieden gegen die rechtsradikalen Aufständischen aus und die Kommunisten (Komintern) fordern ihre Anhänger in aller Welt auf, die spanischen Faschisten zu bekämpfen. Schon bald melden sich Tausende von Freiwilligen zu den Internationalen Brigaden, um die "sozialistische Demokratie" Spaniens zu retten.

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schreibt später über den Spanischen Bürgerkrieg (x192/438): >>Im Spanischen Bürgerkrieg 1936-1939 standen die politisch Rechten, Militärs und katholische Kirche (mit Unterstützung durch "Freiwillige" und Militärhilfe aus Deutschland und Italien) gegen die Volksfrontregierung, Republikaner, Antiklerikale, Anarchisten, Sozialisten und Kommunisten aus verschiedenen Ländern.

Die Linken kämpften verzweifelt gegen die zahlenmäßige und waffentechnische Überlegenheit ihrer Gegner und prangerte deren Greueltaten an – darunter die Bombardierung ziviler Gebiete. Doch auch die Republikaner machten sich im Verlauf des Krieges schrecklicher Verbrechen schuldig. ...<<

26.07.1936

USA: Der US-Diplomat Joseph Kennedy (1888-1969) berichtet am 26. Juli 1936 in der "New York Times" (x335/9): >>50 Leute regieren Amerika, und das ist eine großzügige Schätzung. …<<

01.08.1936

NS-Regime: Hitler eröffnet am 1. August 1936 in Berlin die XI. Olympischen Sommerspiele. An diesen Olympischen Spielen nehmen 49 Nationen (ohne Spanien und die Sowjetunion) teil. Deutschland und die USA stellen mit 427 bzw. 367 Sportlern die größten Mannschaften (x032/295).

Der französische Botschafter Andre Francois-Poncet berichtet damals über die Olympischen Sommerspiele in Berlin (x069/170): >>Hitler hat sich Europa als außergewöhnliche Persönlichkeit aufgedrängt. Er verbreitet nicht nur Furcht und Abscheu, er erweckt auch Neugierde, er gewinnt Sympathien. Sein Ansehen wächst. Die Kraft der Anziehung, die von ihm ausgeht, wirkt auch über die Grenzen des Landes hinaus. Könige, Fürsten, berühmte Gäste kommen, weniger vielleicht, um den bevorstehenden Sportwettkämpfen beizuwohnen, als um diesem für die Zukunft so bestimmenden Mann zu begegnen, der das Schicksal des Kontinents in seinen Händen zu halten scheint, auch um dieses Deutschland zu sehen, das er mit unwiderstehlichem Zwang verändert und wiederbelebt hat. ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die Olympischen Spiele im Jahre 1936 (x051/429): >>Olympische Spiele, größtes Sportereignis während des Dritten Reiches; Winterspiele mit 756 Athleten aus 28 Ländern 6.-16.2.36 in Garmisch-Partenkirchen, Sommerspiele mit 4.069 Athleten aus 49 Ländern 1.-16.8.36 in Berlin.

Die Olympischen Spiele, schon für 1916 nach Deutschland vergeben, aber wegen des Ersten Weltkrieges ausgefallen, wurden 1931 vom Internationalen Olympischen Komitee (IOC) auf dem Kongreß in Barcelona dem Deutschen Reich übertragen. Sie gerieten zunächst durch die Machtergreifung Hitlers in Gefahr, weil dem Nationalsozialismus der olympische Internationalismus verdächtig, der Wettkampf mit Sportlern einstiger "Feindmächte" zuwider und die Teilnahme von Juden und "Negern" unerwünscht war.

Hitler als Kanzler aber bewertete die außenpolitischen Vorteile und die Möglichkeiten zur propagandistischen Selbstdarstellung des Dritten Reiches höher als die ideologischen Vorbehalte und ließ im Juni 33 dem IOC erklären, Deutschland werde sich strikt ans olympische Reglement halten und auch Juden Starterlaubnis geben. Bei einer Besichtigung des vorgesehenen Olympiageländes am 5.10.33 befahl Hitler den großzügigen Ausbau des Reichssportfeldes.

Die nationalsozialistische Rassenpolitik aber entwertete zunehmend die Beteuerungen an die Adresse des IOC. Nach den Nürnberger Gesetzen (15.9.35) entwickelte sich v.a. in den USA, der Sportgroßmacht Nr. 1, eine breite Boykott-Bewegung. Durch kleine Zugeständnisse aber – Hineinnahme der halbjüdischen Fechterin Mayer und des jüdischen Eishockeyspielers Rudi Ball in die deutsche Mannschaft – sowie durch Hilfe vom IOC und dem Vorsitzenden des NOK der USA, Avery Brundage, gelang es, einen Boykott abzuwenden.

Für die Dauer der Spiele wurden antijüdische Maßnahmen zurückgestellt, Parolen entfernt und betont freundlich auch über Erfolge schwarzer Sportler (z.B. des US-Sprinters Jesse Owens, 4 x Gold) berichtet. Das fiel um so leichter, als die deutschen Sportler einen ungeahnten Siegeszug erlebten. Mit 33 goldenen, 26 silbernen und 30 bronzenen Medaillen siegten sie bei den Sommerspielen mit Abstand vor den USA, Ungarn und Italien.

Hitler, Schirmherr der Olympischen Spiele, erschien fast täglich im Stadion und zeigte sich im Jubel der Zuschauer als äußerst populärer Staatsmann. Die propagandistische Rechnung war nach innen und mit Einschränkungen auch nach außen aufgegangen, zumal Leni Riefenstahl mit ihrem genialen, international vielfach ausgezeichneten Film über die Olympischen Spiele

den Glanz der Tage von Berlin verklärend bewahrte.<<

16.08.1936

NS-Regime: Die XI. Olympischen Sommerspiele werden am 16. August 1936 mit einer glänzend inszenierten Abschlußfeier im Berliner Stadion beendet.

Deutschland stellt mit 33 Goldmedaillen, 26 Silbermedaillen und 30 Bronzemedaillen die erfolgreichste Mannschaft der Spiele. Die Vereinigten Staaten von Amerika (USA) belegen mit 24 Goldmedaillen, 20 Silbermedaillen und 12 Bronzemedaillen den 2. Platz der Nationenwertung (x175/328).

20.08.1936

UdSSR: Die Komintern beschließt am 20. August 1936 in Moskau die Bildung einer Einheitsfront zur Bekämpfung der faschistischen Gefahr (x300/140): >>... Angesichts der Kriegsprovokationen der deutschen Faschisten und der japanischen Militaristen und der von den Kriegsparteien in den kapitalistischen Ländern forcierten Rüstungen, angesichts der unmittelbaren Gefahr des Ausbruchs eines konterrevolutionären Krieges gegen die Sowjetunion muß die zentrale Lösung der kommunistischen Parteien sein: Kampf für den Frieden ...

Die Konzentration der Kräfte im jeweiligen Augenblick gegen die Hauptkriegstreiber (zur Zeit gegen das faschistische Deutschland und das mit ihm verbundene Polen und Japan) ist die wichtigste taktische Aufgabe der kommunistischen Parteien. ...

Von entscheidender Bedeutung im Kampfe gegen den Krieg und die faschistischen Kriegstreiber ist in allen Ländern die Herstellung der Einheitsfront mit den sozialdemokratischen und reformistischen Organisationen. ...<<

25.08.1936

USA: Der evangelische US-Pfarrer Frank Buchmann (1878-1961, Führer einer christlichen "Bewegung für moralische Aufrüstung") erklärt nach seiner Rückkehr von den Olympischen Sommerspielen (x032/299): >>... Ich danke dem Himmel für einen Mann wie Adolf Hitler, der eine Verteidigungslinie gegen die Antichristen des Kommunismus aufgebaut hat.<<

September 1936

Europa: Die europäischen Großmächte Großbritannien und Frankreich wollen nach dem verlustreichen Ersten Weltkrieg kein Risiko eines weiteren Krieges eingehen. Sie bleiben neutral und bilden im September 1936 lediglich den "Londoner Nichteinmischungsausschuß".

Die Nichteinmischung Großbritanniens und Frankreichs sowie die Duldung der Teilnahme von deutschen und italienischen Truppen am Spanischen Bürgerkrieg bestärken Hitler und Mussolini, ihre bisherige aggressive Außenpolitik fortzusetzen bzw. später drastisch auszuweiten.

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schreibt später über Hitlers aggressive Innen- und Außenpolitik (x192/439-440): >>... Alle Maßnahmen, die der Beseitigung des Versailler Vertrages galten, wurden im Volk freudig begrüßt. Weimar verhandelte mühsam, Hitler setzte eigenmächtig Fakten und scherte sich keinen Deut um Verträge.

Das machte Eindruck – nicht nur in Deutschland, wo die Verehrung für den "Führer" ins Kultische wuchs, sondern sogar im Ausland, das allenfalls mit müden Protestnoten reagierte. Sei es die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, das Rüstungsprogramm für die Land-, See- und Luftstreitkräfte oder die Besetzung der entmilitarisierten Zone des Rheinlands - stets wußte die Propaganda diese politischen Schachzüge als patriotische Pflichterfüllung des "Führers" zu würdigen, der angeblich das deutsche Volk aus den Fesseln von Versailles befreite.

Wer sich allerdings von der Propaganda nicht benebeln ließ, konnte bald erkennen, daß es Hitler nicht um eine Revision von Versailles ging, sondern um Etappen auf dem Weg zu einem Weltanschauungskrieg zwischen Nationalsozialismus und Kommunismus. ...

Nicht alle Beobachter beklagten diese unverhüllten Verletzungen der Friedensvereinbarungen von 1919, und auch die harten Maßnahmen der linken und rechten totalitären Regierungen

wurden nicht einmütig verurteilt. Im Westen hatte man vielfach den Eindruck , daß die faschistischen und kommunistischen Diktatoren ihre Wirtschafts- und Sozialprobleme auf ähnliche Weise - und mit deutlich mehr Erfolg als die eigenen, demokratischen - zu lösen suchten, und beide Ideologien erfreuten sich in den meisten Demokratien einer nicht geringen Anhängerschaft.
Die autoritären Methoden, die gegen Regimegegner eingesetzt wurden – wahllose Verhaftungen, Schauprozesse, Arbeits- und Konzentrationslager – waren zweifellos bekannt, doch viele entschuldigten sie mit dem Argument: "Wo gehobelt wird, da fallen Späne." Wer zum Widerstand gegen den Kommunismus oder gegen die Aggression Hitlers und Mussolinis aufrief, wurde als Kriegstreiber abgestempelt ...<<

24.10.1936

NS-Regime: Hitler erkennt am 24. Oktober 1936 das italienische Kaiserreich Äthiopien offiziell an. Später folgen weitere Abmachungen mit Italien ("Achse Berlin-Rom").

25.11.1936

NS-Regime: Das NS-Regime und Japan schließen am 25. November 1936 in Berlin den "Antikominternpakt", der sich vor allem gegen den Bolschewismus bzw. die Kommunistische Internationale (Komintern) richtet (x041/94).
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den "Antikominternpakt" (x051/28): >>Antikominternpakt, gegen die "kommunistische Zersetzung" durch die Kommunistische Internationale, sprich: gegen die Sowjetunion gerichtetes, auf fünf Jahre ausgelegtes Vertragswerk, das der japanische Militärattaché in Berlin, Oshima, angeregt und unter Umgehung der jeweiligen Außenminister mit Ribbentrop ausgehandelt hatte.
Der Antikominternpakt wurde am 25.11.36 von Japan und dem Deutschen Reich unterzeichnet, ein geheimes Zusatzprotokoll sah gegenseitige wohlwollende Neutralität für den Fall eines nicht provozierten sowjetischen Angriffs vor und verbot "ohne gegenseitige Zustimmung" gegen den Geist des Antikominternpakts gerichtete Verträge mit der Sowjetunion.
Dem Antikominternpakt traten weiter bei, ohne den Geheimzusatz zu kennen: Italien (6.11.37), Ungarn und Mandschukuo (Februar 39), Spanien (März 39) sowie Finnland, Dänemark, Slowakei, Rumänien, Kroatien, Bulgarien und die Nanking-Regierung am 25.11.41, an dem der Antikominternpakt um fünf Jahre verlängert wurde.
Er war die Vorstufe zum Dreimächtepakt, aber unwirksamer, denn selbst der Geheimzusatz hinderte weder Hitler am Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffsvertrag (23.8.39) noch Japan am Neutralitätsabkommen mit Moskau (13.4.41). Mit der deutschen Kapitulation (8.5.45) wurde der Antikominternpakt gegenstandslos.<<

1936

Polen: Polen schränkt im Jahre 1936 den Durchgangsverkehr (Deutsche Reich - Ostpreußen) erheblich ein (x186/22).
Im Rahmen der polnischen "Großmachtpolitik" verkauft man damals vielerorts Postkarten mit den angeblichen uralten, historischen Grenzen Polens. Die historische polnische Westgrenze verläuft auf diesen Postkarten östlich von Berlin, an der oberen Elbe, umfaßt Dresden und außerdem die gesamte CSR.
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die vermeintlichen "historischen Gebietsansprüche Polens" (x025/177-178): >>... Tatsächlich sind slawische Stämme nach der Völkerwanderung bis an die Elbe-Saale-Linie vorgedrungen und haben sich etwa seit dem 7. Jahrhundert u.a. in ganz Brandenburg, Mecklenburg, Sachsen, Teilen von Oberfranken, der bayerischen Oberpfalz und im östlichen Österreich niedergelassen.
Vor diesem Hintergrund proklamierte 1917 der Panslawist Hanus Kuffner die Elbelinie als Westgrenze der Slawenzone. ...

In den dreißiger Jahren gab die Vereinigung polnischer Volksbüchereien Postkarten heraus, die "Polens historische Westgrenze" zeigte: Sie verlief am östlichen Stadtrand von Berlin und umfaßte außer der oberen Elbe einschließlich Dresdens auch die ganze Tschechoslowakei.
Zwei Monate vor Beginn des Zweiten Weltkrieges veröffentlichte die Zeitung "Dziennik Poznanski" eine Karte mit noch wesentlich weiter reichenden Zielvorstellungen. Nachdem die polnische "See- und Kolonialliga" in der Zwischenkriegszeit einen Anteil am deutschen Kolonialbesitz gefordert hatte, gab die antifaschistische Untergrundbewegung während des Krieges Vignetten heraus mit der Überschrift "Darum kämpfen wir"; auf ihnen war außer der Landkarte eines polnischen Großreichs von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer auch eine Karte mit sämtlichen ehemals deutschen Afrika-Kolonien abgebildet. ...<<

CSR: In der CSR gibt es Ende 1936 etwa 846.000 Arbeitslose, davon sind 525.000 Sudetendeutsche (x020/35). Der innenpolitische Kampf zwischen Tschechen und Sudetendeutschen verschärft sich, da Henlein (SDP) ein gewisses Maß an Autonomie sowie politische und soziale Gleichberechtigung fordert.
Die jahrlange systematische Unterdrückung treibt die verzweifelten Sudetendeutschen regelrecht in "Hitlers offene Arme". Infolge der großen wirtschaftlichen Probleme und wegen fehlender Kompromißbereitschaft der CSR nimmt Henlein die ersten Kontakte zum NS-Reich auf ("Phase der nationalen Radikalisierung").

UdSSR: Armenien (seit 1920 von Truppen der Roten Armee besetzt) erhält im Jahre 1936 den Status einer Sowjetrepublik.
Stalin erteilt im Jahre 1936 den Befehl, die "unzuverlässigen" sowjetischen Volksstämme der Chinesen und Koreaner aus dem Fernen Osten nach Kasachstan und Usbekistan "umzusiedeln".
Im Verlauf der großangelegten "Säuberungsaktionen" und öffentlichen Schauprozesse ("Prozeß der 16") fallen dem radikalen Stalinismus im Jahre 1936 wieder zahlreiche Unschuldige zum Opfer.
Stalin berichtet im Jahre 1936 über die veränderte sowjetische Gesellschaftsstruktur (x073/61-62): >>Entsprechend den Veränderungen in der Wirtschaft der Sowjetunion hat sich auch die Klassenstruktur unserer Gesellschaft verändert. Die Klasse der Gutsbesitzer war bekanntlich schon mit der siegreichen Beendigung des Bürgerkrieges liquidiert worden. Was die anderen Ausbeuterklassen betrifft, so haben sie das Schicksal der Gutsbesitzer geteilt. Verschwunden ist die Kapitalistenklasse in der Landwirtschaft. Verschwunden sind die Händler und Spekulanten auf dem Gebiet des Warenumsatzes. Alle Ausbeuterklassen sind somit liquidiert.
Geblieben ist die Arbeiterklasse. Geblieben ist die Klasse der Bauern. Geblieben ist die Intelligenz. Es wäre aber verfehlt zu glauben, daß diese sozialen Gruppen während dieser Zeit keine Veränderungen durchgemacht hätten. ...<<

Großbritannien: Die Zeitung "Daily Mail" bezeichnet im Jahre 1936 das Hitler-Reich als eine "Notwendigkeit für Europa".
Für David Lloyd George (britischer Ex-Premierminister) ist Hitler damals einer der größten lebenden Deutschen, ein "deutscher George Washington" (x025/129).

1937

> Die Zähne werden in Deutschland künftig durch die Nase gezogen, weil niemand mehr den Mund aufmachen darf.
> *NS-Spottvers*

05.01.1937

Großbritannien: Ein ehemaliger britischer Offizier erklärt am 5. Januar 1937, warum er dem Bund englischer Kriegsdienstverweigerer beigetreten ist (x172/78): >>... Was macht es für einen Unterschied, 500 Babys ins Feuer zu werfen oder aus Flugzeugen Feuer auf sie zu wer-

fen? Es gibt keinen.<<

13.01.1937

Polen: Der Haushaltsausschuß des polnischen Parlaments berichtet am 13. Januar 1937 über die wirtschaftliche Zukunft der Juden in Polen (x172/78): >>... Die polnische Regierung denkt bei dem Versuch, den Bevölkerungsüberschuß zu lösen, zuerst an die Juden. Wir hätten nichts gegen die Menschen, wenn es 50.000 wären. Unsere negative Einstellung rührt von der Tatsache her, daß es hier 3 Millionen gibt. Eine Änderung dieser anormalen Situation ist der einzige Weg zur Lösung des leidigen Judenproblems. ...
Ohne Palästina als ein Auffangbecken für unseren Judenüberschuß aufzugeben, müssen wir unser Problem auf einer breiteren Basis angehen. ...<<

18.01.1937

NS-Regime: Im Verlauf eines Hamburger NS-Schauprozesses werden am 13. Januar 1937 25 Widerstandskämpfer zu 160 Jahren Haft verurteilt. 3 Angeklagte erhalten die Todesstrafe (x121/222).
Bis zum Kriegsbeginn finden noch 86 Massenschauprozesse statt.

27.01.1937

NS-Regime: US-Botschafter Dodd meldet am 27. Januar 1937 aus Berlin (x068/228): >>Informationen, die mir in letzter Zeit zugegangen sind, besagen, daß amerikanische Banken erwägen, Italien und Deutschland neue Kredite und Anleihen zu geben, obgleich die Kriegsindustrie dieser beiden Länder bereits groß genug ist, um den Frieden der Welt zu bedrohen.<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Unterstützung des NS-Regimes durch US-Banken (x068/228): >>Die Fürsorge des amerikanischen Großkapitals für Hitler dauerte sogar nach Jahren seiner Terrorherrschaft noch fort. Und natürlich hatte man längst in diese Fürsorge auch die italienischen Faschisten eingeschlossen, hatte etwa J. P. Morgan & Co. Mussolini schon in den zwanziger Jahren Kredite und Anleihen im Wert von 100 Millionen Dollar gegeben. Warum auch nicht – wenn Mussolinis damaliger Bundesgenosse, Papst Pius XI., der ihn schon mit an die Macht gebracht und diese dann wie keiner sonst gefestigt hatte, doch auch mit Morgan verbunden war?!
Denn soweit der größere Teil der vatikanischen Milliarden nicht bei der Crédit Suisse, Zürich, steckte, hatte man sie beim Bankhaus in New York deponiert, dessen nicht-katholischem Oberhaupt John P. Morgan, Papst Pius XI. denn auch für all seine Verdienste 1938, ein Jahr vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, einen hohen päpstlichen Orden verlieh. Derselbe Papst, der auch Hitler die Diktatur ermöglichte, da er von ihm, wiederholt erklärt, die Zerstörung des Kommunismus und Bolschewismus erwartete, was ohne Krieg nicht möglich war.
... Amerikanische Banken, darunter besonders Morgan und Dillon, Read, hofften seinerzeit auf einen Krieg Hitlers gegen Rußland und waren bereit, ihn dafür zu finanzieren.<<

30.01.1937

NS-Regime: Die NS-Regierung zieht am 30. Januar 1937 die deutsche Anerkennung des Versailler Kriegsschuldparagraphen zurück.

23.02.1937

NS-Regime: Adolf Hitler verspricht am 23. Februar 1937, die Unverletzlichkeit und Neutralität der Schweiz zu respektieren (x032/338): >>... Zu jeder Zeit, komme was da wolle.<<

15.03.1937

USA: Joseph Tenenbaum (Leiter einer jüdischen Hilfsorganisation) ruft am 15. März 1937 während einer Großveranstaltung im Madison Square Garden in New York zum Boykott deutscher Waren auf (x172/80): >>... Jedes deutsche Schiff, das an unseren Küsten anlegt, bringt eine frische Ladung Naziratten, die eine Beulenpest von Antisemitismus und Rassenhaß verbreitet und an den Fundamenten unseres großen Gemeinwesens nagt. ...
Niemand ist sicher vor dem Holocaust der Nazis.<<

13.04.1937

USA: Der Rabbiner Baruch Braunstein berichtet am 13. April 1937 während einer Veranstaltung des Nationalen Rates Jüdischer Frauen im US-Bundesstaat New York über die Folgen des Ersten Weltkrieges (x172/81): >>... Es hat drei Fünftel Europas ins Mittelalter zurückversetzt. ... Wir zogen in den Krieg, um die Demokratie zu retten, und mußten erleben, wie die Demokratie tausend Tode starb. ...<<

26.04.1937

Spanien: Guernica (eine nordspanische Stadt im Baskenland, 20 km östlich von Bilbao entfernt, mit etwa 10.000 Einwohnern) wird während des spanischen Bürgerkrieges am 26. April 1937 durch Kampfflugzeuge der Legion Condor zerstört. Die Zahl der Todesopfer beträgt vermutlich 100 bis 1.600 Personen.

Viele Historiker behaupten später, daß in Guernica zum ersten Mal in der Kriegsgeschichte die Luftwaffe zur systematischen Bombardierung einer Stadt eingesetzt wird, um den Widerstand der Zivilbevölkerung zu brechen. Die eigentlichen Gründe und Ursachen, die zu diesem Massaker führen, sind jedoch bis zum heutigen Tag nicht aufgeklärt.

Die Londoner Zeitungen "Times" und "Daily Mail" berichten später über den Luftangriff gegen Guernica (x172/82): >>... Die Stadt wurde mitsamt den 7.000 Einwohnern und 3.000 Flüchtlingen langsam und systematisch pulverisiert.<<

>>... Ein Anblick, der mich wochenlang verfolgte, waren die verkohlten Leichen mehrerer Frauen und Kinder, die in den Überresten dessen, was zuvor der Keller eines Hauses gewesen war, auf einem Haufen lagen. Sie hatten dort Schutz gesucht.<<

Der Maler Pablo Picasso bekommt 1937 den Auftrag, für den spanischen Pavillon der Pariser Weltausstellung ein Gemälde von Guernica zu erstellen. Picassos Gemälde wird später weltweit als Anklage der barbarischen Luftkriegsführung gegen die Zivilbevölkerung bekannt. In Spanien ist die Legion Condor vor allem wegen der Bombardierung von Guernica bis heute in keiner guten Erinnerung.

Dr. Reinhard Barth schreibt später über "Guernica" (x051/231): >>Guernica, nordspanischer Ort im Baskenland 20 km östlich von Bilbao; im Spanischen Bürgerkrieg am 26.4.37 durch Flugzeuge der Legion Condor zerstört, wurde Guernica v.a. seit Picassos Gemälde "Guernica" (1937) in der Welt als Symbol barbarischer Luftkriegführung bekannt.

Der Angriff von neun Flugzeugen mit insgesamt 7.950 kg Bomben sollte den Vormarsch der Franco-Truppen auf Bilbao unterstützen. Statt militärische Ziele außerhalb des Ortes wurde jedoch dieser selbst getroffen und zu 71 % vernichtet. Die Einzelheiten sind bis heute umstritten. So schwankt die Zahl der Todesopfer zwischen 100 und 1.600 Personen; möglich ist auch, daß ein Teil des Zerstörungswerks erst nach dem Bombenangriff von republikanischen Milizen und baskischen Bergarbeitern ("Dinamiteros") angerichtet wurde, um dem vorrückenden Feind (nach dem Prinzip der "verbrannten Erde") nichts Brauchbares zu hinterlassen.<<

Spätestens das Bombardement von Guernica informiert die Weltöffentlichkeit über die aktive Kriegsteilnahme der "Legion Condor". Die Teilnahme der "Legion Condor" am Spanischen Bürgerkrieg wird im NS-Staat formell geheimgehalten und offiziell geleugnet.

05.05.1937

Polen: Die polnische Regierung verhandelt am 5. Mai 1937 mit der französischen Regierung, ob man osteuropäische Juden nach Madagaskar (1896-1959 französische Kolonie) umsiedeln kann (x172/79).

07.07.1937

Japan, China: Nach dem japanischen Einmarsch in die Mandschurei (September 1931) eröffnet Japan am 7. Juli 1937 den Angriffskrieg (ohne Kriegserklärung) gegen China und bedroht die bisherige Vormachtstellung der Russen und Briten im Fernen Osten.

Die japanische Regierung, die nach dem Ersten Weltkrieg die Schwächen des Deutschen Reiches sowie der Sowjetunion konsequent ausgenutzt und Nordamerika aus zahlreichen Absatzmärkten verdrängt hatte, strebte infolge der großen Überbevölkerung gewaltsame Expansionen an.

10.07.1937

Großbritannien: Der britische Historiker Arnold J. Toynbee (1889-1975) schreibt am 10. Juli 1937 in der Wochenzeitung "The Economist" (x028/50): >>Spricht man mit einem Tschechen über die Minderheitenfrage in der Tschechoslowakei, so fängt er gewöhnlich mit der allgemeinen Behauptung an, daß die Tschechoslowakei eine Demokratie sei. Und spricht man dann mit einem Angehörigen der deutschen Minderheit, so wird man gewahr, daß gerade diese Behauptung wie das rote Tuch auf einen Stier wirkt.

In Wahrheit ist selbst ein traditionsreiches und in sich völlig gefestigtes demokratisches Verfassungsleben nur sehr schwer auf eine Minderheit anzuwenden, die unter der gegebenen Herrschaft eben einfach nicht leben mag. Wir wissen selber am besten, daß wir (es) nie fertig bekommen haben, unsere britische Spielart von Demokratie auf unsere Herrschaft über Irland anzuwenden. Und was die Methoden betrifft, mit denen die Tschechen heute ihre Vorherrschaft über die Sudetendeutschen ausüben, so sind sie einfach undemokratisch.

Auf Grund ihrer Nachkriegsbeziehungen zu den westlichen Nationen, die sie so rührend bewundern, haben sich die Tschechen von den Briten weniger die "selbstverständliche Überlegenheit", sondern weit eher die britische Heuchelei angeeignet und zwar in sehr starkem Maß! Von allen Belastungen, mit denen die Tschechen heute zu kämpfen haben, ist jene Verständnislosigkeit vermutlich die schlimmste.<<

Juli 1937

Großbritannien, Schweiz: Im Juli 1937 verlangt Chaim B. Weizmann von der britischen Regierung, endlich die Gründung des zugesagten Judenstaates zu realisieren. Die Briten schlagen daraufhin eine Aufteilung Palästinas ("Peel-Plan") vor.

Der sogenannte "Peel-Plan" wird aber während des zionistischen Kongresses in Zürich von der Mehrheit abgelehnt (x043/474).

Der jüdische Politiker David Ben Gurion (1886-1973, Chef der zionistischen Palästina-Sektion), der diese vorläufige Kompromißlösung befürwortet, kann sich in Zürich nicht durchsetzen (x043/474): >>Dieser jüdische Staat, den man uns anbietet, ist nicht das Ziel des Zionismus. In diesem Gebiet läßt sich das jüdische Problem nicht lösen. Aber er wird eine entscheidende Etappe auf dem Weg zur Verwirklichung der großen zionistischen Ziele sein. Er wird im kürzesten Zeitraum zu der wahren Macht heranwachsen, mit dem wir unseren geschichtlichen Auftrag erfüllen können.<<

Dieser kleinere Judenstaat (gemäß "Peel-Plan") hätte sicherlich Hunderttausende von späteren jüdischen NS-Opfern das Leben retten können.

21.08.1937

UdSSR: Stalin schließt am 21. August 1937 einen Nichtangriffspakt mit China.

August 1937

Großbritannien: Sir Winston S. Churchill (1874-1965, Nachkomme des ersten Herzogs von Marlborough, von 1940-45 britischer Premier- und Verteidigungsminister) veröffentlicht im August 1937 sein Buch "Große Zeitgenossen".

In diesem Buch schreibt er z.B. über Hitler und Trotzki (x172/83): >>... Wer Herrn Hitler selbst begegnet ist von Staats wegen oder auf gesellschaftlichem Parkett, fand einen hochkompetenten, kühlen, gutinformierten Funktionär vor, mit angenehmen Umgangsformen und einem entwaffnenden Lächeln, und kaum jemand konnte sich seinem persönlichen Charme entziehen. ...

(Leo Trotzki alias Bronstein) besitze das Organisationstalent eines Carnot, die kühl-distanzi-

erte Intelligenz eines Machiavelli, die Pöbelrhetorik eines Kleon, die Wildheit von Jack the Ripper und die Zähigkeit von Titus Oates. ... Er war Jude. Er war immer noch Jude. Nichts konnte darüber hinweghelfen.<<

13.09.1937

NS-Regime: Der Reichsführer SS Heinrich Himmler ordnet am 13. September 1937 an, jüdische Internierte aus der Schutzhaft zu entlassen, falls sie nachweisen, daß sie nach Palästina oder Übersee auswandern können (x032/386).

28.09.1937

NS-Regime: Der italienische Staatschef Mussolini erklärt am 28. September 1937 während einer Massenkundgebung in Berlin (x032/389): >>... Die größten und echtesten Demokratien, die die Welt heute kennt, sind die deutsche und die italienische. ...

Wichtig ist, daß unsere beiden großen Völker, eine gewaltige Masse von 115 Millionen, zusammenstehen in einer einzigen unerschütterlichen Entschlossenheit. Diese gigantische Kundgebung gibt der Welt den Beweis. ...<<

Ernst von Weizsäcker schreibt damals über den italienischen Staatschef Mussolini (x032/-389): >>... Mussolini ist ein vollsaftiger, übersprudelnder Diktator. Ihn anzusehen macht vergnüglich.<<

September 1937

CSR: Der Deutschlandbericht der SPD informiert im September 1937 über die häufige Verhängung der Todesstrafe durch das NS-Regime (x050/149): >>Wie bereits nach dem nationalsozialistischen Verfassungsentwurf von 1923 zu erwarten war, ist nach dem neuen Strafgesetzentwurf die Todesstrafe außerordentlich häufig, besonders bei politischen Straftaten, angedroht. Sie ist für folgende Fälle vorgesehen:

Verrat an der Reichshoheit, Verrat an der Grundordnung des deutschen Volkes, Verrat am Führer des deutschen Volkes, Vorbereitung zum Hochverrat besonders gefährlicher Art, Verrat von Staatsgeheimnissen, verräterische Waffenhilfe, verräterische Begünstigung des Feindes, verräterische Untreue, besonders schwere Wehrmittelbeschädigung, Kindesraub, besonders schwere Brandstiftung, der Verursachung einer Explosion, gefährlicher Sprengstoffbesitz, Herbeiführung einer Überschwemmung, Brunnen- und Luftvergiftung und Transportgefährdung, Mord, Notzucht und Raub mit Todesfolge.<<

05.10.1937

USA: In der berühmten "Quarantänerede" kritisiert US-Präsident Roosevelt am 5. Oktober 1937 in Chicago erstmalig die aggressive Außenpolitik Japans, Italiens und Deutschlands (x069/168): >>... Ohne Kriegserklärung, ohne irgendwelche Warnung, ohne irgendwelche Berechtigung wird die Zivilbevölkerung, einschließlich der Frauen und Kinder, rücksichtslos durch Luftbombardements hingemordet. In sogenannten Friedenszeiten werden ohne Anlaß oder Warnung Schiffe von U-Booten angegriffen. Völker schüren den Bürgerkrieg und ergreifen Partei in fremden Ländern, die ihnen nie etwas zuleide getan haben. Völker, die für sich selber die Freiheit fordern, verweigern sie anderen.

Wenn so etwas in anderen Gegenden der Welt passiert, dann soll sich niemand einbilden, daß (er) Amerika entrinnen werde, daß er Pardon erwarten dürfe, daß die westliche Hemisphäre keinen Angriff zu befürchten habe.

Es scheint leider zuzutreffen, daß die Epidemie der allgemeinen Gesetzlosigkeit immer mehr um sich greift. Wenn eine ansteckende Krankheit sich zu verbreiten beginnt, verordnet die Gemeinschaft eine Quarantäne für die Kranken, um die Gesundheit vor der Epidemie zu schützen.<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über US-Präsident Roosevelt (x068/229-232): >>Franklin Delano Roosevelt (1933-1945), viel bewundert und viel verdammt, prägte und bestimmte ohne Zweifel die wichtigste Epoche der

USA im 20. Jahrhundert.
Aus reichen Verhältnissen stammend, hatte Roosevelt ein Jurastudium an der Columbia Universität in New York absolviert. Seine Bildung aber blieb zeitlebens recht begrenzt. Eher amusisch, las er am liebsten Krimis und Seefahrerbücher, er segelte gern und sammelte Briefmarken. Doch seine Intelligenz, sein Humor, sein Charme, sein (falls dies ein Vorzug ist) Optimismus waren beträchtlich, ebenso sein stupend (verblüffend) kaschierter Ehrgeiz und seine Energie - obwohl oder vielleicht gerade weil ihn eine spinale Kinderlähmung seit 1921 an den Rollstuhl gefesselt hat.
Es gehörte zum politischen Charisma des Präsidenten, daß er, von Natur aus wohl humanitär gesinnt, vielleicht sogar warmherzig, rasch Kontakt zu Menschen jeder Herkunft fand und geschickt mit ihnen umging, mochte sein berühmtes, jederzeit wie durch Knopfdruck erzeugbares Lächeln auch nicht selten etwas erzwungen wirken, überhaupt er selbst noch seiner nächsten Umgebung ein Rätsel sein. Henry Morgenthau jr., einem seiner Vertrauten, erschien es "außerordentlich schwierig", ihn zu beschreiben.
Er schildert Roosevelt als "rüstig und abgespannt, leichtfertig und ernst, scheu und offenherzig". Für Arbeitsministerin Frances Perkins, seine Mitarbeiterin schon während der Gouverneurszeit im Staat New York, war er der komplizierteste Mensch, den sie je gekannt. Und Robert Sherwood, der Dramatiker, der manchmal des Präsidenten Reden schrieb (viermal den Pulitzerpreis erhielt, dreimal während Roosevelts Amtszeit), konnte nie durchschauen, was dieser "sein von dichten Wäldern verborgenes Inneres" nannte.
Roosevelt, ein ziemlich untheoretischer, ideologiefreier Typ, aufgeschlossen für praktische Aufgaben, zupackend, wendig, war unter allen US-Präsidenten einer der besten Kenner des Parteiapparates; nicht frei von Opportunismus, noch weniger von - wenn auch verborgenem - Machthunger, eher kompromiß- als kampfbereit, eher intuitiv als kühl kalkulierend.
Als Mann sowohl plötzlicher Entschlüsse wie sich hinschleppender Ausweichmanöver konnte er ebenso schnell entscheiden wie, schien ihm etwas nicht spruchreif, geduldig warten. Er konnte ebenso unerbittlich sein wie versiert taktieren. Und wenn er sich auch gewiß für fehlbar hielt, ließ er sich doch nicht lenken, liebte es vielmehr, Thesen und Temperamente, ganze Ressorts, gegeneinander auszuspielen.
Roosevelt wurde 1911 demokratischer Senator, 1913 Unterstaatssekretär im Marineministerium, 1928 Gouverneur des Staates New York. 1932 errang er mit eiserner Energie einen Wahlsieg über seinen Vorgänger, den Republikaner Hoover, um dann, beispiellos in der Geschichte der USA, noch weitere drei Male zum Präsidenten gewählt zu werden.
Roosevelt hatte die Regierung der Staaten in deren heruntergekommenstem Zustand übernommen. Es gab 14 Millionen Arbeitslose (jeder vierte US-Bürger). Auch die Farmer rebellierten. Hunderte von Provinzsparkassen waren geschlossen, die großen Wallstreet-Banken durch Milliardenkredite ans Ausland, vor allem an Deutschland und Lateinamerika, unsicher geworden. "Wir sind am Ende unserer Kunst", lamentierte Hoover schließlich, "wir können nichts mehr machen".
Roosevelt aber verstand es, dem Volk die Angst auszureden, ihm wieder Mut zu machen, auch durch Versprechungen, die er zum Teil sogar hielt, eine ganz ungewöhnliche Haltung, weltweit. Sein unerschütterliches Vertrauen, sein Sendungsglaube, strahlte auf Millionen Amerikaner aus, steckte ein ganzes Volk an, für das er immerhin einige, freilich nur allzu nötige soziale Reformen in die Wege geleitet hat.
Der neue Präsident, der die Nation bald zu seinem jovialen "Kamingeplauder" ("Fireside Chat") sozusagen ins Weiße Haus einlud, wobei er viele für sich gewann, nannte sein Programm einen New Deal, eine Neuverteilung der Karten, der Chancen, Einkommen. - Dieser New Deal war alles andere als ein geschlossenes System, sondern eine Fülle von rasch begonnenen Reformen zur Behebung der schweren Wirtschaftskrise. In der ersten Phase (1933/34)

erstrebte er vor allem eine finanzielle Sanierung, in der zweiten Phase (1935) wandte er sich vorwiegend der Sozialreform zu, wobei die Hauptbegünstigten besonders Arbeiter und kleinere Farmer waren.
Roosevelt führte die erste umfassende Arbeitslosenunterstützung in den USA ein. Er suchte überhaupt weiten Kreisen eine gewisse materielle Verbesserung ihres Lebens zu bringen, suchte aber auch die ethnischen, rassischen und religiösen Minderheiten in die Gesellschaft zu integrieren. Nicht zuletzt mühte er sich, die ungeheuere Arbeitslosigkeit durch staatliche Beschäftigungsprogramme einzudämmen.
Er tat damit das gleiche wie Hitler in Deutschland. Und wie Hitler, so gelang auch Roosevelt die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit erst durch eine enorme Aufrüstung, die vor allem seit 1939 anlief. Die Arbeitsbeschaffungsprogramme durch Straßenbau, Flußregulierungen, Wiederaufforstung, Nationalparkanlagen etc. reichten zur entscheidenden Reduzierung der Arbeitslosigkeit nicht aus.
Roosevelts Wirtschaftskurs freilich erschien vielen Betroffenen zu dirigistisch. Überhaupt war er bei der Geschäftswelt verhaßt, weil er, der vielfache Millionär, sofort die Macht der Privatwirtschaft zu beschränken suchte. Und wohl am unbeliebtesten bei ihr machte ihn seine Steuerpolitik, die sogenannte Reichtums-Steuer, obwohl sie dann, wen wundert's, recht glimpflich verlief, und die Finanzgesetze Mitte der dreißiger Jahre nicht die geringste Umgestaltung der Besitzverhältnisse brachten.
Gleichwohl trank man in der Wallstreet Champagner, als die Nachricht von seinem Tod eintraf, zumal ihm viele noch lange auch einen "Ruck nach links" ankreideten, vom "Roten im Weißen Haus" sprachen, einem "Verräter seiner Klasse". Doch war er nichts als ein fortschrittlicher Konservativer, ein Mann mit einer heillosen Sehnsucht "nach dem Zeitalter der Postkutsche, von dem er in der Öffentlichkeit mit Geringschätzung sprach".
Im Grunde paßte sich Roosevelt nur an das soziale Klima der dreißiger Jahre locker an - mit einer allerdings deutlich antimonopolistischen Tendenz. Immerhin nahm die übergewaltige Macht des Big Business leicht ab, wurden bereits in wenigen Jahren große Kartelle zerschlagen, auch verbesserten sich die Einkommensverhältnisse breiterer Kreise. Die Arbeitslosenziffer sank zunächst auf rund 6 Millionen, und die Gewerkschaften gewannen nach langem wieder an Bedeutung.
Schon im Sommer 1937 traten jedoch neue wirtschaftliche Schwierigkeiten auf. Es kam plötzlich zu einer scharfen Rezession. Die Preise verfielen, die Kurse sackten wieder ab, die Umsätze stürzten bis zum Jahresende gar um 27 %, die Arbeitslosenziffer aber schnellte um rund zwei Millionen hoch und blieb auch bis zum Beginn des Weltkriegs bei acht bis zehn Millionen. Denn so lange steckten die USA noch immer in der Wirtschaftskrise. "Alle Anzeichen einer neuen Panik machten sich bemerkbar" (Angermann).
Erst der Krieg wurde Roosevelts Retter. Erst in der Mitte des Krieges, 1942, war das Arbeitslosenproblem gelöst; in den USA herrschte Vollbeschäftigung.
Dennoch hatte man sich damit bewußt wieder in eben jenen Zustand hineinmanövriert, der schon in und nach dem Ersten Weltkrieg einer verschwindenden Clique gigantische Vermögen gebracht und Massen von Menschen Not und Tod.<<

10.10. 1937

Großbritannien: Sir Winston S. Churchill (1874-1965, von 1940-45 britischer Premier- und Verteidigungsminister) schreibt am 10. Oktober 1937 in der Zeitung "News of the World" (x172/86): >>... Es wäre dumm von den Briten, Mussolinis welthistorischen Rang zu unterschätzen oder die erstaunlichen Charaktereigenschaften Mut, Verstand, Selbstbeherrschung und Ausdauer, für die er beispielhaft steht.<<

17.10.1937

USA: Joseph C. Hyman (Leiter einer jüdischen Hilfsorganisation) ruft am 17. Oktober 1937

während einer Veranstaltung in Pittsburgh zur Rettung der europäischen Juden auf (x172/87): >>... Es ist eine Frage von Leben und Tod, sofort Mittel zu schicken, um unsere Leute so bald wie möglich aus Deutschland herauszuholen. ...
In Polen ist die jüdische Bevölkerung von mehr als 3.000.000 Seelen zwar nominell durch die Verfassung und das öffentliche Recht geschützt, wird jedoch nur allzuoft von Pogromen, Übergriffen und Boykotten; nur allzu oft Objekt einer starken und zielgerichteten Propaganda mit dem Leitmotiv "Juden raus"! ...
(In Rumänien) nimmt der Antisemitismus eine Brutalität und Gehässigkeit in Wort und Tat an, die einen Vergleich mit Nazideutschland rechtfertigen.<<

05.11.1937

NS-Regime: Während einer Geheimrede vor dem Außen- und Kriegsminister sowie den Oberbefehlshabern der deutschen Wehrmacht erläutert Hitler am 5. November 1937 erstmalig seine Kriegspläne
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Hoßbach-Niederschrift" (x051/272): >>Hoßbach-Niederschrift, von Hitlers Wehrmachtsadjutant Oberst Hoßbach aus eigenem Entschluß angefertigtes Protokoll über eine Besprechung bei Hitler in der Reichskanzlei am 5.11.37; Teilnehmer: Hitler, Reichsaußenminister Neurath, Reichskriegsminister Blomberg sowie die Oberbefehlshaber der drei Wehrmachtteile, Fritsch, Raeder, Göring, und Hoßbach.
Die Hoßbach-Niederschrift wurde am 10.11.37 unterzeichnet und von Blomberg, der sie als einziger Gesprächsteilnehmer sah, zu den Akten genommen; eine Abschrift von 1943/44 spielte im Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher eine umstrittene Hauptrolle beim Beweis für den Anklagepunkt Verbrechen gegen den Frieden.
Bei der Besprechung ging es um die kriegerische Lösung der "deutschen Raumfrage", wie sie Hitler schon in "Mein Kampf" dargestellt und am 3.2.33 vor Reichswehrgeneralen wiederholt hatte.
Er skizzierte drei Fälle:
1. Entscheidung spätestens 1943/45, bevor der deutsche Rüstungsvorsprung zusammengeschmolzen sei;
2. Vorverlegung des Entschlusses zur "Anwendung von Gewalt unter Risiko" gegen die "Tschechei", falls Frankreich durch innenpolitische Schwierigkeiten hinreichend gelähmt sei;
3. bei Ausbruch eines militärischen Konflikts zwischen Italien und den Westmächten (z.B. um Mittelmeer-Positionen) "blitzartiges" Niederwerfen Österreichs und der Tschechoslowakei schon 1938 zur Ausschaltung der "Flankenbedrohung".
Gegen diese Gewaltpolitik erhoben Blomberg und Fritsch militärische Einwände, der Außenminister war nach eigener Aussage "erschüttert" und Marinechef Raeder verwies auf die ungenügende Seerüstung. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Hitler hielt aber unbeirrt an dem in der Hoßbach-Niederschrift niedergelegten Programm fest und schaltete die militärischen Hauptopponenten in der Fritsch-Krise aus, in deren Folge auch Neurath sein Ministeramt verlor.<<

15.11.1937

Polen: Infolge der sowjetischen "Säuberungsaktionen" nähert sich Polen dem NS-Regime (Abkommen über Minderheitenschutz vom 15. November 1937).

26.11.1937

Deutsches Reich: Evangelische Pastoren halten am 26. November 1937 Bittgottesdienste, um gegen die Verhaftung von Gemeindemitgliedern zu protestieren.

November 1937

Großbritannien: Edward W. Halifax (1881-1959, von 1925-31 Vizekönig von Indien, 1938-40 britischer Außenminister) erklärt im November 1937 während einer Unterhaltung mit Hit-

ler (x073/176): >>Er und andere Mitglieder der Regierung (seien) davon durchdrungen, daß der Führer nicht nur in Deutschland selbst Großes geleistet habe, sondern daß er auch durch die Vernichtung des Kommunismus im eigenen Lande diesem den Weg nach Westeuropa versperrt habe und daß daher mit Recht Deutschland als Bollwerk des Westens gegen den Bolschewismus angesehen werden könne. ...<<

05.12.1937

Großbritannien: Der britische Politiker Edward W. Halifax (1881-1959) berichtet am 5. Dezember 1937 über ein Treffen mit Hitler (x172/89-90): >>... Ich fand alles, was er erzählte, furchtbar spannend und wollte ihn gar nicht gehen lassen.<<

07.12.1937

China: Japanische Flugzeuge werfen am 7. Dezember 1937 Flugblätter über der chinesischen Stadt Nanking ab (x172/90): >>... Wir haben die Stadt Nanking eingeschlossen. Wenn eure Truppen die Kämpfe fortsetzen, kommt der Krieg unweigerlich nach Nanking. Die jahrtausendealte Kultur wird zu Asche zerfallen und die Regierung, die ein Jahrzehnt überdauert hat, wird sich in Luft auflösen.<<

Da die chinesischen Truppen nicht kapitulieren, besetzen japanische Truppen im Dezember 1937 gewaltsam die chinesische Stadt Nanking. In den ersten 6 Wochen der japanischen Besetzung ereignen sich in Nanking schwere Massenverbrechen, die von der japanischen Armeeführung nicht verhindert werden. Bei diesen furchtbaren Massenverbrechen werden nahezu 80.000 Frauen vergewaltigt und etwa 300.000 Menschen ermordet (x087/141).

1937

UdSSR: Im Verlauf der großangelegten "Säuberungsaktionen" und der öffentlichen Schauprozesse ("Prozeß der 17") fallen dem radikalen Stalinismus im Jahre 1937 wieder viele Unschuldige zum Opfer.

Ein Zeitzeuge berichtet über die Folgen der "Säuberungsaktionen" im Jahre 1937 (x073/62): >>... Man merkte den Lehrern in der Schule, den Pädagogen im Heim, ja sogar den Referenten der Komintern bei ihren Besuchen die ständige Angst an, in der sie lebten. Diejenigen, die noch nicht verhaftet worden waren – sie nannten sich selbst manchmal die "Übriggebliebenen" -, verhielten sich unterschiedlich.

Die meisten waren von einer ständigen Angstpsychose befallen; sie liefen wie gehetztes Wild umher, immer darauf bedacht, nur ja das Richtige zu tun, um einer Verhaftung zu entgehen.

Aber was war das "Richtige"?

"Am wichtigsten ist es jetzt, möglichst überhaupt nichts zu sagen, vor allem keine einzige politische Äußerung zu tun. Selbst wenn es noch so linientreu ist. Schweigen, Schweigen und nochmals Schweigen, das ist das Gebot der Stunde", meinten die einen.

"Es gibt nichts Gefährlicheres, als schweigend umherzulaufen, denn dadurch erweckt man den Anschein, geheime Gedanken zu haben und überhaupt ein Volksfeind zu sein. Gerade in der heutigen Situation ist es besonders wichtig, aktiv zu wirken und täglich im Sinne der Prawda zu allen Fragen klar seine Meinung zu äußern", meinten die anderen.<<

Der nordamerikanische Historiker Joel Carmichael (1915-2006) berichtet später über Stalins Massenterror im Jahre 1937 (x243/137): >>... Die Verfolgung jedoch, die nun in der zweiten Hälfte des Jahres 1937 begann, nahm in jeder Hinsicht phantastische Ausmaße an. Es wurden auch Menschen davon betroffen, die niemals Mitglieder einer politischen Partei gewesen waren. ... Monatelang schien die politische Polizei 24 Stunden am Tag zu arbeiten: In den Städten und auf dem Lande riß sie Menschen aus den Häusern, Werkstätten, Laboratorien, Fabriken, Universitäten, Kasernen und Regierungsbüros.

Nicht eine Wirtschaftsbranche, nicht eine Berufsgruppe blieb verschont: Bauern, Arbeiter, Funktionäre, Fachleute, Intellektuelle, Künstler, Offiziere – alle wurden in dieselben Zellen gesperrt. ...

Die große Säuberung führte praktisch zur Beseitigung aller führenden Persönlichkeiten in buchstäblich allen Fabriken, Eisenbahnstationen, Schulen und schulischen Einrichtungen, wobei die Kollektivwirtschaften, Regierungsstellen und die Armeehierarchie noch nicht berücksichtigt sind. ...<<

Der deutsche Schriftsteller Lion Feuchtwanger (1884-1958, emigriert 1933 nach Frankreich und flieht 1940 in die USA) schwärmt im Jahre 1937 von Stalins öffentlichen Reden in Moskau (x080/201): >>Er ist ganz sicher nicht das, was man einen großen Redner nennen würde. Seine Argumente kommen langsam: Sie wenden sich an den gesunden Hausverstand von Menschen, die eine Sache sorgfältig, aber nicht schnell erfassen. Doch vor allem hat Stalin einen Sinn für Humor, den plötzlich aufleuchtenden, schlitzohrigen, zuweilen gemütlichen, häufig grausamen Sinn für (den) Humor eines Bauern ...

Wenn Stalin mit seinem wissenden, ruhigen Lächeln spricht und mit seinem Zeigefinger deutet, dann erzeugt er damit nicht wie andere Redner eine Kluft zwischen sich und dem Publikum; er steht nicht gebieterisch auf der Bühne, während sie unter ihm sitzen, sondern innerhalb kurzer Zeit bildet sich zwischen ihm und seinen Zuhörern ein Bündnis, eine Intimität. Da sie aus demselben Stoff sind wie er, sind sie für seine Argumente empfänglich, und beide lachen fröhlich über dieselben einfachen Geschichten. ...<<

Spanien: Im Verlauf des Spanischen Bürgerkrieges gewinnen die anfangs schwachen Kommunisten 1937 immer mehr Einfluß in Spanien, da die Komintern (Kommunistische Internationale) überall ihre Truppenkommandeure und Politiker durchsetzen kann.

Ab 1937 beginnt in Spanien der Kampf der stalinistisch-kommunistischen Gruppen gegen Anarchisten, Trotzkisten und andere politische Gegner um die ideologische Vorherrschaft im republikanischen Lager (stalinistische Säuberungen: Verhaftungen und Hinrichtungen nach dem Vorbild der gleichzeitig in Moskau stattfindenden Schauprozesse).

Stalin setzt ein Heer von politischen Agitatoren, Geheimagenten und sowjetischen Militärberatern in Spanien ein, um die republikanische Regierung und ihre militärischen Verbände zu kontrollieren. Eine spezielle spanische Sektion der NKWD (sowjetische Geheimpolizei von 1934-1946) führt während des spanischen Bürgerkrieges (1936-1939) systematische Fahndungsaktionen nach Trotzkisten und sonstigen Regimefeinden durch (x128/50-51).

1938

> Lieber Gott, mach mich stumm, daß ich nicht nach Dachau kumm! Lieber Gott, mach mich blind, daß ich alles herrlich find'! Lieber Gott mach mich taub, daß ich an den Schwindel glaub'!
> *NS-Spottvers*

21.01.1938

USA: Die "New York Times" veröffentlicht am 21. Januar 1938 eine Stellungnahme des rumänischen Ministers Alexander Cuza (x172/92): >>... Es ist Sache der ganzen Welt, eine Bleibe für die Juden der Welt zu finden. Madagaskar scheint ein geeigneter Ort zu sein.<<

25.01.1938

NS-Regime: Gemäß Erlaß vom 25. Januar 1938 werden die NS-Schutzhaftrichtlinien ergänzt (x032/418): >>... § 1 Die Schutzhaft kann als Zwangsmaßnahme der Geheimen Staatspolizei zur Abwehr aller volks- und staatsfeindlichen Bestrebungen gegen Personen angeordnet werden, die durch ihr Verhalten den Bestand und die Sicherheit des Volkes und Staates gefährden. ...<<

Januar 1938

UdSSR, Polen: Nach der Hinrichtung von polnischen KP-Führern (in der UdSSR im Jahre 1937) löst die Komintern Anfang 1938 die gesamte polnische KP (ca. 40.000 Mitglieder) auf, weil sie angeblich von Pilsudskis Spionen durchsetzt gewesen sein soll (x064/130).

11.03.1938

NS-Regime: Hitler erteilt am 11. März 1938 den Geheimbefehl, militärische Vorbereitungen für den Einmarsch in Österreich zu treffen, um Österreich mit dem Deutschen Reich zu vereinigen (Befehl: "Unternehmen Otto").

In diesem Geheimbefehl ("Unternehmen Otto") heißt es (x149/90): >>Ich beabsichtige, wenn andere Mittel nicht zum Ziele führen, mit bewaffneten Kräften in Österreich einzurücken. ... Es liegt in unserem Interesse, daß das ganze Unternehmen ohne Anwendung von Gewalt in Form eines von der Bevölkerung begrüßten Einmarsches vor sich geht. ... Sollte es aber zum Widerstand kommen, so ist er mit größter Rücksichtslosigkeit zu brechen.<<

Österreich: Bundeskanzler Schuschnigg muß am 11. März 1938 wegen eines drohenden Bürgerkrieges zwangsweise zurücktreten.

Nach Schuschniggs Rücktritt wird der österreichische Nationalsozialist Arthur Seyß-Inquart neuer Bundeskanzler und bildet ein nationalsozialistisches Übergangskabinett. Seyß-Inquart ruft danach per Rundfunk die NS-Formation zum Schutz von Ruhe und Ordnung auf.

12.03.1938

Österreich: Bundeskanzler Seyß-Inquart fordert am 12. März 1938 vereinbarungsgemäß die "militärische Hilfe" des NS-Regimes an, um den Anschluß mit dem Deutschen Reich zu vollziehen.

Der deutsche Einmarsch entwickelt sich schnell zum Triumphzug. Die deutschen Wehrmachtstruppen marschieren damals, ohne auf Widerstand zu stoßen, unter dem Jubel der einheimischen Bevölkerung in Österreich ein.

Der Wiener Rundfunk sendet am 12. März 1938 eine Rede des österreichischen NSDAP-Landesleiters (x191/83): >>... Unser Ziel ist erreicht: Ein Volk, ein Reich, ein Führer! Heil unserem Führer! Heil Hitler!<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die Anschlußpolitik des NS-Regimes (x051/26-27): >>(Anschluß) ... Entschieden zu früh aber, obschon nicht ungewollt, kam Hitler der nationalsozialistische Putsch gegen die Regierung Dollfuß am 25.7.34 (Österreich). Mussolini ließ am Brenner italienische Truppen aufziehen und zwang Hitler zu eiliger Distanzierung vom Wiener Putschversuch. Er zeigte ihm aber auch, daß der Schlüssel zum Anschluß in Rom lag. Italien hatte als einzige Großmacht eine gemeinsame Grenze mit Österreich und mußte zudem von einem Großdeutschland die Rückforderung Südtirols befürchten. Jede Anschlußpolitik war folglich zunächst Italienpolitik, die Hitler bei einem ersten Treffen mit dem Duce im Februar 34 noch nicht recht hatte in Gang bringen können.

Gelegenheit dazu bot ihm indes schon bald die imperialistische Politik des faschistischen Italien: Im Konflikt um Abessinien verpflichtete er sich Mussolini, im Spanischen Bürgerkrieg baute er die freundlichen Beziehungen zur Waffenbrüderschaft aus. Während Frankreich zunehmend mit innenpolitischen Problemen beschäftigt war und England auf Appeasement setzte, konnte Hitler im Rahmen der Achse wieder zu aktiver Anschlußpolitik übergehen. Die mußte zunächst darin bestehen, die Lage der österreichischen Nationalsozialisten zu verbessern, die seit 19.7.33 verboten waren und die Anhaltelager füllten.

Hier bot sich der Hebel für Hitler zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Nachbarlands: Am 11.7.36 kam es unter deutschem Druck zum Juliabkommen mit der Regierung Schuschnigg, die aber die Einlösung der darin ausgehandelten Erleichterungen für die Nationalsozialisten schleppend behandelte.

Nach einigen Mahnungen ließ Hitler daher Schuschnigg am 12.2.38 auf den Obersalzberg laden und verlangte ultimativ die Hineinnahme seines Mannes in Wien, A. Seyß-Inquart, als Innenminister in die österreichische Regierung, die Abstimmung der Außenpolitik auf die des Reiches, die Legalisierung der österreichischen NSDAP, eine allgemeine Amnestie u.a.

Im sogenannten Berchtesgadener Diktat akzeptierte Schuschnigg diese und weitere wirtschaft-

liche und militärische Bedingungen; Bundespräsident Miklas ernannte drei Tage später Seyß-Inquart und lieferte damit die österreichischen Sicherheitsorgane den Nationalsozialisten aus.
In einem verzweifelten letzten Versuch, den Anschluß abzuwenden, beraumte Schuschnigg am 9.3.38 überraschend für den 13. eine Volksabstimmung an für oder gegen ein "freies und deutsches, unabhängiges und soziales, christliches und einiges Österreich".
Unregelmäßigkeiten bei den Wahlvorbereitungen (Heraufsetzung des Wahlalters auf 24 Jahre, fehlende Wählerlisten) und zu kurze Frist beschleunigten aber nun die deutsche Intervention: Hitler forderte am 11.3. die Absetzung der Abstimmung, den Rücktritt Schuschniggs zugunsten Seyß-Inquarts und erklärte, er beabsichtige, "wenn andere Mittel nicht zum Ziel führen, mit bewaffneten Kräften in Österreich einzurücken".
Unter "Ziele" verstand er jetzt offen den Anschluß und "andere Mittel" als den Einmarsch zog er auch nach Erfüllung seines Ultimatums - um Mitternacht zum 12.3. berief Miklas nach erheblichem Widerstand Seyß-Inquart zum Kanzler - nicht mehr in Erwägung. In den Morgenstunden des 12.3.38 überschritten Wehrmachtseinheiten nach telefonisch zwischen Göring und Seyß-Inquart vereinbartem Hilfeersuchen der österreichischen Regierung die Grenze. ...<<

13.03.1938

Österreich: Das österreichische Parlament löst am 13. März 1938 den Staat Österreich per Gesetz auf und beschließt ein Gesetz über den Reichsanschluß ("Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich"). Österreich ist danach ein Teil des Deutschen Reiches.
Um die Wiedervereinigung zu legitimieren, sollen am 10. April 1938 in Deutschland und Österreich Volksabstimmungen durchgeführt werden.

14.03.1938

Österreich: Hitler hält bereits am 14. März 1938 Reden in Linz und Wien. Die Wiener Bevölkerung empfängt Hitler unter dem Geläut aller Glocken mit großer Begeisterung. Zehntausende jubeln Hitler in Wien zu: "Führer, wir danken dir!"
Der deutsche Jesuit und Publizist Lothar Groppe berichtet im August 1988 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 8 – 1988 (x853/...): >>**Der verdrängte Anschluß (1938)**
... 1. "800.000 Österreicher standen im Laufe des Zweiten Weltkrieges in der Deutschen Wehrmacht unter Waffen. 170.000 wurden schwer oder schwerst verletzt, 300.000 fielen oder blieben vermißt." (Ingomar Pust, "Österreicher im Feuer, Tragödie der Tapferkeit", Driffel-Verlag Leoni 1988, S. 7). 326 Österreicher haben das Ritterkreuz erhalten; "170 erreichten in der Wehrmacht den Generalsrang. Als Befehlshaber von Heeresgruppen gingen Löhr und Rendulic in die Militärgeschichte ein". ...
Bundespräsident Rudolf Kirchschläger wurde als Oberleutnant im Osten und im April 1945 bei Wien schwer verwundet. So auch Bundespräsident Waldheim; Verteidigungsminister Prader; Finanzminister a.D. und Nationalbankpräsident Dr. Koren; Verteidigungsminister Rösch. Von dem tapferen Einsatz österreichischer Soldaten berichtet o.a. Buch.
2. Schon 1918 ergaben Volksabstimmungen in Tirol und Salzburg 98 % für den Anschluß. Weitere geplante Abstimmungen wurden durch schwere Drohungen der Siegermächte verhindert. Der Friedensvertrag von St. Germain schrieb - unter Verweigerung des sonst so hoch gepriesenen Selbstbestimmungsrechts der Völker - ein Anschlußverbot fest. Es ist - entgegen einiger heutiger Legenden vom sog. "Überfall" - ganz eindeutige geschichtliche Tatsache, daß das Zusammengehörigkeitsgefühl der ganz großen Mehrheit der Deutsch-Österreicher mit Deutschland die Ursache für die freudige, ja begeisterte Zustimmung zum Anschluß 1938 gewesen ist. Sie spülte Bedenken gegen Hitler einfach weg.
Dies gilt leider auch für die österreichischen Bischöfe. Männer wie Franz Jägerstätter erhielten keinerlei kirchliche Unterstützung (er hat gegen den Anschluß gestimmt; den Wehrdienst

verweigert; ist dafür hingerichtet worden); im Gegenteil.
3. Deshalb verwundert doch, mit welcher blitzartigen Schnelligkeit die Österreicher im April/Mai 1945 mit Deutschland nichts mehr zu tun haben wollten, sich nur noch in der - allerdings ungeheuer bequemeren - Rolle des ersten Opfers sehen lassen wollten.
Dabei ist festzuhalten: "Die sogenannte 'Österreichische Nation' ist aus Moskau gekommen. Gierig hat man in Wien nach der - zur Schwächung Deutschlands - in der Moskauer Deklaration 1943 von den Alliierten aufgestellten Zwecklüge gegriffen, Österreich sei 'das erste von Hitler überfallene freie Land' gewesen. Einen sehnlicher herbeigeführten und einen angenehmeren Überfall - im Blumenmeer, in Freudentränen - hat es in der Weltgeschichte nicht gegeben." (Peter Meier-Bergfeld: "In den Nischen des Vergessens", Rhein. Merkur Nr. 11 v. 11.3.88, S. 3).
4. Das betraf auch die "Kulturträger". Man sehe ein das Buch von Klaus Amann: "Der Anschluß österreichischer Schriftsteller an das Dritte Reich. Institutionelle und bewußtseinsgeschichtliche Aspekte." Athenäum Verlag Frankfurt/M. 1988.
Eine Besprechung in der FAZ spricht von präsentierten "Tatsachen von hohem Unappetitlichkeitsgrad" (v. 4.7.88). Wenn P. Groppe im folgenden die geschichtlichen und situativen Zusammenhänge darstellt und das beschämend naiv-irrige Verhalten der österreichischen Bischöfe nicht verschweigt, so mit dem Ziel, uns zu bestärken in dem Vorsatz, nicht vordergründigen Zwecken und Vorteilen, Mehrheitsmeinungen und trügerischen "Begeisterungen" zu folgen. Auch nicht der Taktik vorteilhaften "Vergessens", feiger Verdrängung, ja heuchlerischer Fremdbeschuldigung oder entlastender Geschichtsklitterungen.
Nur allseitige Wahrhaftigkeit und verständnisvolle Anständigkeit sowie Demut, verbunden mit Bereitschaft, das Richtige auch um den Preis von Nachteilen zu tun und zu wollen, sollten uns bestimmen. Das, was hier 1988 zu sagen man sich von kirchlicher Seite erhofft hat, wurde von dem hochbetagten jüdischen Arzt und Psychologen Viktor Frankl, ehemaliger KZ-Häftling von Auschwitz, am 10. März auf einer Kundgebung vor dem Wiener Rathaus auf seine bewegende Weise vorgetragen.
5. Frankl, der während des NS-Regimes seine gesamte Familie verlor und selber nur wie durch ein Wunder überlebte, sagte:
"Ich bitte Sie, von mir kein Wort des Hasses zu erwarten."
Die Österreicher kollektiv schuldig zu sprechen, sei "ein Verbrechen und ein Wahnsinn", denn es gebe keine Kollektivschuld. Wer an der Kollektivschuld festhalte, treibe die Jugend in die Arme der alten und jungen Nazis.
Auf die Rassenideologie eingehend, meinte Frankl, es gebe in Wirklichkeit nur zwei Rassen auf der Welt - die der anständigen und die der unanständigen Menschen. Diese Teilung gehe durch alle Völker, durch alle Parteien und alle Gruppen mitten hindurch.
Er habe während seiner KZ-Haft auch unter den SS-Bewachungsmannschaften Menschen getroffen, die sich einen Funken Humanität und Anstand bewahrt hatten - und umgekehrt habe es auch unter den Häftlingen üble Erscheinungen gegeben. Jene Regime seien gefährlich und müßten bekämpft werden, die bewußt die Unanständigen an die Spitze und an die Macht brächten. Frankls Ansprache enthielt auch den Satz: "Ich wage die Behauptung, daß jedes Volk holocaustfähig ist." ("Die Welt" vom 12.3.88).
Mit solcher Gewissensunruhe sehr persönlicher Art sollte jeder in Deutschland und Österreich an 1938, die damals Lebenden und Handelnden, und an uns heute, 1988 wachsam und ehrlich denken.
Ein Ordnungs- und Machtkalkül, das den unbedingten Forderungscharakter ethischer Verpflichtungen (z.B.: Besser ist es, Unrecht leiden als Unrecht tun) vermissen läßt, darf nach den fürchterlichen Tragödien und Desastern dieses "Jahrhunderts der Ideologien" nicht mehr vertreten werden ohne Scham vor den Opfern und den Märtyrern. Deshalb hat es bestürzt, daß ein

katholischer Universitätspräsident im Zusammenhang mit der bluttriefenden, atheistisch-leninistischen Sowjetunion heute (26.3.88) u.a. publizieren konnte:
"selbst ein totalitäres Regime ist besser als überhaupt gar keine politische Ordnung" und von einem "geordneten Unrechtsstaat" in diesem Zusammenhang als kleinerem Übel gegenüber einem sich auflösenden russischen Reich redet (DT Nr. 36, S. 6).
Man sieht, wie sehr wir nötig haben, an beschämendes Versagen uns zu erinnern. Nur wer das nicht verdrängt, kann vielleicht vor solch makabren Fehlmeinungen und ihren evtl. Folgen sich schützen.
Immer wieder erliegen Menschen der Versuchung, geschichtliche Ereignisse aus dem Nachhinein zu beurteilen. Sehr häufig kennen sie aber weder die oft entscheidenden Einzelheiten, noch Umstände und Vorgeschichte. Dies trifft zweifelsohne auch auf den sog. "Anschluß" zu, die "Heimkehr Österreichs ins Reich".

I

Am Abend des 13. März 1938 unterzeichnete Hitler in Linz das "Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich". Wenngleich viele Österreicher dies heute gern verdrängen möchten - nicht wenige halten Hitler für einen Deutschen und Beethoven für einen Österreicher - so steht doch historisch eindeutig fest, daß die überwältigende Mehrheit der damaligen Österreicher den Einmarsch der deutschen Truppen begeistert feierten. Und als Hitler vor Hunderttausenden auf dem Wiener Heldenplatz vom Balkon der Hofburg verkündete: "Als der Führer und Kanzler der deutschen Nation melde ich vor der Geschichte nunmehr den Eintritt meiner Heimat in das Deutsche Reich", wollte der Jubel kein Ende nehmen.
Schon vor Jahren schrieb der schweizer Komponist Rolf Liebermann in seiner Autobiographie "Die Oper und ich":
"Bei der Bekanntgabe des Anschlusses befand ich mich gerade in Österreich. Ich habe den Abend des Einmarsches am Fenster einer Wiener Wohnung miterlebt, ganz in der Nähe des Rathauses, wo Hitler auf dem Balkon erschien. Er wurde mit geradezu hysterischem Jubel empfangen. Die Wiener sollen doch heute niemandem weismachen wollen, sie hätten sich verzweifelt gewehrt! Aus jedem Fenster hingen Hakenkreuzfahnen; glückstrunkene Weiber zerrissen sich im Gedränge die Kleider. Man hatte den Eindruck, ein langersehnter Augenblick sei endlich gekommen."
Wie war so etwas möglich? 1938 war es gerade erst 20 Jahre her, daß das große Habsburger Reich zerbrochen war und Österreich zu einem bedeutungslosen Rumpfstaat verstümmelt wurde. Das Land war politisch zerrissen. Der stärksten Partei, den Sozialdemokraten, standen die Christlichsozialen und verschiedene nationale Gruppen gegenüber. In Wien wählten zwei Drittel der Bevölkerung rot, aber das Hinterland war schwarz. Christlichsoziale und Nationale mußten sich verbünden, um ein Gegengewicht gegen die Sozialdemokraten zu bilden, die einen starken marxistischen Flügel hatten. Die überwältigende Mehrheit des Volkes wollte sich Deutschland anschließen.
Nach dem Zusammenbruch der Donaumonarchie hieß das Land zunächst Deutsch-Österreich, bis die Siegermächte diesen Namen und vor allem jede Vereinigung mit Deutschland untersagten. Das Land lebte ständig am Rand des wirtschaftlichen Zusammenbruchs. Niemand gab ihm eine reale Existenzchance. Was lag da näher als der Anschluß an den großen Bruder im Norden, der lediglich durch die Willkür der Sieger verwehrt wurde? Von den rund 6,5 Millionen Einwohnern Österreichs im Jahr 1932 waren 430.000 arbeitslos. Der Ruf nach radikalen Lösungen wurde immer lauter.
Als der Christlichsoziale Dollfuß 1932 Kanzler wurde, hatte er einen Zweifrontenkrieg gegen Marxisten und die Nazis zu führen, die immer mehr Stimmen bekamen. Letztere sahen ihre Stunde gekommen, als ihr Landsmann Hitler 1933 in Deutschland an die Macht kam. Im Juni 1933 verbot Dollfuß die NSDAP. Hierbei wurde er zunächst von Mussolini unterstützt, der

hierfür die völlige Ausschaltung der Marxisten verlangte. Im Februar 1934 kam es mit ihnen zu erbitterten Kämpfen, die für die Besiegten mit Standgerichten und Todesurteilen endeten. Am 1. Mai 1934 setzte Dollfuß per Dekret eine neue Verfassung in Kraft, die aus Österreich einen Ständestaat machte. Drei Monate später wurde Dollfuß von den Nazis ermordet.
Ihm folgte Schuschnigg, der die Politik seines Vorgängers fortsetzte. Anstelle von Parteien gab es nur noch die Nationale Front. Die praktische Aufhebung der Demokratie und die wirtschaftliche Not ließen den Wunsch nach dem Anschluß immer lauter werden. Als Hitler und Mussolini sich annäherten, wurde die Lage für Schuschnigg überaus schwierig. 1936 mußte er mit Hitler einen Nichteinmischungspakt schließen, der den Nazis wesentliche Vorteile brachte.
Zudem hatte Hitler nunmehr große Erfolge aufzuweisen: Die widerstandslose Besetzung des Rheinlandes, die Rückkehr des Saargebietes, die Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht und nicht zuletzt die Olympischen Spiele von 1936 trugen ihm die Bewunderung eines großen Teils der Welt ein -, auch wenn dies heute gern verschwiegen wird. Die österreichischen Nazis bekamen mächtigen Auftrieb und im März 1938 kam es unter massivem Druck Hitlers zum Anschluß, nachdem Schuschnigg von allen verlassen worden war.

II

Zumindest die "Freunde" der Kirche wissen mit dem "Anschluß" das "Heil Hitler!" Kardinal Innitzers zu verbinden. Als sein Nachfolger, Kardinal König, 1976 mit einer Delegation österreichischer Priester Jerusalem besuchte, wurde ihm beim Besuch von Yad Vashem, dem größten Dokumentationszentrum der Judenverfolgung, der unglückselige Brief Innitzers an Gauleiter Bürckel präsentiert. Von der jahrelangen Hilfe desselben Kardinals für die verfolgten Juden wußte man in Jerusalem scheinbar nichts.
Schon lange vor der Machtergreifung Hitlers gab es zwischen der Ideologie der Nazis und der christlichen Lehre unüberbrückbare Gegensätze, vor allem in der Rassenfrage. 1932 hatten sämtliche deutschen Ordinariate die Zugehörigkeit zur Partei für unerlaubt erklärt. Nach Hitlers sensationeller Regierungserklärung vom 23. März 1933, in der er die beiden christlichen Konfessionen als wichtigste Faktoren der Erhaltung unseres Volkstums bezeichnet hatte, deren Rechte nicht angetastet werden sollten, nahmen die deutschen Bischöfe - aus heutiger Sicht vielleicht ein wenig zu schnell - ihre Warnungen weitgehend zurück, wenngleich sie erhebliche Vorbehalte machten.
Sehr bald setzte sich Hitler über wichtige Vereinbarungen des Konkordats hinweg, bis es zum regelrechten Kirchenkampf kam. Nicht zuletzt wurde die katholische Presse geknebelt und schließlich ganz unterdrückt. Die durch das Konkordat rechtlich verankerten katholischen Schulen wurden aufgehoben, die Devisen- und Sittlichkeitsprozesse sollten das Ansehen der Kirche völlig untergraben. Nach vergeblichen Protesten gegen die Unrechtsmaßnahmen erschien im März 1937 die Enzyklika "Mit brennender Sorge", die eine massive Anklage des Regimes war. Natürlich wußten auch die österreichischen Bischöfe um die Vorgänge im Reich. Erst im November 1937 richteten sie eine Solidaritätsadresse an ihre deutschen Amtsbrüder. In ihr heißt es u.a.:
"Wir österreichischen Bischöfe fühlen uns gedrängt, innigste Anteilnahme auszusprechen und zu sagen, wie sehr uns das berührt, was im Deutschen Reiche vor sich geht, wo der Staat in voller Anwendung seiner Gewalt ... planmäßig und unaufhaltsam bis zum äußersten geht, um die christliche Religion, besonders aber die katholische Kirche in diesem Reiche auszuschalten und zurückzudrängen ... Wir nehmen aber darum auch innigeren Anteil an euren Schicksalen, weil viele bemüht sind, solche Verhältnisse, wie sie sich bei euch herausgebildet haben, auch in unserem Staate erstehen zu lassen und der Gottlosigkeit zum Siege zu verhelfen ..."
Um so unbegreiflicher war die "Feierliche Erklärung" vom 18. März 1938:
"Aus innerster Überzeugung und mit freiem Willen erklären wir unterzeichneten Bischöfe der

österreichischen Kirchenprovinz anläßlich der großen geschichtlichen Geschehnisse in Deutsch-Österreich:
Wir erkennen freudig an, daß die nationalsozialistische Bewegung auf dem Gebiet des völkischen und wirtschaftlichen Aufbaues sowie der Sozialpolitik für das Deutsche Reich und Volk und namentlich für die ärmsten Schichten des Volkes Hervorragendes geleistet hat und leistet. Wir sind auch der Überzeugung, daß durch das Wirken der nationalsozialistischen Bewegung die Gefahr des alles zerstörenden Bolschewismus abgewehrt wurde.
Die Bischöfe begleiten dieses Wirken für die Zukunft mit ihren besten Segenswünschen und werden auch die Gläubigen in diesem Sinne ermahnen. Am Tage der Volksabstimmung ist für uns Bischöfe selbstverständlich nationale Pflicht, uns als Deutsche zum Deutschen Reich zu bekennen, und wir erwarten auch von allen gläubigen Christen, daß sie wissen, was sie ihrem Volke schuldig sind."
Dieser Erklärung war am 12. März ein noch emphatischeres Telegramm des Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrates an Hitler vorausgegangen. Aber auch der sozialistische Staatskanzler der Ersten Republik, Karl Renner, der nach dem Zweiten Weltkrieg österreichischer Bundespräsident wurde, bekannte sich 1938 zum Anschluß an das Deutsche Reich und versicherte, er werde mit Ja stimmen.
Hätten sich die Bischöfe auf das Bekenntnis zu Deutschland beschränkt, hätte dies wohl kaum Widerspruch erregt. Die überwältigende Mehrheit des Volkes wollte die Vereinigung mit Deutschland. Nach Renner gaben zwei Drittel des Volkes Hitler den Vorrang vor Schuschnigg. Nach ihm war die Arbeiterschaft nicht für einen Widerstand gegen die nationalsozialistische Arbeiterpartei zu gewinnen.
Unglückseligerweise unterschrieb Kardinal Innitzer seinen Begleitbrief an Gauleiter Bürckel noch mit "Heil Hitler!"
Die "Feierliche Erklärung" und Innitzers "Heil Hitler!" schlugen wie eine Bombe ein. Zahlreiche Katholiken waren schockiert und empört. Der Kardinal erhielt eine Reihe von Briefen, in denen er aufgefordert wurde, sein öffentliches Ärgernis gutzumachen, bzw. sein Amt niederzulegen.
Besonders eindrucksvoll scheint uns der Brief eines deutschen Dorfpfarrers zu sein, dessen Weitblick den der österreichischen Bischöfe weit überragt.
Wenigermünchen, 2. Juni 1938
P. Unterschweinbach
Ehrwürdige Eminenz!
Ich bitte zu entschuldigen, daß ich als alter Pfarrer (es) wage, zu Ew. Eminenz zu reden. Aber ich fürchte, daß viele Seelen zugrunde gehen, wenn die Hirten schlafen.
Ew. Eminenz hat gehofft, das österreichische Konkordat zu retten, indem Sie gegen Ihre innere Überzeugung den Feinden des Christentums geschmeichelt und sie als Retter begrüßt haben. In allen Dörfern wurde bei uns die Erklärung Ew. Eminenz und der übrigen österreichischen Bischöfe durch Lautsprecherwägen ausgeschrien - in der Absicht, unsere deutschen Bischöfe und alle, die in Treue zu ihnen halten, zu Störenfrieden zu stempeln.
In der Tat aber hat die Regierung nicht einmal das deutsche Konkordat gehalten, das sie selber feierlich mit dem Papst geschlossen hat, wie viel weniger wird sie das österreichische Konkordat halten, das sie nicht geschlossen hat und das der Kirche viel mehr Rechte gibt?
Ehrwürdige Eminenz haben selber schon die Erfahrung gemacht, daß die Regierung die katholischen Vereine unterdrückt, die katholische Presse knebelt, die katholische Caritas auf Schritt und Tritt hemmt, den Besuch des Eucharistischen Kongresses (in Budapest, eigene Anmerkung) verhindert hat.
Nachfolgen wird auch bei Ihnen bald die Aufhebung der konfessionellen Schule, die Entfernung der Klosterfrauen von allen Unterrichtsanstalten - natürlich ohne Pension, die Entfer-

nung der Barmherzigen Schwestern aus den Krankenhäusern, sobald genug braune Schwestern vorhanden sind.
Die Klöster sowie die Anstalten der katholischen Caritas werden durch eine ungeheuerliche Steuerlast unterdrückt, so daß sie nicht mehr bestehen können; die ganze Lehrerbildung wird in ungläubigem Geist umgestaltet.
Bei den SS (Schutzstaffeln) sind wohl so ziemlich alle Offiziere und Schulungsleiter bereits aus der Kirche ausgetreten und in manchen SS-Lagern alle oder so gut wie alle SS-Leute. Selbst ihre Frauen haben manche derselben bereits zum Austritt aus der Kirche veranlaßt. Und darum sind die SS die Vertrauensleute der Regierung und soll aus ihnen ausschließlich die Gendarmerie ergänzt werden.
Daß die Privatschulen der Ordensleute, insbesondere die Gymnasien der Benediktiner aufgehoben werden sollen, zum Teil schon aufgehoben worden sind, daß an manchen Orten, wo ein bischöfliches Knabenseminar besteht, kein Gymnasium mehr sein darf; daß gegen Priester und Ordensleute alle möglichen - unwahren oder übertriebenen - Anschuldigungen in Zeitungen und Radio gemacht werden dürfen, aber die Gegenerklärungen der Bischöfe nicht veröffentlicht werden dürfen; daß in Deutschland alle Druckereien, welche die päpstliche Enzyklika über die Zustände in Deutschland ("Mit brennender Sorge", eigene Anmerkung) gedruckt haben, geschlossen und ohne Entschädigung beschlagnahmt worden sind; daß durch gerichtliches Urteil einer Mutter, deren Ehe aus Verschulden des Mannes gerichtlich geschieden worden war, das Erziehungsrecht über ihre Kinder bloß deswegen entzogen worden ist, weil sie ihre Kinder in eine klösterliche Anstalt zur Erziehung geben wollte - ich meine, daß alle diese Tatsachen jedem, der guten Willens ist, die Augen öffnen müssen.
Als ich die Erklärung der österreichischen Bischöfe las, hielt ich sie zuerst für eine faustdicke Fälschung, deren Unwahrheit man mit Händen greifen könne. Als mir aber die Echtheit bestätigt wurde, ging ich gleich in die nächste Kirche, um für die österreichischen Bischöfe zu beten.
Es ist vielleicht gut, daß ich nicht der Beichtvater Ew. Eminenz bin - ich hätte Ew. Eminenz wohl die Absolution verweigert, bis Sie durch irgendeinen Hirtenbrief oder irgendeine Erklärung das gegebene Ärgernis wenigstens einigermaßen gutzumachen begonnen hätten.
Gott sei Dank! Die deutschen Bischöfe sind einig und treu und haben alle Gefahren und Opfer auf sich genommen, um ihre Herde zu retten. Welches Schauspiel aber für die ganze Welt, wenn sich die österreichischen Bischöfe nicht bloß unter die Gewalt beugen, sondern sogar für die Christusfeinde agitieren und den deutschen Bischöfen, ja sogar dem Papst in den Rücken fallen! Wie soll ein Reich bestehen können, wenn es unter sich uneins ist?
Vor aller Welt steht Ew. Eminenz an der Spitze des nationalsozialistischen Klerus; darum ist es auch nach meiner Überzeugung Ew. Eminenz Pflicht, den ersten Schritt zu tun und das gegebene Ärgernis gutzumachen.
Ehrwürdige Eminenz! Ich weiß wohl, daß wenn mein Brief auf der Post geöffnet wird oder sonst einem Vertreter des Staates in die Hände fällt, ich damit zu rechnen habe, daß ich nicht bloß meine Stelle und meinen Gehalt verliere, sondern auch lebenslängliche Haft oder den Tod zu erwarten habe; aber ich kann mein Leben nicht besser enden, als wenn ich für meinen Glauben Zeugnis ablege. Möge, wenn solches geschieht, es den österreichischen Bischöfen und dem katholischen Volke zum Heile sein!
Ehrwürdige Eminenz ergebenster Viktor Keller, Pfarrer
Sehr viel schärfer ist der Brief eines ehemaligen Offiziers, der aus der Emigration in Budapest am 8. April 1938 geschrieben wurde. Man darf hierbei freilich nicht übersehen, daß die Ehre bei Offizieren von altem Schrot und Korn eine hervorragende Rolle spielte. Wir zitieren einige Passagen dieses Schreibens (Unterstreichungen im Original):
"Eure Eminenz!

... Es ist ein Gipfel der Würdelosigkeit, wenn Sie, Eminenz, der sich früher nie genug als prononcierter Anhänger und Verfechter der Dollfuß- und Schuschnigg-Prinzipien hervortun konnten und bei keinem offiziellen Anlaß des vaterländischen Österreich fehlten, nunmehr ungebeten und ungerufen dem Hitler einen Besuch im Hotel abstatteten! Nicht genug an dem, haben Sie, Eminenz, die katholische Bevölkerung Österreichs irregeführt und total verwirrt, indem Sie jene schmachvollen Proklamationen und Enunziationen vom Stapel ließen, die vor Hitler und der braunen Barbarei, die den Katholizismus aufs schwerste bekämpft, den Kotau machten ...
Wie Sie es, Eminenz, als Katholik und katholischer Erzbischof vor Gott und Ihrem Gewissen vereinbaren werden, ist und bleibt Ihre Privatsache. Sie sind aber nicht als Privatmann aufgetreten, sondern als der oberste Seelenhirt der österreichischen Katholiken und als dieser haben Sie sich schändlich, feige, unwürdig benommen ...
Sie haben aber nicht nur den Katholizismus und die Katholiken verraten, Sie haben außerdem Ihr Vaterland schändlich verraten!
Sie haben kein Recht mehr, den Kardinalspurpur in Ehren zu tragen, denn Sie haben ihn besudelt vor Gott und der Menschheit! ..."
Wenn man allerdings die Erklärungen der katholischen Bischöfe auf dem Hintergrund der gleichzeitigen Verlautbarungen anderer Autoritäten zum gleichen Anlaß betrachtet, wird man die Äußerungen der katholischen Bischöfe zwar nicht entschuldigen, aber doch milder beurteilen.
So richtete der Präsident des Evangelischen Oberkirchenrates, Robert Kauer, bereits am 12. März ein emphatisches Begrüßungstelegramm an Hitler:
"Im Namen der mehr als 330.000 evangelischen Deutschen in Österreich begrüße ich Sie auf österreichischem Boden. Nach einer Unterdrückung, die die schrecklichsten Zeiten der Gegenreformation wieder aufleben ließ, kommen Sie als Retter aus fünfjähriger schwerster Not aller Deutschen hier ohne Unterschied des Glaubens. Gott segne Ihren Weg durch dieses deutsche Land, Ihre Heimat!"
Und der erste sozialistische Staatskanzler der Ersten Republik und erste Bundespräsident der Zweiten Republik, Karl Renner, äußerte sich folgendermaßen zur Abstimmung über den "Anschluß":
"Ich müßte meine ganze Vergangenheit als theoretischer Vorkämpfer des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen wie als deutsch-österreichischer Staatsmann verleugnen, wenn ich die große geschichtliche Tat des Wiederzusammenschlusses der deutschen Nationen nicht freudigen Herzens begrüßte ... Als Sozialdemokrat und somit als Verfechter des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen, als erster Kanzler der Republik Deutsch-Österreich und als gewesener Präsident ihrer Friedensdelegation zu St. Germain werde ich mit Ja stimmen."
Renner wollte sogar im Rundfunk für den "Anschluß" werben, aber das empfanden selbst die Nazis als zu starken Tobak.
Die Nazis ließen es sich natürlich nicht entgehen, die Erklärung der Bischöfe und das Schreiben Kardinal Innitzers propagandistisch auszuschlachten. Wie im "Völkischen Beobachter", dem Zentralorgan der NSDAP, füllten sie damit die ganze 1. Seite der gelenkten Tagespresse. Die Schlagzeilen der Tageszeitungen vom 28. März 1938 verkündeten voller Stolz:
"Bekenntnis der österreichischen Bischöfe zum Deutschen Reich - Freudige Anerkennung der Leistungen der nationalsozialistischen Bewegung."

III

Die Reaktionen auf diese Vorgänge, besonders aus dem Ausland, waren überaus heftig. Aber entweder nahm sie der Kardinal nicht zur Kenntnis oder er glaubte, richtig gehandelt zu haben.
Hierin könnten ihn einige Schreiben bestärkt haben, die ihn in jenen Tagen erreichten. So

schrieb ihm die "Arbeitsgemeinschaft für den religiösen Frieden" (dazu gehörten u.a. Pius Parsch von Kloster Neuburg und Dr. Anton Böhm, ehedem Chefredakteur des Rheinischen Merkur) - die an die Vereinigung Pacem in terris in einigen Ostblockländern erinnert -:
"Eure Eminenz haben in geschichtlicher Stunde eine Tat gesetzt, die bestimmt ist, eine Wende in der Stellung der Kirche zu den weltbewegenden Problemen dieser Zeit im glücklichsten Sinn herbeizuführen. Wir bitten Euere Eminenz, zu dieser Tat zu stehen und sich durch nichts an dieser Haltung wankend machen zu lassen ...
Mit mindestens demselben Recht, mit dem die französischen Katholiken sich mit der Regierung des Gottesleugners Leon Blum gutstellen dürfen, können die österreichischen Katholiken einen tiefgläubigen Katholiken Adolf Hitler unterstützen, der durch Taten christlicher Barmherzigkeit mehr Menschen mit Gott versöhnt hat, als in Frankreich mit Streik und Klassenhaß dem Satan in die Hände getrieben werden."
Zwei deutsche Adlige mit berühmten Namen mögen den Kardinal noch mehr bestärkt haben, richtig gehandelt zu haben. PG und SA-Obersturmbannführer Fürst von Fürstenberg, Donaueschingen, sandte ihm ein Danktelegramm und Dr. Graf Georg Henckel von Donnersmarck schickte ihm am 30. März 1938 aus Graubschütz, Kr. Namslau, folgendes Schreiben:
"Euer Eminenz! Hochwürdigster Herr Kardinal!
Die aufrichtige Freude und tiefe Dankbarkeit, mit der Euer Eminenz eindeutiges und klares Bekenntnis zu unserem Führer ungezählte katholische Deutsche erfüllt, veranlaßt mich, Euer Eminenz den Ausdruck dieser Gefühle in wenigen Worten ehrfürchtig zu übermitteln und daran die Bitte zu knüpfen auch meinen persönlichen tiefstempfundenen Dank entgegennehmen zu wollen.
In vollkommenster Hochachtung zeichne ich mit Heil Hitler als Euer Eminenz aufrichtig ergebener
Dr. Graf Georg Henckel v. Donnersmarck"
In unbegreiflicher politischer Naivität versicherte er in einem zweiten Brief an Gauleiter Bürckel, den "Beauftragten des Führers für die Volksabstimmung", vom 1. April 1938, die "Feierliche Erklärung" der österreichischen Bischöfe sei keine Geste gewesen, sondern "ein allein der Stimme unseres gemeinsamen deutschen Blutes entsprungenes Bekenntnis ..." Und wieder schloß er mit "Heil Hitler!"
Selbstverständlich veröffentlichten die Nazis sofort dieses instinktlose Schreiben, das den Kardinal, mehr noch als die "Feierliche Erklärung", in den Augen vieler zum "Nazibischof" abstempelte. Das Maß war übervoll.
Der "Osservatore Romano" schrieb am 25. März 1938 einen Artikel über die österreichischen Ereignisse, der in dem Satz gipfelte:
"Die unerhörte Behauptung, der nun erfolgte Anschluß sei nichts anderes als die Verwirklichung eines von der Vorsehung beschlossenen Planes, muß als krasse Blasphemie zurückgewiesen werden."
Und in der Ausgabe vom 1. April betonte er, die Kundgebung der österreichischen Bischöfe sei ohne jede vorherige Verständigung mit dem Vatikan und ohne seine nachträgliche Billigung erschienen. Am selben Tag brachte Radio Vatikan eine Sendung, die sich mit dem "falschen politischen Katholizismus" befaßte. In ihr wurde die "übergroße Vorsicht und Taktik aus schwächlicher Anpassung" gerügt, die zweifelsohne "im Lauf der Geschichte der Ehre und dem Ansehen der Kirche und gerade dadurch auch der Seelsorge oft schwersten Schaden gebracht hat." Diese Verlautbarung ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Es war klar, wer gemeint war.
Kurz darauf wurde Kardinal Innitzer nach Rom zitiert. Pius XI. empfing ihn sehr ungnädig. Mein Aschaffenburger Religionslehrer, ein frühes Opfer der Nazis, wurde unmittelbar nach Innitzer von Pius XI. in Privataudienz empfangen - damals für einen einfachen Priester höchst

ungewöhnlich. Er erzählte uns später, der Kardinal sei tränenüberströmt aus dem Zimmer gekommen.
Die "Feierliche Erklärung" der österreichischen Bischöfe zur Volksabstimmung wurde am Sonntag, dem 27. März 1938, von allen Kanzeln Österreichs verlesen, wie die Zeitungen triumphierend berichteten. Der "Völkische Beobachter" betonte in seiner Sprachregelung vom 28. März, die von allen Zeitungen übernommen wurde:
"Mit Freude und aufrichtiger Genugtuung nimmt das ganze deutsche Volk von dieser Erklärung Kenntnis. Sie beweist, daß in dieser für das ganze Deutsche Volk und seine Zukunft so ereignisreichen Zeit auch die katholische Kirche den Weg zum neuen Staat finden will ..."
Bei aller berechtigten Kritik am damaligen Verhalten der österreichischen Bischöfe sollte man allerdings gerade im Zeitalter der Entspannungseuphorie nicht übersehen, daß es zu den vordringlichen Aufgaben der Bischöfe gehört, selbst unter ungünstigen Bedingungen die seelsorgliche Betreuung der Gläubigen zu gewährleisten. Es steht außer Zweifel, daß dies das eigentliche Ziel der Bischöfe war, wenngleich die Mittel nicht zu rechtfertigen waren. Zu Recht erwarten ja die Oberhirten, daß sich die Gläubigen an ihren Worten und ihrer Haltung orientieren, so wie Paulus sagt: "Brüder, nehmt mich zum Vorbild".
Bei Kardinal Innitzer darf man schließlich auch nicht übersehen, daß dieselbe Spontaneität, die ihn anfangs zu bedenklichen Zugeständnissen an die Nazis veranlaßte, ihn zu jahrelanger Hilfe für die verfolgten Juden drängte. In seinem Palais fanden von 1940 bis über das Kriegsende hinaus mehr als 4.000 nichtarische Katholiken seelsorglichen Beistand und materielle Hilfe, die vielen erst das Überleben ermöglichte.
Und seit dem Sturm der Hitlerjugend auf das Erzbischöfliche Palais im Oktober 1938 machte sich der Kardinal keine Illusionen mehr, man könne mit den Nazis noch reden. Er machte künftig auch keinerlei Zugeständnisse mehr, die mit seinem oberhirtlichen Amt nicht vereinbar waren. Das Urteil über ihn wird weiterhin schwanken. Aber wenn er auch beim "Anschluß" der Aufgabe als Kirchenpolitiker nicht gewachsen war, so zeigt doch sein Verhalten als Seelsorger, daß er sich zeitlebens bemühte, seinem Wahlspruch treu zu bleiben:
In Liebe dienen.<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den Anschluß Österreichs (x051/27): >>(Anschluß) ... Am 14.3. verkündete Hitler unter tosendem Jubel auf dem Wiener Heldenplatz "den Eintritt meiner Heimat in das Deutsche Reich". Gleichzeitig trat das "Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich" in Kraft. Österreich, gegliedert in Reichsgaue, hieß nun Ostmark. Die Westmächte ließen es bei papierenen Protesten bewenden.
Es kann kein Zweifel sein, daß bei allen Vorbehalten gegenüber nationalsozialistischen Zahlenangaben das Ergebnis der Volksabstimmung über den Anschluß am 10.4.38 die überwältigende Zustimmung in beiden Ländern spiegelt (offiziell Österreich: 99,75 %, Deutsches Reich: 99,0 %).
Selbst Sozialistenführer Renner begrüßte in klarer Einschätzung der Volksstimmung Hitlers Aktion und stimmte öffentlich mit "Ja", obwohl er die Folgen für die österreichische Sozialdemokratie genau abschätzen konnte.
Der österreichische Episkopat unter Kardinal Innitzer ließ die Kirchen mit Hakenkreuzfahnen schmücken und würdigte "freudig", daß die Nationalsozialisten "auf dem Gebiet des völkischen und wirtschaftlichen Aufbaus ... Hervorragendes geleistet" hätten, ungeachtet der gleich nach dem Anschluß einsetzenden Verfolgung der politischen Gegner und der Juden. Schon Anfang April 38 wurde das KZ Mauthausen errichtet.<<

16.03.1938

Polen: Polen nutzt das "Österreich-Problem" am 16. März 1938 für ein Ultimatum (bis zum 19.03.1938) an Litauen.

Litauen wird mit diesem Ultimatum schließlich zur Anerkennung der umstrittenen "Wilna-Grenze" gezwungen (x041/95).

17.03.1938

UdSSR: Der sowjetische Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Litwinow, fordert die Westmächte am 17. März 1938 während einer Pressekonferenz in Moskau auf, die NS-Aggressionen einzudämmen (x058/361): >>... An erster Stelle richtet sich eine Drohung gegen die Tschechoslowakei, und es droht die Gefahr eines neuen internationalen Konfliktes, der sich bereits in der alarmierenden Situation, die sich an der polnisch-litauischen Grenze entwickelt hat, abzeichnet.

Die gegenwärtige internationale Lage konfrontiert die friedliebenden Völker und im besonderen die Großmächte mit der Frage der Verantwortung für das zukünftige Schicksal der Völker Europas und anderswo. ...

Die Sowjetunion ist für ihren Teil vorbereitet, an gemeinsamen Aktionen teilzunehmen, deren Reichweite in Verbindung mit der Sowjetunion entschieden werden sollte und deren Ziel es sein sollte, die weitere Entwicklung der Aggression zu stoppen und die gewachsene Gefahr eines neuen Welt-Blutbads zu beseitigen.

Die sowjetische Regierung ist darauf vorbereitet, sofort zusammen mit anderen Staaten im Völkerbund oder außerhalb mit der Diskussion praktischer Maßnahmen zu beginnen, nach denen die gegenwärtigen Umstände rufen.

Morgen kann es zu spät sein, aber heute ist die Zeit noch nicht vorüber, wenn alle Staaten und besonders die Großmächte einen festen und unzweideutigen Standpunkt einnehmen, was die Probleme der kollektiven Friedenswahrung betrifft.<<

März 1938

UdSSR: Der französische Botschafter in Moskau schreibt im März 1938 in einem Bericht für die französische Regierung (x149/91): >>Es ist klar, daß die Unternehmungen Hitlers wie Glieder einer Kette ineinandergreifen und daß jedes Glied, indem es sich schließt, ein weiteres erfaßt: Wiederaufrüstung, Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht, Wiederbesetzung des Rheinlandes, Anschluß Österreichs.

Ebenso klar ist es, das die bisherige passive Haltung der Westmächte nur dazu angetan ist, Hitler zu ermutigen, seiner Kette weitere Glieder anzufügen, und daß er, wenn überhaupt, so nicht eher einhalten wird, als bis alle deutschsprachigen Bevölkerungsteile in Europa dem Reich einverleibt sind -, es sei denn, daß ihm der Weg dazu verlegt wird.<<

Jugoslawien: Nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht im März 1938 und dem Anschluß Österreichs wird das NS-Regime unmittelbarer Nachbar der Jugoslawen.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1961 über das Deutschtum in Jugoslawien in den Jahren 1938 bis 1941 (x006/36E-44E): >>Nach der neuen Verfassung und dem Vereinsgesetz vom 19.9.1931 blieben Parteien, die die Interessen einer einzelnen nationalen Gruppe vertraten, weiterhin verboten und damit auch die "Partei der Deutschen". Um jedoch die Interessen der deutschen Minderheit auf parlamentarisch-politischem Wege vertreten zu können, schlossen sich die Deutschen der Regierungspartei an, die in weiteren Wahlen einem deutschen Kandidaten einen Wahlkreis überließ.

Der endgültige Anschluß an die neugegründete Regierungspartei, die "Radikale Gemeinschaft" des Ministerpräsidenten Stojadinović, wurde Anfang 1936 vollzogen. Auf der in Neusatz tagenden konstituierenden Versammlung des Banschaftsrates der "Gemeinschaft" wurde daraufhin Dr. Kraft als Repräsentant der deutschen Minderheit in die oberste Parteileitung gewählt. Bis zum Jahre 1938 war es auch jeweils Dr. Kraft, der als Abgeordneter der Regierungspartei die Deutschen vertrat, von 1938 bis 1941 waren es Franz Hamm und Dr. Trischler, während G. Grassl und später Bischof Popp dem Senat angehörten.

Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß nur ein Teil des Deutschtums vorwiegend in der

Woiwodina die Regierungspartei wählte und wählen konnte. Schwieriger war die Lage schon in Kroatien-Slawonien. Hier hatte die deutsche Bevölkerung wie das Gros der Kroaten bis 1931 fast ausschließlich die "Kroatische Bauernpartei" und in Slowenien (Gottschee) die katholische "Slowenische Volkspartei" unterstützt.
Abgesehen davon, daß hier die "Partei der Deutschen" in der Zeit ihres Bestehens kaum Anhänger hatte, wäre die Wahl eigener deutscher Kandidaten nicht möglich gewesen, da in den einzelnen Wahlkreisen die slawische Bevölkerung in der Mehrheit war. In der Gottschee besaßen die Deutschen wenigstens die Möglichkeit, demjenigen der beiden Kandidaten die Stimme zu geben, von dem sie am ehesten eine Vertretung ihrer kulturpolitischen und wirtschaftlichen Interessen erhoffen konnten.
Die Königsdiktatur und das spätere, nur bedingt demokratische Regierungssystem konnten zwar die innenpolitischen Schwierigkeiten nicht an der Wurzel beseitigen, zumal zu diesen noch die schweren Folgen der Weltwirtschaftskrise hinzukamen; jedoch ist es ihr zweifellos gelungen, stabilere Verhältnisse innerhalb des jugoslawischen Staates zu schaffen. Nach dem Abflauen der Weltwirtschaftskrise erholte sich auch die jugoslawische Volkswirtschaft und erhielt durch die in den 30er Jahren intensivierten Handelsbeziehungen zum Deutschen Reich einen starken Auftrieb, der fraglos auch der deutschen Bevölkerung unerwartete Vorteile brachte.
Das galt auch insofern, als der wachsende politische und wirtschaftliche Einfluß des nationalsozialistischen Reiches die jugoslawischen Regierungsstellen aus wirtschafts- und außenpolitischen Gründen veranlaßte, auf Beschwerden der deutschen Minderheit einzugehen und ihre Ursachen abzustellen, obwohl es auch weiterhin an Behinderungen durch die subalternen Behörden nicht fehlte. Waren bis jetzt die Zustände im Schulwesen am häufigsten Anlaß zu Beschwerden gewesen, so traten nun, vor allem wieder im slowenischen Gebiet, die Behinderungen der Deutschen beim Bodenerwerb durch die sogenannten Liegenschaftsverordnungen in den Vordergrund.
Ursprünglich vor allem dazu bestimmt, den Bodenerwerb von Personen nichtjugoslawischer Nationalität in den Grenzgebieten zu verhindern, wurden diese in den 30er Jahren zu einer Handhabe entwickelt, die wirtschaftliche Basis der deutschen Minderheit einzuengen, deren Siedlungsgebiet fast ausschließlich im Grenzgebiet lag. Erst nach Jahren gelang es, dank wiederholter Bemühungen der deutschen Abgeordneten, die Aufhebung dieser das Deutschtum diskriminierenden Verordnungen zu erreichen.
Verglichen mit der Situation des Deutschtums in den anderen ost- und südosteuropäischen Staaten, vor allem im benachbarten Ungarn, war jedoch die Lage des Jugoslawiendeutschtums in der zweiten Hälfte der 30er Jahre erträglich, sein Verhältnis zum Staat normalisiert und sein innerer Zusammenhalt gefestigt.
Diese günstige Entwicklung wurde auf das stärkste gefährdet, als mit der Machtübernahme des Nationalsozialismus im Reich nationalsozialistische Ideen auch in die Reihen der Volksdeutschen eindrangen und eine innere Krise in der Volksgruppe auslösten, die alles bisher Erreichte in Frage stellte und die deutsche Bevölkerung in zwei sich aufs heftigste bekämpfende Lager spaltete.
Diese inneren Auseinandersetzungen können indessen nicht ausschließlich unter ideologischen Gesichtspunkten beurteilt werden, sondern mit ihnen bahnte sich zugleich eine Krise der bisherigen, vorwiegend bäuerlich bestimmten Volkstums- und Genossenschaftspolitik überhaupt an.
Außerdem handelte es sich um eine Auseinandersetzung zwischen einer jüngeren Generation, die die Hinwendung zum deutschen Volkstum und zum Reich forderte, und der älteren, die noch in der Doppelmonarchie aufgewachsen und in ihren Traditionen verwurzelt war. So verquickten sich ideologische Probleme mit Fragen des sozialen Einflusses und der Ablösung der

Generationen zu einer großen Auseinandersetzung über die doppelte Loyalität: gegenüber Staat und Volkstum.
Bis zum I. Weltkrieg hatten die Deutschen in den Gebieten, die ehemals zur ungarischen Reichshälfte gehörten, allenfalls ein Gemeinschaftsbewußtsein entwickelt, das sich auf die Dorfgemeinschaft oder auf verwandtschaftliche und freundschaftliche Beziehungen zu den unmittelbaren Nachbargemeinden bezog. In kleinerem Maße hatte sich ein Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb der einzelnen Siedlungsgebiete ausgebildet.
Das Erscheinen deutscher Truppen auf dem Balkan nach 1916, die Loslösung aus dem bisherigen Staatsverband und die Eingliederung in den neuen Staat, mit dem man kaum etwas gemeinsam hatte, der zudem die deutsche Bevölkerung reserviert oder gar mit Mißtrauen als Parteigänger der verhaßten Madjaren betrachtete, hatte dann eine stärkere Hinwendung zum Deutschtum zur Folge gehabt. Die Beziehungen zum Reich wurden enger, als dieses in seiner Volkstumspolitik auch die deutschen Organisationen in den Siedlungsgebieten Südosteuropas zu fördern begann.
Der stärkere Kontakt, den vor allem die an österreichischen und reichsdeutschen Hochschulen studierende volksdeutsche Jugend mit der gesamtdeutschen Entwicklung fand, brachte sie auch mit der nationalsozialistischen Bewegung in Berührung, deren Schlagworte ihre Wirkung nicht verfehlten. Es war zunächst nur eine kleine Gruppe jüngerer Akademiker, durch die diese Ideen im Deutschtum Jugoslawiens Eingang fanden.
Sie propagierte eine "Erneuerung" des deutschen Volkstums, die sie über die Volkstumsorganisationen des Kulturbundes zu verwirklichen suchte, wogegen die bisherigen Bemühungen der Repräsentanten der deutschen Minderheit radikal verurteilt wurden.
Die Bestrebungen dieser Gruppe, im Kulturbund Einfluß zu gewinnen, stießen indes auf den heftigen Widerstand der Verbandsführung und auf die Opposition des größten Teils der deutschbewußten Bevölkerung, die mit Recht eine Beeinträchtigung des mühsam geschaffenen Vertrauensverhältnisses zwischen der Minderheit und der durch die "Gemeinschaft" des Ministerpräsidenten Stojadinović vertretenen Regierungspolitik befürchtete.
In ihrem Organ, der "Pantschowaer Post" (später "Volksruf"), setzten die "Erneuerer" unter ihrem Wortführer, dem Arzt Dr. Jakob Awender, ihre Kampagne gegen die Volkstumsorganisationen und die bisherige Volkstumsarbeit fort und gewannen unter dem Eindruck der politischen und wirtschaftlichen Erfolge des nationalsozialistischen Deutschlands vor allem in der jüngeren Generation zahlreiche Anhänger. Ihr Ziel war es, eine Volksgruppe zu schaffen, die sich als Vorposten des Reiches fühlen sollte und der auch die im fremden Volkstum aufgegangenen Deutschen zurückgewonnen werden müßten.
Obwohl die Politik der Erneuerer auf großen Widerstand stieß und in manchen Fällen von ihnen unterwanderte Ortsgruppen aus dem Kulturbund ausgeschlossen wurden, verfolgten sie ihre volkstumspolitischen Ziele weiter und bemühten sich in erster Linie um die bisher weniger betreuten deutschen Bevölkerungsschichten und Siedlungsgruppen, vor allem um das Kroatien- und Slawoniendeutschtum.
In dem vom Kulturbund organisatorisch nicht erfaßten slawonischen und kroatischen Gebiet gründete ein Anhänger der Erneuerungsgruppe, Branimir Altgayer, die "Kultur- und Wohlfahrtsvereinigung der Deutschen in Slawonien", die hier zahlreiche Ortsgruppen ins Leben rief. Sie versuchte vor allem, unter dem in großem Maße kroatisierten Streudeutschtum ein deutschvölkisches Bewußtsein zu erwecken, womit sie vielfach auch Erfolg hatte.
Die Initiative der Erneuerungsbewegung und ihre heftige Propaganda gegen die bisherige Volkstumsführung, namentlich gegen Dr. Kraft, bewog den Kulturbund, trotz der ermüdenden und aufreibenden Auseinandersetzungen mit den lokalen und regionalen Behörden seiner Tätigkeit Nachdruck zu verleihen und sie mehr als bisher über das Banat und die Batschka hinaus auszudehnen. Dabei wurde das Ziel nicht aufgegeben, das inzwischen geschaffene Ver-

trauensverhältnis zwischen den Volksgruppenpolitikern der älteren Generation und den verantwortlichen Regierungskreisen um Stojadinović zu erhalten.
Auch im Hinblick darauf sahen sich die Verbandspolitiker des Kulturbundes veranlaßt, die radikalen Ideen der Erneuerer zu bekämpfen, erst recht, als diese in eine engere Gemeinschaft mit der in Opposition zu der Regierung stehenden faschistischen "Zbor-Bewegung" Ljotićs traten.
Seit der Spaltung des Deutschtums in zwei Lager war eine geschlossene Politik der Volksgruppe nicht mehr möglich, so daß es Dr. Neuner im "Deutschen Volksblatt" beklagen konnte, wie sehr die Volksgruppe durch die "innervölkischen Auseinandersetzungen" im Hinblick auf ihr politisches Gewicht "für jede andere Gruppe an Wert" verliere. Wenn sich die reichsdeutschen Stellen in dieser Auseinandersetzung zwischen den bisherigen Führern der jugoslawiendeutschen Volksgruppe und den "Erneuerern" zurückhielten, so wird dies auf Rücksichten gegenüber der Politik der Regierung Stojadinović beruht haben.
Diese nahm in wirtschaftlichen und politischen Fragen eine von der bisherigen jugoslawischen Außenpolitik abweichende Haltung ein und begann, sich aus dem unter französischem Einfluß stehenden Mächteblock zu lösen und Deutschland zu nähern, ein Versuch, der ihr zahlreiche innenpolitische Gegner schuf.
Um nicht durch eine offizielle Förderung der offensichtlich zum Nationalsozialismus neigenden Erneuerungsbewegung die Stellung Stojadinovićs noch stärker zu belasten, wurden von Berlin vorerst noch die von Jugoslawien anerkannten deutschen Volkstumsorganisationen unterstützt. Ihre Führer standen aber, je mehr die nationalsozialistische Ideologie sich im Auslandsdeutschtum ausbreitete, auf verlorenem Posten.
Da der fortdauernde Konflikt die ohnehin schwierige Position der Minderheit zusätzlich schwächen mußte, während andererseits unter den Auswirkungen der Entwicklung im Reich die Erneuererbewegung an Boden gewann, bahnte sich seit Beginn des Jahres 1938 ein Ausgleich zwischen den beiden Gruppen an, der 1939 zustande kam.
Ein aus Vertretern der deutschen Volksgruppen in Estland, Lettland, Rumänien und der Tschechoslowakei bestehendes Schiedsgericht entschied, daß die "Erneuerer" ihre vor allem gegen Dr. Kraft erhobenen Beschuldigungen zurücknehmen sollten, wogegen Dr. Kraft der Rücktritt von seinen Ämtern dringend nahegelegt wurde. Dabei gelang es den radikalen Exponenten der Erneuerungsbewegung aber nicht, sich in den Vordergrund zu spielen.
Vielmehr wurde mit Dr. Josef Janko nach monatelangen Verhandlungen ein relativ gemäßigter Vertreter der Erneuerungsbewegung Vorsitzender des Kulturbundes; mit ihm zog eine Reihe gleichgesinnter jüngerer Männer in die leitenden Stellungen der kulturellen und wirtschaftlichen Volkstums-Organisationen ein. Damit war jedoch die in den langen internen Auseinandersetzungen aufgerissene Kluft nicht überbrückt; es rief neue Erbitterung hervor, daß mit dem Vordringen der Erneuerer die ältere Generation aus der Volkstums- und Genossenschaftsarbeit zurückgedrängt wurde.
Das Eindringen nationalsozialistischer Gedanken in den Kulturbund, die Übernahme der Formen reichsdeutscher Organisationen - vor allem in der Jugenderziehung - und die Propagierung einer volksdeutschen Einheitstracht erregten den Widerstand der älteren Generation und nicht zuletzt auch der Kirchen. Die von der Erneuerungsbewegung in die Volksgruppe hineingetragene Spaltung wirkte so auch nach der Beilegung des Konflikts nach, obwohl sich die in leitende Stellen gelangten, immer noch vergleichsweise gemäßigten Vertreter dieser Richtung um die Interessen des gesamten Deutschtums bemühten.
Gleichwohl blieb das Mißtrauen weiter Kreise der deutschen Bevölkerung lebendig, weil die radikalen Vertreter der Erneuerungsbewegung den ihnen vorenthaltenen Einfluß in den Volksgruppenorganisationen mit anderen Mitteln zu gewinnen suchten und dabei offenbar von einzelnen Institutionen im Reich unterstützt wurden.

Diese inneren Vorgänge sind auf dem Hintergrund der sich zuspitzenden außenpolitischen Lage Jugoslawiens zu sehen. Der jugoslawische Staat war seit dem Anschluß Österreichs unmittelbarer Nachbar des nationalsozialistischen Reiches geworden, dessen Anziehungskraft auf die Volksdeutschen wuchs; so kam es im März 1939 zu Anschlußkundgebungen unter den slowenischen Volksdeutschen, vor allem im Abstallerfeld.
Durch den Ausbruch des Krieges wurde Jugoslawien schließlich immer mehr in den Konflikt der kriegführenden Machtblöcke hineingezogen, aus dem es die jugoslawischen Politiker unter Führung des Nachfolgers von Stojadinović, Dragisa Cvetković, zunächst herauszuhalten sich bemühten.
Sie versuchten auch, die innenpolitischen Spannungen auszugleichen. Cvetković unternahm mit dem Ausgleichsversuch des sogenannten "Sporazums" vom 26.8.1939 einen letzten Anlauf, den unerträglich gewordenen serbisch-kroatischen Gegensatz zu mildern, indem er der Banschaft Kroatien weitgehende Selbstverwaltung gewährte (Punkt 2) und gegen den großserbischen Nationalismus die Gleichberechtigung der Kroaten hervorhob.
Die militärischen Erfolge des Dritten Reiches und sein zunehmender Druck auf Jugoslawien brachten die verantwortlichen jugoslawischen Politiker in eine immer schwierigere Situation. Sie mußten versuchen, einerseits auf die im Lande, vor allem unter den Serben, Slowenen und in der Armee vorherrschende proalliierte Stimmung Rücksicht zu nehmen, anderseits außenpolitisch so zu taktieren, daß sie die benachbarten Achsenmächte nicht mißtrauisch machten oder in ihren Sog gerieten.
Das Bestreben Hitlers, von den Balkanstaaten wegen ihrer Bedeutung für die deutsche Kriegswirtschaft jeden militärischen Konflikt fernzuhalten und den italienischen Ambitionen entgegenzuwirken, begünstigte zunächst die Anstrengungen dieser jugoslawischen Politiker., Als Hitler aber den Entschluß faßte, den italienisch-griechischen Konflikt noch vor dem geplanten Rußlandfeldzug militärisch durch deutsche Hilfe zu entscheiden, konnte Jugoslawien die Taktik des Lavierens, nicht mehr fortsetzen.
Jetzt entschloß sich Cvetković, dem Dreimächtepakt beizutreten, ein Entschluß, der die achsenfeindliche Opposition unter General Simović sofort zur Gegenaktion bewog. Cvetković und sein Außenminister Cincar-Marković wurden am Tag ihrer Rückkehr von der Vertragsunterzeichnung verhaftet (27. März 1941).
Die Regierungsgewalt übernahm General Simović, der sich erfolgreich (4. April) darum bemühte, auch die "Kroatische Bauernpartei" unter Macek in sein Kabinett zu ziehen. König Peter wurde für großjährig erklärt und bestieg als Peter II. den Thron. Die Freudenkundgebungen der Bevölkerung Belgrads nach dem Staatsstreich ließen offenbar werden, wie unpopulär die Anlehnung an die Achsenmächte gewesen war.
Die deutsche Minderheit hatte nach dem Kompromiß zwischen den beiden Richtungen eine kurze Atempause relativer Ruhe und des Auf- und Ausbaus ihrer Institutionen erlebt. Dabei war ihr ebenso das von außenpolitischen Rücksichten bestimmte Entgegenkommen der Regierung wie der wirtschaftliche Aufschwung des Landes zugute gekommen. Von dem gesteigerten Export nach Deutschland profitierte auch die leistungsfähige jugoslawiendeutsche Landwirtschaft, deren Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaften sich weiter entwickelten.
In dieser Lage bemühten sich die neuen Funktionäre, durch eine freiwillige Steuer aller Angehörigen der Volksgruppe die notwendige finanzielle Basis für die Unterhaltung ihrer Organisationen zu schaffen, und sie hatten damit einigen Erfolg. Mit dieser Selbsthilfeaktion machte sich die Volksgruppe nicht nur im Lande unabhängiger, sie versuchte damit auch eine selbständigere Position gegenüber den nationalsozialistischen Reichsstellen zu gewinnen. Dies gelang indessen nur bedingt.
Die offiziell mit der Betreuung der deutschen Volksgruppen beauftragten reichsdeutschen Institutionen, wie z.B. das Deutsche Auslands-Institut in Stuttgart, enthielten sich zwar gemäß

den offiziellen außenpolitischen Richtlinien einer allzu starken Beeinflussung des Jugoslawiendeutschtums, wogegen jedoch andere, mit diesen konkurrierende Stellen, vornehmlich der SS, ohne Rücksicht auf die möglichen Folgen für die jugoslawiendeutsche Bevölkerung ihre ideologischen und machtpolitischen Ziele durchzusetzen versuchten.
Unter den durch die Kompromißlösung von 1939 nicht zum Zuge gekommenen radikalen Vertretern der Erneuerungsbewegung fanden sich einige, die sich für diese Aktionen zur Verfügung stellten und durch ihre Tätigkeit das in den vergangenen Jahren geschaffene gute Verhältnis zwischen Staat und deutscher Minderheit in akute Gefahr brachten. In Slowenien war außerdem seit 1939 durch Anschlußkundgebungen des Deutschtums, das sich jahrelang besonders unterdrückt gefühlt hatte, eine besonders heikle Situation heraufbeschworen worden. Vergebens versuchten hier die Volksgruppenführung wie auch die deutschen diplomatischen Vertreter, mäßigend zu wirken.
Nach dem Militärputsch vom März 1941 entstand eine neue Lage. Die durch den Staatsstreich ausgelösten nationalen Ressentiments wirkten sich schon hier und da gegen die Deutschen aus. Bereits während der Kundgebungen am 27. März 1941 war es in Belgrad zu Zwischenfällen gekommen, von denen Deutsche und reichsdeutsche Institutionen, z.B. das deutsche Reisebüro, betroffen wurden. In den folgenden Tagen ereigneten sich vereinzelt ähnliche Aktionen in den deutschen Siedlungsgebieten, indessen kann man nicht von einem systematischen Vorgehen gegen die deutsche Volksgruppe sprechen.
Auch die neue Regierung Simović bemühte sich darum, vor einer Festigung des Regimes weitere Reibungen zu vermeiden und dem Reich zu einem gewaltsamen Vorgehen gegen Jugoslawien keinen Anlaß zu geben. Um die deutsche Minderheit in diesem Konflikt nicht noch mehr zu exponieren, schränkte die Volksgruppenführung die volkspolitische Tätigkeit ein, damit sie in dem von nationalen Leidenschaften aufgewühlten Land von sich aus keine Handhabe zum Vorgehen gegen die deutsche Bevölkerung bot. Die seit den letzten Märztagen schwelende Unruhe konnte sie indessen nicht mehr eindämmen.<<

10.04.1938

NS-Regime, Österreich: Der Anschluß Österreichs wird am 10. April 1938 durch Volksabstimmungen bestätigt. 99,73 % der Österreicher und 99,08 % der Deutschen sind für den Anschluß und stimmen mit "Ja" (x032/438).

11.04.1938

Großbritannien: Winston Churchill erklärt nach dem Anschluß Österreichs (x256/150): >>Europa sieht sich vor einem Angriffsplan, der sorgfältig ausgedacht und zeitlich berechnet ist und sich von Stufe zu Stufe entwickelt, und es steht nur eine einzige Wahl offen, nicht nur für uns, sondern auch für andere Länder: sich entweder wie Österreich zu unterwerfen oder wirksame Maßnahmen zu treffen, solange noch Zeit ist, die Gefahr abzuwenden.
Wenn wir weiterhin die Ereignisse abwarten – wie viele unserer Hilfsmittel werden wir uns verscherzen, wie viele Freunde werden sich uns entfremden, wie viele mögliche Verbündete werden wir einen nach dem anderen im grauenhaften Abgrund verschwinden sehen.
Wie oft noch wird der Bluff Erfolg haben, bis die hinter dem Bluff unablässig zunehmenden Kräfte sich zur Wirklichkeit zusammengeballt haben?<<

26.04.1938

NS-Regime: Die Juden müssen seit dem 26. April 1938 ihr Vermögen (Besitz über 5.000 Reichsmark) angeben.
Die systematische Ausplünderung der deutschen Juden beginnt (x032/441): >>... Der Beauftragte für den Vierjahresplan (Göring) kann Maßnahmen treffen, um den Einsatz des anmeldepflichtigen Vermögens im Interesse der deutschen Wirtschaft sicherzustellen.<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Arisierung" (x051/39): >>Arisierung, nationalsozialistische Bezeichnung für die Überführung jüdischen Besitzes in

"arische" (Arier) Hände zur "Entjudung der Wirtschaft".
Die Juden waren durch Arierparagraph und Nürnberger Gesetze aus dem öffentlichen Leben schon bald weitgehend ausgestoßen, im wirtschaftlichen Bereich waren ihnen aber Reservate geblieben, die durch die Arisierung beseitigt werden sollten: Am 26.4.38 wurde die Anmeldepflicht für jüdische Vermögenswerte über 5.000 Mark verfügt und der Zugang der Juden zu ihren Bankkonten eingeschränkt, am 14.6.38 ordnete das Innenministerium die Registrierung aller jüdischen Unternehmen an. Der Staat setzte den Verkaufswert der jüdischen Betriebe auf einen Bruchteil des Verkehrswertes fest und sorgte mit abgestuften Druckmitteln für die Veräußerung nur an erwünschte Personen.
Zu den großen "Arisierungsgewinnlern" gehörten der I. G. Farben-Konzern, die Flick-Gruppe, Großbanken u.a. Der Erlös aus "arisierten" Unternehmen mußte auf Sperrkonten eingezahlt werden und war nur in beschränkter Höhe für die jüdischen Inhaber verfügbar, so daß die Arisierung letztlich einer fast entschädigungslosen Enteignung gleichkam.
Nach der Kristallnacht vom 9./10.11.38 wurde der Arisierungsdruck drastisch verschärft. Schon am 12.11.38 erging ein generelles Verbot für Juden, als Geschäftsführer zu fungieren, was jüdische Firmeninhaber zur Hineinnahme "arischer" Unternehmensleiter zwang. Diese oft von der Partei lancierten Personen übernahmen erst die Macht, bald darauf meist auch das ganze Geschäft. "Gefälligkeitsarier" wurden nach der "Verordnung gegen die Unterstützung der Tarnung jüdischer Gewerbebetriebe" (22.4.38) mit Strafe bedroht.
Da den deutschen Juden als "Buße" für die von der SA und dem antisemitischen Mob verursachten Schäden der Kristallnacht hohe Zahlungen aufgebürdet wurden, war der Ausverkauf jüdischen Besitzes nur eine Frage der Zeit. Am 3.12.38 wurde der Wert jüdischen Grundbesitzes auf niedrigstem Niveau eingefroren, Wertsachen und Juwelen durften nur noch an staatliche Stellen verkauft werden. Die durch die Arisierung erzeugte Verarmung der jüdischen Bevölkerung stand oft ihrem Ziel, nämlich die Juden zur Auswanderung zu schikanieren, im Weg, weil den Betroffenen nun dazu die Mittel fehlten.
Sie wurden Opfer der Endlösung. In der Arisierung trafen sich rassistische Motive der Nationalsozialisten mit traditionellen antisemitischen Neidaffekten des Mittelstandes und Expansionsbestrebungen der Großindustrie. In der Angst, bei der Verteilung der Beute zu spät zu kommen, entstand eine verhängnisvolle Koalition der Habgier, so daß sich wenig Widerstand gegen die Arisierung regte. Für die materiellen Schäden leistete die Bundesrepublik nach dem Krieg Wiedergutmachung.<<

29.04.1938

USA: US-Präsident Franklin D. Roosevelt erklärt am 29. April 1938 während einer Rede vor dem US-Kongreß (x342/10): >>… Die erste Wahrheit ist, daß die Freiheit einer Demokratie nicht sicher ist, wenn das Volk das Wachstum privater Macht toleriert, bis sie stärker wird als ihr demokratischer Staat selbst. In seiner Essenz ist das Faschismus - der Besitz der Regierung durch eine Person, eine Gruppe oder durch irgendeine andere kontrollierende private Macht.<<

April 1938

USA: Der US-Wirtschaftsexperte Bernard M. Baruch (1870-1965) schlägt im April 1938 in einer Denkschrift an Präsident Roosevelt vor, die europäischen Juden in den "Vereinigten Staaten von Afrika" (britische Kolonialgebiete in Kenia, Tanganjika und Nordrhodesien) anzusiedeln.
Der US-Jurist Felix Frankfurter (1882-1965, von 1939-62, Richter am Obersten US-Gerichtshof) kritisiert damals die fehlende Hilfsbereitschaft in Nordamerika (x172/98): >>... Die Herren Baruch und Morgenthau sind so damit beschäftigt die eigene Haut und ihre "Stellungen" in Amerika zu retten, daß sie sich so gut wie gar nicht um das Schicksal der Opfer Hitlers kümmern. Diese Männer legten dasselbe Verhalten an den Tag wie die reichen und mächtigen

Juden, die damals Hitler unterstützten, um den Bolschewismus zu unterdrücken.<<

06.05.1938

Großbritannien: Die Londoner Zeitung "Daily Mail" berichtet am 6. Mai 1938 über die Lebensverhältnisse der Sudetendeutschen (x320/31): >>Die Deutschen sind ein sehr geduldiges Volk. Ich kann mir auch nicht einen Augenblick lang vorstellen, daß Großbritannien 20 Jahre lang ruhig zugesehen hätte, wie drei und eine halbe Million Briten unter der Knute eines durch und durch verabscheuten Volkes lebten, das eine fremde Sprache spricht und eine völlig verschiedene nationale Weltanschauung hat. Soweit ich meine Landsleute kenne, wären sie nach wenigen Jahren gegen eine solche Vergewaltigung eingeschritten.<<

01.06.1938

NS-Regime: Das NS-Regime führt am 1. Juni 1938 die Massenverhaftung von allen vorbestraften Juden (die zu mehr als einem Monat Gefängnis bestraft waren) durch (x032/449). Die Verhafteten werden ohne Vernehmung und Gerichtsverhandlung in Konzentrationslagern inhaftiert.

06.06.1938

Frankreich: Alfred Rosenberg (ab 1933 Leiter des Außenpolitischen Amtes) schlägt am 6. Juni 1938 während der Flüchtlingskonferenz europäischer und amerikanischer Staaten in Evian am Genfer See vor, die Insel Madagaskar als Auswanderungsland für die Juden auszuwählen (x032/451).

09.06. 1938

Großbritannien: Sir Winston S. Churchill (1874-1965, von 1940-45 britischer Premier- und Verteidigungsminister) schreibt am 9. Juni 1938 in seiner 14-tägigen Zeitungskolumne über die Luftangriffe gegen britische Städte im "nächsten Krieg" (x172/102): >>... Die Männer unseres Landes werden einen brennenden Kampfgeist verspüren, wenn sie erleben müssen, daß ringsum auf so feige Art Frauen und Kinder getötet werden. Jeder Mann, der sich mit Recht so nennen darf, wird darauf pochen, am Kampf teilzunehmen.<<

21.06.1938

Großbritannien: Premierminister Chamberlain erklärt am 21. Juni 1938 während einer Rede im britischen Unterhaus (x338/74-75): >>... 1. Es verstößt gegen das Völkerrecht, Zivilisten als solche zu bombardieren und absichtlich Angriffe gegen die Zivilbevölkerung durchzuführen.

2. Ziele, die aus der Luft anvisiert werden, müssen rechtmäßige militärische Ziele und identifizierbar sein.

3. Bei einem Angriff auf diese Ziele muß mit angemessener Sorgfalt vorgegangen werden, damit es nicht durch Nachlässigkeit zu einer Bombardierung der in der Nähe befindlichen Zivilbevölkerung kommt. …<<

02.07.1938

USA: Der US-Journalist Oswald G. Villard (1872-1949) schreibt am 2. Juli 1938 in der Wochenzeitschrift "The Nation" über die Folgen der massiven Aufrüstung in Europa (x172/103): >>... Sie bringt einen zunehmenden Staatskult mit sich, mehr Nationalismus, mehr Militärdienst. Und spielt daher Leuten wie Hitler und Mussolini in die Hände, die behaupten, der Bürger sei für den Staat da und nicht der Staat für den Bürger.<<

15.07.1938

Frankreich: Die Konferenz von Evian endet am 15. Juli 1938 lediglich mit unverbindlichen Empfehlungen und der Errichtung eines Internationalen Flüchtlingskomitees mit Sitz in London.

Das jüdische Flüchtlingsproblem wird durch diese Konferenz nicht verbessert, sondern sogar noch verschlechtert, weil sich die britische Regierung weigert, die Einwanderung nach Palästina zu erleichtern. Seit 1933 sind etwa 40.000 deutsche Juden nach Palästina ausgewandert

(x032/459).
USA: Die New Yorker Zeitung "Herald Tribune" und das US-Nachrichtenmagazin "TIME" berichten damals über die erfolglose "Evian-Konferenz" am Genfer See (x172/104): >>... Großmächte schlagen Juden Tür vor der Nase zu. Verhandlung im Stimmungstief. Selbst dünnbesiedelte südamerikanische Staaten verweigern Asyl. ...<<
>>... Trotz der wohlfeilen warmen und klugen Worte in Evian-les-Baines bleibt die Tatsache bestehen, daß keine Nation willens ist, mittellose Juden aufzunehmen.<<

27.07.1938

Großbritannien: Bischof George Bell von Chichester bittet am 27. Juli 1938 im Oberhaus um höhere Einwanderungsquoten für die verfolgten Juden (x172/105): >>... Ich verstehe nicht, wie unsere deutschen Vettern – und ich kenne viele Deutsche – so tief sinken, so unehrenhaft und feige sein können, ein wehrloses Volk derart zu verfolgen, wie die Nationalsozialisten es mit den Nichtariern getan haben.<<

03.08.1938

Großbritannien: Eine britische Friedensmission (Führung: Viscount W. Runciman) trifft am 3. August 1938 in der CSR ein.
Diese britische Friedensmission übergibt nach 6 Wochen Dr. Benesch und Neville Chamberlain (1869-1940, britischer Ministerpräsident) einen schriftlichen Bericht.
Viscount W. Runciman bestätigt zwar in diesem Bericht, daß die Verantwortung für den zu erwartenden Bruch, bei Henlein liegen würde, aber er kritisiert auch die Tschechen (x028/52): >>... Ich empfinde jedoch starkes Mitgefühl für die Sache der Sudetendeutschen. Es ist ein hartes Los von einer fremden Rasse beherrscht zu werden, und ich bin den Eindruck nicht losgeworden, daß die tschechoslowakische Herrschaft im Sudetengebiet in den vergangenen 20 Jahren zwar nicht aktiv bedrückend und sicherlich nicht "terroristisch" war, aber doch gekennzeichnet wurde von Taktlosigkeit, Mangel an Verständnis, kleinen Unduldsamkeiten und Diskriminierungen, und das alles in einem Maß, daß der Groll der deutschen Bevölkerung unvermeidlich zur Revolte drängte ...
Tschechische Beamte und tschechische Polizei, die wenig oder kein Deutsch sprechen, wurden in großer Anzahl in rein deutschen Gebieten eingesetzt; tschechische Landwirte wurden aufgefordert, sich auf Ländereien anzusiedeln, die durch die Landreform mitten im deutschen Siedlungsgebiet beschlagnahmt worden waren; ... ganz allgemein herrscht die Ansicht, daß tschechische Firmen vor den deutschen mit Staatsaufträgen bevorzugt wurden und daß der Staat Arbeit und Hilfe bereitwilliger für Tschechen als für Deutsche beschaffte.
Ich halte diese Beschwerden im wesentlichen für berechtigt. Selbst jetzt noch, während meiner Mission, konnte ich bei der tschechoslowakischen Regierung keine Bereitwilligkeit entdecken, auch nur für annähernd ausreichende Abhilfe zu sorgen ...
Aus vielen Gründen, darunter den oben erwähnten, waren die Sudetendeutschen bis vor 3, 4 Jahren ohne jede Hoffnung. Doch der Aufstieg von Nazi-Deutschland gab ihnen neue Hoffnung. Ich sehe in dem Versuch, sich an ihre Verwandten zu wenden, und in ihrem Wunsch, sich an das Reich anzuschließen, eine unter diesen Umständen ganz natürliche Entwicklung.<<
Der britische Sonderbeauftragte Runciman schreibt ferner über das "sudetendeutsche Problem" (x069/172): >>... Ich bin daher der Auffassung, daß diese Grenzdistrikte (mit starker deutscher Mehrheit) sofort von der Tschechoslowakei an Deutschland abgetreten werden sollten.<<

04.08.1938

UdSSR: Der französische Botschafter in Moskau schreibt am 4. Oktober 1938 an den französischen Außenminister (x243/69): >>Die letzten Ereignisse ... haben gezeigt, daß weder Frankreich noch England bereit sind, sich einer deutschen Expansion in Mittel- und Osteuropa

zu widersetzen. ...
Welcher Ausweg bleibt (der UdSSR) als auf die Politik einer Verständigung mit Deutschland zurückzukommen? ... Eine Zerstückelung Polens ... böte ... eine Notlösung, ... um das (deutsche) Reich von der Ukraine abzulenken – indem sie es nach Polen hineinführen, in der Hoffnung, es werde dort seinen Landhunger stillen. ...
Ich habe Grund zu der Annahme, daß diese Idee bereits jetzt die sowjetischen Machthaber beschäftigt. ... (Der stellvertretende sowjetische Außenminister sagte mir) "Polen bereitet seine vierte Teilung vor". ...<<

17.08.1938

NS-Regime: Das NS-Regime erläßt am 17. August 1938 eine Verordnung über die Veränderung von jüdischen Familiennamen und Vornamen (x058/354):
>>§ 1. Juden dürfen nur solche Vornamen beigelegt werden, die in dem vom Reichsminister des Innern herausgegebenen Richtlinien über die Führung von Vornamen aufgeführt sind. ...
§ 2. Soweit Juden andere Vornamen führen, als sie nach § 1 Juden beigelegt werden dürfen, müssen sie vom 1. Januar 1939 ab zusätzlich einen weiteren Vornamen annehmen, und zwar männliche Personen den Vornamen Israel, weibliche Personen den Vornamen Sara.<<

20.08.1938

Schweiz: Der schweizerische Geschichtsprofessor und Völkerbundskommissar in Danzig, Carl J. Burckhardt, der sich vergeblich um einen deutsch-polnischen Ausgleich bemüht, schreibt am 20. August 1938 über die Stimmung in Deutschland (x025/141): >>Derjenige, der das nicht erlebt hat, kann sich keine Vorstellungen machen von dem Entsetzen, ja von der Verzweiflung der Massen, als man wieder anfing, von Krieg zu reden. ... Nie habe ich so deutlich gespürt, daß die Völker für die Verbrechen ihrer Führer nicht verantwortlich sind.<<
Burckhardt berichtet ferner über seine Gespräche mit dem polnischen Außenminister Beck (x025/183-184): >>Die Polen warten in scheinbarer Ruhe. Beck, während unserer nächtlichen Fahrt, hat mich etwas in seine Pläne eingeweiht. Weiterhin spielt er sein doppeltes Spiel. Es ist kein deutsches Spiel, wie manche Franzosen und die polnische Opposition glauben. Es ist ein Spiel, bei welchem man für Polen auf den höchsten Gewinn hofft, einen Gewinn, der sich ergeben soll aus einer schließlich unvermeidlichen deutschen Katastrophe. ...
Jetzt hofft man im stillen in Warschau nicht nur auf die bedingungslose Integration Danzigs in den polnischen Staatsbereich, sondern auf viel mehr, auf ganz Ostpreußen, auf Schlesien, ja auf Pommern. Im Jahre 1933 noch sprach man in Warschau vom polnischen Pommerelien, aber jetzt sagt man "unser Pommern".
Beck macht eine rein polnische Politik, eine letzten Endes antideutsche Politik, eine nur scheinbar polnisch-deutsche Entspannungspolitik seit der Besetzung des Rheinlandes und der französischen Passivität bei Anlaß dieses Vorganges. Aber man bemüht sich, die Deutschen ganz methodisch in ihren Fehlern zu bestärken. ...<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Carl Jacob Burckhardt (x051/-97): >>Burckhardt, Carl Jacob, geboren in Basel 10.9.1891, gestorben in Vinzel 4.3.1974, schweizerischer Historiker und Diplomat; 1918-21 Attaché in Wien, 1923 im Auftrag des Roten Kreuzes Gefangenenbetreuung in der Türkei, 1929 Geschichtsprofessor in Zürich, 1932 zugleich in Genf.
Burckhardt wurde 1937 zum Völkerbundskommissar in Danzig bestellt, wo er sich in aussichtsloser Lage vergeblich um einen Ausgleich der polnischen und deutschen Interessen - die zunehmend identisch wurden mit nationalsozialistischen Forderungen (Danzigfrage) - bemühte.
Nach Kriegsausbruch war Burckhardt beim Roten Kreuz, 1944-48 als Präsident, tätig, kümmerte sich um Kriegsgefangene und Zivilinternierte. Neben den historiographischen Werken (u.a. "Richelieu", 1935 und 1965-67) des Gelehrten sind die Erinnerungen des Politikers

Burckhardt ("Meine Danziger Mission 1937-39", 1960) bedeutsam als Augenzeugenbericht aus einem der Hauptkrisengebiete im Vorfeld des Zweiten Weltkrieges.<<

22.08.1938

NS-Regime: Der ungarische Regierungschef Miklos von Horthy reist vom 22. bis zum 26. August 1938 ins Deutsche Reich, um mit Hitler einen deutsch-ungarischen Freundschaftsvertrag zu schließen.

Hitler fordert Horthy während der Verhandlungen auf, ihn bei der Lösung des CSR-Problems zu unterstützen. Als Gegenleistung verspricht Hitler, die Rückgabe der 1919 an die Tschechoslowakei verlorenen Gebiete.

Obwohl sich Horthy damals noch vorsichtig zurückhält, bekommt Ungarn später nach Zerschlagung der Tschechoslowakei, Jugoslawiens und der Verkleinerung Rumäniens erhebliche Gebiete zugewiesen.

10.09.1938

Frankreich: Der französische Außenminister stellt dem englischen Botschafter in Paris am 10. September 1938 folgende vertrauliche Frage (x243/65): >>... Deutschland kann morgen die Tschechoslowakei angreifen. In diesem Falle würde Frankreich sofort mobilisieren. ...
Marschiert ihr mit uns? Was wird die Antwort Großbritanniens sein? ...<<

13.09.1938

CSR: Infolge der Unruhen im Sudetenland läßt Staatspräsident Benesch am 13. September 1938 in den Grenzbezirken das Standrecht verhängen.

14.09.1938

Frankreich: William Bullit (US-Botschafter in Paris) berichtet am 14. September 1938 über die französische Stimmung (x028/53): >>In den letzten Tagen haben die französischen Zeitungen viele Landkarten veröffentlicht, aus denen die volkszugehörige Aufteilung der Tschechoslowakei hervorgeht. ...

Die öffentliche Meinung beginnt Stellung zu beziehen: Warum sollten wir Frankreichs ganze Jugend auslöschen und den Kontinent Europa zerstören lassen, nur um die Herrschaft von 7 Millionen Tschechen über 3.200.000 Deutsche zu sichern? ...

Bei der allgemeinen Ansicht von Franzosen und Briten, daß Benesch im innersten Herzen beschlossen habe, lieber einen allgemeinen europäischen Krieg zu provozieren als eine vollständige Autonomie der unterworfenen Nationalitäten in der Tschechoslowakei hinzunehmen, wird zweifellos starker Druck auf Prag angesetzt werden.<<

19.09.1938

CSR: Die tschechische Regierung wird am 19. September 1938 aufgefordert, die britisch-französischen Vorschläge zu akzeptieren, da Großbritannien und Frankreich derzeitig keinen Krieg führen könnten (x041/96).

23.09.1938

CSR: Staatspräsident Benesch ordnet am 23. September 1938 die Generalmobilmachung der tschechoslowakischen Armee an.

29.09.1938

NS-Regime, Anti-Hitler-Koalition: Die westeuropäischen Diplomaten arbeiten am 29. September 1938 in München fieberhaft, um einen Kriegsausbruch zu verhindern.

Walther von Brauchitsch (ab 4.02.1938 Oberbefehlshaber des Heeres) und Franz Halder (ab 1.09.1938 Generalstabschef) wollen Hitlers Kriegspläne verhindern. Ein Stoßtrupp von etwa 30 jungen Offizieren, Studenten und Arbeitern wartet damals auf den Befehl, in die Reichskanzlei einzudringen und Hitler zu erschießen (x069/173-174).

Der geplante Staatsstreich wird jedoch nicht durchgeführt, weil die Briten und Franzosen schließlich vereinbaren, wegen der Sudetendeutschen keinen europäischen Krieg zu führen und Hitlers Forderungen akzeptieren (Konferenz von München). Die CSR muß die deutschen

Siedlungsgebiete in Böhmen, Mähren und Schlesien bis zum 10.10.1938 an das Deutsche Reich abtreten. Die Rest-CSR erhält Sicherheitsgarantien der Großmächte.
Der deutsche Historiker Gerhard Ritter (1888-1967) schreibt später über die verhängnisvolle britische Außenpolitik der Nachgiebigkeit (x069/174): >>... Chamberlains "policy of appeasement" (Beschwichtigungspolitik) hat sehr dazu beigetragen, daß dieser Staatsstreich nicht zur Durchführung gelangte. Wiederholt haben ihn deutsche Diplomaten aufgefordert, vor Hitlers Drohungen nicht zurückzuweichen und Hitler zu eröffnen, daß England zu den Waffen greifen würde, wenn er gewaltsam vorgehen wolle.
Aber Chamberlain glaubt noch, er könne dem deutschen Diktator durch Entgegenkommen zu einer Politik des Friedens bestimmen, und will angesichts der unzulänglichen Rüstung Englands nicht das Risiko eines Krieges auf sich nehmen.
Enttäuscht schreibt damals Goerdeler, ein Führer der deutschen Widerstandsbewegung, an einen Freund in den USA: "Eine ausgezeichnete Gelegenheit ist verpaßt worden. Das deutsche Volk wollte keinen Krieg, die Armee würde alles getan haben, ihn zu vermeiden.
Wenn England eine entschlossene Haltung gezeigt und öffentlich dem deutschen Volk erklärt hätte: wir sind bereit, alle eure begründeten Ansprüche zu befriedigen, doch nicht unter dem Druck der Gewalt, und nur, wenn alle Fragen auf einmal in aller Offenheit und mit der festen Absicht erörtert werden, einen gesicherten Dauerfrieden herzustellen und die gefährlichen Lasten der Aufrüstung zu beseitigen, wenn England und Frankreich nur das Risiko eines Krieges auf sich genommen hätten, Hitler würde nie Gewalt angewendet haben. Und dann wäre er der Blamierte gewesen und nicht, wie es jetzt der Fall ist, die guten Elemente meines Volkes.
Indem Chamberlain vor einem kleinen Risiko zurückscheute, hat er einen Krieg unvermeidbar gemacht. Das englische wie das französische Volk werden nun ihre Freiheit mit den Waffen zu verteidigen haben. Doch sie werden in der Zukunft unter weit schwierigeren Bedingungen zu kämpfen haben."<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Sudetenkrise" (x051/571-572): >>Sudetenkrise, seit 1919 schwelender, 1937/38 akut ausbrechender Konflikt um die deutsch besiedelten Gebiete der Tschechoslowakei (ca. 26.000 km² mit 3,3 Millionen deutschen Einwohnern).
Nach schärfer werdenden Autonomieforderungen der Sudetendeutschen Partei und Wendung ihres Führers Henlein zum Nationalsozialismus im November 37 erhoben sich erste Stimmen für einen Anschluß an das Deutsche Reich. Hitler ermunterte Henlein zu unannehmbaren Forderungen an die Prager Regierung, wie sie etwa im sogenannten Karlsbader Programm vom 24.4.38 formuliert wurden: Weitestgehende Selbstverwaltung bei "Freiheit des Bekenntnisses ... zur deutschen Weltanschauung", d.h. zum großdeutschen Programm des Nationalsozialismus.
Die tschechische Ablehnung beantwortete die deutsche Propaganda mit halbwahren Meldungen über Ausschreitungen gegen die deutsche Minderheit. Zugleich unterstützte Berlin Revisionsforderungen der polnischen und ungarischen Volksgruppen in der Tschechoslowakei. Westliche Vermittlungsbemühungen wie die von Lord Runciman blieben erfolglos.
Hitler, ohnehin entschlossen, die Tschechoslowakei zu "zerschlagen" (Weisungen für den "Fall Grün" vom 21.4. und 30.5.38), heizte die Stimmung mit militärischen Beistandsangeboten (Rede vom 12.9.) zu Aufstandshitze an.
In zwei persönlichen Besuchen bei Hitler in Berchtesgaden (15.9.) und Godesberg (22.-24.9.) erreichte der britische Premierminister Chamberlain nur die Verschiebung der von Hitler nun ultimativ geforderten Angliederung des Sudetengebietes. Ein europäischer Krieg konnte in letzter Minute durch vollständige Erfüllung der deutschen Forderungen durch die Westmächte im Münchener Abkommen vermieden werden.<<

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schreibt später über die britische Beschwichtigungspolitik (x051/32): >>Appeasement (englisch Beschwichtigung), Bezeichnung für die britische Politik der Friedenssicherung in der Zwischenkriegszeit und des "peaceful change" am Verhandlungstisch; verkam spätestens mit dem Münchener Abkommen als Inbegriff einer kraftlosen Beschwichtigungspolitik gegenüber Diktatoren zum politischen Schlagwort.
Jenseits seiner vordergründigen Identifikation mit dem britischen Premierminister Chamberlain und dessen umstrittenen Vermittlungsgängen zu Hitler in der Sudetenkrise resultierte Appeasement aus krisenhaften Zusammenhängen der britischen Innenpolitik ebenso wie aus gefährlichen Entwicklungen im internationalen Mächtesystem besonders seit der Weltwirtschaftskrise: Gleichzeitige Herausforderung der britischen Weltmachtstellung durch drei totalitäre und aggressive Großmächte (Japan in Ostasien, Italien im Mittelmeerraum, Deutschland in Europa).
Beide Aspekte verbindend, war Appeasement der Versuch einer saturierten und bereits im Niedergang befindlichen Weltmacht, auf der Grundlage stark reduzierter politischer, wirtschaftlicher und militärischer Machtmittel zu überleben, eine sich seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert abzeichnende und durch die Weltdepression dramatisch verschärfte gesellschaftlich-ökonomische Krise im Innern, ohne die erneuten Belastungen eines internationalen Wettrüstens und eines neuen Weltkrieges zu beheben und gleichzeitig ohne Bedrohung von außen den notwendigen Modernisierungsprozeß voranzutreiben.
Hinter dem Appeasement-Konzept stand die Furcht vor den hohen Belastungen und Gefahren der Rüstungsspirale und kriegerischer Verwicklungen: Wiederanstieg der seit dem Ersten Weltkrieg noch nicht abgetragenen inneren und äußeren Staatsverschuldung (besonders gegenüber den USA), Pfundschwäche, Inflationsgefahr, Kapitalflucht, ungesunde Verzerrungen im Produktionsapparat, Verlust von Exportmärkten, Veränderungen des englischen Sozialprofils zu Lasten des konservativen Establishments, Verwundbarkeit der britischen Seeverbindungen. Appeasement war das taktische Bemühen, einen bewaffneten Konflikt in Europa so lange hinauszuschieben, bis er auch im Empire als gemeinsame Bedrohung wahrgenommen wurde.
Es entsprang antikommunistischen Bedrohungsvorstellungen besonders im konservativen Lager, das im nationalsozialistischen Deutschland ein zuverlässiges "Bollwerk" gegen den Kommunismus sah, ebenso wie einem "schlechten Gewissen" angesichts der längst als problematisch erkannten Versailler Ordnung von 1919. Die britische Friedenspolitik konnte sich auf eine breite pazifistische Grundstimmung im Lande berufen.
In einer illusionistischen Verkennung des nationalsozialistischen Regimes und seiner expansiven Absichten gründete sich Appeasement auf die Hoffnung, durch rechtzeitige revisionspolitische Konzessionen auch in wirtschaftlicher Hinsicht (economic appeasement) und eine gewisse Anerkennung der deutschen Hegemonie in Mittel- und Südosteuropa die "moderates" in Berlin um Göring, Schacht u.a., zu denen zeitweise auch Hitler selbst gerechnet wurde, gegen die "extremists" um Himmler, Goebbels und Ribbentrop stärken und mit ihrer Hilfe auch in Deutschland langfristig einen Friedenskurs durchsetzen zu können.
Die Münchener Konferenz war schließlich in britischen Augen der letzte Versuch, die europäischen Angelegenheiten durch die "Großen Vier" Europas in gewollter Distanz zur Sowjetunion und den USA zu lösen und damit den sich seit 1918 abzeichnenden machtpolitischen Niedergang Europas aufzuhalten.
Appeasement wurde im Winter 1938/39 unter den fortgesetzten deutschen Drohungen zu einer Doppelstrategie des "peace und rearmament" weiterentwickelt und seine Grenzen als Antwort auf den deutschen Einmarsch in Prag (15.3.39) demonstrativ durch die englisch-französische Garantien an Polen (31.3.39), Rumänien und Griechenland (13.4.39) markiert.
Mögen sich auch Hoffnungen auf eine Fortsetzung des Appeasement in Form von Friedens-

kontakten über den 3.9.39 in britischen Regierungskreisen bis zum Rücktritt Chamberlains (10.5.40) gehalten haben, so war ihm doch durch die Entfesselung des Krieges von deutscher Seite in dreifacher Hinsicht endgültig der Boden entzogen: innenpolitisch als einer Politik der Nachgiebigkeit ohne deutsche Gegenleistungen, außenpolitisch als empfindliche Störung der europäischen "Balance of Power" als Grundlage auch der britischen Existenz, und dies zudem unter einem einseitigen deutschen Diktat und nicht als Ergebnis international ausgehandelter Kompromisse.<<

30.09.1938

NS-Regime, Anti-Hitler-Koalition: Als Großbritannien, Frankreich und Italien am 29./30. September 1938 dem Anschluß des Sudetenlandes an das Deutsche Reich zustimmen ("Münchener Abkommen"), atmet ganz Europa auf. Der Frieden ist scheinbar gerettet, denn Hitler beteuert, daß er nach Abtretung der sudetendeutschen Gebiete keine weiteren Gebietsforderungen stellen wird. In München finden damals große Freudenkundgebungen statt. Die Briten und Franzosen bereiten ihren Ministerpräsidenten ebenfalls begeisterte Friedensfeiern.

Die Menschen freuen sich aber leider zu früh, denn Hitler denkt in jenen Tagen keinen Augenblick daran, die vertraglichen Zusagen des Münchener Abkommens einzuhalten.

Hitler und Chamberlain erklären am 30. September 1938 nach dem Abschluß des Münchener Abkommens (x300/148-149): >>Wir haben heute eine weitere Besprechung gehabt und sind uns in der Erkenntnis einig, daß die Frage der deutsch-englischen Beziehungen von allererster Bedeutung für beide Länder in Europa ist.

Wir sehen das gestern abend unterzeichnete Abkommen und das deutsch-englische Flottenabkommen als symbolisch für den Wunsch unserer beiden Völker an, niemals wieder gegeneinander Krieg zu führen.

Wir sind entschlossen, auch andere Fragen, die unsere beiden Länder angehen, nach der Methode der Konsultation zu behandeln, und uns weiter zu bemühen, etwaige Ursachen von Meinungsverschiedenheiten aus dem Wege zu räumen, um auf diese Weise zur Sicherung des Friedens Europas beizutragen. ...<<

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schreibt später über das "Münchener Abkommen" (x051/394-395): >>Münchener Abkommen, am 30.9.38 geschlossener Vertrag der Regierungschefs des Deutschen Reiches (Hitler), von Italien (Mussolini), Großbritannien (Chamberlain) und Frankreich (Daladier).

Er zwang die Tschechen zur Abtretung des Sudetengebietes zwischen 1. und 10.10., zu einer international überwachten Volksabstimmung in weiteren Gebieten und einer entsprechenden Regelung für die polnischen und ungarischen Minderheiten und stellte der Tschechoslowakei eine - freilich nie verwirklichte - internationale Garantie in Aussicht. Im Münchener Abkommen kulminierten drei Entwicklungslinien:

Innertschechisch: Obwohl die Tschechen in ihrer 1918 gegründeten Mehrvölkerrepublik in der Nationalitätenpolitik ohnehin nicht immer eine glückliche Hand bewiesen hatten, bedeutete die politisch-ideologische Gleichschaltung der Sudetendeutschen Partei mit der Berliner Politik ab Ende 33 eine zusätzliche Belastung für die innertschechische Stabilität. Die Sudetenkrise eskalierte "planmäßig" entsprechend Hitlers Weisung an Henlein vom 28.3.38, stets mehr zu fordern, als die Tschechen erfüllen könnten.

Großdeutsch-expansiv: Hitler ging unmittelbar nach dem Anschluß Österreichs (Weisungen für den "Fall Grün" vom 21.4. und 30.5.38) an die Verwirklichung seiner Pläne, die Tschechoslowakei zu "zerschlagen" (Hoßbach-Niederschrift).

Das geschickt instrumentalisierte und dramatisch propagierte Prinzip der nationalen Selbstbestimmung war für ihn nur ein Hebel zur Erreichung weiterer geostrategischer und ökonomischer Etappenziele auf dem Weg zur Ostexpansion: Vernichtung der vorgeschobenen tschechischen Bastion der Sowjetunion, Aufhebung der Flankenbedrohung, Verbreiterung der

Wirtschaftsbasis, Glacis für den Aufmarsch gegen Osten.
Englisch-französische "Appeasement"-Linie: Die britische und in ihrem Schlepptau die französische Regierung sahen keinen Anlaß, die scheinbare Verwirklichung des von ihnen selbst mitproklamierten Prinzips der nationalen Selbstbestimmung zu blockieren, schätzten ihre Möglichkeiten zu militärischen Hilfeleistungen für eine bereits international isolierte Tschechoslowakei im Konfliktfall äußerst gering ein und verfolgten im Rahmen des Appeasement nur das Ziel, die an sich längst zugestandenen Grenzrevisionen ohne Gesichtsverlust friedlich am Verhandlungstisch abzuwickeln.
Der im Grundsatz also seit langem festgelegte Ereignisablauf erfuhr nach dem Treffen Hitler-Chamberlain in Berchtesgaden (15.9.) und in Godesberg (22.-24.9.) bis hin nach München noch durch die von Hitler ultimativ vorgenommene Verschärfung der Revisionsmodalitäten eine dramatische Eskalation bis an den Rand eines europäischen Krieges (26.-28.9.), ehe auf Vermittlung des Auswärtigen Amtes und Mussolinis die "Großen Vier" am 29. 9. in München zusammentraten.
Das Münchener Abkommen, ein frühes Beispiel moderner "Gipfeldiplomatie", rettete den Frieden für ein Jahr, schloß die "revisionistische Phase" der Hitlerschen Außenpolitik ab, verwies den tschechischen "Reststaat" für eine "Atempause" von knapp sechs Monaten (15.3. 39 deutscher Einmarsch) als Satelliten an die Seite Deutschlands und brachte eine tiefe und folgenschwere Entfremdung zwischen den Westmächten und der Sowjetunion (Deutsch-Sowjetischer Nichtangriffsvertrag). ...<<
Der deutsche Historiker Alfred Schickel (1933-2015) berichtet später (am 27.09.2008) in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung (x887/...): >>**Wie das Sudetenland zum Reich kam**
Vor 70 Jahren schlossen Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien das Münchner Abkommen - Nachhall von 1918
Kaum ein Vertrag des 20. Jahrhunderts wurde nach dem Zweiten Weltkrieg so oft zitiert und nach Belieben gedeutet wie das Münchner Abkommen von 1938.
Inzwischen sind viele einst unbekannte Hintergründe öffentlich geworden, so daß eine objektivere Bewertung möglich ist.
Dem Text des Abkommens ist zu entnehmen, daß es vor dem Abschluß des vierseitigen Vertrages in München schon ein anderes "Abkommen" gab, "das hinsichtlich der Abtretung des sudetendeutschen Gebiets bereits grundsätzlich erzielt wurde", und daß die vier Münchener Signatarmächte "unter Berücksichtigung" dieses Abkommens nur noch über die "Bedingungen und Modalitäten dieser Abtretung und über die danach zu ergreifenden Maßnahmen übereingekommen" sind.
Das wegen seiner äußeren Umstände und umstrittenen Akteure oft übel beleumundete Abkommen, bei dessen Formulierung die betroffene Tschechoslowakei gar nicht mitgewirkt hat und das deswegen gern als "Diktat" abqualifiziert wird, beinhaltete seinem Wortlaut nach in Wahrheit aber gar nicht die Abtretung des Sudetenlandes, sondern legte nur Zeit und Art ihres Vollzugs fest und traf Ausnahmeregelungen.
Tatsächlich wurde die Abtretung bereits zwischen dem 17. und dem 22. September 1938 vereinbart, und zwar unter aktiver Mitwirkung des damaligen tschechoslowakischen Staatspräsidenten Edvard Benesch. Die ihm ursprünglich nahegelegte Volksabstimmung im Sudetenland wegen des zu erwartenden Ergebnisses ausschlagend, bot er nach Bekanntwerden der britischen Abtretungsempfehlung und Neville Chamberlains diesbezüglicher Absprache mit Adolf Hitler vom 15. September in einer Geheimaktion den Briten und Franzosen eine ihm abzufordernde "cession territoriale" an.
Da Eile geboten war, schickte er seinen früheren Sozialminister Jaromir Necas am 16. September, gleich nach Chamberlains Treffen mit Hitler in Berchtesgaden, nach Paris und ließ

den beiden Westmächten ausrichten, daß er bereit sei, sudetendeutsches Gebiet abzutreten, wenn ihm dies "abgefordert" werde. Das Angebot umfaßt allerdings nur knapp 20 Prozent des mehrheitlich von Deutschen besiedelten Grenzlandes. Außerdem verlangte Necas im Auftrag seines Präsidenten, daß dafür rund 55 Prozent aller Sudetendeutschen die Tschechoslowakei verlassen müßten. Da in den angebotenen Teilen des Sudetenlandes - dem westlichen Egerland und dem sogenannten Rumburger Zipfel - weit weniger Menschen lebten, kann man hier bereits von einem Vertreibungsplan sprechen.
Dennoch war diese Offerte ein Versuch Beneschs, vor seinen Landsleuten und vor der Welt als angeblich konzessionsbereites "Opfer" der Großmächte dazustehen und auf diese Weise seine gescheiterte Politik seit 1918 in ein günstigeres Licht zu rücken. Vor allem Großbritannien war mit diesem fragwürdigen Angebot aber nicht mehr zufrieden und drängte Prag entschieden zur Abtretung aller Gebiete, in denen die Deutschen die Mehrheit stellten - andernfalls, so die Botschaft aus London und Paris, würde die Tschechoslowakei im Falle eines deutschen Angriffs alleine dastehen. Daraufhin lenkte Benesch am 21. September in einer Note ein, und eben dieser Notenwechsel ist die Vereinbarung, auf die im ersten Satz des Münchner Abkommens bezug genommen wird.
Nach Beginn des Zweiten Weltkriegs und insbesondere ab 1941, nach der Zerstörung von Lidice, ging das Taktieren Beneschs in den Tagen vor dem Abkommen schließlich auf. Nun wurde dem "Opfer" Benesch von den Siegermächten "Genugtuung" geleistet und der Wunsch nach "Abschub" der Sudetendeutschen erfüllt.
Das Münchner Abkommen, einst von den Zeitgenossen als Zeugnis des "Friedens in unserer Zeit" (Chamberlain) und "Ergebnis unter dem Schutz des hl. Michael" (die katholischen Bischöfe) gefeiert, wurde nachträglich zur "Kapitulationsurkunde der Demokratien" (Franklin D. Roosevelt) und "Vorstation zum Zweiten Weltkrieg" (Josef Stalin) umgedeutet.
Immerhin setzte aber das Nürnberger Tribunal noch die Gültigkeit des Abkommens voraus, als es die Errichtung des sogenannten "Reichsprotektorates Böhmen und Mähren" im März 1939 als Verstoß gegen dieses Abkommen verurteilte. Später drang dann aber die negative Interpretation immer weiter durch, und die veröffentlichte Meinung sorgte leichtfertig für weitere Verbreitung, bis die Benesch-Version sogar Eingang in die Geschichtsbücher fand. Da steht sie nun und macht für viele eine Lektüre des Abkommens vermeintlich überflüssig. Daß Benesch das Sudetenland bereits am 21. September 1938 abgetreten hatte, ist vergessen.
Und der Punkt 2 des Münchener Abkommens gibt auch nur dem zu denken, der ihn liest und dabei feststellt, daß "die Räumung des (Sudeten-)Gebiets bis zum 10. Oktober" nicht die deutsche Wehrmacht erzwingt, sondern "das Vereinigte Königreich, Frankreich und Italien vereinbaren". Deutschland erscheint unter den vereinbarten Mächten überhaupt nicht. Dieser Umstand wirft die Frage auf nach dem Grund für das Fehlen Deutschlands.
Der Grund ist in der Geschichte zu suchen, in concreto in den Ereignissen der Jahreswende 1918/19. Damals besetzten tschechische Militäreinheiten in einer immerhin drei Monate dauernden Gewaltaktion die deutschen Siedlungsgebiete Böhmens, Mährens und Sudetenschlesiens, um die von deren Bevölkerung abgelehnte Angliederung an die in der Entstehung begriffene Tschechoslowakei zu erzwingen. Auf Ersuchen der Tschechen billigten die siegreichen Ententemächte Frankreich, Großbritannien und Italien die vollzogene Besetzung nachträglich, aber auch das wiederum nur bis zur endgültigen Festlegung der Grenzen in einem Friedensvertrag.
Das von US-Präsident Woodrow Wilson proklamierte Selbstbestimmungsrecht ignorierend, begnügten sich die tschechischen Verantwortlichen nicht mehr mit der Errichtung eines tschecho(slowak)ischen Nationalstaates, sondern beanspruchten das gesamte Gebiet der historischen böhmischen Länder, auch wenn es zu fast einem Drittel von Deutschen besiedelt war.
Am meisten zögerten damals die Vereinigten Staaten. Statt der Besetzung zuzustimmen,

schickten sie auf die entsprechende Bitte Prags nur eine Eingangsbestätigung; und wenig später einen Sonderbotschafter, der die Lage im Sudetenland an Ort und Stelle in Augenschein nehmen sollte.
Der US-amerikanische Präsidentenberater Archibald Coolidge übernahm diese Mission und legte am 10. März 1919 die gewonnenen Erkenntnisse in einem Bericht vor. Darin bezeugte er nicht nur anhand zahlreicher Beispiele den fast einmütigen Willen der Sudetendeutschen, sich der "Republik Deutsch-Österreich" anzuschließen, sondern unterbreitete auch konkrete Vorschläge für die Ausgliederung zumindest eines Teils der deutschen Siedlungsgebiete aus der am 28. Oktober 1918 proklamierten Tschechoslowakei. Ihre Verwirklichung hätte dem Selbstbestimmungsrecht von immerhin bis zu zwei Millionen Sudetendeutschen Rechnung getragen und dem späteren Nationalitätenkampf viel von seiner Schärfe genommen.
Edvard Benesch unterlief jedoch bei den Verhandlungen der Pariser Vorortverträge mit falschen Angaben und unaufrichtigen Versprechungen die Berücksichtigung der US-amerikanischen Pläne und setzte die Annexion aller sudetendeutschen Gebiete in die Tschechoslowakei durch. Die Besetzung des Sudetenlandes durch die Tschechen fand damit gegen die erklärten Bedenken der US-Amerikaner ihre friedensvertragliche "Absegnung".
Als sich die Folgen dieses eklatanten Verstoßes gegen das Selbstbestimmungsrecht durch die rücksichtslose Tschechisierungspolitik Prags im Laufe der folgenden zwei Jahrzehnte zu einer friedensbedrohenden Krise auswuchsen, hielten es die drei Signatarstaaten des Versailler Vertrages Frankreich, Großbritannien und Italien für geboten, ihre Ende 1918 erteilte Zustimmung zur Besetzung des Sudetenlandes zurückzuziehen und die "Räumung des Gebietes zu vereinbaren", wie es im Münchener Abkommen steht. So konnte Deutschland es in München Italien und den beiden Westmächten überlassen, "die Räumung des (sudetendeutschen) Gebiets" zu vereinbaren.
Kaum waren die Unterschriften unter das in München getroffene Abkommen trocken, überschritten deutsche Truppen am 1. Oktober die deutsch-tschechische Grenze und nahmen unter internationaler Aufsicht etappenweise die in vier Abschnitte aufgeteilten sudetendeutschen Gebiete in deutsche Oberhoheit. Vorliegende Bildzeugnisse belegen die reibungslose Übergabe durch die tschechischen militärischen und zivilen Autoritäten und illustrieren den geordneten Abzug ihrer Einheiten und Organe. Im Unterschied zu der sich beruhigenden internationalen Lage entwickelte Staatspräsident Benesch in jenen Tagen hektische Aktivitäten.
Fest entschlossen, sich mit den in München gefallenen Entscheidungen auf Dauer nicht abzufinden, ging er an seine langfristigen politischen Planungen. Dazu gehörte die Verlagerung seines Wirkungsbereichs ins Ausland. Das bedeutete zunächst seinen Rücktritt vom Präsidentenamt und die nachfolgende Übersiedlung in jenes Land, dessen Staatschef ein erklärter Gegner Hitlers und "Großdeutschlands" war. So erklärte er am 5. Oktober 1938 seinen Amtsverzicht und ging anschließend in die USA. Vor seiner Abreise wandte er sich mit einer Abschiedsrede an seine Landsleute.
Darin fanden sich die nachfolgenden Sätze: "Ich wende mich an Euch, um Euch als Präsident Lebewohl zu sagen. Ihr wißt, daß 4 Großmächte zusammenkamen und untereinander ein Übereinkommen trafen über die Opfer, die sie von uns im Namen des Weltfriedens forderten. Ihr wißt, daß wir gezwungen wurden, diese Opfer anzunehmen. Die Opfer, die, von uns zur Annahme gefordert und uns aufgezwungen wurden, sind maßlos und ungerecht. Die Nation wird diese Tatsache niemals vergessen. Vom Stamm unseres Heimatbaumes sind einige Zweige abgefallen. Nach einiger Zeit wird der Stamm neue Zweige ansetzen. Ich verlasse das Schiff nicht, weil es stürmisch ist, sondern werde als Bürger und Patriot meine Arbeit fortsetzen."
Benesch hat mit diesen Sätzen die Nachkriegsgeschichtsschreibung entscheidend vorgeprägt, indem er den Anteil der Tschechen an der Entwicklung bis zum Münchner Abkommen weit-

gehend verschwieg und seine ehemaligen sudetendeutschen Landsleute letztlich als "abgefallene Zweige" zu menschlichem Kehricht machte, den er 1945/46 mit seinen berüchtigten Dekreten außer Landes wies.

Das Abkommen im Wortlaut

Abkommen zwischen Deutschland, dem Vereinigten Königreich, Frankreich und Italien, getroffen in München, am 29. September 1938

Deutschland, das Vereinigte Königreich, Frankreich und Italien sind unter Berücksichtigung des Abkommens, das hinsichtlich der Abtretung des sudetendeutschen Gebiets bereits grundsätzlich erzielt wurde, über folgende Bedingungen und Modalitäten dieser Abtretung und über die danach zu ergreifenden Maßnahmen übereingekommen und erklären sich durch dieses Abkommen einzeln verantwortlich für die zur Sicherung seiner Erfüllung notwendigen Schritte.

1.) Die Räumung beginnt am 1. Oktober.

2.) Das Vereinigte Königreich, Frankreich und Italien vereinbaren, daß die Räumung des Gebiets bis zum 10. Oktober vollzogen wird, und zwar ohne Zerstörung irgendwelcher bestehender Einrichtungen, und daß die Tschechoslowakische Regierung die Verantwortung dafür trägt, daß die Räumung ohne Beschädigung der bezeichneten Einrichtungen durchgeführt wird.

3.) Die Modalitäten der Räumung werden im Einzelnen durch einen internationalen Ausschuß, der sich aus Vertretern Deutschlands, des Vereinigten Königreichs, Frankreichs, Italiens und der Tschechoslowakei zusammensetzt.

4.) Die etappenweise Besetzung des vorwiegend deutschen Gebietes durch deutsche Truppen beginnt am 1. Oktober. Die vier auf der anliegenden Karte bezeichneten Gebietsabschnitte werden in folgender Reihenfolge durch deutsche Truppen besetzt ...

Das restliche Gebiet vorwiegend deutschen Charakters wird unverzüglich von dem oben erwähnten internationalen Ausschuß festgestellt und bis zum 10. Oktober durch deutsche Truppen besetzt werden.

5.) Der in Paragraph 3 erwähnte internationale Ausschuß wird die Gebiete bestimmen, in denen eine Volksabstimmung stattfinden soll. Diese Gebiete werden bis zum Abschluß der Volksabstimmung durch internationale Formationen bestimmt werden ...

6.) Die endgültige Festlegung der Grenzen wird durch den internationalen Ausschuß vorgenommen werden. Dieser Ausschuß ist berechtigt, den vier Mächten Deutschland, dem Vereinigten Königreich, Frankreich und Italien in bestimmten Ausnahmefällen geringfügige Abweichungen von der streng ethnographischen Bestimmung der ohne Volksabstimmung zu übertragenden Zonen zu empfehlen.

7.) Es wird ein Optionsrecht für den Übertritt in die abgetretenen Gebiete und für den Austritt aus ihnen vorgesehen. Die Option muß innerhalb von sechs Monaten vom Zeitpunkt des Abschlusses dieses Abkommens an ausgeübt werden. Ein deutsch-tschechoslowakischer Ausschuß wird die Einzelheiten der Option bestimmen, Verfahren zur Erleichterung des Austausches der Bevölkerung erwägen und grundsätzliche Fragen klären, die sich aus diesem Austausch ergeben.

8.) Die Tschechoslowakische Regierung wird innerhalb einer Frist von vier Wochen vom Tage des Abschlusses dieses Abkommens an alle Sudetendeutschen aus ihren militärischen und polizeilichen Verbänden entlassen, die diese Entlassung wünschen. Innerhalb derselben Frist wird die Tschechoslowakische Regierung sudetendeutsche Gefangene entlassen, die wegen politischer Delikte Freiheitsstrafen verbüßen.

Adolf Hitler, Neville Chamberlain, Edouard Daladier, Benito Mussolini<<

Polen: Die polnische Regierung stellt der Tschechoslowakei am 30. September 1938 ein Ultimatum, den Industriebezirk Teschen bis zum 2. Oktober 1938 abzutreten (Teschen gehörte

bis 1919/20 zum Deutschen Reich).
CSR: Die tschechoslowakische Regierung erkennt am 30. September 1938 das Münchener Abkommen an. Nach dem "Münchener Abkommen" (die Grenzen entsprechen fast den nordamerikanischen Vorschlägen von 1919) verlassen mehrere Tausend Deutsche die CSR. Gleichzeitig kehren Tausende von Tschechen, mit ihrem gesamten Hab und Gut, in die CSR zurück.
Ungarn: Die ungarische Regierung fordert am 30. September 1938 die Prager Regierung auf, Verhandlungen wegen der noch abzutretenden Gebiete zu führen.

01.10.1938

NS-Regime, CSR: Gemäß dem "Münchener Abkommen" marschieren am 1. Oktober 1938 deutsche Truppen in die sudetendeutschen Gebiete ein.

02.10.1938

CSR: Polnische Truppen besetzen am 2. Oktober 1938 das Olsa-Gebiet bzw. Teschen und jagen die einheimische tschechisch-deutsche Bevölkerung über die "neuen Grenzen" der Tschechoslowakei. Etwa 45.000 Deutsche und Tschechen werden kurzfristig nach Böhmen und Mähren vertrieben.

05.10.1938

CSR: Präsident Benesch tritt am 5. Oktober 1938 zurück und emigriert in die USA.

21.10.1938

NS-Regime: Hitler erteilt am 21. Oktober 1938 den Geheimbefehl, militärische Vorbereitungen zu treffen, um die restliche Tschechoslowakei wegen ihrer profranzösischen Außenpolitik zu "erledigen" (x041/96).

24.10.1938

NS-Regime: Außenminister von Ribbentrop übergibt dem polnischen Botschafter Lipski am 24. Oktober 1938 in Berlin Vorschläge zur "Generalbereinigung aller bestehenden Reibungsmöglichkeiten zwischen Deutschland und Polen" (x064/135).
Hitler beabsichtigt zunächst hauptsächlich die Wiedergewinnung Westpreußens und versucht außerdem, die Polen für den Kampf gegen die Sowjetunion zu gewinnen. Er garantiert Polen langfristig die bisherige deutsch-polnische Grenze, falls Polen eine exterritoriale Auto- und Eisenbahn zwischen Ostpreußen und dem Deutschen Reich (durch den sogenannten "Korridor") genehmigt und auf Danzig verzichtet.
Polen soll dafür durch sowjetische Gebiete, die man noch gemeinsam erobern muß, entschädigt werden. Polen wird ferner aufgefordert, dem Antikominternpakt beizutreten. Die polnische Regierung lehnt diese unsicheren, gewagten Pläne jedoch ab (x069/175). Hitlers Vorschläge vom 19. November 1938 und 5./6. Januar 1939 werden im Vertrauen auf die eigene Stärke ebenfalls abgelehnt.

07.11.1938

Frankreich: Der 17jährige deutsch-polnische Jude Herschel Grynszpan schießt am 7. November 1938 in der Pariser Botschaft auf den deutschen Diplomaten Ernst vom Rath, um auf die unheilvolle Lage der Juden in Deutschland aufmerksam zu machen. Der Legationssekretär vom Rath (1909 in Frankfurt geboren) ist tragischerweise selbst ein erbitterter NS-Gegner und wird bereits seit längerer Zeit von der Gestapo überwacht.
Das NS-Regime nutzt diesen Mordanschlag (Rath stirbt 2 Tage später) als Vorwand für die berüchtigte Reichskristallnacht.

09.11.1938

NS-Regime: Alle Staatspolizeiämter erhalten am 9. November 1938 per Fernschreiben geheime Anweisungen durch die Gestapo aus Berlin, die "planmäßigen Aktionen gegen Juden", die im gesamten Deutschen Reich stattfinden, nicht zu behindern (x191/65): >>Es werden in kürzester Frist in ganz Deutschland Aktionen gegen Juden, insbesondere gegen deren Synago-

gen stattfinden. Sie sind nicht zu stören. ... Es ist vorzubereiten die Festnahme von etwa 20.000 bis 30.000 Juden im Reiche. Es sind auszuwählen vor allem vermögende Juden.<<
Während der sogenannten "Reichskristallnacht" vom 9. bis zum 10. November 1938 läßt das NS-Regime in allen größeren deutschen Städten systematisch jüdische Synagogen, Geschäfte sowie Wohnhäuser plündern und zerstören. Diese vermeintlichen "Vergeltungsmaßnahmen gegen die Juden" führen die beauftragten NS-Organisationen der SA und SS durch. Die Zivilbevölkerung beteiligt sich nur in begrenztem Maß an diesen Judenverfolgungen.
Im Verlauf der heimtückischen Anschläge werden insgesamt etwa 7.500 jüdische Geschäfte zerstört, 171 jüdische Gotteshäuser (Synagogen) niedergebrannt, mindestens 91 Juden ermordet und zahlreiche Juden mißhandelt. Etwa 26.000 Juden werden verhaftet und in Konzentrationslagern interniert.
Der SA-Befehl zur "Reichskristallnacht" am 9./10. November 1938 lautet (x243/60): >>Sämtliche jüdischen Geschäfte sind sofort von SA-Männern in Brand zu stecken. ... Die Feuerwehr darf nicht eingreifen. ... Der Führer wünscht, daß die Polizei nicht eingreift. ... An den zerstörten jüdischen Geschäften, Synagogen usw. sind Schilder anzubringen mit etwa folgendem Text:
Rache für Mord an vom Rath.
Tod dem internationalen Judentum. ...<<
Hitler muß nach diesem Pogrom zunächst auf weitere direkte antijüdische Gewaltmaßnahmen verzichten, denn nach der Reichskristallnacht beweisen die Proteste der Bevölkerung eindeutig, daß die Deutschen derartige Terroraktionen ablehnen.
Die Versicherungen zahlen zwar mehrere 100,0 Millionen RM für materielle Verluste an die jüdischen Geschäftsinhaber, aber diese Entschädigung muß sofort an das NS-Regime abgetreten werden. Für das Attentat des deutsch-polnischen Juden Herschel Grynszpan müssen die deutschen Juden außerdem eine kollektive Geldstrafe von 1 Milliarde RM an das NS-Regime zahlen.
Grynszpan, der im KZ Sachsenhausen und später im Gefängnis Berlin-Moabit inhaftiert wird, überlebt die NS-Herrschaft durch glückliche Umstände.
Spätestens nach der "Reichskristallnacht" im November 1938 müssen die als "Untermenschen" diffamierten deutschen Juden schließlich einsehen, daß das NS-Regime sie nicht nur aus der Wirtschaft, dem Kulturleben und der Wissenschaft, sondern auch mit aller Macht aus ihrer Heimat verdrängen will.
Der deutsche Historiker Herbert Obenaus berichtet später über die "Kristallnacht" (x051/335): >>Kristallnacht (Reichskristallnacht), amtliche und bewußt verharmlosende Bezeichnung für den von der NSDAP gegen die deutschen Juden am 9./10.11.38 inszenierten Pogrom, der mit dem Anschlag eines Juden, Grynszpan, auf den Legationssekretär der deutschen Botschaft in Paris, Rath, legitimiert wurde.
Das Signal für die Kristallnacht ging von einer antisemitischen Hetzrede aus, die Goebbels am Abend des 9.11. auf dem traditionellen "Kameradschaftsabend" im Münchener Alten Rathaus hielt, nachdem ihm und Hitler die Nachricht vom Ableben des Diplomaten überbracht worden war. Nach der Rede gaben die versammelten Gauleiter und Parteiführer entsprechende Befehle an ihre örtlichen Dienststellen durch, die dann durch SA und SS, aber auch durch andere Organisationen wie die HJ, jüdische Geschäfte und Wohnungen verwüsten und zahlreiche Synagogen demolieren und anzünden ließen.
Die Bevölkerung beteiligte sich an dem Pogrom nur in begrenztem Maße, die offizielle Version der Vorgänge in der Kristallnacht betonte hingegen die "spontane" und allgemeine Beteiligung der Massen.
Insgesamt wurden 7.500 Geschäfte zerstört, 171 Synagogen niedergebrannt, 91 Juden ermordet; auch Vergewaltigungen waren nicht selten. Etwa 26.000 Juden wurden in KZ gebracht,

die meisten allerdings nach einigen Wochen wieder entlassen.
Das Grynszpan-Attentat war für Hitler willkommener Anlaß zur längst geplanten Verschärfung der antijüdischen Maßnahmen. Zwar waren seit der Machtergreifung zahlreiche Gesetze und Verordnungen ergangen, die die Verdrängung der Juden aus dem gesellschaftlichen Leben zum Ziel hatten, doch war ihre wirtschaftliche Stellung noch wenig verändert.
Nach der Kristallnacht kam es am 12.11.38 im Reichsluftfahrtministerium zu einer Besprechung verschiedener Minister und Ministerialbeamter unter Leitung Görings, in der wichtige Erlasse zur vollständigen Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft diskutiert wurden (Arisierung).
Für die Schäden des Pogroms zahlten die Versicherungen an die jüdischen Geschäftsinhaber eine auf mehrere 100 Millionen RM geschätzte Entschädigung, die aber an das Deutsche Reich abgeführt werden mußte. Außerdem wurde "dem Judentum als Strafe" für das Attentat eine "Kontribution" in Höhe von einer Milliarde RM auferlegt.
Weitere Erlasse verstärkten die gesellschaftliche Diskriminierung der Juden, so der vom 12.11., der ihnen den Besuch von Theatern, Kinos, Konzerten und Ausstellungen verbot, und der vom 15.11., der die Entfernung aller jüdischen Kinder aus den Schulen anordnete. Durch Verordnung vom 29.11. bekamen die Regierungspräsidenten die Möglichkeit, den "Judenbann" zu verhängen und damit den Juden zeitliche und räumliche Aufenthaltsbeschränkungen aufzuerlegen.
Von besonderer Bedeutung war schließlich die am 12.11. diskutierte Absicht, die Juden zur Auswanderung zu drängen und für die Organisation eine "Judenauswanderungszentrale" zu bilden. Dementsprechend entstand im Februar 39 in Berlin die "Reichszentrale für die jüdische Auswanderung", die der Leitung des Chefs der Sicherheitspolizei Heydrich unterstellt wurde und als deren Geschäftsführer zunächst der Abteilungsleiter der Gestapo Heinrich Müller und ab Oktober 39 Eichmann fungierten.<<
Der britische Historiker Richard Grunberger (1924-2005) schreibt später über die "Arisierung" der deutschen Wirtschaft (x129/85): >>Die beliebteste Plünderungsform der Nazis stellten die Arisierungsverfahren dar, die in geradezu idealer Weise Profit und Ideologie verbanden. Korruption steigert sich jedoch in geometrischer Progression, und die Behörden waren fassungslos, als sie sahen, daß Arisierer, die auf eigene Faust handelten, wie Pilze aus der Erde schossen, sich wütend gegenseitig Konkurrenz machten und die reibungslose Durchführung der Verfahren behinderten.
Ein Wirtschaftsbericht der Berliner Stadtverwaltung fand zu tadeln, daß "Mieter in Häusern, die früher Juden gehört hatten, Mietforderungen von den verschiedensten miteinander konkurrierenden Einzelpersonen und Verbänden bekämen. ... Für jeden jüdischen Laden gab es gewöhnlich drei oder vier Bewerber. Um einzelne Bewerber abzudecken, teilten sich verschiedene Handelsorganisationen in Gruppen auf und suchten (um) Behördenunterstützung nach, indem sie die jeweiligen Rivalen als Judenfreunde hinstellten."
Um die Epidemie der "wilden Arisierung" einzuschränken, erklärte Göring einen Monat nach der Kristallnacht, daß der Raub des jüdischen Eigentums das ausschließliche Vorrecht des Staates sei und nur unter der Ägide des Reichswirtschaftsministers durchgeführt werden dürfe. Überprüfungen an Ort und Stelle zeigten, daß bei einigen arisierten Läden in Wien die Profitmarge bei Werten zwischen 80 und 380 Prozent lag, und Gauleiter Bürckel fühlte sich verpflichtet, ein Dutzend Arisierungskommissare, die er persönlich eingesetzt hatte, in das Konzentrationslager Dachau einzuliefern, wo sie dann vorübergehend mit denen zusammentrafen, die sie enteignet hatten. ...<<

15.11.1938

Großbritannien: Ein Reporter des Manchester Guardian berichtet am 15. November 1938 über die Verhältnisse in der britischen und nordamerikanischen Botschaft in Berlin (x172/-

118): >>... (Viele verzweifelte Juden) bettelten dort um ein Visum. Wie ich erfahren habe, machen weder Großbritannien noch die USA irgendwelche Zugeständnisse, so daß die große Mehrheit der Antragsteller kaum auf die für sie einzig mögliche Rückkehr zu einem normalen Leben hoffen kann.<<

21.11.1938

CSR: Am 21. November 1938 stimmen die Sudetendeutschen mit großer Mehrheit für den Anschluß an das Deutsche Reich. Die sudetendeutschen Gebiete werden danach per Gesetz Bestandteile des Deutschen Reiches.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über das Deutschtum in der Tschechoslowakischen Republik von 1938-1945 (x004/11-18): >>... Angesichts der sachlich und statistisch bedingten Verluste der Deutschtumszahlen für Böhmen und Mähren war die deutsche Politik im Jahre 1938 bestrebt, als Grundlage für die Grenzziehung in erster Linie die weiter zurückliegende österreichische Volkszählung von 1910 heranzuziehen.

Damit hat sie sich im Prinzip bereits im Münchener Abkommen durchgesetzt. Eine Wirkung dieser Entscheidung und einiger im Anschluß daran vollzogener Grenzregulierungen war es, daß in dem 1938 zum Reich geschlagenen Gebiet eine beträchtliche tschechische Minderheit eingeschlossen war, die sich teils aus den ins sudetendeutsche Gebiet zugewanderten Tschechen rekrutierte, teils auch, wie vor allem im östlichen Teil des Sudetenlandes, geschlossenes tschechisches Siedlungsgebiet umfaßte. Hier setzte nun auch nach der Neuordnung von 1938 eine zweite größere Bevölkerungsverschiebung ein.

Der größte Teil der in die Sudetengebiete zugewanderten tschechischen Beamten, Angestellten, Kaufleute verließ bei der deutschen Besetzung des Sudetenlandes seine Wohnorte und ging in das Staatsgebiet der Rest-Tschechoslowakei. Ihnen schlossen sich Zehntausende Sudetendeutscher an, meist aktive Mitglieder der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei und zahlreiche Juden, die das nationalsozialistische Regime ablehnten und zu fürchten hatten. Viele von ihnen sind allerdings gezwungen oder freiwillig wieder zurückgekehrt.

Eine wesentliche Veränderung der Zahl der Deutschen im angegliederten Sudetengebiet dürfte durch diese Bewegungen aber kaum eingetreten sein, da die Rückkehr von sudetendeutschen Staatsangestellten, die nach 1930 ins tschechische Sprachgebiet versetzt worden waren, und die Zuwanderung aus dem Altreich im Herbst 1938 den Abgang der Flüchtlinge wieder wettgemacht haben wird.

Bei der reichsdeutschen Volkszählung am 17. Mai 1939 wurde für die dem Reich eingegliederten Gebiete von Böhmen und Mähren-Schlesien eine Gesamtbevölkerung von 3.391.903 Personen festgestellt; 3.365.341 gehörten zur Ständigen Bevölkerung, wovon (ohne jüdische Bevölkerung) 3.201.321 Reichsangehörige waren.

Nach einer Sonderauszählung der Volkszugehörigkeit und Muttersprache bekannten sich von diesen Reichsangehörigen 3.004.246 als deutsche Volkszugehörige. Unter den Ausländern, Staatenlosen und Personen, deren Staatsangehörigkeit unermittelt und ungeklärt war, befanden sich rund 20.600 deutsche Volkszugehörige.

Die deutsche Bevölkerung im Teschener Land, das an Polen abgetreten war, betrug zum gleichen Zeitpunkt rund 20.000 Einwohner. Für das Gebiet des Protektorats Böhmen und Mähren ist die Zahl der Personen deutscher Volkszugehörigkeit mit rund 260.000 anzusetzen. Demnach lebten im Mai 1939 in Böhmen und Mähren-Schlesien insgesamt 3.305.000 einheimische Deutsche gegenüber 3.149.820 nach der Zählung von 1930 und 3.061.369 nach der Zählung von 1921.

Nach Ausbruch des Krieges setzten neue Bevölkerungsbewegungen ein. Das stark industrialisierte Sudetenland wurde gleich zu Beginn des Krieges wegen seiner günstigen geographischen Lage inmitten des Reiches zu einem Schwerpunkt der deutschen Kriegsindustrie ausge-

baut und zog dadurch zahlreiche Arbeitskräfte aus dem Altreich an. Genannt werden müssen hier z.B. die Kohlehydrierwerke im Brüxer Industriegebiet. Wegen der zunehmenden Gefährdung der westdeutschen Industriegebiete durch die alliierten Bombenangriffe wurden kriegswichtige Betriebe mit ihren Facharbeitern in das lange vom Luftkrieg verschonte Land verlagert.
Die Evakuierung der Zivilbevölkerung aus westdeutschen Großstädten und Berlin brachte einen weiteren Bevölkerungszustrom, vor allem in die zahlreichen Kurorte an den Randgebirgen, die vorwiegend die aus Berlin und anderen Großstädten evakuierten Krankenanstalten, Schulen, Dienststellen usw. aufnehmen mußten. Außerdem wurden auch nichtdeutsche Arbeiter, die zu einem nicht geringen Teil Tschechen waren, in den im Sudetenland gelegenen Rüstungsbetrieben eingesetzt.
Dadurch hatte sich trotz der Abwesenheit Hunderttausender von Männern, die entweder zum Kriegsdienst einberufen oder, in geringerem Maße, zum Arbeitseinsatz in der Industrie Innerböhmens und -mährens verpflichtet waren, die Bevölkerung allein im damaligen Reichsgau Sudetenland in der Zeit von Mai 1939 bis Ende 1944 um 127.712 vermehrt und betrug in der vom 11. Dezember 1944 bis 7. Januar 1945 laufenden Zuteilungsperiode 3.070.899. Im hochindustrialisierten Regierungsbezirk Aussig betrug der Zuwachs allein 118.848, von denen 49.107 auf den Kreis Brüx entfielen.
Für die statistische Ermittlung der seit Beginn des Krieges aus dem Altreich zugewanderten und in das Sudetenland evakuierten Deutschen stehen uns keine genauen Unterlagen zur Verfügung. Der Zustrom der Deutschen aus dem Altreich, sei es als Evakuierte, sei es als Dienstverpflichtete in der Kriegsindustrie, ist für den Reichsgau Sudetenland mit über 400.000, für die übrigen angegliederten sudetendeutschen Gebiete und das Protektorat mit etwa 200.000 anzusetzen.
Mit der im Herbst 1944 einsetzenden Evakuierung der Slowakeideutschen und der Flucht der ostdeutschen Bevölkerung nach Beginn der sowjetischen Offensive auf das Reichsgebiet (Januar 1945) ergoß sich in den letzten Kriegsmonaten ein Bevölkerungsstrom riesigen Umfangs in das Sudetenland und das Protektorat. Zu den etwa 100.000 unterzubringenden Slowakeideutschen kamen annähernd 1,6 Millionen Reichsdeutsche, fast ausschließlich aus den schlesischen Provinzen, deren Fluchtweg in die Sudetenländer führte.
Da seit Ende März/Anfang April auch das Ostsudetenland und Mähren Kampfgebiet wurden, ballte sich zur Zeit der Kapitulation die Masse der Flüchtlinge auf dem Weg nach Westen auf böhmischem Gebiet zusammen. Nur einem kleinen Teil war es damals schon gelungen, Bayern zu erreichen oder ins westliche Sachsen auszuweichen; etwa eine Million erlebte den deutschen Zusammenbruch mit seinen bitteren Begleiterscheinungen im Sudetenland und Protektorat. Die zu diesem Zeitpunkt in Böhmen und Mähren-Schlesien anwesenden deutschen Zivilpersonen lassen sich mit mindestens 4,5 Millionen beziffern.
Die Zahl der sudetendeutschen Zivilpersonen, die sich Anfang Mai 1945 in Böhmen und Mähren-Schlesien befanden, betrug -- den natürlichen Bevölkerungszuwachs und den Zuwanderungsüberschuß von 1939-1945 eingerechnet - fast 3 Millionen, wozu noch rund 500.000 zum Kriegsdienst einberufene Männer hinzuzuzählen sind.<<
Großbritannien: Im britischen Unterhaus scheitert am 21. November 1938 das Projekt, Juden in Kenia anzusiedeln.
Premierminister Chamberlain berichtet, daß man bisher 11.000 jüdische Flüchtlinge in Großbritannien aufgenommen hat und weiteren 5.000 die Durchreise-Erlaubnis erteilt wurde (x032/486).
26.11.1938
Polen: Polen schließt am 26. November 1938 einen Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion, um sich im Osten Rückendeckung zu verschaffen.

November 1938

NS-Regime: Im November 1938 erläßt das NS-Regime weitere Verbote für die jüdische Bevölkerung (x129/46).

Jüdische Kinder dürfen danach keine nichtjüdischen Schulen besuchen, Verbot der Nutzung von Kraftfahrzeugen, Einschränkung der Bewegungsfreiheit (Ausgangssperre, Sperrbezirke), Einziehung der Führerscheine, Pensionskürzungen, Benutzungsverbot für öffentliche Einrichtungen, Museen, Bibliotheken, Kinos und Badeanstalten.

19.12.1938

Polen: Der polnische "Ausschuß für Nationalitätenfragen" beschließt am 19. Dezember 1938 Richtlinien zur radikalen Lösung der deutschen Minderheitsprobleme (x104/271).

Dezember 1938

Anti-Hitler-Koalition: Im Dezember 1938 erörtern Dr. Benesch (Präsident der tschechoslowakischen Exilregierung) und der spätere Minister Ripka erstmalig die Ausweisung der Sudetendeutschen, die nach dem Kriegsende erfolgen soll (x025/95).

NS-Regime: Nach dem Anschluß Österreichs verlassen bis Ende 1938 rund 45.000 reiche österreichische Juden das Land.

1938

NS-Regime: Bis 1938 nimmt Hitler eine Reihe von innen- und außenpolitischen Korrekturen vor, die nicht unberechtigt sind. Der selbsternannte "Führer" handelt meistens instinktiv richtig und erkennt oft frühzeitig die internationale Entwicklung und Schwachstellen seiner Gegner. Die eigenmächtig durchgeführten riskanten Revisionen stellen nicht nur eine angemessene internationale Beteiligung des Staates her, sondern sie beseitigen gleichzeitig einige nicht haltbare, vorsätzliche Ungerechtigkeiten des Versailler Vertrages.

Der "allmächtige Führer"

Nach den kampflosen Aktionen des Jahres 1938 ("Heimkehr Österreichs und des Sudetenlandes) herrschte zwar große Zufriedenheit, aber keine ausgelassene Stimmung. Das "Münchener Abkommen" wurde lediglich als "Wiedergutmachung" für das 1919 angetane Unrecht angesehen. Infolge der beeindruckenden innen- und außenpolitischen Erfolge waren nicht wenige Deutsche der Meinung, daß es weiter aufwärts gehen würde.

Der erfolgsverwöhnte Führer wurde nicht selten abgöttisch verehrt. Für viele war der selbstherrliche Hitler damals der "allmächtige Führer" bzw. eine "erlöserhafte Heilsfigur". Er besaß 1938/39 nachweislich das Vertrauen großer Bevölkerungsschichten. Millionen von begeisterten Anhängern des NS-Regimes, nicht nur die Jugend, sondern auch viele naive oder getäuschte Erwachsene, folgten diesem fanatischen Diktator mit blinder Ergebenheit bis zum bitteren Ende in das Verderben.

Der deutsche Historiker Walter Post berichtet später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 - 2001 über den "Weg in den Zweiten Weltkrieg" (x853/...):

>>... In der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre wurde die internationale Politik zunehmend von Spannungen beherrscht. Diese fanden ihren Ausdruck im Einfall Japans in Zentralchina, dem Krieg Italiens gegen Abessinien, der deutsch-italienischen Intervention im Spanischen Bürgerkrieg, vor allem aber der Revision der Versailler Ordnung durch Deutschland.

Der deutsche Reichskanzler Hitler war ein typischer österreichischer Alldeutscher und ein ebenso typischer "Frontkämpfer" des Weltkrieges 1914/18. Sein erklärtes außenpolitisches Ziel war die Wiederherstellung jener Vormachtstellung, die Deutschland und Österreich-Ungarn bis 1918 in Mitteleuropa innegehabt hatten, diesmal aber unter dem Vorzeichen eines "Großdeutschland", in dem alle in Mitteleuropa lebenden Deutschen vereinigt sein sollten. Zwar sprach Hitler gelegentlich davon, daß Deutschland "Lebensraum im Osten" gewinnen müsse, aber es gab keinerlei konkrete Planung zur Verwirklichung dieses Zieles.

Bis 1941 gingen sämtliche deutschen Rüstungsprojekte nur von einem Krieg in Mitteleuropa

aus. Die von Hitler angestrebte Restauration der Machtverhältnisse in Europa mußte alle Ergebnisse des Ersten Weltkrieges zunichte machen, weshalb ein Interessenkonflikt mit den Siegermächten von 1918, vor allem mit England und Frankreich, unvermeidlich war.
Im Jahre 1938 erfolgte der Anschluß Österreichs und des Sudetengebiets, der deutschen Kerngebiete des ehemaligen Österreich-Ungarn, an das Deutsche Reich. Im März 1939 besetzte die deutsche Wehrmacht die sogenannte "Resttschechei", die als "Protektorat Böhmen und Mähren" einen ähnlichen Status erhielt wie einstmals eine Provinz in der k.u.k. Monarchie.
England und Frankreich hatten die deutsche Revisionspolitik nur mit äußerstem Widerwillen hingenommen, aber der britische Premierminister Chamberlain hatte erkannt, daß ein neuer Weltkrieg den Ruin des britischen Weltreiches bedeuten würde und hatte daher alles getan, um einen militärischen Konflikt zu vermeiden. Aufgrund der innenpolitischen Instabilität Frankreichs waren die Pariser Regierungen außenpolitisch nur begrenzt handlungsfähig und es blieb ihnen nichts anderes übrig, als Chamberlain zu folgen.
Deutschland konnte sich beim Anschluß Österreichs und des Sudetengebiets auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker berufen, und es wäre den Regierungen in England und Frankreich schwergefallen, ihre Öffentlichkeit von der Notwendigkeit eines Krieges zu überzeugen, nur um die Österreicher und die Sudetendeutschen daran zu hindern, sich an das Deutsche Reich anzuschließen.
Dennoch war Chamberlains Konzeption der Befriedigung der legitimen deutschen Ansprüche und einer milden Eindämmung Deutschlands, der sogenannten "Appeasement-Politik", in England keineswegs unumstritten. Die britische Opposition gegen die "Appeasement-Politik", die in Winston Churchill ihren Wortführer fand, vertrat die Überzeugung, daß eine friedliche Koexistenz mit dem nationalsozialistischen Deutschland auf Dauer unmöglich und ein Krieg unvermeidlich sei.
Die "Anti-Appeaser" genossen die Unterstützung des amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt und eines Teils der amerikanischen Presse, die in England erheblichen Einfluß besaß. Roosevelt betrachtete die autoritären Regime in Deutschland, Italien und Japan als eine Gefahr für den Weltfrieden, die beseitigt werden müsse.
Als Fernziel schwebte ihm die Errichtung einer neuen Weltordnung unter amerikanischer Führung vor, wobei er einer freundschaftlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion große Bedeutung beimaß. Roosevelt glaubte, daß die UdSSR sich langfristig zu einer Demokratie entwickeln würde. Die militärische Besetzung der "Resttschechei" im März 1939, die einen schweren Verstoß gegen das bisher von Deutschland angerufene Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker darstellte, gab den "Anti-Appeasern" in England, Frankreich und den USA erheblichen Auftrieb. ...<<
Trotz aller Schikanen und Hetzkampagnen schaffen es die NS-Machthaber nicht, die Judenfrage durch Massenauswanderung zu lösen. Bis Ende 1938 sind erst 180.000 Juden emigriert. Die meisten Zurückgebliebenen besitzen kein ausreichendes Vermögen und können nicht auswandern, denn die jüdischen Emigranten werden damals meistens nur von anderen Staaten aufgenommen, wenn sie ein großes Vermögen mitbringen.
Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über die Auswanderung der in Deutschland lebenden Juden (x051/290-291): >>(Judenverfolgung) ... Am 14.6.38 ... erklärte der Reichswirtschaftsminister, daß der Grundsatz "Keine Anwendung des Arierparagraphen in der Wirtschaft" nicht mehr aufrechterhalten wird; eine möglichst schnelle Ausschaltung der Juden aus der Wirtschaft sei anzustreben.
Der Eingriff begann mit dem "Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung" vom 6.7.38, nach dem Juden der Betrieb einer Reihe von Gewerben verboten wurde, und nahm seinen Lauf mit zahlreichen weiteren durch Gesetze und Verordnungen sanktionierten Maßnahmen.
Die im Zuge der wirtschaftlichen Eliminierung der Juden ergehenden Berufsverbote dehnte

man schließlich auf die in der Ausübung ihrer Tätigkeit von Einschränkungen schon betroffenen Berufsgruppen aus (z.B. Ärzte 25.7.38; Rechtsanwälte 27.9.38). Hand in Hand mit der Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben lief die Wegnahme ihres Vermögens (Arisierung).
Mit all diesen und zahlreichen anderen Maßnahmen der Judenverfolgung wurde versucht, die Juden zum Verlassen des Deutschen Reiches zu bewegen. Ausgewiesen wurden zunächst nur früher in Polen beheimatete Juden, u.a. auch diejenigen, die nach 1919 bei der Abstimmung über die Zugehörigkeit der deutschen Landesteile im Osten für das Deutsche Reich optiert hatten, denen aber nach 1933 die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt worden war.
Rund 17.000 Personen wurden am 29.10.38 über die polnische Grenze zwangsweise abgeschoben. Als Vergeltung für dieses Unrecht verübte der junge Jude Grynszpan, dessen Angehörige sich unter den Abgeschobenen befanden, am 7.11.38 in Paris ein Attentat auf den deutschen Legationssekretär Ernst vom Rath, das für die Juden in Deutschland schwere Konsequenzen auslöste: Bei der alljährlichen Zusammenkunft der sogenannten Alten Kämpfer am 9. November in München gab Goebbels mit einer judenfeindlichen Rede das Startzeichen für einen Pogrom, der noch am selben Abend begann (Kristallnacht) und bis zum 11. November dauerte.
Nun wurde eine Flut von Gesetzen und Verordnungen erlassen, die die noch in Deutschland befindlichen Juden nach und nach aller Rechte beraubte. Die Maßnahmen wurden von der zentral gelenkten Presse und den Publikationen der nationalsozialistischen Organisationen mit einer beispiellosen Hetzkampagne begleitet.
Trotz allem erreichten die Machthaber es nicht, ihrem Ziel, die Judenfrage durch Auswanderung zu lösen, näher zu kommen. Von den Anfang 33 in Deutschland lebenden (über) 500.000 Juden waren bis Ende 38 nach Zahlung der sogenannten Reichsfluchtsteuer knapp 180.000 emigriert. Die Zurückgebliebenen hofften immer noch auf eine Normalisierung der Verhältnisse; teilweise war es ihnen mangels Vermögens aber auch nicht möglich, die Heimat zu verlassen, da viele Länder nicht bereit waren, mittellose Juden aufzunehmen.
Um die Angelegenheit in den Griff zu bekommen, wurde am 24.1.39 unter der Leitung des Chefs der Sicherheitspolizei Heydrich, die "Reichszentrale für jüdische Auswanderung" errichtet mit der Aufgabe, die Emigration der Juden vorzubereiten, zu lenken und zu beschleunigen. Zur Förderung der Auswanderung ordnete der Reichsinnenminister am 4.7.39 die Bildung einer "Reichsvereinigung der Juden" (Reichsvertretung) an, der alle Juden angehören mußten. Mit Mitteln, die sich die Reichsvereinigung ausnahmslos von vermögenden Juden beschaffte, ermöglichten sie armen Juden die Auswanderung. Nahe 80.000 Juden verließen 1939 Deutschland.
Nach der Niederlage Polens sah Heydrich die Möglichkeit, die Judenfrage durch Evakuierung nach Polen zu lösen. Aus außenpolitischen Gründen befahl Göring jedoch am 24.3.40 die Deportationen einzustellen.
Heydrich ordnete hierauf an, die Auswanderung wieder verstärkt zu betreiben. Der Madagaskar-Plan war zwar noch nicht aufgegeben, konnte infolge des Krieges jedoch nicht verwirklicht werden, und die Anzahl der Aufnahmeländer hatte sich verringert. Im Oktober 40 wies man die Juden Badens, der Pfalz und des Saarlandes kurzerhand in das unbesetzte Frankreich aus. Im Hinblick auf die bevorstehende Endlösung der Judenfrage ordnete des RSHA am 20.5.41 aber an, diese "Auswanderungen" zu unterbinden.
Am 31.7.41 wurde Heydrich schließlich von Göring beauftragt, alle Vorbereitungen für eine "Gesamtlösung der Judenfrage" im deutschen Einflußgebiet in Europa zu treffen. Mitte Oktober 41 begannen die Deportationen der Juden aus dem Reichsgebiet in die Ostgebiete und schließlich in die Vernichtungslager, vor allem nach Auschwitz.
Von der Deportation ausgenommen wurden (im wesentlichen) zunächst Juden über 65 Jahre,

schwer kriegsbeschädigte Juden, Juden mit Kriegsauszeichnungen, in "Mischehe" lebende Juden und solche, die in Rüstungsbetrieben arbeiteten. Erstere wurden jedoch bald in das als Altersgetto bezeichnete Lager Theresienstadt transportiert, in das sie sich durch sogenannte Heimeinkaufsverträge unter Abgabe ihres Vermögens "einkaufen" mußten. Infolge schlechter Lebensbedingungen starben viele Gettobewohner oder wurden letztlich noch in eines der Vernichtungslager "ausgesiedelt".
Die durchweg zwangsweise in den Rüstungsbetrieben beschäftigten Juden schob man schließlich seit Frühjahr 1943 nach Auschwitz ab. Unter ihnen befanden sich zahlreiche in "Mischehe" lebende Juden.
Bis zur Deportation der letzten Juden hatten sich deren Lebensbedingungen immer weiter verschlechtert. Gekennzeichnet (Judenstern), diffamiert, schikaniert, ihres Vermögens beraubt, aus ihren Berufen und Wohnungen (Judenhäuser) entfernt und als Zwangsarbeiter beschäftigt, lebten sie rechtlos in ihrer Heimat. Von den noch im Mai 41 im "Altreich" lebenden 168.972 Juden im Sinne der Nürnberger Gesetze wurden am 1.9.44 lediglich noch 14.574 registriert. Nach diesem Stichtag gingen noch zahlreiche Transporte nach Auschwitz und beim Näherrücken der Roten Armee in KZ, die im Reichsgebiet lagen. Der vermutlich letzte "Alterstransport" verließ am 27.3.45 Berlin Richtung Theresienstadt.
Unter der Judenverfolgung der Nationalsozialisten hatten nahezu alle Juden in den von der Wehrmacht besetzten oder im deutschen Einflußgebiet befindlichen Ländern zu leiden. Zwar stellten sich dort verschiedentlich Regierungen und Bevölkerung der nationalsozialistischen Judenpolitik entgegen (z.B. Dänemark und die Niederlande); nur in wenigen Fällen gelang es jedoch, die Juden allgemein vor dem Zugriff der Gestapo zu bewahren (Bulgarien, ohne seine besetzten Gebiete).
Besonders tragisch war das Schicksal der in vielen dieser Länder befindlichen staatenlosen Juden, unter denen sich zahlreiche deutsche Emigranten befanden, denen man nach Verlassen Deutschlands die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt hatte. Für sie sprach keine Regierung. Sie wurden die ersten Opfer der Verfolgungsmaßnahmen (z.B. Frankreich). Am brutalsten führten die Nationalsozialisten die Judenverfolgung in Polen und den besetzten Teilen der UdSSR durch. Die besonderen politischen Verhältnisse in diesen Gebieten ließen hier den nationalsozialistischen Machthabern freie Hand zur Durchsetzung ihrer Vernichtungsziele, die schon mit den Einsatzgruppen angestrebt wurden.<<
In jener Zeit ist der Antisemitismus in vielen europäischen Ländern ausgeprägt. In fast allen europäischen Nachbarstaaten (wie z.B. in der Sowjetunion, Polen, Ungarn, Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien, Italien, Frankreich) werden bis Ende 1938 antijüdische Gesetze erlassen und Judenverfolgungen durchgeführt.
Die rumänische Regierung gibt damals bekannt, daß mindestens 50 % aller Juden verschwinden müssen (x043/433): >>... Ob sie auswandern oder im Schwarzen Meer ersaufen wollen, daß kann sich jeder nach Belieben aussuchen.<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über den Antisemitismus in Polen (x025/174): >>Seit jeher erschienen die Juden in den amtlichen polnischen Nationalitäten-Statistiken neben Ukrainern, Deutschen usw. als nichtpolnische Volksgruppe. 1939 gar versprach das Regierungslager in einer Broschüre, die Juden sollten nach nationalsozialistischem Vorbild enteignet werden und hätten langfristig das Land zu verlassen.
Noch im Krieg waren in den Zeitschriften der rechtsgerichteten Nazigegner wie z.B. des "National-Radikalen Lagers" (ONR) Artikel wie der folgende zu lesen: "Polen und dem polnischen Volke wünschen wir, daß uns Gott bewahren möge vor Hunger, Feuer, Seuche und Demokratie, weil wir uns dann schon selbst schützen können vor den Deutschen aus dem Westen, den Moskowitern aus dem Osten und den Juden - im Innern".

... Nach einer kurzen Beruhigung wegen des Besatzungsterrors der Nazis, die Juden und Polen gleichermaßen als Untermenschen betrachteten, lebte gleich nach Kriegsende die alte Tradition wieder auf. Ein Pogrom in Kielce am 4. Juli 1946 z.B. kostete 41 Juden das Leben und belastete nachhaltig die Beziehungen zu den USA.<<

Der Schriftsteller Hans Günther Adler (1910-988), ein ehemaliger "Theresienstadt-Häftling", berichtet später über die antijüdische Stimmung in Böhmen und Mähren (x025/56-57): >>In keinem von Hitler besetzten Lande, auch nicht in Deutschland selbst, kamen "illegale" Rettungen von Juden so selten vor wie in dem Gebiet des "Protektorates". Oft wurden Hilfsdienste sogenannter Freunde auch sehr teuer bezahlt. ...<<

Als das NS-Regime ab 1938 die Judenverfolgungen ("Reichskristallnacht" vom 9./10. November 1938) radikal verschärft, breitet sich zwar allmählich ein radikaler Antigermanismus aus, aber die Einwanderungsquoten für die verfolgten Juden werden erstaunlicherweise nicht erhöht, sondern von einigen Staaten sogar drastisch reduziert. In Nordamerika vermindern sich die Einwanderungsplätze z.B. im Jahre 1938 von 40.000 auf 20.000 Einwanderungsplätze im Jahre 1940 und 1941 sind es nur noch 10.000 Einwanderungsplätze für jüdische Einwanderer (x042/148).

Seit 1938 verhandeln das NS-Regime, Polen, Frankreich und England über einen Judenstaat auf der Insel Madagaskar (französische Kolonie), in Rhodesien (britische Kolonie) oder in Britisch-Guayana. US-Präsident Roosevelt schlägt später Äthiopien (seit 1936 durch Italien besetzt) als Einwanderungsland für die Juden vor. Mussolini hält Rußland für geeignet. Stalin bringt daraufhin Alaska ins Spiel und Roosevelt reicht später einen "Angola-Vorschlag" nach.

UdSSR: Im Verlauf der großangelegten "Säuberungsaktionen" und öffentlichen Schauprozesse ("Prozeß der 21") des Jahres 1938 fordert der radikale Stalinismus wieder zahlreiche Opfer. Bei den "Säuberungen" der Roten Armee werden 1937/38 mindestens 3 Marschälle, 13 Armeegeneräle, 62 Korpskommandeure hingerichtet (x061/467). Nach Abschluß der großen "Säuberungswellen" läßt Stalin gewöhnlich auch die Vollstrecker hinrichten.

Ein Zeitzeuge berichtet später über Stalins "Säuberungsaktionen" (x191/70): >>Tag und Nacht rasten die Autos der GPU durch die Straßen der russischen Städte und rissen Unzählige aus ihren Wohnungen, aus Fabriken, Universitäten, Laboratorien, Eisenbahnwerkstätten, Truppenkörpern und Ämtern. ...

In der Zeit von Mitte 1936 bis Ende 1938 erhielt der totale Staat der Sowjetunion seine endgültige Form. In diesen Jahren wurden ungefähr 8 Millionen Menschen von den Organen der staatlichen Geheimpolizei verhaftet. ... Sie waren alle unschuldig.<<

Der deutsche Historiker Wolfgang Leonhard (1921-2014, der damals ein Mitglied der "Gruppe Ulbricht" ist, berichtet später (x191/70): >>Nur ein einziges Mitglied der ersten Sowjetregierung überlebte die Säuberung: Stalin! ...<<

Der französische Historiker Nicolas Werth berichtet später über Stalins Terror in den Jahren 1937 und 1938 (x265/213): >>... Wir verfügen heute über streng vertrauliche Dokumente, die von Nikita Chruschtschow und den maßgeblichen Parteioberen während der Entstalinisierung angelegt worden sind. ...

Danach sind allein in den Jahren 1937 und 1938 1.575.000 Menschen vom NKWD verhaftet worden; 1.345.000 (d.h. 85,4 %) sind im Laufe dieser beiden Jahre verurteilt worden; 681.692 (d.h. 51 % der 1937/38 Verurteilten) sind hingerichtet worden. ...<<

Großbritannien: Winston Churchill ist im Jahre 1938 immer noch von Hitler begeistert. Churchill meint, daß die bisherigen Leistungen des "Führers" weltgeschichtlich als Wunder einzuordnen seien (x025/128).

USA: Das US-Nachrichtenmagazin "TIME" wählt Hitler im Jahre 1938 zum Mann des Jahres (x268/50).

Max Reinhardt (1873-1943, eigentlich Max Goldmann, Schauspieler, Regisseur, ab 1902 Lei-

ter an verschiedenen Bühnen in Berlin und Wien, emigriert 1938 in die USA) schreibt nach seiner Emigration im Jahre 1938 an das NS-Regime (x256/139): >>Der Entschluß mich endgültig vom Deutschen Theater zu lösen, fällt mir naturgemäß nicht leicht. Ich verliere mit diesem Besitz nicht nur die Frucht einer 37jährigen Tätigkeit, ich verliere vielmehr den Boden, den ich ein Leben lang gebaut habe und in dem ich selbst gewachsen bin.
Ich verliere meine Heimat, Was das bedeutet, brauche ich denen nicht zu sagen, die diesen Begriff über alles stellen ...<<
Tibet: Eine SS-Expedition wird 1938 in der tibetischen Hauptstadt Lhasa empfangen.
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet später (am 11. Juni 2023) Himmlers Suche nach den Spuren der "Ur-Arier": >>**Der lange Schatten der Schwarzen Sonne**
Von *Daniell Pföhringer*
Die offizielle Geschichtsschreibung zum Dritten Reich läßt bestimmte Tabuzonen bewußt aus. Dazu gehören auch die okkulten Aspekte des Nationalsozialismus. Ein neues Mammutwerk (fast 500 Seiten) zu einem unschlagbar günstigen Preis bringt endlich Licht ins Dunkel: "Der Aufgang der Schwarzen Sonne" zeigt, welchen Einfluß völkisch-esoterische, magische und okkulte Strömungen unter Hitler hatten - und in welchen Bereichen sie ihre Wirkung entfalteten. …
Es waren deutsche Forscher - und zwar mit den berüchtigten SS-Runen am Kragenspiegel -, die 1938 als erste Europäer in der von Mythen umrankten tibetischen Hauptstadt Lhasa empfangen wurden. Und das geschah überaus freundlich. Denn: In den Deutschen erkannten die buddhistischen Oberhäupter Abgesandte eines fernen Reiches, das unter einem für sie heiligen Zeichen stand.
Das Hakenkreuz, das Hitler als Symbol für seine Bewegung und später auch NS-Deutschlands einführte, wird noch heute in Indien, aber auch vielen asiatischen Ländern als heiliges Zeichen verehrt. Auf dem Dach der Welt sah man in den Ankömmlingen "weiße Götter", die womöglich nicht zum ersten Mal das Dach der Welt erklommen hatten. …
Hatte SS-Chef Heinrich Himmler, der diese, aber auch andere SS-Expeditionen initiierte, also Recht? War Tibet einst Heimat einer arischen Ur-Zivilisationen? Und waren diese "Ur-Arier" jene "weißen Götter", die quasi vom Himmel kamen, von denen zahlreiche alte Schriften zeugen? Schriften, die unter anderem von Forschern des SS-Ahnenerbes auf der Wewelsburg analysiert wurden.
Ahnenerbe: Wissenschaft und Esoterik
Der Aufwand, den Himmler betrieb, um seine These verifizieren zu lassen, war jedenfalls enorm, wie Germanen- und NS-Okkult-Experte Dennis Krüger in seinem druckfrischen Werk "Der Aufgang der Schwarzen Sonne" belegt. Das Buch trägt den Untertitel "Von den okkulten Wurzeln des 3. Reiches zur Germanenkunde und Okkulten Wissenschaft im Umfeld des SS-Ahnenerbes" - und umreißt damit ziemlich genau die große Bandbreite, die mit dem Thema verbunden ist.
Krüger betritt mit dieser bislang brisantesten Neuerscheinung des Jahres ein höchst vermintes Terrain, eine echte Tabuzone, in die sich andere Historiker nicht vorwagen - denn welchen Einfluß völkisch-esoterische, magische und okkulte Strömungen unter Hitler wirklich hatten, soll unter der Decke gehalten werden. Genau wie die wissenschaftlichen Fakten und Erkenntnisse, die Ur- und Frühzeitforscher, Ethnologen, Germanen-Forscher, Religionswissenschaftler sowie Mystiker, Astrologen und Esoteriker zur Zeit des Dritten Reiches zusammengetragen hatten.
Und das geschah teilweise erstaunlich unabhängig von der offiziellen NS-Politik und den damals gängigen Narrativen. Trotzdem hat die Zeitgeschichtsforschung das alles nach 1945 in den Giftschrank gesperrt. Das brisante Werk "Der Aufgang der Schwarzen Sonne" hebt diesen

reichhaltigen Schatz und macht ihn endlich wieder einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich.

Gralsforscher, Runenmystiker und Schwarzmagier

Was "Der Aufgang der Schwarzen Sonne" besonders lesenswert macht: Die zahlreichen Verknüpfungen und Verbindungslinien zwischen den unterschiedlichen Gruppen, Personen und okkulten Vereinigungen werden von Autor Krüger klar herausgearbeitet. Darum ist die Lektüre auch für Neueinsteiger empfehlenswert. Und wer sich schon ein wenig mit dem Thema auskennt, wird zahlreiche neue Aspekte kennenlernen.

So suchten SS- und NS-Wissenschaftler nicht nur in Tibet, sondern in zahlreichen Gebieten der Erde nach Spuren der "Ur-Arier", befaßten sich mit allerlei esoterischen Forschungen und entwickelten schließlich sogar Geheimwaffen, mit denen der Zweite Weltkrieg in letzter Minute zugunsten der Deutschen entschieden werden sollte. Ja, Sie haben richtig gelesen: Der Anstoß zu solchen sogenannten Wunderwaffen kam von Leuten, die quasi Initiierte ("Eingeweihte") waren. Doch woher stammte das technische Wissen? Darauf gibt Krüger in "Der Aufgang der Schwarzen Sonne" mehrere mögliche Antworten - und manche davon klingen für heutige Ohren geradezu fantastisch. …

Mit der Forschungsgemeinschaft Ahnenerbe hatte Himmler sogar eine Organisation geschaffen, die nicht nur diversen Marotten des SS-Reichsführers nachgehen, sondern zum Flaggschiff der nationalsozialistischen Forschung ausgebaut werden sollte. Im Ahnenerbe wurden verschiedene Wissenschaftszweige gebündelt - und auch hier spielten Esoteriker und Okkultisten eine wichtige Rolle.

Bestes Beispiel: Der SS-Oberst Karl-Maria Wiligut, der nicht nur den SS-Ehrenring entwarf, sondern sich auf der Wewelsburg als Runen-Mystiker - manche meinen sogar: als Saturn-Magier - sowie Zeremonienmeister betätigte und mit dem sogenannten Gotos-Glauben eine neue (und zwar monotheistische!) Religion schaffen wollte, die sowohl das Christentum als auch den in völkischen Kreisen weit verbreiteten "Asenglauben" überwinden sollte.

Oder: Grals- und Katharerforscher Otto Rahn, der sich im Laufe seiner SS-Karriere zum "Luziferianer" wandelte - wobei er in der Figur des Luzifer nicht, wie es die christliche Überlieferung besagt, den Teufel sah, sondern den alten Lichtbringer-Gott des Nordens, verehrt als Apollon bei den Griechen, als Helios bei den Römern und als Mithras bei den Persern.

Die Geheimprojekte der SS

Mit "Der Aufgang der Schwarzen Sonne" ist eine echte Meisterleistung gelungen - denn nie zuvor wurde der okkulte Untergrund im Nationalsozialismus so deutlich ausgeleuchtet, noch nie wurden die Verbindungslinien so klar und vollständig gezeichnet: von der sagenumwobenen Thule-Gesellschaft, die manche als heimliche Geburtsstätte der NS-Bewegung sehen, über Wewelsburg, Ahnenerbe und SS-Expeditionen bis zum Heiligen Gral, verschwundenen Akten und dem Paraguay-Rätsel bis zu Spekulationen um SS-Geheimprojekte: Flugscheiben, Neuschwabenland, Vril, Schwarze Sonne und "Die Glocke".

Diese überaus brisante Neuerscheinung, die an zahlreiche Tabus der Zeitgeschichtsforschung rührt, begibt sich auf die Spur der zahlreichen Hypothesen und wissenschaftlichen Erkenntnisse zum "okkulten Dritten Reich" und trennt dabei Mythen von den Fakten. Unzweifelhaft war der in dem Werk als "Aufgang der Schwarzen Sonne" umschriebene Paradigmenwechsel in der deutschen Forschung und Politik seit 1933 ein Schritt in eine andere, bislang unbekannte Welt - und zwar eine, deren Einfluß bis heute nachwirkt. …<<

1939

Welcher Unterschied besteht zwischen dem NS-Regime und der Straßenbahn? Keiner. In beiden Fällen steht vorn der Führer. Hinter dem Führer steht das Volk. Und wer nicht hinter dem Führer steht, der sitzt. Dauernd wird kassiert und abspringen während der Fahrt ist verboten!
NS-Spottvers

24.01.1939

NS-Regime: Herman Göring ordnet am 24. Januar 1939 die Errichtung einer Reichszentrale für jüdische Auswanderung im NS-Reichsinnenministerium an, um die Auswanderung der Juden mit allen Mitteln zu fördern (x138/206).

Nachdem etwa 180.000 wohlhabende Juden das Deutsche Reich verlassen haben (x051/291), halten sich Anfang 1939 noch rund 323.000 Juden im Land auf. Das NS-Regime erhöht zwar unaufhörlich den Druck, um die Juden aus dem Land zu treiben, aber fast niemand ist bereit, die Heimatlosen aufzunehmen oder sagt ihnen, wo sie leben sollen.

Das NS-Regime und Italien schließen am 24. Januar 1939 einen Vertrag über den Arbeitseinsatz von 37.000 italienischen Landarbeitern in der deutschen Landwirtschaft (x032/500).

30.01.1939

NS-Regime: Das verfassungswidrige NS-Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933 wird am 30. Januar 1939 nochmals bis zum 10. Mai 1943 verlängert.

Hitler kündigt während seiner zweieinhalbstündigen Regierungserklärung vom 30. Januar 1939 bereits indirekt die "Endlösung" an (x244/394-395): >>... In der Zeit meines Kampfes um die Macht war es in erster Linie das jüdische Volk, das nur mit Gelächter meine Prophezeiungen hinnahm, ich würde einmal in Deutschland die Führung des Staates und damit auch des ganzen Volkes übernehmen und dann unter vielen anderen auch das jüdische Problem zur Lösung bringen.

Ich glaube, daß dieses damalige schallende Gelächter dem Judentum in Deutschland unterdes wohl schon in der Kehle erstickt ist.

Ich will heute wieder ein Prophet sein: Wenn es dem internationalen Finanzjudentum innerhalb und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa! ...<<

01.02.1939

CSR: Die Regierung der CSR ordnet am 1. Februar 1939 die Ausweisung aller jüdischen Emigranten an. Innerhalb von 6 Monaten sollen alle jüdischen Emigranten die CSR verlassen (x138/207).

20.02.1939

UdSSR: Der britische Botschafter in Moskau schreibt am 20. Februar 1939 an das britische Außenministerium (x243/69): >>Die Sowjetpolitik (wird nicht) durch ideologische oder moralische ... Erwägungen beeinflußt, sondern ausschließlich durch die unmittelbaren Interessen des Sowjetstaates und seiner gegenwärtigen Herrscher. ...

Die Sowjetregierung möchte jegliches Vorgehen ... vermeiden, das sie in Gegensatz zu Deutschland bringen könnte. ...

Das erfreuliche Ergebnis eines ... Konflikts (zwischen Deutschland und den Westmächten wäre für sie) der ... Zusammenbruch beider Seiten. ...

Der Zusammenbruch Deutschlands ... würde ... zur Sowjetvorherrschaft in Osteuropa führen. ...<<

21.02.1939

NS-Regime: Das NS-Regime erläßt am 21. Februar 1939 eine Verordnung über die Anmel-

dung und Ablieferung des jüdischen Vermögens (x058/355): >>§ 1 Alle Juden ... haben die in ihrem Eigentum befindlichen Gegenstände aus Gold, Platin oder Silber sowie Edelsteine und Perlen binnen zwei Wochen nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung an die nach § 14 der Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens vom Dezember 1938 ... vom Reich eingerichteten öffentlichen Ankaufstellen abzuliefern.<<

24.02.1939

Ungarn: Ungarn schließt sich am 24. Februar 1939 dem Antikominternpakt (Deutschland, Italien und Japan) an

Februar 1939

Frankreich: Der US-Diplomat William C. Bullit (bis 1941 US-Botschafter in Frankreich) erklärt bereits im Februar 1939 (x076/255): >>... Wir werden sicher nicht zu Anfang am Krieg teilnehmen, aber wir werden ihn beenden.<<

08.03.1939

USA: US-Strategen der Marine stellen am 8. März 1939 den überarbeiteten geheimen Kriegsplan (Basic War Plan "ORANGE") gegen Japan vor (x172/134-135): >>... Der Krieg mit ORANGE wird ohne vorherige Ankündigung beginnen, ein Angriffskrieg von langer Dauer. ... ORANGE den Willen der VEREINIGTEN STAATEN aufzwingen, durch Zerstörung von ORANGE-Streitkräften und Zerrüttung von ORANGE-Wirtschaftsleben bei gleichzeitigem Schutz AMERIKANISCHER Interessen im In- und Ausland.<<

14.03.1939

Slowakei, CSR: Dr. Tiso (Führer der Slowaken) wird am 14. März 1939 durch Hitler vor die Wahl gestellt, entweder einen "unabhängigen" slowakischen Staat zu gründen oder von Ungarn besetzt zu werden.

Ministerpräsident Josef Tiso (1887-1947, ein überzeugter Hitler-Anhänger, wegen Hochverrat hingerichtet) trennt sich von den Tschechen und proklamiert am 14. März 1939 die Unabhängigkeitserklärung der Slowakei.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über die Siedlungsgebiete und Bevölkerungszahl der Slowakei-Deutschen (x004/147-153): >>... Die Slowakische Volkspartei, deren Vorsitz nach dem Tode Hlinkas am 16. August 1938 Dr. Josef Tiso übernahm, hatte seit der Gründung der Tschechoslowakischen Republik für die slowakische Autonomie gekämpft, ohne eine Loslösung von der CSR zu erstreben. Während der Sudetenkrise nützte sie die für ihre politischen Ziele günstige innen- und außenpolitische Situation und erreichte kurz nach dem Münchener Abkommen die Anerkennung der slowakischen Autonomie.

Das autonome Land und seine von Dr. Tiso gebildete Regierung wurden allerdings bald vor schwierige politische und wirtschaftliche Probleme gestellt, da Ungarn die vorwiegend von Madjaren bewohnten südlichen Gebiete der Slowakei beanspruchte und diese - d.h. das furchtbare Karpatenvorland - auf Grund des I. Wiener Schiedsspruches (2. November 1938) abgetreten werden mußten.

Außerdem fielen nach langwierigen Verhandlungen des deutsch-tschechoslowakischen Ausschusses die beiden vor Preßburg gelegenen Orte Engerau und Theben au Deutschland. Um so stärker trat jetzt die Aktivität der um die Erhaltung des slowakischen Kerngebiets besorgten slowakischen Autonomisten hervor. Die gegen den tschechischen politischen Einfluß gerichteten Maßnahmen der autonomen Regierung führten schließlich zur Absetzung Tisos durch Staatspräsident Hacha am 10. März 1939.

Unter unmittelbarer Einflußnahme des Dritten Reiches, das zu einer Zerschlagung der Resttschechoslowakei entschlossen war, und um eine Aufteilung der Slowakei unter die Nachbarstaaten zu verhindern, beschloß der slowakische Landtag am 14. März 1939 die Ausrufung der Slowakischen Republik. Durch den Vertrag vom 18. März 1939 unterstellte sie sich dem

Schutz des Deutschen Reiches.
So maßgeblich der Einfluß des Dritten Reiches auf dieses Geschehen gewesen ist, so bleibt doch unverkennbar, daß der neue Staat zum damaligen Zeitpunkt von der Mehrheit der politisch interessierten slowakischen Volksschichten befürwortet wurde.
Die Gewißheit einerseits, daß das zahlenmäßig so geringe deutsche Volkstum den Bestand des Staates nicht gefährdete, die Slowakei andererseits den ungarischen Annexionsansprüchen nur durch eine enge Anlehnung an das Deutsche Reich begegnen konnte, bestimmte die ausgesprochen deutschfreundliche Politik der slowakischen Regierung. Das von der Hlinka-Partei bereits zur Zeit der Autonomie eingeführte totalitäre Regime bildete eine weitere Basis für ein deutsch-slowakisches Einvernehmen.
Unter dieser gewandelten innen- und außenpolitischen Konstellation vollzog sich der Umbau der politischen Organisation des Slowakeideutschtums: denn eine der ersten Maßnahmen der autonomen slowakischen Regierung war die Aufhebung des Verbots der Karpatendeutschen Partei, die nun unter Volksgruppenführer Franz Karmasin nach nationalsozialistischem Vorbild mit enger Anlehnung an die totalitäre Hlinka-Partei organisatorisch und ideologisch als "Deutsche Partei" (DP) umgestaltet und ausgebaut wurde.
Alle noch bestehenden deutschen Verbände und Vereinigungen (Deutscher Kulturverband, Sport- und Jugendvereine, Gewerkschaften usw.) wurden der "Partei" eingegliedert, die damit "den Charakter einer einheitlichen Volksorganisation annahm". Die Zugehörigkeit zur deutschen Volksgruppe bedeutete also zugleich Mitgliedschaft bei der Deutschen Partei.
Von ausschlaggebender Bedeutung war dabei das durch den Regierungsbeschluß vom 10. Oktober 1938 geschaffene "Staatssekretariat für die Angelegenheiten der deutschen Volksgruppe in der Slowakei", das Volksgruppenführer Karmasin noch am gleichen Tage übernahm. Die Befugnisse der deutschen Volksgruppe wurden noch durch die Erklärung des Ministerpräsidenten Tiso vom 27. November 1938 anläßlich der Vorsprache von Vertretern der Volksgruppe unter Führung Karmasins erweitert und schließlich in der Verfassung der Slowakischen Republik vom 21. Juli 1939 verankert.
Die starke verfassungsrechtliche Position, die die Volksgruppe auf diese Weise erhielt, benützte ihre Führung zur vollständigen organisatorischen Zusammenfassung der deutschen Minderheit in der Deutschen Partei und in ihren zahlreichen Organisationen. Zugehörigkeit zur Deutschen Volksgruppe war nur über die Mitgliedschaft in der Partei oder ihren Gliederungen möglich, die damit den Charakter einer Zwangsorganisation annahm.
Ihr Aufbau wurde unter dem Einfluß der für die ideologische und politische Lenkung der deutschen Volksgruppen geschaffenen reichsdeutschen Dienststellen nach dem Schema der reichsdeutschen NS-Organisationen und der Partei- und Verwaltungshierarchie vollzogen. Das Ergebnis dieser Entwicklung war eine durch die Partei einheitlich organisierte Volksgruppe, die auf politischem, kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet eine weitgehende Selbstverwaltung besaß.
Trotz der einheitlichen äußeren Organisation kann man aber keineswegs auch von einer entsprechenden inneren Geschlossenheit der Volksgruppe sprechen. Die bis zum Einbruch des Nationalsozialismus vorwaltende unpolitische Einstellung des Slowakeideutschtums, seine konfessionelle Spaltung, aber tiefe religiöse Gebundenheit wirkten retardierend auf die Verbreitung nationalsozialistischen Ideenguts.
Das deutsche Luthertum in der Slowakei, das den langgehegten Wunsch nach einer eigenen kirchlichen Organisation verwirklichen und 1939 die Deutsche Evangelische Kirche Augsburgischen Bekenntnisse (A. B.) in der Slowakei errichten konnte, wehrte sich gegen die vom Dritten Reich propagierte Gleichschaltung der Kirche im nationalsozialistischen Sinne durch die "Deutschen Christen". Nach der Umwandlung der Konfessionsschulen in Gemeindeschulen erhoben die katholischen Bischöfe Bedenken gegen diesen von der Volksgruppe einge-

führten Schultypus.
Daneben ließ aber auch die durch eine jahrhundertelange Entwicklung bedingte heterogene volkstumspolitische Struktur der deutschen Minderheit eine den neuen politischen Grundsätzen entsprechend einheitliche geistige Ausrichtung nicht zu.
Unter den Funktionären der Volksgruppe befand sich zwar eine Reihe überzeugter Nationalsozialisten, doch bei einem großen Teil der in der bisherigen Volkstumspolitik stehenden Kräfte und der deutschbewußten Schicht war es die für das Deutschtum günstige äußere Entwicklung, die sie mit der Identität von Minderheitszugehörigkeit und Parteizugehörigkeit sich abfinden ließen, zumal der totalitäre Staat eine Betätigung außerhalb der Volksgruppe, d.h. der Deutschen Partei, nicht zuließ.
Im übrigen versuchte eine nicht unbeträchtliche Zahl von Minderheitsangehörigen lediglich mit praktischem Sinn, Vorteile aus der Mitgliedschaft zu ziehen. Diese Vorteile fielen für den einzelnen Volksdeutschen durchaus ins Gewicht. Neben der kulturellen Betreuung - Einrichtung und Erhaltung von Grund- und höheren Schulen, Ausbildungserleichterung - waren es vor allem soziale Vergünstigen, die die Zugehörigkeit zur deutschen Volksgruppe erstrebenswert erscheinen ließen.
So wird es verständlich, daß ein großer Teil auch des schwebenden Volkstums, also der madjarisierten und vor allem slowakisierten Deutschen, sich bereitwillig zur Aufnahme in der Deutschen Partei meldete.<<
Ungarn: Die Karpaten-Ukraine wird seit dem 14. März 1939 durch ungarische Truppen besetzt (x041/97).
15.03.1939
CSR: Die Tschechoslowakei wird nach der Zustimmung des tschechoslowakischen Staatspräsidenten Hácha am 15. März 1939 kampflos besetzt ("Prager Coup"), weil die gutausgerüstete tschechoslowakische Armee keinen Widerstand leistet und sofort bedingungslos kapituliert.
Nach dem Einmarsch der deutschen Truppen geraten etwa 13.000 deutsche Antifaschisten und 20.000 Juden, die aus dem Deutschen Reich und dem Sudetenland in die CSR geflohen sind, in große Gefahr (x032/513).
Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schreibt später über die Zerschlagung der "Tschechoslowakei" (x051/588-589): >>(Tschechoslowakei) ... Erst die Weltwirtschaftskrise mit ihren verheerenden Auswirkungen v.a. auf die exportabhängige Klein- und Mittelindustrie im Sudetenland und besonders die offenkundigen Ermunterungen für die deutschen und ungarischen Minderheiten durch die nationalsozialistische Propaganda nach 1933 (u.a. Sudetendeutsche Partei) führten zu wachsenden innerstaatlichen Spannungen. Als Mittel zur "Zerschlagung" der Tschechoslowakei von Berlin aus seit Mai 38 ständig geschürt und von Prag nicht durch rechtzeitige Zugeständnisse aufgefangen, eskalierten sie in der Sudetenkrise und fanden eine vorläufige Lösung im Münchener Abkommen.
Obwohl sich die sogenannte 2. Republik der nunmehrigen Tschechoslowakei (Oktober 38/14.3.39) nach erheblichen Gebiets- (rund 42.000 km²) und Bevölkerungsverlusten (rund fünf Millionen) und Autonomie für die Slowakei und die Karpato-Ukraine vollständig dem Willen Berlins unterwarf (Vorgehen gegen die Juden, Umbildung der Parteien, Sonderrecht für deutsche Emigranten), mußte Staatspräsident Hácha am 14.3.39 den Erpressungen Hitlers weichen: Unter dem Vorwand der Selbstauflösung des Staates (14.3.39 in Berlin diktierte Unabhängigkeitserklärungen der Slowakei und der Karpato-Ukraine) besetzte die Wehrmacht am 15.3. die "Resttschechei"; am 16.3. unterzeichnete Hitler auf der Prager Burg den "Erlaß über das Protektorat Böhmen und Mähren".
Völkerrechtlich existierte die Tschechoslowakei in der von Großbritannien, den USA, der UdSSR und de Gaulle anerkannten Exilregierung in London unter Beneš weiter. Sie betrieb mit Erfolg und in enger Zusammenarbeit mit Moskau (12.12.43 Freundschafts- und Bei-

standsvertrag) die Ungültigkeitserklärung des Münchener Abkommens, die Vorbereitung der Vertreibung der Sudetendeutschen 1945/46 (2,3 Millionen) und die Pläne für eine politisch-gesellschaftlichen Neuordnung nach dem Krieg.
Nach einem Aufstand in Prag kurz vor dem deutschen Zusammenbruch (5.-7.5.45) kehrte Beneš in die wiedererstehende Tschechoslowakei zurück. Die folgende kommunistische Machtergreifung und damit das Ende des tschechoslowakischen "Mittelweges" vermochte er nicht abzuwenden.<<

Großbritannien, Frankreich: Nach der kampflosen Besetzung der "Rest-CSR" erwarten die Westmächte weitere "NS-Raubzüge". England und Frankreich, die während der "Sudetenkrise" (September 1938) noch nicht "kriegsbereit" sind, bereiten sich jetzt in fieberhafter Eile auf den drohenden Krieg vor.
Der britische Botschafter in Berlin schreibt nach der Besetzung der Rest-Tschechoslowakei (x256/154): >>Die Annexion von Böhmen und Mähren kann nicht durch irgendeinen der Gründe gerechtfertigt werden, die einst die Opposition gegen die Eingliederung Österreichs und des Sudentenlandes schwächer machten. Sie widerspricht völlig dem Recht der Selbstbestimmung und ist absolut unmoralisch.
Sie stellt ein Unrecht dar, das nach Wiedergutmachung schreit. Sie mag Herrn Hitler und Herrn Ribbentrop einen billigen Triumph gewährt haben. Es würde jedoch traurig sein, wenn man nicht glauben könnte, daß sie sich am Ende als kostspieliger Irrtum erweisen wird. ... Der Nazismus hat endgültig den Rubikon der völkischen Reinheit und der deutschen Einheit überschritten.<<
Der französische Botschafter in Berlin schreibt nach der Besetzung der Rest-Tschechoslowakei (x256/154): >>Es ist einleuchtend, daß es ein vergebliches Bemühen wäre, wollte man, mit Aussicht auf Erfolg, versuchen, dem Führer mit andern Argumenten als der Gewalt zu begegnen. Das Dritte Reich hegt für Verträge und Verpflichtungen die gleiche Verachtung wie das Kaiserreich Wilhelms II. Deutschland bleibt das Land der "Papierfetzen".<<

16.03.1939

CSR: Das Reichsprotektorat Böhmen und Mähren (Restgebiet der CSR = 48.901 qkm) wird am 16. März 1939 direkt dem NS-Regime unterstellt (x004/6). Das Reichsprotektorat behält beschränkte Unabhängigkeit mit eigenem Staatsoberhaupt, eigener Verwaltung, Rechtsprechung und Kultur.
Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schreibt später über das "Protektorat Böhmen und Mähren" (x051/461): >>Protektorat Böhmen und Mähren, dem Deutschen Reich mit Erlaß Hitlers vom 16.3.39 angegliedertes "Schutzgebiet", bestehend aus den "historischen Ländern" der am Vortag durch militärischen Einmarsch "zerschlagenen" Tschechoslowakei: 48.927 km² mit 7,5 Millionen Einwohnern (1940), darunter 225.000 Deutsche. Die nahezu unumschränkte Macht im Protektorat Böhmen und Mähren lag beim Reichsprotektor (bis 27.9.41 Neurath, ab 25.8.43 Frick) und seinem Stellvertreter (bis 4.6.42 Heydrich, danach Daluege), der weiter amtierende "Staatspräsident" Hácha war praktisch einflußlos.
Die deutsche Herrschaft im Protektorat Böhmen und Mähren war geprägt durch rücksichtslose Gleichschaltung der Verwaltung, Durchsetzung des Führerprinzips, Herabstufung der Tschechen gegenüber den Reichsdeutschen zu Personen minderen Rechts und offenem Terror gegen tschechische Intelligenz und Bürgertum.
Das Protektorat Böhmen und Mähren hatte besonderen Stellenwert für die deutsche Kriegswirtschaft wegen der Produktions- und Arbeitskraftressourcen und wegen der relativen Sicherheit vor Luftangriffen. Daher wurde die Arbeiterschaft verhältnismäßig schonend behandelt und materiell umworben. Erst nach dem Attentat auf Heydrich (27.5.42) verschärfte sich die ohnehin wegen der nationalsozialistischen Judenverfolgung (u.a. Theresienstadt) gespannte Lage insgesamt durch die SS-Vergeltungsmaßnahmen (u.a. Lidice).

Der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft im Protektorat Böhmen und Mähren fielen bis 1945 ca. 65.000 Juden und 40.000 Tschechen zum Opfer. Die Ausschreitungen gegen die deutsche Bevölkerung bei der Vertreibung haben hier eine Ursache. Das Gebiet des Protektorats Böhmen und Mähren wurde nach der sowjetischen Besetzung im Mai 45 wieder der Tschechoslowakei inkorporiert.<<

17.03.1939

Großbritannien: Trotz der gewaltsamen Besetzung der Tschechoslowakei erläutert der britische Premierminister Chamberlain am 17. März 1939 in Birmingham, "daß die in den Pariser Verträgen festgelegten Grenzen ungerecht gewesen seien" (x028/56).

Premierminister Chamberlain erklärt am 17. März 1939 während dieser Rede in Birmingham (x243/67): >>... Wieviel Rücksicht hat man genommen auf den Grundsatz der Selbstbestimmung, ... als er die Trennung des Sudetengebietes von der Tschechoslowakei und dessen Einverleibung in das Reich forderte?

Deutschland hat der Welt unter seinem jetzigen Regime eine Serie von unangenehmen Überraschungen bereitet. Das Rheinland, der Anschluß Österreichs, die Lostrennung des Sudetengebietes. ...

Jedoch soviel wir auch einwenden mögen gegen die Methoden, ... etwas ließ sich doch sagen – entweder wegen der rassenmäßigen Zugehörigkeit oder wegen allzulang mißachteter gerechter Ansprüche - ... zugunsten der Notwendigkeit einer Änderung der vorhandenen Lage.

Aber die Dinge, die sich diese Woche unter völliger Mißachtung der von der deutschen Regierung selbst aufgestellten Grundsätze ereignet haben, scheinen zu einer anderen Kategorie zu gehören. ...

Ist dies der letzte Angriff auf einen kleinen Staat? ... Ist dies sogar ein Schritt in der Richtung, ... die Welt durch Gewalt zu beherrschen? ...

Ich fühle mich verpflichtet zu wiederholen, ... daß ... kein größerer Fehler begangen werden könnte als der, zu glauben, unsere Nation habe, weil sie den Krieg für eine sinnlose und grausame Sache hält, so sehr ihr Mark verloren, daß sie nicht bis zur Erschöpfung ihrer Kraft einer solchen Herausforderung entgegentreten werde, sollte sie jemals erfolgen. ...<<

21.03.1939

NS-Regime: Hitler bietet den Polen am 21. März 1939 langfristige Grenzgarantien und fordert nochmals die Rückgabe Danzigs und exterritoriale Verkehrswege (x041/97).

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Danzigfrage" (x051/108): >>Danzigfrage, seit 1919 schwelender Konflikt zwischen dem Deutschen Reich und Polen um Danzig, das ohne vorherige Abstimmung (ca. 380.000 Einwohner, darunter 12.000 Polen) am 15.11.20 zum Freistaat erklärt und dem Völkerbund unterstellt worden war; als Hoher Kommissar fungierte der Schweizer Historiker C. J. Burckhardt.

Zollhoheit und außenpolitische Vertretung des Territoriums wurden von Polen wahrgenommen, der Hafen unterstand paritätischer Verwaltung. 1933 kamen die Nationalsozialisten auch in Danzig an die Macht, die Lösung der Danzigfrage wurde indes zurückgestellt, um die innere Konsolidierung des Dritten Reiches nicht zu gefährden (Deutsch-Polnischer Nichtangriffspakt vom 26.1.34).

1939 spielte die Danzigfrage dann die Schlüsselrolle als Vorwand für die Entfesselung des Krieges mit Polen. Im April 39 schlug Hitler einen umfassenden deutsch-polnischen Ausgleich vor, der sich gegen die UdSSR richten sollte (Rückgabe Danzigs bei Wahrung der wirtschaftlichen Interessen Polens, Bau einer exterritorialen Autobahn durch den polnischen Korridor, Beitritt Polens zum Antikominternpakt u.a.), und erließ gleichzeitig die Führerweisung "Fall Weiß" (Polenfeldzug).

Warschau wies das Angebot brüsk zurück, nicht nur aus chauvinistischen Gründen; die Politik gleicher Distanz zu den beiden großen Nachbarn galt als "überlebensnotwendig". Hitler be-

trieb nun die Isolierung Polens (Deutsch-Sowjetischer Nichtangriffsvertrag), am 10.8. gab Danzigs Gauleiter A. Forster die "Heim-ins-Reich"-Parole aus, am 1.9. begann mit der Beschießung der Westerplatte durch das Linienschiff "Schleswig-Holstein" der Krieg mit Polen. Danzig wurde umgehend zum Reichsgebiet erklärt.
Nach der polnischen Niederlage versuchte die NS-Propaganda nicht ohne Erfolg, der französischen Öffentlichkeit unter dem Schlagwort "Mourir pour Danzig – Sterben für Danzig?" die Sinnlosigkeit der französischen Kriegserklärung vom 3.9.39 zu suggerieren. Im Potsdamer Abkommen wurde Danzig als Gdansk polnischer Verwaltung unterstellt.<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den "Korridor" (x051/327): >>Korridor (Polnischer Korridor), im Sinne der Vierzehn Punkte im Versailler Vertrag festgelegter Gebietsstreifen in Westpreußen zwischen Weichsel bzw. Danzig und Pommern, den das Deutsche Reich ohne Volksabstimmung an das neu geschaffene Polen abtreten mußte.
Der Korridor umfaßte 15.865 km² mit 330.600 Einwohnern, die zu über 50 % deutschsprachig waren. Er sollte Polen eine Seeverbindung mit dem Hafen Gdingen schaffen, schnitt Ostpreußen vom Reich ab und wurde zum Dauerkrisenherd trotz Verkehrsfreiheit für deutsche Transportmittel (plombierte Züge ohne Zollkontrolle).
Eine friedliche Revision kam nicht zustande, die Ausweisung zahlreicher deutscher Einwohner (1939 noch 10 %) schuf zusätzlichen Zündstoff, den Hitler am 21.3.39 zu ultimativer Forderung nach exterritorialen Verkehrswegen durch den Korridor und nach Volksabstimmung nutzte, in Verbindung mit einem 25-jährigen Nichtangriffsvertrag. Polen lehnte am 26.3 ab. Korridor- und Danzigfrage wurden so Vorwände zur Entfesselung des Polenfeldzuges und damit des Zweiten Weltkrieges. 1939-45 gehörte das Korridor-Gebiet zum Reichsgau Danzig-Westpreußen.<<

22.03.1939

Litauen: Litauen stimmt am 22. März 1939 der Rückgabe des Memellandes an das Deutsche Reich zu. Das Memelland wird bereits am nächsten Tag in die deutsche Provinz Ostpreußen (Regierungsbezirk Gumbinnen) eingegliedert.

23.03.1939

Polen: Die polnische Regierung, die nach der englisch-französischen Garantieerklärung die eigenen militärischen Kräfte maßlos überschätzt, ordnet am 23. März 1939 im "Korridor" die polnische Teilmobilmachung an und lehnt am 26.03.1939 endgültig alle deutschen Forderungen ab (x041/97).
Der deutsche Historiker Walter Post berichtet später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 - 2001 über die Verschlechterung der deutsch-polnischen Beziehungen im Frühjahr 1939 (x853/...): >>... Im Frühjahr 1939 kam es zu einer dramatischen Verschlechterung der deutsch-polnischen Beziehungen. Auslöser war der Streit um Danzig, daß bis 1918 zum Deutschen Reich gehört hatte und nun zu Deutschland zurückkehren wollte. Durch den Druck der "Anti-Appeaser" um Churchill und durch den Druck Roosevelts sah Chamberlain sich genötigt, einen schärferen Kurs gegen Deutschland einzuschlagen.
Chamberlain gab eine Garantieerklärung für Polen ab und versuchte, eine große Koalition zur Einkreisung Deutschlands zustande zu bringen. Dieser Koalition sollte neben England, Frankreich, Polen und Rumänien auch die Sowjetunion angehören. Chamberlain selbst stand einem Bündnis mit der UdSSR sehr skeptisch gegenüber, aber Polen und Rumänien waren ohne sowjetische Hilfe militärisch nicht zu verteidigen. Ohne Moskau war die Einkreisung und verschärfte Eindämmung Deutschlands nicht zu bewerkstelligen.
In Berlin löste die britische Einkreisungspolitik große Besorgnis aus. Deutschland hatte nach 1918 in Erfüllung des Versailler Vertrages sein Heer auf das Niveau einer Polizeitruppe abrüsten müssen. Das NS-Regime hatte ab 1933 eine forcierte Aufrüstung betrieben, aber 1939 hatte das deutsche Heer noch nicht einmal die Stärke der französischen Armee, geschweige

denn die einer Koalition der europäischen Militärmächte erreicht. Allenfalls die deutsche Luftwaffe hatte aufgrund ihrer hochmodernen Ausrüstung eine gewisse Überlegenheit.
Die deutsche Wirtschaft war nach wie vor in hohem Grade von Rohstoffeinfuhren abhängig, die Autarkiepolitik war kaum mehr als Propaganda gewesen. Mit anderen Worten, Deutschland war nicht kriegsbereit, und die von England angestrebte große Koalition hätte Deutschland jederzeit militärisch mattsetzen und wirtschaftlich erdrosseln können.
Während sich im Sommer 1939 die deutsch-polnische Krise immer mehr zuspitzte, verhandelte eine englisch-französische Militärdelegation in Moskau über ein Bündnis zwischen den Westmächten und der Sowjetunion. ...<<

31.03.1939

Frankreich, Großbritannien: England und Frankreich beenden nach der Nichtbeachtung des Münchner Abkommens am 31. März 1939 ihre Appeasement-Politik gegenüber Hitler und geben Garantieerklärungen ("Blankoschecks") für die Unabhängigkeit Polens ab (x041/97).
Neville Chamberlain (1869-1940, britischer Ministerpräsident) gibt der polnischen Regierung z.B. die Zusicherung, England werde Polen sofort Waffenhilfe gewähren, wenn Polen sich genötigt sehen sollte, die polnischen Streitkräfte gegen eine äußere Bedrohung einzusetzen (x069/175).
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die französisch-britischen Garantieerklärungen für Polen (x309/85-86): >>Ein entscheidender Schritt auf die "unvermeidliche deutsche Katastrophe" war dann der Ausbau der bereits bestehenden französisch-britischen Polengarantie zu einem dreiseitigen Beistandspakt im April 1939. Die Parteien verpflichteten sich, der jeweils anderen, sollte sie von einer "europäischen Macht" angegriffen werden, "nach Kräften Unterstützung und Hilfe zu leisten".
Der zweite Artikel sah eine ähnliche Unterstützung für den Fall vor, daß eine dritte Macht einen der Signatare "indirekt" bedrohte und dieser mit Waffengewalt reagierte. Diese etwas kryptische Formulierung wurde in der Presse veröffentlicht, nicht aber das noch provokativere Zusatzprotokoll, das festhielt, "unter dem Ausdruck 'europäischer Macht' ist Deutschland zu verstehen" und mit der indirekten Bedrohung sei Danzig gemeint. Für den Fall eines Angriffs durch eine andere europäische Macht verpflichtete das Protokoll die Signatare nur zu gegenseitiger Konsultation.
Der frühere US-Botschafter in Moskau, J. Davis, sah in dieser Konstruktion einen "Blankoscheck" für die Polen, und auch der amerikanische Botschafter in London, Joseph Kennedy, bemerkte, zum ersten Mal in der Geschichte Großbritanniens habe das Land die letzte Entscheidung über einen Krieg außerhalb seiner Grenzen einer anderen Macht überlassen.
Polen konnte also wie ein Torero den deutschen Stier beliebig reizen, um dann im Konfliktfall nach der "unvermeidlichen deutschen Katastrophe" den "höchsten Gewinn" einzufahren.
Konsequenterweise äußerte der polnische Botschafter in Deutschland, Jozef Lipski, gegenüber dem englischen Botschaftsvertreter Orgilvie-Forbes, man habe nun keine Veranlassung sich für irgendwelche deutschen Angebote zu interessieren: Die polnischen Truppen würden bald auf Berlin marschieren. Tatsächlich baute man auf die eigene Stärke, auf eine schnelle militärische Unterstützung – vor allem durch Frankreich – und auch auf die deutsche Kriegsmüdigkeit. ...<<
Herbert Ludwig berichtet später (am 15. Mai 2015) in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Instrumentalisierung Hitlers durch britische Machteliten (x962/…): >>**Das britische Schachspiel - Die Instrumentalisierung Hitlers für die westliche Kriegs-Strategie**
Weltpolitik ist weitgehend ein Intrigenspiel im Gewande der Diplomatie, in dem Machtsüchtige durch Täuschen und Lügen die Ausdehnung ihrer Herrschaft vorbereiten, um sie dann mit militärischen Mitteln zu vollenden. Von Friedrich Nietzsche ist der Ausspruch überliefert:

"*Ein Politiker teilt die Menschheit in zwei Klassen ein: Werkzeuge und Feinde. Das bedeutet, daß er nur eine Klasse kennt: Feinde."* ("Wille zur Macht")
Die größten Imperialisten und begabtesten Politiker, die ihre "Feinde" als Werkzeuge einzusetzen verstehen, sind die britischen Machteliten und ihre amerikanischen Zöglinge und Nachfolger. Sie haben zur Politik eine instinktive Veranlagung. Aus einem überschauenden Bewußtsein, gleichsam aus einer Metaebene operieren sie nach weiträumigen und langfristigen strategischen Plänen, schieben andere Staaten wie Schachfiguren in die gewünschten Positionen, um sie dann kaltblütig ihren Zielen zu opfern.
"Vergessen Sie niemals", warnte der Militärattaché der japanischen Botschaft in London den Deutschen Joachim von Ribbentrop, "*daß die Briten die schlausten Menschen auf Erden sind, die es in der Verhandlungskunst ebenso wie bei der Manipulation der Presse und der öffentlichen Meinung zur absoluten Meisterschaft gebracht haben."*
Die britische Deutschland-Politik im Vorfeld des Zweiten Weltkrieges bietet für die Künste der britischen Schachspieler ein makabres Beispiel, dem hier nachgegangen werden soll.

Die britische Fassade

Die britische Sieger-Geschichtsschreibung und im gehorsamen Gefolge auch die deutsche bezeichnen die Appeasement- (Beschwichtigungs-) Politik Großbritanniens gegenüber Hitler als einen bedauerlichen Irrtum, eine schwere Fehleinschätzung. Man habe das Hitler-Regime unterschätzt und sich in Illusionen bewegt zu glauben, man könne es mit Wohlwollen, Zugeständnissen und Entgegenkommen beschwichtigen und befrieden.
Es wird also, wie der amerikanische Wirtschaftshistoriker Guido G. Preparata in einer Untersuchung schreibt, der *Mythos* vermittelt, "*Großbritannien, das wohlgesinnt war, (wäre) nicht in der Lage gewesen, die Absichten der Nazis zu erkennen, und habe sich infolgedessen etwas Schuld an dem nachfolgenden Desaster aufgeladen. Diese Kurzsichtigkeit sei daher gekommen, daß seine Elite sich ... tiefgehend über außenpolitische Fragen in verschiedene einander widerstreitende Strömungen zerrissen vorfand. ... Hitler habe, so lautet die Entschuldigung, aus dieser politischen Zwietracht vollen Nutzen für seine wahnsinnigen Ambitionen gezogen."*
Preparata fügt lapidar an: "*Die Wahrheit sieht anders aus."*

Die britische Strategie

Die britische Führungsschicht hatte und hat im Großen und Ganzen eine einheitliche Struktur und Zielsetzung. Meinungsunterschiede gab es nur über das politische Vorgehen, nicht über Prinzipien und Ziele. *"Die Briten waren niemals geteilter Ansicht in der Frage, was mit Hitler geschehen solle. Das war ganz offensichtlich: zerstört ihn zu gegebener Zeit und richtet Deutschland zugrunde! Das verlangte die Logik des Empires."*
Die angloamerikanische imperialistische Logik lag ja bereits dem Ersten Weltkrieg zugrunde: Deutschland als wirtschaftlichen Konkurrenten auszuschalten und insbesondere ein Bündnis zwischen Deutschland und Rußland zu verhindern. Und da man die Ziele noch nicht ganz erreicht hatte, wurden im Versailler "Vertrag" die Keime für den zweiten Teil des neuen "Dreißigjährigen Krieges gegen Mitteleuropa" (Churchill) gelegt, von denen das reaktionär nationalistische Hitlerregime bereits - mit Hilfe angloamerikanischer Finanzkreise - als eine Frucht emporgewachsen war.
Über diese Strategie waren sich die britischen Eliten alle einig. *"Strittig war eher eine pragmatische Frage. Wie konnte man die Nazis am besten irreleiten, damit sie wieder in die Falle eines Zweifrontenkrieges tappten? Die Antwort lautete: indem man mit ihnen tanzte. Und tanzen taten die Briten, sie hatten beim Walzer durch die diplomatischen Ballsäle immer geführt und hinterließen beim Herumwirbeln ein Muster, das in der Tat einem voraussagbaren Ablauf entsprach."*

Die Taktik der Briten

In der Tat gab es nach außen hin verschiedene einander widerstreitende Gruppierungen in der

britischen Politik:
1) die Antibolschewisten, die für die Wiederaufrüstung Deutschlands eintraten, um es als Bollwerk gegen den Kommunismus aufzubauen, den es zu zerstören gelte (und damit natürlich auch Deutschland);
2) die Vertreter einer "Drei-Blöcke-Welt", die Deutschland auch aufbauen, aber zwischen einen westlichen Block der englisch sprechenden Völker und einen bolschewistischen Ostblock einbinden und den letzteren dadurch eher in Schach halten als zerstören wollten und
3) die Anhänger eines "Appeasements". (Man kann auch noch eine "Frieden-um-jeden-Preis-Fraktion" ausmachen.)
Waren das ernsthafte unterschiedliche politische Strömungen aus der Bevölkerung, oder handelte es sich um ein Schauspiel einer sich weitgehend einigen Elite des Empires für die Öffentlichkeit, um mit aufgefächerten, sich widersprechenden Politik-Konzepten Verwirrung zu stiften und dahinter ganz andere Ziele zu verfolgen? Der die Zeitereignisse aufmerksam verfolgende Rudolf Steiner machte bereits 1916 aus seiner genauen Kenntnis der britischen Verhältnisse, insbesondere der hinter und in der Politik wirkenden Geheimgesellschaften, auf solche Methoden aufmerksam:
"*Da haben die Menschen in der Regel überhaupt keinen Begriff davon, daß Dinge, die nebeneinander auftreten, eigentlich zusammen gedacht sind und gewissermaßen zusammen veranstaltet sind. In solchen weitumfassenden und in tonangebende Kreise hinaufreichenden okkulten Verbrüderungen wie diejenigen im Britischen Reiche ... weiß man, was der eine zu tun hat, was der andere zu tun hat, und wie man wirkt im Leben.*
Da weiß man ganz gut, was es bedeutet - ich will Ihnen einen konkreten Fall erwähnen - wenn man auf der einen Seite versucht, daß Staatsmänner Englands nach und nach befreundet werden mit gewissen Staatsmännern eines kleinen Donaustaates, der ein Teil Österreichs ist. ... Aber das macht man nicht bloß für sich; sondern daneben macht man das andere, daß man z.B. ein wirksames Buch erscheinen läßt, in dem man ganz besonders schimpft über das Volk, das in diesem Staate lebt, so daß man das, was man auf der einen Seite hinstellt, auf der anderen Seite aus den Angeln hebt. So etwas hat eine Bedeutung, wenn es methodisch gemacht wird ... So wird es gemacht, mit allen diesen Dingen, die scheinbar nebeneinander einhergehen."
Preparata deckt die gleiche Methode zwischen den beiden Weltkriegen auf. Die Briten tanzten, wie oben von Preparata bereits zitiert, mit den Nazis. *"Dabei wandten sie die Taktik an, eine Vielzahl politischer Formationen so zu aktivieren, wie man sich Werkzeuge für die verschiedenen Aufgaben, die anfallen werden, passend zurechtlegt. ... Somit verfügte das Empire ... über mindestens drei zur Verfügung stehende Masken."*

Ausgangslage

Von 1919 bis 1926 beherrschte die erste Gruppe, die Antibolschewisten, Regierung und Politik. Zu ihnen gehörten Lord Curzon, der führende außenpolitische Experte Sir Eric Simon, Lord D'Abernon, General Smuts und H. A. L. Fisher. "*Sie taten alles ihnen Mögliche, um die Reparationsregelungen zunichte zu machen, die deutsche Wiederaufrüstung zu erlauben und um das niederzureißen, was sie 'französischen Militarismus' nannten."*
D'Abernon trat "*für ein geheimes Bündnis Großbritanniens 'mit den militärischen Führern Deutschlands zur Kooperation gegen die Sowjetunion' ein."* Als Botschafter in Berlin von 1920-1926 blockierte er "*alle Bemühungen der Entwaffnungskommission, Deutschland zu entwaffnen oder auch nur Inspektionen durchzuführen."*
Diesen Blickwinkel unterstützte, wenn auch aus etwas anderen Gründen, die zweite Gruppe, die als Milner- oder Round-Table-Gruppe bekannt war und den eigentlichen Kern des englischen Imperialismus bildete.
Zu ihr gehörten Lord Milner, Leopold Amery, Edward Grigg, Lord Lothian (Philip Kerr),

Lord Astor, Lord Brand, Lionel Curtis, Geoffrey Dawson (Herausgeber der Times) und ihre Freunde, sowie Lord Halifax. Diese Gruppe hatte großen Einfluß, weil sie den Rhodes Trust kontrollierte, den *Beit Trust, The Times aus London, The Observer,* das einflußreiche und völlig anonyme Magazin, das als The Round Table bekannt war."
Sie beherrschte das Royal Institute of International Affairs, genannt Chatham House, das sie 1920 als Teil eines gemeinsamen anglo-amerikanischen *"Zentrums der maßgebenden Meinung"* gegründet hatten, zu dem auf amerikanischer Seite das 1921 gebildete *Council on Foreign Relations* gehörte.
Beide Gruppen waren sehr eng und freundschaftlich miteinander verbunden; Simon und Smuts waren sogar Mitglieder in beiden Gruppen, was darauf hindeutet, daß es sich im Grunde um taktische Varianten eines geschlossenen Vorgehens handelte.
"Zu den Appeasern gehörte schließlich noch eine bunte Ansammlung von Hinterbänklern wie Churchill und Lloyd George, die einen 'ehrenhaften Frieden' vorgeschlagen hatten. Hinzu kamen parteiungebundene Technokraten wie Norman und Teile der Intelligenz - Publizisten und Schriftsteller wie Keynes. Alle waren darauf bedacht, dem früheren Feind ein freundliches Gesicht zu zeigen und im Namen 'sportlicher Fairneß' neue Verbindungen mit ihm zu knüpfen."
Gegen Ende der Weimarer Zeit rückten die Antibolschewisten mehr in den Hintergrund, und die Appeaser traten stärker in Aktion. Dahinter hielten die Strategen des Round-Table das Heft in der Hand. *Sogar eine von Rolf Gardiner geführte deutsch-freundliche Randgruppe ... mit Sinn für das gemeinsame Erbe der nordischen Folklore war entstanden. Dies war allerdings eine Bewegung am Rande, ohne eine breitere Unterstützung und politischen Einfluß. Es gab keine echten deutschfreundlichen Gefühle in England, nur einen aufkeimenden Dschungel von so Tun als ob."*

Das Vorgehen

Bald nach Hitlers Machtergreifung, die ohne Hilfe angloamerikanischer Finanzkreise nicht möglich gewesen wäre, begann die britische "Maskerade" (Preparata) erst richtig. Als Hitler am 9. April 1934 öffentlich ankündigte, daß Deutschland entgegen der Versailler Bestimmungen wieder aufrüsten werde, war Frankreich besorgt.
Aber von England reiste ein bekennender Nazi-Verehrer und Appeaser, Hauptmann Winterbotham, nebenbei Agent des britischen Auslandgeheimdienstes M16 und des Nachrichtendienstes des Luftfahrtministeriums, nach Deutschland zum führenden Nazi-Ideologen Alfred Rosenberg, den er 1931 während dessen Herbstreise nach England durch die Londoner Clubs geführt hatte. Er wurde auch vom Führer empfangen und gewann das volle Vertrauen seiner Gastgeber, die mit ihm ihre Überlegungen besprachen, wie sie zusammen mit England den Kommunismus vernichten würden.
Auf den Putschversuch österreichischer Nazis in Wien am 25. Juli 1934 wandten sich Italien und Frankreich besorgt wegen einer fälligen Strafaktion gegen Hitler an England. Doch England lehnte eine militärische Züchtigung ab; es zahle sich nicht aus. Die Franzosen mußten konstatieren, England schreibe Österreich ab und ermuntere die Nazis zu mehr. Im gleichen Monat verteidigte der Führer der britischen Konservativen Stanley Baldwin (der Fuchs), der von Juni 1935 bis Mai 1937 als Premierminister fungieren sollte, Deutschlands Recht auf eine Luftwaffe. "*Es hat aufgrund seiner wehrlosen Stellung in der Luft alle Argumente, um sich zu schützen, auf seiner Seite."*
Nun war ein Gegenmanöver fällig. Bald darauf tauchte der bisherige Appeaser Winston Churchill von den hinteren Bänken des Parlaments auf und umwarb den sowjetischen Botschafter Maisky, um den Russen ein Militärbündnis mit England gegen Hitler schmackhaft zu machen. Unmittelbar danach eilte Churchill ins Parlament, um eine Reihe alarmierender Reden zu halten, in denen er vor der Gefahr deutscher Luftangriffe auf London warnte, bei denen binnen

sieben Tagen 30.000 Menschen getötet oder verstümmelt werden würden. Premier Baldwin dagegen forderte Lloyd George auf, Churchill zurechtzuweisen. Dieser übersehe, wie wichtig Deutschland für England als Bollwerk gegen den Kommunismus sei.
"Hinter Churchill sammelte sich nun ein prorussischer Anti-Nazi-Kern, während die Friedensfreunde hinter Lloyd George an Einfluß gewannen. Großbritannien zeigte jetzt der Welt ein strahlendes, demokratisches Gesicht - ein Gesicht, auf dem die Züge des zynischen Pragmatismus (des Appeasements) durch die Gemäßigten der Milner-Gruppe und die offene Gegenstimme Churchills etwas abgemildert wurden. Es war das erfrischende Antlitz des Pluralismus."
Die Pro-Nazi-Friedenspartei wurde noch publikumswirksam durch einen königlichen Kandidaten, Prinz Eduard, gekrönt, der fließend Deutsch sprach und die schönsten Sommer seiner Kindheit bei seinem Lieblingsonkel Willi, dem früheren Kaiser Wilhelm II., dem Vetter seines Vaters, verbracht hatte.
Nachdem Frankreich am 6. März 1935 die allgemeine Wehrpflicht wieder eingeführt hatte, zog Hitler zehn Tage später nach. England "protestierte" gegen den neuen Bruch des Versailler Vertrages, trotzdem statteten Sir Eric Simon und Anthony Eden vom Auswärtigen Amt am 25. März den vorgesehenen Besuch in Berlin ab. Hitlers erneute Ausführungen über die Notwendigkeit, eine gemeinsame Front gegen den Bolschewismus zu errichten, stießen ebenso auf freundliches Wohlwollen wie sein Vorschlag, der deutschen Marine eine Tonnage von 35 % der Royal Navy zu erlauben.
Die Gespräche "*endeten mit einem Frühstücksempfang in der britischen Botschaft, bei dem der Botschafter Sir Eric Phipps seine Kinder antreten ließ, um Hitler und sein Gefolge mit dem Naziruf 'Sieg Heil` zu begrüßen."* Doch Eden reiste anschließend direkt zum Nazi-Feind nach Moskau weiter - ein frühes Beispiel für das Doppelspiel des britischen Außenministeriums. Am 18. Juni 1935 wurde das Flottenabkommen nach Hitlers Vorschlag unterzeichnet.
Am 19. Juni 1935 gab Prinz Eduard, ab Januar 1936 König Eduard VIII., sein Debüt als Pro-Nazi-Kandidat. In einer Rede forderte er die Veteranen-Legion auf, die Feindseligkeiten des großen Krieges zwischen England und Deutschland für immer zu begraben. Standing Ovations überschütteten ihn, "*während sich ringsherum die Union Jacks mit den Hakenkreuzstandarten der deutschen Veteranen mischten."*
Einen Monat später empfing Hitler britische Veteranen und schwelgte mit ihnen in der Erinnerung an die alten Tage in den Schützengräben, "*und das taten sie mit so viel Leidenschaft, als seien sie Waffenbrüder, die aus dem gleichen Unterstand geschossen hätten."*
Am 7. März 1936 wagte es Hitler im Vertrauen auf das englische Wohlwollen mit einer Frankreich noch weit unterlegener Wehrmacht die entmilitarisierte Zone des Rheinlandes zu besetzen. Nach dem Versailler Vertrag bedeutete das Krieg. England, Italien und Belgien sollten Frankreich sofort zu Hilfe eilen.
Doch die Zeitungen *Daily Express* und *Daily Mail* spendeten Hitler Beifall. Philipp Kerr, einer der Architekten des Versailler Vertrages, und Lord Astor erinnerten an die notwendige deutsche Rolle als Damm gegen den Bolschewismus und hielten den erbosten Franzosen vor, sich wegen des verständlichen Wunsches Deutschlands, "seinen eigenen Hinterhof zu betreten", nicht streitsüchtig zu zeigen. Anthony Eden und Lord Halifax flogen nach Paris und mahnten.
"*Unterlassen Sie jeden Akt, der zum Krieg führen könnte. England will Frieden."* Auf einer Sitzung des Völkerbundes am 14. März "*verkündete Eden, mit einer perfekt doppelzüngigen Phrase des außenministeriellen Jargons zum Vergnügen der Nazis, daß die Besetzung des Rheinlandes ein Verstoß gegen den Vertrag von Versailles sei, aber keine Bedrohung des Friedens darstelle. Sie gefährde die Macht Frankreichs, aber nicht seine Sicherheit. Die Franzosen waren verblüfft."*

Im Rahmen der britischen Taktik mußte der Vorstoß der Appeaser auch eine entgegengesetzte Reaktion auslösen. "*Nach dem Rheinlandkomplott wurde die Anti-Nazi-Fraktion unter Churchills Führung und mit jüdischem Geld in eine schnellere, entschlossenere und streng geheim agierende Einrichtung, die als The Focus bekannt wurde, umgewandelt. ... Doch Hitler machte sich nicht die geringsten Sorgen wegen Churchills Partei. In seinen Augen war sie nur eine Belästigung, die zu nichts als leeren Worten fähig war."*
Hitler strebte nach einem Zusammentreffen von hohem Symbolwert und lud Premierminister Baldwin ein. Doch dieser lehnte höflich ab und schickte aus den Rängen der Appeaser Lloyd George aus, den Führer in seinem Adlerhorst in den Alpen aufzusuchen. So schüttelte Hitler nicht seinem amtierenden Amtskollegen, sondern dem früheren Premierminister die Hand, einem der erfolgreichsten Hebammen des Nazismus, der den Versailler Vertrag ausgehandelt hatte. Hitler war von ihm mehr als beeindruckt, nannte ihn ein "Genie" und wollte ihn auf dem Parteitag in ein paar Tagen zur Schau stellen.
Doch Lloyd George "*lehnte vorsichtig ab, hielt sich aber nicht dabei zurück, schlecht über die Tschechen zu sprechen. - Auch das ein Hinweis. In einem Wort: Das Treffen war ein weiterer Erfolg, und Lloyd George sollte danach den Führer in der Presse loben und ihn als den 'größten Deutschen dieses Zeitalters' würdigen."*
Schließlich kam nach all diesen Freundlichkeiten im November 1937 die Zeit, "*den Führer weiter in Richtung Krieg zu stoßen. Die Entsendung von Lord Halifax am 19. November zu Hitlers Alpenresidenz brachte die Wende in der Dynamik, die zum Zweiten Weltkrieg führte."*
Halifax sagte zu Hitler zusammengefaßt: England hält Deutschland für die Bastion gegen den Kommunismus. Es hat keinen Einwand gegen den Anschluß Österreichs und der Tschechoslowakei. Deutschland solle keine Gewalt anwenden, um seine Ziele in Europa zu erreichen, wohl wissend, daß Hitler dies angesichts der westlichen Waffenlieferungen kaum als ernst gemeint betrachten werde.
Im Februar 1938 *"erklärten Premierminister Chamberlain und Schatzkammersekretär Sir Eric Simon im Unterhaus, man könne nicht erwarten, daß Großbritannien die österreichische Unabhängigkeit unterstütze. Das war das Signal. Am 12. März marschierte Hitler in Österreich ein."*
Das in Versailles gebildete Konstrukt Tschechoslowakei, in das 3,4 Mio. Sudetendeutsche (22 % der Bevölkerung) eingeschlossen wurden, gab Hitler den nächsten vorgezeichneten Ansatzpunkt, im Namen der "ethnischen Selbstbestimmung" einzugreifen. Die britische Presse gab Feuerschutz. Die britische Regierung verweigerte den aufständischen deutschen Militärs um General Beck die Zusammenarbeit, spielte die Kampfstärke der gut trainierten tschechoslowakischen Armee herunter, beruhigte über geheime Boten Hitler, demnächst erfolgende scharfe offizielle Stellungnahmen Englands und Frankreichs zu ignorieren und sorgte dafür, daß im Münchner Abkommen vom September 1938 die Tschechoslowakei aufgeteilt und Hitler der Weg freigemacht wurde.
Die englische Öffentlichkeit wurde durch eine geschürte Kriegshysterie stillgehalten: "*England sei durch Luftangriffe mit Giftgaseinsätzen seitens der* (deutschen) *Luftwaffe bedroht. In den ersten Septemberwochen wurden Gasmasken an die Londoner ausgegeben und Luftschutzübungen durchgeführt."* Gegen die Annexion der Rest-Tschechoslowakei durch Hitler am 14. März 1939 protestierten die Alliierten, aber dabei blieb es.
"*Um Versailles endgültig abzuwickeln, blieb jetzt nur noch Polen übrig."* Mit der Abtrennung Posens und Westpreußens an Polen, der Unterstellung Danzigs unter den Völkerbund und der damit verbundenen Trennung Restdeutschlands von Ostpreußen waren 1919 weitere Konflikte bewußt veranlagt worden.
Hitler hatte am 21.10.1938 Gespräche mit Polen begonnen, in denen er *"die Rückgabe Danzigs und einen Streifen von einem km Breite durch den polnischen Korridor für eine Autobahn*

und eine vierspurige Eisenbahnlinie unter deutscher Souveränität forderte. Diese ziemlich bescheidene Anfrage wurde dem polnischen Verbündeten in einer so freundlichen Atmosphäre wie möglich unterbreitet. ... Hitler wollte Polen nicht überrennen, sondern es viel lieber in den bevorstehenden Angriff auf Rußland einbinden."
Doch Ende März 1939 wurde Polen plötzlich streitsüchtig. Er wußte nicht, daß England Polen heimlich Angebote gemacht hatte.
Nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht in der Tschechoslowakei konnten die Briten vor der Öffentlichkeit die Politik des Appeasements nicht mehr vertreten. Die Pro-Nazi-Friedenspartei rückte auf die hinteren Bänke, und die Round-Table-Gruppe verschmolz mit den Antibolschewisten. *"Dabei täuschte die sichtbare Front unter Führung von Halifax ein unnachgiebiges Vorgehen gegen die Nazis vor, während die geheime Front, die mit der Chamberlain-Gruppe besetzt war, Hitler weiterhin Zugeständnisse machte und 'freundliche' Zusicherungen abgab, daß England nicht in den Krieg eintreten werde.*
Hitler war genau so weit gegangen, wie man ihm erlaubt hatte. Nun war es für Großbritannien Zeit, ihn an der Westfront hereinzulegen, um den Krieg voranzubringen. Am 31. März 1939 ... informierte Chamberlain das Unterhaus, daß 'im Fall irgendeines Vorgehens, das die Unabhängigkeit Polens deutlich bedroht, die Regierung Seiner Majestät sich verpflichtet fühle, der polnischen Regierung sofort jede Unterstützung zu gewähren, die in ihrer Macht steht."
Das war ein ungewöhnlicher Blankoscheck.
Andererseits versprach Chamberlain den Nazis bis in den August hinein als Gegenleistung für Frieden eine "allumfassende politische Partnerschaft", während die Round-Table-Gruppe die Polen weiterhin bedrängte, in den Verhandlungen mit Hitler nicht nachzugeben.
"*Egal, wie raffiniert die Strategie Großbritanniens ... auch war, sie war immer die gleiche gewesen, nämlich einen Feind gegen einen anderen auszuspielen und die eigene Verwicklung dadurch abzusichern, daß es zuvor Satellitenländer förderte und den ausgewählten Feind damit wie mit Landminen umgab, in diesem Fall die Deutschen. Was England vor dem Ersten Weltkrieg mit den Garantien für Belgien getan hatte, wiederholte es nun mit Polen."*
Das Wichtige war, daß Deutschland gezwungen wurde, mit dem Krieg zu beginnen. Das gelang auch mit Hitler. Polen weigerte sich, mit Englands Bündnis im Rücken, zu verhandeln, und Deutschland marschierte nach einem halben Jahr fruchtloser Verhandlungsversuche am 1. September 1939 in Polen ein. Großbritannien erklärte Deutschland am 3. September den Krieg, kam aber den Polen trotz aller Versprechungen nicht zu Hilfe. "*Die Royal Air Force erhielt strikte Order, ja keine deutschen Landstreitkräfte zu bombardieren."*<<
Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtet später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über Churchills Unterstützung durch britische Banken (x364/162-166: >>**VIII. Sanierung als Zerstörung der Welt**
Zur Jahrhundertwende gab es auf der Weltbühne drei Großmächte, die zwischen den illuministischen Verschwörern und der Verwirklichung ihres Endzieles standen - der Schaffung einer totalitären Eine-Welt-Regierung. Diese Mächte waren Rußland, Großbritannien und die Vereinigten Staaten. Durch den subversiven Einfluß der Geheimgesellschaften und die immense Kapitalhilfe, die die internationalen Bankiers bereitgestellt hatten, war bis zum Jahre 1920 das zaristische Rußland erfolgreich von der Bahn verdrängt worden.
England erwies sich als eine etwas härter zu knackende Nuß. Obwohl der Krieg 1914 bis 1918 von England ein ungeheures Opfer an Menschenleben und Kapitaleinsatz gefordert hatte, blieben der moralische Charakter und die Zähigkeit, die England zu einer Großmacht hatten werden lassen, ungebrochen stark zurück.
Eine Feder im Bewußtsein der Nation zersprang
Der Erste Weltkrieg brachte aber eine entscheidende Wende in der Geschichte Englands. Er signalisierte den Anfang vom Ende einer einstmals stolzen Nation. Die 20er Jahre wurden

Zeuge eines wachsenden Einflusses, den die illuministische "Fabian Society" auf die englische Politik nahm.
Sie waren außerdem von einem spürbaren Verfall der nationalen Entschlossenheit und Zweckbestimmtheit gekennzeichnet. Das England der Nachkriegszeit wurde von wirtschaftlichen Umwälzungen, sozialen Unruhen, massiven Arbeitskämpfen und gravierender Arbeitslosigkeit erschüttert.
In seiner Rede an die Navy League bemerkte Winston Churchill am 26. Februar 1930, daß "in den vergangenen Jahren ein Gefühl der Machtlosigkeit über jene gekommen sein muß, die an den triumphalen Bestrebungen teilgenommen haben, die das British Empire während des laufenden Jahrhunderts unternommen hat. Es scheint, als ob eine Feder im Bewußtsein der Nation zersprungen ist.
Es ist eine Bereitschaft vorhanden, alles, was durch unermeßliche Opfer und Anstrengungen erworben worden ist, wegzuwerfen. Wir scheinen die einzige große Nation zu sein, die nicht für sich selbst zu sprechen wagt, die das Vertrauen in ihre Mission verloren hat, die bereit ist, ihre hart erkämpften Rechte aufzugeben."
Die vorsätzlich ins Werk gesetzte Große Depression der 30er Jahre und die sie begleitende soziale Misere sind für die Entwicklung einer starken Gewerkschaftsbewegung und den Aufstieg der Socialist Labour Party zur überragenden Partei ursächlich gewesen.

"Er will das Elend abschaffen"

Der Zweite Weltkrieg gab England den Rest. Es war das Ereignis, das den Verschwörern die goldene Chance bot, ihr Sanierungs-Programm für die Britischen Inseln ein schönes Stück voranzutreiben.
Im Dezember 1942, während das englische Volk unter dem tagtäglich zunehmenden Kriegsdruck schwankte, wurde von der Fabian Society, einer englischen "Paraorganisation" der Illuminaten-Verschwörer, die Veröffentlichung eines Dokuments veranlaßt, das den Titel "Beveridge Report" trug. Geschrieben hatte es Sir William - später Lord - Beveridge, ein "Gesellschaftslöwe, dessen olympische Würde, rednerische Gaben und das Talent, sich in der High-Society zu bewegen, ihn zu einem unbezahlbaren Werkzeug für die Durchsetzung der Fabian-Gesellschaft auf beiden Seiten des Atlantiks machten".
Im Gegensatz zu Winston Churchill, der rund dreißig Monate zuvor dem englischen Volk "nichts als Blut, Mühsal, Tränen und Schweiß" versprochen hatte, versprach Sir William den Briten das Paradies auf Erden, wenn sie nur sein kunstvoll verschnürtes Paket mit sozialen Reformen "kaufen" würden. Ungeahnte Vorteile würden dem englischen Volk erwachsen und sich von der Wiege bis zur Bahre erstrecken. Das Ergebnis wäre ein Arbeiterparadies.
"Auf die von Bomben ramponierte, blitzgeschockte Nation und die von Furcht geplagten Truppen in Übersee wirkte seine Botschaft verlockend. Und genau das hatten die Fabians mit ihrem zynischen Verständnis der Massenpsychologie gewollt." Mittels der uneingeschränkten Zusammenarbeit der manipulierten englischen Presse machte der "Beveridge Report" am Tage nach seiner Veröffentlichung die Schlagzeilen, neben denen sogar die Kriegsmeldungen aus Nordafrika verblaßten.
Als 1945 der Friede in Europa zurückkehrte, war das englische Volk psychologisch soweit bearbeitet worden, daß es die in dem "Beveridge Report" niedergeschriebenen Fabianschen Fabeln bereitwillig "kaufte". Im Juli 1945 gewannen die Fabianschen Sozialisten unter Führung von Clement Attlee bei den Wahlen einen überwältigenden Sieg. Seit dieser Zeit, mit Ausnahme einiger flüchtiger, aber spürbarer Augenblicke, in denen die Nation klarsichtig den Feind vorübergehend bremsen konnte, ist England immer tiefer in die sozialistische Schlangengrube gefallen.

Fabiansche Fabeln

Englands Vorgeschmack von dem sozialistischen Paradies war alles andere als ein erfreuliches und berauschendes Erlebnis. Während die Sozialisten die Grundmauern der englischen Gesellschaft durchlöcherten, entschwand der "Traum" des "Beveridge Report" in immer dichterem Nebel. An seiner Stelle tauchte der soziale und finanzielle Alptraum auf, der die wahre Erscheinungsform der irrealistischen Lehrsätze der Sozialisten ist.

In nur wenigen Jahren haben die Sozialisten praktisch die englische Wirtschaft verstaatlicht, und zwar einmal durch die direkte Übernahme der Kontrolle über rund ein Viertel des gesamten Wirtschaftsprozesses und zum anderen indirekt durch ein Gesamtplanungssystem, mit dessen Hilfe die Regierung sowohl die Produktion als auch die Kreditvergabe steuerte.

Die Grundstoffindustrie sowie Hauptdienstleistungen wurden verstaatlicht, das heißt der Regierungskontrolle unterstellt. "Die Nachteile, die diese staatlich betriebenen Unternehmen mit sich brachten, wurden nur noch von ihrer Leistungsschwäche übertroffen."

Die von den Rothschilds kontrollierte "Bank of England" wurde angeblich von der Regierung "übernommen", doch war dies nur ein geschickter Vorwand, um die englischen "Bauern" von der richtigen Fährte abzubringen. Dieser Schritt hat allein dazu gedient, die Macht der Rothschilds zu festigen und zu verstärken, da nun alle Banken gezwungen waren, die von den Rothschilds herausgegebenen Bank-of-England-Noten zu benutzen und nicht mehr ihre eigenen. Infolgedessen erhielten die Rothschilds und ihre Freunde von allem einen Beuteanteil.

Das englische Volk mag "den Krieg gewonnen" haben, aber es hat sich selbst sofort in die Sklaverei verkauft, indem es für die Fabians stimmte, die gelobt hatten, jeden Aspekt des Lebens in England zu beherrschen.

Die Folgen eines solchen Wahnsinns waren vorhersehbar. Sämtliche von der Regierung übernommenen Industrien verfingen sich in den verwickelten Maschen eines bürokratischen Papierkrieges und trieben hilflos in einem Meer roter Tinte. Die Kohleförderung sackte mit 7 Millionen Tonnen unter das Niveau von 1937 ab, obwohl man Hunderte Millionen Pfund für neue Ausrüstungen investiert hatte. Die Folge war ein dreiwöchiger Stromausfall in London und den Midlands, der 75 Prozent der englischen Wirtschaft lahmlegte und das Land rund 250 Millionen Pfund an verlorengegangenen Exportaufträgen kostete. Man entließ 2 Millionen Arbeiter.

Während andere europäische Nationen bemüht waren, die durch den Krieg auferlegten Einschränkungen abzubauen, haben die Fabianer diese vermehrt. Täglich spuckten die Regierungsämter neue Vorschriften, Verordnungen und Erlasse aus mit dem Ziel, den Einflußbereich der Bürokraten über das Leben des englischen Volkes auszudehnen. …<<

Auf der Webseite "https://kenfm.de …" des deutschen Journalisten Ken Jebsen erscheint später (am 1. Januar 2021) folgender Bericht über das deutsch-russische Verhältnis im Jahre 1939 (x1.014/…): **>>HIStory: Kampf um die eurasische Platte**

Der Buchautor und Publizist Hermann Ploppa erläutert in HIStory kurz und sachlich historische Daten und Jahrestage von herausragenden geschichtlichen Ereignissen.

... Warum kam es dann doch im Jahre 1939 zum erneuten Bündnis Deutschlands mit der Sowjetunion? Nun, die Antwort ist nicht ganz einfach, aber doch klar genug: Hitler war pleite und nahm Hilfe wo er sie kriegen konnte. Im Januar 1939 schrieben die sieben Vorstandsmitglieder der Reichsbank einen Brief, der Hitler wenig erfreute. Reichsbankchef Hjalmar Schacht erinnerte den Führer daran, daß Deutschland die Aufrüstung mit einer Art Kryptowährung, dem Mefo-Fond, bezahlt hatte.

Schacht sagte: wir können nicht länger eine Aufrüstung mit ungedeckter Währung, quasi nur durch das Drucken von Papiernoten, finanzieren. Außerdem haben wir seit vielen Jahren mehr Waren aus dem Ausland eingeführt als was wir ins Ausland geliefert haben. Jetzt geht nichts mehr. Gezeichnet Hjalmar Schacht.

Hitler was not amused und feuerte Schacht, den Überbringer der schlechten Nachricht. Daraufhin bemühen sich etliche Konzernchefs, für Hitler international einen Mega-Überbrückungskredit zu schnüren. Der englische Notenbankchef Montagu Norman und der Botschafter der USA in England, Joseph Kennedy - der Vater der legendären Kennedy-Brüder - legen dafür ihr gutes Wort ein. Doch der damalige Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Franklin Delano Roosevelt, pfeift Kennedy Senior zurück. Aus dem Megadeal für Adolf wird nichts.
Was soll Hitler jetzt tun? Soll er sich aufhängen, was er auch immer wieder gerne androhte, oder sollte er die Unterstützung von woanders herholen? Sein Außenminister Joachim von Ribbentrop hat die Lösung bereit. Er fädelt das Undenkbare ein. Mit dem sowjetischen Außenminister Wjatscheslaw Molotow wird der sogenannte Hitler-Stalin-Pakt eingefädelt und dann auch ratifiziert. Wieder eine Win-Win-Situation?
Nicht wirklich. Denn Stalin denkt, er hat, indem er Hitler aus der Patsche hilft, das Deutsche Reich aus der antisowjetischen Phalanx der Westmächte herausgebrochen. Tatsächlich kann er mit Hitlers Duldung die Grenzen der Sowjetunion über die Teilung Polens und die Annexion der Baltischen Länder nach Westen verschieben. Das bringt ihm einen Zeitgewinn, um seine Truppen besser auf den möglicherweise unvermeidlichen Krieg einzustellen.
Doch Hitler kehrt zu seiner antisowjetischen Agenda zurück. Durch großzügige Gesten hat Hitler immer wieder den Westmächten signalisiert: ich komme zu meiner prowestlichen Agenda zurück! So verordnet er beispielsweise im berühmten Haltebefehl von Dünkirchen seinen Panzerverbänden, stehen zu bleiben. Damit ermöglicht Hitler den insgesamt 330.000 britischen und französischen Soldaten, die in Dünkirchen eingekesselt waren, ungehindert nach England abzuziehen.
Hätte er diese Soldaten gefangen genommen, hätte Hitler den Zweiten Weltkrieg wahrscheinlich schon im Mai 1940 für sich entschieden. Doch durch den Überfall auf die Sowjetunion im Sommer 1941 ist Hitlers Schicksal besiegelt. Nun hat er genau den Zweifrontenkrieg, den er immer vermeiden wollte. Und die Sowjetunion ist für die deutsche Wehrmacht eine Nummer zu groß. Die Panzer und Kanonen der Wehrmacht versinken im Schlamm der Pripjet-Sümpfe. Und an die dringend benötigten sowjetischen Ölvorkommen in Aserbeidschan kommt die Wehrmacht nicht mehr ran. Der Krieg ist verloren. …<<

01.04.1939

Spanien: General Franco siegt nach fast 3 Jahren und beendet am 1. April 1939 offiziell den Bürgerkrieg.

Ende des Spanischen Bürgerkrieges

Während des mit großer Grausamkeit geführten Spanischen Bürgerkrieges kamen etwa 500.000 bis 1.000.000 Menschen um (x051/552, x054/213). Nach dem Kriegsende flohen ungefähr 150.000 Spanier nach Mittel- oder Südamerika und 150.000 nach Frankreich (x191/-79). Hunderttausende von republikanischen Soldaten gerieten in Gefangenschaft. Franco ließ damals fast alle gefangenen Offiziere der Republikaner erschießen (x191/79). Die kriegsversehrten Soldaten der Regierungstruppen bekamen jahrelang keine Rentenzahlungen.
Nach dem Ende des Spanischen Bürgerkrieges schaffte Franco sofort die parlamentarische Demokratie ab und regierte bis zu seinem Tod (1975) diktatorisch. Er wurde in Spanien Caudillo (Bezeichnung bzw. Titel des ersten spanischen Anführers gegen die Mauren) genannt, weil er angeblich die Rückeroberung Spaniens (Reconquista) durchgeführt hatte.
Francos Regime ging ab April 1939 mit äußerster Härte gegen die politischen Gegner vor und unterdrückte alle demokratischen oder regionalistischen Bestrebungen in den spanischen Provinzen. Von 1939-1942 wurden etwa 2.000.000 politische Gegner in spanischen Konzentrationslagern interniert. In den Jahren 1939-1945 wurden etwa 100.000 Regimegegner hingerichtet (x191/79).

Francos diktatorisches Regime förderte vor allem die katholische Kirche und traditionelle Werte der spanischen Monarchie (Historiker sprechen deshalb von "Klerikalfaschismus"). Die katholische Kirche, die Familie, der Schutz des Privateigentums und die staatliche Lenkung des Arbeitsmarktes waren für das Franco-Regime von besonderer Bedeutung.
Obgleich Franco die spanischen Streitkräfte mit allen Mitteln unterstützte, schloß er fast alle Offiziere von politischen Positionen aus. In der Regierung wurden überwiegend zivile Fachleute eingesetzt.
Während des Zweiten Weltkrieges (1939-1945) blieb Franco neutral, obgleich Spanien seit 1939 Mitglied des deutsch-japanischen Antikomintern-Paktes und später auch Mitglied des Stahlpaktes wurde. Bis 1944 lieferte Spanien kriegswichtige Rohstoffe (Wolfram etc.) an das NS-Regime. Militärisch beteiligte sich nur die "Blaue Division" ("Division Azul", ein Verband von spanischen Freiwilligen) bis 1943 am Ostkrieg gegen die Sowjetunion.
Dr. Reinhard Barth schreibt später über den Spanischen Bürgerkrieg (x051/552): >>Spanischer Bürgerkrieg, 1936-39 geführte Auseinandersetzung in Spanien zwischen nationalistischen, traditionalistischen, falangistisch-faschistischen und konservativen Kräften auf der einen Seite und republikanischen, sozialistischen, kommunistischen und anarchistischen auf der anderen.
Der Krieg begann mit einem Aufstand v.a. der in Nordafrika stationierten Truppen (General Franco) gegen die republikanische Regierung nach Ermordung des Monarchistenführers Calvo Sotelo am 13.7.36. Der Vormarsch auf Madrid stockte im November 36; es gelang den nationalistischen Truppen während des Krieges nicht, die Hauptstadt einzunehmen. Dafür fielen nach und nach die republikanischen Bastionen in den Nordprovinzen, Aragonien und Katalonien. Im März 39 erlosch der Widerstand, am 1.4.39 erklärte Franco den Bürgerkrieg für beendet und etablierte ein diktatorisches Regime, das 40 Jahre dauern sollte. Der mit äußerster Grausamkeit geführte Krieg kostete mehr als einer halben Million Menschen das Leben.
In der europäischen und amerikanischen Öffentlichkeit erregte der Spanische Bürgerkrieg heftige Anteilnahme, die Sympathien lagen dabei zumeist auf Seiten der angegriffenen Republik. Tausende von Freiwilligen meldeten sich zu den Internationalen Brigaden, deren Einsatz im November 36 bei der Verteidigung Madrids begann. Mexiko und die UdSSR lieferten Kriegsmaterial.
Für die Seite Francos ergriffen das Deutsche Reich und Italien Partei mit umfangreicher Militärhilfe. Italien schickte ca. 20.000 reguläre Soldaten und 27.000 Mann "Milizia volontaria", Deutschland die Legion Condor in der Stärke von 6.000 Mann, die in rascher Folge ausgetauscht wurden. Dem deutschen Engagement in Spanien lagen verschiedenartige Motive zugrunde; zu den ideologischen (der "Ausweitung des Kommunismus" entgegenzutreten) kamen außenpolitische (Verbesserung der Beziehungen zu Mussolini, Lösung Italiens vom britischen Einfluß), ökonomische (Erweiterung der Rohstoffbasis durch Erwerb spanischer Bergwerke) und militärische (Erprobung von Waffensystemen u.a.) Interessen.
Die Nichteinmischung der Westmächte in den Spanischen Bürgerkrieg und die offensichtliche Duldung der deutschen und italienischen Intervention bestärkten Hitler in seinem außenpolitischen Risikokurs (Außenpolitik).<<

06.04.1939

Großbritannien: Der polnische Außenminister Beck schließt am 6. April 1939 mit der englischen Regierung einen Beistandspakt.
Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtet später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über die britische Außenpolitik nach dem Ersten Weltkrieg (x364/155-161): >>… **Chamberlain mußte gehen**
Zwar waren nun Hitler in Deutschland und Roosevelt in den USA in gesicherten Machtpositionen, aber es gab immer noch ein größeres Hindernis auf dem Weg zu überwinden, der un-

ausweichlich zu einem weiteren Weltkrieg führte. Die politische Bühne Englands galt es soweit zu manipulieren, daß das Volk bereit sein würde, sich in einen weiteren "Krieg zur Beendigung aller Kriege" zu stürzen - einen weiteren Krieg, "um die Welt zu einem sicheren Ort für die Demokratie zu machen".
Ende der 30er Jahre löste Neville Chamberlain Stanley Baldwin als Premier ab. Keiner dieser beiden Männer hat sich jemals vollständig in der Hand der Geldmonopolisten befunden. Chamberlain, die grundlegende Schwäche der englischen Position erkennend, hatte kein Verlangen, seine Nation in ein weiteres ausgedehntes Blutbad zu verwickeln.
Er bemühte sich auf jede nur erdenkliche Weise, einen solchen Eventualfall zu verhüten. In dieser kritischen Phase bemühten sich Sir Barry Domville und Captain A. M. H. Ramsey, denen das Ränkespiel der internationalen Banker sehr gut bekannt war, die britischen Führer vor deren Pläne zu warnen.
Der englische Premier besiegelte sein Schicksal, als er in London unverhofft eine Palästina-Konferenz einberief, bei der auch zum ersten Mal seit 1919 - die Araber vertreten waren. Ergebnis dieser Konferenz war im März 1939 ein Weißbuch der Regierung, in dem sich England zu "der Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates in den nächsten zehn Jahren" verpflichtet sowie zu "der Beendigung des Mandats".
In diesem neuen Staat sollten die eingesessenen Araber und die eingewanderten Zionisten die Regierungsmacht dergestalt miteinander teilen, daß die Interessen beider Volksgruppen geschützt würden. Die Einwanderungszahl der Juden in diesen neuen Staat sollte auf jährlich 75.000 begrenzt sein, und zwar für einen Fünf-Jahres-Zeitraum.
Diese Handlung rief den Zorn der Zionisten hervor, die sich Palästinas bemächtigen wollten, um es ausschließlich für sich selbst zu haben und die eingesessenen Araber in keinster Weise an der Verwaltung des Gebietes zu beteiligen. Damit hatte sich Chamberlain in die gleiche Situation gebracht wie einst Asquith 1916: er mußte gehen!

Die Wiedergeburt von Churchill

An dieser Stelle nun ereignete sich auf der politischen Bühne Englands ein merkwürdiges politisches Phänomen. Winston Churchill, der seit mehr als zehn Jahren in politischem Dornröschenschlaf versunken gewesen war, kehrte in Triumphzug in den Mittelpunkt des Rampenlichtes zurück.
Douglas Reed hat Churchills Verhältnis zu den Zionisten (mit Churchills eigenen Worten) als "ein Rätsel in einem Rätsel in einem Rätsel" beschrieben. Die Geschichte vermerkt, daß Churchill zu den ersten Politikern Englands gehörte, die für die zionistische "Sache" eingetreten sind. In seiner Autobiographie "Trial and Error" beschreibt Chaim Weizmann, ein führender Zionist, Churchill als einen "Vorkämpfer für die zionistische Sache im englischen Unterhaus".
In seiner Eigenschaft als Kolonialminister in den 20er Jahren gab Churchill ein Weißbuch heraus, welches die Zionisten als eine "gravierende Verwässerung der Balfourerklärung" ansahen. Zum Beispiel wurde damit "TransJordanien von dem Gebiet der zionistischen Verwaltung abgetrennt und die Frage nach einem gesetzgebenden Rat aufgestellt", dessen Mehrheit aus gewählten Vertretern bestehen sollte.
Dies war für die Zionisten absolut indiskutabel, denn es hätte nicht nur die Abschaffung von Wahlen bedeutet (was Dr. Weizmann ganz entschieden ablehnte), sondern auch, daß die eingesessenen Araber schließlich ihr eigenes Land regiert hätten. Das "Churchill-Weißbuch" brachte den "Vorkämpfer des Zionismus" in politisch brisantes Gewässer und man setzte ihn in den nächsten sieben Jahren politisch aufs Trockene.
In den zehn Jahren seiner politischen "Verbannung" war Churchill "ein höchst unpopulärer Mann, nicht wegen bestimmter Taten oder Qualitäten, sondern weil er ständig eine schlechte

Presse" erhielt, die die stärkste Waffe in den Händen jener ist, die die politische Beförderung steuern.
Diese organisierte Feindschaft trat besonders während der Abdankungskrise 1937 zutage, als seine Bitten um mehr Zeit sehr viel heftiger attackiert wurden, als sie es verdient hatten, und er im Unterhaus niedergeschrien wurde. Seine Biographen zeichnen ihn als Mann, der in diesen Jahren unter Depressionen litt und sich für "politisch" erledigt hielt." Sein eigenes diesbezügliches Empfinden spiegelt sich in seinen veröffentlichten Worten an Mr. Bernard Baruch zu Beginn des Jahres 1939 wider:
"Es wird bald Krieg geben. Sie werden dort drüben die Dinge lenken, ich dagegen werde hierorts auf der Seitenlinie stehen."

Endlich standen die Kulissen

Kurz vor dieser Bestätigung, daß Baruch - "das bekannteste Symbol der weitreichenden und weltweiten Geldmacht" in Amerika "die Dinge lenken" würde, hatte der "ehrenwerte" Herr Churchill begonnen, eine ganz erstaunliche Transformation seines politischen Glücks zu erleben. Er wurde "wiedergeboren" - politisch.
Der Grund für dieses politische "Wunder" ist damals nicht sehr klargeworden, dafür aber später. Er hatte seine Einstellung gegenüber den zionistischen Plänen zur Errichtung eines Zionistenstaates in Palästina geändert.
In "Trial and Error" berichtet uns Dr. Weizmann, daß er im Jahre 1939 im Kielwasser einer weitverbreiteten Opposition gegen die zionistische Bewegung und im Anschluß an die Veröffentlichung von Chamberlains Weißbuch mit einem Mal "Winston Churchill traf und er sagte mir, er werde an der Unterhausdebatte teilnehmen und selbstverständlich Position gegen das vorgeschlagene Weißbuch beziehen".
Der gelehrte Doktor unterläßt es seinen ungelehrten Lesern, zu berichten, warum es Churchill "selbstverständlich" auf sich genommen hatte, im englischen Parlament Position gegen die Vorschläge zu beziehen. Noch am 22. Oktober 1938 hatte er wie der Verfasser seines Weißbuches von 1922 gesprochen, das ihm den Zorn der Zionisten eingebracht hatte.
Dr. Weizmann erinnert sich, daß er am Tag der Unterhausdebatte mit Churchill gemeinsam zu Mittag gegessen hat. Anregungen seiner Kollegen, er möge Churchill doch auf dem Weg ins Unterhaus instruieren, ablehnend - war Weizmann "ganz sicher, daß ein Redner von Mr. Churchills Kaliber seine Ansprüche bereits komplett ausgearbeitet hat und es nicht wünschen würde, wenn irgend jemand eine Stunde oder so vorher mit Anregungen daherkäme".
"Churchill hatte sich gründlich vorbereitet. Er holte einen ganzen Stapel kleiner Karten hervor, und las uns seine Rede vor. Der Aufbau der Rede war perfekt." In dieser Debatte "hielt Churchill gegen das Weißbuch eine der großartigsten Reden seiner Laufbahn."
Aber selbst die "Magie" von Churchills brillanter Rhetorik vermochte das Blatt nicht zugunsten der zionistischen Sache zu wenden. Das Unterhaus stimmte mit 268 zu 179 Stimmen für die Annahme des Vorschlages von Chamberlain.
Mit dieser großartigen Rede gegen das Weißbuch hatte Churchill eindeutig zu verstehen gegeben, daß er die Seiten gewechselt hatte und nunmehr zur Verfügung stand, um sein Land zu "führen", wie es jenen auf das Beste zu gefallen sein würde, die hinter den Kulissen die Fäden zogen. Nur einige Monate danach sollte Churchill Englands neuer Premierminister werden.<<

07.04.1939

Italien: Mussolini läßt am 7. April 1939 Albanien durch italienische Truppen besetzen, um sich seinen Wunsch nach einem "eigenen Meer" (die Adria) zu erfüllen.

Frankreich: Aufgrund der italienischen Mittelmeerpolitik verstärkt die französische Regierung am 7. April 1939 die politischen Verhandlungen mit der Sowjetunion.

10.04.1939

NS-Regime: Am 10. April 1939 sind etwa 300.000 politische Häftlinge in den Konzentrati-

onslagern oder Zuchthäusern inhaftiert (x050/167).
Das NS-Regime verstärkt damals die Terrormaßnahmen gegen die vermeintlichen "Staatsfeinde". Überall treiben NS-Spitzel und sogenannte "NS-Vertrauensmänner" ihr Unwesen, die Tag und Nacht verdächtige Personen kontrollieren und überwachen.

14.04.1939

USA: US-Präsident Roosevelt fordert Hitler und Mussolini am 14. April 1939 auf, für 30 namentlich genannte Staaten Nichtangriffs-Erklärungen zu geben (x032/522).

17.04.1939

NS-Regime: Der sowjetische Botschafter leitet am 17. April 1939 weitere sowjetisch-deutsche Annäherungsversuche ein.

18.04.1939

UdSSR: In Moskau führt Stalin am 18. April 1939 Bündnisverhandlungen mit den Briten und Franzosen (britisch-französisch-sowjetischer "Dreibund").
Stalin stellt jedoch bewußt unannehmbare Forderungen (z.B. Übernahme der baltischen Staaten und das sowjetische Durchmarschrecht für Polen und Rumänien), so daß die Verhandlungen später ergebnislos abgebrochen werden (x069/176).
Stalin läßt das "geheime Doppelspiel" danach jedoch monatelang fortsetzen (x041/97).

24.04.1939

Polen: Außenminister Beck führt am 24. April 1939 in Warschau vertrauliche Verhandlungen mit einer französischen Regierungsdelegation.

27.04.1939

Großbritannien: Das britische Parlament ordnet am 27. April 1939 die Einführung der Wehrpflicht und die Erhöhung der britischen Streitkräfte an.

28.04.1939

NS-Regime: Hitler kündigt am 28. April 1939 den deutsch-polnischen Nichtangriffspakt und das deutsch-britische Flottenabkommen von 1935.

03.05.1939

Polen: Nach der antideutschen Rede des polnischen Außenministers Beck vom 3. Mai 1939 wird klar, daß die polnische Regierung einen deutsch-polnischen Krieg erwartet und Kriegsvorbereitungen trifft (x104/277).

04.05.1939

Polen: In Danzig fordert die polnische Volksgruppe am 4. Mai 1939 während einer Kundgebung einen freien Zugang zur Ostsee und nationale Rechte für die Polen in Danzig (x032/-528).

08.05.1939

Polen: Das polnische Innenministerium erteilt am 8. Mai 1939 weitere geheime Anweisungen zur Behandlung der deutschen Minderheit.
Aufgrund dieser geheimen Anweisungen sollen das Schulwesen, die Kirchen, der Wohlfahrtsdienst, die Landwirtschaft, die Industrie, die Genossenschaften und das Kreditwesen der Volksdeutschen (x104/271): >>... mit allen Mitteln bekämpft ... verboten ... aufgelöst ... rigoros abgelehnt ... scharf überwacht ... rücksichtslos liquidiert werden.<<

13.05.1939

NS-Regime, USA: Der Luxusdampfer "St. Louis" startet am 13. Mai 1939 in Hamburg mit fast tausend Juden an Bord zu einer Irrfahrt zwischen Europa und Nordamerika.

Irrfahrt der "St. Louis"

Die "St. Louis" erhielt später in Kuba und von den Nordamerikanern keine Landeerlaubnis und mußte mit den 937 jüdischen Passagieren nach Europa zurückkehren. Die Irrfahrt der "St. Louis" endete schließlich am 18. Juni 1939 in Antwerpen. Später kamen etwa 600 ehemalige Passagiere der "Sankt Louis" während der sogenannten "Endlösung" um (x032/531).

Die jüdischen Auswanderungsschiffe erhielten damals fast nirgends eine Landeerlaubnis und wurden deshalb nicht selten "schwimmende Särge" genannt. Viele Juden sahen zwar im New Yorker Hafen die nordamerikanische Freiheitsstatue, aber die Ausgestoßenen durften ihre "schwimmenden Särge" meistens nicht verlassen, weil die nordamerikanische Regierung in jener Zeit nicht über die erforderliche Nächstenliebe verfügte.
In jener Zeit wurde der Leitspruch der US-Freiheitsstatue leider nicht verwirklicht (x043/434):
>>Gebt mir eure müden, eure armen, eure zusammengedrängten Massen, die sich nach Freiheit sehnen<<
Als das NS-Regime ab 1939 die Austreibung der Juden verstärkte, verweigerten die sogenannten "zivilisierten Völker" größtenteils ihre Hilfe und ließen die heimatlosen, gehetzten Juden schmählich im Stich. Tausende von ausgestoßenen Juden standen an den ausländischen Grenzen und vor den Konsulaten, aber sie bettelten fast immer vergeblich, denn kein Land wollte Ausgeplünderte und Bettler aufnehmen.
Polen: Das "Deutschenpogrom" in Tomaschow bei Lodz verursacht am 13./14. Mai 1939 eine Massenflucht von Volksdeutschen in die deutschen Reichsgebiete (x104/272).

17.05.1939

Palästina: Die britische Besatzungsbehörde entscheidet am 17. Mai 1939, daß in den nächsten 5 Jahren nur 10.000 Juden jährlich in Palästina einwandern dürfen ("White Paper").
Der jüdische Politiker David Ben Gurion (1886-1973, Chef der zionistischen Palästina-Sektion) verurteilt damals die britische Einwanderungspolitik in Palästina (x172/141): >>... Jeder, der sich der Lage der Juden in Ost- und Mitteleuropa bewußt ist, dürfte nicht einen Moment glauben, daß sie aufhören werden, in ihr Heimatland zu kommen, weil irgendein Gesetz das als illegal bezeichnet. Juden, die sich zwischen völliger Vernichtung und der Immigration nach Palästina unter sogenannten illegalen Bedingungen entscheiden müssen, werden natürlich keinen Augenblick in ihrer Entscheidung zögern.<<

22.05.1939

NS-Regime: Der NS-Staat und Italien schließen am 22. Mai 1939 in Berlin den "Stahlpakt".
Im Artikel III des "Stahlpaktes" heißt es (x256/155): >>... Wenn es entgegen den Wünschen und Hoffnungen der Vertragsschließenden Teile dazu kommen sollte, daß einer von ihnen in kriegerische Verwicklungen mit einer anderen Macht oder mit anderen Mächten gerät, wird ihm der andere Vertragsschließende Teil sofort als Bundesgenosse zur Seite treten und ihn mit allen seine militärischen Kräften zu Lande, zur See und in der Luft unterstützen.<<

23.05.1939

NS-Regime: Nachdem Hitler die Oberbefehlshaber der Wehrmacht zur strengsten Geheimhaltung verpflichtet hat, kündigt er am 23. Mai 1939 den Krieg gegen Polen an (x256/155, x023/238): >>... Weitere Erfolge können ohne Blutvergießen nicht mehr errungen werden. Danzig ist nicht das Objekt, um das es geht. Es handelt sich um die Erweiterung des Lebensraumes im Osten und Sicherstellung der Ernährung, sowie um die Lösung des Baltikum-Problems. Zwingt uns das Schicksal zur Auseinandersetzung mit dem Westen, ist es gut, einen größeren Ostraum zu besitzen. ...
Es bleibt der Entschluß, bei erster passender Gelegenheit Polen anzugreifen. An eine Wiederholung der Tschechei ist nicht zu glauben. Es wird zum Kampf kommen. Aufgabe ist es, Polen zu isolieren. Das Gelingen der Isolierung ist entscheidend. ...<<
>>... Wir müssen, wenn bei polnischem Krieg England angreifen will, blitzartig Holland angreifen. Erstrebenswert ist es, eine neue Verteidigungslinie mit holländischem Gebiet bis Zuidersee zu gewinnen. ... Es handelt sicht nicht mehr um Recht oder Unrecht, sondern um Sein oder Nichtsein von 80 Millionen Deutschen.<<

31.05.1939

UdSSR: Der sowjetische Außenminister Molotow erläutert am 31. Mai 1939 vor dem Ober-

sten Sowjet die politischen Verhandlungen mit England und Frankreich und berichtet über die geplante Wiederaufnahme deutsch-sowjetischer Wirtschaftsverhandlungen (x032/537).

Mai 1939

Polen: Ab Mai 1939 verschlechtern sich die Lebensbedingungen der Volksdeutschen in Polen zusehends.

Deutsche Dörfer werden von polnischen Banden überfallen. Es ereignen sich mehrere Morde. Höfe werden ausgeplündert und gehen in Flammen auf. Viele Volksdeutsche verlassen nachts ihre Höfe, um sich in den Wäldern oder in Feldscheunen zu verbergen. Es kommt zu Massenentlassungen von deutschen Arbeitnehmern. Deutsche Kinder und Erwachsene müssen ständig damit rechnen, auf offener Straße und in Geschäften verprügelt zu werden (x025/43). Zehntausende von Polen-Deutschen flüchten in jener Zeit über die deutsche Grenze und werden vorerst in Niederschlesien, Ostpommern und Ostpreußen untergebracht.

Der polnische Staat beteiligt sich aktiv an der Verfolgung der Volksdeutschen und führt systematische Willkür- und Zwangsmaßnahmen gegen die Volksdeutschen durch. Im polnischen Rundfunk und in polnischen Zeitungen verbreitet man regelmäßig antideutsche Propaganda. Alle deutschsprachigen Zeitungen werden verboten (x025/43).

Der polnische Kriegsminister General Tadeusz Kasprzycki erklärt im Mai 1939 in Frankreich (x352/59): >>… Wir haben keine (Befestigungen), denn wir gedenken, einen Bewegungskrieg zu führen und gleich zu Beginn der Operationen in Deutschland einzufallen.<<

20.06.1939

Polen: Ein Propagandist des polnischen Heeres verkündet am 20. Juni 1939 in Bromberg (x104/277): >>Der polnische Soldat weiß, daß er mit dem Marsch auf Berlin die Mission eines Befreiers der von dem Joch des barbarischen Hakenkreuzes Unterdrückten erfüllt. ...<<

21.06.1939

Polen: Stanislaw Mikolajczyk (1901-1966, seit Juli 1943 Ministerpräsident der antikommunistischen polnischen Exilregierung) erklärt am 21. Juni 1939 (x309/70): >>... Man muß sich darüber im Klaren sein, daß Polen so lange keinen Frieden kennen wird, bis es sich nicht auf die Oder stützen kann.<<

Juni 1939

Polen: Die französisch-britischen Garantieerklärungen (vom 31. März 1939) fördern den polnischen Nationalismus und die nationale Begeisterung, so daß sich in Polen im Juni 1939 eine gefährliche Kriegsstimmung entwickelt. Nicht wenige Polen feiern bereits ihr polnisches Großreich.

Polnische Nationalisten schätzen das polnisch-deutsche Kräfteverhältnis oftmals völlig falsch ein. Sie halten die deutsche Wehrmacht für einen großen Bluff und sprechen vom "Marsch auf Berlin" (x025/183).

Der polnische Armee-Oberbefehlshaber Rydz-Śmigły erklärt im Sommer 1939 vor polnischen Offizieren (x352/60): >>Polen will den Krieg mit Deutschland, und Deutschland wird ihn nicht vermeiden können, selbst wenn es das wollte.<<

Großbritannien: Abgesandte bzw. Beobachter der britischen Regierung registrieren im Juni 1939 in einem Geheimbericht, der erst 1979 veröffentlicht wird, ein riskantes, aber wohlüberlegtes Vorgehen der polnischen Staatsführung (x025/183).

Dieser Geheimbericht schildert nicht nur den verbreiteten Chauvinismus und Antisemitismus der polnischen Bevölkerung, sondern er informiert auch über bereits vorhandene Annexions- und Vertreibungspläne der polnischen Regierung, die man nach dem erwarteten "allgemeinen Krieg" realisieren will.

Der deutsche Historiker Alfred Schickel (1933-2015) berichtet später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 6 - 1989 über einen Reisebericht, den zwei englische Diplomaten am 9. Juni 1939 dem britischen Außenministerium vorlegten (x853/...): >>... Sei-

ne Verfasser sind Sir William Strang, damals Leiter der Deutschland- und Osteuropa-Abteilung im Londoner Foreign Office, und der Privatsekretär des Ständigen Unterstaatssekretärs im britischen Außenamt, Hubert Miles Gladwyn Jebb.
Das amtliche Deckblatt des britischen Außenamts führt die Niederschrift unter dem Titel "Visit of Mr. Strang and Mr. Jepp to Poland" und ist mit Datum vom 13. Juni ("13th June, 1939") handschriftlich vom zuständigen Sachbearbeiter Kirkpatrick abgezeichnet. Aus der von ihm angebrachten Vorbemerkung ("This is an interesting account of the visit of Mr. Strang and Mr. Jebb to Poland. Mr. Strang has seen it and concurs") wie auch aus der alleinigen Unterschrift Jebbs am Ende des Berichts … geht hervor, daß das vorgelegte Reiseprotokoll vom niedrigerrangigen Jebb entworfen und verfaßt und dann von Strang gebilligt worden ist, jedoch die Beobachtungen beider enthält. Diese konnten sie im Mai 1939 anläßlich einer informativen Erkundigungsreise durch das verbündete Polen sammeln.
Ihrer Visite vorausgegangen waren die britisch-französische Garantie für Polen vom 31. März 1939 und die polnisch-englische Übereinkunft vom 6. April 1939, in welcher festgestellt wurde, "daß die beiden Länder bereit sind, ein Abkommen abzuschließen, das bleibend und gegenseitig sein und das die gegenwärtige, vorübergehend gültige und einseitige Zusicherung der Regierung Seiner Majestät an die polnische Regierung ersetzen soll" und die den Zweck verfolgte, "Großbritannien und Polen des gegenseitigen Beistandes zu versichern für den Fall einer unmittelbaren oder mittelbaren Bedrohung der Unabhängigkeit jedes der beiden Länder".
Die ersten psychologischen Auswirkungen dieser anglo-französischen Beistandsversprechen konnten die beiden Londoner Diplomaten bereits auf ihrer ausgedehnten Informationsreise beobachten, stellen sie doch gleich am Anfang ihres Berichtes fest: "Der britische Vizekonsul von Kattowitz erzählte beispielsweise, daß die dortigen polnischen Beamten sich seit unserer Garantie 'schrecklich anmaßend' gezeigt hätten und von einer schnellen Niederlage Deutschlands und einer Besetzung Breslaus sprächen", um dann auf die Stimmung der Bevölkerung auf dem Lande zu sprechen zu kommen.
Gladwyn Jebb schreibt: "Wieder einmal verlangte es die Bauern auf einen Besitz südlich von Thorn nach einem Gang gegen die Deutschen. Dieses bestätigte der geistig hochgebildete Leiter der Wirtschaftsabteilung im Außenministerium, Herr Wezelaki, der sagte, daß der Kriegsgeist und die antideutsche Einstellung der Bauern teils auf rassische und teils auf wirtschaftliche Gründe zurückzuführen sei (Bevölkerungswachstum und daraus folgender Appetit auf deutsches Bauernland)."
Geradezu prophetisch muten die Feststellungen an, welche Gladwyn Jebb vom Warschauer Regierungsbeamten Wezelaki über mögliche polnische Ausschreitungen gegen Deutsche überliefert, wenn er in seinem Bericht schreibt:
"Wezelaki ging tatsächlich so weit zu sagen, daß er im Falle eines Kriegsausbruchs fürchte, ein furchtbares Massaker unter den Volksdeutschen könnte schwer zu verhindern sein." ...
Und wenn man an die blutigen Pogrome von Bromberg, Warschau und in anderen polnischen Bezirken denkt, denen Anfang September zahlreiche Volksdeutsche zum Opfer fielen.
- Ebenso zutreffend erwiesen sich die Beobachtungen, die die beiden britischen Diplomaten über die außenpolitische Haltung der Polen machten. So notierten sie hinsichtlich einer Verständigungsmöglichkeit mit Berlin über die Danziger Frage: Jedenfalls gibt es hinsichtlich Danzigs bestimmte Konzessionen, die kein Pole freiwillig machen würde. Sie könnten genaugenommen weder die Anwesenheit deutscher Soldaten auf Danziger Gebiet noch einen wirtschaftlichen Anschluß Danzigs an das Reich zulassen.
Ersteres bedeute, der Korridor würde militärisch nicht zu halten sein; und das zweite würde Polens Handel, von dem nicht alles über Gdingen laufen könne, abwürgen. In beiden Fällen würde Polens Unabhängigkeit ernstlich eingeschränkt ...

Kurzum, alle Polen seien zutiefst von der dem gegenwärtigen Arrangement innewohnenden Gerechtigkeit überzeugt, und es erschrecke sie, Engländer von der Rechtmäßigkeit der Ansprüche Herrn Hitlers sprechen zu hören."
Wie aus der weiteren Darstellung des Diplomatenberichts von Jebb hervorgeht, sperrten sich die Polen nicht nur wegen der befürchteten Parallele ihres möglichen Schicksals zu jenem der Tschechen im März 1939 - wobei man in Warschau ausdrücklich nichts gegen die vollzogene Eingliederung des Sudetenlandes in das Deutsche Reich hatte -, sondern bauten bei ihrem entschiedenen Ablehnungskurs auch auf den Sieg ihrer Waffen.
Dies bestätigte deutlich ein Gespräch, das Gladwyn Jebb anläßlich eines Banketts mit dem Hauptmitarbeiter des polnischen Generalstabschefs, General Stachiewitz, in Warschau hatte. Er schreibt darüber:
"Ich kann nur soviel sagen, daß der Oberst, der während des Essens neben mir saß, ein intelligenter und vernünftiger Mann ist. Er bekundete freimütig, daß die polnische Armee in einiger Hinsicht ihre Mängel habe, daß er aber darauf baue, daß sie, wenn nötig, ihre Sache gut machen würde."
Obwohl es bis zum tatsächlichen Ausbruch der Kampfhandlungen noch über ein Vierteljahr hin war, hatte man im polnischen Generalstab bereits konkrete Vorstellungen über die zu ergreifenden operativen Maßnahmen, was freilich zu den selbstverständlichen Pflichtübungen jeder Heeresleitung gehört.
Gladwyn Jebb berichtet von seiner Unterhaltung mit dem erwähnten Oberst und anderen polnischen Offizieren über die geplante militärische Strategie der polnischen Armee:
- "Teils von ihm (dem Oberst) und teils von anderen Herren erfuhr ich, daß man daran denke, zu Beginn des Krieges Ostpreußen anzugreifen, weil es für die Deutschen schwierig sein würde, die Provinz rasch und ausreichend zu verstärken. Darüber hinaus sei es dort möglich, von vielen Punkten aus gleichzeitig anzugreifen. Die belebende Wirkung einer Besetzung Königsbergs könnte, so hoffe man, ein Gegengewicht zu einem unvermeidlichen Rückzug vom Vorpreschen im Westen bilden ...
Die Polen glauben, daß in dem allgemeinen Krieg, der nach ihrer Ansicht einem deutschen Angriff gegen Polen folgen würde, Deutschland am Ende besiegt werden würde und daß die polnische Armee, wenn auch böse angeschlagen, dann aus den Pripjet-Sümpfen oder dem "Urwald" von Bialowiecza wieder hervorkommen und darangehen würde, sich eines Großpolens unter den durchaus gleichen Umständen wie 1919 zu bemächtigen ...
Sie vertreten den Standpunkt, daß irgendeine Art von deutschem Zusammenbruch innerhalb eines Jahres nach dem Ausbruch eines allgemeinen Krieges eine sehr reale Möglichkeit sei; und wenn sie auch keinen Zweifel hegen, daß die Deutschen im Anfangsstadium außerordentlich gut kämpfen werden, sind sie zuversichtlich, daß der Ring halten und die Wirkung einer Blockade sich sehr viel eher bemerkbar machen wird als 1914-1918."
- Dieser Siegeszuversicht, die sich nicht zuletzt auf den Ausbruch eines "allgemeinen Krieges" stützte, entsprach im übrigen auch ein Gemälde, das der polnische Oberkommandierende, Marschall Rydz-Smigly, bereits im Sommer 1939 in Auftrag gab und das ihn hoch zu Roß in voller Gala-Uniform als Sieger unter dem Brandenburger Tor zu Berlin zeigt.
Und laut Gedächtnisprotokoll des damaligen französischen Außenministers Georges Bonnet über seine Unterredung mit dem polnischen Botschafter in Paris, Graf Juliusz Lukasiewicz vom 15. August 1939, erwiderte der polnische Missionschef auf den Hinweis, daß Hitler die polnische Armee innerhalb von drei Wochen zu besiegen gedenke, wörtlich: "Im Gegenteil, die polnische Armee wird vom ersten Tage nach Deutschland eindringen."
Daß die polnischen Erwartungen hinsichtlich eines Sieges über die deutsche Wehrmacht durchaus nicht überzogen waren, beweist eine scharfsinnige Studie des britischen Militärhistorikers John Kimche, in welcher anhand der beiderseitigen Truppenstärken (der Polen,

Frankreichs und Großbritanniens einerseits und der Deutschlands andererseits) dargestellt wird, daß Deutschland dieser rund dreifachen Übermacht bei gleichzeitigem alliierten Angriff im Westen auf die Dauer nicht hätte standhalten können und vermutlich bereits an Weihnachten 1939 die Waffen hätte strecken müssen.
Bekanntlich unterließen es aber die Briten und die Franzosen, ihrem Bündnispartner Polen durch Eröffnung einer effektiven Front im Westen entlastend zu Hilfe zu kommen und verhielten sich in den Augen der Polen letztendlich ähnlich, wie knapp fünf Jahre später die Rote Armee, die an der Weichsel Gewehr bei Fuß stand, als die deutschen Truppen den Warschauer Aufstand der nationalpolnischen "Heimatarmee" niederschlugen; bittere Erfahrungen der Polen mit ihren Alliierten in West und Ost.
- Im Mai 1939 mochten sie aber an solche Enttäuschungen durch ihre Beistandspartner ganz und gar nicht denken, vielmehr hatten sie bereits optimistisch für die Zeit nach dem Sieg über Deutschland geplant und aus ihren diesbezüglichen Plänen den britischen Diplomaten gegenüber auch gar keinen Hehl gemacht. So konnten Strang und Jebb im Juni 1939 ihrem Foreign Office melden:
"Jedenfalls schien es die allgemeine Auffassung zu sein, daß Ostpreußen von Polen annektiert werden müsse. Der stellvertretende Leiter der Abteilung Ost im Außenministerium ging tatsächlich so weit, klar zu sagen, daß dieses der polnische Plan sei. Er rechtfertigte ihn mit der Begründung, die Bevölkerung Ostpreußens sei im Abnehmen begriffen; daß vieles von dem Gebiet in Wirklichkeit sowieso polnisch sei, daß man jedenfalls Umsiedlungen vornehmen könne, und daß die Polen als junger und rasch wachsender Staat eine seiner Bedeutung angemessene Küstenlinie haben müsse."
Wie aus dem geheimen Diplomatenbericht weiter hervorgeht, hegten polnische Regierungskreise aber auch noch andere Vorstellungen über ein künftiges Großpolen nach dem Sieg über Deutschland. Gladwyn Jebb schreibt darüber:
"Aber da gibt es noch ein größeres Projekt für Polens Zukunft nach einem siegreichen Krieg gegen Deutschland. Es ist die Konzeption eines Bundes-Polen, wozu Litauen gehört, mit einer Art Autonomie für die Ruthenen. Entsprechend diesem Traum würde Warschau das Zentrum einer gewaltigen Zusammenballung sein, deren westliche Grenzen bis fast zur Oder ausgreifen und mit einem südlichen Grenzland mit einem wiederhergestellten Ungarn."
Nahmen die Planungen mit Ostpreußen in gewissem Sinne schon die Vertreibungen oder Zwangsumsiedlungen der Deutschen vorweg, zeichnete sich in diesem Plan zum Teil bereits die Oder-Neiße-Grenze ab; freilich nicht im gleichen Landanspruch, wie er dann auf Wunsch und Druck Moskaus bis zur westlichen Neiße ausgedehnt wurde. Die Nationalpolen hätten sich mit dem Gebiet östlich der Oder begnügt und damit den Deutschen immerhin noch ein Gebiet von rund 30.000 Quadratkilometern mit annähernd fünf Millionen Einwohnern belassen.
- Auf fast unheimliche Art sollte schließlich das weitgehend Wirklichkeit werden, was die Polen mit dem besiegten Deutschland vorhatten beziehungsweise gern gesehen hätten.
Gladwyn Jebb notierte zu dieser Frage in seinem Bericht:
"Um meine polnischen Freunde auszuhorchen, habe ich sie gewöhnlich in einem bestimmten Stadium gefragt, was sie hinsichtlich der Deutschen vorzuschlagen hätten, wenn sich das Kriegsglück - wie sie es für wahrscheinlich hielten - zu ihren Gunsten entschieden hätte ... Die allgemeine Richtung schien zu sein, daß Deutschland in zwei oder drei Stücke geschnitten werden müsse und daß der größere Abschnitt aus einem südlichen und katholischen Block bestehen müsse, vielleicht unter dem Erzherzog Otto."
Sieht man von ein paar Äußerlichkeiten ab, wie etwa von dem Umstand, daß die Bundesrepublik nicht von Erzherzog Otto (von Habsburg) regiert wird und daß aus dem süddeutschen Staat ein westdeutscher wurde, findet man die hauptsächlichsten Zukunftserwartungen der

Polen von 1939 bezüglich Deutschlands erfüllt; freilich das alles nicht auf eigene Veranlassung, sondern durch den Siegerspruch der "Großen Drei" von Jalta und Potsdam, und für Polen unter der drückenden Hypothek sowjetischer Mitbestimmung im eigenen Land, ein teurer, wohl zu hoher Preis für die weit ausgreifenden Großmachtpläne am Vorabend des Zweiten Weltkriegs.
Gladwyn Jebb, der nachmalige stellvertretende Unterstaatssekretär im britischen Ministerium für Kriegswirtschaft und spätere UN-Generalsekretär, beschließt den Bericht mit einer persönlichen Bemerkung. Darin stellt er fest:
"Abschließend ist es meine persönliche Ansicht, daß, wenn wir versuchen, uns um unsere Garantie herumzudrücken, die Polen ernsthaft in Erwägung ziehen werden, ihre gegenwärtige Haltung zu Deutschland zu revidieren. Selbst wenn es ihnen nicht gelingt, die Deutschen zu versöhnen (und das werden sie wahrscheinlich tun), dann könnte das erste Anzeichen wirklicher Schwäche unsererseits zu einem Signal für die Russen werden, sich mit den Deutschen auf der Grundlage einer vierten Teilung zu verständigen. Wenn das geschieht, dann werden die Auswirkungen auf unsere Stellung in der Welt auch der mittelmäßigsten Intelligenz klar."
Wenn auch der Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939 unter anderen Gründen und Auspizien geschlossen wurde, so trifft Jebbs Prognose doch um so stärker für den Einmarsch der Roten Armee in Ostpolen am 17. September 1939 und auf den deutsch-sowjetischen Grenzvertrag vom 28. September 1939 zu. ...<<

01.07.1939

Frankreich: Das Pariser "Neue Tagebuch" berichtet am 1. Juli 1939 über die vergeblichen Versuche jüdischer Flüchtlinge, nach Nordamerika, Kuba, Ecuador, Palästina oder Griechenland zu fliehen (x032/546): >>... Die sichtbaren Opfer des modernen Pharao. Es sind Juden, die über die Meere irren. Derer, die durch die Lande irren, sind es mehr.<<
Vor Palästina werden die jüdischen Flüchtlingsschiffe nicht nur abgewiesen, sondern sie werden damals sogar von der britischen Küstenwache beschossen.

06.07.1939

NS-Regime: Die "Reichsvertretung der Juden in Deutschland" wird am 6. Juli 1939 durch die "Reichsvereinigung der Juden in Deutschland" ersetzt.
Diese Vereinigung beschäftigt sich vor allem mit der jüdischen Auswanderung nach Palästina und der Wohlfahrtsarbeit. Wegen der Berufsverbote sind etwa 84 % der Juden arbeitslos. Sie erhalten keine staatliche Unterstützung (x092/896).

15.07.1939

Polen: Während der polnischen Siegesfeiern am 15. Juli 1939 (529. Jahrestag der Schlacht von Tannenberg) propagieren polnische Politiker schon die Übernahme der deutschen Ostgebiete.
Die Deutschen sollen ein zweites Tannenberg (polnisch = "Grunwald") erleben und schon bald würden die polnischen Fahnen über Danzig, Königsberg, Elbing und anderen ostdeutschen Städten wehen (x104/278).

24.07.1939

UdSSR: Ein sowjetisch-französisch-britischer Beistandsvertrag wird zwar am 24. Juli 1939 abgeschlossen, tritt jedoch später nicht in Kraft (x041/98).
Stalin entscheidet danach, Hitler wirtschaftlich zu unterstützen und beginnt geheime Verhandlungen mit dem NS-Regime.

Juli 1939

NS-Regime: Die Ausschreitungen gegen die Volksdeutschen in Polen, an denen sich vielerorts auch polnische Priester beteiligen, steigern im Juli 1939 die antipolnische Stimmung. Die NS-Propaganda nutzt die Gelegenheit und verstärkt die antipolnische Hetzkampagne.
Polen: Die polnische Zeitung "Dziennik Poznanski" (Posener Tageblatt) veröffentlicht im Juli

1939 eine Landkarte, in der Polen sämtliche "slawischen Gebiete" zwischen Oder und Elbe beansprucht (x025/178).

14.08.1939

Frankreich, UdSSR: Die sowjetisch-britisch-französischen Militärverhandlungen über ein gemeinsames Vorgehen gegen das NS-Regime scheitern am 14. August 1939, weil die polnische Regierung ein sowjetisches Durchmarschrecht durch Polen ablehnt (x125/172).

15.08.1939

UdSSR: Am 15. August 1939, um 4.40 Uhr, wird die deutsche Botschaft in Moskau per Telegramm über die deutsch-sowjetischen Nichtangriffsverhandlungen und den Besuch des deutschen Außenministers informiert (x125/172).

16.08.1939

UdSSR: Der sowjetische Außenminister Molotow schlägt Hitler am 16. August 1939 den Abschluß eines Nichtangriffspaktes vor. Hitler stimmt daraufhin Verhandlungen in Moskau zu.

18.08.1939

Polen: Die polnisch-französischen Verhandlungen über die sowjetischen Forderungen nach einem Durchmarschrecht scheitern am 18. August 1939.

19.08.1939

Polen: Außenminister Beck lehnt am 19. August 1939 die sowjetischen Forderungen nach einem Durchmarschrecht ab (x032/559): >>... Ich lasse nicht zu, daß man in irgendeiner Weise über die Benutzung eines Teils unseres Gebietes durch ausländische Truppen diskutiert. Wir haben keine Militärkonvention mit der Sowjetunion; wir wollen keine haben.<<

UdSSR: Die Sowjetunion und das NS-Regime schließen am 19. August 1939 in Moskau einen Wirtschaftsvertrag.

Stalins Doppelspiel

Infolge des deutsch-sowjetischen Wirtschaftsvertrages vom 19. August 1939 wurden die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen erheblich verstärkt, so daß die spätere britische Blockade zunächst weitgehend wirkungslos blieb (x051/125). In den Kriegsjahren 1939/40 verlief die wirtschaftliche deutsch-sowjetische Zusammenarbeit reibungslos. Die Sowjets erhielten Kredite, Waffen und deutsche Industriegüter, während man den Deutschen wichtige Rohstoffe, Getreide etc. über die sowjetischen Fernost-Häfen und Eisenbahnlinien lieferte, die wegen der britischen Seeblockade sonst nirgends zu bekommen waren.

Stalin erteilte damals Befehle, das NS-Reich mit allen Mitteln zu begünstigen, denn Hitlers Entschluß, Polen und die europäischen Westmächte anzugreifen, sollte durch die sowjetischen Rohstofflieferungen erleichtert und beschleunigt werden.

Stalin, der spätestens seit 1937 den Zweiten Weltkrieg für unvermeidlich hielt, versuchte etwa seit diesem Zeitpunkt mit allen indirekten politischen Mitteln, einen kriegerischen Zusammenstoß in Westeuropa zu provozieren oder mindestens zu fördern. Für Stalin zählte grundsätzlich nur der Erfolg. Die Frage der Bündnispartner spielte eine völlig untergeordnete Rolle. Entscheidend war nur, daß die UdSSR auf jeden Fall auf der Seite der Sieger stehen mußte.

Da die sowjetischen Ostgrenzen durch Japan bedroht waren, benötigte Stalin vor allem Zeit. Stalin führte bis zum deutschen Angriff gegen die UdSSR im Jahre 1941 ein geschicktes Doppelspiel und hatte praktisch ständig "2 Eisen im Feuer". Der kaltblütige sowjetische Diktator unterhielt enge Geheimkontakte zu Hitler und verhandelte gleichzeitig unentwegt heimlich mit den westlichen Alliierten.

Stalin ("der lachende Dritte") kündigte am 19. August 1939 an, daß die UdSSR in einem Krieg zwischen den "Imperialisten" als letzte Macht eingreifen werde x090/279.

Stalin wollte den unausweichlichen Kampf erst in der "günstigsten Kriegsphase" gegen ein geschwächtes NS-Regime beginnen. Nach dem Angriff gegen Polen (1.09.1939) war Stalin unentwegt bestrebt, den Selbstvernichtungskrieg der kapitalistischen Westmächte zu unter-

stützen, und wartete gelassen die weitere Entwicklung des Krieges und die "Selbstzerfleischung der kapitalistischen Staaten" ab.
Stalin rechnete damals bereits fest mit einem Krieg gegen "Hitler-Deutschland" und hielt einen Krieg gegen das NS-Regime für unvermeidlich. Der sowjetische Diktator bereitete sich deshalb frühzeitig auf diesen Krieg gegen Hitler vor.
Frankreich: Die französische Regierung gewährt Polen am 19. August 1939 einen Rüstungskredit.

20.08.1939

Polen: Die polnische Regierung erläutert am 20. August 1939 nochmals gegenüber den französischen Diplomaten die Verweigerung des sowjetischen Durchmarschrechts (x032/559): >>... Mit den Deutschen laufen wir Gefahr, unsere Freiheit zu verlieren. Mit den Russen verlieren wir unsere Seele.<<

23.08.1939

UdSSR: Reichsaußenminister von Ribbentrop unterzeichnet am 23. August 1939 in Moskau den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt.

Der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt

Obwohl die Sowjetunion bereits monatelang Geheimverhandlungen mit den Westmächten geführt hatte, schlossen die vermeintlichen Todfeinde Hitler und Stalin am 23. August 1939 "völlig überraschend" einen deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt ab ("die übrige Welt reagierte damals völlig sprachlos").
Dieser "Hitler-Stalin-Pakt" ermöglichte eigentlich erst den Angriff auf Polen, denn der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt gab Hitler endlich die erforderliche Rückendeckung, um seine Kriegspläne zu verwirklichen.
Japan reagierte nach dem deutsch-sowjetischen Bündnis verunsichert und rückte vom NS-Regime ab, so daß Stalin die angestrebte zusätzliche Zeit gewann, um die radikale Neuorganisation der Roten Armee zu beenden.
Hitler und Stalin legten in einem geheimen Zusatzprotokoll die "neuen Grenzen" Osteuropas fest (x041/98). Estland, Lettland, Bessarabien und Polen (östlich der Flüsse Pissa, Narew, San und Weichsel) wurden der UdSSR zugeschanzt, während Litauen und Westpolen an das Deutsche Reich fallen sollten.
Aufgrund der Tatsache, daß der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt keine üblichen "Angriffsklauseln" enthielt, deutete manches darauf hin, daß beide Vertragspartner Aggressionen erwarteten (x051/125).



Abb. 66 (x149/95): Hitler und Stalin nach der Niederlage Polens. Karikatur im "Evening Standard" (David Low). Hitler: "Der Abschaum der Menschheit, denke ich." Stalin: "Der blutige Mörder der Arbeiter, nehme ich an."

Das geheime Zusatzprotokoll des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes vom 23. August 1939 enthält folgende Vereinbarungen (x243/68): >>1. Für den Fall einer territorial politischen Umgestaltung in den zu den baltischen Staaten (Finnland, Estland, Lettland, Litauen) gehörenden Gebieten werden diese Länder der sowjetischen Interessensphäre zugehörig erklärt.

2. Polen wird längs einer Linie, die von der Ostgrenze Ostpreußens bis zur Karpato-Ukraine reicht und Warschau und Lublin einschließt, vollständig in eine deutsche und sowjetische Interessensphäre aufgeteilt.

3. Während Deutschland hinsichtlich des Südosten Europas sein Desinteresse erklärt, wird von sowjetischer Seite das Interesse an Bessarabien betont. ...<<

Bei der anschließenden Feier bringt Stalin folgenden Trinkspruch auf Hitler aus (x073/177): >>Ich weiß, wie sehr das deutsche Volk seinen Führer liebt, und möchte deshalb auf seine Gesundheit trinken ...<<

Als sich Ribbentrop verabschiedet hat, sagt Stalin zum sowjetischen Außenminister Molotow (x069/176): >>Das war die Kriegserklärung Hitlers an die Sowjetunion!<<

In einem politischen Wörterbuch, das 1940 in Moskau erscheint, berichtet man wie folgt über den Stalin-Hitler-Pakt (x058/362-363): >>... Im Zusammenhang mit der ernsten Verschlechterung der internationalen Lage im April bis August 1939 wurden zwischen der UdSSR einerseits und England sowie Frankreich andererseits Verhandlungen geführt betreffend der gemeinsamen Maßnahmen, die den europäischen Krieg vereiteln könnten. England und Frankreich, die in Wirklichkeit kein Übereinkommen mit der UdSSR wollten und lediglich bestrebt

waren, die UdSSR zu isolieren und den Krieg zwischen der UdSSR und Deutschland zu provozieren, haben diese Verhandlungen zum Scheitern gebracht.
Die heimtückischen Pläne der Kriegshetzer wurden demaskiert, und sie haben dank der weisen Politik der sowjetischen Regierung einen Schiffbruch erlitten. Am 23. August 1939 wurde zwischen der UdSSR und Deutschland ein Nichtangriffspakt geschlossen, der die Feindschaft zwischen den beiden Ländern ein Ende gesetzt hat und eine entscheidende Wende in den internationalen Beziehungen im Zeitabschnitt des zweiten imperialistischen Krieges bedeutet. ...
Das hat sich mit besonderer Kraft dann bestätigt, als der polnische Staat zusammenstürzte und Polen ein geeignetes Feld für alle möglichen Zufälligkeiten und unerwartete Situationen sein konnte, die eine Gefahr für die UdSSR heraufbeschwören konnten.
Um die Möglichkeit solcher Ereignisse zu verhindern und um die Ukrainer und Bjelo-Russen, die gemeinsamen Blutes sind, zu beschützen, die die bankrotte polnische Regierung dem Schicksal des Verfalls überließ, hat die Rote Armee auf Weisung der sowjetischen Regierung am 17. September 1939 die polnische Grenze überschritten und hat die Westukraine und das westliche Bjelo-Rußland von dem Joch der polnischen Herren befreit. Einen weiteren leuchtenden Erfolg der sowjetischen Außenpolitik bedeutet der am September 1939 unterzeichnete deutsch-sowjetische Vertrag über Freundschaft und Grenze der UdSSR und Deutschland. ...
Im Verhältnis zu dem imperialistischen Krieg, der im Westen vorgeht, hat die sowjetische Regierung zusammen mit der Regierung Deutschlands den Wunsch und die Unerläßlichkeit nach einer möglichst schnellen Liquidierung dieses Blutvergießens geäußert. Aber diese Erklärung hat kein Mitgefühl Englands und Frankreichs gefunden: beide Staaten setzen als offenkundige Kriegshetzer und Aggressoren den Krieg weiter fort.<<
In einem sowjetischen Schulgeschichtsbuch heißt es später über den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 (x243/69): >>Überzeugt davon, daß England und Frankreich danach strebten, das faschistische Deutschland gegen die Sowjetunion zu benützen, entschloß sich die sowjetische Regierung dazu, einen Nichtangriffspakt mit Deutschland abzuschließen, der von der deutschen Regierung vorgeschlagen wurde.
Dabei ging unsere Regierung von dem Leninschen Prinzip aus, daß man Meinungsverschiedenheiten unter den imperialen Mächten ausnützen muß, damit sie sich nicht gegen die Sowjetunion zusammenschließen. ...<<
Der französische Historiker und Politiker Jacques Benoist-Méchin (1901-1983) berichtet später in seinem Buch "Sommerkrise und Kriegsausbruch 1939. Das Deutsche Reich und die Geheimpolitik der europäischen Großmächte" über die Reaktionen der Alliierten nach dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 (x311/125-127): >>... Chamberlain bewahrte seine Kaltblütigkeit, und Roosevelt war ratlos. Da war aber noch ein Mann, der eigentlich hätte völlig kopflos sein müssen: Oberst Beck (polnischer Außenminister)
Er befand sich im Zentrum des Sturmes, und ihn trennten von Deutschland weder ein Meer noch ein Ozean. War er sich nun darüber im klaren, daß die Einkreisung Polens mit der Unterzeichnung des deutsch-russischen Paktes vollendet war, daß immer zahlreichere deutsche Divisionen an seinen Grenzen aufmarschierten und daß inzwischen unter dem Vorwand der Feiern des 25. Jahrestages der Schlacht von Tannenberg 150.000 Mann in Ostpreußen zusammengezogen waren.
Nicht im mindesten! Beck, der noch immer unerschrocken war, schien noch entspannter als an den vorhergehenden Tagen.
"Herr Beck ist sehr ruhig", drahtete Botschafter Léon Noel nach Paris. "Er scheint über diese überraschende Wendung keineswegs verwirrt. Er meint, daß sich an der Sache nicht viel geändert habe. Er machte die Bemerkung, daß die Sowjetregierung – wie geschehen – die Frage der militärischen Zusammenarbeit stellte, von vornherein Warschaus Reaktion gekannt habe, und daß sie gesonnen gewesen sei, diese zum Vorwand zu nehmen, ihre Verhandlungen mit

Frankreich abzubrechen, nachdem sie sie in die Länge gezogen hatte."
Beck war zusammen mit Marschall Rydz-Smigly tatsächlich der Auffassung, die polnische Armee sei durchaus in der Lage, den deutschen Divisionen erfolgreich Widerstand zu leisten, die Geschmeidigkeit ihrer Kavallerie werde die Oberhand über die mechanisierte Starrheit der Wehrmacht behalten und in einigen Tagen würden die polnischen Heere Ostpreußen besetzt haben, denn das bestätigten ihm seine Geheimagenten immer wieder – Deutschland sei weder materiell noch moralisch in der Lage, einen Krieg zu führen, das deutsche Volk werde sich gleich bei Ausbruch der Feindseligkeiten gegen Hitler erheben, das Nazi-Regime werde innerhalb von 48 Stunden gestürzt sein, und die polnischen Vorhuten würden ohne auf Schwierigkeiten zu treffen, in Berlin einziehen, wo sie den Vorausabteilungen der französischen Armee die Hand reichen würden.
Niemals war ihm die Lage im günstigeren Lichte erschienen und er hatte seine diplomatischen Vertreter beauftragt, das in allen fremden Hauptstädten zum Ausdruck zu bringen. So erklärte der polnische Botschafter in Moskau dem französischen Botschafter Naggiar bei einer Begegnung zuversichtlich:
"Ich sehe die Dinge optimistisch. Das deutsche Angebot und Ribbentrops Besuch in Moskau zeugen für die verzweifelte Lage, in der sich das Reich befindet.<<
Der britische Historiker Robert Conquest (1917-2015) schreibt später über den Hitler-Stalin-Pakt (x080/281-284): >>... Ein Abkommen mit Deutschland sicherte zumindest vorläufig den Frieden und ermöglichte die gefahrlose Ausdehnung sowjetischen Territoriums. ...
Ein Pakt mit Hitler bot Stalin ... die Aussicht auf einen beträchtlichen territorialen Zugewinn und Frieden. Außerdem bestand in diesem Fall die Chance, daß Deutschland und die Westmächte sich in einem langwierigen und zermürbenden Krieg gegenseitig schwächen würden, so daß die Sowjetunion als der lachende Dritte übrigbleiben würde.
... Stalin gab Ribbentrop sein persönliches Ehrenwort, daß die Sowjetunion ihren Teil des Vertrages uneingeschränkt erfüllen werde. Er fügte sogar das wenig überzeugende Versprechen hinzu, falls Deutschland in die Knie gezwungen würde, werde er hundert Divisionen zur Unterstützung seines Bundesgenossen an den Rhein entsenden. ...
Stalin stand dem Pakt mit Hitler und den Absichten des Deutschen natürlich keineswegs naiv und unbefangen gegenüber. So äußerte er vor dem Politbüro: >>Hitler will uns überlisten, aber am Ende werden wir die Klügeren sein.<<
Der deutsche Historiker Karl Dietrich Erdmann (1910-1990) schreibt später über den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 (x243/69): >>Der Pakt bedeutete das Todesurteil für Polen. ... Für Stalin bedeutete der Pakt, daß dem Bolschewismus nun das Tor in das ... östliche Mitteleuropa geöffnet wurde. ...
Stalin hätte es in der Hand gehabt, den Krieg zu verhindern. ... Wenn er sich trotz der polnischen Bedenken (Ablehnung des russischen Durchmarschrechts durch Polen) mit den Westmächten verbündet hätte, wäre der deutsche Angriff auf Polen unterblieben. ...<<
Der deutsche Historiker Prof. Dr. Alexander Fischer (1933-1995) schreibt später über den "Hitler-Stalin-Pakt" (x041/201-203): >>Schon Ende der zwanziger Jahre konnten verantwortliche Politiker der Sowjetunion die Prognose wagen, daß ein neuer Weltenbrand bevorstehe.
Die unverhohlene Aggressivität Japans an der sowjetischen Fernostgrenze steigerte bald die beschworene Kriegsgefahr, weitere internationale Spannungen traten hinzu.
Nach der Machtergreifung Hitlers, dem Austritt Japans und Deutschlands aus dem Völkerbund 1933, dem kläglichen Scheitern der Abrüstungsbemühungen des Völkerbundes, dem Abschluß des Antikomintern-Paktes zwischen Tokio und Berlin im "Olympiajahr" 1936, vor allem aber nach dem Ausbruch des japanisch-chinesischen Krieges im Juli 1937 wurde es in Moskau zur Gewißheit, daß "der zweite imperialistische Krieg" (Litwinow) bereits begonnen habe.

Es bestand für die sowjetische Führungsspitze angesichts dieser bedrohlichen Entwicklung überhaupt kein Zweifel daran, daß sich ihr Land als kommunistische Insel im "trüben Meer des kapitalistischen Chaos" (Woroschilow) klar in einer Position der Defensive befand. ...
Angesichts der akuten Gefahr eines von Hitler provozierten Krieges in Europa, der vor allem die westlichen Nachbarstaaten der UdSSR einzubeziehen drohte, war es Stalin selbst, der am 10. März 1939 in einer Rede vor dem 18. Parteitag der KPdSU den Sinneswandel in der sowjetischen Außenpolitik kundtat. Die Sowjetunion werde sich nicht "von Kriegsprovokateuren, die es gewohnt sind, sich von anderen die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen, in einen Konflikt hineinziehen lassen".
Vor die Frage gestellt, entweder die militärischen und politischen Sicherungen im Bündnis mit London und Paris energisch auszubauen, damit freilich das Risiko einzugehen, im Konfliktfall beim Wort genommen zu werden, oder aber sich mit jenen Mächten zu vergleichen, deren aggressive Dynamik eine grundsätzliche Neuordnung der europäischen, insbesondere der ostmitteleuropäischen, und der asiatischen Landkarte erwarten ließ, wählte Stalin das vermeintlich kleinere Übel: das Arrangement in Form eines Nichtangriffspaktes mit dem "Dritten Reich" Hitlers im August 1939 und eines Neutralitätspaktes mit Japan im April 1941.
Mangels genauer Informationen muß dahingestellt bleiben, was in Moskau seinerzeit von der Dauerhaftigkeit eines Interessenausgleichs mit dem nationalsozialistischem Deutschland gehalten worden ist. Es gibt Hinweise darauf, daß der Kreml damals mit einem deutschen Angriff etwa ab 1942 rechnete.
Das erklärt das große Interesse an einer energielähmenden Verlängerung des Krieges zwischen den übrigen europäischen Großmächten. Dem Hitler-Stalin-Pakt kam in diesem Kalkül eine überragende Bedeutung zu. Gewiß ermöglichte er auch jene "Atempause", von der die sowjetische Historiographie, bezeichnenderweise unter Leugnung der Existenz des geheimen Zusatzprotokolls zum Pakt, ständig spricht.
Diese Sicht verharmlost jedoch die mit dem Abschluß intendierte grundlegende Veränderung der politischen Landkarte Ostmitteleuropas, wie sie in der Zuordnung Finnlands, Estlands, Lettlands zur sowjetischen Interessensphäre und in der Ankündigung einer vierten Teilung Polens festgeschrieben wurde. Nicht minder schwer wog die Bedeutung des Hitler-Stalin-Paktes für die Kriegsführung und die Kriegswirtschaft des "Dritten Reiches".
Stalin hatte allen Grund, sein Land aus kriegerischen Konflikten herauszuhalten. Die schweren inneren Erschütterungen, die den Ende der zwanziger Jahre eingeleiteten Wandlungsprozeß in Wirtschaft und Gesellschaft des "ersten Arbeiter- und Bauernstaates" der Welt begleitet hatten, waren ein Jahrzehnt später noch keineswegs überwunden.
Stalins "Revolution von oben", die einem "riesenhaften Schichtwechsel in der gesellschaftlichen Struktur" (v. Rauch) des Landes gleichkam, hatte ein unvorstellbarer Terror begleitet, dessen Auswirkungen bei Kriegsbeginn immer noch spürbar waren. Das gilt besonders für die Rote Armee, deren Kommandeurskader zu einem erheblichen Teil als "Feinde des Volkes" oder "Agenten ausländischer Nachrichtendienste" den sogenannten Säuberungen der Jahre 1937/38 zum Opfer fielen.
Auf diese Weise verloren die sowjetischen Streitkräfte u.a. rund die Hälfte aller Regimentskommandeure, fast alle Brigade- und Divisionskommandeure, alle Korpskommandeure und Kommandanten der Militärbezirke. Sämtliche Versuche, die Schlagkraft der Roten Armee trotz der lähmenden Eingriffe zu erhalten, zeitigten bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges nur schwache Erfolge.
Schon beim sowjetischen Übergriff auf Finnland im Winter 1939/40 gelang es den eingesetzten Truppen des Leningrader Militärbezirks nun unter schweren Verlusten, gegen die zahlenmäßig unterlegenen finnischen Streitkräfte die gesteckten Angriffsziele zu erreichen. Bis zum Zeitpunkt des deutschen Überfalls konnte man die Mängel in der Schlagkraft der Roten Ar-

mee nicht beseitigen. ...
Im wirtschaftlichen Bereich leistete die Sowjetunion vor allem durch bereitwilliges Eingehen auf deutsche Rohstoffwünsche einen kaum zu unterschätzenden Beitrag für die Kriegsführung Hitlers. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß Deutschland darüber hinaus wegen der britischen Blockade schwer zu erlangende Rohstoffe z.T. durch die Sowjetunion beschaffen sowie über sowjetische Häfen und Eisenbahnlinien transportieren ließ.<<
Der deutsche Historiker Andreas Hillgruber (1925-1989, seit 1965 Prof. in Marburg, Freiburg und Köln) schreibt später über die sowjetischen Motive des Hitler-Stalin-Paktes (x245/435-436): >>Die Entscheidung Stalins, auf die taktische Schwenkung Hitlers einzugehen und mit ihm einen Pakt auf der Basis der Teilung Ostmitteleuropas abzuschließen, war seit "München" vorbereitet worden.
Um ein in seiner Sicht drohendes Arrangement zwischen England und Hitler-Deutschland zu verhindern, das in sowjetkommunistischer Interpretation nur offensiv gegen die Sowjetunion gerichtet sein konnte, schien ein eigener Vertragsabschluß mit Hitler das am besten geeignete Mittel; denn Hitler mußte diesen Pakt als Ermunterung zum militärischen Angriff auf Polen auffassen (anstatt zum Einlenken auf eine "Kleine Lösung" in Gestalt von Revisionen an der deutsch-polnischen Grenze unter Vermittlung Englands wie es im Falle der Unterzeichnung eines britisch-französisch-sowjetischen Militärbündnisses im August 1939 von Stalins Sicht her befürchtet werden mußte).
Der deutsche Angriff auf Polen aber mußte mit hoher Wahrscheinlichkeit den kriegerischen Konflikt Hitlers mit den Westmächten auslösen.
Davon, daß England "trotz seiner Schwäche schlau und hartnäckig Krieg führen würde", war Stalin überzeugt – wie er Ribbentrop gegenüber in der Nacht vom 23. zum 24. August in bemerkenswerter Offenheit erklärte.
Damit war endlich die Grundvoraussetzung erreicht, die der Verwirklichung des außenpolitischen "Programms" Stalins bisher entgegengestanden hatte. Auch dieses "Programm" lag (wie das Hitlers) bereits seit der Mitte der zwanziger Jahre fest.
Die Spannungen zwischen den "imperialistischen" Mächten mußten sich nach sowjetkommunistischer Auffassung früher oder später in einem Kriege entladen. Dabei galt es zu verhindern, daß es zu einem gemeinsamen Krieg der "kapitalistischen" Mächte gegen die Sowjetunion kam; sie mußten vielmehr untereinander in einen kriegerischen Konflikt gebracht werden.
"Sollte ... (ein solcher) Krieg beginnen" – so hatte Stalin am 19. Januar 1925 auf der Plenartagung des Zentralkomitees der kommunistischen Partei Rußlands seine Grundthese dargelegt -, "so werden wir nicht untätig zusehen können – wir werden als letzte auftreten, um das entscheidende Gewicht in die Waagschale zu werfen, ein Gewicht, das ausschlaggebend sein dürfte".
Stalins Entscheidung von August 1939 versetzte damit die Sowjetunion in eine so günstige Position, wie sie sie in ihrer ganzen Geschichte seit 1917 noch niemals eingenommen hatte.
An die Stelle der bisher die sowjetische Gesamtpolitik beherrschenden traumatischen Vorstellung von einer allseitigen Bedrohung durch die "kapitalistischen" Mächte konnte nun das Bewußtsein treten, die Position einer von allen Kriegführenden respektierten, ja umworbenen Großmacht innezuhaben, deren politisches Gewicht in dem Maße wuchs, wie der Krieg in Europa fortdauerte und die Energie der beteiligten Staaten absorbierte (aufsaugte). ...<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet später (im Jahre 1999) über den Hitler-Stalin-Pakt (x887/...): >>**Präventivschlag: Was Stalin vor 60 Jahren wirklich im Schilde führte**
"Ich habe Hitler überlistet"
Am 23. August 1999 jährt sich zum sechzigsten Mal der Abschluß des Pakts der beiden Dik-

tatoren in Berlin und Moskau im Jahr 1939, der das Tor öffnete für die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges und des deutsch-sowjetischen Krieges ab 1941.
Die Motive beider Seiten zu diesem Pakt sind heute deutlich: Hitler suchte die sowjetische Rückendeckung für seinen Angriff auf Polen und zugleich dessen Begrenzung ohne ein Eingreifen Englands und Frankreichs. Stalin wollte zunächst einmal Zeitgewinn zur Aufrüstung der Roten Armee, deren Führung er zwei Jahre zuvor brutal dezimiert hatte. Das geheime Zusatzprotokoll des Paktes ermöglichte ihm auch beachtlichen Raumgewinn nach Westen durch die Annexion Ostpolens und der baltischen Staaten.
Der Mann im Kreml kalkulierte jedoch überlegener als sein Gegenspieler in Berlin. Er war überzeugt, daß sich der Angriff Hitlers auf Polen nicht lokalisieren lassen werde, daß vielmehr durch den Kriegseintritt der beiden Westmächte jener "zweite imperialistische Krieg" entstehen würde, auf den er schon seit zwanzig Jahren gehofft hatte und der seine potentiellen Gegner dann derart schwächen sollte, daß die Partie schließlich durch das Eingreifen der Sowjetunion im Sinne eines neuen Schubs für die Weltrevolution entschieden werde.
Beide Diktatoren schlossen diesen Pakt aus der Perspektive ihrer jeweiligen weitgreifenden politisch-ideologischen Ziele: Hitler mit der Perspektive seines "eigentlichen Krieges" zur Gewinnung deutschen "Lebensraums im Osten", wie er schon in "Mein Kampf" angekündigt hatte. Stalin verstand ihn als Vorbereitung des nächsten Stadiums des "revolutionären Weltprozesses", der 1923 zum vorläufigen Stillstand gekommen sei und dem ein zweiter Weltkrieg der "imperialistischen" Mächte den Weg bereiten sollte.
Mit Recht konnte Stalin am Abend des 23. August, wie Chruschtschow in seinen Memoiren berichtet, im engen Kreis sagen: "Ich habe Hitler überlistet." Seine Meisterleistung bestand darin, Hitler als "Eisbrecher" (Viktor Suworow) des Status quo von 1919 die Eröffnung des Krieges zuzuschieben und der Sowjetunion die schon von Lenin entworfene Rolle des "lachenden Dritten" zuzuweisen.
Die im Pakt des 23. August anvisierten Gewinne hat Stalin in der Folgezeit rasch eingeheimst. Schon am 17. September marschierte die Sowjetunion in Vollzug des Geheimprotokolls in Ostpolen ein.
Am 30. November griff sie das alleinstehende Finnland an. Im Sommer 1940, als die Masse der deutschen Armeen in Frankreich gebunden war, annektierte die Sowjetunion die drei baltischen Staaten, und, vom Abkommen nicht gedeckt, auch Bessarabien und die nördliche Bukowina von Rumänien. Das brachte sie näher an die rumänischen Ölfelder heran.
Zwischen September 1939 und August 1940 hatte die Sowjetunion also alle ihre sechs westlichen Nachbarstaaten, mit denen durchweg Nichtangriffsverträge bestanden hatten, angegriffen. Wenn auch ohne formelle Kriegserklärungen war sie damit faktisch bereits in den Zweiten Weltkrieg eingetreten.
Wenn die sowjetamtliche Geschichtsschreibung von dieser Zeit als der "Vorkriegsperiode" (vor dem 22. Juni 1941) sprach, diente dies der propagandistischen Verhüllung der tatsächlich aggressiven Politik Moskaus und ihrem Bild vom deutschen "Überfall" auf die friedliebende und nichtsahnende Sowjetunion. Bis heute wird dieses Bild nicht zuletzt von deutschen Historikern kolportiert.
Dieser Mythos bröckelt freilich seit einiger Zeit. Deutsche Autoren wie Ernst Topitsch, Ernst Nolte, Joachim Hoffmann, Walter Post und der in den siebziger Jahren in den Westen gegangene sowjetische Militärhistoriker Wladimir Resun, der unter dem Pseudonym Viktor Suworow schrieb, haben jene Sicht während des vergangenen Jahrzehnts erschüttert.
Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion haben dann auch russische Historiker an der Demontage der stalinistischen Legende von der friedliebenden Sowjetunion gearbeitet. Der deutsche Rußlandexperte Wolfgang Strauß dokumentierte dies jüngst in seinem Buch "Unternehmen Barbarossa und der russische Historikerstreit".

Wichtig war dabei die Rede Stalins im Politbüro am 19. August 1939, wo der rote Diktator den bevorstehenden Paktabschluß mit Hitler begründete. Diese Rede war lange auch von deutschen Historikern als "antikommunistische Fälschung" abqualifiziert worden. Nachdem sie bereits im November 1939 von der amtlichen französischen Nachrichtenagentur "Havas" veröffentlicht worden war, beteuerte kein Geringerer als Stalin selbst in einem Schreiben an "Havas" ihre Unechtheit. Nun haben Historiker der Universität Nowosibirsk den Redetext im Geheimfundus des Sonderarchivs der Sowjetunion gefunden, und die Historikerin T. S. Buschujewa hat ihn in der Moskauer Literaturzeitung "Nowy Mir" veröffentlicht.
Kurz darauf erschienen "Materialien des geschichtswissenschaftlichen Seminars" der Universität Nowosibirsk mit dem Titel "1. September 1939 - 9. Mai 1945. Aus Anlaß des 50. Jahrestages der Vernichtung des faschistischen Deutschland im Kontext des Beginns des Zweiten Weltkrieges".
In einem der Beiträge befaßte sich der Historiker W. L. Doroschenko mit der Stalinrede vom 19. August. Er nennt den Redetext "eines der grundlegenden Dokumente zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges", das beweise, daß Stalin den Pakt mit Hitler in der Absicht geschlossen habe, "den Krieg zu entfachen, einmal mit dem allgemeinen Ziel der Machteroberung in Europa, zum anderen mit einem unmittelbaren Gewinn, der sich aus der Vernichtung Polens und der Eroberung Galiziens ergab ...
Der Nichtangriffspakt machte die Hände Hitlers frei, provozierte Deutschland zur Kriegsauslösung. Als Stalin den Pakt schloß, stand für ihn fest, das Abkommen zu brechen, beabsichtigte er doch von Anfang an, zu einem für ihn vorteilhaften Zeitpunkt in den Krieg direkt einzugreifen!"
Hitler hatte sich mit dem Pakt des 23. Augusts 1939 und durch den nur für ihn unerwarteten englisch-französischen Kriegseintritt am 3. September bereits in die Rolle des von Moskau jederzeit Erpreßbaren begeben. Das wurde besonders deutlich in den Gesprächen mit dem sowjetischen Außenminister Wjatscheslaw Molotow im November 1940 in Berlin. Es ging hier nicht nur um die Frage der weiteren für den Krieg Hitlers wichtigen sowjetischen Rohstofflieferungen, besonders Öl und Getreide.
Da England noch immer militärisch aufrecht stand, enthüllte sich nun das Damoklesschwert des Zweifrontenkrieges für Deutschland. Unter dem Eindruck der Gespräche mit Molotow und in der hochmütigen Hoffnung, auch die Sowjetunion in wenigen Monaten mit den Methoden des Blitzkrieges niederwerfen zu können, traten nun die Angriffsvorbereitungen Hitlers gegen die Sowjetunion in ihr konkretes Stadium.
Aber auch die sowjetischen Kriegsvorbereitungen hatten bereits am 1. September 1939 mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht begonnen. Am 26. Juni 1940 erließ das Präsidium des Obersten Sowjets die Verordnung "Über den Übergang zum achtstündigen Arbeitstag und zur siebentätigen Arbeitswoche" sowie das Verbot des eigenmächtigen Verlassens der Betriebe und Büros. 1941 erreichte der Anteil der Militärausgaben am sowjetischen Staatsbudget dreiundvierzig Prozent. Am 7. Mai übernahm Stalin selbst den Vorsitz im Rat der Volkskommissare, also das Amt des Regierungschefs.
Die auf den Krieg vorbereitende sowjetische Propaganda gegen Deutschland hatte schon 1940 begonnen und wurde im Frühjahr 1941 erheblich gesteigert, unter anderem auch mit deutschlandkritischen Filmen wie "Professor Mamlock" (nach Friedrich Wolf, dem Vater von Markus Wolf) oder "Familie Oppenheim" (nach Lion Feuchtwanger).
Im Zusammenhang mit diesen Kriegsvorbereitungen ist auch die Rede Stalins vor den Absolventen der sowjetischen Militärakademie am 5. Mai 1941 zu sehen, in der der Diktator offen die deutsche Wehrmacht als potentiellen Feind nannte.
Als 1989 das Buch Viktor Suworows, "Der Eisbrecher. Hitler in Stalins Kalkül", erschien, waren Historiker und veröffentlichte Meinung besonders in Deutschland vielfach bemüht, die

Darlegungen des Autors über den offensiven Aufmarsch der Sowjetarmee gegen Deutschland im Frühjahr 1941 unter Verschluß zu halten.
Obwohl Suworow sich fast ausschließlich auf die sowjetischen militärischen Dokumente und die Memoiren der sowjetischen Spitzenmilitärs im Zweiten Weltkrieg stützte, wurden die Schlußfolgerungen des Autors angezweifelt, daß nämlich der Angriff Hitlers in ein bereits weit fortgeschrittenes Stadium des sowjetischen Offensivaufmarsches - und nicht etwa sowjetischer Defensivmaßnahmen - hineinstieß, woraus sich nicht zuletzt die deutschen Erfolge des Sommers 1941 erklärten. Noch immer herrsche die eigentümliche Palmströmlogik vor, "daß nicht sein kann, was nicht sein darf".
Da nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion auch die russischen Militärarchive zunehmend offener werden, haben russische Militärhistoriker die sowjetischen Pläne des Frühjahrs 1941 ausgewertet und teilweise veröffentlicht, welche die früheren Ergebnisse Suworows und anderer westlicher Autoren voll bestätigen.
Der Historiker und Oberst a.D. Valij Danilow hat die Pläne des sowjetischen Generalstabs aufgefunden und publiziert, die seit dem März 1941 entwickelt und am 15. Mai von Stalin gebilligt wurden. Nachdem noch die Moskauer "Militärhistorische Zeitschrift" 1996 versucht hatte, die sowjetischen Angriffsvorbereitungen gegen Deutschland 1941 zu leugnen, kam die "Unabhängige Militärrundschau" in ihrem Februarheft 1998 zu entgegengesetzten Ergebnissen.
Danilow zitiert auch aus den Notizen, die der Teilnehmer an einer Absolventenfeier über die Stalinrede am 5. Mai angefertigt hatte mit der "Prognose Stalins, daß wir den Kampf mit Deutschland beginnen ... einen gewaltigen Krieg mit dem Faschismus, gegen den gefährlichsten militärischen Nachbarn, im Namen der Revolutionierung Europas und natürlich auch Asiens".
Danilow ordnete sodann die militärstrategischen Pläne, die in den Generalstabsplänen mehrfach als "Überraschungsschlag" und "Präventivschlag" bezeichnet wurden, in die politisch-ideologischen Rahmenbedingungen der sowjetischen Führung ein: "Es ging also nicht nur um die Abwehr einer ausländischen Aggression, sondern um die Verwirklichung weitgesteckter kommunistischer Ziele einschließlich der Weltrevolution."
Deshalb habe man sich für einen "Krieg mit dem Faschismus" entschieden und dabei die Verteidigung völlig vernachlässigt. Stalin "wollte einfach nicht glauben, daß Hitler die Initiative ergreifen und ihm zuvorkommen könnte. Dabei hatte Stalin in der Tat die Ratio für sich, nicht zu erwarten, daß Hitler selbst sich in den für ihn tödlichen Zweifrontenkrieg stürzen könne".
Danilows Fazit lautet: "Die Außenpolitik der Sowjetunion der Vorkriegszeit (also vor dem 22. Juni 1941) bestand nicht darin, den Frieden mit allen nur denkbaren Mitteln zu bewahren. Im Gegenteil. Dokumente und praktische Maßnahmen der Sowjetregierung wie auch des Verteidigungsministeriums sprachen davon, daß die sowjetische Außenpolitik auf Angriff ausgerichtet war."
Ein weiterer Autor des Sammelbandes der Universität Nowosibirsk, der Historiker Michail Nikitin, kommt zu ganz ähnlichen Ergebnissen wie Danilow mit den Hinweisen auf die gigantischen Rüstungsanstrengungen der Sowjetunion in der ersten Hälfte des Jahres 1941, als Panzer und Flugzeuge des modernsten Typs produziert wurden. Im Zeitraum zwischen 1939 und Juni 1941 seien der Roten Armee weiter zweiundneunzigtausend Geschütze und Granatwerfer, siebentausendvierhundert Panzer und siebzehntausendsiebenhundert Kampfflugzeuge zugeführt worden.
"Aus den Dokumenten geht eindeutig hervor, daß die sowjetische Führung im Frühjahr 1941 Deutschland als den Hauptfeind betrachtete. ... Ein Kompromiß kam nicht mehr in Betracht, beide Seiten bereiteten sich darauf vor, ihre Ziele mit militärischen Mitteln zu erreichen. ... Das Hauptziel bestand in der territorialen Ausdehnung der 'sozialistischen Welt' Richtung

Westen, im Idealfall die Eroberung ganz Europas ... Die Zersplitterung der Wehrmacht an vielen Fronten im Westen erschien Moskau als einmalige Chance, 'in einem Überraschungsschlag Deutschland zu vernichten'."<<

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt (x046/27-28): >>... Russische Historiker erblicken heute längst auch einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen dem 23. August 1939 und dem 22. Juni 1941. Durch den Pakt mit Hitler vom 23. August 1939 hatte Stalin sein erstes Ziel erreicht, und er war, wie Marschall der Sowjetunion Zkukov sich erinnert, "überzeugt, er würde aufgrund des Paktes Hitler um den kleinen Finger wickeln".

"Nun, für das erste haben wir Hitler getäuscht", so die Meinung Stalins nach Nikita Chruscev. Der Pakt vom 23. August 1939 hatte Hitler dazu ermutigt, Polen anzugreifen und als Folge hiervon, wie erwartet, einen europäischen Krieg entstehen lassen, an dem die Sowjetunion vom 17. September 1939 an als Aggressor teilnahm, ohne daß sie damit freilich die Kriegserklärung der Westmächte auf sich gezogen hätte.

"Ein einziger Schlag gegen Polen", so der verantwortliche Leiter der sowjetischen Politik, der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare Molotow am 31. Oktober 1939 vor dem Obersten Sowjet, "erst seitens der deutschen, dann seitens der Roten Armee, und nichts blieb übrig von dieser Mißgeburt des Versailler Vertrages**,** die ihre Existenz der Unterdrückung nichtpolnischer Nationalitäten verdankt hatte." Auf ausdrücklichen Wunsch Stalins hin sollten nicht einmal Reste der staatlichen Existenz Polens bestehen bleiben.

Durch die Angriffskriege gegen Polen und Finnland, durch die erpresserische Annexion der souveränen Republiken Estland, Lettland und Litauen und die Androhung des Krieges gegen Rumänien vermochte die Sowjetunion im Gefolge der Verträge mit Hitler ihr Gebiet um ein Territorium zu vergrößern, das mit 426.000 qkm etwa der Ausdehnung des Deutschen Reiches von 1919 entsprach.

Damit hatte Stalin die auch ihn schützende Staatenbarriere an seiner Westgrenze niedergerissen und seine Aufmarschbasis nach Westen bedeutend verbessert. Für ihn kam es nun auf den nächsten Schritt an, und die Voraussetzungen hierzu waren günstig. Denn die politisch strategische Lage Deutschlands wurde, seiner Anfangserfolge ungeachtet, in Moskau als kritisch eingeschätzt.

Die Entscheidung im Krieg mit England rückte in immer weitere Ferne. Hinter Großbritannien aber standen mit wachsender Entschiedenheit die Vereinigten Staaten von Amerika. Die Streitkräfte Deutschlands waren jetzt überall in Europa verzettelt und von Norwegen bis zu den Pyrenäen Großbritannien gegenüber in einer Front gebunden. Zum anderen aber war die Unfähigkeit Deutschlands, einen langen Krieg wirtschaftlich durchzustehen, in Moskau sehr wohl bekannt. Und wie verletzbar war das Deutsche Reich erst im Hinblick auf die Möglichkeit, es von den lebenswichtigen Erdölzufuhren aus Rumänien abzuschneiden! …<<

Der deutsche Historiker Walter Post berichtet später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 - 2001 über den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 (x853/...): >>... Die Beziehungen zwischen Sowjetrußland und dem Deutschen Reich waren seit 1933 aufgrund der ideologischen Gegensätze äußerst kühl bis feindselig gewesen, aber getreu dem Grundsatz, die "kapitalistischen Imperialisten" gegeneinander auszuspielen, beschloß Stalin, die schwächere Partei in dem sich anbahnenden europäischen Konflikt, und das war Deutschland, zu unterstützen. Moskau signalisierte Berlin seine Bereitschaft, einen Nichtangriffspakt abzuschließen, und Hitler erkannte die Chance, die drohende Einkreisung und wirtschaftliche Erdrosselung Deutschlands zu verhindern.

Die Geschäftsgrundlage für diesen Nichtangriffspakt war die Aufteilung Polens und Osteuropas in eine deutsche und eine sowjetische Einflußsphäre, wobei in etwa die deutsch-russische Grenze von 1914 wiederhergestellt werden sollte.

Seine Motive für den Abschluß eines Nichtangriffspaktes mit Deutschland legte Stalin am 7. September 1939, also eine Woche nach Beginn des europäischen Krieges, in einem Gespräch mit dem Vorsitzenden der Komintern, Georgi Dimitroff, dar. Dimitroff hielt die Äußerungen Stalins in seinem Tagebuch wie folgt fest:
"- Der Krieg wird zwischen zwei Gruppen von kapitalistischen Staaten geführt - (arme und reiche im Hinblick auf Kolonien, Rohstoffe usw.) um die Neuaufteilung der Welt, um die Weltherrschaft!
- Wir haben nichts dagegen, daß sie kräftig aufeinander einschlagen und sich schwächen.
- Nicht schlecht, wenn Deutschland die Lage der reichsten kapitalistischen Länder (vor allem Englands) ins Wanken brächte.
- Hitler selber zerrüttet und untergräbt, ohne es zu verstehen und zu wollen, das kapitalistische System ...
Wir können manövrieren, eine Seite gegen die andere aufbringen, damit sie sich noch stärker in die Haare kriegen.
- Der Nichtangriffspakt hilft Deutschland in gewissem Maße.
- Der nächste Schritt ist der, die andere Seite anzuspornen ...
- Der polnische Staat war früher (in der Geschichte) ein Nationalstaat. Deshalb haben ihn die Revolutionäre gegen Teilung und Versklavung verteidigt.
- Heute ist er - ein faschistischer Staat, der Ukrainer, Weißrussen usw. knechtet.
- Die Vernichtung dieses Staates unter den gegenwärtigen Bedingungen würde einen bourgeoisen faschistischen Staat weniger bedeuten!
- Was wäre schlechtes daran, wenn wir im Ergebnis der Zerschlagung Polens das sozialistische System auf neue Territorien und die Bevölkerung ausdehnen."
Am 23. August 1939 unterzeichneten Reichsaußenminister Ribbentrop und der Volkskommissar für Äußeres Molotow in Moskau einen deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt mit einem geheimen Zusatzprotokoll, in dem die territorialen Interessensphären beider Mächte in Osteuropa abgegrenzt wurden." Außerdem, und dies war mindestens ebenso wichtig, wurde ein Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit abgeschlossen, das dem Deutschen Reich erlaubte, die englisch-französische Wirtschaftsblockade mit Hilfe sowjetischer Rohstofflieferungen zu umgehen.
Ohne die Sowjetunion waren Großbritannien und Frankreich aufgrund der Geographie, der militärischen Schwäche Englands und des defensiven Denkens der französischen militärischen Führung nicht in der Lage, Polen wirksam zu unterstützen. Aber trotz der prekären strategischen Lage weigerte sich die polnische Regierung hartnäckig, der Deutschen Reichsregierung im Streit um Danzig in irgendeiner Weise entgegenzukommen. Von entscheidender Bedeutung dürfte dabei der Einfluß Washingtons gewesen sein, das die Regierung in Warschau in ihrer Widerstandshaltung bestärkte.
Somit waren die diplomatischen Bemühungen zur Erhaltung des Friedens zum Scheitern verurteilt, und am 1. September 1939 begann der deutsche Angriff auf Polen. Zwei Tage später erklärten England und Frankreich dem Deutschen Reich den Krieg.
Die polnischen Streitkräfte wurden bis Mitte September von der deutschen Wehrmacht zerschlagen, und am 17. dieses Monats marschierte die Rote Armee in Ostpolen ein. Der polnische Staat hörte auf zu existieren, die neuen Machtverhältnisse in Osteuropa wurden durch den deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939 besiegelt. Damit waren in Osteuropa wieder die Machtverhältnisse hergestellt, wie sie bis 1914 existiert hatten - aber nun unter totalitären Vorzeichen. ...<<
Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor, Autor des 2003 erschienen Sachbuch-Bestsellers "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte") berichtet später über den Hitler-Stalin-Pakt (x320/64-66): >>**Der Hitler-Stalin-**

Pakt

Der Coup vom 23. August 1939

Ein Schock für die westliche Welt: Die Erzfeinde verständigen sich zu Lasten der Polen. Beide Diktatoren ziehen Nutzen aus dem Deal.

Im Sommer 1939 laufen französisch-britisch-polnisch-sowjetische Sondierungen zu einem Kriegsbündnis gegen Deutschland. Als Warschau den antideutschen Kriegspakt zwischen London, Moskau und Paris aus Angst vor der Sowjetunion verhindert, nutzt Berlin die Chance und bietet seinerseits Moskau Gespräche zur Verständigung an. Am 4. August 1939 gewährt der sowjetische Außenminister Wjatscheslaw Molotow dem deutschen Botschafter Friedrich-Werner Graf von der Schulenburg daraufhin eine Audienz. …

Am 19. August teilen die englische und die französische Regierung der sowjetischen mit, daß sie ihren schon ausgehandelten Vertrag aufgrund des Einspruchs der polnischen Regierung nicht unterzeichnen werden. Damit steht Rußlands Seitenwechsel nichts mehr im Weg. Der deutsche Botschafter wird erneut zu Molotow bestellt. Der überreicht ihm einen Textentwurf für den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt. Der Vertragstext enthält noch nicht das Zusatzprotokoll, doch er endet mit dem Satz:

"Der gegenwärtige Pakt ist nur bei gleichzeitiger Unterzeichnung eines besonderen Protokolls über die Punkte, an denen die vertragsschließenden Teile auf dem Gebiet der auswärtigen Politik interessiert sind, gültig."

Die sprichwörtliche Katze ist damit nach wie vor nicht aus dem Sack: das Schicksal der Baltenländer.

Nun folgt Zug auf Zug. Hitler - in der Danzig-Krise unter Zeitdruck - schaut nur auf den Nichtangriffspakt mit Stalin, von dem er hofft, daß er die Polen, Briten und Franzosen zum Nachgeben beim Danzig-Korridor-Problem bewegt. Er schaut nicht auf das Zusatzprotokoll, von dem er immer noch nicht weiß, was die Sowjets damit verbinden werden. Hitler telegraphiert am 20. August an Josef Stalin und teilt mit, daß er den Entwurf des Nichtangriffspaktes akzeptiert. Am 21. August dankt Stalin wiederum Hitler für das Telegramm und lädt von Ribbentrop für den 23. August nach Moskau ein. …

Hitler, vor die Wahl gestellt, mit Stalins Rückendeckung seine Handlungsfreiheit in der Danzig-Frage zu erhalten, oder ohne Stalin auf Danzig, die exterritorialen Transitwege und den Schutz der deutschen Minderheit in Polen zu verzichten, akzeptiert die Interessensphären-Grenzen, die die Russen fordern. Der deutsche Staatschef, der Stalins Forderungen vorher nicht gekannt hat, entscheidet offensichtlich ohne langes Zögern. Kurz nach Mitternacht, am 24. August, werden der Nichtangriffspakt und das geheime Zusatzprotokoll von Molotow und Ribbentrop unterschrieben. …

Die Einigung zwischen Hitler und Stalin, so schnell nach dem Scheitern der französisch-englisch-sowjetischen Verhandlungen, ist ein Schock für London und Paris - und dennoch für Warschau kein Anlaß, in der Danzig-Frage auf Deutschland zuzugehen. …

Das geheime Zusatzprotokoll spricht nur von Interessensphären. Es bringt nicht zum Ausdruck, daß die Sowjetunion nun Finnland und die Baltenstaaten einkassieren dürfe. So harsch dieses deutsch-sowjetische Geheimabkommen auch später kritisiert wird, es entspricht den Gepflogenheiten jener Zeit. So schließt beispielsweise auch Großbritannien 1938 mit Italien und mit Spanien derartige Abkommen. Das geheime Zusatzprotokoll ist zudem kein Produkt von Hitlers Strategie, sondern stammt aus der Feder Stalins beziehungsweise Molotows.<<

25.08.1939

NS-Regime: Hitler wiederholt am 25. August 1939 nochmals die bisherigen Forderungen gegenüber Polen.

Großbritannien: Die britische Regierung schließt am 25. August 1939 mit Polen einen 5jährigen militärischen Beistandspakt.

Nach Abschluß des britisch-polnischen Beistandsvertrages zieht Hitler den deutschen Angriffsbefehl (26.08.1939) zurück, um weitere deutsch-britische Verhandlungen zu führen (x041/98).

USA: US-Präsident Roosevelt fordert Deutschland und Polen am 25. August 1939 zur Mäßigung auf, um weitere politische Verhandlungen zu ermöglichen.

26.08.1939

NS-Regime: Die NS-Justiz veröffentlicht am 26. August 1939 das sogenannte "Kriegssonderstrafrecht", das drakonische Strafen vorsieht (x149/100): >>... Wegen Zersetzung der Wehrkraft wird mit dem Tode bestraft: 1. wer öffentlich dazu auffordert oder anreizt, die Erfüllung der Dienstpflicht in der deutschen oder einer verbündeten Wehrmacht zu verweigern, oder sonst öffentlich den Willen des deutschen oder verbündeten Volkes zur wehrhaften Selbstbehauptung zu lähmen oder zu zersetzen sucht.<<

Der deutsche Assessor Ulrich Bachmann schreibt später über das "Kriegssonderstrafrecht" (x051/333-334): >>Kriegssonderstrafrecht, strafrechtliche Bestimmungen, die kurz vor oder während des Zweiten Weltkrieges erlassen wurden und drakonische Strafen vorsahen, insbesondere eine nicht dagewesene häufige Androhung der Todesstrafe enthielten. Die Kriegssonderstrafrecht-Verordnung vom 17.8.38 (veröffentlicht erst 26.8.39, RGBl. I, S. 1.445) enthielt Bestimmungen über Spionage, Freischärlerei u.a. und führte v.a. den neuen Straftatbestand Wehrkraftzersetzung ein.

Der Chef des OKW wurde ermächtigt, die Verordnung zu ändern oder zu ergänzen, soweit ein Bedürfnis der Kriegführung dies gebiete, eine in der Rechtsgeschichte der Neuzeit einmalige Vollmacht für das Militär, auch mit Wirkung für Zivilpersonen Strafbestimmungen zu erlassen.

Die "Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen" vom 1.9.39 (RGBl. I, S. 1.683) drohte harte Strafen bei Abhören ausländischer Sender an.

Die "Verordnung gegen Volksschädlinge" vom 5.9.39 (RGBl. I, S. 1.679) enthielt Strafbestimmungen gegen Plünderung und gegen Delikte, die unter Ausnutzung der Verdunkelung begangen wurden, sowie gegen "gemeingefährliche Verbrechen".

Die "Verordnung zur Ergänzung der Strafvorschriften zum Schutz der Wehrkraft des deutschen Volkes" vom 25.11.39 (RGBl. I, S. 2.319) sah hohe Strafen vor bei Wehrmittelbeschädigung, Störung eines wichtigen Betriebes, Teilnahme an einer wehrfeindlichen Verbindung u.a.

Die "Verordnung gegen Gewaltverbrecher" vom 5.12.39 (RGBl. I, S. 2.378) stellte – auch vor Inkrafttreten der Verordnung begangene – Gewalttaten mit einer Waffe unter Todesstrafe.

Schließlich wurden verschiedene Vorschriften zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung erlassen, so die Kriegswirtschaftsverordnung vom 4.9.39 (RGBl. I, S. 1.609) und die Verbrauchsregelungsstrafverordnung vom 26.11.41 (RGBl. I, S. 734).

Den Schlußstein der Kriegssonderstrafrecht-Vorschriften bildete die "Verordnung zur Ergänzung der Kriegssonderstrafrecht-Verordnung" vom 5.5.44 (RGBl. I., S. 115), die für jede Straftat die Verhängung der Todesstrafe ermöglichte, "wenn der regelmäßige Strafrahmen nach gesundem Volksempfinden zur Sühne nicht ausreicht".

Sonderrecht wurde schließlich gegen sogenannte Fremdvölkische geschaffen, so mit der "Polenstrafrechtsverordnung" vom 4.12.41 (RGBl. I, S. 759) gegen Juden und Polen.

Im Strafverfahrensrecht wurden rechtsstaatliche Garantien weiter abgebaut, durch die Kriegsstrafverfahrensordnung vom 17.8.38 (veröffentlicht erst 26.8.39, RGBl. I, S. 1.457) ein vereinfachtes sogenanntes Kriegsverfahren eingeführt, die Verteidigerrechte gekürzt und die gerichtlichten Zuständigkeiten neu geregelt.<<

Der deutsche Assessor Ulrich Bachmann schreibt später über die "Wehrkraftzersetzung" (x051/622-623): >>Wehrkraftzersetzung, durch § 5 Absatz 1 Nr. 1 der Kriegssonderstraf-

rechtsverordnung vom 17.8.38 (veröffentlicht erst 26.8.39, RGBl I, S. 1.455) eingeführter neuer Straftatbestand, wonach mit dem Tod zu bestrafen sei, wer öffentlich dazu auffordere oder anreize, die Erfüllung der Dienstpflicht in der deutschen oder einer verbündeten Wehrmacht zu verweigern oder wer sonst öffentlich den Willen des deutschen oder verbündeten Volkes zur wehrhaften Selbstbehauptung zu lähmen oder zu zersetzen suche. In minder schweren Fällen konnte auf Zuchthaus oder Gefängnis erkannt werden. Durch Verordnung vom 25.11.39 (RGBl I, S. 2.319) wurden die Strafbestimmungen "zum Schutz der Wehrkraft des Deutschen Volkes" noch erweitert.
Der Tatbestand der Wehrkraftzersetzung ist Beispiel für die nationalsozialistische Gesetzestechnik, Straftatbestände möglichst weit zu fassen und damit der uferlosen Auslegung zugänglich zu machen.
Durch die Gerichte sind die einzelnen Tatbestandsmerkmale noch erweitert worden, so etwa hinsichtlich des Begriffs "öffentlich": Auch vor einem geschlossenen Personenkreis gemachte Äußerungen galten dann als öffentlich, wenn die Äußerungen über den Kreis hätten hinausdringen können, eine nie auszuschließende Möglichkeit. Nahezu alle kritischen Äußerungen wurden als Wehrkraftzersetzung interpretiert. Sie war – neben Fahnenflucht – der Straftatbestand, aufgrund dessen die meisten Todesurteile verhängt wurden.
Zuständig für Fälle der Wehrkraftzersetzung war zunächst das Reichskriegsgericht, dann die Sondergerichte und schließlich, durch Verordnung vom 29.1.43 (RGBl I, S. 76), der Volksgerichtshof.<<

28.08.1939

Großbritannien: Der britische Botschafter Henderson versucht den deutsch-polnischen Krieg zu verhindern und bietet vom 28. bis zum 29. August 1939 Vermittlungsgespräche an.
Hitler stimmt direkten Verhandlungen zu und bittet Henderson, daß am 30. August 1939 ein polnischer Vertreter in Berlin erscheinen soll (Ultimatum).

30.08.1939

NS-Regime: Am späten Nachmittag (30. August 1939) steht der Wortlaut des sogenannten 16-Punkte-Planes endlich fest.
Dem polnischen Unterhändler sollen folgende Bedingungen ausgehändigt werden (x311/304-306): >>**Deutsch-polnisches Abkommen**

1. Die Freie Stadt Danzig kehrt aufgrund ihres rein deutschen Charakters sowie des einmütigen Willens ihrer Bevölkerung sofort in das Deutsche Reich zurück.
2. Das Gebiet des sogenannten Korridors, das von der Ostsee bis zu der Linie Marienwerder – Graudenz – Kulm - Bromberg (diese Städte einschließlich) und dann etwa westlich nach Schönlanke reicht, wird über seine Zugehörigkeit zu Deutschland oder zu Polen selbst entscheiden.
3. Zu diesem Zweck wird dieses Gebiet eine Abstimmung vornehmen. Abstimmungsberechtigt sind alle Deutschen, die am 1. Januar 1918 in diesem Gebiete wohnhaft waren oder bis zu diesem Tage dort geboren wurden, und desgleichen alle an diesem Tage und in diesem Gebiet wohnhaft gewesenen oder bis zu diesem Tage dort geborenen Polen, Kaschuben usw. Die aus diesem Gebiet vertriebenen Deutschen kehren zur Erfüllung ihrer Abstimmung zurück.
Zur Sicherung einer objektiven Abstimmung sowie zur Gewährleistung der dafür notwendigen umfangreichen Vorarbeiten wird dieses erwähnte Gebiet ähnlich dem Saargebiet einer sofort zu bildenden internationalen Kommission unterstellt, die von den vier Großmächten Italien, Sowjetunion, Frankreich, England gebildet wird. Diese Kommission übt alle Hoheitsrechte in diesem Gebiet aus. Zu diesem Zweck ist dieses Gebiet in einer zu vereinbarenden kürzesten Frist von den polnischen Militärs, der polnischen Polizei und den polnischen Behörden zu räumen.
4. Von diesem Gebiet bleibt ausgenommen der polnische Hafen Gdingen, der grundsätzlich

polnisches Hoheitsgebiet ist, soweit er sich territorial auf die polnische Siedlung beschränkt.
Die näheren Grenzen dieser polnischen Hafenstadt wären zwischen Deutschland und Polen festzulegen und nötigenfalls durch ein internationales Schiedsgericht festzusetzen.
5. Um die notwenige Zeit für die erforderlichen umfangreichen Arbeiten zur Durchführung einer gerechten Abstimmung sicherzustellen, wird diese Abstimmung nicht vor Ablauf von 12 Monaten stattfinden.
6. Um während dieser Zeit Deutschland seine Verbindung mit Ostpreußen und Polen seine Verbindung mit dem Meere unbeschränkt zu garantieren, werden Straßen und Eisenbahnen festgelegt, die einen freien Transitverkehr ermöglichen. Hierbei dürfen nur jene Abgaben erhoben werden, die für die Erhaltung der Verkehrswege bzw. für die Durchführung der Transporte erforderlich sind.
7. Über die Zugehörigkeit des Gebietes entscheidet die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen.
8. Um nach erfolgter Abstimmung - ganz gleich, wie diese ausgehen möge - die Sicherheit des freien Verkehrs Deutschlands mit seiner Provinz Danzig-Ostpreußen und Polen seine Verbindung mit dem Meere zu garantieren, wird, falls das Abstimmungsgebiet an Polen fällt, Deutschland eine exterritoriale Verkehrszone, etwa in Richtung von Bütow - Danzig bzw. Dirschau, gegeben zur Anlage einer Reichsautobahn sowie einer viergleisigen Eisenbahnlinie. Der Bau der Straße und der Eisenbahn wird so durchgeführt, daß die polnischen Kommunikationswege dadurch nicht berührt, d.h. entweder über- oder unterfahren werden. Die Breite dieser Zone wird auf einen Kilometer festgesetzt und ist deutsches Hoheitsgebiet.
Fällt die Abstimmung zugunsten Deutschlands aus, erhält Polen zum freien und uneingeschränkten Verkehr nach seinem Hafen Gdingen die gleichen Rechte einer ebenso exterritorialen Straßen- bzw. Bahnverbindung, wie sie Deutschland zustehen würden.
9. Im Falle des Zurückfallens des Korridors an das Deutsche Reich erklärt sich dieses bereit, einen Bevölkerungsaustausch mit Polen in dem Ausmaß vorzunehmen, als der Korridor hierfür geeignet ist.
10. Die etwa von Polen gewünschten Sonderrechte im Hafen von Danzig würden paritätisch ausgehandelt werden mit gleichen Rechten Deutschlands im Hafen von Gdingen.
11. Um in diesem Gebiet jedes Gefühl einer Bedrohung auf beiden Seiten zu beseitigen, würden Danzig und Gdingen den Charakter einer Handelsstätte erhalten, d.h. ohne militärische Anlagen und militärische Befestigungen.
12. Die Halbinsel Hela, die entsprechend der Abstimmung entweder zu Polen oder zu Deutschland käme, würde in jedem Fall ebenfalls zu demilitarisieren sein.
13. Da die Deutsche Reichsregierung heftigste Beschwerden gegen die polnische Minderheitenbehandlung vorzubringen hat, die Polnische Regierung ihrerseits glaubt, auch Beschwerden gegen Deutschland vorbringen zu müssen, erklären sich beide Parteien damit einverstanden, daß diese Beschwerden einer international zusammengesetzten Untersuchungskommission unterbreitet werden, die die Aufgabe hat, alle Beschwerden über wirtschaftliche und physische Schädigungen sowie sonstige terroristische Akte zu untersuchen.
Deutschland und Polen verpflichten sich, alle seit dem Jahre 1918 etwa vorkommenden wirtschaftlichen und sonstigen Schädigungen der beiderseitigen Minoritäten wiedergutzumachen, bzw. alle Enteignungen aufzuheben oder für diese und sonstige Eingriffe in das wirtschaftliche Leben eine vollständige Entschädigung den Betroffenen zu leisten.
14. Um den in Polen verbleibenden Deutschen sowie den in Deutschland verbleibenden Polen das Gefühl der internationalen Rechtlosigkeit zu nehmen und ihnen vor allem die Sicherheit zu gewähren, nicht zu Handlungen bzw. zu Diensten herangezogen werden zu können, die mit ihrem nationalen Gefühl unvereinbar sind, kommen Deutschland und Polen überein, die Rechte der beiderseitigen Minderheiten durch umfassendste und bindende Vereinbarungen zu si-

chern, um diesen Minderheiten die Erhaltung, freie Entwicklung und Betätigung ihres Volkstums zu gewährleisten, ihnen insbesondere zu diesem Zweck die von ihnen für erforderlich gehaltene Organisierung zu gestatten. Beide Teile verpflichten sich, die Angehörigen der Minderheit nicht zum Wehrdienst heranzuziehen.
15. Im Falle einer Vereinbarung auf der Grundlage dieser Vorschläge erklären sich Deutschland und Polen bereit, die sofortige Demobilisierung ihrer Streitkräfte anzuordnen und durchzuführen.
16. Die zur Beschleunigung der obigen Abmachungen erforderlichen weiteren Maßnahmen werden zwischen Deutschland und Polen gemeinsam vereinbart.<<
Bis Mitternacht (30. August 1939) trifft kein polnischer Unterhändler in Berlin ein.
Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor, Autor des 2003 erschienen Sachbuch-Bestsellers "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte") berichtet später über Hitlers Kriegspläne (x320/80-82): >>**Vom Polenfeldzug zum Weltkrieg**
Strategie, Improvisation und Chaos
Folgte Hitler 1939 einem Generalplan zur Eroberung der Weltherrschaft? War der Angriff am 1. September für ihn nur der erste Schritt zur Besetzung des gesamten eurasischen Kontinents? Viele Indizien sprechen dagegen.
Ein vieldiskutiertes Thema sind Hitlers Kriegspläne zu Beginn des Polenfeldzugs 1939. Die vorherrschende Historikermeinung in Deutschland geht davon aus, daß Hitler einen lang gehegten und seit 1933 vorbereiteten Langzeitplan für einen Eroberungs- und Vernichtungskrieg um den "Lebensraum im Osten" hatte. …
Hitler hatte 1924 zwar in seinem Buch Mein Kampf geschrieben, und später mehrfach wiederholt, daß Deutschland "Lebensraum im Osten" gewinnen und mit deutschen Bauern besiedeln müsse, und er hatte 1941 mit der Eroberung der Ukraine und Weißrußlands auch so gehandelt, aber er hatte diese Absicht in seinen ersten Amtsjahren wohl aufgegeben und selbst zu Kriegsbeginn 1939 nicht mehr verfolgt. Für diese These steht eine Zahl schwerwiegender Indizien. …
5. Hitler hatte im August 1939, nachdem er den Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion in der Tasche hatte, den schon angesetzten Angriffsbeginn der Wehrmacht auf Polen drei Mal verschieben lassen - jedes Mal mit der Begründung vor der Wehrmachtsführung: "Ich brauche noch Zeit zum Verhandeln." Wenn Hitler unbedingt seinen Krieg um den Lebensraum im Osten hätte haben wollen, hätte er die Wehrmacht zum Angriff antreten lassen, nachdem sie ja bereits voll aufmarschiert war und ihm Stalin die erforderliche Rückendeckung dazu vertraglich zugesichert hatte. …
7. Am zweiten Tag des Polenfeldzugs hat Hitler der englischen Regierung den Rückzug der deutschen Truppen aus Polen und Entschädigung für alle bis dahin entstandenen Kriegsschäden an Polen angeboten, wenn London dafür in Warschau die Rückkehr Danzigs in das Deutsche Reich und eine exterritoriale Verkehrsverbindung vom Reichsgebiet nach Ostpreußen vermitteln würde. Hätte Hitler ganz Polen als deutschen Lebensraum erobern wollen, hätte er ein solches Angebot während des überaus erfolgreichen Feldzugbeginns nicht übermitteln lassen.
8. Nach dem siegreichen Polenfeldzug hat Hitler der englischen und der französischen Regierung Frieden angeboten. Zum Angebot gehörte die Räumung Polens durch die Wehrmacht, bis auf Danzig und den Korridor. Hätte Hitler Polen als Lebensraum im Osten haben wollen, hätte er dieses Angebot nicht gemacht.
9. Hitler hatte 1939 kein Konzept für die Eroberung eines Lebensraums im Osten. Er wußte - das geht aus Gesprächsaufzeichnungen hervor - während des Polenfeldzugs noch nicht, was er nach einem Sieg mit Polen anfangen sollte. Hätte er 1939 noch immer vorgehabt, Lebensraum

im Osten zu erobern, dann hätte er ein Konzept für das besiegte Polen parat gehabt. …
13. Im Jahr 1945 erbeuteten die Sieger alle deutschen Akten und Archive und werteten sie unverzüglich nach Belastungsmaterial gegen die Reichsregierung und die Wehrmachtsführung aus. Im Nürnberger Prozeß konnte trotzdem kein einziges Dokument vorgelegt werden, das auf einen deutschen Vorkriegsplan zur Eroberung Polens, der Ukraine oder Rußlands hingewiesen hat. Hätte Hitler vor Kriegsausbruch geplant, Polen als Erweiterung des Lebensraums für Deutschland zu erobern, so hätten die Sieger nach dem Kriege sicherlich Akten hierzu präsentieren können. …<<
Polen: In Polen erfolgt am 30. August 1939 die Mobilmachung (x041/98).
31.08.1939
NS-Regime: Hitler (oberster Befehlshaber der Wehrmacht) erteilt am Mittag des 31. August 1939 mit der "Weisung Nr. 1" den Angriffsbefehl gegen Polen (x105/245):
>>Geheime Kommandosache
Nachdem alle politischen Möglichkeiten erschöpft sind, um auf friedlichem Wege eine für Deutschland unerträgliche Lage an seiner Ostgrenze zu beseitigen, habe ich mich zur gewaltsamen Lösung entschlossen.
Der Angriff gegen Polen ist nach den für den Fall Weiß getroffenen Vorbereitungen zu führen mit den Abänderungen, die sich beim Heer durch den inzwischen fast vollendeten Aufmarsch ergeben.
Aufgabenverteilung und Operationsziel bleiben unverändert.
Angriffstag: 1.9.1939
Angriffszeit: 4.45
Im Westen kommt es darauf an, die Verantwortung für die Eröffnung von Feindseligkeit eindeutig England und Frankreich zu überlassen. Geringfügigen Grenzverletzungen ist zunächst rein örtlich entgegen zu treten. Die von uns Holland, Belgien, Luxemburg und der Schweiz zugesicherte Neutralität ist peinlich zu achten ...<<
Der französische Historiker und Politiker Jacques Benoist-Méchin (1901-1983) berichtet später in seinem Buch "Sommerkrise und Kriegsausbruch 1939. Das Deutsche Reich und die Geheimpolitik der europäischen Großmächte" über den 31. August 1939 (x311/353): >>... Um 21.15 Uhr, bzw. um 21.25 Uhr wurden Sir Nevile Henderson (britischer Botschafter) und Robert Coulondre (französischer Botschafter) in die Reichskanzlei gebeten. Staatssekretär von Weizsäcker übergab ihnen "zu ihrer Information" den Wortlaut der 16 Punkte des deutschen Angebots. Eine Viertelstunde zuvor (um 21 Uhr) hatte der deutsche Rundfunk sie bekanntgegeben und mit einem recht langen Kommentar versehen, der mit der Feststellung endete:
"... Somit haben der Führer und die Deutsche Reichsregierung nun zwei Tage vergeblich auf das Eintreffen eines bevollmächtigten polnischen Unterhändlers gewartet. Unter diesen Umständen sieht die Deutsche Regierung auch dieses Mal ihre Vorschläge praktisch als abgelehnt an, obwohl sie der Meinung ist, daß diese in der Form, in der sie auch der Englischen Regierung bekanntgegeben worden sind, mehr als loyal, fair und erfüllbar gewesen wären."<<
Polen: Der polnische Botschafter in Berlin, Lipski, lehnt am 31. August 1939 Hendersons Vermittlungsversuche ab.
Lipski erklärt (x041/98): >>... nicht daran interessiert zu sein, mit Deutschland auf dieser Basis zu verhandeln. ...<<
Der französische Historiker und Politiker Jacques Benoist-Méchin (1901-1983) berichtet später in seinem Buch "Sommerkrise und Kriegsausbruch 1939. Das Deutsche Reich und die Geheimpolitik der europäischen Großmächte" über die polnische Reaktion nach der Bekanntmachung des deutschen 16-Punkte-Plans am 31. August 1939 (x311/353): >>... Kurz darauf brachte Radio Warschau eine heftige Erwiderung:
"Die heutige Bekanntmachung des deutschen offiziellen Kommuniqués hat die Ziele und Ab-

sichten der deutschen Politik klar gezeigt. Es beweist die offenen Aggressionsabsichten Deutschlands gegenüber Polen. ...
Deutschland habe vergeblich auf einen Abgesandten Polens gewartet. Die Antwort seien die militärischen Anordnungen der polnischen Regierung gewesen. Keine Worte können jetzt mehr die Aggressionspläne der neuen Hunnen verschleiern." ...<<
Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7 – 1989 berichtet später über die Vorgeschichte des deutsch-polnischen Krieges (x853/...): >>... Obwohl wichtige polnische und britische Diplomaten wie Warschaus Botschafter in Washington, Paris und London bzw. Englands Missionschef in Berlin vor einer Frontstellung gegen Deutschland warnten und das Hinnehmen weiterer Revisionen des Versailler Vertrages durch Hitler empfahlen, schwenkten ihre Regierungen immer deutlicher auf den von Roosevelt gewünschten Kurs der Konfrontation ein.
Nachdem sich die Amerikaner in Geheimgesprächen bereit erklärt hatten, nach Ausbruch eines europäischen Krieges "sich zu gegebener Zeit so zu verhalten wie 1917", fühlten sich die Polen stark genug, Hitlers Forderungen nach Rückkehr Danzigs zum Reich und einer Straßen- wie Eisenbahnverbindung zwischen Pommern und Ostpreußen sowie besserer Behandlung der Volksdeutschen kompromißlos abzulehnen.
Durch die Besetzung Böhmens und Mährens im März 1939 durch die Deutsche Wehrmacht und die Degradierung der Tschechei zu einer Halbkolonie gewarnt, wollte die polnische Führung nicht ein ähnliches Schicksal riskieren und zog die offene Auseinandersetzung vor. Wie Alfred Schickel in seinem Referat dokumentierte, waren die Polen im Mai 1939 nicht nur von der Unabwendbarkeit eines Krieges mit Deutschland überzeugt, sondern setzten auch ganz auf Sieg.
Dem britischen Legationsrat Ogilvie-Forbes sagte der polnische Botschafter in Berlin, Jozef Lipski, am 31. August 1939 selbstbewußt, daß er "in keiner Weise Anlaß habe, sich für Noten oder Angebote von deutscher Seite zu interessieren" und "daß im Falle eines Krieges Unruhen in diesem Land (Deutschland) ausbrechen und die polnischen Truppen erfolgreich gegen Berlin marschieren würden".
Von der gleichen Siegeszuversicht war auch die polnische Führung in Warschau erfüllt und hatte bereits Nachkriegspläne für ein alsbald besiegtes Deutsches Reich entwickelt. Danach sollten Ostpreußen, Danzig, Ostpommern und Oberschlesien an Polen fallen, die dortige deutsche Bevölkerung "transferiert" (vertrieben) und Deutschland im übrigen "in einen süddeutschen und einen norddeutschen Block" geteilt werden. So war nach den Forschungsergebnissen des ZFI-Leiters der Weg zum deutsch-polnischen Konflikt im Jahre 1939 "keine pure deutsche Einbahnstraße, sondern das Resultat mehrseitiger Aktivitäten und Selbstüberschätzungen". ...<<

01.09.1939

NS-Regime: Nach einem blutigen Grenzzwischenfall, der von deutschen SS-Sondereinheiten inszeniert wird (vorgetäuschter polnischer Überfall auf den deutschen Rundfunksender Gleiwitz in Oberschlesien), beginnt am 1. September 1939, um 4.45 Uhr (Beschießung der Westerplatte), ohne vorherige Kriegserklärung der überfallartige deutsche Angriff gegen Polen ("Fall Weiß").
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den vorgetäuschten Überfall auf den Rundfunksender Gleiwitz (x051/217): >>Gleiwitz, deutsche Großstadt im oberschlesischen Industrierevier.
Auf den Rundfunksender Gleiwitz wurde am Abend des 31.8.39 auf Befehl von SD-Chef Heydrich ein fingierter Überfall von einem Einsatzkommando unter SS-Sturmbannführer Naujocks verübt. Damit sollte vor der Weltöffentlichkeit der Beweis erbracht werden, daß polnische Grenzübergriffe einen Grad erreicht hätten, der militärische Gegenmaßnahmen

(Polenfeldzug) als Notwehr erscheinen lassen würde.
Entsprechend der Äußerung Hitlers vor hohen Militärs auf dem Obersalzberg am 22.8.39, er werde einen "propagandistischen Anlaß zur Auslösung des Krieges geben, gleichgültig, ob glaubhaft", wurden von Heydrich drei Aktionen geplant, deren spektakulärste die gegen den Sender Gleiwitz werden sollte: Auf das Stichwort aus Berlin: "Großmutter gestorben" besetzte Naujocks mit seiner als polnische "Insurgenten" getarnten Gruppe gegen 20 Uhr den Senderaum, unterbrach das Programm und ließ einen polnischen Aufruf zum Kampf gegen die Deutschen verlesen.
Er war aber nur lokal zu hören, weil Gleiwitz überregional nur über den Sender Breslau ausstrahlte, der nicht zugeschaltet war. Währenddessen wurde Gefechtslärm simuliert und ein betäubter Häftling (SS-Jargon: "Konserve") an der Tür niedergelegt und erschossen. Er blieb nach Ende der ca. 20-minütigen Aktion zum Beweis der angeblichen polnischen Täterschaft zurück.
Die propagandistische Ausschlachtung der vorgetäuschten Überfälle - es liefen zugleich Aktionen gegen das Zollhaus Hochlinden und das Forsthaus Pitschen, wo ermordete KZ-Häftlinge in polnischen Uniformen zurückgelassen wurden - machte Schwierigkeiten wegen der Panne mit der Senderreichweite und wegen des Übergewichts der folgenden Kriegsereignisse. Auch herrschte schon seit den Gerüchten um den Reichstagsbrand im In- und v.a. Ausland tiefe Skepsis bei nationalsozialistischen Entrüstungsfeldzügen.<<

Beginn des Zweiten Weltkrieges

Am 1. September 1939 "bedankte" sich Hitler bei den westeuropäischen Siegermächten für die vielen "Geschenke", die sie den demokratischen Regierungen der Weimarer Republik starrsinnig verwehrt" hatten. Nach den großen außenpolitischen Erfolgen überspannte Hitler den Bogen, denn Hitler konnte einfach kein Maß halten, so daß er letzten Endes alle Erfolge leichtfertig zerstörte. Nun begann die NS-Außenpolitik der Völkerrechtsbrüche und der sinnlosen Gewalttaten, die schließlich zur Vernichtung des gesamten Ostjudentums und der deutschen Ostsiedlung führen sollte.
Hitler konnte die Welt schließlich nicht etwa in den Krieg reißen, weil die deutsche Wehrmacht und die deutsche Rüstungswirtschaft überlegen waren, sondern hauptsächlich kam es zum Kriegsausbruch, weil der sowjetische Diktator Hitlers Kriegspläne förderte (Hitler-Stalin-Pakt) und die damaligen militärischen, diplomatischen und moralischen Gegengewichte der gegnerischen Westmächte zu schwach waren und größtenteils versagten.
Viele Deutsche, besonders die älteren Generationen, die bereits den katastrophalen Ersten Weltkrieg erlebt hatten, wirkten nach dem Kriegsbeginn wie gelähmt. Allenthalben herrschte große Betroffenheit und Ratlosigkeit.
Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schreibt später über den Beginn des Zweiten Weltkrieges (x051/663-664): >>Zweiter Weltkrieg. Von dem Historiker L. Dehio stammt die umstrittene Behauptung, "in der zusammenhängenden Kette der europäischen Hegemonialkriege" hingen die beiden Weltkriege "miteinander als zwei Akte desselben Dramas" zusammen; der Zweite Weltkrieg sei also so etwas wie eine – wenn auch radikalisierte – Folge und Fortsetzung des Ersten gewesen. ...
Schon räumlich sprengte die nationalsozialistische Zielprojektion alle Dimensionen einer relativ begrenzten, traditionellen Revisions- und nationalstaatlichen Hegemonialpolitik, selbst wenn man die an sich schon sehr weiträumigen Kriegszielplanungen des kaiserlichen Deutschland etwa in Rußland, in Frankreich und in Mittelafrika zum Vergleich heranzieht: Nach der militärischen Niederringung der Sowjetunion sollte ein deutsch beherrschter kontinentaleuropäischer "Lebensraum" von der Biskaya bis zum Ural die Versorgungsbasis für den als Fernziel anvisierten Endkampf gegen die USA um die Weltvorherrschaft abgeben.
Wieder – wie schon 1914 – lag der Schlüssel für den Erfolg dieser Globalstrategie bei Groß-

britannien: Würde es sich mit den Ressourcen seines Empires als "Juniorpartner" an die Seite Deutschlands stellen oder zusammen mit den USA einen neuen deutschen Vorstoß zur Weltmachtstellung wieder blockieren? Dann allerdings stand die von Hitler an sich stets abgelehnte Vernichtung des britischen Weltreiches als nächstes direkt nach der Sowjetunion und noch vor den USA auf dem Programm.
Diese schon räumlich total überdehnten Kriegsziele bedingten eine permanente Überforderung und Verzettelung der beschränkten eigenen Kräfte. Ihre radikale Dynamik und letztlich alternativlose, da eine rechtzeitige politische Kompromißlösung bis zum bitteren Ende ausschließende, Unabänderlichkeit beruhte nicht nur – wie im Ersten Weltkrieg – auf machtpolitischen und wirtschaftshegemonialen Ansprüchen der deutschen Machteliten (Autarkie), sondern v.a. auch zum ersten Mal auf einer dogmatisierten Rassenideologie als offizielle Staatsdoktrin, die im "ewigen Kampf ums Dasein" (Sozialdarwinismus) das natürliche Recht auf "Lebensraum im Osten" und auf Versklavung der dortigen Bevölkerung aus der angeblichen "Höherwertigkeit" der nordisch-germanischen Rasse ableitete.
Die unausweichliche Konsequenz dieser Rassenutopie war eine bisher unbekannte Ideologisierung, Fanatisierung und Brutalisierung der Kriegführung im Osten als antibolschewistischer "Vernichtungskampf" und "Kampf zweier Weltanschauungen" (Hitler 30.3.41) und der Besatzungspolitik in Polen und in der Sowjetunion (12.6.42 Generalplan Ost): Sie hatte nicht mehr nur die militärische Unterwerfung des Gegners, Raumgewinn und wirtschaftliche Ausbeutung, sondern weit darüber hinaus die Herabstufung der Bevölkerung in ein Helotendasein und teilweise sogar ihre physische Ausrottung zum Ziel und ließ entsprechend alle überkommenen Normen des Völkerrechts weit hinter sich (13.5.41 Kriegsgerichtsbarkeitserlaß, 6.6.41 Kommissarbefehl).
Nicht zufällig wurden mit dem Überfall auf die Sowjetunion am 22.6.41 und der ersten dramatischen Zuspitzung der Kriegslage im Herbst 41, als sich abzeichnete, daß der wider Erwarten ungünstige Kriegsverlauf eine zeitweilig anvisierte "Gettolösung" in Sibirien oder den Madagaskarplan in weite Ferne rücken ließ, die entscheidenden Schritte zur physischen Endlösung der Judenfrage in die Wege geleitet. ...<<

NS-Euthanasie
Hitler ordnete am 1. September 1939 das Euthanasieprogramm ("Vernichtung lebensunwerten Lebens") an. NS-Reichsleiter Philipp Bouhler und Karl Brandt (1904-1948, Mediziner und ab 1944 SS-Gruppenführer, seit 1934 Hitlers Begleitarzt) wurden mit der Durchführung beauftragt. Die Euthanasie sollte sich vor allem auf unheilbar Geisteskranke und behinderte Kinder erstrecken, deren Unterhalt und Pflege der Gesellschaft nicht zugemutet werden konnte.
Die ersten Mordopfer, die das NS-Regime vergasen ließ, waren keine Juden, sondern Geisteskranke und andere sogenannte "lebensunwerte" Deutsche. SS-Oberführer Viktor Brack war für die "Abwicklung" der Euthanasie-Aktion "Gnadentod" bzw. "Aktion T4" zuständig.
Von Dezember 1939-1941 ließ Brack mehr als 70.000-100.000 deutsche Geisteskranke und sogenannte "unheilbar Kranke" in den Euthanasie-Anstalten "beseitigen"(x036/70, x061/483). Während der "Aktion T 4" wurden mindestens 70.273 Menschen umgebracht (x033/200). Nach anderen Quellen wurden im Rahmen des Euthanasie-Programms rund 190.000 behinderte Deutsche ermordet und etwa 375.000 Deutsche zwangssterilisiert (x244/399).
Infolge der massiven Proteste von Angehörigen der Opfer und Geistlichen beider Kirchen stoppte das NS-Regime ab August 1941 vorübergehend die Vergasungen der "lebensunwerten" Deutschen. Die NS-Ärzte und das Pflegpersonal setzten die Ermordung der Behinderten danach jedoch in vielen Anstalten mit Giftspritzen und Hungerrationen fort. Bis zum Kriegsende wurden insgesamt etwa 200.000 behinderte Menschen durch das NS-Regime ermordet (x067/126).

SS-Oberführer Viktor Brack war nach Einstellung der "Aktion T4" wesentlich am Aufbau der Vernichtungslager in Polen beteiligt und leitete dort hauptsächlich den Bau der Gaskammern. Auch die anderen "erfahrenen Tötungsspezialisten" der "Aktion T4" (ca. 500 Personen) wurden später mehrheitlich in den Vernichtungslagern eingesetzt.
Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über die "Euthanasie" (x051/165-166): >>Euthanasie (griechisch = schöner Tod), Sterbehilfe; die Hilfe zur Beschleunigung des Ablebens eines Menschen, der dem sicheren Tod geweiht ist.
Sie ist rechtlich nur zulässig, wenn mit ihr keine Abkürzung des Lebens verbunden ist. Als Euthanasie bezeichneten die nationalsozialistischen Machthaber die in den Jahren 1939-45 durchgeführte Vernichtung sogenannten lebensunwerten Lebens.
Die Euthanasiemaßnahmen im Dritten Reich waren Ausfluß der nationalsozialistischen Weltanschauung: "Alles Schwache muß ausgeschaltet werden."
Mit allen Mitteln der Propaganda wurde das nationalsozialistische Gedankengut in die Öffentlichkeit getragen. Vor allem der Film wurde hierzu verwendet, indem suggestiv die Frage gestellt wurde, wozu den einzelnen und den Staat mit unheilbaren Geisteskranken, die als "unnütze Esser" galten, belasten, wenn ein vernünftiger Arzt sie von ihrem Leiden erlösen kann (z.B. "Das Erbe", 1935; "Opfer der Vergangenheit", 1937).
Später wurde die Problemstellung nicht mehr auf Geisteskranke beschränkt, sondern auf unheilbar Kranke ausgedehnt ("Ich klage an").
Am Anfang stand die Kinder-Euthanasie. Der Anstoß zu dieser Vernichtungsaktion kam von außen: Ende 1938 wandten sich Angehörige eines mißgebildeten Kindes an Hitler mit der Bitte, das Kind von "seinem Leiden" zu erlösen. Er erteilte die Genehmigung und beauftragte seinen Leibarzt, Brandt, das Erforderliche zu veranlassen.
Gleichzeitig gab er ihm und Reichsleiter Bouhler, Chef der "Kanzlei des Führers", mündlich die Ermächtigung, in ähnlichen Fällen analog zu verfahren, wobei die KdF keinesfalls in Erscheinung treten dürfe. Unter dem Namen "Reichsausschuß zur wissenschaftlichen Erforschung erb- und anlagebedingter schwerer Leiden" wurde daraufhin eine Organisation geschaffen, die anfangs geisteskranke und mißgebildete Kinder bis zum Alter von drei Jahren erfaßte, später auch ältere.
Die Kinder wurden von ausgewählten Ärzten aufgrund der Meldung und einer kurz gefaßten Krankengeschichte begutachtet. Die als "lebensunwert" selektierten Kinder kamen in sogenannte Kinderfachabteilungen besonderer Heil- und Pflegeanstalten, wo sie getötet wurden.
Parallel zu der Kinder-Euthanasie lief das Euthanasie-Programm für erwachsene Geisteskranke an. Im Oktober 39 unterschrieb Hitler mit Datum vom 1.9.39 eine diesbezügliche Tötungsermächtigung.
Aufgrund dieser Ermächtigung wurde die "Aktion T4", die Massentötung psychisch kranker Erwachsener mittels Gas, durchgeführt. Auch in diesem Fall wurden die Kranken durch eine Fragebogen-Aktion erfaßt und die Fragebogen durch besondere ärztliche Gutachter – die "Kreuzleschreiber" – ausgewertet.
Die zur Tötung ausgewählten Personen wurden zur Tarnung in Zwischenanstalten verlegt und von dort in eine der sechs Tötungsanstalten gebracht. Zur Vermeidung von Rückschlüssen auf die KdF waren auch bei der "Aktion T4" Scheinorganisationen gegründet worden, derer man sich im Verkehr nach außen bediente.
Als die Tötungen trotz Tarnmaßnahmen in der Bevölkerung bekannt wurden, stellte sich heraus, daß die propagandistischen Maßnahmen keinen Erfolg gehabt hatten. Auf Proteste – insbesondere von kirchlicher Seite – gab Hitler im August 41 den Befehl, die Aktion einzustellen.
Damit war die Ermordung von Geisteskranken jedoch nicht abgeschlossen. Nicht betroffen von der Einstellung waren die Kinder-Euthanasie und die "Aktion 14f13", eine Erweiterung

der "Aktion T4" auf geisteskranke sowie arbeitsunfähige KZ-Häftlinge (Invaliden-Aktion). Letztlich wurden weiterhin erwachsene Kranke der Heil- und Pflegeanstalten getötet, allerdings nicht mehr durch Gas in den Tötungsanstalten, sondern durch Eingabe von Tabletten, Verabreichung von Spritzen oder Entzug der Nahrung im allgemeinen in den Verwahranstalten selbst. Nach noch vorhandenen Unterlagen fielen den Euthanasiemaßnahmen mindestens 100.000 Menschen zum Opfer.<<

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über die "Invaliden-Aktion" (x051/279): >>Invaliden-Aktion (Aktion 14f13), Bezeichnung für die Ausdehnung des Euthanasie-Programms auf KZ-Häftlinge.

Auf Veranlassung Himmlers begann man im Frühjahr 41 in den KZ kranke und arbeitsunfähige Häftlinge unter der Tarnbezeichnung "Aktion 14f13" (nach dem Aktenzeichen des Inspekteurs der KZ) zur "Vernichtung" auszusondern. Die Selektionen führten Ärzte der "Organisation T4" durch. Eine körperliche Untersuchung erfolgte im Allgemeinen nicht; die Ärzte stellten Fragen nach Krankheiten aufgrund vorgefertigter Meldebogen und trafen dann ihre Entscheidung: "Ausmusterung" oder Verbleiben im KZ.

Ausgesondert wurden nicht allein kranke und arbeitsunfähige Häftlinge; verschiedentlich fielen unter die Selektionen auch asoziale, kriminelle, politische und jüdische Häftlinge z.B. mit der Begründung: "deutschfeindliche Hetzer", "im Lager anmaßend, faul, frech", "mehrfache Lagerstrafen".

Die "Gutachter" lieferten die mit ihrer Entscheidung versehenen Meldebogen bei der "Organisation T4" ab, wo sie von der Unterabteilung Gemeinnützige Krankentransport GmbH (Gekrat) weiterbearbeitet wurden. Von der "T4" gingen nach der Bearbeitung der Meldebogen Verlegungslisten der "Ausgemusterten" an die "Tötungsanstalten" Bernburg, Sonnenstein oder Hartheim, die ihrerseits mit den KZ in Verbindung traten und die Überstellung der Ausgesonderten vereinbarten.

Vermutlich im April 43 befahl Himmler, nur noch geisteskranke Häftlinge "auszumustern". Die "Tötungsanstalten" Bernburg und Sonnenstein wurden geschlossen; Hartheim blieb bestehen. Anfang April 44 wurde der ursprüngliche "Vernichtungsbefehl" erneut erteilt. Die Tötungen erfolgten in Hartheim. Der letzte Transport von ausgesonderten Häftlingen wurde dort am 11.12.44 vergast. Danach mußten Häftlinge aus dem KZ Mauthausen die Vergasungsanlagen der Anstalt beseitigen.

Über die Gesamtzahl der bei der Invaliden-Aktion getöteten Häftlinge liegen nur lückenhafte Erkenntnisse vor. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, daß bis zum April 43 mindestens 10.000 in den "Tötungsanstalten" ermordet wurden. In Hartheim sind in der 2. Phase der Invaliden-Aktion seit April 44 allein 3.228 Häftlinge getötet worden.<<

Der deutsche Historiker Rolf Winau (1937-2006) schreibt später über die NS-Zwangssterilisation (x051/660-661): >>Zwangssterilisation, Unfruchtbarmachung ohne Einwilligung des Betroffenen.

Erste Aktion der Nationalsozialisten im Zuge einer Politik der Aufartung war die durch das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14.7.33 ermöglichte Zwangssterilisation von sogenannten Erbkranken. Als erbkrank im Sinne des Gesetzes galt, wer an angeborenem Schwachsinn (Intelligenzminderung), Schizophrenie, zirkulärem Irresein (manisch-depressiv), an erblicher Fallsucht (Epilepsie), Veitstanz (Chorea Huntington), Blindheit, Taubheit oder an schwerer körperlicher Mißbildung litt. Auch schwere Trunksucht (Alkoholkrankheit) konnte als Erbkrankheit eingestuft werden.

Über die Anträge auf Zwangssterilisation, zu der beamtete Ärzte und Anstaltsleiter verpflichtet waren, entschieden Erbgesundheitsgerichte. Wurde die Zwangssterilisation beschlossen, so war sie innerhalb von 14 Tagen durchzuführen. Bei Nichtbefolgung wurden Zwangsmaßnahmen bis zur polizeilichen Einlieferung in eine Klinik ergriffen. Die Entlassung aus Heil- und

Pflegeanstalten ohne vorherige Zwangssterilisation wurde verboten.
1939 wurde durch die Erbpflegeverordnung die Zwangssterilisation auf "dringende Fälle" beschränkt. Im Dritten Reich sind zwischen 250.000 und 300.000 Menschen zwangssterilisiert worden. Merklichen Widerstand dagegen gab es zunächst nicht, da die Nationalsozialisten auch hier geschickt Diskussionen der Weimarer Zeit um Eugenik (Erbpflege) und Rassenhygiene aufnahmen.
Methoden zur Zwangssterilisation ganzer Gruppen und Völker wurden in Menschenversuchen in den KZ Auschwitz und Ravensbrück erprobt.<<
Der deutsche Historiker Rolf Winau (1937-2006) schreibt später über die NS-Medizin (x051/-378-379): >>Medizin, Wissenschaft von den Ursachen, Erscheinungsformen, der Vorbeugung und Heilung menschlicher Krankheiten (Humanmedizin).
Die Medizin im Nationalsozialismus war v.a. durch Menschenversuche in den KZ und die sogenannte Euthanasie, die Ermordung Geisteskranker, belastet. Sie war beherrscht von zwei Grundgedanken: Aufartung der nordischen Rasse bei gleichzeitiger Ausmerze von Artfremdem und Schwachem sowie Primat der Volksgesundheit vor der Individualgesundheit, gleichbedeutend mit einer Veränderung der ärztlichen Ethik, die die Verantwortung für das Kollektiv vor die für den Einzelnen stellte.
In beiden Bereichen wurden Vorstellungen aufgegriffen, die seit der Jahrhundertwende diskutiert wurden und ihre Wurzeln im Sozialdarwinismus hatten. Ziel der Medizin sollte es demnach sein, die durch Kultureinflüsse aufgehobenen Darwinschen Gesetze auch für den Menschen wieder zur Geltung zu bringen. Für den Bereich der Aufartung war v.a. die Rassenhygiene zuständig, die als Pflichtfach an allen medizinischen Fakultäten ebenso wie im Schulunterricht eingeführt wurde. Praktische Auswirkungen waren das Erbhofgesetz, die Gründung des Lebensborns und die Nürnberger Gesetze.
Die Ausmerze verlief in drei Stufen:
1. Durch das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses wurde im Juli 33 die Grundlage für die Zwangssterilisation in großem Umfang geschaffen; dabei griff man auf Vorarbeiten der Weimarer Zeit zurück, wo jedoch stets die Zustimmung des Sterilisanden gefordert wurde. In diesen Zusammenhang gehört auch das Gesetz zum Schutz der Erbgesundheit vom Oktober 38. –
2. Die Euthanasie, die 1939 zunächst als Kindereuthanasie, dann als Aktion T4, danach als Aktion 14f13 und später als "wilde" Euthanasie durchgeführt wurde und bei der v.a. psychisch Kranke die Opfer waren.
3. Nach der Wannseekonferenz die Ermordung der Juden, "Zigeuner" und anderer Gruppen in den Vernichtungslagern. Aus dem sozialdarwinistischen Ansatz ist auch die Arbeits- und Leistungs-Medizin des Dritten Reiches zu verstehen. In ihrem Dienst standen die neu gegründete vertrauensärztliche Organisation, die Arbeitseinsatzärzte und die Betriebsärzte mit dem Ziel, die Leistungsfähigkeit und den Leistungswillen der Gesunden zu stärken und den Krankenstand in den Betrieben zu senken. Der Mensch war in dieser Sicht nicht mehr Subjekt, sondern Objekt der Medizin.
Zu Beginn des Dritten Reiches hatten die Nationalsozialisten versucht, auch in der Medizin eine Revolution einzuleiten. Ihr Ziel war eine Neue Deutsche Heilkunde, die insbesondere von Heß und Streicher gefördert wurde und die sich von der sogenannten jüdischen Fabrik-Medizin und der Schul-Medizin absetzen sollte. In der Weimarer Zeit erstarkte Laienbewegungen und die Heilpraktiker sollten in sie integriert werden. 1935 wurde die Reichsarbeitsgemeinschaft für eine Neue Deutsche Heilkunde geschaffen, die jedoch nur kurzzeitig Bestand hatte. Im Dresdener Rudolf-Heß-Krankenhaus wurde versucht, Schulmedizin und Naturheilkunde im Sinne einer biologischen Medizin zu vereinigen. Das 1939 verabschiedete Heilpraktikergesetz ist ebenfalls in diesem Zusammenhang zu sehen.

Die Heilpraktiker, die mit diesem Gesetz erstmals anerkannt wurden, spielten in der Gesundheitsversorgung eine besondere Rolle, v.a. nach der Ausschaltung der jüdischen und sozialistischen Ärzte, die ihren Schlußpunkt in der 4. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom Juli 38 fand: Zum 30.9.38 wurde die Bestallung aller jüdischen Ärzte für erloschen erklärt. Von den ca. 9.000 jüdischen Ärzten, die am 1.4.33 im Deutschen Reich tätig waren, wurden danach noch 709 als sogenannte Krankenbehandler für jüdische Patienten zugelassen.
Die Verdrängung der jüdischen Ärzte war von Anfang an eine Grundforderung insbesondere des Nationalsozialistischen Deutschen Ärztebunds gewesen, der die so frei gewordenen Stellen mit jungen arbeitslosen "arischen" Medizinern besetzen wollte. Wieweit gerade diese Forderung für den hohen Organisationsgrad der Ärzte in der Partei und ihren Gliederungen verantwortlich war, ist noch nicht geklärt. Dieser betrug ca. 45 % und lag damit doppelt so hoch wie der der Lehrer.
Die organisatorische Gleichschaltung der Ärzte erfolgte durch die Zerschlagung der Krankenkassen und die Gründung der Kassenärztlichen Vereinigung Deutschlands, durch die Auflösung der ärztlichen Spitzenverbände, die Gründung der Reichsärztekammer und durch den Erlaß der Reichsärzteordnung. An der Spitze der deutschen Ärzteschaft stand nun ein Reichsärzteführer, zunächst G. Wagner, danach ab 1939 Conti.<<
Das NS-Regime erläßt im Rahmen des Kriegssonderstrafrechts am 1. September 1939 die "Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen" (x149/100): >>Das Abhören ausländischer Sender wird verboten. Wer die Meldungen ausländischer Sender verbreitet, kann mit dem Tod bestraft werden. ...<<
Die deutsche Historikerin Sibylle Obenaus schreibt später über den "Rundfunk" nach dem Kriegsausbruch (x051/506): >>(Rundfunk) ... Am 1.9.39 wurde in der "Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen" den deutschen Hörern das Abhören ausländischer Sender verboten.
Im Inland-Rundfunk galt Programmkonzentration als das Gebot der Stunde. Ab Mai 40 waren sämtliche Rundfunksender "in ständiger Reichssendung zusammengeschaltet" (Diller), das bis zum 3.5.45 gesendete Einheitsprogramm des "Großdeutschen Rundfunks" wurde zunehmend auf Nachrichten, Wehrmachtberichte, politische Kommentare, Reportagen und Musik reduziert.
Im Auslandrundfunk (Kurzwellensender), bis 1939 in alleiniger Kompetenz des Propagandaministeriums betrieben, kam es wegen der umstrittenen Zuständigkeiten auf dem Gebiet der gesamten Auslandspropaganda zu ständigen Ressortkämpfen zwischen Propagandaministerium, Wehrmacht und Auswärtigem Amt, das ab Mai 39 unter Gerd Rühle eine eigene Rundfunkabteilung aufbaute.
Die wichtigsten Aufgabengebiete des Auslandrundfunks während des Krieges waren neben der Fortführung des offiziellen staatlichen Auslandsprogramms: die "Neuordnung" des Rundfunks im besetzten Europa, der entweder dem Reichsrundfunk einverleibt (Österreich, Sender Prag II im Protektorat Böhmen-Mähren) oder der Militärverwaltung (Belgien) bzw. der Kontrolle der deutschen Reichskommissare unterstellt wurde (Dänemark, Niederlande, Frankreich, Norwegen); die Einflußnahme auf den Rundfunk der europäischen Verbündeten und Neutralen in Form von Rundfunkaustausch, Sendebeteiligungen, Subventionen u.a.m.; der Aufbau von Stör- und Geheimsendern, die unter der Tarnbezeichnung "Concordia" zusammengefaßt und von Erich Hetzler geleitet wurden, als Beispiel sei hier die "New British Broadcasting Station" (NBBS) genannt, an der auch der berüchtigte "Lord Haw-Haw" (Joyce) mitarbeitete; schließlich die Einrichtung von Abhördiensten, deren bekanntester unter dem Namen "Sonderdienst Seehaus" am Großen Berliner Wannsee begründet wurde und vom Oktober 41 bis April 45 unter der Verantwortung von Propagandaministerium und Auswärtigem Amt arbeitete.<<

Polen: Nach dem deutschen Überfall (die deutschen Angreifer treffen auf eine kampfbereite polnische Armee) verkündet der polnische Staatspräsident Moscicki am 1. September 1939 (x064/136-137): >>Bürger!
Diese Nacht hat unser Erbfeind Angriffshandlungen gegen den polnischen Staat begonnen. Ich stelle das vor Gott und der Geschichte fest.<<
Als die deutschen Truppen am 1. September 1939 angreifen und in Polen einmarschieren, bricht vielerorts Unheil und Tod über die Polen-Deutschen herein. Die alteingesessenen Volksdeutschen (polnische Staatsbürger), die trotz der Feindseligkeiten und Schikanen in Posen und Westpreußen geblieben sind, schweben nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges in akuter Lebensgefahr. Nach den erbitterten Nationalitätenkämpfen der zurückliegenden 20 Jahre gibt es naturgemäß noch viele "offene Rechnungen".
In den ehemaligen deutschen Provinzen Posen und Westpreußen sowie in Polen beginnen sofort planmäßig vorbereitete Verfolgungen der Volksdeutschen, denn die polnischen Propagandamedien hetzen schon seit Wochen gegen die Deutschen (x025/44): >>... daß im Kriegsfalle kein einheimischer Feind lebend entrinnen wird ... Bartholomäusnacht ...<<
Bei den polnischen Gewalttaten bzw. Massenverbrechen gegen die volksdeutschen Zivilisten handelt es sich mehrheitlich um keine spontanen Handlungen, denn man hat sie nachweislich sorgfältig geplant und vorbereitet. Einige Monate vor dem Kriegsbeginn lassen polnische Behörden z.B. 2 große Konzentrationslager errichten und erfassen die gesamte deutsche Intelligenz der ehemaligen preußischen Provinzen Posen und Westpreußen in speziellen Fahndungslisten (x025/46).
Der deutsche Angriff ist schließlich das Startzeichen für großangelegte Verfolgungen. Während des deutsch-polnischen Krieges herrschen naturgemäß chaotische Zustände, so daß die Massenverbrechen der polnischen Miliz, Polizei und nationalen Jugendeinheiten zunächst im allgemeinen Chaos untergehen.
Großbritannien: Der britische Premierminister Chamberlain erklärt am 1. September 1939 vor dem Unterhaus (x300/152): >>... Was uns betrifft, so müssen wir nun die Zähne zusammenbeißen und in den Kampf ziehen, den abzuwenden wir ernst und aufrichtig bemüht waren. Wir müssen den Kampf bis zu Ende durchhalten. Wir gehen reinen Gewissens in den Kampf, Schulter an Schulter mit den britischen Dominien und den übrigen Teilen des britischen Imperiums, moralisch unterstützt vom größeren Teil der Erdkugel.
Wir haben keinen Konflikt und keinen Kampf mit dem deutschen Volk, sondern mit seinen Machthabern. Solange diese Regierung am Ruder ist und sich der Methoden bedient, die sie unaufhörlich in den letzten Jahren angewendet hat, gibt es keinen Frieden in Europa. Wir sind fest entschlossen, dazu beizutragen, daß diesen Methoden ein Ende gemacht werde.
Wenn wir durch unseren Kampf das internationale Vertrauen und den Glauben an das Recht wiederherstellen können, wenn wir dadurch erreichen können, daß man der Gewaltanwendung entsagt, dann werden auch die größten Opfer, die wir vielleicht bringen müssen, nicht umsonst gebracht sein.<<

03.09.1939

NS-Regime: Botschafter Henderson überreicht am 3. September 1939, um 9 Uhr, das "letzte britische Ultimatum" (x059/92): >>Wenn nicht bis 11 Uhr vormittags das Feuer gegen Polen eingestellt worden ist, befindet sich England mit Deutschland im Kriegszustand.<<
Als Hitler diese Nachricht erhält, reagiert er völlig überrascht, denn Außenminister Ribbentrop hatte eine britische Kriegserklärung stets ausgeschlossen (x069/177).
Der deutsche Chefdolmetscher des Auswärtigen Amtes, Dr. Schmidt, berichtet am 3. September 1939 über die Reaktion der NS-Führung nach Übergabe des britischen Ultimatums (x243/68): >>... Ich blieb in einiger Entfernung vor Hitlers Tisch stehen und übersetzte ihm dann langsam (das soeben übergebene) Ultimatum der britischen Regierung. Als ich geendigt

hatte, herrschte völlige Stille. ...
Wie versteinert saß Hitler da und blickte vor sich hin. (Dann) wandte er sich Ribbentrop zu, der wie erstarrt am Fenster stehen geblieben war.
"Was nun?" fragte Hitler seinen Außenminister mit einem wütenden Blick. ...
Im Vorraum herrschte Totenstille. Göring drehte sich zu mir um und sagte: "Wenn wir diesen Krieg verlieren, dann möge uns der Himmel gnädig sein!"
Goebbels stand (im Vorraum und wirkte) ... niedergeschlagen. ...<<
Um 11.30 Uhr lehnt Hitler per Memorandum das britische Ultimatum ab. Nach Ablauf des Ultimatums überreicht Frankreich um 12.30 Uhr die Kriegserklärung. Australien, Neuseeland und Indien geben ebenfalls noch am selben Tag ihre Kriegserklärung ab, während der Irische Freistaat seine Neutralität erklärt (x033/11).
Um 14.30 Uhr informiert Hitler die Bevölkerung in einer Rundfunkansprache über den Kriegszustand des Reiches mit Großbritannien und Frankreich.
Im Verlauf dieser Rundfunkansprache erklärt Hitler (x311/458-460): >>Aufruf an das Deutsche Volk
Seit Jahrhunderten hat England das Ziel verfolgt, die europäischen Völker der britischen Welteroberungspolitik gegenüber dadurch wehrlos zu machen, daß ein Gleichgewicht der Kräfte proklamiert wurde, nachdem England das Recht in Anspruch nahm, den ihm jeweils am gefährlichsten erscheinenden europäischen Staat unter fadenscheinigen Vorwänden anzugreifen und zu vernichten.
So hat es einst die spanische Weltmacht bekämpft, später die holländische, dann die französische und seit dem Jahre 1871 die deutsche. Wir selber sind Zeuge gewesen des von England getriebenen Einkreisungskampfes gegen das Deutschland der Vorkriegszeit.
Sowie sich das Deutsche Reich unter seiner nationalsozialistischen Führung von den furchtbaren Folgen des Versailler Diktats zu erholen begann und die Krise zu überstehen drohte, setzte die britische Einkreisung sofort wieder ein. Die uns seit dem Weltkrieg bekannten britischen Kriegshetzer wollen nicht, daß das deutsche Volk lebt. Sie haben vor dem Weltkrieg gelogen, daß ihr Kampf nur dem Hause Hohenzollern oder dem deutschen Militarismus gelte, daß sie keine Absichten auf deutsche Kolonien hätten, daß sie nicht daran dächten, uns die Handelsflotte zu nehmen, und sie haben dann das deutsche Volk unter das Versailler Diktat gezwungen. Die getreue Erfüllung dieses Diktats hätte früher oder später 20 Millionen Deutsche ausgerottet.
Ich habe es unternommen, den Widerstand der deutschen Nation dagegen zu mobilisieren und in einer einmaligen friedlichen Arbeit dem deutschen Volk wieder Arbeit und Brot zu sichern. In eben dem Ausmaß, in dem die friedliche Revision des Versailler Gewaltdiktats zu gelingen schien und das deutsche Volk wieder zu leben begann, setzte die neue englische Einkreisungspolitik ein. Die gleichen Kriegshetzer wie vor 1914 traten auf.
Ich habe England und dem englischen Volk zahlreiche Male die Verständigung und die Freundschaft des deutschen Volkes angeboten. Meine ganze Politik war auf dem Gedanken dieser Verständigung aufgebaut. Ich bin stets zurückgestoßen worden und unter heuchlerischen Erklärungen wurden immer neue Vorwände gesucht, um den deutschen Lebensraum einzuengen und uns da, wo wir niemals britische Interessen bedrohten, das eigene Leben zu erschweren oder zu unterbinden.
England hat Polen zu jener Haltung veranlaßt, die eine friedliche Verständigung unmöglich machte. Es hat durch seine Garantieerklärung der polnischen Regierung die Aussichten eröffnet, ohne jede Gefahr Deutschland zu provozieren, ja angreifen zu dürfen.
Die britische Regierung hat sich aber in einem getäuscht, das Deutschland des Jahres 1939 ist nicht mehr das Deutschland von 1914! Und der Kanzler des heutigen Reiches heißt nicht mehr Bethmann-Hollweg.

Ich habe schon in meiner Rede zu Saarbrücken und in Wilhelmshaven erklärt, daß wir uns gegen die britische Einkreisungspolitik zur Wehr setzen werden. Ich habe vor allem keinen Zweifel darüber gelassen, daß trotz aller Geduld und Langmut die polnischen Angriffe gegen Deutsche sowohl als gegen die Freie Stadt Danzig ein Ende finden müssen.
Gestärkt durch die britische Garantieerklärung und durch die Versicherungen britischer Kriegshetzer hat Polen geglaubt, diese Warnung in den Wind schlagen zu dürfen. Seit zwei Tagen kämpft nun die deutsche Wehrmacht im Osten, um die Sicherheit des Reichsgebietes wieder herzustellen. Der polnische Widerstand wird von unseren Soldaten gebrochen.
England aber kann glauben: Heute sind im Deutschen Reich 90 Millionen Menschen vereint. Sie sind entschlossen, sich von England nicht abwürgen zu lassen. Sie haben nicht hierzu wie England 40 Millionen Quadratkilometer auf dieser Erde durch Krieg erobert. Aber sie haben den Willen, auf dem Boden, der ihnen gehört, zu leben, und sich dieses Leben von England auch nicht nehmen zu lassen.
Wir wissen, daß nicht das britische Volk im ganzen für all dies verantwortlich gemacht werden kann. Es ist jene jüdisch-plutokratische und demokratische Herrenschicht, die in allen Völkern der Welt nur gehorsame Sklaven sehen will, die unser neues Reich haßt, weil sie in ihm Vorkämpfer einer sozialen Arbeit erblickt, von der sie fürchtet, daß sie ansteckend auch in ihrem eigenen Lande wirken könnte.
Den Kampf gegen diesen neuen Versuch, Deutschland zu vernichten, nehmen wir nunmehr auf. Wir werden ihn mit nationalsozialistischer Entschlossenheit führen. Die britischen Geld- und Machtpolitiker aber werden erfahren, was es heißt, ohne jeden Anlaß das nationalsozialistische Deutschland in den Krieg ziehen zu wollen.
Ich war mir seit Monaten bewußt, daß das Ziel dieser Kriegshetzer ein schon seit langem gefaßtes war. Die Absicht, bei irgendeiner günstigen Gelegenheit, Deutschland zu überfallen, stand fest. Mein Entschluß aber, diesen Kampf zu führen und zurückzuschlagen, steht noch fester. Deutschland wird nicht mehr kapitulieren! Ein Frieden unter einem zweiten noch schlimmeren Diktat hat keinen Sinn.
Sklavenvolk sind wir nicht gewesen und wollen wir auch in Zukunft nicht sein! Was viele Deutsche in der Vergangenheit für den Bestand unseres Volkes und unseres Reiches an Opfern bringen mußten, sie sollen nicht größer gewesen sein, als jene, die wir bereit sind, heute auf uns zu nehmen. Dieser Entschluß ist ein unerbittlicher.
Er bedingt daher einschneidendste Maßnahmen. Er zwingt uns vor allem eines jetzt auf:
Wenn der Soldat an der Front kämpft, soll niemand am Kriege verdienen. Wenn der Soldat an der Front fällt, soll sich niemand zu Hause seiner Pflicht entziehen. - Wer sich diesen Geboten widersetzt, hat nicht damit zu rechnen, daß die Volksgemeinschaft auf ihn Rücksicht nimmt.
Im übrigen wissen wir:
Solange das deutsche Volk in seiner Geschichte einig war, ist es noch nie besiegt worden. Nur die Uneinigkeit des Jahres 1918 führte zum Zusammenbruch. Wer sich daher jetzt an dieser Einigkeit versündigt, hat nichts anderes zu erwarten, als daß er als Feind der Nation vernichtet wird. Wenn unser Volk in solchem Sinne seine höchste Pflicht erfüllt, wird uns auch jener Herrgott beistehen, der seine Gnade noch immer dem gegeben hat, der entschlossen war, sich selbst zu helfen.
Die für die Verteidigung und Sicherung des Reiches notwendigen Gesetze werden erlassen, die für ihre Durchführung und Einhaltung vorgesehenen Männer bestimmt. Ich selbst begebe mich heute an die Front. ...<<
Hitlers Ansprache an die NSDAP vom 3. September 1939 endet mit den Worten (x033/11): >>... Wir haben nichts zu verlieren, wir haben alles zu gewinnen!<<
Der Chef der deutschen Sicherheitspolizei formuliert am 3. September 1939 "Grundsätze der inneren Staatssicherung während des Krieges" (x033/11): >>... Jeder Versuch, die Geschlos-

senheit und den Kampfeswillen des deutschen Volkes zu zersetzen, ist rücksichtslos zu unterdrücken.<<

Polen: Am 3. September 1939 eröffnet man hauptsächlich im sogenannten "Korridor" bei Bromberg, in der Nähe von Lodz und in Warschau planmäßige Menschenjagden.

Der Bromberger Blutsonntag

Obwohl polnische Freunde oder anständige Nachbarn die Volksdeutschen eindringlich vor möglichen Ausschreitungen gewarnt hatten, wurden die Volksdeutschen von den systematischen Massenausschreitungen vollkommen überrascht und erschüttert. Die meisten Polen-Deutschen waren sich keiner Schuld bewußt, aber die Schuldfrage war völlig gleichgültig, denn in jenen Tagen waren alle Volksdeutschen "vogelfrei".

Polnische Milizen und aufgehetzte polnische Zivilisten zogen zielstrebig durch die deutschen Siedlungen. Überall drangen polnische Militär-, Polizei- und Milizeinheiten sowie polnische Zivilisten gewaltsam in die Wohnungen und Häuser der Deutschen ein und schlugen die Wehrlosen grundlos zusammen. In einigen polnischen Kreisen trieb man die festgenommenen Volksdeutschen zusammen und hetzte sie danach tagelang ohne Verpflegung in Richtung Kutno, Lowitsch oder Warschau (x029/234). Bei diesen brutalen Gewaltmärschen schlugen polnische Wachleute und der aufgehetzte Pöbel oftmals erbarmungslos auf die erschöpften Gefangenen ein.

Während des "Bromberger Blutsonntags" ereigneten sich die ersten vorsätzlichen Massenmorde der deutsch-polnischen Geschichte. Der "Bromberger Blutsonntag" forderte in Polen etwa 6.000-7.000 deutsche Todesopfer (x025/44). Die Morde wurden mehrheitlich von polnischen Militär-, Polizei- und paramilitärischen Jugendeinheiten verübt, nur ein geringer Teil ging zu Lasten der aufgehetzten polnischen Zivilisten. Das schnelle Vordringen der deutschen Truppen verhinderte schließlich weitere Gewaltakte und rettete sicherlich vielen inhaftierten Volksdeutschen das Leben.

Katholische Geistliche der Erzdiözese Gnesen-Posen (Domkapitular Josef Paech, Prof. Dr. Albert Steuer und andere) bestätigten später, daß diese furchtbaren Verbrechen hauptsächlich von polnische Polizeibeamten, Milizen und Soldaten des polnischen Heeres begangen wurden, die eigentlich schützend hätten eingreifen müssen. Obgleich das erzkatholische polnische Volk angeblich christlich und äußerst fromm war, ereigneten sich in vielen Orten unglaubliche Ausschreitungen, die in schärfstem Widerspruch zum christlichen Denken und Handeln der katholischen Kirche standen.

In einer unveröffentlichten Dokumentation berichtet das Bundesarchiv Koblenz über die Verschleppungsmärsche der Deutschen aus Posen und Pommerellen im September 1939 (x029/-234-235): >>... Die polnischen Behörden hatten von langer Hand Listen zu inhaftierender Personen angelegt. Sie umfaßten die gesamte deutsche Intelligenz der beiden West-Woiwodschaften. An ihrer Hand wurden die Aufgeführten, soweit man ihrer habhaft werden konnte, am 1. und 2. September ohne richterlichen Haftbefehl inhaftiert. ...

Die Verschleppten wurden nach Osten in Marsch gesetzt. Die Behandlung auf den Märschen durch Bewachungspersonal und Zivilpersonen war unmenschlich. Wer nicht mehr weiter konnte, wurde totgeschlagen. Einzelne Marschgruppen wurden fast vollständig aufgerieben, andere am 9. September in Lowitsch befreit, wieder andere am 17. im Kutno-Kessel, in Brest-Litowsk und in Bereza Kartuska, einige erst am 27. in Warschau nach dem Fall der Festung. ...

Insgesamt lassen sich 40 größere Marschgruppen (über 10, bis 1.000 Mann) feststellen, die zwischen nur einigen und etwa 300 Kilometern ganz oder größtenteils im Fußmarsch zurückgelegt haben. ...

Man kann mit etwa 10.000 verschleppten Deutschen aus Posen und Pommerellen sowie mit etwa 2.200 dabei Umgekommenen rechnen. Dazu kommen mehrere tausend Verschleppte aus

Mittelpolen (aus Lodz allein mehr als 600) und Galizien.<<
Prof. Dr. Hermann Pfister schreibt später über die polnischen Gewalttaten im September 1939 (x064/137-138): >>Der deutsche Angriff ohne Kriegserklärung führte in Polen zu zahlreichen Ausschreitungen gegenüber den Volksdeutschen; sie waren bereits seit Verschärfung der deutsch-polnischen Kontroverse Ziel einer Kampagne gewesen, die ihnen pauschal Spionage- und Agententätigkeit und Sabotageakte im Auftrag der deutschen Regierung unterstellte - zum größten Teil unberechtigt, da, anders als in der Tschechoslowakei, der deutschen Minderheit von seiten der Reichsregierung nicht die gleiche weitgehende Aufgabe bei der politisch-propagandistischen Vorbereitung des Krieges zugedacht gewesen war. ...
Dennoch steigerte sich bei Kriegsbeginn die Haßwelle zu Brutalitäten und Exzessen. Von polnischer Seite erfolgten Verhaftungen nach vorbereiteten Listen, Deportationen, Mißhandlungen und verfahrenslose Erschießungen, die mehrere Tausend Opfer forderten. Am blutigsten verlief die Verfolgung der diffamierten Deutschen in Bromberg, wo am "Blutsonntag" (3. September) allein etwa 1.000 Menschen ermordet wurden. Insgesamt wird die Zahl der Toten und seit dem Pogrom Vermißten mit etwa 6.000 angenommen; polnische Angaben sprechen von weniger als 5.000 Opfern; die NS-Presse meldete 58.000 - eine Zahl, die durch Verzehnfachung der ursprünglich bekannt gewordenen Toten erreicht wurde ...<<
Der deutsche Historiker Gotthold Rhode (1916-1990) schreibt später über den "Bromberger Blutsonntag" (x104/277,280-281): >>... Die Bluttaten (in Bromberg) sind dadurch gekennzeichnet, daß sie ganz offensichtlich von keiner militärischen oder zivilen Behörde der Republik Polen angeordnet worden waren (wie das bei den Internierungen und den Verbringungen in das KZ Bereza Kartuska und den Verschleppungen der Fall war), daß auch nicht eine bestimmte, genau abzugrenzende Tätergruppe dafür verantwortlich war, sondern daß sich hier die schreckliche Pressehetze der letzten Vorkriegswochen, die offiziellen Aufforderungen, auf "Diversanten (Saboteure)" zu achten, die maßlose Enttäuschung über die sich abzeichnende militärische Niederlage und eine von ungeordnet zurückflutenden Truppen ausgelöste Panikstimmung in unheilvoller Weise verstärkten und nach Schuldigen suchten. ...<<
>>... Das besonders Schreckliche an den Bromberger Bluttaten ist aber, daß nicht etwa standgerichtliche Verhandlungen und anschließende Exekutionen gegen angebliche "Heckenschützen" und Saboteure oder Spione mit noch so fadenscheinigen Beweisen stattfanden, sondern daß in der ganzen Stadt einschließlich der Vororte, durch die gar keine polnischen Truppen zurückgegangen waren und wo auch keine Schüsse gefallen waren, schon vom 2. September an grausamste Lynchjustiz von selbsternannten Vollsteckern geübt wurde.
Fast alle Augenzeugenberichte sprechen von irregulären mit Soldaten vermischten "Horden" oder "Banden", die die Mordtaten verübten. Glücklich war dagegen, wer aufgrund falscher Aussagen regulär verhaftet und in das Gefängnis eingeliefert wurde, wie Pastor Staffel. Er wurde drangsaliert und geschlagen, kam aber mit dem Leben davon, während sein Amtsbruder Richard Kutzer zusammen mit seinem 73jährigen Vater und 60 weiteren Mitgliedern seiner Gemeinde im Vorort Jägerhof zuerst bestialisch gequält und danach ermordet wurde. ...
Der zum Teil durch Alkohol gesteigerte Blutrausch machte auch vor besonnenen Polen nicht halt. So wurde der polnische Malermeister P. erschossen, weil er sich für 2 deutsche Frauen von 64 und 36 Jahren einsetzte, die aus ihrer Wohnung mit einem Maschinengewehr (!) geschossen haben sollten. Beide blieben dank seines Einsatzes am Leben. ...
Diese und andere menschliche Handlungen, die in den Berichten festgehalten sind, erinnern die Nachgeborenen wie die Nachkommen an die Pflicht, sich jeder Pauschalverurteilung zu enthalten, zumal schon eine Woche nach dem "Blutsonntag", am 10. September, auf dem Friedensplatz polnische Geiseln und damit meist Unschuldige erschossen wurden.
Bestehen bleibt aber, daß von den Deutschen in Polen die Bromberger Deutschen am 3. und 4. September ein besonders hohes und schreckliches Blutopfer erbracht haben, und das nicht,

weil sie gegen den polnischen Staat, sondern nur, weil sie Deutsche waren.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet später (am 1.08.2009) über den "Bromberger Blutsonntag" (x887/...): >>**Die vergessenen Opfer**
Bei polnischen Massakern im Jahre 1939 starben über 5.800 Deutsche - Bis heute fehlt eine angemessene Publikation
Wenn zum 70. Jahrestag des Ausbruchs des deutsch-polnischen Krieges in Zeitungen und Zeitschriften, bei Guido Knopp im ZDF und in Schriften der politischen Bildung Beiträge erscheinen, dann wird man alles finden über deutsche Ränke und Versäumnisse, Blut- und Raubtaten, Kriegslust und Vernichtungsgier, aber man wird voraussichtlich mit keinem Wort der Verfolgung der Volksdeutschen in Polen gedenken. Obwohl die an ihnen begangenen Grausamkeiten gut dokumentiert sind, fehlt bis heute eine zusammenfassende Publikation.
Dabei erschütterten die Vorkommnisse seinerzeit die gesamte deutsche Öffentlichkeit. Man erfuhr von ihnen im Herbst 1939 durch heimkehrende Soldaten, von denen viele Augenzeugen gewesen waren, wie man überall in Polen die ermordeten Volksdeutschen aus Wäldern und Straßengräben geborgen hatte.
Sie hatten die Berichte der Angehörigen anhören müssen, die den Massakern entkommen konnten und nun ihre verschleppten Väter und Brüder suchten.
Heute ist davon in der deutschen Öffentlichkeit nicht mehr die Rede. In keinem Schulbuch steht etwas von der Verfolgung der Deutschen in Polen, keine "History"-Sendung unterrichtet darüber, in keiner offiziellen Feierstunde wird ihrer gedacht.
Dabei war die Verfolgung von Angehörigen anderer Volksgruppen etwa in Jugoslawien noch vor wenigen Jahren Grund genug, um Nato und Uno militärisch eingreifen zu lassen. Geht es aber um die blutigen Ereignisse im Polen des Jahres 1939, dann werden sie als unbedeutend beiseite geschoben oder man übernimmt sogar die polnischen Schutzbehauptungen, die toten deutschen Männer, Frauen und Kinder seien Opfer deutscher Luftangriffe gewesen oder als Partisanen von der polnischen Armee zu Recht erschossen worden. Und die deutsche staatliche Seite schweigt, um das deutsch-polnische Verhältnis nicht zu belasten.
Das nach dem Ersten Weltkrieg wieder gegründete Polen war von Anfang an ein Vielvölkerstaat. Die erste amtliche Volkszählung 1921 ergab etwa 69 Prozent Polen. Etwa 19 Prozent waren Ukrainer, fast acht Prozent Juden (die in Polen als Volksgruppe galten), und etwa 3,3 bis 3,9 Prozent - hier stritten sich deutsche Volksgruppe und polnische Regierung - waren Deutsche, das waren etwa 1,06 bis 1,4 Millionen Menschen. Ende 1918 hatten sogar ausweislich der letzten Vorkriegs-Volkszählung noch 2,4 Millionen Deutsche in den Gebieten gelebt, die 1919 zu Polen kommen sollten.
Dieser verhältnismäßig große Prozentsatz war kein Wunder, gehörten doch weite Teile früher zu Deutschland wie etwa Posen, Westpreußen und das östliche Oberschlesien. Es gelang der polnischen Mehrheit, im Laufe der Jahre mindestens etwa 800.000 Deutsche aus Polen hinauszudrängen ("entdeutschen" nannten die polnischen Wortführer die dabei angewendeten Methoden). Aber auch über eine halbe Million Juden wichen vor polnischen Diskriminierungen aus und emigrierten.
Obwohl sich Polen gegenüber der Versailler Friedenskonferenz verpflichtet hatte, seine nationalen Minderheiten zu schützen und ihnen kulturelle Autonomie zu gewähren, verfolgten die polnischen Regierungen eine Minderheitenpolitik nach der Devise, Polen müsse "so rein werden wie ein Glas Wasser" ("Polska musi byc czysta jak szklanka wody!"). So wurden Minderheitenschulen geschlossen, Geschäftsleute boykottiert, Kirchengemeinden, sofern sie nicht römisch-katholisch waren (die der deutschen Volksgruppe waren ganz überwiegend evangelisch), schikaniert.
Als dann die politische Lage zwischen Deutschland und Polen immer angespannter wurde, wuchs der polnische Druck auf die deutsche Volksgruppe immer mehr. Im Sommer 1939 flo-

hen die Deutschen in Massen aus ihrer Heimat nach Deutschland oder in die Freie Stadt Danzig; dort befanden sich Ende August Flüchtlingslager mit etwa 77.000 Volksdeutschen aus Polen.
Auch schon vor Ausbruch der Feindseligkeiten gab es Opfer unter den deutschen Zivilisten. Die Zahl ist nicht mehr festzustellen. In der Literatur findet man sowohl die Feststellung, daß elf Deutsche getötet worden seien, als auch die Zahl 60.
Als am 1. September 1939 das Deutsche Reich die Feindseligkeiten eröffnete, brach eine Welle der Verfolgung gegen die bereits vorher registrierten Volksdeutschen und ihre Einrichtungen los. Allgemein bekannt ist der "Bromberger Blutsonntag" drei Tage nach Kriegsbeginn, doch wurden überall, vor allem in den westlichen polnischen Provinzen, die Deutschen zusammengetrieben und in langen Marschkolonnen - insgesamt waren es 41 - mit jeweils Hunderten von Frauen, Männern und auch Kindern - nach Osten getrieben, von Soldaten oder von bewaffneten Mitgliedern polnischer Milizen.
Wer nicht weiterkonnte, wurde erschossen. Auch fiel immer wieder der Pöbel über die wehrlosen deutschen Zivilisten her, prügelte auf sie ein und schlug manche tot. Zeitzeugen berichteten, daß sich vor allem Soldaten der vor der Wehrmacht zurückflutenden polnischen Truppenteile durch Grausamkeiten hervortaten, Soldaten, die die Volksdeutschen dafür verantwortlich machten, daß entgegen der polnischen Siegesgewißheit - man hatte ihnen vorgegaukelt, sie würden schon in wenigen Tagen siegreich in Berlin einmarschieren - nun überall die polnischen Einheiten geschlagen wurden.
Die deutsche politische Führung behauptete nach dem Sieg über Polen, es seien 58.000 Volksdeutsche von Polen ermordet worden. Diese Zahl war weit übertrieben und sollte wohl dazu dienen, das überaus harte deutsche Vorgehen in Polen zu begründen.
Bezeichnenderweise gab es keine amtliche Erhebung der Opferzahlen. Das überließ man der von Volksdeutschen nach Einstellung der Kampfhandlungen gegründeten "Zentrale für die Gräber der ermordeten Volksdeutschen in den eingegliederten Ostgebieten" in Posen. Ihr Leiter und ihre treibende Kraft wurde der volksdeutsche Historiker Dr. Kurt Lück. Er sah es als seine Hauptaufgabe an, die Schicksale der vielen immer noch vermißten Volksdeutschen zu klären. Im Laufe der ersten Nachkriegsmonate stellte sich heraus, daß die meisten von ihnen umgebracht worden waren.
Die Gräberzentrale wurde, bezeichnenderweise bevor sie ihre Arbeit abgeschlossen hatte, im Mai 1942 geschlossen. Bis dahin konnte man 3.453 getötete Volksdeutsche und 2.339 Vermißte feststellen, von denen keiner wieder aufgetaucht war. Ihre Personalien und die Umstände ihrer Ermordung - soweit feststellbar - waren in einer umfangreichen Kartei festgehalten. Dr. Lück wurde eingezogen und fiel bald darauf an der Front.
Die Unterlagen fielen bei Kriegsende in polnische Hand. Der Historiker Altman vom polnischen West-Institut sorgte dafür, daß eine Kopie der Kartei 1959 dem Bundesarchiv überlassen wurde. Die gesamten Originalunterlagen, auch jene über die damals noch nicht aufgeklärten Fälle, befinden sich heute im Staatsarchiv Posen (Archivum Panstwowe w Poznaniu) und können eingesehen werden. Nach Auskunft einer Gewährsperson hat bis heute aber kein deutscher Historiker danach gefragt. ...
Bis heute gibt es keine Abschlußzahlen der Verluste der deutschen Volksgruppe in Polen. Die seinerzeit von der "Gräberkartei" festgestellte Zahl von 5.792 Toten und Vermißten dürfte die untere Grenze darstellen; zusammen mit den erwähnten Fällen in den ersten acht Monaten des Jahres 1939 kommt man auf etwas über 5.800 getötete deutsche Zivilisten in Polen im Jahre 1939.
Auf alle Fälle widerlegt die Tatsache, daß Tausende von Angehörigen der deutschen Minderheit in Polen am Beginn des Krieges umgebracht wurden, die Behauptung maßgebender polnischer Persönlichkeiten wie etwa des zweimaligen Außenministers Wladyslaw Bartoszewski,

die Polen seien nie Täter, sondern immer nur Opfer gewesen. ...

Akten liegen seit 1959 unveröffentlicht im Bundesarchiv

Die Unterlagen der "Zentrale für die Gräber der ermordeten Volksdeutschen in den eingegliederten Ostgebieten", die ihre Arbeit nicht abschließen konnte und daher nur vorläufige Verlustzahlen feststellte, befinden sich heute im Staatsarchiv Posen. Die von der "Zentrale" erarbeitete Kartei wurde 1959 in einer Kopie dem Bundesarchiv überlassen.

Auf Initiative der Landsmannschaft Westpreußen und ihrer Zeitung "Der Westpreuße" wurden in den 50er Jahren Erlebnisberichte von Zeitzeugen gesammelt, die sich heute im Bundesarchiv befinden. Eine abschließende Untersuchung wurde zwar immer wieder angekündigt, fehlt aber bis heute.

August Müller, der ehemalige Oberschulrat des Regierungsbezirks Bromberg, wurde mit der weiteren Auswertung der in Deutschland vorhandenen Unterlagen betraut. Er konnte noch viele weitere Zeitzeugen befragen, bis er 1989 verstarb. Müllers immer noch nicht aufgearbeiteter Nachlaß befindet sich zur Zeit in der Dokumentensammlung des Herder-Institutes an der Universität Gießen.

Nach Auskunft des Vorsitzenden der "Historischen Kommission für das Deutschtum in Polen" (so der derzeitige Name), Dr. Markus Krzoska, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für osteuropäische Geschichte der Universität Gießen, stehen die Akten der Öffentlichkeit grundsätzlich zur Verfügung, doch behalte er sich vor, wie er auf Anfrage mitteilte, die Bestände für bestimmte Personen zu sperren.

Auf die Frage nach den Gründen und Kriterien antwortete er, diese Unterlagen dürften nicht "für rechtsradikale Zwecke mißbraucht" werden. Die Frage, wie "rechtsradikale Zwecke" definiert würden und welche Richtlinien einer eventuellen Sperrung zugrunde liegen, beantwortete er ausweichend.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im Jahre 2022) im Sondermagazin Geschichte Nr. 17 über die Jagd auf Deutsche in Polen nach dem Kriegsbeginn (x368/52-54): >>**Der Bromberger Blutsonntag**

_ von *Daniell Pföhringer*

Nach Hitlers Einmarsch in Polen übte ein von Warschau aufgehetzter Mob Rache an den Volksdeutschen. Dabei wurden auch Frauen und Kinder nicht verschont.

Schon mehrere Monate vor dem Einmarsch der Deutschen in Polen hatten der polnische Rundfunk und die Presse eine chauvinistische Propagandaoffensive gegen die im Lande lebenden Minderheiten geführt. Dieser gipfelte in der Feststellung, "daß im Kriegsfalle kein einheimischer Feind lebend entrinnen wird". Wohlmeinende Polen warnten damals ihre Nachbarn, sich auf das Schlimmste gefaßt zu machen, die Rede von einer bevorstehenden "Bartholomäusnacht" ging um.

Die angekündigte Jagd auf Deutsche begann schon kurz nach Kriegsbeginn. Besonders schlimm wüteten die Polen am 3. September 1939 in Bromberg (Bydgoszcz). Die mehrheitlich deutschsprachige Stadt in Westpreußen war per Versailler Diktat 1920 dem polnischen Staat zugeschlagen worden. Nach offenbar schon vorher erstellten Listen richtete ein entfesselter Mob, unterstützt von zurückströmenden polnischen Soldaten, an jenem Sonntag in Bromberg - und in der Folge auch in weiteren Städten - grauenvolle Massaker an. "Tausende von Volksdeutschen starben in diesen Tagen eines gewaltsamen Todes von polnischer Hand", schreibt Helmuth Fechner in dem 1964 von ihm und Herbert Marzian herausgegebenen Werk *Deutschland und Polen 1772-1945*.

Warschau stachelte die Bevölkerung sogar noch an, dem sogenannten Bromberger Blutsonntag weitere Mordexzesse folgen zu lassen: Am 9. September 1939 sprach der polnische Sender in Wilna davon, daß sich die Bevölkerung an den furchtbaren Verbrechen ein Beispiel nehmen und im Kampf gegen die Deutschen alle erdenklichen Mittel anwenden möge.

Augenzeugen berichten

Deutsche Soldaten hatten die Stadt bereits am 6. September eingenommen, das übrige vormals deutsche Gebiet bis zum 12. September. Was in den Tagen zuvor geschehen war, hat der US-amerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas in seinem Buch *Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle. Unveröffentlichte Akten über alliierte Völkerrechtsverletzungen im Zweiten Weltkrieg* festgehalten: "Bei den Hausdurchsuchungen wurden zunächst von den Soldaten und dem Mob sämtliches Geld und Wertsachen gestohlen, die Wohnungen auch sonst ausgeplündert und völlig verwüstet. Die Männer der Familie ..., vom 13-jährigen oder gar 10-jährigen Jungen bis zum 70- oder 80-jährigen Greis, wurden in fast allen Fällen in viehischer Weise umgebracht."

De Zayas zitiert Marineoberkriegsgerichtsrat Ulrich Schattenberg, der von der Untersuchungsstelle der Wehrmacht beauftragt wurde, die ersten Zeugenvernehmungen in Polen durchzuführen. In dessen Bericht vom 14. September 1939 heißt es: "Zumeist wurden die Ermordeten mit Brechstangen, Seitengewehren, Gewehrkolben, Knüppeln derart zusammengeschlagen, daß ihre Gesichter bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt wurden.

Ich sah selbst angekohlte, zum Teil verbrannte Leichen ermordeter Volksdeutscher." Und weiter: "In vielen Fällen mußten die Volksdeutschen die Ermordung ihrer Väter, Brüder oder Kinder mit ansehen, ohne ihnen, wenn die Verletzten noch nicht gleich tot waren, Hilfe bringen zu dürfen. Dabei wurden sie noch von den Soldaten und vom Pöbel verhöhnt."

Doch nicht nur deutsche Stellen meldeten die Gräueltaten von Bromberg. Der schwedische Journalist und Augenzeuge Christer Jäderlund berichtete am 8. September 1939 für die Zeitung *Stockholms- Tidningen*: "Der Sonntag war fürchterlich. Nach dem Abzug der polnischen Truppen und vor Ankunft der deutschen Wehrmacht entstand in der Stadt ein schreckliches Massaker. Die Anzahl der ermordeten und scheußlich verstümmelten Menschen - Deutsche und Polen, die als deutschfreundlich verdächtig waren - wird auf etwa 1.000 berechnet. Ich fotografierte selbst eine ganze Reihe der großen Leichenhaufen, die noch heute, teils auf den Straßen, teils in den Wäldern sowie in den Gärten, umherlagen."

Der polnische Vorwurf, bei den Ermordeten habe es sich um "Hitler-Agenten" gehandelt, die subversiv agiert hätten, tritt der US-amerikanische Historiker David L. Hoggan in seinem Buch *Der erzwungene Krieg* entgegen: "Die Volksdeutschen in Polen verhielten sich mit wenigen Ausnahmen streng loyal zum polnischen Staate. Eine spätere Untersuchung durch den holländischen Experten Louis de Jong widersprach der bekannten Behauptung der Polen, daß es eine deutsche Fünfte Kolonne in Polen gäbe. Tausende junger Deutscher im militärdienstpflichtigen Alter dienten in der polnischen Armee, als 1939 der Krieg begann. Die prominenten Deutschen blieben bis September 1939 im Land und wurden verhaftet, ins Landesinnere transportiert oder getötet."

Widerwärtige Exzeßtaten

Doch warum fanden am 3. September - nicht nur in Bromberg - so viele Morde an Deutschen statt? Die Antwort ist einfach: Es war der Tag der Kriegserklärung Englands und Frankreich an das Deutsche Reich. Im Weichselland geriet man geradezu in einen Freudentaumel - man glaubte allen Ernstes, daß es Paris und London um den Erhalt des polnischen Staates ginge.

Ein Trugschluß, der auch in den folgenden Tagen schreckliche Folgen zeitigte.

Unter Eid bekundete der Zeuge David Poschadel, Arbeiter in Sonnenburg (Slonsk), gegenüber der Wehrmacht-Untersuchungsstelle: "Am Donnerstag, dem 7. September 1939, ging ich nach Ciechonicek, während mein Sohn die Kuh aufs Feld brachte. Als ich aus der Stadt zurückkam, begegnete ich meinem Sohn, der von Soldaten abgeführt wurde. Mein Sohn war 36 Jahre alt. Ich getraute mich nicht, ihn anzusprechen. Mein Sohn sagte auch nichts, guckte mich nur an und weinte. Ich fand ihn verscharrt am Sonntag, dem 10. September 1939, vor. Er lag in einem Graben auf dem Lande meines Nachbarn Gläsmann. Der Kopf war völlig zerschlagen,

außerdem wies er viele Bajonettstiche auf, unter anderem war auch das rechte Auge ausgestochen. Einen Schuß hatte er in der Brust."
In den Akten des deutschen Reichskriminalpolizeiamtes (Sonderkommission Bromberg) fand sich folgender Bericht: "Am 7. September 1939 wurden im Dorfe Rudak, wenige Kilometer südöstlich von Thorn, unter vielen anderen auch die Frauen Helene Sonnenberg und Martha Bunkowski ermordet. Diese beiden Morde erreichen deswegen einen Höhepunkt an Gemeinheiten und Verworfenheit, weil es sich bei der 26 Jahre alten Helene Sonnenberg ... um eine Frau in hochschwangerem Zustand gehandelt hat, die außerdem Mutter eines dreijährigen Söhnchens war. ...
Vom 1. bis zum 6.9.1939 irrte die Hochschwangere mit ihrem kleinen Sohn, in Angst um ihren Mann und in Sorge um ihr Schicksal, in der Umgebung von Rudak umher, nachdem sie bei vielen Menschen vergebens um Unterschlupf nachgesucht und in Scheunen und in einer Ziegelei genächtigt hatte. Am 6.9.1939 traf sie mit der ledigen Martha Bunkowski, die sich wie sie auf der Flucht vor dem rasenden Polentum befand, zusammen, und beide Flüchtlingsfrauen versteckten sich nunmehr mit dem kleinen Heinrich Sonnenberg in einem von den polnischen Truppen verlassenen Festungswerk, in dem bereits andere Flüchtlinge Unterschlupf zu haben glaubten."
Am folgenden Tag "bat die Schwangere Fräulein Bunkowski, aus ihrer Wohnung Kleidung für den dreijährigen Knaben zu holen. Die hilfsbereite Bunkowski kam aber bald nach ihrem Weggehen, geführt von polnischen Soldaten, zurück und wurde nun gemeinsam mit Frau Sonnenberg und deren Kind abgeführt. Zeugen erklären, daß nach einiger Zeit ein Soldat den Knaben zurückgebracht habe mit den in polnischer Sprache gesprochenen Worten: "Die zwei kommen nicht mehr zurück."
Was damit gemeint ist, wird aus diesen Worten ersichtlich: "Am 8.9.1939 fanden Volksdeutsche die Hochschwangere und ihre Begleiterin im Stallgebäude der 30 Meter von der Kirche entfernt gelegenen Kirchendienerwohnung. Die Schwangere lag auf dem Leib, das Gesicht in einer Blutlache, die Leiche der Bunkowski lag mit dem Oberkörper über zwei Holztonnen. Der Stall war von außen abgeschlossen." Und weiter: "Die kriminalpolizeilichen Feststellungen führten zu dem Schluß, daß auf die beiden Frauen außerhalb des Stallgebäudes insgesamt fünf Schüsse abgegeben worden sind, sodaß die Opfer erst als Leichen in den Stall geschleppt, dort abgeworfen und eingeschlossen worden sind."
Besonders grauenhaft liest sich, was der Gerichtsmediziner Dr. Panning laut dem Bericht über das eine Opfer und ihr ungeborenes Kind feststellte: "Daß die Reste der Frucht nicht im mütterlichen Körper, sondern zwischen den Oberschenkeln vorgefunden wurden, entspricht dem allgemein bekannten Vorgang der Sarggeburt, das heißt in Fällen der vorliegenden Art einer Austreibung des kindlichen Körpers aus der Gebärmutter durch Fäulniswirkung. ... In jedem Fall muß es sich um einen Grad der Schwangerschaft gehandelt haben, die offensichtlich war und selbst dem flüchtigen Blick nicht entgehen konnte."

Etwa 13.000 Ermordete

Von solchen Berichten gibt es eine Vielzahl. Der Historiker Horst Rohde stellt in seinem Aufsatz "Hitlers erster "Blitzkrieg" und seine Auswirkungen auf Nordosteuropa" (1979 erschienen im Sammelband *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*) über jene Tage im September 1939 fest: "Massenverhaftungen nach vorbereiteten Listen, planlose Märsche, auf denen vor allem die Alten und Kinder den Strapazen zum Opfer fielen, Exekutionen, Morde und Brandstiftungen waren an der Tagesordnung. ... Insgesamt kamen rund 13.000 Volksdeutsche ums Leben. Spätere Übertreibungen der nationalsozialistischen Propaganda führten dazu, daß Berichte über das tatsächliche Geschehen international überhaupt auf Unglauben stießen."

Vogelfrei

"Sonntag, 3. September, gegen 2 Uhr näherten sich unserem Hause ... polnische Soldaten und

polnische Zivilbevölkerung. Die polnischen Zivilisten sagen: "Hier wohnen Deutsche." Daraufhin begannen die Soldaten, sofort zu schießen. ... Ich wollte meinem Vater beistehen, da ich polnisch kann. Ich habe die Polen gefragt, was wir ihnen angetan hätten ... Die Polen riefen: "Herunter mit den deutschen Schweinen!" Mein Vater erhielt mehrere Kolbenhiebe ins Gesicht und an den Körper, sodann wurde er mit dem Seitengewehr gestochen. Daraufhin fiel mein Vater zu Boden und erhielt sechs Schüsse." (Die Bromberger Augenzeugin Vera Gannot, zitiert in: Alfred M. de Zayas, *Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle. Dokumentation alliierter Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg*, 2001)<<

Frankreich, Großbritannien: Der britische Premierminister Chamberlain gibt am 3. September 1939 vor dem Unterhaus den Kriegszustand bekannt (x243/68): >>... Für uns ist dies ein Trauertag und für niemanden mehr als für mich.

Alles, wofür ich gearbeitet habe, alles, was ich hoffte, alles, woran ich in meinem öffentlichen Leben geglaubt habe, ist zertrümmert und zerbrochen. ...<<

Sir Winston S. Churchill (1874-1965, Nachkomme des ersten Herzogs von Marlborough, von 1940-45 britischer Premier- und Verteidigungsminister) erklärt am 3. September 1939 vor dem Unterhaus (x311/462): >>... Wir kämpfen weder für Danzig noch für Polen, wir kämpfen, um die ganze Welt von der Geißel der Nazityrannen zu befreien und alles zu verteidigen, was den Menschen am heiligsten ist. Dieser Krieg hat weder eine Herrschaft, noch eine Vermehrung der imperialistischen Macht oder einen materiellen Gewinn als Ziel. Er ist genau so wenig geführt, um jemandem seine Entwicklungsmöglichkeiten oder seinen Platz an der Sonne zu rauben.

Man betrachte die wirklichen Gründe! Man wird dann sehen, daß es sein Ziel ist, unantastbare Grundlagen für die Rechte des Individuums zu schaffen sowie die Wiedergeburt und das Überleben der menschlichen Persönlichkeit zu sichern. ... Wir müssen diese Prüfung mit allen uns zur Verfügung stehenden Kräften aufgreifen und mit dem Willen, es siegreich zu schaffen. ...

Vorwärts, Ihr Soldaten Christi ...<<

Der britischen Premierminister Winston Churchill erklärt am 3. September 1939 zur britischen Kriegserklärung (x353/63): >>… Dies ist ein englischer Krieg, und sein Ziel ist die Vernichtung Deutschlands.<<

Die englische Sonntagszeitung "Sunday Correspondent" berichtet (später) am 17. September 1989 (x352/57): >>Wir sind 1939 nicht in den Krieg gezogen, um Deutschland vor Hitler ... oder den Kontinent vor dem Faschismus zu retten. Wie 1914 sind wir für den nicht weniger edlen Grund in den Krieg eingetreten, daß wir eine deutsche Vorherrschaft in Europa nicht akzeptieren konnten.<<

Frankreich und England kommen ihren Beistandsverpflichtungen jedoch trotz Kriegserklärung nicht nach, so daß die polnische Armee kurzfristig vernichtend geschlagen wird.

An den westdeutschen Grenzen stehen zwar über 100 gutausgerüstete französische und britische Divisionen, aber die zahlenmäßig überlegenen Westalliierten wagen damals keinen Entlastungsangriff gegen die 23 deutschen Divisionen, um ihre polnischen Verbündeten zu unterstützen (x076/243).

Die Franzosen führen lediglich Spähtruppunternehmen vor dem Westwall durch, während England einige Flugblattaktionen organisiert (Beginn des "Komischen Krieges"). Diese mangelnde französisch-britische Kampfbereitschaft rettet nicht nur die schwachen deutschen Truppen an der Westfront, sondern dieser strategische Fehler führt schließlich auch 1940 zur katastrophalen Niederlage der Franzosen und Briten.

04.09.1939

Westkrieg: Belgien, Norwegen, Finnland, Spanien, Japan, Argentinien und Brasilien erklären am 4. September 1939 ihre Neutralität.

05.09.1939

NS-Regime: Die Juden müssen seit dem 5. September 1939 alle Rundfunkgeräte abliefern und ab 20 Uhr zu Hause bleiben.

Die NS-Justiz erläßt im Rahmen des Kriegssonderstrafrechts am 5. September 1939 die "Verordnung gegen Volksschädlinge", um die Möglichkeiten der Strafverfolgung und der Bestrafung drastisch auszuweiten (x149/100): >>... Straftaten, die unter Ausnutzung kriegsbedingter Verhältnisse begangen werden (z.B. während der Verdunkelung bei nächtlichen Bombenangriffen) werden mit dem Tode bestraft.<<

Der deutsche Assessor Christoph Schmidt schreibt später über die "Volksschädlinge" (x051/-613): >>Volksschädlinge, um die Jahrhundertwende auftauchende Übertragung des landwirtschaftlichen Schädlingsbegriffs auf Menschen; bald beliebte Vokabel im antisemitischen und nationalistischen Schlagwortrepertoire.

Gerade die nationalsozialistische Volksgemeinschaftsideologie nutzte die Bezeichnung "Volksschädling" gern zur Ausgrenzung Mißliebiger und in der "Verordnung gegen Volksschädlinge" vom 5.9.39 (RGBl 1, S. 1.679) zur drastischen Ausweitung der Möglichkeiten der Strafverfolgung und des Strafrahmens.

Danach konnten praktisch alle Straftaten, die jemand unter Ausnutzung der besonderen Verhältnisse im Krieg beging, mit der Todesstrafe geahndet werden.

§ 2 sah die Höchststrafe vor bei jedem Delikt gegen Leib, Leben oder Eigentum,

§ 4 auch bei sonstigen Straftaten, "wenn dies das gesunde Volksempfinden wegen der besonderen Verwerflichkeit der Straftat" erforderte.

Ab Kriegsbeginn lag es in der Macht der Staatsanwaltschaft, ein Delikt vor einem normalen Gericht mit normalem Verfahren und Strafmaß anzuklagen oder durch Kombination einer Strafnorm mit der "Verordnung gegen Volksschädlinge" vor dem hiernach (§ 1 Absatz 2) zuständigen Sondergericht. Verfahrensrechtliche Sicherungen für den Angeklagten waren nach § 5 aufgehoben, wenn er auf frischer Tat getroffen wurde "oder sonst seine Schuld offen zutage" lag. Er mußte dann sofort ohne Einhaltung der Fristen abgeurteilt werden.

Die "Verordnung gegen Volksschädlinge" dürfte die häufigste "Rechts"-Grundlage gewesen sein für die ca. 15.000 von zivilen Gerichten ausgesprochenen Todesurteile zwischen 1941 und 45.<<

Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges werden unentwegt neue Strafvorschriften erlassen, die vielfach Todesstrafen vorsehen. Die Zahl der "todeswürdigen Delikte" erhöht sich von 3 (1933) auf 46 (1942).

Ernst von Weizsäcker schreibt am 5. September 1939 (x033/13): >>... Nun sind wir im Kampf. Gebe Gott, daß nicht alles, was gut und wertvoll ist, dabei vollends zugrunde geht.<<

Das NS-Regime führt vielerorts Massenverhaftungen von politischen Staatsfeinden durch.

15.09.1939

UdSSR: Der sowjetische Außenminister Molotow erklärt am 15. September 1939 (x063/590): >>Der polnische Staat ist zerfallen. Er existiert nicht mehr. Ein schneller Schlag gegen Polen zuerst von der deutschen Wehrmacht und dann von der Roten Armee – und nichts bleibt übrig von diesem scheußlichen Gebilde des Versailler Vertrages. ...<<

17.09.1939

UdSSR, Polen: Die Sowjetunion greift am 17. September 1939 in den Krieg gegen Polen ein.

Nachdem der deutsch-polnische Krieg fast entschieden ist, greifen sowjetische Truppen die ostpolnische Grenze an.

Um 6.00 Uhr morgens marschieren 2 sowjetische Heeresgruppen (die Ukrainische und die Weißrussische Front) in Ostpolen ein, während sich die deutschen Truppen vereinbarungsgemäß auf die Narew-Weichsel-San-Linie zurückziehen.

Der polnische Staatspräsident Moscicki flieht am 17. September 1939 mit der polnischen Re-

gierung nach Rumänien. Moscicki wird dort vorübergehend interniert und findet später in London Zuflucht.
Stalin erklärt am 17. September 1939 in Moskau (x064/140): >>... (daß) der polnische Staat und seine Regierung tatsächlich aufgehört haben zu existieren. ...<<
Stalin läßt diese "Befreiungsmission" angeblich durchführen, um die slawische Bevölkerung in den polnischen Gebieten der Westukraine, Belorußland und in Bessarabien vor der faschistischen Versklavung zu "schützen".
Stalin, der Hitler im Jahre 1939 bewußt die Angreiferrolle überlassen hat, begründet vor der Weltöffentlichkeit die Besetzung Ostpolens mit dem Schutz der Ukrainer und Weißrussen (x064/140): >>Die Sowjetregierung kann sich ... nicht gleichgültig dazu verhalten, daß die mit ihr blutsmäßig verwandten Ukrainer und Weißrussen, die auf dem Territorium Polens leben und der Willkür des Schicksals ausgeliefert sind, schutzlos bleiben.
Angesichts dieser Sachlage hat die Sowjetregierung das Oberkommando der Roten Armee angewiesen, den Truppen Befehl zu erteilen, die Grenze zu überschreiten und das Leben und Eigentum der Bevölkerung der westlichen Ukraine und des westlichen Weißrußland unter ihren Schutz zu nehmen. Gleichzeitig beabsichtigt die Sowjetregierung, alle Maßnahmen zu treffen, um das polnische Volk aus dem unseligen Krieg herauszuführen, in den es durch seine unvernünftigen Führer gestürzt wurde, und ihm die Möglichkeit zu geben, ein friedliches Leben wieder aufzunehmen. ...<<
In den Jahren 1939-41 verschleppen die Sowjets etwa 1,65-2,5 Millionen "unzuverlässige" Staatsbürger (Polen, Juden, Ukrainer und Weißrussen) aus Ostpolen zur Zwangsarbeit nach Sibirien (x025/172, x061/499, x063/678, x064/142).
Weit über 50 % der ostpolnischen Verschleppungsopfer überleben die Deportationen in die Sowjetunion wahrscheinlich nicht (x025/172-173).
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) schreibt später über die "Sowjetische Befreiungsmission" in Ostpolen (x026/18-19): >>Nachdem Wehrmacht und Rote Armee im September 1939 Polen angegriffen und überrannt hatten, annektierte die Sowjetunion die Gebiete Polens mit ukrainischer bzw. weißrussischer Bevölkerungsmehrheit.
Die anschließende Säuberung vollzog sich nach stalinistischem Muster: Massenerschießung von Mißliebigen und Massendeportation von potentiellen Regimegegnern in den Archipel Gulag.
Verschleppt wurden so gut wie alle Flüchtlinge aus West- und Mittelpolen, Vertreter des öffentlichen Dienstes, alle Gebildeten und Wohlhabenden. Von den 1,65 bis 2,5 Millionen Deportierten waren 52 % Polen, 30 % Juden und 12 % Ukrainer und Weißrussen. Weit über die Hälfte dieser Unglücklichen dürfte umgekommen sein. ... Von den 230.000 polnischen Kriegsgefangenen in der UdSSR dürften insgesamt nur 82.000 überlebt haben. ...<<
Der britische Historiker Robert Conquest (1917-2015) berichtet später über das Schicksal der polnischen Deportierten (x080/328): >>Selbst nach den Maßstäben des Gulag waren die polnischen Gefangenen mit äußerster Brutalität behandelt worden und hatten überdurchschnittlich viele Todesopfer zu beklagen. Stalin hegte anscheinend einen besonders bösartigen Groll gegen die Polen - womöglich deshalb, weil sie 1920 bei Lemberg seinen Sieg vereitelt hatten. ...<<

27.09.1939

NS-Regime: Am 27. September 1939 werden die zentralen Ämter der Sicherheitspolizei, (Sipo) und des Sicherheitsdienstes der SS (SD) im Reichssicherheitshauptamt zusammengefaßt.
Das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) wird danach zur Zentrale der NS-Terrormaßnahmen. Das RSHA ist Himmler unterstellt (Leitung bis 4. Juni 1942: Heydrich, ab 30. Januar 1943: Kaltenbrunner). Die RSHA-Abteilungen erteilen den Befehlshabern der Gestapo-, SD- und SS-Einheiten direkte Weisungen, so daß eine Art SS-Nebenregierung entsteht. Während des

Zweiten Weltkrieges errichten die verschiedenen RSHA-Organisationen in den besetzten Ländern fast lückenlose Terror-Verwaltungen.
Heinrich Müller (1900 in München geboren) leitet das RSHA-Amt IV (Geheime Staatspolizei). Der gefühlsrohe Gestapo-Chef entwickelt dort mit seinen Mitarbeitern die "routinemäßige, bürokratische Massentötung".
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die NS-Sicherheitspolizei (x051/537-538): >>Sicherheitspolizei (Sipo), im Zuge der Neuordnung der deutschen Polizei neben der Ordnungspolizei (Orpo) zweite Säule der polizeilichen Organisation, umfassend die Geheime Staatspolizei (Gestapo), die Kriminalpolizei (Kripo) und die Grenzpolizei.
Leiter der Sicherheitspolizei wurde Heydrich, der zugleich Chef des Sicherheitsdienstes der SS (SD) war. Er faßte beide Organisationen mit Bildung des Reichssicherheitshauptamts am 27.9.39 zusammen. Sie waren Träger der Einsatzgruppen, die der Wehrmacht bei den deutschen Feldzügen folgten und neben sicherheitspolizeilichen Maßnahmen v.a. Aufgaben der Judenverfolgung und -liquidierung erfüllten.<<
Der deutsche Assessor Ulrich Bachmann schreibt später über das "Reichssicherheitshauptamt" (x051/483-484): >>Reichssicherheitshauptamt (RSHA), am 27.9.39 als "Zusammenfassung der zentralen Ämter der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes des Reichsführers-SS (SD)" geschaffene Behörde.
Mit Gründung des RSHA wurde der v.a. von Himmler angestrebte Verschmelzungsprozeß von Ämtern aus dem staatlichen Bereich mit Ämtern aus der nationalsozialistischen Bewegung abgeschlossen. Das RSHA war Himmler unterstellt und wurde zuerst von Heydrich (bis zu seinem Tod 4.6.42), vorübergehend von Himmler selbst und ab 30.1.43 von Kaltenbrunner geleitet. Es gliederte sich in zunächst sechs, ab 1940 in sieben Ämter:
Amt I unter Bruno Streckenbach war für Personalfragen, also v.a. für Auswahl und Linientreue der Mitarbeiter zuständig.
Amt II unter Best, später unter Hans Nockmann, war die juristische Abteilung und zuständig für Organisation, Recht und Verwaltung.
Amt III unter Ohlendorf war der ursprüngliche SD, nun als Inlandsnachrichtendienst bezeichnet.
Amt IV war die Geheime Staatspolizei unter H. Müller,
Amt V das Reichskriminalpolizeiamt unter Nebe,
Amt VI der Auslandsnachrichtendienst unter Heinz Jost, später unter Schellenberg.
Amt VII unter Franz Six, später Paul Dittel, war für "weltanschauliche Forschung und Auswertung" zuständig, es archivierte Materialien und Literatur der politischen und ideologischen Gegner.
Das RSHA war die Zentrale der außergerichtlichen nationalsozialistischen Terror- und Repressionsmaßnahmen ab Kriegsbeginn bis 1945. Insbesondere die Ämter III und IV waren berüchtigt für den Terror im Innern und in den besetzten Gebieten. Dort setzte das RSHA zur "Gegnerbekämpfung" u.a. mobile Einsatzgruppen ein.
Mitte 41 wurde dem RSHA die "technische Durchführung" der Endlösung übertragen. Ab September 42 konnte das RSHA Gerichtsurteile "durch Sonderbehandlung korrigieren", d.h. die Betreffenden liquidieren; es griff in die Zuständigkeitsbereiche der Justiz, z.B. in schwebende Verfahren, ein und übte ab November 42 die gesamte Strafrechtspflege aus gegenüber Polen und Juden in den besetzten Gebieten, von Sommer 43 an auch im Reich.<<

28.09.1939

UdSSR: Die Außenminister Molotow und von Ribbentrop ändern am 28. September 1939 den deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag und verlegen die am 23.08.1939 vereinbarte sowjetische Grenze von der Weichsel an den Bug.
Die Sowjetunion soll nach dem deutsch-polnischen Krieg zum Ausgleich Ostpolen (West-

ukraine) und die baltischen Länder (Estland, Lettland und Litauen) besetzen. Hitler, der angebliche Todfeind des Bolschewismus, öffnet der sowjetischen Expansion damit endgültig den Weg nach Westeuropa (x063/590).

29.09.1939

Polen: Die deutsche Wehrmacht-Untersuchungsstelle (WUSt) informiert im Abschlußbericht vom 29. September 1939 über die polnischen Gewaltakte im September 1939 (x029/233-235): >>... In ganz besonders starkem Maße an den Ermordungen beteiligt ist das polnische Militär, insbesondere die Infanterie. Ferner aber auch Polizei, Gendarmerie, Przysposobienie Wojskowe (vormilitärische Jugendausbildungsorganisation unter militärischer Führung), Obrona Narodowa (nachträglich eingezogene Reservisten) und Scheletzen (eine Parallelorganisation zu den Sokoll), aber auch Zivilpersonen.

In der überwiegenden Zahl der Fälle sind die Ermordeten unter irgendeinem Vorwand vorher verhaftet worden. Besonders häufig erfolgten derartige Verhaftungen nach vorausgegangenen deutschen Fliegerangriffen. Als Vorwand für die Verhaftungen dienten in der Hauptsache folgende Begründungen, soweit man Begründungen überhaupt gab: Angeblicher Besitz von Waffen und Munition sowie von Geheimsendern, das Geben von Blinkzeichen an deutsche Flugzeuge, Spionage und Beherbergung von Spionen.

In vielen Fällen genügte aber die Bejahung der Frage, ob der Betreffende deutsch und evangelisch sei, um seine Festnahme durchzuführen. ... Aus der ganzen Provinz Posen trieb man die offenbar nach einer bestimmten Liste festgenommenen Volksdeutschen in Richtung Kutno. ... Während des ganzen Marsches erfolgten ständig grundlose Mißhandlungen durch die Begleitmannschaften. Diese richteten sich insbesondere gegen diejenigen, welche wegen Schwäche oder hohen Alters oder Krankheit nicht gut marschieren konnten. ...

Abgesehen von auf diesem Marsche Ermordeten sind in allen Teilen der Provinz, besonders in dem östlichen und dem südlichen Teil, außerordentlich viel andere Ermordungen erfolgt, z.T. unter geradezu bestialischen Umständen. Ganze Familien sind ausgerottet worden. Die Menschen sind nicht immer erschossen, sondern häufig mit allen möglichen Werkzeugen, z.T. vor den Augen ihrer Angehörigen oder anderer Personen, denen ebenfalls ihre Ermordung angekündigt war, erschlagen worden. Eine große Zahl der Leichen ist mit schweren Verstümmelungen aufgefunden worden. ...

Bei Tarlowa in der Nähe von Kolo hat das polnische Militär auf eine große Anzahl Volksdeutscher geradezu eine Treibjagd mit Maschinengewehren veranstaltet. Man fand etwa 130 Tote, die nach den Zeugenaussagen wie die Hasen bei einer Treibjagd über ein Feld verstreut waren. ...

Es konnte bisher nur ein Teil der Zeugen vernommen werden, weil eine Reihe gerade von solchen Personen, die besonders Schreckliches erlebt haben, körperlich noch so mitgenommen und seelisch so schwer erschüttert sind, daß sich eine Vernehmung bisher noch nicht verantworten ließ. ...<<

Ein deutscher Richter der Wehrmacht-Untersuchungsstelle (WUSt) berichtet später über eine Informationsveranstaltung für Journalisten aus neutralen Staaten in Bromberg im September 1939 (x029/36-37): >>... Ich habe ihnen damals erklärt, daß die Vernehmungen, die gemacht worden waren, tatsächlich polnische Greueltaten erwiesen haben. Aber ich persönlich hatte nicht den Eindruck, daß die Leute mir geglaubt haben.

Die Polen-Greuel, die Goebbels erdichtet hatte, hatten ihre Wirkung getan, denn keiner glaubte mehr daran, was in dieser Richtung vorgebracht wurde. Jedes Mal, wenn Adolf Hitler einmarschieren wollte, kamen irgendwelche Greuel zustande. So war es in der Tschechei gewesen, so war es auch in Polen: Gründe für den Einmarsch oder irgendwelche kriegerischen Handlungen wurden darin gesucht, daß Greuel von den Nicht-Deutschen gegen die Deutschen begangen worden waren.

Die Journalisten hielten diese Anschuldigungen ebenfalls für Propaganda. Sie haben natürlich nichts gesagt, aber in ihren Mienen konnte man auch lesen.<<
Das deutsche NS-Propagandaministerium nutzt die polnischen Massaker nach dem deutschen Angriff gewissenlos aus und veröffentlicht später bewußt völlig falsche Zahlen.
Obgleich die "Posener Zentralstelle für die Gräber ermordeter Volksdeutscher" 5.495 deutsche Todesopfer und Vermißte ermittelt, wird die Zahl der Ermordeten und Vermißten mit mindestens 58.000 festgesetzt.
Nach dem Kriegsende wird in der Posener Zentralstelle ein NS-Telegramm aus Berlin vom Februar 1940 gefunden, wonach man "die Zahl von 58.000 Toten und Vermißten allein als verbindlich anzusehen" habe (x029/37).

September 1939

NS-Regime: Nach dem Kriegsbeginn im September 1939 gibt es im NS-Staat 19 Konzentrationslager mit durchschnittlich 88.000 Häftlingen (x090/289).

Anti-Hitler-Koalition: Australien, Indien, Neuseeland, Südafrika und Kanada treten im September 1939 in den Krieg gegen das NS-Regime ein.
Die Kriegsgegner vereinbaren gemäß Genfer Protokoll von 1925, keinen Bakterien- und Gaskrieg zu führen.

06.10.1939

Polen: Die letzten polnischen Kampfeinheiten werden am 6. Oktober 1939 durch überlegene deutsche Truppen zerschlagen und kapitulieren.
Während des deutsch-polnischen "Blitzkrieges" geraten rund 694.000 polnische Soldaten in deutsche Kriegsgefangenschaft. 217.000 Polen gehen in sowjetische Gefangenschaft (x041/-101). Etwa 100.000 polnische Soldaten fliehen nach Ungarn und werden z.T. im Frühjahr 1940 in die Truppen der westlichen Alliierten eingereiht.
Wehrmachtsverluste während des Polenfeldzuges: 10.572 Tote, 3.404 Vermißte und 30.322 Verwundete. Die UdSSR meldet 737 Tote und 1.859 Verwundete (x040/16).
Nach polnischen Angaben fallen während des deutsch-sowjetischen-polnischen Krieges insgesamt rund 123.000 polnische Soldaten (x064/140).
Der deutsche Historiker Gerhard Hümmelchen schreibt später über den "Polenfeldzug" (x051/448-449): >>Polenfeldzug, von Hitler am 1.9.39 um 4.45 Uhr (nicht 5.45 Uhr, wie in seiner Reichstagsrede gesagt) ausgelöster Krieg gegen Polen, der sich zum Zweiten Weltkrieg ausweiten sollte.
Dem Polenfeldzug voran ging eine Phase hektischer diplomatischer Vermittlungsversuche um Beilegung der deutsch-polnischen Differenzen (u.a. Korridor, Danzigfrage). Sie scheiterten letztlich an Hitlers Willen zur gewaltsamen Lösung der Raumfrage (Raum). Zwar wurde der bereits für den 26.8. gegebene Angriffsbefehl noch einmal zurückgenommen – Italien hatte sich als nicht kriegsbereit erklärt –, doch dann ordnete Hitler nach kurzen Scheinverhandlungen die Auslösung des Falles "Weiß" an. Den Propagandistischen Vorwand lieferte der SD mit der vorgetäuschten polnischen Besetzung des Reichssenders Gleiwitz.
In zwei Angriffskeilen stieß das Gros des aktiven deutschen Heeres (57 Divisionen) aus Pommern und Ostpreußen – Heeresgruppe Nord (Generaloberst von Bock) – sowie aus Schlesien und der Slowakei – Heeresgruppe Süd (Generaloberst Rundstedt) – mit ca. 2.500 Panzern konzentriert Richtung Warschau vor, unterstützt von den Luftflotten 1 und 4 mit insgesamt 1.107 Maschinen. Die polnische Heeresleitung (Marschall Rydz-Smigly) hatte das Gros ihrer Kräfte (26 Divisionen, zehn Brigaden) entlang der 1.900 km langen Grenze aufmarschieren lassen. Insgesamt hatte Polen 40 Divisionen und 16 Brigaden mit 1.132 leichten Panzerfahrzeugen mobilisiert. Die polnischen Luftstreitkräfte verfügten über 745 Flugzeuge, die Flotte war bedeutungslos und wurde bis auf fünf U-Boote und drei Zerstörer Opfer der deutschen Luftangriffe.

Bis zum 7.9. waren alle polnischen Armeen im Grenzgebiet entweder durchbrochen, angeschlagen oder zum Rückzug gezwungen. Schon am 5.9. befahl Rydz-Smigly den Rückzug hinter die Weichsel. Aus psychologischen und wehrwirtschaftlichen Gründen sowie in der Hoffnung auf einen Angriff Frankreichs im Westen hatte er in Überschätzung der eigenen Stärke den ungünstigen Grenzaufmarsch gewählt. An der unheilvollen Entwicklung konnte auch die am 6.9. im Raum Saarbrücken anlaufende "Offensive" der französischen 4. Armee nichts ändern, weil sie nicht zum Abtransport deutscher Divisionen aus Polen zwang.
Zwischen dem 8. und 13. 9. kam es bei Radom zur ersten Kesselschlacht, die deutsche 10. Armee nahm 65.000 Polen gefangen. Bereits am 11.9. hatte das deutsche I. Korps Warschau von seinen östlichen Verbindungen abgeschnitten. Vom 17.-20.9. brachte die Heeresgruppe Süd bei Lublin 60.000 Gefangene ein. Zugleich vollzog sich das Schicksal der polnischen Armeen Posen und Pommerellen; 170.000 Polen gingen in Gefangenschaft. Die polnischen Luftstreitkräfte verloren bis 15.9. 330 Maschinen, davon die meisten im Luftkampf und nicht am Boden (nur 50), wie die deutsche Propaganda gemeldet hatte.
Am 17.9. griff von Osten her die Rote Armee mit zwei Heeresgruppen nach den im Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffsvertrag vorgesehenen Gebieten, die 1918-20 an Polen verloren gegangen waren. Polen konnte dagegen nur noch Reste von neun Divisionen und drei Brigaden aufbieten. Die polnische Regierung floh am gleichen Tag nach Rumänien, die Reste der Luftstreitkräfte folgten (116 Maschinen).
Der Zusammenbruch war nun nur noch eine Zeitfrage: Die seit dem 19.9. eingeschlossene, von 120.000 Soldaten verteidigte polnische Hauptstadt kapitulierte am 28.9. nach Beschießung und schweren Luftangriffen. Mit der Kapitulation von 16.857 polnischen Soldaten bei Kock (östlich Deblin) am 6.10. endete der Polenfeldzug.
Die polnische Armee verlor gegen Deutschland 70.000 Tote, 133.000 Verwundete und 700.000 Gefangene, die Rote Armee meldete zudem 217.000 gefangene Polen bei 737 eigenen Toten und 1.859 Verwundeten.
Die Wehrmacht hatte an Verlusten: 10.572 Tote, 3.409 Vermißte und 30.322 Verwundete, dazu 217 Panzer, 285 Flugzeuge, ein Minensuchboot.
Eine Vorahnung der Leiden der kommenden Besatzungspolitik vermittelte schon während des Polenfeldzuges der Terror der den deutschen Angriffsarmeen folgenden Einsatzgruppen und der sowjetischen Sicherheitspolizei NKWD.
Polen wurde zwischen Deutschland und der Sowjetunion geteilt. Die deutsch besetzten Gebiete wurden zum Teil ins Reich inkorporiert (ca. 90.000 km² mit zehn Millionen Einwohnern, Danzig-Westpreußen, Warthegau), der Rest am 26.10.39 zum Generalgouvernement zusammengefaßt. Das Ende des Polenfeldzuges brachte jedoch kein Ende des Kriegszustands, da die Westmächte das Ergebnis der Gewaltpolitik Hitlers nicht hinnehmen wollten und seine Friedensangebote ablehnten.<<
Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schreibt später über die Zerschlagung Polens (x051/448): >>(Polen) ... Als sich Polen Ende März 39 dem deutschen Drängen auf Rückgabe Danzigs, exterritoriale Verbindungen durch den Korridor und auf eine Satellitenrolle gegen die Sowjetunion versagte, kündigte Hitler den Pakt von 1934.
Nach Einigung zwischen Berlin und Moskau (23.8.39 Deutsch-Sowjetischer Nichtangriffsvertrag) war dann das Schicksal Polens trotz der britisch-französischen Garantien und trotz eines von der katholischen Kirche unterstützten patriotischen Widerstandswillens entschieden: Polenfeldzug.
Dennoch existierte der polnische Staat rechtlich und politisch weiter durch die Londoner Exilregierung und durch die polnische Exilarmee (u.a. Anders). Als Reaktion auf die rücksichtslose deutsche Besatzungspolitik im Generalgouvernement (Massenumsiedlungen, Zwangsrekrutierungen polnischer Arbeitskräfte, Liquidierung der Intelligenz, Endlösung) entstanden zu-

dem ein Untergrundstaat und eine nationalpolnische "Armee im Lande" (Warschauer Aufstand). Ihr Scheitern wegen ausbleibender sowjetischer Hilfe war die Folge des Moskauer Konfrontationskurses nach der Entdeckung der Massengräber von Katyn. Stalin setzte seitdem nur auf willfährige kommunistische polnische Organe:
Aus dem unter sowjetischem "Beistand" gebildeten Lubliner Komitee (21.7.44) entstand am 1.1.45 in Polen eine Provisorische Regierung und am 28.6.45 die Regierung der nationalen Einheit. Die Westmächte willigten in Teheran, Jalta und im Potsdamer Abkommen unter dem Druck der militärischen Gegebenheiten in die "Westverschiebung" Polens (zwischen Curzon-Linie und Oder-Neiße-Linie) und in die Vertreibung der deutschen Bevölkerung ein.
Die "demokratische Regierung" aber, die sie weiterhin forderten, wußte Stalin durch scheinbare Zugeständnisse und manipulierte Wahlen zu hintertreiben. Polen wurde eine sozialistische "Volksrepublik".<<
Nach dem deutschen Blitzsieg gegen Polen richtet Hitler am 6. Oktober 1939 Friedensangebote an England und Frankreich (x059/94): >>... Wir verzichten auf alle Gebietsforderungen im Westen, verlangen aber dafür freie Hand im Osten.<<
Der deutsche Historiker Alfred Schickel (1933-2015) berichtet später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 – 1989 über Hitlers Friedensangebote vom 6. Oktober 1939 (x853/...): >>... **Friedensinitiativen im Herbst 1939**
Erinnerungen an vergessene zeitgeschichtliche Ereignisse
... Da Berlin ausgewiesenermaßen gegenüber England und Frankreich kein Kriegsziel verfolgte, schien einem Friedensschluß zwischen dem Reich und den beiden Westmächten auch kein Hindernis entgegenzustehen.
- Das sah auch Roosevelts "heimlicher Außenminister", Botschafter William C. Bullitt so, wie er in seinem "persönlichen und vertraulichen" Telegramm an den US-Staatschef vom 8. September 1939 bekannte: "Ich erwarte, daß die Deutschen ihre Zerstörung Polens bald abschließen, um dann Frankreich und England den Frieden anzubieten."
Nur redete der Roosevelt-Vertraute - ganz im Sinne seines Chefs - einem helfenden Eingreifen der USA zugunsten der beiden Westmächte entschieden das Wort. Entsprechend telegraphierte er dem Präsidenten: "Natürlich ist es offensichtlich, daß, falls der Neutralitätsbeschluß (des amerikanischen Kongresses) in seiner gegenwärtigen Form bleibt, Frankreich und England rasch besiegt werden."
Statt mit einem von Berlin initiierten Friedensschluß wollten Bullitt und Roosevelt den Krieg mit einem klaren Sieg der Alliierten beenden. Deswegen bauten sie darauf, daß Paris und London die Berliner Friedensvorschläge ablehnen und weiterkämpfen würden, wie es die Kabinette an der Seine und an der Themse dann auch taten.
Hitlers Appell vom 6. Oktober 1939 schien damit bereits von Anfang an keine Aussicht auf Annahme beschieden. Der deutsche Führer meinte damals in seiner Rede vor dem Deutschen Reichstag:
"Weshalb soll nun der Krieg im Westen stattfinden? Für die Wiederherstellung Polens? Das Polen des Versailler Vertrages wird niemals wieder erstehen ... Was soll also sonst der Grund sein? Hat Deutschland an England irgendeine Forderung gestellt, die etwa das britische Weltreich bedroht oder seine Existenz in Frage stellt? Nein, im Gegenteil. Weder an Frankreich noch an England hat Deutschland eine solche Forderung gerichtet. Soll dieser Krieg aber wirklich nur geführt werden, um Deutschland ein neues Regime zu geben, das heißt: um das jetzige Reich wieder zu zerschlagen und mithin ein neues Versailles zu schaffen, dann werden Millionen Menschen zwecklos geopfert."
Statt des Eintritts in echte Kampfhandlungen im Westen regte Hitler den Zusammentritt einer internationalen Konferenz an, auf welcher dann eine Friedensordnung beschlossen werden sollte. Als Voraussetzung für eine ersprießliche Arbeit einer derartigen Konferenz sah er die

Klärung der außenpolitischen Ziele der europäischen Staaten an.
- Der britische Premierminister nannte in seiner Antwort auf die Rede Hitlers die Friedensvorschläge des Reichskanzlers "vage und unbestimmt". Wörtlich führte Neville Chamberlain vor dem britischen Unterhaus am 12. Oktober 1939 aus:
"Sie (die Friedensvorschläge) enthalten keine Anregung über die Wiedergutmachung des der Tschechoslowakei und Polen zugefügten Unrechts. Aber auch wenn die Friedensvorschläge Anregungen enthielten, dieses Unrecht wieder gutzumachen, würde es notwendig sein zu fragen, durch welche praktischen Mittel die deutsche Regierung die Welt zu überzeugen beabsichtigte, daß Angriffshandlungen jetzt aufhören und Versprechungen eingehalten würden. Die letzten Erklärungen haben bewiesen, daß auf Zusicherungen der gegenwärtigen deutschen Regierung kein Verlaß ist."
Und der französische Ministerpräsident Daladier sekundierte seinem britischen Kollegen mit den Worten:
"Ich weiß wohl, daß man auch heute vom Frieden spricht, vom deutschen Frieden, von einem Frieden, der lediglich die durch List oder Gewalt gemachten Eroberungen sanktionieren und die Vorbereitung weiterer Eroberungen in keiner Weise verhindern würde", um dann seinen Franzosen emphatisch zuzurufen: "Ich erkläre deshalb in eurem Namen, daß wir kämpfen und weiterkämpfen werden, um endgültige Sicherheitsgarantien zu erlangen."
Damit schien die erste Friedensinitiative auf höchster Ebene vorläufig gescheitert, obwohl sich in England noch ein Mann zu Wort meldete, dessen Ansicht nach wie vor Gewicht hatte: Lloyd George. Der ehemalige britische Premierminister und Mitgestalter des Versailler Vertrages veröffentlichte am 11. Oktober 1939 im "Journal American" und in der "Sunday Times" zwei Aufsätze, in denen er schrieb:
"Die letzte Rede Hitlers kann als Grundlage einer Friedenskonferenz dienen. Der richtige Krieg zwischen Großbritannien und Frankreich einerseits und Deutschland andererseits hat noch gar nicht begonnen. Alle Völker wünschen aufrichtig die Vermeidung eines neuen Weltkrieges. Eine ablehnende und überstürzte Antwort würde eine Entfremdung der öffentlichen Meinung hervorrufen, statt sie für unsere Sache zu gewinnen. Im (Ersten) Weltkriege konnte man die Wiederherstellung ganz Belgiens verlangen. Wir können heute jedoch nicht die gleiche Forderung im Hinblick auf Polen erheben. Das würde eine Herausforderung Rußlands bedeuten ...
Weshalb also keine Konferenz der wichtigsten Weltmächte vorschlagen, um die Lage zu untersuchen. Hitler scheint einen solchen Gedanken zu hegen. Rußland kann ihn nicht zurückweisen ... Es ist wesentlich, daß die Vereinigten Staaten dazu gebracht werden, die Teilnahme an einer solchen Konferenz anzunehmen. Hitler hat schon einige Diskussionspunkte angeführt, so die Abrüstung, die Kolonien, den polnischen Staat. Wir haben die Freiheit, andere Diskussionspunkte vorzuschlagen. Nichts kann verloren sein, und vieles kann mit Hilfe einer solchen Konferenz gewonnen werden."
Chamberlain hörte jedoch nicht auf seinen Landsmann, sondern setzte vertrauensvoll auf die Entscheidung der Waffen - und die amerikanische Schützenhilfe. In dieser Kampfesentschlossenheit schien er auch nicht wankend zu werden, als Ende Oktober deutschfreundliche Worte aus Moskau zu hören waren.
- Da hielt der sowjetische Außenminister Molotow auf der 5. außerordentlichen Tagung des Obersten Sowjets eine Rede, in welcher er über den Krieg ausführte:
"Dieser Krieg begann zwischen Deutschland und Polen und erweiterte sich zu einem Krieg Deutschlands mit England und Frankreich. Der deutsch-polnische Krieg hat infolge des vollständigen Versagens der polnischen Führung ein rasches Ende genommen. Es kann, wie jedermann einsehen wird, von der Wiederherstellung des alten Polens nicht die Rede sein. Die britische und die französische Regierung wissen das, wollen aber trotzdem nicht den Krieg

beenden. Es ist unsinnig und sogar verbrecherisch, einen Krieg zur Vernichtung des Hitlertums zu führen, indem man dem Krieg das Mäntelchen des Kampfes für die Demokratie umhängt."
Premierminister Chamberlain zeigte sich von der Rede Molotows nicht sonderlich beeindruckt, sondern nannte sie sogar eine "Enttäuschung" für Berlin und gab sich in seiner Stellungnahme vor dem Unterhaus am 2. November 1939 recht zufrieden.
- In der Ablehnung der Berliner Friedensanregungen fand sich Chamberlain offenbar in nahtloser Übereinstimmung mit seinem Marineminister Winston Churchill. Dieser hatte nicht nur schon früher wiederholt kritische Worte über das nationalsozialistisch geführte Deutschland gesprochen und zu entsprechenden Aktionen aufgerufen, sondern bereits am 2. Oktober 1939 bei einem Essen mit Joseph Kennedy etwaige Friedensvorschläge Hitlers als unannehmbar bezeichnet.
Nach Meinung des nachmaligen englischen Premierministers war "die russische Macht, die sich möglicherweise über die ganze Welt ausbreitet, nicht gefährlicher als jene der Deutschen"; daher müßten "zunächst die Deutschen unter dem Nazi-Regime erledigt werden".
Möglich, daß von dieser Äußerung später die Churchill zugeschriebene Korrektur, daß man "das falsche Schwein geschlachtet" habe, stammt.
Im Gegensatz zu Chamberlain und Daladier, welche Deutschland immerhin Bedingungen stellten, lehnte Churchill ein Friedensgespräch mit Hitler rundweg ab, obwohl er im gleichen Gespräch mit Botschafter Kennedy die militärische Lage Englands als nicht gerade rosig schilderte und die Schlagkraft der Deutschen unterstrich. Wenn er trotz der schwierigen Kriegslage für eine Fortsetzung des Kampfes gegen Deutschland eintrat, dann ist dies nur vor dem Hintergrund seiner heimlichen Kontakte zu Präsident Roosevelt, der ihm moralische und handfeste Unterstützung zusagte, zu verstehen.
Bemühte sich Roosevelt im Falle Englands selber um die direkte Einflußnahme auf die britische Politik mittels einer wichtigen Verbindungsperson, besorgte die Wahrnehmung dieses Zieles in Paris sein persönlicher Vertrauter, Botschafter William C. Bullitt.
Er hatte so enge Kontakte zum amtierenden Ministerpräsidenten Daladier, daß er fast sein Freund sein konnte.
Daladier teilte Bullitt nicht nur am 26. August 1939 jene "entsetzliche Tatsache" massenhafter Verhaftungen von Militärspionen mit, sondern berichtete ihm auch am 11. Dezember 1939 von einem "diplomatischen Manöver, das ihm große persönliche Befriedigung gewährt" habe.
- Es handelte sich um die Tatsache, "daß bis vor ungefähr einer Woche die deutsche Regierung ihm regelmäßig Emissäre mit Friedensvorschlägen geschickt" habe.
Da alle diese Vorschläge "die absolute deutsche Herrschaft über Polen und die Tschechoslowakei enthielten", sei er (Daladier) "absolut entschlossen" gewesen, "keinen dieser Vorschläge anzunehmen", wie Bullitt Präsident Roosevelt "persönlich und vertraulich" noch am gleichen Tag mitteilte.
Um aber einen deutschen "Angriff in diesem Herbst aufzuschieben", wollte Daladier die Deutschen weiterhin glauben machen, daß er den einen oder anderen dieser Vorschläge annehmen könnte und hat deshalb "alle diese Vorschläge in Betracht gezogen" und "jeden von ihnen so viele Tage und Wochen lang wie möglich überlegt und dann mit irgendeiner Rückfrage weiter in die Länge gezogen, um die Besprechungen hinauszuschieben".
Daladier begründete seine Hinhaltetaktik mit dem Ziel, die Deutschen dadurch von einem möglichen Angriff auf Frankreich schon im Herbst 1939 abzuhalten und damit für die beiden Westmächte bis zum Frühjahr 1940 Zeit zu gewinnen, was ihm offensichtlich auch gelungen ist. Wie Daladier seinem amerikanischen Gesprächspartner weiter mitteilte, "waren die deutschen Vorschläge alle von Göring gekommen".
Nachdem sein Führer im Oktober bereits in London gescheitert war und von Paris seinerzeit

auch nur eine offizielle Absage bzw. Zusage mit schwer erfüllbaren Bedingungen zu hören war, suchte man jetzt in Berlin nach anderen Wegen zu möglichen Friedensgesprächen.
- Dabei rückten die Vereinigten Staaten in den Vordergrund. Ihr Präsident hatte sich ja im Laufe des Jahres wiederholt zu Wort gemeldet und die europäischen Großmächte zu Mäßigung und Zurückhaltung ermahnt, um einen Krieg zu vermeiden. Diese augenscheinliche Friedensvermittler-Rolle Roosevelts und die gesetzlich verankerte Neutralität der Vereinigten Staaten luden in den Augen deutscher Politiker geradezu ein, den US-Präsidenten um die Vermittlung von Friedensgesprächen zu bitten.
Dies um so mehr, als Roosevelt Anfang 1940 seinen Unterstaatssekretär Sumner Welles auf Europa-Erkundungsreise zu schicken gedachte.
Da kam Hermann Göring der Besuch eines alten Fliegerkameraden (von der Gegenseite) aus dem Ersten Weltkrieg in Berlin zupaß. Ihn hatte Professor Wilhelm Keilhau, ein Berater des Nobel-Instituts in Oslo, nach Deutschland geschickt, "um über gegenwärtige Ansichten in deutschen Führungskreisen zu ermitteln".
Da Trygve Gran, der 1914 als erster Flugzeugführer die Nordsee überquert und dann als Offizier in der Royal Air Force gedient hatte, enge freundschaftliche Beziehungen zu Göring unterhielt, schien er der geeignete Mann für eine solche Mission. So kam es Mitte Dezember 1939 zu einem Gespräch zwischen dem prominenten Norweger und der Nummer Zwei hinter Adolf Hitler.
Dabei ließ Göring deutlich durchblicken, daß man im Auswärtigen Amt dem norwegischen Besucher Wichtiges mitzuteilen hätte, was er, Göring, auch meine und befürworte. So begab sich Trygve Gran ins deutsche Außenministerium und erfuhr dort zunächst einmal die Begründung für den Pakt mit Rußland ("Hitler-Stalin-Pakt"). Danach habe ihn die deutsche Seite nur deswegen geschlossen, weil sie von einer schlagkräftigen polnischen Armee ausgegangen sei. Hätte man freilich die Schwäche Polens schon vorher gekannt, wäre es nicht zu einem solchen Vertrag gekommen. Dann die Eröffnung der "hohen Beamten des Auswärtigen Amtes" nach der Überlieferung eines vorliegenden Dokumentes:
"Deutschland ist willens, in Friedensverhandlungen einzutreten, sofern die Initiative grundsätzlich von den Vereinigten Staaten ausgeht ... und sofern Großbritannien und Frankreich vorderhand keine Bedingungen stellten; denn Deutschland wünscht auf derselben Grundlage wie die anderen Staaten in Verhandlungen einzutreten. So stellt Deutschland für seinen Teil weder einen Waffenstillstand noch eine Unterbrechung der britischen Seeblockade als Vorbedingung für die Verhandlungen."
- Weil man in Berlin sowohl von der offiziellen Reaktion Londons und Paris' her wußte, daß man dort auch deutsche Vorstellungen über das künftige Schicksal Polens und der Tschechoslowakei erwartete und nicht nur "vage" Friedensvorschläge hören wollte, hatte man sich an der Wilhelmstraße in Berlin auch über die weitere Zukunft dieser beiden Länder Gedanken gemacht und gab Trygve Gran dazu folgende Überlegungen mit auf den Weg:
"In diesem Falle (einer friedlichen Verständigung mit den Westmächten) sollte Gesamtpolen als völlig unabhängiger Staat hergestellt werden, wobei freilich Danzig und der Korridor beim Reich verbleiben, Polen aber im Osten einen neuen Korridor zugestanden erhalten kann. Die Tschechoslowakei sollte auch wieder errichtet werden, vorausgesetzt, daß Benesch nicht wieder zurückgerufen wird."
In einem solchen friedlichen Arrangement sah man in Berlin "für Großbritannien die einzige Möglichkeit, Polen wieder herzustellen, ohne Krieg gegen eine deutsch-russische Allianz zu riskieren".
Aus Geheimhaltungsgründen verlangten die deutschen Gesprächspartner Trygve Grans, daß ihr abermaliges Angebot nicht vorzeitig bekannt gemacht werden dürfe, sonst "würden sie eine solche gegebene Information ableugnen".

- Diese absolute Vertraulichkeit forderte auch Grans Auftraggeber Wilhelm Keilhau, als er diese Informationen an die amerikanische Gesandtin in Oslo, Francis Harriman, am 22. Dezember 1939 weitergab. Die amerikanische Diplomatin kabelte die Berliner Vorschläge noch am gleichen Tage "streng vertraulich" nach Washington. Wie die Fundstelle, die National Archives/Diplomatic Branch in Washington, ausweist, ist diese Nachricht richtig in der amerikanischen Hauptstadt angekommen. Wie gleichzeitig der Ablauf der Geschichte beweist, haben die Vereinigten Staaten die ihnen von Berlin angetragene Rolle des Friedensvermittlers nicht übernommen, sondern die Bereitschaft des Reiches zum Gespräch ignoriert.
England, Frankreich und die USA gingen dabei auch über die Empfehlungen des Alt-Premiers Lloyd George hinweg, der als einzige gesprächsbereite Stimme auf der Seite der Alliierten vor 50 Jahren öffentlich zu vernehmen war.
Am 24. Dezember 1939 rief schließlich Papst Pius XII. zur Einstellung des Krieges auf, da er "auf moralischem, geistigem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet besonders böse Folgen des Krieges" sehe. Die "für das Schicksal der Völker Verantwortlichen sollten es daher nicht von vornherein ablehnen zu verhandeln, wenn sich Gelegenheit dazu biete".
Pius XII. fand sich mit dieser Empfehlung in Übereinstimmung mit Lloyd George. Er ging aber über dessen Ratschlag noch hinaus, indem er auch "Richtlinien für einen gerechten internationalen Frieden" gab. Sie enthielten die folgenden Punkte:
Sicherung des Rechtes auf eigenes Staatsleben und auf Unabhängigkeit für alle Nationen; Befreiung der Völker von der Sklaverei des Rüstungswettlaufes; Reorganisation des zwischenstaatlichen Lebens unter Berücksichtigung aller Fehler der Vergangenheit; Berücksichtigung der berechtigten Bedürfnisse und Forderungen der Nationen und Völker sowie der völkischen Minderheiten und "vollbewußtes Verantwortungsgefühl der Leiter der Völker".
- Geradezu klassisch objektiv faßte der Papst die Vorschläge und Möglichkeiten zusammen, die sich im Herbst 1939 für einen Friedensschluß geboten hatten. Er unterstützte die öffentlich gewordenen (deutschen) Friedensanregungen vom Oktober und geißelte zugleich die Verantwortlichen für den "vorbereiteten Angriff auf ein fleißiges und friedliches Volk".
Es mußten sich also die Politiker an der Spree ebenso betroffen und angesprochen fühlen wie die Staatsführungen in London und in Paris. Hätten sie sich darüber hinaus auch zur Tat entschlossen und die päpstlichen Empfehlungen gar zur Richtschnur ihrer Handlungen gemacht, wäre der Menschheit der Zweite Weltkrieg erspart geblieben und hätten über 50 Millionen Menschen ihr Leben nicht verloren.<<

07.10.1939

NS-Regime: Hitler beauftragt am 7. Oktober 1939 Himmler (Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei) mit der Umsiedlung der Volksdeutschen ("Erlaß zur Festigung des deutschen Volkstums").

"Heim ins Reich": Deutsche Umsiedler und Rückkehrer

Die Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes ("Hitler-Stalin-Pakt") und des geheimen Zusatzprotokolls vom 23. August 1939 (Aufteilung des Baltikums und Hitlers Verzicht auf Bessarabien und Ostpolen) besiegelte schließlich das Schicksal Polens und der baltischen Länder (x041/98).
Da die Sowjetunion nach dem deutsch-polnischen Krieg Ostpolen und die baltischen Länder (Estland, Lettland und Litauen) besetzte, mußten die Volksdeutschen notgedrungen diese Gebiete verlassen, wenn sie der zwangsläufigen Bolschewisierung oder drohenden "Verschikkung" nach Sibirien entgehen wollten.
Im Rahmen der "Germanisierung" sollten langfristig sämtliche Polen aus den besetzten westpolnischen Gebieten in das Generalgouvernement vertrieben und durch Volksdeutsche ersetzt werden. Die volksdeutschen Siedlergruppen in den baltischen Staaten und in Jugoslawien waren besonders gefährdet, deshalb wurden sie zuerst umgesiedelt.

Die Organisation und Durchführung übernahmen die NS-Gruppen VOMI ("Volksdeutsche Mittelstelle") und DAG ("Deutsche Ansiedlungsgesellschaft").
Die "NS-Umsiedler" VOMI und DAG führten vor den Umsiedlungsaktionen zahlreiche Propagandaveranstaltungen durch.
Die VOMI-Mitarbeiter versprachen den volksdeutschen Bauern nicht selten große Bauernhöfe. Kein Umsiedler sollte Nachteile oder materielle Schäden erleiden, sondern großzügig entschädigt werden. Nicht wenige naive Volksdeutsche glaubten der NS-Propaganda.
Viele Volksdeutsche wollten außerdem sowieso "heim ins Reich", denn sie konnten die jahrelangen Feindseligkeiten und Unterdrückungen der slawischen Regierungen sowie die Gehässigkeiten und Schikanen der einheimischen Bevölkerung einfach nicht mehr länger ertragen. Sie wollten endlich wieder gleichberechtigte Staatsbürger sein und letztlich in Ruhe leben und arbeiten. Obwohl die volksdeutschen Siedler an ihrem Besitz hingen, verließen sie schließlich doch die altvertrauten Höfe und Häuser ihrer Vorfahren, um vor allem den Kindern vielfältige Demütigungen zu ersparen.
Die Volksdeutschen (Personen mit deutscher Abstammung und Muttersprache, die im Ausland lebten und deshalb nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen) wurden z.T. von "ärztlichen Kommissionen" in verschiedene Gruppen eingeteilt. Die "O-Fälle" ("rassisch wertvolle" Umsiedler) sollten in den "neuen" deutschen Ostprovinzen siedeln, während man "A-Fälle" (übrige Volksdeutsche) im Altreich und "S-Fälle" (fremdsprachige bzw. unerwünschte "Sonderfälle") im Generalgouvernement ansiedeln wollte. Da grundsätzlich jeder umsiedeln durfte, verließen teilweise auch "Volksdeutsche" ihre bisherige Heimat, die häufig fast kein deutsch sprechen oder verstehen konnten.
Die Ansiedlung der Volksdeutschen erfolgte überwiegend im Reichsgau Wartheland, Danzig-Westpreußen sowie in den oberschlesischen und ostpreußischen Gebieten, die man nach dem deutsch-polnischen Krieg im Jahre 1939 sofort in das Deutsche Reich eingliederte.
In der "neuen Heimat" erlebten die erwartungsvollen Umsiedler oftmals böse Überraschungen und bittere Enttäuschungen. Viele Volksdeutsche trafen zu früh in den Umsiedlungsgebieten ein, so daß sie die gewaltsame Vertreibung der verzweifelten Polen miterlebten. Andere deutsche Umsiedler mußten monatelang in überfüllten Übergangslagern warten.
Diese Lager waren häufig verwanzt und die Verpflegung war oft miserabel. Falls die Volksdeutschen Verwandte im Deutschen Reich hatten, konnten sie diese Übergangslager nur verlassen, wenn eine Zuzugsgenehmigung erteilt wurde. Die reichsdeutschen Verwandten mußten sich vorher jedoch verpflichten, den gesamten Lebensunterhalt der Umsiedler zu übernehmen.
Die deutschen Umsiedler erhielten nur äußerst selten gleichwertige Grundstücke. In den meisten Fällen gab es nicht die zugesagten großen Bauernhöfe oder gepflegte Ackerflächen, denn man bot den Volksdeutschen größtenteils nur ärmliche Bauernhöfe und Wohnungen an. Nach der großen Aufbruchsstimmung und der allgemeinen Begeisterung war die Enttäuschung verständlicherweise riesengroß. Nicht wenige Umsiedler weinten bitterlich oder tobten vor Wut und Zorn. Die SD- und SS-Einheiten führten manchmal sogar gewaltsame "Einweisungen" durch, weil sich die deutschen Umsiedler zu lange sträubten.
Während der Umsiedlungen wurden viele Dorfgemeinschaften rücksichtslos und willkürlich getrennt. Viele volksdeutsche Familien lebten danach mit den unterschiedlichsten Umsiedlern in einer völlig fremden Umgebung. Ab 1942/43 wurden die umgesiedelten Volksdeutschen vielfach sofort zum Kriegsdienst in der deutschen Wehrmacht und der Waffen-SS eingezogen oder sie mußten in kriegswichtigen Rüstungsbetrieben arbeiten.
Deutsche Rückkehrer und Umsiedler in Zahlen (x001/5E-8E, x018/675, x070/138):
>>... Ca. 475.000 Reichsdeutsche kehren freiwillig in die ehemaligen preußischen Provinzen Posen und Westpreußen zurück, die das Deutsche Reich 1919/20 zwangsweise an Polen abtre-

ten mußte.
Ca. 535.000 Volksdeutsche werden aus den baltischen Staaten, Wolhynien, Ostgalizien, Bessarabien, der Schwarzmeerregion, der Bukowina, der Dobrudscha und der Gottschee umgesiedelt (davon lassen sich 353.000 im Reichsgau Danzig-Westpreußen und Warthegau sowie 182.000 im westlichen Altreich nieder).
Ca. 325.000 Volksdeutsche aus Jugoslawien, Rumänien und anderen südosteuropäischen Gebieten bringt man vorübergehend in Österreich unter.
Ca. 100.000 Volksdeutsche müssen ihre Heimat Tirol verlassen (deutsch-italienischer Freundschaftsbund). Die Tiroler halten sich danach ebenfalls hauptsächlich in österreichischen Umsiedlungslagern auf. ...<<
Trotz aller Probleme bewältigten die fleißigen volksdeutschen Bauernfamilien und Handwerker erwartungsgemäß die z.T. äußerst schwierigen Aufbauarbeiten. In den wenigen Jahren, die ihnen vergönnt waren, schafften es die meisten volksdeutschen Umsiedler, die Ertragslage der abgewirtschafteten Höfe zu verbessern. Im Verlauf der "sowjetischen Befreiung 1944/45" wurden jedoch alle Anstrengungen und Mühen der volksdeutschen Umsiedler und reichsdeutschen Rückkehrer schlagartig zunichte gemacht.
Tausende von Volksdeutschen, die nicht mehr rechtzeitig umgesiedelt werden konnten oder ursprünglich die Umsiedlung abgelehnt hatten, flüchteten später noch überstürzt mit den deutschen Truppen aus Rumänien, Jugoslawien, Ungarn, der Slowakei, der Sowjetunion und aus Litauen nach Westen.
Für alle deutschen Umsiedler und Rückkehrer, die in den ehemaligen preußischen Provinzen Posen, Westpreußen und in Oberschlesien siedelten, waren die Folgen des späteren Zusammenbruchs besonders tragisch. Die volksdeutschen Umsiedler konnten nach dem Kriegsende zwangsläufig nicht mehr in die jahrhundertealte Heimat ihrer Vorfahren zurück und die reichsdeutschen Rückkehrer, die ihre bisherige Heimat im Deutschen Reich aufgegeben hatten, verloren ihre alte Heimat zum zweiten Mal.
Nicht selten ließen die vertriebenen Polen, die sofort im Gefolge der sowjetischen Truppen oder polnischen Milizen in ihre Heimatorte zurückkehrten, ihre Wut und Verbitterung an den unschuldigen volksdeutschen Umsiedlern und reichsdeutschen Rückkehrern aus.
Die 1943-44 im Warthegau angesiedelten volksdeutschen "Vertragsumsiedler" und die Rußland-Deutschen erwartete ein besonders hartes Schicksal. Etwa 300.000 Volksdeutsche wurden später nach Sibirien und in andere asiatische Gebiete der UdSSR verschleppt (x010/34). Mindestens 37 % dieser "Zwangsrepatriierten" kamen in den sowjetischen Zwangsarbeits- und Straflagern um.
Im Westen des Deutschen Reiches waren die Rußland-Deutschen ebenfalls nicht in Sicherheit oder gerettet, denn die sowjetischen "Fangkommandos" spürten die geflüchteten oder umgesiedelten Rußland-Deutschen sogar in den Besatzungszonen der westlichen Alliierten auf. Nach dem Kriegsende verschleppten sowjetische Fangkommandos zahlreiche Rußland-Deutsche nach Sibirien.
Bis Ende 1945 wurden z.B. fast alle Schwarzmeer-Deutschen, die aus dem Kreis Wollstein (Posen) in den Kreis Uelzen (Niedersachsen) fliehen konnten, von den Briten an die Sowjets ausgeliefert, gewaltsam nach Sibirien verschleppt und in sowjetischen Zwangsarbeitslagern inhaftiert (x001/384). Diese z.T. äußerst brutalen Zwangsdeportationen in den Besatzungszonen der westlichen Alliierten erfolgten damals mit ausdrücklicher Zustimmung der Nordamerikaner und Briten.
Die Mehrheit der über 400.000 Volksdeutschen, die man während des Krieges in den Umsiedlungslagern des Altreiches und in Österreich einquartierte, hatte dagegen meistens Glück im Unglück. Diese Volksdeutschen verloren zwar ebenfalls ihre Heimat, die viele Generationen in Jahrhunderten aufgebaut hatten, aber ihnen blieb wenigstens das unsägliche Leid der zu-

rückgebliebenen Volksdeutschen und der unglücklichen deutschen Rückkehrer erspart, die den rachsüchtigen Feinden in die Hände fielen.
Viele Volksdeutsche, die noch rechtzeitig in den Westen des Deutschen Reiches flüchten konnten, verließen später "freiwillig" die deutschen Besatzungszonen, denn sie fanden dort trotz aller Bemühungen keine Arbeit und keine neue Heimat. Nach zweimaliger "Entwurzelung" und der nicht selten schäbigen Behandlung durch die egoistischen deutschen Einheimischen, die sie wegen ihrer eigentümlichen Mundart vielerorts als Russen- oder Polengesindel beschimpften, wanderten später mehr als 50 % aller Baltendeutschen verbittert nach Kanada oder in die USA aus.
Die NS-Umsiedlungsaktionen wirkten sich für die Deutschen Ost-Mitteleuropas letzten Endes außerordentlich verhängnisvoll aus, denn Hitlers "Nationalitätenprinzip" leitete schließlich indirekt die gewaltsame Vertreibung aller Ost- und Volksdeutschen ein. Das unsägliche "Nationalitätenprinzip" des NS-Regimes wurde von den slawischen Staaten "dankbar" übernommen und in den Nachkriegsjahren konsequent umgesetzt und radikal realisiert.
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1961 über die Umsiedlung von Jugoslawien-Deutschen (x006/75E-85E): >>… **a) Umsiedlungspläne und -maßnahmen**
Am 6.10.1939 hielt Hitler seine aufsehenerregende Rede, in der er den zwischenstaatlich organisierten Bevölkerungsaustausch als Mittel einer Politik empfahl, die die Nationalitätenkonflikte beseitigen und eine "neue Ordnung der ethnographischen Verhältnisse" in Europa herbeiführen sollte. Sehr bald ließen u.a. auch jugoslawische Regierungsstellen deutlich ihr Interesse an einem deutsch-jugoslawischen Minderheitentransfer durchblicken, der aber in Berlin einstweilen auf wenig Gegenliebe traf.
Die Abneigung der alteingesessenen donauschwäbischen Bevölkerung, die sich wegen der kursierenden Umsiedlungsgerüchte stark beunruhigt zeigte, veranlaßte die Deutsche Gesandtschaft in Belgrad, im "Deutschen Volksblatt" eine amtliche Erklärung zu veröffentlichen, "daß die Umsiedlungsaktion für Jugoslawien nicht aktuell sei". Auf Grund der deutschen Zurückhaltung zu dieser Zeit haben sich dann Anfang 1940 die Erörterungen über solche Pläne im Sande verlaufen.
Als der Jugoslawienfeldzug beendet war, wurden zuerst nichtdeutsche Nationalitäten des ehemaligen südslawischen Staates gewaltsam verpflanzt. Nach der Annexion des nördlichen Sloweniens durch das Deutsche Reich wurden sogleich umfassende Pläne für die Aussiedlung von Slowenen ausgearbeitet, von denen ursprünglich sogleich 260.000 in Restserbien und in Kroatien untergebracht werden sollten.
Wegen der dort auftauchenden Unterbringungsschwierigkeiten geriet die Zwangsverschickung jedoch ins Stocken, obschon bis Ende September 1941 immerhin ca. 26.000 Slowenen allein in den "Unabhängigen Staat Kroatien" abgeschoben wurden. Inzwischen hatte aber in den Kreisen des SS-Rasse- und Siedlungs-Hauptamtes die Auffassung an Boden gewonnen, daß ein gewisser Prozentsatz der Slowenen "eindeutschungsfähig" sei.
Die slowenische Bevölkerung wurde daraufhin je nach "arischen Merkmalen" in vier Rassekategorien eingeteilt, von denen nur die Gruppe IV als "unerwünscht"' galt. Unter der Leitung des SS-Oberführers Hintze wurden dann bis zum Dezember 1941 schon ca. 35.000 Slowenen aus dem Gebiet südlich und aus nur wenigen Gemeinden nördlich der Sawe in die Lager der VOMI im "Altreich" verschickt, um von dort in die annektierten Ostgebiete transportiert und auf Siedlerstellen angesetzt zu werden, nachdem sie als "Staatsangehörige auf Widerruf" eingebürgert worden waren.
Genaue Zahlen über diese Zwangsverpflanzungen von Tausenden von Slowenen, der sog. "Windischen", lassen sich z.Z. nicht anführen. Das Motiv der "Evakuierungsmaßnahmen" ist jedoch mit zynischer Offenheit eingestanden worden: "die verbleibende Bevölkerung" näm-

lich müsse "regermanisiert" werden, wobei es genüge, wenn ein Volksdeutscher "auf etwa dreißig" Slowenen komme.
Gleichzeitig wurden 35.000 Slowenen und weitere 57.000 jugoslawische Staatsangehörige aus dem von Italien annektierten und besetzten Teil des Landes als Arbeiter nach Italien überführt. Aus Bosnien zog man ca. 14.000 Ungarn in den jüngst ungarisch gewordenen Teil der Batschka, während ca. 30.000 Ungarn Belgrad verließen und von Ungarn aufgenommen wurden. - Hatten sich noch kurz nach Beginn des Einmarschs der deutschen Truppen ca. 22.000 Juden, die jugoslawische Staatsbürger oder nach Jugoslawien geflohen waren, nach Ägypten oder in den Nahen Osten zu retten versucht, so wurden im Laufe der Jahre 1942/43 ca. 32.000 jugoslawische Juden in die Vernichtungslager des Generalgouvernements transportiert.
Durch die Zerschlagung des jugoslawischen Staates wurde der Nationalitätenhaß zwischen Serben und Kroaten besonders angefacht. Bis zum Oktober 1941 trieben die rücksichtslos vorgehenden Ustascha fast 120.000 Serben aus dem "Unabhängigen Staat Kroatien" über die Grenze nach Serbien, zu denen später noch ca. 42.000 Serben aus der bulgarischen Zone hinzukamen. Es hätte nicht viel gefehlt, und das Vorgehen der ungarischen Behörden in der Batschka hätte ähnlich rigorose Formen einer Massenaustreibung angenommen.
Ursprünglich bestand nämlich die ungarische Regierung in Berlin auf der kurzfristigen Ausweisung von ca. 150.000 Serben nach Rumpfserbien. Dies scheiterte am Widerspruch des deutschen Militärbefehlshabers Serbien und auch des Auswärtigen Amtes, da sich keine geordnete Unterbringung ermöglichen ließ. Statt dessen schoben die Ungarn ca. 35.000 Serben heimlich über die Grenze ab oder verfrachteten sie auf Kähne und luden sie nachts an den Donauufern zwischen der Grenze und Belgrad aus. Ca. 12.000 Serben wurden in ungarischen Konzentrationslagern inhaftiert und in Gruppen allmählich nach Nedic-Serbien geschafft, so daß sie wenigstens dem Serbenmassaker vom Januar 1942 entgingen.
Im Gegenschlag gegen die Serbenvertreibungen der Ustascha wies Restserbien Kroaten aus, im Sommer und Herbst 1941 ca. 12.000. Die Zahl wuchs durch kroatische Flüchtlinge aus der bulgarischen Zone bald auf 70.000. Auch aus dem dem Großdeutschen Reich einverleibten slowenischen Gebiet Kärntens und der Steiermark wurden nach einem Vertrag mit dem "Unabhängigen Staat Kroatien" kroatische Volksangehörige in den kroatischen Staat umgesiedelt; wenige Monate vorher hatte der deutsche Gesandte Kasche die Aussiedlung von ca. 15.000 prawoslawischen, mit den Partisanen sympathisierenden Kroaten vorgeschlagen, die in Lagern im ,,Altreich" interniert werden sollten.
Selbst wenn man von den Abertausenden von sogenannten "Fremdarbeitern" absieht, die auch in Jugoslawien zur Arbeit im Reich zwangsverpflichtet wurden, ergibt schon dieser unvollständige Überblick, daß weit mehr als eine halbe Million jugoslawischer Staatsangehöriger der verschiedensten Nationalitäten zu Objekten willkürlicher Bevölkerungsverschiebungen gemacht wurde, die, wenn auch nicht immer von deutschen Dienststellen ausgeführt, so doch ohne ihre Billigung, ohne das von ihnen gegebene Vorbild oder die letztlich von ihnen geschaffene Bewegungsfreiheit schwerlich in diesem Umfang möglich gewesen wären.
Vor diesem Hintergrund nimmt sich allerdings die Zahl von ca. 36.000 umgesiedelten Serbien-, Gottschee- und Bosniendeutschen vergleichsweise gering aus. Es hat indessen mehrere Pläne gegeben, deren Ausführung die Verpflanzung weit höherer Zahlen von Jugoslawiendeutschen mit sich gebracht hätte.
Kurz nach der Beendigung des Jugoslawienfeldzuges erklärte sich Hitler dem ungarischen Gesandten gegenüber bereit, die Volksdeutschen aus dem ungarisch gewordenen Murgebiet auszusiedeln, wozu es aber in den folgenden Jahren dann doch nicht kam.
Die recht verschwommenen, im einzelnen noch völlig ungeklärten Vorstellungen von einem "Reichsgau Banat" berührten sich mit Dr. Jankos Wünschen eines ausgedehnten "autonomen deutschen Gebietes um Belgrad" unter Einschluß ganz Ostsyrmiens, dem Berliner Projekt ei-

ner neuen deutschen Militärgrenze einschließlich der "Reichsfestung Belgrad" oder gar den ungarischen Befürchtungen eines "deutschen Staates" an der Donau .
Er hätte sich bei phantasievoll-willkürlicher Grenzziehung (längs der Sawe, über Belgrad hinaus nach Nordosten, Siebenbürgen einschließend, dann durch die Batschka und die Schwäbische Türkei) entweder schlauchartig an das Reich anschließen oder als unmittelbar von ihm gelenkter deutscher Donaustaat errichten lassen. All diesen künstlichen und kurzlebigen Konstruktionen, wie sie seit dem April 1941 erwogen oder als Wunschträume geäußert wurden, wird man kein übermäßig großes Gewicht beimessen können.
Außerhalb des Bereichs der grundsätzlich maßlosen nationalsozialistischen Expansionspolitik lagen sie jedoch keineswegs, und fraglos wären Umsiedlungen von Volksdeutschen in dieses donaudeutsche Staatsgebilde die Konsequenz gewesen. Ebenso steht es außer Zweifel, daß seil dem September 1942 Himmlers Pläne einer Gesamtumsiedlung des Kroatiendeutschtums doch schon der Verwirklichung näher rückten.
Den Anstoß dazu hatte im August 1942 der Befehl des Oberbefehlshabers Südost, Generaloberst Löhr, an den "deutschen General in Agram", Glaise von Horstenau, gegeben, entgegen dem seit dem Mai 1942 fixierten Ausschließlichkeitsanspruch der Waffen-SS auf kroatiendeutsche Rekruten, weitere Volksdeutsche zum Dienst in kroatischen Regimentern heranzuziehen.
Ehe noch Glaise von Horstenau wegen dieses Vorhabens die Verbindung mit dem Agramer Gesandten Kasche aufgenommen hatte, erfuhr Himmler von dieser gegen seine Waffen-SS gerichteten Aktion und gab, um mit einem Radikalmittel die weitere Störung seiner Kreise zu verhindern, sogleich der VOMI und dem SS-Stabshauptamt den Befehl, "die gesamten Volksdeutschen aus Kroatien auszusiedeln".
Mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit einer Absprache mit dem Auswärtigen Amt erreichte der Leiter des SS-Führungshauptamtes, Berger, zunächst einen Aufschub. In entschiedenen Worten erklärte sodann das Auswärtige Amt, daß die "Aussiedlung ... technisch und politisch zur Zeit indiskutabel" sei, nachdem auch der Gesandte Kasche in seiner erbetenen Stellungnahme die "Gesamtumsiedlung" zwar für "grundsätzlich bejahenswert" hielt, von ihrer Durchführung während des Krieges aber nachdrücklich abriet. Himmler nahm den Rat an, seinen Plan nicht sogleich auszuführen, verzichtete jedoch keineswegs endgültig auf ihn, sondern trachtete danach, ihn stufenweise zu verwirklichen.
Schon am 22.1.1943 beauftragte er den Leiter der VOMI, mit dem Auswärtigen Amt die Aussiedlung der Kroatiendeutschen mit Ausnahme der syrmischen Siedlungen, die Anschluß an das deutsche Banat besäßen, zu erörtern. In erster Linie sollten "die Deutschen aus Westslawonien" und aus den bei der Bosnienumsiedlung ausgesparten Dörfern, in einer zweiten Aktion solle das Deutschtum aus Mittelslawonien noch im Jahre 1943 in den Distrikt Lublin transportiert werden. Weder das Auswärtige Amt noch die VOMI hielten die Umsiedlung unter den Kriegsbedingungen für zweckmäßig.
Für diese ablehnende Haltung, die sich zudem auf das offene Widerstreben der kroatischen Regierung berufen konnte, wurde auch der bis dahin Zurückhaltung wahrende Ribbentrop gewonnen. Mit der Konzession, daß allerdings eine "interne Umsiedlung" aus Westslawonien nach Syrmien "zur stärkeren Durchsetzung des Landes mit Deutschen" gutgeheißen werde, wurde Himmler zu einer abermaligen Verschiebung bestimmt. Wahrscheinlich steht die frühzeitige Evakuierung der Deutschen in Westslawonien nach Syrmien seit Anfang 1944 im Zusammenhang mit diesem informellen Stillhalteabkommen und wird als verspätete Realisierung eines Teils der SS-Umsiedlungspläne aufgefaßt werden können.
Diese Pläne beschränkten sich jedoch nicht nur auf das Deutschtum in Kroatien. Die Schwierigkeiten, die im Zusammenhang mit der ersten Werbungsaktion der Waffen-SS in Ungarn entstanden, haben vielmehr, wie schon erwähnt, das Motiv für weitere Umsiedlungspläne ab-

gegeben, die das Deutschtum der Batschka und Baranja unmittelbar in Mitleidenschaft zu ziehen trachteten.
Um die SS-Freiwilligen und ihre Angehörigen, die durch den Wehrdienst der Männer zwar die ungarische Staatsangehörigkeit verloren, die deutsche aber nicht erhalten hatten, daher auch von Himmler persönlich direkt als "staatenlos" bezeichnet wurden, aus ihrem rechtlich und praktisch unhaltbaren Schwebezustand zu befreien, schlug Himmler dem Auswärtigen Amt ihre Umsiedlung, damit auch ihre Einbürgerung ins Reich vor.
Dieses Ansinnen traf jedoch dort auf starke Bedenken, da die Unruhe, welche eine Umsiedlung in die ungarndeutsche Volksgruppe hineintragen werde, und die Unterstützung, die durch eine solche Maßnahme den Gegnern des VDU - "und dies ist die weitaus größte Zahl der Deutschstämmigen in Ungarn" - zuteil werde, die Vorteile mehr als wettmache.
Obschon Ribbentrop dem Vorhaben Himmlers ursprünglich dennoch zuneigte, beugte er sich schließlich den gleichlautenden Gegenargumenten, die von der deutschen Gesandtschaft in Budapest und der Volksgruppenführung, zuletzt auch während einer Besprechung mit dem Gesandten von Jagow und Dr. Basch in Berlin, geltend gemacht wurden. In der Zwischenzeit waren diese Pläne offensichtlich auch zu Ohren Hitlers gekommen, der bei dieser Gelegenheit seine Absicht bekräftigte, "die Volksdeutschen aus Rumänien und Ungarn zurückzusiedeln, gleichgültig, ob die Gastländer dies wünschten oder nicht.
Hierdurch würde ein ewiges Element der Streitigkeiten beseitigt". Vorläufig aber scheiterten die Absichten Hitlers an der ablehnenden Haltung des Auswärtigen Amtes, der Volksgruppe und an der Überzeugungskraft der von ihnen vorgebrachten politischen und technischen Gegengründe.
Im April 1943 tauchte die ungarische Umsiedlungsfrage bei Besprechungen zwischen Hitler und von Horthy erneut auf. Für das ungarische Zugeständnis, die in der Honvéd dienenden Volksdeutschen für die Waffen-SS freizugeben, erklärte sich Hitler mit einer Umsiedlung der Waffen-SS-Angehörigen mit ihren Familien einverstanden.
Das Auswärtige Amt konnte gleichwohl seine Abneigung gegen ein "festes Aussiedlungsabkommen'" nicht verhehlen, da der Eintritt in die Waffen-SS "eine spätere Umsiedlung" nicht präjudizieren dürfe. Es empfahl Ribbentrop, die Frage dilatorisch zu behandeln; tatsächlich wurde die Budapester Gesandtschaft instruiert, einer Vereinbarung mit der ungarischen Regierung auszuweichen, die bis Kriegsende auch nicht mehr zustande kam.

b) Die Umsiedlung der Serbiendeutschen.

Schon bald nach der Besetzung des Landes setzte in Serbien eine Abwanderungsbewegung unter den Deutschen ein, da die Rüstungsindustrie des Reiches Arbeitskräfte anzog. Außerdem begann die VOMI im Dezember 1941 in einer bis Januar 1942 andauernden Aktion das serbische Deutschtum umzusiedeln. Dafür dürfte der Gesichtspunkt ausschlaggebend gewesen sein, diese sehr zerstreut lebenden und der Assimilierung an das serbische Volkslum ausgesetzten Deutschen vor der völligen "Umvolkung" zu bewahren.
2.900 Personen, als deren endgültiges Bestimmungsgebiet das Gebiet um Lublin im Generalgouvernement gedacht war, verließen bis zum Abschluß der Aktion in mehreren Transporten ihre Heimat. Bis zu den Luftangriffen auf Belgrad im April 1944 und dem Heranrücken russischer Truppen und kommunistischer Partisaneneinheiten blieben indessen die Belgrader Deutschen von ähnlichen Maßnahmen unbehelligt.

c) Die Umsiedlung der Gottscheer-Deutschen.

Die fast 600jährige Geschichte des Deutschtums in der Gottschee und in der Krain endete im Winter 1941 und 1942. Wenige Wochen nach der Eingliederung der Unterkrain in das erweiterte Italien Mussolinis wurde am 31.8.1941 ein deutsch-italienisches Abkommen über die Umsiedlung der Deutschen in der Provinz Laibach und in der Gottschee abgeschlossen.
Unmittelbar, nachdem diese Vereinbarung in Kraft getreten war (1.10.1941), begann die

VOMI, Anmeldelisten auszulegen, auf Grund deren vom November 1941 bis zum Abschluß im Februar 1942 rund 15.000 Deutsche, einschließlich der gesamten deutschen Bewohner Laibachs in die Untersteiermark und nach Kärnten umgesiedelt wurden, wo sie auf den Gehöften ausgesiedelter Slowenen angesetzt wurden, die ihrerseits teils im Osten des Reiches, teils von den italienischen Behörden auf früheren deutschen Besitzungen in Südslowenien untergebracht wurden.
Das Motiv für die Umsiedlungen der Gottscheer und Krainer Volksdeutschen tritt deshalb besonders deutlich zutage, weil die Ansiedlung der Mehrheit in der Untersteiermark mit dem Abtransport der bisher dort lebenden Slowenen parallel lief. Es fügte sich in die Pläne einer "ethnischen Flurbereinigung", daß diese Volksdeutschen unter dem äußeren Anschein der Freiwilligkeit in das Reichsgebiet umgesiedelt, während die andersnationalen Einwohner vertrieben oder in den Osten zwangsverpflanzt wurden.

d) Die Umsiedlung des Streudeutschtums aus Bosnien.

Von den geschlosseneren deutschen Siedlungen im Vrbastal nördlich von Banja Luka abgesehen, war das wirtschaftlich schwache Streudeutschtum in Bosnien dem Einfluß einer natürlichen Kroatisierung ausgesetzt, zu der nach dem Sommer 1941 die ständige Gefährdung durch Partisanen hinzutrat. Das eigentliche Motiv der Umsiedlungspläne, die seit dem Frühsommer 1942 diskutiert wurden, war hier der Wunsch Himmlers, die waffenfähigen Volksdeutschen aus Kroatien im Alter von 17 bis 30 Jahren für die SS-Freiwilligen-Division "Prinz Eugen" zu mustern.
Da sich daraus die Notwendigkeit ergab, die "Einsatzstaffel" bei der Abwehr der Partisanenangriffe zu entlasten, entschloß er sich, das schwer zu verteidigende, gesamte bosnische Streudeutschtum, das auf ca. 20.000 Personen geschätzt wurde, schon zu diesem Zeitpunkt umzusiedeln. Der deutsche Gesandte Kasche fühlte bei der Regierung Pavelić vor und konnte am 18.7.1942 ihr Einverständnis mit der Werbung für die Waffen-SS und der Aussiedlungsaktion nach Berlin telegraphieren.
Der am 30.9.1942 unterzeichnete deutschkroatische Umsiedlungsvertrag, nahm nur einige größere Siedlungen wie Brcko, Windthorst und Adolfstal (früher: Rudolfstal) aus und überließ einer gemischten Kommission die technische Abwicklung. Faktisch lag sie in der Hand eines SS-Kommandos unter der Leitung von Obersturmführer Lackmann, der auch mit der Umsiedlung in Serbien beauftragt gewesen war. Zwischen dem 6.10. und dem 22.11.1942, wurden unter militärischem Schutz die deutschen Siedler auch aus einigen z.T. von Partisanen beherrschten Gebieten herausgeholt, in Transporten zusammengefaßt und in die Sammellager der VOMI in und um Lodz (damals Litzmannstadt) gebracht.
Insgesamt wurden dabei über 18.300 Umsiedler registriert, denen die Rückkehr in ihre Heimat streng untersagt wurde. Die Pläne des RKFDV sahen eine Ansiedlung im Distrikt Lublin, vor allem um Zamosc, aber auch in Galizien und bei Radom vor, .doch blieb der Aufenthalt in Lagern für viele eine ausgedehnte Zwischenstation, während kleine Gruppen noch im Elsaß angesiedelt wurden. Beim Herannahen der Russen an die neuen Ansiedlungsorte glückte nahezu allen Bosniendeutschen die Flucht in das Gebiet des "Altreiches", wo sie in der Nachkriegszeit über ganz Deutschland zerstreut wurden.
Die deutschen Siedlungen in Kroatien beschränkten sich seit der Bosnienumsiedlung auf die geschlosseneren Gebiete zwischen Drau und Sawe östlich von Bjelovar, wo sich über Ostsyrmien der Anschluß an die deutschen Siedlungszentren der Batschka und des Banats ergab. Auch ihre Umsiedlung hat Himmler seit dem Herbst 1942 mehrfach erwogen; zu ihrer Ausführung ist es indes nicht mehr gekommen.
Für alle diese Projekte, gleich wie hartnäckig sie verfolgt oder wie umrißartig nur sie entworfen wurden, und für die tatsächlichen Umsiedlungen der Volksdeutschen aus Serbien und Bosnien, der Krain und Gottschee, kann nicht etwa die Furcht vor Vergeltungsmaßnahmen der

Partisanen als das allein ausschlaggebende Motiv angesehen werden, so spürbar deren Auftreten z.B. in Bosnien schon geworden war.
Diese Umsiedlungspläne und -aktionen entsprangen vielmehr, längst ehe es überhaupt eine Partisanengefahr gab, prinzipiellen Überlegungen der nationalsozialistischen Volkstumspolitik: die Außenposten deutschen Volkstums ohne Rücksicht auf eine vielhundertjährige Siedlungsgeschichte im Zuge eines Verwaltungsaktes in Grenzgebieten des Großdeutschen Reiches, vor allem in der "Ostmark", anzusiedeln. Andersnationale aus dem erweiterten Reichsgebiet auszuschließen, um "bessere Trennungslinien" zu gewinnen, wie sie Hitler im Herbst 1939 gefordert hatte.
Mit dem Ideal des ethnisch möglichst homogenen Nationalstaats wurde die Entwurzelung Tausender von Volksdeutschen, Slowenen, Kroaten usw. gerechtfertigt. Damit wurde das Vorbild von Bevölkerungsverschiebungen großen Ausmaßes nur zu nachahmungsbereiten Kräften vor Augen geführt.
Durch diese Unbedenklichkeit, mit der mit beliebigen Zahlen von Menschen je nach der Konzeption der nationalsozialistischen Führung manipuliert wurde, durch den Vorgang der Zwangsverpflanzung ganzer Nationalitätengruppen wurden im Zusammenhang mit anderen Motiven zusätzliche ideelle und stimmungsmäßige Voraussetzungen für die Vertreibung der jugoslawiendeutschen Minderheit geschaffen. …<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über die Umsiedlung der Rumänien-Deutschen (x007/41E-51E): >>… **a. Die Umsiedlung der Volksdeutschen aus Bessarabien, der Bukowina und der Dobrudscha.**
Adolf Hitler bezeichnete in seiner programmatischen Reichstagsrede vom 6. Oktober 1939 als "wichtigste Aufgabe" nach Abschluß des Polen-Feldzuges "eine neue Ordnung der ethnographischen Verhältnisse, das heißt, eine Umsiedlung der Nationalitäten, so, daß sich am Abschluß der Entwicklung bessere Trennungslinien ergeben, als es heute der Fall ist."
"In diesem Sinne aber handelt es sich nicht nur um ein Problem, das auf diesen Raum (Polen) beschränkt ist, sondern um eine Aufgabe, die viel weiter hinausgreift. Denn der ganze Osten und Südosten Europas ist zum Teil mit nicht haltbaren Splittern des deutschen Volkstums gefüllt. Gerade in ihnen liegt ein Grund und eine Ursache fortgesetzter zwischenstaatlicher Störungen.
Im Zeitalter des Nationalitätenprinzips und des Rassegedankens ist es utopisch, zu glauben, daß man diese Angehörigen eines hochwertigen Volkes ohne weiteres assimilieren könne. Es gehört daher zu den Aufgaben einer weitschauenden Ordnung des europäischen Lebens, hier Umsiedlungen vorzunehmen, um auf diese Weise wenigstens einen Teil der europäischen Konfliktsstoffe zu beseitigen."
Am 9. Oktober wurde der Reichsführer-SS Heinrich Himmler als "Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums" mit der Durchführung der in Frage kommenden Umsiedlungen sowie der Neuansiedlung der Volksdeutschen betraut, die vor allem in den eingegliederten polnischen Ostgebieten erfolgen sollte.
Den Anstoß zu diesem Umsiedlungsprogramm der nationalsozialistischen Führung gab die Abgrenzung der Interessenbereiche in Osteuropa im Zusatzprotokoll des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes vom 23. August 1939. Mit dem Bestreben, die deutschen Volksgruppen Ostpolens und des Baltikums der sowjetischen Herrschaft zu entziehen, verband sich vor allem der Gedanke, das deutsche Element in den überwiegend polnisch bevölkerten Ostgebieten durch die Neuansiedlung von zurückgeholten Volksdeutschen zu stärken.
Im Oktober und November 1939 wurden Verträge abgeschlossen, die die Rückführung der Volksdeutschen aus Lettland, Estland, Galizien und Wolhynien ermöglichten. Als sich Rumänien am 27. Juni 1940 - auf Anraten der deutschen Reichsregierung - der ultimativen sowjetischen Forderung nach Abtretung Bessarabiens und der nördlichen Bukowina einschließlich

des Herţa-Distrikts fügte, wurde das Problem einer Umsiedlung der Volksdeutschen auch für diese Gebiete akut. Vorbereitungen waren, da mit dem sowjetischen Schritt zu rechnen war, schon länger im Gange.
Dem Eintreffen einer deutschen Verhandlungsdelegation unter Generalkonsul Nöldeke in Moskau am 22. Juli 1940 folgten langwierige Verhandlungen, die am 5. September zur Unterzeichnung einer deutsch-sowjetischen "Vereinbarung über die Umsiedlung der deutschstämmigen Bevölkerung aus den Gebieten von Bessarabien und der Nördlichen Bukowina in das Deutsche Reich" führten.
Der Umsiedlungsvertrag und das beigefügte Zusatzprotokoll regelten - exakter noch als der im November des Vorjahres abgeschlossene Vertrag über Galizien und Wolhynien - alle Modalitäten der Umsiedlung, die Abgrenzung des betroffenen Personenkreises, das mitzufühlende Gepäck, Abschätzung und Verrechnung des zurückbleibenden deutschen Eigentums, Stärke, Aufbau und Standorte der deutschen Umsiedlungskommandos, das Registrierungsverfahren, Transportwege, Grenzübergänge und Verschiffungshäfen.
Die verschiedenen Teile der von der Volksdeutschen Mittelstelle zusammengestellten Umsiedlungskommandos - insgesamt rund 600 Personen - trafen am 5. bzw. 9. September in Galatz und Czernowitz ein. Deutscher Hauptbevollmächtigter war SS-Standartenführer Horst Hoffmeyer. Am 15. September konnten die deutsch-sowjetische Kommission, die Gebiets- und Ortsstäbe ihre Arbeit aufnehmen.
Die Volksdeutschen in den während der letzten Junitage von den Sowjets besetzten Gebieten hatten auf die Umsiedlung gewartet, auf die sie zum Teil bereits vom sowjetischen Rundfunk und von den örtlichen Behörden vorbereitet worden waren.
Die Aufgabe der Heimat, des eigenen Grund und Bodens, fiel insbesondere den großenteils wohlhabenderen, zudem religiös gebundenen Bauern Bessarabiens nicht leicht; in der Bukowina lagen die Voraussetzungen anders, da hier die wirtschaftlichen Verhältnisse der Deutschen zum Teil ungünstiger waren.
Die sofort nach dem Einrücken der Sowjets in Angriff genommenen Bolschewisierungsmaßnahmen, Enteignungen, Beschlagnahmen und Verhaftungen, sowie die schlagartige Verschlechterung der Lebensbedingungen ließen die Umsiedlung jedoch als einzig möglichen Ausweg erscheinen, so daß die Furcht vor der unsicheren Zukunft zurücktrat.
Im Hinblick auf die bevorstehende Umsiedlung genossen die Volksdeutschen freilich zunächst eine gewisse Schonung. Die Ankunft der deutschen Kommandos wurde dennoch mit Erleichterung begrüßt.
Nachdem die Volksdeutschen in zweisprachigen Bekanntmachungen zur Meldung aufgefordert worden waren, vollzog sich die Registrierung, in der die deutschen Bevollmächtigten von den Vertretern der volksdeutschen Organisationen unterstützt wurden, rasch und reibungslos. Schwierigkeiten bereitete lediglich das Bemühen zahlreicher nicht oder nur teilweise Deutschstämmiger, in die Umsiedlerlisten aufgenommen zu werden.
Mißhelligkeiten mit den sowjetischen Vertretern, vor allem in Fragen der Vermögensbewertung, konnten im großen und ganzen gütlich beigelegt werden. Die weitere Abwicklung der Vermögensfragen übernahm hier wie in allen anderen Umsiedlungsgebieten die "Deutsche Umsiedlungs-Treuhandgesellschaft".
Der Abtransport der Bessarabien-Deutschen erfolgte zum Teil auf Lastkraftwagen des Umsiedlungskommandos, zum Teil mit der Eisenbahn, zum Teil auch in bespannten Trecks. In den Donauhäfen Kilia, Reni und Galatz wurden die Umsiedler auf Dampfer der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft verladen, die sie bis Prahovo und Semlin brachten, wo mit jugoslawischer Unterstützung Auffanglager errichtet worden waren.
Die Weiterführung in die in Deutschland vorbereiteten Umsiedlerlager erfolgte auf dem Bahnwege. Die Deutschen der nördlichen Bukowina wurden von ihrem Sammelpunkt Czer-

nowitz mit Eisenbahn-Sonderzügen über Krakau nach Schlesien gebracht. Am 24. September hatte die erste Lastwagenkolonne Galatz erreicht, am 22. Oktober überquerte der letzte bessarabien-deutsche Treck die Pruthbrücke; termingerecht am 17. November traf auch der letzte Zug aus Czernowitz in Krakau ein.
Noch vor Abschluß dieser Aktion war am 22. Oktober 1940 nach vierzehntägigen Verhandlungen eine "Vereinbarung" mit der königlich rumänischen Regierung getroffen worden, die auch die Volksdeutschen des südlichen Buchenlandes und der Dobrudscha in die Umsiedlung einbezog. Für diese Gebiete fehlte der unmittelbare Druck der sowjetischen Besetzung. Für die Deutschen im Südteil der Bukowina würde lediglich geltend gemacht werden können, daß sie mit Czernowitz ihren wirtschaftlichen und kulturell-politischen Mittelpunkt verloren hatten.
Die Volksdeutschen in der Dobrudscha, ein zahlenmäßig schwacher Ableger des bessarabischen Deutschtums, mögen als "nicht haltbarer Splitter" im Sinne der Rede Hitlers gegolten haben. Zweifellos wirkte hier auch die Schwerkraft der einmal begonnenen Aktion: die maßgeblichen deutschen Stellen wollten die schon in dieser Region stehenden Umsiedlungskommandos weiterarbeiten lassen.
Das Vertragswerk lehnte sich in Form und Inhalt an die deutsch-sowjetischen Vereinbarungen an, war jedoch im einzelnen sehr viel großzügiger gefaßt, was angesichts der damaligen Stellung Rumäniens zum Reich kaum zu verwundern war.
Der zum Leiter des Umsiedlungskommandos Südbuchenland-Dobrudscha ernannte SS-Oberführer Siekmeier traf am 3. November in Gurahumora ein; schon einige Tage zuvor war der Gebietsstab Konstanza in der Dobrudscha angekommen. Die Führung der Deutschen Volksgruppe in Rumänien hatte einen Umsiedlungsbeauftragten ernannt, der die Bekanntmachung des Umsiedlungskommandos in einem Presseaufruf unterstützte. Dennoch fehlte in den betroffenen Gebieten die spontane Aufbruchsstimmung, die der sowjetische Druck unter den Bessarabien- und Nordbuchenland-Deutschen erzeugt hatte.
Insbesondere die wohlhabenderen Bauern der Dobrudscha, für die eine zwingende Notwendigkeit zum Verlassen der Heimat nicht bestand, reagierten auf die Aufforderung zur Umsiedlung vielfach skeptisch und abwartend. Zureden und moralischer Druck führten jedoch, nachdem sich die ersten, zum Teil wirtschaftlich schwächeren Familien zur Umsiedlung entschlossen hatten, bald zum allgemeinen Aufbruch, so daß auch in den neuen Umsiedlungsgebieten nur ein geringer Prozentsatz der Volksdeutschen zurückblieb.
Die Dobrudscha-Deutschen wurden über Cernavoda auf dem Wasserwege nach Semlin, die Deutschen der Süd-Bukowina mit 111 Eisenbahntransporten über Galatz, Klausenburg, Budapest nach Graz oder Wien gebracht, um von dort zunächst ebenfalls in Lager eingewiesen zu werden. Mitte Dezember 1940 waren auch diese Transporte abgeschlossen.
Die auf Grund eines Zusatzprotokolls zum deutsch-rumänischen Umsiedlungsvertrag durchgeführte sogenannte "Verwandten-Nachumsiedlung", die auch Angehörigen der umgesiedelten Volksgruppen und Verwandten von Umsiedlern in den Provinzen des rumänischen Altreichs, sowie im Banat und in Siebenbürgen Gelegenheit bot, sich der Umsiedlung anzuschließen, lief im Dezember 1940 an, konnte jedoch erst im Sommer 1943 beendet werden. Insgesamt wurden - einschließlich aller Nachzügler - aus Rumänien 214.630 Personen umgesiedelt; die Zahlen liegen zum Teil erheblich über den Ergebnissen der amtlichen Zählungen und Berechnungen für die deutsche Bevölkerung der Umsiedlungsgebiete, da sich, insbesondere in der Bukowina, zahlreiche Halb- und Vierteldeutsche der Umsiedlung angeschlossen hatten.
Die wenigen Deutschen in den im Vertrag vom 7. September 1940 an Bulgarien abgetretenen südlichen Bezirken der Dobrudscha fallen kaum ins Gewicht. Sie teilten das Los der übrigen, zerstreut lebenden Bulgarien-Deutschen, die zum Teil schon 1941/42, zum Teil auf Grund

eines deutschbulgarischen Notenwechsels vom 22. Januar 1943, nach Deutschland umgesiedelt wurden. Die Gesamtzahl der Umsiedler aus Bulgarien betrug 1.945, von denen etwa 500 auf die Süd-Dobrudscha entfallen.
Nach ihrer Ankunft auf dem Boden des damaligen Deutschen Reiches wurden sämtliche Umsiedler zunächst in die Lager der Volksdeutschen Mittelstelle eingewiesen, die sich - insgesamt über 1.000 an der Zahl - auf Österreich, Schlesien und andere Gebiete des Reiches verteilten. Der unerwartete Lageraufenthalt, der im günstigsten Fall einige Monate, oft jedoch mehrere Jahre und gelegentlich bis zum Ende des Krieges dauerte, führte naturgemäß zu Mißhelligkeiten, die durch mangelndes Verständnis seitens der nationalsozialistischen Lagerleiter und Ungenauigkeiten in der Verwaltung vermehrt wurden.
Vor ihrer Einbürgerung und der erst darauf folgenden Ansiedlung mußten die Umsiedler überdies - auf Befehl Himmlers - durch ein Aufnahmeverfahren der Einwandererzentralstelle des SD "geschleust" werden, dessen wichtigsten Teil eine Untersuchung und Einstufung nach rassischgesundheitlichen Gesichtspunkten bildete.
Nur die "von den ärztlichen Kommissionen als gesund" - und "rassisch wertvoll" - "befundenen Umsiedler" sollten in den "angegliederten Ostgebieten" zum Einsatz kommen ("O-Fälle"); die übrigen deutschen Umsiedler sollten im Altreich angesetzt werden ("A-Fälle"), während die als "fremdstämmig" oder sonst unerwünscht eingestuften Sonderfälle ("S-Fälle") nach Möglichkeit ins Generalgouvernement abzuschieben waren.
Ganz abgesehen von der Fragwürdigkeit einer solchen "Auslese-Prozedur", waren ihre Auswirkungen für die Betroffenen in vieler Hinsicht unerfreulich. Wenn auch die Bessarabien- und Dobrudscha-Deutschen überwiegend als 0-Fälle eingestuft wurden, so wurden doch insbesondere bei den Volksdeutschen aus der Bukowina zahlreiche Gemeinde- und Familienverbände auseinandergerissen.
Die zum Verbleib im Altreich vorgesehenen Umsiedler (A-Fälle) sollten nach einer bereits Anfang November 1940 ergangenen Anordnung möglichst umgehend zur Arbeit vermittelt werden; auch für die zur Ansiedlung im Osten bestimmten war ein "vorübergehender Arbeitseinsatz" im Reich vorgesehen.
Der mit dem Beginn des Ostfeldzuges fühlbar werdende Mangel an Arbeitskräften in der Kriegswirtschaft des Reiches führte bald zu Zwangsmaßnahmen gegen Umsiedler, die sich dem Einsatz in untergeordneten oder auch ungewohnten Arbeitsbereichen widersetzten. Selbst Einweisungen in Konzentrationslager wurden angeordnet. Die wehrfähigen Umsiedler wurden in immer stärkerem Maße zum Dienst in Wehrmacht und Waffen-SS herangezogen.
Als die Ansiedlung der Rumänien-Deutschen in den Ostgebieten im Frühjahr 1941 in größerem Umfange in Gang kam, erregte es neues Mißbehagen, daß man dort nicht die erhofften weiten Strecken freien Landes, sondern in Eile geräumte polnische Bauernhöfe vorfand. Trotz gelegentlichen Zögerns überwog jedoch bei den meisten Umsiedlern der Wunsch, dem Lagerleben zu entkommen. Himmler hatte in seiner Anordnung über die Organisation der Bessarabien- und Nordbukowina-Umsiedlung lakonisch verfügt:
"Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD führt die zur Ansetzung der Umsiedler notwendigen Evakuierungen durch". Im Zuge der bald nach Beendigung des Polenfeldzuges in Angriff genommenen Evakuierungen wurden aus den "Reichsgauen" Wartheland und Danzig-Westpreußen sowie den Ostpreußen und Oberschlesien angeschlossenen Gebieten bis zum 15. November 1940 in 303 Sonderzügen insgesamt 294.336 Polen abtransportiert. Die Zahl der vom Zentralbodenamt beschlagnahmten Betriebe belief sich am 1. Oktober 1942 auf 669.048 mit einer Gesamtfläche von 5.995.232 ha, rund 65 % der Gesamtbodenfläche der betroffenen Gebiete.
Die Ansiedlung der für den Osten vorgesehenen Volksdeutschen sollte sich nach genauen Plänen vollziehen, die den Zusammenhalt der alten Gemeinden und Siedlungsbereiche zu

wahren suchten. Gleichzeitig sollten freilich Mischsiedlungen zu einer Verschmelzung der Volksdeutschen aus den verschiedenen osteuropäischen Umsiedlungsgebieten führen. Für die Bessarabien-Deutschen waren Danzig-Westpreußen und Wartheland, für die Buchenland-Deutschen das Wartheland und die Oberschlesien angegliederten polnischen Kreise als Aufnahmegebiet vorgesehen.
Hier konnte die Ansiedlung, auch der zu einem nicht geringen Teil städtischen Lebensbereichen entstammenden Volksdeutschen der Bukowina, bis zum 1. Juli 1942 als abgeschlossen gelten. Kleine Gruppen von Bukowina- und auch Bessarabien-Deutschen wurden später im Protektorat Böhmen und Mähren, im Sudetenland und in Lothringen-Luxemburg angesiedelt. Länger noch dauerte die Unterbringung der Dobrudscha-Deutschen, die zu einem Teil ebenfalls im Wartheland, in der Mehrheit aber im Protektorat (Mähren), sowie in der Südsteiermark und schließlich im Generalgouvernement (Lublin) Unterkunft fanden. Auch Verwandten-Umsiedler und Bulgarien-Deutsche wurden, soweit sie überhaupt zur Ansiedlung kamen, im Lubliner Gebiet angesetzt.
Allen Schwierigkeiten zum Trotz - die arbeitsfähigen Männer waren in den meisten Fällen eingezogen - verstanden es die volksdeutschen Bauernfamilien, sich in den wenigen Jahren, die ihnen vergönnt waren, in der neuen Umgebung einzuarbeiten und die vielfach verwahrlosten Höfe auszubauen. Doch sollten diese Bemühungen mit dem Heranrücken der sowjetischen Armeen nur zu bald wieder zunichte gemacht werden.
Bei der letzten statistischen Aufnahme vor Ende des Krieges waren von den aus Rumänien umgesiedelten Volksdeutschen 166.222 in den "eingegliederten Gebieten" - wohl einschließlich Lothringens - angesiedelt; rund 23.900 waren "im Altreich in Arbeit vermittelt" worden, während noch 16.200 in Lagern auf ihre Ansiedlung warteten.
Das Deutschtum in Rumänien war, da mit der Abtrennung Nord-Siebenbürgens und des Sathmar-Gebiets durch den Wiener Schiedsspruch vom 30. August 1940 auch die Volksdeutschen dieser Gebiete der Volksgruppe verlorengingen, als Ergebnis der Umsiedlungen schon vor dem Eintritt Rumäniens in den Krieg auf knapp zwei Drittel seines früheren Bestandes zusammengeschmolzen. Die Umsiedlungsaktionen aus den der Sowjetunion zufallenden Ostgebieten retteten zweifellos deutsche Menschen vor dem Zugriff des Bolschewismus; die "Heimführung" deutscher Volksgruppen und Volkssplitter aus anderen Ländern war aber sehr viel schwerer, wenn überhaupt zu rechtfertigen.
In jedem Fall führten die Umsiedlungen zur Entwurzelung der betroffenen Menschen, die das Schicksal der Heimatlosigkeit schon Jahre vor den späteren Vertreibungen bis zur Neige auskosten mußten. Die Rückkehr in die Heimat blieb ihnen im allgemeinen verwehrt. Noch schwerwiegender waren die Gewaltmaßnahmen in den eingegliederten" Gebieten, die Raum für die Umsiedler schaffen sollten.
Zog die Einweisung in den Besitz verdrängter Polen und Juden für die vom Zusammenbruch überraschten Volksdeutschen besonders harte Vergeltungsmaßnahmen nach sich, so haben die von Hitler eingeleiteten Aktionen darüber hinaus grundsätzlich in unheilvoller Weise Schule gemacht für die gewaltsame Verpflanzung und Vertreibung deutscher Volksteile aus den Ländern Ostmitteleuropas in den Jahren nach dem Kriege. Sie sind es gewesen, auf die man sich immer wieder berief. …<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über die Umsiedlung der Rumänien-Deutschen (x007/134E-146E): >>**Der deutsch-sowjetische Staatsvertrag über die Umsiedlung der Volksdeutschen aus Bessarabien und der Nord-Bukowina.**
Vereinbarung zwischen der Deutschen Reichsregierung und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Umsiedlung der deutschstämmigen Bevölkerung aus den Gebieten von Bessarabien und der Nördlichen Bukowina in das Deutsche Reich.

Die Deutsche Reichsregierung
und
die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken,
geleitet von dem Wunsch, die mit der Umsiedlung der deutschstämmigen Bevölkerung aus den Gebieten von Bessarabien und der Nördlichen Bukowina zusammenhängenden Fragen zu regeln, haben zu diesem Zweck zu ihren Bevollmächtigten ernannt
die Deutsche Reichsregierung:
den Generalkonsul I. Klasse im Auswärtigen Amt Dr. Wilhelm Nöldecke,
die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken:
den stellvertretenden Generalsekretär des Volkskommissariats des Auswärtigen Afanassij Wasjukow,
welche nach Vorlegung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgende Bestimmungen vereinbart haben:
Abschnitt I.
Allgemeines.
Artikel 1.
Die vertragschließenden Teile verpflichten sich, nach Unterzeichnung der vorliegenden Vereinbarung entsprechend Abschnitt III dieser Vereinbarung die Umsiedlung der deutschstämmigen Personen, die auf dem Gebiet von Bessarabien und der Nördlichen Bukowina wohnen, in das Deutsche Reich einzuleiten.
Der Umsiedlung unterliegen nur diejenigen in Absatz l genannten Personen, welche den Wunsch zur Umsiedlung geäußert haben.
Der Wille zur Umsiedlung kann mündlich oder schriftlich bekundet werden. Die Umsiedlung ist freiwillig; es kann daher kein mittelbarer oder unmittelbarer Zwang ausgeübt werden.
Artikel 2.
Die vertragschließenden Teile kommen dahin überein, die Umsiedlung mit dem Tage der Unterzeichnung der vorliegenden Vereinbarung zu beginnen und am 15. November 1940 zu beenden.
Artikel 3.
Die Personen, die in Artikel l der vorliegenden Vereinbarung bezeichnet sind, haben das Recht, bei der Umsiedlung unter Beachtung nachfolgender Regeln ihre Habe mitzunehmen:
§ 1. Unter anderen im Gepäck mitgeführten Gegenständen werden zur Ausfuhr zugelassen:
getragene Oberkleider (nur l Pelz),
Schuhwerk und
Wäsche für den persönlichen Gebrauch sowie
Lebensmittel.
§ 2. Auf der Eisenbahn ist den Umsiedlern gestattet, Handgepäck und persönliches Gepäck nach den für die Eisenbahn geltenden Normen auszuführen. Bei der Umsiedlung auf dem Treckwege (mit Pferde- oder Ochsengespann) oder mit Lastkraftwagen ist die Ausfuhr persönlicher Habe im Umfange einer zweispännigen Fuhre je Wirtschaft gestattet.
Die Ausfuhr des den Umsiedlern gehörenden Vermögens ist auch mittels besonderer Lasttransporte erlaubt.
§ 3. Personen, die auf dem Treckwege umsiedeln, ist es gestattet, ihr eigenes Haus- und Federvieh auszuführen, jedoch nicht mehr als zwei Pferde oder zwei Ochsen, eine Kuh, ein Schwein, fünf Stück Schafe oder Ziegen und zehn Stück Federvieh beliebiger Art je Wirtschaft.
Personen, die Lastkraftwagen benutzen, ist es erlaubt, Vieh (mit Ausnahme von Pferden und Ochsen) unter den gleichen Bedingungen auszuführen wie diejenigen Personen, die den Treckweg benutzen.

Die Ausfuhr von Vieh unter den vorstehenden Bedingungen ist nur erlaubt, wenn das Vieh von den Umsiedlern vor dem 23. Juli 1940 oder nach diesem Zeitpunkt als Ersatz für gefallenes oder durch die rumänischen Behörden requiriertes Vieh erworben worden ist.
Die Ausfuhr von Vieh- und Federvieh ist unter Berücksichtigung der auf dem Gebiet von Bessarabien und der Nördlichen Bukowina geltenden Veterinär-Bestimmungen zugelassen.
Die Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte aller Art ist erlaubt im Gesamtumfang von 250 kg je Bauernwirtschaft (darunter bis zu 10 kg Tabak).
§ 4. Urkunden und Papiere, und zwar sowohl von Einzelpersonen wie von Körperschaften (Genossenschaften, Kooperativgemeinschaften) dürfen ausgeführt werden.
§ 5. Von der Ausfuhr sind ausgeschlossen:
a) Bargeld (Papier, Gold und Silber) jeder Art, mit Ausnahme von rumänischen Papier-Lei, die zur Ausfuhr bis zu 2.000 Lei je Person zugelassen werden sowie des Erlöses in Lei aus dem durch Belege bestätigten Verkauf des Vermögens (gemäß § 8 des vorliegenden Artikels), der in unbeschränktem Umfang ausgeführt werden darf;
b) Gold, Silber und Platin in Barren, Staub und Bruch;
c) Gegenstände aus Silber über 500 Gramm je Person; goldene und silberne Uhren (mit Kette), Trauringe, silberne Zigarettenetuis - mehr als ein Stück je erwachsene Person;
d) Gegenstände aus Edelsteinen oder Perlen über ein Karat je Person;
e) Edelsteine in unbearbeiteter Form;
f) Kunstgegenstände und Antiquitäten, wenn diese Sammlungen darstellen oder in Einzelexemplaren nicht als Familienbesitz des Umsiedlers gelten;
g) Waffen, Feldstecher und andere Gegenstände militärischer Ausrüstung. Jäger können ein Jagdgewehr mit Zubehör mitnehmen;
h) Manufaktur, Fertigkleidung, Metalle und Metallfabrikate, Lederfabrikate, Galanteriewaren und Gegenstände mit Warencharakter (d.h. in einem Umfang, der über die Grenzen der Bedürfnisse der Familien hinausgeht);
i) Brieftauben;
k) Drucksachen, Lichtbilder (außer persönlichen Lichtbildern), Akten jeder Art, Kirchenbücher, Pläne, Urkunden und Papiere (außer persönlichen Urkunden und solchen der Genossenschaften und Kooperativgemeinschaften) .
Alle genannten Urkunden werden registriert, am Ort aufbewahrt und können im Bedarfsfalle auf Verlangen einer Delegation dieser bei der gemischten Kommission zur Verfügung gestellt werden
1) alle zinsen- oder dividendentragenden Papiere, Schuldverschreibungen, sowie Wechsel, Frachtbriefe, Hinterlegungsscheine, Versicherungspolicen und andere Besitztitel (soweit nicht im Zusatzprotokoll zu diesem Paragraphen eine andere Regelung vorgesehen ist);
m) Nähmaschinen mehr als eine je Familie;
n) Kraftwagen, Motorräder, Motoren, Drehbänke und alle Maschinen, die durch Dampf oder Elektrizität betrieben werden;
o) Reblinge, Samen- und Saatgut von Hoch- und Spezialkulturen wie Tabak, Blumen usw.
§ 6. Die vertragschließenden Teile kommen überein, daß über das von den Umsiedlern zurückgelassene Vermögen besondere Vermögenslisten zusammengestellt werden. Dabei ist es ohne Belang, ob sich die Vermögenswerte am Wohnort des Umsiedlers befinden oder nicht. Diese Vermögenslisten werden in deutscher und in russischer Sprache von den deutschen Ortsbevollmächtigten und den sowjetischen Ortsvertretern aufgestellt und gemeinsam unterschrieben.
Bei der Aufstellung der Vermögenslisten werden unter Benutzung festgelegter Formulare die einzelnen Vermögensgegenstände nach Menge und Güte verzeichnet und bewertet. (Formulare der Vermögenslisten s. Anlagen 3 und 4.)

§ 7. Alle Vermögenswerte, die nach den sowjetischen Gesetzen nicht Eigentum von Privatpersonen sein können, werden in die Vermögenslisten nicht aufgenommen und unterliegen daher auch nicht der Abschätzung und Entschädigung seitens der UdSSR.
§ 8. Den Umsiedlern ist der freie Verkauf des in ihrer Verfügung befindlichen Vermögens - mit Ausnahme des nationalisierten - bis zum Augenblick ihrer Ausreise gestattet.
§ 9. Der Aufnahme in die Vermögenslisten und der Abschätzung unterliegen folgende Vermögenswerte, die von den Umsiedlern in der UdSSR zurückgelassen werden:
a) Nichtnationalisierte Häuser und Wirtschaftsgebäude;
b) Vermögenswerte, deren Ausfuhr durch die Normen der vorliegenden Vereinbarung beschränkt ist (Artikel 3 § l, § 3, § 5 b, c, d, g, h, m, n);
c) Vermögenswerte, deren Ausfuhr durch die in der UdSSR geltenden Bestimmungen verboten ist (Artikel 3 § 5 a, e, f, g, i, o).
§ 10. Die Wertsumme der von den Umsiedlern zurückgelassenen Vermögenswerte, die der Aufnahme in die Listen und der Abschätzung nach den Preisen vom 1. Juli 1940 in Lei mit der Umrechnung in Rubel zum Kurse von l Rubel = 40 Lei unterliegen, wird in die gegenseitige Verrechnung zwischen der UdSSR und dem Deutschen Reich gemäß dem Abkommen über den Waren- und Zahlungsverkehr vom 31. Dezember 1939 aufgenommen und in zehn Jahresraten transferiert.
Die von den Umsiedlern zurückgelassenen Valutabeträge werden - mit Ausnahme des Lei - in die Listen zum Kurse der Staatsbank am Tage der Unterzeichnung der vorliegenden Vereinbarung aufgenommen.
§ 11. Das nach der Umsiedlung zurückgelassene Vermögen, das in die Listen aufgenommen und abgeschätzt ist, geht in die Verfügungsgewalt der UdSSR über.
Artikel 4.
Die Personen, die auf Grund der vorliegenden Vereinbarung ausreisen, sowie ihre mitgeführte Habe sind von allen mit der Ausreise verbundenen Abgaben und Zöllen befreit.
Artikel 5.
Die vertragschließenden Teile kommen dahin überein, daß für den Transport der Umsiedler und ihrer Habe deutsche Schiffe in die Häfen von Reni und Kilija zugelassen werden und, falls es sich für notwendig erweisen sollte, auch in den Hafen von Bugas.
Die sowjetische Seite stellt für denselben Zweck Eisenbahntransportmittel gegen Bezahlung nach den bestehenden Tarifen zur Verfügung. Hierbei begleicht der deutsche Hauptbevollmächtigte die Transportrechnungen am Ende jedes Umsiedlungsmonats.
Die sowjetische Seite ist damit einverstanden, in die Gebiete von Bessarabien und der Nördlichen Bukowina eine deutsche Autokolonne im Bestande von insgesamt 250 Kraftwagen mit der erforderlichen Bedienungsmannschaft zuzulassen.
Die sowjetische Seite versorgt die deutsche Autokolonne mit Brennstoff und Schmierölen nach den bestehenden Preisen.
Abschnitt II.
Die Umsiedlungskommission.
Artikel 6.
Die Aufsicht und Mithilfe bei der Durchführung der vorliegenden Vereinbarung, desgleichen die Wahrung der Interessen der in Artikel l genannten Personen und die ihnen zu erweisende Hilfe wird der entsprechenden Regierungsdelegation in der gemischten deutsch-sowjetischen Umsiedlungskommission sowie dem deutschen Hauptbevollmächtigten und dem sowjetischen Hauptvertreter übertragen.
Die gemischte deutsch-sowjetische Umsiedlungskommission besteht aus zwei Delegationen, die von den beiderseitigen Regierungen ernannt werden.
Die Delegationen beider Seiten können Sachverständige und Hilfspersonal haben.

Artikel 7.
Die deutsche Seite ernennt für das Gebiet Bessarabiens und der Nördlichen Bukowina einen Hauptbevollmächtigten; die Sowjetseite ernennt für dasselbe Gebiet einen Hauptvertreter.
Die praktische Durchführung der Umsiedlung erfolgt durch den Hauptbevollmächtigten der deutschen und den Hauptvertreter der Sowjetseite.
Der deutsche Hauptbevollmächtigte ernennt eigene Gebiets- und Ortsbevollmächtigte in der in dieser Vereinbarung festgesetzten Zahl (Abschnitt III, Artikel 11); der sowjetische Hauptvertreter ernennt eine entsprechende Zahl von Gebiets- und Ortsvertretern.
Die Mitglieder der Regierungsdelegationen, der Hauptbevollmächtigte und der Hauptvertreter sowie deren Stellvertreter haben das Recht ungehinderter Verbindung mit ihren Regierungen, mit den Gebiets- sowie allen anderen Bevollmächtigten oder Vertretern der anderen Seite, den Grenz- und Ortsbehörden.
Artikel 8.
Zum Tätigkeitsbereich der Regierungsdelegationen in der gemischten Kommission und des Hauptbevollmächtigten und des Hauptvertreters gehören:
a) Feststellung der Zahl, des Wohnorts und der Volkszugehörigkeit der in Artikel l der vorliegenden Vereinbarung genannten zur Umsiedlung vorgesehenen Personen, ferner die Aufsicht über deren Registrierung; die Feststellung der deutschen Volkszugehörigkeit der Umsiedler erfolgt durch die deutschen Bevollmächtigten unter Beteiligung der sowjetischen Vertreter.
b) Aufsicht und Kontrolle der richtigen Ausführung dieser Vereinbarung;
c) Mitwirkung bei der richtigen Organisation und dem planmäßigen Gang der Umsiedlung und Aufsicht über diese, ferner Ausarbeitung der entsprechenden technischen Maßnahmen.
Artikel 9.
Die vertragschließenden Teile verpflichten sich, der gemischten Kommission sowie den Bevollmächtigten und Vertretern alles Material und alle notwendigen Mittel, die deren Aufgabe erleichtern können, zur Verfügung zu stellen.
Artikel 10.
Den Mitgliedern der Regierungsdelegation und dem Hauptbevollmächtigten der deutschen Seite wird das Recht ständigen und. ungehinderten Verkehrs mit ihrer Regierung durch Telegraph, Post und diplomatische Kuriere eingeräumt.
Die Ausweise der Mitglieder der deutschen Regierungsdelegation, der Sachverständigen, des Hauptbevollmächtigten und seiner Stellvertreter, der Gebietsbevollmächtigten und deren Stellvertreter werden von dem Auswärtigen Amt des Deutschen Reiches ausgestellt und von der Botschaft der UdSSR in Berlin bestätigt.
Die Ausweise der Mitglieder der Regierungsdelegation der UdSSR, der Sachverständigen, des Hauptvertreters und seiner Stellvertreter, der Gebietsvertreter und deren Stellvertreter werden von dem Volkskommissariat des Auswärtigen der UdSSR ausgestellt.
Die Mitglieder der Regierungsdelegation, der Hauptbevollmächtigte und seine Stellvertreter, die Gebietsbevollmächtigten und deren Stellvertreter genießen bei der Erfüllung ihrer Funktionen persönlich sowie für ihre ständigen Dienst- und Privaträume und Archive das Recht der Exterritorialität und Immunität.
Die Ortsbevollmächtigten genießen die Vorrechte der Angestellten diplomatischer Dienststellen.
(Muster der entsprechenden Ausweise s. Anlage Nr. 5, 6 und 7.)
Abschnitt III.
Die Organisation der Umsiedlung. Artikel 11.
Die praktische Umsiedlungsarbeit wird durch folgende Organe durchgeführt:
a) Die deutsche Delegation in der deutsch-sowjetischen gemischten Umsiedlungskommission ernennt ihren Hauptbevollmächtigten mit zwei Stellvertretern und nicht mehr als achtund-

zwanzig Personen Hilfspersonal. Die Sowjetdelegation in der sowjetisch-deutschen gemischten Umsiedlungskommission ernennt ihren Hauptvertreter mit zwei Stellvertretern und nicht mehr als achtundzwanzig Personen Hilfspersonal.
Der Standort des Hauptbevollmächtigten und des Hauptvertreters wird die Stadt Tarutino (Bessarabien) sein.
b) Außerdem ernennt die deutsche Seite fünf Gebietsbevollmächtigte mit je einem Stellvertreter und einundzwanzig Personen Hilfspersonal und die Sowjetseite fünf Gebietsvertreter mit je einem Stellvertreter und einundzwanzig Personen Hilfspersonal.
Die Standorte der Gebietsbevollmächtigten und Gebietsvertreter werden sein: Albota, Beresina, Mannsburg, Kischinjeff (alle Orte auf dem Gebiet von Bessarabien)
und Czernowitz (auf dem Gebiet der Nördlichen Bukowina).
c) In dem von der deutschstämmigen Bevölkerung bewohnten Gebiet von Bessarabien und der Nördlichen Bukowina ernennt die deutsche Seite Ortsbevollmächtigte, nicht mehr als insgesamt fünfzig, jeden mit einem Stellvertreter und mit nicht mehr als zwei Personen Hilfspersonal. Die Sowjetseite ernennt an denselben Orten eine entsprechende Zahl von Ortsvertretern, jeden mit einem Stellvertreter und mit nicht mehr als zwei Personen Hilfspersonal.
Artikel 12.
Die Feststellung und Registrierung der in Artikel l der vorliegenden Vereinbarung zur Umsiedlung bestimmten Personen erfolgt in folgender Weise:
a) Die sowjetischen Vertreter geben gemeinsam mit den Bevollmächtigten der deutschen Seite Veröffentlichungen in der örtlichen Presse (auch in Einzeldrucken) heraus und geben der Bevölkerung durch die örtlichen Behörden die zwischen beiden Seiten vereinbarte offizielle Bekanntmachung über die Möglichkeit und die Regelung der Umsiedlung der deutschen Bevölkerung bekannt.
b) Die Bevollmächtigten und Vertreter beider Seiten nehmen an den Orten ihrer Tätigkeit gemeinsam an den festgesetzten Tagen die Meldung der Umsiedlungswilligen (schriftlich oder mündlich) nach Möglichkeit unter Vorlage von Urkunden über die Volkszugehörigkeit, jedoch nicht später als bis zum 5. November 1940 entgegen. Auf Grund der persönlichen Meldungen fertigen die Bevollmächtigten und Vertreter Listen der Umsiedlungswilligen in deutscher und russischer Sprache in ihrem Bereich an.
c) Die Listen der Umsiedler enthalten folgende Angaben:
1. Familienname, Vor- und Vatersname,
2. Geburtsdatum und Geburtsort,
3. Volkszugehörigkeit,
4. Familienstand,
5. Gegenwärtiger Wohnort mit Angabe des Kreises, der Gemeinde, der Dorfes oder der Stadt,
6. Beruf,
7. Bemerkungen.
(Muster der Umsiedlerliste siehe Anlage Nr. 8.)
d) Die Bestätigung der Listen durch die Ortsbevollmächtigten der einen und die Vertreter der anderen Seite genügt für die Umsiedlung der in den Listen verzeichneten Personen. In einigen komplizierten Fällen jedoch kann die Bestätigung der Umsiedlungslisten durch den Gebiets- oder sogar durch den Hauptbevollmächtigten und -Vertreter der beiden Seiten erforderlich sein.
Artikel 13.
Die Personen, die auf Grund der vorliegenden Vereinbarung umgesiedelt werden, haben das Recht, bei der gemeinsamen Ausreise ihre Familien mitzunehmen, wobei auf Grund des von den Familienmitgliedern geäußerten Wunsches im Bestand der Familien umgesiedelt werden können: die Frau oder der Mann, die Kinder, die Mutter, der Vater, die Enkel, Pflege- und

Ziehkinder, ferner auch andere Hausbewohner, insofern sie mit den Umsiedlern gemeinsamen Haushalt führen.
Kinder über vierzehn Jahren haben das Recht, persönlich ihren Wunsch, am Ort zu bleiben oder umgesiedelt zu werden, auszudrücken.
Artikel 14.
Bei der Umsiedlung werden nach Möglichkeit in erster Linie die Arbeitsunfähigen, Kranken, Invaliden, Alten, alleinstehende und schwangere Frauen, Kinder, Personen, die unter staatlicher Fürsorge stehen, sowie die Personen berücksichtigt, deren Familienmitglieder sich nicht im Umsiedlungsgebiet befinden.
Artikel 15.
Die vertragschließenden Teile kommen überein, daß die Kontrolle der auszuführenden Habe au den Grenzübergangsstellen stichprobenweise und nur in Einzelfällen vollständig vorgenommen wird.
Artikel 16.
Als Grenzübergangsstellen und Kontrollpunkte werden festgelegt:
a) Bahnübergänge für die Umsiedler aus der Nördlichen Bukowina und aus Nordbessarabien:
1. Olchowce - Novy Zagorsz (als Hauptübergang),
2. Sowjetisch Przemysl - Deutsch Przemysl (als Hilfsübergang),
3. Wachraneschti.
b) Flußübergänge:
1. Ungheni,
2. Reni.
c) Verschiffungshäfen:
1. Reni,
2. Kilija,
3. Bugas (als Hilfshafen).
Artikel 17.
Der Abmarsch zu den Grenzübergangsstellen erfolgt in besonderen Zügen oder Waggons und Trecks, jedoch nicht einzeln. Ausnahmen hiervon sind in einzelnen Fällen mit Genehmigung der Vertreter beider Teile zulässig.
Die Zusammenstellung der Pläne für die Eisenbahn, die Trecks und die Wassertransporte erfolgt unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse durch den deutschen Hauptbevollmächtigten; diese Pläne müssen mit dem Hauptvertreter vereinbart werden. Der Hauptvertreter der sowjetischen Seite wird über die bevorstehende Beförderung zum Zwecke der rechtzeitigen Stellung der Transportmittel zehn Tage vor Abgang benachrichtigt.
Die Sowjetseite stellt den Umsiedlern ärztliche Betreuung zur Verfügung. Bei längeren Transporten versorgt sie die Umsiedler nach Möglichkeit mit warmen Speisen, die kleinen Kinder mit heißer Milch. Außerdem werden zur Betreuung der Umsiedler Ärzte und Sanitäter aus dem Kommando der deutschen Bevollmächtigten zugelassen.
Artikel 18.
Die Beförderung der Kranken und Schwachen erfolgt unabhängig von der Jahreszeit nach Möglichkeit in Sanitätswagen. Stark ansteckende Kranke können im Transport nicht mitgenommen werden und werden entweder nach ihrer Wiederherstellung oder gesondert transportiert.
Bei der Durchführung der sanitären Maßnahmen zur Betreuung der Umsiedler werden sich beide Teile an die Bestimmungen der technischen Instruktionen halten, welche als Anlage Nr. 10 dieser Vereinbarung beigefügt ist.
Artikel 19.
Für jeden Transport (Züge oder Trecks) fertigen der deutsche Bevollmächtigte und der sowje-

tische Vertreter die erforderliche Zahl von Transportlisten - der erste in deutscher, der zweite in russischer Sprache - an.
Die Transportlisten enthalten Name, Vor- und Vatersname, Wohnort, Geburtsjahr und die Umsiedlungsnummer. Die Transportlisten werden vom Ortsbevollmächtigten und dem Ortsvertreter unterzeichnet. Diese Listen gelten als Grundlage für den Grenzübergang des Transports an den Kontroll- und Grenzübergangsstellen.
Die vertragschließenden Teile verpflichten sich, ihre Grenzbehörden rechtzeitig (in der Regel zwei bis drei Tage vorher) über das Eintreffen der Umsiedlertransporte zu verständigen.
Abschnitt IV.
Schlußbestimmungen.
Artikel 20.
Vorliegende Vereinbarung wird in deutscher und russischer Sprache in zwei Ausfertigungen hergestellt, wobei beide Wortlaute als maßgebend gelten.
Artikel 21.
Vorliegende Vereinbarung tritt am Tage der Unterzeichnung in Kraft.
In Bestätigung dessen haben die Bevollmächtigten beiderseitig eigenhändig die vorliegende Vereinbarung unterzeichnet.
Moskau, den 5. September 1940.
Dr. Wilhelm Nöldeke
Wasjukow …

Aufruf zur Umsiedlung der Volksdeutschen aus Bessarabien und der Nord-Bukowina

Aufruf!
Die Regierung des Deutschen Reiches und die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken sind übereingekommen, daß die deutsch-stämmige Bevölkerung frei und unbehindert auf deutschen Boden ausreisen kann, wenn sie den Wunsch dazu hat.
Wir rufen alle Deutschstämmigen auf, sich beim deutschen Bevollmächtigten an den angegebenen Orten zu melden und den Wunsch zur Umsiedlung zu äußern!
Alle Deutschen, die das 14. Lebensjahr erreicht haben, können den Wunsch zur Umsiedlung beim deutschen Bevollmächtigten in persönlicher Meldung (mündlich oder schriftlich) vorbringen.
Für die Ausreise von Kindern bis zu 14 Jahren genügt die Meldung des Familienoberhauptes.
Zur Meldung sollen nach Möglichkeit Urkunden über die Volkstumszugehörigkeit der Auswanderungswilligen vorgelegt werden.
Wer sich zur Umsiedlung meldet, muß sich beim deutschen Bevollmächtigten genauestens über die für die Mitnahme der Habe bestehenden Bestimmungen sowie über die für die Ausreise vorgesehene Ordnung erkundigen.
Der Zugang zum Melde-Lokal (Ort der Registrierung), ist für alle, die auszusiedeln wünschen, unbehindert.
Die Verbindung zwischen Euch und den deutschen Bevollmächtigten ist frei!
Die Umsiedlung beginnt am 15.9.40 und wird in kürzester Zeit durchgeführt.
Der deutsche Bevollmächtigte für die Umsiedlung …<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die Volksdeutschen (x051/-610): >>Volksdeutsche, nationalsozialistische Bezeichnung für außerhalb der Reichsgrenzen lebende Personen deutscher Abstammung, die im Unterschied zu den Auslandsdeutschen nicht die deutsche Staatsangehörigkeit hatten.
Sie mußten "deutschen oder artverwandten Blutes" sein, "die deutsche Sprache sprechen und sich willensmäßig zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft bekennen". Unter Volksdeutsche wurden unterschiedlichste Gruppen, zusammengefaßt von den z.T. schon seit dem Mittelalter in Südost- und Osteuropa ansässigen Deutschen über die im 19. Jahrhundert nach

Übersee ausgewanderten bis zu den nach den Gebietsabtretungen im Versailler Vertrag zwangsweise fremder Staatsangehörigkeit zugeteilten ehemaligen Reichsbürgern, die in den Gastländern z.T. Minderheiten mit erheblichem politischen Gewicht bildeten. Die Verbindung zwischen dem Reich und den Volksdeutschen hielten Vereine wie der Volksbund für das Deutschtum im Ausland und ab 1936 v.a. die Volksdeutsche Mittelstelle (Vomi).
Die oft schwierige Lage der sogenannten Volksdeutschen wurde etwa in der Sudetenkrise oder im Polenfeldzug von der nationalsozialistischen Propaganda gern zur Begründung für die aggressive Politik des Dritten Reiches genutzt, spielte hingegen keine Rolle, wenn die Probleme wie z.B. in Südtirol oder in den Baltischen Staaten nach dem Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffsvertrag nicht in die politische Landschaft paßten.
Die Baltendeutschen wurden als erste Volksdeutschengruppe umgesiedelt, wie später ca. 900.000 weitere "Volksdeutsche". Dabei wurde die "Heim-ins-Reich"-Parole ausgegeben, die de facto aber meist Ansiedlung in den deutsch besetzten Gebieten (z.B. Warthegau) und bei Kriegsende Vertreibung bedeutete. Sie traf auch die meisten nicht umgesiedelten Deutschen, insgesamt etwa sieben Millionen, von denen eine Million dabei ums Leben kamen.<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Eindeutschung" (x051/-141): >>Eindeutschung (Rückdeutschung), nationalsozialistische Pläne und Maßnahmen zur "Vermehrung rassisch erwünschten Bevölkerungszuwachses" aus den im 2. Weltkrieg von der Wehrmacht besetzten Gebieten.
Die Eindeutschung unterstand dem am 7.10.39 ernannten Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums (Himmler) und betraf Personen - durch Abstammungsnachweis zu belegen - deutscher Herkunft, insbesondere Volksdeutsche. Sie wurden nach den Vorschriften der am 4.3.41 herausgegebenen Deutschen Volksliste (DVL) in vier Gruppen eingeteilt: NSDAP-geeignete (Gruppe 1) und andere Personen, die "nachweislich ihr Deutschtum bewahrt" hatten (Gruppe 2) und automatisch deutsche Staatsangehörige wurden; deutsch gesinnte Personen mit "fremdvölkischen" Bindungen, die nach rassegesundheitlicher Überprüfung die deutsche Staatsangehörigkeit auf Widerruf erhalten konnten (Gruppe 3); überfremdete Deutschstämmige, die eine Eindeutschung nur durch Leistung für Deutschland nach Umerziehung erreichen konnten (Gruppe 4).
Erbbiologisch und rassisch bedenkliche Personen waren von der Eindeutschung ausgeschlossen, die hingegen auf "rassisch wertvolle" Kinder fremder Volkszugehörigkeit ausgedehnt werden konnte: Germanisierung.
Für eine Eindeutschung waren 1944 in der Deutschen Volksliste ca. 2,75 Millionen Menschen erfaßt.<<

10.10.1939

Frankreich: Hitlers Friedensangebot vom 6. Oktober 1939 wird durch Frankreich am 10. Oktober 1939 abgelehnt (x040/16).

12.10.1939

Großbritannien: Der britische Premierminister Chamberlain lehnt am 12. Oktober 1939 Hitler Friedensangebot vom 6. Oktober 1939 ab (x040/16).

21.10.1939

USA: Die "New York Times" berichtet am 21. Oktober 1939 über den Transport von 2.000 Wiener Juden nach Lublin in Polen (x172/178): >>... Gestern Abend sind sie mit Sonderzügen zu ihrem neuen Wohnsitz abgereist, einem Gebiet, das der Beschreibung nach einem Indianerreservat ähnelt. Offenbar ist dies der Beginn einer Massenumsiedlung, von der im Laufe der Zeit alle österreichischen und eventuell sogar deutschen Juden betroffen sein könnten.<<

25.10.1939

Polen: Die deutsche Militärverwaltung wird bereits am 25. Oktober 1939 aufgehoben und durch die "Zivilverwaltung" der NSDAP sowie durch SS-Sonderorganisationen abgelöst

(x064/146). NS-Reichsrechtsführer Hans Frank übernimmt in Krakau das Amt des Generalgouverneurs.
Alle Gebiete, die das Deutsche Reich 1919/20 an Polen abgetreten hat, gliedert man in die neugegründeten Reichsgaue Danzig-Westpreußen, Wartheland (ehemalige preußische Provinz Posen und westpolnische Gebiete, mit den 3 Regierungsbezirken Posen, Hohensalza und Lodz/Litzmannstadt) sowie in die deutschen Provinzen Ostpreußen (Regierungsbezirk Zichenau und Sudauen) und Oberschlesien (Bezirk Kattowitz und das Olsa-Gebiet) ein.
In den westpolnischen Restgebieten um Warschau, Lublin und Krakau wird das "Generalgouvernement" (eine Art "koloniales Nebenland" des Deutschen Reiches) gegründet. Die völkerrechtliche Stellung dieser Restgebiete bleibt unklar. Das Generalgouvernement wird später als völlig abhängiges Beatzungsgebiet wirtschaftlich ausgebeutet, politisch versklavt und schließlich Tatort der Endlösung in den NS-Vernichtungslagern.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den Reichsgau "Wartheland" (x051/621-622): >>Wartheland (Reichsgau Wartheland, Warthegau), nach dem Polenfeldzug am 8.10.39 vom Deutschen Reich annektiertes Gebiet südlich der Weichsel und Netze mit den Regierungsbezirken Posen, Hohensalza und Lodz (ab 12.4.40 Litzmannstadt), rund 44.000 qkm mit 4,7 Millionen Einwohnern (davon 327.000 Deutsche).
Im zunächst Reichsgau Posen (bis Januar 40) genannten Wartheland erhielt am 26.10.39 Greiser die Doppelfunktion des Gauleiters und Reichsstatthalters und den Auftrag, das Gebiet zu "regermanisieren". Dazu wurden alle denkbaren staatlichen Zwangsmittel angewandt, von der Vertreibung der ca. 380.000 Juden oder ihrer Zusammenfassung v.a. im Getto Lodz und ihrer Ermordung in den Vernichtungslagern bis zur fast völligen Zerschlagung der Organisation der katholischen Kirche als eines Horts des polnischen Nationalismus und der Ermordung (Intelligenzaktion) oder Vertreibung des polnischen Klerus.
Zur Verstärkung der deutschen Position wurden die aus dem Baltikum kommenden Deutschen und andere volksdeutsche Gruppen angesiedelt, bis 1944 wurden dazu rund 630.000 Polen ins Generalgouvernement abgedrängt. Das Wartheland war eine Art nationalsozialistischer Modellgau, in dem durch Vereinigung der Partei- und Staatsfunktionen, durch Trennung von Kirchen (Herabstufung zu bloßen Vereinen) und Staat, durch totale polizeistaatliche Kontrollen ein "von allen traditionellen bürokratischen Hemmungen freies" (Greiser) nationalsozialistisches Gemeinwesen entstehen sollte.
Das Experiment endete im Januar 45 mit dem Einmarsch der Roten Armee und mit Flucht, Vertreibung oder Tod der deutschen Bevölkerung.<<
Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schreibt später über das "Generalgouvernement" (x051/208): >>Generalgouvernement (amtlich seit 26.10.39 "für die besetzten polnischen Gebiete", von Juli 40 an nur noch Generalgouvernement), nach dem Polenfeldzug im eroberten Polen gebildetes deutsches "Nebenland", ohne eigene Staatlichkeit unter einem Generalgouverneur (H. Frank) mit begrenzter polnischer Selbstverwaltung auf unterster Ebene; eingeteilt in vier Distrikte (Krakau, Warschau, Radom, Lublin) unter Distriktgouverneuren, denen am 1.8.41 noch Ostgalizien mit Lemberg als "Distrikt Galizien" angegliedert wurde; damit 142.000 km² und rund zwölf Millionen Einwohner.
Das Generalgouvernement war Arbeitskräftereservoir für verschleppte polnische Zwangsarbeiter, Aufnahmeland für die aus den von Deutschland annektierten Gebieten vertriebenen Polen (1,2 Millionen), industrielles und landwirtschaftliches Ausbeutungsobjekt und seit 1942 nach der Gettoisierung der Juden (1943 Warschauer Getto-Aufstand) Schauplatz für die Durchführung der Endlösung.
Nach Schließung der höheren Schulen und Universitäten und Ausrottung von Teilen der polnischen Intelligenz (Intelligenzaktion) wurde das Schulsystem auf einfache und rein fachliche Bildungsstätten reduziert.

In weiterer Perspektive sah der Generalplan Ost die Vertreibung von 80-85 % der Polen aus dem Generalgouvernement nach Sibirien und die Ansiedlung deutscher Bauern vor; während sich Frank und seine Zivilregierung bisweilen noch, wenn auch ohne Erfolg, aus rein pragmatischen Gründen um eine gewisse Milderung des Besatzungsregimes bemühten, führte das völlig autonome Schreckensregiment der direkt Himmler unterstellten Höheren SS- und Polizeiführer, die die Gerichtsbarkeit und zunehmend Aufgaben der Exekutive ausübten, seit 1943 zu einer Verschärfung der Lage im Generalgouvernement.
Ein relativ grobmaschiges deutsches Kontrollnetz ermöglichte im Generalgouvernement die Organisierung des polnischen Widerstands in einer Untergrundregierung mit einer Untergrundarmee, die sich am 1.8.44 im Warschauer Aufstand gegen die deutsche Besatzungsmacht erhob, nach zweimonatigen Kämpfen jedoch mangels alliierter Unterstützung unterlag.<<

27.10.1939

NS-Regime: Vom 27. bis zum 28. Oktober 1939 werden rund 17.000 Juden nach Polen deportiert.

Polen: Nach "freien Wahlen" werden die ostpolnischen Gebiete am 27. Oktober 1939 in die Sowjetrepubliken Ukraine und Weißrußland eingegliedert.

Oktober 1939

USA: Nach dem deutsch-polnischen Krieg (1.09.-6.10.1939) unterstützt Nordamerika frühzeitig die Anti-Hitler-Koalition, obgleich US-Präsident Roosevelt eigentlich durch die nordamerikanischen Neutralitätsgesetze von 1935 daran gehindert wird, Kriegsmaterial an kriegsführende Staaten zu liefern.

01.11.1939

NS-Regime: Am 1. November 1939 entsteht aus der Verschmelzung von Verfügungstruppen (VT = kasernierte bewaffnete SS-Verbände), Totenkopfverbänden (bis 29.03.1936 als "SS-Wachverband" für die Bewachung der Konzentrationslager zuständig, danach von allgemeinen SS-Einheiten abgelöst, ab 1.11.1939 = militärischer Verband SS-Division "Totenkopf"), Junkerschulen und aus Kräften der Ordnungspolizei die Waffen-SS.
Der deutsche Historiker Bernd Wegner berichtet später über die Schutzstaffeln (SS) von 1939 bis 1945 (x051/530): >>(Schutzstaffeln) ... (Die SS) ... gewann ... im Herbst 1939 aus der Verschmelzung von Verfügungstruppe, Totenkopfverbänden und Junkerschulen entstandene Waffen-SS rapide an Umfang und Gewicht. Als Folge davon wandelte sich der militärische Flügel der SS zunehmend von einer elitären Prätorianergarde zu einem teils aus "germanischen" und osteuropäischen Freiwilligen, teils aus deutschen und volksdeutschen "Zwangsfreiwilligen" bestehenden Vielvölkerheer, dessen Soldaten mehrheitlich den Tauglichkeitsanforderungen des SS-Ordens keineswegs entsprachen. Militärpolitisch entscheidendes Gewicht gewann die SS erst, als Himmler nach dem Putsch vom Zwanzigsten Juli 1944 die Position des "Befehlshabers des Ersatzheeres und Chefs der Heeresrüstung" sowie weitere wichtige Funktionen im Bereich der Heeresführung übertragen wurden.
Die historisch verhängnisvollste Rolle war der SS auf dem Feld der Besatzungspolitik beschieden, zumal sich gerade hier bevölkerungs- und außenpolitische, sicherheitspolizeiliche, militärische und ökonomische Interessen überschnitten. Entschlossen, sich zum Motor nationalsozialistischer "Neuordnung" in Europa zu machen, versuchte die SS in oftmals heftiger Konkurrenz zu Militär- und Zivilverwaltung, die Kontrolle und Ausbeutung der besetzten Territorien an sich zu ziehen. Sachwalter solcher Ambitionen waren insbesondere die Höheren SS- und Polizeiführer (HSSPF), die, wo immer möglich, als verlängerter Arm des RFSSuChdDtPol eingesetzt und mit umfassenden, freilich nie genau definierten Kompetenzen ausgestattet wurden. Kernstück dieser Kompetenzen waren die politische Verwaltung und polizeiliche "Befriedung" der besetzten Gebiete, aber auch die zu deren Germanisierung be-

triebenen Um-, Aus- und Ansiedlungsprogramme, welche Himmler in seiner Eigenschaft als "Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums" anordnete.
Die Auswirkungen all dieser Maßnahmen gewannen spätestens ab 1941 eine mit der Repressionspolitik der Vorkriegsjahre kaum mehr vergleichbare Dimension. Nicht mehr um den Schutz des Regimes ging es nun primär, sondern um die kollektive Aussonderung und "Ausmerzung" ganzer Bevölkerungsteile (Juden, "Zigeuner", Slawen u.a.) bei gleichzeitiger Ausnutzung ihrer Arbeitskraft ("Vernichtung durch Arbeit").
Diese Doppelfunktion spiegelte sich in der Entwicklung der KZ, deren Häftlingszahl trotz hoher Sterblichkeitsraten von ca. 25.000 bei Kriegsbeginn bis auf über 700.000 Anfang 1945 stieg. Angesichts des kriegsbedingten Arbeitskräftemangels der freien Wirtschaft stellte dies ein zunehmend unverzichtbares Potential dar, welches Himmler gegen den Widerstand des Speerschen Rüstungsministeriums zum Aufbau eines SS-eigenen Rüstungskonzerns zu nutzen gedachte.
Gleichwohl war der für Lager wie Maidanek typische ökonomische Effekt der Vernichtung allenfalls eine Begleiterscheinung, nicht aber der Zweck jener Endlösung der Judenfrage, welche von der SS wohl nicht ersonnen, jedoch widerspruchslos durchgeführt wurde. Die schon mit Beginn der Kriegshandlungen in Polen und der Sowjetunion einsetzenden Aktionen der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD, denen allein bis November 42 über 800.000 Menschen zum Opfer fielen, dienten keinem ökonomischen, militärischen oder sonstwie kriegswichtigen Zweck, sondern allein der Vernichtung selbst.
Erst recht gilt dies für den im Anschluß an die Wannseekonferenz (20.1.42) in den Vernichtungslagern, v.a. in Chelmno, Belzec, Sobibór, Treblinka und Auschwitz, vollzogenen Völkermord. Durch ihn erwies die SS sich einmal mehr als bedingungslos loyale "Führerexekutive" und konnte sich berechtigte Hoffnungen machen, den nunmehr "bereinigten Ostraum" nach Kriegsende in eigener Regie verwalten zu dürfen.
An der Durchführung der Endlösung war nur eine Minderheit der SS-Angehörigen unmittelbar beteiligt. Es war dies vielleicht nicht einmal die typischste, sicherlich aber die geschichtsmächtigste jener vielen Funktionen, welche die SS ausübte. Alle diese Funktionen freilich, so verschiedenartig sie sein mochten, entsprangen und dienten ein und demselben rassenideologischen Herrschaftswillen, dessen Bezugspunkt für die SS stets Hitler selbst war. Sein Tod bedeutete mithin auch ein Ende der SS, die im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß als "verbrecherische Organisation" eingestuft wurde.<<
Der deutsche Historiker Bernd Wegner berichtet später über die "Waffen-SS" (x051/615-616):
>>Waffen-SS, seit November 39 gebräuchliche Sammelbezeichnung für die bewaffneten Verbände der SS und Polizei.
Die Waffen-SS umfaßte mithin die bisherige Verfügungstruppe, die Totenkopfverbände und die Junkerschulen, ferner die aus Kräften der Ordnungspolizei neu aufgestellte Polizeidivision sowie die Angehörigen der zuständigen Zentraldienststellen (v.a. Ergänzungs-, Waffen- und Personalamt der Waffen-SS). Schon bald wurden teils aus haushaltsrechtlichen Gründen, teils um bestimmte Personenkreise vor einer Einziehung zur Wehrmacht zu schützen, weitere SS-Einrichtungen – insbesondere diverse Ausbildungsstätten sowie sämtliche KZ – zu Teilen der Waffen-SS erklärt.
Auch die KZ-Inspektion wurde im August 40 vorübergehend, d.h. bis zu ihrer Eingliederung in das Wirtschafts-Verwaltungshauptamt im März 42, in das neu geschaffene, als militärische Kommandozentrale der Waffen-SS konzipierte "SS-Führungshauptamt" integriert, ohne freilich ihre Eigenständigkeit einzubüßen. Auch in Bezug auf die Kampfverbände der Waffen-SS war die Zuständigkeit des Führungshauptamtes stark eingeschränkt, da diese größtenteils in das Feldheer eingegliedert und den jeweiligen Kommandobehörden des Heeres taktisch unterstellt waren. Hinzu kam, daß diese Verbände als Teile der Gesamt-SS in personeller, ausbil-

dungsmäßiger, disziplinarer und strafrechtlicher Hinsicht den Weisungen auch anderer SS-Dienststellen unterworfen waren.
War der Aufbau einer SS-eigenen Armee vor dem Krieg am Widerstand besonders der Heeresleitung gescheitert, so ermöglichte deren Einflußverlust in Verbindung mit den Zwängen des Krieges eine grundlegend neue Entwicklung. Die bewaffnete SS, die vor Kriegsbeginn nicht einmal im Divisionsverband bestanden hatte, verfügte gegen Kriegsende bei einer Gesamt-Iststärke von mehr als 600.000 Mann (1.1.39: 22.700) über (nominell) 38 Divisionen, 16 Generalkommandos und ein Armeeoberkommando (6. SS-Panzerarmee).
Der Preis für diese stürmische Entwicklung war eine v.a. seit Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion zunehmende Aufweichung des – formell freilich nie aufgegebenen – Freiwilligkeitsprinzips bei gleichzeitiger Lockerung der Tauglichkeitsbestimmungen sowie die Heranziehung einer wachsenden Zahl volksdeutscher und ausländischer Freiwilliger aus fast allen Ländern Europas.
Der Wandel der Waffen-SS von einer kleinen Prätorianergarde zu einer schließlich nur noch in der Minderheit aus rein deutschen Soldaten bestehenden multinationalen Massenarmee führte, zumal unter den Bedingungen des Krieges, sowohl zu einer allmählichen Erosion der weltanschaulichen Geschlossenheit der Waffen-SS als auch zu einer weitgehenden Einbuße ihrer militärischen Elitequalität.
Die Konsequenz aus dieser Entwicklung war eine von der SS-Führung 1944 vorgenommene Dreiteilung der Waffen-SS. Deren Kern bildeten danach die nur aus "ordenfähigen" SS-Männern bestehenden "SS-Divisionen". Daneben gab es die mit nicht SS-tauglichen Deutschen und "Germanen" (d.h. West- und Nordeuropäern) aufgefüllten "Freiwilligendivisionen" sowie schließlich die aus "nicht-germanischen", zumeist osteuropäischen Freiwilligen, aufgestellten "Waffendivisionen" der SS.
Die militärische Qualität aller dieser Verbände war entsprechend ihrer personellen Zusammensetzung und materiellen Ausstattung, ihrem Ausbildungsstand und der Qualität ihres insgesamt sehr heterogenen Führerkorps höchst unterschiedlich.
Der Ruf, der an allen Fronten (mit Ausnahme Nordafrikas) eingesetzten Waffen-SS, als einer militärischen Elite beruht auf den herausragenden Leistungen relativ weniger personell und materiell bestausgestatteter Verbände, die zumeist – wie die Divisionen "Leibstandarte", "Das Reich", "Totenkopf" oder "Wiking" – aus den Stämmen der Vorkriegs-SS hervorgegangen waren.
Die Kehrseite der für diese Verbände charakteristischen Selbstaufopferungsbereitschaft war eine gegen Feind und Zivilbevölkerung oftmals rücksichtslose Kriegführung, die durch eine Fülle von Kriegsverbrechen belegt ist (u.a. Le Paradis, Klisura, Oradour, Malmédy).
Deswegen und aufgrund der organisatorischen und personellen Verknüpfungen mit anderen Teilen der SS einschließlich des Vernichtungsapparats (Einsatzgruppen, Konzentrationslager u.a.) wurde die Waffen-SS im Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher zur Verbrecherischen Organisation erklärt.
In der Tat war die Waffen-SS, obwohl dienst- und haushaltsrechtlich ein staatliches, formell dem Geschäftsbereich des Reichsinnenministeriums zugeordnetes Organ, stets Teil der Gesamt-SS und als solcher der militärische Exponent einer auf die Person Hitlers fixierten Führerexekutive. Unbeschadet ihrer Frontverwendung im Rahmen des Kriegsheeres und der oft engen Kooperation zwischen Heeres- und SS-Verbänden war die Waffen-SS mithin weder rechtlich noch ihrer historischen Genese nach ein "vierter Wehrmachtteil".<<

Die Waffen-SS in der Slowakei, Jugoslawien, Rumänien und Ungarn

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über die Einziehung der Slowakei-Deutschen zur Waffen-SS (x004/154-157): >>... **1. Die Einziehung der Volksdeutschen in der Slowakei zur Waffen-SS.**

Bis in die Mitte des Jahres 1944 blieb die Slowakei und damit auch die deutsche Minderheit von unmittelbaren Kriegseinwirkungen verschont. Von einer Lebensmittelrationierung konnte ebenso keine Rede sein, und auch der kriegsbedingte Arbeitseinsatz im Reich wurde wegen der dort gegebenen guten Verdienstmöglichkeiten und der beschränkten Arbeitsmöglichkeiten in der Heimat eher als eine Vergünstigung betrachtet.
Auch der aktive Kriegsdienst der volksdeutschen Männer hielt sich in bescheidenem Rahmen. Bis 1944 dienten sie in zwei nur aus Deutschen gebildeten Abteilungen regulär im slowakischen Heer.
Schon während die für den Ausbau der Volksgruppe günstige politische Konstellation anhielt, begann aber bereits eine Entwicklung einzusetzen, die im letzten für das Slowakeideutschtum verhängnisvoll geworden ist.
Die SS, die vor allem über die Volksdeutsche Mittelstelle Möglichkeiten hatte, auf die einzelnen Volksgruppen einzuwirken und sie den Interessen der reichsdeutschen Politik dienstbar zu machen, begann schon in einem frühen Stadium des Krieges in den deutschen Volksgruppen eine intensive Freiwilligenwerbung zu entfalten.
In der Slowakei gelang es ihr sogar, auf die Formationen der Staatspartei, die Hlinka-Garde, organisatorisch und ideologisch Einfluß zu gewinnen. Gleichzeitig versuchte sie auch in der Volksgruppe durch die Errichtung eines "ET-Sturmbanns" (ET = Einsatz-Truppe), einer Formation der Allgemeinen SS, für ihre politischen Ideen zu werben.
Hier stieß sie allerdings auf starken Widerstand der Volksgruppenführung, die sowohl bemüht war, nicht durch eine allzu offenkundige Verbindung mit reichsdeutschen Dienststellen ihre Position gegenüber dem slowakischen Staat zu belasten, als auch keine Organisationen dulden wollte, die sich ihrer Kontrolle entzogen. Gegen die massive Machtpolitik der SS konnte sie sich damit allerdings nicht durchsetzen.
Der ET-Sturmbann betrieb eine intensive Freiwilligenwerbung, und da auch manche der im Reich befindlichen Slowakeideutschen für die SS gewonnen werden konnten, kam es im Ergebnis dazu, daß eine relativ hohe Zahl von Slowakeideutschen bei der Waffen-SS Dienst leistete.
Die riesigen deutschen Kriegsverluste und die sich immer schwieriger gestaltende Ersatzlage brachten schließlich die nationalsozialistische Reichsführung dazu, immer neue Reserven zu mobilisieren. So ging sie auch dazu über, die von ihr abhängigen Regierungen der südosteuropäischen Länder zu zwingen, die Wehrfähigen deutscher Volkszugehörigkeit zum Dienst in der Waffen-SS und Wehrmacht freizugeben.
Nach dem Vorbild der mit Ungarn und Rumänien getroffenen Vereinbarungen über den Kriegsdienst ihrer Staatsbürger deutscher Nationalität in den reichsdeutschen Verbänden, forderte die deutsche Regierung ähnliches auch für die Slowakeideutschen. Sie schloß mit der slowakischen Regierung am 7. Juni 1944 ein Abkommen, das die Ableistung der Wehrpflicht durch die slowakischen Staatsangehörigen deutscher Nationalität in der deutschen Wehrmacht-Waffen-SS vorsah.
Noch im gleichen Monat begann die zwangsweise Einberufung der in der Kriegsindustrie und -Wirtschaft entbehrlichen Männer. Gleichzeitig wurden die in den zwei volksdeutschen Einheiten der slowakischen Armee Dienenden in die Waffen-SS überführt.
Die Folge der Zwangsrekrutierungen war ein starker passiver Widerstand der dienstpflichtigen Männer und ihrer Familien gegen diese Maßnahmen. Ein beträchtlicher Teil von ihnen erschien entweder gar nicht zu den Musterungen oder desertierte bei der ersten sich bietenden Möglichkeit. Slowakische Polizei- und SS-Streifen, bestehend aus SS-Reservisten und Angehörigen der deutschen Volksgruppe, veranstalteten Razzien nach den Deserteuren. Es war dies das erste sichtbare Zeichen dafür, daß die Angehörigen der Volksgruppe den nationalsozialistischen Parolen nicht uneingeschränkt Folge leisteten.<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1961 über die Einziehung der Jugoslawien-Deutschen zur Waffen-SS (x006/64E-75E): >>…

a) Banat.

Die SS hatte schon vor dem Einfall der deutschen Armeen in Jugoslawien versucht, junge Volksdeutsche zum Dienst bei Waffen-SS-Einheiten im Reich zu gewinnen, und war dann bei der sich zuspitzenden Kriegslage wegen des sprunghaft ansteigenden Ersatzbedarfs der Wehrmacht bestrebt, das Menschenpotential vor allem der südosteuropäischen Volksdeutschen möglichst ausschließlich für die damaligen "SS-Verfügungstruppen", die Waffen-SS, zu reservieren. Dr. Janko wurde im November 1940 mitgeteilt, daß diese von der SS gemusterten Volksdeutschen jugoslawischer Staatsangehörigkeit und die "im nächsten Frühjahr" die Einberufung erwartenden Jahrgänge der Aufforderung der jugoslawischen Militärbehörden nicht Folge zu leisten hätten.

Unmittelbar nach der Besetzung des Banates übernahm dann einer der radikalen "Erneuerer" in der Batschka, der SS-Untersturmführer und Stabsleiter der Deutschen Volksgruppe Gustav Halwax, auf Befehl des Waffen-SS-Gruppenführers P. Hausser den Auftrag, mit vier Annahmekommissionen eine Musterung in den deutschen Gemeinden abzuhalten und führte der SS-Division "Das Reich" im April/Mai 1941 etwa 600 Rekruten zu; auch hierzu ermangelte es jeder gesetzlich geregelten Voraussetzung.

Obwohl inzwischen von seilen der Wehrmacht, die selber volksdeutsche Rekruten warb oder Freiwillige in ihre Einheiten aufnahm, Bedenken geäußert wurden und SS-Gruppenführer G. Berger, der Leiter des SS-Führungshauptamtes, auf den Abschluß dieser Aktion drängte, erschien Mitte Juli bereits ein neuer Beauftragter der Waffen-SS im Banat mit dem Auftrag, ein Regiment aus den "etwa 2.000 Volksdeutschen" aufzustellen, die sich vor Kriegsausbruch zum Dienst bei der Waffen-SS in Deutschland gemeldet hätten.

Dieser unkontrollierbaren Form der Werbung wurde erst im März 1942 durch einen Aufruf Jankos der Boden entzogen, worin er "für die Dauer des Krieges ... die allgemeine Wehrpflicht" der männlichen Volksgruppenangehörigen im Alter von 17 bis 50 Jahren einführte. Vorangegangen waren Verhandlungen zwischen dem Leiter der VOMI, SS-Obergruppenführer Lorenz, weiteren SS-Stellen und der Volksgruppenführung, in denen Janko, trotz mancher Bedenken aller Beteiligten wegen der politischen Auswirkungen einer solchen Maßnahme für die Volksdeutschen in Serbien oder Ungarn nach Kriegsschluß, den Auftrag erhielt, die Wehrpflicht auf Grund seiner Stellung als Volksgruppenführer zu verkünden.

Die rechtliche Basis dieser Anordnung war freilich nicht weniger unsicher als die der bisherigen SS-Praktiken. Die durch die Kapitulation vom 18.4.1941 bestätigte Debellatio Jugoslawiens gab der deutschen Besatzungsmacht in Serbien und im Banat nur das Recht, freiwillige Hilfsleistungen jugoslawischer Staatsangehöriger anzunehmen. Gegen diese Bestimmung verstieß der völkerrechtswidrige Zwangscharakter der Wehrpflicht, für deren Einhaltung zu sorgen, das Ergänzungsamt unter Leitung von J. Keks in Groß-Betschkerek übernahm.

Obschon es unter den bestehenden Verhältnissen für die Banater Volksdeutschen, selbst wenn sie es gewollt hätten, ohnehin keine Möglichkeit gegeben hätte, sich dem deutschen Wehrdienst zu entziehen, betrat die Volksgruppenführung, indem sie dem Druck der SS nachgab, schwankenden Boden und ließ sich als verantwortliche Instanz vorschieben.

Wie deutlich man sich nämlich auch im SS-Hauptamt der Fragwürdigkeit dieser Regelung bewußt war, räumte G. Berger noch 1943 selber ein, als er die Aufstellung von Verbänden aus Banater Volksdeutschen mit der "allgemeinen Wehrpflicht" in dem - von ihm auf Grund der Besetzung schlankweg als "deutsches Hoheitsgebiet" angesehenen - "serbischen Gebiet" und mit "den Grundsätzen der Tiroler Landsturm-Ordnung von 1782 (!)" zu rechtfertigen suchte.

Es kam auch keineswegs zur Aufstellung eines großen Verbandes "bewaffneter Heimatwehr", wie die Volksgruppenführung das ursprünglich erhofft hatte, sondern nur zur Gründung der 7.

SS-Freiwilligen-Gebirgsdivision "Prinz Eugen" unter dem rumäniendeutschen SS-Gruppenführer Artur Phleps, wie auch das Ergänzungsamt sogleich der SS unterstellt wurde.
Reibungen zwischen den selbstherrlich auftretenden SS-Führern und Dr. Janko blieben nicht aus, da man ihm trotz einer Beschwerdereise nach Berlin die formale Verantwortung für die Einziehungen überließ, während sein politischer Einfluß auf die Division "Prinz Eugen" minimal war und in der Volksgruppe mit der Verschärfung der Kriegslage spürbar schwand.
Der ausschließlich aus Volksdeutschen bestehenden SS-Division "Prinz Eugen", die in Serbien, anschließend aber auch in Montenegro und Kroatien am Kampf gegen die Partisanen teilnahm, gehörte nicht nur die Mehrheit der zum Wehrdienst eingezogenen Banater Donauschwaben an, auch in Kroatien nahm ohne Wissen des deutschen Gesandten Kasche und des Generals Glaise von Horstenau ein "SS-Aufbaustab" schon Ende 1941 die Werbung für die Division auf; bereits 1942 wurde dort die individuelle Freiwilligkeitserklärung durch eine "Pauschal-Freiwilligkeitserklärung" der Volksgruppenführung in Esseg ersetzt.
Auch im Banat ging die Zahl der Freiwilligen, die anfänglich vom Dienst in der siegreichen Wehrmacht oder Waffen-SS angezogen wurden, schnell zurück. Die spontane Entscheidung wurde zuerst durch moralischen oder massiven physischen Zwang, der in manchen Orten zu einem wahren Gesinnungsterror ausarten konnte, schließlich durch den Gestellungsbefehl ersetzt.
Obwohl die Division "Prinz Eugen" auf die "Freiwilligen-Bezeichnung" in ihrem Namen nicht verzichtete, wurden ihre Angehörigen etwa seit dem April 1942 vom SS-Ergänzungsamt mit regulären Einberufungsbefehlen zum Dienst verpflichtet, in denen die Volksdeutschen den reichsdeutschen Militärgesetzen und unter Strafandrohung bei eventueller Nichtbeachtung dem Divisionskommando unterstellt wurden.
Bis zum Januar 1944 wurden im Bereich der Deutschen Volksgruppe im Banat und Serbien ca. 22.000 Männer eingezogen, von denen 600 der Wehrmacht, eine nicht näher bestimmbare Zahl der Banater Polizei, dem Zollgrenzschutz und der Hilfspolizei, mehr als 15.000 aber der Waffen-SS angehörten; die Verluste bis zum gleichen Zeitpunkt betrugen 917 Mann, also über 4 Prozent.
Die Division "Prinz Eugen" blieb nach harten, verlustreichen Kämpfen an der bulgarischen Grenze als neu aufgefüllter, geschlossener Kampfverband bis in den Mai 1945 bestehen. Nachdem sie an der letzten Phase des Rückzugs der Heeresgruppe E aus Griechenland quer durch den Balkan bis an die damalige Südostgrenze des Reiches als Flankenschutz beteiligt gewesen war, gerieten die meisten Einheiten nach dem Eintritt des Waffenstillstandes in Slowenien in die Gefangenschaft der Partisanen, Ihr Schicksal im einzelnen ist ungewiß; ein Teil wurde aus den Gefangenenlagern entlassen und kam anschließend in die Sammellager der Partisanen für Volksdeutsche; einzelne Gruppen wurden zu Freiheitsstrafen verurteilt, wieder andere sogleich exekutiert.

b) Batschka.

Auch in der Batschka und Baranja ließen sich junge Volksdeutsche während des Balkanfeldzuges von der Waffen-SS und Wehrmacht anwerben oder schlossen sich freiwillig den durchmarschierenden Verbänden an, während in der gleichen Zeit junge Ungarndeutsche zu "Sportkursen" ins Reich geschickt und in die Waffen-SS aufgenommen wurden. Bei der Wehrmacht wurden allein bis zum Dezember 1941 ca. 1.500, bei der Waffen-SS ca. 2.000 und beim Werkschutz der "Organisation Todt" in Belgrad ca. 2.000 Batschkadeutsche registriert.
Den neuen ungarischen Behörden blieb der Eintritt in die deutschen Truppen nicht verborgen, ja, nach den Honvéd-Musterungen wurden von den ungarischen Militärdienststellen Steckbriefe gegen solche Volksdeutsche wegen unerlaubten Aufenthalts im Reich erlassen und einige von ihnen wegen Verletzung der ungarischen Dienstpflicht und unerlaubten Grenzüber-

tritts verurteilt; volksdeutsche Waffen-SS-Angehörige wurden im Urlaub als Militärflüchtlinge verhaftet.
Die ungarische Regierung wurde durch den deutschen Gesandten in Budapest, der ungarische Generalstab durch den deutschen Militärattache beschwichtigt, dennoch wurden die Volksdeutschen, die trotz einer offiziellen Urlaubssperre in ihre Heimat reisten, weiter als Fahnenflüchtige behandelt.
Erst im neuen Jahr wurden durch einen Verbalnotenaustausch zwischen der deutschen und ungarischen Regierung am 24.2.1942 die Grundzüge eines Abkommens über die erste von den insgesamt drei Werbungsaktionen der Waffen-SS festgelegt. Ursprünglich hatten sich die Ungarn unter der Voraussetzung, daß der Eintritt freiwillig und mit Einwilligung der Eltern, sowie unter Verzicht auf die ungarische Staatsangehörigkeit erfolge, mit der Werbung von 20.000 Männern der Jahrgänge 1912 bis 1920 einverstanden erklären wollen, da, wie der Honvédminister dem deutschen Gesandten von Jagow vertraulich erklärte, "ein Abstoßen dieser an sich doch zentrifugalen Kräfte nur der Befriedung dienen könne".
Das Abkommen ließ indessen die staatsrechtlichen Fragen insoweit offen, als der Verlust der ungarischen nicht automatisch den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit brachte. Bereits im Juni erklärte sich Ministerpräsident von Kállay mit einer Erhöhung des Kontingents auf 30.000 Männer einverstanden, die bei deutschen Truppen ihrer Wehrpflicht genügen könnten. Bis dahin war die erste Werbung trotz andauernder Behinderung durch die ungarischen Verwaltungs- und Polizeiorgane und starken kirchlichen Widerstrebens schon abgeschlossen worden. Insgesamt 16.527 Rekruten, von denen die Mehrheit aus der ehemals jugoslawischen Batschka kam (9.322 Männer), trafen bis Anfang Mai in Deutschland ein.
Während die Werbung im Gebiet Trianon-Ungarns sogleich den Charakter der Freiwilligkeit verlor und massiver Druck des "Volksbundes" vonnöten war, drängten sich in der Batschka und Baranja - wie ebenfalls in den neugewonnenen ungarischen Gebieten der Slowakei und Siebenbürgens - die jüngeren Volksdeutschen zur Musterung.
Sie fanden dabei Zustimmung in den donauschwäbischen Gemeinden. So sollen sich bei einer Abschiedsfeier in Neusatz angeblich 25.000 Volksdeutsche zusammengefunden haben. Jedoch fehlte es auch hier bisweilen nicht an Überredung und physischem Zwang gegen Zögernde oder Widerstrebende.
Der unverhohlene Widerstand der ungarischen Behörden gegen diese Musterungen setzte sich in der Folgezeit in einer oft schikanösen Behandlung der Angehörigen von Rekruten fort. Wegen der Fürsorgeansprüche, der Versorgung von Hinterbliebenen und der Feldpostbeförderung kam es zu einer kaum abreißenden Kette von Mißhelligkeiten, ehe statt der ungarischen Fürsorgesätze nach einem von Ribbentrop ausgehandelten Transferabkommen die sechsfach höheren reichsdeutschen Sätze in Pengö ausgezahlt werden konnten.
Die Rückwirkungen dieser sozialen und finanziellen Unsicherheit auf die Freiwilligen wurden als so nachhaltig angesehen, daß die Kommandeure der SS-Einheiten offen eine Minderung der "Kampfmoral"" und "Einsatzfreudigkeit" der Ungarndeutschen einräumten.
Ohne Rücksicht auf die Proteste der deutschen diplomatischen und militärischen Dienststellen zu nehmen, schritten die ungarischen Gendarmerieposten in der Batschka weiter zu Verhaftungen von Urlaubern, die seinerzeit illegal in die Waffen-SS eingetreten waren und noch immer als Deserteure angesehen wurden.
Gleichzeitig wurden diese ersten Waffen-SS-Freiwilligen, auch wenn man ihrer nicht habhaft werden konnte, durch Bekanntmachung im Amtsblatt der ungarischen Regierung ausgebürgert; die Zahl dieser Fälle belief sich schon im November 1942 auf mehr als 3.000.
Nach wiederholten deutschen Interventionen lehnte es die ungarische Regierung in einer Verbalnote vom 3.12.1942 geradenwegs ab, die Rückbürgerung dieser Volksdeutschen zu ermöglichen.

Die in alledem erkennbare Tendenz einer auch im Kriege unvermindert anhaltenden Madjarisierungspolitik hat in der SS-Führung den Anstoß zur Beratung weiterer Umsiedlungspläne gegeben. Noch vor Beginn der zweiten SS-Werbungsaktion im Mai 1943 gab man sie jedoch auf. Nachdem der Gesandte von Jagow und Dr. Basch bei einem Besuch in Berlin von der Bereitschaft des ungarischen Ministerpräsidenten zu einer neuen Werbungsaktion und der "beträchtlichen Anzahl" Volksdeutscher berichtet hatten, die bei einer Regelung der Fürsorgefrage der Waffen-SS "zur Verfügung" gestellt werden könnten, kam es zu einem zweiten Verbalnotenaustausch am 22.5.1943.
Er enthielt die Einwilligung der ungarischen Regierung zur Werbung unter den Jahrgängen 1908 bis 1925, die dadurch besonderes Gewicht erhielt, daß Reichsverweser von Horthy in einer Konferenz mit Hitler im April 1943 die volksdeutschen Angehörigen der Honvéd ebenfalls zur Musterung freigab. Kurz nach der ersten Werbung hatte die Volksgruppenführung der Ungarndeutschen das Ergebnis einer zweiten SS-Musterung mit "6.000 Meldungen im Höchstfall" veranschlagt, dennoch blieben die tatsächlichen Zahlen weit hinter diesen Erwartungen zurück. Die Anzahl der Waffen-SS-Angehörigen, die bis dahin ca. 21.500 betragen hatte, stieg bis zum Ende des Jahres 1943 nur auf 22.125 an.
Die Gründe für diesen offensichtlichen Mißerfolg der Musterungskommission lagen einmal in der wachsenden Kriegsmüdigkeit auch der deutschen Siedlungen begründet, wohin soeben etwa 10.000 volksdeutsche Honvédsoldaten von der Ostfront zurückgekehrt waren, als die II. ungarische Armee abgerüstet hatte. Weiter wirkten sich der offene und geheime Widerstand der ungarischen Behörden, der kirchentreuen deutschen Katholiken, der sogenannten "Schwarzen", und der VDU-feindlichen "Treuebewegung", auch noch immer die Fürsorgeprobleme und die Werbung kurz vor Beginn der Erntezeit als nachteilig aus.
Da andererseits die Volksgruppenführung den hochgespannten Hoffnungen des SS-Hauptamtes und des persönlich sehr interessierten Himmler gerecht zu werden wünschte, ging sie nicht nur sehr scharf gegen Mitglieder der VDU-Organisationen vor, die sich bei der zweiten Musterung noch nicht zur Waffen-SS gemeldet hatten, sondern regte von sich aus den Verzicht auf den äußeren Anschein der Freiwilligkeit, also "eine Zwangsmusterung", an. Langwierige Verhandlungen, die sich über ein Jahr hinzogen, waren indes notwendig, ehe dieser Ratschlag, der sicher den Intentionen der SS-Führung entsprochen haben wird, befolgt werden konnte.
Als Zwischenergebnis wurde allerdings endlich eine Legalisierung der Freiwilligenmeldungen erreicht. Das Honvédministerium veröffentlichte nämlich am 11. Februar 1944 einen Erlaß, in dem es die ungarischen Behörden anwies, alle Staatsangehörigen, die vor dem 1.1.1944 in die deutsche Wehrmacht oder in die Waffen-SS eingetreten seien, so zu behandeln, als ob dies mit ihrer Zustimmung erfolgt sei.
Der ungarisch-deutsche Staatsvertrag, der der dritten SS-Werbung vorausging und dem Reich die Wehrhoheit über die Ungarndeutschen übertrug, wurde zwischen dem deutschen Gesandten Veesenmayer und dem ungarischen Außenminister Csatay vereinbart. Als strittiger Punkt stellte sich vor allem die Präzisierung des Begriffs der "deutschen Volkszugehörigkeit" heraus. Während die ungarischen Diplomaten ihn als "freies Bekenntnis zum Deutschtum" definiert zu sehen wünschten, wurde auf deutscher Seite durchaus die Möglichkeit erkannt, daß damit eine Ausweichgelegenheit für "diejenigen Deutschstämmigen, die nicht gewillt sind, in der Waffen-SS zu dienen", gegeben war.
Unter dem Druck der deutschen Verhandlungsführung wurde schließlich der entscheidende § 4 des am 14.4.1944 unterzeichneten Vertrags so formuliert, daß als "deutscher Volksangehöriger ... in Anwendung dieser Vereinbarung in Betrachtung (kommt), wer sich durch seine Lebensweise und seine Volksmerkmale als solcher zeigt oder sich freiwillig zum Deutschtum bekennt".
Dank dieser elastischen Beschreibung standen für die SS-Dienststellen alle Möglichkeiten

offen, die vertraglich fixierte Wehrpflicht für alle Volksdeutschen "mit Vollendung des 17. Lebensjahres" (§ 3) auszunutzen, wie sie sich auch noch in einem Abkommen vom Juni 1944 nach den Grundsätzen des Vertrages vom 14.4.1944 die "Anwerbung volksdeutscher Frauen und Mädchen" vom 17. bis 30. Lebensjahr für das "SS-Helferinnen-Korps der Waffen-SS" gewährleisten ließ.
Aus den 1944 Eingezogenen wurde in der Batschka die 18. SS-Panzergrenadierdivision "Horst Wessel" aufgestellt, die im slowakischen Aufstand und anschließend an der Theißfront eingesetzt wurde, bis zum Dezember 1944 aber bereits als aufgerieben galt. Das durch irgendwelche staatsrechtlichen Rücksichten auf die Ungarn nicht mehr gezügelte Vorgehen der SS-Musterungsgruppen führte nach dem April 1944 zu einer Massenrekrutierung mit allen Mitteln des Zwangs.
Förmliche Treibjagden auf junge Wehrpflichtige wurden veranstaltet, deren Angehörige erpreßt und Methoden angewandt, die von den Zwangswerbungen etwa des 18. Jahrhunderts nicht zu unterscheiden sind. Bis zum Oktober 1944 wurden alle volksdeutschen Männer, deren die Waffen-SS noch habhaft werden konnte, eingezogen. Bis Kriegsende sollen so insgesamt ca. 120.000 Ungarndeutsche in der Waffen-SS Dienst getan haben, die an den verschiedenen Fronten den Zusammenbruch erlebten.

c) Kroatien.

Die Selbstschutzeinheiten der deutschen Volksgruppe in Kroatien und die im Rahmen der kroatischen Landwehr aufgestellten Bataillone sollten nicht die einzige Form des Wehrdienstes für die Kroatiendeutschen bleiben. Nach den Angaben der Volksgruppenführung gehörten im Oktober 1941 ca. 1.200 Männer der Waffen-SS, die sogleich nach dem Einmarsch mit der Werbung begonnen hatte, 900 der Wehrmacht und 400 dem Werkschutz beim Militärbefehlshaber Serbien an.
Durch interne Absprachen war der Waffen-SS ursprünglich ein Anteil von zehn Prozent aller wehrpflichtigen Kroatiendeutschen zugebilligt worden, womit sie sich indessen keineswegs zufrieden zu geben bereit war.
Dem Drängen Himmlers, der die Menschenreserve der südosteuropäischen Volksdeutschen ausschließlich für die SS auszunutzen strebte, gelang es schließlich, im Mai 1942 einen OKW-Befehl zu erreichen, in dem "die Erfassung, Einstellung und Ausbildung wehrfähiger Volksdeutscher im Südostraum" allein zur Aufgabe der Waffen-SS erklärt wurde.
Der Kompetenzwirrwarr, der sich bisher zwischen der VOMI, dem SS-Führungshauptamt, der SS-Ergänzungsstelle Südost, dem Oberbefehlshaber Südost und dem Agramer Gesandten Kasche als Repräsentanten des Auswärtigen Amtes entwickelt hatte, wich einer klaren Vorrangstellung der SS-Dienststellen, wenn auch die Praxis keinesfalls immer eine einheitliche Linie aller deutschen militärischen und diplomatischen Vertreter in Kroatien verriet.
So versuchte Generaloberst Löhr, der Nachfolger Lists als Oberbefehlshaber Südost, noch im August 1942 die SS-Werbung in Kroatien zu unterbinden und zwei weitere volksdeutsche Regimenter im Rahmen der kroatischen Armee aufstellen zu lassen. Dieser nicht einmal mehr geheime Widerstand der Wehrmacht wurde jedoch bald dadurch unmöglich gemacht, daß sich die SS durch ein zwischenstaatliches Abkommen das alleinige Rekrutierungsrecht in Kroatien sicherte.
Da der Unabhängige Staat Kroatien als handlungsfähiges Völkerrechtssubjekt angesehen wurde, auf dessen formale Selbständigkeit trotz aller politischen Abhängigkeit man in Berlin in gewissen Grenzen Rücksicht nahm, wurde die rechtliche Grundlage für zukünftige Werbeaktionen der Waffen-SS durch einen Verbalnotenaustausch zwischen der deutschen Gesandtschaft in Agram und dem kroatischen Außenministerium am 21.9.1942 gelegt, worin die Pavelić-Regierung allerdings ausdrücklich auf der Aussiedlung aller in der Wehrmacht und Waffen-SS dienenden Volksdeutschen einschließlich ihrer Familien nach Beendigung des

Krieges bestand.
Ohne das Inkrafttreten der Vereinbarung abzuwarten, hatte die SS-Musterungskommission schon am 1.9.1942 ihre Tätigkeit in Esseg aufgenommen, obwohl Altgayers - ebenfalls noch verfrühter - Aufruf zur Musterung erst vom 15.9.1942 datiert war und eigentlich vorher die Umsiedlung des bosnischen Streudeutschtums abgeschlossen sein sollte.
Bis Mitte Oktober wurden 15.000 Mann gemustert; tatsächlich wurden nach Abschluß der ersten Aktion, während der häufig über Dienstverweigerung geklagt wurde. 6.529 Kroatiendeutsche zur Waffen-SS und zu aktiven SS-Polizeieinheiten im Reich überführt, so daß sich am Ende des Jahres 1942 5.700 Angehörige der Volksgruppe bei der Waffen-SS und 3.000 bei der deutschen Polizei befanden.
Nachdem die Waffen-SS in Kroatien eine derart starke Position gewonnen hatte, zögerte sie auch nicht, entgegen den Wünschen Altgayers Kroatiendeutsche noch im September 1942 der Banater SS-Division "Prinz Eugen" zur Verfügung zu stellen. Am 30.9. wurden die ersten 200 Mann nach Groß-Betschkerek in Marsch gesetzt. Auch weiterhin wurden Ersatzmannschaften für diese Division unter den Kroatiendeutschen gemustert, vor allem, als die Division Anfang August 1943 zeitweilig nach Kroatien verlegt wurde, um an der Partisanenbekämpfung teilzunehmen.
Die gesamte "Einsatzstaffel", einschließlich der kroatiendeutschen Landwehr, wurde in die Division "Prinz Eugen" überführt, wodurch die Volksgruppenführung sich zu einer neuen, einschneidenden Erweiterung der Wehrdienstpflicht genötigt sah. Hingegen scheiterte der Plan Bergers, eine eigene kroatiendeutsche "SS-Brigade" aufzustellen, an der Ablehnung Hitlers, die von Rücksichtnahme auf Pavelić bestimmt gewesen zu sein scheint. Die Rekruten wurden vielmehr auf verschiedene SS-Einheiten, unter anderem auf die Division "Prinz Eugen" und die SS-Gendarmerie, verteilt.
Da die Waffen-SS seit dem Abkommen vom 10.10.1942 nicht mehr zur Zurückhaltung oder Berücksichtigung von Wünschen der Volksgruppenführung bestimmt werden konnte, gelang es ihr, die Zahl der Waffen-SS-Angehörigen aus Kroatien relativ schnell in die Höhe zu treiben. Noch vor Beginn des Jahres 1944 zeigten sich die Merkmale des "totalen Krieges" in der Beanspruchung der Volksgruppe ganz offensichtlich.
Es gehörten nämlich damals zur Waffen-SS: 17.538 Mann; zur deutschen Wehrmacht, einschließlich mehrerer hundert Dolmetscher: 1.386; zur kroatischen Wehrmacht: 2.636 zu den "wehrähnlichen Verbänden" der Volksgruppe: 3.488; zu diesen insgesamt 25.048 Kroatiendeutschen, die in irgendeiner Form zum Wehrdienst verpflichtet waren, traten noch 410 deutsche Angehörige des kroatischen Arbeitsdienstes, 2.200 Angehörige der "Organisation Todt" und ca. 4.500 Arbeiter, die seit dem April 1941 zum "Einsatz im Reich" nach Deutschland gebracht worden waren.
Die materielle Versorgung der Familienangehörigen von Waffen-SS-Soldaten blieb dauernd unsicher. Die schleichende Geldentwertung traf sie hart, so daß Himmler im Januar 1944 sich zu der Anordnung gezwungen sah, die Fürsorgegelder durch wöchentliche Lebensmittelzuteilungen zu ersetzen. Die wachsende Kriegsmüdigkeit und Hoffnungslosigkeit, die sich bis zum Herbst 1944 in den kroatiendeutschen Siedlungsgebieten ausbreitete, ließ sich allerdings auch mit solchen Maßnahmen nicht beseitigen. …<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über die Einziehung der Rumänien-Deutschen zur Waffen-SS (x007/51E-58E): >>… **Die Heranziehung der Volksdeutschen zum Dienst in der Waffen-SS.**
Ebenso verhängnisvoll wie die Umsiedlungsaktionen wirkte sich die mehr oder weniger gewaltsame Einziehung der wehrpflichtigen Volksdeutschen aus den in fremden Staaten verbleibenden Volksgruppen in die deutsche Wehrmacht oder die ihr gleichgestellten Verbände der Waffen-SS aus, die nach anfänglichem Zögern auch in Rumänien rigoros durchgeführt

wurde.
Die allgemeinen Verhältnisse in der rumänischen Vorkriegsarmee, die dort verbreitete Korruption, der Mangel an Disziplin und Organisation gaben den in ihren Verbänden dienenden Volksdeutschen oft berechtigten Anlaß zur Unzufriedenheit. Benachteiligungen der Volksdeutschen, die der rumänischen allgemeinen Wehrpflicht unterlagen, die deutliche Bevorzugung volksrumänischer Anwärter in der Offiziers- und Reserveoffizierslaufbahn erhöhten die Bereitschaft der Volksdeutschen, jede Gelegenheit zur Ableistung des Wehrdienstes in deutschen Formationen, in der ob ihrer Siege in den ersten Kriegsjahren bewunderten Deutschen Wehrmacht zu ergreifen.
Schon im Frühjahr 1940 wurde in Rumänien die erste größere Freiwilligenaktion für die damaligen "SS-Verfügungstruppen" abgewickelt. Brigadeführer Berger, dem das Ersatzwesen der späteren Waffen-SS unterstand, betraute seinen Schwiegersohn Andreas Schmidt mit der Vorbereitung der Aktion, die unmittelbar nach der Ernennung Schmidts zum Stabsleiter der NAF im Oktober 1939 anlief. Durch die volksdeutsche Jugendorganisation wurden besonders in Bessarabien und Siebenbürgen geeignete Jugendliche ausgewählt.
Da die rumänischen Behörden den illegalen Grenzübergang unterbanden, wurde das Auswärtige Amt im Januar 1940 gebeten, in Rumänien die Ausreisegenehmigung für 1.000 bis 1.500 Freiwillige zu erwirken, die als landwirtschaftliche Arbeitskräfte getarnt werden sollten. Nachdem der rumänische Außenminister Gafencu sich in der zweiten Aprilhälfte einverstanden erklärt hatte, konnten die ersten 1.000 Mann im Juni 1940 mit Dampfern der DDSG nach Wien gebracht werden, wo sie offiziell begrüßt, gemustert und bei Tauglichkeit SS- und Wehrmachtseinheiten zugeteilt wurden.
Für Andreas Schmidt, der bald die Führung der Volksgruppe übernehmen sollte, mag bei dieser ersten Aktion der auch von Berger gelegentlich betonte Gedanke bestimmend gewesen sein, ein in der SS geschultes Führerkorps zu schaffen, das durch den gemeinsamen Kriegseinsatz noch stärker mit dem Reich verbunden werden sollte.
Wenn Berger die Aktion schon im Januar 1940 unter dem Gesichtspunkt der "Ersatzgestellung" betrachtete, wenn er im August 1940 Rumänien unter den "noch zu bearbeitenden Nachersatzgebieten" für die Waffen-SS an bevorzugter Stelle nannte, so muß man in diesen ersten 1.000 Mann wohl doch in erster Linie Kader für spätere, weiter ausgreifende Werbungen sehen Darauf hingewiesen, daß die volksdeutschen Freiwilligen ihrer rumänischen Staatsbürgerschaft verlustig gehen könnten, ließ der Reichsführer-SS ausdrücklich erklären, daß er "erforderlichenfalls mit dem dauernden Verbleiben im Reich einverstanden sei".
Der Bukarester Gesandte von Killinger gab angesichts weiterer Pläne 1941 zu bedenken, daß damit "bestes deutsches Blut aus der deutschen Volksgruppe herausgezogen", daß "die Volksgruppe an ihrem Wert erheblich verlieren" werde. Nicht zuletzt aus diesen Erwägungen heraus wird sich auch die Volksgruppenführung unter Bruckner im Sommer 1940 gegen die Werbungen gewehrt haben. Nach dem Systemwechsel in Rumänien dürfte die Rücksichtnahme auf das Prestige des neuen Partners Antonescu die Reichsführung veranlaßt haben, die offene Werbung einzustellen.
Als ersten Punkt seines Jahresprogramms verkündete Andreas Schmidt im Februar 1941: "Jeder waffenfähige Mann dient auf Befehl des Führers in der rumänischen Wehrmacht." Noch im März 1942 beschwerte sich Schmidt in Berlin über die immer häufiger werdenden Übernahmen volksdeutscher Deserteure aus den rumänischen Verbänden an der Ostfront in deutsche Wehrmachts- und SS-Einheiten, da sie sein Verhältnis zur rumänischen Staatsführung belasten müßten.
Trotz dieser Grundhaltung rissen die Freiwilligenwerbungen unter den Volksdeutschen Rumäniens auch in den Jahren nach 1940 nie völlig ab. Einzelne oder auch ganze Gruppen nutzten die zahlreichen Gelegenheiten, die sich durch die seit Oktober 1940 in Rumänien statio-

nierten deutschen Lehrtruppen, mit durchfahrenden Lazarettzügen oder mit den Divisionen, die auf dem Wege nach Griechenland und Südslawien rumänisches Gebiet durchquerten, zum Verlassen des Landes boten.
Ende April 1941 wurden mit Wissen der Volksgruppenführung 600 rumänische Volksdeutsche mit der SS-Division "Das Reich" nach Wien gebracht. Zahlreiche Volksdeutsche schlossen sich auch, zunächst als technisches Personal, deutschen Luftwaffen- und OT-Einheiten an und gingen bei ihrer Verlegung außer Landes.
Für die Volksdeutschen in Ungarn wurde die Ableistung des Wehrdienstes in der deutschen Waffen-SS schon im Februar 1942 vertraglich geregelt. Ein überdurchschnittlich großer Prozentsatz der auf Grund dieses Abkommens zur SS gemusterten Volksdeutschen entstammte den neu zu Ungarn gekommenen Gebieten, der Batschka und Nord-Siebenbürgen, dessen wehrfähige Deutsche sich fast vollzählig meldeten.
Für Rumänien wurde eine derartige Regelung erst nach der Zerschlagung der rumänischen Armeen im Kampf um Stalingrad ins Auge gefaßt. Bis Anfang März 1943 hatten sich bereits rund 10.000 volksdeutsche "Versprengte" bei deutschen Wehrmachts- und SS-Stellen im Südabschnitt der Ostfront gemeldet. Ihre Rückführung in die rumänische Armee wurde vom deutschen OKW auf Befehl Hitlers untersagt. Schon in diesem Befehl wird eine "spätere grundsätzliche Regelung" auch für "die Frage der Volksdeutschen in Rumänien" in Aussicht genommen.
Anfang April 1943 erklärte sich Marschall Antonescu grundsätzlich einverstanden mit einer großangelegten Werbungsaktion unter den Volksdeutschen in Rumänien, die daraufhin am 12. April anlief. In der zweiten Monatshälfte begannen in Bukarest Verhandlungen zwischen Killinger und der rumänischen Regierung, die nach Hinzuziehung von Berger und Andreas Schmidt am 13. Mai zum Abschluß eines zwischenstaatlichen Abkommens "hinsichtlich der Einreihung rumänischer Staatsbürger volksdeutscher Zugehörigkeit in die Deutsche Wehrmacht-SS" führten.
Alle "rumänischen Staatsbürger volksdeutscher Zugehörigkeit, die am 1. April 1943 das 17. Lebensjahr vollendet" hatten, konnten sich damit "freiwillig in die Deutsche Wehrmacht-SS einreihen lassen". Ausgenommen von dieser Freistellung, die grundsätzlich auch für die bereits in der rumänischen Armee dienenden Volksdeutschen galt, waren lediglich aktive Offiziere und Unteroffiziere, Soldaten der noch im Einsatz befindlichen Fronteinheiten sowie für die rumänische Rüstungsindustrie unentbehrliche Spezialkräfte.
Wichtig war, daß den Freiwilligen durch dieses Abkommen, anders als etwa in dem gleichzeitig abgeschlossenen deutsch-ungarischen Vertrag, die Beibehaltung der rumänischen Staatsbürgerschaft "mit allen sich daraus ergebenden Rechten" ausdrücklich verbürgt wurde. Erst die Tatsache, daß allen "deutschstämmigen Ausländern, die der Deutschen Wehrmacht, der Waffen-SS, der deutschen Polizei oder der Organisation Todt angehören", durch Führer-Erlaß vom 19. Mai 1943 die deutsche Staatsangehörigkeit verliehen wurde, gab der rumänischen Regierung Sanatescu die Handhabe, die SS-Freiwilligen nach dem Umsturz als Deserteure der rumänischen Staatsbürgerschaft verlustig zu erklären.
Die Musterungen, die in Zusammenarbeit mit der Volksgruppenführung von einer Außenstelle des Ersatzkommandos Südost der Waffen-SS in Wien geleitet wurden, hatten in Rumänien schon mehrere Wochen vor Abschluß des Abkommens begonnen. Nach dem 13. Mai wurden alle Volksdeutschen zwischen 18 und 35 Jahren in öffentlichen Anschlägen der Volksgruppe aufgefordert, sich den Musterungskommissionen zu stellen.
Ein großer Teil, insbesondere der Siebenbürger, meldete sich in der Tat "freiwillig"; man glaubte noch immer an die gute Sache des Reiches, zog überdies den deutschen dem rumänischen Militärdienst vor. In anderen Fällen wurde die "Freiwilligkeit" jedoch durch massiven moralischen und sogar physischen Druck erzwungen; Berger hebt lobend hervor, daß Roll-

kommandos der Volksgruppe den Zögernden im rumänischen Banat "die Häuser zusammengeschlagen" hätten. Der unmittelbare Druck, den die Volksgruppen auf ihre Mitglieder ausübten, schien Berger die gelegentlich erwogene Verkündung einer "allgemeinen Wehrpflicht sämtlicher Volksdeutschen" überflüssig zu machen.
Die in Rumänien Gemusterten wurden gemeindeweise einberufen und verladen. Die Abfahrt der mit Blumen und Inschriften geschmückten Transportzüge wurde vielerorts zum Volksfest, eine Tatsache, die das an sich schon wache Mißtrauen der Rumänen noch vermehrt haben dürfte. Nach Abgang des letzten Transportes meldete Berger am 30. Juli 1943 als Gesamtergebnis der Werbung in Rumänien 41.560 Mann. In Wien wurden die Volksdeutschen - nach offizieller Begrüßung - einer Nachmusterung unterzogen, um anschließend verschiedenen Ausbildungs- und Ersatzeinheiten der Waffen-SS zugewiesen zu werden.
Den weiteren Verlauf des Krieges erlebten die rumänien-deutschen SS-Männer nach oft nur oberflächlicher Ausbildung zum Teil im Einsatz an der Ostfront, zum Teil in den Partisanen- und Abwehrkämpfen auf dem Balkan (Division "Prinz Eugen"). Vor allem unter den Banater Schwaben kam es in Serbien verschiedentlich zu Desertionen. Die anfängliche Begeisterung war oft nur allzu rasch enttäuscht worden.
Zusätzliche Verstimmung verursachten Nachrichten aus der Heimat über die unzureichende Versorgung der Angehörigen. Devisenschwierigkeiten zwangen die SS-Versorgungsstellen, die Zahlung der Unterstützungsgelder, die laut Abkommen Sache des Reiches war, weitgehend zu sistieren. Auch die Volksgruppe konnte mit eigenen Mitteln nur beschränkt einspringen. Hatten schon die Einberufungen zur Stillegung zahlreicher volksdeutscher Handwerksbetriebe geführt, so kamen durch dieses Versagen viele Familien in ernste wirtschaftliche Bedrängnis.
Bei Jahresende 1943 befanden sich in den Verbänden der Waffen-SS 54.000 Volksdeutsche aus Rumänien, rund 10 % der damals in Rumänien lebenden Deutschen. Die Zahl hat sich wahrscheinlich bis Kriegsende nicht mehr wesentlich erhöht, doch müssen noch wenigstens 5.000 bis 6.000 "Freiwillige" aus den Ungarn unterstellten Gebieten hinzugerechnet werden. Weitere rund 15.000 Rumänien-Deutsche waren in Einheiten der deutschen Wehrmacht, in der Organisation Todt und der deutschen Rüstungsindustrie eingesetzt.
Schließlich müssen an dieser Stelle auch die Umsiedler aus Bessarabien, Bukowina und Dobrudscha erwähnt werden, die nach ihrer Einbürgerung gemäß der allgemeinen Wehrpflicht zu Wehrmacht und Waffen-SS eingezogen wurden.
Die Verluste der volksdeutschen SS-Angehörigen in Krieg und Gefangenschaft waren verhältnismäßig hoch. Man wird sie nach kirchlichen Schätzungen mit fast 15 %, mit 8.000 bis 9.000 Toten also, in Rechnung stellen müssen. Auch von den Überlebenden konnten nach dem Krieg nur wenige Tausend nach Rumänien zurückkehren, wo sie zunächst besonders schwerer Verfolgung ausgesetzt waren.<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über die Einziehung der Rumänien-Deutschen zur Waffen-SS (x007/147E-150E): >>**Das SS-Abkommen.**
Abkommen zwischen der Reichsregierung und der Rumänischen Regierung hinsichtlich der Einreihung rumänischer Staatsbürger volksdeutscher Zugehörigkeit in die deutsche Wehrmacht-SS.
Die Reichsregierung und die rumänische Regierung sind übereingekommen, daß die rumänischen Staatsbürger volksdeutscher Zugehörigkeit unter folgenden Bedingungen in die deutsche Wehrmacht-SS eingereiht werden können:
I. Musterung.
1. Rumänische Staatsbürger volksdeutscher Zugehörigkeit, die am l. April 1943 das 17. Lebensjahr vollendet haben, können sich freiwillig in die deutsche Wehrmacht-SS einreihen las-

sen.
Diejenigen, die auf Grund des vorliegenden Abkommens in die deutsche Wehrmacht-SS eingereiht werden, behalten die rumänische Staatsbürgerschaft mit allen sich daraus ergebenden Rechten; die gleichen Rechte behalten auch diejenigen Freiwilligen, die gelegentlich der Musterung untauglich befunden oder aus sonstigen Gründen ins Land zurückgeschickt werden.
2. Folgenden rumänischen Staatsbürgern volksdeutscher Zugehörigkeit ist die Einreihung nicht gestattet:
a) Aktiven Offizieren und Unteroffizieren. Reserveoffizieren und Reserve-Unteroffizieren nur in denjenigen Fällen, wo der rumänische Große Generalstab dieses genehmigt.
b) Aktiven und Reserve-Offizieren, Unteroffizieren, Gradierten und Soldaten der Kommandostellen, Einheiten und Dienstformationen, die sich im Taman, im Kuban, auf der Krim und an der Meeresküste bis zum Dnjestr befinden.
Weiter sind diejenigen ausgenommen, die den für die großen Einheiten des Taman und Kuban bestimmten, im Lande befindlichen Marscheinheiten angehören.
c) Den aktiven Korporalen und Sergeanten der Truppen im Inneren des Landes, die den Kontingenten 1942 und 1943 angehören, ausgenommen die Schüler der Reserveoffiziers- und Reserveunteroffiziersschulen.
d) Den Spezialisten aller Grade der aktiven Kontingente 1942, 1943 und 1944, und zwar: Telefonmechaniker, Radiotelegrafisten, Entfernungsmesser, Höhenmesser, Meteorologen, Flammenwerfer, Richtschützen an Kanonen, Haubitzen, Infanteriegeschützen, Granatwerfern, Panzerabwehrgeschützen, Waffenmeister, Feuerwerker und Angehörige der Tankwaffe sowie alle der Marine oder der Luftwaffe angehörigen.
e) Den Spezialisten aller Dienstgrade und Altersklassen, die vom Heer und der Wirtschaft benötigt werden, und zwar: Optiker, Chemiker, Automechaniker, Elektrotechniker, Radiotechniker, Vulkanisateure und Eisendreher.
f) Den Tierärzten und Ingenieuren. Lediglich 60 Ärzte aller Fachgebiete, die vom rumänischen Großen Generalstab approbiert sind, können in die deutsche Wehrmacht-SS eingereiht werden. Ihr Einsatz kann auf einmal oder gruppenweise erfolgen. Ihre Abfahrt und Rückkehr in die Heimat ist an keinen festen Zeitpunkt gebunden. Nur diese 60 Ärzte können im Dienst der deutschen Wehrmacht-SS Verwendung finden.
g) Den uk-Gestellten, die Unternehmungen angehören, welche die Heeresausrüstung und die nationale Wirtschaft betreffen und welche im Industrie-Mobilisierungsplan vorgesehen sind.
Den von der Einberufung Freigestellten der metallurgischen Industrie.
Die Deutsche Volksgruppe in Rumänien kann die Annullierung der uk-Stellung und der Freistellung für bestimmte Personen, deren Verwendung in den obengenannten Unternehmungen und Industrien nicht unbedingt notwendig erscheint, beim rumänischen Großen Generalstab in Vorschlag bringen und eventuell einen Ersatz namhaft machen.
3. Die rumänischen Staatsbürger volksdeutscher Zugehörigkeit, die in die deutsche Wehrmacht-SS eingereiht zu werden wünschen, melden sich bis zum 30. Mai 1943 bei den Musterungskommissionen der Deutschen Volksgruppe in Rumänien, wo sie eine diesbezügliche schriftliche Erklärung abgeben, die vom Vertreter des Ergänzungsbezirkskommandos vidiert wird. In der Erklärung muß ausdrücklich ausgesprochen werden, daß die Meldung zur deutschen Wehrmacht-SS "freiwillig" erfolgt.
Der rumänische Staat garantiert, daß gegen diejenigen, die sich nicht einreihen lassen wollen, von niemandem Sanktionen irgendwelcher Art getroffen werden. Die so von den Musterungskommissionen zusammengestellten Listen der Freiwilligen werden dem Ergänzungsbezirkskommando an dessen Sitz vorgelegt, wo sie vom Standpunkt der im gegenwärtigen Abkommen angeführten Ausnahmebestimmungen überprüft werden.
Diejenigen rumänischen Staatsbürger volksdeutscher Zugehörigkeit, die gegenwärtig beim

rumänischen Heer eingezogen sind, geben ihre Erklärung bei den betreffenden Einheiten ab. Die Ergänzungsbezirkskommandos werden die Personaldaten derjenigen Männer, die nicht ihnen angehören, den zuständigen Ergänzungsbezirkskommandos zwecks Vornahme der entsprechenden Eintragungen bekanntgeben.

II. Abtransport aus dem Lande.

Die der Deutschen Volksgruppe in Rumänien übergebenen Freiwilligen werden durch die Organe der Deutschen Volksgruppe in Transporteinheiten zusammengefaßt und müssen das Land bis zum 31. Juli 1943 verlassen. Diesen Freiwilligen ist zur Mitnahme nur folgendes gestattet:

Kleider und Wäsche, die sie auf dem Leibe tragen, zusätzlich einer zweiten Garnitur Wäsche.

Verpflegung während des Transportes zusätzlich zwei Tage Verpflegung nach ihrer Ankunft in Deutschland.

Die in den bestehenden Wirtschaftskonventionen vorgesehenen Geldsummen.

Es ist untersagt die Mitnahme von Gold und Schmuckstücken, ausgenommen der Ehering und die Uhr. Die gleichen Einschränkungen gelten für diejenigen, die sich vom Urlaub, von Dienstfahrten usw. ins Reich zurückbegeben. Die Kontrolle wird in allen Fällen sowohl bei Einreise nach wie bei Ausreise aus Rumänien ausschließlich durch rumänische Behörden vorgenommen.

III. Beziehungen zu Rumänien.

1. Alle auf Grund vorstehenden Abkommens in die deutsche Wehrmacht-SS eingetretenen Männer sind nicht berechtigt, in Rumänien (bei Urlaubern, Dienstfahrten usw.) die deutsche Uniform zu tragen, mit Ausnahme der Zeit der An- und Abreise.

Diese Einschränkungen finden auch für die vom rumänischen Staate verwalteten Gebiete Anwendung.

Diejenigen, die dieser Regel zuwiderhandeln, fallen unter die Strafbestimmungen der rumänischen Gesetze.

2. Kein rumänischer Staatsbürger volksdeutscher Zugehörigkeit kann in Rumänien oder in den von Rumänien verwalteten Gebieten in deutschen politischen, wirtschaftlichen Verwaltungs- oder militärischen Formationen eingesetzt werden.

3. Der rumänische Staat gewährt den Familien der Freiwilligen für die Dauer ihrer Dienstleistung in der deutschen Wehrmacht-SS keinerlei Unterstützung oder Entschädigung.

Denjenigen, die arbeitsunfähig werden, sowie Hinterbliebenen der Verstorbenen, zahlt der rumänische Staat keinerlei Rente oder Entschädigung, vielmehr gehen alle diese Verpflichtungen zu Lasten des Deutschen Reiches.

4. Alle rumänischen Staatsbürger volksdeutscher Zugehörigkeit, die sich im Dienste des Deutschen Reiches befinden, sind den rumänischen Gesetzen unterworfen für die Zeit, in der sie sich auf rumänischem Gebiet oder auf vom rumänischen Staat verwalteten Gebiete befinden. Diejenigen, die sich auf rumänischem oder von Rumänien verwaltetem Gebiet ein Vergehen zuschulden kommen lassen, werden in beschleunigtem Verfahren abgeurteilt und im Falle der Verurteilung, bei Strafaufschub, den deutschen militärischen Dienststellen übergeben. Sie können ins Land nur nach Kriegsende zurückkehren und müssen dann ihre Strafe abbüßen.

Alle rechtskräftig verurteilten rumänischen Staatsbürger volksdeutscher Zugehörigkeit, die sich in Militär- oder Zivilgefängnissen oder bei militärischen Einheiten befinden, werden der deutschen Wehrmacht-SS überstellt, und ist die Abbüßung der Strafe bis nach Kriegsende aufgeschoben. Diejenigen, die schwebende Verfahren vor Militärinstanzen haben, werden im beschleunigten Verfahren abgeurteilt; auf sie findet das gleiche Verfahren Anwendung.

5. Kein rumänischer Staatsbürger volksdeutscher Zugehörigkeit, der im Dienste des Deutschen Reiches steht, darf mehr als 30 Tage Urlaub während eines Jahres in Rumänien verbringen.

IV. Besondere Bestimmungen.

1. Alle rumänischen Staatsbürger volksdeutscher Zugehörigkeit, die sich gegenwärtig mit Genehmigung des rumänischen Staates im Dienst des Deutschen Reiches außerhalb Rumäniens befinden, fallen unter die Bestimmungen dieses Abkommens.

2. Alle rumänischen Staatsbürger volksdeutscher Zugehörigkeit, die Rumänien illegal verlassen haben, fallen ebenfalls unter die Bestimmungen dieses Abkommens, wenn sie in deutschen militärischen SS-Einheiten oder in der Kriegswirtschaft und kriegswirtschaftlichen Organisationen Verwendung finden.

Bukarest, den 12. Mai 1943.

Der Bevollmächtigte der Reichsregierung	Der Bevollmächtigte der Rumänischen Regierung
Manfred Frhr. von Killinger	General I. Steflea
Außerordentlicher Gesandter und Bevollmächtigter Minister des Deutschen Reiches	Chef des Königlich Rumänischen Großen Generalstabs

Nach einer Photokopie des Dokuments NO-2236, Military Tribunal Fall XI (Wilhelmstraßenprozeß); Akten des Persönlichen Stabes Reichsführer-SS, Polder 8.<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1956 über die Einziehung der Ungarn-Deutschen zur Waffen-SS (x008/32E-34E): >>… **Die SS-Aktionen.**

Der wachsende politische und geistige Druck der nationalsozialistischen Politik auf die ungarländischen Deutschen wird durch nichts so deutlich gemacht wie durch die bald nach dem Wiener Abkommen einsetzende und dann immer mehr verstärkte Heranziehung der Volksdeutschen zum Wehrdienst in den Verbänden der Waffen-SS. Wenn sich diese anfänglich noch auf der Basis freiwilliger Entscheidung des Einzelnen vollzogen hat, so beruhte sie bald auf moralischem und schließlich physischem Zwang.

Die Werbeparolen, die an das großdeutsche Empfinden und die nationalsozialistische Ideologie bei den jungen Volksdeutschen appellierten, konnten nicht verdecken, daß das Unternehmen immer stärker auf eine rigorose Ausschöpfung des ungarndeutschen Menschenpotentials hinauslief. Auch hier stand die Volksgruppe in demselben verhängnisvollen Zirkel wie in ihrer Politik.

Die Übernahme in die Waffen-SS schützte wohl den jungen Volksdeutschen vor dem Dienst in der Honvéd, wo ihn oft genug kleinliche Schikanen und Zurücksetzungen erwarteten, so daß die deutschen Mitglieder des ungarischen Reichstages wiederholt offiziell Einspruch gegen diese Behandlung erhoben. Andererseits war der Soldat der Waffen-SS der ungarischen Wehrhoheit entzogen, eine Tatsache, die in der späteren Gesetzgebung als Landesverrat ausgelegt werden sollte.

Die SS-Aktion begann 1941 zunächst mit einer illegalen, gegenüber den ungarischen Behörden getarnten Freiwilligenwerbung. Es wurden zum Beispiel junge gesunde und politisch zuverlässige Volksdeutsche auf Grund des Wiener Abkommens - das den Angehörigen der Volksgruppe den freien Verkehr mit dem großdeutschen Mutterland auf kulturellem Gebiet garantierte - zu Schulungskursen, HJ-Lagern oder Sportlehrgängen nach Deutschland eingeladen und dort zum freiwilligen Eintritt in die Waffen-SS überredet.

Nur die Wenigsten von ihnen hatten damals eine Vorstellung von der gefährlichen Bedeutung dieses Schrittes. Die allgemeine jugendliche Begeisterung, der Glaube, "für die gerechte Sache" zu kämpfen, vor allem aber das Bewußtsein, in der Waffen-SS anders als in der Honvéd als gleichwertig zu gelten, all dies erleichterte den jungen Volksdeutschen den Übertritt.

Nur einzelne verweigerten nach wochen- oder monatelanger Probezeit, in denen sie den verschiedensten Methoden nationalsozialistischer Beeinflussung ausgesetzt waren, die Unterschrift und den Fahneneid; sie wurden dann entlassen. Wer jedoch als Angehöriger der Waffen-SS desertierte und in die Heimat zurückkehrte, wurde in Ungarn als Ausländer behandelt und zu einer Gefängnisstrafe verurteilt.
Diese illegale Werbung hatte beschränkten Erfolg, es wurden doch nur wenige von ihr erfaßt. Daher nötigte die Reichsregierung dem ungarischen Staat ein Abkommen auf, das am 1. Februar 1942 unterzeichnet wurde und die Bildung von deutsch-ungarischen Musterungskommissionen vorsah. Diesen fiel die Aufgabe zu, die volksdeutschen Jahrgänge 1912-25 auszuheben. Die Gemusterten durften mit ihrem Einverständnis zur Waffen-SS eingezogen werden, sie konnten also ihrer Wehrpflicht in einem deutschen Truppenteil genügen. Unter dem Schutz dieses Abkommens setzte im Volksbund und in den Gliederungen der Volksgruppe, besonders in der DJ eine intensive Werbetätigkeit für die Freiwilligenmeldung zur Waffen-SS ein.
Ein zweites zwischenstaatliches Abkommen vom 1. Juni 1943 erweiterte den Kreis der Gemusterten auf Freiwillige bis zu 35 Jahren, erfaßte also noch sechs Jahrgänge zusätzlich. Trotz der angeblichen 20.000 Meldungen scheint die Zahl der tatsächlich Eingezogenen die Erwartungen bei weitem nicht erreicht zu haben, da von der Volksgruppe nichts über ihre Höhe veröffentlicht wurde.
Beide oben genannten Abkommen sahen, wenigstens formal, eine freiwillige Entscheidung vor, wenn auch der moralische Druck des Volksbundes und der Volksgruppenführung kaum eine Wahl ließ. Erst das letzte Übereinkommen dieser Art vom 14. April 1944 gestand ausdrücklich die Wahl der Truppengattung - ob ungarische Honvéd oder deutsche Waffen-SS - nicht mehr dem Gemusterten zu.
Es dehnte außerdem die Musterung auf alle Männer bis zu sechzig Jahren aus und bestimmte, daß der ungarischen Honvéd nur 10 % der Volksdeutschen als "technisches Personal" - d.h. als nicht frontverwendungsfähige Truppen - unterstellt blieben. Auf Grund dieses Abkommens konnten sogar Volksdeutsche aus dem stehenden ungarischen Heer herausgezogen und den Waffen-SS-Einheiten zugeteilt werden.
Damit waren die gesetzlichen Vorbedingungen für die zwangsweise totale Erfassung der volksdeutschen Wehrfähigen in Ungarn gegeben, und es begann neben der Überführung aus den ungarischen Wehrmachtseinheiten in die deutschen die planmäßige Aushebung aller nach den Maßstäben des letzten Kriegsjahres gerade noch Tauglichen. Die Zwangsrekrutierung erfaßte nicht mehr allein die Volksbundanhänger, sondern erstreckte sich auf alle, die automatisch vom Volksbund als zur deutschen Volksgruppe zugehörig betrachtet wurden.
In den Sommermonaten, von Juli bis Oktober 1944, wurden alle volksdeutschen Männer eingezogen, soweit sie nicht untauglich oder als Facharbeiter oder Funktionäre für unabkömmlich galten. Da aber die Dienstwilligen und die zum Dienste in der Waffen-SS Überredeten schon in den vorhergehenden Jahren sämtlich eingezogen worden waren, stieß diese letzte Aktion auf spürbaren passiven Widerstand.
Einzelne Gemusterte bezeichneten sich, wenn sie glaubhafte Beweise beschaffen konnten, als Madjaren, andere versteckten sich am Tage der Einberufung bei Madjaren oder in den Wäldern, oder sie benutzten die erste beste Gelegenheit zur Flucht oder Desertion. Die Masse der Gemusterten folgte zwar unwillig, aber diszipliniert den Gestellungsbefehlen und erlebte die Endphase des Krieges an den verschiedenen deutschen Fronten.
Der Zusammenbruch lieferte sie den Alliierten oder der Sowjetunion als Kriegsgefangene aus. Für die zurückgebliebenen Angehörigen wurde ihre Einberufung zu einer doppelten Belastung: einmal fehlten die Männer und Söhne ihren Familien in der kommenden Krisenzeit, zweitens aber galt in der späteren Einschätzung und Kategorisierung der Volksdeutschen der

Dienst in der Waffen-SS als faschistische Handlung und als Beweis für die Untreue gegen den ungarischen Staat.<<

19.11.1939

Anti-Hitler-Koalition: General Sikorski (polnischer Exil-Ministerpräsident) verkündet am 19. November 1939 bei einer Pressekonferenz in London (x039/225): >>... Großbritannien und Frankreich stimmen zu, daß Polen in erster Linie eine längere Meeresküste, als sie ihm im Versailler Vertrag zugestanden worden sei, benötige.<<

27.11.1939

UdSSR, Finnland: Als Finnland die Abtretung der Halbinsel Hangö und die Überlassung von Stützpunkten verweigert, kündigt Stalin am 27. November 1939 den sowjetisch-finnischen Nichtangriffspakt (x125/61).

29.11.1939

UdSSR: Stalin erklärt am 29. November 1939 in der "Prawda" (x046/146): >>1. Nicht Deutschland hat Frankreich und England angegriffen, sondern Frankreich und England haben Deutschland angegriffen und damit die Verantwortung für den gegenwärtigen Krieg auf sich genommen;

2. Nach dem Ausbruch der Feindseligkeiten hat Deutschland Frankreich und England Friedensvorschläge gemacht, und die Sowjetunion hat die Friedensvorschläge Deutschlands öffentlich unterstützt, weil sie dachte und immer noch denkt, ein rasches Ende des Krieges würde die Lage aller Völker radikal erleichtern;

3. Die herrschenden Kreise Frankreichs und Englands haben Deutschlands Friedensvorschläge und die Bemühungen der Sowjetunion nach rascher Beendigung des Krieges in verletzender Weise zurückgewiesen. Das sind Tatsachen.<<

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über Stalins Unterstützung des NS-Regimes (x046/147-148): >>... Die Partnerschaft und Komplizenschaft Stalins und Hitlers zeigte sich nicht nur darin, daß die Sowjetunion aktiver Mithandelnder war bei der gewaltsamen Umgestaltung der staatlichen Verhältnisse in Osteuropa, sondern daß sie das Deutsche Reich auch in seinem Kampf gegen die Westmächte politisch, wirtschaftlich und militärisch aktiv unterstützte.

Die maritime Hilfeleistung für die deutsche Seekriegführung gegen England, die auf Geheiß Moskaus von der Kommunistischen Partei Frankreichs unternommene Sabotierung der französischen Kriegsanstrengungen, das durch keinerlei Rücksichten gehemmte Bestreben der Sowjetregierung, die durch die Waffenerfolge Deutschlands in Europa geschaffene Lage völkerrechtlich zu sanktionieren, und schließlich die gigantischen strategischen Wirtschaftslieferungen an das Reich alle diese Vorgänge sind bereits hinreichend bekannt und brauchen an dieser Stelle nicht mehr wiederholt zu werden. Nur einige markante Äußerungen seien angeführt, um die Haltung des Sowjetstaates zu charakterisieren.

Da es in sowjetischer Sicht allein die Westmächte waren, die eine Fortsetzung des Krieges wünschten, wurde die Besetzung Dänemarks und Norwegens durch die deutschen Truppen im Frühjahr 1940 als ein berechtigter Gegenzug gegen die von Großbritannien und Frankreich betriebene Ausweitung des Krieges auf Nordeuropa gewertet. Molotow hatte der Reichsregierung am 9. April 1940 in aller Form das Verständnis der Sowjetunion für die, wie er sich ausdrückte, Deutschland "aufgezwungenen ... Verteidigungsmaßnahmen" ausgesprochen und ihr hierbei "vollen Erfolg" gewünscht.

Die auflagenstärksten Zeitungen der UdSSR, das Parteiorgan PRAVDA, das Regierungsorgan IZVESTIJA und das Gewerkschaftsorgan TRUD, kommentierten die Vorgänge in Skandinavien in der Weise, daß sie schrieben, England und Frankreich seien in die neutralen Gewässer der skandinavischen Länder 'eingefallen', um Deutschlands militärische Lage zu unterminieren.

Angesichts der Tatsache, daß die Westmächte "die Souveränität der skandinavischen Staaten verletzt", die "Kriegshandlungen auf Skandinavien ausgedehnt" hätten, sei eine Diskussion der Rechtmäßigkeit des Deutschland aufgezwungenen Vorgehens eine 'Lächerlichkeit'. England und Frankreich hätten die "ganze Schwere der Verantwortung für die Ausdehnung der Kriegshandlungen nach Skandinavien auf sich genommen".
In seiner Rede vor dem Obersten Sowjet am 31. Juli 1940 erklärte Molotow in aller Offenheit, ohne indirekte Unterstützung durch die UdSSR hätte Deutschland seinen Machtbereich nicht auf Skandinavien und Westeuropa ausdehnen können.
Auch für die deutschen Angriffe auf die neutralen Länder Holland und Belgien fand die Sowjetregierung nur verstehende und verteidigende Worte. PRAVDA und IZVESTIJA, von Stalin persönlich instruiert, verwiesen darauf, es hätte schon lange zu den Plänen des anglo-französischen Blockes gehört, auch Holland und Belgien "in den imperialistischen Krieg hineinzuziehen".
Deutschland habe infolgedessen vor der Notwendigkeit gestanden, einen Gegenschlag gegen den von den Westmächten geplanten Einmarsch in das Reichsgebiet zu führen. Nicht Deutschland, sondern England und Frankreich hätten somit "zwei weitere kleine Länder in die Flammen des imperialistischen Krieges" gestoßen.
Ebenso wurde die deutsche Westoffensive gegen Frankreich in Moskau 1940 durchaus nicht als 'Einfall faschistischer Truppen', sondern als eine meisterhaft angelegte und durchgeführte strategische Operation gefeiert. Als Frankreich niedergeworfen war, sprach Molotow dem deutschen Botschafter Graf von der Schulenburg "die wärmsten Glückwünsche der Sowjetregierung zu diesem glänzenden Erfolg der deutschen Wehrmacht" aus.
Die Sowjetunion hatte sich in der Rolle eines 'wertvollen Sekundanten' Deutschlands begriffen, und Botschafter Graf von der Schulenburg berichtete nach Berlin, die Verlautbarungen des sowjetischen Presse- und Propagandaapparates während der Operationen in Frankreich hätten den "besten Erwartungen" der Deutschen entsprochen. Molotow sollte mehrfach, so in seiner Rede vom 31. Juli 1940 und in seinen Unterredungen mit Hitler im November 1940, daran erinnern, daß die deutsch-sowjetischen Abkommen von 1939 "nicht ohne Einfluß auf die großen deutschen Siege gewesen seien".
Die Komplizenschaft Stalins und Hitlers auf dem Weg in den Zweiten Weltkrieg und in der ersten Kriegsphase war mit dem 22. Juni 1941 abrupt beendet. Ohne eigenes Zutun fand sich die Sowjetunion unversehens im Kreise der Staaten wieder, die sich Deutschlands zu erwehren hatten und sich im Kriege mit dem Reich befanden, eine, wie Stalin schon in seiner Rede vom 3. Juli 1941 aussprach, überaus günstige Situation, "ein ernster Faktor von langer Dauer, auf dessen Grundlage sich die militärischen Erfolge der Roten Armee im Kriege gegen das faschistische Deutschland entwickeln müssen".
Deutschland hatte sich, so Stalin, "in den Augen der ganzen Welt als blutiger Aggressor entlarvt", aus welchem Grunde nach Stalin "die besten Menschen Europas, Amerikas und Asiens ... der Sowjetregierung ihre Sympathien entgegenbringen, die Handlungsweise der Sowjetregierung billigen und erkennen, daß unsere Sache gerecht ist ... "
Von nun an gab es nur noch zwei klar voneinander geschiedene Kriegsparteien, die Angreifer, mit Deutschland an der Spitze, und die Angegriffenen, deren sichtbarstes Opfer jetzt ironischerweise die Sowjetunion geworden war. Diese günstige politische Lage wußte die Sowjetführung vom ersten Kriegstage an in einer noch nicht dagewesenen Hemmungslosigkeit auszunutzen, indem sie nun auch die Propaganda als Waffe voll in den Dienst der Kriegsanstrengungen stellte.<<

30.11.1939

UdSSR, Finnland: Der sowjetisch-finnische Winterkrieg beginnt.
30 sowjetische Divisionen dringen am 30. November 1939 ohne Kriegserklärung auf breiter

Front in Finnland ein, aber die finnischen Soldaten (ca. 215.000 Mann) wehren sich erbittert.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den "Winterkrieg" zwischen Finnland und der Sowjetunion (x051/648): >>Winterkrieg, Bezeichnung für die Feindseligkeiten zwischen Finnland und der Sowjetunion vom 30.11.39-12.3.40.
Moskau hatte im Oktober 39 von Finnland, das im Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffsvertrag zur sowjetischen Interessensphäre geschlagen worden war, Stützpunkte für die Rote Armee und Grenzkorrekturen ultimativ gefordert und war nach Ablehnung zum Angriff übergegangen. Der erwartete rasche finnische Zusammenbruch blieb aus, obwohl die Sowjets mit 450.000 Mann und massiver Luft- und Panzerunterstützung gegen die kaum gerüstete finnische Reservistenarmee von 215.000 Mann antraten.
Arktische Kälte (bis -50° C) und das nach den stalinistischen Säuberungen geschwächte Offizierskorps verhinderten sowjetische Erfolge. Erst die Mobilisierung weiterer 500.000 Rotarmisten unter Marschall Timoschenko brachte die Entscheidung im Winterkrieg, allerdings nicht im von Stalin gewünschten Umfang. Er sah sich zum raschen Frieden gezwungen wegen britisch-französischer Planungen für ein Einsatzkorps, das zugleich Deutschland von den schwedischen Erzlieferungen hätte abschneiden können.
Mit dem Verlust von – nach sowjetischen Angaben – (finnische Verluste 25.000 Tote) 207.000 Soldaten erkaufte die Sowjetunion Gebietsgewinne von 35.000 km², einige Stützpunkte und einen Nichtangriffsvertrag, den Finnland am 26.6.41 nach dem deutschen Angriff gegen Rußland kündigte, einem Angriff, den Hitler nicht zuletzt wegen des Versagens der Roten Armee im Winterkrieg wagte.
Das OKW hatte schon am 31.12.39 festgestellt, die sowjetischen Streitkräfte seien "kein Gegner".<<

November 1939

Polen: Bis November 1939 werden bereits rund 135.000 Polen mit brutaler Rücksichtslosigkeit und gnadenloser Härte "umgesiedelt" (x020/40).

14.12.1939

Schweiz: Der Völkerbund verurteilt am 14. Dezember 1939 die Sowjetunion als Aggressor (sowjetisch-finnischer Krieg), schließt die UdSSR aus dem Verband der Liga aus und fordert zur Unterstützung Finnlands auf (x125/173).

20.12.1939

Anti-Hitler-Koalition: Die polnische Exilregierung ruft am 20. Dezember 1939 zur Befreiung Polens auf und verlangt gleichzeitig "neue polnische Grenzen", die die künftige Sicherheit Polens gewährleisten und einen unmittelbaren, breiten Zugang zum Meer berücksichtigen (x064/159).

Dezember 1939

NS-Regime: Ein nordamerikanischer Deutschlandexperte berichtet Ende 1939 über die allgemeine Stimmungslage der deutschen Bevölkerung (x023/211): >>... Irgend etwas im deutschen Charakter, wenigstens in großen Teilen des Volkes, neigt zur Heroisierung und zur fanatischen Verteidigung des angehimmelten Kaisers oder Hitlers oder sonst wessen. So hatten sich die meisten Deutschen einschließlich der Hitlergegner, tatsächlich eingeredet, Hitler werde alles "friedlich" gelingen, er werde diesen Krieg verhüten und wer weiß was noch vollbringen. Diese Leute haben einen tüchtigen Schock bekommen. ...
Manche Leute erzählten mir, 70 bis 90 Prozent der Bevölkerung seien gegen Hitler. Dahinter setzte ich mein Fragezeichen, und zwar nicht nur aus deutschen Erfahrungen. In jedem Lande ist eine Mehrheit der Leute im Grunde politisch indifferent und passiv. Sie verteidigen die Regierung nicht, aber sie stürzen sie auch nicht. ...
Ich glaube, daß vielleicht 60 Prozent dem System gleichgültig gegenüberstehen mit viel Kritik im Einzelnen, aber ohne jeden wirklichen Wunsch oder gar eine Aktivität, die Sache zu än-

dern. ... 20 Prozent sind aus irgendwelchen wirtschaftlichen und geistigen Gründen scharfe Gegner, ja Hasser des Systems und 20 Prozent würden es mit Gut und Blut verteidigen, meistens um ihrer eigenen Existenz willen. Das ist nicht eine starke Basis in Zeiten wie jetzt, aber diese 20 Prozent haben alle Waffen und alle Macht, und das ist ihre Kraft. In anderen Reihen muß der Teufel umgehen, ehe eine innere Katastrophe kommt.<<

Polen: Generaloberst Johannes Blaskowitz (1883-1948, Selbstmord, preußischer Berufsoffizier der "alten Schule") verfaßt Ende 1939 eine Denkschrift für Hitler und protestiert als "Oberbefehlshaber Ost" gegen die SD- und SS-Greuel in Polen (x025/170).

SD- und SS-Greuel sowie sowjetische "Säuberungsaktionen" in Polen

Ab Dezember 1939 wurde in Westpolen fast die gesamte polnische Führungsschicht inhaftiert oder z.T. sofort liquidiert. Das brutale Vorgehen der SS- und SD-Sondereinheiten wurde in erster Linie mit den polnischen Ausschreitungen gegen die volksdeutsche Bevölkerung begründet ("Bromberger Blutsonntag").

In den besetzten polnischen Gebieten war die Zivilbevölkerung permanent willkürlichen Umsiedlungen, Zwangsverschleppungen, Massenverhaftungen und brutalen Verhören ausgesetzt. Im gesamten Besatzungsgebiet wurde das kulturelle Leben der polnischen Bevölkerung lahmgelegt. Ungezählte polnische Zivilisten mußten unverantwortliche Demütigungen, rücksichtslose Diskriminierungen und schwerste Gewalttaten über sich ergehen lassen.

Die Sowjets führten in den ostpolnischen Gebieten ebenfalls systematische Enteignungen und Massenverhaftungen durch. Den sowjetischen "Säuberungsaktionen" im Jahre 1939/1940 fielen hauptsächlich die polnische Intelligenz (Akademiker und Ingenieure), aber auch wohlhabende Bürger und Bauern sowie Priester der Ostkirche zum Opfer, während im Jahre 1944 vor allem politische Gegner verfolgt wurden.

Nach polnischen Angaben kamen in Ost- und Westpolen insgesamt 22.392 Angehörige der polnischen Intelligenz um. Aufgrund der unterschiedlichen Bevölkerungsanteile in den deutschen und sowjetischen Besatzungsgebieten wurden wahrscheinlich mehr als 50 % aller Mordopfer durch deutsche SS- und SD-Einsatzgruppen umgebracht (x025/172).

Die exilpolnische Zeitung "Dziennik Polski" berichtet später, daß die "Befreiung" Polens im Jahre 1944 mehr Opfer gekostet habe als der deutsch-polnisch-sowjetische Krieg im Jahre 1939 (x026/18).

1939

NS-Regime: Im Jahre 1939 werden 926 Deutsche durch NS-Gerichte zum Tod verurteilt und hingerichtet (x090/289)

NS-Konzentrationslager (1939-1945)

In den 20 NS-Konzentrationslagern mit 165 Arbeitslagern sowie Zuchthäusern waren die Häftlinge den Gewalttaten der SS und der Gestapo bedingungslos ausgeliefert. Nach Ablösung der SS-Totenkopfverbände (bis 29.03.1936 "SS-Wachverband") bewachten allgemeine SS-Einheiten die Konzentrationslager (x051/583). Die Disziplin des SS-Personals war größtenteils äußerst mangelhaft. Mißhandlungen von Häftlingen und brutale Morde gehörten zum normalen KZ-Alltag. An diesen Gewalttaten beteiligten sich auch die Funktionshäftlinge (Kapos, überwiegend Kriminelle oder politische Häftlinge), die erbittert um die besten Machtpositionen innerhalb der Konzentrationslager kämpften.

In den NS-Konzentrationslagern wurden von 1933-1945 vermutlich etwa 750.000 bis 1,2 Millionen Deutsche interniert, davon waren ca. 500.000-600.000 politische Gefangene (x025/-151). Ungefähr 100.000 bis 150.000 deutsche KZ-Häftlinge wurden umgebracht (x025/151).

Der deutsche Staatsanwalt Willy Dreßen schreibt später über die "Konzentrationslager" (KZ) des NS-Regimes in den Jahren 1939-1945 (x051/325-326): >>(Konzentrationslager) ... Nach Kriegsausbruch wurden dann zunehmend ausländische Häftlinge aus den deutsch besetzten Gebieten – z.B. NN-Häftlinge (Nacht-und-Nebel-Erlaß) – in die Lager gebracht. Sie stellten

schließlich das Gros der Gefangenen.
Die verschiedenen Arten von Häftlingen wurden durch auf dem Kopf stehende Dreiecke (sogenannte Winkel) aus farbigem Stoff auf der Kleidung gekennzeichnet; die kriminellen Häftlinge hatten grüne, die politischen rote, die Asozialen schwarze, die Homosexuellen rosa und die Bibelforscher violette Winkel.
Die jüdischen Häftlinge waren daran zu erkennen, daß über dem jeweiligen Winkel ein gelbes Dreieck so aufgenäht wurde, daß sich insgesamt ein Davidstern ergab, während ausländische Häftlinge dadurch kenntlich gemacht wurden, daß der Anfangsbuchstabe ihrer jeweiligen Nationalität auf dem Winkel angebracht wurde. Bereits einmal Geflohene oder Fluchtverdächtige waren durch einen großen roten oder schwarzen sogenannten Fluchtpunkt auf Brust und Rükken besonders gekennzeichnet.
Da in den Lagern ein riesiges Reservoir an Zwangsarbeitern zur Verfügung stand, begann die SS eigene Wirtschaftsbetriebe zu gründen und errichtete im Februar 42 das Wirtschaftsverwaltungs-Hauptamt (WVHA) unter Leitung des späteren SS-Obergruppenführers Oswald Pohl, dem die Dienststelle des Inspekteurs der KZ unter der Bezeichnung "Amtsgruppe D" eingegliedert wurde.
Mit zunehmender Kriegsdauer machten die ständigen Bombardierungen die Verlagerung großer Teile der Rüstungsproduktion unter die Erde erforderlich, wodurch immer mehr Häftlinge und Zwangsarbeiter benötigt wurden. Die kleine Gruppe der KZ, die 1939 bestanden hatte – Dachau, Flossenbürg, Sachsenhausen, Buchenwald, Mauthausen und das Frauenlager Ravensbrück mit insgesamt 21.400 Häftlingen –, wuchs zu einem weit verzweigten System an, das auch die besetzten Länder einschloß. Überall dort, wo die Industrie Arbeitskräfte brauchte, wurden Außenkommandos (Nebenlager) eingerichtet. Die Zahl der Häftlinge in Buchenwald z.B. vergrößerte sich dadurch auf fast 525.000 im August 44 und betrug Anfang 45 schließlich über 600.000 Menschen.
Das Interesse des WVHA an der Ausnutzung der Arbeitskraft stand in gewisser Weise dem Interesse des RSHA auf Ausschaltung bzw. Umerziehung der politischen Gegner entgegen. Für die Häftlinge brachte die Unterstellung der KZ unter das WVHA jedoch kaum Vorteile. Nach einem Befehl Pohls vom April 42 sollte die Ausnutzung der Arbeitskräfte "im wahrsten Sinne des Wortes erschöpfend" gestaltet und Mahlzeiten, Appelle u.a. auf ein nicht mehr zu verdichtendes Mindestmaß beschränkt werden.
Seit September 42 wurden auch bestimmte Justizgefangene (Sicherungsverwahrte u.a.; Deutsche, Juden, Zigeuner, Russen, Polen u.a.) nach einer Vereinbarung zwischen Thierack und Himmler "zur Vernichtung durch Arbeit" in die KZ eingewiesen. Zudem wurden in den Lagern regelmäßig alle nicht mehr arbeitsfähigen Häftlinge ("Muselmänner") ausgesondert und in Tötungsanstalten der Euthanasie-Aktion oder Vernichtungslager transportiert und dort getötet. In vielen Fällen wurden sie auch in den Lagern selbst durch Giftinjektionen ermordet.
Die Häftlinge waren in den Lagern bedingungslos der Gewalt der SS und der Gestapo ausgeliefert. Nach der Eicke'schen Lagerordnung (Dachau) war die Verhängung von Strafen, Prügelstrafe, Pfahlhängen u.a. bis hin zur Todesstrafe, die allerdings – z.B. bei Fluchtversuchen – in der Regel vom RSHA angeordnet wurde, Sache des jeweiligen Lagerkommandanten. Eigenmächtige Tötungen und Mißhandlungen von Häftlingen waren ausdrücklich verboten. Es war den SS-Angehörigen sogar untersagt, Häftlinge zu berühren.
Trotz dieses eindeutigen Verbotes waren Häftlingsmißhandlungen und -tötungen (Erschlagen, Erhängen, Ertränken, zu Tode foltern u.a.) etwas Alltägliches. Neben den SS-Angehörigen waren an ihnen auch Funktionshäftlinge, namentlich die Kapos, beteiligt. Die Täter gingen regelmäßig straffrei aus. Von der Inspektion der KZ wurde diese Praxis geduldet.
Im übrigen waren die Lebensverhältnisse, was Hygiene, Kleidung, Verpflegung und ärztliche Versorgung anging, durchweg vollständig unzureichend und unmenschlich. Meist waren die

Häftlinge in zugigen Holzbaracken, in denen sich dreistöckige, primitive Etagenbetten befanden, untergebracht. In jedem Bett schliefen bis zu drei Häftlinge, denen oft nur eine einzige Decke zur Verfügung stand, auf Strohsäcken als Unterlage und manchmal sogar auf dem blanken Holz der Bettstatt. Die Kleidung bestand im allgemeinen – auch im Winter – nur aus dem dünnen, gestreiften Häftlingsanzug, der zudem sehr selten gewaschen wurde. Als Verpflegung gab es neben geringen Brotrationen v.a. Rüben- und Wassersuppen.
Zusammen mit den schlechten sanitären Verhältnissen, die immer wieder Seuchen hervorriefen, und mit den unmenschlichen Arbeitsverhältnissen führte das zu einer außerordentlich hohen Sterblichkeit, die auch durch die Aufforderung des WVHA (Schreiben Pohls vom 20.1.43), mit allen Mitteln die Arbeitskraft der Häftlinge zu erhalten, nicht gebremst werden konnte.
Darüber hinaus wurden Häftlinge auch zu zahlreichen medizinischen Menschenversuchen benutzt, die manchmal terminal angelegt waren, d.h. es stand von vornherein fest, daß die Versuchspersonen dabei zu Tode kommen würden.
Im Rahmen der Endlösung wurden einzelne Lager zur Tötung mittels Giftgas und zur Sonderbehandlung, d.h. Exekution "staatsfeindlicher Elemente" und russischer Kriegsgefangener (nach dem Kommissarbefehl vom 6.6.41), benutzt.
Kurz vor Kriegsende wurden die meisten KZ ins Innere des Reiches evakuiert. Im Chaos des Zusammenbruchs kamen dabei zahllose entkräftete Häftlinge in zum Teil offenen Gütertransportzügen ums Leben oder wurden – wenn sie auf Fußmärschen das Marschtempo nicht durchhalten konnten – von ihren Bewachern am Straßenrand erschossen. Viele starben in den total überfüllten Auffanglagern (nach Schätzungen insgesamt etwa ein Drittel der im Januar 45 registrierten Häftlinge).<<
Im Jahre 1939 verlassen weitere 80.000 Juden das Deutsche Reich.
Spätestens ab 1939 treibt das NS-Regime die Juden planmäßig aus dem Land, aber fast niemand ist bereit, die Heimatlosen aufzunehmen oder sagt ihnen, wo sie leben sollen.
UdSSR: Im Jahre 1939 muß die KPdSU 40 % der sowjetischen Parteifunktionäre aller Ebenen ersetzen (x058/89).
Von den 15 Politbüro-Mitgliedern der Lenin-Epoche leben 1941 nur noch Stalin, Andrejew, Molotow und Woroschilow. Die anderen ehemaligen Politbüro-Mitglieder der Lenin-Ära (wie z.B. Bucharin, Kamenew, Rykow, Sinowjew, Tomski, Trotzki) hat der sowjetische Alleinherrscher schon längst beseitigen lassen oder in den Selbstmord getrieben.
Das Zentralkomitee der KPdSU bestätigt und unterstützt im Jahre 1939 in einem vertraulichen Telegramm die Anwendung der Folter (x080/265): >>Das Zentralkomitee der Partei erklärt, daß die Anwendungen von Methoden physischen Drucks in der NKWD-Praxis seit 1937 zulässig ist, im Einklang mit einer Genehmigung durch das Zentralkomitee der Partei. ...
Bekanntlich wenden alle bürgerlichen Geheimdienste Methoden der physischen Beeinflussung gegen die Vertreter des sozialistischen Proletariats an, und das in der empörendsten Weise. Es stellt sich die Frage, warum der sozialistische Geheimdienst gegenüber den tollwütigen Agenten der Bourgeoisie, den Todfeinden der Arbeiterklasse und der Kolchosebauern humanitärer vorgehen sollte. Das Zentralkomitee der Partei ist der Meinung, daß physischer Druck nach wie vor angewendet werden muß, als eine Ausnahme bei bekannten und hartnäckigen Volksfeinden und als eine Methode, die sowohl gerechtfertigt als auch zweckmäßig ist.<<
Palästina: Die Briten schlagen im Jahre 1939 den langjährigen Aufstand der Araber in Palästina nieder, beugen sich aber danach den arabischen Forderungen und schränken ab 1940 die jüdische Einwanderung nach Palästina drastisch ein (x175/360).
Einwanderungsbeschränkungen für Palästina
Von 1933 bis zum Kriegsausbruch im September 1939 flohen rund 218.100 Juden, überwiegend Deutsche und Österreicher, nach Palästina (x055/507). Angesichts des drohenden Krie-

ges wurden die Araber ab 1938/39 zu wichtigen "Handelspartnern", denn sie besaßen die riesigen Ölvorräte. Im "Palästina-Weißbuch" vom Mai 1939 beschränkte die britische Regierung die Zahl der jüdischen Einwanderer für die folgenden 5 Jahre auf 75.000 Personen. Nach dem Kriegsbeginn sperrten die Briten systematisch alle Palästina-Zugänge und hinderten die jüdischen Auswandererschiffe oftmals gewaltsam an einer Landung. Spätestens jetzt bereuten es die jüdischen Politiker bitterlich, daß sie 1937 den britischen Kompromißvorschlag ("Peel-Plan" = Aufteilung Palästinas) abgelehnt und damit ihre letzte Chance leichtfertig verspielt hatten.
Die verzweifelten Juden betrachteten diese dramatischen Einwanderungsbeschränkungen für Palästina zu Recht als Verrat am jüdischen Volk und waren damals bereit, auch gegen Großbritannien zu kämpfen. Später kämpften jedoch etwa 30.000 jüdische Soldaten mit den Briten gegen deutsche Truppen im Nahen Osten und erlitten wegen ihrer fanatischen Pflichterfüllung äußerst hohe Verluste.
Der nordamerikanische Historiker David S. Wyman schreibt später in seinem Buch "Das unerwünschte Volk" über die Einwanderungsbeschränkungen für Palästina (x042/188-189): >>...
Die meisten Forderungen nach Rettungsmaßnahmen verlangten die Öffnung Palästinas. Die dortige jüdische Bevölkerung – sie zählte 50.000 Köpfe – war die einzige "Nation" der Erde, die bereit war, Massen jüdischer Flüchtlinge aufzunehmen.
Doch Großbritannien, das in Palästina als Mandatsmacht fungierte, hatte 1939 die Grenzen des Landes für jüdische Einwanderer praktisch geschlossen. Vorausgegangen waren zahlreiche Gewalttätigkeiten zwischen jüdischen Siedlern und arabischen Einwohnern, bei denen sich angesichts des Anwachsens der jüdischen Bevölkerung seit dem Ersten Weltkrieg Wut und Angst breitmachte.
Um die Unruhe unter den Arabern zu dämpfen – und nicht zuletzt um ihrer eigenen langfristigen Interessen im Nahen Osten willen – legte die britische Regierung im Mai 1939 ein sogenanntes Palästinenser-Weißbuch vor. Es beschränkte die Zahl der jüdischen Einwanderer nach Palästina auf 75.000 innerhalb der folgenden 5 Jahre. Auf diese Weise sollte sichergestellt werden, daß die Juden in Palästina nicht über einen Bevölkerungsanteil von einem Drittel hinauskommen würden, so daß die Araber die Gewißheit hätten, daß dort kein jüdischer Staat entstehe.
Bald darauf brach in Europa der Krieg aus, und die Nazis verschärften ihren Druck auf die Juden. Für Großbritannien war dies jedoch kein Anlaß, jene Restriktionen wieder aufzuheben oder auch nur zu lockern. Der Krieg bestärkte die Briten vielmehr in ihrer Entschlossenheit, die jüdische Einwanderung so niedrig wie möglich zu halten. Unruhen in der islamischen Welt konnten militärische Operationen stören, Nachschublinien gefährden oder britische Truppen durch polizeiliche Einsätze binden.
Die Briten wußten, daß ihnen von seiten der Juden keine Gefahr drohte, wohl aber potentiell von seiten der Araber. So wurde es zur Grundregel der britischen Palästina-Politik, die Araber nicht zu verprellen, auch wenn dies bedeutete, daß man verfolgten Juden den Zugang zur "nationalen Heimstätte" verwehrte, die Großbritannien dem jüdischen Volk in der Balfour-Deklaration versprochen hatte.
Nachdem die Weißbuch-Richtlinien in Kraft getreten waren, wurden immer wieder Schiffe mit vertriebenen oder geflohenen Juden an Bord von den Küsten Palästinas verjagt. Wenn Flüchtlinge das Land erreichten, landeten sie auf unabsehbare Zeit in Internierungslagern. so erging es beispielsweise 800 Juden, die sich aus Rumänien gerettet hatten und im März 1941 auf der "Darien" in Palästina anlandeten. Einige Monate zuvor waren 1.600 "illegal" an Land gegangene Flüchtlinge auf die Insel Mauritius im Indischen Ozean deportiert worden. Einige der altersschwachen Flüchtlingsschiffe verschwanden auf dem Weg nach Palästina; die "Salvator" beispielsweise sank im Marmarameer und riß 200 Menschen mit in die Tiefe.

... Im Oktober 1943, ein halbes Jahr vor Ablauf der Fünfjahresfrist, waren von den 75.000 Plätzen noch 31.000, das heißt mehr als 40 Prozent vakant. ...<<

1940

Wann gibt es wieder Schlagsahne? Wenn alle Hitlerbilder entrahmt sind.
NS-Spottvers

09.01.1940

Großbritannien: Der britische Premierminister Chamberlain erklärt am 9. Januar 1940 während einer Rede, daß er das deutsche Volk nicht vernichten will (x103/150): >>Wir lassen uns unsererseits nicht von ... Rachsucht leiten. (Beifall)
Die Behauptung, die Alliierten wünschten das deutsche Volk auszurotten, stellt eine phantastische und bösartige Erfindung dar, die allein auf innenpolitische Beweggründe zurückzuführen sein kann.<<

11.01.1940

NS-Regime: Der Führer verschärft am 11. Januar 1940 die Geheimhaltungspflicht der NS-Organisationen.
Hitler, der fast allen höheren Wehrmachtsoffizieren mißtraut, erläßt am 11. Januar 1940 den "Grundsätzlichen Befehl Nr. 1" (x033/51): >>... § 1 Niemand: keine Dienststelle, kein Offizier, dürfen von einer geheim zu haltenden Sache erfahren, wenn sie nicht aus dienstlichen Gründen unbedingt davon Kenntnis erhalten müssen. ... (Sie dürfen nicht mehr erfahren), als für die Durchführung ihrer Aufgabe unbedingt nötig ist.<<

21.01.1940

USA: Nahum Goldmann (1895-1982, von 1929-40 Vertreter der Jewish Agency beim Völkerbund in Genf) erklärt am 21. Januar 1940 während einer Rede in Chicago (x172/187): >>... Wenn der Krieg in Europa noch ein Jahr fortdauert, werden 1 oder 2 Millionen polnischer Juden verhungert oder von den Nazischergen umgebracht worden sein.<<

26.01.1940

Polen: Der letzte Treck mit umgesiedelten Wolhynien-Deutschen verläßt am 26. Januar 1940 bei Przemysl die ostpolnischen Gebiete.

06.02.1940

Polen: Generaloberst Blaskowitz ("OB Ost") protestiert am 6. Februar 1940 in einer 2. Denkschrift gegen die SD- und SS-Greuel in Polen (x029/246): >>... Die Einstellung der Truppe zur SS und Polizei schwankt zwischen Abscheu und Haß. Jeder Soldat fühlt sich angewidert und abgestoßen durch diese Verbrechen, die in Polen von Angehörigen des Reiches und Vertretern der Staatsgewalt begangen werden. Er versteht nicht, wie derartige Dinge, zumal sie sozusagen unter seinem Schutz geschehen, ungestraft möglich sind.<<
Hitler läßt General Blaskowitz später an die Westfront versetzen (x029/246).
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Johannes Blaskowitz (x051/_77): >>Blaskowitz, Johannes, geboren in Peterswalde (Ostpreußen) 10.7.1883, gestorben in Nürnberg 5.2.1948, deutscher Generaloberst (1.10.39); 1901 Eintritt ins Heer, 1916 Generalstabsdienst, 1919 in die Reichswehr übernommen, 1932 Generalmajor, 1933 Generalleutnant und Inspekteur der Waffenschulen, 1936 General der Infanterie.
Blaskowitz führte im Polenfeldzug die 8. Armee und wurde im Oktober 39 Oberbefehlshaber Ost. In dieser Eigenschaft verfaßte er zwei Denkschriften über SS- und Partei-Greuel in Polen, fiel in Ungnade und blieb trotz Wiederverwendung (Oktober 40 - Mai 44: 1. Armee in Frankreich) unbefördert. Mehrfach Oberbefehlshaber von Heeresgruppen, erhielt Blaskowitz am 7.4.45 den Oberbefehl in der "Festung Holland", wo er in Absprache mit den Alliierten die Versorgung der Zivilbevölkerung sicherte.

Nach der Kapitulation in mehreren Lagern, dann Anklage wegen angeblicher Kriegsverbrechen. Dem Verfahren entzog sich Blaskowitz durch Selbstmord.<<
Oberst Jozef Beck (1894-1944, ehemaliger polnischer Außenminister von 1932-1939) erklärt am 6. Februar 1940 (x1.001/30): >>… Einer der Hauptverantwortlichen für die Tragödie meines Landes ist der Vatikan. Zu spät erkannte ich, daß wir eine Außenpolitik betrieben hatten, die lediglich der egoistischen Zielsetzung der katholischen Kirche diente."<<

09.02.1940

Großbritannien: Churchill versichert der NS-Führung am 9. Februar 1940 (x024/111): >>Wir lehnen jeden Versuch von außen ab, Deutschland zu zerstückeln. Wir sind nicht auf Demütigung oder Verstümmelung ihres Landes aus. Wir wünschen aus ganzem Herzen, Sie ohne Verzögerung in die friedliche Zusammenarbeit zivilisierter Nationen einzubeziehen.<<

10.02.1940

Polen: Der sowjetische NKWD-Geheimdienst beginnt am 10. Februar 1940 mit der systematischen "Säuberung der besetzten ostpolnischen Gebiete".
Der ungarisch-schweizerische Historiker Peter Gosztony (1931-1999) schreibt später über die sowjetischen Gewalttaten in Ostpolen (x264/20): >>... Während man die ehemalige ländliche Oberschicht – die Gutsbesitzer und die Großbauern - liquidierte, wurden auch zahlreiche andere Polen vom 10. Februar 1940 an per Bahn ins Innere der UdSSR deportiert, offiziell "Umsiedlung" genannt. In fünf großen Wellen fuhren in der Folge Deportationszüge nach Nord-Rußland, nach Sibirien und nach Mittelasien. "Umgesiedelt" wurden mehr als 1,2 Millionen Menschen (die in der Regel als Gepäck nur ein Bündel mitnehmen durften). ...
Es ging hier nicht nur um sogenannte "Klassenfeinde", sondern um Leute aus allen Bevölkerungsschichten, von ehemaligen Beamten bis zu Flüchtlingen, die im östlichen Polen Schutz vor den Kriegshandlungen gesucht hatten. Auch Kommunisten entgingen diesen Verfolgungen nicht! Sie waren den Sowjetbehörden besonders suspekt, nachdem die polnische KP 1938 von der Kommunistischen Internationale als "Sammelsurium von Polizeispitzeln" und "Trotzkisten" aufgelöst worden war.
Nach heute noch gültigen Angaben von vertrauenswürdigen exilpolnischen Kreisen haben rund 760.000 Menschen die sowjetische "Umsiedlung" von 1939/41 mit ihrem Leben bezahlt. Ihr einziges Vergehen bestand darin, daß sie polnischer Nationalität waren. ...<<

29.02.1940

Palästina: Die britische Regierung läßt am 29. Februar 1940 Palästina in 3 Zonen aufteilen, um die zahlreichen Konflikte zwischen den arabischen Siedlern und den jüdischen Einwanderern zu beenden. Die Einwanderungszahlen für jüdische Einwanderer werden danach drastisch reduziert (x175/360).

12.03.1940

UdSSR: Die sowjetisch-finnischen Kämpfe enden am 12. März 1940 mit dem "vorläufigen Frieden von Moskau".
Finnland muß die gesamte Karelische Landenge mit der Stadt Wiborg, das westliche und das nördliche Ufer des Ladoga-Sees, einige Inseln im Finnischen Meerbusen, die Stadt Kuolojärvi sowie einen Teil der Fischer-Halbinsel an die UdSSR abtreten und die Hafenstadt Hangö für 30 Jahre an die Sowjetunion verpachten.
Verluste des sowjetisch-finnischen Krieges: Finnland = 24.923 Tote, UdSSR = 48.745 Tote (x040/24).

09.04.1940

Westkrieg: Um eine britische Invasion an der norwegischen Küste zu verhindern und um die für die deutsche Rüstungsindustrie wichtigen Erzlieferungen aus Schweden zu sichern, marschieren am 9. April 1940 deutsche Truppen in Dänemark und in Norwegen ein ("Weserübung").

Hitler fürchtet, daß sich die Alliierten in Skandinavien festsetzen und die Erzlieferungen aus dem eisfreien Hafen von Narvik verhindern könnten. Dänemark wird damals fast kampflos besetzt und behält seine eigene Regierung.
Der deutsche Historiker Gerhard Hümmelchen schreibt später über den "Norwegenfeldzug" (x051/421): >>Norwegenfeldzug, zusammenfassende Bezeichnung für die militärischen Operationen der deutschen Wehrmacht zur Besetzung Dänemarks und Norwegens vom 9.4.-9.6.40.
Der Norwegenfeldzug sollte den deutschen Erznachschub über den nordnorwegischen Hafen Narvik und die Ostseezugänge sichern. Beides war gefährdet durch alliierte Planungen (5.2.40) zur Entsendung eines Hilfskorps (drei bis vier Divisionen) für Finnlands Winterkrieg. Zwar durchkreuzte der Moskauer Friede vom 12.3.40 dieses Vorhaben, doch wurde die alliierte Skandinavien-Operation neu angesetzt für den 8.4.
Dem wollte Hitler zuvorkommen und gab am 1.3.40 Weisung zur Besetzung Dänemarks und Norwegens (Unternehmen "Weserübung"), die am 9.4. anlief, gesichert von allen fahrbereiten Schiffen der Kriegsmarine: zwei Schlachtschiffe, sieben Kreuzer, 14 Zerstörer, acht Torpedoboote und 31 U-Boote. Die Luftsicherung übernahm das X. Fliegerkorps mit 430 Maschinen. Als Gruppe XXI (General von Falkenhorst) wurden nach und nach auf dem See- und Luftweg sieben deutsche Divisionen in Oslo, Kristiansand, Stavanger, Bergen und Narvik gelandet.
Dänemark wurde fast kampflos besetzt, Norwegen setzte sich mit sechs Divisionen zur Wehr und bekam Hilfe von britischen, französischen und polnischen Truppen, die zwischen 14. und 18.4. bei Harstad, Namsos und Andalsnes landeten.
V. a. die deutschen Gebirgsjäger und Marinesoldaten unter General Dietl in Narvik gerieten in eine schwierige Lage. Sie hielten sich aber gegen überlegene alliierte Kräfte, bis diese aufgrund des Frankreichfeldzuges vom 3.6. an zurückgezogen werden mußten.
Am 9.6. ordnete König Haakon die Einstellung der Feindseligkeiten an. Die deutsche Kriegsmarine hatte drei Kreuzer, zehn Zerstörer, ein Torpedoboot und vier U-Boote verloren, die Alliierten einen Flugzeugträger, zwei Kreuzer, neun Zerstörer und fünf U-Boote.
Deutschland beklagte 3.692 Tote, Großbritannien 3.349, Norwegen 1.355, Frankreich und Polen 530 und Dänemark 26.<<

25.04.1940

Westkrieg: Nach einem britischen Luftangriff gegen Heide in Holstein gibt das Oberkommando der Wehrmacht am 25. April 1940 bekannt (x172/195): >>... Der Feind hat einen Luftkrieg gegen unverteidigte Ziele eröffnet.<<

30.04.1940

Polen: In Lodz (Westpolen) richten SS-Einheiten am 30. April 1940 das erste bewachte Ghetto für Juden ein.

10.05.1940

Westkrieg: In Westeuropa beginnt am 10. Mai 1940 die erwartete deutsche Großoffensive.
Von der Nordsee bis nach Luxemburg greifen 2 deutsche Heeresgruppen nach dem "Manstein-Plan" an. Die massierten deutschen Panzereinheiten und motorisierten Infanteriedivisionen, die von starken Luftwaffenverbänden unterstützt werden, überrennen die neutralen Staaten Holland, Belgien und Luxemburg ohne Kriegserklärung.
Der deutsche Historiker Gerhard Hümmelchen schreibt später über den "Frankreichfeldzug" (x051/185-186): >>Frankreichfeldzug, Bezeichnung für die militärischen Operationen im Westen nach dem deutschen Angriff am 10.5.40 bis zum Zusammenbruch Hollands (14.5.), Belgiens (28.5.) und Frankreichs (22.6.).
Nach den britischen und französischen Kriegserklärungen vom 3.9.39, die auch nach dem deutschen Sieg im Polenfeldzug aufrechterhalten blieben, kam es zunächst zum Sitzkrieg, währenddessen die deutschen Vorbereitungen für einen Frankreichfeldzug (Fall "Gelb") anlie-

fen; erster unausgereifter Plan 19.10.39. Die endgültige Fassung des Operationsplans stammte von General von Manstein, abgestimmt mit dem Panzerexperten Guderian, und wurde am 24.2.40 vom OKH als neue Aufmarschanweisung ("Sichelschnitt") vorgelegt.
Manstein sah einen Frankreichfeldzug in zwei Phasen vor: Vorstoß mit Schwerpunkt südlich Namur gegen Somme und Kanalküste, damit Vernichtung der alliierten Armeen in Belgien, und nach Umgruppierung Vormarsch aller Kräfte nach Süden und Zerschlagung der übrigen alliierten Verbände. Die Mißachtung der Neutralität der Benelux-Staaten war Teil des Plans.
Revolutionär an dem Vorhaben, das in der deutschen Generalität höchst skeptisch beurteilt wurde, war der Stoß von Panzerkorps durch die dicht bewaldeten, wegearmen Ardennen – wie sich zeigen sollte, der Angelpunkt der alliierten Niederlage. Manstein rechnete nämlich mit einem feindlichen Vorrücken durch Belgien, wie es im sogenannten "Dyle-Plan" vorgesehen war.
Trotz der belgischen und niederländischen Neutralitätserklärungen beschloß das alliierte Oberkommando unter General Gamelin am 23.11.39 diesen Vorstoß mit Verlängerung des rechten Flügels nach Südholland hinein für den Fall einer deutschen Invasion.
Der deutsche Aufmarsch sah bei Angriffsbeginn daher so aus: Im Norden Heeresgruppe B (Generaloberst von Bock) gegen die niederländische Armee (General Winkelman), die belgische Armee (König Leopold III.) und die französische Heeresgruppe 1 (General Bilotte) mit dem britischen Expeditionskorps (General Lord Gort), d.h. 29 deutsche gegen rund 60 alliierte Divisionen.
Das Angriffsschwergewicht lag bei den Panzergruppen der Heeresgruppe A (Generaloberst v. Rundstedt) im Mittelabschnitt gegen die 9. und 2. französische Armee, d.h. 45 deutsche gegen 18 französische Divisionen. Im Süden marschierte im Westwall und an der Oberrheinfront die Heeresgruppe C (Generaloberst v. Leeb) auf gegen die französischen Heeresgruppen 2 (General Prételat) und 3 (General Besson), d.h. 19 deutsche gegen 27 französische Divisionen. Die deutschen Luftflotten 2 und 3 sicherten die Operationen mit 2.288 Maschinen gegen 1.604 französische und 581 britische Flugzeuge.
Trotz der alliierten Panzerüberlegenheit (3.373 gegen 2.445) nahm der Frankreichfeldzug den geplanten Verlauf. Nach Luftlandungen in der "Festung Holland" und verheerendem Luftangriff auf Rotterdam (900 Opfer) brach der niederländische Widerstand am 14.5. zusammen (2.890 Tote, 29 Vermißte, 6.899 Verwundete).
Am 16.5. durchbrach die Heeresgruppe B die Dyle-Stellung, am 17. fiel Brüssel, am 19. war Abbeville und am 20. die Somme-Mündung erreicht. Der alliierte Oberbefehlshaber Gamelin wurde am 19.5. durch General Weygand ersetzt. Nach nur zehn Tagen waren nun alle nördlich des "Sichelschnitts" kämpfenden alliierten Divisionen abgeschnitten, die belgische Armee kapitulierte am 28.5. mit 500.000 Mann (7.500 Tote, 15.850 Verwundete). Daß 338.226 britische und französische Soldaten aus dem Kessel von Dünkirchen entkommen konnten, lag u.a. am Haltebefehl Hitlers für die Panzer am 24.5.
Am 5.6. begann mit der zweiten Operationsphase ("Rot") der eigentliche Frankreichfeldzug. Die Heeresgruppe B erreichte am 9.6. die untere Seine, am 14. fiel Paris kampflos, am 16. durchbrach die Heeresgruppe C die Maginot-Linie. Als am 17.6. deutsche Panzer die Schweizer Grenze erreichten, war die Masse des französischen Heeres eingeschlossen.
Der italienische Angriff an der Alpenfront nach Kriegserklärung an Frankreich (10.6.) blieb erfolglos. Am 16.6. bot der britische Premierminister (seit 10.5.40 Churchill) der nach Bordeaux ausgewichenen französischen Regierung die Union beider Staaten an, um den Krieg von den Kolonien aus weiterzuführen und die starke französische Schlachtflotte für Großbritannien zu sichern. Das französische Kabinett lehnte ab und trat zurück, Pétain wurde neuer Regierungschef und suchte am 17.6. um Waffenstillstand nach, der am 22.6. im Wald von Compiègne unterzeichnet wurde (mit Italien am 24.6. in Rom).

Frankreich hatte 92.000 Tote und 200.000 Verwundete zu beklagen, die Wehrmacht 27.074 Tote, 18.383 Vermißte und 111.034 Verwundete. Die britische Armee verlor 68.111 Mann, 1,9 Millionen alliierte Soldaten gingen in Gefangenschaft.
Frankreich blieb von deutschen Truppen bis zur Linie westlich und nördlich von Genf – Dôle – Tours - Mont de Marsan - spanische Grenze besetzt. Die Regierung Pétain amtierte fortan in Vichy. In London rief de Gaulle zur Fortsetzung des Kampfes auf (Résistance) und bildete eine Exilregierung. Hitler aber schien endgültig die Hegemonie über Kontinentaleuropa errungen zu haben.<<

11.05.1940

Großbritannien: Die britische Regierung beschließt am 11. Mai 1940 die "Eröffnung der strategischen Luftoffensive" gegen das Deutsche Reich (x040/29).
Der britische Luftwaffenexperte James Spaight schreibt später über die "Eröffnung der strategischen Luftoffensive" (x172/201-202): >>... Das Bomber Command zog am 11. Mai 1940 in den Krieg. Bis dahin hatte es nur Krieg gespielt. Nun begannen wir, Ziele im deutschen Kernland zu bombardieren, bevor die Deutschen es in England taten.<<

13.05.1940

Großbritannien: Winston Churchill erläutert am 13. Mai 1940 während einer Unterhausrede das britische Regierungsprogramm (x105/250): >>Ich möchte diesem Hohen Hause das Gleiche sagen wie denen, die meiner Regierung beigetreten sind. "Ich habe nichts zu bieten außer Blut, Mühsal, Tränen und Schweiß."
Vor uns liegt eine der schwersten Prüfungen. Vor uns liegen viele, viele Monate des Kämpfens und Leidens.
Sie fragen, was unsere Politik sei?
Ich sage darauf: Krieg zu führen, Krieg zur See, zu Lande und zur Luft, mit aller Macht und aller Kraft, die uns Gott schenken kann: Krieg zu führen gegen eine ungeheuerliche Tyrannei, die auf der schwarzen, traurigen Liste menschlicher Verbrechen unübertroffen ist. Das ist unsere Politik.
Sie fragen, was unser Ziel sei?
Ich kann darauf mit einem einzigen Wort erwidern: Sieg - Sieg um jeden Preis, Sieg trotz allem Terror, Sieg, wie weit und beschwerlich der Weg auch sein mag; denn ohne Sieg gibt es kein Fortbestehen.
Lassen Sie uns klar erkennen; kein Fortbestehen des Britischen Empire, kein Fortbestehen dessen, wofür das Britische Empire steht, kein Fortbestehen des Antriebs und Impulses der Jahrhunderte, der die Menschheit zu ihrem Ziel vorantreibt. Aber ich übernehme meine Aufgabe mit Tatkraft und Hoffnung. Ich bin sicher, daß unsere Sache nicht dem Untergang preisgegeben wird, hier auf Erden. In diesem Augenblick glaube ich, die Mithilfe aller verlangen zu dürfen, und ich sage: "Kommt also, laßt uns mit vereinten Kräften vorwärtsgehen."<<

14.05.1940

Westkrieg: Infolge ungünstiger Nachrichtenverbindungen wird Rotterdam am 14. Mai 1940 trotz Friedensverhandlungen irrtümlich von 57 deutschen Bombern bombardiert (43 Flugzeuge brechen den Luftangriff noch rechtzeitig ab).
Der deutsche Luftangriff gegen die militärisch verteidigte Stadt Rotterdam, der über 900 Tote fordert, wird während der deutsch-niederländischen Kapitulationsverhandlungen zwar gestoppt, kann jedoch infolge unglücklicher Umstände nicht mehr verhindert werden (x040/29).
Der Luftangriff gegen Rotterdam ist ungeachtet der widrigen Umstände eine Handlung der militärischen Offensive, denn während des Angriffes der Luftwaffe belagern deutsche Truppen die Stadt.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den deutschen Luftangriff gegen Rotterdam (x051/503): >>Rotterdam, größte Hafenstadt der Niederlande mit rund

600.000 Einwohnern (1940).
Rotterdam wurde trotz bereits laufender Kapitulationsverhandlungen am 14.5.40 Opfer eines deutschen Luftangriffes (Kampfgeschwader 54), der nicht mehr rechtzeitig gestoppt wurde. Über 900 Menschen kamen ums Leben, die historische Altstadt wurde völlig zerstört. Rotterdam wurde wie Coventry im Luftkrieg zum Auftakt einer Kriegführung auch gegen die Zivilbevölkerung.<<

15.05.1940

Westkrieg: Der niederländische Oberbefehlshaber General Winkelmann unterzeichnet am 15. Mai 1940, um 11.45 Uhr, die Kapitulationsurkunde für die niederländischen Streitkräfte.
Königin Wilhelmina (1880-1962) flieht nach London und bildet dort eine Exilregierung.
Die holländischen Verluste betragen 2.890 Tote, 6.899 Verwundete und 29 Vermißte (x040/-29).

16.05.1940

Westkrieg: Am 16. Mai 1940 greifen erstmalig 99 britische Bomber Öllager und Bahnstrekken im Ruhrgebiet an.

19.05.1940

Westkrieg: Das "Deutsche Nachrichtenbüro" berichtet am 19. Mai 1940 über die britischen Luftangriffe (x033/83): >>Seit dem 10. Mai haben feindliche Bombenflugzeuge deutsches Reichsgebiet vielfach in tiefen Einflügen in zahlreichen Fällen mit Brand- und Sprengbomben teilweise schwersten Kalibers beworfen. Die Abwürfe erfolgten offensichtlich völlig wahllos. Zum Beispiel erfolgte ein Luftangriff mit Abwurf von Brandbomben auf das Kloster Marienberg bei Boppard, das als Mädchenpensionat benutzt wird. In Emmerich wurde das Krankenhaus von Bomben getroffen.<<

24.05.1940

Westkrieg: Obgleich die schnellen deutschen Panzertruppen (Generalfeldmarschall von Kleist) unaufhaltsam in Richtung französische Kanalküste vorstoßen, befiehlt Hitler am 24. Mai 1940 den überlegenen deutschen Panzertruppen, die erfolgreiche Offensive zu unterbrechen.
Generaloberst Guderian schreibt später über Hitlers Fehlentscheidung (x138/54): >>Wir waren sprachlos! ...<<
Angesichts der schweren Niederlagen erteilt der britische Kriegsminister Eden den sofortigen Evakuierungsbefehl für das britische Expeditionskorps. Hitler, der sich nach dem "Blitzkrieg" gegen Polen bereits für den "größten Feldherrn aller Zeiten" hält, läßt das vollständig geschlagene britisch-französische Heer (mehr als 300.000 Soldaten) bei Dünkirchen entkommen, weil er die "germanischen Vettern" wahrscheinlich nicht unnötig demütigen will und irrtümlich auf Englands Verständnis und Einsicht hofft (x023/427).
Hitlers "Halt-Befehl" ermöglicht jedenfalls nachweislich die Evakuierung der feindlichen Truppen ("Wunder von Dünkirchen").

27.05.1940

Westkrieg: Vom 27. Mai bis zum 4. Juni 1940 können über 215.000 Briten und 123.000 Franzosen mit Schiffen aus Dünkirchen abtransportiert werden, weil es der deutschen Luftwaffe ohne Unterstützung der Panzertruppen nicht gelingt, die Einschiffung der britischen Expeditionsarmee und der französischen Einheiten zu verhindern (x040/31-32).
Die Briten erweisen sich später trotz der deutschen Zurückhaltung bei Dünkirchen als äußerst "undankbare Vetter". Sie lehnen weiterhin alle Friedensverhandlungen ab und beginnen bereits einige Monate später einen gnadenlosen Bombenkrieg gegen die deutsche Zivilbevölkerung.

28.05.1940

Westkrieg: Die belgische Armee kapituliert am 28. Mai 1940 und geht in deutsche Kriegsge-

fangenschaft.
Verluste der Belgier: 7.500 Tote, 15.850 Verwundete (x040/31).

29.05.1940

Rumänien: Aufgrund der akuten sowjetischen Bedrohung und der großen militärischen Erfolge der deutschen Wehrmacht knüpft Rumänien am 29. Mai 1940 weitere Kontakte zum NS-Regime ("Öl-Waffen-Pakt").

30.05.1940

Italien: Als Frankreich bereits fast geschlagen ist, teilt Mussolini am 30. Mai 1940 seinen Entschluß mit, in den Krieg einzutreten (x040/31).

Mai 1940

Polen: In Polen beginnt die SS im Mai/Juli 1940 mit der Errichtung des Vernichtungslagers Auschwitz (x051/45).

09.06.1940

NS-Regime: Hitler fordert am 9. Juni 1940 während eines Gespräches mit einem US-Korrespondenten eine strikte Nichteinmischung der US-Regierung in die europäischen Angelegenheiten (x106/59): >>Deutschland hat territoriale Interessen oder politische Interessen auf dem amerikanischen Kontinent weder früher gehabt, noch besitzt es solche heute.
Wer das Gegenteil behauptet, lügt aus irgendwelchen Gründen vorsätzlich. Wie sich der amerikanische Kontinent daher sein Leben gestaltet, interessiert uns nicht. Diese gilt nicht nur für Nordamerika, sondern auch für Südamerika. ...
Ich sage daher: Amerika den Amerikanern, Europa den Europäern! ...
Wenn einige Völker – und an der Spitze sind es gerade England und Frankreich – erklären, überhaupt und ausschließlich in der ganzen Welt Interessen zu besitzen, dann ist dies ein Weltherrschaftsanspruch, den sich die erwachenden Völker auf die Dauer nicht bieten lassen. Deutschland ... wird nicht dulden, daß in seinem Lebensraum eine andere Macht hineinredet.<<

10.06.1940

Westkrieg: In Nordnorwegen kapitulieren am 10. Juni 1940 die norwegischen Truppen nach harten Kämpfen.
Die deutschen Verluste der "Weserübung" betragen 1.317 Tote, 2.375 Vermißte und 1.604 Verwundete (x040/33).

14.06.1940

UdSSR: Die sowjetische Regierung telegrafiert am 14. Juni 1940 an ihre Botschafter in Japan und China (x046/25): >>Wir würden allen Verträgen zustimmen, die einen Zusammenstoß zwischen Japan und den Vereinigten Staaten heraufbeschwören. ...<<

15.06.1940

UdSSR: Litauen, Estland und Lettland werden vom 15. bis zum 17. Juni 1940 von sowjetischen Truppen besetzt.

16.06.1940

Großbritannien: Winston Churchill schreibt am 16. Juni 1940 an die Regierungen der Commonwealth-Länder, daß Großbritannien einen "Kampf auf Leben und Tod" führen wird (x172/224): >>... Ich glaube fest daran, daß die Vereinigten Staaten im Falle eines erbitterten Kampfs und Gemetzels auf unserer Insel in den Krieg eintreten werden.
Ich vertraue darauf, daß die Vereinigten Staaten fest an unserer Seite stehen, bis das Hitlerregime unter dem Druck zusammenbricht.<<

18.06.1940

Anti-Hitler-Koalition: Der französische Staatsmann und General Charles de Gaulle (1890-1970, organisiert im Zweiten Weltkrieg von London aus den Widerstand) ruft die französische Bevölkerung am 18. Juni 1940 zum Widerstand gegen die deutsche Besatzung auf.

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schreibt später über die "Résistance" (x051/492-493): >>Résistance, französische Widerstandsorganisation im Zweiten Weltkrieg.
Die Résistance entwickelte sich in Antwort auf de Gaulles Londoner Aufruf zum Widerstand vom 18.6.40 aus vereinzelten, unkoordinierten Anfängen 1941/42 zu einer regional organisierten, parteienübergreifenden, von inneren Spannungen nicht freien Untergrundbewegung gegen die Übergriffe der deutschen Besatzungsmacht in der besetzten Nordzone (Zwangsrekrutierungen von Arbeitskräften, wirtschaftliche Ausplünderung, Geiselerschießungen) und gegen die Kollaboration in Vichy-Frankreich und Algerien.
Wichtige Stärkung erhielt die Résistance nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion am 22.6.41 durch die straffen Untergrundkader der Kommunistischen Partei mit eigenen Streitkräften (Franc-Tireurs Partisans Français, FTPF).
Die Aktionsvielfalt der Résistance reichte von passivem Widerstand über Streiks, Organisation von Fluchtaktionen, Attentate, Sabotage, Nachrichtenübermittlung an alliierte Geheimdienste und Kontakte mit London sowie Versorgung mit Waffen von dort bis hin zu den Aktionen des Maquis (französische Widerstandsbewegung), die oft eine Unterbrechung des deutschen Nachschubs und eine Bindung starker deutscher Verbände zur Folge hatten. Die deutschen Vergeltungsmaßnahmen fanden ihren Höhepunkt am 10.6.44 in Oradour-sur-Glane.
Obgleich die Résistance ursprünglich wesentlich von Politikern, Militärs und Intellektuellen ausging, fanden sich später in ihr alle Bevölkerungsschichten über die Parteigrenzen hinweg zusammen. Am 27.5.43 erreichte de Gaulle durch seinen Emissär J. Moulin einen Zusammenschluß der meisten Widerstandsgruppen im "Conseil National de la Résistance" (CNR) und eine Unterstellung unter die "France Libre"; 1.2.44 Verschmelzung der FTPF und zahlreicher anderer Widerstandsgruppen zu den "Forces Françaises de l'Intérieur" (FFI), die nach Eisenhower einen Kampfwert von etwa 15 Divisionen darstellten und später in die reguläre Armee eingegliedert wurden.
Nach der alliierten Landung am 6.6.44 dokumentierte Frankreich durch das Zusammenwirken von Streitkräften der "France Libre", der FFI und des Maquis bei der Befreiung seinen Anspruch auf internationale Mitsprache als Großmacht. De Gaulle nahm in sein 1. Kabinett am 9.9.44 mehrere Mitglieder der Résistance auf. Von der Résistance und besonders von ihren linken intellektuellen Vertretern gingen nach dem Bankrott der III. Republik als einer Art "geistiges Gewissen der Nation" starke fortschrittliche Impulse für die geistig-moralische Selbstbehauptung und politische Erneuerung Frankreichs in der IV. Republik und für modernisierende Wirtschafts- und Sozialreformen aus.
Die Zahl der Toten der Résistance schwankt in den Angaben erheblich und dürfte etwa bei 20.000 bis 30.000 Exekutierten und weiteren etwa 75.000 Deportierten, die die deutsche KZ-Haft nicht überlebten, liegen. An den Exekutionen beteiligten sich neben der deutschen Besatzungsmacht auch französische Kollaborateure und Gendarmerie. Dies führte nach der Befreiung zu blutigen legalen und illegalen "Abrechnungen" zwischen Widerstandskämpfern und Kollaborateuren, die noch einmal 8.000-10.000 Opfer kosten sollten. ...<<

22.06.1940

Westkrieg: Die deutsche Westoffensive wird am 22. Juni 1940 erfolgreich beendet.
In Elsaß-Lothringen kapitulieren die Reste der 3., 5. und 8. französischen Armee mit etwa 500.000 Soldaten. An der Atlantikküste wird die Hafenstadt Saint-Nazaire genommen. Deutsche Panzertruppen stoßen bis nach La Rochelle vor.
In Compiègne wird danach am 22. Juni 1940, um 18.50 Uhr, der deutsch-französische Waffenstillstandsvertrag von Generaloberst Keitel und General Huntziger unterzeichnet.
Die deutschen Verluste des Frankreichfeldzuges betragen: 27.074 Tote, 111.034 Verwundete und 18.384 Vermißte. Die französischen Verluste betragen: 92.000 Tote, 200.000 Verwundete und rund 1,9 Millionen Kriegsgefangene. Die britischen Verluste betragen: 69.637 Tote

(x040/37).

Kollaboration

Nach dem erfolgreichen Frankreichfeldzug besetzten die deutschen Truppen rund 60 % der französischen Gebiete (einschließlich der gesamten Atlantikküste). Südfrankreich wurde zunächst nicht besetzt. Auf eine Auslieferung der französischen Kriegsflotte wurde noch verzichtet.

Infolge der relativ maßvollen Friedensbedingungen der deutschen Besatzer entstand in den besetzten westeuropäischen Ländern schon bald eine ausgeprägte Kollaborationsbereitschaft.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Kollaboration" (x051/319-320): >>Kollaboration, allgemein Zusammenarbeit mit einer feindlichen Besatzungsmacht, im engeren Sinne Unterstützung und Unterstützer der deutschen Behörden in den von der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg eroberten Gebieten, insbesondere in Frankreich.

Der Begriff Kollaboration war auch eine französische Prägung und wurde von Pétain am 11.10.40 zur Bezeichnung seines Regierungsprogramms verwendet, das darauf zielte, Frankreich in einem deutsch beherrschten Europa einen gebührenden Platz zu sichern. Daß damit noch keine aktive Komplizenschaft mit dem nationalsozialistischen Expansionismus verbunden war, bewies die Konferenz von Montoire, bei der sich Pétain Hitler gegenüber mit vagen Versprechungen aus der Affäre ziehen konnte.

Kollaborations-Motive waren, außer dem Überlebenswunsch, bei den Linken Hoffnungen auf den "sozialistischen" Teil des nationalsozialistischen Programms, bei den Rechten die Bewunderung für den starken faschistischen und antisemitischen Staat, den auch die Action Française gefordert hatte.

Die Zeitungen der Kollaboration trugen entsprechende Titel wie "Les Nouveaux Temps" (Neue Zeiten) oder "Le Cri du Peuple" (Volksruf); es bildeten sich ausgesprochene Kollaborations-Parteien wie Rassemblement National Populaire (RNP) oder Parti Populaire Français (PPF).

Eine neue Qualität bekam die Kollaboration mit dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion (22.6.41): Zum einen beseitigte er die Lähmung der französischen Kommunisten nach dem Hitler-Stalin-Pakt vom 23.8.39 und führte zu erheblicher Steigerung der Aktivitäten der Résistance gegen die deutsche Besatzung, zum anderen mobilisierte er antibolschewistische Ressentiments im französischen Bürgertum und spaltete so die französische Gesellschaft.

Eine "Antibolschewistische Freiwilligen-Legion" entstand, aus der später die französischen Einheiten der Waffen-SS hervorgingen, die zum Teil bis zum letzten Tag u.a. Berlin verteidigten. Französische Milizen im besetzten Teil des Landes führten einen regelrechten Bürgerkrieg gegen die Maquisards (Partisanen der Résistance).

Politisch längst durch beflissen-ehrgeizige Politiker wie Laval diskreditiert, wurde die Bezeichnung Kollaboration nun zum Inbegriff von Feindbegünstigung, Spitzeltum und Brudermord. Kollaboration bedeutete zudem bald auch Beihilfe zur nationalsozialistischen Judenverfolgung und Unterstützung einer Europäischen Neuordnung, in der Frankreich nur als Statist vorkam.

Nach der Kriegswende wuchs daher die Erbitterung zwischen Résistance und Kollaboration lawinenartig. Die prominenten Kollaborateure wurden vor den herannahenden Alliierten nach Deutschland verbracht, nach dem deutschen Zusammenbruch verhaftet und meist zum Tod verurteilt. Die "Kollaborations-Basis" sah sich einem gnadenlosen Abrechnungsfeldzug ausgesetzt, dessen Opferzahlen in die Hunderttausende gingen. V.a. Frauen, die sich mit dem Feind eingelassen hatten, wurden in einem Rausch kollektiver Eifersucht mißhandelt, an den Pranger gestellt oder getötet. Die Wunden heilten langsam, die Kollaborations-Akte ist bis heute in Frankreich nicht geschlossen.

Wie in Frankreich fanden die deutschen Besatzer fast überall Unterstützung: In Belgien beim

Vlaamsch National Verbond (VNV) und bei den Rexisten Degrelles. Belgische Einheiten kämpften in der Waffen-SS an der Ostfront.
In den Niederlanden hatte Mussert schon 1931 eine "Nationaal Socialistische Beweging" (NSB) gegründet. Sie wurde Träger einer holländischen Kollaboration und von Reichskommissar Seyß-Inquart als einzige legale Partei anerkannt, Mussert wurde am 13.12.42 der holländische "Führer". Die Waffen-SS fand auch in den Niederlanden einigen Zulauf.
Geradezu zum Synonym für Kollaborateure wurde der norwegische Faschisten-Führer Quisling ("Quislinge") mit seiner "Nasjonal Samling". Er hatte allerdings noch weniger als Mussert eine Basis im Volk und spielte während der Besatzungszeit neben Reichskommissar Terboven nur die Rolle des nationalen Feigenblatts für die deutschen Behörden.
Fast bedeutungslos waren die dänischen Nationalsozialisten unter Frits Clausen, denen auch 1943 nach Übernahme der Regierungsgewalt über Dänemark durch die Wehrmacht keine Mitsprache eingeräumt wurde.
In Jugoslawien wurde die Kollaboration nach dem Balkanfeldzug staatlich in Form des "unabhängigen" Kroatien unter dem Ustascha-Regime von Pavelic etabliert.
Träger der Kollaboration in Ungarn nach der Entmachtung Horthys waren die Pfeilkreuzler unter Szálasi.
In den besetzten Ostgebieten gab es keine organisierte Kollaboration, doch fanden die Besatzer bei Balten und Ukrainern, die auf nationale Selbständigkeit hofften, Unterstützung, die allerdings im Zuge der brutalen Unterdrückung und Ausbeutung rasch abbröckelte. Selbst bei den als "Untermenschen" abgestempelten russischen Völkern, bei Kirgisen, Tataren, Tscherkessen, fanden sich Hilfswillige. Symbolfigur dieser Kollaboration wurde Wlassow.
Wie in Frankreich kam es in allen einst deutsch besetzten Ländern zu blutiger Abrechnung mit den Kollaborateuren. In der Sowjetunion genügte mitunter die bloße Kriegsgefangenschaft bei den Deutschen zur Verurteilung.
Ein besonders trauriges Kapitel in diesem Zusammenhang war die Auslieferung der Kosaken, die auf deutscher Seite gekämpft hatten, durch die Briten an die Sowjetunion, wo sie in den sicheren Tod gingen.
Zahllose Opfer forderte auch die Rache der Tito-Partisanen an Ustascha und Kroaten. Selbst im früher mit Deutschland verbündeten Italien, das also von Staats wegen Kollaboration betrieben hatte, wütete die Vergeltung.<<

26.06.1940

Rumänien: Die Sowjetunion stellt Rumänien am 26. Juni 1940 ein kurzfristiges Ultimatum und fordert die Abtretung von Bessarabien und der Nordbukowina.
Diese Gebiete werden am 1. Juli 1940 von sowjetischen Truppen besetzt.

01.07.1940

UdSSR: Stalin wird am 1. Juli 1940 durch den britischen Botschafter Stafford Cripps aufgefordert, gegen die Deutschen in den Krieg einzutreten (x041/105).
Stalin lehnt Churchills Forderungen jedoch kommentarlos ab.
Für Stalin ist die Kriegsteilnahme in jenen Tagen kein Thema, denn Stalin benötigt unbedingt einen deutschen Angriff gegen die Sowjetunion, um die geplante Expansion nach Westeuropa zu begründen und zu verwirklichen.
Zu diesem Zeitpunkt ist die Rote Armee außerdem noch nicht kriegsbereit. Die sowjetische Rüstungsindustrie läuft zwar schon seit Jahren "auf Hochtouren", aber den sowjetischen Streitkräften fehlen in erster Linie ausgebildete Kampftruppen-Offiziere. Allein bei den blutigen "Säuberungen" der Jahre 1937/38 hatte Stalin über 50 % aller sowjetischen Regimentskommandeure, fast alle Brigade-, Divisions- und Korpskommandeure, Militärbezirkskommandanten sowie altgediente, kampferfahrene Offiziere der Roten Armee als "Feinde des sowjetischen Volkes" liquidieren lassen (x041/202).

Trotz größter Anstrengungen können die Sowjets diese fehlenden Offiziere bis zum deutschen Angriff (1941) nicht mehr ausreichend ergänzen, so daß die Rote Armee in der Anfangsphase des Ostkrieges katastrophale Niederlagen hinnehmen muß.
Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk Band IV berichtet später über das ausgeprägte Mißtrauen zwischen Stalin und Hitler (x069/183-184): >>... Da die Finnen unerwartet harten Widerstand leisten und die Westmächte sich schließlich zu ihren Gunsten einzumischen drohen, schließt Stalin mit Finnland einen verhältnismäßig glimpflichen Frieden.
Während des Frankreichfeldzuges zwingt Stalin die baltischen Staaten, russische Truppen aufzunehmen. Bald danach beantragen sie "freiwillig" ihre Eingliederung in die Sowjetunion. Am Ende des Frankreichfeldzuges muß Rumänien Bessarabien abtreten. Stalin fordert auch die Nordbukowina und geht damit über die Grenze hinaus, die Hitler ihm zugestehen wollte. Er läßt außerdem in den neugewonnenen Gebieten auffällig viele Truppen aufmarschieren. Er traut seinem Vertragspartner nicht.
Möglicherweise wartet er auch - eingedenk eines Planes von Lenin - auf den Augenblick, wo die "kapitalistischen" Staaten sich gegenseitig so erschöpft haben, daß die Rote Armee ihren Siegeszug bis an den Atlantik antreten kann. Noch ist allerdings dieser Augenblick noch nicht gekommen, und es erscheint nicht ratsam, die von den bisherigen Kämpfen kaum geschwächte deutsche Wehrmacht anzugreifen.
Hitler jedenfalls empfindet die Sowjetunion als eine Bedrohung in seinem Rücken. Bald nach dem Frankreichfeldzug äußert er zu einem seiner Generale: "Es ist kein Zweifel mehr, England hofft auf diesen Festlanddegen, sonst hätte es nach Dünkirchen den Kampf eingestellt. Unter der Hand oder unter der Decke sind sicher schon Vereinbarungen getroffen. Eines Tages werden wir eiskalt erpreßt oder angegriffen."<<
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über Stalins Kriegspläne (x046/32-33): >>… Auf der materiellen Grundlage einer gigantischen und sich immer schneller entwickelnden Kriegsrüstung hatte die Rote Armee eine einseitig auf den Angriffsgedanken zugeschnittene abenteuerliche Kriegstheorie hervorgebracht. Charakteristisch für diese Lehre vom Kriege war die Aufhebung des Begriffs eines 'Angriffskrieges' wie auch des eines 'ungerechten' Krieges, sofern nur die Sowjetunion als Kriegspartei auftrat. Schon Lenin hatte verkündet, es komme nicht darauf an, wer als erster angreife, sondern auf die Ursachen eines Krieges, auf seine Ziele und auf die Klassen, die ihn führten.
Für Lenin und Stalin war ein jeder Angriffskrieg der Sowjetunion gegen jedes beliebige Land von vornherein immer ein reiner Verteidigungskrieg – und damit in jedem Fall ein gerechter und moralischer Krieg, wodurch auch der Unterschied zwischen einem Präventiv- und einem Gegenschlag entfiel.
Die sowjetische Kriegstheorie ging im übrigen von der Voraussetzung aus, daß Kriege heute nicht mehr erklärt werden, da jeder Angreifer das natürliche Bestreben habe, sich den Vorteil des Überraschungsmomentes zu sichern. "Überraschung wirkt lähmend", heißt es schon in der Felddienstordnung von 1939, "daher müssen alle Kampfhandlungen unter größter Tarnung und mit größter Schnelligkeit durchgeführt werden."
Überfallartig, ohne regelrechte Kriegserklärung, waren auch die sowjetischen Angriffe auf Polen und Finnland 1939 begonnen worden. Die Kampfhandlungen sollten durch eine überfallartige Kriegseröffnung sofort in das Land des Gegners getragen und von Beginn der Feindseligkeiten an sollte das Gesetz des Handelns gewonnen werden. ...
Im Hinblick auf die Angriffsvorbereitungen im Frühjahr 1941 lassen sich die Grundsätze der sowjetischen Kriegslehre thesenartig wie folgt zusammenfassen:
1. Die RKKA (Rote Arbeiter- und Bauernarmee) ist eine 'offensive Armee', die 'offensivste aller Armeen'.
2. Der Krieg wird immer auf feindlichem Territorium geführt und unter geringen eigenen Op-

fern mit der vollständigen Zerschmetterung des Gegners enden.
3. Das Proletariat im Lande des Gegners ist ein potentieller Verbündeter der Sowjetmacht und wird durch Aufstände im Rücken des feindlichen Heeres den Kampf der Roten Armee unterstützen.
4. Kriegsvorbereitungen sind Angriffsvorbereitungen, Verteidigungsvorkehrungen dienen einzig der Durchführung der Angriffsunternehmen in den Nebenrichtungen.
5. Die Möglichkeit des Eindringens feindlicher Streitkräfte in das Territorium der UdSSR ist ausgeschlossen.
Es wird zu zeigen sein, daß alle sowjetischen Maßnahmen sich an diesen Grundsätzen orientierten. Das Dogma von der Unbesiegbarkeit der Roten Armee hatte 1941 im übrigen die Bedeutung eines Gesetzes und unterlag keiner theoretischen Erörterung.
Abweichungen von der offiziellen Lehre galten als Opposition gegen die Generallinie der Partei und damit Stalins und waren für den Betreffenden nahezu mit unfehlbarer Sicherheit von tödlicher Konsequenz.
In welcher Weise den Angehörigen der Roten Armee und Seekriegsflotte das Gefühl einer Unüberwindlichkeit der Streitkräfte der Sowjetunion eingeimpft worden war, darüber erhielten die Deutschen nach Kriegsbeginn vielfachen Aufschluß. So berichtete der sowjetische Oberstleutnant des Generalstabes Andrusat, (39. Schützenkorps), der Gelegenheit gehabt hatte, auf die deutsche Seite überzuwechseln, schon am 25. April 1941 von einer massiven Propagandaeinwirkung, die tiefe Spuren in der Truppe hinterlasse:
"Die Politkommissare betonen ununterbrochen, daß der Krieg auf fremdem Gebiet stattfinden wird, nie auf eigenem. ... Die Sowjetunion wird immer siegen, da sie im Innern bei jedem Gegner unzählige Bundesgenossen hat. ... Aufgrund der Vorträge der Politkommissare hält die Rote Armee sich für die beste der Welt. Sie könne daher von niemandem geschlagen werden. Es herrscht eine ungeheuere Selbstüberschätzung."
Immer wieder äußerten sich sowjetische Offiziere auch nach Kriegsbeginn in derselben Weise. Major Filippov (29. Schützenkorps) etwa berichtete am 26. Juni 1941 von der in der Truppe "vorherrschenden Meinung, daß die Rote Armee nicht zu schlagen sei". Dies entsprach dem, was Oberst Ljubimow und Major Michajlov (beide 49. Panzerdivision) am 4. August 1941 zum Ausdruck brachten, als sie von der "in vollem Umfange vorhandenen Überzeugung" sprachen, "daß die Rote Armee auf das Allerbeste ausgerüstet und ausgebildet und dadurch unbesiegbar sei".
Auch Major Ornugkov (11.Panzerdivision) war "fest davon überzeugt, daß die russische Armee nicht zu schlagen sei". Er erklärte am 6. August 1941: "Nach der für die Rote Armee entwickelten Propaganda konnte das russische Volk auch das größte Vertrauen zu seiner Wehrmacht haben. Militärzeitschriften, Presse, Kino und Rundfunk betonen immer wieder den gewaltigen Ausbau der Panzer und Luftwaffe." …<<
Der deutsche Historiker Walter Post berichtet später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 - 2001 über den deutsch-sowjetischen Konfrontationskurs in den Jahren 1940/1941 (x853/...): >>... Durch Stalins Politik, einen Nichtangriffsvertrag mit Deutschland abzuschließen und es wirtschaftlich in entscheidender Weise zu unterstützen, war ein Kräftegleichgewicht zwischen dem Deutschen Reich sowie England und Frankreich entstanden. Damit bestanden gute Voraussetzungen für den von Stalin gewünschten langen Abnutzungskrieg zwischen Faschisten und kapitalistischen Imperialisten. Aber diese Erwartungen sollten sich nicht erfüllen.
Am 10. Mai 1940 begann die deutsche Frühjahrsoffensive gegen Frankreich, die nach nur 40 Tagen mit einem überwältigenden deutschen Sieg endete. Die Wehrmacht war zu diesem Zeitpunkt der französischen Armee materiell noch immer leicht unterlegen, aber die deutsche Führung hatte mit dieser Offensive operativ alles auf eine Karte gesetzt, quasi Vabanque ge-

spielt - und gewonnen.
Der rasche deutsche Sieg machte alle Berechnungen Stalins zunichte. Deutschland ging aus diesem Konflikt nicht geschwächt, sondern, da es nun faktisch den europäischen Kontinent vom Atlantik bis zur sowjetischen Grenze beherrschte, erheblich gestärkt hervor.
Die Sowjetunion hatte im Winter 1939/40, während im Westen militärische Untätigkeit herrschte, einen Krieg gegen Finnland geführt. Im Juni 1940, noch während des Frankreichfeldzuges, marschierte die Rote Armee in den Baltischen Staaten und in Bessarabien ein, womit sich der sowjetische Machtbereich näher an die rumänischen Ölfelder und damit die deutsche Ölversorgung heranschob.
Das militärische Kräfteverhältnis in Osteuropa betrug im Juli 1940, also unmittelbar nach dem Frankreichfeldzug, etwa sechs deutsche und 27 rumänische Divisionen gegen 141 Großverbände (113 Divisionen und 28 mot.-mech. Brigaden) der Roten Armee. Die deutsche Führung befaßte sich zu dieser Zeit in erster Linie mit Plänen für eine Landung in England, betrachtete aber die sowjetische Politik mit zunehmendem Mißtrauen. Die brutale Sowjetisierung des Baltikums, die von Massenverhaftungen und Deportationen begleitet wurde, und die ständig wachsende Stärke der Roten Armee gaben Anlaß zur Sorge.
Anfang Juli 1940 traf der neue britische Botschafter in Moskau, Sir Stafford Cripps, zu Gesprächen mit Molotow und Stalin zusammen, und versuchte, die Sowjetunion für einen Bündniswechsel auf die Seite Großbritanniens zu gewinnen. Stalin und Molotow zeigten sich an den Vorschlägen von Cripps interessiert.
Die deutschen Nachrichtendienste konnten den Inhalt dieser Geheimgespräche in Erfahrung bringen, und Hitler war auf das höchste beunruhigt, denn es zeichnete sich eine Koalition England - USA - Sowjetunion ab, die Deutschland zu erdrücken drohte. Bei einer Besprechung auf dem Berghof am 31. Juli 1940 befahl Hitler seinen Militärs, Operationsstudien für einen Feldzug gegen die Sowjetunion auszuarbeiten. Die Planungen wurden in den folgenden Monaten aber ohne besonderen Nachdruck vorangetrieben.
Im Verlauf des Sommers übte die Sowjetunion wieder verstärkt Druck auf Finnland und Rumänien aus. Dies mußte Moskau unvermeidlich in einen Interessenkonflikt mit Berlin bringen, da die deutsche Wehrwirtschaft in hohem Grade vom finnischen Nickel und rumänischen Erdöl abhängig war.
Trotz der wachsenden Spannungen hoffte Hitler, eine Erneuerung des deutsch-sowjetischen Interessenausgleichs bewerkstelligen zu können. Mit diesem Ziel vor Augen lud Hitler den Volkskommissar für Äußeres Molotow zu Gesprächen nach Berlin ein. Der deutsche Reichskanzler hoffte, Stalin für einen Beitritt zu dem am 27. September 1940 zwischen Deutschland, Italien und Japan geschlossenen Dreimächtepakt gewinnen zu können, der ein Defensivbündnis gegen die Vereinigten Staaten von Amerika darstellte. Die bestehenden Interessengegensätze zwischen Berlin, Rom, Tokio und Moskau sollten ausgeglichen, die sowjetischen Expansionsbestrebungen in Richtung Indien und Persischer Golf, also gegen das Britische Weltreich, gelenkt werden.
Das Bündnis zwischen Deutschland, Italien, Japan und Sowjet-Rußland wäre stark genug gewesen, um alle englisch-amerikanischen Interventionsversuche auf dem eurasischen Kontinent zu vereiteln.
Bei seinem Besuch am 12. und 13. November 1940 in Berlin verhielt sich Molotow gegenüber Hitlers Vorschlägen äußerst reserviert. Statt dessen forderte der Volkskommissar hartnäckig die Verwirklichung der sowjetischen Interessen in Finnland und auf dem Balkan ein. Eine Sowjetisierung dieser Gebiete war aber aus den bekannten rüstungswirtschaftlichen Interessen für Hitler unannehmbar, ohne das rumänische Öl und den finnischen Nickel wäre die deutsche Kriegswirtschaft gelähmt gewesen. Aber damit nicht genug meldete Molotow weitreichende Ansprüche Moskaus auf Skandinavien und ganz Südosteuropa an. Bei Verwirklichung dieser

Ansprüche wäre Deutschland zumindest in gänzliche wirtschaftliche Abhängigkeit von der UdSSR geraten, was für eine souveräne Großmacht inakzeptabel war.
Der Besuch Molotows in Berlin war zweifellos ein Wendepunkt in der Geschichte des Zweiten Weltkrieges. Hitler hatte trotz erheblicher Bedenken versucht, zu einem langfristigen Interessenausgleich mit der Moskauer Führung zu kommen, um einen Kontinentalblock gegen die Angelsachsen zu bilden.
Aber nun schien ein deutsch-sowjetischer Krieg unvermeidlich zu sein. Ein erneuter Notenaustausch zwischen Berlin und Moskau bestätigte die unnachgiebige Haltung Stalins in den wesentlichen Fragen, worauf Hitler die Verhandlungen abbrechen ließ. ...<<

02.07.1940

Rumänien: Da sich Rumänien durch Ungarn und die Sowjetunion bedroht fühlt, bittet König Carol II. am 2. Juli 1940 Hitler um Hilfe (x040/37-38).

03.07.1940

Westkrieg: Bevor deutsche Truppen die französische Kriegsflotte in Afrika übernehmen können, vernichten britische Bombergeschwader und Kriegsschiffe am 3. Juli 1940 Frankreichs Kriegsflotte im Hafen von Mers-el-Kebir (bei Oran in Algerien).
Bei den britischen Angriffen sterben 1.147 französische Soldaten (x040/38).
Als Winston Churchill damals im britischen Unterhaus über die Zerstörung der französischen Flotte berichtet, reagieren die Parlamentarier mit großer Begeisterung (x172/232): >>... Als er endete, geriet das sonst gesittete Parlament völlig außer Rand und Band. Alles sprang auf, schrie, jubelte und wedelte wie wild mit Papieren und Taschentüchern.<<
NS-Regime: Nach dem erfolgreichen Frankreich-Feldzug (deutsch-französischer Waffenstillstand vom 22.06.1940) macht der Judenreferent des Auswärtiges Amtes am 3. Juli 1940 noch einmal den Vorschlag, die europäischen Juden nach Madagaskar umzusiedeln (x106/61).
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den "Madagaskarplan" (x051/-369): >>Madagaskarplan, schon von Lagarde und in dessen Gefolge von Antisemiten der 20er Jahre geäußerter Vorschlag, die "Judenfrage" durch Aussiedlung der jüdischen Bürger in "untervölkerte" und kolonialisierbare Gebiete, z.B. auf das französische Madagaskar, zu lösen.
Der Madagaskarplan wurde ab Sommer 38 auch parteiamtlich erwägt und erhielt nach dem Frankreichfeldzug neuen Auftrieb, da die bis dahin favorisierte Auswanderung der Juden durch die Eroberung Polens mit seinen ca. drei Millionen Juden illusorisch geworden war und eine "territoriale Endlösung" gesucht wurde.
Im Judenreferat des RSHA wurde dafür ein "Nahplan" zur Versammlung aller Betroffenen im Generalgouvernement entwickelt, dem als "Fernplan" der eigentliche Madagaskarplan folgen sollte, die Abschiebung aller Juden auf die afrikanische Getto-Insel.
Der selbst unter günstigsten Umständen kaum zu realisierende Madagaskarplan scheiterte an der britischen Seeherrschaft, der fehlenden Zugriffsmöglichkeit der Vichy-Regierung, dem ausstehenden deutsch-französischen Friedensvertrag und dem Fehlschlag des deutschen Rußlandfeldzuges und mündete in den Völkermord der Endlösung.
Die Insel Madagaskar spielte auch später als Alternative zu Palästina eine Rolle bei der Suche nach einer Heimstätte für das jüdische Volk.<<

07.07.1940

Westkrieg: Der italienische Außenminister Graf Ciano informiert Hitler am 7. Juli 1940 in Berlin über die Gebiete, die Italien nach dem Krieg annektieren will. Es handelt sich dabei um Tunesien, Korsika, Nizza, Malta und Gebiete im Nahen Osten.

08.07.1940

Großbritannien: Der britische Premierminister Winston Churchill erklärt am 8. Juli 1940 in einer Denkschrift an den britischen Minister für Flugzeugproduktion, daß man zukünftig vor allem mehr Bomber benötigen wird (x172/235): >>... Es gibt nur eins, um ihn ... auszuschal-

ten, und zwar ein absolut verheerender, vernichtender Schlag durch schwere Bomber aus diesem Land gegen die Heimat der Nazis. ...<<

10.07.1940

Westkrieg: Der 1. deutsche Luftangriff gegen Großbritannien erfolgt am 10. Juli 1940.
Stärkere Luftflotten (General Albert Kesselring und General Hugo Sperrle) bombardieren militärische Ziele in Süd-England (x040/38-39).

13.07.1940

USA: US-Präsident Roosevelt sendet am 13. Juli 1940 folgendes Telegramm an den französischen Ministerpräsidenten (x243/71): >>... Unsere Regierung tut alles, ... um den verbündeten Regierungen das Kriegsmaterial zugänglich zu machen, das sie so dringend brauchen, ... weil wir an die Ideale glauben und die Ideale unterstützen. ...
Ich selbst bin besonders beeindruckt, ... daß Frankreich den Kampf im Namen der Demokratie fortsetzen will, selbst wenn die französische Armee zu einem langen Rückzug, sei es auch nach Nordafrika ... gezwungen wird. ...
Ermutigt haben mich auch die Worte Premierminister Churchills, ... das Britische Empire werde den Widerstand fortsetzen. Diese Entschlossenheit trifft anscheinend auch auf das große französische Kolonialreich zu. ...<<

21.07.1940

Baltikum: Estland, Lettland und Litauen werden am 21. Juli 1940 zwangsweise in Sowjetrepubliken umgewandelt.
In allen "befreiten Gebieten" gehören danach Todesurteile und Massenverschleppungen zur allgemeinen Tagesordnung. Allein im "kleinen Lettland" (1935 = rund 1,95 Millionen Einwohner) liquidieren die sowjetischen NKWD-Einheiten später vermutlich 24.250 vermeintliche Staatsfeinde (x026/19). Die sowjetischen Befreier verschleppen außerdem ca. 100.000 Litauer nach Sibirien.

22.07.1940

Westkrieg: Hitlers "letzter Friedensappell" (vom 19. Juli 1940) wird von Großbritannien am 22. Juli 1940 abgelehnt (x040/39).
Churchill erwartet, daß Nordamerika und die UdSSR früher oder später Verbündete der Briten werden.

01.08.1940

Westkrieg: Hitler befiehlt am 1. August 1940 mit der "Weisung Nr. 17" den verschärften See- und Luftkrieg gegen England (x040/40).

03.08.1940

UdSSR: Estland, Lettland und Litauen werden vom 3. bis zum 6. August 1940 in die Sowjetunion eingegliedert.

13.08.1940

Westkrieg: Am 13. August 1940 wird der "verschärfte See- und Luftkrieg" gegen England mit dem sogenannten "Adlertag" eröffnet. An diesem Tag werden rund 1.485 Einsätze geflogen. Die deutsche Luftwaffe verliert 34 Maschinen (x040/41).
Die deutsche Luftwaffe stellt für den Luftkrieg gegen Großbritannien die Luftflotten 2 (Generalfeldmarschall Kesselring) und 3 (Generalfeldmarschall Sperrle) mit 875 Bombern, 316 Stukas, 45 Fernaufklärern, 702 Jägern und 227 Zerstörerflugzeugen sowie die Luftflotte 5 (Generaloberst Stumpff) in Norwegen mit 123 Bombern, 33 Fernaufklärern und 34 Zerstörerflugzeugen bereit (x040/41).
Der deutsche Historiker Gerhard Hümmelchen schreibt später über die "Luftschlacht um England" (x051/364-365): >>Luftschlacht um England, im engeren Sinne der Kampf der deutschen Luftwaffe gegen die Royal Air Force (RAF) 1940/41 um die Luftherrschaft über dem Kanal und Südengland; allgemein alle Angriffe 1940-45 auf Ziele in Großbritannien, die we-

gen der Insellage nur aus der Luft geführt werden konnten.
Da England nach der Niederlage Frankreichs nicht aufgab, mußte die Wehrmacht die Entscheidung durch eine Landung in Großbritannien suchen. Diese aber war nach den Vorstellungen des Heeres nur möglich, wenn es gelang, die RAF auszuschalten. Am 2.7.40 gab das OKW den drei Wehrmachtteilen erstmals von der Entscheidung Hitlers Kenntnis, unter bestimmten Voraussetzungen, zu denen angesichts der Schwäche der Kriegsmarine die Erringung der Luftherrschaft gehörte, in Südostengland zu landen (Unternehmen "Seelöwe").
Nach einer Weisung vom 30.6.40 sollte die Luftschlacht sich zunächst gegen die britische Luftwaffe und ihre Bodenorganisation sowie die Luftrüstungsindustrie richten. Für "Seelöwe", so befahl Hitler am 1.8.40, müsse die Luftwaffe dann aber "kampfkräftig zur Verfügung stehen" (Weisung Nr. 17).
Am 13.8.40 ("Adlertag") konnte die deutsche Luftwaffe in den Luftflotten 2, 3 und 5 in Frankreich, Belgien und Norwegen über 875 einsatzbereite Bomber, 316 Sturzbomber, 45 Fernaufklärer, 702 Jäger und 227 Zerstörer aufbieten. Sie flogen an diesem ersten Tag der Luftschlacht um England 1.485 Einsätze und verloren 34 Flugzeuge.
Am 24.8. fielen erstmalig unbeabsichtigt Bomben auf London, was Hitler bis dahin verboten hatte. Bis zum 31.8.40 warf die deutsche Luftwaffe in 4.779 Einsätzen 4.638 t Bomben auf England und büßte dabei 215 Bomber und 252 Jäger ein. Die RAF verlor 359 Jäger.
Obwohl das erste Ziel, Ausschaltung der britischen Jagdabwehr, nicht erreicht worden war, begannen am 7. und in der Nacht zum 8.9.40 mit 625 Bombern, bei Tag von 648 Jägern gesichert, Großangriffe auf London, denen danach 65 Nächte lang weitere folgten. Im September 40 flog die deutsche Luftwaffe 7.260 Einsätze gegen Großbritannien.
Die ansteigenden Verluste zeigten, daß die britischen Jäger keineswegs geschlagen waren, ihre Zahl konnte durch Neuproduktion auf gleicher Höhe gehalten werden. Tagesangriffe, die ausreichend Treffsicherheit gewährleisteten, mußten infolge der Verluste und des schlechten Herbstwetters aufgegeben werden. Die Reichweite der deutschen Jäger war zu gering, um den Bombern genügend Schutz zu bieten. Lückenlose Radar-Überwachung schloß Überraschungsangriffe aus. Die Zerstörer Me 110 zeigten sich ihren Aufgaben als Fernjäger nicht gewachsen, die Sturzbomber mußten nach schweren Ausfällen zurückgezogen werden.
Die Wirkung der nun folgenden Nachtangriffe gegen die britische Industrie wurde von deutscher Seite stark überschätzt. Selbst die Zerstörungen in London oder in Coventry (14./15.11.40) konnten den Widerstandswillen der britischen Bevölkerung nicht brechen, genausowenig wie dies später bei weitaus schrecklicheren Angriffen der alliierten Bomber bei der deutschen Bevölkerung gelang.
Der Aufmarsch der deutschen Luftwaffe für den Rußlandfeldzug zwang zum Abbruch der Luftschlacht. Sie hatte zwar schwere Schäden angerichtet und 41.294 britische Zivilisten getötet sowie 52.128 verletzt (1.7.40-31.5.41), aber das Ziel, England friedensbereit zu machen oder auch nur die Vorbereitungen für eine Landung zu schaffen, war nicht erreicht worden; "Seelöwe" mußte aufgegeben werden.
Die deutsche Luftwaffe hatte vom 1.8.40-31.3.41 insgesamt 1.142 Bomber, 802 Jäger, 330 Zerstörer und 128 Sturzbomber als Totalverluste abbuchen müssen.
Am 14.4.42 erging Hitlers Befehl, der Luftkrieg gegen England sei in "erhöhtem Maße angriffsweise zu führen". Hierbei sollten Ziele ausgewählt werden, "deren Bekämpfung möglichst empfindliche Rückwirkungen für das öffentliche Leben mit sich bringt".
Vom 23.3.-31.10.42 bombardierte die deutsche Luftwaffe mit schwachen Kräften 22 britische Städte mit wertvollen alten Bauten wie Exeter, Canterbury, Norwich, York ("Baedeker-Angriffe") als "Vergeltung" für Angriffe der RAF auf die mittelalterlichen Stadtkerne von Lübeck, Rostock u.a.
1943 kam es zu 1.975 Nachteinsätzen (105 Flugzeugverluste) gegen britische Häfen und Indu-

striestädte. 434 Jagdbomberangriffe (25 abgeschossen) bei Tag richteten sich gegen 15 Städte. Obwohl Flugzeuge an allen Fronten fehlten, befahl Hitler 1944 weitere "Vergeltungsangriffe". In der Nacht zum 22.1.44 bombardierte das IX. Fliegerkorps mit 447 Flugzeugen London. Diese "Baby-Blitz" genannten Nachtangriffe dauerten bis zum 29.5.44 (4.269 Einsätze bei 329 Verlusten).
Die letzte große Prüfung für die britische Bevölkerung war die Beschießung mit den sogenannten V-Waffen (V für "Vergeltung"): Von der Flugbombe V 1 wurden vom 12.6.44 bis 29.3.45 10.492 Stück abgefeuert (3.000 stürzten beim Start ab, 3.957 vernichtete die britische Abwehr); sie töteten 6.184 Zivilisten und verwundeten 17.981. Auf Südengland fielen zudem vom 8.9.44-27.3.45 1.045 Fernraketen vom Typ A4 (V 2), gegen die es keine Abwehr gab; dabei starben 2.754 Zivilisten, 6.523 wurden verletzt. Das "Wunder" der Kriegswende, das die deutsche Propaganda bei ihrem Einsatz beschworen hatte, konnten sie nicht vollbringen.<<

25.08.1940

Westkrieg: Britische Bomber greifen am 25. August 1940 Berlin und Stuttgart an.

30.08.1940

NS-Regime: NS-Außenminister Ribbentrop und der ungarische Außenminister Czaky schließen in Wien am 30. August 1940 das "Wiener Abkommen".
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1956 über das Wiener Abkommen (x008/73E-75E): >>**Das Wiener Abkommen.**
Deutsch-ungarisches Protokoll vom 30. August 1940.
I.
In dem Wunsche, die Stellung der deutschen Volksgruppe in Ungarn entsprechend den beiderseitigen freundschaftlichen Beziehungen zu gestalten, haben die Reichsregierung und die Königlich Ungarische Regierung nachstehende Vereinbarungen getroffen:
I. Die Königlich Ungarische Regierung gewährleistet den Angehörigen der deutschen Volksgruppe die Möglichkeit, ihr deutsches Volkstum uneingeschränkt zu erhalten. Sie wird dafür Sorge tragen, daß den Angehörigen der deutschen Volksgruppe aus der Tatsache ihrer Zugehörigkeit zur Volksgruppe und aus ihrem Bekenntnis zur nationalsozialistischen Weltanschauung in keiner Weise und auf keinem Gebiet Nachteile irgendeiner Art erwachsen.
II. Angehöriger der Volksgruppe ist, wer sich zum Deutschtum bekennt und von der Führung des "Volksbundes der Deutschen in Ungarn" als Volksdeutscher anerkannt wird.
Entsprechend diesen Grundsätzen wird insbesondere folgendes festgestellt:
a) Die Angehörigen der deutschen Volksgruppe haben unter Berücksichtigung der bezüglichen allgemeinen Vorschriften das Recht, sich zu organisieren und Verbände für besondere Zwecke, wie zum Beispiel für Jugendpflege, für Sport, für künstlerische Betätigung und so weiter, zu bilden.
b) Die Angehörigen der Volksgruppe können in Ungarn jeden Beruf unter den gleichen Voraussetzungen und Bedingungen wie die anderen ungarischen Staatsangehörigen ausüben.
c) Die Angehörigen der Volksgruppe werden entsprechend ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung Ungarns bei der Besetzung der ungarischen Behörden und der Zusammensetzung der Selbstverwaltungskörper, insofern die Besetzung durch Ernennung erfolgt, berücksichtigt werden. Die volksdeutschen Beamten sind vorzugsweise bei den Behörden in den volksdeutschen Siedlungsgebieten und in den ihnen übergeordneten Zentralbehörden zu verwenden.
d) Alle Kinder der Angehörigen der Volksgruppe sollen die Möglichkeit haben, unter den gleichen Bedingungen, wie sie für die ungarischen Schulen gelten, eine Erziehung auf volksdeutschen Schulen zu erhalten, und zwar auf höheren, mittleren und Grundschulen sowie auf Fachschulen. Die Ausbildung eines geeigneten und ausreichenden volksdeutschen Lehrernachwuchses wird ungarischerseits in jeder Weise gefördert werden.
e) Die Angehörigen der Volksgruppe haben das Recht auf freien Gebrauch ihrer Sprache in

Wort und Schrift, sowohl in ihren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen, als auch in öffentlichen Versammlungen.
Die Herausgabe von Tageszeitungen, Zeitschriften und sonstigen Veröffentlichungen wird keinen Beschränkungen unterworfen werden, die nicht auch für die Herausgabe von entsprechenden Veröffentlichungen in ungarischer Sprache gelten.
In den Verwaltungsgebieten, in denen die Angehörigen der deutschen Volksgruppe mindestens ein Drittel der Gesamtbevölkerung ausmachen, können sie sich für den amtlichen Verkehr in diesen Bezirken der deutschen Sprache bedienen.
f) Die Volksgruppe hat die Befugnis zu wirtschaftlicher Selbsthilfe und Ausgestaltung ihres Genossenschaftswesens.
g) Ungarischerseits werden alle Maßnahmen vermieden werden, die dem Zwecke einer zwangsweisen Assimilierung, insbesondere durch Magyarisierung der volksdeutschen Familiennamen dienen könnten. Die Angehörigen der Volksgruppen haben das Recht, einen in ihrer Familie früher geführten Namen wieder aufzunehmen.
h) Die Angehörigen der Volksgruppe haben auf kulturellem Gebiete das Recht zum freien Verkehr mit dem großdeutschen Mutterland.
II.
Zwischen der Reichsregierung und der Königlich-Ungarischen Regierung besteht volles Einverständnis darüber, daß die vorstehenden Grundsätze in keiner Weise die Pflicht der Angehörigen der Volksgruppe zur Loyalität gegenüber dem ungarischen Staate berühren sollen.
III.
Für die Angehörigen der deutschen Volksgruppe in den mit Ungarn wieder vereinigten, bisher rumänischen Gebieten wird folgende besondere Vereinbarung getroffen:
Die Königlich-Ungarische Regierung wird den in diesen Gebieten ansässigen Volksdeutschen auf deren Antrag die Möglichkeit gewähren, in das Deutsche Reich umzusiedeln. Die Volksdeutschen, die von diesem Recht Gebrauch machen wollen, haben ihren Antrag innerhalb einer Frist von zwei Jahren vom Tage dieser Vereinbarung an zu stellen.
Bei der Umsiedlung können die Volksdeutschen ihr bewegliches Vermögen frei mit sich führen. Sie können ihr unbewegliches Vermögen vor ihrer Abwanderung liquidieren und den Erlös unter durch die betreffenden Notenbanken zu vereinbarenden Bedingungen ausführen bzw. überweisen. Die Einzelheiten der Umsiedlung werden zwischen der Reichsregierung und der Königlich-Ungarischen Regierung alsbald festgesetzt werden.
Im Rahmen dieser Vereinbarung wird auch die Frage geregelt, unter welchen Bedingungen jenes unbewegliche Eigentum, dessen Liquidierung dem Eigentümer in der vorgesehenen Frist nicht gelingt, vom Ungarischen Staat übernommen wird.
Beide Regierungen werden sich dabei unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse von den Grundgedanken leiten lassen, die für die Reichregierung und die Königlich Italienische Regierung bei der Regelung der Umsiedlung der Volksdeutschen in Südtirol maßgebend gewesen sind.
Wien, den 30. August 1940.
Für die Reichsregierung:
Joachim von Ribbentrop
Reichsminister des Auswärtigen
Für die Königlich Ungarische Regierung:
Czaky
Königlich Ungarischer Außenminister …<<
Rumänien: Nach dem "Wiener Schiedsspruch" vom 30. August 1940 muß Rumänien Nord-Siebenbürgen und den "Szekler-Zipfel" an Ungarn abtreten.
Die Volksdeutschen in Rumänien erhalten Sonderrechte. Nach deutsch-rumänischen Verhand-

lungen garantiert die rumänische Regierung der deutschen Volksgruppe eine allgemeine "Gleichstellung".
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über das deutsch-rumänische Protokoll vom 30. August 1940 (x007/127E): >>**Das Volksgruppen-Abkommen.**
Deutsch-rumänisches Protokoll vom 30. August 1940.
In dem Wunsche, die Stellung der deutschen Volksgruppe in Rumänien entsprechend den freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Rumänien zu gestalten, haben die Reichsregierung und die Königlich Rumänische Regierung folgendes vereinbart:
Die Königlich Rumänische Regierung übernimmt die Verpflichtung, die Angehörigen der deutschen Volksgruppe in Rumänien den Angehörigen rumänischen Volkstums in jeder Weise gleichzustellen und die Stellung der deutschen Volksgruppe im Sinne der Karlsburger Beschlüsse zur Erhaltung ihres Deutschtums weiter auszubauen.
Wien, den 30. August 1940.
Für die Reichsregierung:
Ribbentrop Reichsminister des Auswärtigen
Für die Königlich Rumänische Regierung:
Manoilescu Königlich rumänischer Außenminister …<<

31.08.1940

Westkrieg: Bis zum 31. August 1940 gehen während der "Luftschlacht um England" 359 britische Flugzeuge sowie 252 deutsche Jäger und 215 Bomber verloren (x040/43).

August 1940

Großbritannien: Der britische Premierminister Winston Churchill und Charles de Gaulle sprechen im August 1940 über die erwarteten Luftangriffe gegen England (x172/248-249): >>... (Churchill:) ... Also kommen sie doch nicht!
(de Gaulle:) Haben Sie es denn so eilig, Ihre Städte in Trümmern zu sehen?
(Churchill:) Ach, wissen Sie, wenn die Deutschen Oxford, Coventry oder Canterbury bombardieren, wird das in den Vereinigten Staaten eine derartige Welle der Empörung auslösen, daß sie in den Krieg eintreten! ...
Früher oder später werden die Amerikaner kommen, allerdings unter der Voraussetzung, daß wir hier weder wanken noch weichen.<<

01.09.1940

NS-Regime: Am 1. September 1940 stellt der vorbestrafte SS-Oberführer Dr. Oskar Dirlewanger das erste SS-Sonderbataillon (später SS-Sturmbrigade D) auf.

02.09.1940

USA: Für die US-Stützpunkte auf den Bermudas, den Bahamas, in Westindien, Britisch-Guayana sowie auf Neufundland (Nutzungsdauer: 99 Jahre) erwirbt England am 2. September 1940 u.a. 50 nordamerikanische Zerstörer, Munition und Waffen (x106/70).
Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges erhält Großbritannien US-Kriegsmaterial im Gesamtwert von rund 30,0 Milliarden Dollar.
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über Roosevelts Neutralität (x068/232-235): >>... Die ungeheuren Kriegsgewinne des kleinsten, aber mächtigsten US-Zirkels konnten nicht verborgen bleiben. Im Frühjahr 1934 forschte ihnen sogar ein Senatsausschuß unter Vorsitz von Gerald P. Nye, North Dakota, nach. Aufgrund eines gewaltigen, von anderer Seite natürlich angefochtenen Materials erwies sich der Kriegseintritt der USA 1917 weitestgehend, wenn nicht fast ausschließlich, als das Resultat der kriegstreiberischen Kooperation von Rüstungsindustrie und Banken. Renommierte Historiker wie Harry Elmer Barnes oder Charles A. Beard kamen zu ähnlichen Schlüssen, die nach jenen, die mit den Wölfen heulen, versteht sich, nichts als Kurzschlüsse waren. Indes sind die

Dinge evident.
Das amerikanische Volk neigte vor und bei Ausbruch des Zweiten Weltkriegs in seiner großen Mehrheit dem Isolationismus zu; kein Zufall. Gerade im Bewußtsein der Kriegstreibereien und Kriegsgewinne des Großkapitals im Ersten Weltkrieg wollte man weithin Neutralität. Man hielt die Beteiligung an diesem Krieg für einen Fehler, sprach viel von Neutralität, der "Neuen Neutralität", die chauvinistischen Kreise mußten sich mehr oder weniger zurückhalten.
Es kam sogar zu diversen Neutralitätsgesetzen, womit man vor allem den Präsidenten zu binden suchte, ebenso aber auch die Außenwirtschaft, die natürlich an Produktion und Verkauf von Kriegsmaterial sowie kriegswichtigen Gütern aller Art lebhaft interessiert war, die ihre "Erfolge" vom Ersten Weltkrieg wiederholen, möglichst noch übertreffen wollte. Hitler und Mussolini aber fühlten sich durch diese Verfügungen eher ermutigt, mußten sie doch annehmen, daß ihre Gegner kein Kriegsmaterial aus den USA bekommen würden. Roosevelt selbst bekannte später: "Unser Waffenembargo begünstigte die Aggression."
Das amerikanische Volk freilich wollte den Frieden - wie zunächst auch im Ersten Weltkrieg.
Und Roosevelt war inzwischen, nach einem der erbittertsten Wahlkämpfe der US-Geschichte, am 3. November 1936 wieder gewählt worden mit dem Versprechen der Neutralität. Vier Wochen darauf eröffnete er in Buenos Aires die Inter-America-Konferenz zur Erhaltung des Friedens.
Doch spätestens seit Beginn des Zweiten Weltkriegs ist der Präsident nicht mehr neutral, falls er es, was man bezweifeln darf, je war. Er beeilt sich nun, die Neutralitätsgesetze, die er im Frieden, vor seiner Wiederwahl, eingeführt, im Krieg wieder aufzuheben. Vor allem das Verbot, "Waffen, Munition und Kriegsgerät" an Kriegsführende zu verkaufen, würde nun die schönsten und größten Geschäfte unmöglich machen. Kraft des neuen Gesetzes aber werden im Lauf des Krieges über 50 Milliarden Dollar umgesetzt. (Kaum freilich ist der Krieg zu Ende, hat auch dieses Gesetz ausgedient. Es wird am 21. August 1945 annulliert.)
Auch ein Erlaß von 1934, der allen Staaten Kredite abschlägt, die ihre Schulden aus dem Ersten Weltkrieg noch nicht beglichen, ist jetzt hinderlich. Also verabschiedet man im März 1941 ein neues Darlehens-Gesetz, das es den USA gestattet, den Alliierten noch im selben Jahr mit Lieferungen im Wert von 750 Millionen Dollar beizustehen.
Im Kampf gegen die eigenen Neutralen aber, die Isolationisten, ist der Präsident nicht wählerisch. Er hält nicht nur seinen populärsten Gegner, den Atlantik-Überquerer und Volkshelden Charles A. Lindbergh, für einen Nazi, sondern rückt auch dessen Anhang in die Nähe von Nazi-Sympathisanten, Nazi-Agenten, Verrätern. Er schaltet seinen Justizminister, das FBJ und andere Behörden gegen sie ein, er läßt Telefone anzapfen. Nicht genug: "Führende Isolationisten fürchteten um ihr Leben. Viele erlitten das Ende ihrer Karriere. Ihr Ansehen wurde unwiderruflich zerstört, weil sie beschlossen hatten, alles in ihrem Kampf gegen die Außenpolitik des Präsidenten zu riskieren" (Wayne S. Cole).
Der Präsident aber täuscht weiter. Er lügt und schwindelt sich durch die Jahre. Scheinbar für Neutralität eintretend, bereitet er den Kriegseintritt vor. Das "Pacht- und Leihgesetz" dient diesem Zweck, die Aufhebung des Waffenembargos, die immense Aufrüstung, gerechtfertigt durch die Behauptung, sie mache den Kriegseintritt gerade unnötig.
Schreckte er doch immer wieder in Reden und Äußerungen das Volk durch die Gefahr eines deutschen Angriffs auf die USA. Und ein Teil seiner Minister stimmte in diese Propagandaphrasen, die nichts als Amerikas Kriegseintritt ermöglichen sollten, eifrig ein. Man machte jedermann vor, Hitlers letztes Ziel sei die Eroberung der USA, der ganzen Welt. Roosevelt selbst beschwor wahre Horrorvisionen:
"Statt der Bibel werden die Worte von Mein Kampf gewaltsam als Heilige Schrift durchgesetzt werden. An die Stelle des christlichen Kreuzes werden zwei Symbole treten - das Ha-

kenkreuz und das blanke Schwert. Der Gott von Blut und Eisen wird den Platz des Gottes der Liebe und Barmherzigkeit einnehmen".
Kurz: "Die amerikanische Nation wurde mit Versprechungen über einen Nicht-Kriegseintritt in den Krieg geführt" (Detlef Junker).
Ein deutliches Signal für die drohende Einmischung war u.a. das berüchtigte Tauschgeschäft mit Großbritannien am 3. September 1940. Überläßt man England doch jetzt 50 ältere Zerstörer gegen die Verpachtung von Inseln in der Karibik, von Luft- und Seestützpunkten auf Neufundland, auf den Bermudas und den Bahamas, auf Jamaika, St. Lucia, Trinidad, Antigua und in Britisch-Guayana an die USA. Die "St. Louis Dispatch" kommentiert diesen Vorgang am nächsten Tag: "Diktator Roosevelt begeht eine Kriegshandlung".
Offensichtlich war Roosevelt seit längerem zum Kriegseintritt fest entschlossen. Wiederholt hatte er in den dreißiger Jahren die Gefahr eines unparteiischen Neutralismus beschworen, die eigene außenpolitische Reserve viel mehr geheuchelt als gehegt. Doch war er klug und Opportunist genug, sich dem deutlichen Volksbegehren scheinbar zu fügen. Immerhin wollte, nach Meinungsumfragen, die Mehrheit noch 1939 um fast keinen Preis einen Krieg.
Noch im Oktober erklärten sich 96,5 % gegen den Kriegseintritt. Allerdings wünschten 84 % einen Sieg der Westmächte und nur 2 % den Deutschlands. Roosevelt paßte sich wieder aalglatt an und behauptete: "Diese Nation wird neutral bleiben, aber ich kann nicht fordern, daß jeder Amerikaner auch in Gedanken neutral bleibe".<<
Die "New York Times" berichtet am 2. September 1940 über britische Luftangriffe gegen Deutschland (x172/253): >>... Bomber der Royal Air Force entfesselten einen verheerenden Brandbombenangriff auf den berühmten Schwarzwald, die dichten Wälder im Oberharz, den Grunewald und den Thüringer Wald.<<

06.09.1940

Großbritannien: Lord Robert G. Vansittart, Unterstaatssekretär im Foreign Office, lehnt in einer Stellungnahme vom 6. September 1940 jegliche Friedensverhandlungen mit der deutschen Widerstandsbewegung entschieden ab (x338/162): >>... Das Deutsche Reich und die Reichsidee sind seit 75 Jahren der Fluch der Welt, und wenn wir sie diesmal nicht erledigen, werden wir es nie tun, und sie werden uns erledigen.
Der Feind ist das Deutsche Reich und nicht nur der Nazismus, und diejenigen, die das noch nicht begriffen haben, haben gar nichts begriffen. … Jede Möglichkeit zu einem Kompromiß ist jetzt vorbei, und es muß ein Kampf ums Ende, und zwar um ein wirkliches Ende sein.<<

07.09.1940

Westkrieg: Die deutsche Luftwaffe fliegt am 7. September 1940 mit etwa 300 Bombern einen schweren "Vergeltungsangriff" gegen London und britische Flugplätze. London wird danach in den folgenden 65 Nächten bombardiert (x040/44).

11.09.1940

Großbritannien: Der britische Premierminister Winston Churchill beschimpft Hitler am 11. September 1940 während einer Rundfunkansprache wegen der deutschen Luftangriffe (x172/-257-258): >>... Dieser niederträchtige Mann, diese Quelle und Verkörperung stupider Animositäten, dieses monströse Produkt vergangener Schandtaten hat nun also beschlossen, unser großartiges Inselvolk durch sinnloses Gemetzel und willkürliche Zerstörung niederzuzwingen.<<

15.09.1940

USA: US-Admiral James O. Richardson (1878-1974) fordert am 15. September 1940 in einer Denkschrift, die Flotte aus Pearl Harbor an die US-Westküste zurückkehren zu lassen (x172/-260): >>... Die derzeitige Politik hat offenbar zum Zweck, einem anderen Pazifikanrainer unseren Willen aufzuzwingen. Sind die Ziele eines solchen Kriegs definiert, die Kosten bedacht und mit dem Wert eines Sieges verglichen worden?<<

16.09.1940

USA: US-Präsident Roosevelt unterschreibt am 16. September 1940 das vom US-Kongreß verabschiedete "Gesetz zur Wehrpflicht" und verkündet (x172/261): >>... Die Philosophie der Gewalt, die überall auf der Welt um sich greift, darf uns nicht gleichgültig lassen. Das furchtbare Schicksal von Nationen, deren Schwäche zum Angriff provoziert hat, ist uns nur allzu gut bekannt. ...

Unsere jungen Männer werden aus den Fabriken und von den Äckern kommen, aus großen und kleinen Städten, um sich am vorgesehenen Tag einzuschreiben.<<

27.09.1940

NS-Regime: Das NS-Regime, Italien und Japan schließen am 27. September 1940 den Dreimächtepakt.

Die drei Vertragspartner verpflichten sich zu gegenseitiger militärischer und wirtschaftlicher Unterstützung, falls ein Partner "von einer Macht angegriffen wird, die gegenwärtig nicht in den europäischen Krieg oder in den chinesisch-japanischen Konflikt verwickelt ist" (Art. III des Dreimächtepaktes).

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den "Dreimächtepakt" (x051/-133-134): >>Dreimächtepakt, auf Initiative Hitlers am 27.9.40 zustande gekommene vertragliche Vereinbarung auf zehn Jahre zwischen Italien, Japan und dem Deutschen Reich, die Deutschland die Vorherrschaft in Kontinentaleuropa (ohne Sowjetunion), Italien im Mittelmeerraum und Japan im "großostasiatischen" Raum zusprach.

Die drei Mächte verpflichteten sich zur gegenseitigen Unterstützung mit "allen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Mitteln" gegen Angreifer, die bisher nicht in den europäischen und den asiatischen (japanisch-chinesischen) Krieg verwickelt seien.

Dem so gegen die USA gerichteten Dreimächtepakt, westliche Ergänzung des Antikominternpakts, traten Ungarn (20.11.40), Rumänien (23.11.40), die Slowakei (24.11.40) und Bulgarien (1.3.41) bei. Jugoslawien zog die am 25.3.41 gegebene Unterschrift nach einem Staatsstreich in Belgrad am 27.3. zurück, was zur Auslösung des Balkanfeldzuges beitrug. Das danach entstandene Kroatien wurde am 15.6.41 Vertragspartner.

Die Krönung des Dreimächtepakts durch einen Beitritt der Sowjetunion, deren Beziehungen zu den drei Mächten im Vertrag ausdrücklich ausgeklammert waren, scheiterte beim Molotow-Besuch in Berlin 12./13.11.40. Obwohl der Krieg mit den USA nach japanischem Angriff (7.12.41) ausbrach, erklärten Deutschland und Italien am 11.12.41 den USA den Krieg, während Japan die Vertragsmöglichkeiten nutzte und dem deutsch-russischen Krieg fernblieb.

Der am 18.1.42 durch ein Militärabkommen und am 2.6.42 durch wirtschaftliche Abmachungen ergänzte Dreimächtepakt schrumpfte im September 43 durch den italienischen Sonderwaffenstillstand, am 9.5.45 durch die deutsche Kapitulation, die Tokio als "Vertragsbruch" bezeichnete, und endete formal erst mit der japanischen Kapitulation am 2.9.45.<<

28.09.1940

Großbritannien: Der britische Premierminister Winston Churchill benachrichtigt am 28. September 1940 General Hastings Ismay (1887-1965) über den möglichen Einsatz von "Kampfgas" (x172/264): >>... Wir sollten Vergeltungsschläge gegen die deutsche Bevölkerung erwägen und zwar im größtmöglichen Maßstab. Auch wenn wir niemals zuerst Gebrauch davon machen würden, müssen wir in der Lage sein zu reagieren.<<

30.09.1940

Japan: Ein US-Marineattaché berichtet am 30. September 1940 aus Tokio über den ungenügenden Brandschutz in den japanischen Städten (x172/264): >>... Die Feuerwehrschläuche sind alt, mürbe und löcherig. Nachts wird das Wasser abgestellt. Der Druck ist minimal. Hydranten sind rar. ...

Brandbomben, breit gestreut über japanischem Stadtgebiet abgeworfen, dürften es größtenteils

zerstören.<<

28.10.1940

Italien: Gegen Hitlers Willen dringen am 28. Oktober 1940 rund 155.000 italienische Soldaten in Griechenland ein.

Da Hitler seinen italienischen Bundesgenossen meistens nicht in seine Pläne einweiht, rächt sich Mussolini durch entsprechende Alleingänge (x069/183): >>Hitler stellt mich immer vor vollendete Tatsachen. Diesmal werde ich ihm in der gleichen Weise heimzahlen: er wird aus den Zeitungen erfahren, daß ich in Griechenland einmarschiert bin. So wird das Gleichgewicht wieder hergestellt sein.<<

Mussolinis eigenwillige Kriegspolitik erweist sich später für Hitlers Kriegsführung gegen die Sowjetunion als äußerst verhängnisvoll.

05.11.1940

USA: Franklin D. Roosevelt wird am 5. November 1940 zum dritten Mal zum Präsidenten der USA gewählt.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über den Wahlkampf Roosevelts (x068/235): >>Für die Erhaltung des Friedens hat Roosevelt nichts getan – wenn auch jeden Wahlkampf mit Friedensparolen geführt, zweimal schon. Und 1940 ebenfalls. In einer Wahlrede versicherte er: "Ich werde es wieder und immer wieder sagen: Eure Jungen werden in keinen fremden Krieg geschickt werden!"

Dies erinnert fatal an seinen Vorgänger Wilson im Ersten Weltkrieg, der ebenfalls seinen Wahlkampf durch Friedensbeteuerungen gewann. Und genau wie Wilson suchte auch Roosevelt nur einen Vorwand zur Einmischung.

Wenige wußten dies so gut wie Churchill. Er wäre im Kampf gegen Hitler ohne die Hilfe der USA und der Sowjetunion in Kürze sang- und klanglos erledigt gewesen. Man darf ihm glauben, wenn er nach Roosevelts Wiederwahl am 6. November 1940 schreibt, "daß ich für ihren Erfolg gebetet habe und dankbar dafür bin" ...<<

Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtet später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über Roosevelts finanzielle Unterstützung durch US-Banken (x364/148-155): >>… **Der ergebene Roosevelt**

Nachdem Woodrow Wilson zum zweiten Mal Präsident der USA geworden war, begannen die Illuminaten, sich nach einem neuen Präsidentschaftskandidaten umzusehen, der seinen Platz im "Ovalen Zimmer" des Weißen Hauses einnehmen könnte. Sie wünschten sich einen Mann, der ihrer Sache ergeben sein würde.

Sie wünschten sich außerdem einen Mann, der aufgrund seines eigenen, persönlichen Ansehens das amerikanische Volk erfolgreich zu dem Glauben verführen könnte, er sei "ihr Mann", und daß alle ihre Probleme vergessen wären, sobald er nur im Amt sei.

Sie fanden ihren Mann in Franklin D. Roosevelt. In den 20er Jahren kandidierte Roosevelt, damit sein nationales politisches Image und sein "Prestige" erhöht würden, für den Gouverneursposten von New York. Er wurde gewählt. 1930 wurde er wiedergewählt.

1932, auf dem Höhepunkt der von den internationalen Banken inszenierten großen Depression und im Verlauf einer beispiellosen Medienkampagne, manipulierte man den New Yorker Gouverneur in die Position des Ritters in glänzender Rüstung, die ihn zum Präsidentschaftskandidaten der Demokraten machte.

Wenn man Roosevelt und seine Hintermänner ihre Geschichte auf dem Wahlfeldzug erzählen hörte, so war der Glaube entschuldbar, daß der Gouverneur einen großartigen Präsidenten abgeben würde. Das "Image", das während des Wahlkampfes durchweg gemalt wurde, zeigt einen Mann, der die Selbstbestimmung der Nation verteidigen und sich mit Eifer für die Verteidigung der Freiheiten und Rechte einsetzen würde, die einen so gewichtigen Beitrag zur Entwicklung der USA zu einer weltbeherrschten Macht geleistet hatten. Was den amerikanischen

Wählern "verkauft" wurde, und was sie erhielten, waren zwei ganz verschiedene Paar Schuhe. Das "Big Money" in der City und Wallstreet hatte sich nicht vergriffen.
Roosevelt war ihr Mann. Er war ergeben, denjenigen zu Willen zu sein, die sein falsches "konservatives" Image so sorgfältig fabriziert und genährt und ihn in das "Ovale Zimmer" gebracht hatten.

"Wir sind die intellektuellen Huren"

Die Tatsache, daß die internationalen Geldmonopolisten Roosevelt fest "in der Tasche" hatten, breitet sich mit unmißverständlicher Klarheit vor einem aus, wenn man seine Unterlagen überprüft. Dazu sagt Professor Anthony C. Sutton:
"Vielleicht ist es immer eine gute Strategie, vor dem amerikanischen Wähler als ein Kritiker, wenn nicht sogar als regelrechter Feind der internationalen Bankbruderschaft aufzutreten. Ohne jede Frage haben Franklin D. Roosevelt, seine Anhänger und Biographen ihn so gemalt als schwinge er das Schwert der gerechten Rache gegen die Räuberbarone in den Wolkenkratzern von Manhattan."
Mit welcher Übereinstimmung die Medien Roosevelts zweifelhafte persönliche Akte einer einschneidenden Operation unterzogen, beweist die Tatsache, daß "führende" Zeitungen und Zeitschriften dieser Zeit die Veröffentlichung eines Berichtes des "Senate Naval Affairs Committee" aus dem Jahre 1921 ablehnten, der ein höchst kritisches Licht auf Roosevelt wirft und ernsthafte Zweifel bezüglich seines Charakters entstehen läßt.
In dem Bericht heißt es unter anderem, daß "unmoralische und unzüchtige Handlungen auf Anweisung oder Vorschlag durch eine Reihe von Uniformträger der US Marine sowohl in als auch ohne Uniform vorgenommen wurden mit dem Zweck, Beweismaterial gegen Personen mit sexuellen Perversionen zu beschaffen, wobei die Ermächtigung zur Verwendung diese unter Sold der Marine stehenden Männer sowohl mündlich wie schriftlich von dem Assistant Secretary Franklin D. Roosevelt erteilt wurde."
Daß diese Fakten in ganz Amerika von allen "führenden" Zeitungen unterdrückt wurden, verleiht den berühmten Worten des John Swinton, Herausgeber der "New Yorker Times" noch größeres Gewicht, die er anläßlich des Jahresbanketts der American Associated Press 1914 aussprach:
"Von einer unabhängigen Presse in Amerika kann nicht die Rede sein. Nicht ein einziger Mann unter Ihnen wagt es, seine ehrliche Meinung auszusprechen. Wir sind die Instrumente und Vasallen der Reichen hinter den Kulissen. Wir sind Marionetten. Jene Männer ziehen an den Fäden und wir tanzen. Unsere Zeit, unsere Talente, unser Leben und unsere Kräfte sind alle Eigentum jener Männer - wir sind intellektuelle Huren."

Die Wallstreet-Bande

In den 20er Jahren war Franklin D. Roosevelt völlig in die Geschäfte der Wallstreet vertieft. In diesen Jahren saß er auf insgesamt elf Direktorensesseln von Organisationen, die ganz und gar Teil der Wallstreet-Welt waren.
Laut Professor Sutton "ist das eine ziemlich genaue Liste der Direktorensitze. Damit verdient Roosevelt zweifellos den Titel eines Wall-Streeters par excellence. Die Mehrzahl derer, die in der "Street" arbeiten, erreichen niemals, und wahrscheinlich träumen sie nicht einmal davon, einen Rekord von 11 Direktionsposten, zwei Beteiligungen in Rechtskanzleien und den Präsidentenstuhl eines großen Handelsverbandes."
Für das "Big Money" war klar, daß sich Roosevelt als ein sehr viel ergebener und skrupelloser Diener erweisen würde als der Mann aus Iowa, Herbert Hoover, der es abgelehnt hatte, seine durch die Verfassung sanktionierten Kompetenzen zu überschreiten, als es galt, mit den Auswirkungen des von den Banken produzierten Börsenkrachs von 1929 fertig zu werden.
Geschichtsforscher werden erkennen, daß Roosevelt, trotz seiner Wahlkampfrhetorik und seines konservativen Gebarens, seine hinterlistige Politik aufgab, als er über die Schwelle des

ovalen Zimmers schritt. Unverzüglich ließ er auf das amerikanische Volk ein wahres Trommelfeuer von verfassungswidrigen Programmen los, die die amerikanische Nation mehr und mehr unter die Kontrolle der internationalen Geldmonopolisten stellten.
In den zwölf Jahren seiner Regierung im Weißen Haus hat Roosevelt wahrscheinlich mehr getan als jeder andere einzelne Politiker in der Geschichte, um die Pläne der "unsichtbaren Regierung " der internationalen Bankiers zum Blühen zu bringen.
Er setzte die politische Dampfwalze der Vernichtung in Gang, die, bis auf die letzten Reste, alles das der großartigen Republik niedergewalzt hat, was die Gründungsväter errichtet hatten. Infolge dessen sind die Vereinigten Staaten trotz der Verfassung und ihrer gewollten Einschränkungen, zu einem quasi-totalitären Staat geworden.
Roosevelt war der Vorarbeiter der illuministischen Abrißkolonne, die man zur Vernichtung der alten Ordnung losgeschickt hatte.

Dunkle Machenschaften der Finanzpiraten

Roosevelt war ihr "Fassaden-Mann" in Amerika; zu seinen Befehlen gehörte die Durchführung des von den internationalen Bankiers geförderten "Stadtsanierungs-Programms" in den Vereinigten Staaten und sein "New Deal" sollte den Grundstein für die spätere Errichtung von Adams Weishaupts "Novus Ordo seclorum" legen, der neuen Weltordnung.
Anthony C. Sutton schreibt dazu in seinem Buch "Wall Street and the Rise of Hitler": "Lügen heißt die Tageslosung für die politischen Implementatoren, politische Worte und politische Taten haben noch nie miteinander übereingestimmt. Warum nicht?
Das Zentrum der politischen Macht lag nicht bei den gewählten und angeblich verantwortlichen Vertretern in Washington, sondern anderswo, und diese Machtelite hatte ihre eigenen Zielsetzungen, die mit denen der allgemeinen Öffentlichkeit unvereinbar waren." Die "Machtelite", die Roosevelt auf den Präsidentenstuhl hob, war dieselbe "dunkle Mannschaft von Finanzpiraten", die zwanzig Jahre zuvor auch Woodrow Wilson auf denselben erhabenen Sitz gehoben hatte.
Die Dokumentation über Roosevelts Wahl zum Obersten der Exekutive zeigt, daß sie praktisch eine Wiederholung des Erfolgs-Filmes mit Woodrow Wilson war. Wilson wie Roosevelt hatten dieselben Drehbuchautoren, dieselben finanziellen Gönner und dieselben "Berater".

Colonel House und die illuministische Philosophie

Bevor er zum Präsidenten gewählt wurde, unterhielt Roosevelt wenigstens acht Jahre lang eine enge Beziehung zu Colonel E. Mandell House, Bernard Baruch und Rabbi Stephen Wise. Obwohl House von der internationalen politischen Bühne mit dem Abgang Wilsons verschwand, blieb er doch weiterhin eine bedeutsame Machtfigur in der Demokratischen Partei. Sein Einfluß auf Roosevelt und dessen politische Tätigkeit in den 20er Jahren scheint über einen Zwischenmann erfolgt zu sein:
Louis Howe, der auch Roosevelts rechte Hand war. Howe traf sich oft mit Colonel House, vor allem in den Jahren kurz vor der Wahl Roosevelts. Es besteht wohl wenig Zweifel, daß House der geniale Kopf gewesen ist, der Roosevelt durch die von Haien verseuchten Gewässer der Machtpolitik und in das Weiße Haus geführt hat.
Wie der House-Biograph Arthur D. Howden Smith erklärt, hat der Colonel "Roosevelt als einen geborenen Präsidentschaftskandidaten ausgesucht, und zwar lange vor jedem anderen verantwortlichen Politiker". Er suchte sich Roosevelt als Assistant Secretary der Marine 1913 aus, schliff ihn in den folgenden Jahren zurecht, daß er der nächste Präsident der Demokraten werden konnte. Es steht fest, daß die beiden Männer stundenlang über nationale und internationale Angelegenheiten diskutierten.
Zweifellos war es in diesen langen Privatsitzungen dem "geheimnisvollen" Colonel House möglich, auf subtile und vielleicht von Roosevelt unbemerkte Weise seine illuministische Philosophie dem Verstand jenes Mannes einzuimpfen oder "einzugeben", den er als ausgezeich-

netes Präsidentschaftsmaterial erkannt hatte. Die einzigartige Fähigkeit des Colonel, seine Ideen dem Denken seiner engen Bekannten "einzugeben", wird von einer Person belegt, die mit ihm für die Wahl Woodrow Wilsons zum Präsidenten gearbeitet hat:
"Colonel House pflegte in ein Büro zu kommen und leise einige Worte zu flüstern, und nachdem er wieder gegangen war, wurde man plötzlich von einer guten Idee gepackt. Schlug man diese Idee seinen Freunden oder Vorgesetzten vor, wurde man dazu beglückwünscht; es funktionierte erstklassig, besser als in den geheimsten Träumen.
Vielleicht vergaß man sie aber auch. Doch irgendwann, todsicher, wenn man sie voller Stolz überdacht hatte, kam man zu der plötzlichen Erkenntnis, daß einem diese Idee von Colonel House im Verlauf eines Gesprächs eingegeben worden war." (Arthur D. Howdon Smith "The Real Colonel House")
Fast zwei Jahrzehnte später bemerkte derselbe Autor über "Philip Dru - Administrator", jenem von Colonel House 1912 anonymerweise geschriebenen Buch: "Es ist unmöglich, die von Dru vorgeschlagene Gesetzgebung mit der von Roosevelt zu vergleichen, ohne von der Ähnlichkeit betroffen zu sein."
Aus bisher noch ungeklärten Gründen wurde House nicht auch das "alter ego" von Roosevelt, als dieser Präsident geworden war. Vielleicht, so meint Douglas Reed, ist "eine sinnvolle Vermutung" darin zu suchen, daß House, im verklärten Alter von 75, "sich von seinen früheren Ideen distanziert hatte" und "den jungen Philip Dru von 1912 bedauerte, der die amerikanische Verfassung für altmodisch und grotesk" hielt, die Macht mit Gewalt ergriffen und dann mittels Notverordnungen regiert hatte.
Für Roosevelt hatte er einen neuen Satz eher nüchterner und verantwortungsvollerer Ideen parat und dann mußte er aus der zweiten Reihe "mit Vorahnung zuschauen", wie sich unverantwortliche Macht in den Händen von Mr. Roosevelt konzentrierte. In den 30er Jahren war House entsetzt über die absolut ungezügelte Macht, die sein zweiter "Rockland" erhalten hatte. Mr. House erkannte, daß "ungewisse Leute es nicht wünschen, daß der Präsident auf mich hörte."

Rabbi Stephen Wise

Ein entsprechender Hinweis auf den endgültigen Bruch zwischen House und Roosevelt steht auf den Seiten von "Challenging Years", der Autobiographie von Rabbi Stephen Wise, der zu den führenden Zionisten in Amerika zählte.
Dieses bemerkenswert aufschlußreiche Buch des 1874 in Osteuropa geborenen Zionisten der Spitzengarde enthüllt, daß Wise ein langjähriger Freund von Roosevelt gewesen ist: "Im Jahr 1928 hatte ich alle Gelegenheit, Roosevelt für die Wahl zum Gouverneur zu unterstützen, und ich tat es aus ganzem Herzen. 1929 und 1930 konnte ich als Mitglied des Bundesausschusses für Kinderarbeiten mit dem Gouverneur zusammenarbeiten, außerdem war ich Mitglied einer kleinen Gruppe, die ihm das Gesuch für ein Rentengesetz in New York vorbrachte.
Aufgrund seiner erwiesenen Führungsqualitäten auf Landesebene und seinem tiefen Verständnis für den Ausbau des Konzeptes über die soziale Gerechtigkeit in unserer Demokratie war ich der Meinung, er sollte 1930 wiedergewählt werden. In der Zwischenzeit war er auch zu einer immer größeren Figur für die demokratische Präsidentschaftsnominierung für das Jahr 1932 geworden."
Aus irgendeinem Grund hat Wise Roosevelt bei seinem Versuch 1932 nicht unterstützt. Es sieht wahrscheinlich so aus, daß Roosevelt, wie schon vor ihm Wilson, einen Versuch gemacht hat, "seine Unabhängigkeit unter Beweis zu stellen", was ihm den Zorn des ersten Zionisten eingetragen hatte. Aber schließlich hat es Roosevelt "kapiert" und reihte sich wieder brav in die Wünsche seiner verborgenen Mentoren ein.
Im April 1934 schrieb Wise an einen Freund: "Wenn es ein Mann jemals verdient hat, um der Feinde willen geliebt zu werden, die er sich erschaffen hat, dann ist es Roosevelt. Ich sehe

dem Kampf 1935 entgegen, denn wenn Roosevelt der bleibt, der er in seinem ersten Jahr gewesen ist, dann werden wir den schönsten Kampf des Jahrhunderts sehen, da alle Kräfte im Spiel um "Zupacken und Festhalten" sowie verbitterte und gewalttätige Reaktionäre gegen ihn angetreten sind."

Kein lebenslänglicher Demokrat

Der Leser möge beachten, daß Roosevelts "Feinde", die als "verbittert und gewalttätige Reaktionäre" beschuldigt werden, jene waschechten "Blauen" Amerikaner waren, die sich Roosevelts Anstrengungen, die große amerikanische Republik zu unterminieren und zu zerstören, entgegenstellten. Rabbi Wise gehört zu den lautstarken Befürwortern von Roosevelts Zerschlagenstaktik.

In einem "offenen Brief" an die Presse vom 24. September 1936 machte Rabbi Wise ein aufschlußreiches Eingeständnis:

*Ich bin kein lebenslänglicher Demokrat. Ich wurde zu einem Demokraten, um die Wahl von Woodrow Wilson zum Präsidenten zu unterstützen. Ich nenne mich persönlich einen Wilson-Roosevelt-Demokraten, weil Wilson und Roosevelt zu unserer Zeit die Ideale der Demokratie vertreten."

Ein anderer enger "Berater" des Marionettenpräsidenten in jenen tumultreichen Tagen war Bernard Baruch, der Mann also, der auch schon ein enger "Berater" von Woodrow Wilson gewesen war.

Colonel Curtis B. Dali schreibt in seinem Buch "Roosevelt - My Exploited-Father-in-Law" (Roosevelt - Mein ausgebeuteter Schwiegervater), daß eine "passende Beschreibung" für Bernard Baruch die sei, daß er "der überragende Verbindungsmann zwischen weltweitem Kapital und weltpolitischen Persönlichkeiten" war.

"Vor dem Ersten Weltkrieg sagte man, "Barney" Baruch sei eine Million Dollar und mehr schwer. Nachdem der Erste Weltkrieg vorbei war, wurde behauptet, er sei 200 Millionen Dollar schwer - ein für einen Geldtitanen angemessener Betrag!"

"Barney" räumte finanziell ab, nachdem er zum Leiter des Amts für Kriegsindustrie ernannt worden war - eine Position, die ihm zum Diktator über die amerikanische Geschäftswelt machte. In Zusammenarbeit mit seinen internationalen Banken, Eugene Meyer, Leiter der "War Finance Corporation", und Paul Warburg, Leiter des "Federal Reserve System", brachte "Barney" zahlreiche Geschäfte zustande, die für das Gedeihen der wenigen Auserwählten reichlich sorgten. Rüstungsaufträge aus England, Frankreich und anderen Ländern waren das "große Geschäft", das kleine Unternehmen groß, und große Unternehmen noch größer machte. Die "Insider" erwarben riesige Vermögen an der Lieferung von Ausrüstungen für den Krieg, der die Welt für die internationalen Banker zu einem sicheren Ort machte. Baruch hatte immense Macht und Einfluß. "Jahre später, als die Presse bekanntgab, daß Winston Churchill in Amerika eingetroffen sei und sich in New York zu einem Besuch bei Mr. Baruch aufhalte, bevor er ins Weiße Haus in politischer Sache weiterfuhr, war ich nicht überrascht: Das Wichtigste kommt immer zuerst!

Ich war auch nicht überrascht, als Mr. Baruch allmählich zu dem bekanntesten Symbol der weitreichenden und weltweiten Geldmacht wurde. Selbst wenn er auf einer Bank in einem öffentlichen Park saß und seinen Rat erteilte, während er die Tauben fütterte, waren seine Bemerkungen ohne weiteres dazu angetan, die Regierungspolitik langfristig zu beeinflussen. Seine Worte waren Ausdruck einer großen Kapitalmacht - sichtbar wie unsichtbar - Macht in einer Größenordnung und in einem Umfang, wie sie für die meisten amerikanischen Bürger nur selten vorkommt - nicht einmal im Traum."

Der Einfluß, den Baruch auf Roosevelt während dessen ganzer politischer Laufbahn ausgeübt hat, wurde von der Ehefrau des Präsidenten, Eleanor, bezeugt:

"Mr. Baruch war ein vertrauter Berater meines Mannes sowohl in Albany als auch in Washington." …<<

10.11.1940

USA: Der US-Architekt Frank L. Wright (1867-1959) erklärt am 10. November 1940 einem Reporter der "New York Times" während einer Ausstellung (x172/278): >>... Ich möchte nicht behaupten, daß die Bombardierung Europas kein Segen ist, denn immerhin bietet es den Architekten dort die Gelegenheit, von vorn anzufangen.<<

12.11.1940

Rumänien: Der sowjetische Außenkommissar Molotow verhandelt vom 12. bis zum 13. November 1940 mit Hitler in Berlin über den sowjetischen Beitritt zum "Dreimächtepakt".
Molotow fordert z.B. die Aufhebung der deutschen Garantien für Rumänien (x041/107). Die sowjetisch-deutschen Verhandlungen scheitern.
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über die Molotow-Mission im Jahre 1940 (x046/28-29): >>... Als sich die Kriegslage für Deutschland und seinen 'Achsenpartner' Italien immer mehr komplizierte, ließ Stalin durch Molotow in Berlin am 12./13. November 1940 jene Forderungen überbringen, die auf eine Ausdehnung der sowjetischen 'Interessensphäre' auf Bulgarien, Rumänien, Ungarn, Jugoslawien und Griechenland, also auf gesamt Südosteuropa, und im Norden auf Finnland hinausliefen, mit dem doch erst im März des Jahres feierlich ein Friedensvertrag geschlossen worden war. Selbst eine sogenannte 'schwedische Frage' wurde zur Sprache gebracht.
Die Sowjetunion beanspruchte mit anderen Worten jetzt eine beherrschende Stellung in ganz Osteuropa und im Ostseeraum, verlangte überdies die Errichtung von Stützpunkten an den Schwarzmeerausgängen und eine beliebige Passage durch die Ostseeausgänge (Großer Belt, Kleiner Belt, Sund, Kattegat, Skagerrak), so daß das im Existenzkampf befindliche Reich gleichsam von Norden und Süden her umklammert werden mußte.
Diese in einer sich versteifenden Kriegslage überbrachten Insinuationen waren so herausfordernd, daß sie Deutschland praktisch nur noch die Wahl ließen, sich zu unterwerfen oder zu kämpfen. Es handelte sich um eine vorsätzlich berechnete Provokation, bei der vor allem das psychologische Motiv von Interesse ist, weil es erkennen läßt, wie sicher und überlegen sich Stalin zu diesem Zeitpunkt schon gefühlt haben muß.
Wenn er sich nämlich, wie dies die deutsche Botschaft in Moskau verschiedentlich verlauten ließ, tatsächlich vor Hitler gefürchtet haben sollte, dann würde er ihn wohl kaum in einer Art und Weise provoziert haben, die nach dem Urteil von Ernst Topitsch einer 'Sommation' gleichkam, einer kaum noch verhüllten Aufforderung zur Unterwerfung. Molotow hat in den Tagen seiner Berliner Mission in einem ständigen, intensiven, telegraphischen Austausch mit Stalin gestanden, woraus zweifelsfrei hervorgeht, daß er auf unmittelbare Weisung Stalins hin gehandelt haben muß.
Daß mit der Molotow-Mission in der Tat eine Herausforderung verbunden war, geht auch aus den Aufzeichnungen hervor, die Wanda Wasilewska, einstmals Vorsitzende des Verbandes Polnischer Patrioten (Kommunisten) in der Sowjetunion, noch vor ihrem Tode 1964 ausdrücklich festgehalten wissen wollte. "Ich erinnere mich", so die Wasilewska, die sich der besonderen Gunst Stalins erfreut hatte, "daß wir Kommunisten unabhängig von der offiziellen Stellung der Sowjetregierung der Meinung waren, daß dies (die freundliche Haltung Deutschland gegenüber) lediglich eine Taktik der Sowjetregierung ist, daß aber in Wirklichkeit die Dinge völlig anders aussehen.
Man darf ja nicht vergessen, daß für jeden von uns es schon damals klar war, daß ein deutsch sowjetischer Krieg kommen muß... Unabhängig von den offiziellen Äußerungen glaubten wir, daß der Krieg kommen wird, und wir warteten von Tag zu Tag auf ihn. Im Frühjahr 1940 war ich zum erstenmal in Moskau bei Stalin und schon damals (als ganze sechs deutsche Divisio-

nen an der Ostgrenze standen) hat mir Stalin gesagt, daß der Krieg mit den Deutschen früher oder später kommen werde. Also hatte ich schon damals die Versicherung der höchsten Autorität und die Bestätigung, daß wir recht hatten, wenn wir auf den Krieg warteten."
Aufschlußreich ist, was Wanda Wasilewska in den Tagen der Molotow Mission Ende 1940 über eine Unterredung mit dem 1. Sekretär der KP Weißrußlands, Ponomarenko, dem späteren Chef des Zentralen Stabes der Partisanenbewegung, berichtet, dessen Worte sie folgendermaßen wiedergibt: "Molotow war in Berlin. Er ist gerade zurückgekommen. Es wird Krieg geben. Sicherlich wird es dazu im Frühjahr 1941 kommen, aber wir müssen uns schon jetzt vorbereiten."<<

14.11.1940

Westkrieg: Am 14./15. November 1940 greifen 449 deutsche Flugzeuge die britische Industriestadt Coventry (Zentrum der britischen Flugzeugmotorenindustrie) an und werfen 500 t Sprengbomben sowie 30 t Brandbomben ab.
Dieser Luftangriff, der 554 Tote und 865 Schwerverletzte fordert, ist kein Flächenbombardement gegen zivile Objekte (Wohnviertel etc.), denn man beabsichtigt vor allem, die britische Rüstungsindustrie empfindlich zu treffen (x040/50).
Wenn die deutsche Luftwaffe wirklich nur zivile Objekte bombardiert hätte, wie noch heute offiziell von den Briten behauptet wird, dann wären in Coventry sicherlich wesentlich mehr Menschen umgekommen. Die Briten werden außerdem nachweislich frühzeitig über diesen deutschen Luftangriff informiert, denn sie können längst den deutschen Funk-Code entschlüsseln. Churchill läßt damals jedoch weder den Bürgermeister, die Feuerwehr noch sonstige Rettungsdienste über den deutschen Angriff gegen Coventry informieren, so daß jegliche Evakuierungsmaßnahmen unterbleiben.
Erst 20 Minuten vor dem Beginn des deutschen Großangriffes erhält eine örtliche Flakmannschaft folgende Nachricht (x172/283): >>Heute Abend größerer Luftangriff auf Coventry geplant.<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über "Coventry" (x051/104-105): >>Coventry, britische Industriestadt in den Midlands südöstlich von Birmingham mit 213.000 Einwohnern (1938).
Gegen Coventry flogen während der Luftschlacht um England in der Nacht vom 14./15.11.40 insgesamt 449 deutsche Bomber einen verheerenden Angriff. Bei nur geringer Luftabwehr warfen sie 500 t Spreng- und 30 t Brandbomben auf Coventry, dessen Altstadt mit der gotischen Kathedrale in Flammen aufging. 554 Menschen fanden den Tod, 865 wurden verletzt, die Industrieproduktion der Rüstungsfabriken sank nur vorübergehend.
Die deutsche Propaganda kündigte an, die Luftwaffe werde weitere britische Städte "coventrieren". Coventry wurde zum Inbegriff des Flächenbombardements ohne Rücksicht auf die Zivilbevölkerung und zum Muster des alliierten Bombenkrieges gegen die deutschen Städte, der allerdings ganz andere Dimensionen annahm.
Die Engländer waren übrigens vom bevorstehenden Angriff unterrichtet, und zwar durch die Entschlüsselung des deutschen Funk-Codes. Die Geheimhaltung dieser Tatsache war so wichtig, daß Churchill Evakuierungsmaßnahmen verbot.<<

17.11.1940

USA: Die "New York Times" berichtet am 17. November 1940 über den Luftkrieg in Europa (x172/286): >>... Jeder Angriff auf Menschen, ob er nun von den Engländern ausgeht, die behaupten, ihre Aktionen strikt auf militärische Ziele zu beschränken, oder von den Nazis, die sich damit brüsten, nach dem Prinzip Auge und Auge, Zahn um Zahn zu handeln, beschleunigt das Tempo des Massenmords und steigert den Blutdurst.<<

18.11.1940

Großbritannien: Der Exilpolitiker Benesch schreibt am 18. November 1940 in einem Bericht

für die tschechische Widerstandsbewegung, daß man nicht "naiverweise" annehmen dürfe, "drei Millionen Deutsche zu vernichten oder auszutreiben"; die Umsiedlung von einer Million Sudetendeutschen wäre schon ein "ungeheurer Erfolg und eine starke Sicherung unseres Staates" (x020/061).

20.11.1940

Ungarn: Ungarn tritt am 20. November 1940 dem Dreimächtepakt (Deutsches Reich, Italien und Japan) bei.

23.11.1940

Rumänien: Rumänien wird am 23. November 1940 Mitglied des Dreimächtepaktes.

24.11.1940

Slowakei: Die Slowakei tritt am 24. November 1940 dem Dreimächtepakt bei.
Bis 1942 werden außerdem noch Dänemark, Finnland, Nanking-China, Bulgarien und Kroatien Mitglieder des Dreimächtepaktes.

25.11.1940

NS-Regime: Die deutsch-sowjetischen Verhandlungen über den Dreimächtepakt-Beitritt der UdSSR und die Aufteilung der zukünftigen Weltherrschaft scheitern am 25. November 1940.
Da sich Hitler und Stalin nicht einigen können, werden die Gespräche nicht mehr fortgesetzt.
Die sowjetische Expansionspolitik in Rumänien und Bulgarien (Beherrschung der Erdölfelder und Zugang zum Mittelmeer) verstärken anschließend die deutsch-sowjetischen Spannungen.
Hitler gerät gegenüber der Sowjetunion allmählich in Zugzwang (x090/283).

03.12.1940

Anti-Hitler-Koalition: In Chicago (USA) veröffentlicht die exilpolnische Zeitung "Zwiazkowy" am 3. Dezember 1940 polnische Gebietsforderungen (x039/225): >>... Die Westgrenze Polens muß eine Linie bilden, die zumindest etliche 10 km westlich der unteren Oder und dann hin zum Erzgebirge verläuft.<<

07.12.1940

Großbritannien: Charles Portal (1893-1971, von 1940-45 Oberbefehlshaber der Royal Air Force) schreibt am 7. Dezember 1940 an den britischen Premierminister Winston Churchill (x172/292): >>... Sie trugen mir vor 2 Tagen auf, einen Plan für einen Bombenangriff mit größtmöglichster Zerstörungswirkung auf eine ausgewählte deutsche Stadt (Hannover, Mannheim, Köln oder Düsseldorf) auszuarbeiten. ...
Die ersten Angriffe werden mit Brandbomben erfolgen, wenn das Wetter mitspielt, ist vorgesehen, den Einsatz mit Spreng- und Brandbomben die ganze Nacht über fortzuführen.
Zur Verwendung kommen 1000- und 500-Pfund-Bomben statt 250-Pfund-Bomben; bei günstiger Wetterlage werden auch Minen abgeworfen. Alle Sprengbomben werden so gezündet, daß sie die größtmögliche Zerstörung ... anrichten.
Auf ihr Kommando hin werde ich den Befehl zur Durchführung in der ersten dafür geeigneten Nacht geben.<<

08.12.1940

Anti-Hitler-Koalition: Churchill teilt Roosevelt am 8. Dezember 1940 mit, daß man bald nicht mehr in der Lage ist, die nordamerikanischen Kriegsmateriallieferungen zu bezahlen (x041/107).

18.12.1940

NS-Regime: Hitler unterzeichnet am 18. Dezember 1940 die Weisung Nr. 21 "Fall Barbarossa" (x106/79): >>... Die deutsche Wehrmacht muß darauf vorbereitet sein, auch vor der Beendigung des Krieges gegen England, Sowjetrußland in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen. Das Heer wird hierfür alle verfügbaren Verbände einzusetzen haben mit der Einschränkung, daß die besetzten Gebiete gegen Überraschungen gesichert sein müssen. ...
Der Schwerpunkt des Einsatzes der Kriegsmarine bleibt auch während eines Ostfeldzuges

eindeutig gegen England gerichtet.
Den Aufmarsch gegen Sowjetrußland werde ich gegebenenfalls 8 Wochen vor dem beabsichtigten Operationsbeginn befehlen. Vorbereitungen, die eine längere Anlaufzeit benötigen, sind, soweit noch nicht geschehen, schon jetzt in Angriff zu nehmen und bis zum 15.4.41 abzuschließen. ...
Die im westlichen Rußland stehende Masse des russischen Heeres soll in kühnen Operationen unter weitem Vortreiben von Panzerkeilen vernichtet, der Abzug kampfkräftiger Teile in die Weite des russischen Raumes verhindert werden.
In rascher Verfolgung ist dann eine Linie zu erreichen, aus der die russische Luftwaffe, reichsdeutsches Gebiet nicht mehr angreifen kann. Das Endziel der Operation ist die Abschirmung gegen das asiatische Rußland auf der allgemeinen Linie Wolga - Archangelsk. So kann erforderlicherweise das letzte Rußland verbleibende Industriegebiet am Ural durch die Luftwaffe ausgeschaltet werden.<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet später (im Jahre 1999) über das "Unternehmen Barbarossa" (x887/...): >>**"Den Kampf mit Deutschland beginnen"**
Über das neueste Buch von Wolfgang Strauss "Unternehmen Barbarossa und der russische Historikerstreit"
Nach dem deutschen Historikerstreit der russische, aber der läuft wesentlich anders ab als deutscherseits gewohnt. In seinem neuesten Buch gibt Rußlandkenner Wolfgang Strauß, leidenschaftlich und doch glaubwürdig, ein sehr überzeugendes Bild vom jetzigen Stand der Forschung und von der in diesem Zusammenhang damit geführten Diskussion in Rußland.
Hitlerdeutschland hat die friedliebende Sowjetunion überfallen. Ein Stehsatz der antifaschistischen Zeitgeschichtsschreibung. Hier: der von Haus aus verbrecherische Nationalsozialismus, dort: der im Ansatz gutmeinende, menschheitsbeglückende Kommunismus. Letzteres hörte man gerade erst wieder nach Erscheinen des "Schwarzbuchs des Kommunismus". Auch und besonders in Deutschland. Die Geschichte des II. Weltkrieges wird in Deutschland seit Jahrzehnten nur mittelbar zum Nationalsozialismus mit Hitler als Zentralfigur gesehen.
Jeder Historiker, der aus dem Schatten Hitlers zu treten versucht, wird sofort als Revisionist gebrandmarkt. Aussagen von dieser Seite werden sofort moralisch gewertet und auf ihren ideologiepolitischen Gehalt geprüft. Und dann und wann wurde auch schon einmal versucht, Geschichte mittels Gerichtsurteil zu schreiben. Nicht Historisierung, sondern Instrumentalisierung der Geschichte scheint das Bestreben der deutschen Historikerelite nach wie vor zu sein. Quellenforschung, vergleichende Quellenkritik und -bewertung sowie Zusammenschau des aus den Quellen sich ergebenden Geschehens - ganz unter dem Gesichtspunkt der Belastung Deutschlands - werden von einigen Historikern zu monopolisieren versucht.
Deren eigene politische Einstellung wird mit der vorgeblich unumstößlichen Wahrheit gleichgesetzt, damit deren meist antifaschistische Quelle nicht versiegen möge, werden zweifelhafte Nebenquellen hinzugeführt. Weil nicht sein kann, was nicht sein darf: Die Vergleichbarkeit der NS-Verbrechen. Der darüber oder deswegen geführte Historikerstreit, bei dem die Wogen scheinheiliger Empörung ziemlich hoch gingen, ist noch gut in Erinnerung.
Völlig anders läuft die Diskussion in Rußland, sehr zum Mißfallen hiesiger Zeitgeschichtler. Zwecks Schadensbegrenzung wird deshalb von deutscher Antifa-Seite wieder scharf quergeschossen: Im Visier unserer vergangenheitsbewältigenden Experten ist dieses Mal die russische Geschichtsrevision, der zufolge Hitler mit seinem "Unternehmen Barbarossa" Stalins Angriffspläne nur zuvorkommen wollte.
Während sich die etablierte deutsche Geschichtsschreibung in dieser Frage vornehmlich auf zweifelhafte sowjetische Aufzeichnungen vor 1989 stützt, hat der Zusammenbruch der Sowjetunion zur Öffnung eines Teils von bis dahin unzugänglichen Quellen (insgesamt fast 14 Millionen Dokumente) geführt, die einen etwas anderen Blick auf die damaligen Ereignisse

und handelnden Personen freigeben.
Dies betrifft nicht nur den deutsch-russischen Vertrag vom 23. August 1939, den sogenannten Hitler-Stalin-Pakt, sondern auch die Kriegsvorbereitungen auf beiden Seiten bis hin zum Krieg, und davon nicht ganz abstrahiert auch das Bild der beiden beteiligten Armeen. Von entscheidender Bedeutung bleibt dabei natürlich sowohl der historische wie der ideologische und politische Hintergrund, vor dem sich dieses für das russische wie das deutsche Volk verhängnisvolle und blutige Weltkriegsdrama abspielte.
Für die Völker der Sowjetunion hatte das Verhängnis allerdings bedeutend früher begonnen. Es kann nicht mehr geleugnet werden, daß Stalin von Anfang an, nämlich seit 1918, "offenen, massenhaften und systematischen Terror" als ein Mittel der Politik begriff und dafür vehement eintrat. Bereits zum genannten Zeitpunkt trat er für die Liquidierung von "mindestens" zehn Millionen Russen ein, der planmäßig durchgeführte Massenmord an den "Kulaken" hat sich tief in das Gedächtnis des Volkes eingegraben. Sollten unsere antifaschistischen, das Sowjetsystem glorifizierenden Gutmenschen im Westen, von diesen und anderen Verbrechen tatsächlich erst sieben Jahrzehnte später erfahren haben?
Zwecks Schließung möglicher Bildungslücken kann allen linken Freunden ein weiteres Buch zu diesem Thema wärmstens empfohlen werden: Nach Joachim Hoffmanns heftig angefeindetem Grundsatzwerk über "Stalins Vernichtungskrieg 1941-1945", erschienen im Verlag für Wehrwissenschaften, hat sich jetzt Wolfgang Strauss des russischen Historikerstreits sowie der damit zusammenhängenden Themen angenommen. Gewiß auch angeregt durch "die Flut revisionistischer Veröffentlichungen" in Rußland, gibt der engagierte Rußlandexperte einen Überblick über den Stand der bisherigen Forschungsergebnisse.
Für gezüchtigte Ohren deutscher Linksintellektueller Unerhörtes geschieht im Osten: Nicht nur wird offen, ohne heiklen Themen aus dem Weg zu gehen, diskutiert, sondern auch so manches lieb gewordene Klischeebild ohne Rücksicht auf innere oder äußere Befindlichkeiten zertrümmert. Ohne jedoch Partisanenerschießungen oder Razzien durch deutsche Truppenteile zu verschweigen, werden "die von der sowjetischen Propaganda verbreiteten Darstellungen des Besatzungsregimes der deutschen Wehrmacht, die nach ihrem tatsächlichen Charakter 'nichts' mit Greueltaten und Verbrechen zu tun hatte", zu den "verlogensten Themen der traditionellen sowjetischen Geschichtsschreibung über den Zweiten Weltkrieg" gerechnet.
Gewiß starker Tobak auch für irrlichternde Genossen eines Hamburger Privatinstituts. Wolfgang Strauss charakterisiert den russischen Revisionismus und den Historikerstreit in Rußland folgendermaßen: Worüber auch immer diskutiert werde, über Opferzahlen, Präventivkriegsthese, Stalins Terrorherrschaft oder die Rote Armee, der Diskurs finde im Unterschied zu Deutschland im "herrschaftsfreien Raum statt, ohne Einmischung von Staat, Regierung, Justiz". Es seien sich alle einig, "daß es für die historische Forschung und die öffentliche Debatte keine Tabus geben dürfe, keine Denkblockaden, keine Gedankenverbote, keine juristischen Grenzen der Geschichtsinterpretation und auch kein Odium des Anrüchigen".
Dabei sind, auch wieder anders als in Deutschland (oder Österreich), die Henker von damals, soweit nicht pensioniert, immer noch in Amt und Würden. Und doch: "Gefangene aus politischen, weltanschaulichen, religiösen Motiven - im Rußland von heute unvorstellbar".
Einen wichtigen Aspekt des russischen Revisionismus stellt die Rehabilitierung dar: Waren schon unter Chruschtschow zwischen 1956 und 1961 fast 740.000 Opfer rehabilitiert worden, so kam es unter Gorbatschow erneut zu mehr als 800.000 Rehabilitierungen.
Seit 1991 wurden 2,6 Millionen Anträge auf Rehabilitierung gestellt, nach russischen Recherchen leben heute in Rußland "rund 60 Millionen Menschen, deren Angehörige verhaftet, interniert oder erschossen worden sind". In den 5.000 Arbeitsvernichtungslagern vollendete sich bei Hunger und bis zu minus 50 Grad das Schicksal auch für hunderttausende deutsche Soldaten und Zivilverschleppte, insgesamt wurde über mehr als vier Millionen, darunter auch Frau-

en und Kinder, penibel Buch geführt.
Rund 30.000 deutsche Kriegsgefangene sind zwischen 1941 und 1950 als angebliche Kriegsverbrecher verurteilt worden, Tausende Todesurteile wurden vollstreckt, "die meisten von den Verurteilten zur Zwangsarbeit in die Todeslager der Polarzone geschickt". Der sogenannte "Ukas 4" vom April 1943 öffnete der Willkür Tür und Tor. Schuldige wurden im Falle eines Todesurteils aufgehängt und zur Abschreckung drei Tage hängen gelassen. Für die meisten unschuldig Verurteilten zwar zu spät konstituierte sich erst 1993 in Moskau eine Sonderabteilung der Militärstaatshaft zur "Rehabilitierung" auch ausländischer Staatsbürger.
Mittlerweile wurden Tausende Deutsche (und Österreicher) rehabilitiert. Darüber wird in der "Anti-Wehrmachts-Show" der Herren Reemtsma und Heer allerdings nicht aufgeklärt. Es mußte ein französischer Linker, der Autor des "Schwarzbuchs", kommen, um das sowjetische System mit seinen mindestens 70 Millionen Opfern als das schrecklichste der Weltgeschichte in allen seinen widerlichen Ausprägungen anzuprangern und Stalin - laut Stephan Courtois ein größerer Verbrecher als Hitler - für die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges mitverantwortlich zu machen.
Denn auch das ist ein Ergebnis des russischen Revisionismus: Stalin plante den Angriffskrieg gegen Deutschland, und dies habe eben jetzt als geschichtliche Wahrheit zu gelten. Lange vor dem Nichtangriffspakt und auch danach wurden vom sowjetischen Generalstab militärische Offensivpläne mit Überfallcharakter ausgearbeitet, Kriegsvarianten Stalin vorgelegt, und dies bereits im März 1938!
Die Variante vom 18. September 1940 ging bereits ins Detail und hatte eindeutig Deutschland als Angriffsziel. Am 15. Mai 1941 schließlich heißt es in einer Analyse eines von Stalin gebilligten Agressionsplanes: "Erwägungen für den strategischen Aufmarschplan der Streitkräfte der Sowjetunion bei einem Krieg mit Deutschland und seinen Verbündeten".
Aus den Dokumenten gehe eindeutig hervor, so der Historiker Petrow, daß die "Sowjetführung eine Angriffsfront formierte". Stalin war zum Erstschlag entschlossen, wurde aber vom "rasanten Vormarsch" der deutschen Panzergruppen überrascht. Der Diktator war auf Angriff, nicht auf Verteidigung eingestellt.
Der Ansicht ist auch Oberst i.R. Verlij Danilow, der im übrigen auch die Kernthese Viktor Suworows - bekannt durch sein Buch "Eisbrecher" -, wonach Stalin einen Schlag gegen Deutschland praktisch vorbereiten ließ, für völlig glaubwürdig hält. Bereits am 5. Mai hatte bekanntlich der Sowjetführer, über Jahrzehnte als "Väterchen Stalin" verniedlicht, anläßlich einer Absolventen-Feier - nach Erinnerungen eines Teilnehmers - vom "ideologischen und praktischen Vormarsch" gesprochen, und davon, "daß wir den Kampf mit Deutschland beginnen".
Danilows Schlußfolgerung: "Es ging also nicht nur um die Abwehr einer ausländischen Aggression, sondern um die Verwirklichung weitgesteckter kommunistischer Ziele (darunter die Sowjetisierung Deutschlands, Anmerkung) einschließlich der Weltrevolution". Und dazu war ein Weltkrieg unumgänglich. Verteidiger des herkömmlichen, noch von den Kommunisten veröffentlichten Geschichtsbildes, bezichtigt Oberst Danilow ganz offen der Geschichtslüge und zitiert ausführlich aus dem Aufmarschplan des sowjetischen Generalstabs vom 15. Mai 1941, in dem wörtlich von einem Erstschlag gegen die Wehrmacht die Rede sei.
Der Mehrheit der Russen dürfte es verständlicherweise momentan ziemlich egal sein, wer den Krieg auslöste, denn ihnen geht es jetzt erst einmal um das tägliche Überleben, versöhnt haben sie sich mit dem deutschen Volk ohnehin schon längst. Der deutsche Soldat hat in ihren Augen wie der russische für seine Heimat tapfer und anständig gekämpft - Ausnahmen gibt es in jeder Armee, soviel wissen die Russen wie andere ehemalige Gegner auch. Vielleicht schlägt diese Überzeugung auch in Deutschland einmal tiefere Wurzeln, wenn auch nicht zu erwarten ist, daß eine rotgrüne Regierung daran ein größeres Interesse haben könnte als die vorange-

gangene Regierung Kohl.
Das russische Volk, das in seiner Geschichte so viele Opfer bringen mußte, dem gut sieben Jahrzehnte ein mörderisches System aufgezwungen wurde, ein Volk, das im sogenannten "Vaterländischen Krieg" beinahe verblutete, hat heute andere Sorgen: Es möchte endlich nach seiner Facon selig werden. Die Wiederbesinnung auf die "russische Philosophie" und alte heilige Werte ist aber zugleich eine Absage an neue internationalistische Beglückungsmodelle, welchen Ursprungs auch immer diese sein mögen. Diese Erkenntnis, so meint Wolfgang Strauss, vereine "alle Kontrahenten im russischen Historikerstreit".
Wolfgang Strauss: "Unternehmen Barbarossa und der russische Historikerstreit", mit Dokumenten-Abdruck, Bibliographie und Personenregister, Herbig, 1998, 208 Seiten.<<
Der deutsche Historiker Walter Post berichtet später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 - 2001 über Hitlers "Unternehmen Barbarossa" (x853/...): >>...
Am 18. Dezember 1940 unterzeichnete Hitler die "Weisung Nr. 21, Fall Barbarossa", in der es hieß:
"Die deutsche Wehrmacht muß darauf vorbereitet sein, auch vor Beendigung des Krieges gegen England Sowjetrußland in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen."
Damit war aber noch keine endgültige Entscheidung getroffen, denn an anderer Stelle heißt es ausdrücklich, "daß es sich um Vorsichtsmaßnahmen handelt für den Fall, daß Rußland seine bisherige Haltung gegen uns ändern sollte."
Ab Mitte Januar setzte sich die erste von insgesamt fünf Staffeln des deutschen Ostaufmarschs langsam in Bewegung; er umfaßte zunächst fast ausschließlich Infanteriedivisionen, d.h., das deutsche Ostheer war vorläufig, ohne die Panzer und motorisierten Divisionen, nicht angriffsfähig."
Mitte Februar 1941 erhielt die deutsche Führung Meldungen über den Rüstungsstand der sowjetischen Luftwaffe; Hitler zeigte sich betroffen und erklärte, eine Auseinandersetzung mit Rußland sei nun unvermeidlich.
Ab Mitte März trafen in Berlin laufend Meldungen über die Verstärkung der Roten Armee in den Westgebieten der UdSSR ein. Generaloberst Halder, Generalstabschef des Heeres, machte sich Anfang April ernsthaft Gedanken:
"Die russische Gliederung gibt zu Gedanken Anlaß: Wenn man sich von dem Schlagwort freimacht, der Russe will Frieden und wird nicht von sich aus angreifen, dann muß man zugeben, daß die russische Gliederung sehr wohl einen raschen Übergang zum Angriff ermöglicht, der uns außerordentlich unbequem werden könnte."
Ende März brachte Hitler erstmals eine ideologische Komponente in die Planungen ein, als er in einer Rede vor seinen Generalen die Vernichtung der KPdSU und die systematische Liquidierung ihrer führenden Funktionäre (der "Kommissare") forderte, sowie seine Vorstellungen über die Aufteilung der zu erobernden sowjetischen Gebiete darlegte.
Am 6. April 1941 begann der deutsche Balkanfeldzug gegen Jugoslawien und Griechenland. Einen Tag vorher hatten Moskau und Belgrad einen Freundschaftspakt unterzeichnet, der die deutsche Führung in dem Verdacht bestärkte, daß Moskau eine antideutsche Außenpolitik betrieb. Erst jetzt, im April 1941, entschloß sich Hitler laut den Aussagen, die Halder und Jodl nach dem Krieg machten, endgültig für die Durchführung von "Unternehmen Barbarossa".
Beim Oberkommando des Heeres trafen ab dem März 1941 aufgrund der Luft- und Funkaufklärung laufend Meldungen über den sowjetischen Aufmarsch ein. Die Wehrmachtsführung war gezwungen, ihre Schätzungen über die Stärke der Roten Armee laufend nach oben zu korrigieren. Es gelang, den sowjetischen Aufmarsch bis zu einer Tiefe von 400 Kilometern ziemlich genau aufzuklären, weiter reichte die Eindringtiefe der deutschen Höhenaufklärer nicht. Tatsächlich wurde von deutscher Seite nur die erste strategische Staffel des sowjetischen Aufmarsches festgestellt, dahinter kamen aber noch eine zweite und eine dritte strategische

Staffel.
Anfang Juni genehmigte Hitler schließlich den Zeitplan für den Aufmarsch der eigentlichen Angriffsverbände und damit den endgültigen Angriffstermin 22. Juni. Zwischen dem 3. und dem 23. Juni, also in nur 20 Tagen, wurden 12 Panzerdivisionen und 12 motorisierte Divisionen, die die Speerspitze des deutschen Heeres bilden sollten, in ihre Bereitstellungsräume an der sowjetischen Grenze transportiert; damit war der deutsche Aufmarsch abgeschlossen und das Ostheer angriffsbereit.
Am 11. und 12. Juni 1941 traf Hitler mit dem rumänischen Staatsführer, Marschall Antonescu, in München zusammen und legte dabei in aller Ausführlichkeit seine Motive für den Angriff auf die Sowjetunion dar. Hitler führte zunächst aus, daß Rußland seit dem Sommer 1940 in das Lager der Feinde Deutschlands übergegangen sei:
"Die Folgen dieser Haltung seien militärisch sofort zu Tage getreten. Es habe sich dabei um Konzentrationen russischer Truppen, motorisierter und Panzerverbände an der deutschen Ostgrenze ... und Massierung einer starken Luftflotte an der deutschen Grenze gehandelt.
Weiterhin habe Sir Stafford Cripps ein geneigteres Ohr gefunden als bisher, und die russisch-englische Verständigung ... sei ständig mehr vertieft worden. Es wäre wohl klar, daß Rußland nicht im Winter den Krieg beginnen würde, aber es lag auf der Hand, daß die russische Politik entschlossen war, eine günstige Situation wahrzunehmen.
Dabei würde sich der Angriff primär wahrscheinlich gar nicht gegen Deutschland richten. Rußland würde sich damit begnügen zu versuchen, Deutschland durch die Massierung einer Riesenarmee an seiner Ostgrenze einzuschüchtern, und im übrigen gegen Finnland und Rumänien aggressiv vorgehen. Der praktischen Auswirkung nach käme jedoch ein solches Vorgehen einem direkten Angriff auf Deutschland gleich ...
Im einzelnen faßte der Führer die Lage folgendermaßen zusammen:
1. Stalin würde Deutschland nie mehr verzeihen, daß es seinem Vordringen auf dem Balkan entgegengetreten sei.
2. Die Sowjetunion würde durch die Konzentration ihrer Machtmittel an der deutsch-russischen Grenze zu verhindern suchen, daß Deutschland durch die freie Verfügung über seine gesamten Machtmittel dem Krieg (gegen England) eine entscheidende Wendung gäbe. Rußland wolle Deutschland dadurch zwingen, Zeit zu verlieren, und hoffe, für England und sich selbst Zeit zu gewinnen.
3. Die Sowjetunion würde jede eventuelle Schwächung Deutschlands als eine einmalige historische Gelegenheit benutzen, um gegen den Staat vorzugehen, den es als Haupthindernis für seine weitere Expansion nach Europa ansehe ...
4. Die Sowjetunion versuche durch ihre Haltung den Widerstandswillen der Engländer zu stärken und Amerika die Hoffnung auf einen starken Festlandsverbündeten in Europa zu geben ...
In den letzten Wochen habe sich die Situation insofern außerordentlich verschlechtert, als das Heranführen russischer Verbände an der deutschen Ostgrenze auch Deutschland zwinge, immer mehr Divisionen nach Osten zu verlegen ... So ergebe sich das Bild eines Aufmarsches, der nicht von Deutschland provoziert worden sei ...
Es sei klar, daß auf diese Weise eine Ansammlung von Truppen auf beiden Seiten der Grenze erfolgt sei. Eine solche Lage sei reich an Spannungen und Konfliktmöglichkeiten. Jeden Augenblick könne eine Entladung erfolgen ...
Anschließend erläuterte der Führer anhand von Karten den russischen Aufmarsch in Einzelabschnitten von der finnischen bis zur rumänischen Grenze ... Einen besonderen Raum in den Erörterungen nahm auch die ebenfalls anhand von Karten vom Führer dargelegte Verteilung der russischen Luftstreitkräfte ein. Der Führer und Antonescu waren sich darin einig, daß die Russen sicher versuchen würden, die Petroleumgebiete ... aus der Luft anzugreifen."

Antonescu beurteilte die strategische Situation im Osten in gleicher Weise wie Hitler, auch er hielt wegen des Aufmarsches der Roten Armee und der Bedrohung des rumänischen Ölgebiets durch die russischen Luftstreitkräfte einen Präventivkrieg für notwendig. ...<<

29.12.1940

USA: US-Präsident Roosevelt fordert am 29. Dezember 1940 in einer Rede vor dem US-Kongreß (x040/055): >>... daß die USA das "Arsenal der Demokratie" sein müßten ...<<

Nach dem militärischen Zusammenbruch Frankreichs werden die nordamerikanischen Neutralitätsgesetze schrittweise abgebaut. Im Dezember 1940 beschließt der US-Kongreß die Unterstützung Großbritanniens, so daß Nordamerika offiziell Kriegsmaterial an die Briten liefern darf ("Cash and Carry-Klausel").

Dezember 1940

NS-Regime: Ende 1940 ist Hitler noch fest entschlossen, England zu besetzen (x113/114): >>London wird ein Trümmerhaufen sein und zwar in drei Monaten. ...<<

UdSSR: Stalin informiert die Armeeführer der Roten Armee Ende Dezember 1940, daß mit einem baldigen Angriff der deutschen Wehrmacht gegen die Sowjetunion zu rechnen sei (x264/28).

Der deutsche Historiker Walter Post berichtet später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 - 2001 über die sowjetischen Vorbereitungen und Planungen für den Krieg gegen Deutschland (x853/...): >>... Die Sowjetunion bereitete sich seit dem Herbst 1939 systematisch auf einen Krieg vor, die Rüstungsproduktion lief auf vollen Touren. Zwischen dem 1. September 1939 und dem 22. Juni 1941 wuchs die Rote Armee von 1,4 Millionen auf über 5 Millionen Mann an.

Nach der Niederlage Frankreichs legten der damalige Generalstabschef Schaposchnikow und der Volkskommissar für Verteidigung Timoschenko eine ausführliche Analyse über die möglichen militärischen Gegner der Sowjetunion sowie über die eigenen Kräfte vor. Am 1. August 1940 wurde Schaposchnikow als Generalstabschef von Armeegeneral Merezkow abgelöst.

Ausgehend von der Kräfteanalyse Schaposchnikows arbeitete der Chef der Operationsabteilung im Generalstab, Wassilewski, im Auftrag Merezkows und Timoschenkos einen Operationsentwurf aus, der am 18. September 1940 fertiggestellt und anschließend Stalin zur Begutachtung vorgelegt wurde. Dieses Dokument trug den Titel "Überlegungen hinsichtlich der Grundlagen des strategischen Aufmarschs der Streitkräfte der Sowjetunion im Westen und im Osten für die Jahre 1940 und 1941."

Darin wurden alternativ zwei verschiedene Operationen vorgetragen:

"Die Hauptkräfte der Roten Armee im Westen können - in Abhängigkeit von der jeweiligen Lage - entwickelt werden entweder:

südlich von Brest-Litowsk, um mit einem machtvollen Schlag in den Frontabschnitten Lublin und Krakau und weiter Richtung Breslau schon in der ersten Phase des Krieges Deutschland von den Balkanstaaten abzuschneiden, es so seiner wichtigsten wirtschaftlichen Fundamente berauben und mit Entschiedenheit auf die Balkanstaaten in der Frage ihrer Teilnahme am Krieg einzuwirken; oder nördlich von Brest-Litowsk mit dem Auftrag, einen Schlag gegen die Hauptkräfte der deutschen Armee innerhalb der Grenzen von Ostpreußen zu führen und letzteres zu erobern."

Für den Kampf gegen Deutschland und seine Verbündeten waren 176 Divisionen und 15 Panzerbrigaden vorgesehen. Diese sollten in drei Fronten (das sowjetische Gegenstück zur deutschen Heeresgruppe) gegliedert werden, die Nordwestfront, die Westfront und die Südwestfront.

Sollte sich die politische Führung für die südliche Operation entscheiden, so sollte der Hauptschlag durch die Südwestfront aus der Westukraine geführt werden, für die ein Kräfteumfang

von 6 Armeen mit insgesamt 88 Divisionen geplant war. Dabei sollte sie zusammen mit dem linken Flügel der Westfront (die aus dem westlichen Weißrußland vorstieß) zunächst die deutschen Kräfte im Raum Warschau - Lublin einschließen und vernichten, um anschließend durch Südpolen in den Raum Breslau vorzustoßen. Wörtlich hieß es:
"Der Stoß unserer Kräfte in Richtung Krakau, Breslau gewinnt, indem er Deutschland von den Balkanstaaten (und damit den Öl- und Getreidezufuhren) abschneidet, außerordentliche politische Bedeutung."
Dagegen wurde Ostpreußen nur als ein zweitrangiges strategisches Ziel angesehen. Von diesem Dokument wurde Anfang der neunziger Jahre nur eine gekürzte Fassung publiziert. In einer kürzlich veröffentlichten vollständigen Fassung ist auch die Planung für einen Krieg gegen Japan in der Mandschurei enthalten. Tatsächlich plante der sowjetische Generalstab, gegen Deutschland und Japan gleichzeitig einen Offensivkrieg zu führen. Am 14. Oktober 1940 wurde dieser Operationsentwurf von Stalin gebilligt.
Am 18. Dezember hatte Hitler die "Weisung Barbarossa" unterzeichnet. Dank der guten Arbeit der sowjetischen Nachrichtendienste war diese Tatsache nur elf Tage später dem Moskauer Generalstab bekannt, der auch in den folgenden Monaten über die deutschen Kriegsvorbereitungen gut unterrichtet war. So wurde u.a. vor kurzem in Moskau ein Dokument des Chefs des Nachrichtendienstes der Roten Armee, Generalleutnant Golikow, vom 11. März 1941 veröffentlicht, das detaillierte Angaben über die deutsche Rüstung enthält.
Dabei fällt allerdings auf, daß der personelle wie der materielle Umfang der deutschen Wehrmacht erheblich übertrieben wird. Möglicherweise hat der sowjetische Generalstab mit Absicht weit überhöhte Zahlen genannt, um vom Politbüro größere Mittel für die eigene Rüstung bewilligt zu bekommen. Je näher allerdings der Krieg rückte, desto mehr näherten sich die Stärkeangaben des Moskauer Generalstabs über die deutsche Wehrmacht der Realität an.
Anfang Januar 1941 führte der sowjetische Generalstab eine Stabsübung auf Karten durch, bei der die Eroberung von Königsberg (die "nördliche Operation") und Budapest (die "südliche Operation") durchgespielt wurde.
Beim Planspiel der nördlichen Operation führte Armeegeneral Schukow die "Westlichen", also die deutsche Seite. Schukow konnte den Angriff der "Östlichen" zum Stehen bringen und zu einem erfolgreichen Gegenangriff übergehen.
Dagegen verlief das Planspiel der südlichen Operation wie erwartet und endete mit der Einnahme von Budapest.
Stalin war von Schukows Leistungen so beeindruckt, daß er ihn zum neuen Generalstabschef ernannte.
Schukow und Timoschenko beauftragten Generalmajor Wassilewski sofort mit der Überarbeitung der vorhandenen Operationsentwürfe und schlugen Stalin am 11. März 1941 vor, die Variante der nördlichen Operation gegen Ostpreußen fallen zu lassen, da es hier bei der Durchführung des Kriegsspiels vom Januar Schwierigkeiten gegeben hatte.
Am 12. Februar 1941 genehmigte die Sowjetregierung einen Mobilmachungsplan, der ein Truppenaufgebot von 9 Millionen Mann, 37.800 Panzern und 22.200 Kampfflugzeugen vorsah, womit die Rote Armee eine überwältigende Überlegenheit über Deutschland und seine Verbündeten erlangt hätte. Diese Zahlen waren keineswegs utopisch, die Sowjetunion war im Verlauf des Jahres 1941 (die Zeit nach Kriegsbeginn mit eingeschlossen) tatsächlich in der Lage, Kräfte in annäherndem Umfang zu mobilisieren.
Am 5. Mai 1941 hielt Stalin im Kreml vor den Absolventen der Militärakademien eine wichtige Rede. Stalin sprach von den enormen Fortschritten in der Modernisierung der Roten Armee, die jetzt 300 Divisionen umfasse, von denen ein Drittel motorisiert sei; in der deutschen Armee habe sich dagegen Selbstzufriedenheit und Stagnation breitgemacht, sie sei keineswegs unbesiegbar.

Im weiteren Verlauf des Empfangs brachte Stalin drei Trinksprüche aus; beim letzten Trinkspruch erklärte er laut den Tagebuchaufzeichnungen Georgi Dimitroffs:
"Unsere Politik des Friedens und der Sicherheit ist gleichzeitig eine Politik der Kriegsvorbereitung. Es gibt keine Verteidigung ohne Angriff. Man muß die Armee im Geist des Angriffs erziehen. Man muß sich auf den Krieg vorbereiten.
Knapp drei Wochen vor Beginn des deutschen Angriffs fiel in Moskau eine weitere wichtige politische Entscheidung. Am 4. Juni beschloß das Politbüro, eine Schützendivision aus ehemaligen polnischen Staatsbürgern aufzustellen.
Dieser Verband, dessen Aufstellung von Marschall Timoschenko beantragt worden war, sollte den Kern einer polnischen "Befreiungsarme" bilden, deren Auftrag darin bestand, hinter den Angriffsspitzen der Südwestfront aus dem Raum Lemberg vorzugehen und politische Agitation unter der Bevölkerung Polens zu treiben.
Der sowjetische Aufmarsch war zu diesem Zeitpunkt bereits in vollem Gange; im April und Mai wurden nahezu 800.000 Reservisten einberufen und die Truppen der westlichen Militärbezirke praktisch auf Kriegsstärke gebracht.
Schukow und Timoschenko machten sich zunehmend Sorgen über Umfang und Tempo des deutschen Aufmarschs. Mitte Mai legten sie Stalin einen neuen Operationsplan vor, der wie die vorhergehenden von Wassilewski ausgearbeitet worden war und den Titel trug: "Erwägungen für den strategischen Aufmarschplan der Streitkräfte der Sowjetunion für den Fall eines Krieges mit Deutschland und seinen Verbündeten."
Im Jahre 1967 erklärte der spätere Marschall Wassilewski in einem Interview, daß Stalin die wichtigsten Thesen der "Erwägungen" gebilligt habe."
Nach einer Analyse des deutschen Aufmarschs heißt es in diesem Dokument:
"Im gesamten kann Deutschland mit seinen Verbündeten gegen die Sowjetunion 240 Divisionen aufmarschieren lassen.
Wenn man in Betracht zieht, daß Deutschland sein Heer mit eingerichteten rückwärtigen Diensten mobil gemacht hält, so kann es uns beim Aufmarsch zuvorkommen und einen Überraschungsschlag führen. Um dies zu verhindern und die deutsche Armee zu zerschlagen, erachte ich es für notwendig, dem deutschen Kommando unter keinen Umständen die Initiative zu überlassen, dem Gegner beim Aufmarsch zuvorzukommen und das deutsche Heer dann anzugreifen, wenn es sich im Aufmarschstadium befindet, noch keine Front aufbauen und das Gefecht der verbundenen Waffen noch nicht organisieren kann ...
Als erstes strategisches Ziel haben die Truppen der Roten Armee die Hauptstreitkräfte des deutschen Heeres, die südlich Demblin aufmarschiert sind, zu vernichten und bis zum 30. Tag der Operation die allgemeine Frontlinie Ostrolenka, Fluß Narew, Lodz, Kreuzburg, Oppeln und Olmütz zu erreichen, um:
a) den Hauptschlag mit den Kräften der Südwestfront in Richtung Krakau, Kattowitz zu führen und somit Deutschland von seinen südlichen Verbündeten abzuschneiden;
b) den Nebenschlag mit dem linken Flügel der Westfront in Richtung Siedlez, Demblin zu führen, um die Kräftegruppierung um Warschau zu binden und die Südwestfront bei der Vernichtung der feindlichen Kräftegruppierung zu unterstützen;
c) gegen Finnland, Ostpreußen, Ungarn und Rumänien eine beweglich geführte Verteidigung zu führen, um bei günstiger Lage zur Führung eines Schlages gegen Rumänien bereit zu sein."
Die Stärke der Landstreitkräfte der Roten Armee gaben Schukow und Timoschenko mit 303 Divisionen an. Von diesen sollten 85 Prozent im Westen zum Einsatz kommen, darunter fast alle Panzer- und motorisierten Divisionen: 163 Schützendivisionen, 58 Panzerdivisionen, 30 motorisierte Divisionen und 7 Kavalleriedivisionen, insgesamt 258 Divisionen und 165 Fliegergeschwader.
Die zentrale Idee für die sowjetischen Operationen, ein Vorstoß aus der Westukraine durch

Südpolen nach Schlesien, sowie ein gleichzeitiger Zangenangriff aus der Westukraine und aus Westweiß-Rußland zur Einschließung starker deutscher Kräfte im Raum Lublin - Warschau, geht auf den Plan vom 18. September 1940 zurück. Schukow, Timoschenko und Wassilewski erweiterten diese Grundidee um einen anschließenden Vorstoß aus dem Raum Krakau - Kattowitz in nördlicher Richtung zur Ostsee, um möglichst viele deutsche Truppen in Polen und Ostpreußen abzuschneiden und zu vernichten.
Dank der Vergrößerung der Roten Armee konnten wesentlich stärkere Kräfte eingeplant werden, als dies im Spätsommer 1940 möglich gewesen war; für den Hauptangriff der Südwestfront waren nicht weniger als 8 Armeen mit122 Divisionen vorgesehen.
General Watutin fügte in die "Erwägungen" ein, daß Südwestfront und Westfront zusammen ihren Angriff mit einer Stärke von 12 Armeen und 152 Divisionen gegen 100 deutsche Divisionen führen sollten.
Die Südwestfront sollte über fast die Hälfte aller Panzer- und mot. Divisionen verfügen, das waren etwa 7.000 einsatzbereite Panzer, doppelt soviel, wie die deutsche Wehrmacht für "Unternehmen Barbarossa" insgesamt einsetzte.
Ein Gelingen der sowjetischen Offensive mußte Deutschland in eine prekäre Lage bringen, denn nach der Abschneidung von den rumänischen Ölquellen und dem Verlust einer großen Zahl von Truppen und schweren Waffen in Polen und Ostpreußen würde es den Krieg nur noch unter größten Schwierigkeiten fortsetzen können. ...<<

1940

NS-Regime: Da sich die SD- und SS-Einsatzgruppen wegen massiver Proteste der deutschen Wehrmacht zunächst in Polen zurückhalten müssen, ordnet Hitler ab 1940 die Inhaftierung der westpolnischen Juden an ("Zwangsgettoisierung").

Das Ende der "NS-Auswanderungspolitik"

Nach dem Scheitern der "NS-Auswanderungspolitik" im Jahre 1940 (Hitler hatte anfangs gedacht, daß er die Juden meistbietend "verkaufen" könnte) wurden alle Umsiedlungsverhandlungen abgebrochen. Danach war das tragische Schicksal der europäischen Juden praktisch entschieden.
Die westpolnischen Juden wurden von SS- und SD-Sondereinheiten bereits ab 1940 vorübergehend in "Groß-Gettos" zusammengetrieben, die man in den größten Städten des Generalgouvernements einrichtete. In diesen Gettos breiteten sich vielfach Epidemien und Seuchen, denen Tausende von Juden zum Opfer fielen.
Spätestens nach dem Scheitern des Rußlandfeldzuges im Dezember 1941 beschloß Hitler vermutlich die endgültige Vernichtung aller europäischen Juden.

Kinderlandverschickung (KLV)

In den deutschen Großstädten, die besonders unter den Bombenangriffen zu leiden hatten, begannen ab 1940 systematische Kinderlandverschickungen, um die Kinder in Sicherheit zu bringen. Die KLV wurde von der NS-Volkswohlfahrt (NSV), der Hitlerjugend, der NS-Lehrerschaft und anderen Erziehungsbehörden organisiert und durchgeführt. Die NSV betreute z.B. Kinder bis zu 10 Jahren. Für werdende Mütter und Mütter mit Kleinkindern richtete die NSV das "Hilfsprogramm Mutter und Kind" ein.
In den Jahren 1943/44 ließen die NS-Gauleitungen vielerorts sämtliche Schulklassen der höheren Schulen und Internate aus den bombengefährdeten Städten evakuieren. Die Schülerinnen und Schüler wurden mit ihren Lehrkräften mehrheitlich östlich der Oder in KLV-Heimen untergebracht.
Bereits Ende 1943 waren rund 1,0 Millionen Kinder und Jugendliche in etwa 5.000 KLV-Lagern (Belegung: 18 bis 1.200 Kinder und Jugendliche) untergebracht (x072/22).
Im Rahmen der "Erweiterten Kinderlandverschickung" (KLV) "evakuierte" das NS-Regime von 1940-45 ca. 3,0 Millionen Kinder und Jugendliche im Alter von 10-14 Jahren in die ver-

meintlich "bombensicheren" ländlichen Gebiete des Deutsches Reiches und in einige besetzte Gebiete Ost-Mitteleuropas (x072/22).
Die KLV-Maßnahmen waren grundsätzlich kostenlos und mußten ab 1943 ausnahmslos befolgt werden. Hunderttausende von "Verschickten" mußten ihre Elternhäuser oftmals kurzfristig verlassen und wurden damals von ihren Müttern und Großeltern getrennt. Nachdem die meisten Frauen bereits jahrelang ohne ihre Männer lebten, die als Soldaten an der Kampffront "dienten" oder in ausgelagerten Rüstungsbetrieben als Dienstverpflichtete arbeiteten, fiel die zusätzliche Trennung von den Kindern natürlich besonders schwer.
Die verbitterten Mütter nannten die KLV-Organisation deshalb "Kinderlandverschleppung". Damals ahnte noch niemand, daß diese Bezeichnung schon bald grauenvolle Wirklichkeit werden sollte, denn für viele Familien wurde es eine Trennung "auf Nimmerwiedersehen". Während der Flucht und der anschließenden Vertreibung im Jahre 1945 verloren Tausende von "KLV-Kindern" ihr Leben oder wurden gewaltsam nach Osteuropa verschleppt.
Der Sicherheitsdienst (SD) berichtet im November 1943 über die Kinderlandverschickung und die monate- oder gar jahrelange Trennung von Familien (x053/129): >>... Das Auseinanderreißen der Familien ohne Besuchsmöglichkeit mit all ihren Begleiterscheinungen wird auf die Dauer sowohl von Männern, besonders aber von den Frauen, als untragbarer Zustand empfunden. ...
Als besonders starke und deshalb auf die Dauer unerträgliche Belastung wird ... im allgemeinen die Trennung von den Kindern bezeichnet. Die Sehnsucht der Eltern wie auch der Kinder zueinander würde an allen zehren. Besuchsmöglichkeiten seien kaum oder nur selten gegeben, so daß teilweise schon eine Entfremdung eingetreten sei. Es wird befürchtet, daß diese bei längerem Getrenntsein zur Regel werden könnte.<<
Dem NS-Regime ging es nicht nur um die Sicherheit der deutschen Kinder und Jugendlichen, sondern man versuchte gleichzeitig auch die "totale Erziehung" bzw. Umerziehung der deutschen Jugend zu realisieren. Das radikale NS-Erziehungssystem sollte die Kinder und Jugendlichen gefügig machen und bereits frühzeitig an die zukünftige Mobilität gewöhnen. Gemäß dem "HJ-Disziplinarrecht" mußte die NS-Jugend alle Befehle bedingungslos, ohne "wenn und aber", ausführen. Die KLV-Lager wurden gewöhnlich von älteren Lehrern, fanatischen HJ-Führern und SS-Offizieren geleitet.
Die NS-Wehrertüchtigung bereitete die deutsche Jugend mit rücksichtsloser Härte auf die Strapazen des "Kriegerdaseins" vor. In allen KLV-Lagern herrschten harte bzw. brutale NS-Erziehungsmethoden, die von drakonischen Strafmaßnahmen, ständiger Schleiferei, endlosen Märschen und anstrengenden Wehrsportübungen geprägt wurden.
Während der letzten Kriegsmonate hielten sich noch über 500.000 Jugendliche und Kinder in den KLV-Lagern der deutschen Ostprovinzen, im Sudetenland, in der Slowakei, in Böhmen und Mähren sowie im Warthegau auf (x049/45).
Anstatt die Kinder rechtzeitig aus den KLV-Heimen nach Westen zu evakuieren, mußten die Schülerinnen und Schüler nach der "Schule" monatelang unsinnige Panzergräben und Straßenbarrikaden bauen.
In den meisten Fällen wurden die KLV-Heime viel zu spät geräumt, so daß zahlreiche KLV-Schulklassen erst nach dem Zusammenbruch der deutschen Ostfront flohen. Die jungen Mädchen und Jungen, die Lehrerinnen, Lehrer und ihre kriegsversehrten Begleiter erhielten später vielfach keine Transportmittel und reihten sich im Jahre 1945 als müde, stumme Fußgänger in den endlosen Strom der unübersehbaren Flüchtlingsmassen ein. Ungezählte KLV-Schülerinnen und Schülern hasteten mit schweren Koffern, Rucksäcken und Schultaschen nach Westen, denn die sowjetischen Truppen waren ihnen schnell "auf den Fersen".
Im Verlauf der chaotischen Flucht kamen später ungezählte KLV-Kinder und Jugendliche um, weil sie den großen körperlichen Strapazen nicht gewachsen waren. Tausende von KLV-

Mädchen und Jungen erfroren, verhungerten oder wurden von sowjetischen Soldaten, polnischen und tschechischen Partisanen sowie haßerfüllten Zivilisten überfallen, monate- oder jahrelang in Gefängnissen und Konzentrationslagern interniert und teilweise auch nach Sibirien verschleppt.
Prof. Dr. Harald Scholtz schreibt später über die "Kinderlandverschickung" (x051/308-309):
>>Kinderlandverschickung (KLV), Organisation eines Erholungsaufenthalts von Stadtkindern in Pflegestellen auf dem Land, die nach 1933 von der NSV zusammen mit der HJ ausgeweitet wurde; davon ist die am 27.9.40 eingeleitete "Erweiterte" Kinderlandverschickung zu unterscheiden, die meistens gemeint ist, wenn von Kinderlandverschickung die Rede ist.
Hitler beauftragte den nicht mehr für die HJ zuständigen "Reichsleiter für die Jugenderziehung der NSDAP", von Schirach, mit der Koordination von staatlichen Stellen, NSV, NS-Lehrerbund und HJ zur Durchführung der Evakuierung von Kindern und Jugendlichen aus den luftkriegsgefährdeten Städten. Diese Kinderlandverschickung wurde von der NSDAP finanziert, war zunächst freiwillig und nur für sechs Monate vorgesehen. Getrennt nach Geschlechtern wurden die Kinder zwischen zehn und 14 Jahren mit Lehrern ihrer Schule in Lagern, oft außerhalb der Reichsgrenzen, untergebracht.
Als bei der Verschärfung des Luftkrieges 1943 viele Schulen ihren Unterricht einstellten, bestanden über 5.000 solcher Lager. Sie wurden von meist älteren Lehrern geleitet, den "Dienst" führten nach Anweisung der "Richtblätter" ("Unser Lager") die aus Jungvolk/Jungmädel kommenden "Lagermannschaftsführer" durch. Mädchen wurden auf solche Führungsaufgaben, für den "Gesundheitsdienst" und den Werkunterricht in Lehrgängen intensiver vorbereitet.
Die Lager dienten nicht nur der Sicherung von Gesundheit und Ernährung, sondern vor allem der nationalsozialistischen Lagererziehung, die auch den Schulunterricht beeinflußte, in den besetzten Gebieten auch der Demonstration der politischen Präsenz des Reiches.
Die Kinderlandverschickung gewöhnte die Jugendlichen an die gewünschte Mobilität und enthob vom Krieg besonders betroffene Erwachsene der Sorge um ihre Kinder. Etwa jedes dritte Schulkind im HJ-Alter dürfte mit einem der insgesamt 9.000 Lager Bekanntschaft gemacht haben, fast so viele jüngere Kinder mit der Kinderlandverschickung als Evakuierungsmaßnahme.<<
Polen: Im Frühjahr 1940 werden mindestens 4.143 polnische Offiziere von sowjetischen NKWD-Einheiten liquidiert und in Massengräbern verscharrt (x029/355).
UdSSR: Ab 1940 deportieren bzw. verbannen die Stalinisten "unzuverlässige" Bevölkerungsteile und kleinere sowjetische Volksstämme zur "Aufbauarbeit" nach Sibirien oder in andere asiatische Landesteile der UdSSR, wo sie größtenteils umkommen. Etwa 0,4-1,0 Millionen Ukrainer, 0,6-1,0 Millionen Esten, Letten und Litauer, mindestens 0,9 Millionen Rußland-Deutsche, 0,8 Millionen Kaukasier und Kalmücken, 0,2 Millionen Krim-Tataren, Tschetschenen und Inguschen werden verschleppt. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges werden diese Deportationen fortgesetzt und erst um 1950 abgeschlossen.
Im Rahmen der deutsch-sowjetischen Vereinbarungen liefert Stalin im Jahre 1940 zahlreiche deutsche Kommunisten an Hitler aus (x074/1.141). Viele kommunistische Delegierte der polnischen und jugoslawischen Partei, die sich in Moskau aufhalten, verschwinden ebenfalls spurlos (x075/93).
USA: Als Hitler im Jahre 1940 die "Zwangsgettoisierung" aller westpolnischen Juden anordnet, veröffentlichen die anglo-nordamerikanischen Massenmedien regelmäßig antideutsche Meldungen. Alle Deutschen werden allmählich mit dem verbrecherischen NS-Regime gleichgesetzt ("Sippenhaftung bzw. Kollektivschuld").
Im Jahre 1940 lehnt der US-Kongreß trotz alledem einen Gesetzentwurf ab, Alaska für die jüdische Einwanderung zu öffnen (x043/470).

Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schreibt später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über den antideutschen Stimmungsumschwung in Nordamerika (x306/39-45):

>>**Die Schlacht um Amerika**

Nicht der Kriegseintritt brachte in Amerika einen politischen Klimawechsel, sondern seine von Interventionisten und Isolationisten heftig umstrittene Vorbereitung. Die schlagwortartig vereinfachten Positionen des Für und Wider einer Beteiligung Amerikas am Zweiten Weltkrieg beschäftigten die gesamte Bevölkerung. Pearl Harbor war der Schlußstrich unter einem Stimmungsumschwung, der den Beginn der politischen Gegenwart in Amerika markiert.

War zuvor die republikanische Regierung das "Normale" und die demokratische ein gewagtes Experiment, das bestenfalls in Notzeiten vertreten werden konnte, so bemächtigte sich nunmehr der Bevölkerung die Vorstellung, daß die republikanische Politik "gefährliche", die demokratische Politik "sichere" Züge aufwies.

Da das Kräftemessen zwischen den Isolationisten und den Interventionisten, wie von letzteren vorhergesagt, im Kriege endete, schien der Beweis erbracht, daß die interventionistischen Demokraten eine politische Theorie besaßen, die zukünftige Ereignisse vorauszusagen im Stande war, während die isolationistischen Konservativen sich nur von kurzsichtigen Interessen leiten ließen.

Die "Schlacht um Amerika" - die Umstimmung der amerikanischen Öffentlichkeit zugunsten eines Kriegseintritts - war Roosevelts größte Stunde. Der Präsident hatte gelernt, Öffentlichkeit im Kongreß zu vermeiden. Er brachte jeweils nur jene interventionistischen Vorlagen im Kongreß ein, die nach dem augenblicklichen Stand der Debatte für und wider die Intervention Aussicht auf Annahme hatten. Wenn das Echo auf eine neue Vorlage unbestimmt war, ließ er einen Versuchsballon steigen, der ihm ermöglichte, bei auftretendem Widerstand die vorgesehene Maßnahme zurückzuziehen oder im Geheimen durchzuführen.

Roosevelt bediente sich erstmalig der neuen Methoden der Massenbeeinflussung, die der Regierung ermöglichen, mit den Bürgern so umzugehen wie große Firmen mit ihren Kunden. 1935 hatten Elmo Roper und Dr. George Gallup die Techniken der Meinungsbefragung entwickelt, auf die Roosevelt jetzt sein Vorgehen ausrichtete. Das neuartige Medium des Rundfunks wurde von ihm durch "fireside chats" ebenso als Führungsmittel ausgebaut, wie die regelmäßigen Pressekonferenzen. Roosevelt, der noch 1936 die Mehrheit der Presse gegen sich gehabt hatte, hatte gelernt, daß er durch Liefern oder Vorenthalten von Informationen den beruflichen Werdegang der einzelnen Journalisten bestimmen konnte - ganz gleich, wie der Kurs seiner Zeitung war. …

In der "Schlacht um Amerika" stand anfangs die Regierung und eine zahlenmäßig begrenzte interventionistische Gruppe auf der einen Seite, die Mehrheit der Bevölkerung auf der anderen Seite. Das wichtigste Ziel der Interventionisten mußte es darum sein, zu verhindern, daß die Kriegsbeteiligung als Wahlkampfthema des Präsidentschaftswahlkampfes zum Gegenstand eines Votums der Bevölkerung wurde. Vor der Präsidentenwahl von 1940 gelang es den als liberale Republikaner auftretenden Wirtschaftsgruppen der Ostküste, mit denen Roosevelt nach 1937 seinen Frieden geschlossen hatte, die Kandidatur des Interventionisten Wendell Willkie durchzusetzen, der außenpolitisch Roosevelt unterstützte. …

Die Verhinderung eines Votums der Bevölkerung über die Frage der amerikanischen Kriegsbeteiligung war der größte Erfolg der Interventionisten und ein klassisches Beispiel für die Politik des neuen Liberalismus.

Nach einer Wahl sieht in der repräsentativen Demokratie alles anders aus als vor ihr, und dem Wahlsieg Roosevelts folgte nicht die Erfüllung des Wahlversprechens des Präsidenten, daß er Amerika aus dem Krieg heraushalten wolle, sondern jene Radikalisierung des Interventionismus, für die der Rücktritt Whites kennzeichnend ist. Die dramatische Darbietung der europäi-

schen Kriegsereignisse lief auf hohen Touren. "Nazi-Germany" wurde allgemein durch einen alles zermalmenden Schaftstiefel repräsentiert. Selig Adler schreibt in seiner Geschichte des Isolationismus:
"1940 war es für die Amerikaner schwierig geworden, Augen und Ohren gegen die Opfer Hitlers zu verschließen, die von den Anschlagsäulen und aus Zeitungsanzeigen blickten, die der Postbote in das Haus trug, die im Kino auf die Leinwand projiziert wurden und im Rundfunk an die Stelle der Reklamesendungen traten. Amerika sang: "There will be bluebirds over the white cliffs of Dover!"
Doch nicht allein aus Europa dräuten Gefahren, auch Amerika sollte von einer Fünften Kolonne von Naziagenten durchsetzt sein. In der zunehmenden Radikalisierung der interventionistischen Bewegung wurden die Isolationisten als "Transmissionsriemen" des Nazismus und Agenten der Fünften Kolonne hingestellt. In dieser Rufmord-Kampagne traten Elemente in den Vordergrund, die den radikalen Interventionisten kaum große Freude. machten, von den gemäßigten ganz zu schweigen.
Ein Musterbeispiel des Fanatismus ist die viel gelesene Schrift von Michael Sayers und Albert E. Kahn "Sabotage! The Secret war Against America", die die Isolationisten der psychologischen Sabotage beschuldigte und eine Atmosphäre des Terrors hervorrief. Zu wessen Gunsten, stellte sich heraus, als das Autorenpaar 1946 prompt mit einer Schrift wider "Die große Verschwörung gegen Rußland" auf den Plan trat.
In die Interventionsbewegung flossen kräftige Ströme europäischer Ideologien ein. Eine bezeichnende Rolle spielte hierbei das "Committee an Europe", aus dem 1940 der Ausschuß der 15 hervorging. Die 15, von denen ein jeder eine Art intellektueller Berühmtheit war, hielten vom 24.-26. Mai 1940 in Atlantic City einen Kongreß ab, dessen Manifest unter dem Titel "The City of Man" veröffentlicht wurde. Die Errichtung der Weltdemokratie, die die 15 planten, war ein offen chiliastisches Unternehmen. "In einer Epoche der Apokalypse fordern wir ein Millennium."
Die 15 vertraten alle möglichen geistigen Traditionen, außer jenen, die in der "Hauptströmung" des amerikanischen Denkens standen.
Unter ihnen befanden sich Ideologen, die den Faschismus schon vorweggenommen hatten und dann bei dessen massenhaftem Auftreten abgefallen waren, wie Thomas Mann ("Betrachtungen eines Unpolitischen", und sein Schwiegersohn Giuseppe Borgese, ein abtrünniger Anhänger d’Annunzios und ehemaliger italienischer Propagandachef im Ersten Weltkrieg, Van Wyck Brooks, der führende amerikanische Literaturhistoriker und Sozialist, Gaetano Salvemini, die italienische "Schwiegermutter der Revolution", Reinhold Niebuhr, der Herausgeber des Organs der amerikanischen Sozialisten "The World To-morrow" und führende lutherische Theologe, der "nicht nur radikal, sondern auch tief religiös war" und Lewis Mumford, der Prophet des heraufdämmernden, von den Fesseln der neurotischen Stadt befreiten Übermenschen.
Für diese Männer war Adolf Hitler ein heilsgeschichtliches Ereignis (wenn auch in säkularisierter Form). Wie der Antichrist am Vorabend der Wiederkehr Christi und der Aufrichtung der endgültigen Gottesherrschaft alle Übel der Welt noch einmal in sich zusammenfaßt, so war Adolf Hitler für sie eine Verkörperung alles Bösen, nach dessen Überwindung nicht die Rückkehr zur gestörten alten Ordnung stehen konnte, sondern nur die endgültige Errichtung des (säkularisierten) Reiches Gottes, der City of Man.
Die apokalyptische Deutung der Zeitgeschichte hätte geringe Resonanz gefunden, wenn sie sich auf die Einwandererquartiere von New York und den Kreis der 15 beschränkt hätte. Strebte sie das amerikanische Indigenat an, mußte sie aus dem biblischen "Fundamentalismus" des Getreidegürtels aufsteigen. So wurde denn der amerikanische Vizepräsident (1940-44) Henry Agard Wallace (geb. 1888) aus Iowa zum Propheten des "Jahrhunderts des Volkes"

gekürt.
Wallace, dessen Vater 1924 als republikanischer Landwirtschaftsminister gestorben war, hatte sich bis 1933 mit Fragen der Saatzucht und der Agrarpreise befaßt. Als Roosevelt ihn zum Landwirtschaftsminister ernannte, begann er nach Art des Getreide- und Bibelgürtels die Agrarpreise religiös zu untermauern. Zunächst suchte er das Staatswesen zur Theokratie im Sinne des Alten Testamentes umzuformen. Aber als er auf diese Weise den "New Frontiers" (1934) nicht schnell genug näherkam, setzte er sich auf den okkulten Zauberteppich und flog in die geheimen Hintergründe der Welt.
Am 8. Mai 1942 hielt Wallace vor dem Verein Freie Welt in New York eine Rede, die von "PM"'s zur Gettysburg-Adresse des Liberalismus hochgelobt wurde:
"Das Volk auf seinem chiliastischen und revolutionären Marsch zur Manifestation der Würde, die in der menschlichen Seele liegt, hält als an seinem Credo an den vier Freiheiten fest, die Präsident Roosevelt verkündete … Kein Nazi-Konterrevolutionär kann es aufhalten … Die Revolution des Volkes ist auf dem Marsch, und der Teufel und alle seine Engel können sie nicht überwinden, denn auf der Seite des Volkes steht der Herr."
Als Wallace in der Rede Hitler siebenmal als den Satan bezeichnete, glaubten die PM-Liberalen, mitten in der Volkstradition des Bibelgürtels zu stehen, wenn sie den "globalen Hinterwäldler" (Macdonald), den Vegetarier und Champion im Bumerangwerfen auf den Prophetenstuhl setzten. Der mißglückte Anlauf jedoch, den Wallace auf die amerikanische Präsidentschaft nahm, erwies, daß die Anhängerschaft, die sich um ihn scharte, sich auf eben jene liberalen Kreise beschränkte, die mit seiner Hilfe ins Volk vorstoßen wollten. ...<<
Der nordamerikanische Diplomat und Historiker George F. Kennan (1904-2005) berichtet später in seinen Memoiren über sein Memorandum für das US-Außenministerium zur deutschen Frage im Jahre 1940 (x025/155): >>... Des weiteren warnte ich vor den Sirenengesängen der deutschen Konservativen (wobei ich an Schacht und Papen dachte), die den Sturz Hitlers und die Bildung einer 'Regierung der Vernunft' in Aussicht stellten, mit der man ins 'Geschäft kommen könne', wenn die Alliierten sich nur im voraus verpflichten würden, das deutsche Volk gut zu behandeln, um es so seiner derzeitigen Loyalitäten zu entwöhnen.
Ich warnte auch davor, Friedenshoffnungen auf die wohlbekannten Meinungsverschiedenheiten zwischen Hitler und seinen Armeeführern zu gründen: meiner Meinung nach waren das taktische, keine strategischen Differenzen. ...
Und ich schloß mit der Befürwortung einer Politik, deren Ziel die Teilung Deutschlands sein müsse, nämlich die Beseitigung des mit der nationalen Einigung Deutschlands und Italiens angerichteten Schadens durch eine Rückkehr zum Partikularismus (Kleinstaaterei) des 18. Jahrhunderts – zu den kleinen Fürstentümern, den Operettensoldaten und dem romantischen Lokalkolorit vergangener Zeiten.
Heute staune ich über mich selbst bei der Lektüre dieser Aufzeichnung. Ganz abgesehen von dem puerilen (kindlichen) Schluß bringt sie mich zu der Erkenntnis, wie heimlich und allmählich und von einem selbst unbemerkt man doch seine Ansichten ändert.
In den folgenden Jahren wurde ich zu einem überzeugten Verfechter der These, daß die Alliierten gerade darum ihre Chance verpaßt hatten, weil sie mit den deutschen Konservativen und den Armeeführern nicht hatten verhandeln wollen. Und als ich zweieinhalb Jahre später Deutschland verließ, hatte sich auch meine Einstellung zum deutschen Volk sehr gewandelt. ...<<

1941

Stalin schreibt nach Hitlers Vorbild seine Memoiren. Sie sollen den Titel tragen: Dein Kampf - mein Sieg!
NS-Spottvers

06.01.1941

USA: In seiner Jahresbotschaft an den US-Kongreß erläutert US-Präsident Roosevelt am 6. Januar 1941 den "europäischen Demokratien" die "menschlichen Freiheiten" (x058/376, x033/143): >>Für künftige Tage, die wir in Sicherheit gestalten wollen, erhoffen wir eine Welt, die auf vier wesentlichen menschlichen Freiheiten gegründet ist:
Die erste ist die Freiheit der Rede und ihr Ausdruck überall in der Welt.
Die zweite ist die Freiheit für jeden Menschen, Gott auf seine Art überall in der Welt zu verehren.
Die dritte ist die Freiheit von Not; die bedeutet, übertragen auf weltweite Bedingungen, das wirtschaftliche Verständnis, daß jeder Nation ein gesundes und friedliches Leben für ihre Bewohner überall in der Welt sichert.
Die vierte ist die Freiheit von Furcht; dies bedeutet, übertragen auf weltweite Bedingungen, eine weltweite Verminderung der Rüstungen bis zu einem Punkt und in einer so durchgreifenden Art, daß keine Nation in der Lage sein wird, einen Akt des Angriffs gegen irgendeinen Nachbarn in der Welt zu unternehmen. ...<<
>>... Euer Kampf für die Freiheit ist für uns Amerikaner eine Angelegenheit des eigenen Lebens. Wir werden alle unsere Energien, alle unsere Organisationsfähigkeit aufbieten, um Euch die Kraft zu verleihen, die Freiheit der Welt wieder zu gewinnen und sie zu bewahren. Wir werden Euch Schiffe, Flugzeuge, Panzer und Geschütze senden, in stetig wachsender Zahl, das ist unser Vorsatz und unser Gelübde ...<<

09.01.1941

Westkrieg: Hitler erteilt am 9. Januar 1941 den Befehl, einen deutschen Panzer-Sperrverband nach Libyen zu entsenden, um den "Afrikafeldzug" der bedrängten Italiener zu unterstützen.
Der deutsche Historiker Gerhard Hümmelchen schreibt später über den "Afrikafeldzug" (x051/16-18): >>Afrikafeldzug, Bezeichnung für die militärischen Operationen deutsch-italienischer Verbände gegen britisch-amerikanische Truppen in Nordafrika 1940/41-13.5.43. Als Italien an der Seite Deutschlands am 10.6.40 in den Krieg eintrat, stand in der italienischen Kolonie Libyen eine zwei Armeen umfassende Heeresgruppe (Marschall Badoglio) mit 14 Divisionen. Mussolini schien hier ein Schlag gegen den schwachen britischen Gegner (ca. 36.000 Mann) in Ägypten aussichtsreich.
Am 13.9.40 begann daher eine italienische Offensive, die am 16.9. Sidi Barrani erreichte, aber schon am 18.9. wegen angeblicher Nachschubschwierigkeiten liegen blieb. Deutsche Hilfsangebote wies Mussolini ab in der Furcht, die Deutschen nicht mehr loszuwerden, wie er Badoglio gegenüber äußerte.
Am 9.12.40 begann jedoch das britische XIII. Korps mit nur 31.000 Mann, 275 Panzern und 120 Geschützen eine Gegenoffensive, die sich rasch zu einer Katastrophe für die Italiener entwickelte. Sidi Barrani fiel am 10.12., Sollum am 16.12., am 5.1.41 waren die Briten in Bardia, am 22.1. in Tobruk und am 6.2. in Bengasi. Bei nur 558 Toten und 1.373 Verwundeten hatten sie zehn italienische Divisionen vernichtet, 130.000 Gefangene eingebracht, 408 Panzer und 1.290 Geschütze erbeutet. Logistische Probleme zwangen sie am 8.2.41, bei El Agheila stehen zu bleiben.
Auf einen italienischen Hilferuf vom 19.12.40 hin hatte Hitler am 9.1.41 die Entsendung eines deutschen "Sperrverbands" nach Libyen angeordnet. Die hierfür formierte 5. leichte Division wurde vom 8.2. an überführt. Die 15. Panzerdivision folgte rasch.
Am 12.2.41 übernahm General Rommel den Befehl über das Deutsche Afrikakorps und ordnete gegen Hitlers Abwarte-Konzept am 22.3. einen Aufklärungsvorstoß gegen El Agheila an.
Die Briten zogen daraufhin nach Osten ab, Rommel folgte, nahm am 4.4. Bengasi und nach einem Marsch quer durch die Wüste am 8.4. Derna. Der Angriff auf Tobruk scheiterte, am 11.4. erreichte Rommel Bardia und bezwang am 15.4. den Halfaya-Pass. Ein britischer Ge-

genangriff im Juni 41 scheiterte, ein zweiter vom 18.11. an zur Entsetzung des seit 11.4. eingeschlossenen Tobruk, der mit überlegenen Kräften vorgetragen wurde, war erfolgreicher. Am 7.12. mußte Rommel den Kampf um die Festung aufgeben und zog sich geordnet zurück. Am 23. 12. räumte er Bengasi und stand Anfang Januar 42 nach schweren Verlusten für beide Seiten fast wieder in seiner Ausgangsstellung.
Doch Rommel griff im Schutz heftiger Sandstürme am 23.1.42 erneut den völlig überraschten Gegner an, rückte am 29.1. in Bengasi ein und erreichte am 3.2. Derna. Erst am 26.5.42 konnte er die Offensive fortsetzen. Die Briten vermuteten, Rommel wolle nach Ägypten vordringen, doch er brach am 18.6. den Vormarsch nach Osten ab, drehte nach Westen und konnte am 21.6. Tobruk erobern: 33.000 Gefangene wurden eingebracht und enorme Beute gemacht; Rommel wurde zum Generalfeldmarschall befördert.
Am 23.6. überschritt die deutsch-italienische Panzerarmee Afrika erneut die ägyptische Grenze und erreichte am 30.6. die Enge von El-Alamein (100 km westlich von Alexandria). Ein Durchbruch mißlang, Rommel mußte zur Verteidigung übergehen. Jetzt rächte es sich, daß man das Nachschubproblem nicht energischer angegangen war und die britische Mittelmeerinsel Malta nicht hatte ausschalten können. Vom 31.8.-2.9. scheiterte ein letzter Versuch Rommels, die Alamein-Stellung zu durchbrechen. Auch ein britischer Vorstoß gegen Tobruk blieb am 14.9. noch erfolglos.
Der nächste Schlag der britischen 8. Armee (General Montgomery) aber war nicht mehr abzuwehren: Am 23.10. griff sie mit zehn Divisionen und vier Brigaden mit 1.114 Panzern und 880 Flugzeugen fünf deutsche und sieben italienische Divisionen an, die nur über 530 Panzer und 372 Flugzeuge verfügten. Der in Abwesenheit Rommels führende General Stumme fiel. Am 2.11. durchbrach Montgomery die deutschen Stellungen und nahm 30.000 Mann gefangen. Gleichzeitig landeten die Alliierten am 7./8.11.42 in Marokko und Algerien (Operation "Torch"). Die deutsche Führung reagierte mit der Besetzung Vichy-Frankreichs und konnte durch rasch nach Tunesien überführte Truppen den Verlust dieses Teils von Französisch Nordafrika verhindern.
Angesichts der Bedrohung im Rücken zog sich Rommel mit der Panzerarmee Afrika zurück, räumte am 13.11.42 Tobruk, einen Monat später El Agheila. Mit der Aufgabe von Tripolis (23.1.43) war die italienische Kolonie Libyen verloren.
Am 9.3. gab Rommel wegen Krankheit das Kommando über die Heeresgruppe Afrika in Tunesien an Generaloberst v. Arnim ab, der am 13.5.43 mit den Resten von elf deutschen und sechs italienischen Divisionen kapitulieren mußte: 130.000 deutsche und 120.000 italienische Soldaten gerieten in Gefangenschaft. Eine durchaus mögliche Rettung großer Teile der Heeresgruppe hatte Hitler abgelehnt.
Deutsche Verluste des Afrikafeldzuges: 18.594 Tote, 3.400 Vermißte; Italien: 13.748 Tote, 8.821 Vermißte; Großbritannien: 35.476 Tote; USA: 16.500 Tote.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet später (am 29. September 2023) über den deutschen Panzergeneral Erwin Rommel: >>**Erwin Rommel: Eine deutsche Legende**
Von *Daniell Pföhringer*
Mit geradezu genialen Täuschungsmanövern rang der deutsche Panzergeneral Erwin Rommel die haushoch überlegenen Briten in Nordafrika nieder. Drei hochrangige Tommy-Generäle gingen ihm in die Falle. …
Als Erwin Rommel, damals noch Generalleutnant, Ende Februar 1941 den Auftrag erhielt, den in Nordafrika schwer bedrängten Italienern zur Hilfe zu eilen, verfügte er im Anfang nur über die Aufklärungsabteilung 3, die Panzerjäger-Abteilung 39, das motorisierte MG-Bataillon 8, drei Batterien Feldartillerie, ein halbes Bataillon Sturmpioniere, die Vorkommandos der 15. Panzerdivision und Teile der 5. Leichten Infanterie-Division.

Die Engländer nahmen dies zunächst auf die leichte Schulter. Ihre Meldung, wenige Tage nach der Landung der Deutschen in Afrika, lautete lakonisch:
"Einheiten des deutschen Expeditionskorps unter der Führung eines unbekannten Generals namens Rommel sind in Nordafrika gelandet."
Für die Deutschen war Rommel allerdings kein Unbekannter: 1899 im schwäbischen Heidenheim geboren, diente er im Ersten Weltkrieg Offizier an der Isonzo-Front, wurde im Dezember 1917 wurde er mit dem höchsten Tapferkeitsorden Pour le Mérite ausgezeichnet und machte sich auch als Verfasser eines der besten taktisch-militärwissenschaftlichen Bücher, "Infanterie greift an", einen Namen.
Rommels Vorgesetzter urteilte damals:
"Seine Planungen waren oft überraschend, intuitiv, spontan und nicht ohne Weiteres durchsichtig ... . Seine Phantasie war außerordentlich und schuf in schwieriger Lage oft die unerwartetsten Lösungen."
Ab 1939 kommandierte Rommel die 7. Panzerdivision, die sich im Frankreichfeldzug hohe Anerkennung erwarb: Schon Ende Mai 1940 hatte sie allein 6.800 Kriegsgefangene gemacht. Ihr plötzliches Auftauchen im Rücken des Feindes und daß sie immer dort erschien, wo man sie nie vermutet hätte, brachte die Franzosen dazu, sie "la division fantome" (Gespensterdivision) zu taufen. Am 10. Juni erreichte Rommel Dieppe an der Atlantikküste. Nach der Kapitulation sagte der französische Kommandeur zu ihm:
"Junger Mann, Sie sind viel zu schnell für uns gewesen."
Rommel verfügte also über genau über das, was in Afrika notwendig war: Draufgängertum, Schläue und rasche Erfassung der gegnerischen Aktion. Nicht umsonst erhielt er später seinen Spitznamen: "Der Wüstenfuchs".

Täuschungsmanöver in Tripolis

Rommel war sich im Hinblick auf seine geringen Kräfte darüber klar, daß es für ihn entscheidend war, den Gegner zu täuschen und zeigte sich im Laufe der Kämpfe gerade auf dem Gebiet des militärischen Bluffs geradezu als Genie. Das begann schon im März 1941, als er eine Panzerparade in Tripolis befahl.
Die militärische Situation in Nordafrika war in diesen Tagen bitterernst: Die Italiener hatten nach anfänglichem Siegeslauf ihre Position verloren. General Sir Archibald Wavell sie zurückgeworfen. Tobruk und Bengasi waren verloren gegangen. In Abessinien bahnte sich eine italienische Niederlage deutlich an. Das deutsche Heer stand in diesen Tagen in der Vorbereitung des Balkanfeldzuges und des Ostfeldzuges. Daher mußten in Afrika Kühnheit und Schläue die Massen ersetzen.
Die Bevölkerung von Tripolis staunte nicht schlecht, als nun Panzer auf Panzer in einer fast nicht endenden Kette anrollte. Und keiner von ihnen wußte, wie klein in Wirklichkeit die Zahl der deutschen Panzer war, die immer wieder im Kreise vor der erstaunten Öffentlichkeit vorüberdefilierte. Der Zweck wurde erreicht: Der englische Nachrichtendienst erhielt über seine Agenten haarsträubende Informationen über die Bereitstellung stärkster deutscher Panzerverbände in Nordafrika!

"General Staub" hilft

Als Rommel wenig später ein kleines Teilunternehmen gegen einen vorgeschobenen Artilleriebeobachtungsposten in der Nähe der Via Balbia befahl, an dem nur schwächste deutsche Kräfte teilnahmen, das MG-Bataillon 8, zwei Kompanien Sturmpioniere nördlich der Küstenstraße, die italienische Panzer-Division Ariete südlich, zog sich der Tommy in Eilmärschen zurück, im Glauben, daß die Panzermassen der Deutschen zum Generalangriff angetreten seien. Sogar Rommel war überrascht, als die Luftaufklärung meldete, daß der Feind auf Agedabia und Bengasi zurückflute und die ganze Cyrenaica in Bewegung geraten sei.
Unter brennender Sonne.

Blitzschnell erkannte er seine große Chance. Sein Befehl lautete: "An der Spitze aller Kolonnen die Panzer und dahinter Fahrzeuge und Fahrzeuge." Sie hatten keinen anderen Zweck, als riesige Staubfahnen in der Wüste aufzuwirbeln. Die falschinformierten Engländer fielen auch auf diesen Trick herein. Die Royal Air Force und die vorgeschobenen Beobachtungsposten meldeten das Herannahen stärkster deutscher Panzerverbände, wo in Wahrheit nur eine Handvoll tapferer Soldaten im Angriff standen. Mit General Rommel verbündete sich "General Staub" und griff siegreich in die ersten Afrikakämpfe ein.

Drei englische Generäle auf einen Schlag

Ein Wüstenfort hielt für wenige Stunden den ersten Vormarsch Rommels auf, aber nach kurzem, hartem Kampfe ergaben sich dreitausend Tommies, unter ihnen der englische Generalmajor Gambie-Parry. Kradschützen gelang es, eine flüchtende englische Kolonne in der Wüste zu stellen und gefangen zu nehmen, darunter befand sich Generalleutnant Sir O'Connor und Generalmajor Neane. Mit einem Schlag drei englische Generäle!

Das englische Oberkommando mußte in diesen Tagen Truppen für Griechenland abzweigen - auch das war für die erste deutsche Offensive in Afrika natürlich günstig. Rommel, der am 30. März seinen Vormarsch fortsetzte, konnte bereits am 2. April die Engländer bei Brega und Agedabia werfen. Am 3. April räumten sie Bengasi. Die Kampfgruppe des Oberleutnant Behrend erreichte zur selben Zeit Derna.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet später (am 31. Oktober 2023) über den deutschen Panzergeneral Erwin Rommel: >>**Heldenhaft: Rommel und der Sturm auf Tobruk**

Die libysche Hafenfestung Tobruk stand im Verlauf des Afrikafeldzuges im Zentrum erbitterter Kämpfe. Im Juni 1942 gelang Rommel endlich die Eroberung - erneut mit einer Taktik, mit der der Gegner nicht gerechnet hatte. …

_ von *Erich Kern*

Schon in der Nacht vom 19. auf 20. Juni 1942 stellten sich die Deutschen und Italiener zum neuerlichen Sturm auf Tobruk bereit. Die Nacht war kalt. Alles schien friedlich, nur gelegentliches Artilleriefeuer störte den Aufmarsch. Die Briten hofften, daß die im Vorfeld der Festung gelegenen Abwehrstellungen und die beweglichen Kräfte genügen würden, um die Deutschen in entsprechender Entfernung aufzuhalten.

Aber ihre Minenfelder waren nicht mehr im ursprünglichen Zustand, denn sie hatten tausende Minen ausgebaut, um ihre Gazala-Linie zu verstärken. Die Tankgräben waren allmählich versandet. Auf englischer Seite wurde erwartet, daß Rommel wieder … angreifen würde. Rommel dachte nicht daran.

Die Nacht vor der Entscheidung

Als er das erste Mal Tobruk berannt hatte, war sein Wissen um die Verteidigungsanlagen gleich Null. Jetzt aber wußte er genau darüber Bescheid und kannte auch die dort bereitgestellten Kräfte. Er war entschlossen, dieses Wissen zu nützen. Gegen die See hin hatte das Festungsgebiet eine Front von vierzig Kilometern, gegen Land eine solche von sechzig Kilometern. Auf dieser Strecke hatte die 8. Armee lediglich 61 Pak-Geschütze aufgestellt, von denen nur 18 schwerkalibrig waren.

In den kleinen Wadis hockten nun die deutschen Soldaten und warteten auf die Stunde der Entscheidung. Neben jeder Gruppe lagen Waffen und Gerät. Minensuchgeräte, Rauchkerzen, Handgranaten, Drahtscheren, Sprengmunition, Flammenwerfer, Maschinenpistolen und Maschinengewehre. Dann kam es: "Fertig machen!" Schnell wurde die letzte Zigarette ausgedrückt, die letzte Pfeife ausgeklopft. Waffen und Gerät klirrten leise.

Überall erhoben sich die dunklen Gestalten. Langsam schoben sich im weiten Umkreis die Angriffstruppen der Sturmpioniere und der Infanterie heran. Die ersten Minensuchgeräte wurden eingesetzt. Vorerst fanden sich noch keine Minen. Muschelschalen knirschten verräterisch

unter den Stiefeln der Männer. Da waren sie aber auch schon am ersten Drahthindernis heran. Die Zeiger der Minensuchgeräte begannen sich zu bewegen, die Summer schlugen warnend an.
Noch war beim Feind alles ruhig. Gelegentlich fauchte eine Granate über die geduckten Soldaten hinweg. Dann gingen die Infanteristen knapp vor dem feindlichen Verhau in Stellung, um den Sturmpionieren, die nun fast lautlos in die Hindernisse krochen, Feuerschutz geben zu können. Strang um Strang wurde abgeknipst, Mine um Mine vorsichtig ausgehoben. Irgendwo ratterte ein Maschinengewehr. Ein kurzer, schneller Feuerstoß des MG 42 folgte. Noch aber war es an der Front ruhig.
Fahl dämmerte der Morgen. Die deutschen Batterien eröffneten das Feuer. Immer stärker trommelten die Einschläge. Dann brauste die erste Stuka-Staffel heran und lud ihre Bomben ab.

Minenräumung auf neue Art

Die Männer erkannten nun, was sich Rommel ausgedacht hatte: Er ließ zuerst nicht die englischen Stellungen, sondern die Minenfelder davor bombardieren. Eine Explosion löste die andere ab. Unaufhörlich flogen die Minen wirkungslos in die Luft. Ohne Pause dröhnte es. Die Hölle der Materialschlacht war losgebrochen.
Schon erhoben sich die ersten Engländer, die auf Gefechtsposten lagen und wollten zurückrennen. Damit war die Stunde der Sturmtruppen gekommen. Ihre Maschinengewehre mischten sich in das Toben der Schlacht. Die Engländer blieben liegen. Nun ließen die Sturmpioniere mit ihren Sprengkörpern die Hindernisse hochgehen.
Dann aber wurde es bei den Engländern lebendig. Besonders die indische Division wehrte sich hervorragend. Wie aus allen Knopflöchern flammten die Mündungsfeuer auf. Die Pioniere schossen für die eigene Artillerie Leuchtkugeln. Die Feuerwalze lief nach vorne. Gleichzeitig warfen die Pioniere die Rauchkerzen, um dem Feind die Sicht zu nehmen.
In Deckung dieser Nebelwolken erhoben sich die deutschen Infanteristen. Der Sturm auf Tobruk hatte begonnen. Schon war die Infanterie im ersten Graben. Er war leer. Rückwärts rollte die motorisierte deutsche Infanterie durch das schwere Abwehrfeuer der englischen Artillerie auf Tobruk zu. Panzer und Pak-Geschütze folgten.
Schon waren die deutschen Pioniere am ersten Panzergraben. Sie sprengten die versandeten Wände und füllten ihn auf. Der erste deutsche Panzer rollte rasselnd nach vorne. Die Infanterie folgte beiderseits zügig. Überall waren die Deutschen im Vorgehen. Noch lag das Hauptgewicht des Feuers aus Tobruk auf den heranrollenden Panzerverbänden und der Infanterie der 15. I.D. Die Inder, besonders die Mahrattas, hielten. Gurkhas kamen eilig heran, um sich den Deutschen entgegenzustellen. Sie wurden im zusammengefaßten Feuer rasch zurückgeworfen.
Erst nach 7:30 Uhr schwenkte die Artillerie der Festung Tobruk ein und nahm die deutsche Angriffsspitze unter Feuer. Aber nun war es zu spät. Die Infanterie lag bereits in englischen Stellungen und hatte dadurch etwas Schutz vor dem Feuer. Am Vormittag kämpften sich die deutschen Panzer gegen die Straßengabelung Tobruk - El Adem und Tobruk - Bardia durch und kämpften Batterie um Batterie der Briten nieder. Diese Straßengabelung, die "Königskreuz" genannt wurde, fiel in deutsche Hand.
Das 4. königliche Tankregiment wurde zusammengeschossen. Mittags befand sich Rommel in Tobruk! Dann stießen die ersten deutschen Panzer auf der Straße gegen den Hafen vor und überrannten trotz heftigen Abwehrfeuers mit Unterstützung des 115. Panzergrenadierregimentes mehrere englische Batterien.
Nun lag der Hafen vor ihnen. Zwei kleine Schiffe flohen mit Volldampf. Noch vor Einbruch der Dunkelheit waren die Deutschen im Hafen. Brennende Munitionsstapel flogen mit ohrenbetäubendem Krach in die Luft. Dichte Rauchsäulen standen über Tobruk. Die Nachrichten-

mittel der Verteidigung waren vollkommen durcheinandergeraten.
Schon marschierten große Kolonnen Gefangener nach hinten. Ein ganzer Wagenpark war in die Hand der Deutschen gefallen. Die Gardebrigadiere, die Einsatzreserve des südafrikanischen Verteidigers von Tobruk, General Klopper, wurde vollkommen überrascht und ihr Gefechtsstand im Handstreich genommen.
Klopper hatte nur noch die Südafrikaner zur Verfügung. Rommel befahl, sie noch in der Nacht von rückwärts anzugreifen. Die Deutschen stellten sich zwischen dem Hafen und dem Fort Pilastrino zum neuen Sturm bereit. Klopper versuchte mit dem Kommandeur der 8. Armee, General Ritchie, in Verbindung zu kommen. Die Funkverbindung war intakt, aber Ritchie befand sich nicht auf dem Gefechtsstand.
Die 8. Armee verlangte, daß General Klopper mit dem Rest seiner Leute noch wenigstens 24 Stunden durchhielte. Dies aber war unmöglich geworden, Rommel war schneller gewesen. Nicht einmal ein Ausbruchsversuch konnte noch unternommen werden, da ja der gesamte Wagenpark in deutsche Hand gefallen war.

Tobruk fällt, Churchill wackelt

Am Morgen, um 7:45 Uhr erklärte General Klopper die Übergabe. 25.000 Mann marschierten in Gefangenschaft. Unvorstellbare Mengen von Material und Verpflegung fielen in die Hände der Stürmer von Tobruk. Über der Festung Tobruk wehte die deutsche Fahne. Bevor der Tag zu Ende ging, war General Rommel zum Generalfeldmarschall ernannt worden - der "Marschall Vorwärts" des 20. Jahrhunderts.
Der Fall von Tobruk war ein Weltereignis, das damals beinahe den Sturz des englischen Premierministers Churchill zur Folge gehabt hat - der Name Rommels aber, den die Engländer ein Jahr vorher einen "unbekannten General" genannt hatten, wurde bei Freund und Feind zum Inbegriff kühnsten soldatischen Führertums.
Später, als die Amerikaner in Nordafrika gelandet waren, wurde es Rommel nicht erspart, alles, was er und sein Afrikakorps erobert hatten, wieder preisgeben zu müssen. Das Kapitel "Tobruk" aber bleibt über Niederlage und Zusammenbruch hinweg ein Ruhmesblatt deutschen Soldatentums.<<

11.03.1941

USA: Das neue Leih- und Pachtgesetz ermächtigt US-Präsident Roosevelt am 11. März 1941, alle "bedrohten Staaten", deren Schutz "für die Verteidigung der USA" wichtig ist, mit kriegswichtigen Gütern zu unterstützen. Nach Roosevelts Aussagen sollen die Vereinigten Staaten von Amerika ein "Arsenal der Demokratie" werden.

Nordamerikanische Hilfslieferungen von 1941-1945

Nach der Genehmigung des Leih- und Pachtgesetzes lieferte die USA praktisch unentgeltlich riesige Mengen von Kriegsmaterial an England und ließ später alle Guthaben der sogenannten "Achsenmächte" einfrieren.
Aufgrund des Pacht- und Leihgesetzes vom März 1941 unterstützte Nordamerika außerdem die Sowjetunion. Schon 2 Tage nach dem deutschen Angriff gegen die UdSSR (22.06.1941) versprach US-Präsident Roosevelt den Sowjets jede gewünschte Hilfslieferung und vergab große Staatsaufträge an die nordamerikanische Rüstungsindustrie. Vor dem nordamerikanischen Kriegseintritt (11.12.1941) lieferten die Vereinigten Staaten von Amerika schon etwa ab August 1941 Kriegsgüter an die UdSSR. Von August bis Oktober 1941 schickte Nordamerika bereits Kriegsgüter im Wert von 145,0 Millionen Dollar an die UdSSR (x041/205). Im November 1941 gewährte Nordamerika der Sowjetunion einen Pacht- und Leihkredit von 1 Milliarde US $ (x054/223).

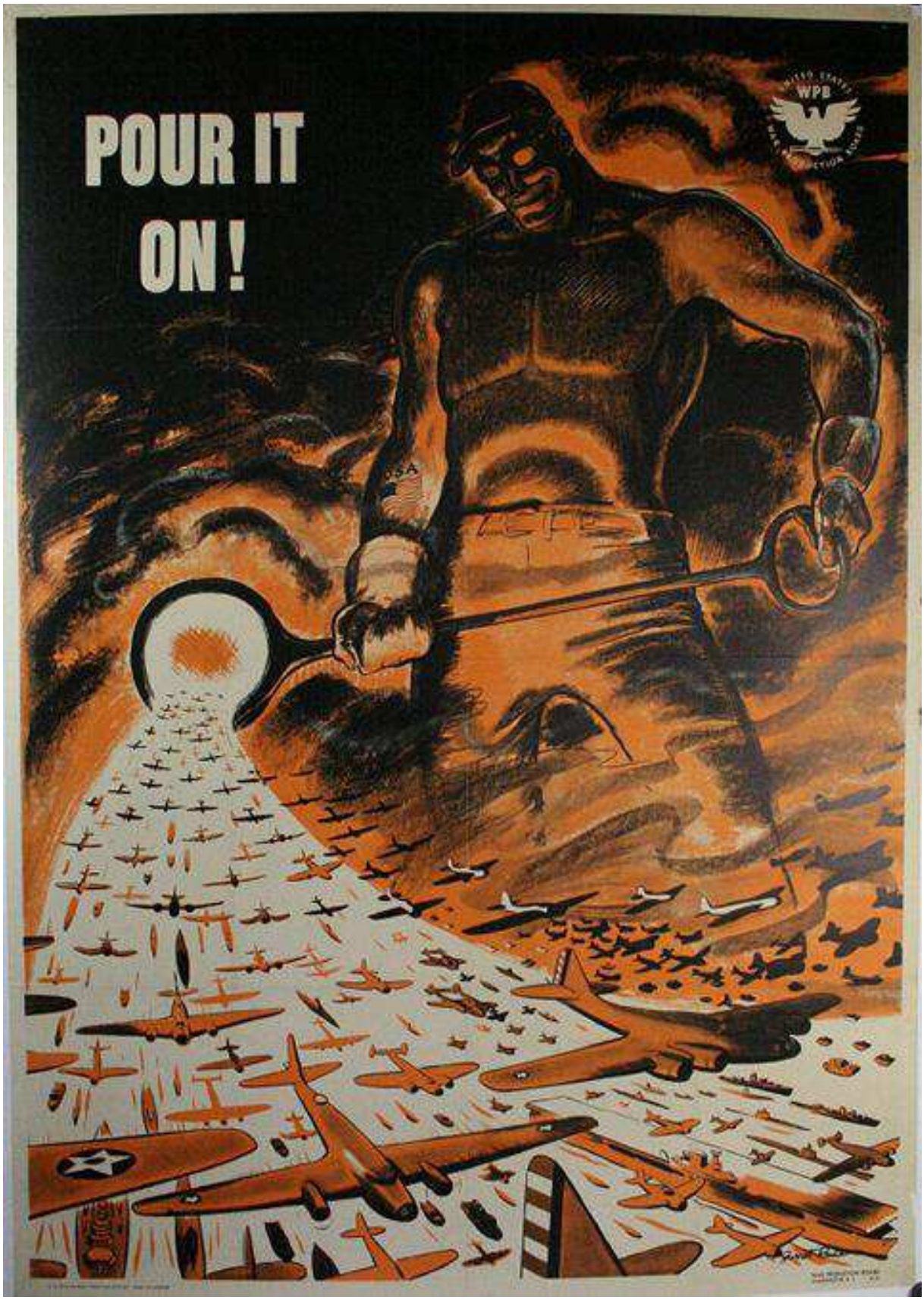


Abb. 67 (x192/446): Die tiefe Krise der amerikanischen Industrie wurde durch den Krieg vollständig behoben. Die Fabriken und Werften Amerikas lieferten in großem Ausmaß Kriegsmaterial an Großbritannien und die Sowjetunion.

Am 25. August 1941 marschierten britische und sowjetische Truppen gleichzeitig in das neu-

trale Persien (Iran) ein. Persien wurde vor allem wegen der kriegswichtigen Erdölvorkommen und für den Transport des US-Kriegsmaterials benötigt (x041/112). Zum angeblichen "Schutz der Schiffahrt" landeten ferner US-Truppen im Jahr 1941 auf Grönland und Island. Das US-Kriegsmaterial wurde danach auch mit nordamerikanischen Schiffen nach England gebracht. Die US-Transportschiffe waren bewaffnet und durften "feindliche" U-Boote beschießen. Obwohl die Nordamerikaner dadurch eindeutig ihre bisherige Neutralität aufgaben und in den US-Häfen alle deutschen Schiffe beschlagnahmten, erfolgte zunächst nicht die erwartete bzw. erhoffte deutsche Kriegserklärung an die USA.
Nordamerikas gewaltige Wirtschaftskraft sollte schließlich, wie im Ersten Weltkrieg, die Entscheidung bringen. Von 1941-45 lieferten die Vereinigten Staaten von Amerika der Sowjetunion z.B. 8.800 Flugzeuge, 5.200 Panzer und Kampfwagen, 256.000 Lastkraftwagen und sonstige motorisierte Fahrzeuge, 2.500.000 t Lebensmittel und 1.500.000 t Stahl (x038/-1.917/1.918) sowie Flugbenzin, Lokomotiven, verschiedene Handfeuerwaffen, Medikamente und Kleidung im Wert von ca. 11,0 Milliarden Dollar.
Die ersten Hilfslieferungen an die Sowjets gingen über die alte Karawanenstraße von Basra nach Tiflis (x054/223) und wurden später über folgende Standorte abgewickelt (x041/114): Pazifik = 47,1 %, Persischer Golf = 23,8 %, Nordatlantik = 22,7 %, Schwarzes Meer = 3,9 % und sowjetische Arktis = 2,5 %.
Die Nordamerikaner und Briten transportierten bis zum Kriegsende 17,5 Millionen Tonnen Kriegsmaterial in die Sowjetunion (1941 = 0,4 Millionen t, 1942 = 2,4 Millionen t, 1943 = 4,8 Millionen t, 1944 = 6,2 Millionen t, 1945 = 3,7 Millionen t). Diese Hilfslieferungen glichen die gewaltigen Materialverluste der Sowjets z.T. vollständig aus und wurden erst mehrere Monate nach dem Kriegsende eingestellt.
Obwohl die UdSSR jahrelang enorme Kriegsmateriallieferungen erhielt, erkannte der sowjetische Diktator diese kriegsentscheidende Hilfe Nordamerikas niemals angemessen an, sondern Stalin forderte weiterhin unaufhörlich die "2. Front" im Westen. Erst nach der Invasion der Westalliierten entspannte sich das Verhältnis zwischen den ungleichen Verbündeten.
Für die gewaltigen US-Hilfslieferungen leisteten die Sowjets später keine nennenswerten Rückzahlungen.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über das "Leih- und Pachtgesetz" (x051/349): >>Leih- und Pachtgesetz, (Lend-Lease Act), Ermächtigung vom 11.3.41 für US-Präsident Roosevelt, kriegswichtige Güter (Waffen, Schiffe, Fahrzeuge u.a.) ohne Barzahlung an Staaten zu liefern ("verpachten"), deren Schutz er für die Verteidigung der USA als lebenswichtig ansah.
Da ein Krieg oder auch nur direkte Waffenhilfe gegen Deutschland äußerst unpopulär war, bot das Leih- und Pachtgesetz bei der verzweifelten Finanzlage Londons die einzige Möglichkeit, das nach dem Zusammenbruch Frankreichs bedrohte Großbritannien zu unterstützen. Zunächst wurde ein Finanzrahmen von sieben Milliarden Dollar genehmigt, der sich bis 1945 auf 50,6 Milliarden weitete.
Hauptnutznießer waren England und das Commonwealth (rund 30 Milliarden), Hilfe für die Sowjetunion wurde erst nach Kriegseintritt der USA (7.11.41) möglich (insgesamt elf Milliarden). Das Leih- und Pachtgesetz trug damit wesentlich zur Kriegswende bei, auch wenn der Anteil am alliierten, insbesondere am sowjetischen Sieg nur schwer quantifizierbar ist. Zu nennenswerten Rückzahlungen kam es nach dem Krieg nicht.<<
Der britische Historiker Robert Conquest (1917-2015) berichtet später über Stalins Verhandlungsstrategie im Jahre 1941 und die militärischen Hilfslieferungen der Nordamerikaner und Briten (x080/310-312): >>Im Verlauf des Krieges wurde Stalin, der seit 1939 mit Ausnahme der beiden Begegnungen mit Ribbentrop kaum Kontakt zu ausländischen Politikern hatte, zu einer zentralen Persönlichkeit bei internationalen Verhandlungen.

Während des gesamten Krieges bedrängte Stalin die westlichen Führer mit Maximalforderungen, und obwohl er nicht alles bekam, was er verlangte, war es doch weit mehr, als angesichts der bestehenden Verhältnisse nötig gewesen wäre. Er war fast immer auf jeden einzelnen Punkt der Verhandlungen sehr gut vorbereitet.
Sein Hauptvorteil bestand weniger in seinem Verhandlungsgeschick als in den Schwächen der Briten und Amerikaner.
Die Führer der Alliierten erwiesen sich in unterschiedlicher Hinsicht als verwundbar. Roosevelt glaubte, er könne Stalin trauen, während Churchill zwar nicht ganz so naiv war, aber dennoch aus Gründen der Sentimentalität oder der Ritterlichkeit geneigt war, Stalins Forderungen nachzugeben – schließlich trugen die Russen die Hauptlast des Krieges, und Churchill empfand eine moralische Verpflichtung, sie so weit wie möglich zu unterstützen. ...
Am 18.06.1941 telegraphierte Stalin an Churchill und forderte ihn auf, in der Arktis und in Nordfrankreich Fronten gegen Hitler aufzubauen. Des weiteren heißt es in dem Schreiben: "Eine Front in Nordfrankreich würde nicht nur deutsche Streitkräfte aus dem Osten abziehen, sondern auch eine Landung Hitlers in England unmöglich machen. ...".
Die Vereinigten Staaten befanden sich zu diesem Zeitpunkt natürlich noch nicht im Krieg – der Angriff auf Pearl Harbor erfolgte erst im Dezember. Dennoch war Roosevelt bereit, Rußland in gleicher Weise durch militärische Hilfslieferungen zu unterstützen, wie er das gegenüber England tat. Sein persönlicher Vertreter Harry Hopkins, der später einen Experten des Außenministeriums fragen sollte, ob er auch zur "antisowjetischen Clique" gehöre, traf Ende Juli in Moskau ein.
Stalin schilderte ihm die militärische Lage, ohne etwas zu beschönigen, und bat um 20.000 Flakgeschütze, große Mengen von Aluminiumblechen für den Flugzeugbau, Maschinen und leichten Sturmgewehren. ...<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Erfolge der US-Wirtschaft während des Zweiten Weltkrieges (x068/264-265): >>...
Während die europäischen Völker bluteten und Millionen und Abermillionen ihrer Menschen verbluteten, sanierten sich die Vereinigten Staaten von Amerika und mauserten sich zur Weltmacht und schließlich zur führenden Weltmacht. Während die europäischen Länder viele Außenmärkte infolge des Krieges nicht mehr beliefern konnten, übernahmen diese wieder die USA, stellten sie auch Staaten, die sich mit Deutschland, Italien, Japan im Krieg befanden, Versorgungsgüter zur Verfügung, weiteten sie ihre Absatzmärkte, ihre Rohstoffquellen bis in den letzten Winkel der Welt aus, griffen sie für ihre Kriegsmobilisierung auf Ressourcen in Lateinamerika, Afrika, Indien zurück, das überdies eine große Armee gegen die Japaner in Burma aufstellte.
Die US-Rüstungsindustrie aber erfährt während des Zweiten Weltkrieges einen geradezu alptraumhaften Auftrieb. ...
Nur durch den Krieg kommt die zuvor so gebeutelte US-Wirtschaft wieder in Schwung. Bereits zwischen August 1939 und dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten im Dezember 1941 verdoppelte sich deren Industrieproduktion. Insgesamt stiegen die Importe um 50 %, die Exporte verdreifachten sich, der Aktivsaldo ist 1945 doppelt so hoch wie der von 1920, als man schon durch den Ersten Weltkrieg so immens sich saniert hatte.
Das europäische Fiasko brachte den USA auch jetzt wieder das Heil. "Fünf Jahre Krieg in Europa und Asien waren wirksamer als alle wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen des New Deal zwischen 1932 und 1939" (Claude Julien). Von 13 Millionen Arbeitslosen 1932 gab es 1938 noch immer 10 Millionen – trotz Roosevelt und "New Deal". Der Krieg aber brachte die Vollbeschäftigung und das volle Geschäft. ...<<

12.03.1941

Großbritannien: Charles de Gaulle berichtet am 12. März 1941 (x172/328-329): >>... Mr.

Churchill weckte mich mit der Nachricht, der amerikanische Kongreß habe das Leih- und Pachtgesetz verabschiedet. Dabei führte er ein Freudentänzchen auf.<<

USA: Die "New York Times" berichtet am 12. März 1941 über angedrohte Repressalien gegen die Juden in Deutschland (x172/329): >>... Politische Kreise in Berlin behaupten weiterhin, die Verbindung von Namen wie Frankfurter, Cohen und Baruch mit dem Leih- und Pachtgesetz zeigte, in wessen Interesse die Vereinigten Staaten sich auf diesen tödlichen Schritt einließen.<<

14.03. 1941

Großbritannien: Der britische Premierminister Winston Churchill schreibt am 14. März 1941 an Außenminister Anthony Eden, der sich damals im Ausland aufhält (x172/330): >>... Hier läuft es ganz gut, und wir haben damit begonnen, recht erfolgreich Hunnen im Mondschein unsere Tatze fühlen zu lassen. Gott segne euch alle.<<

20.03.1941

Westkrieg: Der bereits am 8. März 1941 gefallene Kapitänleutnant Günther Prien (1908-1941) wird am 20. März 1941 "in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste" von Hitler zum Korvettenkapitän befördert.

Der Tod des legendären U-Boot-Kommandanten wird danach weiterhin verschwiegen.

21.03.1941

Großbritannien: Der australische Premierminister Robert G. Menzies (1894-1978) schreibt am 21. März 1941 nach einem schweren Luftangriff gegen London (x172/333): >>... Straße um Straße in Flammen. Arme alte Leute werden verschreckt und benommen in Unterkünfte geführt. ...

Ich bin ganz und gar für den Frieden, wenn er denn kommt, doch für die Menschheit wäre es eine Tragödie, wenn er einträte, bevor auch die Städte dieser Bestien zerstört worden sind. Der Hunne muß es am eigenen Leibe spüren.<<

24.03.1941

USA: Die US-Zeitschrift "TIME" zitiert am 24. März 1941 Auszüge aus dem Buch des US-Autors Theodore Newman Kaufman (1910-1986) "Germany must perish" (x025/123): >>... Sterilisierung sollte nicht mit Kastration verwechselt werden. Es ist eine gefahrlose und einfache Operation, ziemlich harmlos und schmerzlos, die den Patienten weder verstümmelt noch zum geschlechtslosen Wesen macht. ...

Wenn man bedenkt, daß solche gesundheitsfördernden Maßnahmen wie Impfungen und Serumbehandlungen als direkte Wohltaten für die Bevölkerung betrachtet werden, dann kommt man nicht umhin, die Sterilisierung des deutschen Volkes als eine große Gesundheitsmaßnahme der Menschheit zu betrachten, um sich FÜR IMMER gegen den Virus des deutschen Wesens zu immunisieren.<<

Das "Kaufman-Buch", das auch eine Landkarte enthält, wie das ausgestorbene Land (einschließlich Österreich) anschließend an die Nachbarstaaten verteilt werden soll, wird im Jahre 1941 von der NS-Propaganda übersetzt, auszugsweise im Rundfunk gesendet und als Buch veröffentlicht (Titel: "Deutschland muß sterben").

NS-Reichsminister Goebbels schreibt damals über das Buch "Germany must perish" (x172/-332): >>... Hätte er dieses Buch auf meine Bestellung ausgearbeitet, er hätte es wahrlich nicht besser und vorteilhafter für uns machen können.<<

25.03.1941

Jugoslawien: Nach deutschen Zugeständnissen tritt am 25. März 1941 die jugoslawische Regierung (Cvetkovic) dem Dreimächtepakt bei.

27.03.1941

USA: In Washington wird am 27. März 1941 für den Fall einer Kriegsbeteiligung der USA die grundlegende strategische nordamerikanisch-britische Konzeption "Germany first" - da-

nach Japan - festgelegt (x041/109).

30.03.1941

NS-Regime: Hitler teilt den höheren Wehrmachtsbefehlshabern am 30. März 1941 mit, daß der Rußlandfeldzug ein rassenideologischer Vernichtungskrieg werden wird.

In diesem Vernichtungskrieg sollen bisherige völker- und kriegsrechtliche Normen nicht beachtet werden (x033/163): >>... (Daher müsse die deutsche Wehrmacht in diesem Feldzug) vom Standpunkt des soldatischen Kameradentums abrücken. (Es handele sich um einen) Vernichtungskampf ...<<

02.04.1941

Großbritannien: Die "United Press" berichtet am 2. April 1941 über den Luftschutz in Deutschland (x172/336): >>... Vergangenen Herbst hat es einige grausige Vorfälle gegeben. Es ist vorgekommen, daß Menschen, die in ihren Kellern Schutz gesucht hatten, nach einem Bombenvolltreffer durch das Feuer über ihren Köpfen bei lebendigem Leibe verbrannt oder im Wasser, das aus geborstenen Leitungen strömte, ertrunken sind, wenn der einzige Ausgang blockiert war. ...

Am stärksten sind die Juden betroffen. Wie ich erfahren habe, dürfen sie keine Schutzräume für Arier mehr betreten, sondern müssen sich anderweitig in Sicherheit bringen, es sei denn, der Keller eines Gebäudes ist so groß, daß für sie ein eigener Schutzraum eingerichtet werden kann.<<

06.04.1941

Jugoslawien: Da der italienische Griechenland-Feldzug kläglich gescheitert ist und die griechischen Truppen bereits nach Albanien vorstoßen, beginnt am 6. April 1941, um 5.15 Uhr, der Balkanfeldzug ("Marita") gegen Jugoslawien und Griechenland.

Jugoslawien schließt nach dem deutschen Angriff einen Freundschaftsvertrag mit der UdSSR ab, der auf den 5.04.1941 vordatiert wird (x040/66). Bei diesen Verhandlungen schlägt Stalin vor, in den jugoslawischen Bergen und Wäldern einen Guerilla-Krieg zu organisieren, um die deutschen Truppen möglichst lange aufzuhalten.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1961 über den Krieg in Jugoslawien (x006/45E-50E): >>**Der Balkanfeldzug; die Volksgruppe im Krieg; die Zerschlagung Jugoslawiens**

Nach der Aktion der Oppositionsgruppen um Simović trieb die Entwicklung in Jugoslawien schnell auf eine Krise in den Beziehungen zum Reich hin. Dennoch waren es nicht primär die deutsch-jugoslawischen Beziehungen, sondern die Mißerfolge des italienischen Balkankrieges, welche das militärische Eingreifen Deutschlands herbeiführten.

Um die mit einer drohenden italienischen Niederlage und dem Eingreifen der Engländer in Griechenland heraufziehenden Gefahren zu bannen, entschloß sich Hitler, dem bis dahin "kein Opfer" als zu hoch "für ein freundschaftliches Verhältnis zu Jugoslawien" erschienen war und obwohl damit seine Rußlandpläne verzögert wurden, zum Losschlagen, als mit dem Simović-Putsch das auslösende Moment gegeben war.

Nach einer kurzen, heftigen Pressekampagne mit den üblichen Vorwürfen wegen Vergehen an den Volksdeutschen begann am 5. April 1941 der Krieg gegen Jugoslawien. Starke Panzertruppen unter Generaloberst von Kleist, motorisierte Kräfte, Infanterie- und Gebirgsdivisionen, ebenfalls unterstützt von einem Panzerkorps unter Generaloberst von Weichs, und Truppen der 12. Armee unter Generalfeldmarschall List stießen aus dem Norden und von Bulgarien her nach Jugoslawien hinein.

Am 6. April bombardierte die Luftwaffe pausenlos die Hauptstadt Belgrad; durch diese als "Strafaktion" gegen die Putschisten aufgefaßten Angriffe entstanden unter der Zivilbevölkerung hohe Verluste. Auch Volksdeutsche fielen den Angriffen zum Opfer. Das jugoslawische Heer vermochte die Angriffskeile der deutschen Verbände nirgends nachhaltig aufzufangen.

Am 17. April wurden nach dem Rücktritt des Oberbefehlshabers Simović Waffenstillstandsverhandlungen eingeleitet; am Tage darauf trat der in Belgrad unterzeichnete Vertrag über die bedingungslose Kapitulation der jugoslawischen Wehrmacht in Kraft.
Er bedeutete zugleich de facto das politische Ende Jugoslawiens, am 8. Juli 1941 verkündeten Deutschland und Italien das staatsrechtliche Ende des Königreichs Jugoslawien, dessen emigrierter König und seine Regierung allerdings im Exil den Anspruch auf das Fortbestehen des Staates erhoben.
Die Volksdeutschen in waffenfähigem Alter gerieten in den Tagen vor und nach dem Kriegsausbruch in einen tiefen inneren Zwiespalt. Befolgung des Gestellungsbefehls und damit Kampf gegen deutsche Truppen oder Vermeidung des Kriegsdienstes durch Flucht oder im Versteck - das war für viele die Alternative.
Im Norden und Nordosten des Landes wählte mancher den Weg in die Steiermark, nach Ungarn oder Rumänien, andere verbargen sich bis zum Eintreffen deutscher Soldaten. Sich dem jugoslawischen Militärdienst zu entziehen, hatte auch eine vom OKW der "Volksdeutschen Mittelstelle" (VOMI) übermittelte "Führerweisung" gefordert, deren Inhalt über die Volksgruppe bekannt gemacht werden sollte.
Darin hieß es, "der Führer (hat) entschieden, daß sich die Betreffenden dem Stellungsbefehl entziehen und verstecken sollen ...". Dennoch wurde eine nicht genauer zu bestimmende Zahl von Jugoslawiendeutschen, zweifellos die Mehrheit der Dienstpflichtigen, eingezogen; sie gingen häufig nach der ersten Feindberührung, ähnlich wie kroatische Einheiten, zu den deutschen Truppen über und wurden alsbald wieder nach kurzer Gefangenschaft entlassen.
Inmitten der überhitzten Atmosphäre dieser ersten Apriltage wurden die verantwortlichen Männer der volksdeutschen Gemeinden und der Volksgruppenleitung in tragische Verhängnisse verstrickt, in denen es für sie zu einem fast unlösbaren Problem wurde, die richtigen Grundsätze für ihr Verhalten zu finden. Wenn es dabei zu Entscheidungen kam, in denen das Bedürfnis nach Selbstschutz und sogar eigener Aktion die Loyalitätsverpflichtung gegenüber dem jugoslawischen Staat überwog, so war diese Handlungsweise in starkem Maße von der nahezu unerträglich gespannten Situation und der sicher nicht ganz unberechtigten Furcht vor Ausschreitungen gegen Deutsche diktiert.
Für die deutschen Geiseln, die an vielen Orten in Haft genommen und meist nach Peterwardein gebracht worden waren, war unmittelbare Gefahr für Leib und Leben heraufbeschworen. In manchen Orten der Batschka und im Banat, auch in Slawonien und Bosnien wurden daher bewaffnete Streifen gebildet, die häufig von den Mitgliedern der halbmilitärischen "Deutschen Mannschaft" gestellt wurden, sich dann aber nicht auf den Schutz der Volksdeutschen beschränkten.
In Neusatz, wo sich Dr. Janko mit seinen Mitarbeitern im Habag-Haus (Haus-Bau-AG) versammelt und verbarrikadiert und nach Verhandlungen die Aufstellung einer Deutschen Bürgerwache von 150 Mann erreicht hatte, gab das Erscheinen deutscher Truppen am anderen Donauufer und die Sprengung der beiden Brücken "das Zeichen, nun vollends frei in Aktion zu treten".
Die inzwischen mit Gewehren bewaffnete Wachmannschaft besetzte das Postgebäude, den Bahnhof, das Kraftwerk und begann mit der Entwaffnung serbischer Truppenteile; die deutschen Geiseln wurden von einem Stoßtrupp befreit. Während im Habag-Haus Waffentransporte eintrafen, so daß dort "etwa 1.000 Gewehre, etwa 30 LMG, 15 SMG, 3 PAK, etwa 60.000 Schuß Infanteriemunition, große Mengen Handgranaten usw." gestapelt werden mußten, wurden zwei serbische Regimenter zur Waffenniederlegung überredet.
In Esseg beim Kampf um die Hauptpost und bei der Verteidigung der beiden großen Draubrücken, in der Gottschee, in Marburg (Drau), Vukovar, Ruma, Beschka, Indjija, Neu-Pasua und Franztal griffen bewaffnete Einsatztrupps der "Deutschen Mannschaft" im Rücken der

Front ein und nutzten die Auflösungserscheinungen unter den zurückflutenden Truppen aus. Eine wertvolle Unterstützung für die deutschen Angriffsspitzen bedeutete die Besetzung des mit neuen Messerschmittjägern ausgerüsteten großen Militärflughafens Semlin bei Belgrad durch eine Gruppe von Volksdeutschen.
Es kann nicht verwundern, daß in den Tagen des jugoslawischen Zusammenbruchs, bei der Panik und Hysterie der Militäreinheiten und der Zivilbevölkerung in den Kampfgebieten, die Nachrichten über solche Vorgänge und die Zusammenstöße vieler serbischer Soldaten mit der "Deutschen Mannschaft" und dem Ortsschutz der Dörfer die sicherlich irrige Vorstellung genährt haben, es mit der wohlüberlegten Tätigkeit einer deutschen "5. Kolonne" zu tun zu haben. Ihr wurde die katastrophale Niederlage zum guten Teil zugeschrieben, was historisch indessen keineswegs zutrifft.
Auf der anderen Seite muß festgehalten werden, daß sich das vielerorts ungestörte gute Verhältnis zwischen den Deutschen und Andersnationalen auch in der Krise des Aprils 1941 und später bewährte. Nach dem Einzug der Ungarn in Neusatz suchten und fanden Serben aus der Stadt und auch aus den Landgemeinden Schutz im Habag-Haus. Auch später noch wurde von den Deutschen im Banat und in der Batschka zahlreichen Serben gegen die Ungarn und Kroaten Hilfe gewährt, gleich, ob es sich um exponierte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens oder um bäuerliche Nachbarn handelte.
In Syrmien und in Kroatien gefährdeten Deutsche ihr Leben, da sie sich für verfolgte Serben einsetzten; so wurde z.B. der Bezirksvorsteher von Alt-Pasua, Rometsch, aus Rache dafür erschossen, daß er kroatische Ustaschi ausweisen ließ, die Serben abführen wollten. Auch die deutschen Geistlichen suchten oft unter Lebensgefahr ihre orthodoxen Amtsbrüder zu schützen. Bis in die Nachkriegsjahre hat in zahllosen Fällen diese enge Verbindung mit Andersnationalen die Leidenschaften und Gegensätze des Krieges überdauert.
Die militärische Niederlage Jugoslawiens gab den Achsenmächten, denen sich nach Kriegsausbruch Ungarn und Bulgarien angeschlossen hatten, Spielraum zur Zerschlagung des südslawischen Königreichs, wobei ihnen die starken innerstaatlichen Spannungen zweifellos weit entgegenkamen.
Der Leiter der nationalrevolutionären, halbfaschistischen kroatischen Ustascha-Bewegung, Dr. Ante Pavelić, ließ am 10. April durch den ehemaligen k. u. k. Obersten E. Kvaternik einige Stunden vor der Ankunft deutscher Verbände den "Unabhängigen Staat Kroatien" ausrufen; Pavelić übernahm als "Poglavnik" (Staatsführer) die autoritäre Regierung des von Deutschland und Italien als Bündnispartner anerkannten Nachfolgestaates. In den Wiener Verhandlungen vom 20. bis 22. April 1941 wurden dann die Annexionen der einzelnen Mächte festgelegt.
Das Reich erhielt vom nördlichen Slowenien die Oberkrain und die früheren Kärnter und steirischen Gebiete der Donaumonarchie, während Italien außer der Unterkrain die dalmatinischen Inseln und ausgedehnte Streifen der Adriaküste aus der jugoslawischen Konkursmasse gewann, sich dazu eine südlich von Agram, Banja Luka und Sarajewo liegende Besatzungszone zuweisen ließ und den - dann niemals amtierenden - kroatischen König Tomislav II. mit Herzog Aimone von Spoleto zu stellen beanspruchte. Ungarn gliederte sich die Murgebiete und die westliche Woiwodina an, Bulgarien das serbische Mazedonien.
Ein Streifen Westmazedoniens wurde zu dem mit Italien in Personalunion verbundenen Großalbanien geschlagen. In Cetinje proklamierte eine "Konstituierende Nationalversammlung" am 12. Juni 1941 die Unabhängigkeit eines ebenfalls eng mit Italien liierten Montenegro. Allen großserbischen Tendenzen war durch diese Abtrennungen die Basis entzogen, so daß für den ungefähr mit Altserbien übereinstimmenden Reststaat Serbien, in dem nach dem Zwischenspiel einer provisorischen Regierung der General Nedić die Geschäfte übernahm (29. August 1941), nur die Rolle eines abhängigen Satelliten der Achsenpartner blieb.

Das von Rumänien beanspruchte Westbanat, das Hitler indessen für später auch noch Ungarn zugesichert hatte, unterstand Serbien der Verwaltung und Kontrolle des deutschen "Militärbefehlshabers Serbien". In neun verschiedenen Zonen also: teils annektierten oder von Militärs verwalteten Gebieten, teils Staaten im Genuß einer Pseudounabhängigkeit, spielte sich bis 1944/45 das politische Leben Jugoslawiens ab.
Die Volksdeutschen Südslawiens hatten im Norden Sloweniens den erstrebten Anschluß an das Reich gewonnen. In den Wiener Vereinbarungen war die neue deutsch-italienische Grenze, in nordwestlich-südöstlicher Richtung durch Slowenien verlaufend, festgelegt worden. Der deutsch-kroatische Vertrag vom 13. Mai 194l folgte den ehemaligen Kronlandgrenzen. Die Sloweniendeutschen unterstanden damit bis Kriegsende der Hoheit und den Gesetzen des Reiches, wenn sie auch formell nie eingegliedert wurden.
Der neugewonnene Teil Kärntens und der Krain wurde dem Gau Kärnten, der größere steiermärkische Teil dem Gau Steiermark unter Gauleiter und Reichsstatthalter Uiberreither angeschlossen, der dort als Chef der Zivilverwaltung amtierte, während diese Funktion in Kärnten-Krain der stellvertretende Gauleiter von Kärnten, Kutschera, ausübte. –
Südlich von Laibach unterstanden die Jugoslawiendeutschen italienischer, ihre Mehrheit in der Batschka und Baranja ungarischer Oberhoheit; Ungarn zählte daher nach 1941 mit ca. 1,2 Millionen die größte deutsche Minderheit in Südosteuropa.
Im "Unabhängigen Staat Kroatien" sollte die deutsche Volksgruppe sehr bald eine eigene Rechtsstellung gewinnen, während die deutsche Minderheit im Banat eine eigene Volksgruppe unter der Leitung Dr. Jankos bildete; ihr wie dem Streudeutschtum Serbiens wurde die Protektion der deutschen Militäradministration zuteil. Spätestens seit dem Hochsommer 1941 waren die Jugoslawiendeutschen außerhalb der Batschka und Baranja unmittelbar und ohne Einschränkung von reichsdeutschen Direktiven abhängig.<<
Der deutsche Historiker Gerhard Hümmelchen schreibt später über den "Balkanfeldzug" (x051/57-58): >>Balkanfeldzug, zusammenfassende Bezeichnung für die Operationen der deutschen Wehrmacht gegen Jugoslawien und Griechenland vom 6.4.41 bis 1.6.41.
Seit dem italienischen Angriff auf Griechenland von Albanien aus am 28.10.40 war der Balkan Kriegsgebiet. Nach italienischen Anfangserfolgen waren die Griechen zum Gegenangriff angetreten und tief ins italienische Albanien eingedrungen. Zur Abwendung einer Niederlage des Verbündeten ordnete Hitler die Planung deutscher Hilfe (Weisung Nr. 18 vom 20.11.40) und eines Angriffs auf Griechenland an (Weisung Nr. 20 für das Unternehmen "Marita" vom 13. 12.).
Als Reaktion für den dazu erforderlichen deutschen Aufmarsch in Bulgarien landete Großbritannien bis zum 24.4.41 ca. 58.000 Mann in Griechenland.
Fast zur selben Zeit stürzte ein Staatsstreich in Jugoslawien die deutsch-freundliche Regierung des Prinzen Paul, so daß sich Hitler entschloß, "Jugoslawien militärisch und als Staatsgebilde zu zerschlagen" (Weisung Nr. 25).
Zum Balkanfeldzug traten am 6.4.41 acht deutsche Divisionen gegen Griechenland und 15 gegen Jugoslawien an, unterstützt von 780 Flugzeugen. Nach Durchbrechen der griechischen Metaxas-Linie erreichten deutsche Panzer am 9.4. Saloniki. Die Bedrohung von Norden zwang die Griechen zum Abzug aus Albanien. Inzwischen wurden die 32 jugoslawischen Divisionen zerschlagen oder lösten sich auf, so daß am 17.4. General Kalafatovic die jugoslawische Kapitulation unterzeichnen mußte.
Am gleichen Tag genehmigte das britische Oberkommando die Räumung Griechenlands, drei Tage später kapitulierte die griechische Epirus-Armee. Am 27.4. fuhren deutsche Panzer in Athen ein und am 30.4. war die deutsche Besetzung des griechischen Festlandes inklusive Peloponnes abgeschlossen.
344.000 jugoslawische, 218.000 griechische und 10.682 britische Soldaten gerieten in deut-

sche Gefangenschaft. Die deutschen Verluste betrugen 2.559 Tote, 3.169 Vermißte und 5.820 Verwundete; die Luftwaffe verlor 158, die Royal Air Force 209 Maschinen.
Als letzte griechische Bastion blieb Kreta, verteidigt von 31.000 Briten und 10.258 Griechen. Die Wehrmacht stellte zur Eroberung das XI. Fliegerkorps (General Student) mit einer Fallschirmjäger- und einer Gebirgsdivision bereit, die vom 20.5.41 an auf Kreta abgesetzt wurden, dazu Seetransportgruppen, die durch die britische Flotte schwere Verluste erlitten. Nach sieben Tagen gaben die Verteidiger auf und räumten die Insel bis 1.6.
Insgesamt verloren die Engländer 15.743 Mann und 2.011 Marinesoldaten, 10.700 britische Soldaten und 5.000 Griechen gingen in Gefangenschaft. Die schweren Opfer auf deutscher Seite (6.580 Mann, davon 3.250 Tote und Vermißte) führten zum Verzicht auf künftige Luftlandeunternehmen.
Der Balkanfeldzug hatte zudem den längst geplanten Rußlandfeldzug um mehrere Wochen und damit vielleicht kriegsentscheidend verzögert.<<

13.04.1941

Japan: Um Handlungsfreiheit gegenüber Nordamerika und für den Krieg gegen China zu erhalten, schließt Japan trotz der deutsch-japanischen Bündnisvereinbarungen am 13. April 1941 einen Neutralitätspakt mit der UdSSR (x040/68).
Dieser geheime sowjetisch-japanische Nichtangriffspakt gibt Stalin die nötige Rückendeckung und entscheidet wahrscheinlich den deutsch-sowjetischen Ostkrieg im Winter 1941/42.
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die japanischen Bündnisvereinbarungen von 1936 bis 1941 (x068/239-240): >>… Japan hatte 1936 den Antikominternpakt mit Deutschland unterzeichnet und am 27. September 1940 den Dreimächtepakt mit Deutschland und Italien. Andererseits schloß es aber auch am 13. April 1941 einen vierjährigen Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion und erstrebte ernsthaft, wenn auch erfolglos, eine Verbesserung seiner Beziehungen zu den USA. Diese reizten jedoch die Japaner immer mehr.
Am 26. September 1940 verhängt Roosevelt ein Embargo über die Ausfuhr von hochwertigem Schrott und Stahl. Davon ist Großbritannien ausgenommen, Japan aber besonders schwer getroffen. Am 5. November 1940 wird Roosevelt zum dritten Mal zum Präsidenten gewählt - was ohne Krieg kaum der Fall gewesen wäre. Und schon in seiner ersten Amtswoche spricht man im Kabinett über die Möglichkeiten eines Krieges mit Japan.
Natürlich wollte Roosevelt, ohnedies als "Internationalist" und "Wilsonianer" bekannt, in den isolationistisch gestimmten Staaten nicht als Kriegstreiber erscheinen. So geht er zunächst mit einer "Politik der Nadelstiche" vor, stellt er kaum annehmbare Bedingungen. Er fordert nicht nur eine Anerkennung der Politik der "Offenen Tür", sondern verlangt auch Japans völligen Verzicht auf China.
Derart verschärfen sich die Spannungen. Und als Japan am 24. Juli 1941 Indochina besetzt, werden in den USA zwei Tage darauf - es ist das Ende des japanisch-amerikanischen Handels - alle japanischen Vermögenswerte eingefroren, werden am selben Tag die bewaffneten Streitkräfte der Philippinen den USA unterstellt. Auch errichtet man unter dem reaktivierten General Douglas Mac Arthur ein Oberkommando für den Fernen Osten.
Die japanische Regierung möchte einlenken, ja, Fürst Konoye bietet Roosevelt eine Preisgabe des Dreimächtepaktes an - vergeblich. Ebenso enden Verhandlungen, die der Kronrat unter der neuen Regierung des Generals Hideki Tojo am 5. November beschließt, ergebnislos. Die USA stellen am 26. November zehn so radikale Gegenforderungen, daß Japan all seine bisherigen Erfolge aufgeben müßte. …<<

16.04.1941

Japan: Am 16. April 1941 beginnen japanisch-nordamerikanische Verhandlungen.
Die verbündete NS-Regierung wird über diese Geheimverhandlungen nicht informiert (x041/-

110).

17.04.1941

Jugoslawien: Die jugoslawischen Truppen kapitulieren am 17. April 1941.

Etwa 344.000 jugoslawische Soldaten geraten in deutsche Kriegsgefangenschaft (x040/69). König Peter II., Simovic und andere jugoslawische Regierungsmitglieder flüchten damals rechtzeitig nach London.

Nach der Niederlage muß Jugoslawien die Süd-Batschka und das Donau-Drau-Dreieck an die "Siegermacht" Ungarn abtreten. Kroatien überläßt Italien die dalmatischen Küstengebiete. In Serbien errichten die Deutschen ein Protektorat, während Montenegro italienisches Besatzungsgebiet wird, so daß 3 "jugoslawische Teilstaaten" entstehen.

Großbritannien: Bischof George Bell von Chichester schreibt am 17. April 1941 in einem Brief an die Londoner "Times" (x172/345): >>... Wenn Europa auch nur einen Funken Gesittung besitzt, was kann dann die nächtliche Bombardierung von Städten und den Terror gegen Nichtkombattanten rechtfertigen?

Wie wäre es, wenn die britische Regierung feierlich verspräche, nicht mehr nachts zu bombardieren, falls die deutsche Regierung die gleiche Zusage gäbe? Schon diese eine Einschränkung könnte der weltweit wachsenden Niedertracht und Hemmungslosigkeit Einhalt gebieten.<<

27.04.1941

Großbritannien: Der britische Premierminister Winston Churchill erklärt am 27. April 1941 während einer Rundfunkansprache (x172/352): >>... Im vergangenen Jahr haben wir durch unsere Einstellung und unser Verhalten die Menschen in den Vereinigten Staaten für uns gewonnen. Sie haben einen Großteil ihrer gewaltigen Industrie auf die Produktion der von uns benötigten Rüstungsgüter umgestellt. Sie haben uns sogar wertvolle Waffen aus ihren eigenen Beständen auf Dauer oder vorübergehend überlassen. ...

Es gibt fast 70 Millionen feindselige Hunnen – manche davon lassen sich kurieren, die anderen muß man massakrieren.<<

30.04.1941

Griechenland: Der Balkanfeldzug wird nach Besetzung des griechischen Festlandes am 30. April 1941 beendet (Kriegsgefangene: 223.000 Griechen und 21.900 Briten).

Die Verluste der deutschen Wehrmacht während des gesamten Balkanfeldzuges betragen 2.559 Tote, 3.169 Vermißte und 5.820 Verwundete (x040/70).

Der griechische König flieht nach Kreta und später nach Ägypten.

Die britischen Hilfsverbände flüchten unter großen Verlusten mit Schiffen. Die britische Flotte im Mittelmeer muß ebenfalls schwere Verluste hinnehmen.

Durch den Balkanfeldzug geht wertvolle Zeit verloren, die später beim deutsch-sowjetischen Ostkrieg fehlt. Der erbitterte jugoslawische Widerstand verzögert den deutschen Angriff gegen die UdSSR um mehrere Wochen. Diese Verzögerung wird sich im Ostkrieg 1941/42 verhängnisvoll auswirken. In Jugoslawien und Griechenland werden außerdem jahrelang starke deutsche Truppenverbände gebunden.

April 1941

Grönland: US-Truppen landen im April 1941 auf der dänischen Insel Grönland im Nordpolargebiet und lösen dort die britischen Truppen ab.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die fehlende Neutralität Roosevelts (x068/236-237): >>... Die ungeheuren deutschen Siege aber im Frühjahr und Sommer 1940, die Überrollung Hollands, Belgiens, Frankreichs, die Besetzung Dänemarks und Norwegens, die Erfolge der deutschen Kriegsmarine, die Monat für Monat 500.000 Tonnen der Royal Navy in den Atlantik bohrte, erlaubten es nunmehr Roosevelt, eine gigantische Aufrüstung in Angriff zu nehmen, ermöglichten ihm immer ge-

waltigere Kriegslieferungen an Großbritannien, was der Präsident aber nicht als Kriegs-, sondern als nationale Verteidigungspolitik verstand. Denn noch immer erschien erst 30 % der US-Bevölkerung eine Einmischung berechtigt.
Doch Roosevelt plante bereits, mit Milliardensummen die US-Flotte fast zu verdoppeln und den Bestand von nicht ganz 3.000, zum Teil veralteten Kriegsflugzeugen durch eine jährliche Produktion von 50.000 zu vergrößern. Ferner holte er im Juni 1940 zwei alte Scharfmacher der Republikaner in sein Kabinett, Henry L. Stimson als Kriegs- und Frank Knox als Marineminister. Und im September sah er durch ein Wehrpflichtgesetz die Ausbildung von 1,2 Millionen Mann und 800.000 Reservisten vor. Aber da er auch ein drittes Mal gewählt werden wollte, versicherte er, die USA keinesfalls in den Krieg zu führen.
Kaum aber war er wieder Präsident, kurbelte er weiter die Rüstungsproduktion an. Und obwohl Hitler wohlweislich alles vermied, Amerika einen Grund zum Kriegseintritt zu geben, steuerte Roosevelt voll darauf zu. Während er fort und fort die Öffentlichkeit belog, legten schon britisch-amerikanische Generalstabsbesprechungen das Vorgehen fest, lieferte er pausenlos Kriegsmaterial an England, erlaubte er schließlich auch die Reparatur englischer Schiffe auf US-Werften, befahl er im April 1941 die Besetzung Grönlands, um die dort stationierten britischen Truppen abzulösen.
Dem kommunistischen Rußland, das im Land des Hochkapitalismus noch begreiflich wenig Sympathien genoß, gab er Anfang August großzügige Hilfsversprechen, hatte auch schon die Vermögenswerte der Achsenmächte in den USA "eingefroren" und deren Konsulate geschlossen. Kurz, von Neutralität war längst keine Rede mehr, das Neutralitätsgesetz ein purer Hohn, eine Karikatur, so sehr, daß selbst Churchill - freilich erst 1949 - gestand, die deutsche Regierung sei zur Kriegserklärung durchaus berechtigt gewesen.<<

02.05.1941

NS-Regime: Während der Planung und Vorbereitung des deutsch-sowjetischen Krieges entwickelt das NS-Regime gezielte Hungerstrategien.
Hermann Göring kalkuliert z.B. am 2. Mai 1941 mit dem Hungertod von mehreren Millionen Sowjetbürgern (x085/131): >>... (Wir rechnen in Rußland mit dem) größte Hungersterben seit dem Dreißigjährigen Krieg.<<

Hitlers Kriegsziele in Osteuropa

Fast alle deutschen Soldaten glaubten zunächst daran, für eine gerechte und vernünftige Sache zu kämpfen. Die deutsche Wehrmacht erhielt damals offiziell den Befehl, die jahrhundertelange Bedrohung der deutschen Ostgebiete zu beenden und gleichzeitig sollten alle unterdrückten osteuropäischen Völker von der bolschewistischen Gewaltherrschaft befreit werden. Die große Mehrheit der Landser war damals felsenfest davon überzeugt, einen "gerechten Kreuzzug" gegen den Kommunismus zu führen.
Hitler beabsichtigte jedoch nie, die geknechteten sowjetischen Völker vom Stalinismus zu befreien und dachte überhaupt nicht daran, den unterdrückten Osteuropäern zu helfen oder sie als gleichberechtigte Partner anzuerkennen. Der Rußlandfeldzug sollte nach Hitlers Plänen keine "normale" militärische Auseinandersetzung werden, denn Hitler wollte die Sowjetunion vollständig vernichten.
Der unsinnige Versuch des NS-Regimes, weiteren Lebensraum im Osten zu erobern, führte später tatsächlich zu mörderischen Hunger- und Vernichtungsschlachten. In Stalingrad, Leningrad und in vielen anderen sowjetischen Städten verursachte Hitlers Vernichtungsstrategie unendliches Leid.
Im Herbst 1941 erteilte Hitler den Befehl, die sowjetischen Großstädte Moskau und Leningrad (Sankt Petersburg) zu vernichten.
Moskau soll vollständig verschwinden und dem Erdboden gleich gemacht werden (x113/114): >>Ich werde ein Staubecken dort anlegen. ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den "Generalplan Ost" (x051/-208-209): >>Generalplan Ost, Titel einer Denkschrift der Hauptabteilung Planung (Professor Meyer-Hetling) beim Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums über "rechtliche, wirtschaftliche und räumliche Grundlagen des Ostaufbaus"; von Himmler in Auftrag gegeben und am 12.6.42 abgezeichnet.
Mitgearbeitet hatten auch Rosenbergs Ministerium für die besetzten Ostgebiete und das Rassenpolitische Amt der NSDAP, so daß der Generalplan Ost als offizielles Programm der nationalsozialistischen Eroberungs- und Besatzungspolitik angesehen werden kann: Danach sollten in den ersten 25 Jahren nach Kriegsende 31 Millionen Einwohner Polens, des Baltikums und der sowjetischen Westgebiete nach Sibirien abgedrängt und dezimiert werden, während die verbleibenden 14 Millionen, vor allem "eindeutschungsfähige" Balten und Ukrainer "nordischer oder dinarischer Rassenzugehörigkeit", mithelfen würden, die deutsche "Volkstumsgrenze" tausend Kilometer nach Osten zu verlegen.
Sie waren als Arbeitssklaven für die Siedler gedacht, die aus dem Reich, volksdeutschen Gebieten in Südtirol, Rumänien oder Ungarn, aus Skandinavien, Holland und England in den Osten gehen und die eigentliche "Germanisierung" vollenden sollten.
36 Siedlungsschwerpunkte mit 20.000 Einwohnern, umgeben von einem Kranz von Dörfern, waren als Netz zur Erschließung und Kontrolle der neuen Marken geplant: "Ingermanland" um Leningrad, "Gotengau" mit der Krim, Memel-Narew-Gebiet, Generalgouvernement u.a.
Der Generalplan Ost, begründet mit einstiger germanischer Besiedlung der vorgesehenen Gebiete, sollte die "geopolitische Windrichtung" nach Osten umkehren und Hitlers Lebensraumforderungen aus "Mein Kampf" erfüllen. Ein Lebensrecht für die "slawischen Untermenschen" war in diesem rassistischen Konzept nicht vorgesehen. Auch wenn wegen der wechselnden Kriegslage seine Verwirklichung über schmale Anfänge nicht hinauskam, prägte es doch die deutschen Besatzungspraktiken in den Reichskommissariaten Ostland und Ukraine und ließ die anfängliche Begeisterung der Bevölkerung für die Wehrmacht rasch in unversöhnlichen Haß gegen die Besatzer umschlagen.<<
Irak: Die britische Luftwaffe greift am 2. Mai 1941 die irakischen Truppen an. Die irakische Luftwaffe bombardiert daraufhin den britischen Stützpunkt im Westirak.

05.05.1941

UdSSR: Der deutsche Journalist und Geheimagent Richard Sorge (1895-1944, in Japan hingerichtet) informiert die Sowjets Anfang Mai 1941 über die deutschen Angriffsvorbereitungen gegen die Sowjetunion.
Sorge (seit 1919 Mitglied der KPD, geht 1924 nach Moskau und wird später als sowjetischer "Kundschafter" in China, Japan und in anderen Ländern eingesetzt, wo er wertvolle bzw. kriegsentscheidende Informationen für die Sowjetunion beschafft) verschätzt sich bei dem voraussichtlichen deutschen Angriffstermin (20. statt 22. Juni 1941) nur um 2 Tage (x030/-327).
Stalin verlangt am 5. Mai 1941 die Ausarbeitung einer Weisung über die "Aufgaben der politischen Propaganda in der Roten Armee in der nächsten Zeit" (x046/68-69): >>... Die neuen Bedingungen, unter denen das Land lebt, die jetzige internationale Lage, die voller unerwarteter Möglichkeiten ist, erfordern eine revolutionäre Entschlußkraft und die ständige Bereitschaft, zu einem zerschmetternden Angriff auf den Feind überzugehen. ...
Alle Formen der Propaganda, der Agitation, sind auf ein einziges Ziel zu richten – auf die politische, moralische und kämpferische Vorbereitung des Personalbestandes auf die Führung eines gerechten offensiven und alles zerschmetternden Krieges. ...
Der Personalbestand ist im Geiste des aktiven Hasses auf den Feind zu erziehen und zu dem Streben, den Kampf mit ihm aufzunehmen, zur Bereitschaft, unser Vaterland auf dem Territorium des Feindes zu verteidigen und ihm einen tödlichen Schlag zu versetzen. ...<<

Josef Stalin erklärt am 5. Mai 1941 (x353/20): >>… Bei meinen jährlichen Besuchen stellte ich erstaunt und amüsiert fest, wie die Feindschaft gegen Deutschland wuchs. Meine englischen Freunde zögerten nicht, mir ... zu erklären, daß es nötig sei, Deutschland zu zerstören oder Großbritannien würde seine wirtschaftliche Vormachtstellung auf den Weltmärkten verlieren. … jetzt muß man von der Verteidigung zum Angriff übergehen.<<

Der freischaffende sowjetische Journalist Woldemar Weber berichtet im Jahre 1992 über das Verhalten der Roten Armee und Stalins Kriegspläne (x037/105-106): >>... Es gab kritische Artikel über den russischen Soldaten als Befreier ... Die Sensation, die am 6., 7. Januar (1992) in der Zeitung stand, ... die hat niemanden in Erstaunen versetzt. ... Man hat ein Papier veröffentlicht, aus dem hervorgeht, daß Stalin den Angriff auf Deutschland auf den 2. Juli terminiert hatte. Gut, Hitler hat vorher angefangen. Dem Text nach ist alles beim alten, die Deutschen haben die Sowjetunion überfallen. Aber zweifeln Sie daran, daß Stalin gezögert hätte, wenn er als Sieger hätte hervorgehen können?

Sie begreifen nicht mehr, was sie hören. es wundert sie nichts mehr. ...<<

Der deutsche Historiker Werner Maser ("Der Wortbruch") weist später anhand von geheimen sowjetischen Dokumenten nach, wie akribisch und synchron die beiden Diktatoren Hitler und Stalin in jener Zeit die gegenseitige Vernichtung planen und vollstrecken. Aufgrund dieser geheimen sowjetischen Dokumente kommt Hitlers "Fall Barbarossa" Stalins "Operation Gewitter" nur einige Tage zuvor.

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über Stalins Kriegspläne (x046/34-43): >>Stalin hielt eine Auseinandersetzung mit Deutschland seit Frühjahr 1940 für unvermeidlich, und im Bewußtsein der wachsenden Stärke der Roten Armee und der sich verschlechternden Lage des Reiches nahm er die Ausmusterung der Absolventen der Militärakademien am 5. Mai 1941 zum Anlaß, um vor der Führung der Armee und einem breiten militärischen Auditorium zu verkünden, daß angesichts der inzwischen erreichten Überlegenheit der Sowjetarmee nunmehr der Zeitpunkt gekommen sei, um, so wörtlich "von der Verteidigung zur Kriegspolitik von Angriffsoperationen überzugehen".

Welche Bedeutung diese Rede Stalins für die von ihm gehegten aggressiven Absichten zukommt, geht allein schon aus der Tatsache hervor, daß seine Worte der Öffentlichkeit entgegen sonstigen Geflogenheiten vorenthalten wurden und der Text seiner Rede in zentralen Parteiarchiven verschwand. Stalinistische Desinformatoren wie der berüchtigte General Golikov und der Journalist Bezymenskij hatten frühzeitig irreführende Versionen in Umlauf gesetzt, die Eingang besonders in der westdeutschen Geschichtsschreibung fanden und hier als Beweis für die angeblich friedfertigen Absichten Stalins herhalten mußten.

Im Zuge der veränderten politischen Zustände in Rußland nach dem Ende der Sowjetunion ließ sich freilich nicht verheimlichen, daß neben der jetzt im sogenannten Präsidentenarchiv verwahrten und weiterhin unzugänglichen Originalfassung der Rede Stalins eine Kurzfassung ... existiert, die dem Suchenden unter gewissen Voraussetzungen zugänglich ist.

… Es blieb dem Bonner Historiker Alexander Fischer vorbehalten, in einem Gedenkartikel der renommierten FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG, anläßlich der fünfzigsten Wiederkehr des Tages des Angriffs auf die Sowjetunion, die irreführende Version Bezymenskijs als letzte Erkenntnis einer in Bewegung geratenen Geschichtsschreibung in Rußland zu präsentieren. Kriegsgefangene sowjetische Offiziere hatten den Deutschen schon bald nach Kriegsbeginn ziemlich einhellig hierüber Aufschluß gegeben.

… Der erste bekannte Hinweis auf den Inhalt der Stalinrede findet sich in den Akten am 15. Juli 1941, als der Kommandeur der 53. Schützendivision, Oberst Bartenev, berichtete, Stalin habe auf einem Bankett im Kreml den Toast eines Generalmajors auf die Friedenspolitik sofort zurückgewiesen und erwidert: "Nein, Kriegspolitik!" Sechs junge Offiziere verschiedener Divisionen sagten am 20. Juli 1941 übereinstimmend aus: "Bei der Entlassung der General-

stabsoffiziere aus der Kriegsschule im Mai dieses Jahres sagte Stalin u.a.: 'Ob Deutschland will oder nicht, der Krieg mit Deutschland kommt'." …
Der allgemein wohlunterrichtete Oberbefehlshaber der 32. Armee gab die "kurz vor Beginn des Krieges, gelegentlich eines Empfanges der Absolventen der Kriegsakademie" von Stalin gehaltene Rede im Oktober 1941 in der Weise wieder, daß dieser die große technische Überlegenheit der Roten Armee über die "sogenannt unbesiegbare deutsche Wehrmacht" hervorgehoben und erklärt habe, "es sei eine falsche Ansicht, die deutsche Armee für unbesiegbar zu halten. Indirekt ging aus Stalins Worten hervor, daß ein Angriff auf Deutschland geplant war".
Sehr genau erinnerte sich zudem einer der Absolventen, Oberleutnant Kurilskij, noch am 24. März 1942 der am 5.5. 18.00 Uhr im Sitzungssaal des Obersten Sowjet im Kreml, Moskau, vor den Absolventen der Kriegsakademien gehaltenen Stalinrede.
Demnach habe Stalin gesagt: "Die deutsche Wehrmacht ist nicht unbesiegbar. Sowjet-Rußland hat bessere Panzer, Flugzeuge und Artillerie als Deutschland und in größerer Zahl. Darum werden wir früher oder später gegen die deutsche Wehrmacht kämpfen."…
Die Kernpunkte der Stalinrede vom 5. Mai 1941 finden eine Bestätigung auch in Unterredungen, die Botschaftsrat Gustav Hilger am 18. Januar 1943 mit dem Oberbefehlshaber der 3. Gardearmee, Generalmajor Krupennikov, und am 22. Juli 1943 mit dem Artilleriekommandeur der 30. Armee, Generalleutnant Masanov, führte. Krupennik, der ebenso wie Masanov an der Veranstaltung im Kreml selbst nicht teilgenommen hatte, meinte zwar, "daß Stalin zu vorsichtig sei, um seine Pläne so offen zu verraten", erklärte aber mit Bestimmtheit, "daß Stalin sich auf einen Krieg mit Deutschland seit Jahren systematisch vorbereitet habe und ihn unter einem geeigneten Vorwand spätestens im Frühjahr 1942 entfacht hätte. ...
Das Endziel Stalins sei die Erringung der Weltherrschaft mit Hilfe der alten bolschewistischen Schlagworte von der Befreiung der Werktätigen".
Masanov dagegen zeigte sich, wie Hilger schreibt, "über die Rede Stalins auf dem Bankett im Kreml am 5.5.1941 genau unterrichtet. Obwohl er selbst bei der Veranstaltung nicht anwesend war, zitierte er den Ausspruch Stalins über die Notwendigkeit, sich auf einen Angriffskrieg vorzubereiten, fast wörtlich und brachte anschließend die eigene Überzeugung zum Ausdruck, daß Stalin den Krieg gegen Deutschland im Herbst 1941 entfacht hätte".
Die Deutschen waren also recht bald im Bilde. Und bereits am 18. Oktober 1941 richtete der Chef der Abteilung Fremde Heere Ost im Generalstab des Heeres, Oberst i.G. Gehlen, an den Vertreter des Auswärtigen Amtes beim Oberkommando des Heeres, Rittmeister d.R. von Etzdorf, ein Schreiben, dem er die "voneinander unabhängig verfaßten Berichte" dreier kriegsgefangener sowjetischer Offiziere beifügte, die "übereinstimmend" zum Ausdruck brachten, daß Stalin am 5. Mai 1941 auf einem Bankett im Kreml "Kriegsdrohungen gegen Deutschland ausgestoßen" hatte. Gehlen faßte den Inhalt dieser Berichte in folgender Weise zusammen:
1.) Aufruf, sich zum Krieg gegen Deutschland bereitzuhalten.
2.) Ausführungen über Kriegsvorbereitungen der Roten Armee.
3.) Die Ära der Friedenspolitik der Sowjetunion ist vorüber. Ausdehnung der Sowjetunion mit Waffengewalt nach Westen ist nunmehr notwendig. Es lebe die aktive Angriffspolitik des Sowjetstaates!
4.) Der Kriegsbeginn steht in nicht allzu ferner Zeit bevor.
5.) Ausführungen über die großen Siegesaussichten der Sowjetunion im Krieg gegen Deutschland."
Gehlen fügte hinzu: "Einer der drei Berichte enthielt die bemerkenswerte Äußerung, daß der mit Deutschland bestehende Friedensvertrag 'nur eine Täuschung und ein Vorhang sei, hinter dem man offen arbeiten könne'."
Oberst i.G. Gehlen nahm Bezug auf Äußerungen gefangengenommener Sowjetoffiziere in einer anderen Quelle, nach denen Stalin im Mai 1941 Pläne gegen Deutschland geschmiedet

und einem Kreise von Offizieren gegenüber geäußert habe, jetzt oder nie sei die Gelegenheit, den Kapitalismus zu liquidieren, der Hauptgegner in diesem Kampf werde Deutschland sein.
Der alarmierende Inhalt der Stalinrede ist durch Veröffentlichungen des Botschaftsrates Hilger und des britischen Korrespondenten in Moskau Alexander Werth in den Jahren nach dem Kriege aber längst auch einem breiteren Publikum bekanntgeworden. …
Hilger hatte drei in Gefangenschaft geratene höhere sowjetische Offiziere, Teilnehmer an der Veranstaltung im Kreml, befragt, die in ihren Schilderungen fast wörtlich übereinstimmten, obwohl sie keine Gelegenheit gehabt hatten, sich miteinander zu verständigen. ...
Nach den Informationen, die Werth nach Kriegsausbruch zugespielt worden waren, habe Stalin erklärt, es sei notwendig, den Krieg mit Deutschland bis zum Herbst hinauszuzögern, weil es für einen deutschen Angriff dann zu spät sei. Der Krieg mit Deutschland werde aber 'fast unvermeidlich' 1942 stattfinden und zwar unter viel günstigeren Bedingungen. Je nach der internationalen Situation werde die Rote Armee "entweder einen deutschen Angriff erwarten, oder sie wird die Initiative zu ergreifen haben".
Ausdrücklich hob Werth hervor, alle seine Informationen hätten "in den Grundzügen und vor allem in einem der wichtigsten Punkte" übereingestimmt, in "Stalins Überzeugung, daß der Krieg fast unvermeidlich 1942 ausgefochten werde, wobei die Russen möglicherweise die Initiative zu ergreifen haben werden". Es wird zu zeigen sein, daß Stalin den Termin des Kriegsbeginnes von 1942 offenkundig auf das Jahr 1941 vorgezogen hatte.
Schließlich hat auch der Stalinbiograph, Generaloberst Professor Volkogonov, die Rede Stalins, die in 'Kriegsdrohungen gegen Deutschland' gipfelte, in treffenden Worten wiedergegeben. Nach Volkogonov war Stalin "aufrichtig wie sonst selten und sprach über vieles, was ein Staatsgeheimnis darstellte". Es war jedoch weniger Aufrichtigkeit als vielmehr der Alkohol, der seine Zunge gelöst hatte, nach dem russischen Sprichwort: 'Was einer betrunken auf der Zunge hat, das hat er nüchtern im Kopf.'
Denn wie Augenzeugen berichten, war er 'in vorgerückter Stunde' bereits stark alkoholisiert. Volkogonov faßte die Rede vom 5. Mai 1941 folgendermaßen zusammen: "Der Vozd' (Führer) machte unmißverständlich klar: Der Krieg ist in Zukunft unausweichlich. Man muß bereit sein zur bedingungslosen Zerschlagung des deutschen Faschismus". "Der Krieg wird auf dem Territorium des Gegners geführt und der Sieg mit geringen Opfern errungen werden."
Die Rede vom 5. Mai 1941, in der Stalin seine Angriffsabsichten offenbarte, bedeutete aber nur die Fortsetzung einer Rede des 'Genossen Stalin' vom 13. Januar 1941 vor höheren Truppenkommandeuren und einer weiteren Rede vom 8. Januar 1941 vor höheren Luftwaffenoffizieren, beide gehalten im Zentralkomitee, die schon ganz ähnliche Gedanken verraten hatten. Dem erbeuteten Tagebuch des bei Lochvica gefallenen Majors des NKVD Murat aus dem Stabe der 21. Armee lassen sich einige Kernpunkte entnehmen.
Demnach hatte Stalin von einem 'kultivierten Gegner', nach dem damaligen Sprachgebrauch der Führung der Roten Armee also von Deutschland, und von 'Angriffsoperationen' gesprochen, die beginnen könnten, wenn man eine zweifache Überlegenheit besitze. "Eine zweifache Überlegenheit ist Gesetz, eine stärkere noch besser", so Stalin am 13. Januar 1941: "Das Spiel nähert sich den kriegerischen Operationen.", "Wenn 5.000 Flugzeuge alles zerstören, dann kann man versuchen, über die Karpathen zu gehen."
Der Balkan stand im Frühjahr 1941 mehrfach im Mittelpunkt der sowjetischen Planungen. Und wie ungefähr man sich ein Vorgehen dachte, enthüllte bald darauf der sowjetische bevollmächtigte Vertreter in Belgrad**.** "Die UdSSR wird erst im entsprechenden Moment reagieren", so heißt es in einem Referat von ihm im Frühjahr 1941:
"Die Mächte verzetteln ihre Kräfte immer mehr. Daher wird die UdSSR unerwartet gegen Deutschland antreten. Hierbei überquert die UdSSR die Karpathen, was als Signal für die Revolution in Ungarn dient. Von Ungarn aus dringen die Sowjettruppen in Jugoslawien ein, sto-

ßen zum Adriatischen Meer vor und schneiden den Balkan und den Nahen Osten von Deutschland ab."
Stalin und die sowjetische Führung hatten in zunehmendem Maße Bericht erhalten über 'den Unwillen des deutschen Volkes, Krieg zu führen' ... "Wenn Deutschland sich in einen Krieg mit der UdSSR stürzt", so angeblich die deutschen Soldaten, "wird es geschlagen werden" ...
Generaloberst Volkogonov nimmt Bezug auf ein in Moskau damals verbreitetes Buch DER ERSTE SCHLAG (Pervyj udar) von Spanov, das die allgemein in der Sowjetunion herrschende Meinung wiedergab, daß nämlich "nach dem vernichtenden Schlag der Roten Armee gegen das faschistische Deutschland dort am zweiten Tag ein Aufstand gegen das Naziregime ausbrechen werde".
Es ist bezeichnend für die sowjetische Theorie, daß ein solcher 'vernichtender Schlag' nicht etwa einen deutschen Angriff voraussetzte, sondern jederzeit nach eigenem Belieben geführt werden konnte.
Das Akademiemitglied Varga, ein besonderer Protegé Stalins, erklärte in einer Rede vor der Militärpolitischen Akademie V. I. LENIN am 17. April 1941, daß, sobald aufgrund des Krieges eine 'revolutionäre Krise' eintrete, die 'bürgerliche Macht' geschwächt sei und das "Proletariat die Macht in seine Hände nimmt", "die Sowjetunion dann verpflichtet ist, und sie wird es tun, der proletarischen Revolution in anderen Ländern zu Hilfe zu kommen".
"Das sowjetische Volk vergißt nicht seine internationalen Verpflichtungen im Hinblick auf das Weltproletariat und alle Werktätigen der kapitalistischen Länder", hatte die SOVETSKAJA UKRAINA schon am 21. Januar 1941 verkündet. Das Streben, das 'Feuer der Weltrevolution' zu entfachen, verband sich hier, wie noch an anderer Stelle deutlich wird, mit dem sowjetischen Eroberungsdrang, der sich in das Propagandagewand eines revolutionären Befreiungskrieges hüllte. ...
Die von Stalin am 13. Januar 1941 geforderte mehrfache Überlegenheit war damit auf dem für Angriffsoperationen ausschlaggebenden Panzersektor eindeutig gegeben. Die Rote Armee verfügte über eine gewaltige Streitmacht gepanzerter Stoßkräfte, die sie zu weiträumigen Angriffsoperationen befähigte. Daß sich später, etwa hinsichtlich der Führung der mechanisierten Korps, Mängel ergaben, war für die vor dem 22. Juni 1941 getroffenen Entscheidungen unerheblich.
Ähnlich lagen die Verhältnisse auf dem Felde der Luftwaffe. "Wir haben", so Stalin, "in genügender Anzahl und produzieren massenweise Flugzeuge, die eine Geschwindigkeit von 600 - 650 Stundenkilometern erreichen. Das sind erstrangige Flugzeuge. Im Kriegsfall werden diese Flugzeuge in erster Linie eingesetzt." ...
Bezymenskij unterschlägt den wichtigsten Abschnitt der Veranstaltung im Kreml, der in der KRATKAJA ZAPIS' überliefert wird und der ein ungewöhnliches Vorkommnis darstellt. Als ein Generalmajor der Panzertruppen zu vorgerückter Stunde auf dem Bankett einen Toast auf die friedliche Stalinsche Außenpolitik ausbrachte, geschah etwas Unerwartetes. Stalin erhob sich zum dritten Mal, um den General seiner gutgemeinten Worte wegen zurechtzuweisen Beweis dafür, daß dieser die entscheidende Frage berührt hatte.
Stalin sagte: "Erlauben Sie mir eine Korrektur anzubringen. Die Friedenspolitik sicherte den Frieden unseres Landes, Friedenspolitik ist eine gute Sache. Wir führten bis jetzt, bis zur Gegenwart, die Linie der Verteidigung - bis jetzt, solange die Armee nicht mit neuzeitlichen Kampfmitteln ausgerüstet war. Aber jetzt, wo wir unsere Armee rekonstruiert haben, ... wo wir stark geworden sind, - jetzt ist es notwendig, von der Verteidigung zum Angriff überzugehen. ...
Es ist notwendig, unsere Erziehung, unsere Propaganda, unsere Presse auf den Angriffsgedanken hin umzustellen. Die Rote Armee ist eine neuzeitliche Armee, und eine neuzeitliche Armee ist eine Angriffsarmee."

Die von den obengenannten Offizieren aller Dienstgrade mitgeteilten Kriegsdrohungen Stalins gegen Deutschland am 5. Mai 1941 finden in der KRATKAJA ZAPIS' also einen unmißverständlichen Ausdruck, ebenso übrigens wie der Wille Stalins zur Durchführung eines Angriffskrieges. …
Wenn die westdeutsche Zeitgeschichtsschreibung immer argumentierte, es sei nirgendwo der politische Angriffswille Stalins nachweisbar, so sei darauf hingewiesen, daß es noch weitere Belege gibt.
Aleksandr Nekric, der in jüngster Zeit die persönlichen Papiere der engsten Vertrauten Stalins, von Kalinin, Zdanov, Scerbakov, Berija und anderer in Moskau studiert hatte, macht uns auf diese Beweise aufmerksam. Demnach hat im Politbüro niemals der geringste Zweifel darüber bestanden, daß die Sowjetunion zu einem geeigneten Zeitpunkt einen Angriffskrieg gegen Deutschland eröffnen werde. Das politische Ziel der Sowjetunion ist in diesen Kreisen in einer Reduzierung der 'kapitalistischen Welt' und in einer Ausdehnung der 'sozialistischen Zone' gesehen worden, die mit der Sowjetunion gleichgesetzt wurde. …<<
Der deutsche Militärhistoriker Franz Uhle-Wettler (1927-2018) berichtet später (im August 2001) in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 – 2001 (x853/...):
>>**Die Ursachen des Rußlandfeldzuges 1941**
Präventivkrieg oder unprovozierter Überfall?
Um übergroße Erwartungen zu dämpfen, sei einleitend begründet, warum die Frage nach den Ursachen des "Rußlandfeldzugs" wohl nahezu unbeantwortbar ist.
Der erste Grund wird deutlich, wenn wir, als Beispiel, nach den Ursachen des Zweiten Punischen Krieges suchen. Die Historiker sind sich noch nach 2.200 Jahren nicht einig, wer den Krieg gewollt hat: Hannibal, Karthago oder Rom. Fragen nach Kriegsursachen scheinen prinzipiell schwer beantwortbar zu sein.
Die zweite Schwierigkeit ergibt sich daraus, daß die Frage nach den Kriegsursachen 1939 und 1941 hochgradig emotionalisiert, moralisiert und politisiert ist. Hierzu brauchen wir nur betrachten, wie die ersten Veröffentlichungen behandelt wurden, die eine alleinige Schuld Deutschlands am Rußlandfeldzug "kritisch hinterfragten", was in anderen Bereichen als fortschrittlich gilt. Diese Schriften erschienen vor oder um 1985. Doch sogleich antwortete DIE ZEIT mit ganzseitigen Artikeln unter der Überschrift "Verteidigungslügen - Warum die Mär vom Präventivkrieg wiederbelebt wird". Das ist exakt der Ton der stalinschen sowie der hitlerschen Inquisition.
Die Wahrheit steht fest und ist mithin offenbar. Wer das Offenbare anzweifelt, kann nicht irren, sondern muß verstockt oder böse sein. Ein Historiker braucht sich mit den a priori verfehlten Argumenten nicht auseinanderzusetzen. Er braucht nur aufzudecken, "warum" der Autor die "Mär" und die "Lügen" wiederbelebt. Und natürlich verfällt der Bösewicht dem Gericht - er war Ketzer, unter Stalin Trotzkist, unter Hitler Volksschädling und heute Revisionist. Ketzer, Trotzkisten und Volksschädlinge bedrohte der physische, Revisionisten bedroht heute der bürgerliche Tod.
Der dritte und wichtigste Grund, warum die Frage nach den Kriegsursachen 1941 nahezu unbeantwortbar ist, ergibt sich aus dem Vergleich der Quellen für Urteile über die Ursachen des Ersten und des Zweiten Weltkrieges.
Zum Ersten Weltkrieg: Schon wenige Jahre nach dem Krieg hatten fast alle Hauptbeteiligten beider Seiten ihre Sicht in Memoiren geschildert. Zudem hatten alle Nationen vielbändige Aktenpublikationen auf den Weg gebracht. Und schließlich gab es noch lange die Möglichkeit, die Hauptakteure zu befragen. Die Quellenlage war also vorzüglich. Dennoch besteht auch heute keine Einigkeit, wo die Hauptursachen des Krieges lagen und wie sie zwischen den beteiligten Staaten verteilt waren.
Anders die Aktenlage für den deutsch-russischen Krieg. Die deutschen Hauptakteure haben

den Krieg nicht überlebt oder sie konnten sich nur im Angesicht des Nürnberger Galgens äußern - kein günstiger Ort für eine gelassene Darstellung. Es bleiben die deutschen Akten. Doch diese sind viele Jahre im Besitz der Sieger gewesen. Die damit verbundene Problematik wird nirgends angesprochen, also ist etwas Ausführlichkeit notwendig.
Nachweisbar ist, daß die Briten ihre eigenen Archive schon bei drittrangigen - drittrangigen! - Fragen gesäubert haben. So wurde nach dem Ersten Weltkrieg entfernt, was die beabsichtigte Hochbewertung des britischen Oberbefehlshabers in Frankreich, des Feldmarschalls Haig, behindert hätte.
Auch die Akten über die Tötung einer deutschen U-Bootbesatzung (Fall Baralong) und über die Erfindung deutscher Kriegsverbrechen in Belgien wurden gesäubert.
Die Aktenmanipulation wurde nach dem Zweiten Weltkrieg fortgesetzt. Wiederum nur als Beispiel: Akten wurden vernichtet, die geklärt hätten, wie es zur Auslieferung der Wlassow-Kosaken, zusätzlich des deutschen Rahmenpersonals und sogar jener uralten Weißrussen gekommen ist, die nie Untertan der Sowjetunion gewesen waren und längst eine andere Staatsangehörigkeit besaßen. Schließlich wurden viele derjenigen Akten vernichtet, die gezeigt hätten, weshalb die englische Regierung die Kontaktversuche des deutschen Widerstandes zurückgewiesen oder unbeantwortet gelassen hat.
Wenn die Briten so bei drittrangigen Fragen mit ihren eigenen Akten umgingen, ist die Frage berechtigt, wie sie mit den erbeuteten deutschen Akten umgingen, insbesondere dort, wo diese Akten erstrangige Fragen betrafen. In der Tat: Akten über die Ermordung deutscher Schiffbrüchiger im Zweiten Weltkrieg sind sogar nach Aussage des britischen Außenministeriums vernichtet worden. Die deutschen Dokumente über Kontaktversuche zu den Alliierten im Winter 1939/40 … gingen verloren, als sie nach dem Krieg in alliierter Hand waren. Allerdings "gingen" sie nicht verloren, weil sie keine Beine hatten. Jemand muß am Werk gewesen sein.
Noch wichtiger: Schon beim Nürnberger Prozeß soll die Anklage deutsche Dokumente vorgelegt haben, die nicht einmal die dortigen "Richter" als Beweisstück akzeptiert haben. Bei den Nürnberger Folgeprozessen wurde Generalarzt Professor Dr. Rose aufgrund gefälschter Dokumente verurteilt.
Weiterhin haben die Sieger bei Kriegsverbrecherprozessen deutsche Dokumente in höchst bemerkenswerter Weise selektiv verwendet und später nur selektiv zurückgegeben. Sogar das Militärgeschichtliche Forschungsamt der Bundeswehr - oft wegen politischer Korrektheit kritisiert - wirft dem Münchener Institut für Zeitgeschichte vor, eine von den Alliierten gefälschte Ansprache des Chefs des Generalstabes, Generaloberst Halder, als echt zu deklarieren.
Das berühmt-berüchtigte "Hoßbach-Protokoll" ist als das "most famous" und zugleich umstrittenste Dokument der NS-Zeit bezeichnet worden, weil Überlieferung und Zustand rätselhaft sind; Manipulation ist mindestens möglich.
Schließlich ist anzumerken, daß möglicherweise auch die französischen und die belgischen Archive gesäubert worden sind.
Bei allen diesen Aktionen ist wohl anzunehmen, daß nicht Sekretärinnen oder Amtsboten, sondern gewichtigere Kräfte mit gewichtigen Motiven am Werk gewesen sind - und niemand weiß, was sie sonst noch manipuliert haben.
Nebenbei: Wenn in einem Zivilprozeß die Akten der einen Partei jahrzehntelang im Besitz der Gegenpartei gewesen sind, wird vermutlich jeder Amtsrichter urteilen, es sei notwendig, den Zustand der Akten der benachteiligten Partei zu klären. Doch eine systematische Untersuchung des Schicksals der deutschen Akten auf Vollständigkeit und mögliche "Ergänzungen" ist im Klima der Bundesrepublik nahezu unvorstellbar. Für den Suchenden gibt es nur Zufallsfunde, die vermutlich das Ganze nicht aufdecken.
Zur sowjetischen Aktenlage: Es gibt einige Memoiren, meist von Generalen: Aber die Verfasser mußten im Sowjetregime wohl vorsichtig sein. Folglich beurteilen auch unverdächtige

Autoren die Behandlung politisch sensitiver Fragen sehr ungünstig. Die Archive waren bis 1991 geschlossen. Sie sind auch seitdem nur teilweise und nur zeitweise geöffnet worden; wichtige Archive wie das Präsidialarchiv Stalins sind überhaupt nie zugänglich gewesen.
Gewichtig tritt hinzu: Sogar Valentin Falin, engagierter Verfechter der These eines grundlosen deutschen Überfalls gibt zu, daß die sowjetischen Archive gelegentlich umfassend gesäubert worden sind. Mithin wird sogar in der deutschen Presse von "systematischer Spurenverwischung" gesprochen.
Der Schluß ist unvermeidbar: Die Aktenlage für die Ursachen des Krieges 1941 ist bei beiden Parteien entscheidend schlechter als wohl für jeden Krieg der europäischen Neuzeit. Normalerweise gäbe es für Historiker nur den Schluß: Es ist unmöglich, mehr als Wahrscheinlichkeiten aufzuzeigen.
Im Folgenden wird aufgezeigt, was dem Verfasser dieser Studie wahrscheinlich dünkt. Dabei wird die sowjetische Seite ausführlicher als die deutsche behandelt. Das ist methodisch anfechtbar. Der Verfasser rechtfertigt es mit zwei Gründen:
- Begrenzung von Raum sowie Zeit
- und damit, daß die These eines grundlosen deutschen Überfalls Medien und Schulbücher füllt, also weitgehend bekannt ist.
Betrachtet man die Entwicklung der Roten Armee, so fällt ins Auge, daß Sowjetrußland schon in seiner Geburtsstunde bedroht war - erst von deutschen, dann massiv von Polen und von Truppen der Alliierten. Polen und die Alliierten drangen tief in den Kaukasus, in Nordrußland, Westrußland und in Sibirien ein.
Am Ende des Bürgerkrieges hatte das Land buchstäblich von Murmansk bis Wladiwostok nur noch blutende Grenzen: Finnland - die drei baltischen Staaten - Polen - vor Rumänien war Bessarabien verlorengegangen - jenseits des Schwarzen Meeres hatte sich Georgien lösen wollen, und jenseits des Kaspischen Meeres waren die südsibirischen Fürstentümer, Tannu Tuwa, die Mongolei und die Grenze zu China umkämpft gewesen. Der Aufbau einer starken Verteidigungsarmee mußte also notwendig erscheinen, zumal die Ideologie einen Endkampf zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistischen Lager vorhersagte.
Der Umschwung von einer Verteidigungs- zu einer Angriffsarmee beginnt 1930 mit der Aufstellung der ersten Panzerbrigade. 1932 werden die Leningrader 11. und die Kiewer 45. Infanteriedivision zu Mechanisierten Armeekorps von je 500 Panzern und 250 weiteren gepanzerten Fahrzeugen umgegliedert. Damals gab es auf der gesamten Welt noch keine gepanzerten Brigaden, Divisionen oder gar Armeekorps.
Zur gleichen Zeit werden die Konstruktionsbedingungen für das rollende Eisenbahnmaterial geändert. Zukünftig dürfen nur noch Waggons gebaut oder beschafft werden, die rasch von der russischen Breit- auf die mitteleuropäische Spur umgebaut werden können. Die Bahnmeistereien erhalten Anweisungen, wie hoch und wie breit sie russische Waggons beladen dürfen, die auf mitteleuropäischen Strecken fahren sollen. Das konnte nur einen Zweck haben: Stalin wollte seine Armee bis ins Herz Europas hinein versorgen können.
Man muß im Auge behalten, daß die russische Industrie 1914 nur wenig entwickelt gewesen war. Dann hatten Krieg und Bürgerkrieg weite Landesteile verwüstet. Viele Angehörige der technischen Intelligenz waren geflohen oder umgekommen.
Mithin wurden noch Ende der zwanziger Jahre jährlich weniger als 1.000 PKW und LKW gebaut. Doch ausgerechnet in diesem bettelarmen Land verwendet Stalin riesige Mittel, um nicht etwa eine Verteidigungs-, sondern um eine gewaltige Offensivarmee aufzubauen. Im Folgenden werden nur Zahlen für Panzer genannt, doch Zahlen für Divisionen, Geschütze oder Flugzeuge würden ein ähnliches Bild zeigen. Vor allem aber:
Der Panzer war schon damals für die Verteidigung wünschenswert, vielleicht erforderlich. Aber für weiträumige Offensiven war er schon unverzichtbar. Panzerlastigkeit ist also ein

starkes Indiz für die Planung einer offensiven Strategie.
Deshalb noch eine Vorbemerkung: Manch ein Autor versucht, den Aufbau einer Offensivarmee mit einem Hinweis auf die sowjetische Militärdoktrin zu rechtfertigen. Die Strategie sei defensiv gewesen. Aber wenn Rußland überfallen wird, sollte der Krieg ins Land des Gegners getragen werden.
Doch dem ist entgegenzuhalten, daß wohl noch nie eine Strategie darauf beharrt hat, den Krieg im eigenen Land zu führen. Im übrigen hat Stalin wahrlich nicht auf einen Überfall des Gegners gewartet, als er 1939/40 erst Polen, dann Finnland angriff, in die drei baltischen Staaten sowie in Bessarabien einmarschierte und 1945 Japan angriff.
Den 1932 aufgestellten zwei Mechanisierten Armeekorps folgen bis 1939 mindestens zwei, nach anderen Autoren fünf weitere.
Dann schließen Stalin und seine Berater aus dem spanischen Bürgerkrieg, daß große Panzerverbände nicht zu handhaben sind. Also lösen sie die vier (oder sieben?) panzerstarken Armeekorps 1939 auf - an ihre Stelle treten 15 Panzerdivisionen.
Doch der deutsche Polen- und Frankreichfeldzug zeigen den Fehler. Schon im Juli 1940 befiehlt Stalin die Neuformierung von 9 Mechanisierten Korps, deren jedes mit nun über 1.000 Panzern unerhört panzerschwer war. Die Aufstellung weiterer Korps (11? 21?) wird 1941 befohlen, konnte aber bis zum deutschen Rußlandfeldzug wegen Mangels an Panzern und Fachpersonal nicht abgeschlossen werden. Schon die Panzer in den genannten Armeekorps ergeben gigantische Zahlen.
Zudem verwendete die Rote Armee zahlreiche Panzer in selbständigen Truppenteilen, 1940 (zusätzlich zu den damals vorhandenen 15 Panzerdivisionen von je 275 Panzern) Panzer-Brigaden zu je 258 und 4 Panzer-Brigaden zu 156 Panzern sowie 20 Panzer-Regimentern bei Kavallerie- und 98 Panzer-Bataillonen bei Infanteriedivisionen.
Bevor die Zahlen genannt werden, eine Vorbemerkung. Die Literatur nennt meist "Panzer", was so hieß. Doch die Wehrmacht - und praktisch nur diese - nannte Panzer auch, was nur eine 20mm-Kanone (Pz II) oder sogar nur Maschinengewehre (Pz I) trug. Diese MG-Träger waren für den Kampf gegen Feindpanzer nicht zu verwenden. Also werden sie bei den folgenden Zahlen gesondert aufgeführt. Um einen Maßstab für die nun zu nennenden sowjetischen Panzerzahlen zu geben: Die Wehrmacht ist mit 2.650 Panzern und 1.000 MG-Trägern in Rußland einmarschiert.
Den Panzerbestand der Roten Armee 1932 gibt Marschall Shukow mit 5.000 an. 1936 läßt Stalin bei einer einzigen Parade bereits 1.000 Panzer vorbeimarschieren. 1939 kommt es dann zu einem skurrilen Ereignis: England, Rußland und Frankreich verhandeln in Moskau über einen Militärpakt gegen Deutschland. Stalin bietet für den Bündnisfall 10.000 Panzer und zudem 120 Infanterie- und 16 Kavalleriedivisionen sowie 5.000 Flugzeuge an. Dann fragt Marschall Woroschilow, was England zu bieten habe. Doch die Briten weichen aus, bieten Worte statt Zahlen. Der Russe bleibt unerbittlich.
Die Briten müssen schließlich bekennen: sie haben sechs Divisionen zu bieten. Kein Wunder, daß die Verhandlungen scheitern. Doch wie es zum Hitler-Stalin-Pakt gekommen ist, gehört nicht in diese Studie.
Anfang 1940 hat die Sowjetunion dann um 18.000 Panzer, dabei etwa 3.000 veraltete. Für den Juni 1941 schwanken die sowjetischen Angaben zwischen 21.000 und 24.000 Panzern.
Die Wehrmacht hatte insgesamt 3.700, zusätzlich knapp 2.000 MG-Träger. Sie hat Rußland mit 2.650 Panzern und etwa 1.000 MG-Trägern "überfallen". Wer Qualitätsunterschiede einrechnen will: Die deutschen Panzer hatten eine bessere Funkausstattung, wichtig für das Zusammenwirken auf dem Gefechtsfeld. Hingegen befanden sich unter den mehr als 20.000 sowjetischen Panzer schon 1.850 T34 und KWI. Diese waren für alle deutschen Panzer fast unverwundbar, konnten aber jeden deutschen Panzer auf 800 Metern abschießen.

Insgesamt hatte Rußland 1941 mindestens doppelt, wenn nicht dreimal mehr Panzer als die gesamte übrige Welt zusammen. Nur mit Dreistigkeit kann man hierbei von einer Verteidigungsarmee sprechen. Diese Bewertung wird durch weitere Maßnahmen bestätigt.
1940 läßt Stalin Luftlande-Armeekorps aufstellen - wiederum die ersten der Welt. Und zwar gleich fünf. Im Sommer 1941 weitere fünf. Und schließlich läßt Stalin im Frühjahr 1941 in der Ukraine vier Infanterie- in Gebirgsdivisionen umgliedern und verlegt die kaukasische 192. Gebirgsdivision in die Ukraine. Doch in der Ukraine gibt es keine Gebirge, wohl aber, mit den Karpathen, in Ungarn und Rumänien.
Hier ist wiederum eine Zwischenbemerkung notwendig. Viele Historiker legen heute dar, daß Hitler 1941 einen unbedingt friedenswilligen Stalin grundlos überfallen hat. Doch diese These wird durch die ungeheure, durch Panzermassen und Luftlandetruppen auf weitreichende Offensiven programmierte Rote Armee gestört. Zudem muß Stalin für den Aufbau einer solchen Armee ein Motiv gehabt haben - welches wohl? Und schließlich war unwahrscheinlich, daß Stalin seine unter großen Opfern aufgebaute Armee untätig in den Kasernen lassen würde, wenn er eine Gefahr wahrnahm.
Oder wenn er eine Gelegenheit zum Beutemachen sah - so wie 1939 in Polen und Finnland, 1940 in den drei baltischen Staaten und 1945 in Fernost. Also drängen jene Historiker den Aufbau und den Umfang dieser Armee weit in den Hintergrund oder verschweigen das sowjetische Militärpotential sogar ganz und bezeichnen die Rote Armee einfach als "schlecht ausgerüstet". Das ermöglicht darzulegen, Stalin habe 1940/41 "verzweifelt" versucht, Hitler zu besänftigen, weil er wußte, daß seine Armee zu schwach sei.
Damit zu der Frage, was Stalin 1940/41 beabsichtigte. Allerdings wird die Frage nach den Kriegsursachen heute meist als Frage nach der "Kriegs-Schuld" gestellt. Dafür gibt es Gründe. Aber damit fällt ein mit moralischen Kategorien kaum faßbarer Faktor aus der Betrachtung heraus. Konkret: Seit 1939 mußte jeder Herrscher Rußlands, ob Zar oder Stalin sich fragen, wie seine Lage beim Ende des deutsch-britischen Krieges sein werde.
Die Antwort war leicht - und zugleich unheildrohend. Schon nach einem Remisfrieden im Westen würde Hitler die gesamte Macht seines Imperiums gegen Rußland werfen können. Stalin mußte befürchten, daß Hitler das auch tun werde. Aus ideologischen Gründen.
Und um Lebensraum zu gewinnen. Stalin mag nicht gewußt haben, daß im Ersten Weltkrieg, also kaum mehr als 20 Jahre zuvor, 763.000 Deutsche an Unterernährung gestorben oder schlicht verhungert waren. Aber die hieraus abgeleitete Lebensraumtheorie dürften ihm seine Berater vorgetragen haben.
Weiteres kam hinzu. Die Deutschen publizierten 1940 erbeutete französische Akten. Diese zeigten, daß der deutsche "Überfall" auf Norwegen dem alliierten Überfall nur um Haaresbreite zuvorgekommen war. Weiterhin belegten sie, daß nur der deutsche Sieg 1940 Engländer und Franzosen gehindert hatte, die russischen Ölfelder im Kaukasus und die Öltanker im Schwarzen Meer anzugreifen, um Öllieferungen an Hitler zu erschweren.
Stalin wußte also, wie die Alliierten Neutralität und Völkerrecht werteten, wenn sie ihnen im Wege standen. Er mußte zudem annehmen, daß die Westmächte ihm nicht helfen würden, sollte er nach einem deutsch-britischen Ausgleich mit Hitler handgemein werden.
Und schließlich drohte Rußland auch aus Fernost Gefahr. Noch im Herbst 1939 hatten sich Russen und Japaner an den Grenzen der Mongolei erbitterte Gefechte geliefert. Hitlers Imperium und vielleicht zudem Japan allein gegenüberzustehen, war keine verlockende Aussicht. Stalin konnte also glauben, er müsse Deutschland in den Rücken fallen, solange es noch teilweise gegen England und die USA gebunden war. Das hat mit der moralischen Kategorie der Schuld wenig zu tun, um so mehr aber mit dem Überlebenswillen Rußlands.
Die Folgerungen, die Stalin zog, lassen sich aus seinen Handlungen ablesen. Im September 1939 nimmt er den Polen die "ostpolnischen", in Wahrheit vorwiegend weißrussischen und

ukrainischen, 1920 von Polen eroberten Gebiete wieder ab. Aber die eingesetzten 21 Divisionen bleiben in dem gewonnenen Räumen und aus Innerrußland rücken Truppen in die nun freien westrussischen Räume nach.
Im Sommer 1940 stehen in Westrußland 100 russische Divisionen, die sich von den wenig kampfkräftigen ungarischen und rumänischen Truppen wohl kaum beeindrucken lassen. Hingegen stehen im Osten des Reiches ganze sechs, anderen Autoren zufolge nur vier Divisionen, denn die Wehrmacht ist durch den Frankreichfeldzug gebunden.
Stalin nutzt die Gelegenheit sofort. Er marschiert in den drei baltischen Staaten ein. Die Finnen bedrängt er trotz des eben gerade, nach dem "Winterkrieg", geschlossenen Friedens mit neuen, ultimativ vorgetragenen und Finnlands Existenz bedrohenden Forderungen." Rumänien zwingt er bald zur Abtretung Bessarabiens. Nach dem deutschen Sieg in Frankreich tritt wieder Ruhe ein. Doch das ist eine fragwürdige Ruhe, denn niemand weiß, was Stalins hundert Divisionen getan hätten, wenn der Frankreichfeldzug sich festgefahren hätte.
Im Frühjahr 1941 läßt Stalin dann eine Reihe von bemerkenswerten Maßnahmen durchführen - "Die Sowjetunion veränderte die Haltung gegenüber Deutschland auf taktischer Ebene ... durch einen Konfrontationskurs, der jedoch kein Kriegsrisiko einschloß."
Konkret: Die Sowjetunion nimmt erstmals diplomatische Beziehungen zu Jugoslawien auf, schließt demonstrativ im April 1941 einen Freundschaftspakt mit Jugoslawien, stachelt die Bulgaren auf, die 1913 verlorene Dobrudscha von Rumänien sowie das an Griechenland verlorene Ost-Thrazien zurückzufordern und setzt die Türkei sowie Rumänien weiter unter Druck. Der ganze Balkan gerät in Unruhe - und niemand weiß, wohin die Entwicklung führen wird, zumal Hitler, besorgt um das rumänische Öl, Stalin entgegentritt und auch England kräftig mitmischt.
Bereits 1939 war die dreijährige Wehrpflicht eingeführt und die Rüstung durch Arbeitspflicht, Drei-Schichtenbetrieb und Siebentagewoche noch weiter hochgetrieben worden.
Nun werden die Streitkräfte durch eine Teilmobilmachung - Einberufung von 800.000 Reservisten - weiter verstärkt.
- Stalin sichert das Operationsgebiet, indem er die gesamte Führungsschicht der Esten, Letten, Litauer und Ostpolen deportiert oder gleich ermorden läßt.
- In den vier westlichen Militärbezirken versammelt Stalin insgesamt 170, nach anderen Darstellungen 191 Divisionen. Zum Vergleich: Deutschland hat Rußland mit etwas über 150 Divisionen angegriffen.
- Hinter den genannten wenigstens 170 Divisionen marschiert im Juni eine zweite strategische Staffel von 50, nach anderen Darstellungen 66 Divisionen auf, die aus dem Transbaikal und aus dem Kaukasus herangeführt werden
- Hinter der zweiten strategischen Staffel werden vier Reservearmeen aufgestellt; mithin spricht sogar Gorodetsky von insgesamt 240 Divisionen, die die Westfront Rußlands "absichern" sollen.
Wer das alles als Verteidigungsvorbereitungen deutet, muß übersehen, daß der Aufmarsch der russischen ersten strategischen Staffel früher durchgeführt wurde und bis in den März 1941 erdrückend mehr Kräfte umfaßte als der Aufmarsch für "Barbarossa":
- Im Osten des Reiches stehen während des Frankreichfeldzugs vier oder sechs zweitklassige, erst 1939 mobilgemachte Divisionen 100 russischen Divisionen gegenüber.
- Im Juli 1940 wird die 18. Armee - 26 Divisionen - in den Osten verlegt.
- Im Oktober 1940 folgt die 12. Armee. Sie wird zusammen mit der 18. Armee der Heeresgruppe B unterstellt, die nun über 33 Divisionen verfügt.
- Im März 1941 stehen dann 47 Divisionen im Osten des Reiches - und erst dann beginnt der Truppenaufmarsch für Barbarossa.
- Erst im Juni wird das deutsche Ostheer mit der Zuführung von 12 Panzer- und 12 Motori-

sierten Infanteriedivisionen angriffsfähig.
Insgesamt: Der deutsche Aufmarsch war bis in den März/April 1941 Reaktion, nicht Aktion.
Die Deutung des russischen Aufmarsches als Offensivaufmarsch wird durch weitere Aktionen bekräftigt:
- Viele der Truppen mußten in die Wälder gelegt werden. Dort aber konnte man sie nicht unbeschränkt liegen lassen, ohne einen scharfen Abfall der Kampffähigkeit und Ausbildung zu riskieren.
- Ein bezeichnendes Detail: Die Dnjepr-Flottille (eine Abteilung Schnellboote, eine Gruppe Kanonenboote, eine Abt. Panzerkutter, eine Abt. Monitore, eine Abt. Minensucher, zudem Minenleger und Wachschiffe, Kommandeur ein Admiral) wurde durch schmale Kanäle in die ostpolnischen Pripjet-Sümpfe verlegt. Für eine Verteidigung war sie dort sinnlos. Aber sie hätte durch weitere Kanäle zur Weichsel, Oder und Ostsee fahren können - wie 1945 geschehen.
- Die stärksten Massierungen und die meisten Panzerverbände finden sich ausgerechnet in den weit in deutsches Gebiet vorspringenden Balkonen von Lemberg und Bialystok. Sie liegen dort für eine Verteidigung falsch, aber für eine Offensive günstig.
- Nachweislich liegen viele der Depots für Ersatzteile, Munition und Betriebstoff näher an der Grenze als die Truppenteile, die sich hieraus versorgen sollen. Allein in der Grenzstadt Brest-Litowsk lagern 10 Millionen Liter Betriebstoff.
- Sogar Flugplätze liegen 25 oder nur 15 Kilometer von der Grenze entfernt.
- Sowjetrussische Offiziere berichten in ihren Kriegserinnerungen, wie sie in der Stunde des deutschen Angriffs die versiegelten Umschläge mit den Kriegsbefehlen öffnen, aber keine Verteidigungsbefehle finden.
Das wird durch die Ereignisse bestätigt. Es gab zwar Feldbefestigungen, sogar Bunker, vor allem unmittelbar an der Grenze. Aber es gab keine tiefgestaffelten Feldbefestigungen, kaum Minensperren, keine Baumsperren und viele Brücken waren nicht zur Sprengung vorbereitet. Nur so ist erklärlich, daß die angreifenden deutschen Divisionen innerhalb von zwei Tagen bis zu 130 Kilometer weit vordringen konnten (3. Panzerdivision).
Dabei ist sicher: Hätten die russischen Divisionen, die seit vielen Monaten aufmarschiert waren, eine Verteidigung so vorbereitet wie die Rote Armee 1943 bei Kursk, so wäre der deutsche Angriff vielleicht sogar gescheitert.
Wie eilig Stalin es hatte, läßt sich wiederum aus seinen Maßnahmen ablesen. Im Frühjahr 1941 läßt er aus seinen Konzentrationslagern Hunderte, wenn nicht Tausende von Generalen und jüngeren Offizieren (insgesamt 4.000?) herausholen. Sie werden sofort wieder in ihre alten Funktionen gebracht. Stalin opferte also trotz der damit verbundenen Risiken seinen militärischen Plänen den innenpolitischen Terror.
Zur Frage des von Stalin geplanten Angriffstermins gibt es viele Indizien, doch fast alle werfen Probleme auf. Als ein typisches Beispiel: Der spätere Marschall Bagramian berichtet in seinen Memoiren, daß die Divisionen der 2. Staffel des Westlichen Besonderen und des Kiewer Militärbezirks Mitte Juni (also etwa eine Woche vor dem deutschen Angriff) Befehl erhielten, in grenznahe Räume aufzuschließen.
Man kann das als Zeichen dafür deuten, daß Stalins Überfall unmittelbar bevorstand. Man kann aber ebenso argumentieren, Stalin habe den bevorstehenden deutschen Überfall, insbesondere die Heranführung der Panzerdivisionen erkannt und habe deshalb seine strategischen Reserven näher herangeführt.
Da Unterlagen fehlen, ist nicht zu entscheiden, was Stalin zu seinem Entschluß bewogen hat. Ähnliches gilt für viele andere Indizien aus den letzten Friedenswochen.
Damit zum Schluß der Betrachtung der Sowjetunion. Zusammenfassend darf man sagen:
- Stalin hatte in einem verarmten Land eine riesige Militärmacht aufgebaut.

- Stalins Armee war so konstruiert, daß sie weiträumige Operationen bis ins Herz Europas führen konnte.
- Diese Armee war schon 1940 und noch mehr 1941 mit Kräften aufmarschiert, die den deutschen weit überlegen waren.
- Es war ein Offensivaufmarsch.
- Der Aufmarsch war weitgehend abgeschlossen; Stalin konnte in wenigen Tagen, vielleicht Wochen angreifen - falls er es wollte.

Für diese Bewertungen lassen sich Belege, sogar Beweise vortragen. Aber sogar ein Verfechter der These eines grundlosen deutschen Überfalls gesteht noch im Jahr 2000 zu, "daß die Frage der tatsächlichen Absichten Stalins noch immer nicht geklärt ist und daß in dieser Hinsicht ein gravierender Mangel an Quellen besteht."

Folglich lassen sich wichtige Fragen kaum klären:
- Wir wissen nicht, ob Stalin im Juni 1941 den russischen Aufmarsch als abgeschlossen ansah.
- Mithin wissen wir nicht, ob Stalin die Rote Armee als angriffsbereit beurteilte.
- Insbesondere wissen wir nicht, ob Stalin die Reorganisation der Panzer-Großverbände als ausreichend fortgeschritten ansah.
- Wir wissen nicht, ob Stalin den deutschen Aufmarsch als abgeschlossen, mithin den Angriff als bevorstehend ansah.
- Noch wichtiger: Wir wissen nicht, ob Stalin die politische Lage als angriffsgünstig ansah oder ob er noch weiter warten wollte. Allerdings: Der Truppenaufmarsch setzte auch einen Diktator unter Zeitdruck. Stalin würde seine Truppen ruinieren, wenn er sie unbeschränkt, schließlich mit dem Winter vor der Tür, in den Wäldern ließ. So spricht vieles für die - freilich unbeweisbare - Annahme, daß Stalin binnen weniger Wochen zum Schwert gegriffen hätte.

Dem steht ein häufig zu findendes Argument entgegen. Es gründet sich darauf, daß Stalin 1937/38 bei den großen Säuberungen, also Massenmorden, zahlreiche hohe Generale beseitigt hatte, dabei drei der fünf Marschälle, 13 der 15 Armee-Oberbefehlshaber, 57 der 85 Kommandierenden Generale von Armeekorps und 110 der 195 Divisions- sowie die Hälfte der 406 Brigadekommandeure. Stalin habe gewußt, daß nach diesem Aderlaß die Rote Armee für Jahre nicht einsatzbereit war.

Doch dieser Deutung steht Stalins grundlegende Weisung für den Kriegsfall vom 18. September 1940 deutlich entgegen. Sie sah, ebenso wie die späteren Operationspläne und –vorschläge, nach einer möglichst kurzen Verteidigung als erste Phase eine Offensive bis in den Raum um Breslau mit Alternativen zum Abschneiden Deutschlands vom Balkan oder zur Wegnahme von Ostpreußen vor. Stalin war also nachweislich schon im September 1940 überzeugt, daß die Rote Armee gewaltige Operationen durchführen konnte.

Damit hinüber zur deutschen Seite. Sogar wenn nachweisbar wäre, daß Stalin im Sommer 1941 angreifen wollte, so bleibt die Möglichkeit, daß zwei Angriffe aufeinandergetroffen sind, wie 1940 in Norwegen.

Die Literatur über die Entstehung des deutsch-sowjetischen Krieges ist randvoll gefüllt mit Zitaten Hitlers über die Erweiterung des deutschen Lebensraumes. Doch das beweist ebenso viel und ebenso wenig wie Zitate aus der kommunistischen Ideologie. Die Zitate belegen höchstens eine generelle Kriegsbereitschaft. Aber sie zeigen nicht, warum Hitler 1941 statt 1942 oder 1945 angriff. Den Juni 1941 müssen zusätzliche Gründe bestimmt haben, nach denen wir suchen müssen.

Weiterhin: Der eingangs erwähnte Artikel aus "DIE ZEIT" war reichlich illustriert mit Bildern von Exekutionen russischer Partisanen oder Zivilisten. Doch auch Bilder von Dresden, Nagasaki oder von der Vertreibung der Ostdeutschen tragen nichts zur Klärung der Frage bei, wie es zu den Kriegen 1939 und 1941 gekommen ist.

Noch eine Vorbemerkung: Diese Studie verzichtet auf eine Darstellung sowie Bewertung der russischen Operationsentwürfe und Kriegspiele, wie etwa dem sowjetischen Aufmarschplan vom 15. Mai 1941, über deren Deutung längst ein heftiger Federstreit voller oft hitziger Debatten um Überlieferung, Glaubwürdigkeit und Bedeutung entstanden ist.
Sie verzichtet auch auf Zitate aus Reden und ähnlichem, wie etwa der vieldiskutierten Ansprache Stalins am 5. Mai 1941 vor Absolventen der Militärschulen. Nicht nur, weil hier der Raum fehlt, sondern auch, weil schon Talleyrand darauf verwiesen hat, daß für einen Politiker Worte nur ein Mittel sind, seine Gedanken zu verbergen.
Bei jeder Äußerung von Stalin, Hitler und anderen Politikern müßte also untersucht werden, wie glaubwürdig die Überlieferung ist, was die Politiker mit ihrer Äußerung bezweckten und ob diese Äußerung ihre inneren Gedanken spiegelte. Immerhin läßt sich sogar mit unstrittigen, aber zielgerichtet ausgesuchten Zitaten alles "beweisen".
Als Beispiel: Die Verfechter der These eines grundlosen Überfalls Hitlers zitieren meist ausführlich Hitlers Lebensraum- und Rassetheorien. Aber Hitler hat schon in "Mein Kampf" mit gleicher Eindringlichkeit vor einem Zweifrontenkrieg gewarnt - doch das wird selten zitiert.
Man wird also gut tun, die Äußerungen Stalins und Hitlers streng nach ihren Taten zu beurteilen. Nur Taten zeigen, was die beiden wirklich wollten.
Die ersten "Taten" Hitlers für einen Angriff auf die Sowjetunion stammen aus dem Hochsommer 1940. Hitler wies die Wehrmacht an, "das Problem Rußland in Angriff zu nehmen". Am 31. Juli verkündete er vor den Spitzen der Wehrmacht sogar: "Entschluß: ... Rußland muß erledigt werden. Frühjahr 1941. Je schneller wir Rußland zerschlagen, um so besser ... Bestimmter Entschluß: Rußland zu erledigen."
Aber dann folgte nichts mehr. Bis zum November 1940 hat Hitler nicht einmal gefragt, zu welchen Ergebnissen die Operationsstudien der Wehrmacht gekommen wären. Das widerspricht einem unabänderlichen Entschluß und sogar einem starken Interesse. Immerhin hatte sich Hitler schon in die Planung des Frankreichfeldzuges von Anfang an eingemischt," und seitdem war sein Glaube an seine militärischen Fähigkeiten weiter gestiegen.
Zudem verbot Hitler sogar jede Spionage gegen Rußland, obwohl die russische Spionage auf hohen Touren weiterlief." Wer unbedingt will, kann das als Tarnung finsterer Absichten deuten. Aber nicht einmal das wertvolle rumänische Material durfte angekauft werden.
Zudem hat Hitler nachweislich bis in den November 1940 hinein gehofft, Rußland für einen Kontinentalblock aus Deutschland, Italien und Japan gegen die angelsächsischen Mächte gewinnen zu können. Am 26. September schlug der Oberbefehlshaber der Marine Hitler vor, den Schwerpunkt der deutschen Kriegführung gegen England über den Suezkanal in den Nahen Osten zu verlegen und setzte hinzu: "Rußlandproblem erhält dann anderes Aussehen ... Fraglich, ob dann noch Vorgehen gegen Rußland ... nötig sein wird." Hitler stimmte zu und ergänzte: "Rußland werde er zu veranlassen suchen, energisch gegen Süden - Persien, Indien - vorzugehen."
Am 1. November 1940 notiert der Chef des Generalstabes (Halder): "Führer hofft, Rußland in die Front gegen England einbauen zu können."
Der Umschwung tritt mit dem Besuch des russischen Außenministers Molotow im November 1940 in Berlin ein.
Hitler versuchte, Rußland in einen deutsch-italienisch-japanischen Kontinentalblock zu ziehen - ein weiteres Zeichen dafür, daß er zu einem Krieg gegen Rußland noch nicht endgültig entschlossen war. Molotow hat hingegen Forderungen gestellt: Vorherrschaft über die türkischen Meerengen, Vorherrschaft über den Balkan sowie Vorherrschaft über Finnland und hat deutlich sein Interesse an den dänischen Ostseezugängen bekundet.
Das hätte das rumänische Öl und das finnische Nickel in sowjetische Hand gebracht, vielleicht auch das schwedische Erz. Alle Kraftquellen der deutschen Kriegführung wären dann in

sowjetischer Hand gewesen. Was Stalin forderte, war praktisch Unterwerfung. Und zur Untermalung dieser Forderungen standen schon einhundert sowjetische Divisionen an den Westgrenzen Rußlands, ihnen gegenüber (außer den Ungarn und Rumänen) nur 33 deutsche.
Was Stalin glaubte, Hitler zumuten zu können, macht eine Facette deutlich. Eine gute Woche nach dem Molotow-Besuch, am 25.11.40, fixierte Molotow seine Forderungen noch einmal schriftlich. Erneut forderte er dabei eine Basis für sowjetrussische Truppen am Bosporus und den Dardanellen.
Falls (wie doch anzunehmen), die Türken sich weigerten, müßten "Deutschland, Italien und die Sowjetunion übereinkommen, die erforderlichen militärischen und diplomatischen Maßnahmen auszuarbeiten und durchzuführen."
"Mit anderen Worten: Deutsche Truppen sollten notfalls gemeinsam mit den Russen in der Türkei Stützpunkte für die Sowjetunion erobern. Stalins Zumutungen lassen nur zwei Deutungen zu: Er glaubte, Hitler, zwischen Sowjetarmee und England/USA eingeklemmt, sähe sich gezwungen, sich der Sowjetunion auf Gnade und Ungnade zu unterwerfen. Oder Stalin wollte Hitler bewußt zum Angriff provozieren. Welche der Möglichkeiten zutrifft, läßt sich aus Quellenmangel nicht entscheiden.
Mithin ist kein Zufall, daß zwar manch einer in der deutschen Führung sowjetische Angriffsabsichten verneinte, der Chef des Generalstabes und der "Spionagechef' jedoch anders urteilten - Fachleute also, die wahrlich nicht zu den "Nazis" gehörten. Halder notierte, man müsse zugeben, "daß die russische (Militär)Gliederung sehr wohl einen Übergang zum Angriff ermöglicht". Canaris, der als Hitler-Gegner die Grenze zum Hochverrat längst nicht mehr fürchtete, sie vielleicht schon überschritten hatte, unterstützte dennoch die Vorbereitungen für den Rußlandfeldzug. Er war von "echter" Furcht "vor der sowjetischen Gefahr" erfüllt und wußte nicht mehr, "ob Hitler oder Stalin zuerst losschlagen werde" (H. Höhne).
Nicht umsonst ergingen Befehle an das deutsche Ostheer für den Fall eines russischen Überfalls. Noch sechs Tage vor Barbarossa 1941 erließ die Panzergruppe 1 eine Weisung für den Fall eines sowjetischen Überraschungsangriffs mit der einleitenden Bemerkung: "Der russische Aufmarsch uns gegenüber läßt auch eine Angriffslösung gegen uns zu."
Schließlich hat Hitler wohl auch erkannt, daß Stalin einen deutschen Sieg kaum zulassen, also sich zum Handeln gezwungen sehen konnte. Hitler äußerte, er sei sich "völlig" klar darüber, daß nach einem vollen Sieg Deutschlands die Lage Rußlands "sehr schwierig" werden würde. Das mußte zu der Überlegung führen, Rußland zu beseitigen, "ehe es sich mit England zusammentun könne" (Hitler)."
Aus Sicht der Reichsführung war demnach bei Abreise Molotows die weltweite Lage etwa wie folgt:
- England war entschlossen, den Krieg bis zu einem Sieg, und das bedeutete: bis zu einem Super-Versailles durchzukämpfen, beflügelt von der Hoffnung auf ein Eingreifen der USA - und Rußlands.
- Die USA waren nur noch theoretisch neutral; auf dem Atlantik führten sie praktisch schon Krieg; Hitler rechnete mit einem offenen Kriegseintritt 1942.
- In Fernost hatten Japan und Rußland eben noch einen unerklärten Krieg geführt. Deshalb konnte Japan keine amerikanischen Kräfte binden. Das gab den USA freie Hand gegen Deutschland.
- Schließlich Rußland. Solange Sowjetrußland ungeschlagen blieb, konnte England auf sein Eingreifen hoffen, war Japan gebunden und konnte die USA nicht zurückhalten.
- Zudem hatte Rußland innerhalb eines Jahres buchstäblich sämtliche Grenzpfähle zwischen dem Nordmeer und dem Schwarzen Meer gewaltsam nach Westen verschoben. Dieses Rußland verlangte nun von Deutschland, sich in eine totale wirtschaftliche Abhängigkeit von Stalin zu fügen. Was Stalin anschließend fordern würde, war unbekannt.

- Ganz düster wurde es, wenn man den Blick in die Zukunft richtete. Schon 1942 würden die USA und England voll im Kriege stehen. Dann war Rußland praktisch Schiedsrichter in einem globalen Konflikt. Nach Verwirklichung von Molotows Forderungen konnte Rußland nach Belieben Deutschland kämpfen lassen, weiter erpressen oder wirtschaftlich erdrosseln. Oder es konnte als lachender Dritter in die Schlußphase des Konflikts bewaffnet eingreifen.
Angesichts dieser Lage haben die Militärs Hitler versichert, ein Sieg binnen weniger Monate wäre möglich; sie haben damit eine schwere Verantwortung auf sich geladen.
Für Hitler konnte es damit kein Halten mehr geben. Mit Lebensraum, Rasse und Aggression hat das nur wenig zu tun; auch Gorodetsky, Israeli und wahrlich ein Verfechter der Überfallthese, sieht "ernste" Zweifel, daß bei Hitlers Entschluß "ideologische Überlegungen eine Rolle spielten".
Um so mehr hat es mit Deutschlands geographischer Lage zu tun, deren Konsequenzen sich gut mit einem Parallelbeispiel zeigen lassen. Während des deutsch-französischen Kriege 1870 spielte Österreich sehr ernsthaft mit dem Gedanken, Preußen-Deutschland in den Rücken zu fallen. Doch ein drohendes Knurren des Zaren zwang den österreichischen Ministerpräsidenten Graf Beust, seine Pläne aufzugeben."
Das Beispiel zeigt: Deutschland, mitten in Europa liegend, konnte einen Krieg nach der einen Seite nur führen, wenn die Großmacht auf der anderen Seite freundlich gesonnen war. Als Hitler nach Westen Krieg führte und im Osten Stalins Wohlwollen in Zweifel geriet, stand Deutschland sofort zwischen zwei Feuern. Es konnte nur noch versuchen, sich der tödlichen Gefahr durch einen Befreiungsschlag gegen Rußland zu entziehen, denn England war nicht faßbar.
Vor dem Schluß dieser Darlegungen ist noch einmal ein Hinweis auf die einleitenden Bemerkungen notwendig. Die Aktenlage für die Erforschung der Kriegsursachen 1941 ist dürftiger als wohl für alle Kriege der Neuzeit, und was vorhanden ist, ist alles andere als zweifelsfrei. Wer also behauptet, er kenne die Kriegsursachen 1941 und könne sie unwiderleglich und abschließend darlegen, muß sich Fragen nach seiner Seriosität gefallen lassen.
Vermutlich können wir drei Thesen ausschließen: - Als erstes die These, 1941 wäre ein unbedingt friedlicher Stalin angegriffen worden, also jene politisch korrekte These, die Medien und Schulbücher beherrscht.
- Ein weiterer Schluß ergibt sich aus der Tatsache, daß der Aufmarsch von 150 deutschen Divisionen sowie der Luftwaffe nicht unbemerkt bleiben konnte, zumal Stalin nachweislich zusätzlich zahlreiche Warnungen erhielt. Demnach ist unmöglich, daß Stalin vom deutschen Angriff überrascht wurde. Auch ist wenig glaubwürdig, Stalin habe trotz des deutschen Aufmarsches noch Mitte Juni 1941 geglaubt, den Frieden längerfristig oder gar langfristig wahren zu können.
Bestenfalls möglich und zudem sogar wahrscheinlich ist, daß Stalin taktisch, also vom Zeitpunkt des Angriffs, überrascht wurde.
- Auszuschließen ist wohl auch die These, der deutsche Angriff wäre ein Präventivkrieg in dem Sinne gewesen, daß ein unbedingt und langfristig friedlicher Hitler den sowjetischen Aufmarsch bemerkt und ihm schweren Herzens zuvorgekommen wäre.
Für die geopolitische Lage, für die ideologischen Kräfte, für die Handlungen Stalins sowie Hitlers scheint das folgende Modell die beste Erklärung zu geben:
- Stalin wäre schon nach einem hitlerschen Remis gegen England in eine böse Abhängigkeit von Großdeutschland geraten. Das konnte kein Herrscher Rußlands leichten Herzens zulassen. Ideologische Gründe mögen den resultierenden Entschluß zum Aufmarsch und zu einer ausgesprochen aggressiv-provokatorischen Westpolitik bestärkt haben.
- Die Zwangslage Stalins war für Hitler erkennbar. Hitler konnte den Krieg gegen England, praktisch also auch gegen die USA, nur führen, wenn er seinen Rücken sicher wußte.

"Barbarossa" wäre nur zu vermeiden gewesen, wenn Stalin ein friedlich grasendes Lämmchen auf einer blumigen Wiese gewesen wäre.
Abschließend könnte man fragen, wo bei dieser Schilderung die deutschen Untaten blieben? Zweifellos hat Hitler den Krieg, nachdem er einmal beschlossen war, für große Untaten genutzt. Doch die Nutzung des Krieges für Taten, die im 18. und 19. Jahrhundert nur für Verbrecher denkbar gewesen sind, läßt sich für alle beteiligten Staaten nachweisen - bis hin zu Jalta, Potsdam und Nagasaki. Doch die Rebarbarisierung des Krieges im 20. Jahrhundert darzulegen und ihre Gründe aufzuzeigen, war nicht das Thema dieser Studie."
Es bleibt noch, zu einigen wichtigen Fragen Stellung zu nehmen, die sich aus der Vorgeschichte des Rußlandfeldzuges ergeben.
Wie dargelegt, war die Rote Armee im Juni 1941 der deutschen Wehrmacht an allem, was sich zählen, wiegen und messen läßt, turmhoch überlegen. Dem scheint zu widersprechen, daß die Wehrmacht schon im November 1941 an die Tore von Moskau pochte und mit Artillerie auf den Kreml schoß. Doch der Schein trügt. Schon im Frankreichfeldzug war die Wehrmacht an allem, was sich zählen, wiegen und messen läßt, den Alliierten weit unterlegen, und zudem konnten sich die Alliierten auf gigantische Befestigungen stützen.
Dennoch hat die Wehrmacht den Feldzug buchstäblich in vier oder fünf Tagen entschieden, in zehn Tagen gewonnen und in wenigen Wochen beendet. Ein ähnliches Bild zeigt schon der Erste Weltkrieg (Tannenberg) und, in verkleinertem Maßstab, die Schlacht um Kreta 1941:
Scheinbar hoffnungslose deutsche Unterlegenheit an Zahl und Material - dennoch Sieg in wenigen Tagen. Der Grund liegt auch hier, ebenso wie bei den Siegen der Wehrmacht 1941, in der qualitativen Überlegenheit - vom Gruppenführer bis zum hohen General. Hierüber gibt es eine umfangreiche ausländische Literatur - die allerdings in der Bundesrepublik fast unbeachtet blieb.
Die qualitative Überlegenheit der Führung und des Kampfwillens der Truppe haben lange die numerische Unterlegenheit ausgleichen können. Beim Rußlandfeldzug traten weitere Faktoren verstärkend hinzu: Der deutsche Angriff traf auf einen Gegner, der zur Offensive aufmarschierte, dessen Aufmarsch aber noch nicht ganz abgeschlossen war und der taktisch überrascht wurde.
Die Frage, ob im Zweiten Weltkrieg ein Sieg oder wenigstens ein Remis unter Hitler einem Jalta und Potsdam vorzuziehen war, ist nicht Gegenstand dieses Vortrags. Mithin bleibt die Frage berechtigt, warum der Feldzug gescheitert ist.
Der erste Grund liegt in der fast grotesken Unterschätzung der Widerstands- sowie Regenerationskraft Sowjetrußlands. Sie wird deutlich in dem Urteil des Chefs des Generalstabes Halder, der am 12. Tag des Rußlandfeldzuges in seinem Tagebuch notierte, der Feldzug sei gewonnen, er müsse nur noch beendet werden.
Die Unterschätzung hat zu einem zweiten Grund des Scheiterns wesentlich beigetragen: Das Reich hat sein Potential viel zu spät mobilisiert. So wurden zum Beispiel 1941 nur 3.500 Panzer produziert - und das waren meist leichte Panzer.
Folglich mußten immer wieder Besatzungen ausgefallener Panzer als Infanterie eingesetzt werden, weil Ersatzpanzer nicht vorhanden waren. 1944 wurden sechsmal mehr, wurden 20.000 Panzer produziert, nur schwere Panzer, und das trotz der Luftangriffe. Viele Schlachten wären wohl anders verlaufen, wenn die Truppe 1941 die Waffen von 1944 gehabt hätte.
Das gleiche Bild zeigt die Mobilisierung der Arbeitskräfte. Es ist bezeichnend, daß die Zahl der arbeitenden Frauen von 1939 (14,6 Millionen) bis 1941 sank (14,1 Millionen) und erst 1943 die Zahl von 1939 wieder erreichte und leicht überschritt (14,8 Millionen). Gleichzeitig wurden Millionen von männlichen Arbeitskräften einberufen.
Mithin sank, während die Rüstungsindustrie nach Arbeitskräften und die Front nach Waffen schrie, die Zahl der deutschen Arbeitskräfte von 1939 bis 1941 um sechs Millionen. Diese

Lücke konnten auch drei Millionen Kriegsgefangene und Ausländer nicht schließen.
Was möglich und zu tun war, hat nicht nur die Sowjetunion, sondern haben auch die USA gezeigt. In den USA stieg die Zahl der arbeitenden Frauen von 1940 (14 Prozent), identisch mit Deutschland, auf 20 Prozent.
Ins Allgemeine gehoben: Das Reich hat, ähnlich wie schon im Ersten Weltkrieg, sein Potential viel zu spät mobilisiert. Es begnügte sich mit einer "friedensähnlichen Kriegswirtschaft". Die Gründe zu erörtern, ist hier nicht der Ort.
Der dritte Grund für das Scheitern des Rußlandfeldzugs liegt in einer Operationsführung, die von Anfang an widersprüchlich war. Hitler wollte die Schwerpunkte an den Hügeln setzen: Der linke Flügel sollte Leningrad nehmen, der rechte Flügel sollte die Industriegebiete der Ukraine und dann das Öl des Kaukasus nehmen oder bei Stalingrad abschneiden.
Erst nachdem die Rote Armee ihrer wirtschaftlichen und industriellen Kraftquellen beraubt worden war, sollte sich die Wehrmacht gegen die so geschwächten Hauptkräfte des Gegners wenden. Der Generalstab des Heeres hingegen lehnte die Einbeziehung wehrwirtschaftlicher Gesichtspunkte in die militärische Operationsplanung ab."
Er wollte nach den Grenzschlachten geradewegs auf Moskau vorgehen, also den Stier frontal bei den Hörnern packen, denn im Zentrum des sowjetischen Imperiums werde sich die Rote Armee zur Entscheidungsschlacht stellen müssen.
Vermutlich spricht vieles für die Flankenlösung. Sicher ist jedoch, daß Schwanken den Fehlschlag heraufbeschwören mußte - und so ist es gekommen. Leningrad konnte abgeschnitten, nicht aber genommen werden, der Vorstoß auf Moskau blieb stecken und der Vorstoß in die Ukraine kam so langsam voran, daß Stalin 1.523 Fabriken abbauen und im Ural wiederaufbauen konnte. Mithin produzierte die Sowjetunion schon 1943 wieder doppelt so viele Panzer wie die Wehrmacht.
Doch auch das war nur ein Nebengrund für das Scheitern des Rußlandfeldzugs. Auch dieser Feldzug gehört zu jenen, die militärisch ausgefochten, aber politisch gewonnen oder verloren werden.
Sicherlich gibt es Kriege, bei denen die Politik sich darauf beschränken kann, eine übermächtige Koalition zu schmieden. Die Soldaten zerschmettern dann den Gegner - so wie die Alliierten zuletzt im Golfkrieg 1991. Aber Deutschland war 1914 und 1939 in einer anderen Lage. Um den Gegner mit militärischen Mitteln zu zerschmettern, hätte das Reich Paris, London, Wladiwostok und wohl auch Washington sowie Los Angeles erobern müssen.
Folglich war der Rußlandfeldzug nur politisch, wenn auch natürlich mit militärischer Unterstützung, zu einem tragbaren Ende zu bringen. Es ging darum, den Russen eine Alternative zu bieten, die besser als das Leben unter Stalin war. Die Voraussetzungen hierfür waren vortrefflich. Mehr als eine Million Russen haben im Zweiten Weltkrieg unter deutschen Fahnen gedient, meist wohl nicht, um das Hakenkreuz zu stützen, sondern um Hammer und Sichel zu stürzen. Das war einzigartig in der Geschichte der Kriege.
Um noch mehr Kräfte zu mobilisieren und den Rußlandfeldzug zu gewinnen, hätte das Dritte Reich den Menschen Rußlands mehr bieten müssen als eine von Hitler und Himmler beherrschte Zukunft. Doch dazu hätte eben Hitler nicht Hitler und Himmler nicht Himmler sein dürfen.
Allerdings kann man das Argument weiterführen. Viele der in Stalingrad gefangengenommenen deutschen Offiziere haben sich dem sowjetgesteuerten Nationalkomitee Freies Deutschland oder dem Bund Deutscher Offiziere angeschlossen - meist wohl nicht, um Hammer und Sichel zu stützen, sondern um das Hakenkreuz zu stürzen.
Das war einzigartig in der Geschichte der Kriege. Um noch mehr Kräfte zu mobilisieren und den Krieg rascher sowie mit weniger Opfern zu gewinnen, hätten die Alliierten den Deutschen nur mehr bieten müssen als eine von Jalta und Potsdam, also von einem Super-Versailles be-

herrschte Zukunft. Doch dazu hätte eben Stalin nicht Stalin, Roosevelt nicht Roosevelt und Churchill nicht Churchill sein dürfen.<<

Der deutsche Historiker Alexander Demandt berichtet später über Stalins Kriegspläne (x283/-221): >>... Seit Beginn der dreißiger Jahre hatte Stalin in gigantischem Umfang aufgerüstet. Er rechnete fest mit einem Krieg gegen Deutschland, daß er keineswegs vernichten, sondern dem Sozialismus nutzbar machen und als Rammbock gegen den Kapitalismus einsetzen wollte. Ob dies nach einem gelungenen Verteidigungskrieg hätte geschehen sollen – wie es dann ja wirklich kam – oder ob er wenig später selbst angegriffen hätte, bleibt offen.

In seinen Äußerungen ist das Wort "Angriff" mehrfach gefallen. Als Mann der Tat – Hitler nannte ihn respektvoll einen "Tiger" – hätte er den Verteidigungsfall nicht abwarten, dem Feinde die Initiative nicht überlassen dürfen. Angenommen, Deutschland hätte nicht angegriffen. Hätte Stalin dann frei nach Jesaja 2,4 die Schwerter in Pflugscharen verwandelt?

Hitler jedenfalls war von Stalins Angriffsplan persönlich überzeugt und bemerkte am 18. Mai 1942 in der Wolfsschanze stolz, dem zuvorgekommen zu sein. ...<<

06.05.1941

UdSSR: Generalsekretär Stalin löst Molotow (bisheriger Vorsitzender des Rates der Volkskommissare der UdSSR) am 6. Mai 1941 ab und wird damit sowjetischer Regierungschef.

Molotow bleibt Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten. Danach teilt Stalin den führenden sowjetischen Generälen mit, daß ein Krieg mit Deutschland im Bereich des Möglichen liegen würde (x080/299).

10.05.1941

Westkrieg: Beim letzten schweren Luftangriff auf London am 10./11. Mai 1941 (mehr als 500 deutsche Kampfflugzeuge und Bomber) sterben über 1.200 Briten (x041/110).

Jugoslawien: Die serbisch-nationale, königstreue Tschetnik-Gruppe (unter Führung von Oberst Mihajlovic) erkennt am 10. Mai 1941 die jugoslawische Kapitulation nicht an.

Danach beginnt in Südwestserbien schon bald ein gnadenloser Partisanenkrieg gegen die deutsche Wehrmacht.

11.05. 1941

USA: Der australische Premierminister Robert G. Menzies (1894-1978) berichtet am 11. Mai 1941 über ein Treffen mit US-Präsident Roosevelt in Washington (x172/363): >>... Roosevelt ist wohl ein bißchen neidisch, weil Winston so im Mittelpunkt steht. ... Aber der Präsident, der im letzten Krieg von Woodrow Wilson geprägt worden ist, wartet auf ein Ereignis, das die USA mit einem Schlag in den Krieg hineinreißt und Roosevelt von seinem dummen Wahlversprechen entbindet, die Neutralität des Landes zu wahren. ...<<

17.05.1941

Anti-Hitler-Koalition: Der CSR-Politiker Ripka erklärt am 17. Mai 1941 während einer Rede in Manchester (x159/15): >>... Wir hoffen, daß dieser Krieg die Möglichkeit dazu geben wird, die Frage der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei ein für allemal zu lösen. ...

Es wird notwendig werden, mit allen hierzu geeigneten Mitteln – einschließlich einer eventuellen organisierten Anwendung des Prinzips des Bevölkerungstransfers – Deutschland daran zu hindern, seine nationalen Minderheiten für seine großdeutschen Ziele zu mißbrauchen.<<

24.05.1941

USA: Die "New York Times" berichtet am 24. Mai 1941 über Lieferungen von US-Bomben- und Jagdflugzeugen an China (x172/371): >>... Berichten zufolge sind chinesische Flieger von ausländischen Piloten ausgebildet worden und nunmehr bereit, es mit der japanischen Luftwaffe aufzunehmen. China hat von den Vereinigten Staaten und Großbritannien Jagd- und Bombenflugzeuge in großer Zahl gekauft. Es steht zu erwarten, daß sie bei dem geplanten Vergeltungsschlag gegen Japan eingesetzt werden. ...<<

26.05.1941

USA: Der Journalist Walter Duranty berichtet am 26. Mai 1941 in der "New York Times" über die allgemeine Stimmung in Japan (x172/372): >>... Während meines Aufenthalts in Tokio hat sich meine Überzeugung verfestigt, daß Japan nicht kämpfen wird, solange man dieses Land nicht dazu zwingt, in dem man ihm die Ölzufuhr abschneidet. ...

Japans Städte mit den nicht sehr stabilen Häusern aus Holz und Papier würden durch Brandbomben fast restlos in Flammen aufgehen.<<

Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtet später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über den US-Imperialismus in Asien (x364/202-203): >>… **Nationalismus lebt wieder auf**

Nach dem Wirtschaftskrach von 1929 schlug der Nationalismus in Japan wieder hohe Wellen. Damit einher ging der Wunsch, Asien von dem Einfluß der Krone zu säubern. Extremistische, militärische und imperialistische Organisationen fanden breite Unterstützung. Die frühere Mythologie über die göttliche Abkunft des Kaisers und eine Verherrlichung der Soldatenklasse lebten wieder auf.

1931 eroberte Japan die Mandschurei und unternahm Schritte, um seinen Einfluß in China und in ganz Asien auszudehnen. Es gibt jedoch keine Beweise dafür, daß Japan irgendwelche Pläne hatte, seinen Einflußbereich über Asien hinaus auszudehnen.

Seine grundlegende Politik hieß: Asien den Asiaten - wobei Japan ihr Anführer sein wollte. Als Polizist Asiens verrichtete die kaiserliche Marine lange Zeit die schmutzigen Arbeiten für die Insider.

Jeder Gedanke an einen Angriff auf die Vereinigten Staaten ist so lächerlich, daß er keiner weiteren Überlegung wert ist. Japan hatte keinen Grund, gegen die Vereinigten Staaten eine kriegerische Haltung einzunehmen. Und Amerika hatte seinerseits keinen Grund, antagonistisch gegen Japan eingestellt zu sein. Der gewerbliche Handel, der zwischen den beiden Nationen stattfand, war für beide Seiten vorteilhaft.

Allerdings hatte Präsident Roosevelt einen geheimen Grund für Kriegsgedanken gegenüber Japan. Er war von den internationalen Banken an die Macht gehoben worden und seine Herrscher wünschten einen Krieg mit Japan, das einen gegenseitigen Beistandspakt mit Deutschland und Italien im Jahr 1936 geschlossen hatte. Ein Krieg würde die Vereinigten Staaten automatisch in einen vollen Einsatz auf dem europäischen Kriegsschauplatz ziehen. Er bedeutete außerdem, daß in Japan "nach dem Rechten gesehen" würde, so daß die Krone auch in Zukunft über Asien herrschen könnte.

Mit dem Kriegsausbruch in Europa 1939 war die Roosevelt-Regierung entschlossen, die Vereinigten Staaten auf Seiten der Krone in den Krieg zu ziehen.

Entgegen der Monroe-Doktrin und dem Votum von 85 Prozent des amerikanischen Volkes haben Roosevelt und der Kongreß am 14. März 1941 Deutschland und seinen Verbündeten praktisch den Krieg erklärt, nämlich mit der Annahme des Lend-Lease-Gesetzentwurfes, wodurch die Vereinigten Staaten garantieren, daß sie der Krone sämtliches von ihr benötigtes Kriegsmaterial liefern werden - auf Kosten der amerikanischen Steuerzahler.

Einen Monat zuvor hatte der scheinheilige Präsident in seinem Wahlkampf gelobt, daß "unsere Jungs werden nicht in irgendwelche ausländischen Kriege geschickt". Und in der ganzen Zeit sind Roosevelt und seine geheimen Berater am Machen gewesen, um das amerikanische Großraumgerät für den "Königreich-Abschleppdienst" in den Krieg zu bringen. …<<

Am 22. Juni 1941, um 3.15 Uhr morgens, begann der deutsche Überraschungsangriff gegen den sowjetischen Bündnispartner von 1939 (Napoleon hatte den Rußlandfeldzug im Jahre 1812 ebenfalls "rein zufällig" am 22. Juni eröffnet).

Während Italien und Rumänien rechtzeitig Kriegserklärungen abgaben, untersagte Hitler ausdrücklich die Abgabe der üblichen Kriegserklärung.

Während Italien und Rumänien rechtzeitig Kriegserklärungen abgaben, untersagte Hitler ausdrücklich die Abgabe der üblichen Kriegserklärung.
Die Wehrmacht griff mit 152 Divisionen an (3.050.000 Soldaten, 3.700 Panzer und 7.200 Geschütze). Die deutschen Luftflotten 1, 2 und 4 verfügten über 1.280 einsatzbereite Kampfflugzeuge (510 Bomber, 290 Stukas, 440 Jäger, 40 Zerstörer) und 120 Fernaufklärer (x040/78-79).
Die deutsche Wehrmacht setzte damals 3 Heeresgruppen ein:
Deutsche Heeresgruppe Nord (Generalfeldmarschall von Leeb) mit der 18. Armee (Generaloberst von Küchler), 16. Armee (Generaloberst Busch), Panzergruppe 4 (Generaloberst Hoepner) und der Luftflotte 1 (Generaloberst Keller). Der Angriff der Heeresgruppe Nord erfolgte aus Ostpreußen in Richtung baltische Länder und Leningrad.
Deutsche Heeresgruppe Mitte (Generalfeldmarschall von Bock) mit der 9. Armee (Generaloberst Strauss), Panzergruppe 2 (Generaloberst Guderian), Panzergruppe 3 (Generaloberst Hoth) und der Luftflotte 2 (Generalfeldmarschall Kesselring). Der Angriff der Heeresgruppe Mitte erfolgte aus Ostpreußen in Richtung nördliches Generalgouvernement und Moskau.
Deutsche Heeresgruppe Süd (Generalfeldmarschall von Rundstedt) mit der 11. Armee (Generaloberst von Schobert), 17. Armee (General von Stülpnagel), 6. Armee (Generalfeldmarschall von Reichenau), Panzergruppe 1 (Generaloberst von Kleist) und der Luftflotte 4 (Generaloberst Löhr). Der Angriff der Heeresgruppe Süd erfolgte aus dem südlichen Generalgouvernement in Richtung Kiew - Dnjeprbogen.
Nach Hitlers Plänen sollte der Rußlandfeldzug höchstens 5 Monate dauern. Die deutsche Wehrmacht wurde zunächst von der 3. und 4. rumänischen Armee unterstützt. Später nahmen außerdem noch verbündete Kampfverbände aus Finnland, Frankreich, Italien, Spanien, der Slowakei und Ungarn am Rußlandfeldzug teil.
Die sowjetischen Streitkräfte verfügten zum Zeitpunkt des deutschen Angriffes an der Westfront über 291 Divisionen und 94 Brigaden (x047/276) mit mindestens 4,7 Millionen Soldaten, 15.000 Panzern, 35.000 Geschützen und 9.000 Flugzeugen (Truppenstärke der sowjetischen Streitkräfte im Juni 1940: 134 Divisionen mit ca. 2,0-2,5 Millionen Rotarmisten).

30.05.1941

NS-Regime: Hans Frank fordert die versammelten SS-, SIPO- und SD-Führer am 30. Mai 1941 auf, den polnischen Widerstand im Rahmen einer allgemeinen "Befriedungsaktion" zu liquidieren (x092/903): >>Der Führer hat mir gesagt, was wir jetzt an Führungsschicht in Polen festgestellt haben, das ist zu liquidieren, was wieder nachwächst ist von uns sicherzustellen und in einem entsprechenden Zeitraum wieder wegzuschaffen. Wir brauchen diese Elemente nicht erst in die Konzentrationslager des Reiches abzuschleppen, sondern wir liquidieren die Dinge im Lande ...
Ich gestehen ganz offen, daß es einigen tausend Polen das Leben kosten wird, vor allem aus der geistigen Führerschicht ...
Meine Herren, wir sind keine Mörder.<<

Die polnische AK-Heimatarmee (AK = Armia Krajowa)

Die polnische AK-Heimatarmee (AK = Armia Krajowa) operierte zunächst hauptsächlich im Generalgouvernement. Diese polnische Untergrundarmee verfügte im März 1941 erst über ca. 54.000 Mitglieder, während es 1941/42 rund 150.000 und 1944 bereits mindestens 350.000 Widerstandskämpfer gab. Die polnische Widerstandsbewegung erhielt ihre Einsatzbefehle von der polnischen Exilregierung aus London (x064/155-156). Hauptaufgaben der polnischen Partisanen waren: Spionage, Sabotageakte und Attentate gegen die deutsche Besatzungsmacht.
Nach polnischen Aussagen werden die Partisanen sehr gründlich ausgebildet (x083/112-113): >>... Es gab auch Fachschulen im Land, in denen Jungen und Mädchen lernten, Granaten zu bauen, Züge zum Entgleisen zu bringen, Motorfahrzeuge kaputtzumachen, und in denen sie –

als eine Art akademischer Nebenzweig – die Organisation der Gestapo studierten, damit sie sie bekämpfen konnten. Ja, es gab Spezialistenkorps, deren einzige Aufgabe darin bestand, Zerstörung zu lehren. Die Schulen waren klein und konnten leicht den Standort wechseln. ...<<

Die polnische AK-Heimatarmee informiert die Londoner Exilregierung damals regelmäßig über die durchgeführten Sabotageakte in Polen (x064/156): >>Arbeitsergebnis ... für Oktober und November 1941 ... auf dem Gebiet des Generalgouvernements wurden 2 Bohrtürme stillgelegt, ein Bohrturm ist ausgebrannt, in Fabriken wurden 21 Maschinen beschädigt, 70.000 fehlerhafte Geschoßhülsen geliefert, 40 Züge zum Entgleisen gebracht, 480 Loks und 2.177 Waggons beschädigt, 35 t Öl verschmutzt, 13 Benzinkesselwagen abgelassen, eine Fabrik für Kriegsmaterial-Verpackung ganz abgebrannt, 4 verschiedene Fabriken, 3 Sägen, 1 Lebensmittellager in Brand gesteckt, 150 Waggons mit Holzwolle verbrannt, 374 Autos beschädigt und außerdem rund 10.000 kleinere Sabotageakte durchgeführt ...<<

Mai 1941

UdSSR: Die UdSSR verlagert etwa ab Mai 1941 in den folgenden 3 Monaten 1.360 Betriebe aus den kriegsbedrohten Gebieten nach Sibirien und errichtet dort nach dem deutschen Überfall (22.06.1941) weitere 2.250 Betriebe (x074/1.143).

03.06.1941

Großbritannien: Der britische Politiker Rhys Davies (1877-1954) erklärt am 3. Juni 1941 während der Jahresversammlung der Labour Party (x172/375): >>... Was Premier Winston Churchill kürzlich in einer Rede erklärte, daß es nämlich Millionen Deutsche gebe, "manche lassen sich kurieren, die anderen muß man massakrieren", ist vergleichbar mit Herrn Hitlers Einstellung gegenüber den Juden.<<

04.06.1941

Niederlande: Die Frankfurter Tageszeitung berichtet am 4. Juni 1941 über den Tod des letzten deutschen Kaisers (x1.035/…): >>**Nachruf auf Wilhelm II.**

Doorn, 4. Juni. (DRB) Der ehemalige Kaiser, Wilhelm II., ist heute Vormittag, um 11 Uhr 30, im 83. Lebensjahr gestorben.

Solange Wilhelm II. regierte, waren um ihn her funkelnder Glanz und die laute Pracht, die seiner Persönlichkeit nicht weniger als seiner fürstlichen Stellung waren; als nun sein Leben in der Stille eines holländischen Landhauses verlosch, geschah es nach über zwei Jahrzehnten der Einsamkeit und des Vergessens.

In dieser Zeit ist der letzte Kaiser den Blicken des Volkes ferner und ferner gerückt; immer größer wird die Schar derjenigen, die ihn kaum anders als aus Büchern und Erzählungen kennen. Doch der Abstand, den Zeit und Schicksal gelegt haben, hat auch manches Verwirrende und Zufällige von seinem Bild entfernt, und gewiß vermag man ihn bei seinem Tode klarer, gerechter, leidenschaftsloser zu sehen als zu der Zeit, da die Kämpfe an der Schwelle zweier Zeitalter noch seine Gestalt umtobten.

Begnadet mit vielen glänzenden Gaben des Geistes, bewunderungswürdigem Gedächtnis und nicht ohne Instinkt für das Wesentliche in politischen Machtentscheidungen, dazu beseelt von dem tiefen und ehrlichen Wunsch, sein Volk glücklich zu machen - so ist er, der Enkel Wilhelms I., nach drei Jahrzehnten der Höhe schließlich tief gestürzt.

Am Anfang steht die harte und freudlose Jugend in seinem Elternhause, in dem er nur noch mit Bitterkeit, ja mit Mißtrauen zu leben vermochte, am Ende der Zusammenbruch der Monarchie. Zwischen solchem Dunkel eingebettet liegt ein Zeit des Glanzes, der in den letzten Jahren schon umdüstert war von den schweren Schatten des Großen Krieges, von Sorgen und Zweifeln an sich selbst.

Aber das tiefe Gefühl von der Schicksalhaftigkeit dieses Lebens hat seine Begründung weniger in dem äußeren Ablauf als in den letzten Wurzeln seines Wesens gefunden.

Daß alle Anlagen des letzten Hohenzollernherrschers sich nicht zu der gleichmäßigen Harmonie verschmelzen mochten, die seinen weniger glänzenden Großvater zum ersten Regenten seiner Zeit gemacht hatten, daß eine so vieldeutige und vielschichtige, schwer bestimmbare und selten ganz enträtselbare Natur auf den Thron gelangte, daß hier seine echte, aber unruhige Sehnsucht immer wieder zusammenstoßen mußte mit der Realität des Daseins - das eben ist sein und unser Verdienst geworden.
Wilhelm II. hat in hunderten von Reden und mit frei geformten Wendungen, an deren bildhafter Kraft kein Zweifel ist, seine Zuhörer und die Nation ebensooft begeistert und befeuert wie enttäuscht und erbittert, er hat im persönlichen Verkehr Literaten und Industrielle, Deutsche und Franzosen, Monarchisten und Republikaner ebensooft bezaubert und gewonnen wie verwundert und zurückgestoßen, er hat in mancherlei politischen Entscheidungen mehr Weisheit bewiesen als seine Ratgeber - er hat sich geweigert, nach Tanger zu gehen, und hat dafür als Oberster Befehlshaber der Millionen deutscher Soldaten im September 1914 den leidenschaftlichen Wunsch nach jener Fahrt zur Front der Marneschlacht geäußert, die vielleicht den Krieg hätte wenden können - aber ihm hat dann doch die letzte Entschlußfestigkeit gefehlt, welche allein die Einsicht auch hätte durchsetzen können.
Er hat in solchen Fällen bewiesen, wie unsicher im Letzten jenes herrscherliche Selbstgefühl, jener mystische Glaube an die besondere Auszeichnung des Fürsten durch die Gnade Gottes gewesen ist.
Nicht ohne innere Bewegung vermögen die Nachlebenden zu sehen, wie lange der Kaiser sich aus seiner Kindheit manch jugendliche Züge, die rasche Entflammbarkeit und Hingegebenheit an schwer erreichbare Ziele, die Verkennung von Menschen und Umständen, bewahrt hat. Er hat den Frieden geliebt wie wenige, es war immer seine Sehnsucht, als Friedenskaiser zu regieren, aber er hat nicht bedacht, daß gerade jene Weltpolitik, die zu führen er so stolz war, das deutsche Volk in Konflikt mit anderen Mächten führen müsse.
Nicht sein Wille, sondern stärkere Kräfte als er, starke und fast unwiderstehliche Strömungen, von denen die ganze Welt erfüllt war, haben schließlich während seiner Regierung den Großen Krieg entfesselt.
Er hat das Schicksal seiner Zeit ebenso bestimmt, wie er von ihr getragen wurde; er hat Entscheidungen gefällt, die das Gesicht der Welt mit verändert haben, aber er war zugleich im Handeln und Wesen auch das Symbol des Zeitalters, das mit Recht das wilhelminische heißt: Heute ist es leicht zu sehen, wieviel Flitter in all der glanzvollen Herrlichkeit war. Aber wer heute richten will, darf darüber den Stuck nicht vergessen, mit dem der Bürger an seinen Häusern antike Ornamente vorzutäuschen suchte, den Goldschnitt seiner Klassikerbände, die er nicht las, und die großen sozialen Worte ohne soziale Taten.
Die Zwiespältigkeit seines Willens hat Wilhelm II. nie eindringlicher, nie folgenreicher erwiesen als in den unseligen Novembertagen des Jahres 1918, in dem ein mächtiges Schicksal eine mächtige Energie verlangte und nicht fand. Als der Kaiser über die Grenze ging, erhärtete er noch einmal die Redlichkeit seines Willens, die deutsche Nation glücklich zu machen: Ihr brachte er das schwer Opfer seiner Persönlichkeit, denn nur um ihr den Bürgerkrieg zu ersparen, hat er nach schwerem Gewissenskampf und nach dem Rat Hindenburgs seine Absicht aufgegeben, seinen ererbten Thron auch zu verteidigen.
Aber als er, der die Welt erzogen hatte, in ihm das Sinnbild des monarchischen Gedankens überhaupt zu sehen, nun als gebrochener und müder Mann im Kraftwagen über die Grenze fuhr, hat er dennoch gerade durch diese Handlung bewiesen, wie schwach und krank der Glaube an die immanente Macht des Königtums bereits in ihm geworden war. Als er die Grenze überschritt, nahm er den Mythos des Kaiserreichs mit sich hinüber. An diesem Tage zerbrach etwas in Deutschland, das nicht wieder neu zu bauen ist.
Seit dem November 1918 ist die Einsamkeit um den Kaiser gewesen. In dieser Zeit ist Wil-

helm II. ein stiller Mann geworden. Er hat es durch Ritterlichkeit der Gesinnung erleichtert, daß heute die Nation im Geiste der Versöhnlichkeit von ihm scheidet und daß sie noch einmal stärker als je die Schwere dieses Schicksals empfindet, das dem Kaiser viele glänzend Gaben des Geistes verlieh, nur um ihm die letzte, die stetige Sicherheit zu versagen, und das ihn auf die Höhe des Daseins stellte, um ihn so gewisser in die Einsamkeit zu stürzen.
Am Todestag von Wilhelm II. veröffentlichte die Frankfurter Zeitung, die Vorläuferin der heutigen Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ), einen bewegenden Nachruf auf Wilhelm II. Er ist insofern bemerkenswert, da es dem namentlich unbekannten Autor gelang, eine gewisse Sympathie für den verstorbenen Kaiser nicht verhehlen zu müssen - obwohl die gleichgeschaltete Presse der NS-Zeit eigentlich strikt monarchiekritisch zu sein hatte.
Die Frankfurter Zeitung hatte sich als einzige überregionale Zeitung eine gewisse geistige Unabhängigkeit bewahren können, wurde jedoch 1943 auf Veranlassung Hitlers verboten.<<
Der deutsche Historiker und Journalist Eberhard Straub berichtet später über den Tod des deutschen Kaisers Wilhelm II. (x1.035/…): >>**Der Tod Kaiser Wilhelms II.**
Der folgende Bericht stammt von einem bisher unbekannten Autor und ist eine Abschrift aus einem Privatbrief aus dem Jahre 1941, dem Todesjahr des Kaisers.
Nun komme ich endlich dazu, Ihnen einmal im Zusammenhang etwas zu schreiben über das Ende und die Beisetzung unseres so schnell heimgegangenen Kaisers. Allerdings nicht als Augen- und Ohrenzeuge, wohl aber nach Erzählungen von Zeugen und Teilnehmern, die nun aus Doorn zurückgekehrt sind. Es wird Ihnen wohl tun, daß ich zwei Tatsachen an die Spitze stellen kann, über die auch ich herzliche Genugtuung empfinde:
Der Kaiser ist, wie sich die Kaiserin Hermine ausdrückte, als wahrer Christ und Soldat, tapfer und ergeben, liebevoll bis zuletzt in die Ewigkeit gegangen. Die zweite Tatsache betrifft seine Beisetzung: alles, was ich von den verschiedensten Seiten darüber hörte, stimmt darin überein, daß diese Feier von höchster Würde war. Die Teilnehmer waren von ihr geradezu erfüllt.
Über die letzte Zeit des Kaisers hatte ich Ihnen bereits persönlich einiges mitgeteilt. Was ich weiter erfuhr, ist eine Ergänzung in manchem Punkte.
Jener plötzliche Schwächeanfall vom 1. März 1941 (ich sprach davon schon früher) war also wirklich der Anfang vom Ende. Dieser Anfall war nur kurz gewesen. Man meint, daß vielleicht der Witterungsumschlag dabei einen ungünstigen Einfluß geübt hätte. Besorgniserregende Anzeichen konnte der Leibarzt Dr. Saar jedoch nicht feststellen. Als sich Dr. Saar verabschiedete, brach Dr. Saar plötzlich vor den Augen des Kaisers zusammen, von einem Schlaganfall betroffen. Man brachte ihn sofort in das Krankenhaus nach Utrecht, wo er noch heute liegt und noch nicht die Sprache wiedergefunden hat.
Auf den Kaiser machte dieser Vorfall einen sehr starken Eindruck. Indessen besserte sich aber sein Zustand wieder. Da trat in der zweiten Hälfte des Mai eine Wendung ein. Der Kaiser konnte nicht mehr in seinen geliebten Park gehen und die wundervolle Blütenpracht draußen nicht mehr genießen. Wahrscheinlich begünstigt durch den Mangel an Bewegung nahm ein Darmleiden, das sich eingestellt hatte, seinen Verlauf. Endlich rief Kaiserin Hermine die Familie herbei.
Die Kinder kamen, um bei dem Kranken nicht aufzufallen, einzeln, als Pfingstbesuch. Am 27. (Mai) trat eine überraschend deutliche Besserung ein, so daß die Seinigen beruhigt wieder abreisen konnten. Nur die Herzogin Victoria Luise, die so lange nicht in Doorn war, wollte bei ihrem Vater bleiben. Am 3. Juni vormittags konnte von weiteren Fortschritten berichtet werden. Natürlicher Schlaf und Nahrungsaufnahme hoben sich. Alle glaubten, daß der Kaiser nunmehr langsam seiner Genesung entgegengehe.
Aber an diesem selben Tage abends, 6 Uhr, meldeten sich ganz unvermittelt überaus bedrohliche Anzeichen. Sehr schmerzhafte Atembeschwerden stellten sich plötzlich ein. Die Temperatur stieg. Kaiser Wilhelm mußte nun damit rechnen, daß sein Ende nahe sei. Er ließ durch die

Krankenschwester die Kaiserin ans Bett rufen, und nun nahm der Kaiser ganz in der alten feinen ritterlichen Weise, mit der er im Leben immer den Frauen gegenübertrat, Abschied von seiner Gemahlin und dankte ihr für alles, was sie ihm in den nunmehr 18 Jahren seiner zweiten Ehe gegeben habe.
Als dann seine Tochter, die Herzogin Victoria Luise ans Bett trat, war der Kaiser schon in Bewußtlosigkeit verfallen. Siebzehn Stunden lebte er noch, ohne jedoch noch einmal zum Bewußtsein zu kommen. In diesen bangen Stunden blieb Herzogin Victoria Luise dauernd bei ihm und ließ die Hand nicht von seinem Pulse. Am Mittwoch, dem 4. Juli vormittags um 11.30 Uhr, verschied der Kaiser infolge einer Lungenembolie. Er starb, so erzählte sein Flügeladjutant Graf von Moltke, im festen Glauben an den Erlöser. Sein letzter Gedanke galt dem heiß geliebten Vaterland.
"Der Kaiser hatte selbst darüber verfügt, daß er zunächst in der kleinen Kapelle im Park beizusetzen sei."
Über die Beisetzung konnte ich mit verschiedenen Teilnehmern an der Feier sprechen.
Der Kaiser hatte selbst darüber verfügt, daß er zunächst in der kleinen Kapelle im Park beizusetzen sei. Zugleich hatte er einen Platz bestimmt, auf dem später eine kleine Gruftkapelle errichtet werden soll. Es ist dies ein schön gelegenes Plätzchen, denn unter seinen Bäumen, inmitten seiner Blumenanlagen wollte er einmal liegen.
Für die nächsten Angehörigen und die Nächstbeteiligten stand auf dem Potsdamer Bahnhof in Berlin am Sonntag, den 8. Juni, abends 7.05 Uhr, ein Sonderzug bereit, dem, von Stettin kommend, ein dem Generalfeldmarschall von Mackensen gestellter Salonwagen angehängt war. Unterwegs hatte der Zug wegen Fliegeralarm bei Hagen eine Stunde unfreiwillig Aufenthalt. Frühmorgens kam der Zug in Utrecht an. In bereitstehenden Kraftwagen wurden die Herrschaften sofort nach Doorn gebracht. Eine große Menschenmenge säumte dort die Straßen.
Es war ein trauriger Einzug in Haus Doorn. Im Eßzimmer stand der Sarg, bedeckt mit der Kaiserstandarte, inmitten einer Fülle kostbarster Kränze und Blumen aufgebahrt. Die Söhne und Enkel des Kaisers bildeten eine Ehrenwache um den Sarg. Allmählich fanden sich die anderen Damen und Herren der Familie hier zusammen. Rechts vom Sarge saßen die Kaiserin Hermine und die Prinzen und Prinzessinnen des Königlichen Hauses, auf der anderen Seite u. a. Feldmarschall von Mackensen, Offiziere als Vertreter des Königs von Bulgarien und des ungarischen Reichsverwesers von Horthy.
Alle anderen Gäste versammelten sich im Vestibül, darunter auch der General d. J. Reinhard, der für den Reichskriegerbund gekommen war (dafür fanden in den Kriegervereinen, wie ich wieder von anderer Seite hörte, keine Gedenkfeiern statt). Ich selbst kann diese Angaben nicht feststellen. Punkt 11 Uhr begann die Trauerfeier, die sehr kurz und sehr schlicht war.
Hofprediger Dr. Doehring sagte nach einer ganz kurzen Einleitung, daß der Kaiser bestimmt habe, daß über ihn selbst nichts gesagt werden dürfe, daß allein Gottes Wort zu der Trauergemeinde sprechen solle, und zwar durch eine Reihe von Bibelstellen, die Seine Majestät selber festgelegt habe. Diese Schriftverlesungen nahm Dr. Doehring nunmehr vor. Ich hätte sie Ihnen gern hier angegeben, aber auf meine Bitte an Herrn Dr. D. habe ich bis jetzt keine Antwort erhalten können. Mit Gebet schloß die Feier.
Nunmehr wurde der Sarg hinausgetragen. Der Kaiser verließ für immer das Haus, das ihm so viele Jahre Heim gewesen war, Heim in der Fremde. Über die bekannte Freitreppe hinunter ging es. Man hob den Sarg auf den Kraftwagen des Kaisers. Das unter dem Befehl des Obersten von Gersdorff aufmarschierte Ehrenbataillon aus allen drei Wehrmachtteilen präsentierte und die Musik stimmte den alten Choral an: "Jesus meine Zuversicht und mein Heiland ist im Leben"
Dann bildete sich der Trauerzug und der Wagen, begleitet von einer großen Schar, fuhr den

alten Herrn die letzte Fahrt zur ewigen Ruhe. Die Spitze des Zuges bildete Admiral Eschenburg. Dann folgten 4 Soldaten mit dem riesigen Führerkranz aus Maiglöckchen und weißen Rhododendron, dann die Kränze der Kaiserin und des Kronprinzen und der übrigen Familienmitglieder.
Ferner die Kränze der Oberbefehlshaber der drei Wehrmachtsteile, des Chefs des Oberkommandos der Wehrmacht, der verschiedenen Abordnungen, der Dienerschaft (einige der ältesten Getreuen unter ihnen waren gekommen) usw. Hierauf folgte General Graf von der Goltz, der den Marschallstab des Kaisers trug, dann der langjährige Flügeladjutant, der dem Kaiser bis zum Tode zur Seite gestanden hat, Graf Moltke, mit dem großen Ordenskissen.
Dahinter Hofprediger Dr. Doehring, dann der Wagen mit dem Sarge, neben dem der alte Leibdiener schritt. Den Zipfel des Bahrtuches hielten: der Generalbevollmächtigte des Königlichen Hauses, General von Dommes, der Flügeladjutant, Major Freiherr von Sell, der frühere Flügeladjutant, Oberstleutnant Hönes, Flügeladjutant Hauptmann von Ilsemann.
Unmittelbar hinter dem Sarge schritten der Kronprinz mit der Kaiserin, denen sich der engere Familienkreis anschloß. Prinz Adalbert führte die Herzogin Victoria-Luise, Prinz Eitel Friedrich die Kronprinzessin, Prinz August Wilhelm die Landgräfin von Hessen (die letzte noch lebende Schwester des Kaisers), Prinz Louis Ferdinand die Prinzessin Cecilie, Prinz Oskar die Prinzessin Heinrich, Schwägerin des Kaisers, Herzog Ernst August die Prinzessin Kyra, Prinz Franz Josef die Prinzessin Waldemar, Prinz Hubertus die Prinzessin Biron von Kurland (Tochter des Prinzen Oskar, Herzeleide), Prinz Burchard die Prinzessin Christoph, Prinz. Welf Heinrich die Frau Erbprinzessin Salm.
Ferner sah man den Fürsten von Hohenzollern, den Prinzen Friedrich Karl, von den Kindern der Kaiserin Hermine deren jüngste Tochter Prinzessin Henriette (Gemahlin des Prinzen Franz Josef) und Prinz Hans Georg von Schönaich-Carolath. Auch das Haus des Grafen Bentink war vertreten, das dem Kaiser einst in Holland zuerst seine Pforte aufgetan hatte. Die Frau Prinzessin Oskar konnte an der Feier nicht teilnehmen, da sie sehr krank in Blankenburg (Harz) liegt. Die Ortsgemeinde Doorn, die immer in angenehmsten Beziehungen zu Kaiser Wilhelm stand, war durch ihren Bürgermeister, Dr. Nagel, vertreten.
Die Gemeinde hatte als letzten Gruß die Grabenbrücke im Hause Doorn, die der Trauerzug passierte, mit Blumen schmücken lassen. Hinter der Familie ging Dr. Seyß-Inquart, der Vertreter des Führers, der deutsche Gesandte Dr. Bene, Generalleutnant Reuter, Generalfeldmarschall von Mackensen in seiner alten Husarenuniform.
Dann folgten die Vertreter der Oberbefehlshaber der Wehrmachtsteile, General der Flieger Christiansen, Admiral Densch (für die Kriegsmarine), Generaloberst Haase (für den Oberbefehlshaber des Heeres), Admiral Canaris (für den Chef des Oberkommandos der Wehrmacht). Diesen folgten die Herren des alten Heeres und der alten Marine und viele andere Trauergäste, auch viele Holländer. Während des Trauerzuges spielte die Musik "Wenn ich einmal soll scheiden, dann Harre meine Seele".
An der Kapelle empfing den Zug das Ehrenbataillon und die Musik ließ das alte Lutherlied "Ein feste Burg ist unser Gott" erklingen, in das die ganze Versammlung einstimmte. Wiederum traten die Söhne und Enkel in die Kapelle und bildeten die Ehrenwache. Der Kronprinz trat mit Ihrer Majestät und dem Generalfeldmarschall von Mackensen ebenfalls ein und dann nahm Hofprediger Dr. Doehring die Aussegnung vor. Danach griff er eine goldene Schale mit deutscher Erde gefüllt und schüttete sie über den Sarg des in der Fremde gestorbenen Deutschen Kaisers.
Es war Potsdamer Erde und Dr. Doehring brachte sie als einen Gruß der im Tode vorangegangenen Kaiserin Auguste Victoria. Mein Freund, der mir diese Szene erzählte, fügte hinzu, es sei dies für ihn und alle, die es sahen, der ergreifendste Vorgang gewesen und in vieler Männer Augen blitzten Tränen. Auch als im Hause der alte Mackensen vortrat, den Sarg seines

alten Preußenkönigs und kaiserlichen Herrn zärtlich streichelte, war alles auf das Tiefste ergriffen. Der Marschall blieb in stillem Gebete vor dem Sarge. Draußen vor der Kapelle erklang die Retraite, sie schloß mit dem Choral "Ich bete an die Macht der Liebe".
Und damit war die Feier für Kaiser Wilhelm II. beendet, schlicht, militärisch kurz, preußisch sachlich, und doch von hoher Würde. Die Truppe marschierte ab mit dem Yorkschen Marsch. Dann begaben sich die Trauergäste ins Haus zurück, wo die kaiserliche Familie die Beileidsbekundungen entgegennahm.
Der Sonderzug verließ am Abend wieder Utrecht und traf nach einer zweiten Reisenacht pünktlich wieder in Berlin ein. Park und Gärten von Haus Doorn lagen in unbeschreiblicher Frühlingsherrlichkeit. Über der ernsten Feier strahlte in ungetrübter Schönheit der blaueste Himmel … Hohenzollernwetter! … Kaiser Wilhelm ruht aus.
"Trotz einiger Uniformen und Würdenträger der alten Zeit und der neuen Ära (III. Reich] handelte es sich um das Begräbnis eines aufrechten Christen, der auf Gott als seine feste Burg vertraute und nicht auf den Führer hin zu einem neuen, heidnisch-gottlosen Deutschland.
In schlichten Formen wurde Wilhelm II. bestattet, der in ein Reich hinüberwechselte, in dem alle gleich sind. Nicht der Kaiser, der König, Herzog oder Markgraf wurde noch einmal gewürdigt und gefeiert. Es war der Sünder, der nun in den splendor veritatis eintrat, in den Glanz der Wahrheit, wie der König und Kaiser Wilhelm II. zuversichtlich hoffte."
- Dr. Eberhard Straub in "Kaiser Wilhelm ii. in der Politik seiner Zeit. Die Erfindung des Reiches aus dem Geist der Moderne", Berlin 2008, S. 332<<
Der deutsche Philosoph Erik Lehnert berichtet später über Kaiser Wilhelm II. und das NS-Regime (x1.035/…): >>**Wilhelm II. und der Nationalsozialismus**
Die Kritik am Kaiser
Im dritten Band seiner Biographie über Wilhelm II., erschienen im Herbst 2008, stellt John C. G. Röhl die Frage: "Wie hielt es Kaiser Wilhelm II. mit dem Nationalsozialismus?" und vermutet, daß die "Quellen keine beruhigenden Antworten enthalten" würden.
Auf 27 (von 1.326) Textseiten lesen wir dann, daß der Kaiser die NS-Bewegung unter dem Aspekt der Wiedererrichtung der Monarchie bewertet und die deutschen Erfolge bei der Beseitigung des Versailler Vertrages sowie die militärischen Siege über Polen und Frankreich begrüßt habe. Als Belegstellen für Wilhelms Nähe zum Nationalsozialismus präsentiert Röhl vor allem die Briefe Wilhelms an seine Schwester, die Landgräfin Margarethe von Hessen, die Eskapaden seines Sohnes August Wilhelm, der der NSDAP beitrat, sowie die Äußerungen seiner zweiten Frau Hermine, die Hitler offenbar sehr verehrte.
"Die Führer der nationalsozialistischen Republik unterscheiden sich von den bisherigen dadurch, daß sie noch radikaler sind als die Novembermänner, nur haben sie sich den Mantel Friedrichs des Großen umgehängt. Alles wird von den Leuten ja beseitigt: die Fürsten, der Adel, die Offiziere, die Stände usw.; aber das wird sich rächen, man wird die einzige Fahne, die sie noch übriggelassen haben, die mit dem Hakenkreuz, noch einmal verfluchen, und die Deutschen selber werden sie eines Tages verbrennen."
- Wilhelm II. am 7.9.1933
Die Tatsachen
Das Thema Wilhelm II. und der Nationalsozialismus könnte man mit dem Hinweis auf das fortgeschrittene Alter des Kaisers und den Zeitgeist, der auch vor ihm nicht haltgemacht hatte, abtun oder, was die Zeit der Weimarer Republik betrifft, darin eine naive Suche nach Bundesgenossen zur Wiedererrichtung der Monarchie sehen.
Statt dessen reiht sich Röhl mit seiner Methode, private Briefe als öffentliche Sendschreiben zu behandeln, in die Phalanx derer ein, die Wilhelm II. für den Nationalsozialismus mitverantwortlich machen wollen. Da sich diese Beziehung durch die Quellen nicht decken läßt, gibt

es in der Literatur, ob Wissenschaft oder Feuilleton, vor allen Dingen Andeutungen: "Der Mann, der sich für das Werkzeug der Vorsehung hielt, war hoffnungslos überfordert, eitel und anmaßend, ein ewiger Leutnant, und am Ende ein nationalistischer Kindskopf. Aber ein Hitler war er nicht."
Was im ersten Moment wie ein Freispruch klingt, ist ein geschickter Versuch, eine Ahnenreihe herzustellen: Wilhelm II. war nicht Hitler, aber er steht ihm so nahe, daß man auf die Idee kommen könnte, es handle sich um ein und dieselbe Person. Jedoch könnten Person als auch Weltanschauung kaum unterschiedlicher sein.
Weltanschauung ist die "eine Person beherrschende Art der Selektion und Gliederung, in der sie die puren Weisheiten der physischen, psychischen oder idealen Dinge faktisch in sich aufnimmt, gleichgültig ob und wie sie dies reflexiv weiß oder nicht."
Sie bestimmen das Handeln des Menschen und sind damit Ausdruck der Persönlichkeit. Wilhelm II. und Adolf Hitler, der für die Weltanschauung des Nationalsozialismus zweifellos die maßgebliche Instanz ist, waren Personen des öffentlichen Lebens, so daß das was sie öffentlich sagten, auch im Hinblick auf die momentane Wirkung sagten. Dennoch lassen sich bei beiden weltanschauliche Kerngedanken herausstellen, die für ihr Denken und Handeln maßgeblich waren. Für Hitler lauteten diese: Revolution, Partei, Volksgemeinschaft und Rasse. Für Wilhelm II.: Dynastie, Staat, Hierarchie und Gott.
Hitler selbst sprach von der "völkischen Weltanschauung", deren organisatorische Erfassung das Programm der NSDAP sei. Er bewertete historische Revolutionen positiv und sprach der Revolution von 1918 die Eigenschaft einer solchen ab. Eine führende Position war für ihn nur auf diesem Wege zu erlangen.
Aus diesem Grund wurde beispielsweise seine Abneigung gegen das faschistische Italien und das Franco-Spanien immer größer. In diesen Ländern hatte keine Revolution stattgefunden, die alten Eliten, König, Kirche und Militär bestimmten weiterhin das Geschehen. In Spanien hätten sich ausgerechnet die "Pfaffen und Monarchisten, die auch die Todfeinde des deutschen völkischen Aufbruchs seien" zusammengefunden.
Hitler ersetzte den Staat in leninistischer Manier durch die Partei. Der Staat hat keine selbständige Bedeutung mehr, sondern "er ist auch nur ein Mittel zur Volkserhaltung". Da Hitler legal, auf demokratischem Wege zur Macht gekommen war, hielt er an der Legitimation durch das Volk, in Form von Abstimmungen und Kundgebungen, fest. Ein zentraler Gedanke war der der Rasse und der sich daraus ergebenden Konsequenz eines naturalistischen ewigen Kampfes der höheren gegen die minderwertigen Rassen, in dem jedes Mittel erlaubt sei.
Demgegenüber kann man bei Wilhelm II. von einer Grundkonstellation ausgehen, die sich als "dynastische Weltanschauung" umschreiben läßt. Als Nachfahre des Großen Kurfürsten und Friedrich des Großen war sich Wilhelm über seine Verantwortung der Vergangenheit gegenüber bewußt.
Er konnte sich maximal Modifizierungen des Jetztzustandes vorstellen, eine Revolution mußte er ablehnen, weil sie sich gegen ihn selbst als Repräsentant der überlieferten Ordnung richten würde. "Ich war und bin für einen fortschreitenden Konservativismus, der das Lebensfähige konserviert, das Überalterte abstreift und das brauchbare Neue annimmt."
Zu dem unveräußerlichen Bestand gehörte der Staat, ohne den Herrschaft nicht möglich zu sein schien, der den Rahmen für eine gerechte Herrschaft bildete. In diesem Staat gab es eine beinah ständisch gegliederte Gesellschaft, in der ein jeder seinen Platz hatte. Die sozialen Grenzen waren fest, gewährten aber eine leistungsorientierte Durchlässigkeit. Die Ordnung mit all ihren Facetten war gottgewollt. Mit Gott war bei Wilhelm II. nicht eine Leerformel wie Schicksal oder Vorsehung gemeint, sondern der persönliche Gott des Christentums.
Wilhelm II. interpretierte den Nationalsozialismus anfangs allerdings zeitweise falsch, indem er Nebensächlichkeiten zur Hauptsache erklärte und an ihm zumindest begrüßen konnte, daß

der NS die Weimarer Republik abschaffen wollte, was damals über viele Parteigrenzen hinaus Konsens war. Daß es noch etwas anderes außer Parlamentarismus und Monarchie geben könnte, wollte sich Wilhelm nicht vorstellen.
Nach 1933, als die Möglichkeit hätte Wirklichkeit werden können, war schnell klar, daß es keine Gemeinsamkeiten geben würde. Die programmatische Rede Hitlers am 30. Januar 1934 interpretierte Wilhelm als "Kriegserklärung an das Haus Hohenzollern und das deutsche Kaisertum".
Hitler wollte die Monarchie nicht wieder einführen, verbot die monarchistischen Verbände und liquidierte am 30. Juni 1934 Teile der konservativen Elite. Die Zeugnisse von Hans Blüher und Reinhold Schneider zeigen deutlich, wie Wilhelm die Bewegung nach 1934 einschätzte und er sich keinen Illusionen mehr hingab, was seine Wiedereinsetzung als Kaiser betraf.
Wilhelm II. lag, abgesehen von dieser kurzzeitigen Hoffnung, auf der Linie Spenglers, der im NS unfähige Emporkömmlinge ("Flachköpfe") zur Macht gelangen sah.
Hitler distanzierte sich zunächst öffentlich vom Kaiser: "Ob wir tausendmal gegen die Regierungsart Wilhelms II. aufgetreten sind, für die Marxisten gelten wir dank ihrer Lügenpresse als reaktionäre Monarchisten …" Erst als Hitler die Nähe zu Hugenberg suchte und sich zur Legalität bekannte, entstand ein pragmatisch bestimmtes Verhältnis. Aus strategischer Rücksichtnahme ließ er es nicht zum Konflikt kommen.
Auf die Hoffnungen des Kaisers ließ er ausweichende Antworten ausrichten, in Mein Kampf behandelte er ihn recht milde und wirft ihm lediglich vor, die Herrschaft des Geldes, die in Hitlers Augen allerdings den "rassischen Verfall" besiegelte, befördert zu haben: "Seine Majestät der Kaiser handelte unglücklich, als er besonders den Adel in den Bannkreis des neuen Finanzkapitals hineinzog."
Nach Rosenberg ist der "alte Nationalismus tot". Er zerbrach am 9. November 1918, "als seine Träger und Vertreter vor einigen Haufen Deserteuren und Zuchthäuslern davonliefen." Hitler entschied sich in dieser Phase lieber für einen Freund als einen Gegner mehr, zumal der Kaiser durchaus noch über eine Anhängerschaft verfügte. Nach der Machtergreifung freilich gibt es für Hitler keinen Grund zur Rücksichtnahme mehr und er macht aus seiner Ablehnung einer Restauration keinen Hehl.
Angesichts der Unterschiede zwischen den Weltanschauungen des NS und Wilhelms II. und ihrer gegenseitigen Ablehnung muß die immer wieder suggerierte Nähe zwischen beiden verwundern. Folgende Annahmen liegen dieser Behauptung zu Grunde.
1. Innerhalb der NSDAP gab es Kritik an Hitler, die sich nach dessen "Rechtsschwenk" äußerte und Hitler vorwarf, die Revolution an die Reaktion zu verraten. 1931 erschien unter dem Pseudonym Weigend von Miltenberg (hinter dem sich der Nationalbolschewist Herbert Blank verbarg) das Buch Adolf Hitler - Wilhelm III., das dieser Haltung Ausdruck verlieh und bis 1932 vier Auflagen erlebte.
2. Der "Tag von Potsdam" am 21. März 1933 wurde von den Nationalsozialisten als Stabübergabe des alten Reiches an das neue inszeniert, was von Wilhelm II. repräsentiert wurde. Dieser war allerdings nicht anwesend, sein Stuhl blieb leer.
3. Seit Ausbruch des Zweiten Weltkriegs lautete eine Strategie des NS, eine Kontinuität zum Ersten Weltkrieg herzustellen und den Zweiten dadurch zu rechtfertigen: "Pausenlos wiederholten die Nationalsozialisten Motive und Visionen des wilhelminischen Imperialismus, die für eine Kontinuität des deutschen Geschichte von Wilhelm II. zu Hitler zu sprechen schienen."
4. Der Tod des Kaisers 1941 gab den Nationalsozialisten Gelegenheit, zwischen dem Abstieg des Kaisers seit 1918 und dem Aufstieg Hitlers einen Zusammenhang zu konstruieren. Hitler plante angeblich, die Beerdigung des Kaisers in Berlin vorzunehmen, um sich als Nachfolger

zu inszenieren.
5. Das Ausland nahm diese Interpretation dankbar auf: Hitler und Wilhelm II. waren dabei austauschbar. Deutschland wurde an beiden Weltkriegen die Alleinschuld gegeben, in den Deutschen so etwas wie eine angeborene Kriegslüsternheit und Freude an der Tyrannei über Europa ausgemacht. So ließ sich die Linie von Wilhelm II. zu Hitler leicht ziehen, und deshalb wurde 1947 Preußen beseitigt.
6. Hitler gilt bis heute, obwohl eingehende Untersuchungen, wie die von Zitelmann, das Gegenteil unwidersprochen belegt haben, als rechts. So besteht für die heutige Geschichtswissenschaft die Möglichkeit, beide, denn Wilhelm II. war nach heutigen Maßstäben zweifellos rechts, in eine politische Ecke zu stellen.
7. Nach marxistischer Auslegung sind Faschismus und NS (zwischen denen nicht differenziert wird) eine Reaktion der herrschenden Schichten, wenn ihre Herrschaft in Frage gestellt wird: "Faschismus ist die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals."

Fazit

Die Konstruktion einer engen Beziehung oder gar weltanschaulichen Übereinstimmung zwischen Wilhelm II. und dem Nationalsozialismus bzw. Adolf Hitlers liegt demnach mangelndes Differenzierungsvermögen zugrunde, das dem Historischen Materialismus verhaftet ist, der Selbstinterpretation Hitlers folgt und das Selbstverständnis Wilhelms II. ignoriert.<<

Justus Burgdorf berichtet später über Kaiser Wilhelm II. und die Juden im Deutsche Reich (x1.035/…): >>**Der angebliche Antisemitismus Wilhelms II.**

Die Kritik am Kaiser

Gerade im Hinblick auf die spätere Entwicklung in Deutschland wird von einigen Autoren die Ansicht vertreten, der Antisemitismus des Dritten Reiches stelle nur den Gipfel einer kontinuierlichen Entwicklung deutscher Geschichte dar, und Judenfeindlichkeit sei bereits ein "zentrales Element" in der Weltanschauung Kaiser Wilhelms II. gewesen. Diese Behauptung ist bei einer objektiven Betrachtung nicht haltbar.

Die Tatsachen

Zurecht nehmen die kritischen Stimmen Bezug auf die Rolle des Berliner Hofpredigers Adolf Stoecker, der seine Predigten mit christlichem Sozialismus und Antisemitismus pfefferte. Zu einem Zeitpunkt, als Kaiser Wilhelm I. (der Großvater Wilhelms II.) alt und der Kronprinz Friedrich (der Vater Wilhelms II.) krank war, wurde der junge Prinz Wilhelm als Mann der Zukunft von vielen Seiten umschmeichelt, ohne daß jemand darüber wachte.
So wurde er auch von Stoecker umworben, dem schließlich Bismarck entgegentrat. Durch die empfundene Bevormundung Bismarcks widerspenstig geworden, ließ Wilhelm sich zu der Äußerung hinreißen, als späterer Kaiser dem Einfluß der jüdischen Presse Einhalt gebieten zu wollen.
Der Einfluß Stoeckers ließ jedoch bald nach, und Wilhelm II. war während seiner Regierungszeit frei von Antisemitismus. Schließlich mußte Stoecker im November 1890 aufgrund seiner antisemitischen Äußerungen auf Veranlassung des Kaisers seinen Platz als Hofprediger räumen.
Das Emporkommen der patriotischen Bewegung, die auch im Flottenverein ihren Ausdruck fand, wurde vom Kaiser toleriert, ohne daß er jedoch etwas für den Rassismus vieler Alldeutscher übriggehabt hatte. Über diese sagte Wilhelm, sie seien unfähig, konstruktive Gedanken zu entwickeln.
Daß Wilhelm II. sich gar um die Sicherheit der deutschen Juden sorgte, deren Situation im übrigen weit günstiger war als die der Juden in Frankreich oder Rußland, geht aus seiner Äußerung hervor, er befürchte angesichts der öffentlichen Stimmung, daß es auch in Deutschland zu Pogromen kommen könnte.

In diesen Zusammenhang ist auch Wilhelms Zusammentreffen mit dem österreichischen Zionisten Theodor Herzl einzuordnen. Wilhelm stand Herzls Plan, eine jüdische Kolonie in Palästina zu errichten, nicht ablehnend gegenüber, weil er wußte und befürchtete, daß es immer wieder zum Antisemitismus kommen drohte, wenn die Minorität der jüdischen Bevölkerung ein bestimmtes Verhältnis zu den übrigen Einwohnern des Landes überschritt.
Ein solcher Plan ist dann niemals verfolgt worden, aber die Motive dieser Idee sind keine antisemitischen gewesen. Befürworter der Antisemitismusthese wollen hier gar einen Vorboten späterer Deportationen sehen. Dieses läßt sich aber nicht in die Äußerungen des Kaisers hineininterpretieren. Schließlich stellte Wilhelm II. anläßlich der Dreyfus-Affäre in Frankreich mit Entsetzen fest, daß die "Hydra des rohesten, scheußlichsten Antisemitismus" überall "ihr greuliches Haupt" erhebe.
Wilhelm II. hatte zahlreiche jüdische Freunde. Zu nennen sind Albert Ballin, der die Schiffslinie Hamburg-Amerika besaß, und Emil Rathenau. Diese zählten zu den sogenannten "Kaiserjuden", wie sie teilweise verächtlich genannt wurden. Dies änderte jedoch nichts an der Freundschaft Kaiser Wilhelms II., was illustriert, daß er sich auch von den Strömungen des Zeitgeistes hier nicht beeinflussen ließ. Viele jüdische Wissenschaftler wurden von ihm zu Professoren ernannt.
Auch Fürst zu Eulenburg, lange Zeit engster Vertrauter Wilhelms II., hatte jüdische Freunde; gleichwohl teilte er Vorurteile gegenüber den Juden. Weder ihm, noch dem Schwiegersohn Richard Wagners, Houston Stewart Chamberlain, gelang es, den Kaiser von diesen Vorurteilen zu überzeugen; Wilhelm II. besaß die Fähigkeit, aus dem, was man ihm sagte, das herauszuhören, was ihm behagte, und den Rest zu ignorieren.
Anläßlich eines dem Kronprinzen zugesandten Verfassungsentwurfs mit starken antisemitischen Tendenzen und der Vorstellung, die Juden sollten aus dem Deutschen Reich vertrieben werden, äußerte der Kaiser mit Verachtung: "Wir würden unserem Nationalwohlstand und Erwerbsleben einen Schlag versetzen, der uns auf den Zustand vor 100 Jahren zurückwerfen und zugleich aus der Reihe der Kulturnationen ausscheiden würde."
1907 machte der Kaiser den Juden Bernhard Dernburg (1865-1937), den Leiter der Darmstädter Bank, zum Direktor des Kolonialamtes. Der Kaiser mochte den energischen Mann, der es verstand, eine von Aktenstaub freie Luft in das Amt zu bringen, auch wenn dieser sich in höfischer Sitte bisweilen unerfahren zeigte. Diese Ernennung empfanden weite Kreise in Deutschland als einen Affront; auch bei seinem ersten Auftritt vor dem Reichstag stieß Dernburg auf heftige Opposition. Er aber verstand es, durch seine Leistung nach kurzer Zeit allgemeine Achtung zu gewinnen.
1912 wurde in Charlottenburg die größte Synagoge Berlins eingeweiht (sie bot 2000 Personen Platz). Wilhelm II. hatte für den Trausaal der Synagoge Kacheln gestiftet und stattete ihr kurz nach der Eröffnung einen Besuch ab.
Im Sommer 1916 ging Wilhelm II. entschlossen gegen die sogenannte "Judenzählung" in Teilen des deutschen Heeres vor. Hinter der Initiative einer Zählung aller Heerespflichtigen auf Basis ihres Glaubens generell und einer Aufschlüsselung der jüdischen Soldaten nach Einsatzort (Frontdienst, Nachschub, Verwaltung) im speziellen standen antijüdisch eingestellte "Alldeutsche" wie Ferdinand Werner, die mit der Zählung angebliche "jüdische Drückebergerei" nachweisen und gesellschaftlichen Unfrieden stiften wollten.
Wilhelm II. ließ sowohl den Initiator der Zählung, der die Eingabe im Parlament machte, als auch den zuständigen Kriegsminister Adolf Wild von Hohenborn, in dessen Verantwortungsbereich die Erhebung lag, noch vor dem Stichtag der Zählung an die Front versetzen.
Die geforderte "Judenzählung" führte im Deutschen Reich zu einer Welle von Protesten, vor allem Nationalliberale und Sozialdemokraten waren entsetzt über dieses Vorgehen.
Insgesamt dienten im Ersten Weltkrieg 100.000 jüdische Soldaten in der deutschen Armee.

Bis November 1918 waren davon 12.000 gefallen. Bis zum Sommer 1916 wurden 8.500 Eiserne Kreuze zweiter Klasse und 900 erster Klasse als Tapferkeitsauszeichnung an Juden verliehen.
Erst im Exil ließ Wilhelm II. sich zunächst zu vereinzelten judenkritischen Äußerungen hinreißen. Daß diese jedoch kein geschlossenes Weltbild darstellten, läßt sich schon daraus schließen, daß Wilhelm in Enttäuschung und Ärger über den Verlauf der Geschichte wechselnd Juden, die Polen in Ostpreußen und die Franzosen in Elsaß-Lothringen anklagte. Hieraus läßt sich höchstens Verbitterung über den Verlust der Monarchie lesen.
Deutlichster Beweis gegen die Antisemitismusthese ist die Reaktion Wilhelms II. auf die "Reichskristallnacht" vom 9. November 1938. Er sprach von "Schande", von "Gangstertum" und erklärte, "die alten Offiziere und alle anständigen Deutschen müßten protestieren."
Ebenfalls äußerte er: "Zum ersten Mal schäme ich mich, ein Deutscher zu sein."
An die englische Queen Mary schrieb er: "Ich bin vollkommen entsetzt über die jüngsten Ereignisse zu Hause!"

Fazit

Kaiser Wilhelm II. kann nach den hier zusammengetragenen Fakten folglich nicht als Antisemit bezeichnet werden. Vor allem war ihm eine rassenideologische Betrachtungsweise wie später im Dritten Reich völlig fremd.
Befürworter der Antisemitismusthese beziehen sich im Wesentlichen auf seine verbitterten Äußerungen im Exil, die keine generellen Schlüsse zulassen, und sie lassen gleichzeitig seine immerhin 30jährige Regentschaft, die durchaus als Protektorat für die Juden in Deutschland aufgefaßt werden kann, außerhalb der Betrachtungen.

Zitat

"Eduard Arnhold ist 1913 am Gipfel seines gesellschaftlichen Aufstiegs angelangt, durch den Kohlehandel zu Reichtum gekommen, sitzt er inzwischen im Aufsichtsrat der Dresdner Bank und wird 1913 als erster und einziger Jude von Wilhelm II. in das preußische Herrenhaus berufen - auch geadelt sollte er werden, doch das lehnte Arnhold ab.
Sein Geld investiert er fast ausnahmslos in Künstler und in Kunst, er ist mit James Simon der große bürgerliche Kunstmäzen, der dem preußischen Staat etwa 1913 die Villa Massimo in Rom als Kulturinstitut stiftet. Sein eigenes Haus in der Tiergartenstraße ist die souveräne Geschmacks- und Machtdemonstration eines "Kaiserjuden", wie der spätere israelische Staatspräsident Chaim Weizmann eine Gruppe prominenter Berliner Juden, darunter James Simon, Albert Ballin und Walther Rathenau, wegen ihrer Nähe zu Wilhelm II. despektierlich nannte."
- Florian Illies: 1913. Frankfurt 2012, S. 184<<

05.06.1941

UdSSR: Michail Kalinin (1875-1946, seit 1919 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR) erklärt am 5. Juni 1941 vor Zuhörern der Militärpolitischen Akademie "V. I. Lenin" (x046/79): >>... Die Deutschen beabsichtigen uns anzugreifen. ... Wir warten darauf! Je eher sie das tun, desto besser, da wir ihnen dann ein für allemal den Hals umdrehen werden.<<
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über Stalins damaliges Überlegenheitsgefühl (x046/79): >>... Es ist heute zweifelsfrei erwiesen, daß Stalin über den deutschen Angriff genauestens unterrichtet gewesen war. Schon 1966 hat der Verteidigungsminister, Marschall der Sowjetunion Grecko, klargestellt, daß stellenweise vielleicht die Fronttruppe, keinesfalls aber die Sowjetregierung und die Führung der Roten Armee von dem deutschen Angriff überrascht worden seien.
Bemerkenswerterweise ließ neben anderen Militärs auch Chruscev hierüber keinen Zweifel, als er erklärte: "Niemand, der auch nur den geringsten politischen Verstand besitzt, kann glauben, daß wir von einem unerwarteten, hinterhältigen Angriff überrascht worden sind".

Von einem "deutschen Überfall" könne nicht die Rede sein, so kürzlich noch Oberst Filippov. Das Überlegenheitsgefühl Stalins war im übrigen so groß, daß er meinte, in der Lage zu sein, selbst aus dem Stand heraus einen "beliebigen Überraschungsüberfall Deutschlands und seiner Verbündeten abzuwehren", "einen beliebigen Angriff abzuschlagen und den Angreifer zu vernichten". ...
Nicht am 22. Juni 1941 wurde Stalin von einem Schock getroffen, sondern, wie Generaloberst Volkogonov hervorhebt, erst Tage später, dann nämlich, als die Illusionen zerrannen und sich die Katastrophe an der Front abzeichnete, indem klar wurde, daß die Deutschen im Kampf eben doch die besseren waren.<<

08.06.1941

NS-Regime: Die "Bergwerkszeitung" berichtet am 8. Juni 1941 über die Möglichkeiten der Atomspaltung (x033/181): >>... Heute ist die Technik der Atomzertrümmerung beinahe fabrikationsreif entwickelt.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet später (am 23. Juni 2023) über die NS-Atomforschung: >>**Geheimprojekt Glocke: Hitler und die Atombombe**

Die offizielle Darstellung von Hitlers Atomforschung stimmt nicht: Die Entwicklung scheiterte keineswegs, sondern führte nur in gänzlich neue Richtungen. …

_ von *Timo Beil*

"Die gängige Geschichtsschreibung lautet etwa so: Die USA und Nazi-Deutschland haben in einem Wettlaufen darum gestanden, wer zuerst die Atombombe erfinden werde. Die deutschen Wissenschaftler hätten zwar gute Kenntnisse gehabt, aber ihnen haben die Mittel, vor allem die nötigen Rohstoffe, gefehlt, um tatsächlich eine Atombombe zu bauen." Mit diesen Sätzen faßte der Focus 2019 das bis heute gültige Narrativ zusammen. Dem widerspricht der Militärhistoriker Tino von Struckmann, der in den letzten Jahren in ganz Europa durch alte deutsche Bunkeranlagen kletterte und auf allerlei Interessantes stieß.

Jagd nach Uran

Für ihn beginnt es damit, daß Hitlers Anweisung aus dem Jahr 1942, die Arbeiten an der Kernwaffe einzustellen, offenbar ignoriert wurde, denn es finden sich spätere Berichte, wonach der Diktator über die entsprechenden Fortschritte informiert wurde. Für Struckmann ist damit klar, daß Hitlers Einstellungsbefehl eine Finte war und ab diesem Zeitpunkt streng geheim weitergeforscht wurde.

Schauen wir uns die anderen Argumente gegen ein erfolgreiches deutsches Kernforschungsprogramm an, etwa die fehlenden Rohstoffe. Carter Hydrick berichtet in seinem Buch *Critical Mass*, daß die Amerikaner bei Kriegsende große deutsche Vorräte an Uranoxid fanden und diese auch dringend brauchten. Die Mengen sind nicht verwunderlich, bedenkt man, daß die böhmischen Pechblendevorkommen als Quelle von Uran bis zum letzten Kriegstag unter deutscher Kontrolle standen.

Spannend ist auch der Umstand, daß den Amerikanern trotz ihres gigantischen Manhattan-Projekts der Kernsprengstoff für eine Bombe fehlte. Ihr Anreicherungsverfahren war nämlich so langsam, daß sie nach eigenen Angaben bis November 1945 gebraucht hätten, um genügend Spaltmaterial für eine Kettenreaktion zu erzeugen. Manfred von Ardennes Zentrifugentechnik hingegen war wesentlich wirksamer. Hydrick spekuliert, daß die Amerikaner für ihre Hiroshima-Bombe letztlich das deutsche Uranoxid verwendeten, das sie an Bord des aufgebrachten Unterseeboots U 234 fanden.

Mit dem angeblich fehlenden schweren Wasser, das man zur Steuerung der Kettenreaktion braucht, verhielt es sich ähnlich. Es gab nämlich noch andere Schwerwasserfabriken als die in Norwegen, die von den Briten kurz vor der deutschen Besetzung zerstört wurde. Die technischen Voraussetzungen zum Bombenbau hätte das Dritte Reich also gehabt.

Genies und Chaos

Ein weiteres Argument: Die Vertreibung der jüdischen Physikerelite um Albert Einstein habe den deutschen Griff zur Atomwaffe unmöglich gemacht. Gegenargument: Es blieben weiterhin hochqualifizierte Forscher wie Fritz Straßmann, Otto Hahn, Max Planck, Carl Friedrich von Weizsäcker, Walter Gerlach und vor allem Manfred von Ardenne (der später die russische Bombe baute).

Auch Werner Heisenberg, der während des Krieges öfter im neutralen Schweden weilte, kehrte stets ins Reich zurück und forschte weiter. Selbst der überzeugte Kommunist und Physiker Friedrich Georg Houtermans wurde aus dem Gefängnis geholt, um an der Bombe zu bauen. Man meinte es offenbar ernst. Diese Leute waren erstklassig auf dem Gebiet der Kernforschung.

Der untaugliche Versuchsreaktor der Gruppe um Heisenberg im schwäbischen Haigerloch, der stets für ein Versagen der deutschen A-Waffenentwicklung angeführt wird, war zu Kriegsende tatsächlich nur eines von insgesamt elf Kernforschungsprojekten im Reich und noch dazu recht mäßig ausgestattet. Allein von Ardennes Labore in Berlin waren größer und besser versorgt.

Bliebe das Argument der Desorganisation. Hier kommt Igor Witkowski ins Spiel, der während der 1990er Jahre bei seinen Recherchen in polnischen Archiven eine vorher unbekannte geheime Organisation entdeckte, die unter der Leitung des Waffen-SS-Generals Hans Kammler gegen Ende des Krieges alle deutschen Waffenforschungen und Entwicklungen koordinierte.

Das kann nur bedeuten, daß die scheinbare Desorganisation eher als bewußte Aufteilung verstanden werden sollte, bei der jeder eben nur das wußte, was er unbedingt wissen mußte.

Bei Kammler aber liefen die Fäden zusammen. Ihm unterstand neben dem Raketenprogramm in Peenemünde noch ein weiteres, geheimeres Projekt, das in ausgedehnten Stollenanlagen in Böhmen und Schlesien betrieben wurde.

Dort herrschte eine verordnete Freiheit der Forschung. Die Entwickler durften und sollten auch ausgefallene und auf den ersten Blick spinnerte Ideen verfolgen, Kammler wollte Resultate um jeden Preis und hob alle ideologischen Einschränkungen auf. Eine eigene interne Zeitschrift zum Austausch der unkonventionellen Ansätze wurde aufgelegt.

Dazu gehörten etwa Forschungen auf den Gebieten Magnetwirbel und Plasmaphysik, welche dem Projekt Glocke zugeordnet werden. Das war keine Atombombe, es war nicht einmal Kerntechnik im klassischen Sinne. Es war physikalische Grundlagenforschung, die Ergebnisse brachte, welche sowohl zivil als auch militärisch nutzbar gewesen sein sollen.

Laut Witkowski soll es unter anderem um die Entwicklung eines Antigravitations-Triebwerks gegangen sein, das aus Metall gefertigt wurde und wie eine Glocke ausgesehen habe. Breite: 2,7 Meter, Höhe: 4,5 Meter. Die Nazis testeten die Versuchsanlage im Stollensystem Riese im schlesischen Eulengebirge. Witkowski: "Bei den Versuchen sind mehrere Wissenschaftler gestorben." Demnach wurde bei den Experimenten radioaktive Strahlung frei. Einige Mitarbeiter des Projekts sollen über Beschwerden geklagt haben, wie sie bei Strahlenkrankheit auftreten.

Kammler soll am 9. Mai 1945 mit Hilfe von Zyankali Selbstmord begangen haben. Zweifel sind angebracht und wurden von dem Historiker Rainer Karlsch formuliert. Ihm zufolge hat sich der Waffen-SS-General 1945 nicht getötet, sondern vielmehr unter den Schutz von US-Geheimdiensten begeben. 2019 legten Karlsch und der Jenaer Journalist Frank Döbert zwei Belege aus US-Archiven vor, wonach der vermeintliche Tote zumindest im November 1945 noch am Leben war und die Amerikaner Zugriff auf ihn hatten.

Dafür spricht, was Kammler schon am 13. April 1945 gegenüber Albert Speer angedeutet hatte: Der Krieg sei verloren, deswegen ziehe er es vor, sich rechtzeitig abzusetzen. Er plane, mit den Alliierten in Verbindung zu treten und ihnen seine Forschungsergebnisse im Tausch ge-

gen seine persönliche Freiheit anzubieten.

Die Macht im Untergrund

Meine Hypothese geht davon aus, daß Kammler und andere flüchtige NS-Wunderwaffenentwickler zwar die Raketentechnik und den Kernsprengstoff an die Sieger aushändigten, jedoch besonders heiße Sachen wie die Glocke für sich behielten. …

Aufgebaut wurde, in Konkurrenz zur Hauptorganisation der deutsch-amerikanischen Nachkriegsbeziehungen in Form der Atlantikbrücke, eine Konkurrenzorganisation, die man als Atlantisbrücke bezeichnen könnte. Sie führte die Geheimforschungen vor allem in Südamerika fort und steht bis heute unter Kontrolle des Tiefen Staates, der die US-Politik hinter den Kulissen beeinflußt. Verfügt man über solche Mittel, dann genügt die Drohung, diese Technologie zu veröffentlichen. Zur Erinnerung wird den Leuten dann gelegentlich ein UFO über ihren Kernkraftwerken und Militäranlagen vorgeführt.

Wäre beispielsweise die Glocke im exklusiven Besitz dieser Atlantisbrücke, dann wäre dies ein beträchtliches Machtinstrument. Die gesamte erdölbasierte Wirtschaft hinge von deren Geheimhaltung ab - Antigravitation ist der Schlüssel zu Energie im Überfluß. Ähnlich bedroht wäre die bisherige Waffenindustrie inklusive der Atomrüstung. Damit hätten wir auch eine Erklärung, weshalb unsere angeblich freie Forschung so schnippisch auf alternative Ansätze reagiert.

Die Wirtschaftseliten müssen sorgfältig darauf achten, daß nichts in die falschen Hände gerät, was ihre Position bedroht. Denken wir nur an die Firma Toyota und ihren Einkauf der als Spinner verrufenen Forscher Martin Fleischmann und Stanley Pons, welche die Welt mit der sogenannten kalten Kernfusion begeistern wollten. Der japanische Konzern zahlte ihnen Millionen für ihre Entwicklungen, die angeblich nichts brachten.

Damit ließe sich auch die Frage beantworten, was aus der Atlantisbrücke geworden ist, nachdem die alten SS-Kameraden verstorben waren. Ist die Kabale erst einmal etabliert, ändert niemand mehr etwas daran. Nachwuchs wird einfach integriert. Weder Erpresser noch Erpreßte haben ein Interesse, der Welt zum Beispiel fliegende Autos oder freie Energie zu geben. Dies brächte bloß Unruhe. Atlantisbrücke und globale Eliten koexistieren - bis eine Seite den Waffenstillstand bricht.<<

11.06.1941

NS-Regime: Generalfeldmarschall Keitel (Chef des Oberkommandos der Wehrmacht) warnt am 11. Juni 1941 das NS-Regime vor einem baldigen Angriff der Roten Armee.

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über den sowjetischen Aufmarsch und die Bedrohung durch die Rote Armee im Jahre 1941 (x046/68): >>...

Eine grundsätzliche Bestätigung läßt sich auch für den Inhalt des Memorandums finden, das der Chef des OKW am 11. Juni1941 über den Reichaußenminister direkt an die Adresse der Reichsregierung richtete. So entsprach es der tatsächlichen Lage, wenn Keitel abermals warnend darauf hinwies, die "militärischen Maßnahmen" der Sowjetunion hätten "zu einem Großaufmarsch der Roten Armee vom Schwarzen Meer bis zur Ostsee" geführt und seien "eindeutig auf die Vorbereitung eines Angriffs auf das Deutsche Reich eingestellt".

Es gibt aus heutiger Sicht kein Gegenargument dafür, wenn Keitel ausführt, der "russische Aufmarsch" sei immer näher an die Grenze vorgeschoben worden und "die einzelnen Verbände des Heeres und der Luftwaffe" hätten sich nach vorne aufgeschlossen: "Grenznahe Flugplätze sind mit starken Verbänden der Luftwaffe belegt worden, ... Alle diese Tatsachen, verbunden mit dem in der russischen Wehrmacht gezüchteten Vernichtungswillen gegen Deutschland" legten nach Keitel den Schluß nahe, "daß die Sowjetunion sich bereit macht, in jedem geeignet erscheinenden Augenblick zum Angriff gegen das Großdeutsche Reich anzutreten".

An kaum einer Stelle des Schreibens Keitels und Jodls läßt sich eine sachliche Übertreibung

finden, eher wird die Gefahr aus Unkenntnis noch verkleinert. Denn in Wahrheit standen die Offensivvorbereitungen des Generalstabes der Roten Armee, wie wir heute wissen, nicht mehr allzu weit vor ihrer Vollendung. ...<<

Hitler erläutert damals vor Oberbefehlshabern des deutschen Ostheeres die deutschen Kriegsziele im Osten (x073/185): >>Seit Monaten nun beobachte ich mit großer Sorge, wie Rußland sich anschickt, in die Reihen unserer Gegner zu treten. Ich werde Rußland hinwegfegen und damit dem Bolschewismus den Todesstoß versetzen. ...

Ich kämpfe diesen Kampf nicht für Deutschland allein, nein für ganz Europa ...

Das Schicksal hat uns zu dieser Aufgabe berufen. Und ich als verantwortlicher Führer des deutschen Volkes kann und werde dieser Entscheidung nicht ausweichen. Es gibt keine andere Möglichkeit!

Mit dem gleichen unbezähmbaren Siegeswillen wie in Polen, Frankreich und auf dem Balkan werden Sie mit ihren Armeen den russischen Koloß zerschmettern. Wenn aber die roten Armeen geschlagen sind, dann wird dieser Staat zusammenbrechen und die Welt endgültig von der bolschewistischen Idee geheilt werden!<<

14.06.1941

Baltikum: In den baltischen Ländern liquidieren oder deportieren die abrückenden sowjetischen NKWD-Einheiten zahllose politische Häftlinge. Innerhalb von nur 2 Tagen (vom 14.-15.06.1941) werden 11.000 Esten, 15.000 Letten und 21.000 Litauer inhaftiert und in sowjetische Straflager verschleppt.

Von 1940-41 betragen die Bevölkerungsverluste in Estland ca. 60.000 Personen, Lettland ca. 36.000 Personen und in Litauen ca. 75.000 Personen (x048/153).

15.06.1941

UdSSR: Ein sowjetischer Politfunktionär erklärt am 15. Juni 1941 (x046/73): >>... In der letzten Zeit hat sich Deutschland durch Eroberung von Ländern ausgebreitet und aufgebläht, was nicht zu bedeuten hat, daß es dadurch lebensfähig geworden ist. ...

Der Krieg zieht sich in die Länge und nimmt eine Form an, die Deutschland zu Tode schwächen wird. ...

Deutschland vermag Blitzkriege zu führen, nicht aber einen Dauerkrieg.

England kann es wagen, einen langen Krieg zu führen, einen Krieg der Erschöpfung – um so mehr als dieses von den USA unterstützt wird ...

Selbstverständlich schreitet Deutschland seiner Niederlage entgegen ...

Die Völker der UdSSR sind gegen den imperialistischen Krieg. Wir sind für den revolutionären Krieg. Zu diesem Krieg der Revolutionen sind die Völker der UdSSR bereit. Sie kämpfen gern und sind gute Kämpfer ...

Wir sind für den gerechten Krieg. Im Interesse der Beschleunigung der Weltrevolution unterstützen wir die Völker, die für ihre Befreiung kämpfen.

Die Rote Armee zieht die Schlüsse:

1. Schärfste Aufmerksamkeit.

22. Ständige Bereitschaft für den Krieg ...

4. Bereitschaft, die kommenden Befehle unserer bolschewistischen Partei und der Sowjetregierung, der unser Genosse Stalin vorsteht, in Ehren auszuführen.

5. Die Rote Armee wird so kämpfen, daß die völlige Vernichtung des Feinds erreicht wird. ...<<

Jugoslawien: Kroatien wird am 15. Juni 1941 Mitglied im Dreimächtepakt.

Pavelic (Führer der nationalen, halbfaschistischen Ustascha-Bewegung) leitet danach in Kroatien die systematische Verfolgung von Serben und anderen slawischen Minderheiten ein.

21.06.1941

Ostkrieg: In einem Feldpostbrief eines später gefallenen deutschen Soldaten der Wehrmacht

vom 21. Juni 1941 heißt es (x191/92): >>Wir stehen am Vorabend gewaltiger Ereignisse, in die auch ich hineingezogen bin. Keiner von uns weiß, ob er das Kommando überstehen wird. ...
Ich sterbe gerne für mein Volk und für mein deutsches Vaterland, für Euch Lieben daheim, für unsere Kinder und für eine bessere, ehrliche, wahrhaftige Zukunft. So Gott will, wird auch wieder alles gesund in unserem Vaterland, was übertrieben war und ungut. ...<<
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über die Gefechtsbereitschaft der Roten Armee im Juni 1941 (x046/56-60): >>... Das Gelingen des geplanten, großangelegten Überraschungsangriffs gegen die Truppen der Wehrmacht setzte einige Maßnahmen voraus, für die der Generalstab der Roten Armee am 15. Mai 1941 nachdrücklich eintrat.
1. Unter dem Anschein von Übungen für die Soldaten der Roten Armee sollte eine geheime Mobilmachung durchgeführt werden.
2. Unter dem Anschein des Beziehens von Ausbildungslagern sollten in der Nähe der Westgrenze Truppen zusammengezogen und vorrangig alle Armeen der Reserve des Oberkommandos konzentriert werden.
3. Die Luftstreitkräfte sollten insgeheim auf Feldflugplätzen zusammengezogen und mit dem Ausbau der Bodenorganisation sollte sofort begonnen werden.
4. Unter dem Anschein von Ausbildungsvorhaben und Übungen sollten ferner auch die Rückwärtigen Dienste organisiert werden.
Diese Forderungen entsprachen im wesentlichen den neuen operativen und taktischen Grundsätzen der Roten Armee, auf die auch die Deutschen frühzeitig aufmerksam geworden waren. Seit Frühjahr 1941 wurden deutscherseits in der sowjetischen Militärliteratur 'weitgehende Untersuchungen' über die "Anfangsphase eines neuzeitlichen Krieges" registriert.
Alle diese Untersuchungen, so heißt es in einer Zusammenstellung des Oberkommandos der deutschen 18. Armee vom 15. April 1941, gipfelten in der Erkenntnis, neuzeitliche Kriege würden beginnen "mit einem 'Hineinkriechen' in den Krieg, ohne offizielle Kriegserklärung bei allmählicher und bis zur endgültigen Eröffnung der Feindseligkeiten getarnter Mobilmachung". Motorisierte Kräfte und Kavallerie würden auf "Truppenübungsplätzen und bei Manövern" versammelt und "innerhalb kürzester Zeit als Einbruchsarmee verwandt werden".
Ziel der "überfallartigen Kriegseröffnung" sei es, "die Kriegshandlungen in das Land des Gegners zu tragen und von Beginn des Feldzuges an die Initiative zu gewinnen". Es stellt sich die Frage, inwieweit diese Forderungen noch in der Ausführung begriffen oder bis zum 22. Juni 1941 bereits durchgeführt worden waren.
Was die geheime Mobilmachung angeht, so hatten die Truppen in den westlichen Grenzmilitärbezirken vom Generalstab der Roten Armee den Befehl erhalten, bis zum Juni 1941 die volle Mobilmachungsbereitschaft in Übereinstimmung mit dem neuen Mobilmachungsplan herzustellen. …
Im Mai 1941 hatte Stalin Befehl zur Einberufung von weiteren 800.000 Reservisten erteilt, so daß nun rund 300 Divisionen bereitstanden. Die Absicht dahinter hatten freilich auch die deutschen Kommandobehörden frühzeitig durchschaut, indem sie die zunehmenden Einberufungen von Spezialisten und die Einziehung ganzer Jahrgänge als eine zielbewußte Verstärkung der Roten Armee deuteten. ...
Ebenso wie die geheime Mobilmachung war auch die geheime Zusammenziehung der Truppen unter dem Anschein von Ausbildungslagern weitgehend abgeschlossen. Ein System 'dezentralisierter Lagerübungen' wurde von der Sowjethistoriographie geradezu als Beweis für die angeblich friedfertigen Absichten der Sowjetunion angeführt.
Doch in Wirklichkeit hatte der Generalstab auf Weisung Stalins hin schon am 13. Mai 1941 unter strengster Geheimhaltung abermals vier Armeen aus dem Landesinnern in die Grenz-

rayone in Marsch gesetzt, denen im Juni weitere Armeen folgten. Es handelte sich um die 16., 19., 20., 21., 22., 24., 28., insgesamt also um sieben Armeen sowie um das 21. und 23. mechanisierte Korps und das 41. Schützenkorps.
Diese gewaltige Truppenverschiebung vollzog sich unter dem Schirm der von Stalin inspirierten Dementis. So wandte sich die Nachrichtenagentur TASS am 15. Mai 1941 gegen die Gerüchte über starke Truppenkonzentrationen mit der geradezu entwaffnenden Behauptung, besserer Unterkunftsverhältnisse wegen sei eine einzige Division von Irkutsk nach Novosibirsk verlegt worden.
Am 13. Juni 1941 bezeichnete TASS Gerüchte über Kriegsvorbereitungen gegen Deutschland als "erlogen und provokatorisch", die Einberufung von Reserven und die bevorstehenden Manöver dienten allein der "Ausbildung" und der "Kontrolle des Eisenbahnapparates". Zu diesem Zeitpunkt war nach späteren deutschen Feststellungen schon "fast die gesamte verfügbare Streitmacht der SU in einer Monate dauernden Bewegung aus dem Innern Rußlands an die deutsche Ostfront herantransportiert worden".
Anders hätten vor der deutschen Heeresfront auch kaum Großverbände in einer Anzahl auftreten können, die nach dem Feindlagebericht der Panzergruppe 4 vom 10. August 1941 330 … sowjetische Divisionen betrug. Eine solche Truppenmassierung mußte nach Überzeugung des Generalstabes des Heeres eben lange vor Kriegsbeginn eingeleitet worden sein. ...
Die von den Deutschen erbeuteten Akten bestätigen ... die von Oberst Filippov konstatierte Tatsache, daß noch vor Beginn des deutschen Angriffs, zwischen dem 18. und 21. Juni 1941, die Mehrzahl der sowjetischen Divisionen in Gefechtsbereitschaft versetzt worden war. Vom 14. Juni 1941 an erging zudem der nur für den Fall der bevorstehenden Feindseligkeiten verständliche Befehl, die neugeschaffenen Frontstäbe (gebildet aus den Stäben der Militärbezirke der Friedenszeit) auf die Feldgefechtsstände zu verlegen.
Auch die geheime Konzentrierung der Luftstreitkräfte, der Ausbau der Bodenorganisation und der Aufbau der rückwärtigen Dienste waren am 22. Juni 1941 schon fast vollendet. Der Generalstab der Roten Armee hatte "in unmittelbarer Armee der Staatsgrenzen die kampfstärkste Angriffsgruppierung an Fliegerkräften" der gesamten bisherigen Luftkriegsgeschichte versammelt und zu diesem Zweck seit Frühjahr 1941 in dieser Zone ein dichtes Netz operativer Flugplätze angelegt. Und dies folgerichtig in den Frontbögen von Bialystok und Lemberg, aus denen heraus entsprechend dem Generalsstabsplan vom 15. Mai 1941 die großen Überraschungsschläge der Westfront und der Südwestfront erfolgen sollten.
Eine vom Luftwaffenführungsstab im Krieg angefertigte Karte läßt die Massierung sowjetischer Flugplätze in den beabsichtigten Hauptstoßrichtungen auch überaus eindrucksvoll in Erscheinung treten. ...
Die sowjetischen Luftstreitkräfte hatten schon zwischen 1937 und 1940 im übrigen genaue Zielunterlagen und Zielbeschreibungen über eine große Anzahl deutscher Städte mindestens bis hin zur Linie Kiel – Celle – Erfurt ausgearbeitet - für den Luftwaffenführungsstab war dies "ein eindeutiger Beweis" für die methodischen Kriegsvorbereitungen der Roten Armee schon in diesen Jahren.
Deutliche Angriffsabsichten verriet auch das Vorziehen aller Materialressourcen der Streitkräfte unmittelbar an die westliche Staatsgrenze. Riesige Depots für Munition, Waffen und Gerät, Treibstoff, Verpflegung und sonstige Versorgungsgüter, für alle Mobilmachungsvorräte, waren, wie auch Oberst Danilov es formulierte, praktisch im Wirkungsbereich des feindlichen Feuers angelegt worden – sogar Eisenbahnschienen lagen bereit.
So sind beispielsweise allein in Brest-Litovsk 10 Millionen Liter Betriebsstoff in deutsche Hand gefallen – "untrügliches Anzeichen für Offensivplanungen", weil diese Benzinmengen unmittelbar an der Grenze und noch vor den aufmarschierten Verbänden des 14. mechanisierten Korps gelagert waren.

"Alle Maßnahmen", so schrieb der damalige Chef der Verwaltung für Nachrichtenwesen des Volkskommissariates der Verteidigung, Generalmajor Gapic, aus der Kenntnis seines Sachbereiches, "waren darauf gerichtet, Brückenköpfe zu schaffen und vorzubereiten, um einen Schlag auf den Gegner zu führen und den Krieg in feindliches Territorium zu tragen." ...
Ein untrügliches Indiz für großangelegte Angriffsplanungen bildete fernerhin die Kartenausstattung der Roten Armee. Den deutschen Truppen ist an verschiedenen Stellen im grenznahen Bereich, aber auch im tieferen Hinterland, Kartenmaterial in die Hände gefallen, das weit nach Westen, in den deutschen Raum hineinreichte, und ebenso reichhaltige Unterlagen, die über Deutschland aufklärten. ... Aus diesen Karten wird die Absicht der Roten Armee, das Deutsche Reich zu überfallen, erneut erhärtet.
Auch 23. Juli 1941 bezeugte auch Hauptmann Bondar, Chef des Stabes des Schützenregimentes 739 der 213. Schützendivision, daß "die Rote Armee sich gar nicht auf eine Verteidigung, sondern auf einen Angriff gegen das Generalgouvernement eingestellt habe". Ebenso wie anderen Teilen der Roten Armee seien auch seinem Regiment "bereits Karten bis einschließlich Krakau zugewiesen" worden. ...<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet später (am 29.07.2000) über Stalins Angriffspläne (x887/...): >>**Neuer Suworow belegt Stalins Angriffspläne bis ins Detail ...**
Moskau 1941: " ... nur durch Krieg möglich"
Stalin ging mit einer traurigen Bilanz dem Kriegsende entgegen: Eine ganze Generation von Jünglingen und Männern lag unter der Erde. Gegen Ende des Krieges waren die Menschenreserven geschrumpft - man mobilisierte den letzten Rest." Wo? In verbrannten Dörfern. "Das sowjetische Dorf war auf Grund der Kollektivierung todkrank, und der 'Große Vaterländische Krieg' hat ihm den Todesstoß versetzt. Man hat bei uns Menschenleben nicht geschont und nicht schonen wollen. Der Krieg hat die Bauern zugrunde gerichtet."
Viktor Suworow bestätigt damit eine Kardinalthese Solschenizyns, daß nämlich Stalins "Großer Vaterländischer Krieg" - beide setzen diesen Begriff in Gänsefüßchen - ein Vernichtungskrieg gegen das eigene Volk gewesen sei. Gegen alle Ethnien der UdSSR.
Der 53jährige Suworow ist, neben Solschenizyn, der international berühmteste russische Geschichtsrevisionist. Vor einer Neuinterpretation des sowjetisch-deutschen Krieges schreckt er nicht zurück, geht er doch als gewissenhafter Kriegsursachenforscher und damit als Wissenschaftler von der Erkenntnis aus, daß Geschichtsforschung eingedenk des Erkenntnisfortschritts notwendigerweise stets revisionistisch ist.
In Rußland gibt es heute eine "Suworow-Schule" unter den Historikern, zumal die moderne russische Geschichtswissenschaft weder staatliche Zensur noch "political correctness" kennt, keine Tabus, keine Denk- und Druckverbote, keine Verfassungsschutzberichte. Präsidenten und Minister kommen und gehen in Rußland, aber die Freiheit der Wahrheitssuche bleibt.
Suworows Erstling "Der Eisbrecher" hat bis heute 87 Auflagen in 18 Sprachen erlebt, darunter zwei russische Auflagen mit Megazahlen. Vor kurzem erschien Suworows 350-Seiten-Werk "Stalins verhinderter Erstschlag. Hitler erstickt die Weltrevolution", im Pour-Le-Mérite-Verlag für Militärgeschichte, Selent ... Im Zentrum steht die aufsehenerregende, indes durch Fakten und Dokumente belegte Erkenntnis:
"Stalin hatte den Zweiten Weltkrieg entfesselt, um Europa niederzuwerfen." (S. 145)
Wie konnte die sowjetische Öffentlichkeit dennoch jahrzehntelang in die Irre geführt werden, indem man ihr vorgaukelte, bei Stalins Vernichtungskrieg gegen die eigene Bevölkerung habe es sich um einen Verteidigungskrieg gegen einen Eindringling gehandelt? Friedenspolitiker Stalin sei, so die bislang verbreitete These, auf diesen Krieg nicht vorbereitet gewesen, und niemals habe er eine generalstabsmäßig perfekte Absicht besessen, mit der Roten Armee Deutschland zu überfallen und Europa zu erobern.
Die Geschichte auf den Kopf stellen - wie konnte dies der Sowjetöffentlichkeit vermittelt

werden? Durch Verdrehungen, Lügen, Fälschungen. Ein eklatantes Beispiel hierfür ist der Vergleich zwischen den deutschen und den sowjetischen Panzerkräften.
Am 21. Juni 1941 hatte Stalin 24.000 Panzer. Am 22. Juni 1941 hatte Hitler 3.410 Panzer an der Ostfront. Eigentlich hätte Stalins Panzer-Armada am 23. Juni durch Warschau rollen müssen, eigentlich hätten Hitlers Panzerdivisionen am 23. Juni nicht auf Minsk rollen dürfen. Eigentlich.
Durch einen Trick wurde aus schwarz weiß, indem man bewies, daß die Deutschen mehr Panzer hatten. Bei ihren Untersuchungen verschwiegen seit 1944 die sowjetischen Generäle, Marschälle, Professoren die Menge von 24.000 Panzern Stalins. "Fünfzig Jahre lang ist diese Zahl in den offiziellen sowjetischen Veröffentlichungen nie aufgetaucht. Sie wurde erst nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion in den neunziger Jahren bekannt", schreibt Suworow.
Wie aber konnte man über den Krieg sprechen, ohne diese Zahl zu nennen? Zu diesem Zweck gebrauchte man die Formulierung: "In der Roten Armee gab es am 21. Juni 1941 1.861 neueste Panzer vom Typ T-34 und KW sowie viele veraltete und leichte Panzer." Allen Sowjethistorikern wurde befohlen, den Zusatz "sowie viele veraltete und leichte Panzer" zu wiederholen.
"Diese Formulierung ist völlig falsch", betont Militärfachmann Suworow. Erstens besaß die Rote Armee am 22. Juni 1941 die neuesten Panzer T-40 und T-50. Zweitens gab es am 22. Juni 1941 in der Roten Armee 2.040 Panzer vom Typ T-34 und KW. Drittens zählten zu den angeblich veralteten Panzern die Schnellkampfwagen BT-2, BT-5 und BT-7 mit amerikanischem Christie-Laufwerk und Dieselmotoren.
In der Wehrmacht gab es 1941 nicht einen einzigen Panzer mit Dieselantrieb, breiten Panzerketten und großkalibriger Langrohrkanone. 24.000 zu 3.410: Die erste Zahl steht für den gigantischen Panzerkeil einer Angriffs-Streitmacht, und als solche war die Rote Armee lange vor dem 22. Juni 1941 strategisch geplant und im Westen der UdSSR konzentriert worden. Zu einem einzigen Zweck: Das Deutsche Reich zu überfallen. In einer blitzartigen Offensive. Als Erstschlag.
Es gebe im Überfluß Material über die Kriegsabsichten und Aggressionspläne der Stalinschen Armeeführung, bezeugt Suworow. Dokumente, welche die Vorbereitung der Sowjetarmee auf die "Befreiung" Europas beweisen würden.
Das interessanteste Material wird nicht in Deutschland aufbewahrt, sondern in der Nähe von Moskau, in der Stadt Podolsk. Doch weder Chruschtschow noch Breschnew, Andropow und Gorbatschow gewährten Historikern den Zutritt und die Auswertung der in Deutschland erbeuteten Militärarchive, der "Archive der deutschen Heeresleitung" (Suworow). Es wurde nichts veröffentlicht, und auch russischen Interessenten wird der Zutritt zu diesen Beständen nicht erlaubt.
"Der Invasionsplan (Stalins) existierte also. Nur weil die erbeuteten deutschen Archive strengster Geheimhaltung unterlagen, war es möglich, diesen Plan (Stalins) jahrzehntelang geheimzuhalten", schließt Suworow das geheimnisvolle Kapitel des historischen Totschweigens (S. 236.)
Er spricht von den "Schatzkammern von Podolsk". Er prangert die Politik Jelzins an, denn dieser ließ viele "Schatzkammern" öffnen, nicht aber die von Podolsk. Und Jelzins Nachfolger, Wladimir Putin, angeblich ein germanophiler Russe? Sein Berlin-Besuch am 16. Juni verriet, leider, keine Kursänderung in dieser fundamentalen Frage der Zukunftsgestaltung in den deutsch-russischen Beziehungen.
Der Kommunismus hinterließ nicht nur ein anthropologisch falsches Menschenbild. Zu seinem Erbe zählt auch ein falsches Weltbild, in dem Stalin als der heimtückisch Überfallene glänzt. Historiker im Westen bekämpfen das Trugbild viel zu schwach und zudem mit nicht überzeugenden Argumenten. Joachim Hoffmann und Ernst Nolte hierzulande und der russi-

sche Patriot Viktor Suworow bilden rühmliche Ausnahmen. Daraus resultiert ihr Erfolg im gesamteuropäischen Historikerstreit.
Suworow ist unangreifbar, weil er sich auf Dokumente stützt. Im Zentralarchiv des Ministeriums für Verteidigung der Russischen Föderation befindet sich das weltgeschichtlich bedeutsamste Dokument, belegt es doch die gegen Deutschland gerichtete strategische Kriegsvorbereitung Stalins, nur ein knappes Jahr nach der Unterzeichnung des Nichtangriffspaktes. Aus diesem Dokument geht hervor: Stalin plante den Erstschlag, keinen Verteidigungskrieg. Stalin plante den Überfall, nicht die Reaktion auf einen Überfall. Stalin plante den Vormarsch, nicht eine Defensive.
Am 5. Dezember 1940 bespricht Hitler in der Reichskanzlei Details des Operationsplanes Barbarossa, anwesend Oberst Heusinger und Generaloberst Halder. Am 18. Dezember 1940 diktiert Hitler die Weisung Nr. 21, Fall Barbarossa. Stalins Operationsplan aber stammt vom 18. September 1940! Vorgelegt wird ihm die von Timoschenko und Schukow ausgearbeitete strategische "Aufstellung der Streitkräfte der Sowjetunion für die Jahre 1940 und 1941".
Das Schlüsseldokument (Archivnummer 103 202/ow) trägt die Stempel "streng geheim", "besonders wichtig", "nur persönlich". Semjon Timoschenko ist zu dieser Zeit Volkskommissar für Verteidigung, Grigorij Schukow der Generalstabschef der Roten Armee.
"An unseren Westgrenzen wird unser wahrscheinlichster Gegner Deutschland sein", heißt es einleitend.
"Der stärkste Hauptgegner ist Deutschland." Die operativen Offensivpläne sehen folgendes vor:
"Die Hauptkräfte der Roten Armee im Westen können je nach Lage entweder südlich von Brest-Litowsk aufgestellt werden, um Deutschland bereits in der ersten Etappe des Krieges mit einem in Richtung Lublin und Krakau und weiter in Richtung Breslau geführten Schlag von den Balkanländern abzuschneiden, es von äußerst wichtigen wirtschaftlichen Standorten zu isolieren und die Teilnahme dieser Länder am Krieg nachhaltig zu beeinflussen, oder nördlich von Brest-Litowsk, um den Hauptkräften der deutschen Wehrmacht in Ostpreußen eine Niederlage zu bereiten und dieses Gebiet zu besetzen."
Eindeutig werden Eroberung und Okkupation von Ostpreußen und Schlesien als vorrangige Ziele der Invasion genannt, um Ostdeutschland mit einem Schlag zu überrollen und zu besetzen. So lautet die Marschrichtung für die Sowjetarmeen südlich von Brest-Litowsk: "Mit den Kräften der Südwestfront im Zusammenwirken mit der Armee der linken Flanke der Westfront der Lublin-Sandomir-Gruppierung des Gegners eine entscheidende Niederlage zu bereiten und in Richtung Weichsel vorzustoßen. Danach ist ein Angriff etwa in Richtung Kielce und Krakau durchzuführen und weiter in Richtung Pilica (Fluß) und Oberlauf der Oder vorzustoßen."
Die Strategen dieser geplanten Offensive rechnen mit einem Gegner, dessen Verteidigung noch schwach ist (was klarstellt, daß zu diesem Zeitpunkt, September 1940, von Angriffsvorbereitungen auf deutscher Seite überhaupt keine Rede sein konnte - "Barbarossa" war ja noch gar nicht geboren). Im sowjetischen Angriffsplan liest man:
"Der Angriff unserer Kräfte in Richtung Krakau und Breslau, durch den Deutschland von den Balkanländern abgeschnitten werden soll, erlangt eine außerordentlich große Bedeutung. Außerdem werden unsere Kräfte hierbei durch Gebiete des ehemaligen Polen vorstoßen, die noch schwach auf eine Verteidigung vorbereitet sind."
Es folgt eine präzise Dislozierung der sowjetischen Offensivkräfte, gegliedert in Heeresgruppen, Armeen, Korps, Divisionen: eine gigantische Ansammlung von Angriffstruppen, eine zuvor nie gekannte Truppenkonzentration an der sowjetisch-deutschen Grenze einschließlich Ost-Polen und Baltikum. Heute steht eindeutig fest, daß Stalin sich auf seinen Krieg, einen Angriffskrieg, lange vor dem Entschluß Hitlers, einen Präventivschlag gegen die Rote Armee

zu führen, vorbereitet hat.
Was immer im neu entbrannten Historikerstreit gegen Nolte, Hoffmann, Post, Seidler vorgebracht werden sollte, ein Vorwurf kann nicht mehr stechen: man würde durch die Veröffentlichung der Stalinschen Überfallpläne die nationalsozialistische Ostpolitik "verniedlichen". Die primäre Kriegsursache lieferte der Kommunist Jossif Wissarionowitsch Dschugaschwili. Es war Stalins Krieg, der dem europäischen Kontinent vor dem 22. Juni 1941 drohte.
"Stalin wußte: In keinem Land der Welt würde eine kommunistische Partei auf legalem Wege an die Macht kommen", schreibt Suworow (S. 89). Er zitiert Stalin: "Die Erfahrungen der letzten zwanzig Jahre zeigen, daß es in Friedenszeiten unmöglich ist, in Europa eine kommunistische Bewegung zu haben, die so stark ist, daß eine bolschewistische Partei die Macht ergreifen kann. Eine Diktatur dieser Partei wird nur durch einen großen Krieg möglich."
Dies habe Stalin am 19. August 1939 in einer Rede gesagt, die bis 1994 streng geheimgehalten wurde. "Er sagte das in dem Moment, als er die Schleusen des Zweiten Weltkrieges öffnete. Stalin wußte, daß die Kommunisten nur durch einen Krieg an die Macht gelangen konnten." ...
Viktor Suworow (Wladimir Bogdanowitsch Resun), geboren 1947, kam schon mit elf Jahren zur Sowjetarmee. Seit 1970 gehörte er zur Nomenklatur des ZK der KPdSU. Ab 1974 arbeitete "Suworow" vier Jahre lang - getarnt als sowjetischer Diplomat - in der Genfer Residentur der Hauptverwaltung Aufklärung des Generalstabs der Sowjetunion (GRU). 1978 bat er um politisches Asyl in Großbritannien.
Suworow ist Autor zahlreicher Bücher. Zu den Hauptwerken zählen "Der Eisbrecher" (bis heute 87 Auflagen in 18 Sprachen, darunter zwei russische) und "Der Tag M". Die Vorarbeiten für jene Werke gehen bis auf das Jahr 1968 zurück.<<
NS-Regime: 4 SD-, SIPO- und SS-Sondereinsatzgruppen (ca. 3.000 Mann) warten am 21. Juni 1941 bereits hinter den deutschen Heeresgruppen auf ihren Sondereinsatz hinter der Ostfront. Nach der militärischen Zerschlagung aller sowjetischen Truppen soll in den besetzten Gebieten das gesamte Ostjudentum (gemäß Hitlers Ideologie: "Reservoir des Bolschewismus") sofort systematisch ausgerottet werden.
Japan: Die japanisch-nordamerikanischen Geheimverhandlungen scheitern am 21. Juni 1941 an den unannehmbaren Bedingungen des US-Außenministers Hull (u.a. wegen Kündigung des "Dreimächtepaktes" und Friedensregelung mit China).
22.06.1941
Ostkrieg: Am 22. Juni 1941, um 3.15 Uhr morgens, beginnt der deutsche Überraschungsangriff gegen den sowjetischen Bündnispartner von 1939 (Napoleon hatte den Rußlandfeldzug im Jahre 1812 ebenfalls "rein zufällig" am 22. Juni eröffnet).
Während Italien und Rumänien rechtzeitig Kriegserklärungen abgeben, untersagt Hitler ausdrücklich die Abgabe der üblichen Kriegserklärung.
Das Oberkommando der Wehrmacht gibt am 22. Juni 1941 bekannt (x139/585): >>An der sowjetrussischen Grenze ist es seit den frühen Morgenstunden des heutigen Tages zu Kampfhandlungen gekommen.
Ein Versuch des Feindes, nach Ostpreußen einzufliegen, wurde unter schweren Verlusten abgewiesen. Deutsche Jäger schossen zahlreiche rote Kampfflugzeuge ab. ...<<
Am 22. Juni 1941 verwirklicht Hitler schließlich skrupellos seine osteuropäischen Expansionspläne, die er in seinem Buch "Mein Kampf" angekündigt hatte.
Die Wehrmacht greift mit 152 Divisionen an (3.050.000 Soldaten, 3.700 Panzer und 7.200 Geschütze). Die deutschen Luftflotten 1, 2 und 4 verfügen über 1.280 einsatzbereite Kampfflugzeuge (510 Bomber, 290 Stukas, 440 Jäger, 40 Zerstörer) und 120 Fernaufklärer (x040/-78-79).
Die deutsche Wehrmacht setzt damals 3 Heeresgruppen ein:

Deutsche Heeresgruppe Nord (Generalfeldmarschall von Leeb) mit der 18. Armee (Generaloberst von Küchler), 16. Armee (Generaloberst Busch), Panzergruppe 4 (Generaloberst Hoepner) und der Luftflotte 1 (Generaloberst Keller). Der Angriff der Heeresgruppe Nord erfolgt aus Ostpreußen in Richtung baltische Länder und Leningrad.
Deutsche Heeresgruppe Mitte (Generalfeldmarschall von Bock) mit der 9. Armee (Generaloberst Strauss), Panzergruppe 2 (Generaloberst Guderian), Panzergruppe 3 (Generaloberst Hoth) und der Luftflotte 2 (Generalfeldmarschall Kesselring). Der Angriff der Heeresgruppe Mitte erfolgt aus Ostpreußen in Richtung nördliches Generalgouvernement und Moskau.
Deutsche Heeresgruppe Süd (Generalfeldmarschall von Rundstedt) mit der 11. Armee (Generaloberst von Schobert), 17. Armee (General von Stülpnagel), 6. Armee (Generalfeldmarschall von Reichenau), Panzergruppe 1 (Generaloberst von Kleist) und der Luftflotte 4 (Generaloberst Löhr). Der Angriff der Heeresgruppe Süd erfolgt aus dem südlichen Generalgouvernement in Richtung Kiew - Dnjeprbogen.
Nach Hitlers Plänen soll der Rußlandfeldzug höchstens 5 Monate dauern. Die deutsche Wehrmacht wird zunächst von der 3. und 4. rumänischen Armee unterstützt. Später nehmen außerdem noch verbündete Kampfverbände aus Finnland, Frankreich, Italien, Spanien, der Slowakei und Ungarn am Rußlandfeldzug teil.
Die sowjetischen Streitkräfte verfügen zum Zeitpunkt des deutschen Angriffes an der Westfront über 291 Divisionen und 94 Brigaden (x047/276) mit mindestens 4,7 Millionen Soldaten, 15.000 Panzern, 35.000 Geschützen und 9.000 Flugzeugen (Truppenstärke der sowjetischen Streitkräfte im Juni 1940: 134 Divisionen mit ca. 2,0-2,5 Millionen Rotarmisten).
Der deutsche Prof. Hugo Andreae schreibt später über den deutschen Angriff gegen die UdSSR (x076/250-251): >>... Die russische Führung hatte 1939 mit einem langen Krieg zwischen den "kapitalistischen" Staaten im Westen gerechnet. Sie wollte sich aus diesem Kriege heraushalten, ließ sich aber von Hitler die Neutralität mit einem großen Landgewinn an den Westgrenzen ihres Reiches bezahlen. Dabei mußte sich Stalin insgeheim vorbehalten, zu einem späteren Zeitpunkt ... kriegerisch einzugreifen. Der schnelle Sieg Deutschlands im Westen zerschlug die russischen Berechnungen. ...
Der Krieg wird mit 140 Divisionen und 2.700 Flugzeugen begonnen. Dazu treten auf deutscher Seite noch Finnland, Rumänien und Ungarn mit mehreren Divisionen. Die gegen Rußland eingesetzten Streikkräfte umfassen insgesamt etwa 3,5 Millionen Mann. Rußland führte zu Kriegsbeginn etwa 200 Divisionen mit 4,7 Millionen Soldaten ins Feld: Im Laufe der Kämpfe stellt sich heraus, daß die deutsche Luftwaffe der russischen hoch überlegen ist. Die russische Infanterie ist in Bewaffnung und Kampfbereitschaft der deutschen ebenbürtig, die Panzerwaffe und die Panzerabwehr der Russen ist der deutschen waffentechnisch überlegen. Dagegen werden die russischen Armeen in den ersten Kriegsmonaten schlecht geführt.<<
Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7 – 1989 berichtet später über die Vorgeschichte des deutsch-sowjetischen Krieges (x853/...): >>... (Prof. Dr. Heinrich Beisse zusammenfassend): "Sechs Monate später, am 22. Juni 1941, trat die Deutsche Wehrmacht zum Angriff an, mit ihr die rumänische und die finnische Armee. Die Angreifer stießen, wie wir heute wissen, in einen gigantischen Aufmarsch der Roten Armee hinein."
Wie offensiv und zunehmend bedrohlicher dieser Aufmarsch der sowjetischen Streitkräfte war, dokumentierte der Wiener Militärhistoriker, Prof. Dr. Heinz Magenheimer in seinem Referat über "Der deutsch-sowjetische Krieg 1941 – Positionen und Forschungsstand". Er legte dar, daß die sowjetische Führung seit 1939/40 umfangreiche Kriegsvorbereitungen getroffen hat, die über eine bloße Verteidigung weit hinausgingen.
So wurden ab Sommer 1940 zusätzliche 11 Armeen aufgestellt, 5 Luftlandekorps gebildet und die Masse der 1. strategischen Staffel unter Heranführung von 6 bis 7 mechanisierten Korps in exponierte Gebiete grenznaher Räume verlegt.

Außerdem hatte Moskau weitere 5 Armeen der 2. strategischen Staffel aus Zentralrußland und Sowjetisch-Asien in Richtung Westen in Marsch gesetzt.
Dazu kam eine dichte, grenznahe Dislozierung der Frontfliegerkräfte, die sich besonders für Luftangriffsoperationen eigneten sowie die Ausgabe von Kartenmaterial mit Ausschnitten, die weit nach Polen hineinreichten.
Daraus folgerte der österreichische Militärexperte: "Auf sowjetischer Seite kann man nach dem heutigen Stand der Forschung nicht mehr von einer friedlichen, ahnungslosen Sowjetunion sprechen, die angeblich das Opfer eines "wortbrüchigen Überfalls" geworden ist." Vielmehr sei die deutsche Seite - gegen die Erwartung Stalins - den sowjetischen Feldzugsplänen nur zuvorgekommen.
Eine Erkenntnis, die im übrigen auch von einer jüngst erschienenen Publikation aus sowjetischer Feder gestützt wird, so daß auch dieses Kapitel des Zweiten Weltkriegs einer Neubewertung zu unterziehen sein wird.<<
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über die personelle und materielle Überlegenheit der Roten Armee am 22. Juni 1941 (x046/30-31): >>... Was die sowjetischen Panzerstreitkräfte angeht, so waren sie nach dem Urteil eines kompetenten Sachverständigen, des Marschalls der Panzertruppen Polubojarov, sowohl ihrer Zahl als auch ihrer "technischen Ausrüstung, ihren Organisationsformen und ihrem Kampfverfahren" nach einer jeden auswärtigen Macht überlegen. ...
Die personelle Überlegenheit der Truppen der Roten Armee am 22. Juni 1941 ergibt sich aus einem einfachen Kräftevergleich. So gehörten zu deren Bestand schon am 15. Mai 1941, wie der Generalstab an Stalin meldete, 303 Divisionen, von denen zu diesem Zeitpunkt 258 Divisionen und 165 Fliegergeschwader in offensiver Aufstellung Deutschland, Finnland und Rumänien gegenüber versammelt waren.
Entgegen früheren Behauptungen bewegten sich alle diese Großverbände infolge der stillen Auffüllung mit Reservisten nicht mehr allzuweit unter ihrer mobilmachungsmäßigen Sollstärke. Die vom Generalstab der Roten Armee Stalin am 15. Mai 1941 gemeldete Anzahl von 303 Divisionen hatte durch die auf Hochtouren laufenden Neuaufstellungen bis Kriegsbeginn jedoch eine weitere Zunahme erfahren, so daß beispielsweise bis Anfang August 1941 allein 330-350 Divisionen vor der Front der deutschen und verbündeten Armeen aufgetreten sind, was einer Gesamtstärke der Roten Armee von mindestens 375 Divisionen zu diesem Zeitpunkt gleichgekommen sein würde.
3.550 deutschen Panzern und Sturmgeschützen standen nach russischen Angaben 14.000-15.000 sowjetische Panzer gegenüber, eine Anzahl, die bei einem Gesamtbestand von 24.000 Panzern aber sicherlich zu niedrig gegriffen ist, zumal wenn man bedenkt, daß von 92 mechanisierten Divisionen (nach dem Stand vom 15. Mai) allein 88 an der Westgrenze aufmarschiert waren, es daneben aber auch zahlreiche selbständige Panzerabteilungen, etwa in den Kavallerie- und Schützendivisionen, gab, was einen Gesamtbestand von 22.000 Panzern bedeutet haben würde.
Bei 1.700 der deutschen Panzer hat es sich überdies um die völlig unzureichenden Typen P I und P II sowie um den leichten tschechischen Panzer P 38 gehandelt, so daß nur 1.850 der deutschen Panzer und Sturmgeschütze überhaupt in der Lage waren, es mit dem sowjetischen Gegner aufzunehmen.
Den 2.500 einsatzbereiten deutschen Flugzeugen – nach anderen Angabe 2.121 – standen von insgesamt 23.245 vorhandenen sowjetischen Maschinen angeblich nur 10.000-13.500 Flugzeuge gegenüber, die ... der deutschen Luftwaffe zu schaffen machten. Und den 7.146 deutschen Artillerierohren gegenüber befanden sich nach russischen Angaben 37.000 von insgesamt doch 148.000 Geschützen und Granatwerfern, die die sowjetische Rüstungsindustrie an die Rote Armee abgegeben hatte. Da, abgesehen von den Reserven des Hauptquartiers, schon

am 15 Mai 1941 von 303 vorhandenen Divisionen 248 und von 218 vorhandenen Fliegergeschwadern 165 "im Westen" konzentriert waren, wird auch der Anteil der befindlichen Waffen größer gewesen sein.
Selbst aber in der zugegebenen Größenordnung bestand auf seiten der Roten Armee am 22. Juni 1941 demnach eine 5-6fache Überlegenheit an Panzern, eine 5-6fache Überlegenheit an Flugzeugen und ein 5-10fache, vielleicht aber noch größere Überlegenheit an Artilleriestükken. ...<<
Der deutsche Historiker Walter Post berichtet später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 - 2001 über den deutschen Angriff auf die Sowjetunion (x853/...): >>... Der deutsche Plan "Barbarossa" sah einen Angriff mit 3 Heeresgruppen vor, wobei insgesamt 4 Panzergruppen die eigentlichen Angriffsspitzen bildeten.
Die überstarke Heeresgruppe Mitte mit den Panzergruppen 2 und 3 hatte die Aufgabe, nach der Zerschlagung der feindlichen Kräfte in Weißrußland nach Norden einzuschwenken, um zusammen mit der Heeresgruppe Nord und der Panzergruppe 4 die sowjetischen Verbände im Baltikum zu vernichten und damit die Voraussetzung für die Einnahme von Leningrad zu schaffen. Erst danach sollte die Heeresgruppe Mitte den Vorstoß auf das "wichtige Verkehrs- und Rüstungszentrum Moskau" weiterführen.
Die Heeresgruppe Süd mit der Panzergruppe 1 sollte in allgemeiner Richtung auf Kiew vorstoßen, um "in konzentrischer Operation und mit starken Flügeln die vollständige Vernichtung der in der Ukraine stehenden russischen Kräfte noch westlich des Dnjepr anzustreben."
Allgemeine Absicht der Operationen war, die im westlichen Grenzgebiet der Sowjetunion konzentrierte Masse der Roten Armee durch tiefe Vorstöße von Panzerkeilen zu vernichten und den Abzug kampfkräftiger Teile in die Tiefe des Raumes zu verhindern. Endziel sollte die Linie Astrachan - Archangelsk sein, nach deren Erreichung das Industriegebiet im Ural durch die deutsche Luftwaffe zerstört werden konnte.
Am 22. Juni 1941 standen auf deutscher Seite folgende Kräfte für "Unternehmen Barbarossa" bereit:
153 Divisionen, davon 19 Panzer- und 14 motorisierte Divisionen, sowie 37 Divisionen der Verbündeten, insgesamt also 190.
Das deutsche Heer verfügte über 3.582 Panzer, von denen die Hälfte aber nur veraltete MG-Träger der Typen P I und P II waren. An Artillerie waren 8.072 Geschütze der Feldartillerie und der schweren Flak vorhanden. Die Luftwaffe besaß 2.510 Frontflugzeuge, denen noch 900 Maschinen der Verbündeten hinzugerechnet werden konnten.
Der Aufmarsch der Roten Armee gliederte sich in zwei strategische Staffeln, eine dritte strategische Staffel befand sich in Aufstellung. Am 22. Juni waren 237 Divisionen aufmarschiert oder im Aufmarsch begriffen. Die erste strategische Staffel verfügte über 170 Divisionen. Die deutsche Aufklärung hatte 160 sowjetische Divisionen der ersten strategischen Staffel erkannt, die zweite und dritte strategische Staffel blieben wegen mangelnder Reichweite der deutschen Aufklärungsflugzeuge unentdeckt. Dies führte dazu, daß das sowjetische Militärpotential von deutscher Seite erheblich unterschätzt wurde.
Die Rote Armee besaß insgesamt 23.200 Panzer, von denen am 22. Juni 14.700 gefechtsbereit waren; unter diesen befanden sich über 1.861 T-34 und KW, die damals allen deutschen Typen erheblich überlegen waren. Außerdem verfügte das russische Heer über mehr als 79.100 Geschütze und Granatwerfer.
Die sowjetischen Luftstreitkräfte besaßen etwa 20.000 Frontflugzeuge, von denen am 22. Juni 13.300 einsatzbereit waren. Etwa 3.719 davon konnten als modern und den deutschen Typen ebenbürtig angesehen werden.
Die aufmarschierenden zwei strategischen Staffeln der Roten Armee waren dem deutschen Ostheer und seinen Verbündeten von der Zahl der Divisionen her nur im Verhältnis 1,3:1

überlegen, bei den schweren Waffen war das sowjetische Übergewicht aber erheblich. Es betrug bei der Artillerie 8:1, bei den einsatzbereiten Panzern 4:1 und bei den einsatzbereiten Frontflugzeugen 4,5:1. Dabei verfügten die russischen Fliegerkräfte über mindestens ebenso viele moderne Frontflugzeuge wie die Verbände der deutschen Luftwaffe im Osten.
Diese zahlenmäßige Überlegenheit wurde in der Praxis durch die schlechtere Ausbildung und Führung der sowjetischen Truppen vielfach wieder aufgehoben. Die sowjetische Führung hat die Tragweite dieser Mängel wohl deutlich unterschätzt.
Am 22. Juni war die deutsche Wehrmacht angriffsbereit und schlug mit voller Wucht los. Ihr Angriff traf die Rote Armee mitten in ihrem unfertigen Offensivaufmarsch, der für die strategische Verteidigung ungeeignet war.
Die Grenzschlachten wurden für die Sowjets zu einem Desaster, sie verloren riesige Mengen an Truppen und Waffen und konnten die Front erst vor den Toren Moskaus und Leningrads zum Stehen bringen. Dennoch war das sowjetische Militärpotential groß genug, um die verheerenden Niederlagen der Jahre 1941/42 zu überstehen. Ab 1943 konnte die Rote Armee zur Gegenoffensive übergehen und schließlich mit amerikanischer Hilfe den Krieg gewinnen.
... Über die These vom "überraschenden Überfall auf die friedliebende Sowjetunion" sind nicht viele Worte zu verlieren. Die Moskauer Führung wurde weder auf der politischen noch auf der strategischen Ebene überrascht, sondern allenfalls auf der taktisch-operativen, d.h. von Zeitpunkt und Wucht des deutschen Angriffs. Moskau erwartete einen Krieg mit Deutschland und wollte diesen Krieg offensiv führen. ...
... Fest steht, daß die politische und militärische Führung in Moskau offensive Kriegspläne gegen Deutschland ausgearbeitet hatte und daß die Rote Armee, genau wie in diesen Plänen vorgesehen, aufmarschierte. ...<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im Jahre 2022) im COMPACT-Spezial Nr. 33 über den deutschen Angriff auf die Sowjetunion (x371/19-21): >>**Wer zwang Hitler, Stalin anzugreifen?**
Geschichtsrevisionist Putin: Der russische Staatschef gibt den Westmächten und Polen eine Mitschuld am Zweiten Weltkrieg. Die Empörung in den NATO-Staaten ist groß - dabei hat er noch gar nicht alle Katzen aus dem Sack gelassen.
… Von 1919 zu 1939
Putins Sichtweise auf den Zweiten Weltkrieg korreliert vor allem beim Thema Versailles mit der Analyse, die in der Bundesrepublik vor 1968 mehrheitsfähig war. "Die eigentlichen Ursachen des Zweiten Weltkriegs ergeben sich in vieler Hinsicht aus den Entscheidungen, die zu den Ergebnissen des Ersten Weltkrieges getroffen wurden.
Der Vertrag von Versailles wurde für Deutschland zu einem Symbol tiefer Ungerechtigkeit. Tatsächlich ging es um die Beraubung des Landes, das den westlichen Verbündeten riesige Reparationen zahlen mußte, die seine Wirtschaft erschöpften. Der Oberbefehlshaber der alliierten Armeen, der französische Marschall Ferdinand Foch, gab dem Versailler Vertrag eine prophetische Bezeichnung: "Das ist kein Frieden. Das ist ein Waffenstillstand auf 20 Jahre." Gerade die nationale Demütigung bildete den Nährboden für radikale und revanchistische Stimmungen in Deutschland.
Die Nazis spielten geschickt mit diesen Gefühlen, bauten ihre Propaganda darauf auf und versprachen, Deutschland vom "Erbe von Versailles" zu befreien, seine ehemalige Stärke wiederherzustellen, und drängten das deutsche Volk eigentlich zu einem neuen Krieg. Paradoxerweise trugen westliche Staaten, vor allem Großbritannien und die USA, direkt oder indirekt dazu bei. Ihre Finanz- und Industriekreise investierten durchaus aktiv in deutsche Fabriken und Werke, die Rüstungserzeugnisse produzierten."
Einer der Schwerpunkte in Putins Ausführungen ist das Münchner Abkommen von 1938, in dem Paris und London ihre Sicherheitsgarantien gegenüber der Tschechoslowakei brachen

und Hitler den Einmarsch ins Sudetenland gestatteten: "(I)m Fall des Münchner Abkommens, an dem neben Hitler und Mussolini die Staats- und Regierungschefs Großbritanniens und Frankreichs teilnahmen, kam es mit voller Zustimmung des Völkerbundrates zu einer Zergliederung der Tschechoslowakei."
Und weiter: "Die Teilung der Tschechoslowakei war grausam und zynisch. München zerstörte sogar jene formellen und zerbrechlichen Garantien, die auf dem Kontinent geblieben waren, und zeigte, daß gegenseitige Vereinbarungen nichts wert sind.
Gerade das Münchner Abkommen diente als Auslöser, nach dem ein großer Krieg in Europa unvermeidlich wurde. Heute möchten europäische Politiker, vor allem polnische Spitzenpolitiker, München "verschweigen". Warum? Nicht nur deswegen, weil ihre Länder damals ihre Verpflichtungen verraten haben und das Münchner Komplott unterstützten, wobei einige sogar an der Teilung der Beute teilnahmen, sondern auch weil es unangenehm ist, sich daran zu erinnern, daß sich nur die UdSSR an jenen dramatischen Tagen für die Tschechoslowakei eingesetzt hat."

Hauptstoß gegen Polen

Immer wieder kommt Putin in seinem Essay auf die Rolle Polens zurück. Seine Ausführungen an diesem Punkt stimmen weitgehend mit Gerd Schultze-Rhonhofs Analysen in *Der Krieg, der viele Väter hatte* überein, aber die Dominanz der Schuldzuweisungen an Warschau in dem Text ist übertrieben und dürfte sich vor allem tagespolitisch erklären: Die aktuelle Rechtsregierung der PiS gehört zu den Scharfmachern im neuen West-Ost-Konflikt.
Besonders die unter US-Präsident Donald Trump vorgesehene Verlegung von US-Truppen aus Deutschland an die Weichsel dürfte erheblich zur Nervosität in Moskau beigetragen haben - und sie verstieß gegen das Verbot "dauerhafter" Stationierung in der NATO-Rußland-Akte aus dem Jahr 1997.
Putin: "Bei der Zergliederung der Tschechoslowakei (1938/39) agierte neben Deutschland auch Polen. Sie entschieden im Voraus und gemeinsam, wer welche tschechoslowakischen Ländereien bekommen wird.
Am 20. September 1938 teilte der polnische Botschafter in Deutschland, Jozef Lipski, dem Außenminister Polens, Jozef Beck, die Versicherungen Hitlers mit, dass, wenn es zwischen Polen und der Tschechoslowakei zu einem Konflikt bezüglich der polnischen Interessen in Tschechien komme, das Reich sich auf die polnische Seite stellen werde. Der Nazi-Führer gab sogar Hinweise und Ratschläge, daß der Beginn der polnischen Aktionen erst nach der Besetzung des Sudetenlands durch die Deutschen erfolgen solle.
Polen war sich bewußt, daß seine Eroberungspläne ohne Unterstützung durch Hitler zum Scheitern verurteilt gewesen wären. An dieser Stelle möchte ich die Aufzeichnung des Gespräches des deutschen Botschafters in Warschau, Hans-Adolf von Moltke, mit Jozef Beck vom 1. Oktober 1938 über die polnisch-tschechischen Beziehungen und die Position der UdSSR zu dieser Frage zitieren. Dort steht geschrieben, Herr Beck ... habe sich für die loyale Interpretation der polnischen Interessen auf der Münchner Konferenz sowie für die Aufrichtigkeit der Beziehungen während des tschechischen Konflikts sehr bedankt. Die Regierung und die Öffentlichkeit von Polen würden die Position des Führers und Reichskanzlers voll und ganz würdigen. ...
Am 19. September 1938 hat der polnische Außenminister Jozef Beck dem bereits erwähnten Botschafter Jozef Lipski vor seinem Treffen mit Hitler unmittelbar darüber geschrieben: "Im Laufe des vergangenen Jahres hat die polnische Regierung viermal das Angebot abgelehnt, sich der internationalen Einmischung zum Schutz der Tschechoslowakei anzuschließen."
Was Putin nicht erwähnt: Das Stückchen Tschechoslowakei, das Polen im Frühjahr 1939 in trauter Absprache mit Hitler-Deutschland annektierte, war lediglich ein Landkreis, das sogenannte Teschener Ländchen. Warschau beging einen klaren Völkerrechtsbruch, aber im Ver-

gleich zu den damaligen Aggressionen anderer Mächte - auch der sowjetische Angriff auf Finnland wäre hier zu erwähnen - war das wahrlich eine Petitesse.
Wichtig schließlich Putins Hinweis auf die polnische Komplizenschaft beim Thema Antisemitismus: "Der zynische Satz des polnischen Botschafters in Deutschland, Jozef Lipski, den er beim Gespräch mit Hitler am 20. September 1938 sagte, spricht Bände: "Für die Lösung der jüdischen Frage werden wir (Polen) ihm (Hitler) ... ein schönes Denkmal in Warschau aufstellen." …<<
UdSSR: Ilja Ehrenburg schreibt am 22. Juni 1941 in seiner Chronik "Russia at War" über den ehemaligen deutschen Bündnispartner (x046/159-160): >>Sie haben das glückliche freiheitsliebende Frankreich geplündert. Sie haben die mit uns verwandten Nationen versklavt, die hochkultivierten Tschechen, die tapferen Jugoslawen und die talentierten Polen. Sie vergewaltigten die Norweger, Dänen und Belgier. ...<<
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über Ilja Ehrenburg (x046/152-156): >>... Der 1891 in Kiew als Sohn eines jüdischen Bierbrauers geborene Ehrenburg bekannte sich zeitlebens zu seinem Herkommen und war, wie er selber schrieb, "stolz darauf, Jude zu sein". Einem geregelten Ausbildungsgang abhold, widmete er sich schon als Schüler nicht so sehr seinen gymnasialschulischen Pflichten als vielmehr dem Herumtreiben in der politischen Unterwelt seiner Umgebung.
Als sogenannter 'sechzehnjähriger bolschewistischer Revolutionär' emigrierte er nach Paris, um von nun an das unstete Dasein eines heimat- und wurzellosen Intellektuellen zu führen, der für Menschen, die in einem geordneten bürgerlichen Leben ehrlichem Broterwerb nachgehen, zeitlebens nur tiefe Abneigung empfand. Als Caféhausliterat in Paris bis 1917 war er Stammgast im CLOSERIE DES LILAS, wo er "tagaus, tagein saß und schrieb".
Doch von der Revolution angezogen, ging er 1917 nach Moskau, wo er sich freilich mit den neuen Machthabern wieder überwarf, so daß er abermals versuchte, in Paris Fuß zu fassen. Von der französischen Polizei indessen ausgewiesen, fand er bis 1924 seinen Aufenthalt in der ungesunden Atmosphäre des damaligen Berlin, wo er, seit 1921 in sowjetischen Diensten stehend, seinen Lebensunterhalt anscheinend als Mitarbeiter der sowjetischen Presse und vor allem als Zuträger und Spitzel der berüchtigten sowjetischen Geheimpolizei GPU (Gosudarstvennoe Politiceskoe Upravlenie, Staatliche Politische Verwaltung) verdiente.
Anschließend in Moskau und auch wiederum in Paris, wurde er im Spanischen Bürgerkrieg 1936-1939 als Korrespondent und Agitator nach Spanien abkommandiert, hielt sich 1939-1940 dann abermals in Paris und, nach dem Einmarsch der deutschen Truppen, mit unklarem Auftrag in Berlin auf, um seinen Wohnsitz alsdann endgültig nach Moskau zu verlegen.
Ehrenburg ist internationalen Kreisen in den zwanziger Jahren durch verschiedene Veröffentlichungen bekanntgeworden, darunter dem politischen Roman ("Die ungewöhnlichen Abenteuer des Julio Jurenito und seiner Schüler"), der die Überwindung des Bürgertums durch die Revolution in der Ära des Ersten Weltkrieges zum Inhalt hat. In diesem Buch findet sich gleichsam als Axiom bolschewistischer Weisheit auch der Satz: "Zum Wohl der Menschheit muß gemordet werden."
In seinem 1941 erschienenen Werk ("Der Fall von Paris") konnte Ehrenburg seinem alten "Haß auf das wohltemperierte französische Bürgertum" dann abermals freien Lauf lassen, indem er unter dem Eindruck der Erfahrungen in Spanien die Ursachen für die Niederlage Frankreichs 1940 aus der Sicht des sozialistischen Klassenkampfes beschrieb. Die höchste literarische Auszeichnung, die die Sowjetunion zu vergeben hatte, der Stalinpreis 1. Klasse, war der wohlverdiente Lohn für dieses willkommene Propagandamachwerk. Diesem Elaborat in seiner 'zeitgeschichtlichen Massenwirkung' kaum nachstehend war der 1946 erschienene politische Roman "Burja" ("Der Sturm"), der infolgedessen ebenfalls mit einem Stalinpreis honoriert wurde.

Durch seine Talente, seine Skrupellosigkeit, seine Auslandserfahrungen und nicht zuletzt durch seine erprobte Willfährigkeit war Ehrenburg wie kein anderer prädestiniert zur Erfüllung der wichtigsten Propagandaaufgabe, vor die Stalin sich 1941 plötzlich gestellt sah.
Denn als der deutsch sowjetische Krieg begann, war die Sowjetpropaganda in gewissem Sinne gefangen in ihrem eigenen Garn. Es bereitete zwar keine allzu großen Schwierigkeiten, feindselige Gefühle gegen die 'Faschisten' zu erwecken, hatte doch die antifaschistische Agitation seit 1939 insgeheim niemals aufgehört.
Daneben aber gab es noch die ältere Lehre, derzufolge die "deutschen Arbeiter und Bauern" die natürlichen Gegner des 'Faschismus' seien, der ohnehin nur "mit Hilfe der Ruhrmagnaten und Sozialverräter" die Macht hätte ergreifen können. Nach dieser Theorie stand Hitler Deutschland "noch ein anderes Deutschland" gegenüber, und die "Arbeiter und Bauern" in der Wehrmacht, so die Meinung, würden sich weigern, gegen das "Vaterland der Werktätigen", die Sowjetunion, zu kämpfen, wenn sie nur die "Wahrheit erfuhren".
Dies erklärt auch die plumpe sowjetische Frontagitation in der ersten Kriegsphase, die von den deutschen Soldaten überhaupt nicht verstanden wurde. Parolen wie die einem sowjetischen Flugblatt entnommene: "Deutsche Soldaten! Für wen ist der Krieg gegen die Sowjetunion vorteilhaft? Nur für die Kapitalisten und Gutsherren!", verpufften ohne Wirkung.
"Echter Haß gegen die Wehrmacht" war in der Roten Armee, wie Ehrenburg einräumte, "am Anfang unbekannt". Hier mußten klare Verhältnisse geschaffen werden, sollte es nicht zu einer "verbrecherischen Verbrüderung" auf dem Schlachtfeld kommen oder, noch schlimmer, dazu, daß sich die Rotarmisten massenweise den Deutschen gefangengaben.
Stalin kam es darauf an, "Haß, Haß und nochmals Haß" nicht nur gegen den 'Faschismus', sondern gegen alles Deutsche überhaupt zu erzeugen, wie Generalleutnant Wlassow berichtete, Ohrenzeuge, als Stalin nach der Schlacht bei Kiew im Kreml ein entsprechendes Ansinnen an Berija richtete. ...
Der Stellvertretende Außenkommissar Losovskij brachte Ehrenburg schon in den ersten Kriegstagen zur Kenntnis, welch ausschlaggebende Bedeutung Stalin zugleich der Auslandsarbeit in Großbritannien und den USA beimaß. Das für solche Fragen zuständige Mitglied des Politbüros, Scerbakov, erteilte ihm jetzt offiziell den wichtigen Auftrag, 'täglich' auch für die Alliierten im Westen zu schreiben. Angetrieben von den bestimmten Weisungen Stalins ebenso wie von den Haßgefühlen seines verdorbenen Gehirns und schlechten Herzens, begann Ehrenburg eine Betriebsamkeit zu entfalten, die, wie er selbst urteilte, nichts mehr mit 'Literatur' zu tun hatte, selbst in der sozialistischen Ausdeutung dieses Begriffes.
In der Tat verfaßte er von nun an jeden Tag einen, oft mehrere und bis zu fünf Artikel für das Regierungsorgan IZVESTIJA, für das Parteiorgan PRAVDA und vor allem für das Armeeorgan KRASNAJA ZVEZDA, aber auch für andere sowjetische Zeitungen und in verschiedenen Varianten für prosowjetische Blätter im Ausland. Die KRASNAJA ZVEZDA an erster Stelle bildete die Arbeitsgrundlage für die in der Roten Armee exzessiv betriebene Politpropaganda, und mit dumpfer Monotonie wurden den Rotarmisten die Artikel dieses Organes eingehämmert: "Mit Ehrenburgs Artikeln legten wir uns abends hin und standen wir morgens auf." Ehrenburgs Name war ... jedem Rotarmisten bekannt ...
Wenn an die Truppen, wie oftmals vor Angriffen, zur Erhöhung der Kampfkraft nicht gerade Schnaps ausgegeben wurde, "las man ihnen vor Angriffsbeginn die Artikel Ehrenburgs vor", die in unzähligen Variationen das Grundthema wiederholten, die Deutschen seien keine Menschen, sie müßten erbarmungslos vertilgt werden. Diese Stereotype, wenngleich natürlich den Intentionen der Sowjetregierung entsprechend, rief in ihrer Verallgemeinerung anscheinend selbst in der Sowjetunion bisweilen schüchterne Bedenken hervor.
So wurde Ehrenburg manchmal befragt, wie man ständig nur über einen und denselben Gegenstand, die Menschenunähnlichkeit der Deutschen, schreiben könne. "Können sie wirklich

solche Henker sein?", fragten die Moskauer im Sommer 1944. Der Romancier Grossman, er selber ein engagierter Wortführer der sowjetischen Kriegspropaganda, machte es Ehrenburg wenigstens zum Vorwurf, keinen Unterschied zwischen Deutschen und 'Faschisten' und 'Hitleristen' zuzulassen. Auch in westlichen Ländern regte sich Widerspruch. Als etwa die prosowjetische schwedische Zeitung "GÖTEBORGs HANDELSTIDNINGEN" 1942 dazu überging, Ehrenburg Artikel abzudrucken, intervenierte nicht nur die deutsche Reichsregierung, auch andere schwedische Zeitungen ... protestierten ...
Es ist auch durchaus nicht so, daß Ehrenburg, dessen Artikel teilweise in die englische Sprache übersetzt wurden, in Großbritannien und den USA überall Verständnis fand. Ein bekanntes Magazin in New York etwa rief 1945 zum Protest gegen die "Grausamkeit sowjetischer Schriftsteller wie Alexej Tolstoy und Ilya Ehrenburg" auf. ...
Welcher Wertschätzung Ehrenburg sich zu dieser Zeit bei Stalin erfreute, zeigte sich, als der Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika, Byrnes, 1945 angesichts der sowjetischen Gewaltakte und Übergriffe in Rumänien mit der Veröffentlichung amerikanischer Korrespondentenberichte drohte. Diesen Protest beantwortete Stalin, wie überliefert ist, "mit verächtlicher Handbewegung: 'Dann schicke ich Ilja Ehrenburg nach Rumänien und lasse ihn berichten, was er sieht. Sein Wort wird mehr gelten als das Eures Mannes".
Als Stellvertreter und das heißt in der verdeckten sowjetkommunistischen Rangordnung in Wirklichkeit als Vorsitzender der weltumspannenden Sowjetorganisation 'Weltfriedensrat' sollte Ehrenburg in den folgenden Jahren in den Ländern und Staaten aller Erdteile eine intensive Wühlarbeit entfalten. Die von ihm angeknüpften vielfachen persönlichen Bekanntschaften und Verbindungen ließen jetzt auch deutlich werden, in welchem Maße linke Intellektualisten, aber auch namhafte Persönlichkeiten des geistigen und politischen Lebens vieler Länder, sich gewollt oder ungewollt zu Dienern des Stalinregimes erniedrigten. Und selbst der ehemalige linke Zentrumspolitiker und deutsche Reichskanzler Dr. Wirth hat es nicht verschmäht, in der Schweiz freundlich mit Ehrenburg zu unterhandeln. ...
Die schriftliche Produktion in den Jahren des 'Großen Vaterländischen Krieges' fiel für Ehrenburg insofern aus dem üblichen Rahmen, als es sich bei ihr, eigenen Worten zufolge, nicht um 'Literatur', sondern um politische Agitation, das heißt politische Hetze gehandelt hat. Annähernd 3.000 seiner richtungweisenden Artikel sind zwischen 1942 und 1944 in einer dreibändigen Buchpublikation unter dem Titel "VOJNA" ("Der Krieg") eigens noch einmal zusammengefaßt worden.
Ehrenburg allerdings wollte von ihnen später nicht mehr allzuviel wissen. In seinen Lebenserinnerungen 'LJUDI, GODY, ZIZN', die auch dazu bestimmt waren, Spuren zu verwischen, verbreitet er sich wortreich vor allem über den menschlichen Gewinn dieser Schicksalsjahre. Über die Kriegsartikel heißt es lapidar:
"Was blieb mir von jenen Jahren? Tausende von gleichartigen Artikeln, die heute allenfalls ein gewissenhafter Historiker noch lesen mag." ...<<
Rumänien: Der rumänische Staatsführer Ion Antonescu schickt Rumäniens Truppen am 22. Juni 1941 mit folgenden Worten in den Kampf gegen die Sowjetunion (x106/108): >>Vor der rumänischen Geschichte habe ich heute die Verantwortung übernommen durch Gerechtigkeit und Ehrenhaftigkeit das zurückzugewinnen, was uns durch Verrat und gewaltsame Demütigung geraubt wurde, und habe beschlossen, den heiligen Kampf für die Wiedergewinnung der Rechte der Nation zu beginnen. ...
Zum heiligen Kampf gegen die Schänder der Zivilisation, der Gerechtigkeit und unserer eigenen Rechte (gemeint ist die Sowjetunion)! ... Zum großen und gerechten Kampf an der Seite des großen deutschen Volkes für eine glückliche Zukunft der Menschen!<<
Für Rumänien geht es in diesem Kampf gegen die Sowjetunion in erster Linie um die Befreiung der besetzten rumänischen Grenzgebiete in Bessarabien und in der Bukowina.

Großbritannien: Premierminister Churchill erklärt am 22. Juni 1941 in einer Rundfunkansprache (x106/108): >>... Hitler ist ein Ungeheuer von unersättlicher Bosheit in seiner Blut- und Plünderungsgier.
Nicht zufrieden damit, ganz Europa unter seinem Absatz zu haben oder es in verschiedenen Formen abscheulicher Unterwürfigkeit unter Terror zu halten, muß er jetzt sein Werk der Schlächterei und Zerstörung zu den Volksmengen Rußlands und Asiens tragen. ...
Niemand ist ein konsequenterer Gegner des Kommunismus gewesen als ich. Ich will kein Wort widerrufen ... Aber alles dies verblaßt vor dem Schauspiel, das sich jetzt entfaltet. ... Jedermann, der gegen den Nationalsozialismus kämpft, erhält unsere Hilfe. Jeder, der mit ihm marschiert, ist unser Gegner. ... Wir haben Rußland alle technische und wirtschaftliche Hilfe, die ihm von Nutzen sein kann, angeboten.<<

23.06.1941

Ostkrieg: Die deutsche Panzergruppe 3 meldet am 23. Juni 1941 (x046/63): >>Im gesamten Abschnitt war der Feind offenbar doch stärker als am Anfang der Operation angenommen wurde. ...<<
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über die unterschätzte personelle und materielle Stärke der Roten Armee (x046/63): >>... Da die Deutschen vor dem 22. Juni 1941 das Bestehen von rund 100 Panzer- und motorisierten Divisionen nicht erkannt hatten, sie vielmehr nur 7 Panzerdivisionen und 38 motorisierte, mechanisierte Brigaden voraussetzten, zeigten sie sich nach Kriegsbeginn sehr überrascht von der Masse der Panzerdivisionen, die ihnen mit einem Male gegenüberstanden.
Es "stellte sich bald heraus, daß der Russe weit mehr Verbände zur Verfügung hatte, als vor Beginn des Ostfeldzuges vom OKH angenommen war", vermerkte die 1. Panzerarmee am 19. Dezember 1941. ... Das Erstaunen bezog sich dabei nicht nur auf die Panzer und Flugzeugzahlen, die alle Erwartungen übertroffen hatten, sondern auch auf die Güte der sowjetischen Waffen und des Gerätes.<<
Slowakei: Die Slowakei erklärt der UdSSR am 23. Juni 1941 den Krieg und beteiligt sich mit 2 Divisionen am Rußlandfeldzug.
Ungarn: Die ungarische Regierung bricht am 23. Juni 1941 die diplomatischen Beziehungen zur UdSSR ab.
Türkei: Die Türkei erklärt am 23. Juni 1941 ihre Neutralität.
Großbritannien: Der britische Premierminister Winston Churchill schreibt am 23. Juni 1941 in einem geheimen Memorandum an den Chef des britischen Luftwaffenstabs Charles Portal (x172/388): >>... Wollen wir dieses Jahr noch einmal den Schwarzwald bombardieren? Damit könnten wir ein paar schöne Resultate erzielen. ...<<
USA: Der US-Unterstaatssekretär Sumner Welles erläutert am 23. Juni 1941 die Ansichten der nordamerikanischen Regierung über den deutsch-sowjetischen Krieg (x106/108): >>Für das amerikanische Volk (sind) die Grundsätze und Lehren der kommunistischen Diktatur ebenso unerträglich und ihren eigenen Anschauungen ebenso fremd, wie die Grundsätze und Lehren der nationalsozialistischen Diktatur. ...
Aber die Frage, die sich jetzt dem amerikanischen Volke unmittelbar präsentiert, ist, ob der Plan der Welteroberung und der grausamen, brutalen Versklavung aller Völker sowie der schließlichen Zerstörung der letzten freien Demokratien, ein Plan, den Hitler jetzt verzweifelt durchzuführen versucht, erfolgreich aufgehalten und zunichte gemacht werden kann. ...
Nach Ansicht der amerikanischen Regierung wird ... jede Verteidigung gegen den Hitlerismus ... den schließlichen Untergang der gegenwärtigen deutschen Führer beschleunigen und sich von Vorteil erweisen.<<
Der US-Senator und spätere Präsident Harry S. Truman erklärt am 23. Juni 1941 (x172/388-389): >>... Wenn es so aussieht, als würde Deutschland gewinnen, sollten wir Rußland helfen,

und wenn Rußland sich als stärker erweist, sollten wir Deutschland helfen. Dann können sie sich nach Herzenslust umbringen. Allerdings möchte ich unter gar keinen Umständen Hitler als Sieger sehen.<<

24.06.1941

Anti-Hitler-Koalition: Nach dem deutschen Überraschungsangriff gegen die UdSSR begrüßt Churchill am 24. Juni 1941 die neuen Verbündeten und verspricht großzügige Hilfslieferungen.

Aufgrund des Leih- und Pachtgesetzes vom 11. März 1941 unterstützt Nordamerika auch die Sowjetunion. Schon 2 Tage nach dem deutschen Angriff gegen die UdSSR kündigt US-Präsident Roosevelt den Sowjets Hilfslieferungen an und vergibt große Staatsaufträge an die nordamerikanische Rüstungsindustrie.

Ukraine: Im ukrainischen Staatsgefängnis von Dubno werden am 24. Juni 1941 etwa 500 Inhaftierte durch sowjetische NKWD-Einheiten erschossen (x029/328).

Ukrainische Häftlinge berichten später über ihr Schicksal in den sowjetischen NKWD-Gefängnissen (x029/339-340): >>... Die Erschießung in dem Gefängnis begannen 2 Tage nach Kriegsausbruch. ... In der folgenden Nacht wurden wir gegen 1.00 Uhr oder 2.00 Uhr MEZ in das Vernehmungszimmer geführt. An einem rotbeschlagenen Tisch saßen 3 Personen. Eine davon war jener Oberleutnant, der andere in Zivil war der Gefängnisankläger. Die dritte Person habe ich bei dem Kerzenlicht nicht erkannt.

Auf dem Tisch lag eine Liste und jeder Gefangene mußte seinen Namen nennen. Die 3 Leute entschieden dann, wer zu erschießen sei oder nicht. Da mein Name auf der Liste nicht richtig geschrieben war, ... wurde ich wieder abgeführt, und zwar in eine Einzelzelle. An Überlebenden blieben insgesamt 12 Personen zurück. Und zwar 8 Männer und 4 Frauen. ...

... Am 2 Tag nach Kriegsausbruch bemerkte ich eine größere Bewegung im Gefängnis. ... Am selben Tage etwa 5.00 Uhr oder 6.00 Uhr MEZ öffnete sich die Zellentür und es traten 7 NKWD-Leute in die Zelle unter Führung des Gefängnisdirektors. Sein Name ist mir nicht bekannt. Man rief uns zu: Legt euch nieder ihr Huren!

Gleich darauf begann eine Schießerei. 12 Mann von uns wurden dabei getötet, 2 schwer verletzt, 3, darunter auch ich, wurden nicht getroffen. Ich bin dem Gemetzel entgangen, weil ein tödlich Getroffener über mich fiel. ...

Nachdem wir zusammengeschossen worden waren, eilten dieselben Leute von Zelle zu Zelle und schossen die Insassen nieder. Als die letzten Schüsse verhallt waren, richtete ich mich vorsichtig auf, um nachzusehen, wo unsere Mörder geblieben seien. Da hörte ich plötzlich, daß sie wieder zurückkamen. Ich kroch dann schnell wieder unter eine Leiche, nachdem ich zuvor mein Gesicht und auch das der anderen Verwundeten mit Blut beschmiert hatte. ...

Die Leute traten wieder in unsere Zelle und gaben nochmals 3 Schüsse ab. So gingen sie von Zelle zu Zelle, und dann hörte ich den einen rufen: Kommt schnell in den Hof, die Wagen stehen schon bereit.

Ich blieb noch eine längere Zeit in der Zelle liegen, um abzuwarten, ob die NKWD-Leute nicht doch wieder zurückkämen. ...<<

Die Geheime Feldpolizei des 48. deutschen Armeekorps berichtet später über die Zustände nach dem sowjetischen Massaker im Staatsgefängnis von Dubno (x046/244): >>Der Anblick beim Betreten des Gefängnisses und der Zellen war grauenvoll und ist in Worte nicht zu kleiden. Über hundert Leichen, Männer, Greise, Frauen uns Mädchen von etwa 16 Jahren, lagen erschossen und mit Bajonettstichen verstümmelt in den Zellen. ...<<

26.06.1941

Finnland: Finnland (deutscher "Waffengefährte", aber kein Verbündeter) erklärt der Sowjetunion am 26. Juni 1941 den Krieg.

Finnisch-deutsche Kampftruppen greifen danach gemeinsam an der finnisch-sowjetischen

Grenze an.

27.06.1941

Ungarn: Die ungarische Regierung erklärt der Sowjetunion am 27. Juni 1941 den Krieg.
Nach der Kriegserklärung greifen ungarische Truppen die UdSSR an und dringen anschließend zügig bis an den Dnjepr vor.

29.06.1941

UdSSR: Das Zentralkomitee der KPdSU ruft 29. Juni 1941 zum "Großen Vaterländischen Krieg" der Sowjetunion auf (x040/82).

30.06.1941

Ostkrieg: Der sowjetische Oberbefehlshaber der 5. Armee, Generalmajor Potapow, schreibt am 30. Juni 1941 an die Kommandeure der Kampfeinheiten und Chefs der Abteilungen für politische Propaganda (x029/288-289): >>... Es ist nicht vereinzelt vorgekommen, daß Rotarmisten und Kommandeure, erbittert über die Grausamkeiten der faschistischen Räuber ... keine Soldaten und Offiziere gefangennehmen, sondern an Ort und Stelle erschießen.
Als Folge dieser Maßnahmen ergibt sich bei der Leitung die Schwierigkeit, die feindliche Aufstellung festzustellen, den politisch-moralischen Zustand des Heeres zu ermitteln sowie diese für die Auswertung bei der Arbeit unter den Truppen des Feindes auszunützen.
Gleichzeitig ist dieses aber auch vom politischen Standpunkt aus nicht richtig, da unsere Aufgabe darin besteht, daß der Soldat des deutschen Heeres auf die Seite der Roten Armee übergeht; wird es aber bekannt, daß Gefangene erschossen werden, hört der Zustrom auf.
Ich ordne daher an:
1. Allen Kämpfern und Kommandeuren die Schädlichkeit der Erschießung der in die Gefangenschaft geratenen Soldaten und Offiziere plausibel zu machen und die Gefangenen ohne Verzögerung nach hinten zu befördern zwecks einer Mitarbeit mit ihnen.
2. Ich verbiete kategorisch, selbständige Erschießungen vorzunehmen.<<

Ukraine: Als die deutschen Wehrmachtstruppen am 30. Juni 1941 in Lemberg einrücken, finden sie in den Lemberger Gefängnissen mindestens 3.000-4.000 ukrainische und polnische Todesopfer der sowjetischen NKWD-Massaker (x029/345).
Lemberger Zivilisten melden später die Verschleppung von rund 20.000 Ukrainern und Polen (ca. 80 % der gesamten Lemberger Intelligenz).
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über die sowjetischen NKWD-Massaker in den Lemberger Gefängnissen (x046/200-201): >>... In Ausführung eines Befehls von Stalin, politische Gefangene nicht in die Hände der Deutschen fallen zu lassen, waren in den Tagen vor dem 30. Juni 1941 in den Lemberger Gefängnissen, so im Brigidki Gefängnis, im Zamarstynow Gefängnis und im Gefängnis des NKVD, rund 4.000 ukrainische und polnische politische Gefangene und sonstige Zivilpersonen jeden Alters und Geschlechtes sowie eine Reihe deutscher Kriegsgefangener, teilweise nach schweren Folterungen, von Organen des NKVD planmäßig erschossen und zum Teil bestialisch ermordet worden.
Diese Vorfälle wurden von der Einsatzgruppe des SD zum Anlaß genommen, um nun ihrerseits, als sogenannte 'Vergeltung für die unmenschlichen Greueltaten', bis zum 17. Juli 7.000 an den Geschehnissen unbeteiligte Einwohner jüdischer Herkunft in Lemberg und Umgebung zu erschießen. Dennoch - es waren die Sowjets gewesen, die in Lemberg 4.000, zum Teil massakrierte Leichen ermordeter Zivilpersonen zurückgelassen hatten, ein Umstand, der von der deutschen Propaganda sofort aufgegriffen wurde.
Deutsche Pressemeldungen über die sowjetischen Greuel in Lemberg fanden eine Bestätigung in polnischen Berichten, die auf inoffiziellen Wegen nach Großbritannien gelangten. Das Foreign Office, wie später im Falle Katyn von der sowjetischen Täterschaft sofort überzeugt, richtete an das Moskauer Außenkommissariat eine Note mit dem Ersuchen um Aufklärung,

woraufhin Molotow am 12. Juli 1941 eilends ein kategorisches Dementi herausgab.
Umgehend wurde die Sowjetpropaganda aufgeboten, um den demaskierenden Vorfall zu vertuschen und nunmehr die Deutschen für das Massaker verantwortlich zu machen. Lemberg war geradezu der Präzedenzfall für die sowjetische Propagandataktik, die eigenen Untaten vergessen zu machen, indem man sie grundsätzlich der deutschen Seite zuschrieb.
Die Sowjetbehörden gingen dazu über, sogenannte 'Zeugen' zu präparieren, ein erprobtes Verfahren, war nach den Erfahrungen der "Großen Säuberung" der dreißiger Jahre das NKVD doch in der Lage, von jedem beliebigen Zeugen jede beliebige Aussage über jedes beliebige Verbrechen zu erlangen. Auf der Grundlage solcher Falsifikate verbreitete die sowjetische Nachrichtenagentur TASS am 8. August 1941 die von der amerikanischen Agentur ASSOCIATED PRESS sofort aufgenommene Meldung, deutsche 'Sturmtruppen' hätten in Lemberg 40.000 Menschen getötet.
Solche Zeugenaussagen wurden als 'unwiderlegbar' hingestellt und als Beweis dafür, daß "die phantastischen Erfindungen der Hitler Propaganda über sogenannte bolschewistische Verbrechen in Lemberg nur ein plumper Versuch sind, die beispiellosen Grausamkeiten zu verschleiern, die von den deutschen Banditen selber gegen die Lemberger Bevölkerung begangen wurden".
Als sich die Sowjetregierung 1943, nach der Entdeckung der Massengräber von Katyn, in die Enge gedrängt sah, kam sie auf die Lemberger Beschuldigungen zurück. Am 29. April 1943 behauptete das Parteiorgan PRAVDA in einem Beitrag unter der absurden Überschrift "Hitlers polnische Kollaborateure", die 'deutschen Banditen', die 'hitlerischen Lügner', "operieren jetzt in genau derselben Weise, wie sie in Lemberg 1941 im Hinblick auf sogenannte Opfer des bolschewistischen Terrors in Lemberg zu operieren versuchten". Wie im Fall Lemberg hätten sie versucht, die in Katyn von ihnen begangenen Untaten "vor die Tür sowjetischer Organisationen zu legen" und das 'sowjetische Volk' zu verleumden. ...<<
Ein deutscher Gerichtsmediziner berichtet später über das NKWD-Massaker in Lemberg (x046/245): >>Es ist mir zur Gewißheit geworden, daß die in Rußland kurz vor der Räumung der Städte durch die GPU vorgenommenen Greueltaten an Ukrainern, Litauern, Letten und leider auch an gefangenen Wehrmachtangehörigen alles bisher ... Bekanntgewordene an Grausamkeit und Scheußlichkeit weit in den Schatten stellen. ...
Mein Assistent, welcher zwei Tage in Lemberg war, teilte mit, daß sich das Geschehene weder beschreiben noch auch nur andeuten läßt. Die Ermordeten wurden ohne jeden Zweifel vor ihrem Tode noch in sadistischer Weise gefoltert, wobei eigens dafür hergerichtete Folterkammern verwendet wurden.<<
Obwohl zahlreiche ukrainische Zeugen, Historiker und internationale Untersuchungsergebnisse die sowjetischen Massaker in Lemberg bestätigen, schreibt die sowjetische Presse noch am 5. September 1959 (x029/348): >>Vor 18 Jahren begingen die Faschisten in der Nacht vom 29.-30.06.1941 ein entsetzliches Verbrechen in Lemberg. Die hitlerischen "Nachtigallen" verhafteten auf Grund einer vorher angefertigten Liste Hunderte von Kommunisten, Komsomolzen und Parteilosen und ermordeten sie im Hofe des Gefängnisses in der Zarmarstynowska Straße in bestialischer Weise.<<
Der polnische Schriftsteller Borys Lewytzkyi schreibt danach im Jahre 1960 in der Exilzeitschrift "Kultura", Band I (x029/350-351): >>Die Verantwortung der sowjetischen Dienststellen für die Morde in den Lemberger Gefängnissen, wie auch für die Morde in anderen Gefängnissen Galiziens und der Ukraine, sind so eindeutig, daß der Verdacht naheliegt, daß sich in den sowjetischen Reihen Provokateure befunden haben, die diese Greueltaten auf das Konto der deutschen Besatzungsarmee bzw. der Gestapo abschieben wollten. Es ist bekannt, daß die Erschießungen der Gefängnishäftlinge sogar in Kiew stattgefunden haben.
Der polnischen Botschaft in Moskau wurden später etliche konkrete Fälle gemeldet, aus wel-

chen hervorging, daß viele höhere polnische Staatsbeamte in Kiewer Gefängnissen umkamen. Was die Erschießungen in den Lemberger Haftanstalten anbelangt, so waren sie in diesen tragischen Junitagen bei der gesamten Bevölkerung der Stadt und in der Umgebung weit bekannt ...<<

In Lemberg, Kowno und in vielen anderen westukrainischen Städten ereignen sich damals außerdem spontane Judenverfolgungen durch die einheimische Bevölkerung, so daß die Juden von den vorrückenden deutschen Wehrmachtstruppen beschützt werden müssen (x029/346-347).

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die "sowjetische Befreiungsmission" im Baltikum, in der Ukraine und in Ostpolen (x026/20-21): >>Nach dem Einfall Hitlers in Rußland (22.6.1941) setzten neue sowjetische Massaker im ehemaligen Ostpolen, in der Ukraine und im Baltikum ein. Die Leichen, die deutsche Truppen in den Folterkellern und Gefängnissen von Lemberg, Riga, Winniza und an vielen anderen Orten fanden, waren z.T. in einem unbeschreiblichen Zustand.

Insassen der Konzentrationslager, die man angesichts des schnellen Vormarsches nicht mehr rechtzeitig räumen konnte, wurden oft zu Tausenden mit Maschinengewehren niedergemäht. ... 1944 wurden sogar polnische Widerstandskämpfer, die in Ostpolen auf seiten der Sowjets gekämpft hatten, divisionenweise in KZs verfrachtet. Nach amerikanischen Erkenntnissen errichteten die Sowjets in Polen nach dem Krieg 17 Konzentrationslager für Gegner ihrer Besetzung.<<

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über die "sowjetische Befreiungsmission" im Baltikum und in Ostpolen (x046/169-170,243-244): >>... Etwa eine Million Menschen kamen im Gefolge der Annexion Ostpolens und der baltischen Republiken zwischen 1939 und 1941 ums Leben.

Der auf Befehl Stalins hin sofort nach Kriegsbeginn 1941 vorgenommenen Erschießung aller der Spionage verdächtigen Personen und der auf sein Geheiß hin vorgenommenen Niedermetzelung politischer Gefangener durch die Organe des NKVD vor dem Rückzug sind unzählige – nach Feststellungen eines Untersuchungsausschusses des amerikanischen Kongresses unter dem Vorsitz des Abgeordneten Charles J. Kersten allein in der Ukraine 80.000 bis 100.000 – Menschen zum Opfer gefallen.

Die Leichen der Hingemordeten wurden in den ... ukrainischen Städten und in anderen Orten überall in der Ukraine, in Weißrußland und in den baltischen Republiken aufgefunden. Schauplatz solcher Massaker waren auch solche Zentren wie Brest, Minsk, Kaunas, Wilna, Riga, um nur einige Stätten beispielhaft zu nennen. Massenerschießungen fanden aber auch im tiefen Hinterland statt ...<<

>>... Die vom 22. Juni 1941 an "auf der ganzen Front" zu konstatierenden 'wilden' Mordtaten der Angehörigen der Roten Armee an deutschen Kriegsgefangenen, so 'bestialisch' sie im einzelnen auch waren, sind freilich noch zu unterscheiden von den ebenfalls mit Kriegsbeginn einsetzenden Massenmorden, die vom NKVD durchgeführt wurden.

Wie die Kommission des amerikanischen Kongresses unter dem Vorsitz des Abgeordneten Charles J. Kersten in ihrem Spezialbericht Nr. 4 vom 31. Dezember 1954 zusammenfassend feststellte, erschossen das NKVD und seine Handlanger "in jeder Stadt der westlichen Ukraine in den ersten Tagen des Krieges alle politischen Gefangenen mit Ausnahme von einigen wenigen, die wie durch ein Wunder gerettet wurden".

Dieser Massenmord betraf allerdings nicht nur die Insassen der Gefängnisse und Konzentrationslager der westlichen Ukraine, also Ostpolens, sondern ebenfalls die der baltischen Länder, Weißrußlands und, im Zuge des weiteren Vordringens der deutschen Truppen, auch die des tiefen sowjetischen Hinterlandes. Ukrainische, polnische, litauische, jüdische, lettische, estnische und natürlich überall auch russische Zivilpersonen jeden Alters und Geschlechtes, aber

auch Volksdeutsche und andere, sind diesen vorsätzlich geplanten und kaltblütig durchgeführten systematischen Erschießungen allerorts zum Opfer gefallen.
Aus der Vielzahl der Örtlichkeiten, die Schauplatz solcher Gefangenenmorde waren, seien stellvertretend genannt für Ostpolen (die Westukraine): Dubno, Luck, Dobromil', Zolkiew, Brzeznay, Rudki, Komarno, Pasichna, Ivano Frankivsk (Stanislav), Cortkov, Rovno, Sarny, Drogobyc (Drahobych), Sambor, Tarnopol', Stalino (Jusowka) und natürlich Lemberg, für Litauen: Pravieniskies, Rumsiskes (bei Kaunas), Kaunas (Kowno), Telsiai, Globokie (östlich von Wilna), für Lettland: Riga, Dünaburg (Daugavpils), Rositten, für Estland: Dorpat, Reval. Da fast überall Liquidierungen vorgenommen wurden, ist es praktisch unmöglich, alle Mordstätten aufzählen zu wollen, erwähnt nur sei, daß in Lemberg über 4.000, in Luck 1.500, in Dubno 500 Leichen aufgefunden wurden.
Das NKVD hat die Gefangenen oft aber nicht nur erschossen, sondern sie in zahlreichen nachgewiesenen Fällen, zum Teil in den Folterzellen, die integrierender Bestandteil von NKVD Gefängnissen sind, auch gefoltert und zu Tode gequält durch Ausreißen der Fingernägel, Verbrühen und Abziehen der Haut und ähnliche Scheußlichkeiten, wie sie den Traditionen der Tscheka Lenins entsprachen. ...<<
Der französische Historiker Nicolas Werth berichtet später über die Evakuierung der sowjetischen Gefängnisse und Lager in der westlichen Ukraine nach dem deutschen Angriff im Juni 1941 (x265/250): >>... Der deutsche Vorstoß während der ersten Kriegsmonate zwang den NKWD, einen Großteil seiner Gefängnisse, Arbeitskolonien und Lager zu evakuieren, denn sonst wäre die Gefahr, daß sie in die Hände des Feindes fallen, groß gewesen. Zwischen Juli und Dezember 1941 wurden 210 Kolonien, 135 Gefängnisse und 27 Lager, d.h. insgesamt rund 750.000 Häftlinge, nach Osten verlegt.
Nassedkin, der Gulag-Direktor, behauptete in seiner Bilanz über "die Gulag-Aktivitäten während des Großen Vaterländischen Krieges", daß "die Evakuierung der Lager im allgemeinen in organisierter Form vor sich ging". Trotzdem fügte er hinzu: "Weil es an Transportmitteln fehlte, wurden die meisten Häftlinge zu Fuß evakuiert, und zwar über Entfernungen von oft mehr als 1.000 Kilometern." Man kann sich vorstellen, in was für einem Zustand die Häftlinge am Ziel ankamen.
Wenn keine Zeit blieb, die Lager zu evakuieren – was in den ersten Kriegswochen öfters vorkam -, wurden die Häftlinge kurzerhand an die Wand gestellt. Dies war vor allem in der westlichen Ukraine der Fall, wo der NKWD Ende Juni 1941 in Lemberg 10.000 Häftlinge massakrierte, im Gefängnis von Lutsk 1.200, in Stanyslawiw 1.500, in Dubno 500 usw. In den Regionen Lemberg, Schitomir und Winnitsa entdeckten die Deutschen bei ihrer Ankunft Dutzende von Massengräbern. Die Sonderkommandos der Nazis nahmen diese "jüdisch-bolschewistischen Greueltaten" zum Vorwand, sofort Zehntausende von Juden zu erschießen. ...<<

Juni 1941

Ostkrieg: Im Juni 1941 werden die sowjetischen Truppen von der deutschen Wehrmacht auf breiter Front zurückgedrängt.

Stalins Kriegziele und Kriegsführung

Für Stalin war der Krieg ein hilfreiches Instrument, um von den großen innenpolitischen Schwierigkeiten abzulenken. Stalin wollte der UdSSR außerdem endlich eine angemessene weltpolitische Stellung verschaffen. Nach den menschverachtenden Lehren des Stalinismus "heiligte" der Zweck jedes Mittel. Die Höhe der Opfer spielt keine Rolle. Entscheidend war nur der Erfolg. Stalin war entschlossen, seine "kommunistische Weltrevolution" um jeden Preis in Europa ("Wir werden unsere Pferde am Atlantik tränken!") und in Asien zu verwirklichen.
Der deutsche Historiker Dr. Manfred Kehrig schreibt später über Stalins Anteil am Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges (x046/9-11): >>... Die seit Jahren geführte Diskussion über

den Anteil der Sowjetunion am Ausbruch des Krieges mit Deutschland 1941 freilich muß unter der Prämisse geführt werden, daß dieser Krieg eine Auseinandersetzung auf Leben und Tod zwischen zwei totalitären Systemen war, die sich zur Erreichung ihrer politischen Ziele der gleichen Mittel und Methoden bedienten. Dies war nach 1945 kaum ins Bewußtsein der westeuropäischen Gelehrten gerückt, denn die Sowjetunion war 4 Jahre Verbündeter der westlichen Demokratien gewesen und hat unter einem ungeheuren Zoll an Gut und Blut schließlich zum Sieg über Deutschland Entscheidendes beigetragen. ...

Wer in Westdeutschland das sowjetische System in den Jahrzehnten des Zweiten Weltkrieges kritisch untersuchte, auf seine kompromißlose Mißachtung von Freiheit und Menschenwürde, auf Terror und Unterdrückung hinwies, wurde nicht selten als Faschist beschimpft, als Neonazi verdächtigt, an Leib und Gut bedroht. Unter dem Banner des Antifaschismus versammelten sich all jene, die außer dem sowjetischen System nichts anderes mehr gelten lassen wollten.

Dagegen hat sich auf allen Ebenen und Wissenschaftsfeldern Widerstand geregt, und gerade in der deutschen Geschichtswissenschaft hat es nicht an ernsten Anstrengungen gefehlt, allen "antifaschistischen" Indoktrinationsversuchen ruhig, überlegt und sicher argumentierend entgegenzutreten ...

Die sich im Frühjahr 1941 deutlich zum Vorteil der Sowjetunion verschiebende Lage, die von der deutschen Führung nur schemenhaft aufgeklärt werden konnte, ließ Hitler den Juni 1941 als den letztmöglichen Termin erscheinen, um überhaupt noch einen präventiven Krieg führen zu können. Auf der anderen Seite hatte Stalin allem Anschein nach den Angriffstermin im Frühjahr 1941 von 1942 auf Juli-September 1941 vorgezogen, um die an der sowjetischen Westgrenze konzentrierte deutsche Wehrmacht in mehreren wuchtigen Schlägen zu vernichten ...

Bisher überhaupt noch nicht ins Bewußtsein der westliche Welt getreten ist, daß nämlich Stalin den Krieg gegen das Deutsche Reich als Vernichtungs- und Eroberungskrieg konzipiert und dann auch durchgeführt hat, so wie Hitler seinem Feldzug gegen die Sowjetunion wesentlich rassenkämpferische Motiv beimischte.

Hierbei kam Stalins Befehl vom 6. November 1941, alle Deutschen ohne Unterschied totzuschlagen, eine besondere Rolle zu, denn die unter Anleitung von Ilja Ehrenburg arbeitende sowjetische Propaganda sorgte dafür, daß dieser Befehl nicht nur bis zum letzten Soldaten bekannt gemacht, sondern auch exekutiert wurde.

Die Aufforderung zur Ermordung deutscher Kriegsgefangener und Verwundeter stand vom ersten Tage des Krieges an auf der Tagesordnung und erlebte eine infernalische Steigerung, als die Rote Armee Ende 1944 deutsches Staatsgebiet erreichte und gegen die deutsche Zivilbevölkerung auf Weisung ihrer Befehlshaber und politischen Verwaltungen mordend, vergewaltigend, plündernd und sengend vorging, noch bis in die Wochen nach dem 8. Mai 1945 in ihren besetzten Gebieten eine breite Blutspur legend. ...<<

Stalins erbarmungslose Vernichtungsstrategie richtete sich nicht nur gegen die deutschen Soldaten, sondern auch gegen die eigenen Truppen und die sowjetische Zivilbevölkerung. Der sowjetische Kampfstil war völlig anders, als z.B. die Kriegsführung der westlichen Alliierten. Die westlichen Alliierten bombardierten meistens tagelang die deutschen Stellungen, bevor man überhaupt die ersten Infanteriesoldaten einsetzte. Im Gegensatz zu den Nordamerikanern und Briten schonten die sowjetischen Befehlshaber ihre Soldaten nicht, denn Menschenleben waren für die sowjetischen Offiziere und Polit-Kommissare gewöhnlich gleichgültig.

Nach den verlustreichen Kesselschlachten der Jahre 1941-1942 ließ man vielerorts völlig kampfunerfahrene Zivilisten an der Kampffront einsetzen. Diese sogenannten "Arbeitermilizen" wurden notdürftig eingekleidet, bewaffnet und mit Lastkraftwagen direkt an die Kampffront transportiert. Die neuaufgestellten "Arbeitermilizen" mußten danach sofort an den Gefechten teilnehmen und erlitten zwangsläufig sehr hohe Verluste. Manche Polit-Kommissare

hetzten ihre Infanterieeinheiten kurzerhand ohne Artillerieunterstützung in das feindliche Artillerie- und MG-Feuer und "verheizten" sie "ohne Rücksicht auf Verluste".
An einigen Frontabschnitten jagte man die Rotarmisten sogar bewußt durch Minenfelder, um keine eigenen Panzer zu verlieren. Für die sowjetischen Truppeneinheiten gab es grundsätzlich keinen Rückzug, denn "Feiglinge" wurden gewöhnlich von den fanatischen Polit-Kommissaren oder Komsomolzen, die während der Gefechte hinter der Kampffront warteten, sofort liquidiert.
Das deutsche IX. Armeekorps meldet am 2. August 1941 (x046/135): >>... (Die feindlichen Angriffe werden) trotz stärkster Verluste außerordentlich zäh geführt. ... Durch eigene Beobachtungen und Gefangenenaussagen wurde festgestellt, daß die russische Infanterie durch MG-Feuer von rückwärts und mit der Pistole von den Kommunisten in den Kampf getrieben wird.<<
Ein Rotarmist der 105. sowjetischen Schützenbrigade berichtet nach seiner Gefangennahme am 11. Juli 1942 (x046/135): >>Am 7.7. wurde die Brigade zum erstenmal bei dem Angriff auf Baskino eingesetzt. Bei diesem ersten Angriff wurde das I. Bataillon fast vollständig aufgerieben. ...
Das Angriffsgelände soll bereits durch die vorangegangenen Angriffe der 12. Garde-Division mit Toten übersät gewesen sein. Nachdem das Bataillon sich nach dem ersten Angriff wieder gesammelt hatte, erschienen der Brigade-Kommandeur (ein Oberst) und der Brigade-Kommissar. Sie ließen alle Komsomolzen und Parteimitglieder heraustreten und bildeten aus ihnen die 1. Kompanie, die bei dem nächsten Angriff in zweiter Linie vorgehen und alle diejenigen erschießen sollte, die zurückgingen oder sich hinlegten. Auf Befehl des Kommissars wurden 3 Rotarmisten erschossen. ...
Beim nächsten Angriff am 9.7. traten abermals sehr schwere Verluste ein, so daß die Reste der Brigade gegen Mittag zu einem Bataillon zusammengefaßt wurden, das wiederum zu einem erneuten Angriff auf Baskino eingesetzt wurde. Von diesem Angriff kehrten am Abend des 9.7. beim Versammeln des Bataillons nur noch 60 Mann zurück. Das Angriffsgelände stellte ein furchtbares Bild durch die große Zahl der Leichen dar, insbesondere in den Mulden lagen durch Volltreffer überall Teile von menschlichen Körpern umher, so daß kein Rotarmist sich diesem grausamen Anblick entziehen konnte.<<
Ein sowjetischer Politkommissar (im Rang eines Hauptmannes) notiert am 4. März 1943 in seinem Tagebuch (x046/137): >>In der Umgebung sind die jungen Leute ... mobilisiert und als Kanonenfutter gleich in den Kampf geschickt. Die hohen Verluste, denen dieser nichtausgebildete und am Kampf für die Sowjet-Union nicht interessierte, zwischen Front und Sperrkommando kämpfende Ersatz naturgemäß unterworfen ist, werden bewußt getragen, da die Sowjet-Union an der Erhaltung dieser faschistisch verseuchten, somit eine Gefahr für die Stimmung der Roten Armee bildenden Elemente kein Interesse mehr hat. ...<<
Die Sowjets behandelten nicht nur die deutschen Kriegsgefangenen erbarmungslos, auch mit den eigenen Soldaten machte man häufig "kurzen Prozeß". Während der chaotischen Rückzugsgefechte kam es oft vor, daß die Sowjets ihre eigenen Verwundeten wegen Marschbehinderung töteten. Schwerverletzte Rotarmisten wurden grundsätzlich nicht mehr von den sowjetischen Sanitätern versorgt, denn sie waren kurzfristig nicht mehr kampffähig und deshalb überflüssig. Viele Schwerverletzte wurden von den Polit-Kommissaren oftmals kurzerhand liquidiert (x025/258). Aufgrund dieser barbarischen Kriegsführung waren die Menschenverluste der Roten Armee zwangsläufig extrem hoch.
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die sowjetische Kriegsführung (x025/111,258): >>... Ein Teil der Millionverluste der Roten Armee (geht) auf das Konto der Menschenverachtung ihrer eigenen Führer, etwa nach dem Motto: "Wenn wir an ein Minenfeld kommen, greift unsere Infanterie genauso an, als wäre es nicht

da" (Äußerung von Marschall Shukow gegenüber General Eisenhower) ...<<
>>Als weitere Ursachen für die extrem hohen Verluste der Roten Armee sind genannt worden: Bewußtes "Verheizen" von Strafbataillonen, Tötung eigener Verwundeter auf dem Rückzug, Liquidation unzuverlässiger Armeeteile ...<<
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über die schonungslose sowjetische Kriegsführung (x046/133-134): >>Das der sowjetischen Sklavenhaltergesellschaft eigene System der Nichtachtung von Menschenleben tritt deutlich zutage bei dem von der Roten Armee praktizierten Angriffsverfahren, der Taktik der "menschlichen Dampfwalze", die nach Generalmajor Grigorenko unter der "unmenschlichen Devise" stand: "Menschenleben dürfen nicht geschont werden."
Generaloberst Volkogonov hat Tausende von operativen Dokumenten des Obersten Befehlshabers Stalin durchgesehen und nicht in einem einzigen von ihnen einen Hinweis darauf gefunden, daß es darauf ankomme, Menschenleben zu schonen, die gestellten Ziele mit einem Minimum von Opfern zu erreichen, die Soldaten nicht in unvorbereitete Angriffe zu werfen. Ganz im Gegenteil verlangte Stalin Erfolge "um den Preis beliebiger Opfer, wie er etwa in einem Befehl "sowohl Generaloberst Eremenko als auch Generalleutnant Gordov verpflichtete, keine Kräfte zu schonen und nicht vor irgendwelchen Verlusten zurückzuschrecken". "Opfer, massenweise Opfer" waren ihm gleichgültig und zählten nicht, wenn nur der erstrebte Erfolg eintrat.
Und so führte er, Volkogonov zufolge, die Streitkräfte zum Sieg "um den Preis unaussprechlicher Verluste". Woher kommt es, so Volkogonov, "daß unsere Verluste zwei- bis dreimal so hoch waren, wie die des Gegners?" – eine noch untertreibende Angabe, da nach den Erfahrungen der finnischen Armee die sowjetischen Verluste schon im Winterkrieg die finnischen "vorsichtig geschätzt" um das Fünffache übertroffen hatten: "Ohne jede Rücksicht auf Verluste ist die Infanterie in Massen gegen die finnischen Stellungen getrieben worden."
Diese Relation bestätigten Autoren der ausgehenden Stalinzeit, als sie ... (im April 1991) klarstellten, "daß unsere Armee im vergangenen Krieg Verluste erlitt, die fünfmal so hoch und noch höher waren als die der Hitlerarmee".<<
Als die sowjetischen Truppen in den ersten Wochen des deutsch-sowjetischen Ostkrieges meistens regelrecht überrollt wurden oder fluchtartig den Rückzug antreten mußten, machte Stalin vor allem seine Generäle für diese schmachvollen Niederlagen verantwortlich. Bereits im Juni/Juli 1941 ließ Stalin zahlreiche sowjetische Armeeführer (wie z.B. Generalmajor Korobkow und Generalmajor Kosobutskij) wegen "Landesverrat" degradieren, zum Tod verurteilen und durch Erschießungskommandos hinrichten (x040/84).
Diese sowjetischen Offiziere gehörten zwar nicht zu den überragenden Strategen und Taktikern der Roten Armee, aber sie waren für die meisten militärischen Katastrophen des Ostkrieges im Jahre 1941 nicht verantwortlich. Fast kein sowjetischer Armeeführer bzw. "Landesverräter" war schuldig, aber die Schuldfrage spielt zu Stalins Zeiten sowieso keine entscheidende Rolle. In der damaligen UdSSR ging es ausschließlich um Abschreckung und Angst, deshalb "verschickten" Stalins Helfer die Familienangehörigen dieser angeblichen "Landesverräter" ausnahmslos nach Sibirien.
Stalin, der wie Hitler den Oberbefehl der militärischen Streitkräfte übernommen hatte, war kein Militärstratege. Der "Stählerne" vermied (wie Hitler) jede persönliche Gefahr und hielt sich während des gesamten Ostkrieges nur einige Stunden an den Kampffronten auf. Die gigantischen sowjetischen Verluste von angeblich 13,6 Millionen Rotarmisten müssen zu einem erheblichen Teil Stalins militärischer Unfähigkeit zugerechnet werden. Trotz dieser unfaßbaren Verluste wurde Stalin im Jahre 1945 zum "Generalissimus" der Sowjetunion ernannt.

Stalins Kriegspropaganda

Die stalinistische Kriegspropaganda (Ilja Ehrenburg und andere Propagandisten) rief jahrelang

zur erbarmungslosen, konsequenten Vernichtung aller deutschen Soldaten auf.
In einem sowjetischen Flugblatt fordert man z.B. die sowjetische Bevölkerung folgendermaßen zum bewaffneten Widerstand auf (x029/285-286): >>Sammelt Waffen, erhebt Euch gegen die Deutschen, vernichtet sie bis auf den letzten Mann. Rächt euch an den deutsch-faschistischen Schurken. Rächt die an Euren Frauen begangenen Vergewaltigungen. Rächt die Quälereien an dem Volk. Rächt ... die Zerstörung Eurer Städte und Dörfer. Nehmt für alles Rache. Blut um Blut! Tod um Tod!<<
In den Tagesbefehlen vermittelten die sowjetischen Offiziere und Polit-Kommissare der Roten Armee grundsätzlich den Eindruck, daß nicht nur die SD- und SS-Einsatzgruppen, sondern auch die deutschen Wehrmachtssoldaten alle sowjetischen Gefangenen foltern und ermorden würden. Vor allem die große Angst, nach der Gefangennahme mißhandelt und umgebracht zu werden, beeinflußte die Kriegsführung an der Ostfront entscheidend. Da weder Rotarmisten noch die deutschen Landser in Gefangenschaft geraten wollten, gab es meistens keine Kapitulation. Oftmals gingen die erbitterten Kämpfe grundsätzlich "bis zum letzten Mann".

Deutsche Wehrmachtsjustiz im Zweiten Weltkrieg

Die deutschen Feldkriegsgerichte (Militärgerichtsbarkeit zur Aburteilung aller strafbaren Handlungen von Militärpersonen) gingen bis zum Kriegsende unnachgiebig gegen alle Straftäter vor. Die Feldkriegsgerichte wurden bestimmten Truppenverbänden der deutschen Wehrmacht zugeordnet. Während des Zweiten Weltkrieges war ein Kriegsrichter für die Vorbereitung und Erhebung der Anklage zuständig. Die ordentlichen Rechtsmittel wurden durch ein besonderes Nachprüfungsverfahren des Gerichtsherrn (bzw. des militärischen Oberbefehlshabers eines Truppenverbandes) gewährleistet.
Die deutschen Heeresgerichte sorgten trotz der totalitären NS-Diktatur während des Zweiten Weltkrieges selbständig und frei für Zucht und Ordnung (x029/76). Zahlreiche untadelige Richter, die sich nicht mit dem verbrecherischen NSDAP-Regime abfinden konnten und wollten, "flüchteten" im Verlauf des Krieges in die Heeresgerichte der deutschen Wehrmacht und baten um Übernahme durch die Heeresjustiz.
Die meisten deutschen Heeresrichter lehnten Hitlers "Barbarossa-Gerichtsbarkeitserlaß", der Straffreiheit für strafbare Handlungen von Militärpersonen in der UdSSR anordnete, konsequent ab.
Hitler, der den berüchtigten "Barbarossa-Erlaß" (13.05.1941) und den "Kommissar-Befehl" (6.06.1941) erteilt hatte, versuchte erstaunlicherweise während des Zweiten Weltkrieges nie, die deutschen Wehrmachtsrichter direkt zu beeinflussen.
Die deutsche Assessorin Christa Dopatka schreibt später über die "Militärgerichtsbarkeit" (x051/385): >>Militärgerichtsbarkeit, durch Militärstrafgerichtsordnung vom 4.11.33 (RGBl I, S. 921) geschaffene Einrichtung zur Aburteilung aller strafbaren Handlungen von Militärpersonen. Die dafür zuständigen Kriegsgerichte, besetzt mit je einem Kriegsrichter, Offizier und Militärjustizbeamten, waren bestimmten Truppenverbänden zugeordnet, deren Befehlshaber außerhalb der Gerichtsverhandlung Gerichtsherr war; mit Kriegsbeginn Umbenennung in Feldkriegsgerichte, besetzt mit nur einem Kriegsrichter, der auch für die Vorbereitung und Erhebung der Anklage zuständig war.
Eine eigenständige Anklagebehörde gab es nur beim Reichskriegsgericht, das zusammen mit den Oberkriegsgerichten Rechtsmittelinstanz war. Mit Kriegsbeginn wurden die ordentlichen Rechtsmittel durch ein besonderes Nachprüfungsverfahren beim militärischen Oberbefehlshaber ersetzt.
Die Militärgerichtsbarkeit fällte rund 16.000 Todesurteile. Der nationalsozialistische Einfluß auf die Militärgerichtsbarkeit war zunächst gering und ist für die Zeit nach 1939 schwer abzuschätzen.
Die allgemeine Militärgerichtsbarkeit wurde ergänzt durch

a) Oktober 39: Sondergerichtsbarkeit für SS- und Polizeiangehörige, deren Straftaten damit der Verfolgung durch die ordentlichen Gerichte entzogen waren; bei Straftaten gegen diese Personen in den besetzten russischen Gebieten auch für die Aburteilung von Zivilisten zuständig.
b) November 39: Standgerichte (Standrecht).
c) Mai 41: Barbarossa-Gerichtsbarkeitserlaß.
d) Dezember 41: Nacht-und-Nebel-Erlaß.
e) Seit Juni 43: Aburteilung politischer Straftaten und Verstöße gegen das Kriegssonderstrafrecht nur durch das Reichskriegsgericht.
f) Juli 44: Terror- und Sabotageerlaß.<<
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas berichtet später über die deutsche Wehrmachtskriegsgerichtsbarkeit in der UdSSR (x029/72-75): >>... Der Oberbefehlshaber des Heeres, von Brauchitsch, (gab) am 24. Mai 1941 einen Disziplinarerlaß heraus, in dem schärfste Aufrechterhaltung der Manneszucht gefordert wurde. Jeder Gerichtsherr hatte im einzelnen Fall zu prüfen, ob die Einhaltung der Disziplin ein kriegsgerichtliches Einschreiten erforderte.
Da aber alle strafwürdigen Verfehlungen der Truppe immer die Disziplin gefährden, konnten die Gerichtsherren nach dem "Disziplinarerlaß" verfahren, wenn sie nicht bereit waren, Vergehen gegen die russische Zivilbevölkerung hinzunehmen. Die von Hitler beabsichtigte Ausschaltung des Verfolgungszwanges ist daher in der Praxis vielfach durchlöchert worden. ...
Generaloberst Heinrici gab den Gerichtsbarkeitserlaß Barbarossa nicht bekannt und ordnete als Gerichtsherr der 4 Armee grundsätzlich an, "Übergriffe gegen Russen disziplinarisch oder kriegsgerichtlich zu bestrafen". Auf seine Bestätigung hin wurden mehrere kriegsgerichtliche Todesurteile vollstreckt, u.a. gegen drei Angehörige der 25. Panzergrenadierdivision wegen Ermordung von fünf Frauen (Gnadenbitte wurde abgelehnt), gegen zwei Angehörige der 267. Division wegen Plünderung und gegen zwei Angehörige der 260. Division wegen Notzucht und Ermordung einer Frau.
Generaloberst Georg Lindemann bestätigte als Gerichtsherr der 18. Armee ebenfalls Todesurteile, u.a. gegen einen Feldpostsekretär, der ein junges russisches Mädchen ermordet hatte, weil diese ihm nicht zu Willen sein wollte ...
Generaloberst von Mackensen erklärte in einem Gespräch mit Generalrichter Dr. Adolf Block, daß der Barbarossa-Erlaß für die Armee als nicht verbindlich anzusehen sei. Er ordnete an, daß jede Gewalttat und jede Straftat gegenüber der Bevölkerung und gegenüber Gefangenen unnachsichtig zu verfolgen sei. Dementsprechend verurteilt Block im April 1943 einen deutschen Soldaten, der ein russisches Mädchen ... ostwärts von Gorlowka ermordet hatte, am Tag nach der Tat zum Tode. Das Urteil wurde am Tag darauf vollstreckt und auf Befehl von Mackensens in dem Ort angeschlagen und in der Armee bekanntgegeben. ...
Generaloberst Heinz Guderian, Oberbefehlshaber einer Panzerarmee, später Generalinspekteur der Panzertruppen, stellte mit den ihm unterstellten Kommandierenden Generälen von drei Panzerkorps übereinstimmend fest, daß eine eingeschränkte kriegsgerichtliche Verfolgung deutscher Soldaten nicht in Frage komme. Daher wurde die Weitergabe des Barbarossa-Erlasses an die unterstellten Truppen verboten. Im Herbst 1941 begingen zwei Angehörige einer Nachschubkolonne Mord und Vergewaltigungen an Zivilbewohnern. Guderian bestätigte das auf mehrjährige Zuchthausstrafe lautende Urteil nicht, sondern überwies den Fall einem anderen Gericht mit dem Ziel, auf Todesstrafe erkennen zu lassen, die dann auch ausgesprochen wurde.
Generalfeldmarschall Georg von Küchler ging als Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Nord vom 18. Januar 1942 bis 22. Januar 1944 ebenfalls gegen Straftaten vor. In einem Fall wurden zwei deutsche Soldaten, die eine russische Frau zu vergewaltigen versuchten, von einem Rus-

sen überrascht und an der Ausübung der Tat gehindert. Aus Wut hierüber erschoß der eine Deutsche den Russen. Der Übeltäter wurde zum Tode verurteilt, das Urteil vollstreckt; der andere erhielt eine hohe Freiheitsstrafe. ...
Kriegsgerichtsrat Erich Kuhr schilderte einen ähnlichen Fall: "Ein deutscher Soldat hatte ein Verhältnis mit einem russischen Mädchen. Da die Mutter im Wege war, hat er sie einfach umgebracht. Das Mädchen mußte der Mutter noch das Grab schaufeln. Er ist zum Tode verurteilt und erschossen worden. Ich war der Richter und hatte natürlich zwei Beisitzer, einen Offizier und einen Soldaten vom Dienstgrad des Angeklagten. Das Urteil lautete: Todesstrafe wegen Mordes an einer russischen Frau. ..."
Kriegsgerichtsrat Horst Reger beschrieb aus seinem Tagebuch einen Fall, in welchem ein betrunkener deutscher Offizier in Rußland eine ganze russische Familie, die in ihrem Datscha auf dem Ofen saß, mit seiner Maschinenpistole ermordete. Der Offizier wurde zum Tode verurteilt. Die Hinrichtung fand im Dorf des Geschehens statt.
Wegen Mordes an russischen Kriegsgefangenen und an 12 russischen Hilfspolizisten wurde ein deutscher Feldwebel am 26. Februar 1943 zum Tode verurteilt. Ein Gnadenerweis wurde abgelehnt und das Urteil vollstreckt. ...<<
Ehemalige Richter der deutschen Heeresgerichte berichten später (x029/76): >>... Als Heeresrichter, der ich seit 1. Mai 1937 gewesen bin, habe ich beim Einsatz in keinem einzigen Fall von irgendeiner Seite Weisungen entgegennehmen müssen. Seitens der NSDAP ist dies niemals geschehen, weder in Friedenszeiten (1937-1939) noch im Krieg. Auch im Fall eines kriegsgerichtlichen Verfahrens gegen einen höheren Funktionär einer Gauleitung der NSDAP, das in Rußland durchgeführt worden ist, ist keinerlei Einflußnahme erfolgt oder auch nur versucht worden. Die Heeresgerichte waren im Feld von derartigen Einflußnahmen vollkommen frei. ...
... In meiner ganzen richterlichen Tätigkeit bis zum Ende des Krieges als Armeerichter, als Heeresgruppenrichter, als Richter beim Reichskriegsgericht habe ich nie irgendwelche Einflüsse der Partei zu spüren bekommen, auch bei den Gerichtsherren nicht. ... Ich habe 5 Oberbefehlshaber gehabt, völlig ausgeschlossen, daß da irgendwie die Partei hineinredete. Die Frage, inwieweit die Heeresjustiz abhängig war, kann ich in dem Sinne beantworten: sie war unabhängig.<<
Innerhalb der deutschen Wehrmacht gab es nachweislich keine offizielle Haßpropaganda oder Mordaufträge gegen Zivilisten. Die Wehrmachtssoldaten verübten zwar ebenfalls vielerorts Gewaltverbrechen, aber es handelte sich fast ausschließlich um Einzeltäter. Die meisten deutschen Offiziere waren noch nach alter preußischer Tradition ausgebildet und achteten besonders wachsam auf die Disziplin ihrer Soldaten. Es gab natürlich auch einige fanatische NS-Offiziere, wie z.B. Generalfeldmarschall Schörner, aber diese deutschen "Polit-Kommissare" stellten nur unrühmliche Ausnahmen dar.
Die Kriegsverbrechen der deutschen Wehrmachtssoldaten wurden an allen West- und Ostfronten unnachgiebig juristisch verfolgt. Auch im Verlauf des Polen- und Rußlandfeldzuges wurden Ausschreitungen und Kriegsverbrechen, die deutsche Wehrmachtangehörige gegenüber der Zivilbevölkerung verübten, disziplinarisch oder kriegsgerichtlich bestraft. Morde an Zivilisten, Vergewaltigungen und Plünderungen wurden grundsätzlich mit der Todesstrafe geahndet.
Die Feldkriegsgerichte zogen alle Wehrmachtssoldaten, die Verbrechen verübten, ausnahmslos und unnachsichtig zur Verantwortung. Die Heeresrichter fällten ihre Urteile nach kurzfristigen Verhandlungen. Sie ließen viele Todesurteile sofort gemäß Kriegsrecht vollstrecken und in den besetzten Dörfern oder Städten öffentlich bekanntmachen (x029/73). Nur in besonderen Ausnahmefällen (z.B. fahrlässiger Totschlag im Alkoholrausch, jugendliche Straftäter, Rache für Angehörige) wandelten die Wehrmachtsrichter die Todesurteile in langjährige

Zuchthausstrafen um.
Vom 1. September 1939 bis zum 30. November 1944 verurteilten die deutschen Feldkriegsgerichte 9.413 deutsche Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten zum Tod und ließen die Mehrheit der Verurteilten hinrichten (x023/155). Während des Zweiten Weltkrieges fällten die deutschen Feldkriegsgerichte rd. 16.000 Todesurteile (x051/385).
Die Wehrmachtsjustiz verfolgte jedoch nur Kriegsverbrechen der Wehrmachtsangehörigen. Da die NS-Justiz bereits im Oktober 1939 eine "Sondergerichtsbarkeit" für alle Straftaten der SS- und Polizeiangehörigen erlassen hatte, durften die Feldkriegsgerichte diesen Personenkreis nicht verfolgen. Sämtliche Kriegsverbrechen der Waffen-SS, der SS- und SD-Einsatzgruppen oder der organisierte Völkermord in den Vernichtungslagern waren damit der Verfolgung durch die deutsche Wehrmachtsjustiz entzogen.
Ein Erlaß des Hauptamtes SS-Gericht vom 15.12.1940 zur Strafzumessung von Notzuchtverbrechen lautet z.B. wie folgt (x037/68): >>... Bei Verurteilungen von Angehörigen der Waffen-SS und der Polizeiverbände, die außerhalb des Großdeutschen Reiches eingesetzt sind, sind bei der Strafzumessung wegen Notzuchtverbrechen stets die besonderen Verhältnisse zu berücksichtigen, unter denen die Männer ihren Dienst versehen.
Das Leben unter gänzlich andersgearteten Verhältnissen als in der Heimat, starke seelische Eindrücke, mitunter auch ungewohnter oder gar übermäßiger Alkoholgenuß, beseitigen oft selbst bei bisher einwandfreien und im Einsatz bewährten Männern die sonst vorhandenen Hemmungen. Dazu kommt der Mangel an Gelegenheit zur Befriedigung des Geschlechtstriebes, der häufig zu sexuellen Spannungen führt, auf die der Einzelne, je nach seiner Eigenart und Veranlagung verschieden reagiert.
Zwar soll die zu verhängende Strafe empfindlich sein, aber aus den angeführten Gründen ist es nicht angängig, einmalige Entgleisungen auf sittlichem Gebiet stets so zu ahnden, wie es bei normalen Verhältnissen angebracht ist. Insbesondere ist zu prüfen, ob der Täter als ehrloser verstoßen und deshalb mit Zuchthaus bestraft werden muß. Es ist zu bedenken, daß ein mit Zuchthaus Bestrafter praktisch gebrandmarkt aus dem Leben ausscheidet.
Regelmäßig wird unter den angegebenen Voraussetzungen der gewöhnliche Fall der Notzucht als minderschwerer im Sinne des § 177 RStGB anzusehen sein, so daß auf eine Gefängnisstrafe erkannt werden kann.
Eine Zuchthausstrafe ist nur dann am Platze, wenn bei der Tat besondere Gemeinheit, besonders brutales Verhalten und besondere Roheit des Täters eine Rolle gespielt haben.
Verurteilungen zum Tode ist nur in ganz besonders üblen, seltenen Fällen angebracht, bei denen sich der Täter in jeder Weise unmenschlich oder vertiert benommen hat. ...<<
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas berichtet später über die "Sondergerichtsbarkeit" für alle Straftaten der SS- und Polizeiangehörigen (x029/-245-246): >>... Schon der Polenzug offenbarte das Dilemma, in dem die untersuchenden deutschen Richter standen. Einerseits waren sie damit beauftragt, völkerrechtswidrige Handlungen des Gegners festzustellen. Andererseits wurden einige von ihnen im Laufe ihrer Tätigkeit mit Kriegsverbrechen der eigenen Seite konfrontiert, denn bereits während des Feldzuges setzten die Morde des SD ein. Nicht jeder Richter erfuhr, was sich im rückwärtigen Gebiet abgespielt hat, aber einige haben die Schandtaten selbst gesehen und darüber an ihre Vorgesetzten berichtet. ...
Auch der Oberbefehlshaber Ost, Generaloberst Johannes Blaskowitz verlangte im Oktober 1939 ein Verfahren wegen Mordes und Plünderung gegen zwei SS-Standartenführer – aber vergeblich. Blaskowitz verfaßte daraufhin zwei Beschwerden, die Hitler zugingen. ... Wegen seiner Proteste wurde Blaskowitz dann am 5. Mai 1940 abgesetzt.<<
Obgleich die Wehrmachtsrichter Hitlers völkerrechtswidrigen Befehle ablehnten (natürlich gab es auch Ausnahmen) und die deutschen Kriegsverbrechen konsequent ahndeten, waren

alle Bemühungen letzten Endes vergeblich.
Die aufgehetzten, rachsüchtigen kommunistischen Sieger hielten sich später nachweislich nicht an die Regeln des Kriegs- und Völkerrechts oder fragten gewöhnlich überhaupt nicht nach Schuld oder Unschuld.
Nach der militärischen Niederlage wurden die Wehrmachtssoldaten, Soldaten der Waffen-SS, Volkssturmangehörige und andere Uniformträger, die in Kriegsgefangenschaft gerieten, für alle Verbrechen der SS- und SD-Sondereinheiten verantwortlich gemacht. Wer nicht zu den Siegern gehörte, mußte gemäß Kollektivschuld bzw. Sippenhaftung bitter büßen.
Die offizielle sowjetische Geschichtsschreibung ("Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion 1941-45", herausgegeben vom ZK der KPdSU, Moskau 1963, Bd. V.), berichtet später über eine "tadelsfreie Rechtsprechung" in der Roten Armee (x047/239): >>: ... Auch in den Streitkräften der UdSSR geht die Rechtsprechung davon aus, daß alle Bürger vor Gesetz und Recht gleich sind. ... Sie trägt dazu bei, die Soldaten zu präziser und tadelloser Erfüllung ihrer verfassungsmäßigen Pflichten, der sowjetischen Gesetze, der Dienstvorschriften und Befehle ihrer Kommandeure (Vorgesetzten) sowie zur Respektierung der Regeln des sozialistischen Zusammenlebens zu erziehen.<<
NS-Regime: Bis Juni 1941 werden etwa 565.000 Polen und 500.000 polnische Juden aus ihren Häusern und Wohnungen in das Generalgouvernement vertrieben oder als Zwangsarbeiter (ca. 265.000 Polen) in das Deutsche Reich verschleppt.
Danach stellen die NS-Organisationen sämtliche Zwangsumsiedlungen ein. Vom Dezember 1939 bis Juni 1941 optieren rund 1,7 Millionen polnische Staatsbürger für das Deutsche Reich und erhalten die deutsche Staatsangehörigkeit (x020/40).
Ukraine: In der Stadt Luck (Ukraine) ermorden die Sowjets Ende Juni 1941 vor dem Rückzug etwa 1.500 ukrainische Häftlinge (x029/328).
In Brzeznay, Rudki, Komarno, Tarnopol, Jusowka und in Winniza entdecken deutsche Wehrmachtssoldaten später Hunderte von ermordeten Ukrainern (x029/329).
Vor dem deutschen Angriff gegen die Sowjetunion hatte Stalin Befehle erteilt, alle politischen Häftlinge in den Osten zu verlagern oder zu beseitigen. In Ostpolen, der Ukraine und in den baltischen Ländern werden danach vor dem fluchtartigen Rückzug der Roten Armee Tausende von Inhaftierten durch sowjetische NKWD-Einheiten und Politkommissare nach Sibirien transportiert oder kurzerhand liquidiert. In fast allen grenznahen sowjetischen Gefängnissen und Zwangsarbeitslagern Ostpolens ereignen sich überstürzte Massenhinrichtungen.
Anschließend rücken die NKWD-Verbände meistens sofort ab, ohne die Ermordeten wenigstens zu verscharren, so daß die deutschen Wehrmachtssoldaten vielerorts regelrechte "Leichenberge" finden. Oftmals hat man die Inhaftierten kurzerhand mit Maschinengewehren niedergemäht. In den sowjetischen Zuchthäusern spürt man außerdem zahlreiche mittelalterliche oder moderne Folterwerkzeuge und Mordinstrumente aller Art auf.
Im Bericht einer US-Kongreßkommission, der 1954 veröffentlicht wird, heißt es (x029/348): >>... In den ersten Kriegstagen erschoß der NKWD in jeder Stadt der westlichen Ukraine alle politischen Gefangenen mit Ausnahme von einigen wenigen, die wie durch ein Wunder überlebten.<<
Großbritannien: Der britische Premierminister Winston Churchill schreibt im Juni 1941 an den Oberbefehlshaber der Royal Ar Force, Charles Portal (x172/397): >>... Zu unseren wichtigsten Aufgaben zählt es, jede Nacht die höchstmögliche Menge Bomben über deutschen Städten abzuwerfen.<<
01.07.1941
Ostkrieg: Am 1. Juli 1941 ruft das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Weißrußlands zum Partisanenkrieg gegen die Deutschen auf und fordert (x046/128-129): >>Jede Verbindung im Hinterland des Gegners zu vernichten, Brücken und Straßen zu sprengen oder zu

beschädigen, Treibstoff- und Lebensmittellager, Kraftfahrzeuge und Flugzeuge anzuzünden, Eisenbahnkatastrophen zu arrangieren, Feinde zu vernichten, ihnen weder Tag noch Nacht Ruhe gebend, sie überall zu vernichten, wo man sie erwischt, sie mit allem zu töten, was man zur Hand hat: Beil, Sense, Brecheisen, Heugabeln, Messern ...
Bei der Vernichtung der Feinde schreckt nicht davor zurück, beliebige Mittel anzuwenden: Erwürgt, zerhackt, verbrennt, vergiftet den faschistischen Auswurf. ...<<

02.07.1941

NS-Regime: Reinhard Heydrich (1904-1942, Chef der Sicherheitspolizei und des SD) erteilt den an der Ostfront eingesetzten Höheren SS- und Polizeiführern der SD-Einsatzgruppen am 2. Juli 1941 schriftlich den Befehl, die jüdisch-bolschewistische Intelligenz und sonstige radikale Elemente zu vernichten.
In Heydrichs Schreiben vom 2. Juli 1941 heißt es (x036/90): >>... Zu exekutieren sind alle
Funktionäre der Komintern (wie überhaupt die kommunistischen Berufspolitiker schlechthin),
die höheren, mittleren und radikalen unteren Funktionäre der Partei, der Zentralkomitees, der Gau- und Gebietskomitees,
Volkskommissare,
Juden in Partei- und Staatsstellungen,
sonstigen radikalen Elemente (Saboteure, Propagandeure, Heckenschützen, Attentäter, Hetzer usw.).<<

Japan: Der japanische Kronrat beschließt am 2. Juli 1941, den Krieg gegen die UdSSR endgültig zurückzustellen.
Der japanische Angriff soll erst kurz vor dem sowjetischen Zusammenbruch in der Mandschurei erfolgen. Japan entscheidet sich für den weiteren Vormarsch nach Indochina. Ein möglicher Zusammenstoß mit den Nordamerikanern und Briten wird in jener Zeit von den Japanern erwartet bzw. berücksichtigt (x040/83).
Der deutsch-russische Geheimagent Sorge teilt den Sowjets noch am selben Tag mit, daß Japan nicht die Sowjetunion, sondern mit hoher Wahrscheinlichkeit die USA angreifen wird. Richard Sorge wird im Oktober 1941 von der japanischen Polizei verhaftet und 1944 in Tokio hingerichtet. Im Jahre 1964 wird Sorge für "seine Verdienste" nachträglich zum "Held der Sowjetunion" ernannt.

03.07.1941

Ostkrieg: Am 3. Juli 1941 proklamiert Stalin in einer Rundfunkrede den "Großen Vaterländischen Krieg" und ruft nach altbewährter russischer Tradition und Kriegstaktik zum Partisanenkrieg bzw. zur "Aktion der verbrannten Erde" auf (x106/112, x222/105): >>Brüder und Schwestern!
Durch den uns aufgezwungenen Krieg ist unser Land in einen Kampf auf Leben und Tod mit seinem erbittertsten Feinde, mit dem deutschen Faschismus eingetreten. ...
Was muß geschehen, um die über unserem Vaterland schwebende Gefahr zu beseitigen? ...
Es ist für den Sowjetstaat und die Völker der Sowjetunion eine Frage auf Leben und Tod, ob die Völker der Sowjetunion frei oder versklavt sein werden. Alles muß den Interessen der Front und der Niederzwingung des Feindes untergeordnet werden. ...
Die Rote Armee und Marine, alle Bürger der Sowjetunion müssen jeden Fußbreit des sowjetrussischen Bodens verteidigen. ... Im Falle eines Rückzuges muß das gesamte Rollmaterial mitgeführt werden. ... Alles von Wert ... muß unbedingt vernichtet werden, wenn es nicht mitgenommen werden kann.
In den vom Feind besetzten Gebieten sind Partisanendetachements ... zu schaffen, die gegen die feindlichen Einheiten kämpfen, überall den Guerillakrieg entfachen. ... In den überfallenen Gebieten sind für den Feind unerträgliche Verhältnisse zu schaffen. ...<<
>>... Dem Feind darf keine einzige Lokomotive, kein einziger Waggon, kein Kilogramm Ge-

treide und kein Liter Treibstoff überlassen werden. Die Kollektivbauern müssen das ganze Vieh wegtreiben. Partisanenabteilungen zu Fuß und zu Pferd müssen gebildet werden, zur Sprengung von Brücken und Straßen, zur Zerstörung der Telefon- und Telegraphenverbindungen, zur Niederbrennung der Wälder ...<<

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über Stalins Rundfunkrede vom 3. Juli 1941 (x046/87-88): >>... Wer die russische Militärgeschichte kennt, weiß um die hohen Qualitäten des russischen Soldatentums, um die oft bewiesene Tapferkeit der russischen Krieger beim Angriff und besonders bei der Verteidigung ihres Vaterlandes.

Von den Deutschen ist 1941 vielfach verkannt worden, welch hohes Maß an Heimat- und Vaterlandsliebe den russischen Menschen und den russischen Soldaten seit jeher innewohnt. In den Akten finden sich nach Kriegsausbruch in der Tat ungezählte Beispiele dafür, daß sowjetische Soldaten, aus welchen Gründen auch immer, an manchen Stellen in aufopfernder Gegenwehr bis hin zu ihrem Tode ausgeharrt und gekämpft haben.

Solche Fälle sind von der sowjetischen Geschichtsschreibung jedoch in unzulässiger Weise verallgemeinert und in bewußter Irreführung ist alles ignoriert worden, was mit dem Propagandabild des Sowjetheroismus nicht übereinstimmt. Denn es erhebt sich doch die Frage, welchen Grund die russischen Soldaten eigentlich gehabt haben sollen, "bis zur letzten Patrone, bis zum letzten Blutstropfen" für den "Genossen Stalin" und sein terroristisches Regime zu kämpfen, das ihnen und ihren Völkern die entsetzlichsten Leiden und Entbehrungen auferlegt hatte.

Stalin selbst, zunächst voller trügerischer Erwartungen über Stärke und Zusammenhalt der Roten Armee und erst nach Tagen von einem "lähmenden Schock" getroffen, hat sich hinsichtlich dieser Frage jedenfalls keinen Illusionen hingegeben. Er führte den Zusammenbruch der Fronten zutreffend nicht nur auf ein Versagen der Führung, sondern vor allem auf einen mangelnden Kampfeswillen der Truppen der Roten Armee zurück.

Und um den Soldaten 'Sowjetpatriotismus' einzuhauchen und jene Haltung zu erzeugen, die bis in unsere Tage hinein als 'Massenheroismus' bezeichnet wird, gab es für ihn nur eine Methode, auf der sein ganzes Herrschaftssystem beruhte, die Anwendung eines Höchstmaßes von Zwang und Terror, verbunden mit der Entfachung einer zügellosen Propagandakampagne zur politischen Beeinflussung.

Als er es am 3. Juli 1941 wagte, sich im Radio erstmals an die Völker der Sowjetunion zu wenden, kündigte er an, worauf es ihm jetzt ankam: "Es ist ferner notwendig, daß in unseren Reihen kein Platz für Feiglinge, Panikmacher und Deserteure sei", hieß es in dieser ersten Kriegsrede: ... Der Führungsapparat der Roten Armee setzte die Intentionen umgehend in Befehle um, die den Soldaten keine andere Wahl mehr lassen sollten, als zu kämpfen oder zu sterben.<<

Sowjetischer Partisanenkrieg und Taktik der "verbrannten Erde"

Nach den ersten verlustreichen Niederlagen aktivierte Stalin umgehend das tiefverwurzelte russische Nationalgefühl. Der sogenannte "Vaterländische Krieg" (Kampf für "Mütterchen Rußland") führte zu einer regelrechten Wiederbelebung der schwer angeschlagenen Roten Armee. Die sowjetischen Truppen und Partisaneneinheiten erledigten Stalins Zerstörungsbefehle gewissenhaft und gründlich. Während der Rückzugsgefechte verwüsteten die abrückenden Truppen der Roten Armee und die nachrückenden Partisanen, die vielerorts hinter den deutschen Linien operierten, riesige Gebiete. Zahlreiche Industriebetriebe, Treibstofflager und andere kriegswichtige Anlagen wurden kompromißlos gesprengt und zerstört.

Vor dem Rückzug verbrannten die Sowjets nicht selten riesige Waldflächen, Kornfelder, Lebensmittellager und vergifteten regelmäßig das Wasser in allen Brunnen und Teichen. Die materiellen Zerstörungen erreichten gigantische Ausmaße. Für die zurückgebliebene sowjetische Zivilbevölkerung bedeuteten diese systematischen Zerstörungen vielfach jahrelange

Hungersnot und unvorstellbares Elend.
Nach dem Kriegsende machte Stalin die deutschen Truppen für sämtliche Zerstörungen verantwortlich, obgleich bereits durch die planmäßigen sowjetischen Vernichtungsaktionen Schäden in Milliardenhöhe entstanden waren. Nach sowjetischen Angaben büßte die sowjetische Wirtschaft angeblich 65 % ihrer Kohlenbergwerke, 58 % ihrer Stahlwerke und 41 % ihres Eisenbahnnetzes ein. Die deutschen Verlierer mußten später auch für die sowjetischen Vernichtungsaktionen jahrzehntelang enorme Reparationen leisten.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die militärische Taktik der Verbrannten Erde (x051/597): >>Verbrannte Erde, militärische Taktik bei Rückzügen, das preiszugebende Gebiet für die Versorgung und die Transporte des Feindes unbrauchbar zu machen.
Mit der Verbrannten-Erde-Methode sollte die Rote Armee nach Stalins Befehl im Rußlandfeldzug den deutschen Vormarsch behindern, scheiterte damit aber weitgehend wegen des hohen Tempos der deutschen Vorstöße. Die Wehrmacht setzte ihrerseits nach der Niederlage in der Schlacht bei Kursk (Juli 43) auf Verbrannte Erde zur Bremsung der sowjetischen Offensive (Himmler-Befehl vom 3.9.43), erreichte ihr Ziel aber auch nur stellenweise, da Truppenkommandeure sich über die Zerstörungsbefehle hinwegsetzten oder Partisaneneinheiten beizeiten Brücken, Bahn- und Industrieanlagen sicherten.
Verbrannte Erde sollte schließlich nach Hitlers Willen im Endkampf die Alliierten in Deutschland aufhalten: Nero-Befehl vom 19.3.45.<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet später (am 12.02.2000) über Stalins "Taktik der verbrannten Erde" (x887/...): >>**"Fackelmänner-Befehl" bestätigt**
Russischer Sicherheitsdienst FSB veröffentlicht Stalins Order Nr. 0428
Es gehört zu den Binsenweisheiten, daß wissenschaftliche Erkenntnisse fortwährend neue Wertungen und Sichtungen erfahren. Auch geschichtliche Erkenntnisse zählen hierzu, selbst wenn der "Revisionismus", allerdings nur in Mitteleuropa, die denkbar größte Gegnerschaft der reaktionärsten Dogmatiker findet.
Als wir im Frühjahr 1997 (OB 12/97) erstmals Stalins sogenannten "Fackelmänner-Befehl" veröffentlichten, konnten wir uns nur auf den Fund des im Washingtoner Nationalarchiv (unter der Archiv Serie 429, Rolle 461, Generalstab des Heeres, Abteilung Fremde Heere Ost II H 3/70 Fr 6439568) aufbewahrten Dokuments stützen.
Inzwischen aber entschloß sich der Russische Sicherheitsdienst FSB offiziell dazu, den Befehl Stalins Nr. 0428 vom 17. November 1941 zu veröffentlichen. Der populär als "Fackelmänner-Befehl" bekanntgewordene Erlaß Stalins sah vor, daß sowjetische "Jagdkommandos" 40 bis 60 Kilometer tief in das von der Wehrmacht bereits besetzte Gebiet der damaligen Sowjetunion einzudringen hatten, um es "zu zerstören und in Brand zu setzen".
Dabei sollten "die Jagdkommandos überwiegend aus Beutebeständen in Uniformen des deutschen Heeres und der Waffen-SS eingekleidet" werden, um die von Stalin anbefohlenen "Vernichtungsaktionen ausführen" zu können. Dies, so die Ausführungen des Befehls, "schürt den Haß auf die faschistischen Besatzer und erleichtert die Anwerbung von Partisanen im Hinterland der Faschisten. Es ist darauf zu achten, daß Überlebende zurückbleiben, die über die 'deutschen Greueltaten' berichten können".
Der Befehl führt weiter aus, daß zu diesem Zweck in jedem Regiment "Jagdkommandos in Stärke von 20 bis 30 Mann mit der Aufgabe" zu bilden seien, "Sprengungen und Inbrandsetzungen der Siedlungspunkte durchzuführen. Es müssen mutige Kämpfer für diese kühnen Aktionen der Vernichtung von Siedlungspunkten ausgewählt werden. Besonders jene, die hinter den deutschen Linien in gegnerischen Uniformen Siedlungspunkte vernichteten, sind zu Ordensverleihungen vorzuschlagen".
Es wird damit offenkundig, daß Stalin mit diesem Befehl die Grundlage und Praxis der "Tak-

tik der verbrannten Erde" schuf, die aus naheliegenden Gründen immer wieder der deutschen Seite unterstellt wurde. Es ist auch naheliegend, daß dieses verbrecherische Freischärlertum außerhalb der 1907 verabschiedeten Haager Landkriegsordnung lag und deswegen auch von deutscher Seite mit Nachdruck bekämpft werden konnte.
Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (6/2000) führt am Beispiel der auch in der DDR bei den "Jungen Pionieren" zwangsweise zu höheren Ehren gekommenen Partisanin Soja Kosmodemjanskaja aus, daß sie mit anderen Freischärlern das bei Moskau gelegene Dorf Petrischtschewo auf der Grundlage dieses Befehls in Brand steckte. Die Partisanin wurde schließlich durch sowjetischen Verrat an die Wehrmacht ausgeliefert und gehängt und später von der Sowjet-Propaganda zu einer "Heldin des großen Vaterländischen Krieges" stilisiert.
Dieser nunmehr von Moskau selbst bestätigte Befehl zwingt die mit dem deutsch-sowjetischen Krieg befaßte Historikerschaft dazu, umgehend den Verlauf von kriegsrechtswidrigen Kampfhandlungen immer auch unter dem Gesichtspunkt Stalinscher Eingriffe im Sinne des "Fackelmänner-Befehls" zu beleuchten.
Selbstverständlich gehört auch hierzu, daß die aus Gründen unwahrer Behauptungen und falscher Bilder geplatzte Propaganda-Schau des Tabak-Millionärs Reemtsma diese Tatsachen zu berücksichtigen hat. Wie verlautet, dauert die wissenschaftliche Überprüfung der Antiwehrmachtsausstellung ohnehin länger als die ursprünglich geplanten drei Monate. Ein erstes Zeichen bemühter Redlichkeit?<<
Obwohl Stalin die sowjetische Bevölkerung ab Juli 1941 wiederholt zum Partisanenkampf hinter der Front aufrief, ereigneten sich in den ersten Wochen und Monaten fast keine Sabotageakte oder gar Partisanenüberfälle. Erst als nach Abschluß der Kampfhandlungen die SS- und SD-Einsatzgruppen in den besetzten sowjetischen Gebieten auftauchten, änderte sich die Lage grundlegend. Schon nach kurzer Zeit verbreiteten die SS- und SD-Todeskommandos, die z.T. braune Uniformen mit goldenen Abzeichen trugen, Angst und Schrecken unter der sowjetischen Bevölkerung.
Da die SS- und SD-Sonderkommandos grundsätzlich weit hinter den Kampftruppen der deutschen Wehrmacht und der Waffen-SS "operierten", blieben die ungeheuerlichen Massenmordaktionen, die vor allem gegenüber der jüdischen Zivilbevölkerung, verübt wurden, zunächst größtenteils unbekannt. Das eigentliche Ausmaß der SD- und SS-Greueltaten wurde vielfach erst im Verlauf der fluchtartigen deutschen Rückzugsbewegungen bekannt.
Nach der Entdeckung dieser unvorstellbaren Massenverbrechen protestierten einige deutsche Generäle beim OKH oder direkt bei Hitler. Die entsetzten und verbitterten Generäle warnten vor den zwangsläufigen Folgen dieser menschenverachtenden, unverantwortlichen "Besatzungspolitik". Diese Befürchtungen wurden sehr schnell bestätigt, denn nach den ersten Massenmordaktionen der SS- und SD-Einsatzgruppen begann in der UdSSR schlagartig der von allen deutschen Landsern gefürchtete Partisanen-Krieg.
Nachdem man die deutschen Truppen in den nichtrussischen Westgebieten der UdSSR, insbesondere in den baltischen Ländern, Bessarabien und in der Ukraine anfänglich als Befreier vom bolschewistischen Joch gefeiert hatte, wich die große Begeisterung plötzlich einer tiefen Enttäuschung. Hitlers Ausrottungs- und Vernichtungspolitik verursachte schnell den entscheidenden Umschwung, so daß sich schließlich fast alle unterdrückten sowjetischen Völker schweren Herzens für Rußland bzw. Stalin und den ungeliebten Bolschewismus entschieden. Hitlers menschenverachtende "Besatzungspolitik" trieb in jenen Tagen Hunderttausende von Zivilisten zu den sowjetischen Partisanen. Dieser Partisanen-Krieg wurde damals nicht für den verhaßten Stalin, sondern für die eigene Heimat geführt.
Infolge der NS-Untermenschentheorie entwickelten sich in der Sowjetunion allmählich überall tödliche Haß- und Rachegefühle gegen alle Deutschen. Die grausame NS-Besatzungspolitik, die vielerorts durch Massenerschießungen, Zwangsdeportationen und brutale Unterdrük-

kung der "slawischen Untermenschen" gekennzeichnet wurde, führte zwangsläufig zu Partisanenanschlägen und Überfällen.
Die Tage, an denen die sowjetische Bevölkerung die Wehrmachtssoldaten mit Brot und Salz begrüßten, waren danach endgültig vorbei. Infolge der sinnlosen Massenverbrechen der SS- und SD-Einsatzgruppen mußten die deutschen Soldaten nun auch noch ständig hinter ihren Stellungen um ihr Leben kämpfen, denn schon bald tobte in der UdSSR ein heimtückischer Partisanenkrieg.
Die strategische Führung und die militärische Koordination der sowjetischen Partisanenbewegung übernahmen zentrale Stäbe der KPdSU. Die Chefs der Partisanenbewegung waren Marschall Woroschilow (1881-1969) und Generalleutnant Ponomarenko (1902-1984), der ab 1944 Vorsitzender des Rats der "Volkskommissare" wurde.
Während des "Großen Vaterländischen Krieges" kämpften nach sowjetischen Angaben 6.200 Partisanenformationen, mit mehr als 1.320.000 Partisanen, hinter den Fronten des Feindes (x047/229). Die stärksten Partisanenbewegungen operierten in Belorußland, Smolensk, Leningrad, Kalinin und in der Ukraine. Ab 1944 wurden außerdem 7 große Verbände und 26 Partisaneneinheiten in Polen und 20 Partisanenverbände in der Tschechoslowakei eingesetzt (x047/230).
Im direkten Frontgebiet und weit hinter der deutsch-sowjetischen Front tobte ab Herbst 1941 ein blutiger, unerbittlicher Partisanenkrieg. Der Kampf gegen die Partisanen weitete sich im Verlauf des Ostkrieges immer mehr aus, so daß man zum Schluß sogar von einer "2. Front" sprechen mußte. Die schwerbewaffneten Partisanen, die häufig mit Maschinenpistolen und Handgranaten ausgerüstet waren, verübten fast täglich Überfälle und Sabotageakte hinter den deutschen Linien. Oft beteiligten sich auch Frauen und Kinder an den Mordanschlägen gegen arglose deutsche Wehrmachtssoldaten.
Manche halbwüchsige Kinder bettelten tagsüber bei den Landsern um Nahrung. Später warfen diese "harmlosen Bettler" im Schutz der Dunkelheit kaltblütig ihre Handgranaten in die vollbesetzten Schlafräume oder Zelte der verhaßten deutschen Soldaten.
Ungezählte deutsche Landser, die als Wachtposten, Melde- und Nachschubfahrer oder als Sanitäter ihren harten Dienst erfüllten, wurden heimtückisch aus dem Hinterhalt ermordet und z.T. bestialisch massakriert. In einigen Gebieten konnten die deutschen Nachschubkolonnen nur noch während des Tages fahren und mußten zusätzlich von Kampftruppen eskortiert werden. Im Dezember 1941 überfielen z.B. russische Partisanen in Roslawl ein deutsches Lazarett und ermordeten 120 verwundete Soldaten, 2 Ärzte und mehrere Krankenschwestern (x029/-127).
In den riesigen Wäldern der Sowjetunion waren die ortskundigen und trickreichen Partisanen fast nicht zu stellen. Da sich in den besetzten sowjetischen Gebieten die Partisanenüberfälle dramatisch erhöhten, führte die deutsche Wehrmacht ab 1942 brutale Vergeltungsaktionen durch. Bei diesen Vergeltungsmaßnahmen kamen naturgemäß viele unschuldige Zivilisten ums Leben.
Die deutschen Truppenführer reagierten im allgemeinen völlig hilflos, denn sie hatten damals keinen "blassen Schimmer", wie sie die Partisanen- und Bandenbekämpfung gestalten sollten. Die Wehrmachtsführung versuchte es danach jahrelang erfolglos, den neuartigen osteuropäischen Partisanenkrieg, mit den "altbewährten Mitteln" der Westfront zu bekämpfen. Um die besetzten hinteren Frontgebiete zu "befrieden", mußten z.T. mehr als 200.000 Wehrmachtssoldaten abgezogen werden.
Ein Armeebefehl an die deutschen Wehrmachtseinheiten des "Ostheeres" lautet damals wie folgt (x073/195): >>... Bekämpfung reichsfeindlicher Bestrebungen und Elemente (Kommunisten, Juden und dgl.) ... ist in den besetzten Gebieten allein Aufgabe der Sonderkommandos der Sicherheitspolizei und des SD, die in eigener Verantwortung die notwendigen Maßnah-

men treffen und durchführen. Eigenmächtiges Vorgehen einzelner Wehrmachtsangehöriger oder Beteiligung von Wehrmachtsangehörigen ... ist verboten.<<
Aufgrund der Tatsache, daß die Partisanen das gebräuchliche Kriegsrecht nicht beachteten und deshalb völkerrechtswidrig handelten, war die Erschießung von überführten Partisanen nach dem damals gültigen Kriegsrecht grundsätzlich "erlaubt".
Nach der Haager Landkriegsordnung von 1907 (Artikel 1) galten für den Partisanenkrieg und Widerstandsbewegungen verbindliche Rechtsgrundsätze und Rechtsvorschriften: Nach einer durchgeführten Besetzung war gemäß Kriegsrecht kein ziviler Widerstand der Bevölkerung zulässig. Für die Rechtmäßigkeit der Kampfhandlungen verlangte das Kriegsrecht außerdem, daß die Gegner auch aus großer Entfernung erkennbare Uniformen und Abzeichen tragen mußten, die Waffen sichtbar führten und allgemeine Regeln des Krieges einhielten. Diese Bedingungen wurden von den sowjetischen Partisanen jedoch in der Regel nicht erfüllt.
Der sogenannte "Volkskrieg" ist gemäß Artikel 2 HLKO nur unter folgenden Umständen erlaubt (x029/221): >>... Die Bevölkerung eines nicht besetzten Gebietes, die beim Herannahen des Feindes aus eigenem Antriebe zu den Waffen greift, um die eindringenden Truppen zu bekämpfen, ohne Zeit gehabt zu haben, sich nach Artikel 1 HLKO zu organisieren, wird als kriegsführend betrachtet, wenn sie die Waffen offen führt und die Gesetze und Gebräuche des Krieges hält.<<
Die damals gültige Haager Landkriegsordnung vom 18. Oktober 1907 (in Kraft seit dem 26. Januar 1910) legt für den Begriff des "Kriegführenden" folgende Regeln und Gebräuche des humanitären Völkerrechts fest (x852/...): >>Erster Abschnitt: Kriegführende
Erstes Kapitel: Begriff des Kriegführenden
Artikel 1
Die Gesetze, die Rechte und die Pflichten des Krieges gelten nicht nur für das Heer, sondern auch für die Milizen und Freiwilligen-Korps, wenn sie folgende Bedingungen in sich vereinigen:
1. daß jemand an ihrer Spitze steht, der für seine Untergebenen verantwortlich ist,
2. daß sie ein bestimmtes aus der Ferne erkennbares Abzeichen tragen,
3. daß sie die Waffen offen führen und
4. daß sie bei ihren Unternehmungen die Gesetze und Gebräuche des Krieges beachten. In den Ländern, in denen Milizen oder Freiwilligen-Korps das Heer oder einen Bestandteil des Heeres bilden, sind diese unter der Bezeichnung "Heer" einbegriffen.
Artikel 2
Die Bevölkerung eines nicht besetzten Gebietes, die beim Herannahen des Feindes aus eigenem Antriebe zu den Waffen greift, um die eindringenden Truppen zu bekämpfen, ohne Zeit gehabt zu haben, sich nach Artikel 1 zu organisieren, wird als kriegführend betrachtet, wenn sie die Waffen offen führt und die Gesetze und Gebräuche des Krieges beachtet.
Artikel 3
Die bewaffnete Macht der Kriegsparteien kann sich zusammensetzen aus Kombattanten und Nichtkombattanten. Im Falle der Gefangennahme durch den Feind haben die einen wie die anderen Anspruch auf Behandlung als Kriegsgefangene. ...<<
In der UdSSR konnte man die Partisanen nicht mit Härte und Rücksichtslosigkeit abschrekken. Durch die Strafexpeditionen und brutalen Vergeltungsmaßnahmen erreichte die deutsche Wehrmacht nur, daß sich der Partisanenkampf immer mehr ausweitete und die bereits übliche Grausamkeit und Härte des Untergrundkampfes sogar noch mehr gesteigert wurde. Da man fast alle sowjetischen Partisanen nach der Gefangennahme liquidierte, kämpften sie naturgemäß entsprechend fanatisch. Letzten Endes blieben fast alle militärischen Strafmaßnahmen der deutschen Wehrmacht wirkungslos.
Nach sowjetischen Angaben zerstörte die Partisanenbewegung in der UdSSR von 1941-45 rd.

10.000 Lokomotiven und mehr als 110.000 Eisenbahnwagen, 65.000 Kraftfahrzeuge und 12.000 Brücken. Außerdem brachten die Partisanen 20.000 Züge des Gegners zum Entgleisen und sprengten 58 deutsche Panzerzüge in die Luft (x047/230).
Etwa 300.000 deutsche Soldaten wurden von sowjetischen Partisanen getötet (x069/186).
In der offiziellen Geschichte des sowjetischen Partisanenkampfes ("Sowjetskie Partisani", Moskau 1961) berichtete Generalleutnant Ponomarenko, daß sogar ca. 500.000 deutsche Soldaten von sowjetischen Partisanen getötet wurden.
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über die sowjetischen Partisanen (x046/265): >>... Wie Partisanen üblicherweise mit Gefangenen verfuhren, das bezeugten zwei dingfest gemachte Täter, die Partisanen Klesnikov und Kusmenkov, vor der Gruppe Geheime Feldpolizei 570. Ihren Aussagen zufolge wurden auf Befehl des Kommissars Judenkov sechs deutsche Soldaten nach dem Verhör beim Partisanenstab in Gortop bei El'nja am 27. Februar 1942, einem empfindlich kalten Tag, und nachdem sie zuvor noch ein Schneegrab hatten scharren müssen, in folgender Weise abgeschlachtet:
"Sie wurden in einer Reihe aufgestellt und dann einzeln aus dieser herausgestoßen. Mit dem Bajonett erhielten sie dann einen Stich in den Rücken. Dann stürzten sich mehrere über den Niedergestochenen und stachen auf ihn weiter mit Seitenwaffen ein. Die Leichen wurden dann nach jeder Tötung beiseite geworfen, und der nächste wurde vorgenommen. Die Gefangenen wurden nur mit Hemd und Unterhose und barfuß zur Richtstätte hingetrieben. ...<<
Der deutsche Historiker Gerhard Hümmelchen schreibt später über die "Partisanen" während des Zweiten Weltkrieges (x051/438-439): >>Partisanen, Zivilisten oder nicht den regulären Streitkräften angehörende Kombattanten, die einzeln oder in Gruppen aus dem Hinterhalt gegen eine Besatzungsmacht oder die rückwärtigen Verbindungen einer Okkupationsarmee kämpfen.
Völkerrechtlich sind Partisanen nur dann als reguläre Kombattanten anerkannt und müssen bei Gefangennahme wie Kriegsgefangene behandelt werden, wenn sie einen verantwortlichen Führer haben, ein auch aus größerer Entfernung erkennbares Abzeichen tragen und ihre Waffen offen führen (Artikel I der Haager Landkriegsordnung von 1907, Artikel 4 des III. Genfer Abkommens zum Schutz der Kriegsopfer von 1949). Diese Bedingungen werden jedoch im modernen Partisanenkrieg in der Regel nicht erfüllt.
Im Zweiten Weltkrieg mußte sich die deutsche Wehrmacht in den besetzten Gebieten der Aktionen von Partisanen erwehren, ein Kampf, der auf beiden Seiten mit großer Erbitterung und Grausamkeit geführt wurde und häufig barbarische Vergeltungsaktionen gegen die Bevölkerung nach sich zog.
Im Januar 43 kämpften in Weißrußland 57.500 Partisanen, bis zum November 43 stieg ihre Zahl auf 122.600 an. Anfang 44 operierten hinter den deutschen Linien über 250.000 sowjetische Partisanen. Sie brachten stellenweise die deutschen Verbände, besonders bei den großen Niederlagen wie dem Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte im Sommer 44, in erhebliche Bedrängnis.
Für 1943 meldeten die sowjetischen Partisanen 11.000 Sprengungen von Bahnlinien und 9.000 zum Entgleisen gebrachte Transportzüge, wobei rund 6.000 Lokomotiven und 40.000 Waggons zerstört oder beschädigt wurden, sowie die Zerstörung von 22.000 deutschen Kfz.
Auf dem Balkan verfügte Tito im März 44 nach deutschen Schätzungen über elf Korps mit 31 Divisionen von je 2.000-4.000 Mann. Nach deutschen Meldungen sollen diesen Kräften vom 1.1.-1.8.44 Verluste in Höhe von 55.800 Toten und 21.500 Gefangenen zugefügt worden sein. Die Zahl der Überläufer betrug 2.500.
Die Tito-Partisanen wurden von den Alliierten versorgt, holten sich aber auch viele Waffen von den italienischen Besatzungstruppen und erbeuteten sie im Kampf gegen die kroatische Wehrmacht. Trotz umfangreicher deutscher Gegenmaßnahmen blieb Tito unbesiegt.

Am 25.5.44 scheiterte knapp der Versuch deutscher Fallschirmjäger, Titos Hauptquartier in Dvar auszuheben. Seine Truppen verloren mit wachsender Kriegsdauer den Partisanencharakter und entwickelten sich zu einer regulären Armee.
Nach deutschen Angaben wurden vom 6.6.-31.8.44 in Frankreich und Belgien 11.086 "Terroristen" im Kampf "niedergemacht" und 4.700 als Gefangene eingebracht. Im März 44 gab es 460, im April 44 schon 500 Fälle von Eisenbahnsabotage. Die Versorgung mit Waffen für die Maquisards der Résistance erfolgte aus der Luft durch alliierte Flugzeuge.
Partisanenkrieg entwickelte sich auch in Italien nach dessen Ausscheiden aus dem Krieg im Sommer 43. Nach deutschen Berichten wurden vom 12.5.-30.9.44 in Italien 12.582 "Banditen" getötet und 8.500 gefangengenommen.
Ein gnadenloser Kleinkrieg tobte auch in Griechenland, wo die stärkste Kraft die über 22.000 Kämpfer der kommunistischen ELAS waren.<<
Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk Band IV berichtet später über Hitlers Besatzungspolitik in der Sowjetunion (x069/186): >>Nicht nur bei Stalingrad, sondern auch vorher und nachher macht er schwere Fehler in der militärischen Führung. Vor allem aber treibt seine unsinnige Politik in den eroberten Ostgebieten die Bevölkerung schließlich zu schärfsten Widerstand. Als die Baltenvölker und Ukrainer, aber auch viele Russen, die den Bolschewismus hassen, mitkämpfen wollen, stößt Hitler sie zurück. Er denkt auch nicht daran, die von den Sowjets errichtete Ordnung zu stürzen und eine großzügige Befreiungspolitik zu treiben. Zu Beginn des Rußlandkrieges schärft er seinen führenden Mitarbeitern ein:
"Grundsätzlich kommt es also darauf an, den riesenhaften Kuchen handgerecht zu zerlegen, damit wir ihn erstens beherrschen, zweitens verwalten und drittens ausbeuten können. Die Russen haben jetzt einen Befehl zum Partisanenkrieg hinter unserer Front gegeben. Dieser Partisanenkrieg hat auch wieder seinen Vorteil: er gibt uns die Möglichkeit, auszurotten, was sich gegen uns stellt. Selbst wenn es zunächst leichter erscheint, irgendwelche fremden unterworfenen Völker zur Waffenhilfe heranzuziehen, ist es falsch! Es schlägt unbedingt und unweigerlich eines Tages gegen uns aus. Nur der Deutsche darf Waffen tragen, nicht der Slawe." ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die deutsche NS-Besatzungspolitik in der Sowjetunion (x025/112-113): >>... Als Hauptpunkte wären ... zu nennen: Schlechte Lebensmittelversorgung der Zivilbevölkerung - vielerorts bis zur Hungersnot -, ferner Deportation von sogenannten Fremdarbeitern nach Deutschland, exzessive Geiselerschießungen, Grausamkeit gegenüber politischen Gefangenen, Niederbrennen von Ortschaften in Partisanengebieten und schließlich der sogenannte Kommissarerlaß, wonach politische Kommissare ohne Gerichtsverfahren sofort zu erschießen waren. ...
Interessant ist dabei eine amerikanische Umfrage unter 1.000 verschleppten Russen, die in ihrer Heimat die deutsche Besatzung miterlebt hatten. ... Bei der Frage, wer von allen Deutschen sich am besten benommen hat, stimmten 10 für SS und SD, 69 für die Garnisonstruppen, 162 für die Zivilisten und 545 für die Frontsoldaten.
Daß im Heer abgesehen von einigen schwarzen Schafen Hitlers völkerrechtswidrigen Befehle im wesentlichen sabotiert wurden, war bald in Berlin bekannt und blieb auch der russischen Bevölkerung nicht verborgen, die durchaus zwischen SS und Einsatzgruppen einerseits und regulären Truppen andererseits zu unterscheiden wußten. ...<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Besatzungspolitik" während des Zweiten Weltkrieges (x051/72): >>Besatzungspolitik, Gesamtheit der Maßnahmen und Pläne der deutschen Verwaltung in den von der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg besetzten Gebieten. Eine einheitliche Linie der Besatzungspolitik bildeten allenfalls die wirtschaftliche Ausbeutung der eroberten Länder und die Verfolgung der dortigen Juden. Doch selbst dies wurde regional verschieden intensiv betrieben je nach Verwaltungsträger (Wehrmacht,

Reichsbehörden, NSDAP, SS) und politischer Opportunität.
Entsprechend unterschiedlich reagierten die unterworfenen Völker auf die deutsche Besatzungspolitik: Zwar bildeten sich überall Widerstandsbewegungen, doch erreichten nur wenige die Aktivität etwa der französischen Résistance oder der sowjetischen und jugoslawischen Partisanen.
Auch Kollaboration gab es in allen Gebieten, am ehesten dort, wo der nationalsozialistische Rassismus und Antibolschewismus Resonanz fand wie in den Niederlanden oder in Norwegen, am wenigsten bei den slawischen Völkern, die als "Untermenschen" drangsaliert wurden.
Opfer deutscher Besatzungspolitik wurden in folgender Reihenfolge:
September 39: Polen, das zwischen der Sowjetunion und Deutschland geteilt wurde und während der deutschen Herrschaft erhebliche Menschenverluste erlitt und verelendete. Der von Deutschland besetzte Teil wurde teils annektiert (Danzig-Westpreußen, Warthegau), teils im Generalgouvernement zusammengefaßt. Es wurde Schauplatz der Endlösung in den Vernichtungslagern und der radikalen Auspowerung durch die Besatzungspolitik des Generalgouverneurs H. Frank.
April/Mai 40: Dänemark (trotz Nichtangriffsvertrag) und Norwegen, die relativ glimpflich behandelt wurden und auch nur wenig unter Kriegseinwirkung litten. Sie galten wegen der verhältnismäßig guten Ernährungslage bei den Besatzungssoldaten als "Butterfront".
Mai/Juni 40: Luxemburg, das annektiert wurde, Niederlande, Belgien, das Eupen-Malmedy abtreten mußte, und Frankreich, das de facto Elsaß-Lothringen verlor, zunächst nur bis zur Loire besetzt wurde und dessen Südteil der Vichy-Regierung unterstand. In diesen westlichen Ländern nahm der nationalsozialistische Kunstraub besonders extensive Formen an.
Seit Februar 41: Nordafrika, wo allerdings wegen der italienischen Oberhoheit nur militärische Aufgaben wahrgenommen wurden.
April/Mai 41: Jugoslawien, dessen Staatsverband aufgelöst wurde, und Griechenland, wo zahlreiche Kriegsverbrechen das im ganzen erträgliche Verhältnis zu den Besatzern vergifteten. -
Von Juni 41 an: Sowjetunion, eigentliches Ziel der Lebensraum-Politik Hitlers und als Träger des Bolschewismus gnadenlos bekämpfter weltanschaulicher Feind des Nationalsozialismus. Die deutschen Truppen drangen bis zur Linie Leningrad - Moskau - Stalingrad - Kaukasus vor. Das rückwärtige Gebiet wurde teils annektiert (Bialystok), teils dem Generalgouvernement zugeschlagen (Galizien) und teils zu Reichskommissariaten (Ostland, Ukraine) zusammengefaßt.
Es unterstand dem Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete Rosenberg und diente Himmler und der SS als Versuchsfeld der im Generalplan Ost festgelegten Besatzungsziele. Die anfängliche Begeisterung für die deutschen "Befreier" wich erbittertem Widerstand. –
November 42: Vichy-Frankreich zur Abwehr einer alliierten Landung.
September 43: Italien nach Abschluß eines italienisch-angloamerikanischen Waffenstillstands. Bei der folgenden Entwaffnung der italienischen Truppen in Südeuropa kam es zu Massakern an den einstigen Bundesgenossen, was im kriegsmüden Italien eine rasch wachsende Partisanenbewegung entstehen ließ.
In allen von der Besatzungspolitik betroffenen Ländern wurden Zwangsarbeiter für die deutsche Rüstungsindustrie rekrutiert; auch Kriegsgefangene wurden, selbst nach Waffenstillstand, in Deutschland als Fremdarbeiter festgehalten.
Ausdruck der Kollaboration waren die Freiwilligenverbände u.a. der Waffen-SS, die insbesondere in den westlichen und nordischen Staaten Rekruten warb. Ohne Kollaboration aber war auch die Deportation der Juden aus den besetzten Gebieten kaum zu bewältigen. Sie stieß in Italien und in den zunächst von Italien besetzten Gebieten trotz der faschistischen Judengesetzgebung auf den meisten Widerstand, fand in West- und Nordeuropa nur vereinzelt Unter-

stützung und gedieh besonders in den traditionell antisemitischen Ländern des Ostens, wo sich zahlreiche baltische, ukrainische und russische Helfer zur Verfügung stellten.<<

04.07.1941

Jugoslawien: Josip Broz (1892-1980, Generalsekretär der jugoslawischen Kommunistischen Partei, genannt "Tito") ruft am 4. Juli 1941 die "Proletarischen Brigaden" der Serben zum Partisanenkampf gegen die Faschisten auf.

In Serbien kämpfen danach 2 unterschiedliche jugoslawische Widerstandsgruppen gegen die Kroaten und die ausländischen Besatzungstruppen. Die verfeindeten jugoslawischen Partisanenbewegungen liefern sich später ebenfalls erbitterte Kämpfe.

07.07.1941

Jugoslawien: Als jugoslawische Partisanen am 7. Juli 1941 mehrere Polizisten aus dem Hinterhalt erschießen, beginnt im gesamten Land ein gnadenloser Partisanen- bzw. Bürgerkrieg.

In Jugoslawien toben danach überall blutige Partisanenunruhen. Im Rahmen von "Sühnemaßnahmen" erschießen deutsche SD-Einheiten in den folgenden Monaten bei Kragujewatz und Kraljewo etwa 9.300 jugoslawische Zivilisten bzw. Geiseln (x040/101).

Partisanenkrieg in Jugoslawien

Als Josip Broz (1892-1980, Generalsekretär der jugoslawischen Kommunistischen Partei, genannt "Tito") am 4.07.1941 die "Proletarischen Brigaden" der Serben zum Partisanenkampf gegen die Faschisten aufrief, kämpften in Serbien 2 jugoslawische Widerstandsgruppen, die Tito-Partisanen (südslawische Kommunisten) und die königstreuen Tschetniks (nationale Widerstandsbewegung in Westserbien) gegen die Kroaten sowie die ausländischen Besatzungstruppen.

Im Sommer 1941 begannen in Jugoslawien vielerorts heimtückische Partisanenüberfälle. Jugoslawien entwickelte sich schnell zu einem regelrechten "Hexenkessel". In der jugoslawischen Völkermischzone gab es keine eindeutigen Fronten, so daß man Feinde und Freunde (Serben, Kroaten, Bosnier, Ungarn, Deutsche, Italiener, Türken, Slowenen, Ukrainer, Zigeuner und andere Minderheiten) oft nicht zuverlässig einordnen konnte. Die Kroaten, Serben und Bosnier waren zwar traditionelle Todfeinde, aber sie wechselten nicht selten erstaunlich schnell ihren "Glauben" und waren danach augenblicklich Verbündete.

Die Gegner wurden damals grundsätzlich als Bestien, Ungeheuer und Verräter verteufelt, die man erschlagen mußte. Alle Feinde waren demnach Teufel, mit denen man gewöhnlich nicht verhandeln durfte.

Die römisch-katholischen Kroaten massakrierten in Kroatien gewöhnlich die griechisch-orthodoxen Serben, während die Serben in Bosnien die Moslems jagten. In Südserbien rotteten die Tschetniks vor allem die moslemischen Bosnier aus. Die serbischen Partisanen, die durch den jahrhundertelangen Widerstand gegen die erbarmungslose türkische Besatzungsmacht geprägt worden waren, führten einen, für westeuropäische Verhältnisse, unfaßbar grausamen Partisanenkrieg. Überfälle, Mord, Entführungen, bestialische Folter, abartige Verstümmlungen und Prügeln bis zum Tod waren im jugoslawischen Partisanenkrieg an der Tagesordnung.

Die deutschen Wehrmachtsbefehlshaber und die deutschen Besatzungstruppen waren auf derartige Partisanenüberfälle nicht vorbereitet. Sie reagierten bis zum Ende des Krieges mit hilf- und maßlosen Vergeltungsmaßnahmen, um die unvorstellbare Brutalität der serbischen Partisanen zu bekämpfen. Gemäß OKW-Befehl vom 16.09.1941 wurden schließlich für jeden verwundeten deutschen Soldaten 50 jugoslawische Geiseln und für jeden getöteten deutschen Soldaten 100 jugoslawische Geiseln liquidiert (x006/60E). Die italienische Besatzungsmacht führte damals ähnliche Vergeltungsmaßnahmen durch.

In dem OKW-Befehl vom 16.09.1941 heißt es (x130/204): >>... Um die Umtriebe im Keime zu ersticken, sind beim ersten Anlaß unverzüglich die schärfsten Mittel anzuwenden. ... Als

Sühne für ein deutsches Soldatenleben muß in diesen Fällen im allgemeinen die Todesstrafe für 50 bis 100 Kommunisten als angemessen gelten. Die Art der Vollstreckung muß die abschreckende Wirkung noch erhöhen.<<
Die kroatische Ustascha-Bewegung vertrieb bis Oktober 1941 rd. 120.000 Serben aus Kroatien nach Serbien. Später mußten weitere 42.000 Serben und 58.000 Kroaten die bulgarischen Gebiete verlassen. Im gleichen Zeitraum vertrieben die Serben rd. 12.000 Kroaten aus Serbien (x006/77E, 78E). Die italienischen Besatzer verschleppten bis Ende 1941 rd. 35.000 Slowenen und andere jugoslawische Staatsbürger nach Italien. Das NS-Regime deportierte ebenfalls Tausende von jugoslawischen "Fremdarbeitern" in das Deutsche Reich.
Im Spätherbst 1941 schlugen die deutschen Truppen den Partisanenkrieg in Serbien vorübergehend nieder. Die meisten Partisanen konnten jedoch in die fast unzugänglichen jugoslawischen Gebirge und Schluchten entkommen und setzten den Kampf später fort. Wegen der ständigen Partisanenüberfälle siedelte man im Winter 1941/42 alle Volksdeutschen, die in Serbien lebten, in westliche Gebiete um.
Ab November 1941 bekämpften sich außerdem die Tito-Partisanen (südslawische Kommunisten) und die königstreuen Tschetniks (nationale Widerstandsbewegung in Westserbien) und führten erbitterte Gefechte.
Der Volksdeutsche O. W. aus Windthorst in Bosnien berichtet später über die Verteidigung einer deutschen Siedlung gegen Partisanenangriffe (x006/151): >>... Jede Nacht war ein "Zug" der Kolonisten ... des Dorfes auf Wache. ... Die Partisanen ihrerseits wußten, daß sie hier auf Granit beißen mußten, denn die Kolonisten verteidigten nicht nur die wichtige Straße, sondern vor allem ihre eigenen Frauen und Kinder und Häuser.
Furchtbar rächten sich die Partisanen, wenn sie sich des einen oder anderen ... bemächtigen konnten ... Im strengsten Winter (Januar 1942) nahmen sie 3 Männer mit, banden sie an Bäume, zogen sie nackt aus und mißhandelten sie dann bis zum Tode. Erst Monate darauf, nach der Frühjahrsoffensive gegen die Partisanen im Kozara-Gebirge, konnten die arg verstümmelten Leichen dieser 3 Männer geborgen und ... beigesetzt werden.
Doch waren nicht alle Partisanenbrigaden gleich grausam. So hat sich z.B. die Einheit ... eines jungen serbischen Popen, die das Kloster M. einnahm ... im großen und ganzen korrekt verhalten.
Am radikalsten waren die kroatischen Serben ... weil dort ... die kroatische Ustasi furchtbar brutal vorgegangen waren. Ende September 1944, als es zur Aussiedlung kam, war gerade diese Brigade ... im Einsatz gegen Windthorst, und das wußten alle: da gab es kein Pardon. ...<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1961 über den Partisanenkrieg in Jugoslawien (x006/45E-59E,60E-64E): >>**Der Balkanfeldzug; die Volksgruppe im Krieg; die Zerschlagung Jugoslawiens**
Nach der Aktion der Oppositionsgruppen um Simović trieb die Entwicklung in Jugoslawien schnell auf eine Krise in den Beziehungen zum Reich hin. Dennoch waren es nicht primär die deutsch-jugoslawischen Beziehungen, sondern die Mißerfolge des italienischen Balkankrieges, welche das militärische Eingreifen Deutschlands herbeiführten.
Um die mit einer drohenden italienischen Niederlage und dem Eingreifen der Engländer in Griechenland heraufziehenden Gefahren zu bannen, entschloß sich Hitler, dem bis dahin "kein Opfer" als zu hoch "für ein freundschaftliches Verhältnis zu Jugoslawien" erschienen war und obwohl damit seine Rußlandpläne verzögert wurden, zum Losschlagen, als mit dem Simović-Putsch das auslösende Moment gegeben war.
Nach einer kurzen, heftigen Pressekampagne mit den üblichen Vorwürfen wegen Vergehen an den Volksdeutschen begann am 5. April 1941 der Krieg gegen Jugoslawien. Starke Panzertruppen unter Generaloberst von Kleist, motorisierte Kräfte, Infanterie- und Gebirgsdivisio-

nen, ebenfalls unterstützt von einem Panzerkorps unter Generaloberst von Weichs, und Truppen der 12. Armee unter Generalfeldmarschall List stießen aus dem Norden und von Bulgarien her nach Jugoslawien hinein.
Am 6. April bombardierte die Luftwaffe pausenlos die Hauptstadt Belgrad; durch diese als "Strafaktion" gegen die Putschisten aufgefaßten Angriffe entstanden unter der Zivilbevölkerung hohe Verluste. Auch Volksdeutsche fielen den Angriffen zum Opfer. Das jugoslawische Heer vermochte die Angriffskeile der deutschen Verbände nirgends nachhaltig aufzufangen.
Am 17. April wurden nach dem Rücktritt des Oberbefehlshabers Simović Waffenstillstandsverhandlungen eingeleitet; am Tage darauf trat der in Belgrad unterzeichnete Vertrag über die bedingungslose Kapitulation der jugoslawischen Wehrmacht in Kraft.
Er bedeutete zugleich de facto das politische Ende Jugoslawiens, am 8. Juli 1941 verkündeten Deutschland und Italien das staatsrechtliche Ende des Königreichs Jugoslawien, dessen emigrierter König und seine Regierung allerdings im Exil den Anspruch auf das Fortbestehen des Staates erhoben.
Die Volksdeutschen in waffenfähigem Alter gerieten in den Tagen vor und nach dem Kriegsausbruch in einen tiefen inneren Zwiespalt. Befolgung des Gestellungsbefehls und damit Kampf gegen deutsche Truppen oder Vermeidung des Kriegsdienstes durch Flucht oder im Versteck - das war für viele die Alternative.
Im Norden und Nordosten des Landes wählte mancher den Weg in die Steiermark, nach Ungarn oder Rumänien, andere verbargen sich bis zum Eintreffen deutscher Soldaten. Sich dem jugoslawischen Militärdienst zu entziehen, hatte auch eine vom OKW der "Volksdeutschen Mittelstelle" (VOMI) übermittelte "Führerweisung" gefordert, deren Inhalt über die Volksgruppe bekannt gemacht werden sollte.
Darin hieß es, "der Führer (hat) entschieden, daß sich die Betreffenden dem Stellungsbefehl entziehen und verstecken sollen ...". Dennoch wurde eine nicht genauer zu bestimmende Zahl von Jugoslawiendeutschen, zweifellos die Mehrheit der Dienstpflichtigen, eingezogen; sie gingen häufig nach der ersten Feindberührung, ähnlich wie kroatische Einheiten, zu den deutschen Truppen über und wurden alsbald wieder nach kurzer Gefangenschaft entlassen.
Inmitten der überhitzten Atmosphäre dieser ersten Apriltage wurden die verantwortlichen Männer der volksdeutschen Gemeinden und der Volksgruppenleitung in tragische Verhängnisse verstrickt, in denen es für sie zu einem fast unlösbaren Problem wurde, die richtigen Grundsätze für ihr Verhalten zu finden. Wenn es dabei zu Entscheidungen kam, in denen das Bedürfnis nach Selbstschutz und sogar eigener Aktion die Loyalitätsverpflichtung gegenüber dem jugoslawischen Staat überwog, so war diese Handlungsweise in starkem Maße von der nahezu unerträglich gespannten Situation und der sicher nicht ganz unberechtigten Furcht vor Ausschreitungen gegen Deutsche diktiert.
Für die deutschen Geiseln, die an vielen Orten in Haft genommen und meist nach Peterwardein gebracht worden waren, war unmittelbare Gefahr für Leib und Leben heraufbeschworen.
In manchen Orten der Batschka und im Banat, auch in Slawonien und Bosnien wurden daher bewaffnete Streifen gebildet, die häufig von den Mitgliedern der halbmilitärischen "Deutschen Mannschaft" gestellt wurden, sich dann aber nicht auf den Schutz der Volksdeutschen beschränkten.
In Neusatz, wo sich Dr. Janko mit seinen Mitarbeitern im Habag-Haus (Haus-Bau-AG) versammelt und verbarrikadiert und nach Verhandlungen die Aufstellung einer Deutschen Bürgerwache von 150 Mann erreicht hatte, gab das Erscheinen deutscher Truppen am anderen Donauufer und die Sprengung der beiden Brücken "das Zeichen, nun vollends frei in Aktion zu treten".
Die inzwischen mit Gewehren bewaffnete Wachmannschaft besetzte das Postgebäude, den Bahnhof, das Kraftwerk und begann mit der Entwaffnung serbischer Truppenteile; die deut-

schen Geiseln wurden von einem Stoßtrupp befreit. Während im Habag-Haus Waffentransporte eintrafen, so daß dort "etwa 1.000 Gewehre, etwa 30 LMG, 15 SMG, 3 PAK, etwa 60.000 Schuß Infanteriemunition, große Mengen Handgranaten usw." gestapelt werden mußten, wurden zwei serbische Regimenter zur Waffenniederlegung überredet.
In Esseg beim Kampf um die Hauptpost und bei der Verteidigung der beiden großen Draubrücken, in der Gottschee, in Marburg (Drau), Vukovar, Ruma, Beschka, Indjija, Neu-Pasua und Franztal griffen bewaffnete Einsatztrupps der "Deutschen Mannschaft" im Rücken der Front ein und nutzten die Auflösungserscheinungen unter den zurückflutenden Truppen aus. Eine wertvolle Unterstützung für die deutschen Angriffsspitzen bedeutete die Besetzung des mit neuen Messerschmittjägern ausgerüsteten großen Militärflughafens Semlin bei Belgrad durch eine Gruppe von Volksdeutschen.
Es kann nicht verwundern, daß in den Tagen des jugoslawischen Zusammenbruchs, bei der Panik und Hysterie der Militäreinheiten und der Zivilbevölkerung in den Kampfgebieten, die Nachrichten über solche Vorgänge und die Zusammenstöße vieler serbischer Soldaten mit der "Deutschen Mannschaft" und dem Ortsschutz der Dörfer die sicherlich irrige Vorstellung genährt haben, es mit der wohlüberlegten Tätigkeit einer deutschen "5. Kolonne" zu tun zu haben. Ihr wurde die katastrophale Niederlage zum guten Teil zugeschrieben, was historisch indessen keineswegs zutrifft.
Auf der anderen Seite muß festgehalten werden, daß sich das vielerorts ungestörte gute Verhältnis zwischen den Deutschen und Andersnationalen auch in der Krise des Aprils 1941 und später bewährte. Nach dem Einzug der Ungarn in Neusatz suchten und fanden Serben aus der Stadt und auch aus den Landgemeinden Schutz im Habag-Haus. Auch später noch wurde von den Deutschen im Banat und in der Batschka zahlreichen Serben gegen die Ungarn und Kroaten Hilfe gewährt, gleich, ob es sich um exponierte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens oder um bäuerliche Nachbarn handelte.
In Syrmien und in Kroatien gefährdeten Deutsche ihr Leben, da sie sich für verfolgte Serben einsetzten; so wurde z.B. der Bezirksvorsteher von Alt-Pasua, Rometsch, aus Rache dafür erschossen, daß er kroatische Ustaschi ausweisen ließ, die Serben abführen wollten. Auch die deutschen Geistlichen suchten oft unter Lebensgefahr ihre orthodoxen Amtsbrüder zu schützen. Bis in die Nachkriegsjahre hat in zahllosen Fällen diese enge Verbindung mit Andersnationalen die Leidenschaften und Gegensätze des Krieges überdauert.
Die militärische Niederlage Jugoslawiens gab den Achsenmächten, denen sich nach Kriegsausbruch Ungarn und Bulgarien angeschlossen hatten, Spielraum zur Zerschlagung des südslawischen Königreichs, wobei ihnen die starken innerstaatlichen Spannungen zweifellos weit entgegenkamen.
Der Leiter der nationalrevolutionären, halbfaschistischen kroatischen Ustascha-Bewegung, Dr. Ante Pavelić, ließ am 10. April durch den ehemaligen k. u. k. Obersten E. Kvaternik einige Stunden vor der Ankunft deutscher Verbände den "Unabhängigen Staat Kroatien" ausrufen; Pavelić übernahm als "Poglavnik" (Staatsführer) die autoritäre Regierung des von Deutschland und Italien als Bündnispartner anerkannten Nachfolgestaates. In den Wiener Verhandlungen vom 20. bis 22. April 1941 wurden dann die Annexionen der einzelnen Mächte festgelegt.
Das Reich erhielt vom nördlichen Slowenien die Oberkrain und die früheren Kärnter und steirischen Gebiete der Donaumonarchie, während Italien außer der Unterkrain die dalmatinischen Inseln und ausgedehnte Streifen der Adriaküste aus der jugoslawischen Konkursmasse gewann, sich dazu eine südlich von Agram, Banja Luka und Sarajewo liegende Besatzungszone zuweisen ließ und den - dann niemals amtierenden - kroatischen König Tomislav II. mit Herzog Aimone von Spoleto zu stellen beanspruchte. Ungarn gliederte sich die Murgebiete und die westliche Woiwodina an, Bulgarien das serbische Mazedonien.

Ein Streifen Westmazedoniens wurde zu dem mit Italien in Personalunion verbundenen Großalbanien geschlagen. In Cetinje proklamierte eine "Konstituierende Nationalversammlung" am 12. Juni 1941 die Unabhängigkeit eines ebenfalls eng mit Italien liierten Montenegro. Allen großserbischen Tendenzen war durch diese Abtrennungen die Basis entzogen, so daß für den ungefähr mit Altserbien übereinstimmenden Reststaat Serbien, in dem nach dem Zwischenspiel einer provisorischen Regierung der General Nedić die Geschäfte übernahm (29. August 1941), nur die Rolle eines abhängigen Satelliten der Achsenpartner blieb.
Das von Rumänien beanspruchte Westbanat, das Hitler indessen für später auch noch Ungarn zugesichert hatte, unterstand Serbien der Verwaltung und Kontrolle des deutschen "Militärbefehlshabers Serbien". In neun verschiedenen Zonen also: teils annektierten oder von Militärs verwalteten Gebieten, teils Staaten im Genuß einer Pseudounabhängigkeit, spielte sich bis 1944/45 das politische Leben Jugoslawiens ab.
Die Volksdeutschen Südslawiens hatten im Norden Sloweniens den erstrebten Anschluß an das Reich gewonnen. In den Wiener Vereinbarungen war die neue deutsch-italienische Grenze, in nordwestlich-südöstlicher Richtung durch Slowenien verlaufend, festgelegt worden. Der deutsch-kroatische Vertrag vom 13. Mai 194l folgte den ehemaligen Kronlandgrenzen. Die Sloweniendeutschen unterstanden damit bis Kriegsende der Hoheit und den Gesetzen des Reiches, wenn sie auch formell nie eingegliedert wurden.
Der neugewonnene Teil Kärntens und der Krain wurde dem Gau Kärnten, der größere steiermärkische Teil dem Gau Steiermark unter Gauleiter und Reichsstatthalter Uiberreither angeschlossen, der dort als Chef der Zivilverwaltung amtierte, während diese Funktion in Kärnten-Krain der stellvertretende Gauleiter von Kärnten, Kutschera, ausübte. –
Südlich von Laibach unterstanden die Jugoslawiendeutschen italienischer, ihre Mehrheit in der Batschka und Baranja ungarischer Oberhoheit; Ungarn zählte daher nach 1941 mit ca. 1,2 Millionen die größte deutsche Minderheit in Südosteuropa.
Im "Unabhängigen Staat Kroatien" sollte die deutsche Volksgruppe sehr bald eine eigene Rechtsstellung gewinnen, während die deutsche Minderheit im Banat eine eigene Volksgruppe unter der Leitung Dr. Jankos bildete; ihr wie dem Streudeutschtum Serbiens wurde die Protektion der deutschen Militäradministration zuteil. Spätestens seit dem Hochsommer 1941 waren die Jugoslawiendeutschen außerhalb der Batschka und Baranja unmittelbar und ohne Einschränkung von reichsdeutschen Direktiven abhängig.

2. Die Entwicklung in den einzelnen Teilgebieten:

a) Kroatien.

Die Leitung des in Agram ausgerufenen "Unabhängigen Staates Kroatien" übernahm am 15. April 1941 der aus Italien herbeigeeilte Führer der Ustascha-Bewegung, Dr. Ante Pavelić, mit dem die Vertreter des Kroatiendeutschtums sogleich in Verhandlungen über die Rechtsstellung der Volksdeutschen Staatsbürger eintraten.
Als erstes Zeichen des Entgegenkommens wurde der zur Erneuerungsbewegung zählende Palankaer Rechtsanwalt Dr. Jakob Elicker zum Großgespan der fast ganz Syrmien umfassenden Großgespanschaft Wuka ernannt, ehe nach zwei Monate währenden Beratungen in einer Reihe von kroatischen Gesetzesdekreten der Rechtsstatus der "Deutschen Volksgruppe im Unabhängigen Staat Kroatien" fixiert wurde.
Das erste Gesetz vom 21.6.194l erklärte sie zur juristischen Person öffentlichen Rechts (Art. 2) und garantierte ihren Angehörigen die Gleichberechtigung mit Kroaten auf den Gebieten des öffentlichen und privaten Lebens (Art. 5), sowie die "uneingeschränkte Erhaltung ihres deutschen Volkstums und das ungehinderte Bekenntnis zu ihrer nationalsozialistischen Weltanschauung".
Am 31.7.1941 wurde der Volksgruppe die Gründung einer "Einsatzstaffel" im Rahmen der kroatischen Ustaschamiliz gestattet, deren drei aus der "Deutschen Mannschaft" gebildete

Kompanien samt einer "Stabswache" dem kroatischen Generalstabschef unterstellt werden sollten. Der Sommer 1941 verstrich, bis am 30.10.1941 die Rechtsstellung des Volksgruppenführers Branimir Altgayer dahin näher bestimmt wurde, daß er Amt und Befugnisse eines Staatsdirektors zugesprochen erhielt, eine Stellung, die 1943 mit der Ernennung Altgayers zum Staatssekretär substantiell nicht verändert wurde.
In den inneren Angelegenheiten der Volksgruppe sprach das Dekret vom 30.10.1941 Altgayer "das Verordnungsrecht im Rahmen der Gesetze zu" (Art. 4) und überließ ihm damit den ganzen Bereich des politischen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens der Kroatiendeutschen zur rechtlichen Ordnung. Gewisse Grenzen wurden dieser Volksgruppenhoheit durch die Verfügungen "über den Gebrauch der deutschen Sprache, der deutschen Fahne und der deutschen Symbole" vom 30.10.194l, über "Beamte und Angestellte deutscher Volkszugehörigkeit im öffentlichen Dienst" vom gleichen Tag und "über das deutsche Schulwesen" vom 25.9.1941 gesteckt.
Die sprachenrechtliche Regelung gestattete den Gebrauch der deutschen Sprache im öffentlichen Leben in Wort und Schrift; in Verwaltungseinheiten mit mehr als zwanzig Prozent deutscher Bevölkerung galten Kroatisch und Deutsch als gleichberechtigte Amtssprachen, öffentliche Bekanntmachungen, Aufschriften, Formulare usw. waren doppelsprachig zu halten; in Distrikten mit mehr als zehn Prozent deutscher Bevölkerung durften die Deutschen ihre Sprache im Amtsverkehr gebrauchen (Art. 3).
In den deutschen Siedlungen sollten "möglichst volksdeutsche Beamte" verwendet werden, wie es die Verfügung über die deutschen Angehörigen des öffentlichen Dienstes (Art. 5) forderte. Ihre Anstellungsgesuche unterlagen einer Beurteilung durch die Volksgruppenführung und das "Ustascha-Hauptquartier"; beim Amtseid versprachen sie "dem deutschen Volkstum und dem Führer sowie dem Staat Kroatien und dem Poglavnik" die Treue zu halten (Art. 4). Nur im Einvernehmen mit dem Volksgruppenführer konnten sie versetzt, suspendiert, pensioniert und entlassen werden.
Die Neuordnung des Schulwesens gab der Volksgruppe nicht die völlige Schulautonomie, sondern unterstellte es einer eigenen Abteilung im kroatischen Unterrichtsministerium, in der die Lehrpläne und Schulbücher ausgearbeitet wurden. Zu ihrem Leiter wurde auf Vorschlag Altgayers der ehemalige Rektor des deutschen Realgymnasiums in Agram, H. Kühn, ernannt. Im Gegensatz zur Regelung in der Batschka und im Banat blieben die kroatiendeutschen Schulen grundsätzlich staatliche Institutionen, wenn ihnen auch gleichwohl in denkbar großzügiger Weise Raum zur Entfaltung gewährt wurde.
Die Aufnahme der Kinder erfolgte ohne weitere Formalität auf Grund des von der Volksgruppe ausgestellten "Volkszugehörigkeitsausweises", wobei deutsche Kinder prinzipiell in deutsche Schulen eingeschrieben wurden (Art. 5). In Orten, wo im Umkreis von 8 km mindestens 20 schulpflichtige deutsche Kinder lebten, mußte eine deutsche Volksschule errichtet werden; gab es nur 10 deutsche Kinder, so sollten Behelfsschulen, bei weniger als 10 deutschen Kindern sog. "Schulstützpunkte" für deutsche Wanderlehrer errichtet werden (Art. 8, 9).
Außerdem war es der Volksgruppe mit Zustimmung des Unterrichtsministeriums gestattet, "auf eigene Kosten" Schulen und Lehrkräfte zu unterhalten, während diese sonst als Beamte des kroatischen Staates besoldet wurden. Die Richtlinien dieses Schuldekrets trugen der Lage des slawonischen und kroatischen Streudeutschtums in einem so hohen Maße Rechnung, daß kaum Wünsche offen blieben, zumal der vom 3. Schuljahr ab vorgeschriebene Unterricht in kroatischer Sprache, Literatur, Geschichte und Heimatkunde wohl als minimaler Anspruch des kroatischen Unterrichtsministeriums aus naheliegenden praktischen Gründen gutgeheißen werden mußte.
Bis 1944 umfaßte das deutsche Schulwesen ca. 300 Volks- und Behelfsschulen, eine Lehrerbildungsanstalt in Esseg, zwei Realgymnasien in Esseg und Ruma, eine Handelsakademie in

Semlin, acht Hauptschulen in Djakovo, Esseg, Indjija, Neu-Pasua, Semlin, Vukovar, Weretz, Vinkovci, sowie die private evangelische Oberrealschule in Agram.
Der innere Ausbau der kroatiendeutschen Volksgruppe zwischen 1941 und 1944/45 entwikkelte sich auf der Linie einer straffen Erfassung aller Deutschen im "Unabhängigen Staat Kroatien" durch zahlreiche Organisationen, ein Prozeß, der freilich nachhaltig unter den Kriegsverhältnissen, vornehmlich den Auswirkungen der Partisanenkämpfe litt.
Am 8. Mai 1941 bereits erließ Altgayer nach dem "unbedingten Führerprinzip" vorläufige Organisationsbestimmungen", in denen die verschiedenen Ämter der Volksgruppenführung mit dem Sitz in Esseg und die Dienststellen für die Verbindung zur Ustascha-Regierung in Agram (Zagreb) eingeführt wurden. Das deutsche Siedlungsgebiet wurde in Kreise unter Kreisleitern und Ortsgruppen unter Ortsleitern eingeteilt, während in Ortschaften mit weniger als zehn deutschen Familien sog. "Stützpunkte" eingerichtet werden sollten.
In der "Landesbauernschaft" und der "Gemeinschaft der gewerblichen Wirtschaft" entstanden berufsständische Institutionen, in denen Mitgliedschaft Pflicht war; sozialpolitische Aufgaben oblagen der nach dem Vorbild der "Arbeitsfront" gegliederten "Deutschen Arbeitsgemeinschaft. Infolge der Zerschlagung des jugoslawischen Staates kam es auch zu einer Umorientierung des kroatiendeutschen Genossenschaftswesens, das fortan in Esseg seine Spitze im "Hauptverband der deutschen bäuerlichen und gewerblichen Genossenschaften in Kroatien" besaß. Dieser soll im Frühjahr 1942 ca. 300 Genossenschaften umfaßt haben.
Als "politische Ausleseorganisation", die als der "einzige und alleinige politische Willensträger der Deutschen Volksgruppe" gelten wollte, wurde die "Nationalsozialistische Deutsche Gefolgschaft in Kroatien (NSDGK)" ins Leben gerufen, der z.B. alle Dienststellenleiter der Volksgruppe angehören mußten (Art. 11).
Außer der "Deutschen Mannschaft", einer die Männer zwischen dem 18. und 45. Lebensjahr umfassenden, militärisch gegliederten Organisation, der "Deutschen Frauenschaft", deren Angehörige sich aus der "Allgemeinen Frauengemeinschaft" rekrutierten, und der "Stamm-DJ", einer Auswahl aus der "Deutschen Jugend (DJ)", waren der NSDGK alle Standesverbände automatisch angeschlossen.
Diese bis zur Namensgebung und Altersgliederung in den einzelnen Organisationen genaue Kopie reichsdeutscher Vorbilder mit dem gleichen totalitären Anspruch, gemäß dem z.B. die Kinder vom 4. bis 10. Lebensjahr bereits in "Kindergruppen"' zusammengefaßt wurden, ehe sie in das "Deutsche Jungvolk" und den "Jungmädelbund" eintraten, schloß auch "in Anbetracht der besonders heiklen Lage der Deutschen Volksgruppe" die mehrfach in Verordnungen Altgayers geforderte Verpflichtung ein, die Nürnberger Gesetze "strengstens anzuwenden".
Der mit der Rechtsstellung der deutschen Volksgruppe in der Slowakei vergleichbare Status des Kroatiendeutschtums war durch eine weitreichende nationale Autonomie gekennzeichnet, die freilich sogleich durch die Übernahme eindeutig staatlicher Funktionen, wie z.B. die Einrichtung eines eigenen Wehrbezirkskommandos in Vinkovci für alle Wehrpflichtigen der deutschen Volksgruppe, überschritten wurde.
Die auf den ersten Blick anziehende Lösung des Problems der kroatiendeutschen Minderheit durch ein nationalitätenrechtliches Autonomiestatut verriet doch das erdrückende politische Übergewicht des Reiches, das kroatischen Befürchtungen vor einem Staat im Staate Nahrung gab.

b) Banat.

Der Rumpfstaat Serbien und das Westbanat zwischen Theiß und der jugoslawisch-rumänischen Grenze unterstand der Verwaltung des "deutschen Militärbefehlshabers Serbien", der dem OKH verantwortlich war, während der seit dem August 1941 zum "Wehrmachtsbefehlshaber Südost" ernannte und ihm vorgesetzte Generalfeldmarschall List in Athen dem OKW direkt unterstellt blieb.

Zwei Wochen nach dem Zusammenbruch des südslawischen Staates wurde am 5. Mai in Belgrad zwischen Kriegsverwaltungsräten des Militärbefehlshabers, Vertretern der ehemaligen jugoslawiendeutschen Volksgruppenführung (Dr. Janko, Dr. Neuner, J. Lapp, F. Reith, H. Lecker), die seit der Übernahme der Batschka und Baranja durch Ungarn ihren Sitz von Neusatz nach Groß-Betschkerek verlegt hatte, sowie serbischen Beamten die Grundlinien der von der "Deutschen Volksgruppe im Banat und Serbien" übernommenen Verwaltung des Banats festgelegt.
Einem deutschen Vize-Banus, Joseph Lapp, unterstand danach eine Behörde, die "sämtliche Funktionen und Zweige der gesamten inneren Verwaltung" umfaßte und deren vier Sektionschefs ebenso Volksdeutsche waren wie die Bezirksvorsteher, Gemeindevorstände und Leiter der Steuerämter in überwiegend volksdeutschen Gemeinden.
Zum Präsident des Appellationsgerichtshofes in Groß-Betschkerek wurde Dr. Neuner bestellt; im selben Ort wurde eine unter volksdeutscher Verwaltung stehende Außenstelle der Finanzdirektion und der Postdirektion in Belgrad eingerichtet; in Belgrad-Nord entstand eine eigene Eisenbahndirektion für das Banat. Die volksdeutschen Beamten galten als serbische Staatsangestellte.
Von der Regierung Nedić wurde die "Deutsche Volksgruppe im Banat und Serbien" noch im Juli 1941 als juristische Person des öffentlichen Rechts anerkannt, der zudem durch Verordnung vom 6.8.1943 das Recht der Besteuerung und Bestrafung von Volksgruppenangehörigen eingeräumt wurde.
Auch im Banat kann trotz der volksdeutschen Selbstverwaltung von einer Nationalitätenautonomie für die deutsche Minderheit im strikten Sinne nicht die Rede sein, da die deutsche Volksgruppenleitung teils Exekutionsorgan der deutschen Militärverwaltung wurde, teils die Gebietsherrschaft im Banat ausübte und eindeutig staatliche Aufgaben übertragen bekam, so daß ihr Verhältnis zur Nedić-Regierung kaum noch als Unterordnung bezeichnet werden kann. Vielmehr besaßen der Volksgruppenführer Dr. Janko und die von ihm abhängigen volksdeutschen Dienststellen eine aus den Kriegsbedingungen abzuleitende, von den Serben kaum geschmälerte Handlungsfreiheit.
Der innere Ausbau der Banater Volksgruppe folgte ähnlichen Grundsätzen, wie sie für die deutschen Minderheiten in Südosteuropa spätestens seit 1940/41 allgemein galten. Die "Deutsche Mannschaft" wurde zur Reserve für die 7. SS-Gebirgsdivision "Prinz-Eugen", deren Wehrersatzamt in Groß-Betschkerek lag. Die "Deutsche Jugend", der "Arbeitsdienst", die "Frauenschaft" breiteten das Netz ihrer Organisationen über die donauschwäbischen Gemeinden, auch das "Kriegswinterhilfswerk", eine "Wehrmachtsbetreuung" und "Sammeltage" tauchten auf.
"Das Recht der selbständigen Organisation des Schulwesens im Banat" wurde der Volksgruppe durch die Verordnung vom 3. Oktober 1941 zuerkannt, d.h. der "Schulstiftung der Deutschen im Banat und Serbien" als Rechtsnachfolgerin der "Schulstiftung der Deutschen im Königreich Jugoslawien". Alle deutschen Schulen galten danach (Art. 2) als private Institutionen, die jedoch vom serbischen Staat jährlich in der Höhe der Lehrergehälter subventioniert wurden, sowie "Öffentlichkeitsrechte und alle Rechte der staatlichen Schulen" genossen (Art. 4), wie auch in merkwürdiger Verknüpfung alle Lehrkräfte Staatsbeamte waren.
Die Aufsicht über sämtliche deutsche Lehranstalten übten die Sektion für das deutsche Schulwesen im Belgrader Unterrichtsministerium und die Kreisschulleiter für deutsche Schulen, beides ausschließlich volksdeutschen Beamten vorbehaltene Institutionen, aus. Vom serbischen Staat und den Gemeindeverwaltungen mußten (Art. 3) mit dem Inkrafttreten des Schuldekrets alle Gebäude, in denen sich Schulen und Abteilungen mit deutscher Unterrichtssprache befanden, einschließlich des Inventars "unentgeltlich" der deutschen Schulstiftung übergeben werden, der übrigens auch die Gestaltung der Lehrpläne oblag.

Unter denselben Bedingungen wurden ihr in Groß-Kikinda die staatliche Bürgerschule, in Pantschowa die ehemalige Volksschule, in Werschetz der Neubau und ein Teil des alten staatlichen Gymnasiums, in Weißkirchen das Offiziersheim und das Militärkrankenhaus übertragen. Für die Aufnahme von Kindern deutscher Volkszugehörigkeit galt die schriftliche Einwilligungserklärung der Eltern als maßgebend; der Unterricht in serbischer Sprache war Pflichtfach.

Außer den deutschen Volksschulen, zu deren Einrichtung es 15 deutscher Schulkinder an einem Ort bedurfte, bestanden zwischen 1941 und 1944 eine Lehrerbildungsanstalt in Werschetz, der auch ein Kindergärtnerinnenseminar angeschlossen war, eine Handelsakademie in Groß-Betschkerek, zwei Realgymnasien in Werschetz und Groß-Betschkerek, drei Untergymnasien in Groß-Kikinda, Pantschowa und Weißkirchen, neun Hauptschulen in Groß-Betschkerek, Werschetz, Groß-Kikinda, Weißkirchen, Pantschowa, Kovin, Modosch. Franzfeld, Karlsdorf und Rudolfsgnad, eine Landwirtschaftsschule in Werschetz und eine Haushaltsschule in Weißkirchen.

c) Batschka.

Die Batschka und Baranja wurden im April 1941 nicht von deutschen Truppen, sondern von Honvédeinheiten besetzt. Unmittelbar nach dem Einmarsch kam es zu blutigen Ausschreitungen gegen die serbische Bevölkerung, einige Male auch gegen die Donauschwaben. Massenausweisungen folgten, im Neusatzer Serbenmassaker vom Januar 1942 erreichten die Verfolgungen ihren Gipfel. Die mitbetroffenen Volksdeutschen entzogen sich bisweilen durch Flucht den Gewaltmaßnahmen oder führten bei den deutschen Dienststellen in Kroatien und im Banat Beschwerde.

Diese Vorfälle haben von Anfang an das Verhältnis der jüngeren Generation der Batschkaer Donauschwaben in den "Befreiten Südgebieten" zur ungarischen Verwaltung belastet, wogegen die Älteren trotz dieses enttäuschenden Auftaktes aus der Erinnerung an das Habsburger Reich die Annexion häufig begrüßten.

Nach der Übersiedlung der bisherigen Volksgruppenführung von Neusatz ins Banater Groß-Betschkerek, wurden die Deutschen in der Batschka und Baranja in den "Volksbund der Deutschen in Ungarn" (VDU) aufgenommen, der nach dem am 30.8.1940 zwischen Deutschland und Ungarn abgeschlossenen Wiener Volksgruppenvertrag als die einzige Organisation der ungarischen Staatsangehörigen deutschen Volkstums anerkannt worden war.

Allerdings ist ihm niemals der Status einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft zugebilligt worden, den die Volksgruppen der Banater und Kroatiendeutschen seit dem Herbst 1941 besaßen. Seither unterlag der größte Teil des Jugoslawiendeutschtums derselben Entwicklung wie das Deutschtum Ungarns. Die Deutschen in der Batschka und Baranja unterstanden den "Hauptämtern" der Budapester Volksgruppenführung unter Dr. Franz Basch und wurden in die Verbände der "Deutschen Mannschaft", "Deutschen Jugend", "Frauenschaft" und "Fachschaften" aufgenommen,

Während die beiden Reichstagsabgeordneten des Deutschtums im Trianon-Ungarn in den Parlamentswahlen von 1939 ihre Mandate errungen hatten, wurden als die Vertreter der ehemals jugoslawischen Donauschwaben die Skupschtina-Abgeordneten F. Hamm, J. Trischler und J. Spreitzer in das Unterhaus, Ch. Welker (Feketitsch) und 0. Reszely (Palanka) in das Oberhaus berufen; in beiden Institutionen waren sie jedoch gegenüber der Politik, die von Basch und seinen Mitarbeitern nach dem "Führerprinzip" und gemäß den Direktiven reichsdeutscher Stellen vertreten wurde, ohne Einfluß.

Das Schulwesen unterstand seit dem Wiener Vertrag dem Schulamt des "Volksbundes". Dieser übernahm auch zunächst die Aufsicht über die Lehranstalten der Batschka, die bis zum April 1941 Einrichtungen der "Deutschen Schulstiftung" gewesen waren. Erst am 15.5.1943 wurde vom königlich-ungarischen Minister für Kultus und Unterricht ein "Stiftungsbrief der

Schulstiftung der Deutschen Volksgruppe in Ungarn" gebilligt.
Ihm zufolge sollte diese neue Institution die gleichen Aufgaben wie die frühere jugoslawische und gleichzeitig wirkende Banater Schulstiftung wahrnehmen, indem sie "die eigenen Schulen der Stiftung und die von dem Volksbund der Deutschen in Ungarn bzw. seinem eventuellen Rechtsnachfolger errichteten, übernommenen oder anerkannten" deutschen Schulen unterstützte. Die Schulstiftung besaß keine autonome Stellung neben dem VDU, da dieser die fünf Mitglieder des "Stiftungskuratoriums" einschließlich seines Vorstandes aus Angehörigen des "Volksbundes" ernannte und faktisch die ungarndeutsche Schulstiftung weiter vom Schulamt der Volksgruppe abhängig blieb.
Bis zur Evakuierung und Flucht vor der Roten Armee seit dem Herbst 1944 blieben außer den Volksschulen in diesem neuen organisatorischen Rahmen von den jugoslawiendeutschen Lehranstalten erhalten: die Lehrerbildungsanstalt, die Bürgerschule und das Gymnasium in Neuwerbaß, die Bürgerschule und das Gymnasium in Apatin, die landwirtschaftliche Schule in Futog und die beiden Bürgerschulen in Neusatz und Hodschag.

d) Serbien.

Noch im Sommer 1941 wurden die serbischen Volksdeutschen im "Kreis Prinz Eugen der Deutschen Volksgruppe im Banat und in Serbien" organisiert, der Belgrad und das der Regierung Nedić überlassene Restserbien umfaßte. Die Formen der Organisation entsprachen mit "Frauenschaft", "Deutscher Jugend", "Deutscher Mannschaft" usw. durchaus den reichsdeutschen Vorbildern.
Aus den Plänen, die im Juli 1941 sich in einer großen geheimen Denkschrift des Reichsführers-SS, zugleich Reichskommissars für die Festigung Deutschen Volkstums (RKFDV), des Auswärtigen Amtes und des Innenministeriums über die "Lage und das zukünftige Schicksal des Deutschtums im ehemaligen jugoslawischen Staatsgebiet" niedergeschlagen hatten, sind allerdings keine Konsequenzen für die deutsche Politik in Rumpf-Serbien gezogen worden. In ihnen war an ein Projekt des Prinzen Eugen (!) angeknüpft und vorgeschlagen worden, Belgrad als "deutsche Reichsfestung" einer gleichsam NS-deutschen neuen Militärgrenze auszubauen und deren Garnison aus den wehrpflichtigen Volksdeutscheu des Banater Hinterlandes zu rekrutieren.
Auch die Vorschläge, den Raum um Belgrad in ein "Eisernes-Tor-Gebiet" mit dem dort projektierten gewaltigen Kraftwerk für die Energieversorgung der Donaustaaten einzubeziehen, blieben im Bereich utopischer Pläne einer staatlich-wirtschaftlichen Neuordnung des Balkans. …<<
>>... Die Erbitterung über den deutschen Angriff im April 1941, die jahrhundertelange Hajduken- und Komitadschitradition des romantisierten Bandenlebens, großserbische und kommunistische Ideologie, soziale Unrast und aufgestauter Nationalitätenhaß verbanden sich auf der einen Seite zu einer rücksichtslos-radikalen Kriegsführung.
Auf der anderen Seite führte die Empörung über die eigene Hilflosigkeit gegenüber der Tätigkeit der Partisanen, die aus unzugänglich-wildem Gebiet heraus mit großer Brutalität operierten, sehr schnell zu maßlosen Vergeltungshandlungen der deutschen Besatzungsmacht, die seit dem OKW-Befehl vom 16.9.1941 für einen erschossenen deutschen Soldaten je hundert Geiseln, für einen verwundeten Deutschen je fünfzig Geiseln exekutieren ließ. ...
Nach NOKW-474 wurden allein in den drei Monaten bis zum 5.12.1941 mindestens 11.165 Serben exekutiert, bis zum Februar 1942 stieg die Zahl auf 20.149 sogenannte Sühneexekutionen an.
... Der Beginn des Rußlandfeldzuges ... löste auch das Eingreifen der bis dahin passiv abwartenden Kommunisten unter Josip Broz-Tito aus, deren "proletarische Brigaden" bis in den Winter 1941/42 in dem Verhältnis eines oft ungeklärten Zusammenspiels, dann allmählich vorherrschender erbitterter Bürgerkriegsgegnerschaft zu den Tschetniks (Heimwehrorganisa-

tionen des konservativen Landvolks) standen.
Mit der Niederschlagung des Partisanenaufstandes in Serbien durch deutsche Truppen im Spätherbst 1941 endete diese erste Phase. Titos Anhänger schlugen sich nach Ost- und Nordwestkroatien durch, wo sie wegen der grauenhaften Massaker der Ustaschamiliz des Pavelic-Regimes unter den griechisch-orthodoxen Serben starken Zulauf und Unterstützung fanden. ...
Am meisten bekam das Deutschtum im "Unabhängigen Staat Kroatien" die Härten des Partisanenkrieges zu spüren, da sich in diesem Gebiet das Gros der Verbände Titos konzentrierte. Dies galt indessen nur bis zur Umsiedlung des bosnischen Streudeutschtums im Oktober/November 1942. ...
Die ... Siedlungen in Slawonien und Syrmien ließen sich von der "Einsatzstaffel" der "Deutschen Mannschaft" ... besser verteidigen. Die "Einsatzstaffel" ... übernahm den Schutz der deutschen Siedlungsgebiete.
Sie setzte sich aus dem Stab in Esseg samt seiner "Stabswache", dem seit Oktober 1941 gebildeten Verfügungsbataillon "Prinz Eugen" mit 6 Kompanien von insgesamt ca. 1.500 Mann und den bis Ende August 1942 formierten 3 Bereitschaftsbataillonen "Ludwig von Baden", "General Laudon" und "Emanuel von Bayern" mit je 4 Kompanien, insgesamt 1.800 Mann, zusammen. ... Sämtliche Einheiten befanden sich dauernd im Einsatz gegen Partisanen. ... Alle Angehörigen dieser Verbände wurden bis Frühjahr 1943 zur Waffen-SS eingezogen ...
Die Kriegsführung wurde auf beiden Seiten zunehmend erbitterter und grausamer. Überfälle und Sabotageakte der Partisanen forderten Vergeltungsaktionen und Sühnemaßnahmen der deutschen Truppen heraus. Zu ihnen wurden häufig auch volksdeutsche Einheiten der Selbstschutz- oder Waffen-SS-Verbände herangezogen; diese in der Kriegs- und Bürgerkriegssituation entstandene Mitwirkung an Geiselerschießungen oder beim Niederbrennen von Feldern und Dörfern hatte später für das Jugoslawiendeutschtum insgesamt unheilvolle Konsequenzen.
Die jugoslawischen Partisanen wollten darin nur einen Beweis für die gleichbleibend aggressive und illoyale Haltung der Jugoslawiendeutschen sehen. In ihren Augen zog sich eine gerade Linie von den Ereignissen im April 1941 über das Vorgehen der in vielen deutschen Siedlungen eingesetzten Hilfspolizei bis zum militärischen Einsatz der "Deutschen Mannschaft" in der Umgebung volksdeutscher Gemeinden und ihrem Anteil an Geiselverhaftungen und Sühneexekutionen. Hier hatte der Deutschenhaß der jugoslawischen Widerstandsgruppen, der schließlich in der Forderung nach kollektiver Vergeltung am Jugoslawiendeutschtum gipfelte, eine seiner Wurzeln.<<

10.07.1941

Ostkrieg: Die finnische Armee tritt am 10. Juli 1941 nördlich und westlich des Ladoga-Sees zum Angriff gegen die Sowjetunion an.
Am 10. Juli 1941 wird das erste spanische Freiwilligen-Kontingent ("Blaue Division") an der Ostfront gegen die sowjetischen Truppen eingesetzt.

12.07.1941

Anti-Hitler-Koalition: Die Sowjets und Briten beschließen am 12. Juli 1941 militärische Vereinbarungen. Dieses britisch-sowjetische Militärabkommen verbietet jeglichen Separatfrieden oder Waffenstillstand mit dem NS-Regime (x040/85). Zur Entlastung der Ostfront verlangt Stalin auch Luftangriffe gegen deutsche Städte.
Dieser Militärpakt (Dauer: 20 Jahre) wird am 26.5.1942 erweitert (x054/223).
UdSSR: Stalin läßt per Dekret vom 12. Juli 1941 mehr als 577.000 Häftlinge der Gulag-Strafarbeitslager, die wegen "unbedeutender Delikte" verurteilt worden waren, frei und in die Rote Armee einziehen (x265/252).

13.07.1941

Ostkrieg: Der Stab der 26. sowjetischen Division berichtet am 13. Juli 1941 über die Kämpfe

bei Slastjena (x029/278): >>... Auf dem Schlachtfeld ließ der Gegner ungefähr 400 Tote zurück. Etwa 80 Mann hatten sich ergeben, die erschossen wurden.<<

Deutsches Reich: Bischof Clemens August Graf von Galen (1878-1946, im Dezember 1945 vom Papst zum Kardinal ernannt, Beiname: "Löwe von Münster") erklärt am 13. Juli 1941 während einer Predigt (x067/136): >>Der physischen Übermacht der Gestapo steht jeder deutsche Staatsbürger schutzlos und wehrlos gegenüber! ...

Keiner von uns ist sicher, und mag er sich bewußt sein, der treueste, gewissenhafteste Staatsbürger zu sein, mag er sich völliger Schuldlosigkeit bewußt sein, daß er nicht eines Tages aus seiner Wohnung geholt, seiner Freiheit beraubt, in den Kellern und Konzentrationslagern der Gestapo eingesperrt wird. ...

Meine Christen!

Die Gefangensetzung vieler unbescholtener Personen ohne Verteidigungsmöglichkeit und Gerichtsurteil nötigen mich, heute öffentlich an die alte, niemals erschütterte Wahrheit zu erinnern: "Justitia est fundamentum regnorum. Die Gerechtigkeit ist das einzige tragfeste Fundament aller Staatswesen!" Das Recht auf Leben, auf Unverletzlichkeit, auf Freiheit ist ein unentbehrlicher Teil jeder sittlichen Gemeinschaftsordnung. ...

Darum erhebe ich im Namen des rechtschaffenen deutschen Volkes, im Namen der Majestät der Gerechtigkeit, im Interesse des Friedens und der Geschlossenheit der inneren Front meine Stimme, darum rufe ich laut als deutscher Mann, als ehrenhafter Staatsbürger, als Vertreter der christlichen Religion, als katholischer Bischof:

Wir fordern Gerechtigkeit!<<

Von Galen bleibt trotz seines mutigen Protestes unbehelligt, denn Hitler will einen offenen Kampf mit der katholischen Kirche vermeiden.

14.07.1941

Ostkrieg: Der sowjetische Armeekommissar Mechlis (Chef der Verwaltung für Politische Propaganda der Roten Armee) erteilt am 14. Juli 1941 die Weisung Nr. 20 (x046/106-107): >>... Du hast den Eid geleistet, bis zum letzten Atemzuge treu zu sein Deinem Volk, der Sowjetheimat und der Regierung. Erfülle heilig Deinen Eid in den Kämpfen mit den Faschisten.

Der Kämpfer der Roten Armee gibt sich nicht gefangen. Die faschistischen Barbaren peinigen, foltern und töten die Gefangenen viehisch. Lieber den Tod als faschistische Gefangenschaft. Das Sichergeben in die Gefangenschaft ist Verrat an der Heimat.<<

Der Chef der politischen Propaganda des 31. sowjetischen Schützenkorps, Brigadekommissar Iwantschenko, schreibt am 14. Juli 1941 an die Kommissare der Abteilungen für politische Propaganda (x029/289): >>In der Zeit der Kämpfe bemerkt man in der parteipolitischen Arbeit der Abteilungen folgende politisch schädliche, jetzt sogar verbrecherische Mängel:

1. Rotarmisten und Kommandeure nehmen im Kampfe keine Soldaten und Offiziere gefangen. Es sind Fälle vermerkt, daß Gefangene erwürgt und totgestochen werden. Ein solches Verhalten den Gefangenen gegenüber bringt der Roten Armee politisch Schaden, es erbittert die Soldaten der faschistischen Armee, es verhindert den Prozeß ihrer Zersetzung, es gibt dem Offizierbestand der faschistischen Armee Unterlagen, die Soldaten über "die Schrecken" in der Gefangenschaft der Roten Armee zu belügen und den Widerstand der Soldaten zu versteifen. ...

Ich ordne daher an: 1. Mit allen Mitteln der parteipolitischen Arbeit persönlich den Einheiten und Unterabteilungen die ganze Schädlichkeit des der Roten Armee unwürdigen Verhaltens gegenüber den Gefangenen zu erklären.

Auseinandersetzungen, daß der deutsche Soldat – Arbeiter und Bauer – nicht freiwillig kämpft, daß der deutsche Soldat, wenn er sich in Gefangenschaft begibt, aufhört, ein Feind zu sein. Alle Maßnahmen zur Gefangennahme von Soldaten sind namentlich von Offizieren zu ergreifen.<<

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über die Haßpropaganda innerhalb der Roten Armee (x046/240-242): >>... Die Kriminalisierung des gegnerischen Heeres setzte unmittelbar nach Kriegsbeginn ein und wurde das eigentliche Betätigungsfeld der Hauptverwaltung für Politische Propaganda der Roten Armee (GUPPKA, bald Politische Hauptverwaltung) und der ihr nachgeordneten Instanzen. "Tod dem faschistischen Gewürm", war das Leitmotiv in der von dem Chef der Hauptverwaltung, Armeekommissar Mechlis, am 14. Juli 1941 herausgegebenen Weisung Nr. 20 an die 'Abteilungschefs für Politische Propaganda bei den Verbänden und Armeen' ...
Die deutschen Soldaten wurden den Rotarmisten demnach dargestellt als "hitlerische faschistische Lumpen", als "faschistische Barbaren", "faschistische Raubtiere", so die Parole, "Zermalmt zu Staub die feindlichen Horden", "Zerschmettert die Banden Hitlers mit dem Geschoß, erdrückt sie mit Stahl, merzt sie aus mit Feuer", "Möge das faschistische Gewürm vor Hunger verrecken."
Solche und ähnliche Aufrufe der Hauptverwaltung wurden sofort aufgegriffen und weitergegeben, wie ein am 14. Oktober 1941 vor dem Stabe einer Schützendivision gehaltener Vortrag des bereits genannten Funktionärs Musev von der Politischen Verwaltung der 22. Armee illustriert. Musev diskriminierte das deutsche Heer als eine zuchtlose Bande von Räubern, Dieben und Säufern, dazu aufgerufen, "straflos zu plündern, die wehrlose Bevölkerung zu töten, Frauen zu vergewaltigen, Städte und Dörfer zu zerstören und zu verbrennen".
Und was die Diskriminierung des Gegners anging, so standen die Führungsstellen den politischen Organen der Roten Armee in keiner Weise nach.
Marschall der Sowjetunion Budennyj, Oberbefehlshaber der Südwestrichtung, nannte die deutschen Truppen in seinem Befehl Nr. 5 vom 16. Juli 1941 "Banden des Menschenfressers Hitler", die Soldaten bezeichnete er als "faschistische Bestien".
Für Marschall der Sowjetunion Vorosilov, Oberbefehlshaber der Nordwestrichtung, waren sie gemäß Befehl Nr. 3 vom 14. Juli 1941 nichts anderes als "viehische Faschisten", "faschistische Aasgeier", "faschistische Banditen".
Und Marschall der Sowjetunion Timogenko, der bisherige Volkskommissar der Verteidigung, Oberbefehlshaber der Westrichtung (Mitglied des Kriegsrates Bulganin), geißelte die deutschen Soldaten in einem Aufruf an die Bewohner der besetzten Gebiete vom 6. August 1941 als "Hitlerbanden", "faschistische Ungeheuer", "deutsche Räuber", zu deren Vernichtung ein jedes Mittel recht sei. "Offiziere und Soldaten in den grünen Mänteln sind keine Menschen, sondern wilde Tiere", heißt es in einem Flugblatt der Politischen Verwaltung der Nordwestfront am 25. März 1942, "vernichtet deutsche Offiziere und Soldaten, wie man tolle Hunde erschlägt."
Die unterschiedslose Verteufelung der Soldaten des gegnerischen Heeres fand eine klare Zielsetzung, als es galt, Rotarmisten davon abzuhalten, sich dem Gegner gefangenzugeben. Denn in der Roten Armee wurde die These verbreitet, Sowjetsoldaten hätten in der Kriegsgefangenschaft den sicheren Tod zu erwarten.
Hatte etwa der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare, Molotow, schon nach dem Winterkrieg in seiner Rede vom 29. März 1940 vor dem Obersten Sowjet der UdSSR die angeblich "unerhörten Barbareien und Bestialitäten der Weißfinnen gegen die in Gefangenschaft geratenen Rotarmisten" angeprangert, so mußten solche Vorwürfe natürlich erst recht im Hinblick auf die deutsche Wehrmacht gelten. In diesem Sinne verkündete auch Mechlis am 14. Juli 1941, die Deutschen würden ihre Gefangenen "peinigen, foltern und viehisch töten".
Der Politischen Hauptverwaltung kam es jetzt darauf an, "unversöhnlichen Haß, die Wut gegen den Feind" anzufachen und den Truppen einen "unstillbaren Rachedurst für die Greueltaten" anzuerziehen. Diesem Zweck diente auch eine in Leningrad 1941 herausgegebene Propagandaschrift "Faschistische Greueltaten an Kriegsgefangenen", die in Verbindung mit einer

entsprechenden Rede und Note Molotows vom 6. November 1941 über angebliche Untaten gegenüber Kriegsgefangenen praktisch die von nun an bis 1943 und darüber hinaus bis zum Kriegsende gültige Linie der sowjetischen Propaganda in dieser Frage festlegte.
Vor diesem allgemeinen Hintergrund war es denn auch nicht verwunderlich, daß schon am 3. Kriegstage, dem 24. Juni 1941, der Kriegsgefangene Pocinko aussagte, die Rotarmisten seien aufgefordert worden, "keinem deutschen Soldaten Pardon zu geben, da man auf sie auch keine Rücksicht nehme und sie martere", ihnen, wie es hieß, "Finger, Nase, Ohren, Kopf abschneide oder den Rücken aufschneide und die Wirbelsäule herausnehme, bevor sie erschossen würden".
Einer gründlichen Befragung unterworfene hohe Offiziere der sowjetischen 6. und 12. Armee waren diese Zusammenhänge bekannt, indem sie am 16. August bereitwillig einräumten, "daß die Ermordung von deutschen Kriegsgefangenen auf Grund der hetzerischen antideutschen Propaganda möglich sein könnte". Was schließlich war auch anderes zu erwarten, wenn den Rotarmisten ständig Greueltaten wie diese in einem Flugblatt aus jenen Tagen vor Augen gehalten wurden: "Jeden Tag erschienen dort betrunkene Nazioffiziere, die die Verhafteten mißhandelten, ihnen die Augen ausstachen, die Arme zerbrachen oder abschlugen, sie zerfleischten und viele lebendig begruben"? ...<<
Großbritannien: Premierminister Churchill erklärt am 14. Juli 1941 in einer Rundfunkansprache (x172/400): >>... London ist so groß wie ein prähistorischer Dickhäuter, in dessen Panzer man vergebens Pfeile schießt. ...
Wo Sie (Hitler) auf den geringsten Widerstand gestoßen sind, da waren Sie am brutalsten. Sie haben doch mit der wahllosen Bombardierung angefangen – in Warschau, Rotterdam und Rußland.
Wir sind weder zu einer Feuerpause bereit noch zu einem Waffenstillstand mit Ihnen oder der Verbrecherbande, die Ihren bösen Willen vollstreckt. Sie tun das Schlimmste – und wir werden unser Bestes geben. Es ist an der Zeit, daß die Deutschen in ihren Städten einen Teil der Qualen erleiden, die sie ihren Nachbarn und der ganzen Welt zugemutet haben.
Während die großen Bomber in unseren Fabriken fertiggestellt werden oder in Schwärmen über den Atlantischen Ozean zu uns herüberkommen, werden wir Monat für Monat ohne Erbarmen weiterhin hochexplosiven Sprengstoff über Deutschland abwerfen. ...<<
15.07.1941
USA: Die "New York Times" berichtet am 15. Juli 1941 über Churchills Rundfunkansprache des Vortages (x172/401): >>... Hierin offenbart sich kein sadistischer Rachewunsch; vielmehr ist dies die ehrliche Überzeugung, daß die Bombardierung Berlins schneller zum Sieg und Frieden führt.<<
16.07.1941
Ostkrieg: Seit dem 16. Juli 1941 werden in allen sowjetischen Truppenverbänden Polit- bzw. Kriegskommissare eingesetzt.
Politkommissare, Politleiter und Komsomolzen
Zu jeder sowjetischen Kompanie gehörte seit Juli 1941 grundsätzlich mindestens ein Politleiter (Dienstgrad = Oberleutnant), der innerhalb der Roten Armee die Einflußnahme und die Verwirklichung der KPdSU-Politik gewährleistete. Die Kriegskommissare besaßen als Regierungsbeauftragte besondere Vollmachten. Sie waren häufig die eigentlichen Befehlshaber der einzelnen Truppenteile. Jeder Politkommissar verfügte in seiner Kompanie über Spitzel, so daß er sofort über alle internen Vorgänge informiert wurde.
Wesentliche Tätigkeiten der Politleiter und der Politorgane (KPdSU-Führungsorgane in den Streitkräften der Roten Armee) waren z.B. die Herausbildung von politischen und ideologischen Überzeugungen, die Aufrechterhaltung hoher Gefechtsbereitschaft und die Steigerung der Kampfkraft aller Streitkräfte sowie die Festigung der "militärischen Disziplin" und Mobi-

lisierung von Reservisten. Ihre Hauptaufgabe war es, die "politische Erziehung" der Soldaten zu gewährleisten und die Kommandeure bei der militärischen Führung zu unterstützen. Die Politkommissare waren meistens fanatische und zu jedem Opfer bereite Kämpfer, denn Hitlers gnadenloser "Kommissarerlaß" versperrte ihnen jeden Weg in die Gefangenschaft.
Innerhalb der Roten Armee wurden außerdem verstärkt Komsomol-Organisationen (Kampfabteilungen des Jugendverbandes der KPdSU) eingesetzt, deren Hauptaufgabe es war, die jungen Rotarmisten zur "aufopferungsvoller Ergebenheit", zu Mut und Heldentum zu erziehen. Die Komsomolzen (sogenannte "Stalin-Schüler") arbeiteten eng mit den kommunistischen Politarbeitern und KP-Parteiorganisationen zusammen. Sie begleiteten meistens die gefürchteten sowjetischen Nachschubeinheiten.
Zur "parteipolitischen Erziehung und Führung" der sowjetischen Streitkräfte schickte die KPdSU von 1941-45 insgesamt 1,6 Millionen Kommunisten und 3,5 Millionen Komsomolzen an die Ostfront. Die Reihen der sowjetischen Politorgane wurden ununterbrochen aufgefüllt. Nach sowjetischen Angaben fielen mehr als 3,0 Mio Mitglieder dieser "Politarbeiter" an der Ostfront (x047/107).
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über die sowjetischen Kriegskommissare (x046/122-123): >>... Der Kriegskommissar war "neben dem Kommandeur" ... eindeutig auch der "militärische Führer seiner Abteilung". Er hatte nicht nur den gesamten Mannschaftsbestand, sondern auch die Kommandeure, Einheitsführer und Offiziere zu überwachen und zu bespitzeln und hierbei "mit den Stellen der Militärstaatsanwälte und Tribunale und der Besonderen Abteilungen zusammenzuarbeiten".
Die Kriegskommissare und Politischen Leiter hatten die 'bedingungslose Erfüllung' aller Kampfaufträge sicherzustellen und waren dafür verantwortlich, daß die Soldaten mit 'Tapferkeit' und 'unerschütterlicher Bereitschaft' "bis zum letzten Blutstropfen mit den Feinden unserer Heimat kämpfen".
Sie also in erster Linie waren es, die die Rotarmisten ohne Rücksicht auf Verluste in das Feuer jagten. Zugleich war der Kommissar verpflichtet, einen "rücksichtslosen Kampf mit den Feiglingen, Panikmachern und Deserteuren zu führen, indem er mit harter Hand die revolutionäre Ordnung und Kriegsdisziplin wiederherstellt".
Dies bedeutete, mit anderen Worten, jeden Soldaten, unabhängig von seinem Rang, beim Versuch des Überlaufens (oder der Gefangengabe) oder beim Sichtbarwerden von 'Angriffsmüdigkeit' "auf der Stelle zu erschießen". Ebenso bedeutete dies die 'mitleidlose' Vernichtung der "Feigen und Panikmacher, Mutlosen und Deserteure", das heißt aller, "die selbständig ohne Befehl die Stellung verlassen". ...
Ihre überragende Rolle in der Roten Armee als Aufpasser und Antreiber brachte es für die Kommissare und Politischen Leiter mit sich, daß die Masse der Soldaten in ihnen einen Gegenstand der Furcht und Abneigung erblickte. Dies galt insbesondere auch für die in ihrer Führerstellung eingeengten und oft auch persönlich bedrohten Offiziere, die den Deutschen gegenüber mit ihrem Urteil dann jedenfalls nicht zurückhielten.
So sprach sich der Kommandeur des 49. Schützenkorps, Generalmajor Ogurcev, der das Sowjetregime im übrigen "als den größten Volksbetrug der Weltgeschichte" geißelte, am 11. August 1941 "mit größter Bitterkeit über die Zusammenarbeit mit seinem politischen Kommissar" aus, der, obwohl über "keine militärischen Kenntnisse verfügend, doch mit unbegrenzten Vollmachten ausgestattet und "in allen Fragen entscheidend" gewesen sei. ... Stets habe der Kriegskommissar mit einer Anzeige gedroht.
Ebenso berichtete der Kommandeur der 139. Schützendivision, Oberst Logionov, am 14. August 1941 von der zwischen einem Offizier und einem Kommissar bestehenden tiefen und "nur durch Angst und Terror" überbrückten Kluft.
Der Divisionskommandeur der 43. Schützendivision, Generalmajor Kirpicnikov, sah am 30.

September 1941 die Kommandeure von den Kommissaren an "Händen und Füßen" gebunden und "in ihrer Schaffenskraft und ihrem operativen Denken" geradezu erstickt. "Wie das Verhältnis ist", so die 'resignierte' Antwort des Hauptmanns der Luftstreitkräfte Ogrisko am 19. September 1941, "können Sie sich wohl vorstellen.
"Wenn Sie bedenken, daß auf einen jeden militärischen Führer ein politischer Kommissar oder Kontrolleur kommt. ... In der Armee kommt auf 2 Soldaten im allgemeinen ein Dritter, der als Mitglied des Komsomol der Partei oder des NKVD diesem Apparat dient. Im Offizierskorps ist das Verhältnis 1:1". ... Ein Armeeführer sei "auch nicht zu einem selbständigen Schritt" mehr in der Lage. "Er ist von Kommissaren, Spitzeln und seinem Kriegsrat umgeben. ... Auch die Generäle haben ihre Spitzel, die Regimentskommandeure haben sie usw." ...<<
Anti-Hitler-Koalition: In London zitieren die "Sozialistischen Nachrichten" am 16. Juli 1941 den CSR-Politiker Ripka (x004/39): >>Es wird notwendig sein, mit allen angemessenen Mitteln, evtl. auch durch eine organisierte Anwendung des Prinzips der Umsiedlung von Bevölkerungen, Deutschland an dem Mißbrauch seiner nationalen Minoritäten für seine pangermanischen Ziele zu hindern. ...<<
18.07.1941
Anti-Hitler-Koalition: Stalin fordert am 18. Juli 1941 erstmalig die Aufstellung einer alliierten Westfront, um die Rote Armee zu entlasten (x040/86).
27.07.1941
NS-Regime: Am 27. Juli 1941 unterschreibt Generalfeldmarschall Keitel (auf Weisung Hitlers) einen Befehl, der Reichsführer SS Himmler die Vollmacht gibt, völlig unabhängig von der deutschen Wehrmacht, in eigener Verantwortung zu handeln (x030/198).
Mit dieser verhängnisvollen Weisung erhält Himmler den "Freibrief" für die geplanten "Säuberungsaktionen" in den osteuropäischen Besatzungsgebieten. Himmlers Einsatzgruppen können danach noch ungestörter schalten und walten.
SS- und SD-Einsatzgruppen: "Einsatz hinter der Front"
Fast sämtliche SS- und SD-Sondereinsatzkommandos wurden von ausgestoßenen Offizieren der deutschen Wehmacht oder der Waffen-SS geführt. Bei den Degradierten handelte es sich vielfach um zum Tod verurteilte und später begnadigte Soldaten. Diese ehemaligen deutschen Offiziere trugen grundsätzlich keine Dienstgradabzeichen der deutschen Wehrmacht oder der Waffen-SS. Die Angehörigen der SS- und SD-Einheiten waren größtenteils zwielichtige Gestalten (zunächst Wilddiebe und ähnliche Straftäter). Die deutschen und ausländischen SD-Sondereinheiten erkannte man sofort an den buntscheckigen Kampfanzügen und besonderen Kragenspiegeln (Karabiner mit Handgranate).
Die SS- und SD-Sondereinsatzgruppen entwickelten sich schnell zum Sammelbecken für den Abschaum des deutschen Volkes. Drückeberger und Feiglinge, die um jeden Preis den Kampfeinsatz in den vorderen Frontlinien vermeiden wollten, fanatische Nazis, grausame Sadisten, krankhafte Triebtäter, habgierige Plünderer und unehrenhaft entlassene Wehrmachtsangehörige sowie sonstige Verbrecher konnten sich damals in diesen Sondereinsatzgruppen vollkommen ungestört und zügellos in den eroberten Gebieten hinter der deutschen Kampffront austoben.
Zur Bekämpfung der "reichsfeindlichen Elemente" Osteuropas setzte Himmler später auch verstärkt ausländische "Einsatzkommandos" aus dem Baltikum, der Ukraine und anderen sowjetischen Republiken ein. Die russische Sturmbrigade "RONA" (Russische Nationale Befreiungsarmee), unter Führung von Brigadeführer Kaminski, war besonders gefürchtet (x043/-425).
Nach Beendigung der Kämpfe und dem schnellen Vormarsch der deutschen Wehrmachtstruppen rückten sofort die berüchtigten Einsatzkommandos der SS, Sicherheitspolizei (SIPO) und des Sicherheitsdienstes (SD) in die eroberten ostpolnischen und sowjetischen Gebiete ein.

Diese "Einsatzkommandos" sollten zwar offiziell die feindlichen Partisanen hinter der deutschen Kampffront bekämpfen, aber ihre eigentliche Sonderaufgabe war es, daß Ostjudentum vollständig auszurotten.
Für den Einsatz dieser Todesschwadronen war Himmler, Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei, dem alle Einsatzgruppen des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) unterstanden, persönlich verantwortlich. Keitels Vollmacht, die Hitler anordnet hatte, garantierte den deutschen Sondereinheiten absolute Bewegungsfreiheit und Straffreiheit für alle Vergehen, die gegen sogenannte "Träger des jüdisch-bolschewistischen Systems" begangen wurden.
Da die SS- und SD-Einsatzgruppen auch mit äußerster Brutalität gegen die Partisanen vorgingen und bei ihren Einsätzen grundsätzlich keine Gefangenen machten, setzten sich die Partisaneneinheiten überall verzweifelt zur Wehr. Die SS- und SD-Sondereinheiten verzeichneten während der mörderischen "Strafexpeditionen" gewöhnlich hohe Verluste.
Infolge dieser hohen Ausfälle durchsuchte man dauernd die deutschen Zuchthäuser, Konzentrations- und Militärstraflager nach "geeigneten Kräften", um die Verluste der SD-Einheiten auszugleichen. Im Rahmen dieser angeblichen "Bandenbekämpfung" ließ Himmler praktisch jeden Straftäter einsetzen (Mörder, Berufsverbrecher, Zuhälter und sonstige "asoziale Elemente").
Die SS- und SD-Terroreinheiten unterstanden keinem Kriegsrecht, alles war erlaubt. Überall, wo diese zügellosen Marodeure auftauchten, verbreiteten sie in Windeseile tödliche Furcht und Schrecken unter der osteuropäischen Bevölkerung. Mord und Totschlag, Vergewaltigungen, Plünderungen und Brandstiftungen waren an der Tagesordnung. In der Sowjetunion waren die SS-Strafexpeditionen gegen die Partisanen nebensächlich, denn in erster Linie sollte das osteuropäische Judentum vernichtet werden.
Die deutschen Todeskommandos und ausländischen "Sturmbrigaden" ließen regelmäßig entsetzliche Spuren des Todes und der Verwüstung zurück. Im Verlauf der unvorstellbaren Menschenjagden und Mordorgien zerrten die SS- und SD-Erschießungskommandos willkürlich Tausende von ahnungslosen jüdischen Zivilisten aus ihren Wohnungen und metzelten sie anschließend nieder. Angebliche Partisanen und völlig unbeteiligte Zivilisten (Frauen, Kinder und alte Menschen) mußten sich vor langen Panzergräben aufstellen und wurden danach gnadenlos mit Maschinengewehren niedergemäht.
Im Raum von Riga und Minsk verfügten einige Todesbrigaden bereits ab 1941/42 über "fahrbare Gaskammern" (umgebaute Lastkraftwagen), um die ahnungslosen, vielfach arbeitsuntauglichen Menschen schon während der Fahrt nach den Massengräbern heimtückisch zu vergasen.
In der Sowjetunion setzten die SS-Totenkopf-Brigaden insgesamt 18.048 Mann ein (x036/-171). Die SD-Sondereinheiten "operierten" durchschnittlich mit 5.000-10.000 Mann. Sie wurden von Ende 1940 bis 1944 in Ost-Mitteleuropa (Polen, der UdSSR, Jugoslawien, Ungarn und in der Slowakei) eingesetzt.
Das Todeskommando der SS-Sondereinsatzgruppe B (Einsatzleitung: SS-Gruppenführer Arthur Nebe, läßt sich später vorzeitig ablösen) liquidierte von Juni bis November 1941 im Gebiet von Minsk 45.467 Personen (x030/251). Nebe (1894 in Berlin geboren) wurde wegen Beteiligung am Hitler-Attentat zum Tod verurteilt und am 21.03.1945 in Berlin hingerichtet.
Die SD-Sondereinsatzgruppe C (Einsatzleitung: SS-Standartenführer Paul Blobel) ermordete im Raum von Kiew mindestens 60.000 Juden (x051/77). Blobel (1894 in Potsdam geboren) wurde am 10.04.1948 zum Tod verurteilt und am 7.06.1951 gehängt.
Von Juni 1941 bis Juni 1942 ermordete die SD-Einsatzgruppe D (Einsatzgruppenkommandeur: SS-Gruppenführer Otto Ohlendorf) in der Süd-Ukraine rd. 90.000 Menschen, überwiegend osteuropäische Juden (x030/258). Ohlendorf (1907 in Hoheneggelsen/Landkreis Hildesheim geboren) wurde am 8. Juni 1951 in Landsberg gehängt.

Bis Ende 1941 brachten die SS- und SD-Einsatzgruppen etwa 0,5-1,0 Millionen sowjetische Juden und angebliche sowjetische Partisanen hinter der deutschen Ostfront um (x041/112, x036/43).
Im Rahmen der "Vernichtungsaktion Reinhard" (benannt nach Reinhard Heydrich, der am 4.06.1942 an den Folgen eines Attentats starb) wurden vom 22. Juni 1942 bis September 1942 mehr als 500.000 polnische Juden ermordet (x043/249). Die meisten Menschen fielen Massenerschießungen durch baltische und ukrainische Todesbrigaden zum Opfer. Die "Aktion Reinhard" leitete SS-Gruppenführer Odilo Globocnik (1904-45).
Als 1941/42 führende Wehrmachtsbefehlshaber energisch gegen die SS- und SD-Massenmordaktionen protestierten, ordnete Himmler, wegen der besseren Geheimhaltung, die Massentötung in speziellen Vernichtungslagern an.
Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über die Erteilung der Vernichtungsbefehle an die SD-Einsatzgruppen (x036/117-118): >>... Bemerkenswert ist nach allem, daß der allgemeine Vernichtungsbefehl an die Einsatzgruppen nicht – wie bisher angenommen – als in sich geschlossene Weisung an einem bestimmten Ort, zu einer bestimmten Zeit ergangen ist; es sind vielmehr mehrere Einzelweisungen erlassen worden, die zusammengefaßt, schließlich das ergaben, was wir im Sprachgebrauch heute unter dem "Führerbefehl" verstehen:
Am Anfang stand die am 17. Juni 1941 in Berlin von Heydrich verkündete Weisung zur Anstiftung von Pogromen. Vermutlich gleichzeitig oder einige Tage später folgte der Auftrag, alle Juden in Partei- und Staatsstellen sowie sonstige "radikale Elemente" zu liquidieren. Im Rahmen dieses Auftrages begann man jüdische Männer – insbesondere im wehrfähigen Alter – "zur Vergeltung" und aus anderen nicht stichhaltigen Gründen zu exekutieren.
Das Ende der Entwicklung war schließlich der Befehl, auch Frauen und Kinder jüdischer Abstammung der physischen Vernichtung zuzuführen. ...
Obwohl feststeht, daß der Befehl zur Vernichtung aller Juden im Baltikum und den besetzten Teilen der UdSSR den Einsatzgruppen erst Wochen nach Eintritt des Falles "Barbarossa" erteilt wurde, ist nach den vorliegenden – wenn auch spärlichen – Erkenntnissen davon auszugehen, daß die sogenannte Endlösung der Judenfrage – die allgemeine Vernichtung der Juden – bereits bei Einfall der Wehrmacht in die Sowjetunion beschlossene Sache war.
Zur Durchführung dieses Vorhabens war der Einsatz der Einheiten des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD von Anfang an vorgesehen, ohne daß es in irgendeiner Weise erkennbar offen gelegt worden wäre.
Die Einsatzgruppen nahmen ihre Tätigkeit in allgemeiner Unkenntnis der Tatsache auf, daß sie als Vorreiter für die "Endlösung" auftraten. Stufenweise führte man sie im Rahmen ihres (Teil-)Auftrages "Bekämpfung reichsfeindlicher Elemente" an die geplante Ausrottung heran nach dem Schema, das Heydrich bereits unmittelbar nach dem Ende des Polen-Feldzuges für die "Lösung der Judenfrage" nach damaligen Vorstellungen - Deportation der Juden aus Deutschland und den einverleibten Gebieten in einen auf polnischem Gebiet zu gründenden Gau mit fremdsprachiger Bevölkerung (späteres Generalgouvernement) – vorgesehen hatte:
Mit Schnellbrief vom 20. September 1939 an die Chefs der in Polen eingesetzten Einsatzgruppen erläuterte er damals, es sei zu unterscheiden zwischen dem Endziel, das längere Fristen beanspruche, und den Abschnitten der Erfüllung des Endzieles, welche kurzfristig durchzuführen seien, wobei er als ersten Abschnitt für das Endziel die Konzentrierung der Juden in den Städten ("aus Sicherheitsgründen") nannte.
Unter Berücksichtigung dieses Schemas sind die Auslösung der Pogrome und die Exekution jüdischer Männer zur Vergeltung und aus (vorgeschobenen) ähnlichen Gründen als erste Abschnitte auf dem Weg zum Endziel zu werten, wobei diese Maßnahmen als propagandistische Vorbereitungshandlungen mit dem Zweck anzusehen sind, die Gefährlichkeit des "jüdisch-

bolschewistischen Gegners" aufzuzeigen, die dessen Vernichtung zur Sicherheit des Deutschen Reiches und zum Erhalt des deutschen Volkes – wie überhaupt der arischen Rasse – rechtfertigt.
Der nächste Abschnitt – die Einbeziehung von Frauen und Kindern in die Vernichtungsaktionen - war zwar noch nicht das Endziel, jedoch bereits ein Zwischenziel, nämlich die Vernichtung der Juden im Baltikum und in den besetzten Teilen der UdSSR im Rahmen der "Endlösung der Judenfrage".<<
Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über die Einsatzgruppen sowie die mobilen Einheiten des Chefs der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes, die nicht der deutschen Wehrmacht unterstanden (x051/142-143): >>... Am bekanntesten ist der Einsatz der Einsatzgruppen im Rußlandfeldzug. Dafür wurden 4 Einsatzgruppen mit der Bezeichnung A, B, C, und D aufgestellt, die den Heeresgruppen Nord, Mitte, Süd und der 11. Armee zugeteilt waren; den Einsatzgruppen unterstanden jeweils 4-5 Sonder- (SK) bzw. Einsatzkommandos (EK) etwa in Kompaniestärke, die sich aus Angehörigen der Sicherheitspolizei und des SD zusammensetzten.
Später kamen noch Angehörige der Polizei-Reserve-Bataillone 9 bzw. 3 und des Bataillons der Waffen-SS V hinzu, die zugweise auf die Kommandos verteilt wurden.
Die Einheiten wurden durch Hilfswillige und einheimische Miliz verstärkt. Zu den sicherheitspolizeilichen Aufgaben gehörte die Bekämpfung "reichsfeindlicher Elemente", namentlich gemäß "Führerbefehl" die Vernichtung der Juden als Träger des bolschewistischen Systems. Auf Befehl von Heydrich lösten die Einsatzgruppen in den ersten Tagen des Feldzuges durchweg nur Pogrome aus, denen Exekutionen wehrfähiger Männer jüdischen Glaubens aus vorgeschobenen Gründen – wie z.B. Unterstützung von Partisanen, Brandlegung - folgten. ungefähr seit August 1941 wurden alle Juden - auch die Frauen und Kinder erschossen.
Die Vernichtungsaktionen liefen im allgemeinen so ab: Vor der jeweiligen Aktion nahmen die Chefs der Einsatzgruppen oder die Kommandeure der ihnen unterstellten Einsatz- und Sonderkommandos in der Regel mit den für die entsprechenden Ortschaften oder Gebiete zuständigen Wehrmachts-Einheiten bzw. –Dienststellen Verbindung auf und setzten sie von ihrem Vorhaben in Kenntnis. Soweit erforderlich, wurden gleichzeitig Hilfsmaßnahmen, wie Absperrung des Exekutionsgeländes und Stellung von LKW für den Transport der Opfer zur Exekution, vereinbart.
Mit Hilfe von Dolmetschern, oft auch durch Hinweise der einheimischen Bevölkerung, wurden die Juden ermittelt und zu Sammelplätzen gebracht. Von diesen trieb oder fuhr man sie zu den Exekutionsorten, wo durch Kriegsgefangene bereits Gruben zur Aufnahme der Leichen ausgehoben worden waren, oder die Opfer wurden gezwungen, die Gruben selbst auszuheben. Die Juden mußten sodann ihre Wertgegenstände abgeben und sich entkleiden.
Während am Anfang die Exekution auf "militärische Weise" erfolgte, kam man bei zunehmender Zahl der zu Exekutierenden von dieser Art ab. Die Opfer zwang man, sich nebeneinander in die Grube mit dem Gesicht zur Erde oder, wenn eine Reihe voll war, mit dem Kopf zwischen die Füße der bereits Erschossenen zu legen, wobei es vorkam, daß die Grube zugeschüttet wurde, obwohl nicht alle Opfer tot waren.
Von der Jahreswende 1941/42 wurden zur Tötung der Juden "S(pezial)-Wagen! (Gaswagen) eingesetzt, um die Massenvernichtungen zu beschleunigen.
Das Ausmaß der Vernichtungsaktionen ergibt sich aus den erhalten gebliebenen sogenannten Ereignismeldungen, später Meldungen aus den besetzten Ostgebieten, in denen die Berichte der Einsatzgruppen an das RSHA zusammengefaßt waren.
Hiernach hat z.B. das SK 4 a der Einsatzgruppe C unter dem SS-Standartenführer Blobel am 29. und 30.9.41 in der Babi-Yar-Schlucht bei Kiew 33.771 jüdische Männer, Frauen und Kinder und Anfang 42 wenigstens 10.000 Juden in Charkow erschossen.

Die Gesamtzahl der Opfer dürfte sich auf mindestens 900.000 Menschen belaufen. Gegen die ehemaligen Angehörigen der Einsatzgruppen wurden nach dem Krieg zahlreiche Verfahren geführt. ...<<

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über die Massenverbrechen der SS- und SD-Einsatzgruppen in der Sowjetunion (x046/200): >>... Die sowjetische Kriegspropaganda, die die Deutschen und deren Verbündete von Kriegsbeginn an der Begehung unerhörter Greueltaten bezichtigte, geriet anfangs doch in eine gewisse Verlegenheit, als es darauf ankam, nun wirklich zugkräftige Beispiele aufzuzeigen. Zwar scheint das Wüten der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD gegen die jüdische Bevölkerung, wenngleich nicht in seiner Systematik, sondern mehr in seinen Umrissen, bekannt geworden zu sein.

Und Ehrenburg selbst zitierte schon am 18. Dezember 1941 einen erbeuteten deutschen Heeresbefehl, der insofern aufschlußreich ist, als es den Soldaten in ihm untersagt wurde, den als 'unumgänglich' apostrophierten Maßnahmen der Einsatzgruppen auch nur als Zeugen beizuwohnen.

Widerwillig und vielleicht unbeabsichtigt sah selbst Ehrenburg sich also gezwungen einzuräumen, daß das Niedermähen "Tausender von Bürgern" mit Maschinengewehren nicht von der Wehrmacht, sondern von den Einsatzgruppen ausging und zu verantworten war. "Es ist ein Sieg der Gestapo über die deutschen Generale", so urteilte er, "Himmler erhielt das Monopol der Galgen, und die Gestapomänner erhielten das Privileg, Dörfer zu verbrennen, Frauen mit Maschinengewehren zu erschießen und russische Kinder zu ermorden."

Insgesamt blieben die Bezichtigungen jedoch vage, und selbst Ehrenburg wußte in den Anfangsjahren wirklich stichhaltige Vorfälle nicht anzuführen. Die Sowjetunion sah sich, was die Greueltaten angeht, in der ersten Kriegshälfte propagandistisch tatsächlich in die Defensive gedrängt. ...<<

28.07.1941

Großbritannien: Der britische Premierminister Winston Churchill schreibt am 28. Juli 1941 in einem Brief an Josef Stalin (x172/413): >>... Deutschland wird einen schrecklichen Bombenwinter erleben. ... Was denen blüht, dürfte alles bisher Dagewesene übersteigen.<<

30.07.1941

Anti-Hitler-Koalition: In Moskau verhandelt Stalin am 30. Juli 1941 mit dem US-Sonderbeauftragten Hopkins über Kriegsmateriallieferungen für die Sowjetunion.

Schon 7 Tage später treffen die ersten US-Panzer, Geschütze und anderes Kriegsmaterial in der UdSSR ein.

Im Juli 1941 erhält die UdSSR bereits Hilfsgüter im Wert von 6,5 Millionen US-Dollar (x106/113).

In einem sowjetisch-polnischen Abkommen vom 30. Juli 1941 erklärt die Sowjetunion in London die deutsch-sowjetischen Verträge von 1939 für hinfällig, lehnt die Anerkennung der sowjetisch-polnischen Grenzen von 1921 jedoch ab (x039/226).

06.08.1941

Ostkrieg: Marschall Semjon K. Timoschenko (1895-1970, Oberbefehlshaber der sowjetischen Westfront) ruft am 6. August 1941 alle Einwohner "der vom Feinde besetzten Gebiete" zum Partisanenkrieg gegen die Deutschen auf (x046/129): >>... Überfallt und vernichtet die deutschen rückwärtigen Verbindungen, Transporte und Kolonnen, verbrennt und zerstört die Brücken, zerreißt die Telegraphen- und Telephonleitungen, zündet Häuser und Wälder an. Schlagt den Feind, quält ihn zu Tode durch Hunger, verbrennt ihn durch Feuer, vernichtet ihn durch die Kugel und Handgranate. ...

Für die Ausführungen der Zerstörungen im Rücken des Feindes verwendet weitgehendst die örtlichen Mittel, verwendet Hilfsmittel, welche Sprengstoffe verlangen. ... Zündet die Lager

an. Vernichtet die Faschisten wie tolle Hunde.<<

07.08.1941

Ostkrieg: Stalin wird am 7. August 1941 Oberbefehlshaber der sowjetischen Streitkräfte.

Japan: Die Zeitung "Japan Times Advertiser" berichtet am 7. August 1941 über die anglo-amerikanische Einkreisungspolitik (x172/418): >>... Zuerst wurde ein riesiger Stützpunkt in Singapur eingerichtet und durch Truppen der Briten und ihres Weltreichs erheblich verstärkt. Um dieses Zentrum herum entstand ein Ring, bestehend aus amerikanischen Stützpunkten, der sich über ein riesiges Gebiet nach Süden und Westen von den Philippinen über Malaya und Birma hinzieht und nur auf der Halbinsel Thailand unterbrochen wird. Jetzt soll er auch die Meerenge mit einschließen, die sich nach Rangun erstreckt.<<

14.08.1941

NS-Regime: Am 14. August 1941 informiert das NS-Regime die deutsche Bevölkerung über die Verkündung der "Atlantik-Charta" durch Präsident Roosevelt und Premierminister Churchill (x033/198): >>... Während auf den Schlachtfeldern im Osten im siegreichen Kampf gegen den Bolschewismus Deutschland und mit ihm die verbündeten Armeen Europas das Schicksal des Kontinents entscheiden und die gesamte abendländische Kultur vor der Vernichtung bewahren, haben sich Premierminister Churchill und Präsident Roosevelt "irgendwo auf See", weitab vom Schuß, getroffen und Grundsätze festgelegt, auf welche sich "eine bessere Zukunft der Welt" begründen soll.<<

Anti-Hitler-Koalition: Die westlichen Alliierten (Roosevelt und Churchill) legen am 14. August 1941 gemeinsame Kriegsziele fest und veröffentlichen die "Atlantik-Charta" (x058/376): >>Der Präsident der Vereinigten Staaten und Premierminister Churchill als Vertreter der britischen Regierung haben es auf ihrer Zusammenkunft als zweckmäßig erachtet, gewisse gemeinsame Grundsätze der Politik ihrer beiden Länder bekanntzugeben, Grundsätze, auf denen sie eine bessere Zukunft der Welt aufzubauen hoffen:

1. Ihre Länder suchen keinen Gewinn, weder territorialer noch anderer Natur.
2. Sie streben keine territorialen Veränderungen an, die nicht mit den frei zum Ausdruck gebrachten Wünschen der betroffenen Völker übereinstimmen.
3. Sie respektieren das Recht aller Völker, die Regierungsform zu wählen, unter der sie leben wollen, und es ist ihr Wunsch, daß souveräne Rechte und eine autonome Regierung allen denen zurückgegeben werden, denen sie entrissen worden sind.
4. Sie werden sich bemühen, unter voller Beachtung ihrer bestehenden Verpflichtungen, für alle Staaten, groß oder klein, Sieger oder Besiegte, zu gleichen Bedingungen besseren Zugang zum Handel und zu den Rohstoffen der Welt zu schaffen, die zum wirtschaftlichen Wohlstand der Staaten benötigt werden.
5. Es ist ihr Bestreben, auf wirtschaftlichem Gebiet die volle Zusammenarbeit aller Nationen herbeizuführen, um für alle verbesserte Arbeitsbedingungen, wirtschaftlichen Aufschwung und soziale Sicherheit zu gewährleisten.
6. Nach der endgültigen Vernichtung der Tyrannei hoffen sie, daß ein Friede geschlossen werde, in dessen Rahmen allen Nationen die Möglichkeit gegeben wird, innerhalb ihrer Grenzen in Sicherheit zu leben und der die Gewähr dafür bieten wird, daß alle Menschen in allen Ländern ihr Leben frei von Furcht und Not führen können.
7. Ein solcher Friede soll alle in die Lage versetzen, die Meere ungehindert befahren zu können.
8. Sie glauben, alle Völker der Welt müssen aus realpolitischen und aus geistigen Gründen auf die Anwendung von Gewalt verzichten. Da kein künftiger Frieden gewahrt bleiben kann, wenn Völker, die über ihre Grenzen hinaus durch ständige Aufrüstung zu Wasser, zu Lande und in der Luft mit Angriffen drohen, so glauben sie, daß die Entwaffnung solcher Länder bis zur Festlegung eines breiter gefaßten und dauernden Systems allgemeiner Sicherheit wesent-

lich ist. Sie werden ebenso alle übrigen praktischen Maßnahmen unterstützen und ermutigen, die den friedensliebenden Völkern die drückenden Rüstungslasten erleichtern.<<
Elliott Roosevelt, der Sohn des US-Präsidenten, der während der Besprechungen vom 9. bis zum 12. August 1941 anwesend ist, berichtet später (x106/117): >>... Allmählich, fast unmerklich glitt der Kommandomantel von den britischen auf die amerikanischen Schultern. ...
Churchill hatte sich erhoben und durchmaß mit weiten Schritten das Zimmer. ...
Endlich rief er aus: "Herr Präsident, ich glaube, Sie wollen das britische Empire zerstören. Alle Ihre Ideen über die Ordnung des Friedens nach dem Krieg zeigen dies an. Aber dennoch wissen wir, daß sie unsere einzige Hoffnung sind.<<
Die "New York Times" schreibt später über den Abschluß der "Atlantik-Charta" (x106/117): >>... Die Zusammenkunft bedeutet den Beginn einer neuen Ära, in der die Vereinigten Staaten entschlossen sind, die einer großen Weltmacht zustehenden Verantwortlichkeiten zu übernehmen. ...
Die englisch-amerikanische Erklärung wird die Richtschnur bilden für die Anstrengungen der Vereinigten Staaten und des britischen Reiches.<<

19.08.1941

USA: Finanzminister Morgenthau notiert am 19. August 1941 in seinem Tagebuch folgende Äußerung des nordamerikanischen Präsidenten Roosevelt (x025/124): >>Wir müssen mit den Deutschen hart sein. Das heißt mit dem deutschen Volk, nicht nur mit den deutschen Nazis. Wir müssen sie entweder kastrieren oder mit ihnen so verfahren, daß sie nicht länger Menschen zeugen, die so weitermachen. ...<<
Der deutsche Historiker Alexander Demandt schreibt später über die antideutsche Haltung der westlichen Alliierten (x283/232-233): >>Schon seit den ersten Kriegsjahren ventilierten die Alliierten unterschiedliche Nachkriegspläne bezüglich der näheren und ferneren Zukunft Deutschlands. Ein breites Spektrum an Möglichkeiten tat sich auf. Die leitende Absicht war, Deutschland als Militärmacht und Gefahr für seine Nachbarn endgültig auszuschalten.
Gegen Kriegsende wurden drastische Maßnahmen erwogen, Churchill und Eisenhower waren für kurzen Prozeß. Sie wollten jeden Nazi ab Majorrang erschießen lassen, viele Tausende von wirklichen oder angeblichen Kriegsverbrechern sollten sterben. Roosevelt plädierte mehrmals für eine Massenkastration der Deutschen. Das Nürnberger Tribunal war nicht von Anfang an vorgesehen, doch hatten die Vertreter der neuen Exilregierungen in London schon 1943 ein Gerichtsverfahren gegen die "War Crimes" verlangt.<<
Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schreibt später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die US-Umerziehungspläne 1941/42 (x306/107-109): >>**Psychologische Kriegsführung**
Das Laboratorium für die projektierten Charakterwäschen wurde in der Kongreßbibliothek in Washington erstellt. Roosevelt hatte 1939 gegen den Widerstand der Berufsbibliothekare und konservativen Politiker den Dichter Archibald McLeish (geb. 1892) zum Leiter der Kongreßbibliothek ernannt. McLeish war in den hochkapitalistischen Zwanziger Jahren voller Ekel nach Paris emigriert, um mit der einsetzenden Wirtschaftskrise nach Amerika zurückzukehren. Roosevelt machte ihn zu seinem getarnten Propagandaminister. Als Leiter der Kongreßbibliothek stand er einem Office of Facts und Figures vor, das weniger Fakten und Zahlen als politische Stellungnahmen verbreitete.
Als 1942 aus dem noch bescheidenen Amt das Office of War Information (OWI) unter Elmer Davis hervorging, wurde McLeish dessen stellvertretender Leiter. 1944 schied er aus der Kongreßbibliothek aus und trat in das Außenministerium als Abteilungsleiter für Öffentlichkeit und kulturelle Beziehungen ein. Seine Aufgabe war es, die Idee der Vereinten Nationen populär zu machen. Er war bei der Gründung der UNESCO an zentraler Stelle tätig. Doch das

Ende der Roosevelt Epoche wurde auch zum Ende der Karriere des Archibald McLeish. Er ging 1949 nach Harvard als Professor für Rhetorik.
Unter McLeish wurde der politische Theoretiker der Neo-Freudianer, Harold D. Lasswell, mit der Leitung der Arbeitsgruppe "War Communications" beauftragt. Das Ziel der von der Rockefeller Stiftung finanzierten Gruppe war die "Rekrutierung und Ausbildung von Personal für die Propaganda, Informations- und Nachrichtenstellen, Beratung in Fragen der Strategie, Taktik und Organisation, Beschreibung und Analyse bestimmter Phasen der Kriegführung".
Die Zahl der ausgebildeten Propagandisten war etwa 300. Harold D. Lasswell (geb. 1902) war ein Pfarrerssohn aus Illinois, der über die Propagandatechnik im Ersten Weltkrieg doktoriert hatte. Er war gleichermaßen unter den Einfluß der Psychoanalyse wie des Marxismus geraten, wobei seine Leitsterne nicht Hegel, Marx und Freud (wie in Frankfurt), sondern Whitehead (der mathematische Logiker), Marx und Freud waren. Er war der Politologe der "Washington School of Psychiatry".
Seine Arbeiten beschäftigten sich meist mit der Verbindung von Persönlichkeitstypen und Politik. Er kam zur Konstruktion einer "demokratischen Persönlichkeit" und forderte, daß die sozialen Institutionen dahingehend verbessert würden, daß sie der Entwicklung solcher demokratischen Persönlichkeiten dienlich sein sollten.
Die Führung eines psychologischen Krieges war jedoch nicht allein Lasswells Idee. Es gab nicht weniger als 9 Ämter in Washington, die sich unabhängig voneinander mit den gleichen Aufgaben befaßten. So hatte Roosevelt im Juli 1941 einen Coordinator of Information (COI) eingesetzt, Oberst William Donovan.
Der "wilde Bill" hatte sich gerade in Jugoslawien durch Anstachelung zum Widerstand gegen die Deutschen bewährt. Die Dienststelle der COI beschäftigte sich unter Aufgebot einer großen Zahl von Wissenschaftlern mit den gedruckten Nachrichten und der Meinungsanalyse. Eine ähnliche Aufgabe auf dem Rundfunksektor hatte der Foreign Information Service (FIS) unter Robert Sherwood, der zwei Jahre lang mit dem COI um die Kontrolle des Rundfunks rang.
Im Sommer 1942 rief Roosevelt das zentralisierte Kriegsnachrichtenamt (Office of War Information - OWI) ins Leben, dem die gesamte "weiße" (offene) Propaganda unterstehen sollte. Dem COI wurde der Auslandsnachrichtendienst genommen, seine Dienststelle jedoch als "Amt für strategische Dienste" (Office of Strategie Services - OSS) reorganisiert, das nunmehr die "schwarze" (geheime) Propaganda übernehmen sollte.
Der OSS ist durch die Tätigkeit von Allen Dulles in der Schweiz bekannt geworden. Zwischen OWI und OSS gab es nicht nur den Unterschied zwischen "weiß" und "schwarz", sondern auch den erheblicheren zwischen demokratisch und republikanisch. Es ist kein Wunder, daß zwischen beiden einer jener Washingtoner Behördenkriege ausbrach, der mehr Energien kostete als die Auseinandersetzung mit Deutschen und Japanern.
Die Auslandspropaganda war der Preis, um den OWI und OSS im Schweiße ihres Angesichts rangen. Zwischen den Kampfhähnen stand die Armee, die im Sommer 1941 ein eigenes Amt für psychologische Kriegführung geschaffen hatte, das vom Psychologen Guthrie beeinflußt war. Nach Kriegsbeginn war aus diesem Amt eine umfangreiche Abteilung geworden, die teils wieder vom OWI aufgesogen, teils dem militärischen Nachrichtendienst unterstellt wurde.
Wie viele Washingtoner Kompetenzstreitigkeiten fand auch die um die psychologische Kriegführung keine Lösung, und die Oberbefehlshaber der einzelnen Kriegsschauplätze konnten entscheiden, wer bei ihnen psychologisch Krieg führte. Unter Eisenhowers diplomatischem Regiment wurde für Europa die Zusammenarbeit von OWI und OSS hergestellt und in einer "Psychological Warfare Division" in London institutionalisiert. ...<<
Der italienische Geschichtsphilosoph und Publizist Domenico Losurdo (1941-2018) berichtet

später (im Jahre 2010) in seinem Buch "Die Deutschen. Sonderweg eines unverbesserlichen Volkes?" über die antideutsche Einstellung des US-Präsidenten Roosevelt (x318/61-62): >>…
Kehren wir zu F. D. Roosevelt zurück, der während des Zweiten Weltkrieges, zu Recht empört über die schrecklichen Verbrechen des Dritten Reichen einen Augenblick lang von der sonderbaren Idee der "Kastration" der Deutschen fasziniert war. Vielleicht wären dem US-amerikanischen Staatsmann mehr Zweifel gekommen, wenn er zufällig Gobineau und Waitz und ihre Hinweise auf den Vernichtungs-Rassismus der "amerikanischen Schule" hätte lesen können, denn so hätte F. D. Roosevelt verstanden, daß die Idee, durch "Kastration" der Verantwortlichen die Wiederholung solcher Praktiken zu vermeiden, auch das Volk hätte treffen können, zu dem er selbst gehörte.
Eine grundlegende Wahrheit darf man nicht aus den Augen verlieren: Weit entfernt, die Wiederholung des Identischen zu sein, zeichnet sich die Geschichte durch unaufhörliche Veränderungen und durch auch recht radikale Umschläge aus. Man sollte ein für alle Mal Schluß machen mit dem Mythos der in der Zeit unbeweglichen Identitäten.
Hier ist eine Betrachtung politischen Charakters hinzuzufügen. Wohl oder Übel hat es in Deutschland, wenn auch nur teilweise und unzureichend den Versuch gegeben, sich mit der Vergangenheit und mit dem Schrecken des Dritten Reiches auseinander zu setzen. Jenseits des Atlantiks feiern hingegen die US-amerikanischen Führer und ihre Ideologen weiterhin ihr Land als "die älteste Demokratie der Welt". In dieser historischen Bilanz scheint das den Indianern und den Schwarzen vorbehaltene Schicksal irrelevant zu sein.
Es gibt nicht einmal einen vagen Versuch der Aufarbeitung der Vergangenheit. Und gerade dieses gute Gewissen gibt dem Anspruch Washingtons den Auftrieb, die "Demokratie" mit Waffengewalt zu exportieren. Unter diesen Bedingungen ist es reiner Wahnsinn, das gute Gewissen des heute weitaus gefährlicheren Imperialismus mit Diskursen über ein immer und ewig reaktionäres Deutschland noch weiter zu verstärken.<<

24.08.1941

NS-Regime: Aufgrund der kirchlichen Proteste läßt Hitler am 24. August 1941 das Euthanasie-Programm einstellen.

Anti-Hitler-Koalition: Premierminister Churchill informiert die britische Bevölkerung am 24. August 1941 in einer Radiorede über den deutsch-sowjetischen Ostkrieg (x136/136): >>Eine gigantische Schlacht findet gegenwärtig statt. 7 Millionen Soldaten sind daran beteiligt. Die Schlacht tobt auf einer Front von ca. 3.500 km, eine tödliche Konfrontation, die vom arktischen Ozean bis zum Schwarzen Meer reicht. ...
Hitler begeht die schrecklichsten Verbrechen. ... Ganze Distrikte werden ausgelöscht. Zehntausende, wörtlich: Zehntausende von Exekutionen werden vorgenommen, kaltblütig, von der Militärpolizei der Nazis. ... Wir sind mit einem namenlosen Verbrechen konfrontiert.<<

25.08.1941

Anti-Hitler-Koalition: Britische und sowjetische Truppen marschieren am 25. August 1941 gleichzeitig in das neutrale Persien (Iran) ein (x041/112).
Die iranischen Truppen stellen bereits 3 Tage später den Kampf ein.

26.08.1941

Großbritannien: General Lee (US-Luftwaffenattaché in London) berichtet am 26. August 1941 über seine militärische Auswertung der deutschen Luftangriffe gegen England (x172/-428-429): >>... Tatsächlich benötigt man 40 Bomber, um ein strategisch wichtiges Ziel zu zerstören. 1 Bomber tötet im Durchschnitt 0,75 Zivilisten und verwundet 1,25. ...
Ich glaube nicht, daß sich ein totalitäres System im Krieg mit einer einzigen Waffe schlagen läßt. Das wird zu Hause mächtig Ärger machen, denn Arnold und die Air Force sind ganz versessen darauf, Deutschland in Trümmer zu legen.<<

28.08.1941

UdSSR: Das Präsidium des Obersten Sowjets beschließt am 28. August 1941 die Auflösung der "Autonomen sozialistischen Sowjetrepublik der Wolgadeutschen" und die "Umsiedlung" aller Rußland-Deutschen (x265/241): >>... Laut glaubwürdigen Informationen von Seiten der militärischen Behörden befinden sich unter der deutschen Bevölkerung des Wolgagebietes Tausende und Zehntausende von Saboteuren und Spionen, die nur auf ein Signal aus Deutschland warten, um in den Gegenden der Wolgadeutschen Anschläge zu organisieren.

Niemand hat die sowjetischen Behörden darauf aufmerksam gemacht, daß sich unter den Wolgadeutschen so viele Saboteure und Spione befinden. Die deutsche Bevölkerung an der Wolga versteckt also bei sich die Feinde des Volkes und der Sowjetmacht. ...

Falls es auf Deutschlands Befehl durch die deutschen Saboteure und Spione in der Republik der Wolgadeutschen oder in den angrenzenden Distrikten zu Sabotageakten kommt, fließt Blut, und die Sowjetregierung wäre gemäß Kriegsrecht zu Strafmaßnahmen gegen die gesamte deutsche Bevölkerung an der Wolga gezwungen. Um eine solch bedauerliche Situation und schwere Blutverluste zu vermeiden, hielt das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR es für notwendig, die gesamte deutsche Bevölkerung des Wolgagebietes und der anderen Distrikte umzusiedeln und ihnen in den neuen Gebieten Land und eine staatliche Hilfe zur Besiedlung zuzuteilen.

Die über viel Land verfügenden Distrikte der Region Nowosibirsk oder Omsk, des Altaigebietes oder Kasachstans sowie der anderen angrenzenden Regionen sind die Zielgebiete der Umsiedlung. ...<<

Das Schicksal der Rußland-Deutschen während des Zweiten Weltkrieges

Hitlers Angriffskrieg gegen die Sowjetunion entwickelte sich für die Rußland-Deutschen zur größten Katastrophe ihrer bisherigen Siedlungsgeschichte. Wenngleich die Volksdeutschen nachweislich keine offiziellen Beziehungen und Kontakte zum NS-Regime aufnahmen, keine Spionagedienste für das Deutsche Reich nachgewiesen werden konnten und obwohl sie nicht den geringsten Widerstand leisteten, wurden alle volksdeutschen Siedler, die damals in der UdSSR lebten (1914 = etwa 1,7 Millionen, 1926 = etwa 1,25 Millionen und 1944/45 etwa 1,5 Millionen Rußland-Deutsche) als gefährliche Volksverräter eingestuft, die man unschädlich machen mußte.

Nach dem deutschen Angriff (22.06.1941) erteilte Stalin den Befehl, sämtliche europäischen Rußland-Deutschen nach Sibirien, Kasachstan oder in andere asiatische Landesteile der UdSSR zu verschleppen. Im August 1941 umzingelten sowjetische Eliteeinheiten der Roten Armee und Einheiten der geheimen Staatspolizei (NKWD) die Siedlungen der Wolgadeutschen. In einigen größeren Ortschaften setzte man sogar sowjetische Fallschirmspringer in deutschen Wehrmachtsuniformen ein, um die Einwohner zu täuschen.

Für die berüchtigten NKWD-Einheiten waren alle Rußland-Deutschen grundsätzlich deutsche Partisanen und Spione. Viele Volksdeutsche wurden gefoltert, um Schuldbekenntnisse zu erhalten. In manchen Ortschaften der Wolgadeutschen Republik wurden die männlichen Einwohner, egal ob Kinder oder Greise, zusammengetrieben und sofort an Ort und Stelle liquidiert (x025/39). Im Verlauf der Verschleppungsaktion trennte man vielerorts alle Kinder systematisch von ihren Eltern.

Während des Zweiten Weltkrieges deportierten die Sowjets mindestens 900.000 Rußland-Deutsche (darunter waren ca. 400.000 Wolgadeutsche) nach Sibirien, Kasachstan oder in andere asiatische Landesteile der UdSSR (x026/31, x252/806).

Die Wolgadeutsche Republik (Hauptstadt Engels) wurde durch Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets am 28.08.1941 aufgelöst. Infolge der katastrophalen Unterbringung, der menschenunwürdigen Behandlung und der langjährigen Zwangsarbeit kamen bei diesen "internen sowjetischen Zwangsverschleppungen" ca. 289.000 Rußland-Deutsche um.

Im Rahmen der bisherigen "russisch-sowjetischen Nationalitätenpolitik" war die Deportation der Rußland-Deutschen eigentlich ein "normaler" bzw. "üblicher" Vorgang, denn die "Zerstreuung" bzw. Zwangsverschleppung und Verbannung von hinderlichen Minderheiten oder rebellischen Völkern wurde schon seit Jahrhunderten durchgeführt.
Die Schwarzmeer- und Krim-Deutschen entgingen zunächst der Verschleppung, weil die deutschen Truppen diese Gebiete zu schnell besetzten. Als die deutschen Kampfeinheiten im Herbst 1943 zurückweichen mußten, flohen diese Volksdeutschen mit der Wehrmacht nach Westen. Von 1943 bis April 1944 flüchteten z.B. 63.000 Transnistrien-Deutsche, 70.000 Schwarzmeer-Deutsche und 150.000 Volksdeutsche aus der Ukraine mit Trecks und Wehrmachtsfahrzeugen (x007/66E).
Nach Ende des Zweiten Weltkrieges deportierten die Sowjets weitere 300.000 Volksdeutsche (Umsiedler und Flüchtlinge), die in den Reichsgau Wartheland und in das Deutsche Reich umgesiedelt oder geflohen waren (x010/34). Von diesen 30.000 "Vertragsumsiedlern" und 270.000 Zwangsrepatriierten starben ca. 111.000 Volksdeutsche in den sowjetischen Arbeitslagern der Eismeerregion.
Der Volksdeutsche Woldemar Weber berichtet später über die Lage der Rußland-Deutschen bis zur Deportation (x037/104-105): >>... Sie hatten jahrhundertelang zwei Staatsangehörigkeiten. Sie waren keine Ausländer. Sie waren völlig assimiliert bis zu dem Pogrom gegen Deutsche 1915 im Ersten Weltkrieg. Nach dem Zweiten Weltkrieg sollte der Haß gegen Deutsche präsent bleiben. Es gab in Rußland fast mehr Deutsche als Tataren. ...
Wissen Sie, früher kamen die Deutschen an der Wolga oder in der Ukraine wenig in Kontakt mit den übrigen Russen. Es war ein so weites und großes Land. ...<<
Der deutsche Journalist Alfred Bohmann (1906-1983) schreibt später in seinem Buch "Menschen und Grenzen" über die Vernichtung der Wolgadeutschen Republik (x025/39): >>Zum Chef des Deportationskommandos war Iwan Serow, langjähriger Leiter der NKWD in der SSR Ukraine, ernannt worden, ein Freund Chruschtschows (1894-1971, ab 1958 sowjetischer Ministerpräsident, 1964 aller Ämter enthoben). Er war beauftragt, nicht nur die Deportationen durchzuführen, sondern auch die Anschuldigungen entsprechend zu begründen.
Serow ließ ein Bataillon von GPU-Fallschirmjägern in deutsche Uniformen stecken und diese über den deutschen Siedlungen abspringen. In der Meinung, deutsche Soldaten vor sich zu haben, die gekommen waren, um sie mit der Waffe in der Hand zu befreien, fielen die Wolgadeutschen auf diesen Trug herein. Dann kam der entsetzliche Augenblick, in dem die vermeintlichen Befreier plötzlich ihre Absichten erkennen und die Waffen sprechen ließen.
Ein gräßliches Blutbad war die Folge. Wahllos wurden nun Männer und Frauen zusammengetrieben und z.T. noch an Ort und Stelle erschossen. Große Gruppen anderer wurden als ertappte Saboteure und Spione weggeführt, Folterungen unterworfen, um für alle Fälle auch noch schriftliche Schuldbekenntnisse von ihnen zu erpressen.
So sind Zehntausende von Wolgadeutschen als Kriegsverbrecher, gleich ob es sich um Frauen, Greise, Kinder, um Kommunisten, Funktionäre, Lehrer, Geistliche oder um Bauern oder Arbeiter handelte, in großen Massentransporten weggeführt worden. Vielfach wurden bereits auf dem nächsten Verladebahnhof Männer und noch halbe Knaben von ihren Familienangehörigen getrennt. ...<<
Der deutsche Historiker Hans-Werner Rautenberg (1938-2009) schreibt später über die Tragödie der Rußland-Deutschen (x035/330): >>Als Hitler am 22.06.1941 seinen sowjetischen Verbündeten zu überfallen befahl, bedeutete der Vormarsch der deutschen Armeen für die überwiegende Mehrheit des Rußlanddeutschtums die Katastrophe.
Von nun an galten die in Rußland lebenden deutschen Kolonisten als mindestens potentielle Volksverräter und Kollaborateure ihrer ins Land eingedrungenen Landsleute, die man aus ihren Wohnsitzen entfernen und in dem russischen Riesenreich durch Zerstreuung unschädlich

machen mußte.
Bereits am 15. August begann daher die Verschickungsaktion von etwa 350.000 Deutschen aus der inzwischen aufgelösten Wolgadeutschen Sowjetrepublik und ferner von etwa 150.000 Deutschen aus Ostwolhynien, der Ukraine, der Krim und dem Kaukasus. Die Zwangsverpflanzung der Schwarzmeerdeutschen wurde durch den raschen deutschen Vormarsch zunächst vereitelt; sie wurden 1942 und 1943/44 nach Westen umgesiedelt, die letzten schon fluchtartig beim Rückzug der deutschen Truppen.
Bis zum Kriegsende blieb keine Zeit mehr, sie im Reichsgebiet oder den von Polen abgetrennten Gebieten neu anzusiedeln. Die meisten von ihnen blieben im "Warthegau" in Lagern zusammengefaßt, bis auch sie, wie alle anderen Deutschen jenseits von Oder und Neiße, in die Schlußkatastrophe hineingerissen wurden. ...<<
Im Jahre 1964 bezeichnete das Nachrichtenblatt des Obersten Sowjets (Nr. 52/1964) die Pauschalbeschuldigungen des Deportationsbeschlusses gegen die Deutschen als "unbegründet" und "Ausdruck der Willkür unter den Bedingungen des Personenkults Stalins" (x077/63). Die Rußland-Deutschen wurden damit zwar offiziell rehabilitiert, aber sie durften trotzdem nicht mehr in ihre ehemaligen Siedlungsgebiete zurückkehren.

31.08.1941

Ostkrieg: Gemäß Wehrmachtsbericht betragen die deutschen Verluste vom 22.06.1941-31.08.1944 an der Ostfront (x139/674): >>84.354 Tote, 292.690 Verwundete und 18.921 Vermißte beim Heer (einschließlich Waffen-SS) und 1.542 Tote, 3.980 Verwundete und 1.378 Vermißte bei der Luftwaffe.<<